

Mitteilungen  
aus der  
**livländischen Geschichte.**

Herausgegeben  
von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga.

Dreiundzwanzigster Band.

---

**Dr. Hermann von Bruiningk**  
zugeeignet.

Mit 1 Bildnis, 2 Tafeln und 1 Karte.

---

**Riga, 1924—1926.**

Nicolai Kymmels Buchhandlung.

Gedruckt auf Verfügen der Gesellschaft für Geschichte und  
Altertumskunde zu Riga.

Für die Redaktion verantwortlich:

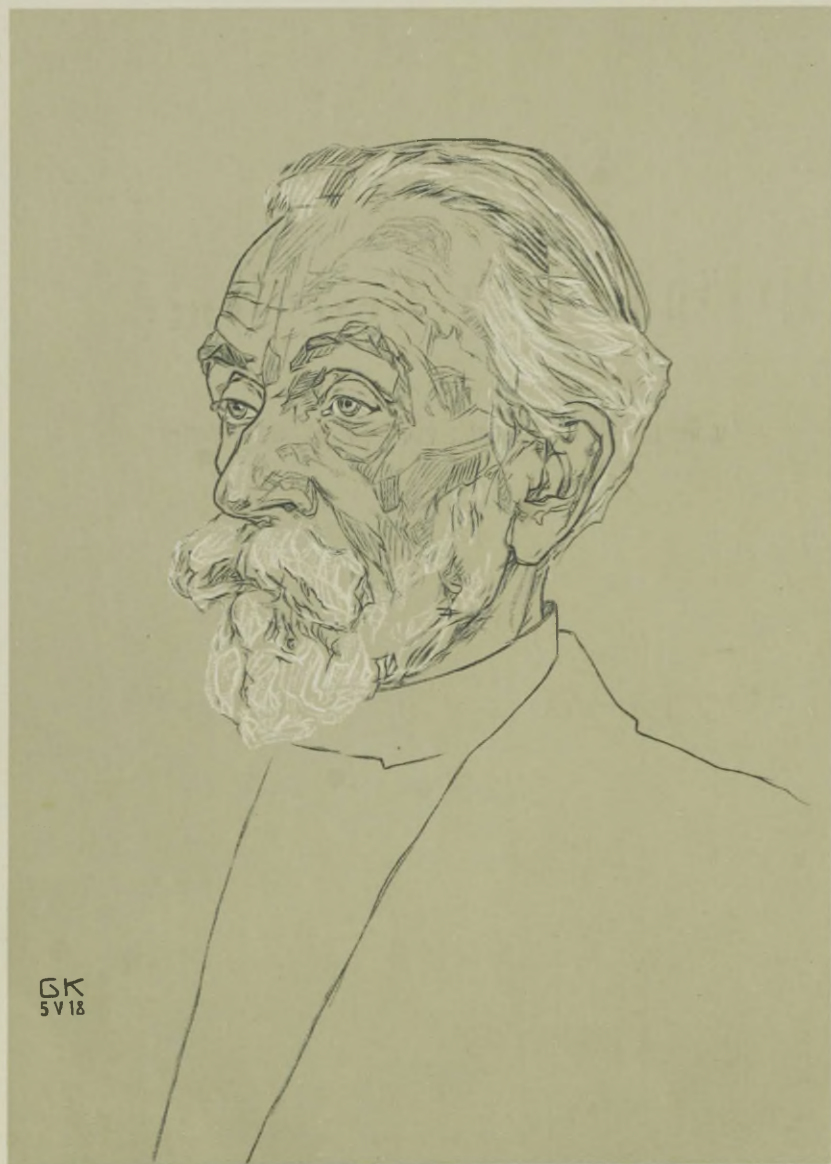
Präsident: Arnold Feurereisen, Stadtarchivar.

Sekretär: Professor Dr. L. Arbusow.

Riga, den 1. August 1924.

Das Porträt Dr. Hermann von Bruiningks ist nach einer der  
Bibliothek der Gesellschaft gehörenden Kreidezeichnung von Gerhard  
Kieseritzky † von der graphischen Kunstanstalt H. Laakmann in  
Dorpat hergestellt.





H. Laakmann, Dorpat.

*Dr. Hermann Bruiningk.*

Mitteilungen  
aus der  
**livländischen Geschichte.**

Herausgegeben  
von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga.

Dreiundzwanzigster Band.

---

**Dr. Hermann von Bruiningk**  
zugeeignet.

Mit 1 Bildnis, 2 Tafeln und 1 Karte.

---

**Riga, 1924—1926.**  
Nicolai Kymmels Buchhandlung.

Gedruckt auf Verfügen der Gesellschaft für Geschichte und  
Altertumskunde zu Riga.

Für die Redaktion verantwortlich:

Präsident: Arnold Feuereisen, Stadtarchivar.

Sekretär: Professor Dr. L. Arbusow.

Riga, den 1. August 1924.

Das Porträt Dr. Hermann von Bruiningks ist nach einer der  
Bibliothek der Gesellschaft gehörenden Kreidezeichnung von Gerhard  
Kieseritzky † von der graphischen Kunstanstalt H. Laakmann in  
Dorpat hergestellt.



Dr. phil. h. c. Hermann von Bruiningk

in Anerkennung seiner Verdienste um  
die livländische Geschichtsforschung

zugeeignet.

Gesellschaft für Geschichte  
und Altertumskunde zu Riga.

Riga, den 7. September 1924,  
an seinem 75. Geburtstage.

## Inhalt des 23. Bandes.

---

	Seite
1. Verzeichnis von Dr. Hermann von Bruiningks Schriften 1873—1924 . . . . .	V—XX
Nachträge (bis 1926) S. 645 f.	
2. Die altlivländischen Bauerrechte. Neu herausgegeben von Leonid Arbusow. Mit einem Anhang von Urkunden . .	1—141 ✓
Verbesserungen und Nachträge S. 141—144. Zweiter Nachtrag S. 634—645.	
3. Der Greifswalder Professor Johann Meilof und sein hand- schriftlicher Nachlass über Livland aus dem 15. Jahrhundert. Von Friedrich von Keussler . . . . .	145—155
4. Noch einmal die Kreygesche Schra. Zur Geschichte des rigaschen Handwerks im Mittelalter. Von Dr. W. Neumann	156—163
5. Der vermeintliche Artig des livländischen Ordensmeisters Heidenreich Vinke von Overberg (1439—1450). Von H. Jochumsen . . . . .	164—171
6. Das Münzwesen der Stadt Riga am Ausgang des 15. Jahr- hunderts. Von Dr. jur. August von Bulmerincq . . .	172—194
7. Livlands Ostgrenze im Mittelalter vom Peipus bis zur Düna. Mit einer Karte. Von C. v. Stern . . . . .	195—240
8. Religiöse Strömungen in Riga im 17. Jahrhundert. Von Pastor Joh. Kirschfeldt . . . . .	241—245
9. Studien zur Geschichte Patkuls und des Nordischen Krieges. Von W. Wulffius . . . . .	246—267
10. Dr. Johann Christoph Brotze als Pädagog und als Geschichts- forscher († 2. August 1823). Von Bernhard Hollander	268—295
11. Die religiösen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strömungen in Riga 1530—1535. Von Paul Karge- Königsberg . . . . .	296—371

	Seite
12. Ein mittelalterliches Triumphkreuz im Dommuseum in Riga. Mit 2 Tafeln und 1 Textabbildung. Von Dr. Heinz Löffler	372—384
13. Ebereschenzauber der Letten. Von Edith Kurtz . . .	385—400
14. Deutsch-baltische Gemeinschaftschelten. Aus der Arbeit am Deutsch-baltischen Wörterbuch. Von Dr. Oskar Masing	401—423
15. Die Livländer im ersten russischen Parlament (1767—1769). Von Dr. Alexander v. Tobien . . . . .	424—484
16. Die Entstehung der Schollenpflichtigkeit in Livland. Von Dr. Astaf v. Transehe-Roseneck . . . . .	485—574
17. Die Wolkenburg. Von Dr. K. v. Löwis of Menar . .	575—577
18. Eine Zinnkanne des Burchard Waldis. Von Johannes Gahlnäck-St. Petersburg . . . . .	578—582
19. Baltische Studenten in Leipzig und Wittenberg. Von Prof. Dr. Wilhelm Stieda-Leipzig . . . . .	583—634

---

## Berichtigungen.

- S. 255 Z. 9 v. o. lies: Geheimartikeln (statt Scheinartikeln).  
 S. 488 Anm. Z. 17 lies: Ordenszeit (statt Vorzeit).  
 S. 504 Z. 23 lies: 14 Jahren (statt 19).  
 S. 513 Z. 8 lies: Juli (statt Juni).  
 S. 532 Z. 10 lies: 1343—45 (statt 1443).  
 S. 550 Z. 21 lies: Elbing (statt Elbind).  
 S. 551 Z. 5 lies: 1323 (statt 1322).  
 S. 572 Z. 24 lies: des 16. Jahrhunderts (statt 15.).
-



# Verzeichnis

von

Dr. Hermann von Bruiningks Schriften

1873–1924.

Das Verzeichnis der Druckschriften Dr. H. von Bruiningks gelangt hier nach der von ihm selbst für sein Buch „Das Geschlecht von Bruiningk in Livland“, Riga 1913, S. 350–358 (vgl. n. 136) zusammengestellten Bibliographie mit nur ganz geringfügigen Änderungen zum Abdruck. Ebenso werden auch die Nachträge ihm verdankt.

Über Ansprachen, Nachrufe und kürzere Mitteilungen in grosser Anzahl, die Dr. H. von Bruiningk als Präsident der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga von 1891 bis 1902 in ihren Sitzungen vorgetragen hat, sowie über seine Anteilnahme an der Herausgabe der Publikationen der Gesellschaft geben die Inhaltsverzeichnisse zu ihren Sitzungsberichten aus jenen Jahren Auskunft. Hinweise darauf konnten hier keine Berücksichtigung finden.

„Für die chronologische Einordnung war in erster Linie der aus dem etwaigen Vorwort, dem Imprimatur der Zensur, den Sitzungsprotokollen usw. sich ergebende Tag oder Monat massgebend, für Aufsätze oder Mitteilungen in den Jahresheften der historischen Vereine der betreffende Jahrgang, nicht das Druckjahr. Fehlte dieser Anhaltspunkt, so wurde die betreffende Schrift unter dem betr. Jahr den datierbaren Schriften vorangestellt. Die dem Obigen gemäss angenommenen Daten sind im Verzeichnis in Klammern angeführt.“

Die weitaus meisten Vorträge wurden in den Sitzungen der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga gehalten und finden sich in deren Sitzungsberichten (abgekürzt RSb. = Rig. Sitzungsberichte), fast alle im Wortlaut oder Autoreferaten. Die umfangreicheren erschienen auch als Sonderabdrücke (SA.), die jedoch regelmässig nicht in den Buchhandel gelangten.“ Grössere Abhandlungen sind von der Gesellschaft in den von ihr herausgegebenen „Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“ a. u. d. T. „Mitteilungen aus der livländischen Geschichte“ veröffentlicht worden (vgl. nn. 28, 85, 153, 157 und 159), von denen n. 85 auch als Sonderdruck im Buchhandel erschien, während die nn. 157 und 159 als Einzelhefte ausgegeben wurden. „Amtliche Berichte, Anträge, Denkschriften u. dgl. wurden nur

ausnahmsweise berücksichtigt, namentlich solche, die sich als vorwiegend rechtshistorisch qualifizieren (n. 24, 68) oder über archivalische Arbeiten Auskunft geben (n. 60, 98, 127, 135) und ähnliches. Das Format ist, abgesehen von den Tagesblättern, wenn nicht anderes angemerkt, regelmässig Oktav. Besprechungen, Rezensionen und (referierende) Anzeigen wurden nicht unterschieden, sondern sämtlich als „Besprechungen“ rubriziert. Rezensionsexemplare sind nur von n. 132 zur Versendung gelangt.“

1. Regesten von 4 Urkunden aus der Brieflade des Gutes Urbs, im Besitz des Herrn H. von Samson. Sitzungsberichte der Gelehrten Estnischen Gesellschaft zu Dorpat 1873 (Okt. 3) S. 65, 66.

Der Verfasser war damals Stud. jur. in Dorpat.

2. Über die älteren Urkunden der Gutsbriefladen zu Errestfer und Kawast (27 Regesten a. d. J. 1439—1561). Sitzungsberichte der Gel. Estn. Gesellschaft zu Dorpat 1875 (Febr. 5), S. 32—38. — Vgl. n. 5.

Der Verfasser war damals Stud. jur. in Dorpat.

3. Die Zugehörigkeit des Bischofs Johann III. von Dorpat † 1595) zum Geschlechte von der Ropp (Rope). RSb. 1877 Jan. 12), S. 1, 2.

4. Besprechung: L. v. Stryk, Beiträge zur Geschichte der Rittergüter Livlands, T. I, Dorpat 1877. Balt Monatsschrift Bd. 25, 1877 (Febr.), S. 134—137. Gez.: Br.

5. Über die Arbeiten zur Herausgabe der Privaturkunden Livlands bis zum Jahre 1561 aus livländischen Gutsbriefladen. RSb. 1877 (Mai 11), S. 21—24. — Vgl. n. 2 u. 56.

6. Zur Quellenkritik der Fabrischen Prozessordnung. Zeitschr. f. Rechtswissensch., hrsg. von der juristischen Fakultät der Universität Dorpat. 6. Jahrg., Dorpat 1878, S. 143—165. Auch SA. 1878 (Imprimatur Okt. 3), 20 S. — Vgl. n. 9.

Unter Zugrundelegung eines Abschnittes aus der bei der Dorpater Juristenfakultät im Dezember 1875 eingereichten (bei ihr 1876 Febr. 17 unter n. 76 produzierten) Schrift zur Erlangung des Kandidatengrades. Diese Schrift behandelte das Thema: „Die Berufungsinstanz u. das Berufungsverfahren in bürgerl. Rechtsstreitigkeiten, nebst Bewahrung u. Anweisung, nach Ritter- und Landrecht zur Zeit der bischöfl. und Ordensherrschaft“.

7. Livländische Rückschau. Zur Abwehr gegen „Livländische Rückblicke“. Dorpat, Riga, Leipzig. Schnakenburgs Verlag. 1879 (im März), 223 S.

Diese Schrift bildet ein Glied in der Kette der damals besonders florierenden historisch-politischen Broschürenliteratur, der auch die Tagespresse beständig folgte. Besprechungen und Rezensionen i. e. S. d. W. lassen sich aus dem schier unentwirrbaren Knäuel schwer ausscheiden. — Vgl. n. 10 u. 11.

8. Über eine Urkunde von 1532, betreffend die Heranbildung eines evangelischen Predigers aus dem Landvolk in Livland. RSb. 1879 (Mai 9), S. 99. — Vgl. n. 69.



9. Über die Person des Dionysius Fabri, des Verfassers des *Formulare procuratorum*, und desselben angebliche Wallfahrt nach dem heiligen Lande. *RSb.* 1879 (Nov. 14), S. 109, 110. — Vgl. n. 6.

10. Apologetische Bemerkungen. *Balt. Monatsschrift* Bd. 27, 1880 (Imprimatur Apr. 19), S. 254—272.

Eine Widerlegung der von Prof. Edgar Löning in s. Aufsatz „Die Befreiung des Bauernstandes in Deutschland und in Livland“, ebd. S. 89—129, an der Broschüre „Livländische Rückschau“ geübten Kritik. — Vgl. n. 7. u. 11.

11. Apologie der „Apologetischen Bemerkungen“. *Balt. Monatsschrift* Bd. 27, 1880 (Sept.), S. 486—502.

Eine Replik auf Prof. Edgar Lönings Aufsatz: „Über die „Apologetischen Bemerkungen“ des Herrn Baron Bruiningk“, ebd. S. 348—356. — Vgl. n. 10.

12. Bildnisse Plettenbergs auf Schloss Nordkirchen in Westfalen. *RSb.* 1881 (Febr. 11), S. 161, 162; (Okt. 14), S. 175, 176; (Nov. 11), S. 178. — Vgl. n. 37.

13. Erinnerungen an die Hansische Wisbyfahrt. *Rig. Ztg.* 1881 Aug. 28 (Sept. 9) n. 198, Aug. 29 (Sept. 10) n. 199, Aug. 31 (Sept. 12) n. 200. *Gez.*: Wisbyfahrer 34. Auch *SA.* 20 S.

Eine lediglich feuilletonistische Schilderung.

14. Hinweis auf das Erscheinen der 1. Lief. des Baltischen Wappenbuchs von C. A. Klingspor. *RSb.* 1881 (Okt. 14), S. 175. — Vgl. n. 15.

15. „Vorwort“ zu C. A. Klingspor, *Baltisches Wappenbuch*, Stockholm 1882, S. 1—30. Ohne Namensnennung.

Auf Wunsch des mit den hiesigen Verhältnissen wenig vertrauten Herausgebers wurde sein Entwurf einer vollständigen Umarbeitung unterzogen. Es geschah im Zusammenhang mit den amtlichen Arbeiten zur Revision der livl. Adelsmatrikel. — Vgl. n. 14 u. 18.

16. Zur Geschichte des Umgearbeiteten Livländischen Ritterrechts. *Zeitschrift für Rechtswissenschaft*, hrsg. von der juristischen Fakultät der Univ. Dorpat. 7. Jahrg., Dorpat 1882 (Imprimatur März 17), S. 230—258. Auch *SA.* 29 S.

17. Kunst und Gewerbe in Livland. *Rig. Almanach für* 1883 (Imprimatur 1882 Okt. 10). Riga, W. F. Häcker. S. 1—28. *Gez.*: Br.

Geschrieben aus Anlass der 1883 in Riga veranstalteten Gewerbeausstellung.

18. Auch einmal ein Wort über Heraldik. *Balt. Monatsschrift* Bd. 30, Reval 1883 (Frühjahr), S. 166—191. *Gez.*: Br. — Vgl. n. 15.

Eine weit ausholende Besprechung von C. A. Klingspor, *Balt. Wappenbuch*.



19. Über das Öselsche Wappen. RSb. 1883 (Mai 11), S. 63.
20. Zur Restaurierung der Domkirche (in Riga). Ztg. für Stadt u. Land, Riga 1883 Juli 12/24, n 156. Gez.: —u.—
21. Über die Auffindung einiger Fragmente der zu Rostock 1530 erschienenen niederdeutschen Evangelienübersetzung. RSb. 1883 (Nov. 9), S. 79, 80; 1884 (Jan. 11), S. 3.
22. Über die altnordischen Sagas und Runensteininschriften in ihrer Beziehung auf die Gegenden der heutigen Ostseeprovinzen. RSb. 1884 (März 14), S. 14—16; (Apr. 11), S. 20—22.
23. Über eine Urkunde des Ordensmeisters Gotthard v. Kettler (Riga, 1562 Febr. 26) und des Bischofs Heinrich von Kurland (Dondangen, 1515 Apr. 12), nebst Textdruck der letzteren. RSb. 1884 (Apr. 11), S. 22, 23, 33.
24. Denkschrift betreffend die Reallasten zum Besten der lutherischen Kirche Livlands. Als Manuskript gedruckt. Riga, 1885 (Imprimatur Apr. 3), 34 + V S. Amtlich, mit der Ausfertigungsnummer 1933, Riga, d. 28. März 1885, unterz. vom Residierenden Landrat A. v. Richter, kontrasiert vom Ritterschaftssekretär H. Baron Bruiningk (dem Verfasser). Erschien auch in russischer Sprache.
25. Die Investitursinsignien der livländischen Ordensmeister: Ordensmantel, Conventskappe und Fingerring. RSb. 1886 (Jan. 8), S. 23—26.
26. Über eine gefälschte Urkunde des Ordensmeisters Plettenberg von 1501 Febr. 11. RSb. 1886 (Apr. 9), S. 32.
27. Restaurierungsarbeiten in der St. Jacobi-Kirche (zu Riga). Rig. Ztg. 1886 Juli 15, n. 158.  
Betrifft die am Altarchor zum Vorschein gekommene Malerei am Deckengewölbe.
28. Patkuliana aus dem livländischen Hofgerichts-Archiv, RSb. 1886 (Nov. 12), S. 83. In extenso abgedruckt: Mittheilungen aus dem Gebiete der Gesch. Liv-, Est- und Kurlands. Bd. 14, S. 131—143.
29. Beiträge zur Geschichte der Domkirche in Riga (Denkmal des Bürgermeisters Nicolaus Ecke und Bullenchor). RSb. 1887 (Mai 12), S. 50—54.
30. Besprechung: W. Neumann, Grundriss einer Geschichte der bildenden Künste und des Kunstgewerbes in Liv-, Est- und Kurland, Reval 1887. Zeitung für Stadt u. Land, Riga 1887 Dez. 8, n. 283. Gez.: —u—.
31. Die Wappenschilde am Rigaer „Dom-Museum“. 5. Rechenschaftsber. der Abteilung der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. für den Rigaschen Dombau für das Jahr 1889 (Imprimatur 1890 Apr. 11), S. 6—10. Gez.: Bgk. Mit 2 Tafeln.

32. Das Haus der Schiffergesellschaft in Lübeck (und die Gestühle der Rigafahrer daselbst mit dem rigaschen Stadtwappen). RSb. 1890 (Okt. 10), S. 104—108. — Vgl. n. 54.

33. Über ein für die baltische Inschriftenkunde wichtiges Manuscript der Ritterschaftsbibliothek zu Riga. RSb. 1891 (Jan. 9); S. 4, 5.

34. Beiträge zur Geschichte der Rigaschen Domkirche im 17. und 18. Jahrhundert. 6. Rechenschaftsber. der Abt. der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. für den Rigaschen Dombau für das Jahr 1890 (Imprimatur 1891 Jan. 10), S. 5—25.

35. Plan zur Begründung einer einheimischen historischen Portraitgalerie. RSb. 1891 (März 14), S. 29, 30. — Vgl. n. 41.

36. Notiz über die Erwähnung eines livländischen Deutschordens-Schaffers in einer Urkunde von 1548 Juli 16. RSb. 1891 (Mai 8), S. 69, 70.

37. Die Bildnisse des Ordensmeisters Walther von Plettenberg und die Frage über seine Herkunft. RSb. 1891 (Mai 8), S. 71—77. — Vgl. n. 12.

38. Über ein Inventar- und Rechnungsbuch der St. Jacobi-Kirche zu Riga (1430—1484). RSb. 1891 (Okt. 9), S. 88—91.

39. Über einige aus Livland (Narva) stammende bemalte Glasscheiben in der Kirche zu Fili, unweit von Moskau. RSb. 1891 (Dez. 5), S. 112, 113.

40. Das Denkelbuch des Rig. Rathsherrn Dietrich v. Zimmermann († 1740). RSb. 1892 (Febr. 12), S. 7, 8.

41. Über die Begründung einer historischen Porträtgalerie im Dommuseum. RSb. 1892 (März 11), S. 17—20. — Vgl. n. 35.

42. Das Hausbuch des livländischen Landrats Adam Johann von Tiesenhausen († 1730). RSb. 1892 (März 11), S. 27—31.

43. Über eine für die Geschichte und Topographie des Bischofshofes in Riga wichtige Urkunde von 1495. RSb. 1893 (Febr. 10), S. 11, 12.

44. Referat über zwei für die Geschichte der geistigen Bildung in den Ostseeprovinzen bedeutungsvolle Schriften (Dr. Fr. Köhler, Estländ. Klosterlectüre, und Th. v. Rieckhof, Die livländische Gelegenheitsdichtung des 17. Jahrhunderts). RSb. 1892 (Nov. 11), S. 73—75.

45. Referat über die handschriftlich hinterlassene Arbeit des Cand. hist. Walther Schwartz: „Geschichte des Dorpater Kreises in den Jahren 1713—1722“. RSb. 1893 (Apr. 14), S. 35, 36.

46. Über die Ausgabeposten im Rechnungsbuch der rigaschen Domkirche von 1733, betr. einen im Dommuseum befindlichen Chorrock. RSb. 1893 (Nov. 10), S. 75, 76.



47. Über einen von J. R. Patkul geschriebenen Kontrakt für den Bau eines Ritterhauses in Riga. RSb. 1893 (Nov. 10), S. 77, 78.

48. Referat über das 1893 in Mitau erschienene „Kurländische Ritterbuch“. RSb. 1894 (Febr. 9), S. 20, 21.

49. Referat über das Kurländische „Jahrbuch für Genealogie, Heraldik und Sphragistik für das Jahr 1893“, Mitau 1894. RSb. 1894 (Febr. 9), S. 21, 22. — Vgl. n. 53.

50. Das Duell zwischen den livländischen Landräten und schwedischen Generalmajoren Gustav Baron Mengden und Jacob Stael von Holstein 1679. RSb. 1894 (März 9), S. 26.

Der angekündigte Abdruck des in den Sb. nur kurz erwähnten, mit ausführlichem Aktenreferat verbundenen Vortrages in den „Mitteilungen“ ist unterblieben.

51. Über Livländische mittelalterliche Siegel und ein neues Verfahren zur Herstellung von Abgüssen. RSb. 1894 (Mai 11), S. 74.

52. Beitrag zur Jugendgeschichte der Kaiserin Katharina I., namentlich in betreff ihrer Vermählung mit Johann Kruse, dem antecessor matrimonii Kaiser Peters des Grossen. RSb. 1894 (Okt. 12), S. 117, 118. — Vgl. n. 59.

Besprechung: Вѣстникъ Европы. С.-Петербургъ 1896. Т. V стр. 389—91. К. Феттерлейнъ.

53. Referat über das Kurländische „Jahrbuch für Genealogie, Heraldik und Sphragistik für das Jahr 1894“, Mitau 1895. RSb. 1895 (Febr. 8), S. 20, 21. — Vgl. n. 49.

54. Die Tingierung des rigaschen Stadtwappens. RSb. 1895 (Febr. 8), S. 21—23, 33, 34. — Vgl. n. 32.

55. Über die Exzerpierung der älteren Kirchenbücher Livlands zu genealogischen Zwecken. RSb. 1895 (März 8), S. 35. — Vgl. n. 61.

56. Mitteilung über die Arbeiten zur Herausgabe der livländischen Privaturkunden. RSb. 1895 (Apr. 12), S. 54, 55. — Vgl. n. 5 u. 110.

57. Über die bei Grabungen auf der sog. Bauernburg auf der Insel Moon gefundenen Altertümer und Münzen. RSb. 1895 (Mai 10), S. 58, 59.

58. Das Amtssiegel des erztiftisch-rigaschen Mannrichters. RSb. 1895 (Okt. 11), S. 103—105.

59. Weitere Nachrichten über Johann Kruse, den antecessor matrimonii Kaiser Peters des Grossen. RSb. 1895 (Nov. 8), S. 110, 111. — Vgl. n. 52.

60. Bericht des Ritterschaftssekretärs über die zur Erfüllung des Landtagsbeschlusses v. J. 1893 ausgeführten archivalischen Arbeiten. Riga 1896 (Febr. 8), Landtagsvorlage. 10 S. 8°. Nicht im Buchhandel. — Vgl. n. 98.



61. Die älteren Kirchenbücher Livlands. RSb. 1897 (März 12), S. 46–67. — Vgl. n. 55.

62. Über die Herstellung von Grundkarten Livlands für historische und archäologische Zwecke. RSb. 1897 (Apr. 7), S. 73–75.

63. Referat über die von Otto Pfülf S. J. in der Zeitschrift „Stimmen aus Maria Laach“ veröffentlichte Abhandlung: „Walter von Plettenberg, Livlands grösster Herrmeister“. RSb. 1897 (Nov. 12), S. 141, 142.

64. Über zwei bisher unbekannte Urkunden: des Erzbischofs Albert vom Jahre 1258 und des rigaschen Dompropstes Dietrich Nagel vom Jahre 1463. RSb. 1897 (Dez. 5), S. 156–161.

65. Livländische Grabaltertümer im British Museum zu London. RSb. 1898 (Sept. 8), S. 113.

66. Referat über eine vom Pastor M. Lipp zu Nüggen herausgegebene estnische Kirchen- u. Kulturgeschichte. RSb. 1899 (Jan. 13), S. 5, 6.

67. Referat über des Oberlehrers M. Boehm Aufsatz in den Sitzungsberichten der Gel. Estn. Gesellsch., betr. ein angebliches Porträt des Ordensmeisters Wilhelm v. Fürstenberg. RSb. 1898 (Jan. 13), S. 1, 2.

68. Memorial der livländischen Ritterschaft über die Schenkerei-, Brauerei- und Brennereiberechtigung der Rittergutsbesitzer in Livland. Riga 1899 (Herbst), 42 S. Amtlich, ohne Namensnennung des Verfassers. Nicht im Buchhandel. Auch in russischer Übersetzung gedruckt.

69. Über „undeutsche“, aus dem Landvolk hervorgegangene Prediger in Livland im 16. u. 17. Jahrhundert. RSb. 1899 (Nov. 10), S. 151–154. — Vgl. n. 8.

70. Das Missal der Rigaschen Stadtbibliothek vom Jahre 1500 RSb. 1900 (Apr. 12), S. 43–56. — Vgl. n. 78.

71. Zur Frage der Seligsprechung Bischof Bernhards zur Lippe. RSb. 1900 (Nov. 8), S. 147–153.

Besprechung: Hagiogr. Jahresbericht f. 1901 u. 1902, hrsg. v. P. Leander Helmling O. S. B., Kempten 1903, S. 84. L(eander) H(elmling).

72. Die ehemalige Andreaskapelle bei dem Schlosse des Deutschen Ordens zu Riga. RSb. 1900 (Dez. 5), S. 178–183.

73. Die Altäre der Domkirche zu Riga im Mittelalter. RSb. 1901 (Jan. 10), S. 8–13.

Besprechung: Hagiogr. Jahresbericht f. 1901 u. 1902, hrsg. v. P. Leander Helmling O. S. B., Kempten 1903, S. 119. L(eander) H(elmling).

74. Die Schutzheiligen der Kompagnie der Schwarzen Häupter in Riga. RSb. 1901 (Apr. 11), S. 33–35.

Besprechungen: 1. Hagiogr. Jahresbericht f. 1901 u. 1902, hrsg.

v. P. Leander Helmling O. S. B., Kempten 1903, S. 119, 120. — 2. *Analecta Bollandiana* t. 22, Bruxelles 1903, S. 113. A(lbertus) P(oncelet S. J.).

75. Gedächtnisrede auf Dr. phil. Anton Buchholtz, Direktor der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumskunde der Ostseeprov. Russlands, geb. in Riga den 16. (28.) Juli 1848, gestorben in Riga den 3. (16.) Oktober 1901. Vorgetragen in der Monatsversammlung den 10. Oktober 1901. RSb. 1901, S. 70—79.

76. Die Frage der Verehrung der ersten livländischen Bischöfe als Heilige. RSb. 1902 (Jan. 9), S. 3—36.

Besprechungen: 1. Hagiogr. Jahresbericht f. 1901 n. 1902, hrsg. v. P. Leander Helmling O. S. B., Kempten 1903, S. 180, 181. — 2. *Analecta Bollandiana*, t. 22, Bruxelles 1903, S. 133. A(lbertus) P(oncelet S. J.). — 3. *Revue d'Histoire Ecclésiastique*, Louvain 1903, S. 721—24.

77. Über einen Pokal rigascher Arbeit aus der Zeit um 1700, im Besitz des Landmarschalls Baron Fr. v. Meyendorff. RSb. 1902 (März 13), S. 42, 43.

78. Nochmals das Missal der Rigaschen Stadtbibliothek von 1500. RSb. 1902 (März 13), S. 50—53. — Vgl. n. 70.

79. Der Einfluss der Heiligenverehrung auf die Wahl der Taufnamen in Riga. RSb. 1902 (Mai 8), S. 77—83.

Besprechung: Hagiogr. Jahresbericht f. 1901 u. 1902, hrsg. v. P. Leander Helmling O. S. B., Kempten 1903, S. 181. L(eander) H(elmling).

80. Über den Fund silberner Schmuckgegenstände in Riga aus dem 14. Jahrhundert. RSb. 1902 (Sept. 11), S. 90, 91.

81. Herstellung einer archäologischen Karte der Ostseeprovinzen. RSb. 1902 (Okt. 9), S. 104—106, 156.

82. Ein liturgisches mittelalterliches Bronzebecken, die sog. Kaiser-Otto-Schale, im Dommuseum der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen zu Riga. RSb. 1902 (Okt. 9), S. 108—149.

Besprechung: Rig. Tageblatt 1903, n. 137, J(oseph) G(irgensohn).

83. Das Stiftsabzeichen (Kreuz) des adligen Fräuleinstiftes zu Fellin. RSb. 1903 (Jan. 8 u. Febr. 12), S. 5, 21.

84. Über die Abführung der Einwohner Dorpats in die Gefangenschaft nach Russland 1565. RSb. 1903 (Apr. 9), S. 36—44.

85. Messe und kanonisches Stundengebet nach dem Brauche der Rigaschen Kirche im späteren Mittelalter. Mitteilungen aus dem Gebiete der Gesch. Liv-, Est- und Kurlands, Bd. 19, Heft 1, Riga 1903 (Nov. 1); Heft 2 (Schluss), 1904 (Nov. 12). 656 S.— Auch als SA. im Buchhandel.

Besprechungen: 1. *Revue d'Histoire Ecclésiastique*, Louvain 1904 (Janvier), S. 231, 232.— 2. Rigaer Tageblatt 1904 Aug. 19, n. 187. J. Girgensohn.— 3. *Literarische Rundschau für das katho-*



lische Deutschland, hrsg. von Prof. G. Hoberg, Jahrg. 1904, Freiburg i. B., Sp. 269, 270. Adolph Franz. — 4. Stimmen aus Maria Laach, Bd. 66, Freiburg i. B. 1904, S. 237—240. — 5. Theologischer Jahresbericht, hrsg. von Prof. Dr. G. Krüger in Giessen u. Prof. Lic. Dr. W. Köhler in Giessen, Bd. 23 (Literatur des Jahres 1903), Berlin 1904, S. 433, 434. — 6. Hagiogr. Jahresbericht f. 1903, hrsg. von P. L. Helmling O. S. B., Kempten u. München 1904, S. 231. L(eander) H(elmling). — 7. Histor. Zeitschrift (begr. von Heinrich v. Sybel), hrsg. von F. Meinecke, Bd. 93 (N. F. 57), München u. Berlin 1904, S. 563, 564. Gez.: —n.— 8. Mitteilungen u. d. histor. Literatur, Berlin 1905, S. 309, 310. J. Girgensohn. — 9. St. Petersburg Ztg. 1905 Febr. 5/18, n. 36. F. Keussler). — 10. Theol. Anzeiger für die evang. Geistlichkeit von Ost- u. Westpreussen, hrsg. von Wilhelm Koch, Königsberg i. Pr. 1905 April, n. 49, S. 3, 4. — 11. Stimmen aus Maria Laach. Bd. 68, Freiburg i. B. 1905, S. 571, 572. Stephan Beissel S. J. — 12. Analecta Bollandiana, t. 24, Bruxelles 1905, S. 375. A. P(oncelet S. J.). — 13. Histor. Jahrb. (der Görres-Gesellsch.), Bd. 26, München 1905, S. 641, 642. Adolph Franz. — 14. Theol. Revue, hrsg. v. Prof. Dr. Franz Diekamp, n. 16, Münster i. W. 1905 Okt. 10, Sp. 487, 488. R. Stapper. — 15. Revue d'Histoire Ecclésiastique, Louvain 1905 (Octobre). S. 952. A. F. — 16. Duna-Zeitung Riga 1905 Nov. 6, 19, n. 253. N(icolaus) B(usch) — 17. Biblioteka Warszawska, t. 240, Warszawa 1905, S. 584—595. Gustaw Manteuffel — 18. Histor. Zeitschrift, (begr. v. Heinrich v. Sybel), hrsg. von F. Meinecke, Bd. 97 (3. F., Bd. 1), München u. Berlin 1906, S. 207. —n.— 19. Hagiogr. Jahresbericht f. 1904—1906, hrsg. von P. Hildebrand Bihlmeyer O. S. B., Kempten u. München 1908, S. 29, 30. L(eander) H(elmling O. S. B.).

86. Über ein wundertätiges Reliquair im ehemaligen Kloster Freckenhorst in Westfalen und eine sich daran knüpfende, auf Livland weisende Legende. RSb. 1903 (Nov. 12), S. 123, 124.

87. Livländische Maler im Mittelalter. RSb. 1904 (Febr. 11), S. 22—27.

88. Livländisches aus den Fragmenten der Libri VIII Miraculorum des Caesarius von Heisterbach. RSb. 1904 (Okt. 13), S. 226—230.

89. Kirchliches aus dem Buche der Ältermänner des rigaschen Goldschmiedesamtes (1486—1533). RSb. 1904 (Dez. 6), S. 264—272.

90. Das Aquamanile im Dommuseum zu Riga. RSb. 1905 (Febr. 6), S. 6—12. Mit 1 Tafel. — Vgl. n. 129.

91. Die Franziskanerklöster zu Lemsal und Kokenhusen. BSb. 1905 (März 9), S. 18—37. — Vgl. n. 128.

Besprechung: Archivum Franciscanum historicum in Collegio S. Bonaventurae. Jahrg. 3. Brozzi-Quaracchi, Firenze 1910, Heft 3, S. 181, 182.

92. Hinweis auf einen Aufsatz in „Stimmen aus Maria Laach“, betr. „Die Landesapostel Livlands in der kirchlichen Verehrung“. RSb. 1905 (März 9), S. 16.



93. Besprechung: Astaf von Transehe-Roseneck, Zur Geschichte des Lehnswesens in Livland. Mitt. a. d. livl. Gesch. Bd. 18. Balt Monatsschrift Bd. 59, Riga 1905 (Mai), S. 222—225.

94. Besprechung: Das Liv-, Est-, und Kurländische Urkundenbuch Bd. 11. Rig. Rundschau 1905 Juni 8 (21), n. 121. Gez.: —k.

95. Referat über: Dr. Francisco Symon y Nieto, Sobre el enterramiento de Don Juan de Blankenfeld, arzobispo de Riga, Palencia 1905. RSb. 1905 (Okt. 12), S. 62—64.

96. Besprechung: Liv-, Est- und Kurländisches Urkundenbuch Abt. 2, Bd. 2. Rig. Rundschau 1905 Dez. 17 (30), n. 274. Gez.: —k.

97. Analekten zur Geschichte der Landwirtschaft und Viehzucht in Livland. RSb. 1906 (Jan. 11), S. 7—18.

Besprechung: Stimmen aus Maria Laach, Bd. 74, Freiburg i. B. 1908, S. 121—123.

98. Bericht des Sekretärs für historische Quellenstudien und Beaufsichtigung des alten Archivs (der Livländ. Ritterschaft) H. v. Bruiningk. Riga 1906 Febr. 18. 24 S. — Amtlich. Landtagsvorlage. Nicht im Buchhandel. — Vgl. n. 60 u. 127.

99. Verhandlungen der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands, betreffend die Denkmalpflege. Riga 1906. 16 S. — Denkschrift der Gesellschaft. Als Verfasser nicht genannt. Erschien auch in russischer Sprache.

100. Zur Geschichte des Anbaues von Feldfrüchten in Livland im Mittelalter. RSb. 1907 (Jan. 10), S. 3—9.

101. Über die Nachwirkungen der katholischen Gegenreformation in Livland, kurz referiert RSb. 1907 (Mai 9), S. 31—33, in extenso gedr. RSb. 1914 (Riga 1914—1921), S. 86—94.

102. Ein livländischer Schutzbrief von 1556 mit farbigen Wappen der Landesherren. Jahrb. f. Genealogie, Heraldik u. Sphragistik 1907 u. 1908 (Sitzung 1907 Nov. 6), Mitau 1910, S. 1—3, 306 Mit 1 Wappentafel in Faksimiledruck. 4<sup>o</sup>.

103. Eine das Wappenrecht betreffende Entscheidung des livländischen Hofgerichts a. d. J. 1644. Jahrb. f. Genealogie, Heraldik u. Sphragistik 1905 u. 1906 (Sitzung 1907 Nov. 6). Mitau 1908, S. 263—265; 1910, S. 306. 4<sup>o</sup>.

104. Über die Tingierung des Dorpater Stadtwappens. Jahrb. f. Genealogie, Heraldik u. Sphragistik 1907 u. 1908 (Sitzung 1907 Nov. 6). Mitau 1910, S. 307, 308. 4<sup>o</sup>.

105. Besprechung: L. Arbusow, Grundriss der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands, 3. Aufl. Rig. Rundschau 1907 Nov. 16/29, n. 267.

106. Kelch und Patene der Kirche zu Woltershausen in Hannover. RSb. 1907 (Dez. 5), S. 107—117. Mit 3 Tafeln und 2 Abb. im Text.

107. Der Wittesche Katechismus und sein Herausgeber. Sitzungsber. der Gel. Estn. Gesellsch. 1908, Jurjew-Dorpat 1910, S. 48—54.

108. Über Archivalien zur Erforschung livländischer Ortsnamen. Arbeiten des Ersten Baltischen Historikertages zu Riga 1908 (Sitzung Apr. 16). Riga 1909, S. 71—79.

109. Das livländische Ritterschaftsarchiv zu Riga. Arbeiten des Ersten Baltischen Historikertages zu Riga 1908 (Sitzung Apr. 17). Riga 1909, S. 274—285.

110. Livländische Güterurkunden (aus den Jahren 1207 bis 1500). Herausgegeben von Hermann von Bruiningk und Nicolaus Busch. Mit 9 Tafeln. Riga 1908 (Vorwort: Juli 2). L+788 S. — Vgl. n. 56 u. 156.

Besprechungen: St. Petersburger Ztg. 1909 Mai 26, n. 143. F. Ke(ussler). — 2. Balt. Monatsschr. 1909, Bd. 67 S. 356—60. F. Keussler. — 3. Известія Импер. Археологической Коммисіи, дополненіе къ выпуску 32. 1909, стр. 109—111. — 4. Rig. Tageblatt 1909 Nov. 26, n. 274. Joseph Girgensohn. — 5. Stimmen aus Maria Laach, Bd. 76, Freiburg i. B. 1909, S. 558—563. Otto Pfülf S. J. — 6. Jahrb. f. Geneal., Heraldik u. Sphragistik 1907 u. 1908, Mitau 1910, S. 222, 223. A. v. Tr(ansehe). — 7. Mitteilungen aus der Histor. Literatur, Bd. 28, Berlin 1910, S. 418, 419. J. Girgensohn. — 8. Zeitschr. f. Osteurop. Gesch., Bd. 2, Berlin 1912, S. 426—432. P. v. d. Osten-Sacken.

111. Über den in Berlin 1908 Aug. 6—12 versammelt gewesenen Kongress für historische Wissenschaften. RSb. 1908 (Sept. 10), S. 36—39.

112. Denkmalschutz. (Betrifft alte Skulpturen an einem im Abbruch befindlichen Hause in Riga.) Rig. Rundschau 1908 Okt. 31, n. 253. Gez.: k—

113. Die Geburtsstandsverhältnisse in den livländischen Domkapiteln und Klöstern. RSb. 1908 (Dez. 10), S. 72—90.

Besprechungen: 1. Neue Preuss. (Kreuz-) Ztg., Berlin 1909 Aug. 5. — 2. Düna-Ztg., Riga 1909, n. 241. F. Ke(ussler). — 3. Kirchenrechtl. Abhandlungen, hrsg. von U. Stutz, Heft 63, 64, Stuttgart 1910, S. 299, 300. Aloys Schulte. — 4. Neues Archiv f. ält. deutsche Geschichtsforschung, Bd. 25, 1910, S. 620. M. Kr(ammer). — 5. Deutsche Erde, Zeitschr. f. Deutschkunde, Gotha 1911, Heft 8, S. 220, 221.

114. Friedrich Baron Meyendorff, Livländischer Landrat, ehemaliger Livländischer Landmarschall. Mit Bildnis. Rig. Almanach für das Jahr 1909. Riga, W. F. Häcker, S. 97—102. Gez.: —k.

115. In: M. Buchberger, Kirchliches Handlexikon, Bd. 2, Lief. 36, München 1909, Sp. 1250 der Artikel „Ösel“. Gez.: H. v. Bgk. — Vgl. n. 123.

116. Christian Haumanns Reisetagebuch von 1720. RSb. 1909 (Jan. 14), S. 7—11.



117. Ein vierhundertjähriger Gedenkttag. (Betrifft die St. Blasius-Glocke der St. Jacobikirche zu Riga.) Rig. Rundschau 1909 Febr. 3/16, n. 27.

Besprechung: Stimmen aus Maria Laach, Bd. 77, II, Freiburg i. B. 1909, S. 234, 235.

118. Englische Kaufleute in Narva im 17. Jahrhundert. RSb. 1909 (Febr. 11), S. 14, 15.

119. Über ein mittelalterliches Wandgemälde in Lübeck mit der Darstellung livländischer Bischöfe (Albert Suerbeer, Johannes von Reval † 1320, Jakob von Ösel † 1337 und Friedrich Pernstein, Erzbischof von Riga, † 1341). RSb. 1909 (Febr. 11), S. 13, 14.

120. Einige heraldische und sphragistische Merkwürdigkeiten: 1. Das notarielle Handzeichen des Wolfhard v. Buren von 1355. — 2. Das Wappensiegel der Seelenmesse in der Pfarrkirche von Lemsal 1520. — 3. Das Amtssiegel des Propstes des Domkapitels von Riga Jacobus Notken von 1510. — 4. Das Wappensiegel des Detlef von Tiesenhausen von 1554. — 5. Das Wappensiegel des Jacob von der Pahlen von 1547. — 6. Das Wappensiegel des Jorgen Holtzschuer von 1551. — Jahrb. f. Genealogie, Heraldik u. Sphragistik 1907 u. 1908 (Sitzung 1909 Apr. 8), Mitau 1910, S. 74—79. Mit 6 Abb. im Text nach Handzeichnungen.

121. Referat über: Dr. theol. P. Leonhard Lemmens' O. F. M. Aufsatz, betreffend die Kapiteltafel des 1472 zu Celle gehaltenen Kapitels der Franziskaner Observanten. RSb. 1909 (Sept. 9), S. 34—36.

122. Über die vom Deutschen Ritterorden nach 1561 unternommenen Versuche, Livland wiederzugewinnen. RSb. 1909 (Dez. 5), S. 73—75.

123. In: M. Buchberger, Kirchliches Handlexikon, Bd. 2, Lief. 41, Sp. 1754, 1755 der Art. „Reval“; Sp. 1777, 1778 der Art. „Riga“; Lief. 44, Sp. 2017 der Art. „Schwertbrüder“; Sp. 2044 der Art. „Selonien. dioec.“ Gez.: H. v. Bgk. München 1910. — Vgl. n. 115 u. 126.

124. Besprechung: Dr. med. R. Otto, Über die Dorpater Klöster und ihre Kirchen. Nordlivländ. Ztg., Dorpat 1910 Apr. 30 (Mai 13), n. 96. Gez.: —Bgk.—

125. Besprechung; Akten und Rezesse der livländischen Ständetage, Bd. 3, bearbeitet von L. Arbusow. Rig. Rundschau 1910 Mai 31 (Juni 13), n. 122. Gez.: —k.

126. In: M. Buchberger, Kirchliches Handlexikon, Bd. 2, Lief. 47, Sp. 2317 der Art. „Tegetmeyer“; Lief. 48, Sp. 2419 der Art. „Tolgsdorff“. Gez.: H. v. Bgk. München (1911). — Vgl. n. 123 u. 130.



127. Bericht des Direktors des alten Archivs der Livländischen Ritterschaft H. Baron Bruiningk. Riga 1911 Febr. 26. 16 S. Amtlich. Landtagsvorlage. Nicht im Buchhandel. — Vgl. n. 98 u. 135.

128. Weitere Mitteilungen über die Niederlassungen der Mendikanten (der Franziskaner u. Dominikaner) in Livland. RSb. 1911 (Mai 11), S. 259–262. — Vgl. n. 91.

129. Das auf dem Gut Addafer aufgefundene kirchliche Giessgefäß (Aquamanile). RSb. 1911 (Okt. 12), S. 344–347. Mit 1 Tafel. — Vgl. n. 90.

130. In: M. Buchberger, Kirchliches Handlexikon, Bd. 2, Lief. 50, Sp. 2618 der Art. „Vironen. (Vironien.) dioec.“; Lief. 51, 52, Sp. 2689, 2690 der Art. „Wenden“; Sp. 2780 der Art. „Yxküll“. München 1912 (Imprimatur nach der Schlusslieferung, resp. des Bd. 2: Apr. 24). — Vgl. n. 126.

131. Leonid Arbusow, geboren den 7./19. Januar 1848 in Mitau, gestorben den 1./14. Januar 1912 in Sassenhof bei Riga. Eine Gedächtnisrede, gehalten in der 748. Sitzung der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands in Riga am 11. Januar 1912. Hierzu als Anhang: Verzeichnis der Druckschriften L. Arbusows. Riga 1912 (Juni). 23 S. Mit Bildnis. Auch gedr. RSb. 1912, S. 5–25.

Die Rede erschien in kürzerer Gestalt Rig. Tagebl. 1912 n. 26 u. 27, Rig. Ztg. n. 13, Illustr. Beil. d. Rig. Rundschau Febr. n. 3–9.

132. Livlands Verhalten im Kriegsjahre 1812 nach der Darstellung von K. Wojenski. Eine Erwiderung von H. Baron Bruiningk. Unter Zugrundelegung eines in der Sitzung der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. d. Ostseeprovinzen Russlands zu Riga den 11. April 1912 gehaltenen Vortrages. Der Erlös aus dem Verkauf ist bestimmt für das in Riga zu errichtende Denkmal des Feldmarschalls Fürsten Michael Andreas Barclay de Tolly. Riga 1912 (Mai 10; erschien Ende August). 48 S.

Besprechungen: 1. Rig. Rundschau 1912 Aug. 23, n. 196. Gez.: Dr. H(edenström). — 2. Balt. Post, Riga 1912 Aug. 23, n. 198. Gez.: K. — 3. Revalsche Ztg. 1912 Aug. 24, n. 195. — 4. Rig. Tageblatt 1912 Aug. 25, n. 395. Gez.: —m.— 5. Rig. Ztg. 1912 Aug. 27, n. 199. — 6. Moskauer Deutsche Ztg. 1912 Sept. 13, n. 210. — 7. Nordlivländ. Ztg. 1912 Sept. 14, n. 213. Gez.: —t.— 8. St. Petersburger Ztg. 1912 Sept. 16, n. 258. Gez.: F. Ke(ussler). — 9. Neue Preuss. (Kreuz-) Ztg., Berlin 1912 (Sept. 18) Okt. 1, n. 460. Gez.: v. G. — 10. Balt. Monatsschrift Bd. 74, Riga 1912, S. 273, 274. Gez.: F(riedrich) B(ienemann). 11. Deutsche Monatsschrift für Russland, 1. Jahrg., Reval 1912 Nov. 1/14, S. 1039 f. Gez.: Georges Baron Wrangell.

133. Über den als Pontificale Rigense bezeichneten Kodex der Vatikanischen Bibliothek in Rom. RSb. 1912 (Nov. 14), S. 369, 370.

134. Über die Verheerungen durch die Pest auf dem flachen Lande in Livland 1710. RSb. 1912 (Nov. 14), S. 387—393.

135. Die Arbeiten im Livländischen Ritterschaftsarchiv 1911/13. Bericht des Direktors des alten Archivs der Livländischen Ritterschaft H. Baron Bruiningk, Riga 1913 Mai 1. 53 S. Amtlich. Nicht im Buchhandel. Auch gedr. RSb. 1913 S. 145—194. — Vgl. n. 127.

136. Das Geschlecht von Bruiningk in Livland. Familiengeschichtliche Nachrichten. Riga 1913 (Okt. 18). Kommissionsverlag von N. Kymmel. XII + 396 S., gr. 8°, mit 23 Abbildungen im Text.

Besprechung: Monatsbl. der Kais.-Kön. Herald. Gesellsch. „Adler“, n. 401, Bd. 7 n. 41, Wien 1914, S. 359. Gez.: Höflinger.

137. Besprechung: Leonid Arbusow, Livlands Geistlichkeit vom Ende des 12. bis ins 16. Jahrhundert, 3. Nachtrag. RSb. 1913 (Nov. 13), S. 224, 225.

138. Der älteste mittelalterliche Grabstein Livlands aus der St. Martinskirche auf Holme bei Riga. Baltische Studien zur Archäologie u. Geschichte. Arbeiten des Vorbereitenden Komitees für den XVI. Archäol. Kongress in Pleskau 1914. Hrsg. von der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. Riga 1914. Auch Berlin 1914, Verlag von Georg Reimer (Vorrede v. Juni), S. 171—175, mit 1 Lichtdrucktafel Mit einem Resumé in russischer Sprache.

Vorgetragen i. d. Sitzung der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. 1914 Mai 14.

139. Besprechung: Leonhard Haggs Tagebuch a. d. Zeit des Nord. Krieges (Stockh. 1912). Vorgetr. i. d. Sitzung der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. 1914 Mai 14. Gedr. Deutsche Monatsschr. f. Russland, der Balt. Monatsschr. 56 Jahrg. 1914 (Juli), S. 544 549.

140. Deutsche oder lateinische Schrift? Gez.: H. v. B. Rig. Almanach für 1915 (Imprimatur 1914 Dez. 19), S. 99—110.

141. Die Arbeiten für die Herausgabe der livländischen Güterurkunden. Riga 1915 (Juni 28, mit Nachschrift Sept. 3). 26 S. Vgl. n. 149 u. 156.

142. Besprechung: Die Ostsee. Deutsche Ztschr. f. Wissensch. u. Kultur der Ostseeländer, hrsg. v. Dr. Richard Pohle, Berlin. Rig. Ztg. vereinigt m. d. Rig. Tgbl. 1918 Mai 7, n. 105. Gez.: H. v. B.

143. Besprechung: Die Beiträge zur Kunde Liv-, Est- u. Kurlands, Bd. 8 Heft 1/2, Réval 1915. Rig. Ztg. vereinigt m. d. Rig. Tgbl. 1918 Juli 23, n. 168. Gez.: H. v. B.



144. Besprechung: Aus der balt. Geschichtsliteratur. (Leonid Arbusow: Die Einführung der Reformation in Liv-, Est- u. Kurland, 1. Hälfte, Lpz. u. Riga 1919, u. dessen: Wolther von Plettenberg u. der Untergang des Deutschen Ordens in Preussen, Lpz. 1919.) Rig. Ztg. vereinigt m. d. Rig. Tgbl. 1919 Sept. 25, n. 58. Gez.: H. v. B.

145. Das angebliche *jus primae noctis* in Alt-Livland. Rig. Rundschau 1919 Okt. 28, n. 82. Gez.: B.

146. Die Zukunft der livländischen Ritterschaft in Lettland. Rig. Rundschau 1920 Jan. 23, n. 18. Gez.: Dr. H. v. B.

147. Deutsch-baltische Sprachaltertümer. Vorgetragen in der 785. Sitzung der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. 1920 Jan. 28. Rig. Rundschau 1920 Febr. 9, n. 32.

148. Denkmalschutz. Rig. Rundschau 1920 Juli 26, n. 166. Gez.: —k.— Zurechtstellung hierzu. Ebd. 1920 Juli 27, n. 167. Gez.: —k.—

149. Die Arbeiten zur Herausgabe einer Fortsetzung der „Livländischen Güterurkunden“. Vorgetragen in der Sitzung der Gel. Estn. Gesellsch. in Dorpat 1921 Apr. 13. Gedr. in deren Sb. v. 1921 (Dorpat 1922), S. 70—88. — Vgl. n. 141 u. 156.

150. Aufruf zur Mitarbeit an einem deutsch-baltischen Dialekt-Wörterbuch. Rig. Rundschau 1921 Mai 10, n. 103. Datiert 1921 Mai 6, mit Nennung der Kommissionsglieder, aber ohne Nennung des Verfassers.

151. Die deutsche Sprache in Lettland und Estland. Wochenschrift „Die Brücke“, hrsg. von Dr. Wilh. Brönnner, Danzig 1921 Juni 4, n. 23.

152. Zur Erhaltung des deutschen Sprachgutes. Wochenschrift „Die Brücke“ 1921 Juni 11, n. 24.

153. Analekten aus der livländischen Urkundenarbeit:

I. Die gefälschte Urkunde des Ordensmeisters Walter von Plettenberg für Heinrich Tepel von 1501 Febr. 11.

II. Die Datierung: „des anderen sondages“.

Mitteilungen a. d. livl. Gesch. Bd. 21 Heft 3 (Riga 1921), S. 173—193. (Geschlossen 1921 Juni 28.)

154. Noch ein Wort über das „russische Joch“, Herrn Prof. Dr. Berendts-Dorpat zur Antwort. Wochenschrift „Die Brücke“ 1921 Juli 16, n. 29.

155. Noch einmal die Schatzgräberei am Dom. Rig. Rundschau 1921 Aug. 19, n. 186.



156. Livländische Güterurkunden (a. d. J. 1501 bis 1545). Im Auftrage und auf Kosten des Lettländischen Bildungsministeriums hrsg. Bd. II der Livl. Güterurkunden. Riga 1923 (Vorwort datiert Okt. 15). Kommissionsverlag von A. Gulbis. XXIII + 923 S. gr. 8°. -- Vgl. n. 110, 141, 149 u. 157.

157. Livländische Güterurkunden, Bd. II. Zur Einführung. Eigenbericht des Herausgebers. Vorgetr. in den Sitzungen der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. 1923 Nov. 14 u. 28. Gedr. Mitt. a. d. livl. Gesch. Bd. 22 Heft I (Riga 1924), S. 1—46. (Geschlossen 1923 Dez. 1.) — Vgl. n. 156.

158. Völkisch oder national? Rigasche Rundschau 1924 März 1, n. 51.

159. Der Werwolf in Livland und das letzte im Wenden-schen Landgericht und Dörptschen Hofgericht im J. 1692 deshalb stattgehabte Strafverfahren. Vorgetr. in der Sitzung der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. 1924 Apr. 9. Gedr. Mitteilungen a. d. livl. Gesch. Bd. 22 Heft 3 (Riga 1924), S. 163—220. (Geschlossen Apr. 24.)

---

# Die altlivländischen Bauerrechte.

Neu herausgegeben von Leonid Arbusow.

Mit einem Anhang von Urkunden.

---

## Abkürzungen.

**AR.** = Akten und Rezesse d. Livl. Ständetage. Bd. 1 hrsg. von O. Stavenhagen u. L. Arbusow jun. 1907 ff., Bd. 3 hrsg. v. L. Arbusow sen. 1910. **Archiv** = Archiv f. d. Gesch. Liv-, Esth- u. Curlands, Dorpat 1842 ff. **ARR.** = sog. Ältestes Livl. Ritterrecht (v. Bunge 71 ff.). **BR.** = Bauerrecht. **Brfl.** = Est- und Livl. Brieflade, hrsg. von Bunge und Baron Toll, Reval 1856 ff. **Bunge**, Beiträge = F. G. v. Bunge, Beiträge zur Kunde der Liv-, Esth- u. Curländischen Rechtsquellen, Dorpat 1831. **Bunge**, Einleitung = v. Bunge, Einleitung in die liv-, esth- u. curländische Rechtsgeschichte u. Geschichte d. Rechtsquellen. Reval 1849. **Bunge**, Gerichtswesen = v. Bunge, Geschichte des Gerichtswesens und Gerichtsverfahrens in Liv-, Est- u. Curland. Reval 1874. **Bunge**, Rechtsbücher = Altlivlands Rechtsbücher, hrsg. von v. Bunge, Leipzig 1879. **Ewers** = J. Ph. G. Ewers, Des Herzogthums Ehsten Ritter- und Landrechte. Dorpat 1821. **Freymann** = H. v. Freymann, Das Strafrecht der livl. Ritterrechte. Dorpater Ztschrift. für Rechtswissenschaft 9, 1889, 201–291. **Lsp.** = Spiegel Land- u. Lehnrechts für Livland (v. Bunge 95 ff.). **LGU.** = Livländische Güterurkunden, 1. Bd. hrsg. von H. v. Bruiningk u. N. Busch, 1907; 2. Bd. (1501–1544) von Dr. H. v. Bruiningk, 1923. **Mitteilungen** = Mitteilungen aus d. livl. Gesch., hrsg. v. d. Ges. f. Gesch. u. Alt. zu Riga. **MRR.** = sog. Mittleres Livl. Ritterrecht (aufgenommen in den Lsp.). **Paucker** = C. J. A. Paucker, Die Quellen der Ritter-, Lehn- und Landrechte Esth- u. Livlands. Dorp. 1845. **RR.** = Ritterrecht. **SB. Dorpat** = Sitz.-Ber. d. Gel. Estn. Ges. zu Dorpat. **SB. Mitau** = Sitz.-Ber. d. Ges. f. Lit. u. Kunst zu Mitau. **SB. Riga** = Sitz.-Ber. d. Ges. f. Gesch. u. Alt. zu Riga. **Schilling** = C. Schilling, Die Lehn- u. erbrechtlichen Satzungen des Waldemar-Erichschen Rechts. Mitau 1879. **Schmidt**, Rechtsgeschichte = O. Schmidt, Rechtsgeschichte Liv-, Est- u. Curlands (a. d. Nachlass herausgegeben), Dorpater Jurist. Studien 3, 1894. 75–404 [nur zu vorläuf. Orientierung brauchbar]. **Ssp.** = Sachsenspiegel. **Stillmark** = Fr. Stillmark, Beiträge zur Kenntniss der altlivl. Bauerrechte. Dorpater Jurist. Studien 2, 1893, 1–67. **UB.** = Liv-, Est- u. Kurland. Urkundenbuch, begr. von v. Bunge, bisher 1. Abt. Bd. 1–12, 2. Abt. Bd. 1–3. **URR.** = sog. Umgearbeitetes oder Systematisiertes Livl. Ritterrecht (noch nicht ediert, entspricht inhaltlich im allgemeinen dem MRR., hat aber eine andre Anordnung und lässt mehrere Art. aus. Vgl. d. Konkordanztafeln in Bunes Rechtsbb. 51 ff.).



Dr. H. v. Bruiningk betont in seiner „Einführung in die livländischen Güterurkunden“ die Notwendigkeit einer neuen Gesamtausgabe der sog. Bauerrechte<sup>1)</sup>, die bisher nur zerstreut in älteren, schwer zugänglichen Drucken und z. T. greulich korrumpierten Texten vorliegen. Die nachfolgende Ausgabe möchte diesen Wunsch erfüllen. Dabei ist der Rahmen etwas erweitert worden, indem nicht nur ein Urkundenanhang hinzugekommen ist, sondern ausser den 4 bekannten „Bauerrechten“ i. e. S. auch das von G. v. Bunge im Zusammenhang mit dem Ältesten Ritterrecht 1879 neuedierte sog. „Dorfrecht“ nochmals aufgenommen, endlich ein schon veröffentlichter estnischer Auszug aus dem sog. Livischen Bauerrecht wiederholt wurde. Das gebot die Vollständigkeit. Es ergab sich dabei auch Gelegenheit zu einigen Verbesserungen an dem estnischen Text und wenigstens zur Aufwerfung von einigen Fragen hinsichtlich des Bungeschen Textes des „Dorfrechtes“. Deren vollständige Lösung kann nur im Rahmen einer Ausgabe des sog. Umgearbeiteten Ritterrechts erfolgen, die uns Bunge leider nicht beschert hat. Dann wird, trotz der Autorität der Bungeschen „Rechtsbücher“, die Textgestaltung des ganzen „Dorfrechts“ nochmals aufzurollen sein. Der Text des Wickschen Bauerrechts aber würde von einer neuen Ausgabe des Wiek-Öselschen Lehnrechts, die ebenfalls fehlt, sicher viel gewinnen.

Auch inbezug auf die Texte der anderen Bauerrechte kann die vorliegende Ausgabe noch nicht das letzte Wort bedeuten. Obwohl alle zugänglichen HSS., darunter ein paar noch unbenutzte, herangezogen wurden, war die Ausmerzung verschiedener Hauptkorruptelen auf rein textvergleichender Grundlage unmöglich. Es zeigte sich nämlich, dass alle bekannten HSS. des sog. erzstiftischen BR. (bisher BR. der Ordenslande genannt) wie des Wickschen BR. je auf irgend ein „Normal Exemplar“ zurückgehen, dessen Verderbnisse alle Texte mit geringfügigen Variationen getreulich weiterschleppen, und von welchem Bunges Worte<sup>2)</sup> über das Wiek-Öselsche Lehnrecht ebenfalls gelten: dass es nämlich von einem zwar des Schreibens kundigen, im übrigen aber ganz ungebildeten, insbesondere jeder Rechtskenntnis baren, überdies schwerhörigen Individuum nach Diktat geschrieben zu sein scheint. Einige Stellen sind zwar verbessert worden, die Hauptanstösse aber werden wohl nur durch Konjekturen zu heben sein, die sich ihrerseits erst aus einer allseitigen gründlichen Erforschung des ganzen altlivländischen Bauerrechtes ergeben können. Für eine solche, die natürlich nicht auf einmal abzumachen ist, sind aber brauchbare Texte wieder die

<sup>1)</sup> Mitteilungen 22, 1, 1924, 46.

<sup>2)</sup> Altlivl. Rechtsbb. S. 11 Anm.



Voraussetzung. Ganz dasselbe gilt für die Altersbestimmung oder die chronologische Aufeinanderfolge gewisser Bauerrechte. Aus diesem *circulus vitiosus* gab es nur den Ausweg, sich mit dem zunächst Erreichbaren zu begnügen: Darbietung des ganzen Textmaterials mit soviel Verbesserungsvorschlägen, als sich zurzeit beibringen liessen, Zusammenstellung aller greifbaren Parallelen aus den Ritterrechten, Anführung aller Zitate aus den wenigen neueren Arbeiten, die sich mit unseren Bauerrechten befassen<sup>1</sup>). Zum ersten Punkt war die Anführung sämtlicher orthographischer Varianten aus den HSS. überflüssig: was davon gebracht ist, genügt, u. a., um etwa noch neu auftauchende HSS. zu klassifizieren. Zum zweiten Punkt bedarf die Heranziehung selbst recht entfernter Parallelen aus den Ritterrechten ebensowenig einer Rechtfertigung, wie die Zitierung der Ritterrechte auch zu solchen Stellen der Bauerrechte, wo beide auseinandergehen: alles kann zur richtigen Deutung zweifelhafter Rechtssätze führen. Nötig wäre endlich eine Sammlung von Präjudikaten aus den Urkunden und von Belegstellen aus den lettischen und estnischen Volksliedern, in welchen mancherlei privatrechtliche Verhältnisse angedeutet sind. Aber dann wäre die Aufgabe uferlos geworden. Hinsichtlich des wichtigsten Materials, der Urkunden, ist sowieso nichts Abschliessendes möglich, solange die Lücken von 1472—1494 im „Urkundenbuch“ und von 1535—1461 in den „Akten und Rezessen“ noch klaffen und der 3. Band der „Livl. Güterurkunden“ aussteht, geschweige denn, dass es für Ösel und für das in vielerlei Hinsicht noch unbekannte mittelalterliche Kurland im Grunde genommen überhaupt noch gar keine Editionen gibt, und dass für Nordestland die Tollsche „Brieflade“ wissenschaftlichen Bedürfnissen nicht nachkommt. Wieweit man die lettischen Volkslieder rechtshistorisch ausschöpfen könnte<sup>2</sup>), muss solange unsicher bleiben, als ihre Chronologie und die Methode ihrer Interpretation noch nicht festgelegt sind. Über das estnische Volkslied kann ich garnicht urteilen. Ich möchte aber die Kenner der Volkslieder hüben und drüben auf die sich hier bietenden Aufgaben nochmals aufmerksam gemacht haben.

Die Beigabe eines Anhangs von Urkunden und Regesten aus dem 13.—16. Jahrhundert ergab sich daraus, dass die Bauerrechte nur als ein Bestandteil der gesamten bauerlichen

<sup>1</sup>) Die wichtigen „Bemerkungen zur Geschichte der Bauerrechte“ von A. v. Transehe (vgl. SB. Riga 1895, 26 f.) sind leider ungedruckt geblieben.

<sup>2</sup>) Die Ansätze von A. Schwabe (1921) werden an ihrem Ort erwähnt werden. Manches hierher Gehörige enthalten auch P. Schmidts „Ethnographische Schriften“ I—III (lett.). Aber überall fühlt man noch nicht sicheren Boden.

Verhältnisse recht verständlich werden. Die ausgewählten Nachrichten gehen z. T. der Fixierung der Bauerrechte voraus, laufen ihnen z. T. parallel, folgen ihnen endlich zeitlich nach. Die sowieso sehr kleine Auswahl musste desto unvollkommener ausfallen, je lückenhafter unsere Urkundenbücher sind<sup>1)</sup>. Aber sie enthält doch wohl die Hauptetappen einer Entwicklung, die in 3—4 Jahrhunderten von dem Anfangsstadium freier bauerlicher Hofbesitzer über den Zustand der Schollenpflichtigkeit hinüber zu den Verhältnissen leibeigener, bereits ohne Land veräusserbarer Bauern hinführte. Unter Ausschluss der, ein besonderes Thema bildenden, Verhältnisse des bauerlichen Grundbesitzes zeigt sie die Rechtsverhältnisse, aus denen die Bauerrechte erwachsen sind, die bauerlichen Rechtszustände im allgemeinen, unter welchen jene Rechtsbücher angewandt wurden, und endlich gewissermassen deren Fortsetzung in Einzelsatzungen. Denn es besteht ein bisher noch nicht hervorgehobener Parallelismus zwischen den Rechtsbüchern für die Ritterbürtigen und die Bauern. Wie in dem Zeitraum etwa eines Jahrhunderts (1315—1422) in kurzen Abständen die grossen Ritterrechtsbücher — das Waldemar-Erichsche Lehnrecht, das Älteste Ritterrecht, der Spiegel Land- und Lehnrechts, das Wiek-Öselsche Lehnrecht (alle im 14. Jahrhundert), endlich das Mittlere Ritterrecht (Anfang des 15. Jahrhunderts) und das Umgearbeitete Ritterrecht (1422) — aufeinander gefolgt sind, so ist das an Rechtsaufzeichnungen so fruchtbare 14. Jahrhundert auch die Entstehungszeit der meisten Bauerrechte gewesen. Und wie auf jenem Gebiet seit dem ersten Viertel des 15. Jahrhunderts die Rechtsfortbildung fortan „in Privilegien, Gnadenrechten, Rezessen und Einigungen etc. gesetzlichen Ausdruck fand“<sup>2)</sup>, so traten seit derselben Zeit auch auf dem Gebiet der Bauergesetzgebung an die Stelle von Rechtsbüchern verschiedene Verordnungen, Rezesse und Einigungen, die teilweise das alte Recht abänderten (wenngleich daneben in Estland das sog. Livische BR. sein Ansehen durchaus behauptet hat, ganz wie in der Harrisch-Wierischen Ritterschaft das Waldemar-Erichsche Lehnrecht und das URR.). Besondere Beachtung beanspruchten die bauerrechtlichen Verordnungen der Plettenbergschen Zeit bis etwa 1509, die, wenn die Beobachtung nicht trügt, Fäden etwa aus der Mitte des 15. Jahrhunderts wieder aufnehmen, und auf denen wiederum sehr Vieles aus der Folgezeit bis zum Untergang des alten Livlands

<sup>1)</sup> Aus der 2. Hälfte des 15. Jahrh. war, wegen der Lücke im UB. und den AR., die Ausbeute am kärglichsten; ebenso sind natürlich die Nachrichten aus dem 16. Jahrh. durchaus lückenhaft.

<sup>2)</sup> v. Bruiningk, Dorpater Zeitschrift für Rechtswissenschaft 7, 1882, 252.



(1561) beruht, während die Ordnung der Läuflingsfrage zwischen Reval und der Harrisch-Wierischen Ritterschaft ein parallel laufendes besonderes Kapitel vom Ende des 15. Jahrh. bis in die Mitte des 16. Jahrh. bildet.

Alles dies berücksichtigend, will die vorliegende Arbeit mit den erwähnten gebotenen Einschränkungen eine Art Grundstock für ein „Corpus juris rusticalis“ aus der Zeit livländischer Selbständigkeit sein.

In der Frage nach Alter und Entstehung der Bauerrechte bleibt es im allgemeinen dabei, dass ihre schriftliche Fixierung im wesentlichen dem 14. Jahrhundert angehört, da sie noch keine Schollenpflichtigkeit der Landleute kennen. Die Forschung der letzten Jahrzehnte hat m. W. wenig Neues dazu beigebracht, ausser den erwähnten noch ungedruckten „Bemerkungen“ A. v. Transehes und der hier oft zu zitierenden Arbeit Fr. Stillmarks. Stillmarks Versuche zu einer genaueren Datierung der einzelnen Bauerrechte sind durchaus verunglückt, aber hinsichtlich des relativen Alters zweier dieser Rechtsbücher hat er eine neue Ansicht, die man beachten muss. Bisher galten das sog. „BR. der Ordenslande“ (zitiert: B. I) und das Kurländische Bauerrecht (B. II) als „jüngere Redaktionen“ des sog. „Livischen Bauerrechts“ (LBR.). Nach Stillmark dagegen liegen gerade dem LBR. eine entwickeltere Rechtsauffassung (Vermehrung der mit öffentlich-rechtlicher Strafe bedrohten Vergehen) und jüngere Rechtsgewohnheiten zugrunde (Anteil der Rechtsgewalt an den Busszahlungen, Zunahme der Körperstrafen, Fortfall der Eisenprobe). Wenn Stillmark weiter eine Verwertung der apokryphen Überschriften von B. I und LBR. für die Datierung verwirft, so hat er darin natürlich ebenso Recht, wie wenn er (S. 14 f.) beweist, dass die Erwähnung der kgl. Majestät in LBR. § 34 sich garnicht auf die Dänenherrschaft in Estland (bis 1347)<sup>1)</sup>, sondern auf die schwedische Zeit seit 1561 bezieht, aus der die beiden in Frage kommenden HSS. M und T stammen. Nach Stillmark ist die Reihenfolge diese: B. I (sog. BR. der Ordenslande) ist das älteste schriftliche Bauerrecht. Ihm folgt, als eine z. T. überarbeitete Redaktion, B. II (das Kurl. BR.)<sup>2)</sup>. An dritter Stelle erst steht LBR. Danach folgt WBR. (das Wieksche BR.).

Zunächst aber ist es falsch, als ob es sich bei der Niederschrift des LBR. im sog. Roten Buch der Harr-Wier. Ritter-

<sup>1)</sup> In diesem Sinn verstanden die Stelle Paucker 88 Anm. 15 und selbst v. Bunge, Einleitung 126 f. (trotz der Anm. e ebda.).

<sup>2)</sup> Nach Schilling sind allerdings die erbrechtlichen Bestimmungen in B. II 27 gerade älter, als die entsprechenden in B. I 10: aber man muss nach Schilling mit späteren Einschüben in B. I 10 rechnen. (Ausserdem handelt es sich um verschiedene Rechtsgebiete.)



schaft im Sept. 1546 um eine „Abfassung“ (S. 13) oder eine erst damals erfolgte Zusammenstellung von Gewohnheitsrecht auf Grund einer „auf Initiative der Landräte veranstalteten Enquête“ in Estland und Livland (S. 22) gehandelt habe. Der Text im Roten Buch ist nichts anderes, als eine, sicher nur Weniges abändernde Abschrift von einem bereits viel früher kodifizierten BR., das übrigens in Estland in 2, durch verschiedene Reihenfolge einiger Artikel gekennzeichneten Rezensionen vorhanden war. Aber schon deren Vorlage war jungen Datums; so z. B. fehlte in ihr bereits die Eisenprobe. Überhaupt bildet ja der Umstand, dass alle unsere Texte viel jünger sind, als die ursprünglichen Aufzeichnungen der betr. Rechtsnormen, und diese wiederum älter, als jene, eine Hauptschwierigkeit bei der Frage nach Entstehung, Alter und Geltung dieser Rechtsbücher. In der Frage nach dem Verhältnis zwischen B. I und LBR. lässt auch der neueste Urteiler, A. v. Transehe, es dahingestellt bleiben, welcher von beiden Rezensionen die Priorität zukomme<sup>1)</sup>. Aus Stillmarks Ausführungen bleibt doch der Eindruck, dass die uns überlieferte Gestalt des LBR. einen weiter entwickelten Rechtszustand repräsentiert, als B. I (das in der vorliegenden Gestalt vielleicht von einer ursprünglicheren Vorlage abgeschrieben ist, als das LBR.?). Aber es muss ein noch nicht genügend bewertetes Moment in Betracht gezogen werden: dass nämlich in sämtlichen HSS. des LBR. immer nur ein estländisches Bauerrecht erscheint, während B. I aus dem Erzstift stammt, wo die Entwicklung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses nicht so rasch fortschritt, wie in Harrien-Wierland. Und auf Rechnung jenes Verhältnisses möchte ich die von Stillmark hervorgehobene jüngere Rechtsauffassung in LBR. (abgesehen vom Fehlen der Eisenprobe) setzen<sup>2)</sup>, also weniger die zeitliche Differenz zwischen LBR. und B. I betonen, sondern mehr die Verschiedenheit der Rechtsgebiete, und gleichzeitig der Ansicht Stillmarks (S. 22) widersprechen, dass „wir bei einer systematischen Behandlung des Bauerrechts ruhig einen Codex durch den andren ergänzen könnten“. Kurz: man kann mit Stillmark sagen, dass das uns vorliegende LBR., das wir nur in estländischer Redaktion besitzen, jünger ist, als das uns erhaltene B. I, aber beim ursprünglichen, uns nicht mehr bekannten LBR. und B. I kann das zeitliche Verhältnis auch umgekehrt gewesen sein.

B. I ist seinerseits nach Meinung aller Forscher älter, als B. II; doch die von Stillmark S. 19 angeführten Argumente

<sup>1)</sup> SB. Riga 1895, 27.

<sup>2)</sup> In der Tat kann das viel ausgebildeter Strafrecht, die grössere Zahl der Eigentumsvergehen usw. sehr gut mit der in Estland von jeher am stärksten ausgebildeten Gutsherrschaft zusammenhängen, welche offenbar auch die im LBR. so oft erwähnte „Herrschaft“ ist, während B. I und B. II noch landesherrliche Richter kennen.

für die Aufzeichnung von B. II „zwischen 1480 und 1530“ sind ganz wertlos. Die Kodifizierung ist schon weit früher erfolgt; die einzige, jetzt übrigens verschollene HS. stammte allerdings erst aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts.

Das Wiicksche BR. ist zweifellos das jüngste von allen; die oberste Zeitgrenze für seine Kodifizierung ist nach v. Transehe der Anfang des 15. Jahrhunderts.

Bewiesene neue Ansichten über die Entstehung und Kodifizierung und den Inhalt der Bauerrechte lassen sich nicht aufstellen, solange der in ihnen und, wie wir hinzufügen, in den verwandten Quellen erscheinende Gang der Rechtsbildung noch nicht erforscht und dargestellt worden ist. Das im Anhang zusammengestellte Material gibt aber Anlass zu einem vorläufigen ganz allgemeinen Überblick.

Durch das ganze 13. Jahrhundert hindurch lässt sich die von den Deutschen unternommene Einführung von Gericht und Recht bei den eingeborenen Stämmen, die bisher wohl nur eine Rechtspflege im Schosse der Sippen oder Geschlechtsverbände, mit nur erst äusserst schwachen Ansätzen zu einem öffentlich-rechtlichen, dabei gewiss auch nur sacralen Strafrecht gekannt hatten<sup>1)</sup>, verfolgen. Ein Zusammenwirken mit den Sippen- und Landesältesten ist dabei urkundlich beweisbar, findet übrigens, soviel den Deutschen Orden anbelangt, auch in Preussen seine Parallele<sup>2)</sup>. Die sich hierbei immer wieder aufdrängende Frage nach Wesen, Inhalt und schliesslichem Schicksal einheimischen ursprünglichen Gewohnheitsrechtes lässt sich augenblicklich kaum anders beantworten, als dass der eben erwähnte Prozess eine Germanisierung des Rechtslebens war. Der Inhalt der Bauerrechte sind rein germanische Rechtssätze strafrechtlicher, prozessualischer und privatrechtlicher Natur. Was vorher war, wissen wir nicht; was etwa neben den schriftlichen Rechtsquellen an ursprünglichem privatrechtlichem Brauch sich erhalten und weitergelebt haben mag, würde man gerne wissen, aber es ist wissenschaftlich noch nicht herausgeschält. Im Straf- und Prozessrecht liest man das Germanische an den Busstaxen, mit denen B. I, LBR. und B. II beginnen, und an den Prozessnormen gleichsam ab. Hinsichtlich des Privatrechts hat Schilling S. 100-109 die allmähliche Germanisierung z. B. des Erbrechts durch Würdigung des tiefgreifenden Einflusses des von den neuen Herren konsequent durchgesetzten Heimfallsrechtes überzeugend dargetan. Der Folgerung aus Schillings Ansichten muss aber entgegenge-

<sup>1)</sup> Auch die Russen werden in ihren lettgalischen und livischen Tributgebieten an Düna und Livischer Aa kaum viel mehr, als Pönen für nicht gezahlten Tribut eingeführt haben.

<sup>2)</sup> Vgl. die öfters wiederkehrende Formel „die Pomezenen haben funden“ in den Jura Pruthenorum von 1340, ed. Laband 1862.



treten werden, als ob uns auch aus den „Bauerrechten“ in den strafrechtlichen Bestimmungen noch Eingeborenenrecht, und nur aus den Privatrechtssatzungen rein deutsches Recht entgegen-träte: das wäre eine durch nichts zu rechtfertigende Verallgemeinerung bestimmter Beobachtungen an den Verträgen mit den Öselern von 1241 und 1255. Es stimmt, dass die Deutschen damals einzelne Gewohnheiten in der Strafrechtspflege der Öseler als gültiges Recht anerkannten. Aber erstens lässt sich solches betreffs der anderen Stämme nicht nachweisen, zweitens muss man auf Ösel unbedingt mit starken, den deutschen Rechtsanschauungen wesensverwandten skandinavischen Einflüssen rechnen. Skandinavische Rechtseinflüsse wären überhaupt die einzigen fremden, die neben den deutschrechtlichen Normen als Bestandteile von Rechtsurkunden und Rechtsbüchern für die Eingeborenen in Frage kommen. Aber die Wissenschaft hat sich dieser Frage noch nicht angenommen. Stillmarks Bemerkungen S. 46 können höchstens als vorläufige Anregung gelten, die endlich auch einmal eine Ausführung verdiente.

Rekapitulieren wir die wenigen sicheren Tatsachen, zwischen denen dann die unvermeidlichen Hypothesen Platz finden müssen. Nachdem 1206 die Unterwerfung des Livengebiets vollendet war, begann dort die Einführung von deutschem weltlichem Gericht. Unter den Lettgallern (Letten im östlichen Lettland), die sich erst nach den Liven, freiwillig, untergaben, muss dasselbe, aber später, geschehen sein. Jede direkte Nachricht fehlt aber. Harrien-Wierland kam 1219 ff. unter dänische Herrschaft, bis 1347: aber der Möglichkeit einer allgemeinen und ausschliesslichen Einbürgerung skandinavischen (dänischen) Rechts unter den dortigen Esten widerstreitet der Umstand, dass das Land schon von vornherein unter deutsche Vasallen aufgeteilt ward, die früher als anderswo die unmittelbaren Herren der Landeseingeborenen wurden. Die Beliebung der Harrisch-Wierischen vom März 1306 über rechtliche Verfolgung gewisser schwerster Verbrechen der Esten beweist, dass dort irgend eins der uns bekannten Bauerrechtsbücher damals noch nicht im Gebrauch war. Immerhin ein Anhaltspunkt.

Aber schon vorher war im Mittelpunkt der damaligen deutschen Herrschaft eine irgendwie geartete, naturgemäss noch recht primitive Zusammenfassung von Rechtssätzen für die Liven erfolgt, denn 1267 bestimmte der Vertrag des Meisters des Deutschen Ordens mit den Kuren, dass dieselben „allem Liveschen Rechte untertan sein sollten“, wobei es sich natürlich um deutsches Landrecht, nicht um genuines Livenrecht<sup>1)</sup> noch um das sog.

<sup>1)</sup> Zwei stammesfremde Völkerschaften konnten unmöglich die eine dem Rechte der andren unterstellt werden, wohl aber beide einem gemeinsamen deutschen Landrechte, oder wenigstens überwiegend deutschen Rechtsnormen.



„livische Lehnrecht“ handelte. Das unter den Kuren geltende „gemeine Landrecht“ wird dann bereits im Jahre 1282 in einem Vertrage zwischen dem Ordensmeister M[angold]<sup>1)</sup> und dem Kloster Dünamünde über das Land Utenpewe<sup>2)</sup> erwähnt: *si quis Curonum arbores melligeras... habuerit, eas liberaliter sequetur, quemadmodum commune jus terre exigit et requirit*. Der Ausdruck „gemeines Landrecht“ konnte einem Eingeborenenrecht nicht beigelegt werden<sup>3)</sup>. Des ferneren muss man annehmen, dass entweder „alles Livesche Recht“ auch im damaligen Lettgallen galt, oder dass hier ein anderer, aber gewiss ähnlicher Komplex von Rechtssatzungen eingeführt war, woran sich die weitere Hypothese schliesst, dass einer dieser Komplexe, oder beide, dem späteren sog. Livischen Bauerrecht und dem sog. erzstiftischen Bauerrecht (bisher BR. der Ordenslande, B. I) zur Grundlage gedient haben, als man zur Kodifizierung der Bauerrechte schritt. In jedem Fall erweist sich B. I im 16. Jahrh. als ein gerade im Rigaschen Erzstift (d. h. im Düna- und Aaliven-Gebiet und in Lettgallen) gebrauchtes Bauerrecht, und das Kurische Bauerrecht (B. II) als eine etwas jüngere Bearbeitung desselben, während das LBR. fast nur im Ordensestland (ausserdem nur noch im gleichfalls estnischen Stift Dorpat) anzutreffen ist. Darf man sagen: B. II ist eine für Kurland zurechtgemachte Bearbeitung von „allem Liveschen Recht“, so kann unter letzterem nur eine Vorstufe von B. I verstanden werden, während die Vorstufe des LBR. zwar auch in Livland i. e. Sinn entstanden sein wird, ihre Hauptverbreitung und schliessliche Kodifizierung aber im Estenlande, und zwar unter dem Orden, gefunden hat. Im Vertrage mit den am allerspätesten (endgültig erst 1290) besiegten Semgallern vom Jahre 1272 bestimmen (anders, als im Kurengbiet) der Rigasche Erzbischof und der Ordensmeister gemeinsam: die Vögte sollen ihr Gericht halten dreimal im Jahre, nach dem rechte und der gewonheit des landes to Letland und to Eistland solen se richten, eischen plectliche scaffunge. Hier frappiert zunächst, dass sowohl das LBR. wie B. I nach ihren Überschriften von einem Bischof zu Livland und von den Gottesrittern gemeinsam gesetzt sein wollen. Der Ausdruck „Recht und Gewonheit des Landes (s. v. a. „Landrecht“) in Lettland und Estland“ aber kann die Annahme be-

<sup>1)</sup> Vgl. Brfl. 3, 27.

<sup>2)</sup> Utupe in der Gegend Kandau, Talsen. Vgl. Klopmann, Chronik von Postenden S. 2 (1269), und Arbusow, Livl. Geistl. XVI, 301 Anm. (Mönchensee und Klosterberg bei Talsen).

<sup>3)</sup> UB. 477. Schilling 108. Von den uns erhaltenen Bauerrechten trifft übrigens allein das Kurl. BR. 27 (B. II) eine privatrechtliche Bestimmung über Honigbäume. Solche kommen ausserdem überhaupt nur noch in B. I 12 und B. II 14 vor.

stätigen, dass es damals schon zwei Zusammenstellungen von Rechtsnormen für die eingeborenen Stämme gegeben hat, von denen das „Landrecht in Lettland“ vielleicht unter dem Erzbischof (oder unter Erzbischof und Orden) entstanden, das „Landrecht in Estland“ (wo der Erzbischof nichts zu suchen hatte) aber jedenfalls nur vom Orden eingeführt sein kann. Die Rechtsgewohnheiten des damals dänischen Harrien-Wierland konnte keiner der beiden Herren bei den Semgallern einführen wollen; aber in seinem grossen estnischen Besitz (Pernauesches Gebiet, ein Teil der Wiek und Ösels, Sackala und die nördlich anstossenden Gaue, Jerwen) hatte der Orden für die Rechtspflege unter den Esten zu sorgen. Nimmt man nun die schon erwähnte Tatsache hinzu, dass das LBR. nur aus Estland, B. I nur aus dem Erztift überliefert ist, so glaubt man doch gewiss in dem Semgallervertrage von 1272 die Spuren der Vorstufen von B. I und von LBR. erwähnt gefunden zu haben. Die Einführung beider Komplexe bei den Semgallern durch die gemeinsam handelnden Herren, von denen natürlich ein jeder seine Rechtshoheit wahrte, brauchte keine juristischen Schwierigkeiten zu bereiten; es können doch nur recht primitive, einander noch sehr ähnliche Satzungen gewesen sein, vorwiegend Busstaxen, mit denen ja übrigens alle 3 älteren Bauerrechte beginnen. Kein Wunder: hat doch in Deutschland nach einer geläufigen Annahme gerade das Bedürfnis nach Fixierung der vielen üblichen Busstaxen zum Aufzeichnen der Volksrechte geführt. So mögen auch bei uns schriftliche Busstaxen, bereichert durch einige prozessualische Bestimmungen, schon vor der erst im 14. Jahrh. erfolgten Kodifizierung von LBR., von B. I und B. II für den Gebrauch der landesherrlichen Richter existiert haben.

Allerdings erlauben die Worte „rechte und gewonheit des landes to Letland und to Eistland“ auch die Annahme, dass es sich nur um eine, in beiden Landen<sup>1)</sup> gebräuchliche Zusammenstellung von Satzungen handelte, womit die Hypothese einer schon sehr frühen Duplizität wegfiel. Es bliebe dann nur eine Vorstufe, von der sich dann erst später das LBR. und B. I abgespalten hätten.

Im übrigen hat der skizzierte hypothetische Rechtszustand Kurlands i. w. S. (Selenland, Semgallen, Kurenland), nachdem das ganze Gebiet in den Besitz oder unter den Einfluss des Deutschen Ordens gekommen war, dadurch sein Ende gefunden, dass das sog. Kurische BR. (B. II) bei sämtlichen kurländischen Stämmen galt, so, wie es uns die Abschrift des 17. Jahrh. zeigt.

---

<sup>1)</sup> Nach Schilling 108 ist der Ausdruck „Lettland und Estland“ nur eine andre Bezeichnung für „Livland“ i. w. S.



Nach vielen Hypothesen wieder einige Tatsachen. In der zweiten Hälfte des 13. Jahrh. stand vom estnischen Gebiet auch das Stift Ösel-Wiek unter dem Einfluss des Ordens, der dort die Aufstände niederschlug und mit den wieder unterworfenen Öselern die Verträge von 1241 und 1255 abschloss und darin vor allem die Rechtshandhabung regelte. Der erste Vertrag enthält u. a. einige Strafrechtsbestimmungen und die Anordnung: *advocatum ad secularia judicia semel in anno . . . recipiant, qui de seniorum terre consilio judicabit, que fuerint judicanda*. Der zweite Vertrag enthält eine Reihe von Zusätzen privat- und strafrechtlicher Natur, u. a. über das Erbe von solchen Öselern, die *secundum eorum consuetudinem eliminari contigit pro peccato contra naturam commisso*, und einen Artikel, in quem *seniores terre pro tota terra consenserunt*, dass nämlich eine Tötung aus Erbschleicherei mit Verlust des Erbes an den Landesherrn und durch die Busse, *que de homicidio dari consuevit in illa terra*<sup>1)</sup>, gesühnt werden soll.

Diese beiden Rechtssatzungen des Ordens für Ösel waren aber nicht die „rechte und gewonheiten des landes to Eistland“ im Semgallervertrage von 1272. Abgesehen von der überall vorkommenden Mannbusse an sich, waren es individuelle, für die Verhältnisse auf Ösel besonders berechnete Bestimmungen, die darum auch in keine der späteren Kodifikationen, und vermutlich auch nicht in die denselben vorausgehenden Satzungen, die Vorstufen von LBR. und B. I, übergegangen sind.

Die weitere Gesetzgebung im Stift Ösel-Wiek ist bald in die Hände des eigentlichen Landesherrn, des Bischofs, zurückgekehrt. Schon 1284 erneuerte und bestätigte er die früheren, mit Beirat des Ordens für die Esten der Wiek erlassenen *statuta et jura* über die kirchlichen Abgaben und die Anordnung, dass die Esten in nicht kirchlichen und nicht bischöflichen Rechtsfällen *coram dominis suis stent juri, judicio seculari, in quo, si ipsos indebite gravari contigerit, possunt secundum mandatum apostolicum et jus gentium ad episcopum appellare*<sup>2)</sup>.

Das im Öselschen Bistum, und zwar in der Wiek, nach dem Jahre 1315 abgefasste sog. „Älteste Ritterrecht“ enthält in seiner zweiten, jedoch im Stift Dorpat verfassten Redaktion auch ein Bauerrecht, das sog. „Dorfrecht“, das ausser noch recht altertümlichen Markgenossenverhältnissen auch ein wohl im ganzen Altlivland verbreitetes Grenzprozessrecht aufweist.

<sup>1)</sup> Da das Wergeld (10 Mk. Silber) schon im Vertrage von 1241 festgesetzt war, braucht dieser Zusatz nicht notwendig auf ein ursprüngliches Öselsches Gewohnheitsrecht zu zielen. Die Notwendigkeit einer Untersuchung auf skandinavische Rechtseinflüsse ist übrigens bereits betont worden.

<sup>2)</sup> UB. n. 490.



Das nächste aus dem Stift Ösel stammende, angeblich von Bischof, Kapitel und Ritterschaft „gegebene“ Recht, in Wirklichkeit private Rechtsbuch für die dortigen Esten ist das „Wieksche Bauerrecht“, das jüngste, am besten gearbeitete und an privatrechtlichen Bestimmungen allerreichste von allen Bauerrechten. Es steht schon unter dem Einfluss des Ältesten Ritterrechts und des livländischen Sachsenspiegels, woraus verschiedene Entlehnungen stammen, während viele andre Bestimmungen älter sind, als die Kodifizierung, die, wie oben erwähnt, wohl noch im 14. Jahrh., jedenfalls vor Einführung der Schollenpflichtigkeit in der ersten Hälfte des 15. Jahrh., erfolgte.

Wir müssen noch zu der nächsten, nach dem Jahre 1272 folgenden Nachricht über die gesetzgeberische Tätigkeit des Deutschen Ordens für die eingeborenen Stämme zurückkehren<sup>1)</sup>. Nach Hermanns von Wartberge Livländischer Chronik „erneuerte“ zwischen 1324 und 1328 der Ordensmeister Reimar Hane den „Liven und Letten gewisse Ordnungen und Statuten“. Welche? O. Stavenhagen meint, sie hingen mit den erhaltenen sog. „jüngeren Rezensionen“ des sog. LBR., also mit B. I und B. II, zusammen<sup>2)</sup>. B. II dürfte aber, wenn es damals schon existierte, in solchem Fall noch nicht als eine spezifisch Kurische oder Kurländische Rechtssatzung gegolten haben, da ein Chronist des 14. Jahrh. die Eingeborenen Kurlands noch nicht Letten, sondern nur Semigalli und Curones nennen konnte. Wartberge spricht übrigens von Lettones, was sonst Litauer bedeutet.

Bei der Erneuerung von Rechtssatzungen für die Letten kann es sich nur um die livländischen Letten, die Letten und Lettgaller im Ordensterritorium der Rigaschen Erzdiözese gehandelt haben. Hat der Orden ihnen damals das nur aus der erzbischöflichen Kanzlei überlieferte Rechtsbuch B. I (das fälschlich so genannte „BR. der Ordenslande“) als gültiges Recht bestätigt, den Liven aber gleichzeitig die Urgestalt des LBR.? Letzteres kennen wir nur aus estländischer Überlieferung und nur noch in einer offenbar spezifisch harrisch-wierischen Gestalt. Aber es liess sich ja annehmen, dass die ursprünglichen Fassungen von B. I und LBR. einander zeitlich nahe standen und LBR. erst nach seiner Rezeption in Harrien-Wierland, dem eigentlichen Gebiet altlivländischer Gutsherrschaft, seinen jetzigen Charakter erhielt. — Oder wurde vom Ordensmeister Hane den Liven und Letten im livländischen Ordensgebiet eine und dieselbe Sammlung von Rechtssätzen neubestätigt? Und war diese das ursprüngliche LBR., oder das ursprüngliche B. I? Alle Möglich-

<sup>1)</sup> Aus den Stiften (ausser Ösel) ist in dieser Hinsicht nichts Sicheres überliefert.

<sup>2)</sup> AR. 1 n. 21.

keiten sind schliesslich gleich wahrscheinlich. In jedem Fall wird man bei jener Nachricht Wartberges sowohl betreffs der Liven wie der Letten an kodifizierte, schriftliche Satzungen denken und in ihr das erste Zeugnis für die Existenz von fixierten Bauerrechten sehen, die irgendwelchen von den uns erhaltenen Texten schon einigermaßen glichen, deren direkteste Vorläufer waren.

Alles in allem erhält man folgendes Bild: der Zeit der Kodifizierung der uns vorliegenden Bauerrechtsbücher ging eine Periode voraus, in welcher nach unserer Überlieferung der Erzbischof und der Ordensmeister gemeinsam, aber meist der Orden allein, die Rechtshandhabung unter den sich unterwerfenden Stämmen in Einzelurkunden regelten, die entweder ganz allgemein bestimmten, dass gewisse, mindestens stark germanisierte Satzungskomplexe als Recht gelten sollten, oder Reihen von verschiedenen Einzelsatzungen als solches festsetzten. In beiden Fällen geschah das durch vertragsmässige Übereinkunft mit den Eingeborenenältesten, wovon sich auch in den Überschriften von LBR. und B. I vielleicht noch eine tatsächliche Erinnerung erhalten hat. An dieser Praxis hat der Orden am längsten festgehalten, indem er so seiner Gesetzgebung einen autonomen Charakter wahrte und wohl auch noch im ersten Viertel des 14. Jahrh. gewisse „Ordnungen und Statuten“ durch Versammlungen der Ältesten als gültiges Recht anerkennen liess<sup>1)</sup>. Ebenso machte er es in Preussen, z. B. laut dem Verträge mit den abgefallen gewesenen Pomesanen, Warmen und Natangern von 1249<sup>2)</sup> und noch laut der Überschrift der Jura Pruthenorum: „Diss sint rechte, die in der Pomezenischen wayden [= Versammlung, vgl. SS. rer. Pruss. 2, 710] getailt und für recht funden sint“ im Jahre 1340<sup>3)</sup>.

Mit der Notiz Wartberges brechen unsere beglaubigten Nachrichten über die gesetzgeberische Tätigkeit der altlivländischen Landesherren unter den Eingeborenenstämmen fürs erste ab, und auch das zeitweilige Aufhören von Urkunden mit Rechtssatzungen für die Eingeborenen führt darauf, dass die erste Phase nunmehr, im 14. Jahrh., von der Periode der Bauerrechtsbücher abgelöst wurde. Diese enthalten übrigens ebenfalls nicht — vielleicht nicht einmal alle zusammen — das gesamte, in den verschiedenen Landesteilen gültige Recht. Sie sind bekanntlich Privatarbeiten, was aber die offizielle Rezeption oder Anerkennung des einen oder des anderen nicht ausschliesst. In

<sup>1)</sup> Vgl. Stavenhagen AR. 1 n. 21 Anm. u. S. 85 Anm.

<sup>2)</sup> Schilling 106.

<sup>3)</sup> Laband S. 7. — Die preuss. Satzungen enthalten aber auch einige Bestandteile aus dem Eingeborenenrecht, entsprechend der bei den Preussen, auf altpolnischer Grundlage, schon angetroffenen Rechtsbildung.



diesem Sinne verstanden wir auch die Nachricht Wartberges. Als Hauptgeltungszeit der Bauerrechtsbücher gelten die nach ihrer Kodifizierung folgenden Jahrzehnte des 14. Jahrh. und das 15. 16. Jahrh., aber einige dienten noch viel länger, wie die späten Abschriften beweisen. Aber dabei zeigen mancherlei neue, nunmehr ganz ohne Beteiligung der Landeseingeborenen getroffene Festsetzungen im Anfange des 16. Jahrh., dass damals wiederum eine neue Phase in der Bauergesetzgebung durch die veränderten Zustände und Anschauungen eingetreten war; manche Bestimmungen der Bauerrechte waren schon obsolet, wenn sie auch noch immer in den Abschriften weitergeschleppt wurden (man denke nur an die Eisenprobe in dem Exemplar von B. I in der erzstiftischen Kanzlei).—

Die Frage nach den geographischen Geltungsgebieten der verschiedenen Bauerrechte ist in der bisherigen Literatur eigentlich nur gestreift worden. Sie schliesst die weitere Frage ein: wieweit und in welcher Weise entsprachen die verschiedenen Bauerrechte den Eigentümlichkeiten, den besonderen Lebensverhältnissen der verschiedenen Stämme, oder auch den besonderen Zuständen, die seit der Unterwerfung bei ihnen herrschten? Es scheint, dass nur das sog. LBR. in letzterer Hinsicht bestimmte, es von den andren Bauerrechten unterscheidende Züge deutlicher zeigt; Ähnliches findet man im WBR. Besondere, nur gewissen Siedelungsverhältnissen entsprechende Bestimmungen enthält natürlich das „Dorfrecht“. Im allgemeinen ist der Hauptinhalt der Bauerrechte, das Strafrecht, für die Untersuchung jener Fragen gerade am wenigsten geeignet, die meist nur kargen privatrechtlichen Artikel aber bieten die allgrössten Schwierigkeiten. Auch die weitere Frage, ob und wieweit die Unterschiede zwischen den einzelnen Bauerrechten mit der Verschiedenheit der Landesherrschaften (geistliche Fürsten, Orden) und den innerpolitischen Zuständen der Territorien (entwickeltes oder schwaches Ständetum) zusammenhängen, kann hier nur gestreift werden. Man möchte wohl meinen, dass die verschiedenen Gesetzgeber das Wesen der einzelnen Bauerrechte stärker beeinflusst haben, als die Stammesunterschiede der diesen Rechten unterstellten Landleute. Aber zuerst müssen überhaupt die Geltungsbereiche der einzelnen Rechtsbücher geklärt werden. Da das bisher irrthümlich so genannte „BR. der Ordenslande“ sich als eine Rechtssammlung aus dem Erzstift, das sog. LBR. aber mit weit grösserer Deutlichkeit, als bisher, sich als ein estländisches Bauerrecht erweist, so lassen sich mit grösserer oder geringerer Bestimmtheit folgende „Rechtsgebiete“ (ohne Pressung des Ausdrucks) von einander abgrenzen: das als „erzstiftisches BR.“ zu bezeichnende Rechtsbuch B. I galt bei den Liven und Letten



(Lettgallern) im Erzstift und vielleicht auch bei den Liven und Letten des eigentlich livländischen Ordensgebiets, wo ausserdem vielleicht auch noch das sog. Livische BR. einmal in Gebrauch gewesen ist. Im Kurengbiet galt B. II, die jüngere Rezension von B. I., und wurde (wann?) über ganz Kurland, Ordens- wie Stiftsterritorium, erstreckt<sup>1)</sup>. Das sog. Livische BR., richtiger „Estländisches BR.“ zu nennen, war das Bauerrecht des ganzen estländischen Ordensgebiets, mit Harrien-Wierland als Kern seit 1347, und des Stifts Dorpat. Im westlichen Estengebiet am Meer galten: auf Ösel die aus Urkunden des 13. Jahrh. bekannten Satzungen, in der Wiek: uns nicht erhaltene Bestimmungen, die Vorstufe des „Wiekischen Bauerrechts“, die sich wohl auch auf Ösel verbreiteten, bis dass das kodifizierte Wiekische BR. auch dort in Gebrauch kam. Wegen des nicht nahe genug zu denkenden Zusammenhanges zwischen der Wiek und Harrien-Wierland berührten sich auch die beiderseitigen Bauerrechte, so dass ein Artikel des WBR. in einige HSS. des LBR. übergegangen ist. Aus seinem vermutlichen Ursprungsgebiet, der Wiek oder eher dem Stift Dorpat, verbreitete sich das sehr alte sog. Dorfrecht bezw. die in ihm enthaltenen sehr alten Satzungen über das übrige Estland und das livisch-lettische Erzstift und Ordensgebiet; die markrechtlichen Partien natürlich nur in Gauen mit Dorfsiedelungen und auch nur bis zum Untergang der bäuerlichen Dorfmarkenverfassung, die grenzprozessualischen Normen aber finden sich in ganz Altlivland (eingeschlossen Ordens- und Stiftskurland) im Gebrauch, stammen aber offensichtlich schon aus der Vorstufe des kodifizierten „Dorfrechts“, oder wenigstens z. T. aus dem Ritterrecht.

Die bunte Rechtsverschiedenheit im altlivländischen Bauerrecht ist echt mittelalterlich. Dabei darf man aber die eben versuchten Abgrenzungen nicht zu streng nehmen. Dazu ist schon der Inhalt verschiedener Bauerrechte zu unvollständig, es konnten selbstverständlich im „Rechtsgebiet“ irgend eines von ihnen auch manche Rechtsgewohnheiten gelten, die wir nur in dem Bauerrecht irgend eines andren „Rechtsgebiets“ aufgezeichnet finden (dabei ist nur schwer zu sagen, welche). Ausserdem sind einige Bauerrechte oder einzelne Satzungen derselben früher obsolet geworden, als andere, die sich dann auf Kosten jener verbreiteten, oder es wurden die ersteren durch neue Rechtsetzungen vonseiten der Herren ersetzt. Solchen feineren Verschiebungen wird man meist garnicht nachgehen können. Aber es ist klar, dass schon durch die allmähliche Verschlechterung der Rechtslage des Bauernstandes nicht alle Satzungen der

---

<sup>1)</sup> Eine Erwähnung des „Landrechts“ im Bistum Kurland zw. 1405 und 1424 s. UB. 7 n. 228.

Bauerrechte zu allen Zeiten dieselbe Bedeutung und die gleiche Anwendbarkeit behalten haben können.

Das Gerichtsverfahren und die Rechtspflege nach dem Bauerrecht, auf Grund des Gewohnheitsrechts wie gemäss den uns schriftlich überlieferten Bauerrechtsbüchern, erfolgte in den Bauergerichten. Diese bestanden bis in das 17. Jahrh. aus den Bauerältesten oder bauerlichen Rechtfindern (Urteilmännern)<sup>1)</sup> unter dem Vorsitz landesherrlicher Beamter oder (dort, wo die Gerichtsbarkeit an Vasallen verleht war, nämlich in Harrien-Wierland und den Stiften) des betr. Gutsherrn und hinzugezogener benachbarter Vasallen, und fanden zu bestimmten Zeiten, nämlich zu den Wacken oder Pagasten (d. s. Abgabetermine), und an bestimmten Orten<sup>2)</sup> statt. Weniger fest geregelt war anscheinend der Grenzprozess, wenigstens was Ort und Zeit und vielleicht auch die Rechtfinder anbelangt. Am besten bekannt, weil durch landesherrliche Verfügungen geregelt, ist uns das Gerichtsverfahren in Kriminalsachen. Vielleicht ergäbe eine Spezialuntersuchung ein deutlicheres Bild vom bauerlichen Gerichtsverfahren und eventuell seinen unterschiedlichen Phasen (wenigstens bis in die Mitte des 16. Jahrh.) in den verschiedenen Territorien Altlivlands. —

In der vorliegenden Ausgabe werden die einzelnen Bauerrechte in chronologischer Reihenfolge behandelt und abgedruckt, wobei allerdings die zeitliche Aufeinanderfolge der 3 ältesten unsicher ist. Durch die Voranstellung von B. I und seiner Bearbeitung B. II vor LBR. soll also nicht behauptet werden, dass LBR. unzweifelhaft das spätere Rechtsbuch sei. Sondern diese Reihenfolge ist, unter Berücksichtigung der Argumente Stillmarks, darum gewählt, weil die ganze erhaltene Überlieferung von LBR. uns dasselbe in einem fortgeschritteneren Stadium der Rechtsbildung zeigt, als wie es B. I repräsentiert. Das braucht aber nicht allein auf zeitliche Differenz zurückzugehen, sondern kann z. T. auf lokaler Verschiedenheit beruhen.

---

<sup>1)</sup> Die Bezeichnung recht findere z. B. LGU. 2 n. 825 S. 526. In Kurland z. B. noch i. J. 1606: Archiv 2, 268 f.

<sup>2)</sup> Im Stift Kurland u. a. z. B. Pussen (UB. 9 n. 1004); im Erzstift Lettischer Seite z. B. an einem Siep im Kreuzburgschen (LGU. 1 n. 397 S. 357, 1460: siep, dar dat rychte geheget wardt), u. s. w. Noch häufiger sind die Richtstätten in Grenzbeschreibungen erwähnt (z. B. LGU. 1 n. 683; 2 n. 520 S. 309 — wo 2 Männer hingerichtet worden waren —; n. 870 S. 556 u. s. w.). — Haben sich in der lokalen Volksüberlieferung Erinnerungen an ma. Dingstätten erhalten?



## I. B. I. Das sog. Erzstiftische Bauerrecht (bisher: Bauerrecht der Ordenslande).

Die beiden einzigen bekannten HSS. dieses Bauerrechts stammen unmittelbar und mittelbar aus der Kanzlei des Erzbischofs von Riga. Das beweist den Gebrauch dieser Rechtsaufzeichnung im erzstiftischen Territorium. Obwohl das ihre Geltung auch im livländischen Ordensgebiet nicht ausschliesst, und die (apokryphe) Überschrift auch der Mitwirkung des Ordens bei der Rechtsetzung gedenkt, ist die Bezeichnung „BR. der Ordenslande“ doch durch keine sichere Überlieferung gerechtfertigt und daher eine neue, wenigstens der handschriftlichen Überlieferung genau entsprechende, einzuführen.

**Handschriften.** 1. K. Die Königsberger HS. im Staatsarchiv zu Königsberg, Ordensfoliant 293 (alte Bez. A. 227) Bl. 102—104b unter der Überschrift „Sonderliche Rechte“, ist in der ersten Hälfte des 16. Jahrh., genauer in der Zeit zwischen 1535 und 1544, geschrieben von Markus Grefenthal aus Gera, der 1535—1544 Sekretär des Rigaschen Koadjutors, seit 1539 Erzbischofs Wilhelm von Riga war<sup>1)</sup>. Der genannte Abschriftenband, in welchem ausser der Hand Grefenthals die Handschriften noch mehrerer anderer erzstiftischer Kanzleibeamten wiederkehren, stammt nach Dr. P. Karges Feststellung aus der Kanzlei des Markgrafen Wilhelm, von wo ihn dieser auf einer seiner Reisen (1550? 1553?) nach Königsberg gebracht hat. Er enthält folgende Stücke: 1) Die sog. Rigasche Bischofschronik von der Hand des Markus Grefenthal, mit Joh. Lohmüllers Fortsetzung (Archiv 5, 174 ff. und Mitteilungen 17, 94 ff.). 2) Die sog. livländ. Meisterchronik (Archiv 5). 3) Das gemeine Recht des Erzbistums Riga. 4) Unser Bauerrecht. 5) Die erzstiftische Manngerichtsordnung. 6) Ebf. Silvesters Gnade von 1457 (UB. 11 n. 644). 7) Ebf. Jasper Lindes Privilegienbestätigung [1522 Dez. 29] (AR. 3 n. 143). 8) Ebf. Joh. Blankenfelds Priv.-Best. 1524 (AR. 3 n. 162). 9) Ebf. Thomas Schönings Priv.-Best. 1531 (AR. 3 n. 289). 10) Rigisch Recht 1270. 11) Lübisches Recht 1257. 12) Bf. Joh. Kiewels von Ösel Priv.-Best. 1524 (AR. 3 n. 169). 13) Harrische Einigung 1508 (AR. 3 n. 41) mit einer, nach Dr. P. Karge eigenhänd. Bemerkung Ebf. Wilhelms vom J. 1544. 14) Absage an Ebf. Silvester 1479. 15) Erzstiftische Bauereinigung 1494 (AR. 3 n. 27 Anm.). 16) Wolmarsche Einigung 1526 (AR. 3 n. 239). 17) Wieksche Einigung zu Goldenbeck 1527 (AR. 3 n. 241). Den Schluss bilden die Einigungen der dreissiger Jahre des 16. Jahrh.

<sup>1)</sup> L. Arbusow sen., Livl. Geistl. IX 153. XVI 70.

2. D. Die Dresdener HS. in der Sächsischen Landesbibliothek zu Dresden, Scrin. G. Foliant 70, im Anhang zur Grefenthalschen Chronik Bl. 209—210, aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrh. Ist Abschrift von einer mit K. nahe verwandten Vorlage, unterscheidet sich meistens nur durch sprachliche und orthographische Abweichungen von K. und stammt vermutlich von der Hand eines Verwandten des Markus Grefenthal, nämlich des Bartholomäus Grefenthal, des Verfassers der bekannten, nach 1592 abgeschlossenen Livländischen (richtiger erzbischöflichen) Chronik (Mon. Liv. 5, vgl. G. Berkholz, SB. Riga 1874, 13 ff.).

Nach v. Bunge, Beiträge 72—76 (vgl. auch J. Chr. Götze, Merkwürdigkeiten der Kgl. Bibl. zu Dresden II, 1, 121 f.) enthält der Band folgende Stücke: 1) Grefenthals Chronik. 2) Unser Bauerrecht. 3) Das MRR. in einer dem Druck von 1537 vielfach gleichenden, stellenweise ihn aber auch ergänzenden Abschrift (v. Bunge, Altlivl. Rechtsbb. 12). 4) Ordnung des gehegten Gerichts nebst erstiftischer Manngerichtsordnung. 5) Rig. Stadtrecht von 1270.

Ausgabe: v. Bunge, Beiträge S. 82—85, nach K., unter Mitteilung mehrerer Varianten aus D. Von Bunge stammt auch die Paraphrierung.

Literatur: v. Bunge, Beiträge 36. C. Paucker, Die Strafe des Diebstahls, Archiv 5, passim. Bunge, Einleitung 129 f. O. Schmidt, Rechtsgeschichte 119. Schilling, passim. Stillmark 3—5 und passim.

Sichere Bezugnahmen auf B. I aus der Praxis sind, wie bei den meisten BR. (und bekanntlich auch bei den RR.), schwer festzustellen. Weitaus die meisten Urkunden mit Erwähnung der bauerlichen „Landrechte“ beziehen sich auf Grenzzwist, d. h. auf die betr. Bestimmungen des sog. „Dorfrechts“, oder sie sind unklar, wie z. B. folgender Abspruch wegen strittiger Heuschläge vom Jahre 1515 aus dem Erstift Livischer Seite, Ksp. Dickeln (Kr. Wolmar): Naa deme Heinr. v. Ungerns buren myth eren eden wolden beholden, des Hans Koskulls buer nicht doen wolden, de szulften hoyszlege . . . sollen by H. v. U. szyne bure blyven . . .; unde wolden syck H. v. U-s bure wyder hebben, als ere olde hoysleghe vormogen, szolen s zee naa eren lantrechten gewalth gelden (LGU. 2 n. 191). Aber eine entsprechende Bestimmung ist in B. I nicht vorhanden, und ebensowenig in LBR. und dem sog. Dorf recht, die beide ebenfalls in Frage kämen.

Der mittelniederdeutsche Text des erstiftischen BR. ist durch sinnlose Fehler entstellt, die man aber wenigstens z. T. schon der Vorlage (oder den Vorlagen) von K. und D. zuschreiben darf. Die aus einem anderen Sprachgebiet stammenden Grefenthals haben nichts zur Verbesserung derselben zu tun



verstanden und wohl noch einige neue hineingebracht. Die vorliegende Ausgabe beruht auf der von Dr. P. Karge und mir kollationierten HS. K., mit Hinzufügung der Varianten aus D., wovon ich eine Abschrift der Verwaltung der Sächs. Landesbibliothek verdanke. Beim Abdruck wurde der Gebrauch grosser und kleiner Anfangsbuchstaben und von u und v in üblicher Weise geregelt, überall das doppelte n des Königsberger Textes fortgelassen und dessen römische Ziffern durch arabische ersetzt, die auch schon in D. stehen.

## II. B. II. Das Kurische (richtiger Kurländische) Bauerrecht.

Überlieferung, Inhalt des Art. 24 sowie Überschrift und Explicit lassen diese Rechtsaufzeichnung als eine für Kurland i. w. S. bestimmte erkennen. Die häufige, mitunter wörtliche Übereinstimmung mit B. I erweist sie als eine, durch einige Zusätze erweiterte, stellenweise aber auch kürzende und die Anordnung des Stoffes ändernde Umarbeitung eines uns nicht mehr bekannten Textes von B. I. Die Sprache ist ein spätes Mittelniederdeutsch, die später hinzugefügten Anfangs- und Schlussworte sind hochdeutsch. Eine Bezugnahme auf dieses BR. enthält offenbar ein Brief Bf. Gotschalk Schuttes (1405—1424) an Riga, UB. 7 n. 228: ...lude, de gherichtet werden vor der ganzzen pagesten, dar wy de oldesten des landes to vören, de en er recht afspreken, als en lantrecht út wyset.

Überlieferung und Ausgabe. v. Bunge fand eine bereits paraphrasierte Abschrift „in einer handschriftlichen Sammlung hauptsächlich kurländischer Rechtsquellen aus dem Anfange des 17. Jahrhunderts“, wonach er in seinen „Beiträgen“ S. 85—88 eine Ausgabe veranstaltete. Weder Bunes, noch eine andere HS. sind seitdem zum Vorschein gekommen, so dass ich mich mit einer Wiederholung von Bunes Abdruck (B.) begnügen muss.

Literatur: Vgl. unter B. I.

## III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht, richtiger „Estnisches“ Bauerrecht.

Die herkömmliche Benennung gründet sich ausschliesslich auf die apokryphen Überschriften einiger HSS., die, obwohl sie alle unmittelbar oder mittelbar aus Estland stammen, den Ursprung dieses BR. in Livland suchen, u. a. auch die offizielle Abschrift der Harrisch-Wierischen Ritterschaft von 1546. Ist nun auch auf diese Überschriften nicht viel zu geben, so war es im vorliegenden Fall doch geraten, an der alten Bezeichnung festzu-

halten, zumal die ursprüngliche Herkunft der Grundlage dieser Rechtsaufzeichnung aus Livland i. e. S., dem Ausgangspunkt der deutschen Eroberung, immer noch das Wahrscheinlichste ist. Schon die ältere Literatur war der Meinung, dass ein ursprüngliches, womöglich von Bischof Albert erlassenes Recht für die Liven uns in mehreren „Rezensionen“ überkommen sei, wobei LBR. als das früheste, im „eigentlichen Livland“ oder „in den Livländischen Stiften“ geltende Bauerrecht angesehen wurde, von dem dann auch noch eine Rezension in Estland und ursprünglich in Harrien-Wierland gegolten habe, während wieder eine andere Rezension (B. I) für die Ordenslande bestimmt war. Sehen wir von der ungeklärten, durch Stillmark aufgeworfenen Frage nach der Priorität von B. I vor LBR. ab, so ist ein gemeinsamer Grundstock in B. I und LBR. in der Tat nicht zu verkennen: das ist die Busstaxenordnung für Körperverletzungen und Notzucht, samt 2 Bestimmungen über Diebstahlsbeschuldigung und Heudiebstahl. Soweit kann man von 2 Rezensionen einer ursprünglichen Rechtssatzung sprechen. Aber darüber hinaus weicht LBR., in dem die erwähnten Busstaxen usw. nur etwas über ein Drittel aller Artikel ausmachen<sup>1)</sup>, so sehr von B. I ab, dass die Bezeichnung „Rezension“ für die uns vorliegende Gestalt dieser Bauerrechte irreführen kann. Soviel jedoch erscheint als möglich, dass eine ursprünglich vielleicht wirklich für die Liven (als den ersten unterworfenen Stamm) bestimmte Rechtssatzung schon sehr früh sich in 2 Zweige gespalten hat, von denen der eine durch den Deutschen Orden in seinem estnischen Territorium eingeführt und dort zum Grundstock des jetzigen LBR. fortgebildet wurde, das auch im Stift Dorpat Eingang fand, während der andere sich zum Grundstock des jetzigen B. I entwickelte, wovon ein Ableger für Kurland gemacht wurde<sup>2)</sup>. Im übrigen ist, abgesehen von der falschen Definition von B. I als „BR. der Ordenslande“, gegenüber der alten Klassifizierung noch einmal zu betonen, dass wir LBR. nur aus (unmittelbar oder mittelbar) estländischer Überlieferung kennen, und dass man bis auf weiteres von „den im eigentlichen Livland kursierenden Texten“ als dem Grundstock neben einer estländischen „Rezension“ nicht sprechen kann.

### Überlieferung und Drucke.

Nach unserer augenblicklichen Kenntnis steht es so: vom Estnischen Bauerrecht, dem sog. LBR., gab es 2 Rezensionen, eine für Ordensestland, vor allem Harrien-Wierland (X), die andere für das Stift Dorpat (Y). Wieweit beide inhaltlich ver-

<sup>1)</sup> Die von Paucker angeführten, zahlreicheren Parallelen sind z. T. irreführend.

<sup>2)</sup> Vgl. S. 8 f.



schieden oder gleich waren, wissen wir nicht. Von X gab es 2 Redaktionen, unterschieden durch andere Reihenfolge einiger Artikel. Die bis jetzt bekannte Überlieferung besteht alles in allem aus 10 HSS.<sup>1)</sup>:

a) X, Redaktion 1.

1. rB. Die authentische Abschrift (45 Artikel ohne Paragraphierung) in der auf Veranlassung der Harrisch-Wierischen Landräte vom 4. Sept. 1546 angefertigten Privilegiensammlung, dem sog. „Roten Buch“ (früher im Archiv der Estländischen Ritterschaft zu Reval, jetzt im Staatsarchiv zu Dorpat). Abgedruckt von C. Paucker, „Quellen“ S. 84–90, mit den Varianten der HSS. 2–6 und Gegenüberstellung der Arndtschen „Rezension“, deren Artikelreihenfolge Paucker nach rB. umstellt.

2. B. Abschrift von rB. im sog. „Braunen Buch“ aus der ersten Hälfte des 17. Jahrh. (Aufbewahrungsort wie vorher). Von mir nicht benutzt.

3. M. Pauckers Abschrift. Wichtig durch verschiedene Abweichungen von rB.; schliesst schon mit Art. 42. Angefertigt nach 1561. Verbleib unbekannt.

4. Ri. Die Rickersche Abschrift in der v. Lodeschen Privilegiensammlung, mit hochdeutschen Anklängen in der Sprache und einem Zusatz aus WBR. Art. 7. Von Paucker mit R. bezeichnet. S. übrigens Pauckers „Quellen“ S. 7. 83. Verbleib unbekannt.

5. Sams. (von Paucker mit S. bez.). Abschrift mit besonders vielen hochdeutschen Anklängen und demselben Zusatz, wie in Ri. In einigen Einzelheiten von § 19. 20 (17) mit Do. verwandt. Aus der Privilegiensammlung des Landrats Wilhelm Samson von Himmelstjerna. Verbleib unbekannt.

6. T. Abschrift aus der Zeit nach 1561 mit hochdeutschem Einschlag in der Sprache und demselben Zusatz wie in Ri. In der v. Koskullischen Privilegiensammlung der Baron Tollschen Urkundensammlung zu Kuckers, jetzt in Reval. In § 34 mit M. verwandt. Von mir nicht benutzt.

7. Do. Abschrift in einem Sammelbände von Rechten und Privilegien aus der ersten Hälfte des 17. Jahrh. in der Universitätsbibliothek zu Dorpat, Codex Alexandrow 2933. Ohne Paragraphierung. Steht am nächsten der HS. S., auch den HSS. Ri. und R., hat aber den Zusatz aus WBR. Art. 7 nicht, dafür mehrere selbständige Abweichungen von den übrigen HSS. Vgl. Stillmark 62 f., der diese HS. (S. 64–67) zum erstenmal veröffentlichte.

b) X, Redaktion 2.

8. R. Abschrift ohne Paragraphierung in hochdeutscher Mundart aus dem 18. Jahrh. in dem Sammelbände Nr. 68 I

<sup>1)</sup> Den bisherigen Stand s. bei Stillmark 6 ff., dessen Angaben ich benutze.

„Alte Ritterrechten“ des Archivs der ehemaligen Livländ. Ritterschaft, jetzt im Lettländischen Staatsarchiv zu Riga. Der Inhalt der von verschiedenen Händen geschriebenen Sammlung ist folgender: 1) Waldemar-Erichsches Lehnrecht. 2) Das erste livl. Ritterrecht, wie solches von Bf. Albrecht (!) mit Rat Meister Volquins, auch Bewilligung seines Adels publiziert ums Jahr 1228. 3) Das Umgearbeitete Ritterrecht. 4) Das Wiek-Öselsche Lehnrecht. 5) Das sog. liv. Bauerrecht, mit einer „Anmerkung“ über die in den Strafsätzen der Ritterrechte vorkommenden Geldbezeichnungen. 6) Entscheidung in dem Streit zwischen dem Rigaschen Domkapitel und dem Bf. von Kurland wegen Dondangens und Tergelns, 1387 (danach gedr. Mitteilungen 6, 357 ff.; nach anderer Vorlage UB. 3 n. 1248). 7) Ritterbuch von 1634, d. h. Verzeichnis des Kurländischen und Semgallischen Adels. Originaltranssumt des 17. Jahrh.

Diese Abschrift, die Paucker mit N. bezeichnete, weil er sie in einer von Napiersky besorgten Kopie benutzte, aus der er verschiedene Varianten in seinen „Quellen“ S. 204 f. abdruckte, ist offensichtlich die Vorlage des Abdrucks von LBR. in J. G. Arndts „Lief. Chronik“ 2, 25–30. Schon Paucker 204 erklärte Arndts Abweichungen von R. teils durch die Flüchtigkeit seiner Abschrift, teils durch die Absicht, „das alte gebrochene Niederdeutsch“ verständlicher zu machen. Arndts Abdruck ist daher nicht als eine besondere „Rezension“ neben R. anzuführen.

R. ist als Repräsentant einer eigenen Redaktion des LBR. anzusehen, da diese HS., neben verschiedenen Abweichungen (z. B. in § 9. 17. 34. 41), eine Reihe Artikel in anderer Reihenfolge bringt, als die übrigen HSS. (nämlich Art. 37 45) und einen Artikel 20 hat, der ausserdem nur noch in Sams. und Do. steht.

Es ist klar, dass man aus dem zufälligen Aufbewahrungsort dieser jungen HS. in einem bunt zusammengewürfelten Sammelbande des Ritterschaftsarchivs zu Riga nicht schliessen kann, dass die vorstehende Redaktion des LBR. ausserhalb Estlands, in den Livländischen Stiften, in Geltung gewesen sei. Dass vielmehr auch diese Redaktion eine estländische (harrisch-wierische) war, beweist die nachfolgende HS.:

9. Re. Estnische Übersetzung des 16. Jahrh. im Stadtarchiv zu Reval aus dem LBR., und zwar aus einer (unbekannten) HS. desselben, die die Artikel 36. 44. 41. 42. 43. 45. 37 genau in derselben Reihenfolge enthielt, wie R., während für Art. 35 die Stellung unsicher bleibt, Art. 37 aber eine andere (jüngere) Fassung hatte, als in sämtlichen bekannten HSS. des LBR. Da die estnische Übersetzung nur die angeführten Artikel hat, lässt sich über die Vorlage weiter nichts sagen. — Abdruck von W. Reiman in den SB. Dorpat 1893 S. 113 f., mit deutscher Übersetzung.



## c) Y. Stiftisch-Dorpater Bauerrecht.

10. „Fragment des livischen Bauerrechts mit der Überschrift: Hier hebet sich an das Landrecht in Stift Dörpt“ in einer dem Dr. Fr. Geo. v. Bunge gehörigen hdschr. Sammlung Livonica aus dem Anfang des 17. Jahrh. Nur erwähnt von Bunge in seinen „Beiträgen“ 35 Anm. 104, zum Unglück ohne die geringsten Angaben über Umfang und Inhalt dieses „Fragments“.

Zu der Sammlung gehörte noch ein Bruchstück des Wiek-Öselschen Lehnrechts bis II c. 2 § 4 inkl. (v. Bunge a. a. O. 26 Anm. 86) und eine hochdeutsche Version der ersten Stiftisch-Dorpater Läuflingsordnung [ca. 1458], die v. Bunge in seiner „Geschichtlichen Entwicklung der Standesverhältnisse“ 103 ff. abdruckte. Da deren Wortlaut, soviel aus einem Auszuge Hildebrands für das Livl. UB. ersichtlich ist, mit einem Texte derselben Läuflingsordnung im damaligen v. Tollschen Majoratsarchiv zu Kuckers buchstäblich übereinstimmt, bestand die Hoffnung, dass Bunes Livonica und mit ihnen jenes Bauerrechtsfragment bei irgend einer Gelegenheit in die Tollsche Sammlung übergegangen seien. Aber nach gefl. Auskunft Herrn H. Baron Tolls befindet sich dort weder das gesuchte „Landrecht“, noch das Wiek-Öselsche Rechtsbuch. Die „Livonica“ mögen also das Schicksal des übrigen Buneschen Nachlasses geteilt haben. Bunge starb in Gotha. Aber was ist mit seinem Nachlass geschehen? Wird das Dorpater BR. daraus noch irgendwo einmal auftauchen?

Bunge konnte sein „Fragment“, da 1831 noch keine andere Ausgabe vom LBR. vorlag, nur nach Arndts Abdruck der 2. Redaktion identifizieren, aber es lässt sich nicht sagen, ob infolgedessen das Dorpater „Landrecht“ ebenfalls alle Eigentümlichkeiten der 2. Redaktion aufwies, nämlich die geänderte Reihenfolge einiger Artikel und „den Hals“, d. h. Todesstrafe, für Grenzfälschung, welch letztere Ahndung ausser R. nur noch Sams. und Do. enthalten (Art. 17 bezw. 20). Allerdings bestimmt eine Grenzschildung im Stift Dorpat, Kirchspiel Eks, vom Jahre 1532, dass für etwaige Verfälschung der Scheidung der Herren die Bauern an das Höchste gerichtet werden sollen. Aber da eine andere Grenzschildung von 1501 aus dem Erzstift Livischer Seite (Ksp. Lemsal) die Bauern ebenso vor Veränderung der gesetzten Grenze by vorlust orer helssse warnt und im Falle der Verfälschung droht, dass man sie dann dafür sall richten na stichtischem rechte<sup>1)</sup>, so bleibt es ungewiss, ob hier wirklich Bezugnahmen auf das LBR. vorliegen. Dessen oben angezogener Artikel 20 hätte in solchem Falle im 16. Jahrh. allerdings auch zum Bauerrecht des Erzstifts gehört, aber dann würde in der Urk. nicht stiftisches Recht, sondern Landrecht stehen.

<sup>1)</sup> LGU. 2 nn. 563. 8.

Literatur: v. Bunge, Beiträge 33—37; Einleitung 127—129. Paucker 82 f. 205. Schilling 267 f. und passim. O. Schmidt, Rechtsgeschichte 118. Freymann, passim (vgl. d. Register S. 286). Stillmark 6—10.

Die vorliegende Ausgabe bringt nicht nur die beiden nachweisbaren Redaktionen des LBR., sondern auch noch den in mancherlei Hinsicht anscheinend ziemlich selbständigen, wenn gleich sehr jungen Text Do., sowie Re. Zugrunde gelegt ist der Text des „Roten Buches“ (nächst K überhaupt die zweitälteste HS. irgend eines Bauerrechts, die wir haben) nach einer von George Baron Wrangell in Dorpat freundlichst besorgten Kollation mit dem Original und mit allen Varianten der mir nicht bekannten HSS. 2—6 nach dem Abdruck Pauckers. Do. ist nach Stillmarks Abdruck wiederholt. R. erscheint hier zum ersten Mal vollständig nach der Vorlage. Die Grundsätze für den Druck sind die zu B. I angegebenen (z. B. arabische Ziffern anstatt der römischen Zahlen von rB). Re. ist nach Reimans Abdruck, mit einigen Zurechtstellungen, wiederholt.

#### IV. Das sog. „Dorfrecht“.

Diese Rechtssatzungen sind nur als Zusatz zu der jüngeren, wahrscheinlich noch im 14. Jahrh. und vermutlich im Stift Dorpat entstandenen<sup>1)</sup>, in allen Stiften und im Ordensgebiet verbreiteten Rezension des ARR. erhalten (Art. 61—67)<sup>2)</sup>. Hieraus ist dieser Zusatz vollständig in das, wohl im Beginn des 15. Jahrh., im Erzstift Riga entstandene MRR. und endlich z. T. auch noch in das im Erzstift im Jahre 1422 entstandene oder damals von Erzbischof Ambundi, Domkapitel und Ritterschaft als gültig anerkannte URR.<sup>3)</sup> übergegangen. Letzteres genoss auch in Estland mindestens die Geltung des vornehmsten Subsidiarrechts. Aus dem Gesagten ergibt sich somit die Gültigkeit des sog. Dorfrechts im gesamten Geltungsbereich der altlivländ. Ritterrechte, d. h. im ganzen ma. Livland. Seine 7 Artikel sind aber kein organischer Bestandteil der Ritterrechte, sondern ein selbständiges, dem ARR. wohl noch im 14. Jahrh. angefügtes Stück<sup>4)</sup>. Seine handschriftliche Überlieferung ist dieselbe, wie diejenige der eben genannten Rechtsbücher, d. h. sie geht nicht über die Mitte des 16. Jahrh. zurück. Gedruckt ist es in den Ausgaben

<sup>1)</sup> Vgl. v. Bunge, Rechtsbb. 3.

<sup>2)</sup> Die erste Rezension des ARR. entstand ihrerseits im 14. Jahrh. (um 1315—1321) im Stift Ösel, wohl in der Wick. Sie enthält das „Dorfrecht“ noch nicht, das aber trotzdem damals, wenn auch wohl noch nicht aufgezeichnet, schon existiert haben kann.

<sup>3)</sup> v. Bruiningk, Dorp. Ztschr. f. Rechtswiss. 7, 253. LGU. 1 n. 608.

<sup>4)</sup> v. Bunge, Einleitung 103—105.



des MRR.: De gemeenen sticht. Rechte, 1537 = Oelrichs, Rig. Recht u. de gemeenen sticht. Rechte 1773; dann von Buddenbrock, N. N. M. 5/6 und Sammlung, 1802, 128—130, ebenso in den Ausgaben des ARR.: von Paucker, Mon. Liv. Antiquae 3, 184—88 und Quellen der Ritter-, Lehn- und Landrechte 1845, 193—203, endlich mit Varianten aller HSS. in v. Bunes „Altlivlands Rechtsbüchern“ 1879, 91—94. Der Buneschen Ausgabe liegen folgende Texte zugrunde:

1. B. Brandis' HS. des ARR. aus dem Anfang des 17. Jahrh.
2. D. Dresdner HS. des MRR. aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrh. (vgl. S. 18).
3. H. Hiärns Abschrift des ARR., viell. nach B.
4. M. Das MRR. in der Druckausgabe von 1537.
5. St. Stockholmer HS. des ARR. aus der Mitte des 16. Jahrh.

Das oben über die Gültigkeit des Dorfrechts Gesagte muss dahin eingeschränkt werden, dass es aus dem ARR. zwar vom MRR. vollständig übernommen worden ist, dass aber das am allerweitesten verbreitete und am allerslängsten in Geltung gewesene URR. die erste Hälfte (= ARR. Art. 61—63) fortgelassen und nur die zweite Hälfte (= ARR. Art. 64—67 = URR. II c. 36—37, 7) aufgenommen hat. Aber diese beiden Hälften stellen, was bisher nicht beachtet worden ist, auch inhaltlich 2 unterschiedene Teile dar: Art. 61—63 handeln nur von Mannbusse und weddeschat (vermutlich Strafzahlungen; v. Bunge übersetzt freilich „Pfandrecht“) und deren Konstituierung in Immobilien (so Freymann), nur 63 § 3 spricht von Besitzstreitigkeiten; diese Art. reden noch von geschlossenen Dorfmarken. Art. 64—67 handeln nur von Grenz- und Besitzstreitigkeiten der Dörfer und von Rechten der Leute der Gemeinheit; diese Artikel erwähnen geschlossene Marken der Dörfer nicht, sondern nur die gemeinheit (Allmende). Endlich schildern beide Teile zwei verschiedene Prozessverfahren (doch kommt wenigstens die Zurückweisung des Eides, das „Abstreichen der Hand“, in Art. 62 wie auch in Art. 67 vor). Alles das führt auf den Grund der Weglassung von Art. 61—63 im URR.: sie galten dem Compiler desselben als obsolet, als unanwendbar. In der Tat hat er, obwohl von einer fortgeschritteneren Rechtsentwicklung im URR. im Vergleich zum MRR. nur wenig zu spüren ist, doch kaum absichtslos noch gewisse andere Artikel des MRR. (98 § 4, 167, 216: über Zehntnerverhältnisse, Zehntenterraine, Sichzueigengeben) fortgelassen<sup>1)</sup>. In Art. 61—63 erscheinen ja offenbar noch sehr altertümliche agrarische Zustände und Rechtsverhältnisse, die allmählich verschwanden; auch mag dazu die Aufhebung der Wedde durch Erzbischof Ambundi<sup>2)</sup> diesen

<sup>1)</sup> v. Bruiningk a. a. O. 252, 257, s. auch 258 (wegen der Wedde).

<sup>2)</sup> Vgl. die Zusätze zu MRR. 50, 48.

Artikeln, soweit sie vom weddeschat handeln, im Erzstift noch mehr von ihrer Bedeutsamkeit geraubt haben. Eine eigentümliche Parallele hierzu in Harrien-Wierland ist vielleicht die Erscheinung, dass daselbst (nach v. Bunge, Gerichtswesen 137 f.) das Prozessverfahren, welches die vom URR. fortgelassenen Artikel (Art. 61–63, freilich aber auch noch Art. 67) schildern (einseitiger Beweis), nur bis zum Anfang des 16. Jahrh. vorkam. Danach aber setzt das in den vom URR. beibehaltenen Artikeln (64 ff., aber auch MRR. 206!) beschriebene Verfahren (zweiseitiger Beweis) ein. Doch die Geschichte des Grenzprozesses bedarf noch besonderer Untersuchung, vor allem inbezug auf das übrige ma. Livland.

Die Anwendbarkeit des „Dorfrechtes“ innerhalb des Erzstifts Riga hat letzthin A. Schwabe aufzuhellen gesucht<sup>1)</sup>. Er betont dabei die Siedelungsunterschiede der Bauern in der sog. „Livischen Seite“ (Dörfer) einerseits und in der „Lettischen Seite“ andererseits, wo meist Einzelhöfe üblich waren. Dieser Umstand fällt ganz gewiss ins Gewicht für die Verhältnisse der Leute innerhalb der geschlossenen Dorfesmarken, solange solche noch bestanden. Doch für den am längsten und ausgiebigsten in Übung gebliebenen Kern des im „Dorfrecht“ enthaltenen Verfahrens mussten bei Grenzstreitigkeiten Siedelungsunterschiede ziemlich belanglos sein. Eine genaue Untersuchung wird übrigens dadurch erschwert, dass bei Grenzprozessen die meist gemeinsam streitenden Herren und Bauern oft nicht auseinanderzuhalten sind, sowie dadurch, dass ausser dem Dorfrecht auch der Lsp. III 19 = MRR. 206 ein sehr ähnliches Prozessverfahren enthält<sup>2)</sup>. Infolgedessen trägt folgende, an sich sehr interessante Entscheidung des Erzbischofs von 1498 aus der „Lettischen Seite“, dem Ksp. Bersohn, nicht zur Klärung bei: effte jenich ander twist manck dössen bwren gefelle edder noch yrstan worde mit den buern uth der andern halven pagesten und ock tüsschen der herschop, dat allet sall stan und gaen na gelöpigen und gemenen lantkündigem rechte, alls up der Lettschen side des Rigischen

<sup>1)</sup> Lett. Kulturgesch. 1, 1921, 133–161 (lett.).

<sup>2)</sup> Auf das „Dorfrecht“ beziehen sich offenbar folgende Urkk. des 15. Jahrh. in v. Bruiningks LGU. inn. 562. 659 S. 619: 1484, Stift Dorpat; bei weiteren Streitigkeiten zwischen den Bauern solden sich de bure in eren rechten bothen na lantlopyen rechte. Erzstift, Livische Seite, 1497: ofte ze (die Bauern) de gude manne nicht konden wordregen, szo mogen sich de bure myt eres sulvest rechte beten. Aus dem 16. Jahrh. s. LGU. 2, Sachreg. S. 870 unter „Landrecht der Bauern“, z. B. n. 271 (1518): 38 alte Bauern bekennen bei ihrer Seelen Seligkeit und das ganze Dorf mit ihrem Landrechte; n. 1009 (1544): nach Form und Gestalt ihres (der Erbbauern) Landrechtes. Aus der Lettischen Seite z. B. n. 243 (1517): Befragung von Dubenaschen Bauern upt uterste by erem landrechte tho beholdende. Beispiele für den von Herren und Bauern gemeinsam geführten Grenzprozess a. d. 13. Jahrh. s. UB. 3 nn. 299. 1087 (1257. 1373); Landgewinn durch die Eisenprobe der Bauern: UB. 3 nn. 439 a. 440 a (um 1275).



stichtes gewonet ist<sup>1)</sup>. Eine weitere Frage erhebt sich gegenüber dem Verbot der im Dorfrecht (und MRR. 206) vorgesehenen Eisenprobe durch das Rigasche Provinzialkonzil von 1428 (UB. 7 n. 690, 44), das für die gesamte Kirchenprovinz galt. Harrien-Wierland gehörte nicht dazu, weswegen dort auch das ganze Prozessverfahren des Dorfrechts mit Einschluss des Eisentragens als gewöhnliches altes Landrecht bis etwa 1530<sup>2)</sup> in vollem Schwange ging. Für die Stifte und das eigentlich livländische Ordensgebiet, geschweige denn für Kurland, liegt die Frage schwieriger, da dort keinerlei dem Harrisch-Wierischen Urteilsbuch irgendwie vergleichbares Quellenmaterial existiert. Nach dem Jahre 1428 ist aus dem 15. Jahrh. nur ein einziger Fall der blossen Erbietung zum Eisentragen direkt bezeugt: 1472, im Ordensgebiet Trikatē<sup>3)</sup> (dessen Zugehörigkeit zur Erzdiozese Riga oder zur Dorpater Diözese gewechselt hat). Aus dem 16. Jahrh. ist die Eisenprobe bisher nicht bezeugt. Allerdings könnte man anführen, dass in Harrien-Wierland die Ausdrücke: höchstes oder schwerstes Gericht, und: „die Bauern sind zu ihren Landrechten gewesen“ das Eisentragen bedeuten (Archiv 5, 320. v. Bunge, Gerichtswesen 93. 75), und dass ähnliche Ausdrücke auch aus dem übrigen ma. Livland im 16. Jahrh. öfters bezeugt sind<sup>4)</sup>. Aber da es sich dabei nach dem bisher bekannten Material aus dem Erzbistum oft nur um vorgängige Ermahnung der bauerlichen Zeugen handelt, die Eisenprobe selbst nirgends erwähnt wird, sogar in dem einzigen ganz ausführlich geschilderten Fall nur ein blosser Eid, ohne Eisentragen, geleistet wird<sup>5)</sup>, so war das Gottesurteil des „Dorfrechts“ ausserhalb Harrien-Wierlands seit dem Konzil von 1428 offenbar nicht mehr in Gebrauch<sup>6)</sup>. Aber die übrigen Bestimmungen des im „Dorfrecht“ beschriebenen Grenzprozesses haben in ganz Altlivland noch lange hin als „Landrecht der Bauern“ praktische Anwendung gefunden-

1) LGU. 1 n. 670 S. 632. Der Gebrauch des Wortes „Landrecht“ (= BR.) hätte die Frage klarer gemacht.

2) Aus diesem Jahre stammt das letzte Erkenntnis auf Eisentragen in Estland (Brfl. 1005; v. Bunge, Gerichtswesen 138. 143; v. Bruiningk, Livländ. Rückschau 1879, 57). Erbietungen der Bauern zum Eisentragen kamen natürlich noch viel später vor: z. B. 1553 (Stavenhagen, Beiträge 4, 342; ausnahmsweise zur Erhärtung einer Aussage betr. Freibauerqualität), 1567 (Brfl. 2, 17, wie üblich bei Grenzstreit; v. Bunge, Gerichtswesen 186).

3) LGU. 1 n. 487 S. 440.

4) Vgl. LGU. 2 nn. 243. 983. 1180 f. (1517 - 1544): upt uterste by erem landrechte, bei warheit u. landrecht, bei ihrer (der Bauern) Seelen Seligkeit und hohem Landrecht.

5) LGU. 2 n. 1009 S. 651. Vgl. auch n. 341, wo die Schiedsrichter das Zeugnis beyder parthe buren gleich beweiskräftig finden und darum gemäss Art. 64 zur Teilung des Streitobjekts schreiten, ohne zur Eisenprobe zu greifen. — Bauerneide s. im Anhang.

6) Ebenso v. Bruiningk, Mitteilungen 22, 24. 187. Besonders interessant

## V. WBR. Das Bauerrecht der Esten in der Wiek.

Dieses von den übrigen Bauerrechten wesentlich verschiedene Recht ist nur in den HSS. des Wiek-Öselschen Lehnrechts erhalten, ist aber kein organisch damit zusammenhängender Bestandteil desselben, sondern ein mit ihm bloss äußerlich verbundenes selbständiges Rechtsbuch. Es bringt in 12 Kapiteln seinen Stoff — darunter nicht nur Straf- und Prozessrecht, sondern auch Ehe- und Erbrecht sowie das Verhältnis zwischen Herr und Bauer — in zusammenhängendem Vortrage, nicht in den abrupten Sätzen der vorhergehenden Rechte. Mehrere Entlehnungen des WBR. aus dem ARR. und dem Lsp., sowie eine Entlehnung aus dem WBR. in gewissen HSS. des LBR. kommen vor. Stillmarks Vermutung, dass die Redaktion „vor dem Ende des 15. Jahrh. entstand“, greift fast um etwa 1 Jahrh. zu weit vor (Druckfehler?).

Überlieferung und Ausgabe. 1. E. Abdruck von J. Ph. Ewers in „Des Herzogthums Ehsten Ritter- und Landrechte“, 1821, 127—132 nach einer Abschrift in einer jetzt verschollenen handschriftl. Sammlung in Folio mit dem Vermerk auf Bl. 2a: „C. von Ramm Anno 1641“<sup>1)</sup>. Die Vorlage

ist ein Vergleich der stiftisch Öselschen Bauereinigung von 1504, AR. 3 n. 27 P. 15, mit der Bauereinigung zwischen dem OM. Plettenberg, dem Bf. von Reval, Abt von Padis, der Harrisch-Wierischen Ritterschaft und einer Reihe von estländischen Ordensgebietigern von 1509, AR. 3 n. 46 P. 15. Während es dort heisst: dat yser sall van deme (des Diebstahls, Mordes usw. Beschuldigten) nycht gedreghen werden, bestimmt die sonst ziemlich gleichlautende andre Verordnung für denselben Fall: so sal sick de man . . . der sake mit eyne yseren entleddigen und entseggen. Dar sall de kleger eyne nyge marck entjegen setten na older gewonheit. Letztere geht offenbar auf die Beliebung der Harrisch-Wierischen vom J. 1306 zurück (UB. 2 Reg. 713). — Es ist zu beachten, dass die Einigung von 1509 auch einige Ordensgebiete ausserhalb Harrien-Wierlands (u. a. Pernau, Leal, Fellin, Karkus, Oberpahlen) umfasste, was betreffs der Eisenprobe zu dem Schluss führen müsste, dass man es im estländischen Ordensgebiet mit dem Konzilsbeschluss von 1428 nicht so genau nahm, wie anderwärts, sondern dass sich dort das Harr.-Wier. Gewohnheitsrecht durchsetzte. Entscheidend wären letzten Endes nur Präjudikate aus der Praxis, die leider fehlen. Die Rechtsaufzeichnungen sind auch in der Frage der Eisenprobe nicht die letzte Beweisinstanz: enthalten doch gerade beide aus dem Erzstift stammenden HSS. von B. I (16. Jahrh.!) noch die Eisenprobe, das sog. Liv. BR. aber, das vorzugsweise in Harrien-Wierland verbreitet war, gerade nicht! Vieles wurde eben mechanisch abgeschrieben.

<sup>1)</sup> Nach Ewers XIV f. enthielt die Sammlung: 1) Einen Auszug aus dem Wald.-Erichschen Lehnrecht. 2) Die Jungingensche Gnade von 1397. 3) Die Artikel vom Lehngut und Lehnrecht (v. Bunge, Altlivl. Rechtsbb. 163 ff.). 4) Die 5 BB. des Wiek-Öselschen Lehnrechts (Ewers 99—139). 5) Artikel von der Heerweide in Livland. 6) Ordnung des gehegten Gerichts. 7) Plettenbergs Bauereinigung von 1509 (AR. 3 n. 46.) 8) Eine Reihe estländ. Urkk. vom Wald.-Er. Lehn. bis Kg.



war in hochdeutscher, aus dem Niederdeutschen übertragener Mundart abgefasst und voller Fehler, für deren Berichtigung der erste Herausgeber nichts getan hat.

2. Do. Abschrift des Wiek-Öselschen Lehnrechts aus der ersten Hälfte des 17. Jahrh. in einer handschriftl. Sammlung „Vol. 12 Manusk. Alte Lief. Rechte und Privilegia“, Universitätsbibliothek zu Dorpat Cod. Alexandrow Nr. 2933<sup>1)</sup>. Bisher nicht benutzt. Ich verdanke eine teilweise, ausführliche Kollation mit E. Herrn Prof. R. A. Cederberg in Dorpat und eine teilweise Abschrift, durch desselben Vermittelung, einem Dorpater Studenten. Beiden Helfern sei auch hier gedankt.

3. R. Abschrift des Wiek-Öselschen Lehnrechts in hochdeutscher Mundart aus dem 18. Jahrh. in dem Sammelbände Nr. 68 I des Archivs der ehemal. Livl. Ritterschaft, jetzt im Lettland. Staats-A. zu Riga (vgl. S. 22 unter LBR. 8). Bisher noch nicht benutzt.

4. Sams. Abschrift des Wiek-Öselschen Lehnrechts mit dem WBR. in der Privilegiensammlung des Landrats Wilh. v. Samson-Himmelstjerna. Vgl. Paucker 98. 7. Bisher unbenutzt. Verbleib unbekannt.

5. W. Desgleichen, in der vormals Otto Fabian von Wrangellschen Privilegiensammlung vom Ende des 17. Jahrh. Vgl. Paucker 98. 7. Bisher unbenutzt. Verbleib unbekannt<sup>2)</sup>.

Literatur: v. Bunge, Einleitung 130–132. Freymann, passim (vgl. d. Register S. 286). O. Schmidt, Rechtsgeschichte 119 f. Stillmark 10 f.

In der vorliegenden Ausgabe wurde E. als Grundlage beibehalten, da Ewers' jetzt verschollene Vorlage den ursprüng-

Johanns III. Priv.-Best. 9) Bf. Kivels von Ösel Priv.-Best. 1524. 10) Bf. Joh. Münchhausens von Ösel Priv.-Best. 1541. 11) Hgz. Karls von Södermanland und Gustav Adolfs Priv.-Best. 12) Ebf. Silvesters Gnade 1457 „und ein paar neuere Aktenstücke“.

1) Vgl. S. 21. Inhalt nach Stillmark 62 f.: 1) Dionysii Fabri „Formulare Procuratorum“ von 1539. 2) Das Mittlere Ritterrecht nebst der erstift. Bauereinigung 1494 [beides vermutlich Abschrift der Druckausgabe von 1537]. 3) Lehnrechte in der Wiek und Ösel Buch I–III (=Lsp.). 4) Viertes Buch derselben (=WBR.). 5) Fünftes Buch (=ARR.). 6) Pauren-Eid in Livland (gedr. SB. Dorpat 1893, 101). 7) Das LBR. (gedr. Stillmark 64–67). 8) Wald-Erichsches Lehnrecht. 9–35) Verschiedene Gnadenbriefe bis z. J. 1617, darunter das Priv. Gustav Adolfs, „jetzt höchst löblichem regierendem Könige“.

2) Bunges anfängliche Vermutung über eine weitere HS. des WBR. in Brandis' Collectanea (vgl. Beiträge 34. 129 f.) war leider unbegründet. S. Einleitung 130 Anm.

lichen nd. Sprachcharakter etwas mehr bewahrt hatte, als Do. und R., jedoch habe ich aus diesen beiden HSS. zahlreiche Lesarten in den äusserst fehlerhaften Druck E. eingesetzt, auch die Randbemerkungen aus Do. (die weder E. noch R. haben) im Variantenapparat untergebracht, der im übrigen geringere, rein orthographische Verschiedenheiten zwischen E., Do. und R. nicht berücksichtigt. Die Paragraphierung innerhalb der Kapitel ist hinzugefügt. —

Oberflächliche allgemeine Berührungen zwischen unseren Bauerrechten und anderen, gleichfalls unter deutschem Einfluss entstandenen Rechten wären zu selbstverständlich, um Fragen zu veranlassen. Auffälliger sind aber einige Ähnlichkeiten zwischen gewissen Satzungen des WBR. und den Jura Pruthenorum von 1340 (ed. Laband, Kgbg. 1862), weil: 1) die andren Bauerrechte (ausser dem LBR. in der Red. R. § 20) derartige Anklänge nicht aufweisen, hingegen 2) das WBR. an bestimmten Stellen, die es so weder mit den livl. RR., noch mit einem andren BR. teilt, an die Jura Pruthenorum erinnert, indem beide Rechte den Tatbestand der „Gewalt“ besonders eingehend berücksichtigen, im Unterschiede von unsren RR. und BR., und weil: 3) ein irgendwie gearteter Zusammenhang zwischen dem Preussenrecht im Ordensstaat und dem Estenrecht im Stift Ösel nicht ausserhalb aller Möglichkeit liegt. Der Bf. Winrich Kniprode (1383 Provisor, seit 1385 bestät. Bf. von Ösel, † 1419) — übrigens ein studierter Jurist —, unter dessen Regierung die schriftliche Redaktion des WBR. noch entstanden sein kann, war ein Brudersohn des gleichnamigen preussischen Hochmeisters (1351—1382), und die Möglichkeit von Beziehungen zu Preussen (wo Winrich übrigens auch zum Bf. geweiht worden ist) liegt auf der Hand. Alles das erlaubt, die Frage nach dem Grunde der erwähnten Anklänge aufzuwerfen, wenngleich dieselben zugestandenermassen auch nur schwach sind. Nun ist bekanntlich das relativ späte WBR. das juristisch weitaus am besten durchgearbeitete von allen Bauerrechten, so dass sich hierdurch die Berührungen mit den ausführlichen Jura Pruthenorum gerade an den von den livländischen Rechten vernachlässigten Stellen erklären mögen. Aber auch so bleibt die Frage nach einer etwaigen gemeinsamen Grundlage der betr. Satzungen bestehen. Es sind folgende:



## WBR.

Art. 3 sieht den Fall vor, dass bei einem Totschlag mehrere als Täter in Frage kommen und sich dazu bekennen.

Art. 5. Bei Mordbeschuldigung gegen mehrere müssen sich alle von der Anklage reinigen.

Art. 6 berücksichtigt eingehend den „Vorsatz“ bei Körperverletzung und Art. 7. 11 unterscheiden verschiedene Arten von „Gewalt“. B. I 24, B. II 19 behandeln nur Verwundung im Hause, das RR. erwähnt zweimal „Hausgewalt“, einmal den Vorsatz, aber ohne diese Dinge näher zu entwickeln.

Art. 7: Wer in eines andren Hause übel handelt, büsst mit dem Halse, oder entschuldigt sich selbdritt . . . Bricht er ihm seine Hofeszäune oder Pforte . . ., ist 9 Mk. Landgut.

Art. 7. Tut einer dem andern Gewalt auf dem Felde, ist 4 Mk.

Art. 6. Verwundung auf dem Acker mit Vorsatz kostet den Hals.

Art. 7. Pfändet jemand Vieh und kann keinen Schaden beweisen, ist 4 Mk.

## Jura Pruthenorum.

Art. 75. Wenn mehrere sich zu einem Totschlag bekennen, jederman sal den todt bessern“. Ähnlich Art. 76.

Art. 19. Umb einen heymlichen todslag mag man dreien nach einander schult geben.

Art. 32. Frevel wird mit  $\frac{1}{2}$  Mk. gebüsst, aber in eines andren Hause: mit 3 Mk. preuss. Art. 70: Von hausstürmunge (hausstürunge), die bei Wunden und Totschlag qualifizierend wirkt.

Art. 40: Von anfertigung. Bei Beschuldigung wegen solcher in eines andren Hause „mus er entgehen selbzwelffte uff den heiligen“. Art. 44: Von haussuchunge. Wer beklagt wird um haussuchunge, man hett ym seinen zawn oder seine thör zuhawen mit frevel . . . entgeht seyn selbzwelffte.

Art. 123. Vom frevel. Wer den andren frevelich sucht bey dem pfluge uff dem felde und tut ym eine wunde oder ein blutt . . . soll sein entgehn uff den heiligen selbzwelffte. Art. 50. Von blut und wunden. Klagt der Kläger einen vorsatz, so sal der schuldige seinen hals losen . . . oder es entgehen selbzwelfft uff den heiligen.

Art. 85. Wer den andren pfändet und den schaden nicht lesst schätzen, büsst  $\frac{1}{2}$  Mk. preuss. und gibt das Pfand wieder.

# I. B. I. Das Erzsifstische Bauerrecht, bisher sog. Bauerrecht der Ordenslande.

Dit<sup>a)</sup> seint dye vornemlichen rechte von den bischoffen von Leyfland und von ritteren Gotz und von den Deutschen und olden Lyfflenderen.

1. Von<sup>b)</sup> einen<sup>bb)</sup> doden einen<sup>c)</sup> dotschlag.

2. [B. II 11. LBR. 12]. Vor eine seringe des schwerts 3 marck not.<sup>cc)</sup> to<sup>d)</sup> betringe

a) Dyth seindt die vornemlichen rechte von den bischoffen von Leyfland und von rittern Gotts undt von den Teuzschen undt altenn Leiflenderenn D. Vgl. die sehr ähnliche Überschrift des LBR. b) Sie K. D. Vor? bb) einem D. c) ein dotschlagk D. cc) Nicht verständliche Abkürzung. Die Auflösung „notlos“ bedeutete: ohne Gefährde seitens des Rechts. d) tho beteringe D.

1. Zum Ausdruck vgl. die Rigischen Stadtrechte: det vitam pro vitalen levent vor levent. — Das ARR. kennt noch keine Strafe für den einfachen Totschlag; in jedem Fall rechnet es denselben nicht zu den todeswürdigen Verbrechen. Aber diese Reste des älteren Rechts sind bald durch die Anschauung des Sachsenspiegels verdrängt worden, wonach der Totschlag als Ungericht Enthauptung nach sich zieht. Dem folgt der Lsp. und das MRR. Vgl. Freymann 264. 233, ARR. 56. Lsp. II, 4 = MRR. 131. Auch den Bauerrechten ist die Hinrichtung als Strafe des Totschlages noch fremd. Das WBR. c. 2 stimmt mit dem ARR. in der Landesverweisung des Totschlägers auf Jahr und Tag überein, nach dem LBR. § 9 war der Totschlag mit 40 Mk. zu bessern. Das Recht auf eine private Entschädigung und Genugtuung muss den Verwandten des Getöteten demnach auch in unserm Art. 1 zugesprochen sein (vgl. auch § 8): die Busse für einen Erschlagenen als „Mannbusse“ ergibt sich aus § 4. Über diese Busse, Mannbusse, Wergeld, s. Freymann 239–242 und die Bemerkungen zu LBR. § 9

2 ff. Diese Artt., die von Körperverletzung handeln, sowie die entsprechenden Artt. der übrigen Bauerrechte zeigen echt german. Busstaxen. Die Körperverletzungen werden in allen german. Rechten mit der grössten Weitläufigkeit und reicher Kasuistik behandelt. Nach einer auch in unsren Rechten durchführbaren Einteilung zerfielen sie in 1) Verstümmelungen und Lähmungen, 2) blutige Wunden, 3) Schläge, die kein Blutfliessen, nur blaue Flecken zurückliessen. Letztere wurden mit geringerer Busse gesühnt, die erstgenannten mit der höchsten, namentlich Verletzung von Augen, Ohren, Zunge, Nase (in der Regel mit dem Wergelde oder einem Teil desselben, vgl. § 4). Von der Hand- und Fusswunde wurden die Finger- und Zehenbussen mit verschiedener Bewertung der einzelnen Finger und Zehen abgeleitet, wobei Daumen und grosser Zeh am höchsten galten (vgl. § 5). Die Busse selbst („beteringe“) ist eine gesetzlich bestimmte Leistung an den Verletzten, durch die der Täter die Fehde abwendet oder, bei aufgehobener Fehde, den Verletzten versöhnt, wobei die Busse in dem über die Schadenhöhe hinausgehenden Betrage einen pönalen Charakter annehmen kann (was in B. I offenbar nicht geschieht). Ausser den Wergeldbussen (Bruchteilen des Wergeldes), die meist Verstümmelungsbussen sind, können die Bussen Bruchteile oder Vielfache einer Grundbusszahl sein. Letzteres



## II. B. II. Das Kurländische Bauerrecht.

Das gemeine land-recht, was die alten bewilliget und in Lief-, Cuhrland und Semmgallen im üblichen brauch gewesen, wie nachfolgende zeigt.

1. In dat erste, dat Gott verbohdn doeth tho schlahn.

2. [B. I § 3]. Wart enn mann verwundt met ehnem messer, sinder lehmunge, so iss de bothe 4 osseringe.

3. [B. I § 4]. Verlehmung des foets, de hand, de ogen adder nesen iss halwen mannes bothe.

Prinzip scheint in unsren Ritter- und Bauerrechten zu herrschen. Dann beruhen die Bussen auf dem Duodezimal- oder Dezimalsystem (Grundzahl 12 oder 10), oft auf beiden nebeneinander. Bei den Nordgermanen steht im Mittelpunkt zuerst eine Zwölfunzenbusse, dann die Dreimarkbusse. Neben all diesen Privatbussen haben die german. Rechte der späteren Zeit auch öffentliche Bussen pönalen Charakters (eine Entwicklungsstufe, die erst das LBR. zeigt), die nicht an den Verletzten, sondern an den Staat (oder „die Herrschaft“) gezahlt wurden: obwohl Bussen genannt, doch als Strafen aufzufassen, wie die Lösungsbusse, das Friedensgeld usw. (v. Schwerin, Hoops Reallexikon 3, 95 ff. 1, 302 f.). Die Bussen unsrer Bauerrechte für Körperverletzungen berühren sich erst mit den jüngeren Rezensionen des RR. Doch muss betont werden, dass z. T. ähnliche Bestimmungen schon in allen älteren Rechtsaufzeichnungen Rigas stehen, angefangen mit Visbys deutscher Stadtrechtsmitteilung von [1225–1228] an Riga (Schlüter, Mitteil. 18, 500; vgl. Frensdorff, Hans. Gesch.-Bl. 22, 1916, 1 ff. 35) bis zu den späteren Redaktionen (Napiersky, Quellen des Rig. Stadtrechts, 1876), mit dem grundsätzlichen Unterschiede freilich, dass die meisten Rig. Stadtrechte ausser der Busse an den Verletzten noch eine Wedde (Strafe) an das Gericht vorschreiben. Überdies sind die Busstaxen, abgesehen von den schweren Fällen (Augen etc.), abweichend. Nach attlivländ. Recht aber unterlagen Körperverletzungen keiner öffentlichen Strafe, sondern wurden mit Geldbussen gesühnt. Im ARR. ist aber die Fixierung derselben, wie die Schlichtung der Sachen selbst, ganz den Parteien überlassen (ARR. 55. 59 = MRR. 83. 87). Hingegen hat der Lsp. bereits eine genauere Busstaxe. Deren Sätze stammen z. T. aus dem Ssp., zum grösseren Teil sind sie aber spezifisch livländisch (Freymann 266). — Der Art. 2, der sich in den RR. nicht so findet, ist vielleicht zusammenzuhalten mit MRR. 137 = Lsp. II, 12, wo dieselbe Entschädigung vorgesehen ist: Welk man den andern wundete, unde dat men beine darinne vünde, dat erste scholde he beteren mit dren marken lantgudes . . . Das Liv. BR. 12 bestimmt für Verwundung mit dem Schwert nur 1 Mk., B. II § 11 zwei Oseringe.

1. Trotz der religiösen Einkleidung (Überbleibsel aus der Missionszeit?) wird auch hinter diesem Art. die Anschauung stehen, dass Tötung gewissermassen ein durch Entschädigung der Verwandten zu besserndes „Privatverbrechen“ ohne öffentliche Straffolgen ist. Vgl. § 3 und Stillmark 36–38.

2. Vgl. LBR. § 11. Gemeint ist der Fall, dass der Stich keine Unbrauchbarmachung eines Gliedes zur Folge hat. Der Osering ( $\frac{1}{2}$  Mk. = 8 Lot Silbers) hat sich besonders lange in Kurland erhalten und kommt z. B. noch in einer Rechnung des Komturs zu Goldingen vom J. 1341 (UB. 2 n. 803) und in der Gerechtigkeit des OM. Freytag vom J. 1492 vor, desgl. im Piltenschen Wackenbuch von 1582/83 (Acta Univ. Latv. 10, 1924, 220).

## B. I. Sog. erzstiftisches Bauerrecht.

3. [B. II § 2.] Vor ein<sup>a)</sup> mesteckung 6 marck, dat<sup>b)</sup> he bie dem toden blive und by dem levende<sup>c)</sup>.

4. [B. II § 3.] Vor eine verlehminge<sup>d)</sup> de[r] vote effte<sup>d)</sup> hande, ogen effte nese<sup>e)</sup>, de sall ene halve mannes petringe<sup>f)</sup> don.

5. [B. II § 4—10.] Vor eine seringe des dumen<sup>g)</sup> 6 marck<sup>h)</sup> not. Vor ein<sup>i)</sup> sager 5 marck. Dy middelst<sup>k)</sup> vinger 3 marck. De cleine<sup>kk)</sup> vinger 2 marck. De namlose vinger 4 marck. De grothe thee am vote<sup>l)</sup> 4 marck. De ander the<sup>m)</sup> 2 marck<sup>n)</sup>.

6. [B. II § 11]. Als vor eine varlickeit<sup>o)</sup>, es sie mit einem pile effte schwerthe, is dat im<sup>p)</sup> dustern und he sick entschuldigen<sup>q)</sup> [konde<sup>s)</sup>], effte im dage, so entschuldige<sup>r)</sup> [he]<sup>s)</sup> sick mit dem eide.

7. [B. II § 12]. Is dat jemanth wirt gewunth mit einem stocke<sup>t)</sup> effte holtze, das de<sup>u)</sup> hut blaw<sup>v)</sup> wert, 3 marck not.

a) eine D. b) dath D; wie stets. c) levendhe D. d—d) Emendiert nach B. II § 4 statt: vertogeringe de vote aff K., bezw. vortogeringe die fothe af D. e) nesen, do sol D. f) beteringhe D. g) thumen D. h) margk D. i) eynen D. k) Die mittelste D. kk) cliene D. l) pothe D. m) thee D. n) Weder K. noch D. machen hier einen Absatz, sondern ziehen § 5 mit § 6 zusammen. o) verlicheit D. p) ym düstern D. q) ennschuldigenn K. r) enttschuldigte K. s) fehlt K. D. t) stecke oder D. u) die. v) blau D.

3. LBR. § 11 setzt für einen Messerstich 3 Mark. Der Rest des Art. 3 bleibt unverständlich. Die Worte „dat he [der Täter], bie dem toden blive“ erinnern an das Erfordernis des RR., bei der Leiche zu bleiben, um den Beweis von Totschlag aus Nothwehr zu führen, in welchem Fall Straflosigkeit eintrat (MRR. 134. 178 = Lsp. II, 9. 56. Freymann 225. 265). Aber im Art. 3 fehlen die Voraussetzungen für diesen Fall. Sollte die zweite Hälfte nicht aus einem andren Art. (z. B. 8) an den un-rechten Ort versprengt sein?

4. MRR. 136 = Lsp. II, 11: Den munt, ogen, nesen, tungen, oren, ... hande unde vöte, desser jewelik, dar ein man ane beleidiget [= gelemet Ssp. II, 16 § 5; Freymann 267] wert, dat schal men mit einer halven man-bote [= 20 Mk.] beteren. Die gleiche Entschädigung B. II 3, wo jedoch Mund, Zunge, Ohren nicht erwähnt sind. LBR. § 1—3 setzt für Aus-bezw. Abschlagen von Auge, Fuss, Hand ebenfalls 20 Mk. Also überall die Anschauung, dass schwere Verstümmelung mit dem halben Wergeld zu bessern ist. Ein entsprechendes gerichtl. Urteil (20 Mk. für die abgehauene Hand eines Bauern) des Bf. von Reval und Osel v. J. 1529 s. Mittel. 4, 338 = Brfl. 992. Freymann 242.

5. MRR. 136 = Lsp. II, 11: We ein dem anderen den dumen afhouwet, he betert en mit 6 mark lantgudes, den vinger darnegest [= sager] mit 5, den middelsten mit 4, den negest dem lesten [= namlose] mit 3, den üsteren [= cleine] mit 2 marken lantgudes. Datsülvice recht hebben de tenen [zehen] ok. LBR. § 4—8 setzt für Daumen und Zeigefinger je 5 Mk., den Mittelfinger 4, die beiden letzten je 3 Mk. B. II § 4—10 berechnet den Zeigefinger am höchsten, im übrigen alle Finger in Oseringen und Ortingen. Ein Osering, zu  $\frac{1}{2}$  Mk. = 8 Lot Silbers angenommen, wobei 10 Mk. Silbers = 40 Mk. Landgut sind (Freymann



## B. II. Kurländisches Bauerrecht.

4. [B. I § 5.] Verlehmung des duhmens iss 4 osseringe.  
 5. [B. I § 5.] Ver den finger negst dem duhmen 4 ossering, 4 orting.  
 6. [B. I § 5.] Ver den middelsten finger 2 oseringe, 8 ortinge.  
 7. [B. I § 5.] Ver den veerden finger 2 oseringe.  
 8. [B. I § 5.] Ver den letzten finger 1 osering, 4 artogen.  
 9. [B. I § 5.] Ver den grothen teen 2 oseringe.  
 10. [B. I § 5.] Ver den andern 1 osering, 4 artogen.  
 11. [LBR. § 11—15. Vgl. B. I 6]. Verwundet ehner dem<sup>a)</sup> andern met ehnen<sup>a)</sup> schwert, mest adder biel, iss 2 oseringe. Versaket he idt, so sall he idt by dem eyde erholden.  
 12. [Vgl. B. I § 7]. Schleit einer dem<sup>a)</sup> andern met ehnen stock blau adder blöhdig, iss ver jeder<sup>a)</sup> schlach, den he bewiesen kan, 2 oseringe. So dat sinder blau [und]<sup>b)</sup> bloth iss, jeder schlach 8 artogen.  
 13. [B. I § 9]. Wer ehne fruwe nöhdiget, iss de halss eere bothe.

---

a) sic B. b) blauen bloth B.

241. 243), wäre = 2 Mk. Landgut? Aber nach LBR. cod. Alex. war 1 Mk. Landgut nur = 2 Lot Silbers. Die erwähnten Bußsätze stehen übrigens mit der Wergeldsumme in keinem Zusammenhang. Freymann 243, vgl. zu § 2. Die Bußsätze für abgehauene Zehen sind in den BRR. anders, als im RR., wo sie gleich den Fingern abgeschätzt sind.

6. Das Wort varlickeit hält Stillmark S. 39 für eine Verstümmelung aus „verwarlosicheit“ (Fahrlässigkeit; Lübben-Walter), wobei der Täter sich mit dem Eide vom Verdacht der Absichtlichkeit reinigen kann. Vgl. MRR. 148 = Lsp. II, 27: Ein man schal gelden den schaden, de van siner verwarlosicheit schüt andern lüden . . . ift he schut edder werpet einen man . . . unde doch geramet hedde eines vogels edder anders wes: hirumme en vordelt men eme sinen lif nicht edder sin gesunt. — Der paralelle § 11 B. II hat zwar nur eine gewöhnliche Verwundung im Auge. Unser Art. 6 wird sich aber wegen des Ausdrucks „im dустern“ doch auf unachtsame Gefährdung beziehen. Vgl. über Fahrlässigkeit Freymann 213 f.

7. Vgl. LBR. § 26. 29. 30, wonach nur blaue Schlag-Flecke im Gesicht mit 3 Mk., an andren Stellen bloss mit 1 Mk. zu bessern sind. B II § 12 rechnet blau und blutig gleich und vermindert die Busse nur bei Schlägen, die keine Spur zurücklassen.

---

11. Vgl. Stillmark 25.

12. Über das Prinzip der Kumulation der Strafe bei wiederholten Deliktshandlungen s. Freymann 251. Stillmark 43. S. auch Art. 26 (Einschub?) und Stillmark 42.

13. Stillmark 37 hebt zu diesem Art. hervor, wie tief die Anschauung von der Notwendigkeit einer Genugtuung des Verletzten noch wurzelte, indem es sogar bei obigem todeswürdigen Verbrechen heisst, dass der Hals „ihre Busse“ ist.

## B. I. Sog. erzstiftisches Bauerrecht.

8. Is dat jemant wirt<sup>a)</sup> doth geschlagen umb speel<sup>b)</sup>, die bewert<sup>c)</sup> id mit dem eyde, dat<sup>d)</sup> nicht mit des richters rad und mit den freunden<sup>e)</sup> und<sup>f)</sup> he den frunden genug thu<sup>g)</sup>.

9. [B. II § 13.] Ein geruchte<sup>h)</sup> einer fruyen<sup>i)</sup> is dat haveth<sup>k)</sup>.

10. [B. II § 27.] Item ein man der ein wif nimbt, alle<sup>l)</sup> sine guter sall siner fruyen volgen.

<sup>a)</sup> werth D. <sup>b)</sup> sperl D. <sup>c)</sup> bowerth idt mith D. <sup>d)</sup> dath nicht mith des richt rad D. <sup>e)</sup> frundhen D. <sup>f)</sup> offenbar unnütz K. D. <sup>g)</sup> thue D. <sup>h)</sup> gewichte K. D. <sup>i)</sup> frwenn K. frawen D. <sup>k)</sup> heueth D. <sup>l)</sup> alle seine guther sol syner frowen folgen D.

8. Zu der Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Charakters des Verbrechens, die sich in B. I in einem Übergangsstadium zeigt (verglichen mit LBR.), vgl. Stillmark 36: Art. 8 macht den Vergleich des Totschlägers mit den Verwandten des Getöteten von der richterlichen Mitwirkung abhängig, da durch den Totschlag der allgemeine Friede verletzt und dem Richter als Repräsentanten der staatlichen Ordnung nur in gewissen Fällen anheingegeben ist, den Parteien die Genugtuung zu überlassen. Vielleicht kann man den unklaren Text so emendieren: [doch] dat nicht [anders], [denn] mit des richters rad und mit den freunden he den frunden genug thu. Vgl. auch Stillmark 40. Freymann 249. ARR. 49: Wat klage vor gerichte kumt, de en mach men nicht vorliken ane des richters vulbort. Lsp. II, 10 = MRR. 135: . . . so mach he sik nicht vordragen edder vorliken . . . ane vulbort des richters. Der Ausdruck umb speel bleibt unerklärt, falls man ihn nicht mit „unvorsätzlich“ übersetzen darf. Vgl. die Anm. zu Art. 3.

9. Nur Notzucht und gewisse Diebstähle werden nach B. I und II nicht durch Geldbussen, sondern öffentliche Strafe geahndet (Stillmark 36 f.). Anders noch die Rig. Rechtsmitteilung [1227], UB. 1 n. 77 § 35: Quicunque mulierem . . . vi oppresserit, convictus 40 marcas solvat, quia vitam demeruit. Aber MRR. 131 = Lsp. II, 4: De . . . maget edder wif nottöget . . . den is it umme dat hövet aftoslande. Vgl. MRR. 185 = Lsp. II, 65 und Freymann 210. 284.

10. Abs. 1. Vgl. Stillmark 26. 29 f. 33–35. „Alle sine guter“ bedeuten gemäss der Unterscheidung von „acker und alles gut“ in Abs. 2 und nach Anleitung von B. II 27 nur das Mobiliarvermögen, die Fahrhabe. Zum ganzen Absatz vgl. Schilling 395–403, der hierin, im Unterschied zu B. II 27, ein jüngeres Erbrecht der Witwe an der Fahrhabe des Mannes anstatt des in B. II 27 ausgesprochenen älteren Fahrhaberechts der Frau erblickt. Vgl. B. II 27 Anm.



## B. II. Kurländisches Bauerrecht.

14. [Vgl. B. I § 12—14.] Breckt en deeff honig-böhme, ehne klethe adder dinge, dat bether iss als 8 artogen, den sall man up hangen und lathen em drögen. Iss idt benederen 8 ortinge, so iss de bothe 4 osseringe, adder man sall em thor stupe schlahn.

15. [B. I § 16.] Wart ehner met deefstahl begrepen, dath moth he met sienem eyde entleggen. Wert he thom andern mahl betagen, sall he sülv ander entleggen, thom dridden [mahl]<sup>a)</sup> enn höet iser dragen.

a) fehlt B.

14. Vgl. Stillmark 45. Freymann 271 f. 276. Die Strafe des Stäupens überhaupt wird zuerst im Vertrage mit den Öselern vom J. 1241 (UB. 169) erwähnt. Freymann 232. S. auch S. 42 Anm. 13.

15. Vgl. Freymann 273. Stillmark 25 f. 47.

## B. I. Sog. erzstiftisches Bauerrecht.

10. Abs. 2. Is dat he will von er<sup>a)</sup> wesen, so is he quitt acker und alles gutes<sup>b)</sup> und<sup>c)</sup> sine sone und dochter besitten idt.

[Is] dat dat<sup>d)</sup> erve nicht wegk nam de<sup>e)</sup> son, so vellet idt an die dochter und an die moder.

11. [B. II § 27]. Eine wedwe<sup>f)</sup> wulange<sup>g)</sup> sie wedwe blivet, mit den tochttern<sup>h)</sup> hevet sie erve.

a) ihr D. b) guth D. c) undt syne sohne undt sihne dochter besitten idh dath die erue nicht wegknamm sonn szo [?] velleth idt D. d) de K. D. e) fehlt D.; in K. korrigiert aus: denn. f) witwe D. g) umlange (?) D. h) töchtern D.

10. Abs. 2. Nach Schilling 270 ff. ist nicht an Ehescheidung, sondern an Entlaufen des Mannes zu denken [über diesen lange bekämpften Übelstand vgl. die Bauerordnungen von 1422 an, auch AR. 3 nn. 27. 41. 46. 116 f. usw.], worauf Todesfiktion und Beerbung folgte. Bei letzterer konkurrieren nun Söhne und Töchter als Gleichberechtigte, im Widerspruch zu Abs. 3 und zu B. II 27. Daher will Schilling entweder die Worte „und (sihne) dochter“, oder aber den ganzen Abs. 2, als ein jüngeres Einschlebsel auf Grund neuerer Rechtsvorstellungen, streichen, wodurch sich allerdings volle Übereinstimmung mit B. II 27 ergäbe.

10. Abs. 3. Die Emendation des Textes stammt von Schilling 270 f. Der Satz bezeugt nach ihm das Erbrecht der Mutter samt den Töchtern gemäss dem älteren westfälischen Landrecht, wonach die Söhne die Mutter und die Töchter im Erbe ausschlossen. Diese Vorstellung liegt auch dem Art. 11 zugrunde. Genau so bestimmt auch B. II 27. — Die Grundsätze der livl. Ritterrechte s. ARR. 16. 21 = MRR. 52. 56. Lsp. I 10 = MRR. 16. Vgl. auch WBR. c. 1.

11. Vgl. Lsp. I 46 = MRR. 231: Stervet einer vrowen er man, se blift sittende mit eren kintren in eres mannes gude, so lange als se wil, ungedelet. Das entspricht dem ostfälischen Recht des Ssp., wonach die Witwe blossen Beisitz im Gute hat. Hingegen enthält Art. 11 nach Schilling 243 f. 270 f. 305 die Grundzüge des westfälischen Landrechts älterer Periode: Erbrecht (nicht blossen Beisitz) der Witwe mit den Töchtern, Teilung beim Ausscheiden der Witwe durch Wiederverheiratung, Anschluss der Mutter und Schwestern im Erbe durch den dasselbe vorwegnehmenden Sohn (gemäss 10 Abs. 3). — Da die BRR. über Familien- und Erbrecht nur wenig bieten; wäre die Untersuchung der Volksüberlieferung, des lettischen und estnischen Volksliedes, von Wert. Für die Letten macht interessante Ansätze dazu A. Schwabe, „Lett. Kulturgeschichte“, Riga 1921 (lett.) S. 55 ff., doch sind sie durch das Überwuchern unsicherer Hypothesen z. T. zweifelhaft.



## B. II. Kurländisches Bauerrecht.

**16.** [B. I 17]. Sterwet enn mann, de erwen adder bröder hefft, so sint de schuldig (so dar schuld iss) [tho]<sup>a)</sup> bethern van sienem gude.

**17.** [B. I 19]. Fint ener queck up sienem acker adder heuschlegen, dat vehe sall he in sien huss driewen, beth dat em sien schade bethalt werdt.

**18.** [B. I 21]. So ener heu stelt: feert he dat met ehne schleeden, iss 2 oseringe; drecht he dat met enn börde, iss 8 ortinge.

**19.** [B. I 24]. Wenn ehner in sienem huse wert 'geschlahen oft gewundt, iss 6 oseringe.

a) fehlt B.

**16.** Vgl. Stillmark 30 f.

**17.** Vgl. Stillmark 27 f. 54. Ergänzende Bestimmungen, gegen missbräuchliche Ausnutzung des Pfandobjekts, in den kurländ. Landtagsrezessen von 1606 Febr. 14 und 1606 April 7. Archiv 2, 264. 269.

**18.** Vgl. Stillmark 51.

## B. I. Sog. erzstiftisches Bauerrecht.

11. Abs. 2. Is dat se<sup>i)</sup> sick verandert<sup>k)</sup>, so delen de dochter<sup>k)</sup> dat erve gelick mit der moder.

12. [B. II § 14.] Item is dat ein brecke effte felt<sup>b)</sup> honnichbome<sup>m)</sup> eder kleyt<sup>n)</sup>, mit kulen schlet<sup>o)</sup> kumme effte kisten up, effte perde de<sup>p)</sup> gestolen werden, effte ander dingk, 3 marck notdurfft<sup>q)</sup>.

---

i) sie sick vorändert D. k) töchter D. l) szelt? K.; felet D. m) hantbane D. n) oder kleit D.; kleyt(en) K. o) schleit D. p) die D. q) sic K.; notturft D. Die einzige Stelle, wo das Wort ausgeschrieben wird, aber ob richtig?

---

12. Der Text ist halbwegs verständlich, aber zweifellos verderbt. Man sieht z. B. nicht ein, warum „kumme effte kisten“ gerade mit kulen (Keulen) aufgeschlagen werden sollen. Sollte in dem Ausdruck „mit kulen“ nicht der Rest einer Bestimmung über Vernichtung von Kulen, d. s. Grenzzeichen, stecken? Entsprechend der Zerstörung von Grenzbäumen und -steinen im MRR? (vgl. Freymann 280). Das MRR. 140 = Lsp. II, 16 bestimmt: . . . houwet (he) böme, de vrüchte dregen, edder breket he sin avet [?], edder houwet he malböme, edder greft he stene up, de to markstenen gesett sin, edder houwet he honichböme, de dar vlegen, de mot 9 mark lantgudes geven; den schaden gilt he up ein recht. Der Anfang des Art. 12 ist gesichert durch den parallelen § 14 von B. II, der aber im Folgenden ganz abweicht, 2 Stufen der Strafbarkeit des „kleinen“ und „grossen“ Diebstahls unterscheidet, während Stillmark 45 f. in B. I § 12–14 3 Stufen findet, den Text § 12 auch nur als „Aufschlagen von Kummern (Gefässen) oder Kisten mit Keulen“ zu erklären weiss, und als einzig Sicheres feststellt, dass alle obigen Fälle des Art. 12 nicht mit der gewöhnlichen Strafe für Diebstahl über ein Wertminimum, d. h. nicht mit dem Tode, geahndet wurden. Vgl. auch Freymann 271–273, dessen Definition des Diebstahls (1: Wegnahme aus fremdem Gewahrsam; 2: Moment der Heimlichkeit der Tat) Stillmark 44 f. z. T. bestreitet. Man wird festhalten müssen, dass in § 12 (im Unterschied von B. II 14!) keine Strafbemessung nach dem Wert des Gestohlenen, sondern eine andre, nämlich eine Beurteilung nach gewissen Tatbeständen oder Deliktarten, obwaltet. Darauf leitet auch ein Vergleich von MRR. § 131 = Lsp. II, 1 mit § 140 = II, 16. Damit fiel Stillmarks Annahme von 3 Abstufungen des Diebstahls nach dem Wert in B. I und die von ihm daraufhin behauptete „bemerkenswerte Ähnlichkeit mit den nordischen Quellen“ (im Gegensatz zu den deutschen, die nur 2 Stufen unterscheiden, Freymann 272; Stillmark 45. 48) hinweg: sonst müsste Stillmark ja auch im MRR. die 3 Stufen und die Ähnlichkeit mit nordischem Recht wiederfinden. § 12 führt offenbar noch garnicht den sonst bei Diebstahl allgemein gültigen Grundsatz ein, dass der Wert des Gestohlenen die Strafe bestimmt, sondern will (trotz des Ausdruckes „effte ander dingk“) nur gewisse, bei Bauern bes. gewöhnliche Delikte treffen. (Die „3 Mk. notd.“ sind natürlich nicht Wertbestimmung, sondern Bußsatz; Stillmark 46.) B. II § 14 dagegen erreicht durch kürzende und vereinfachende Zusammenziehung des Hauptinhalts



## B. II. Kurländisches Bauerrecht.

20. Wert enn mann vorm<sup>a)</sup> gericht gelahden: kümbt he vör gerichte, und de ankläger nicht, so iss he em nich<sup>a)</sup> plichtig tho rechte stahn.

21. [LBR. 42.] Wer in kercken und möhlen stellt, iss dat radt.

22. Lett en mann up den acker, heuschlege adder im walde füer kahmen, den schaden sall he bethern, und der herrschop 3 oseringe.

---

a) sic B.

---

von B. I 12–14 eine einwandfrei klare Formulierung nach dem einzigen Grundsatz der Wertbestimmung des Gestohlenen. In B. I beginnt dieser erst in § 13 sich auszuwirken. Durch Umstellung von § 14 und § 13 würden die Bestimmungen übrigens allesamt klarer (§ 12 führt implicite das Thema „Vom Diebstahl“ ein, § 14 spricht vom „kleinen“, § 13 — vom „grossen“, d. h. dem über 1 Mark), aber schon der Redaktor von B. II fand offensichtlich die Anordnung unseres Textes vor. Wie die Unterschiede der Wert- und Strafbestimmungen in MRR., B. I, B. II und LBR. zu erklären seien, bleibt wie so vieles andere unerfindlich.

20. Vgl. Lsp. I, 73 = MRR. 125, 1: wird ein Abwesender verklagt und kumt he darna vör unde de kleger dat nicht vorfolget und klaget nicht up em, he mot dem richter wedden, unde darto delet men jennen van der klage leddich. Der von Stillmark 36 f. angezogene § 76, 2 des MRR. = Lsp. 49 gehört nicht hierher.

21. Vgl. ARR. 52: mort unde . . . kerkenbreken dat is dat rat. Lsp. II, 3 = MRR. 131: alle mörder unde de den haken roven edder mölen, edder kerken edder kerkhof . . . de schal men radebreken. Stillmark 48. Freymann 272. 274: die Begehung des Diebstahls an gewissen befriedeten Orten ist so qualifizierend, dass die gewöhnliche Einteilung in grossen oder kleinen Diebstahl wegfällt und ausserdem anstelle der einfachen Todesstrafe das Rädern tritt.

22. Vgl. Stillmark 27 und Lsp. II, 27 = MRR. 148: ein man schal gelden den schaden, de van siner verwarlosicheit schüt andern lüden, it si van brande usw., Freymann 213. Über die offenbar in Art. 22 neben dem Schadenersatz erscheinende Wedde, die öffentlich-rechtliche Strafzahlung, vgl. Freymann 244 f. Die Wedde ist dem Vertreter der staatlichen Gewalt, dem Richter, zu zahlen. Nach den Bauerrechten I und II ist der Richter noch nicht die Gutsherrschaft, sondern der landesherrliche Richter hat die Gerichtsbarkeit. Erst recht trifft das für Kurland zu, wo im MA. die Gerichtsbarkeit den Vasallen nicht verlehnt wurde (vgl. z. B. UB. 135. 536 v. J. 1234. 1290. Stavenhagen, AR. 1 n. 122). Im Art. 22 wird die Wedde offenbar auch nicht der Gutsherrschaft zugesprochen; das Wortherschop bedeutet im kur. BR. 22. 24 ohne Zweifel die Landesherrschaft. Doch vgl. § 26.

Stillmark 46 findet in der Strafe für Brandstiftung durch Verwahrlosung eine „Ähnlichkeit mit nordischen Rechten“, da die deutschen Rechte „meist“ nur Ersatz fordern. Da aber auch nach dem von Stillmark 41 selbst zitierten Vermehrten Ssp. II 2, 12 neben der Entschädigung noch

## B. I. Sog. erzstiftisches Bauerrecht.

13. [B. II § 14]. Is it<sup>a)</sup> peter, so wert er gehangen an sinen<sup>b)</sup> pesten hals.

14. [B. II § 14]. Ist<sup>c)</sup> dat it<sup>d)</sup> ein marck ist<sup>e)</sup>, so wert er mit ruten gehowen<sup>f)</sup>, dartho de oren verkorth<sup>g)</sup> und durch die wangen gebranth.

15. Is et<sup>h)</sup> dat he gefangen werth in der diwerie<sup>i)</sup>, so wert<sup>k)</sup> er gehangen, ader lost sick<sup>l)</sup> mit 6 marck.

---

a) dath D. b) seinen besten D. c) sic K.; isz D. d) idt D. e) ys D. f) gehauen D. g) verkurth D. h) Is dath he D. i) dauverie D. k) wirdt ehr D. l) fehlt in D.

Strafe eintrat, erledigt sich die gesuchte Ähnlichkeit mit dem nord. Recht von selbst. — Aus späterer Zeit vgl. den kurländ. Landtagsrezess zu Mitau von 1606 April 7 P. 8, Archiv 2, 269 f.: Weil durch Verwahrlosung des Feuers oftmals grosser Schade an Brand in den Wildnissen geschieht, soll ein jeder auf sein Feuer Acht haben; wer durch seine Verwahrlosung Schaden verursacht, wird nach Beschaffenheit desselben, event. am Leben, bestraft.

---

13. 14. Vgl. ARR. 52 = MRR. 79. MRR. 131 = Lsp. II, 1: Däfte de galge, is se eines verdinges wert. Den def, de eines verdinges wert gestalten, den schal men hangen. Stelet he benedden einen verdinge: ein merk mit einem heten isern an den backen edder an den oren [nach Wilda, um den Dieb als solchen kenntlich zu machen, Freymann 273, Stillmark 46], edder to der stupe slan [Freymann 231 f. 272 f.], he en betere it denn mit sös marken lantgudes. — Vgl. auch die Verordnung des Komturs zu Goldingen vom J. 1409 wider die an der preuss. Grenze bei Memel stehlenden Kuren (UB. 4, 1778. 1782): Nu han ich unsern luten gesait, do ich vor rate von des ordens wegen, das sies also machin, das keine klage obir sie kome; werden sie dar obir begriffen, man sulle sie in die thymnitze [Gefängnis; aus dem Slav.] setzen und an die helse richten. Wolden sie dor obir nicht abe lasen, wurden sie denn begriffen, man sulde sie an die bome hengen: do sulde keine klage noch komen. — Über Pferdediebstahl bestimmte der Vertrag mit den Kuren von 1267: Welike irer . . . dem anderen sine perde stelet . . . so sal die schuldige si betalen und widergeven, oder it sal bliven in einer unvruntlicher minne (UB. 405). Übrigens ein Beispiel von Fehde zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche (Freymann 204), was in den BRR. nicht mehr vorkommt. S. § 12.

15. Bezieht sich nur auf den „kleinen“ Diebstahl, da bei grossem sowieso gehängt wurde, und da 6 Mk. auch nach dem RR. die Lösung von der Strafe des kleinen Diebstahls ist. Stillmark 46 f. Freymann 249. Doch kamen in der Praxis häufig Lösungen der Bauern auch von der Todesstrafe vor. Vgl. Freymann 249 f. nach Brß. 436. 635. 1250. 1359: alles Beispiele aus Estland aus dem 15. und 16. Jahrh., die wohl den Bestimmungen des (jüngeren) LBR. entsprechen.



## B. II. Kurländisches Bauerrecht.

23. In wes gerichte enn miszedäder oft dorp begrephen wert, dar sall man em richten.

24. Alle<sup>a)</sup> fryen Seeländer, Cuhren, Semmgaller sallen ähr recht hebben gliehk den andern buhren der herrschop darunder se sint.

25. [LBR. 46 = WBR. c. 7, 4]. So dar jemand scheedinge breckt twüschen ackern, 6 oseringe.

26. So jemand hoppen breckt in dem busche adder walde vör der tiedt, jeder herrschop 1 osering, und dem ohk 1 osering, de dat vermeldt.

a) Alle Fryen, Seeländer, Cuhren, Semmgaller, B.

23. Vgl. Stillmark 59 f., der es unentschieden lässt, ob vom forum delicti commissi oder forum deprehensionis die Rede ist, da die Praxis schwankend gewesen sei: denn Russows Chron. 18a berichte von des Adels hofgericht tho halse unde tho buke: wenn ein miszdeder in eines eddelmans gude gegrepen wordt, do ys desulvige nicht der avericheit, besundern dem eddelman, in wes marck und grentzen he beschlagen, averantwordet, worauf dann die Bauerältesten das Urteil gefunden usw., aber der Lsp, III 56 = MRR. 240 bestimme: Nen utwendich man is plichtich, in dem dorpe to antworden na erem sunderliken dorprechte, he en klage denn up erve edder gut edder umme schult. Das erste Beispiel passt überhaupt nicht auf Kurland, wo es keine Privatgerichtsbarkeit gab, das zweite bezieht sich nicht auf den in Art. 23 vorgesehenen Fall.

24. Seeländer = Selen, Selonen. Auch Renner, Livl. Hist. 8 schreibt Seelandt. „Fryen“ kann sowohl substantivisch (vgl. „andere fryen im gebede Bowsenborch“, Anh. Nr. 26 Anm.) wie adjektivisch gebraucht sein (vgl. UB. 9 n. 535: als andre freie Kuren, 1439; s. auch UB. 12 n. 247: als andere Kuren... tho Tuckem; 1464). Die Unterscheidung des Ordenslandes Kurland (Gebiete Goldingen, Windau, Kandau, Grobin) und der Ordenslande Semgallen und Selonien ist alt. Vgl. AR. 1 S. 86 Anm. — Der allein in B. II vorhandene Art. 24 entspricht den spezifischen Verhältnissen Kurlands, wo es unter Orden und Bf. besonders viele eingeborene Freie gab, z. T. Hofbesitzer zu Erbzins, z. T. kleine Lehnslleute, beide von bauerlicher Fron frei und nur zu andren Diensten und gewissen Abgaben verpflichtet. Vgl. Stavenhagen, Beiträge 4, 1894, bes. 330 ff. — Stillmark 25 interpretiert: Art. 24 unterscheidet zwischen den Freien und andren Bauern, stellt sie jedoch rechtlich einander gleich, sobald sie sich unter derselben Herrschaft befinden. Stavenhagen 305: „Die von den andren Bauern unterschiedenen Freien stehen unter einer Herrschaft, sind also hofrechtlich, denn das aufgezeichnete Recht soll für sie, wie für die andren Bauern gelten, aber zugleich soll ihnen ihr Recht, das ihrer Freiheit entsprechende, nämlich auf ihrem Grundbesitz beruhende Recht, garantiert werden“. Jede Interpretation muss aber im Auge behalten, dass herschop hier keine private Gutsherrschaft bedeutet (wie auch Schilling 138 irrig meint). Im 15. und 16. Jahrh. bedeutet „der herschop land“ in Kurl. gerade un verlehntes, zum Burgbezirk gehöriges Land; herschop ist die Landesherrschaft, genauer die Verwaltungsbehörde eines landesherrlichen Burgbezirks (einer borchsu-

## B. I. Sog. erzstiftisches Bauerrecht.

16. [B. II § 15.] Item [is]<sup>a)</sup> dat imanth werth beschuldigt in<sup>b)</sup> dufften, her entschuldigt sich selbst. Wirt<sup>c)</sup> er zum andern mahell<sup>d)</sup> [betagen<sup>e)</sup>], so is idt twe duffte<sup>ee)</sup>. Wirt er zum dritten

a) fehlt K. D. b) zu D. c) werth D. d) mahl D. e) Emendiert nach B. II. — K. D.: gefangen. ee) Lücke in D.

kunge, z. B. Komtur oder Vogt im Ordenslande), denn die eingeborenen Freibauern und Lehnleute dienen und zahlen der herschop (Lehnbrief d. OM. Borch, 1472, Brfl. 295: zu „Zins und Pacht, als er sonst der Herrschaft gegeben hat“; Lehnbrief d. OM. Plettenberg 1494, UB. II 1, 62: so he waz by der arbeit der herschopp versant worde). Freilich ergibt sich auch so keine einwandfreie Erklärung des Art. 24, auch nicht bei der Annahme eines gewissen Zusammenhanges mit dem vom kompetenten Forum handelnden Art 23, wonach Art. 24 bestimmen könnte, dass die Freien gleich den andren Bauern ihren Gerichtsstand vor der Gebietsbehörde haben sollen, der sie in dienstlicher und steuerlicher Hinsicht unterstehen. Aber das war selbstverständlich, da es gegenüber dem Grundsatz „ein jeder Einwohner stehe und bleibe unter des Ordens Gerichtsbarkeit“ in Kurland keine ständischen Gerichte und keine Privatjurisdiktion gab (vgl. Stavenhagen, AR. 1 n. 122 S. 84 f.). Der Sinn wäre klar, wenn der Text lautete: „sallen ähr recht (= Gerechtigkeit, Abgaben) don“ oder „geben“ usw. Vgl. die Gerechtigkeit d. OM. Freytag vom J. 1492 § 10: die freien sollen gesterie und alle gerechtigkeit thun der herschafft nach aussweissunge ihrer brieffe (was sich wie eine Erklärung des Art. 24 ausnimmt). Weitere Belege für die pflichtigen Leistungen eingeborener Freier: Lehnbrief d. Bf. Gottschalk, 1423 (Kurl. Güterchron. N. F. 1 B. 61) „arbeides vry, men alle ander hakenrecht . . . pluchtich to donde, alz unse andre heker don. Lehnbrief d. OM. Mengden, 1469 (Anhang Nr. 26 Anm.). Lehnbrief des Komturs zu Windau über ein Stück Land, davon ein Kursch recht tho doinn (1494, UB. II 1, 63).

25. Vgl. Lsp. II 16 = MRR. 140. Freymann 280. Stillmark 6. 50. Wegen verdächtiger Verwandtschaft mit jüngeren Redaktionen der Bauerrechte ist Art. 25 viell. nur ein späterer Zusatz.

26. Die eigentümliche Art des Vergehens, die sonst gleichfalls nicht vorkommende Belohnung des Angebers und der Umstand, dass herrschop hier offenbar Gutsherrschaft bedeutet (vgl. § 22. 24) erwecken den Verdacht eines jüngeren Einschubes. So schon Stillmark 6. 53, vgl. auch 43.

16. Der verderbte Text wird durch das RR. und B. II klargestellt. Verbesserungen lieferte bereits Paucker (Archiv 5 S. 6 f.), gegen dessen weitere Behauptungen sich Stillmark 47 freilich mit Recht ausspricht. Paucker, Stillmark und Freymann 273 stimmen darin überein, dass der Rückfall beim Diebstahl keine strafverschärfende Wirkung gehabt habe, sondern dass sich die Bestimmungen aller livländ. Rechtsbücher über die Wiederholung des Diebstahl nur auf den Beweis bezogen und nur prozessuale Bedeutung hatten. Im Text sind daher in Abs. 2. 3 Synonyma für „beztichtigen, beschuldigen“ eingesetzt worden, und auch der Ausdruck „twe duffte“ muss ursprünglich dahin gelaute haben, dass der zum zweiten Mal Beschuldigte einen doppelten Reinigungseid, seinen eigenen und den eines Eideshelfers, brauchte. Es ist auch auffallend, wie unsicher gerade nur in



## B. II. Kurländisches Bauerrecht.

27. [B. I 10. 11.] So enn mann enn wief nembt, der mach he all sien gohd tho kehren, sinder acker, wiesen und böhme.

diesem § 16 der Schreiber von D. sich fühlt, der sonst den durch K. repräsentierten Text sklavisch wiederzugeben pflegt. Übrigens bestehen auch Bedenken gegen die obigen Emendationen. B. I weicht ja in andren Bestimmungen stark von den übrigen Rechtsquellen ab. Aber vorläufig sei der Autorität der gen. Autoren und der parallelen Rechtssätze gefolgt. Das MRR. 131 = Lsp. II. 1 (vgl. B. II 15 und LBR. 10) bestimmt: Wert einer betegen mit düfte, de eer düfte gebetert heft vor gerichte . . . des mach he anders nicht entgan, denn mit dem isern. Wert överst ein seker man, de eer nene düfte gebetert heft, betegen um düfte, he entgeit es allene up den hilligen. Wert he överst to dem andernmale verklaget . . . so schal he sik sülf ander entseggen up den hilligen. Wert he överst to dem drüddenmale . . . vorklagt um düfte, so mot he sik reinigen mit dem isern . . . Bernet he sik, men schal en hangen: wert he överst schir, de kleger geve ein mark sülvers vor sin ungemak. Vgl. auch MRR. 38 = Lsp. I, 29: De mit düfte . . . vorwunnen wert vor gerichte, edder gebetert heft, wert he beschuldiget anders wor, he mach mit sinem ede nicht entschuldiget werden, sunder twier heft he kore: dat iser to dragen, usw.

27. Vgl. Stillmark 33–35. Die Worte „acker, wiesen und böhme“ umschreiben das „erve“, die „hereditas“, d. h. den Grundbesitz der Eingeborenen, mit Indifferenz gegen das Recht, zu dem er besessen wird. Vgl. UB 6, 2760 v. J. 1293: *neophitum hereditas sive in agris, sive in pratis, sive in arboribus melligeris*. Nach Schilling 395–397 bezieht sich Abs. 1 auf das Fahrhaberecht [nicht auf die Morgengabe, welche am Grundstück bestellt werden würde] der Frau, der der Mann zur Zeit, da er sie freit (nembt; Stillmark 19 denkt freilich an testieren), seine fahrende Habe (Vieh, Kleider, Hausrat, Schmuck) durch ein Rechtsgeschäft, einen Vergabungsakt [im Brautstuhl, in sede nuptiarum, vgl. Visbys Rechtsmitteilung an Riga von [1225–1228], Frensdorff, Hans. Gesch.-Bl. 22, 1916, 25] geben (tokehren) darf: nach Schilling 401–403 ein älterer Rechtszustand, als der in B. I 10 ausgedrückte. Nach letzterem „folgen“ die beweglichen Güter des Mannes der Frau: nicht aufgrund eines Vergabungsaktes, sondern einfach kraft (jüngerer) Rechtsanschauung, indem, durch den Wegfall des Vergabungsaktes, das Fahrhaberecht sich in ein Erbrecht der Witwe gewandelt hatte.

Die folgenden Absätze enthalten nach Schilling 269 ff. 305. 309. 395–403 das westfälische Erbrecht der älteren Periode: Die Mutter beerbt mit den Töchtern den Mann und sitzt mit jenen bis zur Wiederverheiratung im gemeinsamen Gut: nicht als Gast, sondern als Erbin, denn sie behält „dat ähre“. Sind jedoch Söhne vorhanden, so schliessen diese die Mutter wie auch die Schwestern, denen sie nur eine Beradung (mit einem Kindeil) schulden, in dem väterlichen Nachlass aus (vgl. B. I 10 Abs. 3). Diese Nichtgleichstellung von Söhnen und Töchtern in der Erbfolge war aber in Westfalen im 13. Jahrh. bereits obsolet, denn seitdem waren dort Söhne und Töchter in der Erbfolge gleichberechtigt, wie sie ja auch nach B. I 10 Abs. 2 (jüngerer Einschub?) im Erbfolgerecht konkurrieren. Ähnlich wie Art. 27, ist auch der Ssp. noch ein letztes Zeugnis der Nichtgleichstellung von Söhnen und Töchtern.

## B. I. Sog. erzstiftisches Bauerrecht.

mall [begrepen<sup>f)</sup>], so sall<sup>g)</sup> he dasten an dat furige isen, wolldede her sick entschuldigen.

17. [B. II § 16.] Item is dat jemant sin broder stirvet, die dar erve hefft: is der bruder<sup>h)</sup> schuldigh, der gestorven<sup>i)</sup> is, so mut he die schult betalen, will her dat erve behalden<sup>k)</sup>.

f) gekregen K.; fehlt in D. g) soll he tasten an dath hete iseren wol her D. h) broder D. i) vorstoruen D. k) behalten D.

— Die Auffassung der RR. über Erbrechte von Frau und Kindern s. ARR. 15. 16. 21 = MRR. 51. 52. 56. Lsp. I 10. III 16 = MRR. 16. 231). —

Nach Art. 27 und ebenso nach B. I 10 Abs. 2 sind übrigens alle Söhne unterschiedslos zur Erbschaft berufen, nicht, wie im Lehnrecht, nur der älteste. Diese landrechtliche Erbfolge wird aber dazwischen von der lehnrechtlichen verdrängt, wenn Eingeborene „zu kurischem Recht“ oder „zu Lehngutsrecht“ in den Lehnsverband aufgenommen werden. Vgl. aus dem Stift Pilten die Belehnung der Vetter Mende und Centote in Sergemieten, 1423 (Arbusow sen., Kurländ. Güterchron. N. F. I B. 61 f.) und mehrere entsprechende Notizen im Wackenregister des Stifts Pilten von 1582/83 (Acta Univ. Latvien. 10, 1924). Der Deutsche Orden hat aber zuweilen auch die weiblichen Nachkommen eingeborener Lehnsleute als erbberechtigt anerkannt (Stavenhagen, Beiträge 4, 1894, 316. 334), was auch von den preussischen Freilehnsleuten gilt (SS. rer. Pruss. 1, 267).

17. Vgl. Stillmark 35. B. II 16 verpflichtet die Erben oder Brüder zur Besserung der Schuld. Nach beiden Rechten normiert die Erbschaft den Umfang der Schuldenzahlungspflicht. Das entspricht der Anschauung des Ssp. I 6 § 2. Vgl. Schilling 207, s. auch WBR. c. 1. Betr. den Übergang von Deliktsobligationen auf die Erben vgl. Schilling 217. 220: nur Wergeldansprüche allein gingen auf den nächsten Schwertmagen über, ARR. 55 = MRR. 83: De sone darf ok nicht des vaters bröke beteren, noch de broder des broders. Umme dotschlach unde wunden, de ungebetert sint, da ervet de vader up den sone unde de broder up den broder, de gescheen sint, dewile se ungescheiden weren. Vgl. auch d. Priv. für die Öseler, 1255 (ÜB. 1, 285; 3 S. 22): ut nulla inter eos vacare possit hereditas ad usum domini terre, quam diu aliquis reperitur, qui in sua parentela quidpiam ad emendam homicidii noscitur persolvisse.



## B. II. Kurländisches Bauerrecht.

27. Abs. 2. De söhns sallen de süstern berahden.

3. Sint dar overst kiene<sup>a)</sup> söhns, so fällt dat gantze gohd der mohder tho met den döchdern.

4. So lange se sinder manne blifft, sall se dat ähre med den döchdern beholden.

Ende des gemeinen land-rechts in Lieff-, Churland und Semmgallen.

---

a) sic B.

## B. I. Sog. erzstiftisches Bauerrecht.

18. Is dat imant hefft ein guth<sup>a)</sup> pant 3 marck not. of he dat versackede die bisitter die die wort hort wert dat panth by eme gefunden, so sall er petern<sup>b)</sup> dem pisitt(er) 4 marck effte meher, so sall er mehr lude by heben tho tuchnisse.

19. [B. II § 17.] Is dat perde eder ander queck de<sup>c)</sup> gelick up dem acker eder heuschlegen<sup>d)</sup> werden gefunden, he<sup>e)</sup> holt dat queck<sup>f)</sup> so lange<sup>g)</sup>, bet sin schade gestat<sup>h)</sup> is.

20. [LBR. § 24.] Wer ed<sup>i)</sup> sacke dat<sup>k)</sup> eme dat queck<sup>f)</sup> mit gewalt wurde genohmmen, her sall<sup>l)</sup> betern eine marck.

<sup>a)</sup> guth, pant der [?] marck noth eft he dath versacke die besitten die dhewort hart(en) werth D. <sup>b)</sup> betheren den pisittern 4 [!] effte mehr so sol er mehr ludhe D. <sup>c)</sup> die glicke upp up D. <sup>d)</sup> hey hauschlagen [?] D. <sup>e)</sup> die D. <sup>f)</sup> luck [?] D. <sup>g)</sup> lathghe [?] D. <sup>h)</sup> sic K. D. <sup>i)</sup> eth D. <sup>k)</sup> das <sup>l)</sup> schal beteren D.

18. Der Text dieses Art., der entfernte Parallelen allein im MRR. 15 f. (Lsp. 8 f.) hat, ist korrumpiert. Das RR. bestimmt: We dem andern varend gut lenet effte vorsettet edder to bewaren deit, wil he it em vorsaken . . . , des is he neger to beholden sulff drudde . . . , denn de jenne alleine to swerende. Mach overst de jenne, de dat gut in weren heft, mit dren . . . luden betugen, dat it sin eigen is, . . . be breket em sin getuge . . . Wat man overst under em bewisen mach, dar mot he vor antworten ane unschult. Stillmark 58 (s. auch 33) definiert den in Art. 18 vorgesehenen Fall als „diebliches Behalten“ = Unterschlagung, für welche letztere nach Freymann 276 damals noch kein einheitlicher selbständiger Begriff ausgebildet war. Gleich der einfachen Entwendung (die sich durch das Fehlen der Heimlichkeit nicht als Diebstahl, und durch das Fehlen anderweitiger Rechtsverletzung auch nicht als Raub qualifiziert) bleibt die Ablegnung des Pfandes ohne öffentliche Strafe, trägt also nicht die ma. Requisite des Diebstahls. Stillmarks weitere Bemerkung, dass „der Wert des Gegenstandes einen Unterschied wenigstens im Verfahren bedingt zu haben scheint“, führt auf folgenden Emendationsvorschlag: Is dat imant hefft ein guth pant: 3 mk. not., of he dat versackede [dem] bisitter [dem] die . . . [ge]hort; wert dat panth by eme gefunden, so sall er petern dem pisitter: [is dat] 4 mk. effte mehr, so sall er mehr lude by hebben tho tuchnisse.

19. Vgl. MRR. 152. 157. Lsp. II 31. 36: Welkeren schaden eines mannes pert edder vee deit . . . de man mot betern, des dat vee . . . is, . . . edder he mot it entberen, so beholt it de ander vor sinen schaden. Eigentümlicher Weise enthalten gerade die Bauerrechte über den Tier-schaden nur eine einzige Bestimmung, während die RR. deren eine ganze Reihe bringen. Freymann 213 f. Stillmark 27 f. Vgl. die Verordnung der harr.-wier. Ritterschaft von 1306 März 26 (UB. 2 Reg. 713): Niemand darf eines andren Vieh aufnehmen (optage) auf adligen Besitzungen oder in einem Dorf; wer es tut, wird für einen Räuber angesehen; kommt es aber in den Wald, Grenzen [= Mark?] oder Felder, so darf es gepfändet und gesetzlich damit verfahren werden.

20. Nach Anleitung von LBR. 21–24 und gemäss dem zu § 19 Bemerkten ist derjenige, dem das [gepfändete] Vieh genommen wird, natürlich der rechtmässige Pfänder desselben. Der mit 1 Mk. Busse Bedrohte ist der Besitzer. Stillmark 55. Über die sparsame Behandlung des Begriffes „Gewalt“ in den landrechtlichen Quellen vgl. oben S. 30 und Freymann 267 f. Das MRR. 139 = Lsp. II, 15 setzt 1 Mk. Strafe für Widerstand beim Pfänden. S. auch Stillmark 28.



## I. B. I. Sog. erzstiftisches Bauerrecht.

21. [B. II § 18]. Item wer dat hew<sup>a)</sup> steleth so vell, als er unter einem arm dragen kann, 3 marck not. Is ein<sup>b)</sup> moche sele am hoy, die betere ein mk.

22. Item<sup>bb)</sup> is<sup>c)</sup> dat erer twe guth thohope legen thovorkopen, is dat de eine sterveth<sup>d)</sup> mit thweier tuchnisse, he gelt ein theil des dodes<sup>e)</sup> [!].

23. Is dat einer wert geladen mit des richters knecht vor gerichte, is dat he verschmat<sup>f)</sup> tho kamen, he geldt ein mk.

24. [B. II § 19]. Wert jemanth geschlagen in seinem hause mit einem stecken effte gewunth wert, he<sup>g)</sup> betere et mit negen mk.

25. De geschlagen wert effte<sup>h)</sup> mit gewalt einen gelauff [. . .], is das er sich verantwort, he enbrecke nicht an der herschaft. Mit gelicke<sup>i)</sup> so wert de<sup>k)</sup> ander verdumet, is dat he nicht kommeth thor verlicknisse<sup>l)</sup>, effte he entschuldige<sup>m)</sup> sick mit dem unreinen isern etc.

<sup>a)</sup> heueth stelet so viele als her D. <sup>b)</sup> eine rechte sele an he her, die betere D. <sup>bb)</sup> K.; fehlt D. <sup>c)</sup> D; fehlt K. <sup>d)</sup> steruet twir betuchnisse D. <sup>e)</sup> todes D; d. h. des Verstorbenen. <sup>f)</sup> vorschmath tho kommen D. <sup>g)</sup> he betere ith mit 9 marck D. <sup>h)</sup> eft mit gewalt einen gelauff is dat sich D. <sup>i)</sup> gliche D. <sup>k)</sup> die andere D. <sup>l)</sup> vorglicknisse D. <sup>m)</sup> entschuldige do sick mit dem unreinen iseren D.; entschuldige de sick nicht dem unreinen isern etc. K.

21. Der Text ist bis zur Unverständlichkeit verdorben. Das Kur BR. unterscheidet Heudiebstahl in der Menge eines Schlittenfuders, und einer Traglast. Das MRR. 140 = Lsp. II, 16 spricht nur vom Heu-Mähen auf fremder Wiese, was mit 1 Mk. gebüsst, und wobei der Schaden ersetzt werden muss. (Vgl. Freymann 276). Das LBR. 39 f. bestimmt ähnlich: we der herschop steelt eynd foder hoy, is der herschop 3 marck; doch weiter: . . . und schall dat hoy voraff bethalen. Für die Emendation des Art. 21 kommt wohl nur das Kur. BR. in betracht. Aber es lässt sich kaum mehr vorschlagen, als: Is [dat] ein moch[t]e s[t]ele[n] . . . . — Stillmark 26. 51 f. findet die Lesart der Dresdner HS. glaublich, wonach der Inkulpat, sofern er eine „rechte Seele anher“ war, nur 1 Mk. zu bessern hatte. Auffällig ist in B. I und LBR. der hohe Strafsatz von 3 Mk. Denn im allgemeinen strafen die Bechtsbücher den Heudiebstahl nur milde, nach Wilda darum, weil anfangs Wiese und Wald Gemeingut gewesen waren und nach der späteren Beschränkung der Allmendenutzung der Heudiebstahl mehr als ein Frevel, denn als schändlicher Diebstahl angesehen wurde (Freymann 276).

22. Vgl. Stillmark 31 f. Das „Gut“ durfte nur aus landwirtschaftl. Produkten bestehen, der wirkliche Warenhandel war den Eingeborenen untersagt.

23. Vgl. MRR. 123 = Lsp. I, 70: We vor gerichte geladen wert mit des richters teken unde nicht en kumt, de schal to rechte wedden. Freymann 257 f.

24. Vgl. WBR. 7 § 2 und oben S. 31 (Jura Pruth.). Über diesen Fall der Konkurrenz von Verbrechen, der keine Kumulation der Strafen bewirkte, vgl. Stillmark 42. Auch das ARR. § 86 behandelt den einzigen vorkommenden Fall der Konkurrenz von Hausfriedensbruch und Tötung anscheinend nicht als ein Zusammentreffen zweier selbständiger Delikte. (Freymann 251, vgl. 268).

## III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.

## Text im Roten Buch.

Dyt is dat wertlike recht, dat gesettet is von eynem hern bischope tho Lyfflande und von den godes riddern und von den oldesten Lyven, von dem bur recht, woe in Lifflande gewonlik tho holden<sup>a)</sup>.

1. [B. I 4. B. II 3.] Upth erste dem eyn oge uthgeschlagen werth, is . . . . . 20 mk.
2. [B. I 4. B. II 3.] Eyn voeth aff, is . . . . . 20 "
3. [B. I 4. B. II 3.] Eyn handt aff, is . . . . . 20 "
4. [B. I 5. B. II 4.] De dume<sup>b)</sup> is . . . . . 5<sup>c)</sup> "
5. [B. I 5. B. II 5.] De vinger negest dem dumen is<sup>d)</sup> 5<sup>e)</sup> "
6. [B. I 5. B. II 6.] De myddelste vinger is . . . . . 4 "
7. [B. I 5. B. II 7.] De derde vinger is . . . . . 3 "
8. [B. I 5. B. II 8.] De latste vinger is . . . . . 3 "

---

<sup>a)</sup> Vgl. die z. T. ähnliche Überschrift von B. I. — Der buuern recht, wie in Liefland gewöhnlich ist zu halten Sams. <sup>b)</sup> † aff M. Rick. Sams. T. <sup>c)</sup> x M. <sup>d)</sup> fehlt M. Rick. Sams. T. <sup>e)</sup> x M.; fehlt T.

---

7. In B. I heisst dieser Finger der „namenlose“, in B. II und R. der „veerde“, und auch im LBR. ist „derde“ vielleicht nur aus „verde“ verlesen oder verschrieben? Die Bußsätze für Finger differieren mit den RR. und anderen Bauerrechten; die Bußsätze für die Zehen sind im LBR. ganz fortgefallen.



## III. LBR. Das sog. livische Bauerrecht.

Text  
im Codex Alexandrow.

Straf- oder Pauer-Recht in Liefeland gewöhnlich.

Alhier ist zu merken die werde der münzen, so in den liefelandschen rechten zuer straf benent und nach dieser itzigen münze zue schetzen sei:

1  $\text{X}$  ist reines silbers 32 loth  
1 mark landguets ist reines silbers . . . . 2 „<sup>a)</sup>  
mk. od. loth silb.

1. Ein auge ausgestochen . . . . 20 40

2. Ein fues abgehawen 20 40

3. Ein hand ab . . . 20 40

4. Ein daume ab . . . 5 10

5. Der finger negst dem daumen . . . . 5 10

6. Der mittelste finger ist . . . . 4 8

7. Der goldfinger . . . 3 6

8. Der kleine finger . . 3 6

Text der Rigaschen Handschrift.

Das weltliche baur recht, wie das<sup>a)</sup> von den eltesten Lieven vor burg-recht gehalten, und von denen<sup>b)</sup> bischöffen in Liefflandt ratificiret<sup>c)</sup> worden.

1. Wenn einer dem andern ein auge aussschläget aus dem haupte, derselbige schläger hat in<sup>d)</sup> rechten verböhret . . 20  
mk. münze<sup>g)</sup>

2. Eine handt abe<sup>e)</sup>, ist<sup>f)</sup> . 20

3. Einen<sup>f)</sup> fuss abe, ist<sup>f)</sup> . 20

4. Den<sup>h)</sup> daumen abe, ist . 5

5. [6.]<sup>i)</sup> Den mittelsten finger abe, ist . . . . 4

6. [7.] den 4<sup>ten k)</sup> finger abe, ist 3

7. [8.] Den 5<sup>ten l)</sup> und kleinsten finger . . . . 3

a) Eine „Bemerkung“ ähnlichen Inhalts folgt in der Rigaschen HS. (R.) unmittelbar hinter dem dortigen Text des Bauerrechtes.

a) es Arndt. b) den A. c) bestätiget und genehmiget A. d) im A. e) ab A., wie stets im folgenden. f) fehlt A. g) stiftischer münze A., wie stets im folgenden. h) ein A. i) Abhauen des Zeigefingers fehlt in R. und bei A., weswegen die folgenden §§ bis § 20 mit den übrigen Handschriften des LBR. um einen § differieren. k) vierten A. l) fünften A.

### III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht. Rotes Buch.

9. [vgl. B. I 1. B. II 1.] Ein dotslach is . . . . 40 mk.  
 10. [vgl. B. I 16. B. II 15.] Sprecket eynd den andern  
 an umb duffte, der angesproken wert mach  
 sick des entleggen<sup>f)</sup> mit synem ede, und we  
 em dat overbringen will, de schall em dat  
 overbringen mit dren bedarvede mans.

<sup>f)</sup> endtledigen M.

9. Im LBR. erscheint zum ersten Mal ausdrücklich der Betrag von 40 Mark als Mannbusse, als Lebensvergeltung, obwohl er, wie die „halbe Mannesbusse“ [von 20 Mk.] in B. I. B. II beweist, selbstverständlich auch nach diesen Bauerrechten in Übung war. Zahlung der 40-Markbusse durch einen estnischen Bauern: Brfl. n. 635 (Sept. 1503). Vgl. weiter Freymann 249 f. Über das Wesen der für Tötung eines Menschen zu zahlenden Busse, Mannbusse, Wergeld, s. Freymann 204 ff. 233. 239–242, v. Schwerin, Hoops Reallexikon 4, 510 f. In ihr sind beide Elemente, Ersatz für einen nicht in Geld abzuschätzenden Schaden und Genugtuung, „Besserung“ einer Schuld, zusammen enthalten. Sie ist ursprünglich ein Sühnegeld, wodurch der Zustand der Friedlosigkeit zwischen Täter und Verletztem bezw. dessen Sippe, d. h. der Zustand der Fehde, beendet wird. Im LBR. (aber noch nicht ARR. 87) ist diese Ausschliessung der Fehde bereits gesetzlich, das Sühnegeld gesetzliche Privatbusse, nur die HS. R. scheint auch eine andere Möglichkeit zuzulassen. — Bei der Gesetzlichkeit der Privatbusse verwandelt sich das einmalige (neben der Sühne an den Verletzten), an die Gesamtheit zu zahlende Friedensgeld in eine öffentliche Strafe. Auf diesem Boden erwachsen z. B. die nordischen 40. Markstrafgelder als öff. Strafen (v. Schwerin, Hoops Reallexikon 4, 590 ff. 1, 302 ff.). Das Wergeld (schwed. mangeld) ist also der Wert eines freien Mannes und vom Töter aus Sühne zu zahlen, sofern ein Sühnevertrag abgeschlossen (vgl. § 8 nach der Rig. HS.) oder die Fehde sonst rechtlich beseitigt ist (wie im LBR.), ursprünglich von Sippe an Sippe, wobei die Höhe je nach dem Stande des Getöteten verschieden sein konnte (nur in der späten Redaktion des LBR. im Cod. Alex., s. auch Stillmark 25). In Livland tritt die 40-Markbusse, die „Normalbusse“, schon früh auf; 1211 im Priv. Bf. Alberts für die nach livländ. Häfen handelnden Kaufleute, UB. 11 P. 8: Si homo occidatur, sine differentia pro 40 marcis denariorum reddatur [d. h. der Verwandtschaft des Toten] unus vel alter juxta illud dietum legis: „quod quis iuris in alterum statuit, eodem et ipse utatur“ [a. d. Überschrift von Dig. II 2; Frensdorff, Hans. Gesch.-bll. 22, 1916, 37]. 40 Mk. vull manbote, 20 Mk. half manbote auch im ältesten, [1225–28] nach Riga mitgeteilten deutschen Stadtrecht von Wisby (Frensdorff a. a. O. 35 ff.), ebenso in Rigas Rechtsmitteilung [ca. 1227], UB. 77 P. 35 („quia vitam demeruit“). Dieselbe Mannbusse im ARR. 62 (d. h. im „Dorfrecht“) = MRR. 90: so gift he manbote na lantrechte, dat sint veertich mark lantgudes. Lsp. II, 21 = MRR. 143: für Totschlag eines Knechts 40 Mk.

Die manbote, die gesetzmässige Totschlagssühne von 40 Mk. (40 Grivnen im altrussischen Recht) erscheint in nordischen, angelsächsischen und einigen deutschen Quellen. Besonders in den skandinavischen spielt sie eine grosse Rolle. In der Urkunde Heinrichs des Löwen von 1163 für die „sächsische Kolonie“ auf Gotland könnte sie auf skand. Einflüsse zurückgehen, ebenso auch im Priv. Bf. Alberts von 1211. Aber andererseits



### III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht. Codex Alexandrow. | Rigasche Handschrift.

- |  |                       |   |
|--|-----------------------|---|
|  | mk. od. 10th<br>silb. |   |
| 9. Ein totschiag eines<br>pauren . . . . . 40 80<br>Eines Teutschen oder<br>freyen totschiag, wo-<br>rin die vom adel<br>nicht gerechnet . 80 160                            |                       | 8. [9.] Wer einen todtschiag<br>gethan, hat in <sup>d)</sup> rechten ver-<br>böret 40 mk. stiftischer<br>müntze, sofern er zu der<br>söhnung <sup>m)</sup> mag kommen.  |
| 10. Einer kann sich eines zue-<br>gemessenen diebstahls mit<br>dem eide entlegen, oder man<br>muss es ihm mit 3 zeugen<br>uberbringen.<br>vn. lib.: 2 cap. I <sup>a)</sup> . |                       | 9. [10.] So ein mann den an-<br>dern vor einen dieb anspricht,<br>derjenige, der angesprochen<br>wirdt, der <sup>f)</sup> mag sich des ent-<br>gehen mit seinem eyde. So<br>er ihn <sup>n)</sup> dasz übergehen will,<br>der soll ihm dasz überzeugen<br>mit dreyen <sup>o)</sup> glaubwürdigen<br>unberüchtigten mannen. |

a) = Wiek-Oeselsches Lehnrecht  
II c. 1 = Lsp. II, 1 (MRR. 131).

m) Versöhnung A. n) ihm A.  
o) drei . . . männern A.

„begegnet sie in Deutschland an Stellen, die nordischem Einfluss nicht ausgesetzt waren und zudem den sachlichen Unterschied festhalten, dass die 40 Mk. gleich dem alten Wergeld der Familie des Getöteten ohne Anteil Dritter gezahlt werden“ (Frensdorff 11. 36–38). Darum ist nicht zu beweisen, dass die 40-Mk.-Bussen unserer Ritter- und Bauerrechte etwa aus skandinavischem Rechtseinfluss stammen, sei es durch Vermittelung der einwandernden Deutschen oder sei es, dass man direkte, vordeutsche Einflüsse seitens der Skandinavier oder gar der Russen annimmt. Zwar spricht LBR. 37 ein Drittel der Bussen der „Herrschaft“ zu, aber da diese Bestimmung jung ist, ausserdem aber die private Halsgerichtsbarkeit der Vasallen voraussetzt (vgl. Schilling 29–31) und erst auf dieser Grundlage in den Text hineingekommen sein wird, so erscheint eine Beeinflussung durch nordisches Volksrecht oder altrussisches Recht wiederum zweifelhaft. Die Frage verdient eine Untersuchung, denn ausgeschlossen sind skand. Einflüsse im LBR., das speziell in Harrien-Wierland verbreitet war, jedenfalls nicht. Statt 40 Mk. Landgut erscheint in einigen livländ. Quellen die ungef. gleiche Summe von 10 Mk. Silbers (Freymann 241), z. B. in den Rigaschen Rechtsaufzeichnungen. S. auch UB 1 n. 169 (3 n. 169), Vertrag mit den Öselern, 1241: si homicidium . . . contigerit, decem marcjs argenti redimetur. UB. n. 453, Priv. des Ebf. von Riga, des Bf. von Ösel und des OM. für die Kaufleute, 1277: „occisor . . . decem marcas argenti dare tenebitur in emendam“; „so sol hi beteren tehen mark silvers“. — Die Verschiedenheit der Mannbusse je nach dem Stande findet sich allein in der späten Redaktion im Cod. Alex. S. Stillmark 25. Vgl. aber auch d. Priv. d. dän. Kg. an das Michaelskloster zu Reval von 1307, wo schon ein besondres Wergeld für Deutsche angedeutet ist. Frey-  
mann 241.

10. Vgl. Lsp. II 1 = MRR. 131, 5. Stillmark 18. 25. 47. Frey-  
mann 235.

### III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht. Rotes Buch.

11. [B. I 3. B. II 11.] Woe eyner den andern wundett  
mit eynem stek<sup>a)</sup> meste<sup>b)</sup> is . . . . . 3 mk.
12. [B. I 2. B. II 11.] Wen<sup>c)</sup> eyner den andern wundett  
mit eynem<sup>d)</sup> swerde is . . . . . 1 „
13. [Red. R. 12.] We den andern<sup>e)</sup> wundett mit  
eynem<sup>f)</sup> broth meste is . . . . . 6 „
14. [Red. R. 13.] We den andern<sup>e)</sup> wundet mit  
eynem<sup>f)</sup> spete<sup>g)</sup> is . . . . . 3 „
15. [B. II 11.] We den andern<sup>e)</sup> wundett mit eynem<sup>f)</sup>  
byle<sup>h)</sup> is . . . . . 1 „
16. [B. I 9. B. II 13.] We eyne frouwen<sup>i)</sup> becrefftigett,  
dar<sup>k)</sup> se betuegen khann mit dren<sup>l)</sup> bederven  
mans, is de halsz<sup>m)</sup>.
17. [Red. R. 16.] We dem hern den tegeden<sup>n)</sup> stelt,  
is de halsz<sup>m)</sup>.

---

<sup>a)</sup> stock B; steche M. T; fehlt Rick.; stock oder Sams.; ebenso Do. 11 (Cod. Alex.). <sup>b)</sup> messer Rick. Sams. T. <sup>c)</sup> Wo Rick. T; wer einen Sams.; ebenso Do. <sup>d)</sup> dem M. Rick. Sams. T. <sup>e)</sup> wer einen Sams.; ebenso Do. <sup>f)</sup> dem M. <sup>g)</sup> spiesz Rick. <sup>h)</sup> bill M. <sup>i)</sup> frauw M. Rick. Sams. T. <sup>k)</sup> dat M. Rick. Sams. T. <sup>l)</sup> twe M. Rick.; dreyen Sams.; den T. <sup>m)</sup> + ab Sams. <sup>n)</sup> die scheidung stiehlt Sams; wörtlich ebenso Do. 20 (Cod. Alex.) und R. 20.

16. Vgl. Stillmark 18. 25.

17. Vgl. Stillmark 38. 44. 49. Die Bestimmung wird dadurch noch unsicherer, dass 3 andre Texte statt vom Zehnten, von der Grenze sprechen.



III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.  
Codex Alexandrow. Rigasche Handschrift.

		mk. od.	loth silb.	
11.	Vor eine wunde mit einem stecken oder <sup>a)</sup> messer <sup>b)</sup> ist . . .	3	6	10. [11.] Wer den andern ver- wundet mit einem stock oder mit einem meszer, der hat verböhret 3 mk. müntze.
12.	mit einem schwert . . .	1	2	11. [12.] Wer <sup>a)</sup> den andern ver- wundet <sup>b)</sup> mit einem schwert, der hat verböhret 2 mk. müntze.
13.	einem brot- messer. . .	6	12	12. [13.] Wer <sup>a)</sup> den andern ver- wundet <sup>b)</sup> mit einem brot- meszer, derselbe <sup>a)</sup> hat ver- böhret in rechten <sup>b)</sup> 6 mk. müntze.
14.	Wer <sup>a)</sup> einen wundet <sup>b)</sup> einem spiess . . .	3	6	13. [14.] Wer <sup>a)</sup> den andern ver- wundet <sup>a)</sup> mit einem speer, der <sup>a)</sup> hat verböhret <sup>b)</sup> 3 mk. müntze.
15.	beile . . .	1	2	14. [15.] Wer <sup>a)</sup> den andern ver- wundet <sup>b)</sup> mit einem beil, der <sup>a)</sup> hat verböhret <sup>b)</sup> 1 mk. müntze.
16.	Wer eine frau be- creftiget, das sie be- zeugen kan mit 3 be- darfen mannes, ist der hals <sup>e)</sup> .			15. [16.] Wer ein <sup>c)</sup> frawensnahme bekräftiget <sup>d)</sup> , dasz sie be- zeugen kan mit 3 <sup>e)</sup> glaubwür- digen mannen <sup>e)</sup> , ist den <sup>f)</sup> halsz.
17.	[18.] Wen <sup>a)</sup> einer den andern todt felt <sup>b)</sup> , ist	9	18	16. [17.] Wer seinem herren den zehenden stiehlt, der <sup>a)</sup> hat <sup>b)</sup> verböhret 20 mk. müntze <sup>1)</sup> , sonsten ist auch der hals ab.

a-b) ebenso die HS. (Rick.) Sams. der Harr.-Wier. Redaktion. c) In der übrigen Überlieferung folgt ein Art. 17 (R. 16), der vom Zehnten (oder der Scheidung) handelt; in Do. = Art. 20.

a-b) fehlt bei A. c-d) einer frauen namen schwächt A. e) drei . . . männern A. f) der hals ab A.

<sup>1)</sup> Die gesamte übrige Überlieferung erkennt in diesem Fall allein auf Todesstrafe. Analog Art. 40 (41).

III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.  
Rotes Buch.

18. [Do. 17. R. 17.] We des andern roeth<sup>a)</sup> velth, is 9<sup>p)</sup> mk.

19. [Do. 18. R. 18.] We des andern mestacker<sup>a)</sup> umb  
hakett, is . . . . . 9<sup>p)</sup> mk.

Mercke<sup>r)</sup>: eynen islicken<sup>b)</sup> acker by sick tho schatten<sup>s u)</sup>

20. [R. 19. Vgl. B. II 25.] We eynen pener tho synem  
velth acker umb hakett, is . . . . . 6<sup>v)</sup>mk.

<sup>a)</sup> boet M.; wenn einer den andern todt fällt Rick. Sams., wörtlich ebenso Do. 17 (Cod. Alex.); boet velt T. <sup>p)</sup> IV (4) im Text des Roten Buches, aber die gesamte übrige Überlieferung hat 9, und ebenso las Paucker im Roten Buch. <sup>a)</sup> mesacker M; meszacker Rick. Sams. <sup>r-s)</sup> fehlt Sams. und ebenso Do. 18. Vgl. aber Do. § 19. <sup>b)</sup> johlicken B; jetzlicken M. <sup>u)</sup> schaden Rick. <sup>v)</sup> xj (11) M.?

18. Das Wort roeth bleibt rätselhaft. Die Deutung: „Rodung“ lehnt Stillmark 52 ab, da man eine solche nicht mehr fällen könne. Gegen Pauckers Deutung; „Röth eine Art Schilf, in Estland und besonders der Wiek zur Feuerung und zum Dachdecken benutzt“ (vgl. nd. rêt) spricht die Unwahrscheinlichkeit, dass das Fällen eines wild wachsenden Gewächses mit so hoher Strafe belegt sein sollte; annehmbarer ist Stillmarks Vorschlag, der an das nd. rade, rode = Hopfenstange erinnert (um das von ihm erwähnte Brechen des Hopfens selbst kann es sich, wegen des hohen Strafsatzes, nicht handeln). An rote, eig. das Verrottenlassen des Flachses im Wasser (vgl. LGU. 1 nn. 192. 275. 547 S. 507; 2 n. 596. 825 (1540): vlas in de rote bringen) kann nur dann gedacht werden, wenn das Wort auch das Concretum bedeutete und statt velth — steht stände. Das Vergehen gehörte, wegen der gleichen Busse, in dieselbe Kategorie, wie die Anmassung eines fremden schon gedüngten Feldes in § 19, oder aber es ist in die, vom Lsp. II 25 = MRR. 145, 1 als „mit Gewalt [im weitesten Sinn] genommen“ charakterisierte „dritte Art widerrechtlicher Wegnahme fremder Sachen“ einzuordnen, die sich vom Diebstahl wie vom Raub unterscheidet und von Freymann 274–276 als „Entwendung“ behandelt wird. Die Busse ist im Lsp. II 16 = MRR. 140, 2 ebenfalls 9 Mk., falls der betr. Gegenstand den Charakter einer res possessa oder an sich einen höheren Wert hat, wie gepflanzte oder fruchttragende Bäume, deren Früchte, Honigbäume und Grenzzeichen.

19. Stillmark 43. 58 f.: Eigennützige Schädigung der Vermögensrechte eines andren, daher die hohe Busse.

20. Stillmark 59: Da das widerrechtliche Umpflügen des Grenzrains (Pöner) die Vermögensrechte des andren nicht schädigt, ist die Busse geringer, als in § 18. 19.



## III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.

Codex Alexandrow.

Rigasche Handschrift.

18. [19.] Wer eines andern mistacker umbhaket, ist<sup>a)</sup> . . . 9 18

19. [20.] Wer die merk<sup>b)</sup> dem acker zue schaden oder einen pöner<sup>c)</sup> im feld<sup>e)</sup> oder acker umbhaket, is 6 12

20. [17.] Wer dem herrn die scheidung stilt, ist den hals<sup>e)</sup>.

17. [18.] So einer dasz<sup>a)</sup> rödt fället, der<sup>b)</sup> hat verböhret 9 mck.

18. [19.] Wer des andern poener<sup>c)</sup> oder mistacker umbhaket, ist 9 mk. müntze.

19. [20.] Wenn einer einen poener<sup>c)</sup> zum feldacker haket, ist 6<sup>d)</sup> mk. müntze.

20.<sup>1)</sup> [vgl. 17.] Wer<sup>e)</sup> dem herren die scheidung stiehlt, ist halsz ab<sup>f)</sup>.

a) In Do., ebenso wie in der HS. Sams. der Harr.-Wier. Red. fehlt danach eine Zeile. b) Hier ist die (missverständene und von Sams. ganz weggelassene) Bemerkung zum Art. 19 der Harr.-Wier. Redaktion in den Text hineingearbeitet. c) In den übrigen HSS. ist hier vom Diebstahl des Zehnten die Rede, ausser in Sams. 17 und R. 20.

a) des andern röhde A. b) fehlt A. c) peener A. d) 9 A. e-f) § 20 findet sich so nur in R. Arndt. Do. 20 und Sams. 17.

<sup>1)</sup> Vgl. Jura Pruthenorum 1340 § 57 ed. Laband: Wo die herschaft und die sachwalden machen und setzen eine grenitze, wer die bricht oder verbornet, der sal seinen hals lösen, wirt er überwunden.

### III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht. Rotes Buch.

- |  |                   |
|--|-------------------|
| 21. Schüttet <sup>b)</sup> eyner dem andern queck up, werth dat genamen uth dem stalle, is . . . . .   | 9 mk.             |
| 22. und werth dat genamen uth dem hove, is . . . . .   | 6 <sup>a)</sup> „ |
| 23. Wen eyn man dat <sup>c)</sup> queck von <sup>d)</sup> dem <sup>e)</sup> acker gebracht hefft, werth dat genamen und eme <sup>c)</sup> entweldigt, is . . . . .         | 3 „               |
| 24. [B. I 20.] werth dat queck eme entweldigt up dem acker, is . . . . .   | 1 „               |
| 25. Eyne wunde an dem antlate is <sup>f)</sup> . . . . .<br>dat derde [del] <sup>g)</sup> der herschop.  | 6 <sup>a)</sup> „ |
| 26. [? B. I 7. Vgl. B. II 12.] Eyn blaw <sup>h)</sup> buthen den haren <sup>i)</sup> an <sup>k)</sup> dem antlate <sup>l)</sup> is . . . . .                               | 3 „               |
| 27. We den andern bytt, mach [he] <sup>m)</sup> bythen mit 4 tenen, iszlike tenen soll he lösen vor <sup>n)</sup> . . . . .<br>edder men schall se uthslan <sup>p)</sup> . | 3 <sup>o)</sup> „ |

<sup>a)</sup> xj (11) M? <sup>b)</sup> Schnürt Rick., Schüret Sams. <sup>c)</sup> fehlt M. <sup>d)</sup> up M. <sup>e)</sup> einem Sams. T. <sup>f)</sup> fehlt M. Rick. Sams. T. <sup>g)</sup> fehlt in allen HSS., ausser R. (Arndt); davon das dritte Sams. <sup>h)</sup> Eine blawe M. Rick. Sams. T. <sup>i)</sup> harn B.; denn hören T. <sup>k)</sup> ist es an Sams. <sup>l)</sup> antlitze Sams. <sup>m)</sup> fehlt in allen HSS., ausser R. (Arndt). <sup>n)</sup> mit Rick. Sams. T. <sup>o)</sup> 4 marck Rick. Sams., ebenso Do. und R. <sup>p)</sup> de uthsclaen B.; ihm ausschlagen, so mancher zahn, so manches mahl soll er sich lösen Sams; ähnlich Do.

21. Upschütten (was schon die meisten Texte nicht mehr verstanden haben) bedeutet pfänden. Nach Stillmark 53–56 gehören § 21. 22 einerseits und 23. 24 andererseits zusammen und stehen ausserdem alle vier in einem Zusammenhang, indem sie sich alle auf die rechtswidrige Wegnahme des eigenen, aber von einem andern rechtmässig gepfändeten Viehes beziehen. Andrenfalls würden diese §§ den Bestimmungen von B. I 19. B. II 17. Lsp. 157 durchaus widersprechen, wonach die aussergerichtliche Pfändung erlaubt und gang und gäbe war. Dass sich Art. 21–24 nicht auf Diebstahl oder Raub von Vieh beziehen, ist klar. Vgl. B. I 19. 20 Anm.

25. Eine diesem Art. (der in den Ritterrechten fehlt) ungefähr entsprechende Bestimmung enthalten die Rechtsquellen Rigas, angefangen mit Wisbys deutscher Stadtrechtsmitteilung an Riga von [1225–1228] (Schlüter, Mitteil. 18, 500. Frensdorff, Hans. Gesch.-bl. 22, 1916, 35. 39), wo jedoch die Wedde, die Strafzahlung an das Gericht, noch fehlt. Sie findet sich aber in den späteren Redaktionen Wisbys und Rigas. — Nach Schilling 30 ist im LBR., das bes. in Harrien-Wierland galt, unter herschop die Gutsherrschaft zu verstehen.

27. Dieser Art. fehlt in allen übrigen Rechten. Im Wisbyschen und Rig. Stadtrecht ist nur vom Ausschlagen der Zähne die Rede. Stillmark 23 sieht in der Bussbestimmung einen Rest des *jus talionis* (des unter dem Einfluss des Alten Testaments und des Kirchenrechts in das germanische eingedrungenen Wiedervergeltungsprinzips, während das germ. Recht sich ursprünglich auf Schadenersatz und dem Abschreckungsprinzip aufbaute). Ist das Zähneauschlagen nicht eine sog. „spiegelnde Strafe“?



III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.  
Codex Alexandrow. Rigasche Handschrift.

	mk. od.	loth silb.	
21. [Schuttet] <sup>c)</sup> einer dem andern queck auf, wird es genommen aus dem stalle, ist	9	18	21. 22. Schiest der eine des andern qweck oder <sup>e)</sup> wirdt es ihm genommen aus seinem stalle, so ist 9 mk., und <sup>f)</sup> wird es ihm genommen aus seinem hofe, so <sup>f)</sup> ist <sup>f)</sup> 9 mk. müntze.
22. wird es genommen aus dem hofe. . .	6	12	
23. Wen ein man das queck vom acker gebracht hat, wird es ihm den genommen und entweldiget, ist	9 <sup>d)</sup>	18	23. 24. Wenn ein mann dasz qweck vom acker gebracht hat, wird es ihm den <sup>e)</sup> entweltiget, so <sup>f)</sup> ist 9 mk., und <sup>f)</sup> wird ihm dasz qweck entweltiget auf seinem acker, ist es <sup>f)</sup> 1 <sup>b)</sup> mk. müntze.
24. wird das queck ihm entweldiget auf dem acker, ist . . .	1	2	
25. Eine wunde von dem antliz ist <sup>e)</sup> . . .	6	12	25. Eine wunde im antlitz ist 6 mk. müntze, und das dritte theil kompt der herrschaft zu.
26. Eine blawung ausserhalb den haren an dem antliz ist . .	3	6	26. Eine blawe ausser den haaren, in dem antlitz, ist 3 mk.
27. Wer den andern beisset, so <sup>f)</sup> manchan, so manchan mal soll er das losen mit <sup>f)</sup> oder man soll sie ihme ausschlagen.	4 <sup>g)</sup>	8	27. Wer den andern beiszet, er mag beissen mit 4 zähnen, und <sup>f)</sup> ein[en] jeglichen zahn soll er lösen mit 4 <sup>i)</sup> mk. müntze, oder man soll ihm die zähne aussschlagen.

<sup>c)</sup> fehlt Do. <sup>d)</sup> In den übrigen HSS. (ausser R. = Arndt): 3 mk. <sup>e)</sup> Die ganze übrige Überlieferung hat hier noch eine Bemerkung über den Heimfall eines Drittels der Busse an die Herrschaft. <sup>f-f)</sup> sehr ähnlich Sams. <sup>g)</sup> 3 mk. in den übrigen HSS., ausser Rick. Sams. Do. R. (Arndt).

<sup>e)</sup> sic R. Arndt; „oder“ ist falsch. <sup>f)</sup> fehlt Arndt. <sup>g)</sup> denn entwältiget A. <sup>h)</sup> 18 Arndt (falsch). <sup>i)</sup> 3 mk. in allen übrigen HSS., ausser Rick. Sams. Do. R. (Arndt).

III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.  
Rotes Buch.

28. [vgl. B. II 12.] Eyn<sup>a)</sup> bloeth under den kleydern is<sup>b)</sup> 3 mk.
29. [B. I 7.] Eyn<sup>a)</sup> blaw under den kledern is<sup>b)</sup> . . . 1 „
30. [vgl. B. II 12.] Eyn<sup>a)</sup> blaw up dem hovede is<sup>b)</sup> . . . 1 „
31. [vgl. WBR. 5.] De den andern mordett, is dat ratt.
32. Eynetoverschken<sup>c)</sup> soll men bernen<sup>d)</sup>.
33. Eynen ketter schall men bernen<sup>d)</sup>.
34. De des herrn<sup>e)</sup> both vorsytt<sup>f)</sup>, is  
eyn stupe<sup>g)</sup>.
35. De den andern belucht und nicht  
overbringen<sup>h)</sup> khan, is eyn stupe.
36. We dem andern helpett tuegen von  
wundinge<sup>i)</sup> wegen und nicht overbringen  
khan, is . . . . . 1 „  
ldt<sup>k)</sup> sy denne [dat] he datt<sup>l)</sup> mit synem rechte  
beholden<sup>m)</sup> will, alse sick dat behörett.

---

a) fehlt Sams. b) fehlt M. c) Ein töfferer M; eine zauberin Rick. Sams. d) brennen M. Rick. e) De der königlichen maytt. ihre befehlighaber und ihrer herren M. T. (Bezieht sich auf den Kg. von Schweden, kann also erst nach 1561 zugesetzt sein). f) versichet Rick. g) + edder de halsz M. Rick. T., ebenso R. (Arndt). h) überwinden Sams., ebenso Do. i) wundunge M.; ein w. Rick.; einer wunden halben Sams. k) dith B. l) fehlt Rick. T. m) halten Sams.

---

31. Vgl. die Beliebung der kgl. dän. Vasallen in Estland vom März 1306: wer einen heimlichen Mord, Mordbrand und Raub begeht, soll vom Richter und den Landesräten gerichtet werden; der für schuldig Befundene soll den König, wie den Ankläger zufriedenstellen. Wird ein Este einer solchen Sache angeklagt, so hat der Kläger seine Klage durch Eid aufrechtzuerhalten, worauf der Este sich nur durch das Eisentragen entschuldigen kann. UB. 2 Reg. 713. — ARR. 52: Mort . . . dat is dat rat. Lsp. II 3 = MRR. 131: alle mörder . . . edder mortberner . . . de schal men alle radebreken. Denn beim Morde wird die Verwerflichkeit der Gesinnung, die anfangs in der Heimlichkeit, später auch noch in der



III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.  
Codex Alexandrow. Rigasche Handschrift.

	mk. od	loth silb.		
28. Blut unter den kleidern ist . . . . .	1 <sup>a)</sup>	2	28. Eine bluthwunde <sup>a)</sup> , die gedeckt ist unter den kleidern, ist	4 <sup>aa)</sup> mk. müntze.
29. Blauw <sup>b)</sup> unter den kleidern . . . . .	1	2	29. Eine blawe <sup>b)</sup> wunde unter den kleidern ist	1 mk. müntze.
30. Blauw <sup>b)</sup> auf dem haubte . . . . .	1	2	30. Eine blaw auf dem haupt ist	1 mk. müntze.
31. Wer den andern ermordet, ist das rat.			31. Wer den andern ermordet, soll aufs radt.	
32. 33. Ein kertz <sup>c)</sup> und ein zauberer soll man brennen.			32. 33. Einen ketzer und zauberer soll man brennen.	
34. Der des herrn geboth versitzt, ist eine staupe.			34. Wer dasz geboth <sup>c)</sup> versitzt, ist die staupe oder <sup>d)</sup> der halsz <sup>e)</sup> .	
35. Wer den andern beleugt und nicht überwinden kann, ist eine staupe.			35. Wer den andern beleuget, und kans ihm nicht wahr machen, ist der staupe.	
36. Wer dem andern hilft zeugen <sup>d)</sup> und nicht überbringen kann, ist	1	2	36. Wer dem <sup>f)</sup> andern hilft zeugen von [wundinges <sup>g)</sup> ] wegen und dasz nicht vollbringen kan, ist 1 mk., es sey den sache, dasz ers mit seinem eyde <sup>h)</sup> und <sup>i)</sup> rechte erhalten will, als sich gehöret.	
Es sey dan, das er es mit seinem rechte erhalte, wie sichs gebürt.				

a) In der übrigen Überlieferung 3 mk., nur R. (Arndt) 4 mk. b) Der Artikel „ein“ fehlt auch in Sams., wo aber andererseits „ist“ steht. c) Das Wort Ketzer ist vielleicht jüngerer Einschub im LBR. d) Die übrige Überlieferung hat: zeugen von Wunden, was aber auch R. (Arndt) nicht mehr verstanden hat.

a) blaue wunde A. aa) 4 nur in R. A. b) blutwunde A. c) des herrn gebot Arndt und die übrige Überlieferung. d--e) nur noch in M. Rick. T. f) den A. g) gewohnheit R. A! h--i) R. A.; fehlt in der übrigen Überlieferung.

frechen Auflehnung gegen die Rechtsordnung liegt, mit qualifizierter Todesstrafe bedroht. Freymann 263 f. Stillmark 38.

32. 33. Lsp. II 6 = MRB. 132: welk christen man ungelövich is, edder mit töverie ummeiget edder mit vorgiftnis . . . den schal men up ein hort bernen. Die gen. Verbrechen wurden, unter dem Einfluss der Kirche in das german. Strafrecht hineingezogen, als eng zusammengehörig betrachtet. — Die Ritter- und Bauerrechte haben nur diesen einzigen Art.

### III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht. Rotes Buch.

37. [Vgl. B. I 8. 25.] [R. 44.] Allent<sup>a)</sup> wat men gyfft vor wundinge und vor dodtslach, dat derde deel is der herschop, und thwe deele dem cleger also zakewolde<sup>b)</sup>.
38. [R. 45.] Wath men betert vor gewolde edder richtegudt<sup>c)</sup>, dat hört<sup>d)</sup> der herschop.
39. [B. I 21. B. II 18.] [R. 38.] We der herschop steelt eyn foder hoys<sup>e)</sup>, is<sup>f)</sup> der herschop<sup>g)</sup> . . . . . 3 mk.
40. [R. 39.] So<sup>h)</sup> manich foder, so manich 3 mk.<sup>i)</sup>, und<sup>k)</sup> schall dat hoy voraff bethalen<sup>l)</sup>.
41. [R. 40.] We den andern berovet up dem wege up sesz penninge, is de halsz.

<sup>a)</sup> alle tit M. <sup>b)</sup> sackwolder M.; sackewelden Rick. T. <sup>c)</sup> richtgut M.; wird man berüchtigt vor gewalt oder richte Rick; ebenso Sams., nur rechte (statt richte); ähnlich Do., aber hier: berichtigt, ungerichte. <sup>d)</sup> das guth gehöret Rick. Sams. und Do. <sup>e)</sup> heys M.; hewes Sams. <sup>f-g)</sup> fehlt Sams., auch Do. und R. (Arndt). <sup>h-i)</sup> fehlt M., auch Do. <sup>k-l)</sup> fehlt Rick.

über Verbrechen wider die Religion, deren Verfolgung die Kirche auf sich nahm. Der Vertrag mit den Öselern von 1241 (UB. 169) bedrohte noch Fleischessen an Fasttagen und Opfern nach heidnischer Sitte mit Geld- und Körperstrafen. Die Verfolgung der Zauberei und Gotteslästerung wurde von den späteren Landtagen des 16. Jahrh. aufgenommen. Freymann 211. 232. 262 f. Beispiele für die Vollziehung von Verbrennungen sind Brfl. 971 (vgl. SB. Riga 1912, 141), LGU. 2 n. 526: 1527 lässt Joh. von Rosen bei Reval eine toffersche bernen, 1531 wird bei Pattesal im Ksp. Eks, Stift Dorpat, eine Richtstätte erwähnt, wo in Vorzeiten ein Mann gehangen, der andre verbrannt worden war.

34–36. Diese §§ gehören zu den wenigen Stellen der BRR. (vgl. auch noch WBR. c. 6), die nicht in den Rahmen des Strafrechts der livl. Ritterrechte hineinpassen. Freymann 203. Über die grössere Häufigkeit der Leibesstrafen im LBR. im Vergleich zu den übrigen BRR. s. Stillmark 38.

36. Vgl. Stillmark 18: Es handelt sich um Busse für einen Eideshelfer, der sachfällig wird, nicht um Meineidsbusse, die viel strenger bemessen worden wäre.

37. Vgl. Freymann 212. 243 f.: aus dem Art. tritt die Anschauung zutage, dass alle Verletzungen, die „gebessert“, d. h. deren Schaden ersetzt werden musste, sich zugleich gegen die öffentliche Gewalt richteten, deren Aufgabe der Schutz der Persönlichkeit war, und dass darum diese Gewalt ebenfalls Anspruch auf Sühne hatte: letztere war die Wedde, die zugleich den öffentlichen Charakter des betr. Vergehens festlegt. Vgl. den Beschluss der kgl. dän. Vasallen in Estland vom J. 1306 (UB. 3 Reg. 713): der des Raubes, Mordes, Mordbrandes für schuldig Erkannte soll „den König wie den Kläger zufrieden stellen“. Lsp. I. 37 = MRR. 48: . . . um allerlei bröke [Bruch eines Gesetzes, Verschuldung], de ein man winnet vor gerichte,



III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.  
Codex Alexandrow. | Rigasche Handschrift.

mk. od. loth  
silb.

- |   |   |
|---|---|
| <p>37. Alles was man gibt vor wunden und totschlag, das dritte theil ist der herrschafft und 2 theil dem cleger als dem sachenwalder.</p> <p>38. Wird man berichtigt vor gewalt oder ungerichte<sup>a)</sup>, das guet höret der herrschaft.</p> <p>39. Wer der herrschaft stilt 1 oder mehr fuder heues, für jeder[!] fuder . . 3 6</p> <p>40. Und soll das heu vorab zahlen.</p> <p>41. Wer den andern be- raubet<sup>b)</sup> auf 6 pfennig, ist der hals.</p> | <p>37. [44.]<sup>a)</sup> Wer unrechte klage vorbringet undt<sup>aa)</sup> einem andern schaden thun will<sup>bb)</sup>, ist 1 mk. müntze.</p> <p>38. 39. [39. 40.] Wer der herrschafft ein fuder hew stiehlt, dasz soll er bezahlen, und drüber der herrschafft geben für<sup>b)</sup> jegliches fuder<sup>c)</sup>, als viel er gestohlen, 3 mk. müntze.</p> <p>40. [41.] Wer den andern be- raubet auf dem wege auf 6 pfennig wehrt, der<sup>d)</sup> soll bezahlen und wiederumb<sup>f)</sup> geben 40 mk. müntze<sup>e)</sup>.</p> |
|---|---|

<sup>a)</sup> Derselbe, aus Missverstand des Worts richtiget erwachsene Wortlaut auch in Rick. u. Sams. <sup>b)</sup> Der Zusatz up dem wege fehlt in Do. gegen die gesamte übrige Überlieferung.

<sup>a)</sup> Von § 37 an beginnt in R. und ebenso in Re. (estn. Übers.) eine teilweise andre Anordnung der §§, als in der übrigen Überlieferung. <sup>aa-bb)</sup> fehlt in der übrigen Überlieferung und ist falsch. <sup>b-c)</sup> R.; fehlt A. <sup>d-e)</sup> nur in R. A., stattdessen in der übrigen Überlieferung allein Todesstrafe. <sup>f)</sup> wiedergeben A.

### III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht. Rotes Buch.

42. [B. II 21.] [R. 41.] In dene stoven und<sup>m)</sup> kercken dergeliken<sup>n)</sup>.  
 43. [R. 42.] Eyn dinck, dat eyns vorrichtet is, kumpt dat vor de herschop, is . . . . . 1 mk.

<sup>m)</sup> in den M. <sup>n)</sup> desgeliken M. Rick. Sams. T. Mit Art. 42 schliesst M.

dar heft de richter dat drüdde deel von dem, de de bröke ut gift. Also betrug die Wedde den dritten Teil der Busse. Vgl. weiter ARR. 62, 1 = MRR. 90 (Dorfrecht): . . . so gift he manbote na lantrechte, dat sint veertich mark lantgudes, den drudden-deel sinem heren, de twe dele deme sake-wolden. Folglich wurde die Wedde von der Busse abgezogen, so dass der Kläger nur  $\frac{2}{3}$  derselben erhielt. Nach Freymann 244 sprechen jedoch andre Stellen der RR. für die Wedde als eine selbständige Strafzahlung neben der vollen Busse, wie auch der Ssp III 9 § 1 eine Teilung der Busse nicht kennt. Unser Art. 37 und ARR. 62, 1 sind aber offenbar eindeutig und entsprechen der Anschauung „der Franken, Longobarden, Nordgermanen, bei denen das Friedensgeld eine Quote der gesamten compositio bildet, während es dagegen bei den Sachsen, Friesen, Anglosachsen als fixer Betrag neben der Busse angesetzt wird.“ S. auch Stillmark 28 f., der besonders hervorhebt, dass gerade im LBR. der öffentlich-rechtliche Charakter der Vergehen am deutlichsten zutage tritt: Verwundung und Tötung sind noch gewissermassen „Privatverbrechen“ mit Anspruch auf Genugtuung auch für die Geschädigten, während die übrigen Vergehen nur allein eine öffentliche Strafe — neben Stäupung meist Zahlung an die Herrschaft (als Richter) — nach sich zogen; vgl. Art. 38. Bei alledem wird man doch im Auge behalten, dass, da die herschop in Art. 37. 38 nach Anleitung von Art. 39 und ebenso im ARR. 62, 1 die private Gutherrschaft bedeutet (Schilling 30), vielleicht das Interesse der die Halsgerichtsbarkeit besitzenden (Harr.-Wier.) Vasallen am Ertrage jenes Rechts, auf die Handhabung von Busse und Wedde eingewirkt haben könnte. Im Erzstift war die in den Ritterrechten vorgesehene Wedde unter Ebf. Joh. Ambundi abgeschafft worden. Üb. d. oft missdeutete Halsgerichtsbarkeit d. Vasallen s. Bruiningk, Mitt. 22, 22 ff.

38. Über den hier zutage tretenden Charakter der reinen Strafklage für Vergehen s. d. Anm. zu Art. 37 und Stillmark 29.

39. 40. Strafe [für „Entwendung“; Freymann 275 f.] und Ersatz des Schadens. Vgl. Lsp. II 16 = MRR. 140, 1: we holt houwet, gras meiet . . , sine bröke is 1 mk. lantgudes; den schaden gilt he up ein recht. Stillmark 51 f. — Cumulation der Strafe: Stillmark 43.

41. Vgl. Stillmark 56 f.: Strassenraub. S. auch UB. 3 n. 713 a. Freymann 275.

42. Vgl. Stillmark 56. 48. Freymann 274: Begehung des Raubes an bestimmten, mit einem besondern Frieden ausgestatteten Orten, ohne Angabe eines Wertminimums. Etwas anders Lsp. II 1, § 3 = MRR. 131: stelet ein def up einer borch, edder in der kerken, edder in dem stoven, dat eines lodes wert is, dat is de galue: benedden dem gelt nicht . . .

43. Vgl. hierzu Lsp. 12 = MRR. 137, 2, wonach ein Glied, das schon einmal „vor Gericht vergolten“ worden war, bei abermaliger Verwundung oder selbst Abhauen nicht mehr gebessert zu werden brauchte, sondern nur noch eine Art Schmerzensgeld beanspruchen durfte. Stillmark 29.



III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.  
Codex Alexandrow.      Rigasche Handschrift.

42. In stuben oder kirchen ist gleich ein<sup>e)</sup> ding<sup>e)</sup>.

43. Ein ding, das eines [verrichtet<sup>d)</sup> ist, kommt das vor die herrschaft, ist 1 mk. od. 2 loth silb.<sup>e)</sup>].

41. [42.] In der stuben undt in der kirchen ist deszgleichen, sonst ist der halsz ab<sup>1)</sup>).

42. [43.] Ein ding, dasz eins vertragen und gerichtet ist, kompts zum<sup>g)</sup> andern mahl<sup>h)</sup> für die herrschafft, ist 1 mk. müntze.

<sup>e)</sup> Wohl nur Wiederholung der Anfangsworte des nächsten § 43.  
<sup>d-e)</sup> fehlt Do.

<sup>g-h)</sup> R. A.; fehlt in der übrigen Überlieferung.

1) Vgl. Art. 16.

### III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht. Rotes Buch.

44. [R. 37.] We unrecht klagett, is . . . . . 1 mk.
45. [R. 43.] Enthgeyt oder entlöpt eyn medeknecht edder dinst magett er<sup>a)</sup> er tydt uth is, so is dat lhon vorbörth<sup>b)</sup>.

---

<sup>a)</sup> ehe Rick. Sams. T. <sup>b)</sup> Mit Art. 45 schliesst der Text des Roten Buches und seiner Abschrift B., ebenso Do. R. Die HSS. Rick. Sams. T. fügen aus dem Wiek-Ös. Lehnrecht IV 7, 4 noch einen Art. hinzu: Bricht einer einem seinen hoffzaun edder seine porten, edder bricht er ihm seine scheide zu seinem acker oder wiesen, dat is 9 marek landguth. S. auch B. II 25. Paucker 90. Vgl. Stillmark 50.

---

44. Vgl. Lsp. I, 34 § 1 = MRR. 44. Lsp. I 53 = MRR. 108: begripet (ein man) eine klage, de schal he vullenvören . . . und vullenvöret he der klage nicht, he schal sülven in der schult stan. Vorausgesetzt ist Böswilligkeit der falschen Anklage (Freymann 260). Wenn aber bei einer falschen Anklage wegen Diebstahls der Kläger seinen guten Glauben beschwört, so hat er dem zu Unrecht Beklagten zu geben 1 mark silvers vor sin ungemak: Lsp. II § 7 = MRR. 131. Entsprechend Art. 44. Vgl. dasselbe Prinzip im Art. 36. Darum ist der Einschub „und einem andern schaden thun will“ in der HS. R. § 37 und bei Arndt falsch.

45. Stillmark 31 f. Diese Bestimmung über den Gesindevertrag, wonach bei Kontraktbruch Verlust des Lohns eintrat, ist der einzige privatrechtliche Bestandteil im LBR.



III. LBR. Das sog. Livische Bauerrecht.  
Codex Alexandrow. Rigasche Handschrift.

- |  |         |               |
|--|---------|---------------|
|  | mk. od. | loth<br>silb. |
| 44. Wer unrecht claget,<br>ist . . . . .   | 1       | 2             |
| 45. Entlaufft oder ent-<br>gehet einem ein mid-<br>knecht oder dienst-<br>magt, ehe denn ihr<br>zeit aus ist, so ist<br>ihr lohn verböret. |         |               |

43. [45.] Ziehet der micht-  
knecht vor der zeit von  
seinem herren, so soll er  
seinen lohn verlohren haben,  
und soll nichts seyn die  
zeit, alsz<sup>a)</sup> er seinem herren  
gedienet hat, deszgleichen  
ist es<sup>b)</sup> mit der dienstmagdt  
zu halten.
44. [37.] Was man für einen  
todtschlag und wundengiebt,  
ist dasz dritte theil der  
herrschaft undt 2 theil<sup>c)</sup>  
dem kläger, dem<sup>d)</sup> die sache  
angehet.
45. [38.] Was man bessert für  
gewalt undt [richtegut<sup>e)</sup>], ist  
der herrschaft.

---

a) die A. b) ists auch A., wo aus  
diesem Satz ein besondrer Artikel  
gemacht ist c) zwey theile A. d) R.  
A. e) richtigkeit R. A.

### IIIa. Estnische Übersetzung aus dem sog. lipischen Bauerrecht.

Der im Jahre 1893 vom Stadtarchivar G. v. Hansen im Stadtarchiv zu Reval entdeckte Text (Re) ist vermutlich nur ein Fragment einer vollständigen Übersetzung. Er umfasst 13 enggeschriebene Zeilen auf einem Blatt Papier von 8,5:21 cm. Die Handschrift gehört dem 16. Jahrh. an. Eine sprachliche Untersuchung könnte vielleicht genauere Anhaltspunkte für die Datierung der Übersetzung (nicht der Schriftzüge) ergeben. Zum Vergleich stehen jetzt: einerseits die estnische Übersetzung des Pater Noster und Ave Marie vom Goldenbecker Pfarrer Joh. Lelow aus der Zeit von 1524—28 und des Credo von Lelows Nachfolger Joh. Hoveth aus den Jahren 1528—32 (hrsg. von P. Johansen, Publ. a. d. Revaler Stadtarchiv 4. F. 1, 1923), andererseits: die estn. Predigten des Revaler Pastors Geo. Müller um 1600 (hrsg. von W. Reiman).

Der Zweck der Übersetzung scheint sich zwanglos dadurch zu erklären, dass in den landischen Bauergerichten die Urteilsfindung durch die estnischen Bauerältesten oder Rechtfinder erfolgte, wenn der Text auch nicht für ihren persönlichen Gebrauch bestimmt sein konnte, da sie damals nur in Ausnahmefällen zu lesen verstanden. Doch konnten ihnen die Rechtsbestimmungen auch vorgelesen werden. Hält man aber den Fundort im Auge und beachtet ausserdem, dass die nur für das flache Land passenden Artikel LBR. 39. 40 = R. 38. 39 der Vorlage, wenigstens in unsrem Fragment, übergangen sind, während die vorhandenen Artikel, ausser einem, auch den Verhältnissen der städtischen Esten angemessen sind, so könnte man sich Reimans Ansicht anschliessen, dass unser Text für den Gebrauch einer Revaler Stadtbehörde angefertigt ist. Aber auch das schliesst nicht aus, dass wir nur eine Zurechtstutzung eines ursprünglich landischen Bauerrechts in estn. Sprache vor uns haben: nur aus einem solchen kann P. VI (= LBR. 37, R. 44) stammen; unter städtischer Jurisdiktion ist er undenkbar, er entspricht aber ähnlichen Anordnungen über die Verteilung von Strafzahlungen in der Estländischen Bauerordnung aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrh. (Nr. 61) und bereits einer Bestimmung des Öselschen Manntages vom J. 1521 über Verteilung der Mannbusse bei Todschatz<sup>1)</sup>. Ausserdem ist der estnische Text keine Originalübersetzung, sondern ersichtlich nur eine Abschrift, da er nur 2 Korrekturen und 1 Versehen aufweist, während eine Originalübersetzung in estnischer Sprache von Korrekturen wimmeln würde.

<sup>1)</sup> AR. 3 n. 118 P. 6.



Unser Text hält sich an die Reihenfolge der Artikel in einer jungen Rezension des LBR., wie sie durch R. vertreten wird<sup>1)</sup>. Die einzige Abweichung (P. VII) ist vielleicht nur ein Versehen W. Reimans: wir wissen ja nicht, ob das Papierblatt, auf dem er steht, gefaltet ist, oder nicht, ob es einseitig oder zweiseitig beschrieben ist, usw. Die Übersetzung kürzt im allgemeinen ihre Vorlage; der scheinbare Zusatz zu P. V ist, obwohl auch Reiman ihn als solchen auffasst, garkein Bestandteil von P. V, sondern ein besonderer Artikel, nämlich der vorletzte Art. des LBR. nach der Rezension R., freilich etwas umgeändert. Mit P. V hat er gar nichts zu schaffen, da dieser nicht von „Strafe“, sondern von eingebüsstem Lohn handelt, während nach Reimans Übersetzung der Herr für das vorzeitige Entlaufen seines Knechts gewissermassen noch zuzahlen müsste, überdies vom Kläger unterschieden wird, was sinnlos ist.

Die erste Ausgabe unseres Textes, mit deutscher Übersetzung, z. T. nicht ganz stichhaltigen historischen Erläuterungen und einigen sprachlichen Bemerkungen, stammt von W. Reiman in den Sitz.-Ber. der Gelehrten Estn. Gesellschaft zu Dorpat 1893 S. 113 f. und ist danach, mit der oben begründeten Änderung, hier wiederholt. Die Parallelnumerierung aus dem LBR. Rez. R. ist hinzugefügt.

I. [= LBR. 36, R. 36.] Kess walkist<sup>a)</sup> tunnistap, ninck ep woy<sup>b)</sup> se teox tehe<sup>b)</sup>, se maxap 1 w.

II. [= LBR. 44, R. 37.] Kess unrechti<sup>a)</sup> kaiwap, se maxap nuhtluss 1 w.

III. [= LBR. 41. 42, R. 40. 41.] Kess roiwi<sup>a)</sup> wise<sup>a)</sup> uchest

I.<sup>1)</sup> Wer falsches Zeugnis ablegt und kann es nicht zur Tatsächlichkeit machen, der zahlt 1 w[eisse, d. h. Mark?].

II.<sup>2)</sup> Wer unrechtmässiger Weise klagt, der zahlt Strafe 1 w.

III.<sup>3)</sup> Wer in der Weise des Räubers von dem andern nimmt

a) Lehnwort aus dem Deutschen.  
b) vgl. Reiman 121 f.

1) In der estn. Übers. fehlt eine Bemerkung, die sämtliche Rezensionen des LBR. enthalten. 2) Die Stellung des Art. entspricht derjenigen in R., die kurze Fassung jedoch derjenigen der übrigen Rezensionen des LBR. 3) Re zieht hier 2 Artt. des LBR. zusammen, kennt aber nur die Geldbusse, die allein in R. sich findet, und übergibt die, von R. wenigstens alternativ erwähnte, Todesstrafe aller übrigen Rezensionen.

1) Das beweist nochmals zum Überflus, dass auch diese Rezension, obwohl sie jetzt in einen Rigaschen Archiv aufbewahrt wird, in Estland in Gebrauch war.

teisest wottep teh pehl ellick  
kirko ellick toa seest ux assi  
miss kuss tibbo wert<sup>a)</sup>, on se  
maksap 40 w.

IV. [= LBR. 43, R. 42.]  
Kuss ux assi üx kort leppitut  
on see ep pehe uheste kaiwatat  
sanna; kess se wasta tep, se  
maksap 1 w.

V. [= LBR. 45, R. 43.] Jox-  
sep ux sullana temma perre-  
mehe jurest erre<sup>a)</sup> enne ko tem-  
ma ast weljass on siess kaddup  
temma palck keick sest (nucht-  
lussest)<sup>c)</sup>.

VI. [= LBR. 37, R. 44.]  
Nuchtlusest sap se issandt üx  
kolmass ossa, ninck üx ossa se  
kirck<sup>a)</sup>, ninck kolmass ossa se  
kess<sup>d)</sup> kaiwap.

VII. [= LBR. 35, R. 35.]  
Keiss teise pehl wallestap<sup>a)</sup>  
ninck ep woip sedda<sup>e)</sup> tedde  
sahte sel ohn wizet selka pehl.

auf dem Wege oder aus der  
Kirche oder aus der Stube eine  
Sache, welche 6 Pfennige wert  
ist, der zahlt 40 w.

IV.<sup>4)</sup> Wo eine Sache ein mal  
vertragen ist, so soll dieselbe  
nicht von neuem geklagt wer-  
den; wer dagegen handelt, der  
zahlt 1 w.

V.<sup>5)</sup> Entläuft ein Knecht von  
seinem Herrn früher, bevor sein  
Jahr aus ist, dann geht sein  
ganzer Lohn verloren (zur  
Strafe).

VI.<sup>6)</sup> Von einer Strafe erhält  
der Herr einen dritten Teil,  
und einen Teil die Kirche, und  
einen dritten Teil der, welcher  
klagt.

VII.<sup>7)</sup> Wer über den andern  
fälschlich aussagt und kann es  
nicht zur Gewissheit bringen,  
dem sind Ruten auf dem Rücken.

<sup>a)</sup> Lehnwort aus dem Deutschen.

<sup>b)</sup> vgl. Reiman 121 f. <sup>c)</sup> falls nicht  
als „zur Strafe“ übersetzbar, durch  
Dittographie entstanden und zu strei-  
chen. <sup>d)</sup> korrigiert aus kannel Re.  
<sup>e)</sup> danach teh durchstrichen Re.

<sup>4)</sup> Der Ausdruck des LBR. „die  
Herrschaft“ ist in Re. fortgelassen.

<sup>5)</sup> Re. übergeht die gleichlautende  
Bestimmung über Dienstmägde. <sup>6)</sup> Die  
Verteilung der Strafgelder findet im  
LBR. nur zwischen Herrschaft und  
Kläger statt. <sup>7)</sup> Gemäss der Reihen-  
folge der Art. in allen Rezensionen  
des LBR. gehört dieser Art. vor  
P. I, d. h. an den Anfang von Re.



## IV. Das sog. Dorfredit.

ARR. 61 = MRR. 89. (Fehlt URR.). § 1. Binnen eines dorpes beslotener marke mach nemant eigendom betalen. § 2. Hebben aver lude acker<sup>a)</sup> edder wisen<sup>b)</sup> binnen einer andern mark, dar mogen se weddeschat edder manbote an beholden up iglichen acker edder wise<sup>a)</sup> mark<sup>c)</sup> lantgudes<sup>d)</sup> mit söven manne, bederve lude, up den hilligen, oft de acker edder wise<sup>a)</sup> also gut si edder beter. § 3. Sin se averst arger, so en darf men nicht meer utgeven, dann alse se<sup>e)</sup> wert sin<sup>f)</sup>; dat schollen werdigen<sup>g)</sup> twe manne des stichtes, de de bishop darto sendet. § 4. Spreken se averst manbote<sup>h)</sup> darup, und sint se des wert edder beter, so<sup>i)</sup> mogen se man einen man eme manbote up einen<sup>j)</sup> acker<sup>k)</sup> edder up eine<sup>m)</sup> wise beholden, mit twelf man unbesprokener lude up den hilligen.

61. a-b) B. D. M.; wisch St. c-d) B. D. M.; marke edder lantgute St. e-f) B. D. M.; vorgesecht St. g) H.; wardeien schätzen B.; vordingen D. M. h) B. D. H. M.; nen bote St. i-k) anscheinend nur St. H.; so mögen sie nur ihre manbusse auf ihren acker B.; so mögen se men ere manbote up eren acker D. M.: ist dieses nicht der Lesart von St. H. vorzuziehen? l) eren ackeren M. m) eren wysen M.

61. Nach Freymann 241 beweist der Art. anscheinend die Erlegung der Mannbusse [und des Weddeschates, d. h. der gerichtlichen Strafzahlung] auch in Immobilien. — „eigendom betalen“ lässt Bunge unerklärt. Nahelegend wäre „käufllich erwerben“, was aber mit dem Folgenden nicht leicht in Zusammenhang zu bringen ist. — „lantgud“ ist „Landesmünze“; meint also die Variante c-d) viell. „Mark [Silbers] oder Münze“? „Weddeschat“ ist nach v. Bunge, Gerichtswesen 135 „Pfandrecht“. Den ganzen, in vielen Einzelheiten dunklen Art. 61 und 62 erläutert v. Bunge 134 f. dahin, dass hier ein andres Verfahren bei Besitzstreitigkeiten [aber von solchen ist in Art. 61–63,1 doch garnicht die Rede!] in Dorfmarken geschildert wird, als in Art. 64: ein einseitiger Beweis durch Eidhelfer, wie sonst in der Regel, und das Recht der Gegenpartei, durch Erbietung zur Eisenprobe die Eidesleistung zurückzuweisen: „die Hand abstreichen und das Eisen tragen“ (vgl. Brfl. 278. 325. 554). Wenn demnach an einem Grundstücke in geschlossener Dorfmark ein Ausmäker[?] Pfandrecht [gerichtl. Strafzahlung?] oder Mannbusse beansprucht, so muss er jenes mit 7, diese mit 12 Eidhelfern beweisen. Die Dorfgenossen [?] können die Eide zurückweisen: jenem(her: den Dörlern) die Hand abstreichen und das Eisen tragen. Bleibt der Eisenträger unverletzt, so verliert der Gegner Land und Gut [= Geld?], brennt er sich, so muss er (wenn es sich um Mannbusse handelt) die Mannbusse zahlen, ein Drittel dem Herrn (des Dorfes), 2 Drittel dem Gegner. — Beispiele f. d. Praxis in Harrien-Wierland nach diesem Verfahren (einseitiger Beweis, Recht auf Gegenbeweis), bis zum Anfang des 16. Jahrh., s. bei Bunge 137. Doch das ist das Verfahren nach Art 67, wo es sich in der Tat um Besitzstreitigkeiten handelt. Ein andres Verfahren beschreibt Art. 64.

**ARR. 62 = MRR. 90.** (Fehlt URR.) § 1. Wil averst dejenige, de de losinge but, ene<sup>a)</sup> de hant afstriken unde dregen dat isern: bernet he sik, so gift he<sup>b)</sup> manbote na lantrechte, dat sint veertich mark lantgudes, den drudden deel sinem heren, de twe dele deme<sup>c)</sup> sakewolden, edder he late em den acker edder de wise stan vor dat sulvige gut<sup>d)</sup>, wente he it losen mach. § 2. Wert he averst schir, jenne verlust beide, gut unde lant, behalven<sup>e)</sup> also vele, alse nu [?] gudes daran bekant heft<sup>f)</sup>.

**ARR. 63 = MRR. 91.** (Fehlt URR.) § 1. Hebben averst lude acker edder wisen buten erer mark, unde<sup>g)</sup> binnen des<sup>h)</sup> dorpes beslotener mark<sup>i)</sup>, twischen twier edder meer dorper scheidungge, unde spreken<sup>k)</sup> se weddeschat edder manbote daran: an<sup>l)</sup> welchem dorpe se<sup>m)</sup> bekennen<sup>n)</sup> der losinge, dar<sup>o)</sup> ere mark an schetet, de sin der losinge neger, dann ander jenich<sup>p)</sup>, averst<sup>q)</sup> se mogen alle sweren up den hilligen, oft<sup>r)</sup> ein man<sup>s)</sup> van en hebben wil, de dat lant in weren heft, dat dat dorp der losinge neger si. § 2. Spreken se averst erve<sup>t)</sup> edder<sup>u)</sup> eigendom daran, unde willen dat beholden mit twelf mans sekerer lude up den hilligen, se sint des neger to beholden, denn jemand en aftogewinnen, sint dat dat lant in<sup>v)</sup> nemants marke beschloten is<sup>w)</sup>.

**ARR. 64 = MRR. 92 = URR. II, 36.** § 1. Kiven twe dorpe umme ere scheidungge, unde kan se er here nicht scheiden, so sende de bischop dre des stichtes manne darto, de<sup>a)</sup> dar<sup>c)</sup> nicht mede to donde hebben<sup>b)</sup>, up ere kost<sup>d)</sup>, de scholen sik bevragen mit eren<sup>e)</sup> ummesaten<sup>f)</sup>, we de erste hebbende<sup>g)</sup> were

**62. 63.** a) eer B. D. M. b) + dre mark D. M. c) B. D. M.; de mede St. d) = Geld. — fehlt St., steht in B. D. M. e-f) behalven als men em gudes daran bekannt heft B. D. M. Ist „men em“ hier nicht richtiger als „nu“? g) + doch B. D. M. h) nenes B. D. M., gemäss § 2 vielleicht richtiger als der Text? seit des H. i) + men D. M., + nur B. k) spielen St. l) fehlt B. D. M. m) so kumt M. D. n) die B., der D. M. o) fehlt H. p-q) jegen en aver D. M. r-s) ift men it B. D. H. M. t-u) fehlt D., erve unde M. v-w) binnen nenes mannes beslatener mark en licht B. D. M.

**64.** a-b) die mit den parten bluts halben nicht verwandt sind B. H. c) mit dem kife D. M. d) + und zehrung B. H. e) den D. M. f) + und beiliegenden nachbaren B. H. g) fehlt B. H. D. M.

**63.** § 1 lässt v. Bunge 136 unerläutert. § 2 besagt: Wer an einem Grundstück in eines Dorfes geschlossener Mark [anscheinend richtigere Var.: in keines Dorfes geschlossener Mark], das zwischen zweier oder mehrerer Dörfer Grenzen belegen ist, Eigentum oder Erbe geltend macht, muss diesen Anspruch mit 12 Eidhelfern beweisen und hat das Vorrecht zum Beweise. Von einem Zurückweisen des Rides durch Erbietung des Gegners zum Eisentragen ist hier nicht die Rede. —

Über Land „binnen nenes mannes beslatener marke“ vgl. Stavenhagen, Beiträge 4, 1894, 306: Besitzungen der Eingeborenen, die zwischen den Marken der Vasallen lagen und zu keiner derselben gehörten, aber doch kein nichtzinspflichtiger Allodialbesitz der Eingeborenen, den es in Livland nach der Eroberung nicht mehr geben konnte (gegen Schilling 137).



daran hebbe gehat van oldings, jar unde dach edder lenk, ane rechte bisprake, dat schollen se betügen mit eren waren worden unde bi den truwen, den se Gode unde eren heren schuldich sin. § 2. Dem se denn de were todelen, unde also<sup>b)</sup> verne als se em todelen<sup>i)</sup>, also verne mach he des dorpes here sin<sup>k)</sup>, sine were unde scheide<sup>l)</sup> beholden up den hilligen mit sinem ede<sup>m)</sup> sulfsövende. § 3. Mogen averst de dre, de de bischop darto geeschet<sup>n)</sup> heft, nicht aver ein dragen, wor de twe willen<sup>o)</sup>, dar schal de drüdde mede volgen. § 4. Hebben averst beide dorpe lik rechte hebbende<sup>r</sup> were daran, se dregen dat isern up beiden siden. Wem it dan Got gift, de hebbe<sup>p)</sup> it. Werden se averst beide schir, so dele man eme<sup>q)</sup> dat lant; bernen se sik beide, so schal men dat lant averst delen.

**ARR. 65.** = MRR. 93 = URR. II, 36. § 1. Ein man helt<sup>a)</sup> sine scheide<sup>b)</sup> mit twen stichtes mannen up den hilligen, de dat segen, dat men de scheide<sup>b)</sup> dar makede. § 2. Sint twe dorper edder meer, de gemeinheit hebben an ackeren, an wisen, an weiden, an holte, an vischerie, der menheit<sup>c)</sup> mach bruken ein jewelik man, na siner macht, de dar up wonhaftich is. Mit hulpe vremder lude mach nen man bruken der meinheit.

b—i) B. H. D. M.; fehlt St.    k) B. H. D. M.; fehlt St.    l) stede B. D. M.  
 m) ersten B. D. M.    n) gesant B. D. M.    o) hin wollen B.; hin falln H.;  
 tofallen D. M.    p) beholt D. M.    q) fehlt B. D. M.

65. a) beholt D. M.    b) schedinge D. M.    c) B. D. M.; mennicht St.

64. Über den Vorteil des in rechter Were Sitzenden vgl. Schilling 31 f. ARR. 5 = MRR. 4: welk man gut heft jar unde dach in siner were ane rechte bisprake, dat sin len is, de is neger to beholden sin rechte len mit siner eigen hant up den hilligen, dann em jenich man aftowinnen. — Über den in Art. 64 erscheinenden deutschen Grenzprozess vgl. im allgemeinen Schilling 100–104: Durch Einordnung des Landbesitzes in das deutsche Lehnrecht verschoben sich die Rechte der Eingebornen zunächst begrifflich kaum, denn wenn der Herr die Zinsgewere hatte, so verblieb dem zinsenden Bauern die Eigentumsgewere, und bei Veräußerung des Lehns durch den Herrn trat der Zinsner in dasselbe Verhältnis zu dem Erwerber, in dem er dem Veräußerer gegenüber bis dahin gestanden hatte. Der Parallelismus des vasallischen und des zinsnerischen Rechtes tritt besonders bei Vertretung des Lehnputs nach aussen hervor. Im Lehnrecht zwar vertrat es der Vasall ganz allein, mit völligem Ausschluss seiner, in keinem Lehnsverbande stehenden eingeborenen Hintersassen: aber im Landrecht, bei Streitigkeiten um die Grenzen der Äcker, gemeinen Weiden und Wälder verteidigen nach livländ. Prozessrecht der Vasall und seine Hintersassen ihre gemeinsamen, angegriffenen Rechte gemeinsam, und zwar nicht vor dem eigentlichen Richter der Vasallen noch dem Lehnshof (vor dem die Hintersassen nicht erscheinen können), sondern vor einigen, vom iudex vasallorum (Bischof) deputierten Schiedsrichtern, vor denen auch der Eingeborene Recht nehmen kann. Diesen gemeinsam geführten Prozess behandelt der Art. 64, und so zwar, dass dabei die Subjekte unsicher wechseln, indem bald das Dorf, bald der Herr (Vasall) die Partei ist [dadurch erklärt sich auch die Variante, dass die Schiedsrichter nicht

**ARR. 66 = MRR. 94 = URR. II, 37. § 1.** Mennich man heft ok egendom binnen<sup>a)</sup> der meinheit<sup>b)</sup>, dar mach he wol upsetten, wat he wil, unde bruket der meinheit gelik den andern. § 2. Averst up der meinheit mach nemant woninge setten sunder vulbort der andern.

a—b) B. D. H. M.; fehlt St.

Blutsverwandte sein sollen — natürlich des Vasallen, nicht der Dörfler], bald dem Herrn, bald den Dörfern die Gewere zugeschrieben wird, usw. Vgl. auch v. Bruiningk, Mitteilungen 22, 1924, 38. — v: Bunge, Gerichtswesen 131 f. (vgl. Die Stadt Riga im 13. Jahrh. S. 340. 362 und schon Einleitung 105, wonach diese Hypothese von Helmersen stammt) schreibt die Einführung des Schiedsgerichts dem ppstl. Legaten Wilhelm von Modena im Jahre 1226 zu (UB. 78 f. 89) und lässt auch das Verfahren in Art. 64 nur jener Einrichtung des Legaten nachgebildet sein. Aber abgesehen davon, dass die Verfügung des Legaten die Zeugenbefragung ausdrücklich ausschloss, erscheint die Zurückführung des derart weit und allgemein verbreiteten Schiedsrichterinstituts auf eine Spezialverfügung eines Legaten unhaltbar. Andererseits ist freilich die eigentliche Quelle noch zu suchen (vgl. übrigen Schilling 101). — Das Sächs. Lehnrecht 70, Quedlinburger HS. (Homeyer 83), hier nach Paucker 200 zitiert, besagt: Ob tzwey dorph um eyne markschedunge kiven, die naesten dorph, di da bi legent, sollen se untscheiden mit getzuge. Swelkir den merren tzuch hat, die behalt. Tzweiet men an deme getzuge alse sere, daz man se nicht untschieden ne mach, so beschiede men se, alse hi vor gesprochen ist [d. h., teile]. Aus dem Ssp. Landr. III 21, 1. 2 schöpft das MRR. 206 = Lsp. III 19: spreken twe man tolike ein gut an, unde dat mit geliken tugen beholden, so schal men dat midden entwe delen. Desse tuinge schollen de rechten ummesaten bescheiden, de in dem dorpe edder in den negesten bidörpern beseten sint; welker de meer menie an dem tuge heft, de beholt dat gut. Is it överst den ummesaten nicht witlik, we dat in weren heft, so mot men dat wol bescheiden mit einem isern, edder de kleger unde de, dar de klage up geit, schollen sweren, dat se rechte wisen also, dat it er si; dar schal de richter sine baden to geven. Wor se beide sweren, dat schal men delen. v. Bunge 133 bemerkt, dass hier keine Schiedsrichter fungieren, sondern der ordentliche Richter. Doch nach der livländ. Praxis war zum mindesten bei Landzwist zwischen Vasallen sowohl das eine, wie das andere üblich. Den Grund der Einführung von Schiedsrichtern bei Landzwist zwischen Dörfern (Bauern) trifft vielleicht Schilling 101. — Beispiele f. d. Praxis nach Art. 64 in Estland, seit dem Anfang des 16. Jahrh., s. bei Bunge 138, bes. Archiv 5, 320 = Brfl. 742: oft sich die bure von beyden paerten brenden, zo sall men dat landt mydden ontwe slan und deelen. Oft zy ock von beyden paerten schyr bleven, sal men dat landt und gesynde mydden ontwe slaen und deelen. Oft dar ock eyn part schyr bleve und dat landt gantz wonne na wonheydt dusser lande, dat sulve part usw. Ein typisches Beispiel aus dem Erzstift, 1521, LGU. 2 n. 341: Drei vom EBf. verordnete Schiedsrichter schlichten den Grenzzwist zw. d. Dörfern Korbe und Posendorf: hebben wy . . . de tuge nha rechtcs u. lantrechtcs forme vorhort. Dar wy dan uth anwyszingghe beyder deil buren 2 versch. Grenzen befunden, welke beyden schedinggen beyder parthe buren mit orem lantrechte wolden beholden. De wile wy dan de tughe beyder parthe . . . gliche starck gefunden hebben, haben wir sie in den szulfftigen landen und grentzen gemiddelt und entwe gedelet. Vgl. auch Brfl. 901 = LGU. 2, 283.



ARR. 67 = MRR. 95 = URR. II, 37. § 1. Kivet ein man binnen der meinheit egendom to sik, unde vorsaken em des, de to der meinheit horen, so<sup>a)</sup> sint se neger, ere meinheit<sup>b)</sup> to beholden mit söven mans up den hilligen, denn<sup>a)</sup> de jenne<sup>b)</sup>. § 2. Wil averst de jenne en de hant afstriken unde dat isern drogen, dat mach he don. Winnet he, de söven geven erem heren eine mark sülvers; verlust he, so gift he sinem<sup>c)</sup> heren<sup>d)</sup> eine mark.

67. a-b) B. D. M.; fehlt in den übrigen HSS. c-d) St.; fehlt D. M.; dem heren B. H.

Das Eigentümliche des Grenzprozesses gemäss Art. 64 besteht nach v. Bunge 134 im zweiseitigen Beweise und in den, dem Verfahren in Zivilsachen sonst fremden Beweismitteln der Eidhelfer und Eisenprobe. Ein anderes Verfahren schildern Art. 61. 62 (und Art. 67), aber augenscheinlich auch einen andren Tatbestand, betr. Mannbusse, Wedeschat.

67. Vgl. Art 61 f. — Nach Schilling 103 handelt es sich um Ansprüche des Herrn, der aber nicht selbst das Eisen trug, sondern die Bauern, obwohl der Prozessakt im Effekt dem Herrn zugute kam. Vgl. schon UB. 440 a (ca. 1275): die Mönche von Dünamünde gewinnen ein Landstück „secundum leges terre ferrum portando“. Es ist ganz richtig, dass viele Urkk. nur durch ungenaue Ausdrucksweise einesteils dem Herrn das Eisentragen, noch öfter aber allein den Bauern Grenzansprüche und Landnutzungen zuzuschreiben scheinen. Aber in Art. 67 handelt es sich nach § 2 doch offenbar um den Bauern. Es ist auch richtig, dass im allgemeinen der Herr seinen Eineid, die mitbeteiligten Bauern einen andren Eid selbsiehend schwören (Brfl. 324 v. J. 1477) — aber in Art. 67 sind es zwei verschiedene Prozessparteien. — Nach v. Bunge, Gerichtswesen 135 f. besagt d. Art. 67: Beansprucht ein Mann Eigentum innerhalb der Gemeinheit, so hat er das Vorrecht zum Beweise: aber es wird ja gerade das Umgekehrte angeordnet. Der Kläger kann den selbsiehend zu leistenden Eid der an der Allmendenutzung Berechtigten durch Erbietung zur Eisenprobe „abstreichen“. Brennt er sich, so zahlt er dem (seinem?) Herrn 1 Mk., gewinnt er, so zahlen die Sieben ihrem Herrn [ein jeder; v. Bunge] 1 Mk. Silbers.

## V. Das Bauerrecht der Esten in der Wiek.

Das vierte buch<sup>1)</sup>.

Das erste capitell<sup>2)</sup>.

Das nach geschrieben recht ist gegeben vom bischoff zu Oesell mit volbort seines capitells den Ehsten<sup>b)</sup> in der Wieck, da die manschaftt auch so mit volbordt haben.

<sup>a)</sup> Das 1. cap. [erste capitell R.]. Dies nachgeschriebene recht ist gegeben vom bischoff zue Oesell mit vollworth seines capitells den Ehsten in der Wiecke [Wyke R.], da die manschaftt auch mit in vullworth [vollwordt R.] haben. Do. R. <sup>b)</sup> Ersten E.

<sup>1)</sup> Scil. des Wiek-Oselschen Lehnrechts, in welches das Bauerrecht als 4. Buch aufgenommen ist.

§ 1. Wann<sup>a)</sup> ein man ein weib nimbt, so soll er in die kirchen kommen innerhalb den<sup>b)</sup> acht tagen nach der gelofte<sup>c)</sup> und lasse<sup>d)</sup> sich ehelichen und geben. Thut er das nicht, er soll seinem herren geben<sup>e)</sup> funfzig mark.

§ 2<sup>a)</sup> Wer es auch, dasz sich das weib mit dem manne nicht kondt vertragen<sup>b)</sup>, und nicht zusammen bleiben wollten, und dasz man sie scheiden muste<sup>c)</sup> durch redtlich sache, so soll er ihr folgen lassen alles<sup>d)</sup>, was sie mit von hausz gebracht hat.

§ 3<sup>a)</sup> Were es aber seine schult, dasz er sie nicht haben wolte<sup>b)</sup>, so soll er ihr dazu geben die handt trewe, die er ihr gelobet hat.

§ 1. a) Wenn Do. R. b) innerhalb 8 tagen Do. R. c) gelobte E. verlobnus Do. R. d) undt lassen Do. R. e) 50 mk. in straffe verfallen sein Do. R.

§ 2. a) + Quando mulier maritimum non cupit aut vult retinere Do. b) nicht vertragen könnte Do. R. c) scheiden müste durch redtliche sachen Do. R. d) alles wasz sie vom hausze R., was sie von hausze Do.

§ 3. a) + Quando maritus uxorem non vult habere Do. am Rande. b) Do. R., wollt E.

§ 1. Vgl. im allgemeinen UB. 690, 32 (Rig. Konzilsstatuten von 1428). S. auch die Beschlüsse des stift.-öselchen Manntages zu Hapsal, 1521 Sept. 30, AR. 3 n. 118, 4: Ein ider herschop sall de synen noich ernstlichen gebeden, dhe buthen deme hilligen echte thosamde lewen, sick ungeszumet echtigen laten, . . . de bure so tho dwingende bie der stupe, se sick echtigen lathen.

§ 2. Vgl. Lsp. III. 45 § 1 = MRR. 230: Wert ein man mit rechte van sinem wive gescheiden, so schollen se delen to rechte half unde half, wat se hebben; sint dar kinder, dar [nach Schilling 226: de] schollen se ok mede delen half unde half. Hingegen bestimmt unser § 2 in Übereinstimmung mit d. Lsp. a. a. O. § 2: Werden se ok gescheden ane undögent, so beholt se, wat se to em brachte, unde he beholt dat sine. S. Schilling 226. Der Verf. des Lsp. hat aber ausser dem Ssp. III 74 mutmasslich auch noch das Goslarer Stadtrecht benutzt, wo es nach Schilling 227 (vgl. 324) im teilweisen Einklang mit unsrem § 2 heisst: Wert en wif van ireme manne scheden, dar [der?] he nicht hebben ne mot: dat ir ghelovet is to irer liftucht, dat behalt se, unde ire kledere; unde dat ingedöme [in Livland immer Eigentum der Frau, nämlich alles, von der Frau in die Ehe Gebrachte, was zum tägl. Gebrauch gehört: Betten, Bettzeug, Kleider, nebst dazugehöriger Lade oder Truhe -- aber, im Unterschied zur Gerade, nie Tiere; Schilling 408 ff. 401] half, dat se to ime brachte, dat dar noch is. Ne is ire nen liftucht ghemaket, so behalt se wat se to dem manne brachte. [So auch im WBR, da ja der Frau keine Leibzucht in den Landbesitz konstituiert werden konnte]. Is des wat vordan, dat scal men ire irleeghen, oft dat dar wesen mach. Is des dar nicht, so nimt se half dat dar is, unde de kindere delet se ghelike. Vgl. Schilling 320 - 325: als Folge der mit rechte vollzognen Scheidung kehrt in so vielen deutschen Rechten die Herausgabe des von der Frau Eingebrachten wieder, dass hierfür eine Norm angenommen werden darf. Dagegen gehört lokalen Besonderheiten an, was der geschiedenen Ehefrau an sonstigen Vermögensvorteilen zuerkannt wird. Darüber bestimmt § 3.

§ 3. Auch hier spricht sich Begünstigung des Mannes aus, da er, sogar im Falle eignen Verschuldens, der geschiedenen Frau ausser ihrem



§ 4<sup>a)</sup> Stirbet der man und hette<sup>b)</sup> sie kinder und wolte<sup>c)</sup> einen andern man nehmen, oder sterbe<sup>d)</sup> sie darnach, dasz sie andere kinder von<sup>e)</sup> einem andern man hette, ihr<sup>f)</sup> geschmeide und ihre handt trew<sup>g)</sup> entpfingen<sup>h)</sup> die ersten kinder.

§ 5<sup>a)</sup> Stürbe<sup>b)</sup> sie auch ohne kinder, so fellt<sup>c)</sup> es alles an die herrschaft. Von dem guth soll die herrschaft all<sup>d)</sup> die schult gelden. Dasselbe ist<sup>e)</sup> bey einem erblosen man. Der magk vorgeben einen ferdingk oder also viel, als ein ferding<sup>f)</sup> werdt ist.

§ 4. <sup>a)</sup> + De secundo voto Do. am Rande. <sup>b)</sup> hat Do. R. <sup>c)</sup> Do. R., wollt E. <sup>d)</sup> stürbe sie hernach Do. R. <sup>e)</sup> einem an andern mann R. <sup>f)</sup> Do., ihre R. E. <sup>g)</sup> R., handtreue E. <sup>h)</sup> empfangen Do. R.

§ 5. <sup>a)</sup> + Quomodo magistratus adit bona Do. am Rande. <sup>b)</sup> Stirbe Do. R. <sup>c)</sup> felßt Do. R. <sup>d)</sup> alle schuldt gelten Do. R. <sup>e)</sup> + auch Do. <sup>f)</sup> Do. R., fl. (= Gulden) E.

Eingebracht nur noch die Handtreue herauszugeben hatte. Dieselbe war in Livland ein übliches Verlobungsgeschenk des Bräutigams an die Braut: z. B. Ring oder Armspange. Eine „gelobte“ Handtreue ist anderweitig unbekannt. Schilling 322. — Nach B. I 10 war eine Folge der durch den Mann herbeigeführten Trennung, dass er sein gesamtes Vermögen zugunsten seiner Kinder verlor. Aber dort handelt es sich nicht um Ehescheidung, sondern um Entlaufen. Schilling 271 Anm.

§ 4. Der hier behandelte Fall scheint in keinem anderen Recht ebenso geregelt zu sein. Nach B. I 11. B. II 27 musste die Witwe bei Wiederverheiratung, wenn keine Söhne sie und die Töchter ausschlossen, das Erbe mit den Töchtern zu gleichen Teilen teilen, ohne dass über Kinder aus verschiedenen Ehen etwas bestimmt wurde. Nach Schilling 325 ff. galt im allgemeinen gleiches Erbrecht (Halbteilung) zwischen den Kindern beider Ehen, während das WBR. die Kinder erster Ehe bevorzugt, da sie bei Wiederverheiratung oder Tod der Mutter deren Geschmeide und die Handtreue erben. Im übrigen befasst sich unser § nur mit einem bestimmten Bestandteil und dazu bloss des mütterlichen Vermögens. Voraussetzung ist dabei, dass die in die Ehe gebrachte Fahrhabe in das Eigentum des Mannes übergegangen war, ausser dem im Eigentum der Frau bleibenden Ingedöme, einem Complex von gewissen, ihrem persönlichen Gebrauch dienenden Sachen. Schilling 395 ff.

§ 5. S. Schilling 104 f. 225. Vgl. d. Hapsalsche Stadtrecht von 1294 Art. 70 (Napiersky 48): is dat ein Este ofte ein estensch wiff, de borger were und erve und egen hedde in der stadt, sterven de sunder kynder, so sall dat gudt anfallen dem rychte und rade bynnen Haepsel, und de Esten, de dar wanen up dem lande, se synn wes Esten se syn, se solen an dat gudt nicht erven, se syn suster, broder effte fedderen edder we se syn. Im Lehnrecht war Heimfall an sich natürlich: ARR. 24 = MRR. 58: stervet ein man edder eine vrowe erflos, de lengut hebban van dem stichte, dat gudt velt an den bishop, unde de schal ere schult gelden, so verne dat gut wendet, dat em angevallen is. Über die Verpflichtung zur Schuldzahlung durch Berufung zur Erbschaft (nicht aus einem Verhältnis zum Erblasser) s. Schilling 207. Schuldenübergang an die natürlichen Erben: B. I 17. B. II 16. — Ursprünglich bestand volle Testierfreiheit der Eingeborenen. Vgl. Heinr. Chron. Liv. XXI, 4 (1217): Kaupo stirbt, divisio primo bonis suis omnibus ecclesiis per Lyvoniam constitutis. Demnächst wurde Vergabung von Land an die Tote Hand verboten (UB. 146 vom J. 1237: in terra Livonie et Estonie prohibentur Theotonici et neofiti de agris sue hereditatis conferre

Das andere capitell<sup>a</sup>).

§ 1<sup>b</sup>) Ob ein man den andern todtschleit<sup>c</sup>), der soll weichen ausz dem lande jahr und tagk. Weichet er nicht, so musz er buszen, eher<sup>d</sup>) jahr und tagk aus ist. Will nach jahr und tagk der man die bote<sup>e</sup>) nicht nehmen, so soll man ihm<sup>f</sup>) vor gericht bringen drey der freunde und die herrschafft. Nimbt ihn der herr und freundschaft nicht, so soll er<sup>g</sup>) die suene bieten dem obersten richter; der soll vom<sup>h</sup>) sachwalter den friedt werken vor gebür und ungebühr.

a) Cap. 2 Do. R.    b) + totschleg[er] soll weichen Do.    c) todtschläge R.; todtschlegt Do.    d) ehe Do. R.    e) busse Do. R.    f) ihm nicht vor gerichte R.; inn vor gerichte Do.    g) ihm die suene bieten E.; inn die söhne bieten den obersten richter R. Do.; + am Rande: Söhne Do.    h) dem R.

ecclesiis vivendo vel etiam moriendo) und trotz erbitterten Widerstandes der Kirche das Verbot durchgesetzt. Schliesslich vernichtete das Heimfallsrecht der Herrschaft zwar nicht das Erbrecht der Eingeborenen, aber deren Testierrechte. Vgl. Schilling 432 ff.

II. Das Kap. behandelt den einfachen Totschlag, den das WBR. (Kap. 7) gleich dem ARR. (52. 58) vom qualifizierten, d. h. dem in Haus und Hof vorsätzlich begangenen, unterscheidet. Vgl. Freymann 264 und ARR. 56. MRR. 84: Sleit ein stichtesman den andern dot, he schal wiken jar unde dach ut dem stichte. Wenn jar unde dach ummekömmen sint, unde wil he wedder in, so geve he dem bischop 13 fl. unde 4 ore unde legge denn de sake af oft he mach; mach he nicht, so drege he ere veide. Dem ARR., wie dem Wickschen BR. und den übrigen Bauerrechten ist die Hinrichtung als Strafe des Totschlages noch fremd. S. auch LBR. 9. Die Landesverweisung auf Jahr und Tag (mit dem Zweck, jede Fehde möglichst zu beseitigen?) ist aber eine spezifisch livländische Einrichtung. Bunge, Gerichtswesen 149. Freymann 233. Nach Freymann 264 haben sich in diesen Bestimmungen vielleicht Reste des ältesten Rechts erhalten. Sie sind aber jedenfalls durch die Anschauung des Sachsenspiegels verdrängt worden, wonach Totschlag, ohne weitere Unterscheidung zwischen einfachem und vorsätzlichem, mit Enthauptung bedroht wird (MRR. 131. Lsp. II, 4). — Landesverweisung auch für widernatürliche Verbrechen im Verträge mit den Öselern 1255, UB. 285, 3: si aliquem a terra Osiliensi secundum eorum consuetudinem eliminari contigit pro peccato contra naturam commisso, heredes ipsius suam obtineant hereditatem consensu terre domini impetrato. — Das Hapsalsche Stadtrecht von 1294 Art. 9 bestimmt über die Busse bei Totschlag ähnlich, wie das WBR., aber von Landesverweisung ist dort nicht die Rede. Hingegen in den Ritterrechten finden sich Bestimmungen, die den obigen ähneln, nur inbezug auf Totschlag in Notwehr, der, obwohl gerechtfertigt, doch Mannbusse verlangt. Freymann 226 erklärt eine solche Wergeldforderung durch den Kampf der Rechtsordnung gegen Blutrache und Fehde: zu deren Ausschaltung und Herbeiführung der Versöhnung ist die Mannbusse den Verwandten des Erschlagenen oder ihren Herren anzubieten. Schlagen diese alle sie aus (= Zurückweisung der Versöhnung), so ist sie dem obersten Richter anzubieten, der dem Totschläger den Frieden sichert. MRR. 134.



Das dritte capitell<sup>a)</sup>.

Weren zwey, drey oder mehr in einer nacht, da ein man geschlagen werde<sup>b)</sup>, ein besessen man nehme ehn<sup>c)</sup> umb den, den man auf sich, und wiche vor<sup>c)</sup>, und were das also, dasz es andere, lose leuthe weren, die den man auf sich nehmen wollten, so weren des todten<sup>d)</sup> freunde neher, auf den besessenen man zu sprechen, als auf einen losen<sup>e)</sup> man. Das<sup>f)</sup> mocht er anders nicht entgehen, den<sup>g)</sup> mit eisern: ob er sich wohl<sup>h)</sup> brennte, es mochte<sup>i)</sup> keine noth<sup>i)</sup> heissen<sup>k)</sup>; den vorleuckneten<sup>l)</sup> sie<sup>2)</sup> das allzumahl deme, der recht gewest<sup>m)</sup> hette, so wer es mordt<sup>3)</sup>. Wer<sup>n)</sup> des todten<sup>o)</sup> habe oder guth etwas nehme, das were roff<sup>p)</sup> 4); der hette<sup>q)</sup> seinen hals verbrochen<sup>5)</sup>. Das mochte<sup>r)</sup> er nicht entgehen, den<sup>s)</sup> mit eisern.

a) Cap. 3 Do. R. b) würde R. c-c) ihn umb den man auff undt wehr vor Do. R. Vielleicht zu emendieren: nehme ehn umb den [do]den man auf sich . . . ? d) todes Do. R. e) Do. R., bösen E.! f) Des mag Do. R. g) als Do. R. h) wohl brenndt Do. R., woll E. i) mag Do. R. k) Do. R., hesen E. l) verleugneten Do. R. Viell. zu lesen: [Men] vorleuckneten? m) sic E., gewust R., geeschet? n) Were das des getödteten haab oder gut Do. R. o) zu todten E. p) raub Do. R. q) hat Do. R. r) mag. Do. R. s) dann Do. R.

Lsp. II, 9: stellt sich der Täter rechtzeitig dem Gericht, de richter schal de vründe vorladen . . . edder eren heren, de manbote up to borende. Komen se denn nicht vor edder willen se it nicht nemen, so schal men it beden eren heren. Nemen it de heren nicht, so schollen se it dem oversten richter beden, also dat dat overste recht einen vreden werket. Hat der Täter den Beweis der Notwehr versäumt unde wert he vorklaget, so mot he jar unde dach buten landes sin; wert he ok bevunden, so sleit men em dat hovet af. Man erwartet demnach die obigen Bestimmungen des 2. Kap. erst in Kap. 4.

III. Der Anfang des Kapitels ist jedenfalls verderbt. Der Sinn ergibt sich vielleicht aus ARR. 57. MRR. 85: Vorsaket ein man des dotschlages, und is ein ander, de den doden up sik nimmt unde wiket (ut), so mach he des entgan, de des vorsakede, sulf sövende, de des stichtes manne sint, bederve lude . . . Bunge, Gerichtswesen 154, zitiert ein ähnliches Urteil des Lübecker Rates aus dem 14. Jahrh.: Icht ein man doit geslagen worde . . . und en man den dodtslach up sich neme, efte de vrunde ander lude schuldigen wulden, dat se dar mede wesen hedden, en mogen se en des dodtschlages nicht overtugen, so mogen de lude, den man schult gift, dar af gain mit enes hant (d. h. durch persönlichen Eid). Vgl. Bunge a. a. O. S. 156. 75.

1) D. h., der Beweis für Notwehr (die straflos bliebe) ist nicht erbracht. — Das folgende scheint sich auf Begünstigung des betr. Verbrechens (vgl. darüber Hapsalsches Stadtrecht von 1294 Art. 14; Lsp. 2 = MRR. 131; Freymann 218 ff.) zu beziehen sowie darauf, dass der, der sich Gut des Erschlagenen aneignet, dadurch der Tat selbst theilhaftig wird.

2) Nämlich die Beschuldigten.

3) Alle livländ. Rechtsbücher unterscheiden noch in altgermanischer Weise Totschlag und Mord. Letzterer war eins der schwersten der mit Absicht ausgeführten Verbrechen, dessen wesentliches Kennzeichen in der Verwerflichkeit der Gesinnung, der Heimlichkeit und, wie oben, im feigen Verbergen der Tat liegt. Freymann 263. Die Strafe nach MRR. 80. 131 =

Das vierte capitell<sup>a)</sup>.

§ 1. Schläge einer den<sup>b)</sup> andern todt durch nothwehr und dorffte<sup>c)</sup> bey der leiche nicht bleiben, so soll er kommen, ehe man den todten begrabe oder ehe man über ihm schreiet<sup>d)</sup>, dasz er erst sende schworen menner und erbierte sich darauff zu recht, dass er ihn geschlagen hette in rechter nothwehr; darmit freyet<sup>e)</sup> er sein<sup>f)</sup> leib, und soll den man bessern nach landtrecht, und der richter soll ihm fried werken<sup>g)</sup>.

§ 2.<sup>g)</sup> Dasselb ist auch, ob ein<sup>h)</sup> dem andern von<sup>i)</sup> unschuldt<sup>i)</sup> zum todte brechte, es<sup>k)</sup> sey in welcherley acht es sey zugekommen<sup>k)</sup>. Das<sup>l)</sup> soll er schweren selbstsiebende, dass es von unschuldt zugekommen<sup>m)</sup> sey, und bessern das<sup>n)</sup> nach landtrecht, er entgethet das auch ohn nothwehr.

Das fünffte capitell<sup>a)</sup>.

Morden einer<sup>b)</sup>, zwey, drey oder mehr einen man, werden sie darumb beschuldiget, darumb<sup>c)</sup> dass sie darnach wegk kwemen,

a) Cap. 4 Do. R.; + Homicidium necessarium Do. b) dem R. c) durffte Do.; dürffte R. d) schrey, doch dass er erst sende geschworen menner Do. R. e) Do.; freyete E.; freyte R. f) seinen R. g) + Homicidium casuale Do. h) einer den andern Do. i) statt dessen: unschuldig R. k-k) es geschehe in wasserley gestalt es sein möge Do. R. l) des sollen er schweren selbtsiebend R. m) gekomen Do. n) das auch Do.

a) Cap. 5 Do. R. b) ein, 2, 3, Do. R. c) Ist dieses „darumb“ viell. überflüssig und zu streichen?

Lsp. II, 3: Mort . . . is dat rat . . . Alle mörder . . . schal men radebreken. Vgl. auch UB. 2 Reg. 713 vom Jahre 1306.

4) Zum Tatbestande des Raubes gehört die widerrechtliche Aneignung beweglicher Sachen in nichtheimlicher Weise (im Gegensatz zur Heimlichkeit des Diebstahls) und anscheinend noch mit Verletzung spezieller Rechtsvorschriften. Freymann S. 273 f. 276.

5) Vgl. ARR. 52. MRR. 79, 1: rof . . . dat is sin hals.

IV. Vgl. MRR. 134, 1 = Lsp. II, 9: Sleit ein man den andern dot dorch not, unde dat he dorch angst nicht bi eme blivet, dat he en vor gerichte bringe unde aver en richte, durch sines lives angst: kumt he sunder den doden vor gerichte unde bekent dat, eer men aver en klaget, unde büt he sik darumme to rechte, men schal em sinen hals darumme nicht vordelen. Freymann 225 f. Vgl. den Rezess von 1543. — Das Erfordernis „bei dem Toten zu bleiben“ ergibt sich aus der damaligen Prozessordnung, wonach die Leiche vor Gericht gebracht und mit Gerüfte Klage erhoben werden sollte. MRR. 178. Lsp. II, 56. Freymann S. 226. v. Bruiningk, Mitteil. 22, 29 f.

1) Vgl. c. 2 Anm. — Unter landtrecht ist viell. das LBR. zu verstehen, oder aber die landrechtlichen Bestimmungen des Wiek-Öselschen Lehnrechts, oder eher das WBR.?

§ 2. Der Mangel des verbrecherischen Willens bedingt nach germ. Rechtsauffassung Wegfall der Strafbarkeit. Vgl. Freymann 221 ff. — Vgl. auch Hapsalsches Stadtrecht von 1294 Art. 4.



sie müssen sich alle reinigen mit eiden<sup>cc)</sup>, eisern<sup>1)</sup>. Brennen sie sich, man setze sie an ein rat<sup>2)</sup>. Und sie müssen den<sup>d)</sup> freunden<sup>d)</sup> vorlassen [er gut]<sup>e)</sup>, ohn alle ansprache derjenigen<sup>f)</sup>, die gemordet sein<sup>3)</sup>.

### Das sechste capitell<sup>a)</sup>.

Ob einer mit dem andern feindet, das<sup>b)</sup> soll er vorklagen vor seinem herren<sup>1)</sup>. Wollt ihm sein herr nicht helfen, so gehe er vor<sup>c)</sup> den<sup>c)</sup> obersten richter<sup>2)</sup>. Das<sup>d)</sup> vorbricht er vor seinem herren nicht. Will er aber nicht klagen und will sich selbst<sup>e)</sup> richten, so ist es vorsatz<sup>3)</sup>. Schlet<sup>f)</sup> er ihn tod, so ist er friedbrecher<sup>g)</sup><sup>4)</sup>; wundet er ihn in seinem acker mit vorsatz, oder

cc) E. Do.; eiden oder eisern R. d) die freunde E. Do. R. e) fehlt E. Do. R. f) diejenig die vermordet seien Do. R.

a) Cap. 6 Do. R. + Vis publica Do. b) den Do. R. c) von dem R. d) Des verbricht R. e) selbst Do. R. f) schlegt Do. R. g) ein friedbrecher Do. R.

V. 1) Flucht des Beklagten gilt als Eingeständnis der Klage. MRR. 155. Lsp. II 34: We einen man vor gerichte vorklaget in sin antworde, wert he vlüchtich, so nimt he de sake up sik. Vgl. übrigens S. 31.

2) ARR. 52. MRR. 80: Mort . . . is dat rat. Werden se mit der dat upgeholden, men schal se richten. Komen se averst en wech, men schal se vorvesten unde vredelos leggen in dem stichte went so lange se sik vorlikt hebben mit dem richter unde mit dem kleger.

3) A. a. O.: Averst er gut vorbreken se nicht: dat beholt er wif unde kinder. Vgl. MRR. 142 Lsp. 19: We vor gerichte sinen lif vorlüst, de negesten erven nemen dat gut. Oben im Text handelt es sich bei der vorgeschlagenen Emendation natürlich um Ansprüche der Verwandten derjenigen, die gemordet sind. Vgl. auch d. Vertrag mit d. Öselern 1255, UB. 285, 3.

VI. Zum Verbot der Selbsthülfe vgl. Bunge, Gerichtswesen 147 ff. Vgl. MRR. 111 = Lsp. I, 56: Wor ein man einen vient heft, de an em gebraken heft . . . den schal he nicht antasten . . . he do it denn mit des richters willen unde vulbort, in des rechten he is. — Über Blutrache als Selbsthülfe unter den Esten berichtet Ende des 16. Jahrh. Russows Chronik 18 b.

1) Dieser, nicht der (z. B. auch in B. I. II erwähnte) landesherrliche Richter ist also nach c. 6 der Richter erster Instanz der Bauern. Aber es handelt sich um Zwistigkeiten zwischen Bauern desselben Dorfes oder Gutes, denn andere Vergehen werden nach c. 4. c. 12 vom Richter geahndet.

2) D. h. den Bischof von Ösel-Wiek. Die Inanspruchnahme einer höheren Instanz bei Rechtsverweigerung seitens des ordentlichen Gerichts war ein allgemeiner Grundsatz. Vgl. B. I 25?

3) Eine mit Absicht verübte, besonders tätliche Misshandlung. — Und das mit Absicht ausgeführte Verbrechen ist mit Strafe bedroht. Freymann 213.

4) Vgl. Freymann 210. Ein Verbrechen, das die Rechtsordnung eines Gemeinwesens stört, wird Friedensbruch, indem es den Charakter einer gegen die Interessen desselben gerichteten Handlung hat, verliert aber nicht seinen ursprünglichen privatrechtlichen Charakter. Gleichbedeutend mit Ungericht, ist Friedensbruch jedes Vergehen, das mit öffentlicher Strafe bedroht ist. — MRR. 131. Lsp. II, 4: . . . vredebreker . . . den is it umme dat hövet aftoslande.

auf heller strassen, kirchen [oder?] wege<sup>gg)</sup>, so bricht er an<sup>h)</sup> seinen hals<sup>5)</sup>). Die wunden soll er bessern, und<sup>i)</sup> vor den vorsatz soll er boszen ein halb mannbote<sup>6)</sup>. Wundet<sup>k)</sup> oder schlet er sein weib oder kindt durch<sup>l)</sup> der zwist willen, die er<sup>m)</sup> hat mit seinem feindt, die wunden soll er bessern und vor den vorsatz selbsiebende schweren, aber<sup>n)</sup> den todtschlag musz er sich entlegen mit eisern.

### Das siebende capitell<sup>a)</sup>.

§ 1<sup>aa)</sup> Kömpt<sup>b)</sup> ein man in eines andern haus ohn seinen dank und handelt er oder sein gesindt was uebels mit worten<sup>c)</sup> oder mit thadt, kan er ihn darein behalten, man richtet ihn an seinen hals. Kombt er auch wegk, so schwere<sup>d)</sup> er selbdritte, dasz<sup>e)</sup> er des sey unschuldigk, und sey des ahnich.

§ 2<sup>f)</sup> Schleit<sup>g)</sup> er aber wunden und blaw, der magk es mit eiden beweisen; ist es auch besehen<sup>h)</sup> von geschworenen leuthen und zeugen, so ist zu schweren nicht mehr von nöthen.

gg) kirchenwege E. Do. R. h) so bricht er seinen hals Do. R. i) undt den . . . bueszen ein halbe mannes busze R. Do. k) wundet oder schlegt Do. R., schlett E. l—m) durch des zwists willen, den er R. n) ohne Do. R.

a) Cap. 7 Do. R. aa) + Hausgewaldt, vis privata Do. b) kumbt Do. R. c) wercken oder mit tadt Do. R. d) beschwere Do. e) dasz er dessen unschuldig sey Do. R. f) + Wundt und blaue schlege Do. g) Schlegt Do. R. h) geschehen vor geschworenen Do. R.

5) Begehung eines Verbrechens an einem befriedeten Ort. — Die Ritterrechte erwähnen nur Kirche, Kirchhof, Mühle, Burg, Badstube, an einem Pfluge (vielleicht gleichbedeutend oben „Acker“?). ARR. 52 MRR. 80. 131. Lsp. II. 3. Vgl. auch LBR 41. 42: Raub für 6 Pfennige auf dem Wege, in der Stube oder Kirche, ist der Hals.

6) Also dem Verletzten den Schaden ersetzen und ausserdem für das verletzte Rechtsgefühl genugtu: als Busse für den rechtswidrigen Angriff, Äquivalent für einen ideellen, unwägbaren Schaden? Eine derartige Busse, Schadenersatz und Genugtuung zusammengefasst, ist jedenfalls die Mannbusse, die Sühnung für Tötung eines Menschen. Das oben erwähnte halbe Wergeld verlangen B. I 4; II 3 wie MRR. 136 Lsp. II, 11 nur für schwere Verstümmelungen (Freymann 242), aber die obige Stelle gehört zu den wenigen, in den Rahmen des Strafrechts der Ritterrechte nicht hineinpassenden Bestimmungen der Bauerrechte. Freymann 203.

VII. Vgl. Hapsalsches Stadtrecht von 1294 Art. 21: Isset dat jemat den anderen socht in synem huse . . . und ehn myt schleglen o vel handelt . . . de handediger sall ehme beteren 40 mk. penninge und der stadt 6 mk. pennig. ARR. 52. MRR. 79, 1: Welk man rof edder huswelde vor gerichte averwunnen wert, dat is sin hals. Vgl. ARR. 58. MRR. 86: Sleit he einen in sinem have oft huse mit vorsate unde willen, dat söven bederve mans des stichtes weren up den hilligen, dat se dat warliken weten, so mach he dat lant nicht wedder winnen, he en hebbe it dann mit leve unde gunst des bischops unde siner viende. In der ersten Bestimmung des RR. bleibt der Begriff huswelde dunkel, in der zweiten ist der Hausfriedensbruch als solcher vielleicht garnicht Gegenstand der Klage, sondern qualifiziert etwa nur die Tötung. Freymann 213. 264. 297 f. —



§ 3<sup>1)</sup> Kombt ein<sup>k)</sup> in des andern hoff und thut ihm gewaldt, das ist 9 mark landtguths<sup>1)</sup>. Bricht<sup>1)</sup> er ihm seine hofeszeune oder pfort, oder bricht er ihm seineschedungk oder<sup>m)</sup> pener<sup>n)</sup> zu seinen<sup>o)</sup> acker oder heuschlegen, ist 9 mark landtguths<sup>2)</sup>.

§ 4<sup>p)</sup> Thut er ihm gewalt auf dem felde, ist 4 mark. Entführt er ihm holz, für ein iglich fuder zaunholz ist<sup>q)</sup> 4 mk.<sup>r)</sup>; oder<sup>s)</sup> entführt er ihm korn, oder einig<sup>t)</sup> holz zu bauwen<sup>u)</sup>, ist<sup>v)</sup> 4 mark.

§ 5. Schuttet<sup>w)</sup> er queck und kan keinen<sup>x)</sup> schaden beweisen, ist 4 mark.

#### Das achte capitell<sup>a)</sup>.

§ 1<sup>b)</sup> Nimpt einer dem andern was auf freyer strasze oder anderswo, kombt dar klage nach<sup>c)</sup>, dass er das nicht wieder gibt, und antwortet<sup>d)</sup> er das seinem herren oder<sup>e)</sup> tegder<sup>f)</sup> nicht des tages, des andern oder des dritten, so ist es roff<sup>g)</sup>.

§ 2<sup>h)</sup> Dasselbe ist auch, wer den andern pfendet in dem felde oder in dem grase oder fischerey, oder<sup>i)</sup> wo er ihn pfendet:

i) + Gewaldt im hoffe Do. k) einer in eines andern Do. R. 1) landesgueth Do. R. m) Do. R., fehlt E. n) schedungkpemer E. o) sic E. Do. R. p) + Gewaldt im felde. Zaunholz entführt Do. q-r) Do. R., fehlt E. s) fehlt Do. R. t) Do. R., statt dessen: zeucht E. u) R., zur baren Do., hauen E. v) Do. R., fehlt E. w) schuchtert E. Do. R. x) kein schadens Do. R.

a) Das 8. Cap. Do., Cap. 8 R. b) + Freye strasz Do. c) fehlt Do. R. d) uberantwortet Do. R. e-f) fehlt Do. R., statt dessen: oder zeigt er es nicht des andern oder des dritten tages. g) raub Do. R. h) + Pfende im felde Do. i) oder wo in anders, entbeut und thut Do. R.

Auch das 7. Kap. des WBR. behandelt offenbar vorsätzlichen Todschatz im Gegensatz zu Kap. 2, das nur den einfachen im Auge hat. Vgl. übrigens oben S. 30 f. Auch die anderen BRR. (I, 24. II, 19), nicht aber das LBR., kennen Verwundungen im Hause, setzen aber dafür das eine 9 Mk., das andere nur 6 Oseringe als Busse, und kumulieren dabei nach Stillmark 42 ebenfalls nicht zwei gesonderte Delikte (Verwundung und Hausfriedensbruch).

§ 3. 1-2) Dieser Artikel ist später aus dem WBR. dem LBR. als 46. Art. angehängt worden und findet sich dort als Zusatz in den späteren HSS. M. und T. Vgl. Paucker 90. Bunge, Einleitung 131 erwähnt freilich nur Entlehnungen des WBR. aus dem LBR. S. auch Stillmark 49 f. Das kur. BR. II, 25 bestimmt: So dar jemand scheedinge breckt twischen ackern, 6 oseringe; das LBR. 20: We eynen pener tho eynem velth acker umb hakett, is 6 mk.

§ 4. Vgl. c. 8 § 2 ff.

§ 5. Diese Bestimmung ähnelt nur äusserlich dem Art. 21 des LBR., handelt aber nur von unrechtmässiger Pfändung, während LBR. 21 die widerrechtliche Wegnahme gepfändeten Viehes im Auge hat — also etwas ganz andres. Daher keine Entlehnung aus LBR. (gegen Bunge). Vgl. übrigens S. 31.

entbeuth oder thut er das nicht zur borge oder eutsetzet<sup>k)</sup> er ihn nicht redtlich mit<sup>l)</sup> gerichte<sup>m)</sup>, da er zwey stichtsmänner<sup>n)</sup> zu haben soll, oder entbeuth er das dem obersten richter nicht in zween oder dreyn tagen, so ist es raub und soll es bessern mit vierzig<sup>o)</sup> mark landtguths<sup>1)</sup>.

#### Das neunte capitell<sup>a)</sup>.

§ 1. Bezeunet einer des andern landt, der erst<sup>b)</sup> oder letzt<sup>c)</sup>, es sey stock oder stacke, das seindt 3 mark, die andern abzumarken<sup>d)</sup>.

§ 2. Item brenholz, ein izlich<sup>e)</sup> fuder ein<sup>f)</sup> mark.

§ 3. Item vor zimmerholz zu entfuhrende 3 mark.

§ 4. Item holz aus der hege<sup>g)</sup> zu entfuhrhen<sup>h)</sup>, ein izlich<sup>i)</sup> fuder<sup>k)</sup> ist 3 mark.

§ 5. Ein borde<sup>l)</sup> holzes oder ein borde<sup>l)</sup> grasses zu entfuhrndt<sup>m)</sup> auf einem pferde [ist 1 mk.?]<sup>n)</sup>; auf dem rüggen ist ein<sup>o)</sup> halb mark.

§ 6<sup>p)</sup> Beschleust einer des<sup>q)</sup> andern netze oder korbe, oder fischet er ohn urlaub in eines andern wasser, wird er darmit<sup>r)</sup>

k) entsaget Do. 1-m) Do. R., mit fehlt E. n) 2 richtesmenner R.

o) 40 Do. R.

a) Das 9. Cap. Do.; Cap. 9 R. + Wer fremde lande bezeunet. Brenholz. Zimmerholz. hägede Do. am Rande. b-c) erste oder letzte Do. R. d) alle zu marken Do. R. e) jeglich Do. R. f) 1 Do. R. g) heyede R., hegede Do. h) entfuhrndt Do. R. i-k) jeglich holtz Do. R. l)bürde Do. R. m) entfuhrhen Do. R. n) fehlt E. Do. R. o) ein 1/2 mk. Do. R. p) + Körb. Netz. Fisch ohn Urlaub Do. am Rande. q) dem Do. R. r) darin Do. R.

1) Also eine Mannbusse. Manbote na lantrechte, dat sint veertich mark lantgudes. ARR. 62. MRR. 90, 1.

VIII. § 1-2. Zum Begriff des Raubes (in erster Linie Aneignung beweglicher Sachen in nichtheimlicher Weise) s. Anm. 4 zu Kap. 3. Darauf stand Todesstrafe.

IX. § 2 ff. In diesen Fällen ergibt sich die Strafe durch Kumulation, indem das Vergehen aus wiederholten gleichartigen Delikthandlungen besteht. Stillmark 43. So bestimmt z. B. das LBR. 40: So manich foder (hoys), so manich 3 mark, während B. I 21 (3 mk.) und B. II, 18 nur eine einmalige Strafzahlung vorsehen. Vgl. c. 7 § 4, und über Heudiebstahl Stillmark 51. Freymann 276. S. auch MMR. 140. Lsp. II, 16, 1.

§ 5. Vgl. B. II 18: so ener heu stelt: feert he dat met ehnem schleeden, isz 2 oseringe; drecht he dat met en börde isz 8 ortinge.

§ 6. Die obigen Bestimmungen sehen offenbar nur Strafzahlungen, aber nicht Schadenersatz, das „Gelten“ eines materiellen Schadens, vor, im Gegensatz zu ähnlichen Bestimmungen der Ritter-RR., die neben dem Schadenersatz noch Busse (broke), „Besserung“ der Schuld, verlangen. Vgl. MRR. 140, 1, 2. Lsp. II, 16: We holt houvet, gras meiet edder vischet in eines andern mannes water an wilder wage, sine broke is eine mark lantgudes: den schaden gilt he up ein recht. Vischet he dike, de gegraven sin, edder houvet holt, dat gesettet is . . . de mot 9 mark lantgudes geven; den schaden gilt he up ein recht. Freymann 240.



begriffen, das sein drey<sup>s)</sup> mark. Führet er aber die korbe mit sich oder angell oder netze, der vorbricht 9 mark, er entlege sich den mit dem<sup>t)</sup> eide. Findet man darnach was desselbigen dinges in seinem schlosse, da er die schlussel zu traget<sup>u)</sup>, das ist 9 mark landtguths<sup>1)</sup>.

### Das zehnte capitell<sup>a)</sup>.

§ 1. Wer es dasz ein man<sup>b)</sup> urlaub nehme von seinem herren, der<sup>c)</sup> soll nictes<sup>c)</sup> entführen oder wegkbringen in ein ander gericht, ehe er seine<sup>d)</sup> schult bezahlet hette<sup>e)</sup>. Entfuhret er was, das eines ferdinges<sup>1)</sup> werdt were oder eines halben, er hette<sup>e)</sup> verbrochen alle sein guth<sup>2)</sup>, also fern, dasz es sein herr beweisen kondt<sup>f)</sup> redtlichen mit dem guthe, das er wegkgebracht hette<sup>g)</sup> in ein ander gerichte. Und spricht der Ehste<sup>h)</sup>, dasz es sein were<sup>i)</sup>, so hette der Ehste<sup>h)</sup> vorboret all sein guth. Spricht er aber, dasz es seine nicht were, so magk er ihm<sup>k)</sup> das entgehen mit eide. Spricht auch der Ehste<sup>l)</sup>, dasz er ihm das guth mit borge hat<sup>m)</sup> gethan oder gelehnet, oder zu wachsen, oder<sup>n)</sup> queck zur heure<sup>o)</sup>, das soll er beweisen oder vollführen selbdritte mit<sup>p)</sup>

s) 3 Do. R. t) fehlt Do. R. u) tregt Do. R.

a) Das 10. Cap. Do.; Cap. 10 R. + Ein man kan nichts mit führen, wen er wegzeucht, ehe er schuldt bezahlet hatt, Do. am Rande. b) ein mau, ein Ehste, urlaub nehme Do. R., ein man erst urlaub nehme E. c-c) Do. R., den er [statt des nd. der en] soll nicht E. d) Do. R., sein E. e) hatt Do. R. f) kann Do. R. g) hatte Do., fehlt R. h) Erste E. i) sey Do. R. k) fehlt Do. R. l) Erste E. Do. R. m) fehlt Do. R. n-o) oder zue queckhure gethan Do. R. p) auff Do.

<sup>1)</sup> Vgl. MRR. 144. Lsp. II, 23: De hanthaftige dat is, wor men . . . düfte edder rof vindet in siner were, dar he den slötel to drecht. Freymann S. 273.

X. An die Schulden der Bauern gegenüber dem Grund- und Gutsherrn knüpfen sich seit Ende des 14., Anfang des 15. Jahrh. die ersten Bestimmungen über Ausantwortung der Schuldner beim Verlassen der Scholle und mithin die ersten Anfänge der späteren Schollenpflichtigkeit. Dies Stadium ist im WBR. aber noch nicht erreicht. Doch der Walksche Rezess von 1424 Okt. 25 (UB. 7 n. 206) zeigt schon eine weiter vorgeschrittene Entwicklung, desgl. UB. 4 n. 1782 vom J. 1409 (Kurland).

<sup>1)</sup> Die Wertgrenze für sog. grossen Diebstahl. Vergl. ARR. 52. MRR. 70, 1: düfte de galge, is se eines verdinges wert. MRR. 131. Lsp. II, 1: den def, de eines verdinges wert gestolen, den schal man hangen. Das obige Vergehen fällt demnach nicht unter den Begriff des Diebstahls. Es handelt sich viell. um die sog. „Entwendung“? Vgl. Freymann 275, s. auch MRR. 224 = Lsp. III, 39.

<sup>2)</sup> Die Ritterrechte schliessen Konfiskation des ganzen Vermögens ausdrücklich aus. Freymann 246. Vgl. auch Kap. 5 Anm. 3.

dem heiligen. Auch derjenige, der das guth oder queck in seiner wehre hette<sup>a)</sup>, der soll der dritte sein<sup>3)</sup>.

§ 2. [So]<sup>b)</sup> soll ihm folgen alle sein<sup>c)</sup> fahrende habe: zimmer ungeknüpft<sup>d)</sup>, was aus dem stalle, und alles, was nicht erdtfest<sup>e)</sup> ist, oder mit wenden<sup>f)</sup> oder andern dingen gebunden were<sup>g)</sup>; 3 tage und 3 nächte<sup>h)</sup> hat er frey, sein thug<sup>i)</sup> enwech zu fuhrendt. Wollte er lenger warten, das soll an<sup>k)</sup> des herren willen sein. Bleibet dar<sup>l)</sup> was<sup>l)</sup> an korn, das beseyet<sup>m)</sup> were, nach den dreyen tagen, sonder<sup>n)</sup> dasz er urlaub [hette]<sup>o)</sup>, das wer des herren. Wen das korn reif wurde, das geblieben ist mit des herren volbordt<sup>p)</sup>, das soll er erst ausschlagen in der güte als<sup>q)</sup> fern, als er dem herren voll<sup>r)</sup> thun mochte und gebe dem<sup>s)</sup> sein pacht, und [führe]<sup>t)</sup> das ander, wo er will.

#### Das elffte capitell<sup>a)</sup>.

§ 1. Wer es sache dasz ein herr oder sein tegder<sup>b)</sup> den tegden<sup>c)</sup> nicht nehmen wolde<sup>d)</sup> als ihm von recht horete<sup>e)</sup> und darmit beschedigen wollte<sup>f)</sup> den man, das soll der Ehste<sup>g)</sup> dem<sup>h)</sup> tegder an seinem[...] we[i]sen mit zween bederleuthen<sup>i)</sup>, ob er die haben mochte aus dem gerichte, da er in gewest<sup>k)</sup> hette. Mocht

a) hatte Do. b) Fehlt E. Do. R., doch beginnt hier ein neuer Abschnitt. + NB was dem pauren folget, wen er abgefordert, Do. am Rande. c) seine Do. R. d) ungeknüpft Do. R. — Die ganze Aufzählung ist nicht vollkommen verständlich. e) E. Do., redt fast R. f) wehden Do. R. g) ist Do. R. h) nacht Do. i) = Zeug. — thun E., seinen zaun einzuführen Do. R. k) in Do. R. l) da etwas Do. R. m) geseet Do. R. n-o) sonder urlaub Do. R.; — hette fehlt E. Do. R. p) vollworth Do. R. q) so ferne als er Do. R. r) wohlthun möchte Do., woll thun möchte R. s) gebe für seine pacht Do. R. t) forder E. Do. R.

a) Cap. 11 Do. R. b) tegeder Do. R. c) zehenden Do. R. d) wolte Do. R. e) höret Do. R. f) Do. R.; wollt E. g) der erste E., des soll er Eheste Do. R. h) den zehenden in seinem weszen Do. R. i) biederleuthen Do. R., beiderleuthen E. k) besessen. Möchte Do. R.

3) Diese Bestimmung hat nichts zu tun mit dem Tatbestande der Begünstigung, wobei der Fehler von Diebsgut gleiche Strafe mit dem Diebe leidet (MRR 151. Lsp. II, 5).

§ 2. Die Umschreibung der Fahrhabe ist nicht ganz verständlich. — Vgl. übrigens ARR. 21: . . . wat ertvast unde nagelvast ist, (is nene varende have). Weden sind zum Binden oder Flechten dienende Weidenzweige. —

Vgl. im allgemeinen auch die Bestimmungen der späteren Läuflingeinigungen, z. B. der Dorpater [1458], und besonders diejenige des OM. mit den estländ. Ständen vom J. 1509, worin Bestandteile älterer, nicht erhaltener Einigungen aufgenommen sind: AR. 3 n. 46, 1. 4: de lude met erer have wihantworden und darto alle gewonnen korn und hoy, wihbescheden gelenet effte gehuired quick, oick buten bescheden dat ertvast und nagelvast is. Und weret sake dat de bure roggen geseyet hadde, de rogge sal demsulvigen buren volgen und sal den tegeden geven der herschop, der dat lant horet., S. auch Bunge, Gerichtswesen 144–146.



er sie da<sup>1)</sup> nicht haben, er soll<sup>m)</sup> zwee bederleuthe<sup>n)</sup> aus einem andern<sup>o)</sup> gerichte nehmen, die unversprochen<sup>p)</sup> sein ihres rechts<sup>1)</sup>, und soll ihm den zehenden bieten, und nehme er das<sup>1)</sup> nicht, so soll<sup>r)</sup> er selbst den vorteden das korn<sup>s)</sup>, als er selbdrüte auf dem heiligen schweren wollte<sup>t)</sup>, und lassen den zehenden auf dem acker und gebieten dem<sup>u)</sup> tegder<sup>u)</sup>, den tegden<sup>v)</sup> zu führen und ausschlagen<sup>w)</sup>, wo er wollte. Wollte<sup>x)</sup> der tegder<sup>y)</sup> das nicht thun, so soll<sup>z)</sup> er ihn bewahren 3 tage und 3 nacht. Des dritten tages soll<sup>a)</sup> er nehmen zwey bederleuthe<sup>b)</sup>, die das sagen<sup>c)</sup>, dasz kein schaden geschehen. Ob<sup>d)</sup> nach der zeit schade geschehn<sup>e)</sup>, er bleibet des ohn brocke und soll<sup>f)</sup> dem tegder<sup>g)</sup> sagen, dasz er den tegden<sup>h)</sup> bewahre, ob<sup>i)</sup> er wollte. Wollte<sup>k)</sup> das der herr nicht glauben, so soll<sup>l)</sup> das der Eheste<sup>1)</sup> schweren auf dem heiligen, dasz diese vorgeschriebene dinge wahr weren.

§ 2. Wer es<sup>m)</sup> auch dasz ein Ehst<sup>n)</sup> heimlich entzüge ohn urlaub, er<sup>o)</sup> verbrocke alle das, so<sup>p)</sup> nachgeblieben wer an korn, zimmer oder was es were in und oben der erden.

1) den Do. R. m) Do. R., sollte E. n) biederleuthe Do. R. o) fehlt Do. R. p) unbesprochen (unfersprochen Do.) ihres rechten (rechtes Do.), Do. R. q) Do. E., denn R. r) Do. R., sollte E. s) so soll er das korn selbst vorzehenden Do. R. t) wollte E. u) den (dem Do.) tegdern Do. R. v) zehenden Do. R. w) auszueschlagen Do. R. x) Wollt E. y) tegender Do. R. z) sollte E. a) sollt E. b) biederleuthe Do. R. c) Eher: sehen! d) Wenn Do. R. e) geschehe R. f) sollte E. g) tegender Do. R. h) zehenden Do. R. i) wo Do. R. k) Wollt E. l) Do. R., Erste E. m) Do. R., fehlt E. n) E., Ehste Do. R. + Pauer, was er heimlich entbricht, Do. am Rande. o) der verbricht Do. R. p) fehlt Do. R.

XI. § 1. Vgl. MRR. 160. 161. Lsp. II. 39. 40: Wer sein Korn nicht rechtzeitig einführt, dem erwachsen aus dessen Beschädigung keinerlei Ansprüche. Dat sülvice recht deit men umme tegeden, efte en de tegender nicht nemen wolde, ift de man, de en geven schal, up dem velde let stan, unde den sinen buren wiset . . . De sat vortegent men up dem velde. Wenn ein man sin korn invören wil, dat schal he kündigen dem tegender, ift he in dem dorpe edder velde is. Wardet he denne sinen tegenden nicht [andere HSS.: En wert em denn sin tegede nicht genamen], de man vortegende en sülvest, als he sinen eit daran bewaren wil, ift man den van em hebben wil, unde bewise en mit twen siner buren unde late en darut stan [unberort?] dre dage, so schal he bliven ane schaden, ift he darna geergert wert edder vorlaren. Vgl. Freymann 224.

<sup>1)</sup> Zustand der vollkommenen Rechtsfähigkeit, deren Mangel die Unfähigkeit zum Reinigungs- und Zeugeneide nach sich zieht. Freymann 235 f.

§ 2. Vgl. B. I 10, wonach ein (von seiner Frau) entlaufener Bauer all sein Gut verliert, es aber an seine Kinder vererbt (= Todesfiktion), während es nach dem WBR. gemäss der Interpretation von Schilling 271 der Herrschaft anheimfällt. Auch hierbei ist die Grundvorstellung (Todesfiktion) dieselbe, der Heimfall aber tritt entweder strafverschärfend ein, oder aber, weil die ganze Familie (das ingesinde) mitentlaufen ist, Schilling 271. Doch s. auch c. 10 § 1.

§ 3. Keme nach der zeit jemandt zu holende was seines guthes von seinetwegen, — was der oder er selbstnen nehme: nehme er es aus dem hause, so were es hausgewalt<sup>1)</sup>; aus dem hofe oder gemeiner strasse, das were hofgewalt; keme auch ein ander auf seinen trost: bekeme<sup>1)</sup> er das<sup>1)</sup>, es were diebstahl<sup>2)</sup>).

#### Das zwölffte capitell<sup>a)</sup>.

Wer es sache dasz ein Ehste<sup>b)</sup> ohn urlaub des herren, ehe er entzöge, innerhalb<sup>c)</sup> ein jahr oder halbes, zubreche mit vorsatz haus<sup>d)</sup> oder thüre, zeune<sup>e)</sup> umb die hofe oder<sup>f)</sup> kohlgarten<sup>g)</sup>, umb heuschlege: würde<sup>h)</sup> er darumb beschuldigt, so soll<sup>i)</sup> er nach<sup>k)</sup> erkendtnusse<sup>k)</sup> verbessern und solche<sup>l)</sup> wohnung oder<sup>m)</sup> zaun wieder so gut machen, als sie zuvor<sup>n)</sup> gewesen, und hat gebrochen<sup>o)</sup> neun<sup>o)</sup> mark landtguths<sup>1)</sup>, dem<sup>p)</sup> herrn 3, dem richter 6<sup>1)</sup>. Hetten<sup>r)</sup> es aber gewesen zeune für ein<sup>s)</sup> wisch<sup>s)</sup>, da zeune pflegen zu sein, oder mistacker, die soll<sup>t)</sup> er wieder führen und bessern, darzu 3 mark landguthes.

q-r) Do R., statt dessen: bequemen E. s) diebstall E.

a) Cap. 12 Do. R. b) Eheste Do. R. + Pauer, der hausz oder zaune zerbricht, wen er wegklaufen woltd, Do. am Rande. c-d) innerhalb einem jahr oder einem halben mit vorsatz zerbricht haus Do. R. e) Do., fehlt E. R.! f) E., fehlt Do. R. g) folgt: undt umb Do. R. h) wirdt Do. R. i) solle E. k) Do. R.; statt dessen: darnach die erkendtnusse E. l) Do. R.; sollte E. m) E., undt Do. R. n) E., vor Do. R. o) verbrochen 9 Do. R. p-q) E., fehlt Do. R. r) Weren Do. R. s) eine wischen [= Wiese] Do. R. t) Do. R., sollt E.

#### § 3. Vgl. Kap. 7.

1) Der Begriff „welde des huses“ in der Überschrift zu Art. 24 des Hapsalschen Stadtrechts von 1294. Vgl. ARR. 52 = MRR. 79: Welk man rof edder huswelde vor gerichte averwunnen wert, dat is sin hals. Freymann 275. Der Begriff Hofgewalt und die Strafe dafür wird wohl durch c. 7 § 3 erläutert. Vgl. auch S. 31.

2) Zum Begriff des Diebstahls (widerrechtliche Aneignung einer fremden beweglichen Sache aus einem Gewahrsam, wobei als Merkmal das Moment der Heimlichkeit verlangt wird) vgl. Freymann 271, aber auch Stillmark 44 f.

XII. 1) Die übliche Strafe für Brechen der Scheidung. Vgl. Lsp. II 16 = MRR 140 und oben c. 7 § 4. — Auch aus diesem Art. des WBR. ergibt sich Teilung der Busse zwischen Richter und Kläger.



## A n h a n g.

### Regesten und Urkunden zur Geschichte der Rechtsverhältnisse der Eingeborenen und des bauerlichen Standes vom 13.—16. Jahrhundert.

1. P. Innocenz III. regelt die Eheverhältnisse und die Erteilung des Bußsakraments (bes. betr. Hurerei, Ehebruch, Totschlag und Meineid) unter den neugetauften Liven. 1201 April 19.

Gedr.: aus dem Corp. jur. can. (Decr. Greg. IX.) bei Gruber S. 242 f. n. 19 h., und UB. 13, zum J. 1199. Das richtige Datum s. bei v. Brainingk, Mitteilungen 19, 184 Anm. 4.

2. Einsetzung von Richtern unter den Neugetauften: Thoredenses . . . rogant sacerdotem suum Alabrandum, ut sicut in jure spiritali, sic et eos expediat in civilibus causis, quod nos dicimus in jure seculari, secundum jura christianorum. Lyvonum quondam . . . unusquisque proximo suo quod habebat, auferebat, et ideo in baptismo . . . prohibita sunt violentia, rapina, furta . . . Qui autem ante baptismum spoliati fuerunt . . ., eo quod sua recipere per violenciam post baptismum non audent, judicem secularem pro causis hujusmodi terminandis petebant. Unde Alebrando . . . tam de spiritalibus causis quam de civilibus audiendo primitus injunctum est . . . Placuit autem Lyvonibus ista christianorum consuetudo primo anno, eo quod per fideles hujusmodi advocacie amministraretur officium, quod postea per manus diversorum judicum secularium laycorum per universam Lyvoniam, Letthigalliam et Estoniam nimis est depravatum . . . Missus est etiam eo anno (1207) Godfridus quidam peregrinus miles in Thoreidam ad procurandum officium advocacie in jure seculari. Qui circueundo parrochias, causas et lites hominum determinans pecuniam . . . collegit: Erpressungen usw.

Heinr. Chron. Lyv. X 15. XI. 4 ad an. 1206. 1207. — Einige unter den Liven vorkommende Arten von Verbrechen gegen das Eigentum erwähnt Caesarius Heisterbacen., Ll. VIII Miraculorum (verf. 1225; ed. A. Meister, Röm. Quartalschr., 13. Suppl., 1901) I, 31 nach einem Bericht Bernhards zur Lippe ungef. zu 1208/1218.

3. Belehnung des Maneginte, seiner Brüder und Erben in der Gegend von Lemburg, an der Ostgrenze des damaligen Livegebiets, durch Wenno, den Meister des Ordens der Schwertbrüder [zw. 1207 und 1209].

v. Bruiningk u. N. Busch, LGU. 1 n. 1. Weitere Belehnungen derselben eingeborenen (livischen) Familie im Lemburgschen und Segewoldschen von 1274—1279. 1300. 1316. 1327 s. ebda nn. 33. 46. 54. 59. — Über andere livische Lehnleute (später Freibauern), im Ordensgebiet Kirchholm, die sog. „Kirchholmschen Könige“, die seit 1335 bezeugt sind,

s. Ant. Buchholtz, SB. Riga 1899 S. 119–132. Stavenhagen, Beiträge 4 321 vgl. 332 f. Weitere kleine eingeborne Lehnslente (zu „livischem Recht“ Belehnte) sowie Freibauern mit Landverleihung zu Erbziusrecht in Livland a. d. 14. 15. 16. Jahrh. (erste Hälfte) s. LGU. I und 2, nach dem Sachregister unter „Freibauern“. Über Freibauern (nicht kl. Lehnslente) im estnischen Gebiet — auf Ösel, in Fellin, Weissenstein, Lais, Lode, Hapsal, meist a. d. Ende des 16. Jahrh., s. Stavenhagen a. a. O. 333 und v. Transehe, Gutsherr u. Bauer in Livland 1890, passim (n. d. schwed. Kataster von 1599/1600).

4. Schriftlicher Vertrag mit den Liven: Lyvones . . . de Duna et de Thoreyda et omnibus finibus Livonie . . . pet(unt) jura christianorum et maxime decimam sibi alleviari, promittentes tam in bellis contra paganos quam in omnibus causis christianitatis perpetuam fidelitatem . . . At (Albertus eps. Rigensis) . . . pro decima mensuram quandam modii, qui esset decem et octo digitorum, de quolibet equo annuatim solvendam ad petitionem ipsorum instituit, et quatuor episcoporum [scil. Paderbornen., Verden., Raceburgen. et Estonien.] privilegiis sigillando confirmavit, ita tamen ut, si quando . . . infidelium se consiliis inmiscuant et ritibus paganorum inficiant, ad decimas solvendas et cetera jura christianorum deinceps integraliter teneantur.

Heinr. Chron. Lyv. XV 5 ad an. 1211. Die Urk. ist verschollen, vgl. aber UB. n. 18 [ao. 1211]. S. auch Heinr. Chron. Lyv. XVI, 5, wonach auch für die Idumäer und Letten noch 1225/26 dieselben Bestimmungen galten.

5. I. Provinzialkonzil der Rigaschen Kirche, abgehalten vom Legaten Wilhelm von Modena propter Innocentii instituta [Kanones des IV. Laterankonzils von 1215, vgl. a. a. O. XIX, 7], ad memoriam revocando et nova quedam adiciendo, que novelle plantationis ecclesie necessaria videbantur.

Heinr. Chron. XXIX, 8 ad an. 1226 [Anfang März, vgl. v. Bruiningk, Mitteilungen 19, 22 f.]. Die hier erlassenen Statuten sind verschollen, es ist aber möglich, dass einige von ihnen in späteren Verordnungen, z. B. der Landesordnung von 1422, wiederkehren. Vgl. L. Arbusow, Einführung der Ref. 52. — S. übrigens noch Heinr. Chron. XXIX, 7: beim Legaten, der Estland durchreist, versammeln sich seniores omnes Wironie . . ., et statuit ex eis seniores et judices in omnibus provinciis suis . . .

6. Das Domkapitel St. Mariae zu Riga, die Brüder der Ritterschaft Christi und die Ratmannen und übrigen Bürger von Riga schliessen einen Vertrag mit den zur Bekehrung bereiten Kuren. Riga, 1230 [vor Dez.]

Orig. auf Perg. mit 3 hang. Siegeln im StadtA. zu Riga. Verz.: danach Katalog der Ausstellung zum X. archäol. Kongress in Riga 1896 n. 867. v. Bunge, Regesten 1881 n. 343 (irrtüml. zu 1231). Index 35. Gedr.: Nettelblatt, Rer. Curland, fasc. 1, 145, danach Gruber S. 268 n. 47, SS. rer. Liv. 1 n. 47 und UB. 1 n. 105; überall mit vielen Lesefehlern. Vgl. im allgem. Ph. Schwartz, Kurland im 13. Jahrh. 1875.



7. Bruder Balduin von Alna [o. Cist.], Nuntius des apostolischen Kardinal-Legaten Otto, schliesst mit den zur Bekehrung bereiten Kuren an der Windau einen Vertrag. 1230 Dez. 28.

Gedr.: aus Vat. A., Reg. P. Gregors IX. tom. 15 f. 155a n. 185 (Bestätigungsbulle von 1232 Febr. 11, übersch.: Neophitis de Curonia, verz. Hildebrand, Livonica S. 19) bei Raynaldus, Annales eccl. 13, 387. Turgenew, Hist. Ross. Monum. 1 S. 28 n. 31. Mon. Germ. Hist., Epistolae saec. XIII e regestis pont. Roman. ed. Rodenberg n. 463. Nach Raynaldus wiederholt bei Gruber S. 267 n. 46a. danach SS. rer. Liv. 1, 395 n. 46a und UB n. 103 (mit Lesefehlern und zum J. 1229).

Vgl. übrigens Liljegen, Svenskt Dipl. 1 S. 242 n. 233 und SS. rer. Pruss. 2, 123 (P. Gregor IX. bestät. eine ihm vom Legaten Wilhelm mitgeteilte Anordnung des EBF. von Lund über die Zehntverhältnisse auf Gotland, Perugia 1230 Jan. 23), s. auch Liljegen 1 n. 837 und Regg. dipl. Dan. 1, 1847 n. 716 (1226).

8. Derselbe schliesst einen neuen Vertrag mit denjenigen Kuren, die sich [laut n. 5] bereits den Livländern verpflichtet hatten. [Dünamünde] 1231 Jan. 17.

Gedr.: aus Vat. A., Reg. P. Gregors IX. tom. 15 f. 155b n. 186 (Bestätigungsbulle von 1232 Febr. 11, übersch.: De Bandeve, de Wanne-man et de Winda neophitis; verz. Hildebrand, Livonica S. 19) Raynaldus, Ann. eccl. 13, 387. Turgenew l. c. n. 32 (1230). Rodenberg l. c. n. 464 (zu 1231). Nach Raynaldus wiederholt bei Gruber S. 268 n. 46b. SS. rer. Liv. 1, 396 n. 46b und UB. n. 104, mit einigen Lesefehlern und der falschen Jahreszahl 1230.

9. Andreas von Velven, Meister D. O. in Livland, schliesst namens des in Rom abwesenden Bischofs von Ösel-Wiek mit den abgefallen gewesenen Öselern einen Vertrag, u. a. betr. gewisse Rechtsverordnungen und Gerichtshegung durch den Vogt mit Beirat der Landesältesten. In der Wiek, 1241 [Sommer].

Gedr.: nach Hiärns Collect. 1, 330 in Arndts Lief. Chronik 2, 42 und UB. 1 n. 169; nach dem Orig. im Reichs-A. zu Stockholm UB. 3 Sp. 31 n. 169. Vgl. n. 10.

Vgl. Freymann 231 f. 261 f. 265.

10. Anno von Sangerhausen, Meister D. O. in Livland, vermehrt und ergänzt die den Öselern von seinem Vorgänger Andreas [von Velven?] gewährten Rechte und erlässt, z. T. mit Zustimmung der Landesältesten, gewisse Rechtsverordnungen. Auf Ösel, 1255 Aug. 27.

Gedr.: nach Hiärns Collect. 1, 133 (verz. Index 3304 mit der falschen Jahreszahl 1257) Mitteilungen 4 S. 389 n. 16, danach UB. n. 285, dazu Berichtigungen nach dem Orig., Perg., im Reichs-A. zu Stockholm UB. 3 Regg. S. 22. Vgl. auch UB. n. 490 (1284); 6 n. 2790 (1293). — Vgl. Schilling 105 f. 107 f. Freymann 218. 233. 239. 248. 266. 284. Einige der Verordnungen sind auf skand. Rechtseinflüsse zu untersuchen, P. 3 (abgerechnet die spez. livländ. Landesverweisung) und P. 6 entsprechen hingegen dem Ssp. II 31 § 1. III 84 § 3.

11. Eine vordracht tusschen des ordens buren tho Lehall und andern buren, de enen Bixhoveden tho behorden. Mil<sup>e</sup> LXVI. (1266).

Verz.: Register der breve bolangende dat sticht tho Ozell n. XIV (ReichsA. zu Stockholm, Urkk.-Verz. vom Anf. d. 16. Jahrh.), danach Schirren, Verzeichnis S. 159. Vgl. Stavenhagen, Beiträge 4, 1894, 299 f.

**12.** Otto von Lutterberg, Meister D. O. zu Livland, schliesst einen Vertrag mit den abgefallen gewesenen Kuren, bestimmt u. a. ihre Leistungen und verordnet abschliessend, dass sie alleme Liveschen rechte underdenich sin sollen. Riga, 1267 August.

Gedr.: nach einer deutschen Übers. vom verschollenen lat. Orig. im Kopialbuch der Komturei Goldingen (verz. Index 203) Mitteilungen 4 S. 403. UB. n. 405. — Vgl. Schilling 342. Freymann 204. 273, auch UB. n. 536 (1290). S. auch UB. nn. 1778. 1782 (Bestrafung von Diebstahl unter den Kuren; 1408).

**13.** Eine voreninge tusschen des ordens buren tho Lehall und den buren hern Hinricken Bixhoveden, ridders. Ao. MII<sup>c</sup> LXX (1270).

Verz.: Register der breve bolangede dat sticht tho Ozell n. XVII. (ReichsA. zu Stockholm, vom Anf. d. 16. Jahrh.), danach Schirren, Verzeichnis S. 159. Vgl. Stavenhagen, Beiträge 4, 1894 S. 299 f.

**14.** Albert Suerbeer, Ebf. von Riga, Johannes, Propst, und Walter von Nordeck, Meister D. O. zu Livland, bestimmen nach Verhandlungen mit den eldesten des landes, die Leistungen der Semgaller und verordnen abschliessend: die vogede solen ir richt halden dris in dem jare, nach dem rechte und der gewonheit des landes to Letlant und to Eistlant solen sie richten, eischen plectliche scaffeunge. [Riga] 1272 Juli 6.

Gedr.: nach einer deutschen Übers. vom verschollenen lat. Orig. im Kopialbuch der Komturei Goldingen Mitteil. 4 S. 407 n. 26. UB. n. 430. Vgl. auch UB. nn. 432. 477 (1272. 1282) und Schilling 108. Zu P. 1 vgl. UB. n. 432; s. daselbst auch über den Heimfall von Landbesitz an den Herrn

**15.** Belehnung des [Kuren] Myssete durch Gottfried von Rogge, Meister Deutschen Ordens zu Livland. Wenden 1301.

Angeführt von O. Stavenhagen, Beiträge 4, 1894, 315, wonach das Orig. oder eine Abschrift sich vielleicht in der Bf. zu Klein-Rönnen befand.

Es ist dies die erste einigermaßen sichere Belehnung eines Eingeborenen in Kurland. Denn eine Belehnung der Kuren Redyne und Apele im Talsenschen (Postenden) durch den OM. Halt zwischen 1290 und 1293, die von Schilling 130 und Stavenhagen 314 angenommen wird, ist unbeweisbar. Aus der alten deutschen Übers. UB. 2 n. 706 (1324 Juli 28) ergibt sich nämlich nur eine Erneuerung der dem Albrecht von Talsen durch den OM. Halt geschenehen Belehnung [lies: „dorch den . . . meister Halt sel. gedechtnisse em geschen . . .“]; diese war 1292 April 30 erfolgt (UB. 6 n. 2795, bisher nicht beachtet). Ausserdem ist in UB. 2 n. 706 nicht gesagt, dass Redyne und Apele zu Lehnrechts oder kurischem Recht belehnt gewesen sind. Der 1292 und 1324 genannte Albrecht aber war wohl eher ein Deutscher. — In jedem Fall werden Belehnungen an Eingeborene in Kurland vom Jahre 1320 an häufiger. Über derartige Belehnungen an kleine Lehnsleute zu deutschem Lehnrecht (nicht Mannlehenrecht) oder „kurischem Recht“, u. a. an die sog. Kurischen Könige, sowie über kurländische Freibauern zu Erbzinsrecht usw. s. Schilling 115—119 (wo aber ver-



schiedene Irrtümer zu berichtigen sind); Stavenhagen, Beiträge 4, 295—335. L. Arbusow sen., SB. Mitau 1897, 169 f. (4 Freibauer-Familien der Butkunen oder Nowadneeken, Mitte d. 16.—18. Jahrh., im Bergfriedschen u. Sessauschen); L. Arbusow jun., Acta. Univ. Latviensis 10, 1924 (Freibauern im Stift Pilten). Die ältere Literatur: Keyserling, Arbeiten d. kurl. Ges. f. Lit. u. Kunst 5; Tiedeböhl, Mitteilungen 8, 302 ff.; Inland 1853 Nr. 35. S. auch unten n. 60. Über entsprechende Verhältnisse bei den Liven vgl. n. 3.

16. Die (deutschen) Vasallen des Kg. von Dänemark in Estland treffen mit Rat des Bf. von Reval Bestimmungen über die Rechtshandhabung, u. a. bei heimlichem Mord, Mordbrand und Raub unter den Esten, und betr. Pfändung von Vieh. [Reval], 1306 März 26.

Gedr.: nach unbekannter Vorlage im Auszuge in Huitfeldts Dän. Chronik 1, 328, danach in deutscher Übers. UB. 2 Reg. S. 14 n. 713. Vgl. Freymann 207. 244. 263. 274.

17. Erlass von Verordnungen für die Liven und Letten durch den Meister Deutschen Ordens in Livland: Anno 1324 [Juli 6 — 1328 Mai] fuit magister frater Reymarus Hane. Hic parlamenta et placita cum episcopis et vasallis partium istarum, presertim Hargie et Wironie, propter malitiam et infidelitatem indigenarum servavit. Hic etiam Livonibus et Lettonibus quasdam ordinationes et statuta innovavit.

Hermanni de Wartberge „Chronicon Livonie“, SS. rer. Pruss. 2 S. 62 ad. a. 1324. Vgl. Stavenhagen, AR. 1 n. 21 und S. 85 Anm. 3, wo betont wird, dass der Orden auch den Eingeborenen gegenüber an seinem Prinzip fest hielt, überall den autonomen Charakter vertragsmässiger Übereinkunft zu wahren und von Versammlungen der Ältesten der Liven und Letten seine Anordnungen als gültiges Recht anerkennen zu lassen. S. nn. 9. 10. 12. 14 und S. 12 f.

18. Allgemeine Landesordnung, besonders inbezug auf die Landbevölkerung, erlassen vom Ebf. Joh. Ambundi von Riga (zugleich in Vollmacht der Bfe. von Ösel und Kurland), vom Bf. Dietr. Resler v. Dorpat (zugl. i. V. d. Bf. v. Reval) und vom OM. Siegfried Lander von Spanheim (zugleich in Vollmacht des Bf. von Ösel), betr.: 1) Kindertaufe binnen einem Monat; 2) Verbot, die Taufe zu erneuern oder abzuwaschen; 3) sonntägl. Kirchenbesuch und Verbot des Handels während der Kirchenzeit; 4) Belehrung des Landvolkes durch die Pfarrer über die Hauptstücke des Glaubens; 5) über die 7 Todsünden, Busse und Absolution sowie Ehe und verbotene Ehegrade; 6) Verbot des Verlassens der Ehegatten, Gebot der Auslieferung entwichener Ehegatten, Verbot neuer Verheiratung bei Lebzeiten des anderen Gatten; 7) Verbot der Entführung; 8) Einschärfung der Fasten; 9) Verbot des Wuchers. — 10 bis 12) über Aufbewahrung der Sakramente, Stiftung von Vikarien, Offenhaltung der Kirchen; 13) Visitationen; 14) Verbot des Verkaufs von Kriegsbedarf an Nicht-Christen; 15) Beschluss jährlicher Zusammenkünfte aller Landesherren. [Auf dem Landtage zu] Walk, 1422 Jan. 28.

ReichsA. zu Stockholm, Orig., Perg. — Hildebrand. Verz.: Schirren, Verzeichnis livländ. Gesch.-Quellen in schwed. Archiven u. Bibl., 1861—68, S. 14 n. 125, zum J. 1442 (Auszug). Vgl. L. Arbusow, Einführung d. Ref. 50—53 u. AR. 3 n. 28 P. 27 (1504).

**19.** Landtagsrezess betr. Entrichtung der Zinse und Schulden durch die Landleute und Zinsleute, Begründung und Dauer der Drellenschaft, Ausantwortung entzogener Drellen und ihre Auslösung durch sich selbst oder ihre neuen Herren, Ausantwortung oder Auslösung von Schuldnern, die weder Drellen, noch kriminell Verurteilte sind, Beibehaltung der gerichtlichen Strafzahlungen (richtegud) inbezug auf Drellen und kriminell Verurteilte auch im Erzstift Riga. Walk, 1424 Okt. 25.

Gedr.: nach dem Orig., Perg., im ReichsA. zu Stockholm und gleichzeitig. Kop. im StadtA. zu Riga UB. 7 n. 206. — Über bestimmte, einigen der obigen Verordnungen zugrundeliegende Verhältnisse, und zwar bei den Eingeborenen im Ordensgebiet und Stift Kurland, vgl. UB. 4 nn. 1778. 1782 (vom J. 1409) und 7 nn. 228—230 (spätestens 1424). Wegen der (im erzstift. Ritterrecht damals abgeschafften) Wedde s. v. Bunge, Rechtsbb. 77. 107 (MRR. Art. 48. 50).

**20.** Statuten des II. Rigaschen Provinzialkonzils vom Febr. 1428, die sich auf die eingebornen Landleute beziehen. P. 3: Vorschrift von Kenntnis und Gebrauch der Landessprachen seitens der Pfarrer oder Kapläne. P. 9: Verbot der bauerlichen Sonntagsarbeit und des Bauerhandels während der Kirchenzeit. P. 17: Verbot des Preisdrückens im Bauerhandel. P. 19: Verbot heidnischer Begräbnissitten. P. 23: Abhaltung von Sendgerichten (Visitationen). P. 25: Nottaufe in der Muttersprache. P. 32: Regelung der bauerlichen Eheverhältnisse. P. 40: Verbot der „bate“ im Kornhandel. P. 42: Verbot abergläubischer Bräuche. P. 44: Verbot der Eisen- und Wasserprobe.

Gedr.: nach 2 Abschriften des 15. Jahrh. im StaatsA. zu Königsberg UB. 7 n. 690. — Vgl. oben n. 18, auch L. Arbusow, Einführung der Reformation 52 ff. Über d. Verhältnis der Konzilsstatuten zu den Dekretalen P. Gregors IX. s. v. Bunge, Beiträge 61—63. Abänderungen einiger der vorstehend verzeichneten Bestimmungen durch das III. Rig. Prov.-Konzil vom Febr. 1437 s. UB. 9 n. 131 P. 1. 2. 10. 14. 15.

**21.** Privileg des dorp. Bf. Bartholomäus Savyjerwe für die Stadt Dorpat. Unter den Artikeln, über welche Bf. und Kapitel sich mit der Stadt geeinigt haben: Item drellen, de uns und unsen nakomlingen entlophen in unse stadt Dorbte, worden se darinne behardet, so sal men se uthantworden mit den vesten, dar se mede gefunden werden<sup>1)</sup>. . . . D. d. Schloss Dorpat, 1455 Mai 27.

<sup>1)</sup> Vgl. Freymann 233 f. und MRR. 218 = Lsp. 33: We schult vordert up einen man vor gerichte . . . . wil he en spannen mit einer helden, dat mach he don; anders en schal he en nicht pinigen. Es handelt sich um ein prozessualisches Sicherungsmittel.



Gedr.: nach einer Abschrift a. d. Mitte des 16. Jahrh. im ReichsA. zu Stockholm UB. 11 n. 409. — Das letzte bekannt gewordne Zeugnis für das Vorkommen von Drellen in Livland. S. übrigens v. Bruiningk, Mitteilungen 22 S. 32.

**22.** Einigung zwischen dem Bf. von Dorpat, dem Domkapitel, der Stiftsritterschaft und der Stadt Dorpat. U. a. wird bestimmt, dat nemant droge vische . . . kopen [sal] van den Undutschen, ehr de her den tegenden hefft genamen ofte nhemen laten . . . D. d. Schloss Dorpat, 1458 Aug. 2.

Gedr.: aus derselben Quelle, wie n. 21, bei v. Gernet, Verfassungsgesch. d. Bistums Dorpat, 1890 S. 196 n. 2. Verz. UB. 11 n. 767.

**23.** Einigung des Bf. Bartholomäus Savijerwe von Dorpat, seines Domkapitels, des [ungenannten] Abts von Falkenau und der Ritter und Knechte des Stifts Dorpat über die Ausantwortung entlaufener Bauern. [Spätestens erste Hälfte 1458; vielleicht Kirrempäh, 1458 Juni 18?].

S aus ReichsA. zu Stockholm, Liv. Conv. 342 fol. 11 a ff. (Cod. Dorpaten. Oxenstjern., gegen Mitte des 16. Jahrh. angelegtes Kopialbuch), übersch.: Einung von utantwortung der burenn durch den hakenrichtter. Abschr. von H. Hildebrand für die „Akten u. Rezesse der Livl. Ständetage“ (Mskpt., Bd. 2 n. 640, vgl. n. 639). Die Numerierung der Artikel ist hinzugefügt.

K Sammlung Baron Toll-Kuckers, z. Zt. in Reval, hochdeutsche Version aus dem 17. Jahrh., 2 Bgn. Pap. — Hildebrand.

B gedr.: F. G. v. Bunge, Geschichtl. Entwicklung der Standesverhältnisse, Dorpat 1838 S. 103—106, aus einer ihm gehörigen, z. Zt. verschollenen hdschr. Sammlung „Livonica“ aus dem Ende des 16. Jahrh., worin sich u. a. ein z. Zt. gleichfalls verschollenes, leider ungedrucktes Fragment des sog. Liv. Bauerrechts mit der Überschrift: „Hier hebett sich ahn das landtrecht in Stifft Dörpt“ befand (vgl. S. 23; Bunge, Beiträge 1831 S. 35 Anm. 104), übersch.: Diss ist die voreinigung zwischen dem Herrn undt dem Stiffte vonn Dörpt Anno im Jahr.

Verz.: nach S. Hildebrand, Arbeiten 1875/76 S. 42. Schwartz, UB. 11 n. 767 Anm. Die Datierung: 1458 Juni 18 ist dem 5. Aug. desselben Jahres (vgl. UB. 11 n. 767) deshalb vorzuziehen, weil nur auf der ersten Versammlung (vgl. UB. 11 n. 756) der Abt von Falkenau als anwesend bezeugt ist, auf der zweiten jedoch nicht.

Vgl. UB. 7 n. 206 (1424 Okt.) und die Läuflingsordnungen von 1494. 1504. 1508. 1509, AR. 3 nn. 27. 41. 46 (Übereinstimmendes in Sperrdruck).

Wy Bartholomeus von Godts gnaden bisschop tho Dorpt don kundt und apenbar in dusser gegenwertiger schriftt, dat wy eindrechtliken mid<sup>a)</sup> rade unsers werdigen cappitels und des ersamen geistlichen vaders und hern, abbets<sup>b)</sup> tho Valckenha und unser strengen ritter und knechte der vorbenomeden unser kercken ein jwlick vor sick und de synen gemaket hebben eine

<sup>a)</sup> und S. K., mit eintrechten undt ehrbarn capitels B. <sup>b)</sup> B., fehlt S. K.

nie einunge<sup>1)</sup> auff<sup>c)</sup> die alte voreinigungh<sup>d)</sup>, wy mit ehn und se mit uns, mit allen den jennen, de dar lehen gut<sup>e)</sup> ader pantgut in unseme stifte hebben, under uns<sup>f)</sup> und under de unsen tho holdende in aller mate alss hiernach geschrieven stehet.

1.<sup>2)</sup> Int erste ein gesinde und landtlude, de ehrem herschop entpfaren weren und<sup>a)</sup> ehr her eschet se wedder, mach he tho dem jennen senden, dar de lude under syn, und eschen sine lude wedder uth na der einung<sup>b)</sup>. Wil sick<sup>c)</sup> der selve dan der eschinge quit maken<sup>c)</sup>, so schal he mit dem esscher riden edder de sinen mit em senden. Sint de lude dar, so schal he dem jennen dem<sup>d)</sup> se entgan sin, wedder uthanthworten mit aller have, de<sup>e)</sup> se dar mit sick gebracht hebben. Sint se dar nicht, he blifft des ahne schaden. Ist ock dat de benomde<sup>f)</sup> man ader frowe, geistlich oder weltlich, in not saken nicht leddich en is, myt dem eschere tho ridende so haste edder tho besendende, so schal de<sup>g)</sup>, dar de lude under gekamen schollen<sup>g)</sup> syn, dem jennen, dem se enthagen syn, eine<sup>h)</sup> unverzögerte zeitt legen, dasz die leutte innerhalb 8 tagen deme wieder antworde[t werden]<sup>k)</sup>, deme sie endtzozen sein<sup>i)</sup>, mit aller have, de se dar gebracht hebben, oft se dar syn; sint se dar averst nicht und syn dar doch gewesen, wil denn de, dar se under gesocht werden<sup>j)</sup>, vor dem hakenrichter<sup>3)</sup> das beschweren, dasz er die<sup>m)</sup> lude nicht entpfangen hebbe edder nha der verwaring nicht gewarnet edder wech geschappet<sup>n)</sup> hebbe, ist dat em des de<sup>o)</sup> nicht verlaten wil, dem de lude entgan synt, so schal he sin vollenkomen recht darvor don.

2.<sup>4)</sup> Item sin de lude ock, dar man se gesocht hebbe, und wil de, dar sze under gekomen synt, se nicht van sick anthworden, so mach de, dem se entgan synt, tho dem haken-

c-d) aus B., fehlt S. K. e) lehengutt, es sey lehngutt oder pfandgutt B., fehlt S. K. f) K. B., fehlt S.

1. a) würde ihren herrn, dem sie entfahren, es erforschet undt vermeldet, so magh er B.; fehlt S. K. b) nach der vorigen voreinigungh B. c) den der, dar die forderungh an geschehen ist, der forderungh quit sein B. d) den S. e) undt alle dem jenigen, das ihm zukömpft B. f) betrübete B. g) fehlt B. h-i) ergänzt aus K. (ebenso lautet B.); fehlt S. k) andtworten K. B. l-m) ergänzt aus K. (ebenso lautet B.); fehlt S., wo nur steht: war. n) geschuppet S., geschafft B. o) fehlt S., der B.

1) Die „alte Einigung“ ist unbekannt. v. Gernet, Verfassungs-Gesch. d. Bistums Dorpat 1896 S. 180. 182, ist mit seinen Annahmen betr. eine frühere Bauereinigung unter Bf. Dietrich Resler (1413—1441) auf falscher Fährte.

2) Zu P. 1 u. 2 vgl. AR. 3 n. 27, 1. 41, 1. 46, 1.

3) Im 16. Jahrh. hat das Stift Dorpat 2 Hakenrichterbezirke, Ugaunien und Waigele. AR. 3 n. 166, 5.

4) Zu P. 2 vgl. AR. 3 n. 27, 1. 3. 11. 41, 2. 46, 1. 2. 10.



richter ryden edder senden und bidden ehn rechtes aver dejennen, de ehm syn gesynde und lude vorentholt; so schal de hakenrichter van stundt dem cleger ein breff geven und in dem breve beden<sup>a)</sup> deme, de de lude under sick hefft<sup>b)</sup>, dat he<sup>c)</sup> dem cleger syne lude, als se tho ehm gekamen syn, mit alle dem ehren, dat se tho ehm gebracht hebben, bynnen den negsten vertein dagen wedder anthworde<sup>d)</sup>. Schut dat nicht, so schal de hakenrichter van stundt an in dat gut riden und twe unser gesworen manne mit sick nemen und richten dem cleger sin gesinde uth und wedder antworten ehme de lude mit alle dem ehren, dat se tho em gebracht hebben, et<sup>e)</sup> sy genommet, wo idt genommet sy. Sin<sup>f)</sup> de lude und ingesinde ock hir enbinnen [nicht]<sup>g)</sup> uth antwordet<sup>h)</sup>, [is]<sup>i)</sup> dat de haken richter nene macht ehr hefft de uthtogevende<sup>j)</sup> edder uthtorichtende, so schal de haken richter de macht hebben, dem cleger ein bositlick gesynde mit sinem lande, so gut edder better, ist<sup>k)</sup> der gesinde eines, (is derer 2, so 2)<sup>l)</sup> vor ein pant tho einem jare und dage<sup>m)</sup> in siner<sup>n)</sup> hebbender were mit allent intzambt<sup>o)</sup> [uthto]antworten[de]<sup>p)</sup>, tho brukende und tho besittende, so lange he sick mit dem cleger vordrecht. Konnen se sick nicht vordregen bynnen jar und dage, und [he die]<sup>q)</sup> jahr und dag gebuket hefft, so sal he idt noch so lange bruken, beth dat wy, unse capittel und manschop eme affseggen, wat he van rechte vor syn gesinde egenen moge. Wert ock sake, dat he dem cleger sin gesinde binnen dem<sup>r)</sup> jar wedder anthworde, so schal he dat landt, dat he in weren hefft, wedder verlaten und laten sick wedder verleggen sinen schaden, den he entachttern is von des gesindes wegen, dat ehm entgan was.

3<sup>1)</sup>. Item wanner und war de hakenrichter mit den twen unsern geswornen mannen wil tehen<sup>a)</sup> tho richtende, so schal de cleger, de den hakenrichter geesschet hefft, den hakenrichter plegen mit synen volgern bet dat he dar kumpt, dar dat richte sal volntagen<sup>b)</sup> werden<sup>b)</sup>; denn sal de, dar clage aver geit, den hakenrichter mit sinen volgern vort plegen myt alle redlicheit<sup>c)</sup> oft he wil; wil he ock nicht, so mag

2. a) undt reden den persohnen, die die leutte B. b) halten B. c) sie B. d) antworten S., aussandtworten B. e) fehlt S., es B. f) Gesinde oder leutte oder ingesinde auch hierbinnen endtwerder, das der hakenrichter B. g) fehlt S. h) antwordenn S. i) auss zugeben B. k-l) ergänzt aus B., fehlt S. m) fehlt S., tage B. n) sinen S., sein B. o) S., etwa ingedombte?? mit aller genügsamkeit aussandtworten B. p) antworten S. q) fehlt S., wenn er die B. r) fehlt S., dem B.

3. a) dem B. b) vollentzogen worden B. c) herligkeit B.

1) Zu P. 3 vgl. AR. 3 n. 27, 12. 41, 5. 46, 11.

de richter sick solven plegen und nemen dat uth<sup>d)</sup> dem<sup>d)</sup> gude wedder, dar he sick, dat<sup>e)</sup> recht und syne geste mede geplagen hefft.

4<sup>1)</sup>. Item oft de richter qweme in de guder, dar he de uthrichtunge don schal, und schege<sup>a)</sup> em denne jenig widderstalt van den jennen, dar<sup>b)</sup> he de utrichtunge van don solde, so schal de jenne, de de wedderstalt dede, gebraken hebben 3 nie marck, darvan eine nie mrc. vallen sal an dat overste recht, und eine nie marck an den hakenrichter, und eine nie marck an den cleger.

5<sup>2)</sup>. Item oft jenig man uthgeantwort wurde, de dar korn geseehet hedde, id were wasz<sup>a)</sup> korn es wehre<sup>b)</sup>, van dem korne schal de here uthnemen sine redliche schulde, synen teh[n]den<sup>c)</sup> und syne rechtigheit.

6<sup>3)</sup>. Item oft de hakenrichter jemants eschede van unsen geswornen mannen tho der uthrichtunge und he des weigerde und [sick] werde<sup>a)</sup> sonder redlicke und<sup>b)</sup> bewiszliche<sup>b)</sup> orsake, de genochafftig syn, de schal gebraken hebben 6 nye ferdinge<sup>c)</sup>, der 2 vallen schollen an dat overste recht, 2 an den hakenrichter und 2 an den cleger.

7. Item wer jemant van den luden in Russlant<sup>4)</sup> getagen und wer imant, de leidede<sup>a)</sup>, undt<sup>a)</sup> wehre es sache, das ihm [j]emandt geleitete, de schal idt sinen erffherrn witlick don in vertein dagen; konnen se sick darinne vordragen, so schal de geleide macht hebben 2<sup>b)</sup> manet und nicht lenger<sup>c)</sup>. Wenner de<sup>d)</sup> 2 manet umb synt<sup>e)</sup> und men den man in synen gude vynt, de ene geleidet heft, so schal he ene uthrichten den man. Schut des nicht, so schal he gebraken hebben 6<sup>f)</sup> olde marck Rigesch, de men delen schal glick vorgeschreven steit. Und<sup>g)</sup> dartho sal he dem erffhern syn gesinde mitt<sup>h)</sup> aller have, de se uth Rus-

d) zum B. e) undt B.

4. a) sehe ihm denjenigen wieder staldt B. b) dahr er von die aussrichtung B.

5. a—b) ergänzt aus K. (ebenso lautet B.); fehlt S. c) tehden S.

6. a) und worde S., undt er das werde undt würde B. b) unbewiszliche S. c) Marck B.

7. a) ladete S., undt wehre es sache das ihm niemandt geleitete S. K. B. b—c) fehlt B. d) fehlt B. e) sein, findet mann in seinem gutte der ihn geleitet hadt B. f) auff allte marck Rigesch, dem theil soll gleicher weisse B. g) undt darnoch zu soll er B. h) K. B., fehlt S.

1) Zu P. 4 vgl. AR. 3 n. 27, 13. 41, 5. 46, 10. 11.

2) Zu P. 5 vgl. AR. 3 n. 41, 1. 46, 1. 4.

3) Zu P. 6 vgl. AR. 3 n. 41, 4.

4) Vgl. auch AR. 3 n. 225, 8.



lande hebben gebracht, wedder uthantworden, edder pande darvor tho donde, alsz vorgeschreven steit. So<sup>1)</sup> he nicht uth anthwordede edder pande dar nicht vor dede, so schal de hakenrichter don gelicker weisze<sup>k)</sup> alsz<sup>l)</sup> vorgerort is.

8. Item ein haken man, de alleine<sup>a)</sup> up einen haken syt, de sal keine macht hebben jemants<sup>b)</sup> sick frembdes tho vermeden. So dat aver dar baven geschege, so schal [ene]<sup>e)</sup> de jenne, de ene gemedet hefft, wedder uthanthworten. Dot he des nicht, so sal idt de hakenrichter don und nemen<sup>d)</sup> van ehn den brocke, 6 olde marck Rigesch in sodaner wise als vorgeschreven steit. Sint erer twe oft mher up einen haken, de mogen sick vormeden, war se willen<sup>e)</sup>, mit volborth<sup>f)</sup> erer herschop. Vormeden se sick ock, de tho ehren muntlichen<sup>g)</sup> jaren komen sint, mit volbort des ingesindes, wil se dar enbaven ehr erffher wedder hebben in synen denst, he sal de<sup>b)</sup> gantze mededenste<sup>b)</sup> den jennen uthrichten, de sick vormedet hadde<sup>1)</sup>. Ock so sall men dat also holden umb alle miedlinge<sup>i)</sup>, de bynnen<sup>k)</sup> erer tidt entlophen: tho wem de komen, de sal se wedder uthantworden, idt sy man oft wiff, oder he geve gantze<sup>l)</sup> mededenste<sup>l)</sup>, ader de hakenrichter sal se uthrichten und nemen den broke darvan und delen den in drei parte, als vorgeschreven steit.

9. Item welck part<sup>a)</sup> volcks<sup>a)</sup> sick<sup>b)</sup> genamen hebben myt eindracht und guden willen und brutlacht gedan hebben und an der echtschop kein twivel is, oft<sup>e)</sup> dar ein den anderen enthoge, de<sup>d)</sup> sal de jenne, dar se under beschlagen werden, tho hant weder uthantworden. Und wil de jenne, dar se under beschlagen sin, furder hegen, so sal de hakenrichter se uthantworden und panden<sup>e)</sup> uth der jennen gut oft have, ist ein man: 6 olde marck Rigesch, ist ein wif: 3 olde marck Rigesch, darvan dan dat eine part int overste recht, dat ander dem hakenrichter<sup>f)</sup>, dat drudde dem cleger.

i) Wehre es sache, das er des nicht up thete, so soll es der B. k—l) ergänzt aus K. (ebenso lautet B.); gelicker wor S.

8. a) fehlt B. b) dass er sich jemandes frömbdes vermiete, wehre es sache, das darüber geschehe B. c) fehlt S., ihm B. d) nehme den von ihm brocke B. e) mügen B. f) consens ihrer herrschaft, so sie zu ihren völligen jahren gekommen B. g) = mündichen. h) die gantzen medeste B. i) K. B., medelidunge S. k) fehlt B. l) gantze medeste B.

9. a) K. B., par volcker. b) die sich genennet B. c) oder B. d) dar B. e) pfandt auss desjenigen gutte oder hoffe nehmen R. f) hakenrichte S.

1) Falls es heissen sollte: der Erbherr soll demjenigen den ganzen Mietdienst ersetzen, dem der betr. Mietknecht sich verdungen hatte, so wäre zu lesen: . . . den jennen uthrichten, de[ne]n he] sick vormedet hadde. AR. 3 n. 27, 4. 41, 3. 46, 3 regeln den Fall anders.

10. Item lantlude, de vor der olden enunge<sup>1)</sup> enthogen sin, de schal men fordern mit stichtschem rechte vor dem stichtschen richter.

11<sup>2)</sup>. Item oft ein ingesinde, dar<sup>a)</sup> mer dan 2 oft drei manne inne were, oft dar jennig wiff oft mannes name<sup>b)</sup> in Ruslant getagen were und<sup>c)</sup> up ehr egen eventur ungeleidet in dat stifte wedder qwemen: unter<sup>d)</sup> dem sie<sup>e)</sup> sick setteden, de sal dat ehren erffheren unverthogert tho weten don, dat se up gnaden tho em gekomen syn. Kan he sick mit en<sup>f)</sup> darumb verdragen, gut ist; wo<sup>g)</sup> nicht<sup>g)</sup>, so sal he se van stundt an utrichten na der einigung. Wert sake, dat se de jenne nicht gemeldet<sup>h)</sup> en hedde, dar se under gekomen weren, de hakenrichter sal se utrichten na der einunge und nemen pfandt<sup>i)</sup> van den manne und van der frowen als vorgeschreven<sup>k)</sup> steit, und<sup>l)</sup> in drei parte keren, wo vorgerort.

12. Item oft<sup>a)</sup> ingesinde, loplinge<sup>b)</sup>, [mans oft] mannes name, wiff oft wives name, de in de ening horen, erer herschop entogen in der stat<sup>3)</sup> lantguder<sup>c)</sup> bûten der stat hebbende, dar sol de hakenrichter macht hebben tho richtende, se mogen dan bewisen, dat<sup>d)</sup> dat gut fry sy van ehren hern van Darbte und synen capittel gegeben, als den burgern bynnen der muren.

24. Estländische Einigung (aber ohne Reval) über Ausantwortung von Hakenbauern. Zwischen 1453 und 1466 (vor 1480).

Nicht erhalten, aber erwähnt 1499 bei Verhandlungen zwischen dem OM. Plettenberg und Reval als die „eninge tusschen den landen der bur halven . . . dat were de olde eninge in dem Pruschen orloge [1453—1466] gemaket“ (UB. II 1 n. 779 S. 583). Es dürfte dieselbe Einigung sein, an welcher u. a. die 1480 aufgehobenen Ordensgebiete Leal (im Bistum Ösel-Wiek) und Oberpahlen beteiligt waren, und aus der dann gewisse Bestandteile in die Einigungen von 1508 zw. d. Orden u. d. Bf. von Ösel und von 1509 zw. dems. u. d. Bf. von Reval übergegangen sind (AR. 3 nn 41. 46).

11. <sup>a)</sup> dahr mehr den ein mann inne wehre B. <sup>b)</sup> + oder junge B. <sup>c)</sup> B., fehlt S. <sup>d-e)</sup> ergänzt aus K. (ebenso B.), unnd sick settedenn S. <sup>f)</sup> em B. <sup>g)</sup> kann er sich nicht darumb vertragen B. <sup>h)</sup> K. B., gemedet S. <sup>i)</sup> K. B., fehlt S. <sup>k)</sup> vorgeschreven S. <sup>l)</sup> und das zue theilen in 3 part als vor beredt ist B.

12. <sup>a)</sup> ob einig ingesinde, kâplinge männer oder menner nahmen, weiber B. <sup>b)</sup> ? — koplunge S. <sup>c)</sup> landgueter ausser oder in der stadt habende B. <sup>d)</sup> das gutt ihme so frey von einem herrn von Dörptte . . . geben sey B.

1) Unbekannt.

2) Zu P. 11 vgl. AR. 3 n. 27, 2. 46, 2.

3) Dorpat. Vgl. oben n. 21 ?



25. Aus dem Rezess der Versammlung aller Ritterschaften zu Wemel. 1482 Juni 20.

K. Staats-A. zu Königsberg, gleichzeit. Abschrift, Ordensfoliant 272 (A. 22) S. 485—490. Danach hier im Auszuge.

H. gedr. nach unbekannter jetzt verlorener Vorlage bei Hupel, N. N. Misc. 7. 8., 1794. S. 475—496, mit zahlreichen Abweichungen und Interpolationen, über deren Bewandnis erst aus dem 2. Bde. der „Akten und Rezesse der livländ. Ständetage“ Aufklärung zu erwarten sein wird. Vgl. zunächst Stavenhagen, Mittheilungen 17, 23 Anm. 4, 45 f. Anm. 2, 67. Durch Erkenntnis der Interpolationen erledigen sich die Bemerkungen in den N. N. Misc. 13. 14 S. 475—496; 17. 18 S. 34—37.

Verz.: nach der livl. Abscht. von K. Index 2179.

In den jaren unses heren dusent verhoundert und yn dem 82<sup>ten</sup> jare, des donnerstages vor sunte Johannis Baptisten<sup>1)</sup> to<sup>a)</sup> middensommer<sup>b)</sup>, szo synth vorgadderth geweßen vulmechtich de gemeyne ritterschopp und manschopp dusßer lande<sup>c)</sup> unde stichte Rige, Darppt, Harrien und Wirlande, dar tho uth alle den gebeden so wöll uth Curlandt alße uth den andern vorbenomden landen, so alße de hir<sup>d)</sup> nabeschreven genometh sein: her Johan von Tißenhwßen, her Jurgen Orgaß, ritter, Kersten Holstever, Vrederick Orgaß und Diderick van Roßen, Gotsschalck van der Paell, Jurgens Bone, Corth Ixkull, Jurgen van Ungerer, Hinrick van Kalken, Jurgen Cudßell, Diderick Reße<sup>e)</sup>, Clawes Ixkull, Hanses Bone, van wegen des stichtes to Rige<sup>f)</sup>; Jurgen Wrangell, Hinrick van Tißenhwßen, Bertolth Todtwin Hanses Bone, Otte Bixhoveden van wegen deß stichtes to Darppten; her Ernst Wolthußen, ritter, uth Harrien<sup>2)</sup>; Bertolth Wrangell van Jesße<sup>g)</sup>, Enwolth Maydell, Otto Thuwe van Puyck<sup>h)</sup>, Bertholth Brakell, Hans Wodewiß<sup>i)</sup> uth Wirlande; uth dem gebede van Wenden herr Simon van der Borch, ritter, Oderth<sup>k)</sup> Korpps, Gerth Patkull<sup>l)</sup>; ut<sup>m)</sup> dem gebede to Carchwß<sup>n)</sup> herr<sup>o)</sup> Hinrick van Brobeke<sup>p)</sup>, Hans Watzell, Diderick van der Molen, Hinrick Litell und Hans Litell; und uth dem gebede to Velin Hans van der Weyffe<sup>q)</sup>; uth dem gebede to Overpäll Vulberth<sup>r)</sup> Wesseler, uth<sup>s)</sup> dem gebede to Jerwen Diderick Methstake<sup>t)</sup>, uth dem gebede to Segenwolde Tamme<sup>u)</sup> Nodingck, Hans Lutouw<sup>v)</sup>; uth Curlande Johan Torck, Clawes Francke, Johann van dem

a—b) fehlt H. c) + Marienlande also nemlich datt stichte Riga, Dörppte H. d) de nach beschriebenen hier H. e) Rose M. f) H stellt hier und im Folgenden die Ortsbezeichnung immer voran. g) Jos H. h) Puße H. i) Weddewiß H. k—l) fehlt H. m—n) fehlt an dieser Stelle H., steht erst hinter Hans Littel. o—p) fehlt bei H., der übrigens die Vorgenannten aus dem Gebiet Karkus sein läßt. q) + Robrecht von Schwarzhoff H. r) Wolbrecht H. s—t) fehlt H. u) Tonne H. v) + uth Allentacken Elmet Lode, Berendt van Vytinghoff H.

1) Juni 20.

2) Vgl. über ihn Stavenhagen, Mittheilungen 17, 73, 86.

Brincke, Wennemer<sup>a)</sup> Butteler: in dem dorpe to Wemmell by Carchwß belegen und hebben dar alle samptliken und eyndrechtliken averwagen und betrachtet mannichvoldigen anfall<sup>b)</sup>, ewich vorderff<sup>c)</sup> dusser<sup>d)</sup> gantzen landes Liefflande beide buten und bynnen, krych<sup>e)</sup> und orleghe. Wes de vyande nicht vordorven und medegenomen hebben, dat vorderven de vründe bynnen under sick sulven myth mannichvoldigen saken, so der en deills hir nageschreven stan<sup>f)</sup>. Hir en baven<sup>g)</sup> plageth uns de almechtige Godt vormiddelst smachten, kummer und duren jaren, [daß des jahres so]<sup>h)</sup> mennich dusenth mynssche gestorven [sein]<sup>h)</sup>, ane twivell unßer sunde schult. Wo<sup>i)</sup> woll<sup>i)</sup> dat de jare sus misßedyen und de lande sust<sup>k)</sup> geplageth<sup>l)</sup> werden, so en achten doch de geistliken dar nicht an de plage und vorderff dusses gantzen landes<sup>m)</sup>, alße mannich clageth, und willen gelickwoll ere<sup>n)</sup> jarlike rente hebben<sup>o)</sup> und nicht misßen. . . . .  
De varende koipman licht yn dussem lande yn steden und yn<sup>p)</sup> dorpen und<sup>q)</sup> wokerth de ritterschopp und de armen buren gantz uth; ße satzen sick dar to und ramen<sup>q)</sup> der<sup>a)</sup> tyth und hebben ere ghelt dar upp liggen. Se leien<sup>r)</sup> und borghen<sup>s)</sup>, wo ße dat mercken<sup>t)</sup>, wanner de haveman und<sup>u)</sup> de buren benodighet is umme<sup>v)</sup> ghelt<sup>w)</sup>, so<sup>x)</sup> drothen<sup>y)</sup> ße en ere ware aff, korne, vlaeß, wås, werck<sup>z)</sup>, varende have, wath ße hebben. Wie vormoden unß de herschafft<sup>a)</sup> eyn parth ock woll gewaer werden<sup>b)</sup>, wath ße van uns kregen vor 10 mk.; hebbe wie daß sulven wedder umme behoff to notrofft umme uns und unßen buren, dat de nicht hungers sterven, wie moten sulkenh wedder kopen van en vor 36, 38 und ock woll vor vofftich mk.<sup>c)</sup> Suß wyneen ße an uns yn korter tyth 30 mk. upp 10, dar to upp drogen lande. Dar dan de koipman nicht mede gesadigeth en ys und voreth noch dat korne<sup>d)</sup> wedder de gebade und gesetter<sup>e)</sup> dusßer gantzer lande duftliken uth dem lande, dat mannich mynssche smachtiß halven gestorven ys<sup>f)</sup>. . . . .

a) Werner Butteler H. — Im Folgenden sind die Worte umgestellt H.  
b) unfall H. c) + und schaden H. d) sic K.; unsem lande H. e-f) + stattdessen: so der sich selber mit mannichfoldigen sacken erheven magk, van den orsacken so hier na geschreven stahn H. g) + erstlich H. h) fehlt K.  
i) wol unß die jaren H. k-l) statt dessen: fuest van unsem heren Godt dorch unse umligende nachbaren geplaget H. m) + und der armen pauren H. n) ire fulle H. o) + und verhögen de ires gefallens, und willen dar ock gahr nichts anne H. p) fehlt H. q) umme ehr zeit H. r-s) lenen, borgen H. t) H.; maken K. u) von die pauer H. v-w) fehlt H.  
x-y) statt dessen: legen und dregen H. z) stattdessen: dazu H. a) danach folgt ein längerer Einschub über den Streit und den Tod des OM. Wolthus im Gefängnis zu Wenden H. Vgl. Mitteil. 17, 45 f. b-c) stark verändert bei H., ebenso die folgenden Sätze. d) danach gestrichen uth K. e) sic K. f) + und kein korn kriegen kan in der zeit der not . . . . . seinen pauern zu entsetten H. — Im weiteren Verlauf heißt es späterhin bei H: ehr wir



Und<sup>a)</sup> willen dar ock meir by don, den slichte worth<sup>b)</sup>, upp dat wie uns myth dem almechtigen Gade mochten vorßonen, dat he van uns kere de hanth syner gotliken wrake und vorlene dusßem armen lande und uns allen leve<sup>c)</sup>, vrede<sup>d)</sup> und eyndracht und vruchte der erden dusßem armen lande to nutthe und behoff, dar uth Gades denst und dith gantze lanth vormereth unde gestercket mochte werden. Hir umme<sup>e)</sup> wie vorgenommen hebben Gode almechtich<sup>f)</sup>, syner werden benedyeden moder Marien tho lave und<sup>g)</sup> unßer herschopp und dusßem gemeynen lande to gedye und wolfarth alle de jenne, de baven<sup>h)</sup> 12 jar olth sien, dat de to water und to brode vaste[n] 3 daghe yn dem<sup>i)</sup> jare, also upp des hilligen lichammes aventh<sup>j)</sup>, up den aventh unßer leven frouwen kruthwiggighe<sup>k)</sup> und upp alle Gadis hilligen aventh<sup>l)</sup>, myth andern guden werken, de de geistlike acht kan vinden, Gade almechtich anname sye<sup>m)</sup>. Oft welck were, de so swaer nicht vasten konde, dat de ith loße myth eyne schillinge und soðane ghelt kome syner<sup>n)</sup> kerspels kercken to gude, edder sette<sup>o)</sup> eynen armen mynschen to syner tafelen und spiße en den dach na notrofft. Dith sulve to der ewicheyt dure, bestedigeth werde<sup>p)</sup> 4). Vorth meer dat men upp unßer lutken

dißen unseren erwelten nyen inkomenden heren meister, her Berendt van der Borch [1471/72--83] des ritterl. D. O. kumtteer zu Dobbelen huldigen, laven unde schweren. . . . . Borch ist nie Komtur zu Doblen gewesen. Die Quelle der Interpolation kann aber nicht vor 1473 verfaßt sein.

a-b) fehlt H. c) am Rande nachgetragen K. d) fehlt H. e) + wille H. f) + und H. g) fehlt H. h) + ehr H. i) einem H. k) sic K.; dat idt Got dem Almechtigen befehlich ist H. l) in syn H. m) hette H. n) unde dit sulve ewich dure H.

1) Am Tage vor Fronleichnam, der am Donnerstag nach Trinitatis gefeiert wurde.

2) Am Tage vor Aug. 15.

3) Am Tage vor Nov. 1.

4) Danach schaltet H. folgende Bestimmungen ein: Darneven willen wir auch eindrechtlich beleven, was de purschop van idtlichen hacken geven scholen, ein ider nach seiner gelegenheit der wonung. alß nemlich von holtinge, fische, wasses [?], acker, houw, gewin [?], wiltwaren undt derglicken namen, dat ein itzlich vo[m] haken, so in Allentacken wanen, scholen geben 3½ mk. u[nd] in meister schadt 1 mk. und die in Wyrlandt 1 mk., in meister schat 1 mk. ist felt [? offenbar korruptierter Text] mk., thon Jarweschen lieke. De Narvischen in [!] Harrien lieke den Wickerschen 2 mk. van hacken, meister schadt 1 mk.; wol de bischop sich hartt dajegen leigen, moth nicht helpen; de werde orden der bröder des chrutzes moten vorradt thom krige hebben, darneven de Torpschen undt Karkschen tho 3 mk. und meister gelt 1 mk. De sticht Rigischen 2½ mk., meisterschat 1 mk.; de Kurischen tho 4 mk., meisterschat 1 mk.; van Osell gelick schatt [?] 1 mk., meister schat 1 mk.; Velie[n]sche[n] 3 mk., meister gelt 1 mk. Und wat de mahn wil den ordens dienst [!] broder uth guden willen in den wa[c]ken geven, dat steidt in seinen willen. Dem schriver nicht aver 2 schillingk, vor landt breve oder schuldt breve nicht aver 1 Unger-

leven frouwen daghe<sup>1)</sup> heren, gebedigers und guden mann van allen parthen negestvolgende<sup>a)</sup> komen yn dat dorpp<sup>b)</sup> to Wemell, dat ander jaer tho Velin, und so vorth alle jaer, dat korne setten. Und na deme de<sup>c)</sup> munthe dussem lande to schaden to stan, eynd<sup>d)</sup> den andern myth korne betall gelick ghelde, unde breven, de nochafftich<sup>e)</sup> und belegen sien. Und offte men myth der mathe yn dussem lande nicht aver eyn komen konde, dat de gelick worde, so sall men aver passen und rekenen<sup>f)</sup>, wo vele de last und loepp groter ys eyne den de andere, dat<sup>g)</sup> men de<sup>g)</sup> dar na setthe, und betale<sup>h)</sup> eyn juwelick, dar syne betalinghe ynholth, edder mak eyn des andern synen willen . . . . . Myth<sup>i)</sup> den buren sall men de eyninghe<sup>2)</sup> holden<sup>j)</sup> aver dat gantze lanth. Wor neyne eyninghen und haken richter sien<sup>k)</sup>, daer sall men ße maken to 10 jaren duren, upp<sup>l)</sup> dat<sup>m)</sup> neyn wemoith, ßo<sup>n)</sup> ith nw ym lande ys<sup>o)</sup>, dorve<sup>p)</sup> van enthan<sup>q)</sup>. Alle stede und wickbilde, der<sup>r)</sup> lanthguder hebben yn dussem lande, de sollen na den sulven gudern mede<sup>s)</sup> yn der eyninghe sien. Welk<sup>t)</sup> bure vor dusßer tyth entoghen<sup>u)</sup> sien ungefry[g]eth<sup>v)</sup>, dar geyne eininghe is geweßen, de sall men uthanthwerden offte syne schult<sup>w)</sup> betalen. Offte de bure<sup>x)</sup> lepe yn welke<sup>y)</sup> staadt, den sall men uthantwerden offte syne schulth [gelden]<sup>z)</sup>, sunder wedderrede. Offte dat nicht en geschege, ßo willen wie uns holden an dat ere, gelick ße doen an dat unße, wor wie dat beslan myth rechte. Offte jemanth were, de yn dusßer eininghe nicht sien wolde, de sall malken<sup>a)</sup> dat syne lathen und don recht vor<sup>b)</sup> dat<sup>c)</sup>, dat he vor<sup>d)</sup> dusßer tyth entphangen hefft. . . Vorth mer ßo sall men gheven van juwelikem haken besath cynen verdingk

schen gulden und so [fort]. Fort giff de man sien teinden nach antal seiner saedt, undt den fordt wat he vor inkumpst hatt an hoppen, honig, höner, gense, speck, fleisch, houw, holtz, breder und wat he na siner gelegenheit hatt, seines gudes den teinden. Des sollen van unse mittel die adelschop nicht macht hebben hier aver tho nemen, sunder uth barmherticheit mach wol vorringeren ein jeder den seinen, damit die buer nicht vorstryke und untreu werde. Der heren hacken solte und mote groter sein ein 4del des [?]. Diese Interpolation stammt gleich den übrigen aus einem verlorenen ritterschaftlichen Rezess frühestens aus dem Jahre 1473 oder bald danach. Vgl Stavenhagen, Mitteil. 17, 45 f.

a) + jaren H. b) dach H. c) fehlt H. d) undt H. e) nothbafftlich sein tho lösen H. f) denken H. g-g) de schal men H. h) + so ein idlich ein den andern H. i-i) schal men mit den pauren de eninge holden . . . H. k) ist H. l) undt H. m) + fordan H. n-o) fehlt H. p-q) stattdessen: in diesem-lande stahe. Also dat nu gewandt ist H. r) + dar H. s) fehlt H. t) welme H. u) entgahn H. v) korrigiert K. w) danach durchstrichen: sunder wedder rede offte dat nicht en gesch K. x) + ock H. y) ein H. z) H., fehlt K. a) einen ideren H. b) aus wor korrigiert K. Fehlt H. c) fehlt H. d) van H.

1) Sept. 8. 2) Vgl. n. 24.



aver dijth gantze landth to notrofft<sup>a)</sup>. Dith<sup>b)</sup> ghelt sall rede sien, wanner men des behoff hefft, dat<sup>c)</sup> eyn juwelick dar ynne gesatheth sy. Szo sall men yn juwelickem kerspell setten<sup>d)</sup> eynen guden man<sup>e)</sup>, de sulck ghelt upp boreth<sup>f)</sup> van der herschopp<sup>g)</sup> und nicht van den buren, und anthwerden ith<sup>h)</sup> den jennen, den ith yn juwelickem lande bevalen werth . . . . .

26. Bestätigung der alten Gerechtigkeit der Ordensbauern von Bauske, Mesothén und Eckau durch den OM. Joh. Freytag von Loringhoven. Wenden, 1492 Nov. 12.

S. aus Reichs.-A. zu Stockholm, Livonica Conv. 10, Kop. a. d. Mitte des 16. Jahrh., Pap. — Abschrift von H. Hildebrand für das Liv-, Est- und Kurländische Urkundenbuch.

Verz.: nach S. Schirren, Verzeichnis S. 23 n. 218.

Zu P. 1—4. 9—13. 15. 19. 26 vgl. H. v. Engelhardt, Beitr. z. Entstehung d. Gutsherrschaft in Livland während der Ordenszeit. Diss. Leipzig 1897 S. 99—104. Vgl. auch die Estländ. Bauernordnung a. d. 16. Jahrh. (n. . . .), die jedoch, ihrem Wesen nach ebenfalls ein Hofrecht, von einer Privatherrschaft stammt.

Wir bruder Johan Freytag von dem Loringhove, meister zu Liefelandt Teutsches ordens, bekennen und bezeugen offenbar mit diesem unserm offenen brieffe, dass vor uns in beiwesende unserer ersamen mitgebiertigern die eltesten bauren von Bauschkenburg, Mesothén und Eckaw erschienen sein und begeret haben von uns eine schriftliche gerechtigkeit, wo und worna se sich richten und wes sie einem vogte oder verweser des ampts zu Bauschkenburg jerlichs vor gerechtigkeit geben sollen und pflichtig sein zu thunde. Und haben inen mit rade, willen und volborth unserer ersamen mitgebiertigern ehrgeuant eine schriftliche gerechtigkeit, da sie sich sollen nach wissen zu richtende und zu habende, gegeben, so wir auch in crafft dieses brieffs geben, welchen dan sie auch belebet und bevolbordert haben, und lauttet von worten zu wortten als hir nach geschrieben stedt.

1. Item zur winter pagst<sup>1)</sup> gibt itzlich gesinde 2 mrc., die gehoren ihnen mit wahr<sup>2)</sup> zu bezalen. Wie honich heide hatt, die bezalet auch mit honich. Das honnich soll man schätzen vor dem böke na alter gewonheit. Der jenige, der keine wahr oder honnich weide hatt, der mag mit gelde bezalen. Auch sol kein baur auss den gesinden vor der pagst zu Riga ziehen<sup>3)</sup>; die bröcke darfor 3 öseringe.

a) Bei H. sind die Worte umgestellt. b) Dat H. c) dat dar einer tho gesettet sy H. d—e) stattdessen: einen guden mahn uth kesen H. f) + der sulve schal einner H. g) + syn H. h) dat gelt H.

1) Lett. pagasts: Abgabenbezirk, Abgabe, Abgabetermin; hier in letzterer Bedeutung.

2) Naturalien.

3) Vgl. auch P. 16.

2. Item zur queckpagst auss itzlichem gesinde ein gutt schaff von zwelff schilingen; ist das schaff so gutt nicht, so sal er dar so viele uffgeben.

3. Thor queckpagst sol man die mans, die 20 jar alt sint, einschreiben, und sie sollen das ander jahr ihre gerechtigkeit geben, gleich den andern.

4. Item den zinss geben die bauren nach man zale, itzlicher einen loff rocken, 1 loff gersten, ein loff haber. Das soll ein itzlich baur eingemessen haben vor den winter pagst, bei einer stube<sup>a)</sup>.

5. Item itzlich man 1 faden holtz; der das nicht einfuret, der bricht 1 rindt, das 1 mrc. werdt ist. Item das vierde<sup>b)</sup> holtz sollen die bauren geben uff den hacken, von klapholtz, wagenschott und allerlei holtz, wor es die herschafft empfangen will uff die Bulder Aa. Item ricken, baleken, delen, livess breder soll man ufschneiden so viell der zu schlosse und in den hofen von notten und behuff ist.

6. Item itzlich röck soll geben 2 hunner des jhars.

7. Item itzlich gesinde soll dem landtknecht geben jerlich 3 schilinge.

8. Item dem schreiber, wan ehr einen mhan einschreibet, 2 schil., und wan er einen einzeichnet<sup>b)</sup>, 2 schil.

9. Item des kerckhern gerechtigkeit sollen sie geben nach alter gewonheit.

10. Item die freien sollen gesterye und alle gerechtigkeit thun der herschafft nach aussweisung irer brieffe<sup>1)</sup>.

11. Item die einfotlinge geben des jhars  $1\frac{1}{2}$  mrc. und sollen zur arbeith kommen, dan soll inen die herschafft brodt geben.

12. Item den sommer nach manzall sollen die bauren zur arbeith kommen, des winters nach gesinden zall; es sei dan,

<sup>a)</sup> sic S., lies stupe. <sup>b)</sup> sic S.

<sup>1)</sup> Ein Beispiel statt vieler: Br. Johan v. Mengede anders gen. Osthoff, OM. zu Livland, verlehnt dem Seelpeter u. s. r. Erben ein Stück Landes im Gebiet und Kirchspiel zu Bowsenborch in synen marcken u. in beschriebner Grenze (ein Stück beiderseits der Memel, dazu noch ein Stück twischen den tween beken . . . Ostucken beke u. de Seymengraben) in sodaner fryheith und gerechticheith, dar mede andere fryen im gebede bovenberort zu Bowsenborch begnadiget syndt, jedoch hir inne beholden und buten bescheden, dat he und alle syne erven vogenomet eynen vaget oder vorweser dessulvigen gebedes de tor tyt funden werd, to gewonlicken tyden veer marck Rigisch gewisslichen entrichten und dar to eyne gasterie holden und don sollen to ewigen tyden . . . Tor Bowsenborch am dage Urbani (Mai 25) 1469.

Abschft. a. d 17. Jahrh., 1893 im Besitz des Oberlehrers E. Krüger in Mitau. Kop. meines Vaters. — Vgl. Kur. BR. (B. II) § 24.



das man die bauren nach man zall zur herfarth verbotten wurde, oder eine fuer der herschafft nach Riga oder uf die nehede, wor des von notten wurde sein, zu thunde.

13. Item, der einen tag verseumbett van der arbeit, die bröcke ist ein schaff oder ein ferdingk.

14. Item ein baur sol keine wiltusse mher beschlahen, dan er den somer brauchen und besehen kan.

15. Item wan sich die bauren theilen wollen, das soll geschehen mit der herschafft willen; dan sol die herschafft das beste rindt zuvorn abnhemen.

16. Item kein baur sol keine wahr verkaufen, die herschafft sei ersten bezalet. Welcher baur der<sup>c)</sup> bezalet hatt, der sol von den andern bauren keine wahr nhemen zu verkaufen, der nicht bezahlet hat, bei 3 osringen<sup>1)</sup>.

17. Item kein baur soll den Lettowen pferde verkaufen oft verbotten armborste oder bussen oder ander wapen, bei seinem halse.

18. Item ale landtrichtinge, da solen die elsten bauren recht uber finden, als es im lande eine gewonheit ist und zuvorn im ambte gewesen ist.

19. Item ob die bauren an den andern bauren und rechtfindern misduncken hetten, das sie parteisch weren, so mach man auss andern gebietten umblanck belegen bauren und rechtfinder holen<sup>2)</sup>.

20. Item die eltesten, die die arbeith verwaren, den sol man geben essen und trincken gleich dem hofmeister und meier.

21. Item den pillagen<sup>3)</sup> gibt man brodt nach alter gewonheit, dass seindt die da korn auss schlahen.

22. Item den wechtern gibt man brodt und den leuten in dass back- und brauhauss.

23. Item den tzimmerleuten, wan sie zur arbeit kommen, gibt man essen und trincken alss dem meier.

<sup>c)</sup> unnütz S.

<sup>1)</sup> Ausführlicher handelt von dieser Bestimmung ein Schreiben des Bf. Johann Schutte an den Komtur zu Windau, d. d. Pilten 1442 Sept 17 (UB. 9 n 1004): Der Curlandischen lande gewanheit is so lange her geholden und alle jaer vorbaden wert upp Michaelis (Sept. 29) in unser kerken pagstdorpe genant Pussen, dat nymande vor den pagsten [= Wacke, Abgabetermin] sal ryden off mit wagenen varen van dorpe zu dorpe [um zu kaufen und zu verkaufen], eer de pagsten geholden sien und de herschopp betalet is, uttgenamen woe kermisse sien; wat dar hengebrocht wert na gewanheit, mach een yderman kopen und vorkopen.

<sup>2)</sup> Vgl. die erztiftische Bauereinigung von 1494 Jan. 31, n. 27 P. 8. und Russow 18a..

<sup>3)</sup> Ein unbekanntes Wort. Auf den hzgl. kurländ. Domänen heissen „Überdrescher“ parkuleji; v. Hahn, D. bäuerl. Verhältn. auf den hzgl. Domänen Kurlands im 17. und 18. Jahr. 1911, 74.

24. Item wan das hew zu hofe ist, so gibt man den pawren zum Mesoten eine thonne bier und zum Bauschken auch also.

25. Item wan das korn zu hofe ist 1 thonnen bier; wan die satt bestellt, 1 thonne bier; wan die widerumb auss geschlagen, 1 thonne bier; wan die winter pagast gehalten, 1 thonne bier, zum Mesoten und Bauschken.

26. Item die rodinge sollen die pawren mitt iren pferden bereiten und wo dess ferner von notten ist zu hacken<sup>1)</sup> nach alter gewonheit.

27. Item die Mesotischen mugen netze werfen und punpen<sup>2)</sup> gleich den Mesothischen<sup>a)</sup>; wollen die Bauschker fischen, sollen sie der herschafft willen machen nach alter gewonheit.

Dieses zu urkundt und zeichnusse der warheit haben wir unser siegel an diesen brieff thun hangen, der gegeben ist zu Wenden am montage nach Martini im jar 1492.

27. Einigung zwischen dem Ebf. Michael [Hildebrand] von Riga und den Vasallen des Erzstifts über die Ausantwortung der Bauern. [Ronneburg], 1494 Jan. 31.

StR. gedr: De gemenen Stichtischen Rechte ym Sticht van Riga . . . 1537; Wiederabdr. in: G. Oelrichs, *Dat Rig. Recht und de gemenen stichtischen Rechte* . . . Bremen 1773, 151–152 (Oe.).

K. StaatsA. zu Königsberg, Fol. A. 227 (293) Bl. 250a, von Oe. mehrfach abweichende Kopie a. d. Mitte des 16. Jahrh. Kopien a. derselben Zeit im ReichsA. zu Stockholm. Verz.: nach der livländ. Abschrift von K. Index 2319. Gedr.: nach K. AR. 3 S. 102 f. Anm.

De<sup>b)</sup> eininge van uthantwerdinge der buren ym gantzen stichte von Ryga, dorch heren Michaelen ertzbischof des frydages vor lichtmissen ynt jar dusent veerhundert unde veerundeneigentigesten<sup>d)</sup> gemaket unde vorsegelt, wo volget<sup>c)</sup>:

<sup>a)</sup> sie S. Verscrieben statt Eckauschen. <sup>b-c)</sup> StR., Ein einigung von utantwordung der pauren im gantzen sticht von Riga durch hern Michaeln ertzbischofen des freitages vor lichtmesse im jare noch Cristi geburt 1494<sup>ten</sup> gemacht und versigelth K. <sup>d)</sup> 1494 Oe.

<sup>1)</sup> aufpflügen. <sup>2)</sup> pumpen na den vischen bedeutet mit einer Keule (pumpeke, pumpkule)) aufs Wasser schlagen, um die Fische ins Netz zu treiben (Lübben u. Walter, *Mnd. Handwörterbuch* 1888), vgl. plumben, plumpen bei v. Bruiningk LGU. 2 n. 887 S. 570 vom J. 1542. Aber in dem Einnahmen-Anschlag aus dem Leibgeding der Hzin. Anna von Kurland vom J. 1566 steht mehrmals: 1 loff gersten für die pompeley, id est jagt (L. Arbusow sen., SB. Mitau 1897, 162, vgl. 172: pamperatie). — Verordnungen betr. die Bauerjagd auf Raubtiere und Hasen, Verbot des Erlegens von Elen, Wildschweinen und Rehen usw. aus dem kurländischen Landtagsrezess von 1570 Juni 22 s. in Bunes Archiv 2, 187 ff. § 23–29 und Schirren, Verzeichnis S. 196 n. XIX. Für das Mittelalter vgl. v. Bruiningk, Mitteilungen 22 S. 30–32 und dazu noch UB. 432 von 1272: Venatores, qui de uno dominio in aliud bestias insequentur, ubicunque etiam bestie capiantur, semper venatoribus sunt reddende, et armum percipiet dominus venatoris.



1. Item ynt erste, yfft ein erffman queme wedder tho synem heren, de nicht gefryet were, den schal me nicht uthant werden, unde schal by dem heren bliven, des he ein erffman ys.

2. Item yfft de erffman by den<sup>a)</sup> frömbden<sup>a)</sup> heren kinder<sup>b)</sup> hedde gekregen<sup>c)</sup>, wo veel erer ys, de schollen den<sup>d)</sup> vader volgen, unde nicht bliven by dem<sup>a)</sup> frömden<sup>a)</sup> heren, dar se gebaren syn. Des geliken yfft de brödere ungefryet wedder quemen tho synen [1] erffheren, so synt schüldich alle de jüngen bröder den<sup>d)</sup> öldsten tho volgende, unde nicht schollen<sup>e)</sup> bliven by dem frömbden<sup>a)</sup> heren.

3. Item de hakenrichter<sup>f)</sup>, de dat gesynde effte den man uthantwerdete<sup>g)</sup>, de schal den gülden, de em<sup>b)</sup> tho kumpt, vörderen unde hebben van den<sup>d)</sup> frömden heren, de dat gesynde effte<sup>i)</sup> yemant<sup>h)</sup> uth dem gesynde<sup>k)</sup> entfangen hefft.

4. Item wor vorwaringe gedan ys, leth he<sup>m)</sup> sick dat gesinde effte den man entghan, so schal men van synem gesynde en<sup>n)</sup> so gelick gesynde effte so gudt einen man wedder in de stede uth antwerden<sup>l)</sup>).

5. Item mit<sup>o)</sup> den<sup>p)</sup> gesynden, de vor der<sup>q)</sup> eyninge entghan<sup>r)</sup> syn, so men de<sup>s)</sup> schuldt unde dat gesynde<sup>t)</sup> edder den man uth antwerde[n]<sup>tt)</sup> schal, isset<sup>u)</sup> dat de bure der schuldt nicht<sup>v)</sup>, en besteit<sup>v)</sup>, schal men de schuldt na unsem stichtischen rechte bewisen unde war maken, unde düncket dem hakenrichter, dat de schuldt ungelick<sup>w)</sup> geschüth, wente 'schal he gelickwol uthantwerden, so verne de rechte schuldt betalt wert van deme, de den man effte dat gesynde entfangen<sup>x)</sup> wil; unde de schulde, de dem hakenrichter undrechlick düncket, schal he an uns, unsen sittenden radt erkennen<sup>y)</sup>, dar schal ydt by bliven.

6. Item als men rekennt<sup>a)</sup> halsbröke, ys de erste hals nicht gegulden effte betalt, schal men nicht mer den<sup>b)</sup> einen hals<sup>c)</sup> reken effte esschen<sup>2)</sup>. Is de erste hals vull unde all gegulden, so mach men den andern hals<sup>d)</sup> vorforderen<sup>e)</sup>.

7. Item hyr ys by tho weten, dat men nenen buren synen hals affgewinnen kan under uns beseten, dar sy denn de vaget by, an unde aver mit unsem landtknechte unde landtschriver,

a) dem freumbden K. b-c) hette kinder kregen K. d) dem K. e) mogen K. f) hockenrichter K. g) uthantwerden StR. Oe., utantwortet K. h) en K. i-k) fehlt Oe. l) yemanden K. m) se Oe. n) em Oe. o) meher K. p) dem Oe. q-r) statt dessen: ervingen entfangen K. s-t) stattdessen: dat gesinde offte de schult K. tt) uth antwer Oe. u) is dat K. v) stattdessen: entsteidt K. w) unredlich K. x) intfangen K. y) irkennen K. a) bekennt K. b) als K. c) + mogen K. d) fehlt K. e) + etc. K.

1) Vgl. die Dorpater Einigung n. 23 P. 2.

2) Um etwas anderes handelt es sich wohl bei der Klage der Harr.-Wierischen Ritterschaft gegen Reval darüber, dass ihre Bauern dazwischen wegen einer Sache doppelt gerichtet würden. AR. 3 nn. 62, 2. 63, 2. 64, 6 (1515).

dar de deff under<sup>a)</sup> ys. Unde de rechtfinder unde de öldesten, de dat recht ynbringen, schollen <sup>b)</sup> uth andern gebeden<sup>c)</sup> syn.'

8. Item under unsen guden mannen schollen darby syn twe unser geswaren leynmanne<sup>d)</sup>, unde de rechtfinder unde de öldesten schollen syn under anderen<sup>e)</sup> guden mannen<sup>e)</sup> effte under uns besittlick. Wor<sup>f)</sup> de hals so<sup>g)</sup> nicht gewunnen is<sup>g)</sup>, ydt schal de hakenrichter vor keine<sup>b)</sup> schult erkennen.

28. Die ersten Verkäufe von Bauern ohne Land, in Harrien-Wierland, 1495 (an das Siechenhaus zu Reval), 1497 (an einen Gutsbesitzer), 1500 (an einen Revaler Ratmann).

UB. II 1 nn. 192. 596. 1042. — Im eigentlichen Livland sind die ersten Fälle von „Überlassung“ vom Jahre 1507, von Vertauschung und Verkauf — 1524 und 1527. LGU. 2 nn. 58. 407. 453. S. im übrigen d. Sachregister S. 870 und v. Bruiningk, Mitteilungen 22, 9—11.

29. Einigung zwischen der Harrisch-Wierischen Ritterschaft und der Stadt Reval über die Ausantwortung der in die Stadt entwichenen Hakenbauern. Reval, 1500 Sept. Von der Ritterschaft gekündigt 1513 Dez. 31.

Die Kündigung erfolgte anscheinend darum, weil die Ritterschaft, angesichts der lässigen Ausführung des Vertrages, das Recht beanspruchte, ihre Erbbauern selber, auch auf Stadtgrund aufgreifen und zwecks unverzüglicher Auslieferung vor den Stadtvogt stellen zu lassen (AR. 3 n. 54, 75—77; n. 58). Die (nicht erhaltene) auf vielfache Klagen der Ritterschaft unter dem Druck der Ordensregierung (vgl. UB. II 3 nn. 915 f.) vollzogene Einigung von 1500 aber hatte nur bestimmt: dat nymant die bowiveden hakenlude, de den haken (s. v. a. Gesinde, Bauerhof) bosetten hadden, zik vordristen zolde to herberghen, unde dat me desulvesten, zo men ze overquam, vencklick zettede szo langhe, [bis] ze myt wyllen sulvest uthghingen, oder: uth egheneme bowaghe unghევანgen unde ungebunden ere herscop wedder zokeden (vgl. AR. 3 nn. 63, 2. 58. 60. 61, auch 64, 1). Eine weitere Bestimmung ist viell. angedeutet UB. II 2 n. 693. — Nach der Kündigung hielt sich Reval wieder an die „alte Gewohnheit“, die es 1499 und 1500 folgendermassen beschrieben hat: de bure, de von deme lande van siner herschopp vorstreck und wiff und kint sitten leten und den haken staen leten, de drewe wii ut, wobei in den Kirchen verkündigt war: er nwment in der stadt to husende oft tho herbergende, bii 3 mk. brock. Nach Meinung der Vasallen führte das aber, bei mangelndem gutem Willen der Städter, zu nichts, denn: jagede man ze (die in die Stadt entlaufenen Bauern) to der enen porten ut, tho der anderen porten leppen ze wedder in (UB. II 1 n. 779; 3 nn. 915 f.). Die gelegentlich des ersten Einrittes des OM. Plettenberg in Reval Sept. 1500 getroffene Einigung war offenbar die erste, zu der Reval sich in der Läuflingsfrage verstanden hat. Denn in der damals während der Verhandlungen erwähnten olden eninge, in dem Pruschen orloge gemaket [zw. 1453 und 1466] war Reval nicht mit einbegriffen gewesen (vgl. n. 24, UB. II 1 n. 779 S. 583). — In die ganze Frage haben offenbar auch Unterschiede zwischen der Praxis der einzelnen Städte hineingespielt (trotz Revals Behauptung AR. 3 n. 298 S. 753 Anm. c).

a) fehlt Oe. b) sollen sin K. c) + etc. K. d) lehenmanne K. e) ander gudenmanne Oe. f) Wur K. g—g) stattdessen: nicht so genamen, ydt schal Oe. h) nene K.



Nirgends war die Verpflichtung zur Auslieferung entwichener verheirateter Gesindesbauern strittig, denn auch in Reval galt der Grundsatz: „de den haken besetten hadden, wolde man hier nicht halden, dan de medeknechte wolde men vri hebben hier in de nerde opt olde, unde dat mot so bliven“, oder: „losse knechte, de erer herschopp nicht schuldich ein weren gebleven unde ock gine duffte gedan oft ander schalckheit, und ginen haken bozetten, der ein wiseden unse vorvaders n w ut“ (UB. II 3 nn. 915 f.). Sondern strittig war der Modus der Auslieferung, von dem allerdings die ganze praktische Wirkung jenes Grundsatzes abhing. Aber hierin bestand Reval (natürlich auch aus dem sehr realen Grunde des Arbeiterbedarfs) auf seinem Lübschen Recht, wonach „nyne fromede lude yffte buren vanghen unde ghebunden uthghegheven werden“ (AR. 3 n. 63). Und damit muss wenigstens z. T. der Umstand zusammenhängen, dass zwar wohl mit Reval, nicht aber mit Riga und Dorpat, in der Frage der Bauernauslieferung seit dem Ende des 15. Jahrhr die heftigsten Konflikte bestanden. Jedenfalls zeigte sich, als auf dem Landtage zu Walk 1492 die Frage angeschnitten wurde, ein Unterschied: „ellick part, alse Righe, Darppte, worden gefraghet, wo ze et midt den Undusschen he[l]den, dar de stede baden op antworten: ze geven ze gevangen ut“. Und als „wort gefraget, wo wir (die Revaler) it hebben, over uns wer clacht“, da war die Antwort, „dat wi dat helden na dem olden, alse it unse vorvader geholden hadden: de bure, de wiff und kint sitten leten und den haken staen leten, de dreve wi ut“ (UB. II 1 n. 779 S. 584). In die sich hier anknüpfenden Fragen kann erst die Fortsetzung des UB. und der AR. Licht bringen. Im übrigen entkräften die vorstehenden Nachrichten durchaus nicht die agrargeschichtliche Erklärung H. v. Bruiningks in d. Mitteilungen 22, 36 f. 14. Sie tragen aber ein neues Moment hinein.

**30.** Einigung zwischen dem Bf. Joh. Orgas, dem Domkapitel und der Stiftsritterschaft von Ösel-Wiek auf 10 Jahre wegen der Bauern. Arensburg, 1504 März 22.

Gedr.: nach gleichzeit. Kop. im StadtA. zu Reval AR. 3 n. 27.

**31.** 1) Synodalstatuten des Bf. Joh. Orgas von Ösel für seine Diözese. 2) Erlass an die ösel-wieksche Geistlichkeit betr. die Seelsorge unter den Esten. 3) Erlass gegen das Zinsnehmen. Hapsal, 1505 Juni 23.

Gedr.: aus dem öselischen Registranden im ReichsA. zu Kopenhagen UB. II 2 nn. 781—783. Vgl. L. Arbusow, Einführung der Reformation 119—122.

Über die hauptsächlich von den EBfen. Michael Hildebrand und Jasper Linde (1484—1524) in Fluss gebrachten Reformbestrebungen zwecks allgemeiner geistlicher und sittlicher Hebung der Landbevölkerung s. die Landtagsrezesse und -akten von 1502. 1504. 1512. 1513. 1514. 1516. 1520: AR. 3 nn. 20. 28. 29. 53. 54. 57. 66. 100. 101. 102. 106 und L. Arbusow a. a. O. 115—130.

**32.** Verordnungen des OM. Plettenberg inbezug auf die Bauern in Harrien-Wierland (betr. Totschlag, Entführung, Eheschliessung, Waffentragen, Lohnknechte). Auf dem Landtage zu Wolmar, 1507 Juli 25.

Gedr.: nach dem Orig. im A. der ehem. Estländ. Ritterschaft und dessen Abschrift im sog. „Roten Buch“ von 1546 usw. AR. 3 n. 36, P. 8—13. Der ganze Gnadenbrief, eingeschlossen die obigen Punkte, wurde 1543 im Rezess sämtlicher Ritterschaften nochmals wiederholt (n. 45).

**33.** Einigung zwischen dem OM. von Livland und dem Bf. von Ösel auf 20 Jahre wegen Ausantwortung der Bauern, gültig für die Gebiete Harrien und Wierland, Jerwen, Oberpahlen, Fellin, Pernau, Leal und Karkus einer-, und Ösel und die Wiek andererseits. Auf dem Landtage zu Wolmar, 1508 Juni 22.

Gedr.: aus einer Abschrift im StaatsA. zu Königsberg AR. 3 n. 41. Die Erwähnung der seit 1480 eingegangenen Ordensgebiete Leal und Oberpahlen beweist, dass gewisse Bestandteile aus einer älteren, nicht erhaltenen Einigung herübergenommen sind. Vgl. n. 24. 25 S. 104. 29 S. 110.

**34.** Einigung wegen der Bauern zwischen dem OM. von Livland, dem Elekten von Reval Gotschalk Hagen, dem Abt zu Padis und den Gebietigern und Lehnslenten von Fellin, Reval, Pernau, Leal, Narva, Wesenberg, Jerwen, Oberpahlen, Karkus, Harrien und Wierland. O. O., 1509 Juni 24.

Gedr.: nach dem Orig., Perg., im A. der ehemal. Estländ. Ritterschaft u. einer Abschrift im sog. „Roten Buch“ von 1546 AR. 3 n. 46. Vorher gedr.: Arndt, Lief. Chronik 2, 180. — Über die Erwähnung der seit 1480 eingegangenen Gebiete Leal und Oberpahlen vgl. nn. 24. 33.

**35.** Einigung zwischen der Harrisch-Wierischen Ritterschaft und der Stadt Reval auf 10 Jahre wegen der Ausantwortung entlaufener Hakenleute (Gesindewirte), zustandegebracht von Abgeordneten des Ordensmeisters. Reval, 1515 Sept. 17.

Gedr.: nach einer gleichzeit. Aufzeichnung im StadtA. zu Reval AR. 3 n. 64. Zur Vorgeschichte vgl. die Bemerkungen zu n. 29; AR. 3 nn. 54 P. 75—77. 58—63. Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit bis zum J. 1535 vgl. AR. 3 nach dem Sachregister S. 938 f., bes. nn. 67. 72. 76 ff. 88. 113. 232, 6. 298, 4. S. auch v. Bruiningk, Mitteilungen 22, 14 f. 36 f.

**36.** Verordnung des Bf. Joh. Kivel von Ösel über die Verwaltung der Landkirchen seines Bistums, die Pflichten der Kirchherren (Pfarrer) und die Leistungen der Kirchenbauern usw. Arensburg, 1518 Aug. 12.

Gedr.: aus dem öselchen Registranden im Reichs A. zu Kopenhagen AR. 3 n. 84. Vgl. L. Arbusow, Einführung der Reformation 126 f.

**37.** Kirchenvisitationsordnung des Bf. Joh. Kivel von Ösel für die Landgemeinden seines Bistums. Erlassen [1519 vor Mai 23].

Gedr.: aus dem öselchen Registranden im Reichs A. zu Kopenhagen AR. 3 n. 93. Vgl. das Synodalstatut vom J. 1505, oben n. 30, und L. Arbusow, Einführung der Reformation S. 127—129.

**38.** Protokolle der Visitation in den Landkirchspielen des Bistums Ösel-Wiek von 1519—1522.

ReichsA. zu Kopenhagen. Abschriften von H. Hildebrand für das Livl. UB. Vgl. desselben „Arbeiten“ 1875/76, Riga 1877, S. 84 ff. und L. Arbusow, Einführung der Reformation 129 f. 191 f. 252—255.

Über gleichartige Reformbestrebungen des Ebf. Jasper Linde (1509—1524) im Erzstift (also unter der lettischen Bevölkerung) vgl. Paul Einhorn, Reformatio gentis Letticae 1636 und Hist. gentis Letticae 1649 (= SS. rer. Liv. 2 S. 600. 615) und L. Arbusow, Einführung der Reformation 122 f.



**39.** Tagesordnung und Rezess des Prälatentages zu Ronneburg, u. a. betr. die geistliche und sittliche Hebung des Landvolkes. 1521 Juli 28.

Gedr.: aus dem Öselschen Registranden im Reichs A. zu Kopenhagen AR. 3 nn. 115. 116.

**40.** Vorlagen und Rezess des stiftisch-öselschen Manntages, u. a. betr. Verhältnisse der bauerlichen Bevölkerung. [Hapsal], 1521 Sept. 30.

Gedr.: aus dem öselschen Registranden im Reichs A. zu Kopenhagen AR. 3 nn. 117. 118. Vgl. die Vorlagen des Bf. Joh. Kivel von Ösel für den Manntag zu [Arensburg?], 1520 Dez. 22., AR. 3 n. 106.

**41.** Beratung der Ratssendeboten Rigas, Dorpats und Revels über das Erbrecht der städtischen Unduthschen, so keyne lifferven, sunder welcke ander blodeszvorwante frunde nahlaten. In Riga galt: dat men eren negest blotsvorwanten und frunden, zoverne keyne liveszarve vorhanden, de nagelatene gudere des vorstorvenen volgen lathe myth deme boschede, dath seh genochsam bewis bringen, dath seh de negesten erve und echte und rechte gebaren syn. . . Beschlossen: dass hierin eine jede Stadt bie eren olden gebruke und gewonheit, wo beth hertho gescheen, bliven moge, inholde eres rechts. Während des Landtages zu Wolmar, 1532 Febr. 25 — März 7.

Landtagsrezess, AR. 3 n. 301 P. 35. — Die in Riga beobachtete Praxis wich demnach von dem Grundsatz der Bauerrechte ab, wonach neben der Ehefrau nur Söhne und Töchter als erbberechtigt galten.

**42.** Gutachten der Ratssendeboten der drei Städte Riga, Dorpat und Reval zu den Propositionen des Landtags zu Wolmar. 1537 Sept. 29. — Okt. 1.

R. Stadt A. zu Reval, Pap.-heft von 3 Doppelbll., überschrl.: Raethslach der dreyer steders. — Stavenhagen. Danach hier im Auszuge. Reichs A. zu Stockholm, gleichzeit. Kop. — Hildebrand.

P. 10. Betr. die verbotene Ausfuhr von Pferden und Landesprodukten, so ist ock offentlich ahm dage, dath die von Koningeszberch und anderen enden uth Prussen stedes anhe underlaeth in Kuerlandth liggen, dath vhe und qweck to ethligen hunderten henuth drieveen, glick dath die Chuerschen bueren dath vischwerck medth helen schuten und boeten uth deme lande nha Koningeszberge, Dantzich, Stettien, ok gegen Lübeck vorfoeren, dar von sich merkliche<sup>a)</sup> duringe beide, vleschs und visches, hier tho lande vororszaketh. Dringen auf Abstellung<sup>1)</sup>.

P. 12. Die thoverie, wichelie und avergeloven belangende. Die wiele sulches nicht allein in der hilligen schrifft, szunder ock in den keyser rechten bie swarer straffe vorbadten und

<sup>a)</sup> menkliche R.

<sup>1)</sup> Vgl. AR. 3 n. 302, 12. 304, 7 (1532).

denne noch hier tho lande aller meist bie den Undudeschen szere gemeyn, viele unrades und schadens dar uth enthspringeth beide ahn mynschen und vhee etc., darum soll eines jeden Obrigkeit eingreifen und die, szo dar medh umbgaen und des tho rechte overwunnen werden, szie szien Deutzschen edder Undudeschen, anhe ansehunge der personen nha uthwiszunge der rechte tho straffende etc.

14. Was deme vorkope und burenkroge bynnen landes betreffende is, so erinnern sie an den Wolmarer Landtagsrezess von 1532 und verlangen dessen bisher unterbliebene Durchföhrung<sup>1)</sup>).

#### 43. Rezess des Landtages zu Wolmar. 1537 Sept. 29.

R. StadtA. zu Reval, 3 Doppelbl. Pap., gleichzeit. Kop. Der Schluss ist fortgelassen. — Stavenhagen. Danach hier im Auszuge.

R<sub>1</sub> A. der ehemal. Estländ. Ritterschaft zu Reval, jetzt im StaatsA. zu Dorpat, 3 Doppelbl. Pap., überschr.: De jüngste Wolmersche receß anno etc. [15]37 upgerychtet und vullentagen. — Stavenhagen.

K. StaatsA. zu Königsberg, gleichzeit. Kop. (vgl. Index 3137). Gedr.: nach einer Abschrift in Heinr. v. Tiesenhausens d. A. Geschlechtsdeduktion bei Hupel, N. N. Misc. 7. 8. St., 301—310 (H.); nach K.: Mon. Liv. Ant. 5, 480. Vgl. Freymann 255. 262.

P. 1. Gottesdienst, Prediger, Kirchen und geistl. Versorgung betr., sunderlickē [bei] de armen simpelē buren . . . . . Id soll und will auch eyn ider von uns myth vlite nhatrachten und verschaffen, dath gades lestērunge, unehre und dureyden tho sampt aller thoverie, avergloven und wickerie ernstlichen verboten, nha rechten gehore und mogenheyth gestrafft und affgeschafft werden moge.

P. 7. Wiederholung der Verordnung gegen verbotene Ausfuhr nach Deutschland, Russland und Litauen<sup>1)</sup>).

P. 8. Ock sall eyn ider overcheyth in ehrer herschafft upsenth und bovell doen, dath keyne ungewonliche kroge noch wedder van den amptluiden ader buhren up den straten, in ohren dorperen und gesinden . . . gehalten, ock keynen verkopers ader burhen gegunth werden, buthen den gemeynen markeden nye afflathe anthorichten up ader buthen den straten tho kopende offt veill tho hebbende bye verlust der whare und geborlicher straffe. Des sall eyn ider seyne whar, queck und whes des szin worde<sup>a)</sup> up den frien markeden, die van der overcheyth thogelathen und gewontlichen, bringen und darsulvest verkopen. To dem sall idt auch den buhren sowoll in den stifften also des ridderlichen Dudeschen ordens landen, wahn sie ehre<sup>b)</sup> herrschafft und amptluiden ehre plicht und gerechtigkeit entrichtet hebben, dath ehre tho ihrem besten und profith, whor idt ehne drechlich,

a) R. u. H., was des seyn were R. 1.    b) R., ehrer R. 1 u. H.

1) Vgl. AR. 3 n. 304, 7. 10; oben n. 42, 10. 14.



unvorhinderth von<sup>a)</sup> allen amptluiden und idermeynichlichen tho verforen und tho verkopen fry syn<sup>1)</sup>. Averst die Unduitschen sellen vor sick keyn queck, dath sie wollen wedder verkopen, ader ock kopmhans whare in keyner stede verkopen<sup>b)</sup>, dartho myth keynerley veylunge ader hockerye, dar van sich die Duitsche mhan plecht tho bergen und tho erneren, umbghan, by verlust und verbarunge der beschlagenen partzelen und geboerlicken poene<sup>c)</sup>. Nachdeme dann etzliche verkoper<sup>d)</sup> und andere, wo befunden, tho den burhen in ehre gesinde tehen und gelth up de handt geven, allerley whar inthokopen tho mercklichen vorfange der herschafft und verderff der burhen, so der-sulftigen welck sowoll in den stiften also ock in des werdigen ordens lande hiernhamals befunden, soll ihnen Geld und Ware abgenommen und in geborlicker straff sowoll die burhen also ock andere genomen werden . . .<sup>1)</sup>

P. 9. Ein idere herschafft sall ock der anderen ehre erff-nhemen<sup>e)</sup> up der erffhern ausocken unvortoglich uthanthworten<sup>2)</sup>.

44. Beweis des Besitzrechtes an Bauerland. Pfändung von Bauern für angerichteten Schaden auf fremdem Lande.

Aus Dionysii Fabri *Formulare Procuratorum*. Proces unde rechtes ordeninge rechter arth und wise der ridderrechte yn Lifflande, sowal yn den stiftern also yn Harrien unde Wirlande unde gemennichlichen ym gebruke aver gantzem Lifflande mutatis mutandis (angefangen 1533, beendigt 1538). Gedr. (Rostock?) 1539. Hier nach dem Wiederabdruck bei v. Bunge 255. 263. Vgl. v. Bruiningk, *Zeitschrift f. Rechtswissenschaft* 6, Dorpat 1879 S. 143—165.

Buch V (Von der Bekreuzigung) Art. 32: Sös unde dörtich jar rouwsam unde bewislick besitt is enem manne neger tho beholdende, denn also ein ander mit siner nien<sup>f)</sup> ansprake ane segel unde breve antosprekende edder to becrützigende. Wat överst buerlande sint, de becrütziget werden, schollen de buren mit eren sülvest rechten beholden mit solkem olden besitt und hebbender were. Art. 54: Welker lantman edder buer in

<sup>a)</sup> H. u. Mon. Liv. Ant., — und R. R. 1. <sup>b)</sup> offenbar verschrieben für upkopen. <sup>c)</sup> pene R. 1. H. <sup>d)</sup> vorkoper R. 1. H. <sup>e)</sup> sic R., = erfnamen, Erbpersonen; Erbauren. — P. 9 fehlt bei H. <sup>f)</sup> „lose“ in der erzstift. Manngerichtsordnung von 1531 (vgl. v. Bunge 33, auch Beiträge zur Kunde livl. Rechtsquellen 75, und AR. 3 n. 289, P. 1).

<sup>1)</sup> Der freie Bauerhandel auf den städtischen Märkten war grundsätzliche Forderung der Städte, die den direkten Eigenhandel des Grossgrundbesitzes bekämpften. Dieser wiederum hatte vieles an der Praxis des städt. Kaufmanns auszusetzen. Vgl. bereits den Wemeler Rezess von 1482 (n. 25), mehrfache Klagen und Beschlüsse in AR. 3, z. B. nn. 301, 62. 302 7. 12. 304, 10, zuletzt das städt. Gutachten n. 42 P. 14.

<sup>2)</sup> Vgl. AR. 3 nn. 301, 6. 304, 8 und den Landtagsschluss von 1537 Okt. 1. (StadtA. zu Reval, Kop. — Stavenhagen) P. 7: Idt sollen ock einem ideren syne erffburen sowoll uth den steden als tho lande up sin anforderinge unvertochlick uthgeantwoldt werden.

deme, dar he sine herschop unde recht heft, holt edder strücke houwet, hoi meiet edder vischet, so mach he dat ane allen schaden dorch aller ummeliggende lande vören unde in sinen beholt bringen, wente wege unde stege sin eines gemenen rechtes, alle unde jedermanne to gebruken vri. Unde so de lantlûde in vrömeder herschop, dewile se ane der vart des dages sin, dar se nen recht inne aver<sup>b)</sup> hebben, holt efte strücke to[?] houwen, hoi meien<sup>1)</sup> edder vischen würden, edder süs schaden don, mach de herschop des landes edder gudes se wal panden<sup>1)</sup>, unde de gewalt mit rechte vördern, so verne he se up schinbarer dat besteit, edder genochsam bewiset, dat se dat, darumme he se gepandet, gedan hebben.

45. Propositionen des Ordensmeisters Hermann von Brüggeneý für einen Tag zu Wenden. 1542 Sept. 10.

StadtA. zu Reval, 3 Doppelbl. Pap., gleichzeit. Reinschrift. — Stavenhagen. Gedr.: nach einer anderen, jetzt verschollenen Abschrift Mon. Liv. Ant. 5 n. 258 S. 645 ff. — Die Propositionen haben dann dem Wolmarer Landtage 1543 Febr. 16 — März 9 vorgelegen.

Artickel und grundtliche orsaken, so von gemeinen herren, gebiedigern, reden und steden, so up sondages nha nativitatis Marie anno etc. [15]42-ten gegen Wenden verschreven, beradtschlaget und verhandelt sollen werden<sup>2)</sup>.

P. 1. Ein jeder Stand und Herrschaft unter dem Ordensmeister soll für Besetzung der Pfarren und Kirchen mit gelehrten gottesfürchtigen Kirchendienern sorgen, die das Volk mit dem heil. reinen Göttlichen Wort und den heil. Sakramenten wohl versehen, ock de untelligen wickeryen unthoveryen neffen andern ungotlicken und unchristlicken missbrücken, welke sick leider an velen orden bie den Undudtschen sowoll Duidtschen mercklicken verbreidet und vermehrt, gestrafft, und wes ungotlich, unchristlich, affgedan moge werden.

46. Gutachten des Revaler Rats inbetreff der Landtagspropositionen des OM. Brüggeneý zum Landtage zu Wolmar. 1543 [vor Febr. 16].

R. St.A. zu Reval, Reinschft. — Stavenhagen.

<sup>b)</sup> fehlt in der erzstift. Manngerichtsordnung von 1531.

<sup>1)</sup> Vgl. LGU. 2 nn. 271. 658. (Pfändung von Pferden, 1535), 1037 (Pfändung von Beilen, vor 1544), doch beziehen sich diese Fälle auf strittige Waldnutzung.

<sup>2)</sup> Vgl. dazu das Gutachten der drei Städte zu diesen Propositionen für den Wolmarer Landtag, 1543 Febr. 24 (StadtA. zu Reval), gedr. Mon. Liv. 5 n. 200 S. 650 — 660, und den Landtagsrezess (Konzept im StadtA. zu Reval.—Stavenhagen), bes. Mon. Liv. 5 S. 655, Rigas Meinung betr. de anholdinge der buren: hofft, die Herren und Stände werden die Stadt über altes Herkommen und Freiheit, wovon sie nicht abzugehen gedenke, nicht nötigen, noch ihr eine neue Beschwerde zumuten.



Zum 1. Art., Gottes Ehre und Gerechtigkeit betr.: viele Missbräuche und böses Exempel unter den hoeveden wären abzutun, und gude particular scholen hier ihm lande, nemblich tho Vellien und Wesenberge, in der Letzchen [!] und Undudeschen sprake einzurichten, u. s. w.

47. Rezess der auf dem Landtage vereinigten Ritterschaften, z. T. auf der Grundlage von Plettenbergs Gnadenbrief vom 25. Juli 1507 (AR. 3. n. 36, oben n. 32). Wolmar, 1543 März 8.

R. sog. Rotes Buch im A. der ehemal. Estländ. Ritterschaft zu Reval (jetzt im StaatsA. zu Dorpat) Bl. 28–32, Kop. vom J. 1546, überschrt.: Eyne gemeine verwilligung des adels overall in gantz Lyfflandt thom gemeynen landtsdage beschloten. — Stavenhagen. Eine Abschrift. nach anderer Vorlage (?) in der Brevernischen Samml. S. 310.

H. gedr.: nach einer Abschrift. in der Geschlechtsdeduktion Heinr. v. Tiesenhausens bei Hupel, N. N. Misc., 7. 8. St., 310–322.

Bei Schirren, Verzeichnis S. 196 n. 45, IX 13–17 sind die nachfolgenden Verordnungen nach einer HS. in der Kgl. Bibl. zu Stockholm (Misc. L. 14 Bd. III, 629–679) verz. als „Extract des Landtagsrecesses zu Wolmar 1545“, ebenso bei Arndt, Lief. Chronik 25. 210 f. — Vgl. Freymann 283.

P. 6. § 1. Und oft sichs ock under den buren begeve, dat eyner edder mher entlyvett und dodtgeschlagen worde, soll men sich an den handtdeder holden und densulven nha synem verbreke am halse richten. Die anderen buren, so daran keyne schult hebben, sollen gefreyett syn; die aver dem dededer wollen beystendich seyn und dorover jemandts in datt syne fallen und nhasukung doen werden, die sollen ahn oren helsen breken<sup>1)</sup>. § 2. Und welcke bure eyne dirne entfurth ane willen und vultborth der frunde, den sall men richten an dem hals. § 3. Entfuerett he se aver mit willen der frunde, so soll men se eheligen<sup>2)</sup>. § 4. Es soll ock keyn bur an willen und gegevenen teken der heerschop keynerley where tragen, sondern bey wem sie befunden, dem soll sie genommen werden. § 5. Die losen unbessatten burknechte sollen nicht leddig umblophen, sondern sich tho eynem gantzen jar vormythen und<sup>3)</sup> keynen acker, sondern sich ires lohns gebreken<sup>b)</sup>. Wurden sie abers binnen jars verlopen, sollen sie in geborliche straff genommen werden<sup>3)</sup>. § 6. Mit de moncken und nunnen closter, so itziger tydt vorhanden, soll es also geholden werden: aldewyll men de moncken closter umb der

a — b) fehlt H.

<sup>1)</sup> Die §§ 1–5 stehen bereits in Plettenbergs Gnadenbrief von 1507. Der § 1 ergänzt die Bauerrechte inbezug auf die dort fehlenden Bestimmungen über Begünstigung von Verbrechen.

<sup>2)</sup> Die Bauerrechte sehen nur Vergewaltigung vor, worauf Enthauptung stand. Der § 2 nähert die Behandlung dieses Vergehens den Grundsätzen der Ritterrechte an, wie schon AR. 3 n. 36, 4 (vgl. auch P. 5 des vorstehenden Rezesses, Hupel a. a. O. 315). S. auch v. Bruiningk, Mitteil. 22, 18. 30 f. <sup>3)</sup> Über Entlaufen von Dienstknechten s. LBB. Art. 45.

Undeutschen willen, die in cristlichen gloven tho underwysen, sowoll ock die junckfrouwen closter umb der adelichen dochter tho lernung Gades fruchten, kunsten und guden seden nicht enteren khann, soll men die neven unsern overicheyden schutzen und by weren holden<sup>1)</sup>; doch dat alle unordenung und uth- und inloping jedermans moge abgeschaffet werden usw.

48. Vertrag wegen der Bauern zwischen der Harrisch-Wierischen Ritterschaft und der Stadt Reval, gestiftet von Joh. von Münchhausen, Bischof von Kurland und Administrator des Stifts Ösel, und den Komturen Joh. v. d. Recke zu Fellin und Remmert v. Scharenberg zu Reval im Auftrage des OM. Hermann v. Brüggenev. Reval, 1543 Juni 23.

Gedr.: aus der Pistohlkorsschen Abschriftensammlung in der Brfl. zu Ruttigfer, hd. Übertragung, bei Hupel, N. N. Misc. 11. 12. St., 1795, 329—350 n. 12. Wonach hier im Auszuge.

Vgl. oben n. 29. 35 und das in den AR. 3 abgedruckte Material zum Streit zwischen den Harr.-Wierischen und Reval wegen der Bauernauslieferung, besonders die Einigung von 1515 (AR. 3 n. 64) und AR. 3 n. 113.

3. § 1. Auff die entgegennehmung der bauern soll die stadt allenthalben auf den predigtstühlen verkündigen lassen, dass sich niemand unterstehen soll von der stadt einwohnern hohes oder niedriges standtes, die verstrichene hackenbauern, und die noch verstreichen werden, zu haußen und zu herbergen, bey 10 mk. poen. § 2. Die bauern, so zu landte nothwehre gethan, die sollen des geleidts in der stadt genüßen, aber andere, muthwillige todtschläger sollen das ebentherer des rechten erwarten<sup>2)</sup>. § 3. Da auch einig bauer den andern in der stadt zu beklagen sich unterstündte<sup>3)</sup>, die sollen von der stadt, sofern sie nicht in der stadt und derselben herrlichkeit verbrochen und allda gesündiget, an ihre gebührliche obrigkeit gewiesen werden, ausgenommen diejenigen, so auff offenbahrer dieberey, mord und todtschlag auch andern peinlichen und bluthsachen beschlagen und befunden werden.

4. Nachdem auch die bauern zu ihrem eigenen verderb und der herrschaft zu schaden geld leihen, nehmen und borgen, derowegen soll die stadt, indeme die frembden zu lande auff ebentherer, also daß die, welche wenig unterweiln wiederumb überkommen, manchen entsetzen, der vorlegunge, es were dann die von der herrschaft verschrieben, sich weiter enthalten. Thete da jemand über, der soll die bauern darumb in der stadt nicht plagen und anhalten, sondern die vor ihre gebührliche obrigkeit

<sup>1)</sup> Es handelt sich bei den Mönchen um die reformierten Franziskanerklöster zu Hasenpoth, Lemsal, Kokenhusen, Fellin und Wesenberg. Vgl. v. Bruiningk, SB. Riga 1905, 32. L. Arbusow, Einf. d. Reformation 817.

<sup>2)</sup> Vgl. AR. 3 nn. 62, 10 f. 63, 10 f. 64, 8. 113. 117, 5. 118, 5 und Freymann 223. 226. <sup>3)</sup> Vgl. S. 68.



derhalben, welche nach vermügenheit der bauren ihm darzu helfen soll, beschuldigen. Jedoch vor welchen die herrschafft verschrieben, da soll er vor stehn, doch so bescheidenlich, dass die bauern die alte schuld von dieser zeit vor das erste von jahren zu jahren und nach gelegenheit bezahlen sollen.

9. Die bauern, so die herrn und ritterschafft auf dem ihren gefenglich annehmen und über der stadt marck führen lassen denen soll man ihren friedlichen zugk durch die kayserliche strasse vergönnen.

49. Propositionen des Ordensmeisters zu dem zu 1546 Juli nach Wolmar ausgeschriebenen Landtage.

R. A. der ehemal. Estländ. Ritterschafft zu Reval (jetzt im StaatsA. zu Dorpat), gleichzeit. Kop. (offenbar das aus der Kanzlei des OM. zugeschickte Exemplar). — Stavenhagen.

P. 1. Betr. die reine Lehre des Evangeliums und die Anstellung von Pfarrern, dar mith dem armen paursvolck das liebe evangelion recht gepredigt werde, usw.

P. 2. Betr. die Gründung der Partikularschule, die der OM. dem Ebf. und den Prälaten bisher ohne Erfolg vorgeschlagen<sup>1)</sup>.

P. 3. Massregeln gegen den Missbrauch, da sich etzliche vom adell sowoll baurleute mith ihren nhae blutsverwanten verheiraten, was wider Gottes Gebot ist<sup>2)</sup>.

P. 7. Verbotene Ausfuhr<sup>3)</sup>.

P. 8. Daß Gast mit Gast zu kaufschlagen den inwoneren der stedt sowoll auch der herrschafft, adell und stende dieser land frey und offen muge stehn<sup>4)</sup>.

P. 10. Dieweill der vorkeuffer halben, sowoll Teudschen als Unteudschen, der herrschafft mennigerley beschwerung entsteht, das solches gewandelt<sup>5)</sup>.

50. Nicht eingereichtes Gutachten der Pernauer Ratssendeboten zum Landtage in Wolmar. 1546 Juli 18.

R. StadtA. zu Reval, 5 Doppelbll. Gleichzeit. Kop., wahrscheinl. eine von den Revaler Ratssendeboten aus Wolmar heimgebrachte Pernauer Abschrift, viell. auch das Pernausche Orig. Auf der Rückseite: Disse boantwerdinge der thogeschreven artikel anno [15] 46 is nicht avergegefen, in dem de ander stede, allse Rige, Derpte und Revel, uns mith in eren radtslegen tho sick thogen. Actum sondages na Margarete anno etc. [15] 46. Weitere Aufschrift: Punct im leenbrive: Jedoch dat he und syne erven dessen haken landes nicht im felde vordensten sollen, sunder in unser und unsers ordens stadt Pernow [denste] vordensten und deste ein flitiger upseen vorwenden. [Bezieht sich auf irgend ein Hauslehn der Komturei Pernau]. — Stavenhagen.

<sup>1)</sup> Vgl. n. 46. <sup>2)</sup> Vgl. AR. 3 nn. 301, 67. 302, 13. 304, 9. <sup>3)</sup> Vgl. n. 42, 10. 43, 7 u. AR. 3 nn. 302, 12. 304, 7. <sup>4)</sup> Vgl. n. 43, 8 u. AR. 3 n. 302, 7. <sup>5)</sup> Vgl. n. 42, 14. 43, 8 u. AR. 3 n. 301, 62. 302, 12. 304, 10.

Zum 1. Art. der Landtagsprop., die Religion betr.: Pernau will das den in der Schrift Gelehrten laut des heil. Reiches Ordnung zur Reformation anheimstellen, im übrigen den Beschlüssen der livländ. Herren und Stände, sofern sie dem Evangelium entsprechen, sich anschliessen.

Zum 2. Art., über Anstellung von Pfarrern und Gründung einer Partikularschule, verweist das Gutachten auf die Rezesse von 1522<sup>1)</sup> und 1543<sup>2)</sup>, die noch nichts Fruchtbare gezeitigt hätten. Um 1522 war es auch nicht so grodt noch alsze itzundes, wente do weren noch alle doemkerken, parkarcken und kloster fullenkaemen genochsam vorsorgeth mer dan noch mit parhern und karkendeinern, dar itzundt grodth mangell und gebreke ahn is. Etliche karcken im lande sinth noch vorsorgeth: ein part ut den klostern gekaemen syn; so de afgan sollen, dan swerlich inne dussen landen tho parhern reichen moghen; ut Dutschen landen sinth se swarlich her tho bringende, werden och deme armen landtfolck mit der sprake nicht nuth. Die Sache ist ernstlich zu fördern, sonst ist zu befürchten, dat in kortten jaren dat lantfolck warth wedderumme gans to heiden. Es wäre nötig, mer dan in ander landen, nachdem dusze lande mit der sprake szo gedeileth, ein Partikular zu begründen, dar stedes 1<sup>e</sup>, ader so vele man erholten mochte, armer kinder mit lyves notrofft vorsorget mochten syn<sup>3)</sup>. De armen kynder, wann de wat geleret hedden, mochten den landen nuth werden und deynen; wann averst de vormogende studeret hebben, isth gantz weinich, de denne deynen willen . . .

Zum 3. Art. des heyradts halven, beyde vom adel und buresvolck aver de linige getreden: in Berücksichtigung von Levit. XVIII. müssen die Übertreter gestraft werden, thon schrecken und sch[e]we der andern.

Zum 5. Art., die Münze betr.: . . . Will ock noch syn tho beradtschlagen up de Swedische mundt, dat de arme landtmen dar nicht mede bedrogen wurde.

Zum 7. Art., verbotene Ausfuhr betr., müssen die früheren Rezesse<sup>4)</sup> beobachtet werden, usw.

Zum 8. Art. wünscht das Gutachten ein Verbot des Eigenhandels des Adels und der Amtleute (auf den landesherrlichen Domänen), die in velen orthen tho lande tho kope in eren haven solth, herinck, osemunth, allerlei buren notrofft haben, so dat de landtman jo nicht thor stadt edder tho markede kommen mach.

<sup>1)</sup> Vgl. AR. 3 nn. 129, 2. 136, 10. <sup>2)</sup> In dem bei Hupel, N. N. Misc. 7. 8., S. 322—329 abgedruckten Landtagsrezess von 1543 März steht nichts darüber. <sup>3)</sup> Vgl. bereits die Landtagsrezesse von 1512 und 1514, AR. 3 nn. 53, 30, 57, 35, auch n. 117, 2. 129, 2. Zum Mangel an Landgeistlichen s. ebda. n. 54, 72 (1513). <sup>4)</sup> Vgl. AR. 3 nn. 301, 62. 302, 7. 12.



Zum 10. Art., dass, dewile der vorkopper [halben] so wol Dudeschen alsse Unduschen der herscha[f]t mannigerlei boswerunge entsteit, solches gewandelt werden müsse, verteidigt das Gutachten den deutschen Kaufmann. Unde is klarlichen in lobelichen recessen angetogen, wan de landtman syne herschafft botalt hefft synen tins und plicht, schal [he] syn guder mechtich sein thorstadth tho brengen<sup>1)</sup>. Dagegen wird an vielen Orten gehandelt und de arme landtman is in vellen orthen nich mechtich sein korn, vlasz, queck; und allenth werth im vor halff gelt affgekoft; im wirth in etlichen orten gelt vor uth gegeben up korn, vlasz, dat noch in Godes gewalt steit; moth solch gelth entfange<sup>1a)</sup>. Dafür strafft Gott uns mit Teuerung usw. Ock mith den perden ith nicht wo vormals: nha deme de lantlude des eren nicht me[ch]tich sein, so vorgeith de tucht und fodinge der perde. Allem diesem müsste gesteuert werden . . .<sup>2)</sup>

**51.** Instruktion der Revaler Ratssendeboten zum ausgeschriebenen Richteltage zu Wenden. [1547, Anfang Juni.].

R. aus G. v. Breverns Abschriftensammlung in der Bibl. d. Ges. f. Gesch. u. Alt. zu Riga nach einem, im J. 1894 nicht mehr aufgefundenen Konzept im StadtA. zu Reval. — Stavenhagen.

P. 3. Der buren halven. Dar wils ein ers. radt in uthantwordinge derselben, wo von olders here gewontlich, mede holden laut einem [!] olden voreinigunge, etwa thwischen dem achth. adel uth Harrien und Wierlande und einer guden stadt Reval upgericht, wowol niewerle vullentugen. Darup steits und borouwet idt ok noch heutiges dages<sup>3)</sup>.

**52.** Aus d. Rezess des Landtages zu Wolmar. 1548 Juli 29.

R. Archiv der ehemal. Estländischen Ritterschaft zu Reval (jetzt im StaatsA. zu Dorpat), 3 Doppelbll. Pap., gleichz. Kop., ziemlich defekt, übersch.: Recesz gemeyner hern und stende dusser lande zw Leyfflande auff gemeyner thosamenkumpst tho Wolmer, gehalten sondags nha Jacobi im [15]48 jar. — Stavenhagen.

R 1 StadtA. zu Reval, gleichzeitig. Kop., 2 Doppelbll., undatiert. — Stavenhagen.

P. 6. Mith ausanthwortung der buren, weyll biszher viell zwist und irre<sup>a)</sup> derhalben erwachsen, soll es nach der erbeynung in steden und im lande also gehalten werden, das, wo eyner seyne erbburen antrifft und furdert, sollen ime ane jenigen behelp

a) irruren R 1.

<sup>1)</sup> Rezess von 1532, AR. 3 n. 304, 10. Vgl. ebda. n. 305. Rezess von 1537, oben n. 43, P. 8. <sup>1a)</sup> Vgl. aber den Rezess n. 25 S. 102 u. n. 48, 4.

<sup>2)</sup> Der bei Hupel N. N. Misc. 7. 8. S. 330 - 340 abgedr. Landtagsrezess von 1546 Juli 28 behandelt nur politische Fragen. Vgl. aber den Rezess von 1548, unten n. 52.

<sup>3)</sup> Vgl. n. 29. Eher sind unter der „alten Einigung“ die Abmachungen von 1515 (n. 35) oder von 1543 (n. 48) zu verstehen; dann ist die vorstehende Instruktion vor 1543 zu verlegen.

wider zugestalt und ausgeanthwordet werden. Sovele aber die Estlendischen und Wirlendischen ock die Wikischen betreffend, sollen sie sich in ausanthwortung der bure tho erster gelegenheyt nach dem alten vergleychen. Zudem setzen und wollen [wir]<sup>a)</sup> auch hiemith, das keyn landsasse in [Liffland]<sup>a)</sup> wider in steten noch sunst umb [jeniger]ley arrestert und bekummert, besunder bey seyner geburlichen ubrikeyt beclagt werden soll. Und nachdem auch der vorkauffer halben das viehe auff dem marckte verteuert und damit viele unordenunge eingerissen, sollen geschworene Aufseher auf den Märkten sein, und wo jemand, es sei Herr oder Stadt, auf solche Märkte einen keuffer abfertigen wurde, soll alwege derselbige<sup>b)</sup> abgefertigte breve und beways, wie viell ehr zu keuffen bevehell [hat]<sup>a)</sup>, bey sich haben, und soll den Handel nicht eher beginnen, er habe dan zuvor des ortts<sup>c)</sup> dem amptmann ader sonst den bevelchhabern seyn bevehl eroffnet. Welchs dann gleycher gestalt mit den landtsessen gemeynett werden soll; und<sup>d)</sup> sollen die bauren<sup>e)</sup> ire vihe anders nit dan auff freyem marckte verkaufen. Wo aber jemants doruber [anders]<sup>a)</sup> betroffen oder des sonst genochsam uberwysett, soll der verkeuffer gelt und vihe verlustig seyn. Und soll eynem jeden bauren nach der stadt und [freien]<sup>a)</sup> marckten nach dem alten zu reysen und das seyne aldar zu verkaufen frey gelassen werden<sup>1)</sup>.

**53.** Vergleich zwischen der Harrisch-Wierischen Ritterschaft und der Stadt Reval auf ein Jahr über die Auslieferung verstrichener Bauern. [15]49, Juli 5.

R. aus Bibliothek der Gesellschaft f. Gesch. u. Alt. zu Riga, Sammlung von G. v. Breverns Abschriften p. 293, nach einem Protokollkonzept im StadtA. zu Reval, das 1894 daselbst nicht mehr auffindbar war. — Stavenhagen. Vorstehende Einigung gleicht in vielen Punkten derjenigen von 1515 (n. 35, AR. 3 n. 64).

Anno [15]49<sup>ten</sup> fridages post visitacionis Marie<sup>2)</sup> hebben de achtbaren, erbaren und ernvesten hern rede und junkern des utschets gemeiner ritterschaft der lande Harrien und Wirlande eins, de vorordenten eins ersamen rades und utschet der dreien gilden einer guten stadt Reval anders deils, tho einem jare der vorstrekenen hakenbueren halven frunt- und naberliche umbe friedens und versekens<sup>f)</sup> willen underhandelinge gehat, als nemblichen und diser gestalt. So ein vorstreken hakenbuer und ein older bodagter, der dat lant nicht lenger bogaden konte<sup>g)</sup> ader den haken bositen konte, dat<sup>f)</sup> man derselben eldisten sone, so de in de stadt vorstreke und vorhanden, wo aber nicht, den negestfolgenden nha dem oldesten, ingelichen de wivere, so erhen

<sup>a)</sup> R. 1, fehlt R.    <sup>b)</sup> R. 1, denselbigen R.    <sup>c)</sup> R. 1, eyns R.    <sup>d—e)</sup> R. fehlt R 1.    <sup>f)</sup> sic R.    <sup>g)</sup> k. R.

<sup>1)</sup> Vgl. n. 43 P. 8; 50 P. 10.    <sup>2)</sup> Juli 5.



mans entlophen, und de hovesburen, de buten tides anhe der herschop willen in de stadt Reval vorstreken und kamen wurden, dat man disen eder den wo vorberurt up freuntlich ansuchen der herschop, wor de ein kleins breveken ahn den stadtvogt gelangen laten, vorgedachten stadesvogt durch de wal[t]boden mit desselben erlubnisz bringen lassen sall, umb deselben, disen oder den obgemelten, siner herschop gutwilligen to folgende upt herdeste und scherpeste to ermanende. Und im falle sollichen entstunde, sal men deselben mit vorgunstigung der stadt vogt von wegen der rechten in dat vanckhus bringen und dar so lange sitten laten, bet thor tit tho<sup>a)</sup> se willich und bedacht werden, erher herschop up deroselbe erfurdern to folgende, de de herschop alsdan unboswert utgeantwortet solen werden nha. sollichen, oder wo vaken se entlophen und erhe toflucht tho der stadt Reval nemen wurden, solen se vorig gestalt und mate int vanckhus geseten und also erhen herschop uththofolgende willich gemacht werden, de dach und nacht mit twee sol. brodes, den gefangen von dem einen sol. brodes den dach, dorch den vorwarer dersulven gespiset und nha gemakeden willen erher herschop oder deroselben vulmechtigen durch schrifte wedderumb uthegeantwortet werden, doch so boschedentlich, dat der stadt vogt vorhenne hantleistinge von der herschop oder deroselben vulmechtigen gedan, disem oder dem obgestimpt ferner kein let siner voraverkeringe<sup>b)</sup> nha nicht to doende. Das solen und willen wie van beiden parten kein bohelf soken noch nemen uth disen itzigen einigung, so von uns nue thom jare to verseken vorgenamen und vorhandelt worden. Und so ock middeler tit nha verlop des jars von uns gefuglichen und drechligen middel, wiesc und wege, disen sachen denstlich, konten erfunden werden, darmede twischen uns beider siten veste gude toversicht und getruwe naberschop mochte erholden werden, wollen wie uns allenwegen vorbehalten mit dem besten anhe und to verdacht wesen. Das alles<sup>a)</sup>.

#### 54. Aus d. Rezess des Ständetages zu Pernau. 1552 Juli 15.

R. A. der ehemal. Estländ. Ritterschaft zu Reval (jetzt im Staats A. zu Dorpat), Orig., Perg., kalligraphisch geschrieben; mit 17 Siegeln in Kapseln an Perg.-presseln<sup>1)</sup>. — Stavenhagen. Ebda. 2 gleichzeit. Kopien.

a) sic R.

b) voraverkinge R.

<sup>1)</sup> Es sind folgende Siegel: OM. Heinr. v. Galen. Von wegen des Erzstifts: Rig. Dompropst Math. Unvorferth, Stiftsvogt zu Treyden Joh. v. d. Paell. Wegen des Stifts Dorpat: Fabian v. Tysenhausen d. Ä. Blasius Muller, Domherr, Joh. Stackelberch, Hauptmann der Dorp. Ritterschaft. Wegen der Stifte Ösel u. Kurland: Joh. Teuffell, Domherr, Joh. Varnszbeck zu Udenküll, Winrich Varnszbeck zu Walckte. Wegen der Ritterschaft von Harrien-Wierland: Brun Wethberch, Otto Thuve zu Kochtell, Ewerth Wrangell u. Joh. Ducker zu Wartz. Von wegen der übrigen Ritterschaft des Ordens: Joh. v. Bockhorst, Wolter von Plettenberch, Joh. Perlyn, Mannrichter, und Joh. Treyden aus Kurland.

Gedr.: nach einer Abschrift. in der Tiesenhausenschen Geschlechtsdeduktion bei Hupel, N. N. M. 7. 8. St., 341—349; das hier fehlende Ende ist gedr. nach d. Orig.: Mittheilungen 2, 157—159. — Vgl. Freymann 227. 255. 262. 264.

P. 1. Soviel die Religion und Göttliches Wort belangt, soll ein jeder Stand vermöge aufgerichteter Rezesse bisz auff eyn algemeyn cristlich generall concilium oder eynhellige vorgleychung unangefochten und unturbirt gelassen werden.

P. 2. Und sovill mangell der vorfallen kirchen [und]<sup>a)</sup> gottes heuszer [belangt, wollen wir]<sup>a)</sup> daß dieselben mit geeigneten Pfarrern und Dienern versehen werden, und das arme paursvolck, sowoll der Dutsch, van den groben irtumben, zeuberey und dergleychen gotslesterunge . . . abgeleytet und zu dem alleyn salich machenden worth Gottis gehalten und gepracht werden muchten, worauf ein jeder Stand, geistlich und weltlich, auch Ritterschaft und Städte, zu achten hat.

P. 7. Wiederholung des Verbots unerlaubter Ausfuhr von Landesprodukten.

P. 10. Und nachdem auch in steten von etzwelchen den armen pauren die wahr auff zeyt und [auf]<sup>a)</sup> das tewerste in die handt gestecket, daruber sie oft, wann sie wiederkommen, angehalten und gepfendett werden, das solches abgestalt, die armen leuth mit borgen nicht uberladen oder angehalten werden muchten.

P. 12. Mith ausanthwortung der pauren, derhalben sich gemeyne ritterschafft hochlich beclagett, soll es vermöge aufgerichter beliebung also gehalten werden, das eyn jeder standt und stadt dieszer lande, wer der oder die auch seyn, eyner dem andern seyne pauren auff erfurdern unweygerlich ausanthworthen soll und zu aller ersten gelegenheyt dazu gedacht werden bey denen stenden, so vonnoden, das bey der obrikeyt eyne ewige beständige eynigung auffgerichtet und bestetigett werden mucht.

P. 13. Und weyln dan auch in dieszen landen des boszen vorreterlichen dodtschlahens und mordens bey Teutschen und Unteutschen viell vorgenommen werth, die teter von eynem orth in den andern weichen, sollen hinfurth solche dodtschleger, und die umb drinckens oder andern unrechtmessigen muthwilligen ursachen im scheyn der nothwehr solchs begangen<sup>1)</sup>, die seynt edle, burger oder pauren, wieder recht nicht geschutzett noch aufgenommen werden . . .

P. 15. Mith dem kruegen und vorkauffen soll es nach der gemeynen landen recesz gehalten und diszfals jeder beswerung durch guth auffsehung abgestellt werden.

55. Gutachten der Ratssendeboten Rigas, Dorpats und Revals zu den Landtagspropositionen. [Während des Landtages zu Wolmar, 1554 Jan.]

<sup>a)</sup> fehlt R.

<sup>1)</sup> Vgl. B. I 6 u. 8; WBR. c. IV.



R. StadtA. zu Reval, 1 Doppelbl. Pap., ohne Datum, am Schluss: Ander bedenken der stedt gesanten auff vorgeschlagene beredung der hern und adels. Überschr.: Der erbarn dreier stetter gesanten weiter bedenken uff den gesterigen uergeben berame der hern und stende diesser lande. — Stavenhagen.

. . . Belangend<sup>a)</sup> die ausantwortung der bauren und vermeinter beschwerung des adels etc., doruf sagen die stet Darbt und Reval, das solch beide artickel ihren oltisten nicht zugeschrieben, derwegen sie auch darauf gar keinen bevelich [haben], und lassen demnach solchs bei eins idern alten gbrauch und loplichem herkomen pleiben. Die von Riga aber haben darauf ihren bevelich und gute meinung<sup>1)</sup> uergeben, dabei lassen sies auch beruhen und wissen sich daruber nicht weiter einzulassen. Und seint semptlich stet der untertenigen hoffnung, meine g. h. werden uber alten gbrauch und herkomen keine stad beschweren<sup>2)</sup>. Und so daruber in diessem reces ethwas gesetzt solt werden, das zu abbruch eins idern recht, baursprach, alten gbrauch und herkomen gereichen solt, davon willen die stet semptlich ufs hertlichste<sup>b)</sup> protestieret haben.

4. Die verheiratung blangend, lassen die gesanten der stet sich denselben artickel, in massen der gesetzt, gefallen.

**56.** Einigung des Bf. von Kurland und Administrators des Stifts Ösel Johann [Münchhausen] und des OM. Heinrich von Galen wegen Ausantwortung der Bauern. Auf dem Landtage zu Wolmar 1554 Jan. 11, bezw. Hapsal 1554 Sept. 10.

A. Ausfertigung des Ordens.

R. aus A. der ehem. Estländ. Ritterschaft zu Reval (jetzt im StaatsA. zu Dorpat), gleichzeit. Kop., 2 recht defekte Doppelbll. Pap. mit 7 beschr. Seiten. Auf der Rückseite: De Wikische eynigung. — Stavenhagen. Vgl. H. v. Engelhardt a. a. O. S. 111. — Stimmt im wesentlichen überein mit der Einigung von 1508 (AR. 3 n. 41).

B. Ausfertigung des Bischofs von Ösel.

R. 1 ebda., „Corpus privilegiorum“, in Schweinsleder geb. Abschriftenband v. Ende d. 17. oder Anf. d. 18. Jahrh. R. 2 ebda., in Pappe geb. Abschriftenband v. Ende d. schwedischen Zeit. Überschriften: Vereinigung der pauren halben, wie es mit ihnen soll gehalten werden. — Stavenhagen.

a) Blangend R. b) herlichste R.

<sup>1)</sup> Unbekannt, was umsomehr zu bedauern ist, da es über Rigas Stellung zu der Läuflingsfrage so wenig Nachrichten gibt. Rigas (und Dorpats) Erklärung zum Landtage von 1492 ist bisher nur durch Revals Zeugnis überliefert (n. 29; UB. II 1 n. 779 S. 587). Der Streit wegen der Läuflinge hat im Erzstift, im livl. Ordensgebiet und in Kurland fast gar keine Rolle gespielt, ganz anders, als im nördlichen (estnischen) Teil Altlivlands. Vgl. v. Bruiningk, Mitteilungen 22, 36 f.: bis 1544 ist nur eine einzige Aufforderung an Riga betr. Auslieferung eines Bauern, vom Jahre 1529, bekannt (LGU. 2 n. 478). UB. 7 nn. 228–230 (ca. 1424) betreffen etwas andres.

<sup>2)</sup> Darauf beschränkte sich Rigas Erklärung von 1542 (n. 45 Anm.).

Wir Johannes, von Gots gnaden bischof zu Curlandt und administrator des stifts Özell, thun kundt jedermennichlich, die diesen unsern ofnen vorsiegelten brieff sehen ader hören lesen, das dis ist die warhaftige newe gemachte einunge zwischen uns, unserm wirdigen capitel, achtbarn ritterschaft und gemeinen einwonern des stifts Ozel von einem, und zwischen dem hochwirdigen und grossmechtigen fursten und heren, heren Heinrich von Galen meister Teutschs ordens zu Leifflandt, sinen erwidigen und wirdigen gepietigern und den<sup>a)</sup> gantzen ritterschaft und manschaft ock gemeinheit in Harrien und Wierlandt wonhaftig von deme anderen theille, am jungsten vorleden landesdage gehalten zu Wolmar ingegan und gemacht von worten zu worten lautend, so hier nachfolgt.

Wir Heinrich von Galen meister Teutschs ordens zu Leiffland thun kundt, witlich und offenbar allen den jennen, die diesen gegenwirtigen<sup>a)</sup> brief sehn offte lesen hören, das wir für uns und unseren erwidigen mitgepietigern und unserem gantzen orden, achtparen ritterschaft und manschaft und alle inwonere unsers ordens lande<sup>1)</sup> Harrien und Wierlande, Revel, Jerben<sup>a)</sup>, Averbael, Velin, Kerckhaus, Pernow und Sonenpurgk, Wesenberge, Narve, Newschloss und Zelborch<sup>a)</sup> mit dem hochwirdigen in Got fursten<sup>b)</sup> und heren heren Johansen bischof zu Curlandt und administrator des stifts Özel und seinem wirdigen capitel und achtparen ritterschaft und manschaft, auch allen inwoneren des stifts Ozell sowoll in der Wike also auff Ösel haben gemacht zur liebe und eindracht unser lande vorbenömpft eine einung der bauren halben, wie wir von beiden parten unverbrochen halten und gehalten willen haben in dieser vorbe-schriebenen weise und form.

Von Gottes gnaden wir Johannes bischof zu Cuhrlant und administrator des stifts Ösell thun kund, wiszentlich und offenbahr allen denjenigen, die diesen breff sehen edder lesen hören, daß wir vor uns, unser ehrwürdiges capittel, achtbahre ritterschaft und alle einwohner und untersaszen unsers stifts Ösell sowohl in der Wieck als auf Ösel mit dem hochwürdigen grossmächtigen fursten und herrn, hern Henrich von der Galen Deutsches ordens meister tho Liefllandt und seinen ehrwürdigen mitgebietigern und gantzen ritterlichen orden, auch achtbahre ritterschaft und manschaft und alle einwohner der lande Harrien und Wierlandt, Reval, Jerven, Averbahlen, Vellin, Karekus, Pernow, Sonneborg, Wesenberg, Narve, Neue slott und Tohlsborg haben gemacht zur liebe und eindracht unser lande vorbenömpft eine einigung der pauren halben, die wir von beiden parten unverbrochen halten und gehalten wollen haben zu ewigen zeiten in dieser nachgeschriebenen weis und form.

<sup>a)</sup> sic R.    <sup>b)</sup> drübergeschrieben statt des gestrichenen vater R.

<sup>1)</sup> Die Erwähnung einiger, seit 1480 nicht mehr bestehender Gebiete, beweist die Benutzung einer früheren Einigung bereits in der Vorlage von n. 56. Vgl. oben n. 24. 25 S. 104. 29 S. 110. n. 33. 34.



1. Int erste ob jemant sein erbbauser ohne befrigung, willen ader zulasz ader urlaub seiner erberen entgan were, idt sei hakenman, einfotlinge oder lösztreiber, so ohnen<sup>c)</sup> sein erbher erfordern ofte vorderen lassen will von dem jennen, wor hie inen boschleitt, den pauren auszuantworten lassen innerhalb 4 wochen mit alle dem seinen, ausbenommen hurqweck oder wormede he vorlecht were, und korn, das in der erden geseiet ist, dar sol hie den tegenden von geben, und daszelbig korn, hoy und wes hie darzu gewonnen hat und geworben, sol der baur geniessen und behalten<sup>1)</sup>.

Baven das sol man den pauren mit keinerlei schult effte sonst nergen wormit belasten, idt sie mit vorlage effte nichtunge<sup>a)</sup>, und wo man denne sodant keren wolde.

2. Were idt dan sache, sotane fruntliche besuchung nit wurde ufgenommen, so soll die cleger von stundt an vorwarung thun, das sotane baur nit entfrempt werde ader von der handt kome. So idt sich dan bogeve alzo, dar sal die ander vor stan und denne innerhalb 14 tage, ofte sotan gesinde nach der verwarung abhendig wurde ader vor[t]keme, szo sol die hakenrichter einen sotanen guten bauren oder gesinde in antworten, so lange die vorstrichene baur wider ingestellt werde und zur stett kome, von manne, weibe und allen porzelen<sup>f)</sup>; und auch ob sotaner vorlauffner baur wider zu dem queme, dar hie sich erstmals gesetzt hadde, szo sol men denne sodanen pauren noch inantworten seinen erberen und empfangen seinen pauren wider, so das ein jeder seinen erbbauren behalten sol.

3. Item were es sache, das ein dienstknecht oft dienstmagt sinem brodthern aus der medinge entginge und verfordert wurde, szo sol man den von stundt an ausantworten, auch dienstbaden nach der vorforderung nicht eigen sollen ehr loen von den jennen, dar sie zugezogen sein, [haben], idt were dan sache,

. . . und behalten. Und so der paur des korns, so er gebauet hette, geniessen wollen, so soll er der herrschafft, davan er gefordert wirdt, sein arbeit so lange stehende behalten<sup>d)</sup>, bis das korn aus der erden gewonnen ist. Und über das soll man den pauren mit keiner schuld oder sonst mehr gutes wormit in stehender bewahrung gelassen<sup>e)</sup>, es sey mit verleg und richtung, und wie man solches kehren solte.

2. Wehre es dan . . .

<sup>c)</sup> statt des gestrichenen ime R. <sup>d)</sup> bestehend behalten R. 2. <sup>e)</sup> in stehender vorwarung belassen, es sey mitt verleg und reichtung R. 2. <sup>f)</sup> alten persohnen R. 1, R. 2. <sup>1)</sup> Vgl. schon WBR. c. 10.

idt ime gegunt wurde die zeit auszudienende, so sal men ir loen folgen lassen. So aberst der erbher vorforderde den dienstknecht, den sol man ausantworten von stund an, so baven berort ist, idt were denne, das die brother<sup>g)</sup> de[n] erbheren willen machte, seine zeit auszudienen<sup>h)</sup> liessze<sup>h)</sup>, denne so soll der brother belaben den knecht in seines erbheren handt zu stellend edder<sup>i)</sup> vor de sake staen<sup>i)</sup>. Und auch welch ehlich weib irem manne entginge, die sol man sonder widerrhede und vorzug ausantworten; geschege das nicht, sol men sich durch den hakenrichter ausantworten lassen und der jennige, der das weib entholt, sol<sup>k)</sup> 10 thaler gebrochen haben<sup>k)</sup>. Und ob ein man sein weib vortriebe, den sol die herschaft unterweisen mit bequemlicher straffung, das hie sie widernheme, also das zimlich ist und dem echte zugehort, und sie fortan nicht vortreiben. Und were es sache, das jematics durch laubwirtige urkunde vorwarunge dede, so sol die ander pflichtig sein für seinen bauren zu stehende, des hie bositlich ist<sup>l)</sup>.

4. Item die Schweden bei iren alten rechte zu pleibende, sonder were doch jenich Schwede, die uf einen haken tehen wolde den zu bositzende, die sol in dem selbigen rechte pleiben und sein gleich einem hakenmann.

5. Und wer<sup>a)</sup> den<sup>a)</sup> richter eschet, dem<sup>a)</sup> sol der<sup>a)</sup> richter folgaftich sein<sup>m)</sup>. Were idt sache, das idt so nicht geschege, so sol die jenne, den die richter geeschet hat, 1 nye mk.<sup>n)</sup> gebrochen haben. Des sol die richter macht haben zu pandende. Und auch ob der richter wurde eschende imants für einen beisitzer, der sol sich nit zu suchende machen bie 1 nye mk.<sup>n)</sup> Und wor die richter geeschet wert und nicht gepflegen, so mach hie sich selbst plegen uth dem gute, dar hie inne geeschet ist; und were es sache dem richter darentbaven etzliche widerstalt geschege und men das recht uftriebe, dieselbige, die das thut, sol 20 mk.<sup>o)</sup> gebrochen haben.

6. Vorder auch so sollen in dieser einigung baven berurten landen und herschoppen sumige bestempte hakenrichters genömet und geeschet werden.

g) den pair des erbherrn willen machte . . . den soll der pair geloben R. 1. — der bruder des erbbauren willen machte . . . soll der bruder geloben R. 1, R. 2. h) statt des gestrichenen auszudienende R. i — i) statt des gestrichenen bei vorlust 40 mk. dem erbheren zu hantreichende R. Vgl. AR. 3 n. 41 P. 3. Ebenso R. 1, R. 2: by verlust 40 mk. dem hern zu handreichende k — k) soll eine neue marck gebrochen haben R. 1. R. 2. Ebenso AR. 3 n. 41 P. 3. l) danach gestrichen: eft hie sal sich des mit dem eide entleggen, die baur sich dar nicht enthalte R. Vgl. AR. 3 n. 41 P. 3. In R. 1. R. 2 noch folgender Zusatz: Wehre es aber sache, das ein verstrichener pair ohne ausforderung seiner [sic!] erbherrn über 30 jahr ruhsam besessen wehre worden, so soll er nicht mehr darnach gefordert werden. m) Und welchen der richter eschet, der soll dem richter R. 1. R. 2. Ebenso AR. 3 n. 41 P. 5. n) statt des gestrichenen 10 thaler R. o) statt des zuerst gestrichenen thaler R.



7. Int erste in Harrien, die soll mechtig sein ausrichtung zu thunde sowol in guten der wirdigen heren cumpthurn zu Revel, Pernow, Lehal<sup>1)</sup>, closters zu Padis und allen weltlichen und geistlichen gutern, wor die in Harrien bolegen sein, ock in den guten des erwirdigen heren von Revel gleich also in der gutemannen gutern.

8. Item in Wirlandt ein richter, die sal mechtig sein ausrichtung zu thunde in den gepieten Wesenberge, Narve, Newschlos, Zelszpurgk<sup>p)</sup> und auch in des heren von Revel seinen gutern und in allen geistlichen und [weltlichen] guten in Wirlandt bolegen.

9. Und auch e[in richter] in Jerben<sup>a)</sup>, die sol mechtig sein ausrichtung zu thunde in den gepieten Vellin, Jerben,<sup>a)</sup> Averspael<sup>1)</sup>, Kerckhau[s sowo]l auch in anderen gutern geistlich und weltlich, [wor de] in den rechten belegen sein.

10. Item ein richter in der Wiek, so ferne des hochwirdigen heren von Ozel seine herligkeit in der Wike streckt, auch<sup>q)</sup> sowol bei den dömen, clostern gutern und allen geistlichen gutern also in den weltlichen<sup>q)</sup>.

11. Item auf Özel sol man setzen zwei richter, den einen in dem stifte, den andern auf des ordens seiten. Und welcher zu einem richter gesetzt wird, die das anzunemende sich entlecht, sol gebrochen haben 6 thaler. Und wenner die hakenrichter geeschet wirt, so sol hie ausrichtung thun sonder jenich heren gebott geistlich ader weltlich.

12. So sol duse bröche, die vellichte durch ubertredung gemelter einigung entsten und vorfallen muete werden, in drie theile gepartet werden: ein part ins uberste recht, das ander dem richter, das dritte dem cleger. Were idt auch sache, die richter selbst brockfellich erfunden wurde, alsz nemblich malckem sein recht zu vorzukende, so sol die richter 10 neue mk. vorfallen haben, davon die helffte dem cleger.<sup>2)</sup>

13. Und auch ist vorder belebet von allen parten erbenö[met], das die vorgeschriebene einunge in allen puncten stett, vest nnd ewichlich durende [sonder auff]hören unvorbrochen gehalten soll werden.

p) Z aus T korrigiert R. Tohlsborg R 1. q-q) fehlt R. 1, R 2.

<sup>1)</sup> Die Komturei Leal und die Vogtei Oberpahlen sind aus einer älteren Einigung übernommen. Beide Gebiete waren schon seit 1480 eingegangen. Vgl. AR. 3 S. 158 Anm.

<sup>2)</sup> In der Einigung von 1508 folgt noch ein Punkt über 10-jährige Verjährungsfrist für Ausantwortung flüchtiger Bauern (AR. 3 n. 41 P. 13), der hier fehlt. Vgl. aber den Zusatz der Fassung B, oben Anm. 1.

[Und auff] das diese einigung in allen ihren puncten [und artike]len und einislich in besondern deste vaster [stett und] unverbrochen gehalten werde, haben wir Heinrich von Galen meister zu Lieflandt vorgemelt für uns, unse nachkomelinge, unserem gantzen orden und acht-parn ritterschaft und manschaft und für all unsers ordens lande inwoner von alle ehren vulbort und mitwissen in Esztlande in urkundt der warheit unse ingesiegel wissentlich an diesen brieff thun lassen hangen. Der gegeben ist uf unsers ordens hause Wolmar ufn gemeinen landts-tage donnerstags nach trium regum im jar nach Christi unse heren gepurtt 15<sup>e</sup> und 54<sup>ten</sup>.

In wider urkundt und zeuchnus der warheit uf furgeschriebenen puncte und articul haben wir Johannes bischof, alse vorsteit, unse secret zu rugk uf diesen gegenwirtigen briefdoen heissen drucken. Der gegeben uff unsem hause Hapsal.

Und sind dieser briefe zwo eines lautens gemacht, den einen der hochwürdige her zu Ösel dem grossmächtigen herrmeister, den andern der herrmeister dem herrn zu Ösel versiegelt. Und auf das diese einigung in all ihren puncten und articul desto fester, stett und unverbrochen gehalten werde, haben wir Johannes, bischoff obgemelt, vor uns, unsere nachkömlingen, ehrwürdigen capittel, achtbahre ritterschaft und untersaszen unsers stifts Ösell [zu urkundt] der wahrheit unser insiegel wissend an diesen brieff hengen laszen. Der gegeben auff unserm schlos Hapsal montags nach Marien gebohrt im eintaused fünfhundertsten und vier und funfzigsten jar.

57. Aus d. Rezess des Landtages zu Wolmar. 1554 Jan. 17.

R. StadtA. zu Reval, 2 Doppelbll. Pap., gleichzeit. Kop. Das Ende fehlt. — Stavenhagen. St. ReichsA. zu Stockholm, Orig. mit 4 Siegeln. — Hildebrand. Verz.: Schirren, Verzeichnis S. 20 n. 196; nach Hiärns Kollekt.: Index 3550. Gedr.: nach Hiärns Kollekt. Mon. Liv. Ant. 5 n. 183.

P. 1. Der Religion halber soll es bis zu einem Konzil bei dem vorigen Rezess bleiben und ein jeder in seiner Herrschaft darauf sehen, dass nur tüchtige und bewährte Pastoren angenommen werden. Desgleichen sollen die unehlichen bewonungen unter den pauren und sonsten, auch die verheiratung, welche durch raub geschehen, ernstlich abgeschafft und nach gelegenheit eines jeden falls gestraft werden<sup>1)</sup>.

P. 4. Und weil die herren der lande ein jeder nach seiner obrigkeit den stetten ihre angezogene privilegien, das, wenn ein entstrichener 'paur in der statt bürger worden und

<sup>1)</sup> Vgl. n. 47, 2. 3. 49, 1. 54, 1. 2.



dann jahr und tag ohn ansprach gesessen, das er nicht mehr gefordert werden könne, nicht gegeben noch bestetiget, soll es bei ihnen wie unter dem adell vermöge der einigung, die etwa wegen ausandtwortung der pauren auffgericht, und vermöge voriger recesz<sup>1)</sup> gehalten und einem jeden so wol unter den herrn als auch den von der ritterschafft die seinen unweigerlichen ausgeandtwortet: jedoch mit dem hochw. herrn zu Churland<sup>2)</sup> und den Estnischen herrn gebietigern eine newe einigung auffgericht werden.

P. 5. Verbot der Verheirathung in unzulässigen Graden<sup>3)</sup>; diese sollen nach beschriebenen rechten gerechnet werden, so dass Vater und Mutter der Stamm seien, der erste Grad aber zwischen Bruder und Schwester, der zweite zwischen den Kindern derselben usw. bestehe.

58. Mandat des OM. Heinrich von Galen für die Ordenslande in Gemässheit des Wolmarer Landtagsrezesses von 1554 Jan. 17. Wenden, 1554 März 12.

R. Abschrift G. v. Breverns in der Bibl. d. Ges. f. Gesch. u. Alt. zu Riga vom Orig. im A. der ehem. Estländ. Ritterschaft zu Reval, das 1894 nicht mehr auffindbar war. — Stavenhagen.

Erinnerung an das beim Regierungsantritt erlassene Mandat über Kirchenwesen und Pastoren, damit allermeniglich und bavenab die Unteutsche armuth von den abgottischen groben grewlen, darinne sie durch teuffliche menschenlehre verföhret versoffen liegen, zum wahren erkantnus Gottis, seines gottlichen worts und willens zu dem rechten heilwertigen gebrauch der hochwirdigen heiligen sacrament gefhuret, unterrichtet und gelehret<sup>4)</sup>, auch also unzeli che viele armen sehlen, die sonst zum theil ungetaufft und zum theil ununterricht hauffweis dahin-fahren, dem teuffel aus dem rachen und ewigen verdamnus gerissen . . . , zudem auch das eusserliche zucht . . . allenthalben handhabet und die muthwilligen überfahrer und thodtschleger mit hochster straf solten vervolget werden. Da das alles bisher vielfach nicht befolgt worden, wird das angezogene Mandat erneuert. — Es sollen auch muthwillige thodtschleger<sup>5)</sup>, so nicht

1) Vgl. n. 43, 9. 52, 6. 54, 12. 55. 2) Joh. Münchhausen, Administrator des Stifts Ösel, auf welches sich auch die vorgesehene Einigung bezieht. 3) Vgl. n. 49, 3. 55, 4. Über die Berechnung der Verwandtschaftsgrade vgl. Schilling 342, wonach obige Computation der kanonischen (nicht der im ersten Anfang in Livland gültigen Sippenberechnung nach sächsischem Recht) entspricht.

4) Wie ernst es dem OM. Galen mit der Hebung der Seelsorge war, beweist die Tatsache, dass er im Jahre 1554 die Herausgabe des ersten luther. Katechismus in estnischer Sprache durch den Dorpater Prediger Franz Witte veranlasste. Vgl. v. Bruiningk, SB. Dorpat 1909, 48 ff. u. L. Arbusow, Einführung der Reformation 733. 820. 5) Vgl. n. 54, 13.

betrengkliche nohtwehre statlichst zu beweisen, am leibe und höchsten gestrafet und verfolgt werden. — Verbot der Heiraten bis in den vierten Grad gemäss dem letzten Landtagsabschiede.

**59.** Antwort des Bischofs von Dorpat und des Bischofs von Ösel und Kurland auf die Anträge des EBF. und des OM. [1555 vor April].

StadtA. zu Reval, Konzept od. gleichzeit. Kop. — Stavenhagen.

Den letzten articul berurende die erbeynigung der bawren auszuantworten, halten die drei stift darfur, das zwischen beden hern vertrege, wie man sich in solchen fellen halten [moge], ufericht<sup>1)</sup>; dabey es beruhen.

**60.** Rapport der zum Landtage abgeordneten Revaler Ratssendeboten an ihren Rat. Wolmar, 1558 Mai 29.

R. StadtA. zu Reval, 1 Doppelbl. Pap., Orig., geschr. von Godtschalck Becker (vgl. Schirren, Quellen zur Gesch. des Untergangs livländ. Selbständigkeit 1, 147). — Stavenhagen.

. . . Hir tudt mechtig veel volckes, rutter unde buren, na dem leger<sup>2)</sup>; de voegde van Selessborch [!] heft aver 3<sup>e</sup> buren mydt sick, unde de floegde van dem Boessche is gesteren hir vor by getogen woll mytt dussent bueren, unde men secht, datt de kunter von Goldingen unde all gebediger ower de Dune mytten adell unde buren, ock dem Kurssche koninck<sup>3)</sup>, werden alle na dem sticht Dorpt int leger teen. De buren, so mydt en<sup>a)</sup> teen, dryffen groeten overmoedt up dem wege mytten armen husluden; wulde Godt, datt se sulkens an eren unde unssen vyenden bewysen kunden . . .

**61.** Estländische Bauerordnung (Hofrecht) aus dem 16. Jahrhundert.

Diese Aufzeichnung aus der 2. Hälfte des 16. Jahrh. stammt aus „dem Buch“ Tönnis Maydels d. Ä., der „Admiral, Statthalter auf Lode und 1597 estländischer Ritterschaftshauptmann gewesen“. Sie ist nach einer in der 2. Hälfte des 17. Jahrh. vom Mannrichter Gustav v. Lode

<sup>a)</sup> em R.

<sup>1)</sup> Zwischen dem Erzstift und dem Ordensgebiet bestand also keine Läuflingsordnung, ebensowenig sind aber auch Streitigkeiten wegen verstrichener Erbbauern aus diesen Landen überliefert. Vgl. v. Bruiningk, Mitt. 22, 36 f.

<sup>2)</sup> Bei Kirrempäh. <sup>3)</sup> Vermutlich ein Penneike. Vergl. auch Joh. Renners Lief. Historien ed. Hausmann 1876, 266 f.: bei einem Scharmützel der kurländ. Ordensgebietiger zwischen Dorpat und Nüggen 1559 Okt. 22 mit den Russen schlugen letztere „den Curischen koning vam perde, de entlep mit der fanen to busche und quam des andern dages gesunt wedder int leger. Disse koning is ein bur uth Curlandt . . ., wanen by Goldingen, und het de overste huszvader noch de Curische koning, is fenrich aver de Curischen buren, wen krich vor felt; dat wapen is ein louve . . .“ S. Renner S. 8. 15 und Stavenhagen, Beiträge 4, 319 f. 301 (über das Aufgebotsrecht über die bauerlichen Hintersassen). Vgl. oben n. 15 u. n. 26 P. 14.



angefertigten Abschrift von F. G. v. Bunge im Archiv 6, 1851, S. 215–220 veröffentlicht. Danach hier wiederholt, mit Weglassung der rein wirtschaftlichen Bestimmungen. — Nach ihrem Inhalt gehört diese Bauernordnung übrigens in eine ähnliche Kategorie, wie die Gerechtigkeit des OM. Freytag vom J. 1492 für die Ordensbauern von Bauske, Mesothen und Eckau n. 26.

Ordnung der Bauern, wie sie sich gegen ihre obrigkeit verhalten sollen mit aller gerechtigkeit, zins, zehenden, versetzung, verbürtung, verkauffung und alle andere zufällige nutzbarkeit, herrngerechtigkeit, mit gewichte, grenztscheidinge, masse zu verfälschen, speise, getränke und alles, was der obrigkeit in wacken, arbeit, ausgaben, lieferung zufället und gehöret, nichts außen bescheiden, straffe und poen der brüche dabey; die gnade aber stehet bei jeder obrigkeit.

### I. Die jährige wacken.

1. Alle die vorige restanzien der einkunfft, die nachständig von dem vorigen jahre verblieben, müssen sie einbringen, bezahlen und richtig machen.

2. Danach die wackengerechtigkeit, vorher einzubringen, nach der wacken gelegenheit 1 rind, 1 schwein, 1 schaaß, hünerey, butter, brod und was sonst die alte gewohnheit nach anzahl der wacken [haken!] mitbringet.

3. Hierauf empfänget die herrschaft oder der amptmann das wackengeld nach landes und des ortes ordnung, sampt uffgeloffene rest, bröcke und kirchenzinse.

4. Hierauff wird durch den thäter [tegder!] ausgerufen oder durch den landknecht: der zu klagen hat, der klage und klage fest, soferne er nicht in wackenstraffe und urteil will verfallen seyn. Wackenstraffe ist 4 paar ruthen; und ein alt marck in den kerckenblock, der fälschlich klaget<sup>1)</sup>. Seyndt es aber halßsachen, hat andere straffe nach beschriebenen rechten<sup>2)</sup>.

5. Auf warhafft und beweißliche klagen gibt man nach landesrecht<sup>2)</sup> und nach verwirckung der that urteil und sentenz durch die obrigkeit und 6 alte erfahrene und besitzliche bauren<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. LBR. 44. 35 = Re. II. VII.

<sup>2)</sup> Offenbar ist auch hier das sog. „Livische“ Bauerrecht, das besonders in Estland verbreitet war, gemeint. Vgl. auch P. 20.

<sup>3)</sup> Vgl. die, im vorliegenden Fall zutreffende Schilderung in Balth. Russows Chronik (1578; II. Ausg. 1584), hier nach dem Abdruck in SS. rer. Liv. 2, 28, wo es vom „hoffgericht“ des Adels von Harrien „tho halse unde tho buke tho richtende“ heisst: Unde alse men ene [den im Gute eines Edelmanns ergriffnen Missetäter] na syner dadt straffen scholde, hefft desülvice eddelman etlike andere vam adel nevenst etliken öldesten buren tho sick in den hoff gefördert. Do hefft sick de juncker des haves mit synen geförderden fründen nedder gesettet unde den mißdeder hervör bringen laten. Na der anklage hebben de menner vam adel, so im gericht

6. Darauf wird abgelesen, so oft man wacken hält, diese nachfolgende regel, darnach [damit?] sich der bauersmann weiß zu verhalten und vor schaden zu hüten.

7. Es soll sich keiner verdreisten oder unterstehen, zu verläugnen gebauete felder, als buschacker, lombesen, rödinge, hueracker und dergleichen, dar die obrigkeit zinß und zehnden vor gebühret. Welcher darüber beschlagen wird, ist der besäeten plätzen mitsammt dem korn an die obrigkeit verfallen: dem amptmann ein mark, in die küchen ein schaaff, und 14 tage bey waßer und brod im gefängniß.

8. Der seine zinß und zehenden nicht ausliefert vor Martini dahin, dar es sich gebühret, hat verbrochen nach dem alten 1 marck, er habe denn sonsten rechte und warhafftige entschuldigung.

9. Es soll auch keiner keinen unbekannten oder fremden hausen oder herbergen, es seyn Teutschen, bauren, mann oder weib, er soll es im hoffe ankündigen. Geschiehet es [nicht]: wegen der übelthäter, als diebe, mörder, räuber und andere entlauffene

---

geseten, keinen ordel edder sententz gefellet, besondern gantz stille geschweigen, denn de öldesten buren musten allewege na oldem herkamen des landes dat recht finden unde dat ordel aver den mißdeder fellen. — Übereinstimmend damit lautet die Antwort der livländischen Ritterschaft auf die Propositionen Hrzg. Karls von Södermanland, Reval 1601 Mai 28 (Mitteil. 17 S. 543 P. 11): Wann ein paur etwas verbricht gegen seine herrschafft oder sonsten einem andern, wird er realiter fürgefordert und ihme eine zeit zu seiner beantwortung und der zeugen andiehandbringung eingesetzt, auf welche zeit die eltesten pauren, die rechtfinder genant, drei oder vier mit berufen werden. Ist die sache bürgerlich, bringen dieselben auf vorhergehende klage und antwort, auch der zeugen verhörung, das urtheil ein. Wird es recht befunden, muß der beklagter nach gelegenheit der sachen demselben folge leisten, oder mit seinem gegenheile, nach laut des urtheils, sich abfinden. Wäre es aber eine peinliche sache, werden zu obbenanten rechtfindern drei der hohen obrigkeit geschworne eingesessene vom adel darzu mitverschrieben und auf ihr gewissen mit niedergesetzt, welche die sache mit anhören. Bringen alsdann die rechtfinder das urtheil recht ein, bleibet es bei demselbigen. Im fall aber solches nicht geschicht, moderiren oder schärfen die anwesenden geschworne dasselbige urtheil nach beschaffenheit der sachen, daß kein theil mit billigkeit zu klagen ursache habe. Ähnlich berichtet das estländische Oberlandgericht im J. 1614 an den schwed. Reichsmarschall Heinrich Horn, daß zu den Halsgerichten außer einem Deputierten der Regierung und „etzlichen besitzlichen geschwornen vom adell“ auch „ein houffen alte unparteiische pauren, die unsere landesgebruche wissen und in solchen fellen des rechtens gutte erfahrung haben“ herangezogen werden, die nach geschlossenem Verbör „sich drausen berathfragen und das alte recht, landesgebrauch nach, einbringen sollen“. Archiv 4, 331. Als Beispiel für die Praxis zitiert v. Bunge a. a. O. Anm. noch aus d. J. 1617 einen Hexenprozeß unter Fegefeuer (Estland), wo die Bauern das Recht einbringen, das die adligen Beisitzer darauf als Urteil bestätigen. Die betr. Prozeßakte ist gedr. „Inland“ 1840 Nr. 22, 341–344.



friedlose übelthäter, dar einer darüber beschlagen wird, entgilt der wirth des gastes nach gleicher straffe<sup>1)</sup>.

10. Es soll keiner kein bier im dorffe verkrügen, es sey ihm denn von der obrigkeit zugelassen, oder er verbricht: zum ersten mahl ein halb marck, zum andern mahl ein marck, zum dritten mahle die tonne mit bier mit alle.

11. Es soll auch keiner dem pastoren seine zins und zehenden, was er von seinem lande geben soll jährlichen, nicht unterschlagen, bey straff mit ruthen.

12. Es soll keiner außer der ehe mit seinem weibe leben, besondern sich in der kirchen nach christlicher ordnung binnen einem halben jahr ehelichen laßen<sup>2)</sup>, bey poen 2 marck in der kirchen, 2 marck der obrigkeit, 2 marck dem pastoren, oder 3 paar roden einem jeden am pranger<sup>2)</sup>.

13. Es soll auch keiner dem andern sein gesinde abspannen bey straff 4 marck in der kirchen, 2 marck der obrigkeit, oder der dienstbote soll zusamt dem abspanner mit ruthen gestraffet werden vor jedermänniglichen, in welchem dorff es sey geschehen.

14. Es soll auch kein hußmann den andern übersetzen mit ungebührlicher rente oder bothe<sup>3)</sup>. Wo einer darüber beschlagen wird, sollen der obrigkeit verfallen seyn alle die bothe, die höwetsumma oder ausgelehnet korn dem ausleiher.

15. Es soll auch keiner mächtig seyn zu verlehnen oder zu verkauffen jenig ding an viehe, pferde, oxsen, kühe, schaaffe, bock oder ziege, korn, honig, wachs, wild, wildwahren und dergleichen: er soll es im hofe erstlichen praesentiren.

16. Es soll keiner in seinem hause halten falsche maaß und gewicht. Wer darüber beschlagen wird, ist ein kerckbott [Kirchenbusse] mit 4 paar ruthen.

17. Wer gräntze verfälschet, wenn er up[p]flöget, grentzkreutz oder zeichen auf andere stätte bringet oder verkehret, der soll nach landrecht am halse gestraffet werden, oder mit 40 marck<sup>4)</sup>. Hierzu gehöret muthwillige anzündung und brand der gräntze und wildnißen<sup>5)</sup>.

18. Wer seine zäune nicht bessert um den acker und heuschläge, garten oder dergleichen, soll dem nachbarn, wenn dar schade geschiehet, gelten, und der obrigkeit büßen nach eines jeden orts bewilligung; ist des amtmanns trankgeld.

<sup>1)</sup> Der bekannte Grundsatz aller älteren Rechte. <sup>2)</sup> Eine seit dem Mittelalter oft wiederholte Bestimmung. Vgl. z. B. WBR. c. 1 § 2.  
<sup>3)</sup> Gegen die „bate“ kämpfte bereits das II. Rig. Provinzialkonzil von 1428 (UB. 7 n. 690 P. 40). Nach v. Bunge a. a. O. 218 Anm. 3 ist die obige Verordnung älter, als der estländ. Landtagsbeschluss zu Wosel von 1595 Aug. 25 Art. 7 über Wucher. <sup>4)</sup> Vgl. LBR. Sams. § 17, Do. u. R. § 20.  
<sup>5)</sup> Eine Verschärfung gegenüber dem ma. Bauerrecht (B. II § 22, vgl. d. Anm. dazu).

19. Der in der wacken nicht erscheinet zu rechter zeit, hat verbrochen dem höwetverwalter 2 marck, oder 14 tage in der kosten [?] bei waßer und brod.

20. Der in der wacken einen schläget, dem gehöret eine steupe von vier paar ruthen, ohne alle gnade. Wundet er ihn, die strafe findest du in den gerichtarticuln<sup>1)</sup>.

21. Der in der dreschenszeit die riegen versäumet, ist ein schaaff zur straffe zum ersten mahl; zum andern mahl ins gefängniß, das dritte mahl ein paar ruthen. Das schaaf verzehren die andern dreschers.

## II. In den zehenden

gebühret der obrigkeit von allem das zehende theil [folgen die Abgaben, die hier weggelassen sind. Am Schluss]: Einen starken arbeiter mit seinem eigenen ausspenniger [= Einspänniger? Anspann?] täglich vom haken, und helfen, mit ihrem eigenen brod, in der arbeitszeit heu aufnehmen, rocken und sommerkorn abschneiden.

62. Rezess des kurländischen Landtages zu Riga, 1567 Febr. 28.

Gedr.: Archiv 2, 1843, 168—173.

1. Über Abgaben der Zins- oder Heilhäcker, der Halbhäcker, Fusslinge, Pirteneeken, Ebauen oder Lostreiber und Strandbauern zum Unterhalt der Kirchen und Pastoren . . . Der meister frey bauren sollen geben der herrschaft und edelleuten bauren gleich; ihnen selbst aber soll ihr Anteil in der Visitation aufgesetzt werden.

4. Verbot des Krügens der Bauern, des Bierbrauens ohne Zulass ihrer Obrigkeit und des Bierverkaufes.

5. Verbot des Tragens von Feuerwaffen. Verbot der Jagd auf grobes Wild, wie bisher geschehen, bei Halsstrafe, ausgenommen Bären und Wölfe. Verbot von Strickfallen und Hasenpfannen bei der Hasenjagd<sup>2)</sup>.

63. Rezess des kurländischen Landtages zu Mitau, 1570 Juni 22.

Gedr.: nach einer Dorpater HS. Archiv 2, 187—208. Verz.: im Auszuge, nach einer Stockholmer HS., Schirren, Verzeichnis S. 196 n. XIX.

14. Vorbehaltung der höchsten und niedersten Gerichtsgewalt zum besten des Adels<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> v. Bunge a. a. O. 219 Anm. 3 versteht hierunter LBR. § 2—8.

<sup>2)</sup> Über die Bauerjagd s. n. 26 P. 27, n. 63 P. 24 f.

<sup>3)</sup> Das herzogliche Edikt, d. d. Riga 1570 Juli 28, fügt hinzu: die von der Ritterschaft und Privilegierten aber sollen wohl zusehen, dass sie des peinlichen Halsgerichts sowohl auch des bürgerlichen nicht missbrauchen — bei Verlust des Privilegiums und anderer Strafe. A. a. O. 210.



15. Verbot an „die Reischen und andere Diener“, „teutsche oder unteutsche Dirnen zu Fall zu bringen“<sup>1)</sup>.

19. Viehtriften sollen nach dem alten bei den Bauern, die zusammen wohnen, frei bleiben . . .

23. Die Hasenjagd ist frei nach dem alten, nur zwischen Ostern und Bartholomaei verboten<sup>2)</sup>.

24. Den Bauern ist bei ernster Leibesstrafe verboten, Elende, wilde Schweine und Rehe zu schlagen und zu schießen. Die Jagd auf Bären, Wölfe und Luchse steht ihnen frei, wie bisher; die Häute sind nach dem alten dem betr. Grundherrn als Gebühr zu bringen<sup>3)</sup>. Übertretung wird wie Diebstahl verfolgt.

25. Stricke, Pfannen, Hasennetze, Fallen, Hunde und Windhunde sind den Bauern verboten, bei Übertretung wird „aus dem Gesinde ein Ochse oder Kuh von der Herrschaft oder dem Junker, wo der Bauer zuständig, genommen.“ Der Gutsherr kann seinen Bauern die Hasenjagd auf seinem Lande mit Hasenpfannen oder Netzen vom Gut erlauben, dieselben soll der Bauer aber wieder auf den Hof zurückbringen und nicht in seinen Kathen halten.

28. Neue Immenbäume auf eines andern Grund und Boden zu hohlen ist Deutschen und Undeutschen verboten; alte können von der Grundherrschaft zu festgesetzter Taxe ausgekauft werden<sup>3a)</sup>, in jedem Fall hat sie das Vorkaufsrecht auf Honig und Wachs von solchen.

32. Betreffend das Bierbrauen unter den Bauern, desgleichen „in Dörfer die Bauern zusammenzusetzen“<sup>4)</sup>, so sollte solches eigentlich eingeschränkt, wo nicht ganz verboten werden, doch mag es damit noch eine Zeit lang anstehen.

40.<sup>5)</sup> Die „mutwillige Abgeleitung“ der Bauern soll vermöge aller Rezesse und gemeiner Bewilligung abgeschafft sein. „Da einer des andern Bauern geleitet hätte, soll er denselben auf

<sup>1)</sup> Vgl. das entsprechende Edikt von 1570 Juli 28, Archiv 2, 212.

<sup>2)</sup> Vgl. n. 62 P. 5.

<sup>3)</sup> Im Jahre 1272 war der Vorderbug als Abgabe an die Herrschaft festgesetzt worden. UB. n. 432, oben n. 26 P. 27 Anm. Vgl. UB. 12 n. 293 vom J. 1465: elende und ander wildt moszen de lude nith jagen, bet de herschop de vorjacht hedde berichtet . . . Wat de buren fangen under sick, dat kummet twar nemande tho gude, sunder en sulven. — Im Lennewardenschen hatten die Bauern im 15. Jahrh. Pelzjagd und Wildjagd. UB. 8 n. 1019 S. 631. Vgl. v. Bruiningk, Mitteilungen 22, 31 f.

<sup>3a)</sup> Vgl. schon d. Piltensche Wackenbuch 1582 f., Acta Univ. Latv. 10, 1924, 179. 211.

<sup>4)</sup> Vgl. bereits UB. II 2 n. 532, 15 vom J. 1503, Erklärung des Bfs. von Kurland: . . . viele lande, up welcke buren nha dorper wise gesettet werden, und den dorpen in den sulvigen landen andere nhamen gegeben.

<sup>5)</sup> Vgl. das herzogl. Edikt von 1570 Juli 28, Archiv 2, 211; auch schon oben n. 23 P. 7. 54, 13. 58?

Anforderung mit Weib, Kind und Habe ausantworten. Tut er es nicht, und lässt er ihn hinwegkommen, so soll er nicht allein für den Bauern einstehen, sondern der Hakenrichter soll dem klagenden Teil ein Gesinde des Beklagten für solange einweisen, bis dieser den geleiteten und bei ihm beschlagenen Bauern mit all dem Seinigen ausliefert.

• Verübt ein verstrichener Bauer Todschatz oder Diebstahl und wird von seiner Herrschaft gefordert, so ist er auszuanworten; kommt der Täter hinweg, so verantwortet der Geleiter oder Aufnehmer. Verfolgt einer seinen verstrichenen Bauern und greift ihn auf eines andern Grund und Boden, jedoch nicht in einem Gesinde, so übt er damit keine Gewalt, doch hat er jenen zuerst vor das Gericht des betr. Grundherrn zu stellen.

41. Mit den Bauern, die aus Litauen herüberstreichen, soll es so gehalten werden, dass der Litauer demjenigen gehört, „unter welchem sein Rauch zum ersten aufgegangen.“

45. Der Verkauf von Salz und Fischen seitens der Strandbauern in den Dörfern unter den Bauern soll abgeschafft werden, sondern sie sollen das Ihre auf offenem Markt verkaufen.<sup>1)</sup>

#### Bauerneide aus Livland und Estland.

##### 64. Eidesformel aus der Ordenszeit bei Landstreitigkeiten.

Do. aus Universitätsbibl. zu Dorpat, Codex Alexandrow 2933, HS. aus der ersten Hälfte des 17. Jahrh. Der Eid steht hier zwischen einer Abschrift des Wiek-Öselschen Lehnrechts B. V und dem sog. Livischen BR. (vgl. Stillmark 62 f.). Gedr.: Stillmark, Sitzungsber. der Gel. Estn. Ges. zu Dorpat 1893, 101. Danach hier.

T. Urkundensammlung Baron v. Toll-Kuckers, z. Zt in Reval, v. Koskulsche Privilegiensammlung. Die Eidesformel, nach der unter n. 65 abgedruckten folgend, steht vermutlich hinter der Abschrift des sog. Livischen BR. Gedr.: v. Bunge, Archiv f. d. Gesch. Liv-, Est- u. Kurlands 6, 1851, 221. Danach hier die Varianten.

Rick. Rickersche Abschrift der v. Lodeschen Privilegiensammlung (jetzt wo?). Die Eidesformel steht hinter der Abschrift des sog. Livischen BR. nach Art. 45. Vgl. v. Bunge a. a. O. 221 Anm. 2. Der Text war mir nicht zugänglich.

#### Pauren Eydt in Lieffland<sup>a)</sup>.

Itz<sup>b)</sup> stehe ich hier<sup>c)</sup> N. N.<sup>c)</sup> weill<sup>d)</sup> du richter<sup>e)</sup> begerest, das ich von rechts wegen bekennen soll, das dieß<sup>f)</sup> landt, da ich auff stehe, Gottes und mein verdient landt ist<sup>g)</sup>, das ich von

<sup>a)</sup> Alia forma T.    <sup>b)</sup> Itzt T.    <sup>c-c)</sup> N. N. hier T.    <sup>d)</sup> so T.  
<sup>e)</sup> von mir begehrest T.    <sup>f)</sup> diese T.    <sup>g)</sup> sey T.

<sup>1)</sup> Vgl. das Edikt von 1570 Juli 28, Archiv 2, 211 und schon n. 26, P. 16 Anm. u. n. 43 P. 8.



altershero<sup>a)</sup> besessen undt gebraucht habe<sup>1)</sup>. So schwere ich bey Gott undt seinen heiligen, dass mich Gott soll richten am jüngsten tage oder<sup>b)</sup> gerichte<sup>c)</sup>, das dieß landt Gottes<sup>d)</sup> undt mein verdient landt ist<sup>e)</sup>, das ich und mein vater von altershero<sup>f)</sup> besessen undt gebraucht haben. So ich unrecht schwere, so gehe es über mein leib undt seehle, über mich undt alle meine kinder undt über alle meine wolfarth bieß<sup>g)</sup> ins neundte<sup>h)</sup> gliedt.

**65.** Eidesformel in estnischer Sprache. Frühestens aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts.

T. aus Urkundensammlung Baron v. Toll-Kuckers, z. Zt. in Reval, v. Koskullische Privilegiensammlung. Die Formel steht vermutl. hinter der Abschrift des sog. Livischen BR. Gedr.: v. Bunge, Archiv 6, 221. Danach hier wiederholt. — Ein estnisches „Juramentum der Undudesehen“, d. h. eine Eidesformel vermutl. bei Aufnahme in die Stadt Reval, aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrh., veröffentlichte W. Reiman, SB. Dorpat 1893 S. 104 f.

Pauren Eydt in Estnischer Sprache:

Mynna Matz seyssa syn ninck wannu Jumal ninck se ausa kochto wasto ett se metz on Rysebitery<sup>2)</sup> perra metz. Sedda tunisto minna omma inge paleke päle ny kuy moho<sup>1)</sup> Christus hephap aytama omma ricküße.

Daß ist auff deutsch:

Ich Matz stehe hier undt schwere bey Gott undt dem erbaren rechte, daß dieser pusch dem Rysebitter<sup>2)</sup> zugehörig sey. Solches bekenne ich auf meiner Seelen Seeligkeit, alß mir Christus helfen soll in sein himmelreich.

### **66.** Lettischer Bauerneid.

Diese Eidesformel vom Jahre 1638, die sich auf Angaben der Bauern vor den Landrevisoren der schwedischen Regierung bezieht, ist gewiss viel älter und diente ursprünglich zur Bekräftigung von Aussagen vor Gericht<sup>3)</sup>. Sie steht in Bd. 258a fol. 1b des Archivs der ehemals.

a) altersher T. b-c) fehlt T. d) T; Gott Do. e) sey T. f) alterß T. g) bis T. h) 9te T. i) undeutlich T. Viell. meno statt des heut. mind [= mich]. v. Bunge a. a. O.

<sup>1)</sup> Vgl. v. Bruiningk, Livl. Güterurkunden 2, 1923, n. 271: Aussagen bauerlicher Zeugen über die zum Dorf Sutken (zu Sepkull im Ksp. Lemsal) gehörigen Wälder u. Heuschläge, 1518 Febr. 2: Ock bekanden se van dem hoyslage Karspadderbenn, datt et Gode unde enn to horde, unde . . . gebrucket hebben bet an dusse tijt etc. Vgl. daselbst nach dem Sachreg. 870 andere Zeugnisabgaben von Bauern bei Landzwist „bei ihrem Landrechte, hohen Landrechte, Seelen Seligkeit“.

<sup>2)</sup> Bekanntes Vasallengeschlecht in Estland.

<sup>3)</sup> Vgl. eine z. T. ziemlich ähnliche, aber ausführlichere Formel vom J. 1544, LGU. 2 n. 1009: der erzstiftische Mannrichter verhört in einem Grenzstreit bauerliche Zeugen aus Sunzel und Üxküll gemäss ihren Landrechten, nach der Ermahnung, bei ihrer Seelen Seligkeit die rechte und beständige Wahrheit zu sagen und nicht ihren oder ihrer Kinder eigen nuth oder verderff, noch wedder magenschafft, freundschaft, herrschafft oder feindschaft, noch lieff oder leit darby anthosen. Die Bauern zeugen darauf bie erer selen seligkeit und eren landrechten.

Livländischen Ritterschaft in Riga (Fragment der Revision im Walkschen Kreise: Marienburg mit Purmuse, Laitzen u. Grubmuse. Kalnemoise, Lettin, Halswichshof, Goldbeck, Hessenhof, Babetzki, Schluckum, Fianden, Siermerhof) und ist daraus von A. Schwabe in seiner „Lett. Kulturgeschichte“, Riga 1921 (lett.) S. 6 abgedruckt. Hier nach der Archiv-Vorlage.

Uff die puncten, darauff die cubiaßen und eltisten eydtlich befragt werden sollen, haben sie erstlich folgenden eydt auff Lettisch ablegen mußen.

Formula juramenti, auff  
Teutsch:

Ich N. schwere bei dem Al-  
mechtigen Gott, das ich uff alle  
puncten, woruber ich von den  
herren revisoren befragt werde,  
die rechte wahrheit, niemandt  
zu liebe oder leide, aussagen  
will, und nichts darin ver-  
schweigen, so wahr Gott mich,  
mein weib und kindt, acker,  
viehe und alle das meinige  
helffen und gesegen soll.

Uff Lettisch also:

Es N. shwere by Tewam  
Auxtam, ka es usse wüssims  
letims, ko te kunge man weitzes,  
taisne un pattese, ne wenam no  
milibe etter enaidibe, grib is-  
satcit, die daisne man, Tews,  
pallice, manne seva, bärne,  
tirumme, lupe, un wüsse kas  
man pieter.

### 67. Lettischer Zeugeneid.

Die nachstehende Formel steht nach unbekannter Vorlage nebst Übertragung ins damalige Deutsch in Joh. Gottfried Arndts „Lief. Chronik“ 2, Riga 1753, 32. Sie gehört aber einer weit früheren Zeit an. Das beweist die der Formel zugrundeliegende Schwurzeremonie, bei welcher der Bauer in der linken Hand eine erloschene Kohle, in der rechten einen dünnen Stab, auf dem Kopf einen Stein trug und mit einem Fuss auf einem dünnen Rasenstück stand<sup>1)</sup>. Arndt bemerkt noch: „in einer anderen Eidesformel schwören die Bauern bei dem Untergang ihrer Wohlfahrt bis ins Glied“ (vgl. n. 64).

Lettischer Text<sup>2)</sup>.

Es N. runa un swäre pi  
Deewe, ka es uhs tho, ko man  
no zeenige tees kluist waizat  
un kas man sinnams gir, ta tire  
taisnibe ne wenem per lab, ne  
otrem per liaun, ne daawne ne  
breesmibe päts, grib issadzit  
un ne neke slähpt. Un jo es

Übersetzung.

Ich N. rede und schwöre bei  
Gott, daß ich auf das, was mir  
vom ehrwürdigen Gericht wird  
werden gefragt, die reine Wahr-  
heit, nicht einem zu Gute, nicht  
einem andren zum Bösen, nicht  
Geschenkes, nicht Gefahr halber,  
will aussagen und nicht etwas

<sup>1)</sup> Diese Sitte beschreibt schon Adam Olearius, der zwischen 1633 und 1639 mehrfach in Est- und Livland war, in seiner Oft begehrten Beschreibung der neuen Orientalischen Reise, 1647 u. ö.

<sup>2)</sup> Die Schreibweise ist altertümlicher, als die zu Arndts Zeit gebräuchliche.



ta tire taisnibe ne issak, tad  
dood Dees, ka es tik mels  
palleck ka tas ogles, tik isni-  
kusch ka ta semme, tik zeets  
ka tas akmens, tik iskaltusch  
ka tas kooks, un sodi man,  
manne sewe, mannes bärnes,  
man lope un wiss man augle,  
scheid laidzige und tur mugigue  
[!] bess gal, Amen.

Oder mit später abgeänder-  
tem Schluss: Tik teescham ka  
man Dees pallidzas pi mees un  
dwässel, scheid laidzigi un tur  
mugigue [!] bess gal, Amen.

verbergen. Und wenn ich die  
reine Wahrheit nicht aussage,  
dann gebe Gott, daß ich so  
schwarz bleibe, wie diese Koh-  
len, so vernichtet wie diese  
Erde, so hart wie dieser Stein,  
so verdorrt wie dieser Stock,  
und strafe mich, mein Weib,  
meine Kinder, mein Vieh und  
alle meine Frucht, hier zeitlich  
und dort ewiglich ohne Ende,  
Amen.

Oder: So wahr wie mir Gott  
helfe an Leib und Seele, hier  
zeitlich und dort ewiglich ohne  
Ende, Amen.

### Verbesserungen und Nachträge.

Zu S. 12. Zeugnisse für die, beim Chronisten Herm. v. Wartberge vorausgesetzte saubere Unterscheidung der verschiedenen Völkerschaften: 1) die Livl. Reimchr. (um 1290) unterscheidet 4942 ff. 4970 ff. genau zwischen Liven und Letten, und zwischen Kuren und Semgallern. 2) Der Bericht des flandr. Ritters Ghillebert de Lannoy über seine Reise von Memel bis Narva im J. 1413 erwähnt „villaiges des Zamegaelz, des Corres et des Lives, lesquelz ont chascun ung langaige à part eulz“, und unterscheidet weiterhin „quatre manières de langaiges, les Lives, les Tzamegaelz, les Lo[t]hes et les Eestes“ (Bielenstein, Grenzen 130. 132). 3) der 70-jähr. Pleban von Pussen (im kur-liv. Grenzgebiet) erklärt 1431, dass „Curonia, Osilia et Livonia sint distincte in ydeomatibus, ita quod unus alium extra suam terram habitantem non intelligit, videlicet Curo unum Livoniensem nec Osiliensem nec econverso (UB. 8, 440).

Zu S. 16 u. 73 f. Anm. Der Grenzprozess wurde vor dem Manngericht geführt, nicht im Bauergericht, worüber wir reichliche Quellen haben — die allerdings aus einer Zeit stammen, wo aus dem Obereigentum der Herren am bauerlichen Grundbesitz bereits ein direktes Eigentum geworden war. Gef. briefl. Mitt. von Herrn Dr. A. v. Transehe-Roseneck, der gegen Schillings konstruktive Ansicht S. 101 vom livl. Grenzprozess

begründeten Widerspruch erhebt: Lokaltermine an oft abgelegnen Orten erklären d. Institut ad hoc deputierter, ortskundiger Schiedsrichter (statt Beanspruchung d. Mannrichters u. seiner mindestens 3 Folger) von selbst, wogegen e. Zwang zur Schaffung e. „formalen Möglichkeit“ für d. Verteidigung d. bäuerl. Besitzrechte bei dem nach Landrecht geführten Grenzprozess, wo d. Bauern sowohl vor d. zuständ. Mannr. wie vor d. Schiedsrichtern auftreten konnten, ja garnicht vorlag. D. Urk v. 1497, oben S. 26. Anm. 2 (auch n. 44 § 32, vgl. v. Bunge, Ger.-wes. 142) beweist auch keine Prozessverhandlung im Bauergericht, sondern bedeutet nach v. Transehe, dass, nach Scheitern d. Einigung der Herren, d. Bauern in d. landrechtl. Beweisverfahren (Eid selbsiebind, Eisenprobe) einzutreten haben, worauf d. Herren d. Urteil einbringen. Nach n. 26 P. 18 f., bei Grenzstreit zw. landesherrlichen (Ordens-) Bauern, wo nicht Vasallen, sondern d. bäuerl. Rechtfinder d. Urteil einbringen, ist e. Teil d. ält. ortskund. Bauern als Zeugen, d. andere, die Rechtfinder, als Urteilsleute tätig. Vgl. LGU. 1 n. 160: de schedinge de lantlude an beyden tzyden ghewulbordet hebben (1404). — v. Transehe.

Zu S. 25 u. 71 f. Anm. Betr. d. sog., ganz verstümmelt überlieferten u. d. widersprechendsten Deutungen zulassenden „Dorfrechts“ im ARR. (Art. 61—67) entsteht nach gef. Mitteil. v. Transehes die Frage, ob die (vom URR., also nach Verlauf bloss eines Menschenalters schon fortgelassenen) Art. 61—63 überhaupt je in Livland gegolten haben: von einer Markgenossenschaft im Sinne der altdeutschen Flurverfassung mit Flurzwang u. Allmende finden sich in den dorffartig besiedelten Gebieten Livlands, wo angesichts der erst seit Mitte d. 19. Jahrh. erfolgten Streulegung der Dörfer sich Spuren in der Flurverfassung hätten erhalten müssen, keine Anzeichen. Die Frage müsste eingehend untersucht werden. Nichts mit Markgenossenschaften zu tun haben natürlich die in Art. 65—67 erwähnten „Gemeinheiten“ an Wald, Weide, Heuschlägen, die dadurch entstanden, dass die gen. Ländereien lange Zeit hindurch eine res nullius waren, die von allen Anliegern genutzt wurde. (Individualbesitz an Wäldern, als Ausnahme, s. LGU. 1, 109. 124. UB. 3, 1261. Brfl. 1, 72, a. d. J. 1380, 1388, 1389). — v. Transehe.

Zu S. 27 f. Die Ansicht, dass im Beweisverfahren bei Grenzstreit und im Strafrecht, infolge des Konzilsverbotes von 1428, die Eisenprobe nur in Harrien-Wierland das 15. Jahrh. und das erste Viertel des 16. Jahrh. überdauert habe, aus den andren livländ. Territorien aber seit 1428 verschwunden sei, ist nach gef. Mitteil. v. Transehes endgültig fallen zu lassen: denn in einem richterlichen Erkenntnis des Öselschen sitzenden Rats vom Manntage zu Hapsal 1549 Aug. 19 unter Bf. Joh. Münch-



hausen heisst es betr. Landzwists in der Wiek zw. Otto Gilsen zu Wittenfelde und Reinhold Herkel, dass Herkel seine schwedischen Bauern zum Eide, Gilsen aber einen seiner ältesten estnischen Bauern, der fromm und unberüchtigt sei, darstellen soll, damit derselbe nach landläufigen Rechten mit dem Eisen die Wahrheit von Gilsens Aussagen betr. einige strittige Gesinde bekräftige (Russwurm, Nachr. üb. d. Geschl. d. Ungern-Sternberg 2, 1875, n. 314 S. 365 § 6). Also war die Eisenprobe im Grenzbeweisverfahren noch lange nach dem von Bunge angenommenen Endtermin, und zwar in einem zur Rig. Kirchenprovinz gehörigen Stift, in Gebrauch. Inbezug auf das Strafrecht im gen. Stift wird man aber doch noch den urkundl. Beweis abwarten müssen, da die Öselsche Einigung von 1504 (AR. 3 n. 27 § 15) die Eisenprobe im bäuerl. Kriminalprozess ausdrücklich verbot (AR. 3 n. 27 § 15, vgl. oben S. 28 Anm.).

Zu S. 32 Anm. cc. Das „not.“ ist nach gef. Mitteil. v. Transehes vielleicht analog dem nöt-schillink (Gerichtsbusse) aufzufassen?

Zu S. 38, Anm. zu B. I § 10 Abs. 2: v. Transehe bestreitet mit Recht Schillings Annahme betr. „Entlaufen“: d. Behandlung dieses Falles im Zusammenhang des § 10 wäre ebenso unwahrscheinlich, wie e. Spezialbestimmung für das damals doch nur höchst seltene Entlaufen eines Bauerwirts ohne Frau u. Kinder; weit näher liegt die häufig bezeugte u. v. d. geistl. u. weltl. Gewalten bekämpfte Verstossung der Frau.

Zu S. 41, Anm. zu B. II § 22 u. zu B. II § 24 bemerkt v. Transehe, im Gegensatz zur Deutung von „herschop“ a. a. O., dass in Harrien-Wierland u. allen Stiften, wo d. sächs. Mannlehnsrecht galt, den Vasallen d. volle Gerichtsgewalt zustand, aber im Ordensgebiet (u. Stift Kurland?) wenigstens (ohne Widerspruch zu UB. 135. 536, u. jetzt auch mit Zustimmung O. Stavenhagens) die niederste Gerichtsgewalt: letzteres schon wegen der Unmöglichkeit, in jeder Bagatellsache einen Ordensbeamten in Anspruch zu nehmen. In Preussen hatten alle Lehnsleute zu kölm. Recht (e. Nichtritterrecht), abgesehen v. d. sog. Freien, d. volle Ger.-barkeit. „Herschop“ bedeutet in unsren BR. ganz allgemein d. Grund- u. Gerichtsherrsch., richter — d. Inhaber d. Ger.-gewalt. Unter „recht“ in B. II 24 ist Gerichtsstand zu verstehen.

Zu S. 46: D. Anm. zu B. II § 27, gegen Ende, berichtet v. Transehe dahin, dass nach livl. Lehnrecht sämtliche Söhne Lehnserben waren, unter Verweisung auf seine Untersuchung in d. Mitteil. 18 S. 63 (Anm. 3 Z. 1 füge noch hinzu: Lsp. 17 = MRR. 14), 68 (Anm. 4 lies: Schilling 77, statt 70), 234.

Zu S. 50 ff. Im „Roten Buch“ ist bei jeder einzelnen Geldbusse „marck“ oder „mk.“ wiederholt. Aus drucktechnischen Gründen entspricht die Wiedergabe also hierin nicht der Vorlage. Dasselbe gilt für die auf S. 51 Sp. 2 gewählte Anordnung der Geldbussen in der Red. R.

Zu S. 71 f. Anm. u. 73 f. Anm. s. d. Berichtigungen S. 141 f. 142. — S. 72 Art. 63 Z. 5 l.: losinge bekennen,

Zu S. 94: n. 20a. Verordnung über Bauerschutz in den Gesetzen des HM. Erlichshausen für den DO. in Livland, Marienburg, 1441 Apr. 28. UB. 9 n. 716 § 14: Item sal der meister bestellen und die gebietiger darzu halden, das si ire amptleute die leute nicht unmeslich und czu swerlichin bwssen, nach widder gelich und recht czu sere mit scharwercke besweren, wenere von ein sulchin nicht alleine schaden und vorterp die lenge unsern landen, sunder ouch swere grosse clagen gegen der werlt und rochungen der stroffungen Gotis ersteen mochte uns allen.

n. 20b. Aus dem [ursprüngl. f. Preussen entworfenen und dann auf Livland angewandten] Eidschwur des Meisters D. O. in Livland betr. Bauerschutz etc. [um 1441], UB. 9 n. 800 § 1: Keyn gebietiger sal seyne hofte bawen mit dem lande, sunder czu fure und czu heben sullen sie helfen mit gewanlichem scharwerck, awszgenomen die richthofe. § 2: Item sal man dem lande nicht czumutende seyn ungewanlich scharwerg, also mist czu fueren und pflugen und dergleichen, und domethe das landt besweren. —

Vgl. übrigens n. 19 f. u. auch die im Interesse der Bauern erfolgte Mahnung des OM. Spanheim an Reval, das Salz nicht zu verteuern, 1421 Nov. 17 (UB. 5 n. 2569), und eine ähnliche Mahnung des OM. Vincke, 1439 Nov. 3 (UB. 9 n. 523), mit der Warnung, dass widrigenfalls der OM. u. d. Prälaten von sich aus für die Bauern Fürsorge treffen würden: Wente leyder de bittere notd und kommer den armen undutschen landtman nicht allenigen in unses ordens landen, sunder ock over dit gancze landt darto dwinget, dat malk siener herschopp vorbringet yamerliken clagende\*, wie, in folge der Ausfuhr an die Russen, das Salz unerschwinglich werde und man beherzigen sollte, wie ja doch „sowall gie als wie jwe dechlike lieffberginge hebbem und hebbem mothen von deme landtmanne, nemeliken in alsodanen dingen, der men to ethende und to drinckende behuff hefft“. S. UB. 5, 2570; 7, 409.

Zu S. 100 n. 24. Diese Einigung wird auch erwähnt in n. 25 S. 104 u. n. 29 S. 110.

Zu S. 105 n. 26: in d. Anm. ergänze d. Zitat: n. 61.

Zu S. 110 n. 28 verweist v. Transehe auch noch auf UB. 7, 385. 9, 326 S. 208. 11, 300 u. Jb. f. Gen. 1897 S. 65 f., [c. 1425], 1438, 1453 u. 1486.

Zu S. 111 n. 32 vgl. v. Bruiningk, Mitteil. 22, 18. 30 f. — In d. Anm. lies n. 47 (statt 45).

Zu S. 112 n. 34 u. S. 133 Anm. 3 vgl. v. Bruiningk a. a. O. 28.



## Der Greifswalder Professor Johann Meilof und sein handschriftlicher Nachlass über Livland aus dem 15. Jahrhundert.

Von Friedrich von Keussler.

Vorgelegt in der 797. Sitzung am 24. Nov. 1920.

Die St. Nikolaikirche in Greifswald besitzt im Altarchor eine dem Geistlichen Ministerium der Stadt gehörige alte Bibliothek von 93 Handschriften und etwa 1800 Druckbänden (unter ihnen etwa 350 Inkunabeln), über welche folgende Arbeiten orientieren: 1) K. Th. Pyl († 1904), Die Rubenow-Bibliothek, Greifswald 1865, auch in den „Baltischen Studien“ Bd. 20 und 21, Stettin 1865 und 1866. 2) Die Handschriften der Bibliothek des Geistlichen Ministeriums zu Greifswald, in Fortsetzung von Dr. Th. Pyls „Rubenow-Bibliothek“, beschrieben von R. Lühder in den „Pommerschen Jahrbüchern“ (herausgegeben vom Rügisch-Pommerschen Geschichtsverein zu Greifswald und Stralsund Bd. 7, Greifswald 1906). 3) Die Druckschriften der Bibliothek des Geistlichen Ministeriums zu Greifswald in alphabetischem Verzeichnis mit einer Geschichte der Bibliothek von R. Lühder, Greifswald 1908. Eine Abteilung der juristischen Handschriften und Urkunden bildet die „Meilofsche Sammlung“, bestehend aus 9 Folianten und 3 Quartbänden, über die in der „Rubenow - Bibliothek“ S. 49 bis 94 und in den „Baltischen Studien“ Bd. 21, S. 1 bis 46 gehandelt wird. Ich zitiere nach der zuletzt genannten Publikation und beschränke mich lediglich auf Dinge, welche für die Geschichte Livlands Bedeutung haben.— Erst nach Beendigung meiner Arbeit habe ich mir den Aufsatz des vormaligen Dorpater Dozenten Dr. E. Winkelmann „Johann Meilof. Zur Geschichte des römischen Rechts in Livland im fünfzehnten Jahrhundert“ (Schriften der Gelehrten Estnischen Gesellschaft Nr. 7, Dorpat 1869) beschaffen können. Ich sehe mich nicht veranlasst, nachträglich etwas an meiner Arbeit zu ändern, und will mich mit Winkelmann nur in bezug auf einige Differenzen kurz auseinandersetzen. In seiner Arbeit, der Pyls „Rubenow-Bibliothek“ zugrunde gelegt ist, tritt das rechtshistorische Moment in den Vordergrund, zwei „Beilagen“ (S. 11 bis 16) bringen Nachrichten über die „Livländischen Urkunden“ und den Text der zeitgeschichtlichen „Notizen zur livländischen Geschichte“. Wie weit die rechtsgeschichtlichen Fragen nach Verlauf von über 50 Jahren eine

Vervollkommnung erfordern könnten, wage ich nicht zu entscheiden, bemerke aber, dass Meilofs Notizen über sein Leben von Winkelmann zu einer fesselnden, indessen allzu hypothesenreichen Skizze verarbeitet sind, für die das überlieferte Material keineswegs ausreicht. Über die „ehrgeizigen Pläne“ Meilofs, denen er erst nach der Rückkehr nach Greifswald „entsagt“ haben soll, wird in den Quellen nichts berichtet. Weiter: dass Meilof das Abschreiben eines juristischen Kommentares in Greifswald unterbrechen musste, weil er „statim ingressus fuit in Livoniam“, besagt an sich nicht viel. Ohne quellenmässige Begründung wird im Anschluss daran behauptet, Meilof habe gleich nach seinem Eintreffen in Livland im Hause des Rigaschen Rats Herrn Stephan von dem Stade in Musse gelebt (S. 5). Das kann auch zu anderer Zeit, also später, geschehen sein, wie anderseits Pyl gleichfalls ohne quellenmässige Berechtigung von einer „Berufung“ Meilofs nach Livland spricht. Im Gegensatz zu Pyl (S. 247) lässt Winkelmann Meilof durch den Bischof Johann von Ösel zum Kanonikus ernannt werden (S. 7), obgleich es einen solchen im Jahre 1473 garnicht gegeben hat. Winkelmanns Interpretation der Bezeichnung Meilofs als „cancellarius officii generalis et orator“ erscheint mir allerdings zutreffend, ohne dass ich darum meine frühere Auffassung von einer Probe schwülstigen Kanzleistils aus dem Manuskript entfernen möchte. Unerwähnt lässt Winkelmann Meilofs Stellung als supernotarius des Ordensmeisters, S. 15 setzt er zu dem abgekürzten Wort „supernot.“ ein Fragezeichen. Wenn er das folgende „consiliarium“ mit dem kleinen Anfangsbuchstaben schreibt, so verändert er damit die Fassung der Vorlage. Eine von Meilofs Notizen, die Winkelmann wiedergibt (Kodex 8. B. III. 13. p. 644; Pyl S. 7) besagt: „Papirum hujus scripturae ibi, ubi incipiunt summarii III libri Codicis, emit idem magister Johannes (Meilof) in Letphania [=Lituania] in civitate Vilna sub episcopatu domini Johannis ejusdem ecclesiae Vilmensis episcopi fel. rec., in cujus locum electus dominus Andreas Petri artium et decretorum doctor atque ejusdem ecclesiae Archidiaconus“. Winkelmann meint (S. 7 f.): „Vielleicht hängt Meilofs schliessliche Entfernung [?] aus Livland, welche um die Mitte des Jahres 1476 stattfand, mit Unterhandlungen zusammen, welche damals behufs einer friedlichen Ausgleichung des Streites zwischen Erzbischof und Orden angeknüpft wurden, allerdings zuletzt, doch erst nach der Abreise Meilofs, sich zerschlugen. Er nahm den Landweg“ (?) und habe dann (1476) in Wilna das Papier gekauft. Aber nichts zwingt zu einer derartigen Vermutung und es darf vielleicht mit mehr Recht der anderen Möglichkeit der Vorzug gegeben werden, dass Meilof die Hinreise nach Livland im Jahre 1470 auf dem Landwege ausgeführt und bei dieser Gelegenheit Wilna berührt hat. An



sich ist das eine und das andere möglich. Denn nach Gams, *Series episcoporum*, 1873 S. 360 war von 1468 bis an seinen Tod 1480 Bischof in Wilna Joannes Losowicz, dem nach Vakanz zweier Jahre 1482 Andreas II. († 1490) folgte (also kann, nebenbei bemerkt, Meilof die Notiz frühestens 1482 geschrieben haben). Berücksichtigt man aber die S. 151 in Note 2 erwähnten Beziehungen zwischen Meilof und seinem Verwandten Paul Elvinck, die beide, wie es scheint, zusammen nach Livland gekommen sind, und dass letzterer nach Winkelmann S. 6 aus Elbing stammte, so dürfte unter der Voraussetzung, dass Meilof nur einmal in Wilna gewesen ist, die grösste Wahrscheinlichkeit für das Jahr 1470 sprechen.

Über die Persönlichkeit Johann Meilofs, seinen Bildungsgang und sein Wirken sind die Nachrichten sehr verschieden. Seine Herkunft aus Greifswald wird in den Matrikeln der von ihm nacheinander besuchten Universitäten Rostock und Greifswald bezeugt. In der Rostocker Matrikel (Rostock 1889, Bd. I S. 103) heisst es: „Septembris 1454 — Johannes Meilof de Gripeswaldis in instantiam doctoris Rubenowe XIII die“ — und in Friedländers Greifswalder Matrikel (Leipzig 1893, Bd. I S. 4): „1456, 21. Octobris: Item Johannes Meyloff intraneus“, d. h. etwa Eingesessener oder Hiesiger (bei Friedländer Bd. I S. 76 heisst es: „hujus oppidi intraneus“); und unter dem Dr. Rubenow, dessen Befürwortung Meilof seine Immatrikulation in Rostock verdankt haben soll, ist der grosse Bürgermeister Greifswalds zu verstehen, der, nachdem die Rostocker Hochschule im Jahre 1437 vorübergehend nach Greifswald übersiedelt war, zuerst daselbst als Professor der juristischen Fakultät thätig gewesen ist und alsdann die Gründung und Eröffnung der Universität Greifswald im Jahre 1456 zu stande gebracht hat (über Heinrich Rubenow siehe Pyl, *Allgemeine Deutsche Biographie* 19 S. 417 f.). Für das weitere Leben Meilofs gebe ich fürs erste die Daten aus der „Geschichte der Universität Greifswald mit urkundlichen Beilagen“ von Kosegarten (Greifswald 1856—57) mit Fortlassung der in diesem Zusammenhang belanglosen Angaben wieder, indem ich bemerke, dass dessen Quellen die inzwischen zusammen mit den Dekanatsbüchern edierte Matrikel, die im zweiten Teil der „Geschichte“ publizierten Urkunden und Universitätsakten, sowie des Greifswalder Professors Augustin Balthasar († 1786) „*Vitae jurisconsultorum Gryphiswaldensium*“ („XVII. Johannes Meilofius“ im „*Programma . . . ad disputationem inauguralem*“ des Dav. Gottl. Iken vom 17. März 1741 S. 8 f.) sind. Über Meilof handelt Kosegarten in den Abschnitten über die Professoren der sog. Artistenfakultät (der Vorgängerin der philosophischen) und alsdann der Juristenfakultät. Als Studierender der Artistenfakultät (T. I S. 90 f.) wird er „1457 Baccalar und 1459 Magister. Er ist 1464 und 1468 Examinator; im Frühjahr

1469 wird er Dekan, 1477 und 1478 wiederum. Er wendet sich auch zu den juristischen Graden, wird 1478 *baccalarius in utroque jure*, und ist 1480 Rektor und in *novis juribus ordinarius*. Im Jahre 1482 ist er wieder Rektor. Auch empfängt er 1484 *primos duos sacros gradus subdiaconatus*, wird 1485 ordiniert und predigt in Sankt Nicolai und liest die Messe daselbst. Im Jahre 1486 bestellt ihn Johann Friedrich von Lörengthane [sic!], *magister ordinis teutonici Breslaviae* [sic!], zum Sachwalde, und er lebt noch 1492. — S. 147 heisst es im Abschnitt über die Juristenfakultät: „Da er zum Kanonikus des Oeselschen Kapitels in Livland ernannt ward, das Kapitel ihn aber nicht annehmen wollte, so appellierte er dieserhalb 1472 an den Papst. Der Rat zu Riga schrieb 1477 an den Stralsunder Rat, ihn ersuchend, dem Meilof gegen einige Stralsunder Bürger beizustehen. In Greifswald begann Meilof im Anfang des Jahres 1478 ordinarie in *legibus* zu lesen, obwohl er im Herbste noch einmal das Dekanat der Artisten übernimmt; und Michaelis 1479 liest er ordinarie in *novis juribus*: dies letztere Amt behielt er nun, führte das Rektorat 1480 und 1482 und scheint bis 1492 gelebt zu haben“.

Die auf Livland bezüglichen Nachrichten hat Kosegarten dem kurzen Aufsatz Aug. Balthasars entlehnt, wo berichtet wird: „*Canonicus factus est Ecclesiae Osiliensis; cum tamen introductionem in locum et stallum Capitulum ipsi denegaret, appellationem ad Papam interposuit. Sicut et apparet ex literis Consulum et Senatus Civitatis Rigensis anno 1477 ad Senatum Sundensem scriptis, quibus pro Meylofio intercedit, ut ipsi in expediendis ejus litigiis contra cives quosdam Sundenses, prout justitia petitur, subveniet . . . Anno 1486 a Joh. Frider. von Lörengthane [sic!], Magistro Ordinis Teutonici Bresloviae [sic!], testantibus Literis sub d. Wenden am Freyt. na. Exaltat. St. Cruc. causarum Patronus fuit constitutus*“. Nun erweist es sich, dass alle diese Nachrichten von Balthasar den Meilof'schen Urkunden entnommen sind. Wenn letzterer jedoch nach Kosegarten S. 147 Anm. 28 in seinen mir nicht zugänglichen „Handschriftlichen Zusätzen“ zu dem in Rede stehenden Aufsatz in betreff der Appellation bemerkt hat: „*Instrumentum appellationis asservatur adhuc in bibliotheca ministerii Gryphici*“, d. h. der des Greifswalder „Geistlichen Ministeriums“, so findet sich dort nicht das Original, sondern eine Kopie von Meilofs eigener Hand im Kodex 11. B. VI. 27. f. 291. Nr. 83 (Pyl S. 24 f.). Von einer Veröffentlichung des sehr schwer leserlichen umfangreichen Schriftstücks, das vermutlich noch nicht publiziert und mit der Aufschrift „*forma appellationis*“ versehen ist, nehme ich Abstand, erwähne indessen, dass Meilofs Ernennung zum Kanoniker des Oeselschen Kapitels durch den Bischof Johann II. von Dorpat



(1473—85) erfolgt ist, für die beiden andern Nachrichten aus dem Jahre 1477 und 1486 sind im selben Kodex, wie wir sehen werden, sogar die Originale des Schreibens des Rigaschen Rats an die Stadt Stralsund und desjenigen des livländischen Ordensmeisters Johann Freytag von Loringhoven (von dem das Schreiben tatsächlich unterzeichnet ist) an Meilof noch vorhanden, worüber später gehandelt werden wird.

Über seinen Aufenthalt in Livland liefert Meilof selbst in der „Sammlung“ eine grössere Anzahl Notizen, die er den Abschriften beigelegt hat, wie denn der Wert seines sehr reichhaltigen handschriftlichen Nachlasses für die livländische Geschichtsforschung im ganzen nach vier Seiten zutage tritt. Die gelegentlichen Notizen bieten schätzenswerte Personalien nicht nur über Meilof, sondern auch über andere Persönlichkeiten, und mitunter auch Nachrichten über zeitgeschichtliche Dinge. Sie haben auch eine gewisse Bedeutung als Beitrag zur Bildungsgeschichte, da sie über die in der zweiten Hälfte des 15. Jahrh. in Livland befindlichen juristischen Handschriften Kunde geben. Endlich umfassen die 12 Bände der Sammlung nicht bloss juristische Schriften, sondern auch Urkunden, unter ihnen livländische in grosser Zahl. Aus den Notizen lässt sich vor allem die Zeit feststellen, die Meilof in Livland verbracht, ebenso zum Teil, welche amtliche Stellungen er dort innegehabt hat; dazu kommen einige Nachrichten aus livländischen Quellen, die mir leider nicht im vollen Wortlaut vorliegen, sondern nur in der Fassung von L. Arbusows „Livlands Geistlichkeit vom Ende des 12. bis ins 16. Jahrhundert“. (Im „Gen. Jahrbuch“ Bd. VIII, IX, X und XVI). Im übrigen kann ich alle rechtsgeschichtlichen Bemerkungen in den Notizen, weil sie bereits von Pyl kommentiert sind, unberücksichtigt lassen. Die wenig zahlreichen zeitgeschichtlichen Mitteilungen brauchen als solche kaum noch besonders markiert zu werden, da die bedeutendsten von ihnen schon durch das Livländische Urkundenbuch bekannt geworden sind.

Obwohl Meilof, wie wir sahen, in den Jahren 1457 und 1459 die Grade eines Baccalars und Magisters der Artisten erworben hatte, bezeichnet er sich in Livland meist nicht als Magister dieser Fakultät, sondern als „legum scholaris“, was er jedenfalls schon 1469 (wahrscheinlich vor Übernahme des Dekanats in der Artistenfakultät, die Mitte April erfolgte) gewesen ist (siehe das Zitat bei Pyl S. 4 oben und Friedländer Bd. I S. 43). Kodex 7. B. II. 8. f. 314 (Pyl S. 5) bemerkt er: „Finis titulorum Digestorum secundum continuatos glossae conscriptorum per Joh. Meilof leg. schol. in castro Rigensi in Livonia anno 1470, qui isto anno venit in Livoniam et anno 1476 eadem exivit.“ Das geschah in der ersten Hälfte des Jahres 1476, denn Kodex

10. B. V. 23. f. 196 v. (Pyl S. 12) berichtet Meilof: „Fin. 19. Juli 1476 in universitate inclita Grypeswaldensi per magistrum Joh. Meilof, postquam venit ex Livonia“. Kodex 7. B. II. 10. f. 422 (Pyl S. 6) heisst es: „Finit. in praeclaro studio Grypesw., 1474, 28. April, die vero lune“, wozu Pyl bemerkt: Wenn diese Jahreszahl 1474 zu lesen ist, so müsste dieser Kommentar z. d. J. während eines vorübergehenden Aufenthalts in Greifswald geschrieben sein . . . Vielleicht ist aber 1477 zu lesen.“ Letzteres erscheint in der That um so glaubwürdiger, als es kurz vorher beim Abschnitt „9. Azonis, Tituli Codicis Justiniani“ f. 377 v. heisst: „Finis titulorum legalium IX librorum Codicis conscriptorum per Joh. Meilof leg. schol. secundum continuatos domini Azonis et finitorum in Livonia in castro Rigensi, 1474, die dominica Quasimodogeniti, hora vespertina“, also am Sonntag nach Ostern, im Jahre 1474: April 17. Eine Notiz bezüglich der Zeit vor Meilofs Abreise nach Livland lautet Kodex 8. B. III. 12. f. 209 (Pyl S. 7): „Coll. in studio Grypesw. anno 1470 ab ore doctoris Johannis Parleberch, ordinarii in legibus<sup>1)</sup> per Joh. Meilof leg. schol. ibidem, qui statim, postquam incepit quantum, ingressus fuit in Livoniam.“ Hat Meilof mithin etwa vom Sommer 1470 an wohl ohne Unterbrechung bis in die erste Hälfte des Jahres 1476 in Livland gelebt, so lässt sich aus folgenden, hier chronologisch aneinandergereihten Angaben wenigstens zum Teil sein jeweiliger Aufenthaltsort entnehmen. Das einmal schon (im Jahre 1474) erwähnte Schloss zu Riga wird zuerst genannt Kodex 7. B. II. 5. 219 (Pyl S. 4): „Finis titulorum trium ultimorum librorum Codicis, collectorum anno 1470 per Joh. Meilof, legum scholarem, in Livonia in castro Rigensi ex libro domini Gherardi Schafrade, Livonisci Canonici Rigensis, fel. rec.“ [felicis recordationis]<sup>2)</sup>, ebenso Kodex 7. B. II. 6. f. 244 v. (Pyl S. 4): „Finis apparatus Accursii in tit. de Actionibus Institutionum anno 1471 coll. per Joh. Meilof leg. schol. in Livonia in castro Rigensi.“ Dann wird noch in demselben Jahr Wenden zweimal erwähnt, das zweite Mal mit Angabe von Meilofs amtlicher Stellung, Kodex 7. B. II. 7. 281 (Pyl S. 4): „Expl. casus summarii circa collationes Authenticarum domini Jacobi de Bellovisu cum quibusdam insertis ex textu aliorum et ex glossa, conscripti in Livonia in castro Wenden anno 1471 per Joh. Meilof leg. schol.“ und f. 291 (Pyl S. 4 f.): „Expl. casus summarii feudorum (Nov. Coll. X)

<sup>1)</sup> Über Joh. Parleberg, zuerst Professor der artistischen, dann der juristischen Fakultät, siehe Kosegarten I S. 89, 95 und 121. Siehe auch die gleichfalls auf das Jahr 1470 bezügliche, aber später geschriebene Notiz Kodex 8. B. III. 11. f. 107 (Pyl S. 6 f.).

<sup>2)</sup> Gen. Jahrbuch IX S. 102; hiernach ist er noch bis 1479 am Leben gewesen.



conscripti in Livonia in castro Wenden anno 1471 per Joh. Meilof, leg. schol. sub illis temporibus nunc et supernotar. Consiliarium domini Johannis Wolthussen, magistri ordinis Theutonicorum per Livoniam, qui idem magister ordinis de post per suos conpraepceptores fuit vinctus incarceratus in Wenden et depositus.“ Die abermalige Erwähnung des Rigaschen Schlosses im Jahre 1474 am Sonntag Quasimodogeniti haben wir bereits kennen gelernt, doch wird ersteres wiederum genannt Kodex 8. B. III. 13. f. 643 (Pyl 7): „Expl. casus summarii sex librorum Codicis conscripti per Johann Meilof legum scholarem; in Livonia in castro Rigensi, anno 1474, consilarii [sic!] pro tunc domini Bernardi de Borch magistri ordinis Theutonicorum per Livoniam“, ferner Kodex 10. B. V. 22. f. 93 (Pyl S. 12): „Finis Summariorum Digest. Veteris domini Bartoli de Saxo ferrato finitorum per Joh. Meilof legum scholarem in Livonia in castro Rigensi 1474“ und f. 153 (Pyl S. 12): „Expl. casus summarii Digest. Novi cum quibusdam notabilibus domini Bartoli de Saxo ferrato conscripti per Joh. Meilof leg. schol. in Livonia in castro Rigensi et finiti anno 1474, quo regnabat pestilentia in Livonia“. Ohne Datum wird das Schloss zu Riga noch einmal erwähnt, Kodex 7. B. II. 86. f. 344 v. (Pyl S. 7): „Conscripta in castro Rigensi scilicet incipiendo de: „usurae an fuit praemissae“ ex recollectis venerabilis viri domini et magistri Leonardi Rothasse, Pruteni, decretorum doctoris eximii, uxorati et consilarii dominorum ordinis Theutonicorum in Livonia, quas ipse manu propria scripsit super II, III et IV Codicis in studio Perusino, qui obiit Revaliae, cujus anima requiescat in Deo“<sup>1)</sup>, ferner Kodex 9. B. IV. 16. f. 169 (Pyl. S. 9): „Conscript. Magistro Johanni Meilof per familiarem suum Paulum de Elvinck<sup>2)</sup> in castro Rigensi, qui idem Joh. Meilof erat consiliarius domini Bernardi de Borch, magistri ordinis Theutonicorum per Livoniam, ex libro honorabilis presbyteri domini Ludovici Dickenberg Pomerani, vicarii in ecclesia metropolitana Rigeusi fel. rec. or. p. e.“ [felicitis recordationis; orate pro eo]<sup>3)</sup> und f. 186 (Pyl. S. 9):

1) Gen. Jahrbuch IX. S. 97 und 159, sowie XVI S. 177. Meilofs Nachrichten sind hier bereits verwertet.

2) Über diesen Verwandten Meilofs, von Kosegarten I S. 147 Anm. 29 unrichtig Alvinck genannt, siehe Jahrbuch IX S. 151 und XVI S. 48. Von Meilof wird er öfters erwähnt, dessen Nachlass viele Abschriften von ihm, so u. a. die Abschriften seiner livländischen Urkunden, birgt. Vielleicht oder wahrscheinlich hat Meilof ihn nach Livland mitgenommen, und seiner Verwendung könnte Elvinck die Stellung als „Schreiber und Notar“ daselbst verdankt haben, zumal Meilof sich als „dominus“ Elvincks bezeichnet.

3) Ludwig Dickenberg wird im Gen. Jahrbuch XIV „Personenregister“ S. 369 f. nicht mit aufgeführt. Meilofs Angaben über ihn bieten also ein Flus zum Personalbestande der livländischen Geistlichkeit des Mittelalters.

„Conscript. per supra dictum Paulum (Elvinck) domino suo magistro Johanni Meilof, in castro Rigensi ex libro venerabilis viri domini Henrici Nettelhorst de Lubeck, sacrae theologiae doctoris eximii, canonici Rigensis et plebani apud St. Petrum in Riga, fel. rec. or. p. e.“<sup>1)</sup>, ebenso Kodex 6. B. 2. f. 95 (Pyl. S. 2): „Hos summarios scripsit Paulus de Elvinck ad voluntatem Mag. Johannis Meilof in Livonia in castro Rigensi domini sui pro tunc.“ Ohne Zeitangabe wird der Stadt Riga gedacht in der Notiz Kodex 8. B. III. II. p. 117 (Pyl. S. 7): „Conscripta in civitate Riga in domo circumspecti viri domini Steffani von d. Sande<sup>2)</sup> consulis Rigensis sc. incipiendo ibi not. Imperator app. sc. s. (p. 108) ex libris honorabilis presbyteri domini Johannis Sleff de Grypeswaldis Canonici Rigensis (fel. rec. or. p. e.) s. Consulis et canonici<sup>3)</sup>. Et haec scripta fuere pro deductione temporis ad vitanda otia“. Als zweite Gruppe wären folgende Notizen zusammenzufassen, wobei die nicht mit chronologischen Angaben versehenen zuletzt wiedergegeben seien. Kodex 9. B. 18. f. 244 (Pyl. S. 9): „In Cockenhusen 4. Nov. 1475 ex libro honorabilis presbyteri Georgii von Ungheren canonici Livonisci Terbatensis“<sup>4)</sup>. Kodex 9. B. IV. 15. f. 119 (Pyl. S. 8): „Fin. in Livonia in castro Cockenhusen anno 1476 per Johannem Meilof pro tunc cancellarium officii generalem et oratorem reverendi patris domini Silvestris. Rig. ecclesiae archiepiscopi“<sup>5)</sup>. Kodex 9. B. IV. 18. f. 229 (Pyl. S. 9): „Hoc conscripsit M. [Magister] J. Meilof s. incipiendo a repetitione c. Proposui in castro Kockenhusen ex libro rev. i. Chr. patris d. Silvestri s. eccl. Rigensis archipraesulis .art. m. et s. theol. bacc.“ Kodex 9. B. IV. 18. f. 295 (Pyl. S. 10): „Haec omnia incipiendo s. ibi de Indulgentiis cruce signatis datis (f. 188) conscripsit M. J. Meilof in Livonia in castro Cockenhusen, qui erat cancellarius Archiepiscopi Rigensis, alia, quae sequuntur, in universitate Grypeswaldensi conscripsit.“ Ohne Zeit und Ortsangabe gibt es zwei auf Livland bezügliche Bemerkungen. Die eine von ihnen, Kodex 7. B. II. 8. f. 319 (Pyl. S. 5) mit den beachtenswerten Mitteilungen über Erzbischof Silvester und die beiden Dorpater Bischöfe Helmich von Mallinkrade<sup>6)</sup>

1) Gen. Jahrbuch IX S. 74 f. und S. 158, ferner XIV 148 und S. 249. Er starb erst 1477 März 3, mithin nach Meilofs Rückkehr nach Greifswald. Letzterem zufolge ist er offenbar aus Lübeck gebürtig gewesen.

2) Nachrichten über ihn finden sich vermutlich in der mir nicht zugänglichen „Rigischen Ratslinie“ von Böthführ.

3) Gen. Jahrbuch IX S. III und XVI S. 196. „1475 Nov. 24 schon tot; kurz vorher gestorben“.

4) Gen. Jahrbuch IX S. 130 f. und XVI S. 222.

5) Gen. Jahrbuch IX S. 116 und XVI S. 204.

6) Gen. Jahrbuch IX S. 63 f. und XVI S. 130 f.



und Andreas Peper<sup>1)</sup>, ist bereits im Livländischen Urkundenbuch Abt. I Bd. XII S. 117 als Note zur Bulle Papst Paul II. Rom 1465 Juni 20 (Pyl S. 5 gibt fälschlich das Jahr 1475) wörtlich abgedruckt, so dass sie hier nicht wiederholt zu werden braucht. Die andere Notiz Kodex 9. B. IV. 18. f. 279 (Pyl S. 10) lautet: „Haec conscripsit M. J. Meilof incipiendo s. de crimine sacrilegii, an sit ecclesiasticum (f. 248 v.) ex recollectis domini et magistri Georgii Hollant, Pruteni, decretorum doctoris egregii atque praepositi Rigensis, quos collegit ab ore famosi doctoris utriusque juris Andreae de Cecilia in studio Bononiensi“<sup>2)</sup>.

Nach Meilofs Angaben über die in Livland verbrachte Zeit hat er dort vom Jahre 1470 an zuerst in den Ordensschlössern Riga und Wenden, daher, wie hiernach anzunehmen, im Dienste des Ordens gelebt. 1471 bezeichnet er sich ausdrücklich als „supernotarius“ und „consiliarius“ (Rat), 1474 als „consiliarius“ der Ordensmeister Johann Wolthus von Herse und Bernd von der Borch (Arbusow, Gen. Jahrbuch XVI S. 288, nennt unter den „Kanzlern, Kaplänen, Sekretären, Notaren u. s. w. der Ordensmeister“ auf dem Schloss in Riga „um 1470 Johannes Meilof“ und lässt ihn im Abschnitt über Wenden S. 289 unerwähnt). Später, in den Jahren 1475 und 1476, wohnt Meilof in der erzbischöflichen Residenz Kokenhusen und ist Kanzler des Erzbischofs Silvester, als welcher er sich zweimal bezeichnet (das erste Mal in schwülstigem Kanzleistil wörtlich: „cancelarium officii generalem et oratorem“, wozu bemerkt sei, dass orator auch Kanzler bedeuten kann). Die dürftigen livländischen Quellen bestätigen zum Teil diese Nachrichten, zum Teil widersprechen sie ihnen. Insbesondere soll Meilof schon „1470 ff.“ Kanzler des Erzbischofs gewesen sein (Gen. Jahrbuch XVI S. 131), was fürs Jahr 1475 abermals bezeugt wird (Gen. Jahrbuch IX S. 67), während nirgends davon die Rede ist, dass er auch im Dienste des Ordens gestanden habe. Aber wenn es Gen. Jahrbuch IX S. 67 heisst „1473 Juli: can. Osil (?)“, so wissen wir nunmehr aus der in der Abschrift erhaltenen Appellation Meilofs an Papst Sixtus IV., dass er in der Tat im Jahre 1473 zum Kanonikus des Bistums Ösel ernannt worden ist. Was endlich Meilofs eigenhändige, dem Jahre 1480 angehörige Bemerkung auf der Rückseite der Verkaufsurkunde des Hermann Greve von 1470 Dezember 22 (Livl. Urkundenbuch Abt. I Bd. XII Nr. 763 S. 423) anlangt, auf welche Gen. Jahrbuch XVI S. 137 verwiesen wird mit dem Zusatz, er habe damals wohl nicht mehr in livländischen Diensten sich befunden, so dürfte

1) Gen. Jahrbuch IX S. 84 und 158, sowie X S. 62 und XVI S. 159.

2) Gen. Jahrbuch X S. 53 und XVI S. 87 f. Neu ist die Nachricht über den Besuch der Universität Bologna.

immerhin daran gedacht werden, dass Meilof, obschon wiederum seit vier Jahren an der Greifswalder Universität Professor und zur Zeit Rektor<sup>1)</sup>, zu Livland noch in dienstlichen Beziehungen gestanden haben könnte, wie sich das sogar fürs Jahr 1486 nachweisen lässt.

Wenden wir uns zum Schluss den Urkunden zu, welche Meilof im Laufe vieler Jahre zusammen mit den juristischen Werken in grosser Zahl gesammelt und zum Teil selbst abgeschrieben hat oder durch andere hat abschreiben lassen. Bei ihrer Auswahl sind naturgemässe nicht historische, sondern juristische Gesichtspunkte bestimmend gewesen, d. h. es handelt sich wesentlich um rechtsgeschichtliche Belege oder um Beispiele für Prozesse, daher auch die Aufschrift „Forma appellationis“ bei Meilofs Eingabe an den Papst vom Jahre 1473. Abgesehen von den vielen anderen, namentlich Kodex 12. B. VII bis Kodex 17. B. XII enthaltenen Urkunden (Pyl S. 32 bis 42), finden sich zusammenhängende Urkundensammlungen Kodex 10. B. V. 26 (Pyl S. 14 bis 19) und Kodex 11. B. VI. 27 (Pyl S. 19 bis 32), nach Pyl „Urkunden-Sammlung“ Teil I und II. — Einen ansehnlichen Bestandteil des ganzen Materials machen die livländischen Urkunden aus. Mit dem 13. Jahrh. beginnend, datieren sie zum Teil aus dem 14., aber meist aus dem 15. Jahrh., und zwar über das Jahr 1476 hinaus, in welchem Meilof nach Greifswald zurückkehrte, und ihre Reichhaltigkeit erscheint leicht erklärlich, da Meilof während seines sechsjährigen Aufenthalts in Livland nacheinander das Ordensarchiv und das erzbischöfliche Archiv zu Gebote gestanden haben. Fast alle livländischen Urkunden sind Kopien, Originale nur vier (im Zweiten Teil der Sammlung): 1) das bereits erwähnte Schreiben des Rats der Stadt Riga an den von Stralsund, Pergament. Näheres bei Pyl S. 27 Nr. 110. 2) Pyl S. 28 Nr. 120: „Libellus Ludolphi Nagel canonici Osiliensis<sup>2)</sup> oblatum coram capitulo Osiliensi, 1469“. Livl. Urkundenbuch Bd. 12 n. 675 S. 374. 3) Pyl S. 28 Nr. 122: „Originalbrief des Bischofs Simon von Reval an Johannes Meilof (Romae ad manus) 1487, mit der Briefaufschrift in lateinischer Sprache, betrifft die Mitteilung einer päpstlichen Bulle an die Greifswalder Universität zur Interpretation, in Sachen eines Streits mit dem Deutschen Orden“. 4) Das gleichfalls schon erwähnte ordensmeisterliche Schreiben an Meilof, dessen Datierung von Aug. Balthasar richtig wiedergegeben ist, während die Unterschrift sowohl von ihm, als

<sup>1)</sup> Meilofs Bemerkung auf der Urkunde bezieht sich auf den September 1480; seine Wahl zum Rektor erfolgte am 3. Mai desselben Jahres („ipso die inventationis sancte crucis“, Friedländer Bd. I S. 76).

<sup>2)</sup> Gen. Jahrbuch IX S. 73 f. und 158, X S. 61 und XVI S. 146; vgl. die folgende Note S. 155.



auch von Pyl nicht richtig gelesen ist und in Wirklichkeit lautet: „Broder Johann Fridach vām Loringhaue Meister tho Lifflande dutssches Ordens“. Dabei hat Balthasar offenbar statt „Broder“ (das, freilich als Bestandteil der Unterschrift, sich unmittelbar der Jahreszahl 1486 anschliesst) Breslau („Breslaviae“) gelesen, denn ein ähnlich geschriebenes Wort findet sich sonst nicht. Weiteres bei Pyl S. 28 Nr. 123.

Inbetreff aller auf Livland bezüglichen Urkunden, mögen sie publiziert oder nicht publiziert sein, muss ich mich auf diese geringen Andeutungen beschränken, weil mir in meinem derzeitigen Wohnort Greifswald zu weiteren Studien die nötigen literarischen Hilfsmittel fehlen<sup>1)</sup> Zwei Einbände von den 12 Kodices des Meilofschens Nachlasses enthalten Fragmente von livländischen Originalurkunden: Kodex 8. B. III das „Fragment einer Pergament-Urkunde Nr. 248 vom Jahre 1391 von Wenemarus de Bruggenoye mag. ord. hosp. S. Mar. Theut. in Livonia“ und Kodex 9. B. IV. „Urk. Nr. 249, Fragment einer niederdeutschen Urkunde, die Stadt Riga betreffend, v. J. 1435“ (Pyl S. 8 und 11).

---

<sup>1)</sup> In den Bänden 8—12 des Livl. U. B. sind 29 Meilofsche Urkunden meist nach den Abschriften Hildebrands im vollen Text oder in Regesten veröffentlicht worden, deren Nummern in den Vorreden der einzelnen Bände genannt werden, und zwar aus den Jahren 1429 bis 1471. d. h. soweit die I. Abt. des UB. bis jetzt gediehen ist. Über eine allem Anschein nach seither nicht publicierte Meilofsche Urkunde (oder genauer „Entwurf einer Klageschrift in Sachen des Lud. Nagel“) siehe H. v. Bruningk in den Sitzungsber. der Ges. f. Gesch. u. Altert. 1907 S. 116 f. Im übrigen ist wohl anzunehmen, dass die Urkunden vom Jahr 1472 an kopiert sein und in den noch ausstehenden Bänden des Livl. Urkundenbuchs veröffentlicht werden dürften, während die Urkunden bis 1429 entweder nach den Originalen oder nach anderen Abschriften im genannten Urkundenbuch oder anderswo vermutlich schon zum Abdruck gelangt sind.

## Noch einmal die Kreygesche Schra.

### Zur Geschichte des rigaschen Handwerks im Mittelalter.

Von Dr. W. Neumann †.

Im 13. Bande der Mittheilungen aus der livländischen Geschichte veröffentlichte 1882 Leonhard v. Napiersky die Ergebnisse seiner eingehenden Studien „Zur Geschichte des Schwarzhäupterhauses“, um damit, wie er hervorhob, das auf der Vergangenheit dieses denkwürdigen Bauwerks bis gegen das Ende des 15. Jahrhunderts ruhende Dunkel mit Benutzung einiger bisher nicht beachteten Quellen möglichst zu klären. Es war ihm gelungen, aus verschiedenen Inskriptionen der städtischen Erbe- und Schuldbücher überzeugend nachzuweisen, dass das jetzige Schwarzhäupterhaus mit dem wiederholt als „domus nova“, „dat Nye hus“ 1334 zum ersten Mal genannten Hause identisch sei. Dabei zog er auch die Urkunde vom 18. Dezember 1390 näher in Betracht, die die Gründung einer Handwerker Gilde durch einen Herrn Diedrich Kreyge betrifft und von früheren Schriftstellern mehrfach mit dem Neuen Hause in Verbindung gebracht worden ist. Als Erster erwähnt sie in einem Kollektaneenbände Johannes Witte, der von 1648—54 das Amt des Stadtarchivars bekleidete. Er sieht in ihr „des Neuen Hauses Fundation und angerichtete erste Ordnung von Ao. 1390“. Ihm folgt der Stadtbibliothekar Georg Tieleman, der auf „aus Archivnachrichten gezogene Thatsachen“ sich stützend, in seiner 1831 erschienenen Geschichte der Schwarzhäupter das Haus von einem angesehenen Manne, Diedrich Kreyge, jenem Gründer der Handwerker Gilde, erbauen und zu einem Gesellschaftshause einrichten lässt, in welchem alle Bürger mit ihren Frauen und Angehörigen, ohne Unterschied des Standes, an den festlichen Tagen, wo nach päpstlicher Ordnung keine Arbeit verrichtet werden durfte, zur geselligen Unterhaltung zusammenkommen können. Tieleman hat die Urkunde wohl kaum gesehen. In einem 1870 in den Rigaschen Stadtblättern abgedruckten Aufsatz hatte dann Dr. Woldemar v. Gutzeit die Ansicht vertreten, das Neue Haus sei an Stelle des ehemaligen Hauses der Kleinen Gilde, der Stube von Soest, erbaut worden und die Urkunde von 1390 sei deren ältester Schragen.

Napierskys tiefgründige Arbeit entzog mit einem Male allen diesen älteren Anschauungen den Boden. Von dem Schragen



sagte er mit Recht, dass dieser nichts mit dem Schwarzhäupterhause, auch nichts mit der Kleinen Gilde zu tun habe, sondern „der Schragen einer Genossenschaft oder Compagnie von Handwerkern“ sei. Die einzelnen Satzungen näher untersuchend, kommt er zu den Schluss: „Die Urkunde von 1390 ist in der That nichts anderes als der älteste Schragen des Maureramts“. Die von Gutzeit gegen diese Ausführungen in haarspaltender Dialektik erhobenen Widersprüche wies Napiersky mit sicheren Gründen ab.

Was unter dem Hause zu verstehen sei, das die Urkunde von 1390 als von Diedrich Kreyge aufgemauert erwähnt, berührt Napiersky nicht näher, auch nicht die Persönlichkeit Kreyges, den er entsprechend dem ihm erteilten Titel „Herr“ für einen nicht weiter bekannt gewordenen Ratsherrn hält, ohne dies jedoch ausdrücklich zu betonen.

Zwei Jahre nach dem Erscheinen der Napierskyschen Arbeit hielt Dr. W. v. Gutzeit in der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde einen Vortrag über „das ehemals sogenannte „Neue Haus“ und die Kreygesche Urkunde von 1390“, der in den Sitzungsberichten vom Jahre 1885 veröffentlicht wurde, worin er die Ausführungen Napierskys zu widerlegen sucht. Er beharrt bei seiner schon 1870 geäußerten Meinung, das „Neue Haus“ sei 1390 von Kreyge erbaut, die Urkunde von 1390 sei der Schragen der Kleinen Gilde. Was er an Gründen für seine Darlegungen ausführte, vermochte jedoch die auf sicherer historischer Basis ruhende Ansicht Napierskys nicht zu erschüttern, um so weniger, als die von Gutzeit in überlegenem Ton vorgebrachten Behauptungen sich nur auf von ihm angenommene Hypothesen stützten. Napiersky verteidigte seine Ausführungen darauf in einem „Über die Kreygesche Urkunde“ betitelten Aufsätze, der ebenfalls in den Sitzungsberichten von 1885 erschien und sich ebenso durch die Gemessenheit seiner Ausdrucksweise auszeichnete, wie durch die Schärfe der historischen Kritik.

Eine neue, das Thema der Erforschung der Kreygeschen Urkunde wesentlich beeinflussende Meinung gab in der Sitzung der Gesellschaft vom 13. März 1885 der Präsident Dr. Georg Berkholz ab, wodurch Napierskys Ausführungen noch festeren Halt gewannen, indem er nachdrücklich auf die Eingangsworte der Urkunde hinwies: „her Diderichk Kreyge, de dat hus upmurede hir tho Righe“ habe eine „Cumpany“ gestiftet, und alle Deutschen, die zugegen waren, hätten einen Boldik — eine Sargdecke — gestiftet usw. Er wies darauf hin, dass es sich hier doch um einen Bau von bedeutender Ausdehnung und längerer Dauer gehandelt haben müsse, an dem eine bedeutende Zahl von Arbeitern — Deutsche wie Undeutsche — beschäftigt

war, und dass man unter dem Ausdruck „dat hus hir tho Righe“ wohl den unter dem Ordensmeister Eberhard v. Monheim begonnenen gewaltigen Bau des Ordensschlosses zu verstehen habe, das häufig unter dieser Bezeichnung genannt werde. Herr Diedrich Kreyge aber sei kein Ratmann, sondern ein Ordensherr. Das Bremische Urkundenbuch erwähne in den Jahren 1351—1367 einen Ratmann Albert Kreyge, was zu weiteren Forschungen Anlass geben könnte.

In der folgenden Aprilsitzung nahm dann der um die Erforschung der rigaschen Gewerbegeschichte verdiente Constantin Mettig das Wort. Er hatte bereits im Jahre 1883 seine „Geschichte der Rigaschen Gewerbe im 13. und 14. Jahrhundert“ veröffentlicht und sich inbezug auf die Kreygesche Urkunde, mit Berufung auf G. Schanz: „Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände“, auf den Standpunkt gestellt, dass man es hier mit einer Gesellschaft zu tun habe, die, herausgetreten aus dem Dienstverhältnis zu den Meistern, selbständig mit Lehrjungen ihr Gewerbe betrieben habe. Er resumierte jetzt die bisherigen Forschungen und stimmte der Annahme von Berkholz zu, dass unter dem Ausdruck „dat hus hir tho Righe“ das Schloss des Deutschen Ordens zu verstehen sei, unter Anführung mehrerer archivalischen Belegstellen. Inbezug auf Diedrich Kreyge, den er für einen Ordensbruder hält, kommt er zu dem verunglückten Schluss, dass dieser möglicherweise identisch sei mit dem Landmarschall des Ordens Diedrich Kreyge oder Krae, d. i. Krähe, der in seiner Jugend, d. h. um 1390, vielleicht zum Leiter eines unternommenen „Um- und Ausbau“ des Ordensschlosses bestellt worden sei (!).

In der Maisitzung erhob dann Dr. W. v. Gutzeit noch einmal seine Stimme, um seinen Bedenken Ausdruck zu geben, dass unter dem „hus hir tho Righe“ das Ordensschloss zu verstehen und Diderich Kreyge als Ordensbruder anzusehen sei. Wenn er diesen Ausführungen auch eine gewisse Berechtigung nicht absprechen wolle, so sei es doch unzulässig, unter den „Dudeschen de dar mede weren“ nur Bauhandwerker oder gar Maurer zu verstehen, da die Urkunde nur von Handwerkern überhaupt und vom Handwerksbetrieb im allgemeinen spreche.

Sieben Jahre waren nach diesem Streit der Meinungen verstrichen, als sich Dr. W. v. Gutzeit nochmals entschloss, für seine Ansichten eine Lanze zu brechen. Er führte dabei eine Urkunde von 1359 ein, worin der Erzbischof vom Orden aufgefordert wird, binnen vier Jahren an der früheren Stelle ein neues Haus für den Orden zu bauen, der dann das jetzt bestehende niederzureissen bereit sei. Gutzeit wollte damit den Beweis erbringen, dass das Ordensschloss bereits 1359 vollendet gewesen sei, ein „Um- und Ausbau“, wie ihn Mettig vorge-



schlagen hatte, aber kaum stattgefunden habe. Mit Recht behauptete er, der als Ordensbruder angesehene Diderichk Kreyge wäre damals wahrscheinlich überhaupt noch nicht geboren gewesen. Er wendet sich dann zu der Titulatur „Herr“, die Kreyge beigelegt ist, verwirft die Annahme, dass er ein Ratherr, Geistlicher oder Ordensbruder gewesen sei, und empfiehlt dagegen, einen Bau- oder Maurermeister in ihm zu sehen, mit Hinweis auf die Erbebücher der Stadt, wo verschiedenen Personen, auch solchen, die nicht zu den erwähnten Klassen gehören, beispw. Älterleuten, der Titel „Herr“ beigelegt ist. Dadurch sei auch die Handwerkerstiftung wahrscheinlich gemacht. Trotzdem verboht sich Gutzeit in der Behauptung, die Kreygesche Urkunde sei der älteste Schragen der Kleinen Gilde. Er wendet sich dann gegen Napierskys Behauptung inbezug auf die Gesellen, die Maurer hätten damals nur mit Lehrjungen gearbeitet und unter Geselle sei jeder selbständige Maurer zu verstehen, die er verwirft. In sechs Schlussätzen fasst er dann seine Ausführungen dahin zusammen: das von Kreyge erbaute Haus sei nicht das Rathaus, könne das Schloss sein, sei wahrscheinlicher aber das Schwarzhäupterhaus; dieses sei für die Kleine Gilde erbaut; als Erbauer könne Diederichk Kreyge angesehen werden. Er setzt den Bau in die Zeit von 1330 bis 1334. Die Urkunde von 1390 als den ältesten Schragen des Maureramts anzusehen lehnt er ab, ebenso den Schragen der Kleinen Gilde von 1352. (Dieser ist nur in einem Bruchstück erhalten und war ihm jedenfalls nur von Hörensagen bekannt.) C. Mettig machte darauf in den Rigaschen Stadtblättern vom Jahre 1893 genauere Mittheilungen über dieses Bruchstück des Gildeschragens, der 1352 aus einer lateinisch geschriebenen „Schra der stoven van Soest“ ins Deutsche übertragen wurde.

In dem von Mettig und Professor Wilhelm Stieda herausgegebenen Werke „Schragen der Gilden und Ämter der Stadt Riga bis 1621“ gibt letzterer in dem von ihm bearbeiteten ersten, die Geschichte des Gewerbes in Riga behandelnden Teil (S. 95 ff.) die erste richtige Deutung des Kreygeschen Schragens, indem er ihn als die Ordnung einer Vereinigung von Maurern und Steinmetzen, wozu Kreyge als Baumeister die Anregung gegeben, darstellt.

Der langandauernde Streit wäre vermieden worden, wenn die Beteiligten eine genauere Kenntniss des mittelalterlichen Bauwesens besessen hätten. Dadurch wäre auch die Bedeutung des Kreygeschen Schragens sofort klar geworden und auch auf die Persönlichkeit Kreyges wäre ein helleres Licht gefallen. Stieda hatte inbezug auf die Urkunde von 1390 das Richtige getroffen, auf die Persönlichkeit Kreyges und auf den Bau, den er auführte, ging er nicht ein.

Lange hat man den Anteil der Laienbaumeister an den grossen Bauausführungen des Mittelalters, besonders der grossen Dome, stark unterschätzt, überall nur Geistliche als die Urheber der Entwürfe und die Leiter der Bauarbeiten sehen wollen. Das ist ein grosser Irrtum. Die historische Forschung weist immer häufiger die Ausführung grosser Kirchen- und Klosterbauten, Kaiserpaläste und Burgen durch Laienbaumeister nach. Schon der Erbauer des Münsters Karls d. Gr. zu Aachen, Odo von Metz, war ein Laie. Der erste Baumeister des Domes zu Köln, Gerardus von Rile, war ein Kölner Steinmetz, der seine Studien an französischen Kathedralen gemacht hatte. Selbst wir erleben es zu Beginn des 15. Jahrh., dass ein Laienbaumeister aus Rostock zum Neubau der Petrikirche nach Riga berufen wird. Unmöglich hätten auch immer nur Geistliche die Erbauer der Kaiserpfalzen, der Burgen der Fürsten und des Adels, der städtischen Befestigungen, der Rat-, Gilden- und Wohnhäuser sein können.

Die Durchforschung erhaltener Nachrichten über den Baubetrieb an den Riesenkathedralen und Profanbauten hat uns belehrt, dass während des Mittelalters besondere Gewerksvereine, später gewöhnlich als Bauhütten bezeichnet, bestanden, die in der Mehrzahl jedoch nur die Maurer und Steinmetzen, als die am meisten am Bau beteiligten Handwerker, umfassten. Sie sind seit der Frühzeit des 13. Jahrhunderts nachweisbar, gaben sich jedoch erst im Laufe des 15. Jahrhunderts umfangreiche Schragen. Maurer und Steinmetzen taten sich auf den Ruf eines Werkmeisters, mit dem der Bau vereinbart war, zu dessen Ausführung zusammen. Wandernde Gesellen, deren es bereits mit dem 14. Jahrhundert gab, sprachen um Arbeit an; sie wurden vom Werkmeister angenommen, wenn sie ihre Fähigkeit beweisen konnten und es Arbeit für sie gab. Die Gesellen bildeten dann einen Verband bei dem auszuführenden Bau, dessen Dauer, je nach seiner Grösse und architektonischen Durchbildung, oft auf Jahrzehnte und mehr zu berechnen war. (Denken wir nur an den rigaschen Dom: er wird 1211 begonnen, ist um 1229 im Schiff vollendet; unter Bischof Nikolaus erfolgt der Bau der Westpartie mit dem Turm, die mutmassliche Vollendung unter dem Erzbischof Albert Suerbeer.) Viele Werkmeister lösten oft einander ab, bevor der Bau beendet war, und ebenso ergänzten sich die Bauverbände der Gesellen durch Zuwandernde, wenn durch Abwanderung oder Tod Lücken entstanden. In den deutschen Bauhütten fanden sich Maurer und Steinmetzen vereinigt. Jedem Gesellen stand das Recht zu, einen Lehrjungen zu halten und auszubilden, was schon bei langandauernden Bauausführungen von Wichtigkeit war, um den Nachwuchs heranzuziehen. Die Lehrzeit wurde in der Regel auf fünf Jahre bemessen.



Der Werkmeister führte den Titel „magister operis“ oder „magister fabricae“. Ihm stand als Verwaltungsbeamter bei kirchlichen oder Klosterbauten für die finanziellen Angelegenheiten gewöhnlich ein Geistlicher zur Seite, der dann als operarius oder massarius (so wird häufig der Verwalter der Güter und der Einkünfte der Klostergemeinschaften genannt), zuweilen auch als notarius bezeichnet wird. Der operarius ist häufig mit dem magister operis verwechselt worden, daher die vielen geistlichen Baumeister. Es kommt übrigens auch vor, dass der Werkmeister des Baues zugleich als operarius die Finanzangelegenheiten leitet. Die Werkmeister waren angesehenen Männer. Manchem wurde als Auszeichnung für bedeutende Kirchenbauten eine Kanonikatspräbende verliehen. Auch das Prädikat „Herr“ ist wohl dem einen oder anderen als Auszeichnung zuerkannt worden.

Von den Werkmeistern wurden die Stadtmeister unterschieden, die so grosse Ausführungen zu unternehmen nicht imstande waren, auch so viele Gesellen nicht halten und Lehrlinge ausbilden konnten, als zu einem oft Jahrzehnte und länger dauernden Bau erforderlich waren. In Riga wurde den Maurermeistern vom Rat vorgeschrieben, zu welchen Lohnsätzen sie Bauten unternehmen durften, auch wird ihnen bedeutet, nicht mehr Arbeiten zu übernehmen, als sie auszuführen imstande sind (eine Vorschrift, die auch im Schragen der Regensburger Bauhütte wiederkehrt). Ausserdem wurden ihnen in den Burspraken sowohl, wie in der ihnen 1459 vom Rat erteilten Verordnung vorgeschrieben, sich den Bestimmungen der allgemeinen Wehrpflicht zu fügen und die Stadt nicht zu verlassen ohne Vorwissen des Rats, bei Verlust des Bürgerrechts und des Amts. Wo sie zur Ausführung städtischer Bauten berufen werden, ist ihnen gewöhnlich ein Ratsherr vorgesetzt, der dann als „Buwemester“, Baumeister, bezeichnet wird, im Grunde genommen aber nur der „Bauherr“ ist, der als solcher eine gewisse Aufsicht führt und die Finanzverwaltung in Händen hat. Der Werkmeister aber war auch zugleich der Lehrmeister derjenigen Gesellen, die sich einer weiteren künstlerischen Ausbildung unterziehen wollten. Nach dem Schragen der Regensburger Bauhütte von 1459 hatte der Steinmetz, als der durch seine Arbeiten besser Vorgebildete, zwei, der Maurer drei Jahre bei ihm zu lernen. Das beweist, dass er auch der künstlerische Leiter des Baues, der Architekt, war.

Betrachten wir jetzt den Schragen der Kreygeschen Gilde vom 18. Oktober 1390. Er gibt sich deutlich als das Statut einer Vereinigung von Maurern und Steinmetzen zu erkennen, worin alle jene Gebräuche aufgenommen sind, die zu jener Zeit in Deutschland bestanden und in vollendetster Form in dem 1459 zu Regensburg entstandenen Schragen der vereinigten Bauhütten von Strassburg, Speyer und Regensburg zum Aus-

druck gebracht sind zu „*gemeynen nutz und freuen Willen aller Fürsten, Grossen, Herren, Stetten, Stifter und Klöstern, die Kirchen, Cöre oder ander grosse Steynwerk und Gebäue yetzt machent oder in künftigen Zitten machen möchtend . . .*“

Der Kreygesche Gesellenverband gehört nicht allein zu jenen geistlich-humanitären Bruderschaften, wie deren mehrere damals in Riga bestanden, er ist zugleich eine Zunftorganisation, die aber doch von anderen — die ältesten rigaschen Handwerkschragen gehören der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts an — wesentlich abweicht. Sind es in diesen Schragen die Meister, denen sie erteilt werden, so sind es hier Gesellen, die zur Ausführung eines grossen, auf mehrere Jahre berechneten Baues unter einem Werkmeister zusammentreten, von denen jeder das Recht hat, einen Lehrling zu halten und auszubilden. Ein Lehrling, der seine Lehrzeit hinter sich hat — gewöhnlich ist es eine fünfjährige —, ist doch noch nicht berechtigt, als Geselle aufzutreten, bevor er nicht Mitglied des Verbandes geworden ist, „die Kompagnie gewonnen“ hat, wie es im Schragen heisst. Fremde Gesellen können nicht früher aufgenommen werden, bevor sie nicht ein Jahr in der Stadt gearbeitet haben, um ihre Fähigkeiten nachzuweisen. Strafen, die in Wachs zu entrichten sind, treffen Gesellen, die die Arbeit eines anderen Gesellen ohne dessen Zustimmung übernehmen, oder einen seinem Lehrmeister entlaufenen Lehrling annehmen. In diesen Zunftsatzen spricht sich die Übereinstimmung mit ähnlichen Festsetzungen des Schragens der Regensburger Bauhütte aus.

Fragen wir: wer war Diderichk Kreyge? Dass er kein rigascher Ratsherr, kein Geistlicher, kein Ordensbruder war, scheint genugsam erwiesen zu sein. Er war der magister operis, der „*dat hus up murede hir tho Righe*“, der Werkmeister, unter dem sich eine grosse Zahl von Maurern und Steinmetzen, abgesehen von verschiedenen anderen Arbeitern, zusammenfand, um einen Bau zur Ausführung zu bringen, der viele Jahre erfordern konnte. Ein solcher Bau konnte weder das „Neue Haus“ am Markt, noch das bescheidene Rathaus sein, dessen Abmessungen nach den Untersuchungen, die Dr. Anton Buchholtz darüber angestellt und veröffentlicht hat, von mir darnach zeichnerisch festgelegt sind, die des Neuen Hauses kaum überschritten. Es ist wohl gleichzeitig mit dem Schwarzhäupterhause errichtet worden; 1334 wurde es bezogen, 1750 abgebrochen, um dem heutigen Gebäude Platz zu machen. Beide, Rathaus und Schwarzhäupterhaus, sind einfache Backsteinbauten, deren Herstellung ein städtischer Maurermeister mit einer geringen Schar von Maurern in zwei- bis dreijähriger Tätigkeit sehr wohl erreichen konnte. Bleibt also nur die gewaltige Burg des Deutschen Ordens, „*dat hus hir tho Righe*“, übrig, dessen Grundstein, wie der Wap-



penherold des Ordens Wigand von Marburg berichtet, der Ordensmeister Eberhard von Monheim am Tage des heil. Vitus, d. i. am 15. Juni 1330 legte. Die Burg ist eine der grössten des Deutschen Ordens in Livland und in der Art erbaut, wie sie sich um den Beginn des 14. Jahrhunderts auf Grund der Ordensregeln entwickelt hatte. Diese gewaltigen, z. T. zweischiffigen Hallen mit ihren auf schlanken Steinfeilern ruhenden Sterngewölben, sie erforderten schon die Leitung eines erfahrenen Baumeisters, und als solchen wird man unzweifelhaft Diderich Kreyge berufen haben. Ihm musste schon der Ruf seiner Tüchtigkeit vorausgehen. Wahrscheinlich ist er schon im Dienst des Ordens in Preussen tätig gewesen, bevor er in Riga den Bau unternahm, und hatte möglicherweise unter dem Werkmeister einer Bauhütte seine baukünstlerischen Kenntnisse erworben. Er begründete die Kompagnie vermutlich bald nach dem Baubeginn, um seine Arbeiter zusammenzuhalten und an seinen Bau zu fesseln, denn dass es allein die Besorgnis um deren Seelenheil gewesen sein sollte, wird man bei aller Frömmigkeit, die das Mittelalter beherrscht, nicht annehmen dürfen. Der Bau des Ordensschlosses war wahrscheinlich um 1354, als nach etwa 24 Jahren vollendet — eine Bauzeit, die für die mittelalterlichen Bauverhältnisse nichts Auffallendes hat. In diesem Jahre gab der Orden die ihm 1330 verpfändeten Gildenhäuser der Kaufleute und Handwerker, die Stuben von Münster und Soest, gegen eine ihm zu zahlende Kontribution zurück.

Die Gesellschaft hat in Riga weiter bestanden. Mit welchen Arbeiten sie sich beschäftigt hat, ist nicht zu erweisen, doch ist wahrscheinlich, dass sie zunächst weiter im Dienst des Ordens, vielleicht auch in dem der Kirche tätig gewesen ist. Vom Orden wurden im Laufe des 14. Jahrhunderts viele Um- und Neubauten vorgenommen. Auch an kirchlichen Bauten war kein Mangel; erinnert sei an den Dom zu Dorpat, an die grossen Stadtkirchen zu Reval. Arbeit gab es also genug für eine Vereinigung dieser Art. Sie stand jedenfalls um 1390 noch in Blüte, als sie sich entschloss, sich ihren Schragen vom Rat bestätigen zu lassen, und wird noch längere Zeit als Bruderschaft der Maurer und Steinmetzen bestanden haben, bis der grossen Bauten immer weniger wurden und sie schliesslich in das allgemeine städtische Maureramt aufging. In Diderich Kreyge aber werden wir fortan den Erbauer des rigaschen Ordenschlosses zu sehen haben.

# Der vermeintliche Artig des livländischen Ordensmeisters Heidenreich Vinke von Overberg (1439 – 1450).

Von H. Jochumsen.

(Vortrag, gehalten in der Sitzung der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga vom 14. März 1923.)

Graf Emerich Hutten-Czapski führt im IV. Bande des bekannten Katalogs seiner Sammlung unter Nr. 8330 einen Wenden-schen Artig des livländischen Ordensmeisters Vinke von Overberg auf und bezeichnet ihn als *Unicum*.

Die kleine Münze zeigt auf der Hs. einen unten abgerundeten, von einem Perlenzirkel umgebenen Wappenschild, darin einen Vogel nach rechts (heraldisch) mit der Umschrift  $\phi$  MT6IS LI ( ) auf der Rs. das durchgehende Ordenskreuz mit der viermal durchbrochenen Legende II O II E TT ( ) I Sie ist von mittelmässiger Erhaltung, wie aus den fehlenden Buchstaben erhellt.

Czapski oder sein Gewährsmann hat den Vogel offenbar als Fink angesprochen, daraus ein redendes Wappen abgeleitet und demgemäss Vinke als Münzherrn vorausgesetzt.

Wer sich eingehender mit den Ordensmünzen dieser Periode beschäftigt hat, dem muss auf den ersten Blick die Ähnlichkeit des Artigs mit den Schillingen Bernds von der Borch (1472–1483), speziell mit den in Wenden geprägten, auffallen, eine Ähnlichkeit sowohl im Schnitt der Buchstaben, als hauptsächlich in der Darstellungsart des Vogels mit seinem charakteristisch untersetzten Körperbau, der durchaus nicht an einen Fink, sondern eher an eine Dohle — den mutmasslichen Wappenvogel der Borchs — erinnert.

Man wäre also a priori versucht, den Artig dem Ordensmeister Borch zuzuschreiben.

Herr Dr. v. Bruiningk, dem gegenüber ich vor Jahren diese Vermutung aussprach, erwiderte mir, Czapski werde sich jedenfalls auf eine Quelle berufen können, wenn er dieselbe auch bei der Münze selbst nicht angebe; es sei daher zweckentsprechend, dieser Quelle nachzuspüren und an ihr Kritik zu üben.

Für diese Anregung bin ich Herrn Dr. v. Bruiningk zu Dank verpflichtet, hat sie mich doch veranlasst, im Laufe vieler Jahre mit der gesamten einschlägigen Literatur — soweit sie



hier zugänglich war — mich bekannt zu machen und dadurch meine damals sehr lückenhaften Kenntnisse in wünschenswerter Weise zu ergänzen. Uns beiden war bei diesem Gespräch aber nicht bekannt, dass, wie mir bald darauf Herr Stadtbibliothekar Dr. Busch freundlichst mitteilte, bereits Eduard von Fircks am 4. November 1897 in der Sitzung der Kurl. Ges. für Literatur und Kunst — Sektion für Genealogie, Heraldik und Sphragistik — zu dieser Frage sich eingehend geäußert und Stellung genommen hatte. Im betr. Sitzungsbericht (siehe Jahrbuch der Sektion 1897) heisst es auf S. 92 u. 93 wörtlich:

„Hierauf lenkte derselbe (sc. Ed. v. Fircks) die Aufmerksamkeit der Versammlung auf einen ordensmeisterlichen Artiger, der im 4. Bd. des Katalogs der Münzsammlung des Grafen Emmerich Hutten-Czapski als „Unicum“ aufgeführt wird. Abgesehen davon, dass die Bezeichnung „Unicum“ unrichtig ist, da ein 2. Exemplar der in Rede stehenden Münze in der Frhrl. Klopman-Heydenschen Sammlung sich befand und jetzt mit derselben Eigentum des Kurl. Provinzialmuseums geworden ist, dürfte auch die von Czapski vorgenommene Bestimmung dieser Münze eine irrite sein. Die kleine, wohl in Wenden geprägte Münze zeigt auf der einen Seite das bekannte durchgehende, legendenteilende Kreuz, auf der anderen Seite einen Wappenschild, mit einem Vogel darin; die Umschrift nennt den Namen des OM. nicht. Czapski hat nun wegen des Vogels diesen Artiger dem OM. Heidenrich Finck von Overberg zugeteilt, dabei aber vollkommen übersehen, dass die Fincken von Overberg überhaupt keinen Vogel im Wappen geführt haben. Nach Ansicht des Referenten könne der Artiger nur dem OM. Bernd von der Borch zugeteilt werden. Im einzelnen führte er aus:

Mustern wir die Reihe von Münzen, die auf Befehl der baltischen Landesherren geschlagen worden sind, und vergleichen wir die auf den Münzen gebotenen Wappendarstellungen mit den Geschlechtswappen der Herren, wie dieselben uns aus ihren Siegeln bekannt sind, so fällt es sofort ins Auge, wie häufig auf den kleineren Münzen — durch Raummangel bedingt — nicht das ganze Geschlechtswappen zur Darstellung kam. Man begnügte sich eben mit einem charakteristischen Teile des Wappens, der auf dem gering bemessenen Raume noch immer mit Deutlichkeit angebracht werden konnte. So hat der Bischof von Dorpat Johannes I. Vifhusen (1346—71) in seinem GW. eine Lilie, aus welcher 2 Lilien hervorstachen; seine Münzen zeigen nur eine Lilie. Theodor III. Resler, Bischof von Dorpat (1413—40), führt in seinem GW. einen halben Mann, der eine Keule auf der Schulter trägt; die Münzen desselben bringen nur die Keule. Bei Bartholomäus Savijerwe, Bischof von Dorpat

(1440—58), erscheint statt eines halben Bären bloss eine Bären-  
tatze. Der Bischof derselben Stadt Christian Bomhouer (1514—  
18) begnügt sich auf seinen kleinen Münzen sogar mit einem  
Baumstamm, während die grösseren (Ferdinge) das vollständige  
GW., nämlich geteilt, oben einen wachsenden Löwen, unten  
drei Baumstämme, zur Darstellung bringen. Der Erzbischof von  
Riga endlich Silvester Stodewescher (1448—79) liess auf seine  
Artiger statt dreier Sterne nur einen prägen. Da nun von  
den münzenden Ordensmeistern lediglich Bernd von der Borch  
mit seinem GW. (3 Vögel) in Beziehung zu dem in Rede ste-  
henden Artiger gebracht werden kann, so wird man kaum  
anstehen dürfen, denselben Borch zuzuteilen. Das wahrschein-  
lich dem OM. Vincke von Overberg zukommende GW. scheint  
das auch bei Fahne abgebildete mit den beiden Sparren ge-  
wesen zu sein.“

Soweit von Fircks. Die von ihm angeführten Beispiele für  
Anbringung von Wappenteilen auf Münzen lassen sich noch  
ergänzen.

Der Bischof von Dorpat Johannes Blankenfeld (1518—1527)  
lässt auf einem, allerdings sehr seltenen und daher Fircks mög-  
licherweise unbekannt gebliebenen Artig an Stelle seines bekann-  
ten 6-feldigen Wappens nur ein 3-feldiges abbilden. Der rigasche  
Erzbischof Wilhelm von Brandenburg (1539—1563) nimmt aus  
seinem gevierteten Wappen mit dem Brandenburgischen Adler,  
Nürnberger Löwen, Pommernschen Greifen und Hohenzollern-  
Wappen — für die Schillinge bloss den Adler mit dem Hohen-  
zollern-Brustschilde, — für den Artig 1561 nur den Zollern-Schild.

Unerwähnt darf ferner nicht bleiben, dass auch nach Max  
von Spiessens „Wappenbuch des westphälischen Adels“  
(Görlitz 1901—1903) Bd. I, S. 52 und Tafel 124 die Vinckes  
im Wappen zwei Sparren übereinander führen. Da Vinke  
bekanntlich Westfale war, so darf diese Quelle wohl als mass-  
gebend gelten.

Weitere, meines Erachtens sehr wichtige Argumente ergeben  
sich endlich, wenn wir zur Entscheidung der vorliegenden Frage  
die Siegel der livländischen Ordensmeister heranziehen.

Siegel und Münze — beide sind Symbole und auch reelle  
Ausdrucksmittel für die Hoheitsrechte der Gebietiger.

„Als „Ingeseigel von Livland“ und offizielles Amtssiegel,  
welches sich von Meister zu Meister vererbte, welches den  
neuen Meistern bei ihrer Investitur feierlich übergeben wurde,  
kann nur das Siegel, auf dem das „Puerperium“ dargestellt ist,  
angesehen werden.

Dieses Siegel bildete von 1241—1468 gleichsam eine Insignie  
der Meisterwürde. Unter dem Ordensmeister Johann von  
Menede jedoch wird dasselbe ausser Gebrauch gesetzt. Es



macht einem Majestätssiegel Platz (1451), welches durch den jeweiligen Ordensmeister bestimmt wurde, indem derselbe sein Familienwappen neben dem Ordensschilde in das Siegelfeld aufnahm. Es wurde dadurch das Siegel zu einem persönlichen Siegel des Ordensmeisters und verlor mithin die frühere Bedeutung eines offiziellen Amtssiegels. Es sind für alle Ordensmeister von Johann Mengede bis Gotthard Kettler persönliche Majestätssiegel nachweisbar. Nur von Fridach von dem Lorinkhove ist bisher ein solches nicht bekannt geworden.“

So heisst es wörtlich in IV. Teile der Est- und Livländischen Brieflade, S. 18 und 19, und weiter dortselbst auf S. 27:

„Es müssen dem Wechsel des Siegels im internen Leben des Ordens in Livland wohl Veränderungen vorausgegangen sein, welche dem obersten Gebietiger desselben eine souveränere Stellung verliehen, so dass er mit den Statuten brechen konnte und das alte, die Insignie der Würde eines Meisters bildende Siegel, welches er „von Amtes wegen“ führte, nicht allein im Stempel, sondern auch in der Auffassung verwerfen und ein Siegel schaffen konnte, das der persönlichen Bestimmung des OM. untergeordnet war und durch die Aufnahme des Familienwappens in das Siegelfeld den Besitzer kennzeichnete.

In die Zeit des Siegelwechsels fällt auch das Auftreten einer Münzform, welche gleichfalls durch die Darstellung der Familienzeichen — der landesherrlichen Hoheit des Ordensmeisters mehr Rechnung trägt. Welche Ursachen zu einem solchen Wechsel Veranlassung gegeben haben, ist unbekannt geblieben. Man könnte in demselben ein Bestreben erblicken, welches auf die Trennung des livländischen Ordens von dem Deutschen Orden in Preussen gerichtet war.“

Nach dieser, durch Tolls und Sachsendahls Namen als einwandfrei gekennzeichneten Quelle steht es also fest, dass 1) erst Vinkes Nachfolger Johann von Mengden (1450—1469) sein Geschlechtswappen auf dem Ordenssiegel anbringen lässt, welchem Beispiel zunächst sein Successor Wolthus v. Herse (1470—1471), danach die übrigen Meister folgen, und dass 2) das Familienwappen auf den Ordensmünzen gleichfalls erst nach Vinkes Regierungszeit auftritt.

Münzen mit Geschlechtswappen sind uns von Mengden und Herse nicht bekannt, — nur solche von Borch an bis Kettler.

Liegt demnach auch nur die geringste Wahrscheinlichkeit dafür vor, dass Vinke, der kein Wappensiegel besitzt, seine Souveränitätsrechte durch wappengeschmückte Münzen dem Volke gegenüber betonen könnte, andererseits aber seine beiden direkten Nachfolger, wo sie doch persönliche Majestätssiegel

mit Wappendarstellungen führen, von der durch ihren Vorgänger erst kürzlich eingeführten neuen Münzform wieder absehen würden? Diese Frage darf meines Erachtens entschieden verneint werden. Dann bleibt aber nur die Schlussfolgerung möglich, dass keiner von allen dreigenannten Meistern Münzen mit Wappendarstellungen hat prägen lassen und dass somit der in Rede stehende Artig nur Borch zugesprochen werden kann.

Mutmassliche Motive, welche erst Borch veranlasst haben könnten, Wappenmünzen prägen zu lassen, Mengden und Wolthus dagegen, hiervon abzusehen, dürften auch in den Zeitereignissen zu finden sein.

Mengden gebraucht das alte Amtssiegel und das persönliche Majestätssiegel noch promiscue, — ersteres ist schon 1451, letzteres noch 1468 nachweisbar.

Unwillkürlich gewinnt man hieraus den Eindruck, dass er sich in seiner Souveränität noch nicht sicher gefühlt habe. Und Grund genug hatte er dazu, man denke nur an die damaligen Parteikämpfe im Schosse des Ordens selbst, ferner auch an die ihm in den Bistümern Dorpat, Reval und Ösel begegnende heftige Opposition, und nicht zu allerletzt an die gleich nach dem Kirchholmer Vertrag einsetzenden versteckten und offenen Kämpfe mit dem Erzstift und der Stadt Riga.

Wolthus gerät schon zu Beginn seiner nur anderthalbjährigen Regierungszeit mit seinen Vasallen in erbitterten Streit, wird von den Gegnern überwältigt, gefangengenommen und im Kerker ermordet. In seiner sorgenreichen Amtsperiode dürfte er wohl an alles andere eher gedacht haben, als an neue Münzformen.

Wie anders dagegen Borch. Zunächst versöhnt er Wolthusens Gegner durch Aufhebung aller von diesem getroffenen Einrichtungen, erobert dann mit Hilfe seiner willfährigen Vasallen in kurzer Zeit eine Burg des Erzstiftes nach der anderen, nimmt den Erzbischof Silvester gefangen, wird, was keinem Hochmeister, geschweige denn einem Ordensmeister bisher geglückt, von Kaiser Friedrich III. belehnt und erschleicht sich von ihm sogar die Regalien für das Erzstift.

Sollte sich da das „Kind der Bosheit“, wie ihn Papst Sixtus IV. in seiner Bannbulle nennt, nicht veranlasst gefühlt haben, seinem Triumph über so aussergewöhnliche Erfolge auch äusseren Ausdruck zu verleihen?

Und tatsächlich lässt er in Wenden und Riga mit seinem Familienwappen geschmückte Münzen schlagen und durch sie seinen Ruhmesglanz urbi et orbi erstrahlen, — ein Glanz, der allerdings schnell genug wieder erlischt. Ihm selbst scheint, wie ja auch sehr begreiflich, an der Verbreitung seiner Riga'schen Münzen mehr gelegen zu haben als der Wendenschen, begegnet man doch letzteren noch heute weit seltener, als ersteren.



Zur Begründung meines Urteils habe ich als Jurist bloss einen Indizienbeweis zu erbringen vermocht. Ein solcher wird von der Jurisprudenz unter Umständen anerkannt, — ob er aber im vorliegenden Fall für die Geschichtswissenschaft ausreicht, das zu entscheiden überlasse ich vertrauensvoll den Herren Fachgelehrten.

Kehren wir nun zur Czapskischen Quelle zurück. Soweit ich aus der Fachliteratur festzustellen vermocht habe, nennt nur ein einziger baltischer Numismatiker — vor Czapskis Katalog — Vinke von Overberg als Münzherrn. Es ist Hofrat Carl von Schmith in seinem 2-theiligen Werk „Die Münzen der Vorzeit Livlands“. — Manuskript in 4<sup>o</sup> in der Bibliothek der Gelehrten Estnischen Gesellschaft in Dorpat, —

Teil I, 1857, mit 489 Münzabbildungen auf 79 Tafeln,

„ II, 1858, „ 421 „ 49 „

Dr. Anton Buchholtz hat sich in seinem letzten Lebensjahre der mühevollen Arbeit gewidmet, nicht nur das ganze Werk abzuschreiben, sondern auch die Abbildungen mit dem Text zu kollationieren und letzteren nötigenfalls zu berichtigen, zugleich auch sehr wertvolle Bemerkungen seinerseits hinzuzufügen und auf Vergleichsobjekte in diversen Sammlungen, wie Germann, Cappe, Timm, Kröger u. a., hinzuweisen. Es war seine letzte Arbeit, — bei der fünftletzten Seite hat ihn am Schreibtisch die tödtliche Krankheit befallen. Dr. Busch hat dann dankenswerterweise den fehlenden Rest kopiert, so dass wir jetzt das schätzenswerte Werk in vollem Umfang besitzen.

Carl v. Schmith schreibt nun auf S. 1 seines Opus:

„ I. Münzen der Herrmeister, in Wenden geprägt.

Vinke von Overbergen  
1438—1450.

„

„

„

Münzen ohne Jahreszahlen.

„

„ 1. Artig. H. S.:  $\oint$  MΛGIS. LIVO In einem „unten abgerundeten, von einem Perlenzirkel umgebenen Schilde das Familienwappen des Meisters, „ein Finke. R. S. MO NE TT LI Das die Umschrift theilende, auf einem Perlenkranz liegende „Ordenskreuz . . . . .

Taf. I, Fig. 1.

„ Von dieser höchst seltenen Münze befindet „sich ein Exemplar im Münzcabinette des Baron „Rossillon in Wilna. Ein anderes war 1831 „im Besitz des Goldarbeiters Clemenz in Reval

Taf. I, Fig. 2  
(coll.)

Dr. Buchholtz schreibt dazu auf der linken, für Korrekturen und Ergänzungen freigelassenen Seite:

„Meine Bemerkungen.

Zu Taf. I, Fig. 1: Vogel nach rechts (heraldisch). Die Münze hat ein Loch, das zwischen S und L auf der Hauptseite durchgedrungen ist und einen Teil des L auf der Rückseite weggenommen hat. Die Umschriften lauten:

⊕ MAGIS LIVO Rs.: NO-NE-TT-LI

Zu Taf. I, Fig. 2: Abweichend von Fig. 1, die Umschriften lauten:

⊕ MTGIS . LIVO . Rs: MO-NE-TT-LI "

Dies der kopierte Text. Bemerkenswert ist zunächst die Tatsache, dass auch Schmith keinerlei Zweifel an der Provenienz der Münze aus der Prägstätte Wenden hegt (vgl. die eingangserwähnte Vermutung!). Dazu kann ihn doch nur Bild und Schrift veranlasst haben, denn Wendensche Münzen vor Borch waren bis dahin nicht bekannt, und Anhaltspunkte für die Begründung der dortigen Münzstätte vor Borchs Regierungsantritt gibt es bis auf den heutigen Tag nicht.

Wir stehen nun vor der entscheidenden Frage: Hat Czapski dieses Werk gekannt und benutzt?

Kein anderer, als er selbst, beantwortet diese Frage im bejahenden Sinn, — seltsamerweise jedoch nicht bei Beschreibung der Münze in der dortselbst für Quellenangabe vorgesehenen besonderen Rubrik, sondern im selben Bd. IV des Katalogs unter den auf S. III. angegebenen Textabkürzungen, wo es wörtlich heisst:

„Schm. = Schmith: Die Münzen der Vorzeit Livlands, Estlands und Curlands. Rekopism. 4<sup>o</sup>.“

Wo sich das Manuskript befindet, — verschweigt er. Noch auffälliger aber, dass die Abbreviation „Schm.“ bei keiner der im selben Bande aufgeführten baltischen Münzen — etwa 300 an der Zahl — sich vorfindet, das Werk also nirgends zitiert wird, gleichsam als habe er geflissentlich vermeiden wollen, die Aufmerksamkeit des Lesers auf diese Quelle zu lenken!

Da Czapski aber eigenem Geständnis zufolge Schmiths Werk benutzt hat, so musste er doch wenigstens den Text der ersten Seite desselben kennen und demgemäss wissen, dass bereits vor seinem Exemplar zwei angebliche Vinkes nachweisbar existiert haben.

Ein Blick auf die Abbildungen hätte ihn weiter belehrt, dass die früheren Stücke untereinander differieren, da sie ver-



schiedene Buchstabenformen und ungleiche Trennungszeichen aufweisen. Um aber zu einem abschliessenden Urteil zu gelangen, muss endlich auch die Möglichkeit, dass eines der beiden von Schmith erwähnten Stücke mit dem Czapskischen identisch ist, erörtert werden.

Hierbei käme aber, der Legende wegen, nur der Rossillon-sche Artig in Betracht, welcher bekanntlich durchlocht ist. Ein derartiger Defekt lässt sich aus der mangelhaften Zeichnung bei Czapski nicht ersehen, vielleicht mutmassen, hätte aber, falls tatsächlich vorhanden, unbedingt im Text Erwähnung finden müssen, schon um das Fehlen einzelner Buchstaben zu erklären. Das geschieht indes nicht. Wie dem nun sei, — auch im günstigsten Falle lässt sich das zweite, C l e m e n z s c h e Exemplar nicht aus der Welt schaffen.

Czapski war mithin keineswegs berechtigt, seinen Artig als Unikum zu bezeichnen. Die Feststellung dieser Tatsache war schon um der historischen Wahrheit willen geboten.

Dazu verholten hat uns aber wieder einmal Anton Buchholtz, aus dessen reichem Wissensschatz wohl noch so manche Generation mit vollen Händen wird schöpfen können.

---

## Das Münzwesen der Stadt Riga am Ausgang des 15. Jahrhunderts<sup>1)</sup>.

Von Dr. iur. August v. Bulmerincq.

Seit dem Kirchholmer Vertrage von 1452 wurde die Münzhoheit über Riga von dem Ordensmeister und dem Erzbischof gemeinsam ausgeübt. Sie kam zum Ausdruck:

- 1) in der Festsetzung von Korn und Schrot der Münze,
- 2) in der Erteilung der Befugnis zur Münzprägung an den Münzmeister,
- 3) in dem Anspruch auf die Hälfte des Reinertrages der Münzprägung.

Die Verwaltung des Münzwesens, die Münzbarkeit, stand dem Rigaschen Rat zu. Sie kam zum Ausdruck:

- 1) in dem Bau und der Einrichtung des Münzhauses,
- 2) in der Anstellung des Münzmeisters,
- 3) in der Verschaffung von Silber und Kupfer, von Weinstein und Salz, von Holz, Kohlen und Lichte,
- 4) in der Beaufsichtigung der Ausmünzung.

Zur Ausübung dieser Tätigkeit ernannte der Rat zwei Ratsglieder, die Münzherren. Sie hatten auch das Münzbuch zu führen. Es ist jedoch nur das in der Anm. 1 erwähnte Münzbuch erhalten. Die Jahre 1485–1490 fallen in die Zeit des Kampfes der Stadt Riga mit dem Deutschen Orden in Livland und der Nichtanerkennung des Erzbischofs Hildebrand, des Nachfolgers des Erzbischofs Stephan. Erzbischof Stephan hatte von dem Rigaschen Rat wegen der Münze 2 Last Wachs im Wert von etwa 1680 Mark rig. Schillinge erhalten und war damit wohl abgefunden worden. Demselben Zweck hatten wohl auch gedient die 1486 verzeichneten 50 Mark für Baljun, das H. Moller dem rade lende to des bysschoppes behoff, wie auch die Ausgaben für die Gesandtschaft des rigaschen Propstes Hilgenbelt und des Dr. Orges nach Schweden und Bixhouedens „an den heren“. Von irgend einer Zahlung an den Ordens-

<sup>1)</sup> Diese Abhandlung stützt sich auf das im Historischen Archiv der Stadt Riga, Abteilung Urkunden, aufbewahrte Münzbuch des Rigaschen Rats, das Aufzeichnungen für die Jahre 1485–1490 und 1495–1496 enthält. Vgl. Luschin v. Ebengreuth, Allgemeine Münzkunde und Geldgeschichte. München-Berlin 1904. Ferner: Liv-est-kurländisches Urkundenbuch = LUB. und die durch v. Bruiningk und Busch herausgegebenen Livländischen Güterurkunden B. I u. II Riga 1908 und 1923 = LG.



meister wird in dem Münzbuch an keiner Stelle, auch nicht im Jahre 1495/96, etwas erwähnt. Der Rigasche Rat hat eben in dieser Zeit auf die Münzhoheit des Ordensmeisters wie auch des Erzbischofs keine Rücksicht genommen. Als der Rigasche Rat im Jahre 1495 die Ausmünzung der Restbestände der Münze wieder aufnahm, wurde sie zwar vom Ordensmeister zunächst verboten, das Verbot aber auf Gegenvorstellungen des Rats wieder zurückgezogen<sup>1)</sup>.

1. Nach den Bestimmungen der Münzordnung von 1422/26 sollte das Korn aus Silber und Kupfer zu gleichen Teilen bestehen und aus der rauhen Mark 41 Schillinge geschlagen werden, von denen 36 Stück auf die gezählte Mark oder Mark Schillinge zu rechnen seien<sup>2)</sup>. Über diese Bestimmungen setzte sich der Rigasche Rat 1485 hinweg und bestimmte, dass der Feingehalt der rigaschen Mark an Silber 5 Lot betragen solle. Er folgte damit einem von Reval schon 1437 gemachten Vorschlage<sup>3)</sup>. Während aber Reval damals beantragt hatte, 70 Stück Schillinge aus der 5-lötigen Mark schlagen zu lassen, liess der Rigasche Rat jetzt 180 Stück Schillinge aus der von ihm verordneten 5-lötigen Mark schlagen. Tatsächlich wurden aber bis zu 190 Schillinge aus der Mark ausgebracht<sup>4)</sup>. Die gezählte rigasche Mark hielt also nur noch 1 Lot Silber statt der in der Münzordnung von 1422 festgesetzten 7 Lot. Diese Berechnung wird bestätigt durch die Mitteilung des Rats Herrn Joh. Mayer, dass bei Erhebung des Schosses zu Pfingsten 1490 für die Mark lötigen Silbers 19 Mark Schillinge in Zahlung genommen worden seien, wiewohl damals die gezählte Mark Sch. 1 Lot Silber gehalten habe<sup>5)</sup>. Ferner werden 1495 im Münzbuch für einen Tiegel 4 M. rig. verzeichnet, für den der Münzmeister 2 Gulden gezahlt hatte. Der Gulden hatte den Wert von 2 Lot rig. feinen Silbers. Diese ausserordentliche Verringerung der Münze an Korn und Schrot lässt sich nur durch die Notlage der Stadt Riga infolge des Kampfes mit dem Orden und der Zwietracht mit dem Erzbischof erklären. Nach dem revalschen Vorschlage sollte die Mark Schillinge immer noch 2 1/2 Lot Silber halten.

2. Auf den Bau des Münzhauses ist in dieser Zeit wenig verwandt worden. Nur 1495 werden die Öfen ausgebessert und 30 Mark 21 Schillinge für Bauarbeiten ausgegeben. Auch die Einrichtung bedurfte nur einer Ergänzung durch Anschaffung einiger Wiener Tiegel und einiger Münzeisen. Die Münzeisen,

<sup>1)</sup> LUB. II, 1 nr. 593. <sup>2)</sup> LUB. V. 2632. VII. 409. <sup>3)</sup> LUB. IX. 218. <sup>4)</sup> Vgl. zweite u. dritte Beilage. <sup>5)</sup> Joh. Mayer, De re monetaria, im Auszug abschriftlich erhalten in einem Sammelbände des äusseren Rigaschen Ratsarchivs: de re monetaria.

Fuss oder Stock und Obereisen, wurden vom Kleinschmied Tonnis Dammerouer angefertigt. Das „Eingraben“ des Münzbildes besorgte dann der Goldschmied Tideken. Im letzten Jahre wurden dann noch eine Weinpipe und ein Schwamm, sowie Sardok und Leinwand to den stocke to bedecken vnd den schursack angeschafft.

3. Als Münzmeister waren Hermann Moller bis 1488 und dann Meister Wilhelm angestellt. Zu Gehilfen hatte er den Münzgesellen Wilhelm Starck und den Münzknecht Peter. Der Münzmeister erhielt als Lohn 5 Schillinge für jede Gewichtsmark Schwarzer Platten und ohne Zweifel gleich den andern Beamten des Rigaschen Rats freie Wohnung mit Beheizung und Beleuchtung sowie Freiheit von allen Abgaben und bürgerlichen Leistungen. Ferner wurde dem Münzmeister nicht die tatsächliche beim Schmieden eingetretene Verminderung des Gewichts der Zaine angerechnet; vielmehr wurden ihm  $1\frac{1}{2}$  gewogene Mark vom Hundert des Gewichts der Zaine vergütet. In beiden Fällen war also die Höhe seines Lohnes abhängig gemacht von dem Gewicht der von ihm zur Ausmünzung gelieferten Zaine und Platten. Er musste also danach trachten, dass dieses Gewicht möglichst hoch ausfiel. Er hatte demnach darauf zu achten, dass das geschmolzene Metall möglichst vollständig auslief, sich möglichst gleichmässig in der Form verteilte, dass beim Entfernen der Zaine aus den Formen möglichst geringe Rückstände haften blieben, dass beim Aushämmern und Beschneiden in der Schmiede die Platten möglichst wenig an Gewicht verloren. Da der Münzmeister für das Ergebnis seiner Arbeit und nicht für die auf die Arbeit verwandte Zeit bezahlt wurde, erforderte es sein Vorteil, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Arbeit zu leisten und insbesondere dauernd beschäftigt zu werden. Ob der Rat ihm bei seiner Bestallung in letzterer Hinsicht Zusicherungen gemacht hat, lässt sich nicht mehr feststellen, da die Vertragsurkunde nicht erhalten ist und aus dem Münzbuch sich darüber nichts entnehmen lässt. Gearbeitet hat der Münzmeister: 1485 vom 8. August bis zum 13. Dezember; 1486: v. 31. Januar b. z. 22. März; v. 13. April b. z. 7. Juni; v. 15. Juni b. z. [5. August]; v. 8. August b. z. 31. Oktober; v. 28. November b. z. 31. Dezember; 1487: v. 1. Januar b. z. 15. März; v. 26. April b. z. 8. Juni; vom 2. August b. z. 15. Dezember; 1488: v. 10. März b. z. [30. April]; v. 22. Mai b. z. [17. Juli]; 1489: v. 4. Mai b. z. [5. Juni]; 1490: v. 22. März b. z. 6. Mai; v. 1. August b. z. 13. Oktober; 1495: v. 10. September b. z. 31. Dezember; 1496: v. 1. Januar b. z. [12. April]. Auf Sonntage und Festtage wurde bei der Ausführung der Arbeit keine Rücksicht genommen. 1486 fielen sowohl Pfingsten als auch Weihnachten in die Arbeitszeit. 1488 begann der Guss am Montag nach Palmsonntag und am



Donnerstag vor Pfingsten. Mit Guss wurde das ganze Verfahren vom Schmelzen des Metalls bis zur Ablieferung der Schillinge bezeichnet. 1490 erfolgte die Ausmünzung der Platten von Donnerstag vor Ostern bis Montag nach Ostern, des negesten mandages na der paschen. Der Montag nach der Osterwoche kann hier nicht gemeint sein, da dann 11 Tage oder mit Berücksichtigung der Festtage 8 statt 5 Tage auf die Ausmünzung verwandt worden sein müssten. Im August 1490 wurde das Schmelzen des Metalls an einem Sonntag und dem folgenden Montag ausgeführt.

Über eine Löhnung des Münzgesellen und des Münzknechts enthält das Münzbuch keine Angaben. Doch werden die hin und wieder ohne nähere Angabe des Grundes eingetragenen Zahlungen an sie als deren Löhnung anzusprechen sein. Auch werden alle drei bei der von ihnen ausgeführten Anschaffung von Silber für die Münze einen Gewinn zu erzielen gewusst haben. Für die dem Münzknecht für seine matschop gemachten Zahlungen vermag ich keine Erklärung zu geben.

4. Den Ankauf von Silber und von Kupfer vermittelten, ausser dem Münzmeister und seinen Gehilfen, rigasche Kaufleute.

#### A. Das Silber.

1) An reinem, lötigem Silber kauften die Münzherren in dem Zeitraum 1485—1490 125 Mark 10 Lot  $1\frac{1}{2}$  Quentchen und zahlten für die lötige Mark zuerst  $13\frac{1}{4}$  und später 14 Mark Schillinge, als Gesamtsumme 1634 Mark 24 Schilling. Ausserdem kauften sie noch Silber ohne Angabe des Gewichts für 989 Mark 8 Schill. Das würde, die Mark Silber zu 14 Mark Sch. gerechnet, 70 Mark 10 Lot Silber ergeben. Das Gesamtgewicht des angeschafften reinen Silbers wird demnach 196 Mark 4 Lot  $1\frac{1}{2}$  Quentchen zu einem Gesamtpreis von 2623 Mark 32 Schill. betragen haben.

2) Dazu kauften die Münzherren in grosser Menge Balljun. Darunter ist ohne Zweifel Billon zu verstehen, eine Mischung von Silber und Kupfer, in der das Kupfer mehr als die Hälfte ausmacht. Zur Anschaffung von Balljun wurden 7856 Mark 19 Schill. ausgegeben. Das Gewicht ist nicht einmal i. J. 1485 angegeben, als für  $7\frac{1}{2}$  M. 3 Qu. lötiges Silber und 14 M. Balljun ein Gesamtpreis von 114 M. 7 Sch. verzeichnet wurde. Die Mark Silber zu  $13\frac{1}{4}$  M. Sch. gerechnet, ergibt für die 14 Mark Balljun als Preis 14 Mark 28 Sch. Es handelt sich also auch hier um gezählte Mark. Damit stimmt überein die einmal vorkommende Eintragung von 1 M. 5 Sch. als Preis für 1 M. 3 Sch. Balljun. Es wurde also für Balljun ein Aufgeld von 2 Sch. auf die Mark gezahlt. Hieraus ist ersichtlich, dass es sich bei dem Balljun um fremde, wohl meist verrufene Münze gehandelt haben wird. Der Feingehalt des Balljuns an Silber ist niemals angegeben. Doch lässt er sich annähernd bestimmen. Die neue rigasche Mark

Sch. enthielt 1 Lot Silber; die gezahlten 7856 M. 19 Sch. müssen demnach 491 M. reines Silber enthalten haben. Da nun der Stadtschatz beim Ankauf von reinem Silber einen Gewinn von 2 Lot Silber erzielte, ist anzunehmen, dass er auch beim Ankauf von Balljun einen gleichen Gewinn machte. Es dürften somit mit dem Balljun 491 M. + 61 M. 6 Lot, zusammen 552 M. 6 Lot reines Silber angeschafft worden sein.

3) Ferner wurden alte Schillinge und alte Pfennige für den Gesamtpreis von 725 M. 15 Sch. weniger 1 Pfennig gekauft. Der Zusatz „alte“ diente im 15. Jahrhundert zur Bezeichnung der vor der Münzordnung von 1422/26 geschlagenen rigaschen Schillinge und Pfennige. Hier sind aber darunter wohl die nach 1422 und vor 1485 geschlagenen rigaschen Schillinge und Pfennige zu verstehen, wie das auch in 2 Urkunden aus den Jahren 1494 und 1497 geschieht<sup>1)</sup>. Bei dem Ankauf der Schillinge wurde ein Aufgeld von 16 Sch., bei dem der Pfennige ein Aufgeld von 2 Sch. gezahlt. Schillinge und Pfennige hatten also nicht mehr den in der Münzordnung von 1426 angeordneten gleichen Silbergehalt. 1490 werden in einen Tiegel geordinert ane olden d. vnd dar vpgeschyckt, als gehorde, 96 m. 4½ l. gewegen. Da weder Gewicht noch Menge der angekauften Schillinge und Pfennige angegeben ist, kann hier bei Berechnung des Feingehalts an Silber nur der Kaufpreis berücksichtigt werden. Die gezahlten 725 M. 15 Sch. müssen 45 M. 5 Lot reines Silber enthalten haben. Da auch hier ein Gewinn von 2 Lot Silber auf die Mark zu vermuten ist, erhöht sich die Menge des angeschafften Silbers von 45 M. 5 Lot um 5 M. 10 Lot auf 50 M. 15 L.

Es wurden demnach an reinem, lötigem Silber angeschafft der Betrag von 799 M. 19 Lot 1½ Qu. Verbraucht wurden aber in der Münze in den Jahren 1485–1490 im ganzen 1591 Mark 7 Lot ½ Qu. Der Stadtschatz hat demnach 791 M. 13 Lot 3 Qu. Silber zuschiessen müssen.

Über das Einschmelzen des Balljuns und der Schillinge und Pfennige sowie über die Scheidung des Silbers vom Kupfer finden sich im Münzbuch keine Angaben. Dieses Verfahren muss also ausserhalb des Münzhauses, vermutlich von dem Goldschmied Tideken, für Rechnung des Stadtschatzes ausgeführt worden sein, worauf dann die Münzherren Silber und Kupfer vom Schatz für die Münze geliefert erhielten.

---

<sup>1)</sup> 1494: 9700 alte Mark rig., 36 grobe Artige, bisher Schillinge genannt, auf die Mark zu rechnen; und 1497: 300 alte rig. Mark, 36 grobe neue Artige auf die Mark gerechnet. LUB. II 1 nr. 210 u. 565. Ferner 1466: die neue Mark zu 36 Schilling und jeder Schilling zu 4 neuen Artigen; jede neue Mark soll 7 Lot reines Silber enthalten. LG. 1 nr. 429.



## B. Das Kupfer.

1) In dem Zeitraum von 1485—1490 kauften die Münzherren 17 L $\text{ſ}$  2 Mark $\text{ſ}$  Kupfer für 32 M. 20 Pfennige. Ausserdem kauften sie noch Kupfer für 23 $\frac{1}{2}$  Mark, ohne das Gewicht zu verzeichnen. Das L $\text{ſ}$  Kupfer für 2 M. Sch. gerechnet, würden die 23 $\frac{1}{2}$  M. Sch. 11 L $\text{ſ}$  15 M $\text{ſ}$  Kupfer entsprechen. Es werden also im ganzen 28 L $\text{ſ}$  17 M $\text{ſ}$  Kupfer gekauft worden sein.

2) Mit dem Balljun sind dann noch, 11 Lot Kupfer auf 5 Lot Silber gerechnet, 1080 M $\text{ſ}$  3 Lot gleich 54 L $\text{ſ}$  — M $\text{ſ}$  3 Lot angeschafft worden und

3) mit den alten Schillingen und Pfennigen, nach demselben Verhältnis berechnet, 99 M $\text{ſ}$  11 Lot gleich 4 L $\text{ſ}$  19 M $\text{ſ}$  11 Lot.

Es wurden somit im ganzen angeschafft 87 L $\text{ſ}$  16 M $\text{ſ}$  12 Lot Kupfer. Verbraucht worden sind aber in diesem Zeitraum in der Münze 3581 M $\text{ſ}$  6 $\frac{1}{2}$  Lot gleich 179 L $\text{ſ}$  1 M $\text{ſ}$  6 $\frac{1}{2}$  Lot Kupfer. Es müssen also mindestens 91 L $\text{ſ}$  4 M $\text{ſ}$  5 $\frac{1}{2}$  Lot Kupfer im Vorrat gewesen sein.

Das angekaufte raue Kupfer wurde dem Kupferschmied Joseph, auch Jost genannt, übergeben zum Guss gereinigten, verfeinerten Kupfers oder, wie es im Münzbuch verzeichnet wird, zur Herstellung von Granallie, auch Garnallie geschrieben<sup>1)</sup>. Eine Erklärung der Bedeutung dieses Wortes habe ich nicht finden können. 1485—1490 wird es regelmässig zur Bezeichnung des Kupfers gebraucht, mit dem das Silber zum Zwecke der Ausmünzung beschickt wurde, während 1495 dafür einfach Kupfer verzeichnet wird. 1496 wird an 2 Stellen Garnallie geschrieben, in denen die richtige Bezeichnung Balljun zu erwarten ist. Das eine Mal heisst es: noch ane garnallie 10 $\frac{1}{2}$  m. 1 lot vnd helt 5 $\frac{1}{2}$  lot ffyns is ane zeluer 3 $\frac{1}{2}$  m. vnd 2 lot de m. 15 m. ffac. 54 m. 14 sz und das andere Mal: in dem 4den degel geschiickt an gr[oschen] 90 m. myn 4 lot noch ane garnallie 11 $\frac{1}{2}$  m. vnd 1 $\frac{1}{2}$  lot is tsamen 101 m. 5 $\frac{1}{2}$  lot gewegen. Bei dieser Eintragung könnte es sich aber auch um eine Beschickung besonders guter Groschen mit Kupfer zur Herstellung der richtigen Legierung handeln. In dem ersten Falle wird übrigens nur das in der Garnallie = Kupfer enthaltene Silber wirklich bezahlt, während das Kupfer garnicht berechnet wird.

C. Zu erwähnen ist noch, dass für 22 Mark Sch. Weinstein und für einige Mark Sch. Salz zur Herstellung der für das Weiss-sieden erforderlichen Lösung gekauft worden sind. Dazu kamen dann noch die Ausgaben für Kohlen und für Lichte. Eine Ausgabe für Holz ist in diesem Zeitraum nicht besonders verzeichnet.

1) 1495: noch betalt vor 14 $\frac{1}{2}$  liis $\text{ſ}$  6 m $\text{ſ}$  geffünerdes koppers tho garnallie 32 m. 3 sz. vnd de koppersmede tho geten vp rekenschop 1 m. is tsamen 33 m. 3 sz.

5. Dass mit dem Jahre 1490 die Aufzeichnungen im Münzbuch abbrechen, ist darauf zurückzuführen, dass die Stadt Riga Anfang 1491 sich dem Ordensmeister unterwerfen und somit auch dessen Münzhoheit wieder anerkennen musste. Zur Ausmünzung der Restbestände der Münze hat der Rigasche Rat dann 1495 noch einen Guss ausführen lassen. Bei dem 2. Guss des Jahres 1495 und bei dem Guss des Jahres 1496 sind dann nicht mehr Silber und Kupfer, sondern Groschen sowie Schillinge und Pfennige in die Tiegel geschickt worden. Dazu wurden:

angekauft an	Silber 3 M. 10 Lot und verbraucht	162 M. 8 Lot	
"	" Kupfer 462 M. 15 Lot "	369 "	1½ "
"	" Pfennigen 94 M. mit einem Aufgeld von 3 Sch. a. d. Mark für . .	101 "	30 Sch.
"	" Schillingen 38 Mark mit einem Aufgeld von 18 Sch. a. d. M. für	57 "	— "
"	" Schillingen und Pfennigen . . .	66 "	9 "
macht zusammen . .		225 M.	3 Sch.

Der Verbrauch an Schillingen und Pfennigen kann nicht festgestellt werden, da sie immer nur gemeinsam mit Groschen in die Tiegel geschickt verzeichnet werden.

An Groschen wurden gekauft 859 M. 4 Lot

gleich 1145 Schock 10 Gr. für . . . . 8136 M. 30 Sch.

Dazu noch 15 Karolus-Groschen für . . . . 2 M. 6 Sch. 2 Pf.

Welcher Art die Groschen gewesen sind, wird nicht angegeben. Ihr Feingehalt an Silber muss dem der neuen rigaschen Schillinge gleich gewesen sein, da in die Tiegel entweder Groschen allein oder Groschen und der Abfall früherer Güsse geschickt wurden. Nach den Angaben beim Ankauf kann festgestellt werden, dass 1 Schock Groschen 12 rigasche Lot wog, also 80 Groschen der rigaschen Gewichtsmark entsprachen. Der Karolus-Groschen war ein Zweigroschenstück, das Karl VIII von Frankreich 1483 schlagen liess<sup>1)</sup>.

6. Die Hauptaufgabe der Münzherren bestand in der Überwachung des Verfahrens bei der Ausmünzung. Bei diesem Verfahren sind 4 Stufen zu unterscheiden: a) der Guss der Zaine, b) das Schmieden der Platten, c) das Weissieden der Platten, d) das Schlagen der Schillinge.

a) Zum Schmelzen des Silbers und des Kupfers wurden 1485—1487 bei jedem Guss je 5 Tiegel; 1488: 2 und 4; 1489: 3; 1490: 3 und 2; 1495: 4 und 7; 1496: 5 Tiegel benutzt. Meist wurden in die einzelnen Tiegel 31 M. 4 Lot Silber und 68 Mark

<sup>1)</sup> Schmieder, Handwörterbuch der gesamten Münzkunde, Halle-Berlin 1811, S. 250.



12 Lot Kupfer, also zusammen 100 M. geschickt. In jedem Falle wurden 5 Lot Silber mit 11 Lot Kupfer beschickt; der gewogenen Mark Feingehalt an Silber betrug also 5 Lot. Das geschmolzene, durch sorgfältiges Umrühren mit dem Kupfer gehörig durcheinandergemengte Silber wurde in Formen zu flachen Barren, Tene, hochdeutsch Zaine, genannt, ausgegossen. Die Formen waren flache, wohl aus Ton oder Lehm hergestellte Tröge, Mulden. Wie die abgekühlten Zaine aus den Formen ohne deren Zertrümmerung oder Beschädigung herausgenommen wurden, war nicht zu ermitteln. Nur das ist sicher, dass Metallreste in den Formen zurückblieben, die dann aus den Formen „aufgewaschen“<sup>1)</sup> und unter der Bezeichnung spillinge, spyldinge, vppsakalie dat dat speyllinge het bei den späteren Güssen verbraucht wurden. Die Zaine wurden nach Feststellung ihres Gewichts dem Münzmeister zum weiteren Verfahren übergeben. Auffallend ist es, dass der Unterschied zwischen dem Gewicht der Zaine und dem Gewicht des in die Tiegel zum Schmelzen gelegten Metalls, also das Gewicht der Rückstände in den Tiegeln und in den Formen erst im Jahre 1490 bei der Abrechnung mit dem Münzmeister Berücksichtigung findet. Während nun aber das Spilling auch schon seit 1485 mit den Zainen zugleich abgeliefert, diese Ablieferung wenigstens im Jahre 1486 auch verzeichnet wird und seine Verwendung bei den späteren Güssen festgestellt werden kann, wird der Rückstand in den Tiegeln in den Jahren 1485—1489 in dem Münzbuch nicht erwähnt. Erst 1490 wird er und zwar unter der Bezeichnung König angeführt. Es wird gefordert, dass das Gewicht von König und Spilling zusammen mit dem Gewicht der Zaine gleichkomme dem Gewicht des Tiegelinhalts. Da nun mit Spilling der aus der Form aufgewaschene Rückstand bezeichnet wird, muss die Bezeichnung König auf den Rückstand im Tiegel bezogen werden<sup>2)</sup>. Dabei ist aber nicht berücksichtigt, dass beim Schmelzen sich ein Verlust an Gewicht durch Verdampfen ergeben muss. Das Schmelzen des Metalls und der Guss der Zaine, sowie Feststellung ihres

<sup>1)</sup> Münzbuch S. 40: Item hyr van betalt Wylm Sthark dat he de spyldinge vt deme drock vpghewassen is 9 m. Schiller-Lübben, Mittelniederdeutsches Wörterbuch kennt nur die Form troch, so dass man versucht wäre, hier das etwas undeutlich geschriebene o als e zu lesen, was dreck ergeben würde und aufwaschen die Reinigung des Metalls von den Lehmresten der Form bedeuten würde. Ich halte aber doch drock = troch für die richtige Lesart.

<sup>2)</sup> Nach Jacobsson, Technologisches Wörterbuch, Berlin-Stettin 1739, Teil 6 S. 311 bedeutet König, Regulus im Münzwesen ein Stück Silber, in der Alchimie aber jede durch Schmelzen von andern Substanzen geschiedene metallische Materie. Nach Meyer, Grosses Konversationslexikon, Sechste Aufl., ist König, regulus das beim Probieren der Erze erfolgende Metall, auch der beim Schmelzen von Metallverbindungen mit reduzierenden Körpern im Tiegel erhaltene Metallklumpen.

Gewichts und ihre Rücklieferung durch die Münzherren an den Münzmeister erfolgte an demselben Tage. Nur zweimal werden die Zaine dem Münzmeister an einem späteren Tage übergeben.

b) Das Schmieden der Schwarzen Platten. Die Zaine hatte der Münzmeister mit dem Hammer zu Platten von der Stärke der zu schlagenden Schillinge zu verarbeiten. Diese Arbeit erforderte grosse Sorgfalt, da die Platten gleichmässig dünn und möglichst rechtwinklig ausgehämmert werden mussten. Mängel an der geraden Seitenlinie und der rechtwinkligen Form waren mit der Schere zu beseitigen; daher die Bezeichnung „schroden“ für diesen Abfall. Schwarz wurden die Platten genannt, weil sie durch den grossen Zusatz von Kupfer und durch Oxydierung eine dunkle Färbung aufwiesen. Die „schroden“ hatte der Münzmeister zugleich mit den fertigen Schwarzen Platten abzuliefern. Ihr Gewicht wurde dem Münzmeister gutgeschrieben. Die durch die Bearbeitung mit dem Hammer verursachte Gewichtsverminderung der Platten wurde dem Münzmeister in der Weise vergütet, dass ihm  $1\frac{1}{2}$ , 1495/96: 2, v. H. des Gewichts der Zaine gutgeschrieben wurden. Das geschah wohl, um den Münzmeister zur Anwendung grösstmöglicher Sorgfalt beim Guss und beim Schmieden zu veranlassen. Während aber der Münzmeister alle Zaine auf einmal erhielt, lieferte er die Schwarzen Platten in einzelnen Abteilungen zum weiteren Verfahren. In der Regel lieferte der Münzmeister für 200 Gewichtsmark Zaine die Schwarzen Platten in 14 Tagen. Die Münzherren wogen die abgelieferten Schwarzen Platten, verzeichneten das festgestellte Gewicht und übergaben die Platten sofort dem Münzmeister zum

c) Weissieden. In Gegenwart der Münzherren wurden die Schwarzen Platten in eine Lösung von Weinstein und Salz gelegt. Dieses Verfahren bezweckte die Entfernung der Oxydhaut und die Abscheidung des Kupfers der Oberfläche der Platten, wodurch das Silber mehr hervortrat und die Platten weiss erscheinen liess. Diese Weissen Platten wurden von den Münzherren gewogen und der Abgang in der Lösung festgestellt, worauf der Münzmeister sie zur Ausmünzung zurückerhielt.

d) Die Ausmünzung. Zunächst wurden die Platten mit der Schere in Stücke in der festgesetzten Grösse der zu schlagenden Schillinge zerschnitten, worauf diesen Stücken die Münzbilder eingeschlagen wurden. Das erfolgte mit einem feststehenden, in „den Stock“ eingefügten „Fuss“ und einem beweglichen Obereisen vermittelt Hammerschlag. In Fuss und Obereisen waren die erforderlichen Münzbilder „eingegraben“. Zur Herstellung von Schillingen im Gewicht von 200 Mark gleich 36,000 Stück brauchte der Münzmeister durchschnittlich 10 Tage. Die ganze Menge der fertigen Schillinge wurde von den Münzherren



gewogen, um festzustellen, dass ihr Gewicht genau dem Gewicht der übergebenen Weissen Platten entsprach. Es wurden also nicht runde, sondern viereckige Schillinge geschlagen<sup>1)</sup>. Münzen dieser Form sind unter dem Namen Klippinge bekannt. In den im Münzbuch verzeichneten 46 Fällen stimmte das Gewicht der übergebenen Schillinge mit dem der Weissen Platten 34 mal überein; 10 mal war das Gewicht zu niedrig, 2 mal zu hoch. Um 1 Lot zu niedrig war das Gewicht 6 mal, um 2, 2½, 3 und 8 Lot je 1 mal; zu hoch war das Gewicht je 1 mal um 1 und um 6 Lot. Die grösste Ungleichheit ergab die Nachprüfung im August 1487, nämlich bei den vier Güssen je 1 mal um 1, 1 und 8 Lot zu niedrig und 1 mal um 6 Lot zu hoch. In dem Jahre 1495/1496 wird neben dem Gewicht auch die Stückzahl der Schillinge verzeichnet. Danach kamen auf die Gewichtsmark Schillinge an gezählten Schillingen 185—190 Stück, also etwas mehr als 5 Mark.

e) Eine Prüfung der einzelnen Schillinge auf ihren Feingehalt an Silber und auf ihr Gewicht hat nicht stattgefunden; wenigstens ist im Münzbuch darüber nichts vermerkt.

7. Nach Ablieferung der letzten geschlagenen Schillinge eines jeden Gusses fand die Abrechnung mit dem Münzmeister statt. Ihm wurden gutgeschrieben:

- a) als Lohn: 5 Schillinge für jede Gewichtsmark der Schwarzen Platten;
- b) seine Auslagen für Salz, Kohlen und Lichte;
- c) „ „ „ die nach Abschluss der Ausmünzung jedes Gusses stattfindende „koste“.

Ferner wurden ihm vergütet:

- a) 1½ Mark v. H. des Gewichts der Zaine als Abgang in der Schmiede; 1495/96 wurde diese Vergütung von 1½ auf 2 v. H. erhöht;
- b) das Gewicht der abgelieferten „schroden“;
- c) 1490 wurden auch der Abfall an Spilling und König bei der Schlussabrechnung berücksichtigt.

Bei den 17 Güssen dieser Zeit ist das Gewicht des berechneten Abganges in der Schmiede, der Schroden und der Schwarzen Platten 6 mal dem Gewicht der Zaine gleich gewesen, 7 mal war es um einige Lot niedriger und 4 mal um einige Lot höher. Dass dieser Unterschied dem Münzmeister zum Vorteil und zum Nachteil gereichte, wird zwar nicht vermerkt, ist aber doch anzunehmen.

1) Der in der Liv- und Estländischen Brieflade Teil 4 S. 250 und Tafel 11 verzeichnete rigasche Schilling kann also wegen seiner runden Form nicht in dieser Zeit geschlagen sein.

8. Mit den neuen Schillingen wurden zunächst die Löhne und die Auslagen des Münzmeisters, des Münzgesellen und des Münzknechtes ausgezahlt und hierauf der Goldschmied, der Kupferschmied und der Kleinschmied für ihre Arbeit bezahlt. Letztere Zahlungen erfolgten aber nicht regelmässig, so dass zu Pfingsten 1490 mehrere seit 3 Jahren schuldig gebliebene Posten von den neuen Münzherren berichtigt werden mussten. Dann wurden die Schulden bezahlt. Zweimal wird für geliefertes Salpeter Zahlung geleistet: das eine Mal 195 Mark für 2 Schiffpfund 6 1/2 Lispfund und das andere Mal 148 M. 10 Sch. Ferner wird einmal Sold für die Kriegsknechte mit 59 M. 9 Sch. eingetragen. Für Auslagen für Gesandtschaften nach Schweden und „an den Herren“ werden 432 M. vergütet. Um dem Erzbischof Stephan 2 Last Wachs liefern zu können, hatten die Münzherren 100 M. 24 Sch. jährliche Rente verkaufen müssen. Zwei Geschäfte müssen befremden: einmal, dass Cord van Lonen<sup>1)</sup> 60 Mark vpp suluer pande gegeben werden, und dann, dass derselbe seine Schuld von 100 Mark durch Hingabe von nur 5 Mark lötiges Silber berichtigt. Diese Zahlungen machen zusammen 994 M. 19 Sch. aus. Dazu 402 M. 24 Sch. jährliche Rente, ergibt 1397 M. 7 Sch. Ausserdem wurden aber in den Jahren 1485—1487 8613 M. 8 Sch. an verschiedene Personen ohne Angabe des Grundes ausgezahlt. Vom August 1487 ab werden solche Zahlungen, die die Münze nichts angehen, vom Schatz geleistet. Nur die „Wachsrente“ wurde auch ferner von den Münzherren unmittelbar gezahlt.

9. In den Jahren 1485—1490 hat die Münze einen wenn auch nur geringen Gewinn gebracht. Ausgegeben wurden für:

	M.	Sch.	Pf.	M.	Sch.	Pf.	M.	Sch.	Pf.
Silber . . . . .	2623	32	—						
Balljun . . . . .	7856	19	—1						
alte Schillinge und Pfennige . . . . .	725	15	—						
Kupfer . . . . .	56	2	—						
Weinstein . . . . .	22	—	—						
Salz, Kohlen, Lichte . . . . .	18	2	1						
Tiegel . . . . .	24	—	—						
die Koste . . . . .	23	27	1	11349	25	1			
den Lohn des Münzmeister . . . . .	694	5	—						
die Löhne der Gesellen und des Knechtes . . . . .	100	5	—						
die Löhne des Goldschmieds, des Kupferschmieds und des Kleinschmieds . . . . .	59	8	—	853	18	—	12203	7	1

<sup>1)</sup> Bøthführ, Rigasche Ratslinie, verzeichnet ihn als Cordt von Loven (Konrad von Löwen).



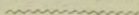
M. Sch. Pf.  
Übertragen 12203 7 1

1485–1490 wurden zu Schillingen ausgemünzt: 4893			
M. 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Lot. Die Gewichtsmark Sch. zu 5 M. gezählte			
Sch. gerechnet, ergibt . . . . .	24468	4	2
Das würde allerdings ergeben einen Überschuss von . . . .	12264	33	1
Davon muss aber in Abzug gebracht werden der vermutete			
Vorrat von 791 M. 8 Lot 3 Qu. Silber und 91 L <sup>z</sup> 4 M <sup>z</sup>			
7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Lot Kupfer mit . . . . .	11456	—	—
so dass der Überschuss betragen würde nur noch . . . .	808	33	1

Da aber aus der gewogenen Mark durchschnittlich 190 Sch. ausgemünzt wurden, so kann der Überschuss dieser Jahre mit rund 2000 Mark Sch. angenommen werden.

Im Jahre 1495 musste der Münzherr 265 M. 14 Sch. und 271 M. 8 Sch., zusammen 536 M. 22 Sch. zusetzen. Das Jahr 1496 brachte allerdings einen Überschuss von 497 M. 18 Sch. 1 Pf., der aber doch um 39 M. 3 Sch. 2 Pf. zu gering war, um den Unterschuss von 1495 decken zu können.

Das Schlagen der geringwertigen Schillinge brachte nur so lange einen Gewinn, als der Stadtschatz einen Vorrat an billig eingekauftem Silber zur Ausmünzung liefern konnte.



# Erste Beilage.

Jahr	Guss	Tiegelinhalt Silber und Kupfer			Zaine		König, Rückstand im Tiegel			Verlust beim				A b f a l l				Verbrauch v. Schroden u. Spilling		
		Mark	Lot	Qu.	Mark	L.	Mark	Lot	Qu.	Schmieden			Weissieden	Schroden		Spilling		Mark	Lot	
										Mark	L.	Qu.	Mark	Lot	Mark	Lot	Mark			L.
1485	1	788	13	—	733	12	55	1	—	10	13	—	17	2	10	12	—	—	120	6
1486	1	626	2	1 <sup>1/2</sup>	581	4	44	14	1 <sup>1/2</sup>	8	10	—	12	9	6	9	9	—	—	—
	2	329	2	—	298	5	30	13	—	4	6	2	4	10 <sup>1/2</sup>	5	1	6	2	—	—
	3	506	—	—	465	1	40	15	—	6	14	—	9	4	6	9	12	10	—	—
	4	466	12	3	424	8	42	4	3	6	4	2	12	5 <sup>1/2</sup>	5	—	2	7	—	—
	5	469	14	2	448	2	21	12	2	6	10	—	7	14	5	13	—	—	8	5
1487	1	419	10	2	396	13	22	13	2	6	10	—	9	14	3	6	—	—	9	12
	2	479	10	—	463	6	16	4	—	6	13	2	10	14	6	—1	—	—	8	12
1488	1	346	2	—	334	—	12	2	—	5	1	2	4	—	2	—	—	—	5	1
	2	203	2	—	202	10	—	8 <sup>1</sup>	—	3	—	—	3	6	2	—	—	—	8	10
1489	1	233	13	2	223	6	10	7	2	3	5	—	5	1	1	12	—	—	6	13
1490	1	178	9	— <sup>1/2</sup>	166	7	12	2	— <sup>1/2</sup>	2	8	—	3	6 <sup>1/2</sup>	1	9	—	—	39	— <sup>12</sup>
	2	200	—	—	192	—	8	—	—	6	1	—	3	12	3	7 <sup>1/2</sup>	—	—	—	—
	3	226	2 <sup>1/2</sup>	—	213	1	13	1	2	—	—	—	5	4	—	—	—	—	4	14
Summe:		5473	14	—	5142	11	331	3	—	77	1	—	109	6 <sup>1/2</sup>	59	13 <sup>1/2</sup>	30	3	211	8

1) Fehlerhafte Eintragung.

2) 1490: König, Spilling und Schroden.



## Zweite Beilage.

Am 22. März 1490 wurden von dem Schatz geschickt in den:

1. Tiegel: Silber 15 M. 10 L.					
u. Garnallie 34 M. 6 Lot.	. . . . .	50 M.	— L.	— Qu.	
2. Tiegel: Silber 15 M. 10 L.					
u. Garnallie 34 M. 6 Lot	. . . . .	50 "	— "	— "	
3. Tiegel: Silber 12 M. 6 L. 2 $\frac{1}{2}$ Qu.					
u. Garnallie 27 M. 3 L. 1 Qu.	. . . . .	39 "	9 "	3 $\frac{1}{2}$ "	

Summe: 139 M. 9 L. 3 $\frac{1}{2}$  Qu.

Dazu an Schroden, Koning und Spylding 39 " — 1 " — "

Summe: 278 M. 8 L. 3 $\frac{1}{2}$  Qu.

Am 23. März dem Münzmeister geliefert an Zainen . . . . . 166 " 7 " — "

Abgang in der Schmiede 1 $\frac{1}{2}$  v. H. der Zaine . . . . . 2 M. 8 L.

Abfall beim Schroden . . . . . 1 " 9 " 4 " 1 " — "

Am 8. und 29. April wurden vom Münzmeister somit geliefert 100 M. 15 L.

u. 61 M. 7 L. an Schwarzen Platten, zusammen . . . . . 162 M. 6 L. — Qu.

Abgang beim Weissieden 1 M. 14 L. u. 1 M. 8 $\frac{1}{2}$  L., zusammen . . . . . 3 " 6 $\frac{1}{2}$  " — "

Es wurden somit an Weissen Platten geliefert 159 M. —  $\frac{1}{2}$  L. — Qu. und hierauf an gemünztem Gelde am Oster-

montag den 12. April, u. am 6. Mai empfangen: gewogen . . . . . 159 M. —  $\frac{1}{2}$  L. — Qu.

Für diesen Guss wurden gekauft:

An alten Schillingen u. Pfennigen . . . . . 601 M. 19 Sch. 2 Pf.

Dem Münzmeister an Lohn 5 Sch. f. d.

M. Schwarz. Platt. . 22 M. 20 Sch.

Dem Münzmeister an Auslagen für Kohlen und

Salz . . . . . — " 10 " 22 " 30 " — "

An (Wachs-) Rente gezahlt im ganzen . 100 " 24 " — "

Summe: 725 M. 1 Sch. 2 Pf.

So bleff van dessen gothe bii der munte . 90 " 20 " — "1)

1) Die 159 M. —  $\frac{1}{2}$  Lot gemünztes Geld müssen demnach gezählt 815 M. 21 Sch. 2 Pf. ergeben haben, was 184 Schillinge für die gewogene Mark ausmachen würde.

Zu Pfingsten 1490 fanden die vom Rigaschen Rat eingesetzten neuen Münzherren Johann Schoning und Hinrich Warmbeke in der Münze . . . . . 90 M. 20 Sch.

Sie zahlten hierauf an schuldig gebliebenen Löhnen:

Wilh. Starck für das Aufwaschen der Spyldinge			
vt dem drocke . . . . .	9 M.	—	Sch.
Dem Schmied Tonnies Damerouw für Arbeiten in der Münze . . . . .	9	„	3 „
Dem Kupferschmied Jost für den Guss von Granallie in 3 Jahren . . . . .	3	„	20 „
Dem Goldschmied Tytken vor ysern tho graben	6	„	18 „
Summe:	28 M.	5	Sch.

In der Kiste fanden sich an König, Schroden u. Spilding 9 M. 3½ Lot, sie werden in Rechnung gestellt mit . . . 41 M. — Sch.

An barem Gelde verblieben noch	21	„	15 „	62	„	15 „
Summe:	90 M.	20	Sch.			

Am Sonntag den 1. August 1490 wurden von dem Schatz geschickt in den:

1. Tiegel: Silber 31 M. 4. L.		
u. Garnallie 68½ M. 4 L. . . . .	100 M.	— Sch.
2. Tiegel: Silber 31 M. 4 L.		
u. Garnallie 68½ M. 4 L. . . . .	100	„ — „
Summe:	200 M.	— Sch.

Am 2. August wurden dem Münzmeister geliefert an Zainen . . . . . 192 M. — Sch.

Abgang in der Schmiede und Abfall beim Schroden wird hier nicht besonders angegeben.

Am 14. August und am 2. September wurden vom Münzmeister an Schwarzen Platten geliefert 95 M. 12 Lot und 93 M. 2 Lot . . 188 M. 14 Lot

Abgang beim Weissieden 1 M. 13½ L. und 1 M. 14½ L., zusammen . . . . .	3	„	12 „
--	---	---	------

Es wurden somit an Weissen Platten geliefert 93 M. 14½ L. u. 91 M. 3½ L. . . . . 185 M. 2 Lot

und hierauf am 19. August u. am 7. September vom Münzmeister geliefert an gemünztem Gelde 93 M. 14½ L. u. 91 M. 3½ Lot . 185 M. 2 Lot

De affganck ame desszen bauen gesszchreuen 200 m. gewagen in deme ghote, in deme wynstene vnd vp der smede, wan ik de spyldynge, den konynck vnd schroden all mede hyr bybrynghe blyft 14 m. 3½ lt., so zall hyr blyuen ane gemuntheden gelde entfangen 185½ m. 5½ lt.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Der Fehler lässt sich nicht erklären.



Für diesen Guss wurden gekauft Kupfer-Garnallie für . . . . .				8 M. 30 Sch.
Dem Münzmeister an Lohn 5 Sch.				
für die M. Schwarz. Platt. . . . .	26 M.	9 Sch.		
Dem Münzmeister an Auslagen				
für Kohlen . . . . .	1 "	9 "		
Dem Münzmeister an Auslagen				
für die Koste . . . . .	2 "	18 "		
Dem Goldschmied für Eisen zu				
„graben“ . . . . .	1 "	18 "	31 "	18 "

Summe: 40 M. 12 Sch.

Dat ander all vtgegeuen so dat register vamme schatte vtwyset.

Am 2. August 1490 wurden geschickt in den:

1. Tiegel: Silber 31 M. 4 L. u. Garnallie 68 M. 12 L., noch in diesen Tiegel recht szo yd wesen zal 25 M. 125 M. — Lot
2. Tiegel: alte Pfennige vnd dar  
vpgescheyckt als gehorde . 96 " 4<sup>1/2</sup> "

Spilding, Koninge u. Schroden 4 " 14 " 226 M. 2<sup>1/2</sup> L.

Am 1. September dem Münzmeister gegeben an  
Zainen . . . . . 213 M. 1 Lot

Am 17. September u. am 6. Oktober vom Münz-  
meister geliefert an Schwarzen Platten

112 M. 12 L. u. 93 M. 12 L. . . . . 206 " 8 "

Abgang beim Weissieden 3 M. 1 L. u. 2 M. 3 L. 5 " 4 "

somit an Weissen Platten 109 M. 11 L. u. 91 M. 9 L. 201 M. 4 Lot

Dafür am 25. September u. am 13. Oktober an  
gemünztem Gelde empfangen 109 M.

10 L. u. 91 M. 9 L. . . . . 201 " 3 "

Demnach zu wenig — M. 1 Lot

Für diesen Guss wurden gekauft:

Baldyun für . . . . . 1020 M. 4 Sch.  
alte Pfennige . . . . . 6 " 9 " 1026 M. 13 Sch.

Dem Münzmeister: an Lohn  
5 Sch. f. d. M. Schw. Platten 27 M. 22 Sch.

Dem Münzmeister: an Auslagen  
für Kohlen und Salz . . . . . 1 " — "

Dem Münzmeister: an Auslagen  
für die Koste . . . . . 2 " 5 "

Dem Goldschmiede für die  
Eisen zu graben . . . . . 2 " — "

Dem Kupferschmiede für Gar-  
nallye zu giessen . . . . . 7 " — " 39 " 27 "

Summe: 1066 M. 4 Sch.

Am 1. August an  
Zainen . . . 192 M. — Lot

Am 1. September  
an Zainen . . . 213 „ 1 „ 405 M. 1 Lot

Vom 1. Guss an  
Schwarzen  
Platten . . . 188 M. 14 Lot

vom 2. Guss an  
Schwarzen  
Platten . . . 206 „ 8 „ 395 „ 6 „ 9 M. 11 Lot

Vom 1. u. 2. Guss Abfall an  
Schroden . . . . . 3 M.  $7\frac{1}{2}$  Lot

Vom 1. u. 2. Guss Abgang in  
der Schmiede . . . . . 6 „ 1 „ 9 „  $8\frac{1}{2}$  „

Der Münzmeister lieferte demnach zu wenig . . — M.  $2\frac{1}{2}$  L.

Der Guss vom 2. August ergab 226 M.  $2\frac{1}{2}$  Lot

Abgang: im Guss, in der Schmiede u. im Weinstein	}	16 „ 1 „	210 M. $1\frac{1}{2}$ Lot
Abfall: König, Spilding und Schroden . . . . .			

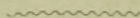
Der Münzmeister hätte also an Geld liefern müssen 210 M. 4 Lot

Der Münzmeister hat aber geliefert nur . . . 201 „ 3 „

Abfall an König und Spilding . . 5 M.  $9\frac{1}{2}$  Lot  
„ „ Schroden . . . . . 3 „  $7\frac{1}{2}$  „ 9 M. 1 Lot

Summe: 210 M. 4 Lot

Der Münze haben vergütet der Münzmeister . . . .  $2\frac{1}{2}$  Lot  
Wilhelm Stark . . . : . 1 „





## Dritte Beilage.

A. Am 10. September 1495 wurden geschickt in den:

	S i l b e r			K u p f e r				
1. Tiegel:	31 M.	4 Lot		68 M.	12 Lot		100 M.	— Lot
2. "	46 "	14 "		103 "	2 "		150 "	— "
3. "	46 "	14 "		103 "	2 "		150 "	— "
4. "	37 "	8 "		82 "	8 "		120 "	— "
1.—4. Tiegel	162 M.	8 Lot		357 M.	8 Lot		520 M.	— Lot
Dazu noch schroden, spyldinge u. ein konninck							9 "	6 "
Summe:							529 M.	6 Lot

Am 12. September wurden dem Münzmeister  
übergeben an Zainen . . . . . 487 M. — Lot

Abgang in der Schmiede 2 v. H.

der Zaine . . . . . 9 M. 12 Lot  
Abfall an Schroden . . . . . 5 " 8 " 15 " 4 "

Am 7. und 16. Oktober, 4. u. 19. November  
wurden vom Münzmeister geliefert an  
Schwarzen Platten  $84\frac{1}{4} + 100 + 200 + 87\frac{1}{2}$  471 M. 12 Lot  
Abgang beim Weissieden . . . . . 13 "  $5\frac{1}{2}$  "

Es wurden somit an Weissen Platten geliefert . 458 M.  $6\frac{1}{2}$  L.  
und hierauf an gemünztem Gelde empfangen:  
gewogen . . . . . 458 "  $6\frac{1}{2}$  "  
gezählt . . . . . 2362 " 3 Sch.

Für diesen Guss wurden gekauft:

150 Schock Groschen, das Schock zu 7 M. . . . .	1050 M.	— Sch.	
100 Mark Groschen, die Mark zu 10 Mark oder [ $133\frac{1}{3}$ Schock Gro- schen] das Schock zu $7\frac{1}{2}$ Mark . . . . .	1000 "	— "	
$47\frac{1}{2}$ Mark Groschen, die Mark zu $9\frac{1}{2}$ Mark oder [ $63\frac{1}{3}$ Schock Groschen] das Schock zu $7\frac{1}{2}$ Mark	451 "	9 "	2501 M. 9 Sch.
$14\frac{1}{2}$ L $\text{z}$ 6 M $\text{z}$ Kupfer zur Garnallie . . . . .	32 M.	3 Sch.	
Dem Kupferschmied auf Ab- rechnung f. d. Guss . . . . .	1 "	— "	33 " 3 "
Summe:			
	2534 M.	12 Sch.	

Übertragen: 2534 M. 12 Sch.

Dem Münzmeister:

an Lohn 5 Sch. für die M.

Schwarz. Platt. . . . . 65 M. 20 Sch.

für 4 L $\frac{1}{2}$  Salz . . . . . — " 24 "für Kohlen, Licht, sardok,  
Leinwand u. Lehm zu holen 6 " 11 "

für die Koste 3 M., 1 T.

Bier 1 M. 12 Sch. . . . . 4 " 12 "

Dem Goldschmiede:

7 Füße und 23 Obereisen

„einzugraben“ . . . . . 7 " 18 " 84 " 13 "

Für das Münzhaus:

zum Bau . . . . . 30 M. 21 Sch.

2 Öfen auszubessern . . . . . — " 18 "

1 Schwamm 4 Sch., 1 Wein-

pipe 18 Sch. . . . . — " 22 " 31 " 25 "

Summe: 2650 M. 14 Sch.

Summe aller Unkosten . . 2650 M. 14 Sch.

An gemünztem Gelde er-

halten . . . . . 2362 " 3 " 288 M. 11 Sch.

In der Kiste waren . . . . . 23 " 9 "

Somit verbleibt ein Unterschuss von . . . 265 M. 2 Sch.

An Spildinge und Schroden verblieben 37 M. 4 Lot.

B. Am 23. u. 26. November 1495 wurden geschickt in den:

1. Tiegel: an Groschen . . . . . 150 M. — Lot

2. " " . . . . . 50 M. — Lot

an spyldinge . . . . . 54 " 14 " 104 " 14 "

3.—6. Tiegel: an Groschen zu 150 Mark . . 600 " — "

7. Tiegel: an alten Schill. u. Pfennigen u. an

Groschen . . . . . 38 " 6 $\frac{1}{2}$  "Summe: 893 M. 4 $\frac{1}{2}$  Lot

Am 27. November dem Münzmeister geliefert

an Zainen . . . . . 780 M. — Lot

Abgang in der Schmiede 2 v. H.

der Zaine . . . . . 15 M. 8 Lot

Abfall an Schroden . . . . . 10 " 1 " 25 " 9 "



Am 12. Dezember 1495 u. am 2. u. 20. Januar u. am 4. Februar 1496 wurden vom Münzmeister geliefert an Schwarzen Platten . . . . .	754 M. 7 Lot
Abgang beim Weissieden . . . . .	22 „ 7 „
Verblieben somit an Weissen Platten . . . .	<u>732 „ — „</u>
und hierauf an gemünztem Gelde empfangen:	
gewogen:	732 M. — „
gezählt:	<u>3856 „ 6 Sch.</u>

Für diesen Guss wurden gekauft:

350 Schock Groschen, das Schock zu 7 M. 6 Sch. . . . .	2155 M. 34 Sch.
249 Schock Groschen, das Schock zu 7 M. . . . .	1744 „ 5 „
Alte Schillinge und Pfennige . . . . .	66 „ 9 „
Kupfer [8 L $\frac{1}{2}$ zu 2 M. 6 Sch.] . . . . .	17 „ 10 „
	<u>3983 M. 22 Sch.</u>

Dem Münzmeister:

Lohn 5 Sch. für die Mark Schwarzer Platten . . . .	104 M. 28 Sch.
Auslagen für Kohlen, Holz u. Lichte . . . . .	12 „ 7 „
Auslagen für Salz . . . . .	— „ 24 „
für die Koste mit Most u. Bier . . . . .	6 „ 4 „
Dem Kupferschmied für Garnallie zu giessen . . . .	6 „ 19 „
Dem Goldschmied für das „graben“ der Eisen . . . .	3 „ 9 „
Dem Kleinschmied für die Eisen und andere Gerätschaften . . . . .	10 „ 9 „
	<u>143 „ 28 „</u>
Summe:	4127 M. 14 Sch.

An gemünztem Gelde erhalten: gezählt . . . .	<u>3856 „ 6 „</u>
Verbleibt somit ein Unterschuss von . . . .	271 M. 8 Sch.
Hierzu den Unterschuss von A mit . . . .	<u>265 „ 14 „</u>
Verbleibt somit als Unterschuss von A u. B . .	<u>536 M. 22 Sch.</u>

An Spildinge verblieben in der Münze: gewogen . . . .	83 M. — Lot
An Schroden verblieben in der Münze: gewogen . . . .	<u>15 „ 8 „</u>
	<u>98 M. 8 Lot</u>

C. Am 8. Februar 1496 wurden geschickt in den:

1. Tiegel: an Groschen . . . . .	100 M. — Lot
2. " " alten Schillingen u. Pfennigen u. Karolus-Groschen 60 M. 11 Lot	
2. Tiegel: an Groschen . . . . .	50 " — " 110 " 11 "
3. " " " . . . . .	27 M. — Lot
3. " " Spildinge . . . . .	83 " — " 110 " — "
4. " " Groschen . . . . .	90 M. — 4 Lot
4. " " Garnallie . . . . .	11 " $9\frac{1}{2}$ " 101 " $5\frac{1}{2}$ "
5. " " Groschen . . . . .	11 M. 3 Lot
5. " " Schroden . . . . .	15 " 8 " 26 " 11 "
Summe:	448 M. $11\frac{1}{2}$ L.

Am 9. Februar dem Münzmeister geliefert an  
Zainen . . . . . 430 M. 13 Lot

Abgang in der Schmiede 2 v. H.

der Zaine . . . . .	8 M. 5 Lot
Abfall beim Schroden . . . . .	3 " 13 " 12 " 2 "

Der Münzmeister lieferte somit am 26. Februar  
und am 12. März an Schwarzen Platten  
222 M. u. 196 M. 11 Lot . . . . . 418 " 11 "

Abgang beim Weissieden  $6\frac{1}{2}$  M. 2 Lot u.  
 $5\frac{1}{2}$  M. 1 Lot . . . . . 12 " 3 "

Der Münzmeister lieferte somit an Weissen Platten 406 M. 8 "

" " " hierauf an gemünztem Gelde:  
gewogen: 406 " 8 "  
gezählt: 2151 " 30 Sch.

Für diesen Guss wurden gekauft:

100 Schock Gro-  
schen zu 7 M. 700 M. — Sch. — Pf.

85 $\frac{1}{2}$  Schock Gro-  
schen zu 7 M.  
6 Sch. . . . . 613 " — " — "

94 M. alte Pfen-  
nige, 3 Sch.  
auf die Mark 101 " 30 " — "

38 M. alte Schil-  
linge, [18 Sch.  
auf die Mark] 57 " — " — "

15 Karolus-Gr.  
und 14 Schock  
Gr. d. Sch. zu  
 $8\frac{3}{4}$  M. . . . . 124 " 24 " 2 "

1596 M. 18 Sch. 2 Pf.



Übertragen: 1596 M. 18 Sch. 2 Pf.

10 M. 9 Lot Gar-  
nallie zu  $5\frac{1}{2}$   
L. fein. Silb.  
ist an Silb.  
3 M. 10 Lot,  
die M. zu 15 M.

54	„	14	„	—	„
<hr/>					
1650	M.	32	Sch.	2	Pf.

Dem Münzmeister:  
an Lohn 5 Sch. für die  
M. Schwarz. Platt. . 58 M. 5 Sch.  
an Auslagen für Kohlen,  
Holz, Lichte . . . 4 „ 6 „  
für Salz . . . . . — „ 8 „  
für einen Tiegel (2 Gul-  
den) . . . . . 4 „ — „  
für die Koste . . . . 2 „ 24 „  
Dem Goldschmiede für  
die Eisen zu „graben“ 2 „ 18 „

71	„	25	„	—	„
<hr/>					
Summe:	1722	M.	21	Sch.	2 Pf.

An gemünztem Gelde  
empfangen: gezählt: 2151 M. 30 Sch.

An Spildinge u. Schro-  
den 14 M. gewogen,  
dafür nach Abzug  
von Lohn u. Un-  
kosten in gezähltem  
Gelde . . . . .

68	„	10	„	2220	„	4	„	—	„
----	---	----	---	------	---	---	---	---	---

Verbleibt somit ein Überschuss von . . 497 M. 18 Sch. 1 Pf.

Davon in Abzug gebracht der Unter-  
schuss von A u. B . . . . .

536	„	22	„	—	„
-----	---	----	---	---	---

Verbleibt schliesslich ein Unterschuss von 39 M. 3 Sch. 2 Pf.

## Vierte Beilage.

Auslagen des Münzmeisters, auf einliegenden Zetteln vermerkt:

1495 September:

6 Fuder Kohlen	2 M.	22 Sch.		
18 Säcke Kohlen	1 „ — 3 „		3 M.	19 Sch.
Sardock 8 Sch., Leinwand <sup>1)</sup>	19 Sch.	— „	27 „	
Lichte: 19 Sch. + $\frac{1}{2}$ L	13 Sch.	— „	32 „	
Stein aus der Ziegelei zu holen	— „	15 „		
Lehm zu holen	— „	14 „		
Maurermeister für die beiden				
vorstade 9 + 3	— „	12 „	6 M.	11 Sch.

1495 November:

Kohlen	5 M.	26 Sch.		
Lichte $2\frac{1}{2}$ L	1 „	29 „		
Holz	4 „	21 „		
Kleie	— „	1 „	12 „	5 „ <sup>2)</sup>

1496 Februar:

1 mysse	— M.	3 Sch.		
Kleie	— „	1 „		
Lichte	— „	20 „		
Holz: 10 Fuder	1 „	12 „		
Kohlen 23 Sch. + 3 Fuder $1\frac{1}{2}$ M.	2 „	5 „	4 „	5 „ <sup>3)</sup>
1 Tiegel kostet 2 Gulden			4 „	— „
Summe:			26 M.	21 Sch.

<sup>1)</sup> to den stocke to bedecken vnd den schursack.

<sup>2)</sup> in O. 7 Sch.; am Rande: bernt 9 marpunt kopper 34 sz.

<sup>3)</sup> in O. 6 Sch.



# Livlands Ostgrenze im Mittelalter vom Peipus bis zur Düna.

Von C. v. Stern.

Die mittelalterliche Ostgrenze Livlands vom Peipus bis zur Düna zerfiel in vier Abschnitte: 1) die Dörptsche Stiftsgrenze, 2) die Marienburgsche Ordensgrenze, 3) die Rigasche Stiftsgrenze und 4) die Rositten-Dünaburgsche Ordensgrenze. K. v. Löwis in seiner bekannten 1895 erschienenen Karte von „Livland im Mittelalter“ hat gemeint, bei der Grenzföhrung der beiden ersten Abschnitte sich auf ein Schriftstück aus dem Jahre 1667 unbedingt verlassen zu dürfen. Er ist dadurch, wie wir sehen werden, zu ganz unhaltbaren Ergebnissen gelangt. Beginnen wir, vom Peipus ausgehend, mit der Dörptschen Stiftsgrenze und zerlegen wir sie aus Gründen der Übersichtlichkeit in zwei Strecken, die wir kurz die Woo-Meda-Grenze und die Neuhausensche Grenze nennen wollen.

## I. Die Dörptsche Stiftsgrenze.

### a) Die Woo-Meda-Grenze.

Nach Löwis ist die Pimža (Bümse oder Piusa) im Mittelalter von ihrer Mündung, d. h. vom Pleskauschen See an bis hinauf zur Einmündung ihres rechten Nebenflüsschens Belskaja Grenzfluss gewesen und bis zum Untergang der livländischen Selbständigkeit geblieben<sup>1)</sup>. Die Grenze dagegen, die bis in unsere Tage gegolten hat und erst durch den Dorpater Frieden von 1920 zwischen Russland und Estland aufgehoben worden ist, wurde gebildet durch den Unterlauf des Woo und seinen Nebenfluss, die Meda, und erreichte, eine kurze Strecke über Land verlaufend, zuletzt wieder einem unbedeutenden südwärts strebenden Wasserlauf, dem Kollodawischen Bächlein folgend, die Pimža, etwa sechs Werst östlich von der Einmündung der Belskaja. Löwis nimmt somit das ganze vom Pleskauschen See, der Woo-Meda-Linie und der Pimža eingeschlossene Territorium samt der Insel Kolpino für das Stift Dorpat in Anspruch, ein Gebiet von etwa 400 Quadratwerst. Er beruft sich dabei ausschliesslich und unbedenklich auf ein Riga den 29. April 1667 datiertes Gutachten, das ein Christian Zimmermann über Grenzregulierungsfragen verfasst und dem damaligen Generalgouverneur von

<sup>1)</sup> Löwis, Erläuterungen zu der Karte von Livland im Mittelalter, S. 5 u. 7.

Livland Graf Klaus Åkesson Tott unterbreitet hat<sup>1)</sup>. In Sachen einer im Frieden von Kardis vorgesehenen Revision der livländischen Ostgrenze, die 1666 von schwedischen und russischen Kommissaren begonnen wurde, ist auch dieser Chr. Zimmermann tätig gewesen<sup>2)</sup>. Seine Deduktion entstand in amtlicher Veranlassung und ist eine Tendenzschrift, die sich die Aufgabe stellte, nachzuweisen, dass Schweden bestimmte Grenzregulierungen zu seinen Gunsten von Rechts wegen zu beanspruchen habe. Strenge Objektivität wird man von einer solchen Schrift natürlich nicht erwarten dürfen. Das Zimmermansche Elaborat ist zunächst nur soweit zu berücksichtigen, als es die Pimza oder Piusa von der Belskaja bis zur Mündung als die alte rechtmässige Grenze zu erweisen sich bemüht. Vorausgeschickt sei, dass in der schwedischen Zeit die Woo-Meda-Linie die Grenze bildete, was ja auch von keiner Seite bestritten wird. Sehen wir uns nun die Zimmermannsche Begründung an, die ich in sechs Punkten zusammenfasse.

1. Zimmermann behauptet, eine richtige Grenze zwischen zwei selbständigen Staaten „muss necessario mit fließenden Bächen, Kreuzsteinen, Copitzen, Grenzkuhlen oder uhralte Grenzte Bäume behauptet werden; diese itzige [Woo-Meda-] Grenzte aber kan mit keinem von vohrerwehnten requisitis erwiesen werden“<sup>3)</sup>. Und doch bezeichnet Zimmermann selbst den Rappinschen Bach, d. i. der Woo, wiederholt als Grenzbach<sup>4)</sup>. Von der Existenz der Meda freilich scheint er nichts zu wissen oder wissen zu wollen, eine Unkenntnis, die bei einem sachverständigen Beirat der Grenzkommission gar nicht vorauszusetzen ist. Auf einer gleichzeitigen, offenbar nach Zimmermanns Angaben entworfenen Kartenskizze entspricht die von ihm bestrittene damalige Grenzlinie vom Woo südwärts bis zur Pimza ungefähr dem Laufe der Meda, diese selbst aber fehlt, und Zimmermann behauptet sogar, es gebe da überhaupt keinen Bach<sup>5)</sup>. Und doch war schon auf der grossen schwedischen Karte der Ostseeprovinzen aus der Zeit um 1630 für jene Strecke ein Fluss, eben die Meda, als Grenze markiert<sup>6)</sup>. Auch im Buch der schwedischen Hakenrevision von 1627 werden Woo und Meda als Grenzbäche bezeichnet und das

<sup>1)</sup> Gedruckt unter dem Titel „Deduction der alten Grenzen Livlands gegen Russland“ im Archiv f. d. Gesch. Liv-, Est- u. Kurlands Bd. VIII, S. 82 ff. Die Originalhandschrift und eine dazu gehörige Kartenskizze befinden sich im Besitz der Ges. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga.

<sup>2)</sup> a. a. O. S. 89.

<sup>3)</sup> a. a. O. S. 83.

<sup>4)</sup> a. a. O. S. 83 u. 86.

<sup>5)</sup> a. a. O. S. 86.

<sup>6)</sup> Nach einer Photographie dieser Karte im Besitze der Ges. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga.



Kollodawische Bächlein als „ein klein revir, das Russland von Livland scheidet“<sup>1)</sup>. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Zimmermann die Meda geflissentlich eskamotiert. Der Mangel an Grenzzeichen aber, auf den er so grosses Gewicht legt, beweist gar nichts. Grenzzeichen sind vergänglich, selbst Kreuzsteine können verschwinden. Überdies beträgt die kurze Landstrecke von der Meda bis zum Kollodawischen Bächlein kaum zwei Werst und die ganze übrige Grenzlinie von der Woo-Mündung bis zur Pimža war auch zu Zimmermanns Zeiten durch „fliessende Bäche“ gebildet, wie er selber es von einer „richtigen Grenze“ verlangt.

2. Am Unterlauf der Pimža liegt das pleskausche Dorf Gorodišče; der Name deutet auf eine Burg. Dort sollen nun, wie Zimmermann uns erzählt<sup>2)</sup>, livländische Ordensmeister eine Burg zur Behauptung ihrer (!?) Grenze haben bauen wollen, auch schon eine grosse Quantität von Steinen dort haben anführen lassen, dann aber wären die Moskowiter gekommen — gemeint ist der Einfall von 1558 —, hätten den vierten Teil Livlands eingenommen und 29 (!?) Jahre behauptet, hätten die Grenze verfälscht und das Land westlich von der unteren Pimža an sich gezogen, alle Steine wieder weggeführt, so dass „anitzo nicht das geringste von Steinen am selben Orte mehr zu finden“. Dennoch werde dieser Ort bis zur Stunde „Gorodzica“ genannt, was Schlossdorf bedeute. Zimmermann hält es für überflüssig, gibt sich jedenfalls nicht die geringste Mühe, auch nur den Schatten eines Beweises für seine Fabelei von jenem Plan des Ordens beizubringen, ihm genügt offenbar der Name „Gorodzica“, er verrät uns nicht, wann denn eigentlich jene Steinanfuhr stattgefunden habe, er behauptet auch nicht, dass der geplante Burgbau je zustande gekommen sei, aus dem Wortlaut seiner Darstellung ist vielmehr das Gegenteil zu entnehmen, dass nämlich die Katastrophe von 1558 den ganzen angeblichen Plan vereitelte, — und dennoch hat sich Löwis in den „Erläuterungen“ zu seiner Karte (S. 7) durch Zimmermann zu der Behauptung verleiten lassen, auf der Stelle des Gorodišče habe „ehedem eine von den Livländern erbaute alte Burg“ gestanden<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Ehemal. Rittersch.-Arch. n. 254, S. 134, 146, 161, 182. Der Woo heisst hier der „Kyrrenpoesche Bach“, so genannt nach dem Schloss Kirrumpäh, das an seinem Ufer stand.

<sup>2)</sup> Deduction der alten Grenzen a. a. O. S. 84.

<sup>3)</sup> In seinem „Burgenlexikon für Alt-Livland“, Riga 1822, S. 18 schränkt Löwis diese Behauptung ein, indem er nur noch sagt, es sei fraglich, ob es sich hier um eine Ritterburg oder eine heidnische Wallburg handelt. Löwis scheint sich doch noch nicht ganz von dem Einfluss Zimmermanns freigemacht zu haben. Ein deutscher Burgbau an jenem Orte wäre ja für das Jahr 1240 oder 1241 allenfalls noch denkbar, es fehlt aber auch dafür jegliche Beglaubigung.

Er hat sie dort auch richtig auf seiner Karte als „Alte Burg“ eingetragen.

3. Besonders gelungen ist folgende Argumentation<sup>1)</sup>. Es seien alte pleskausche Bauern vom Peipusufer von den pleskauschen Woiwoden zusammenberufen worden und hätten auf die Frage, ob sie Wissenschaft von der uralten russisch-livländischen Grenze hätten, zur Antwort gegeben: „Es lebete kein Mensch in der Welt mehr, welcher davon Bericht geben konte, sondern das konten sie wol sagen, was sie von ihren Eltern undt Vohreltern gehört hetten, dass die halbe Peibas nach Russlant, die ander Helfte nach Lieflandt gehörete. undt dass am Ende des Peibas — [nämlich des kleinen, d. h. des Pleskauschen Sees, aber Zimmermann unterscheidet überhaupt nicht zwischen dem grossen und dem kleinen Peipus] — gegen den Fluss Piusa über eine grosse eichene Pfahle mit einem eisernen Kreutz darauf zur Grentzemahle eingerahmet wehre; sie solten es suchen, vielleicht würden sie es noch wol finden.“ Und diese Aussage der alten Bauern soll nach Zimmermann mit der überraschenden Erklärung geschlossen haben, der Fluss Piusa sei die uralte und richtige russisch-livländische Grenze, „wobey die Woiwoden acquiescirt“! So referiert er und bemerkt dazu schlagfertig und mit verblüffender Logik: „Ist nun die Pfahle olda noch zu finden, so hat es seine Richtigkeit undt ist die Grentze an ihm selbst richtig. Ist es aber wegg undt nicht zu finden, concludire Ich: Gleichwie ihr die Steine von dem Orthe Gorodzica wegg geführt, welches eine grose Arbeit gewesen, solches zu thun euch nicht verdriesen lassen, alsz habt ihr auch den Pfahlen (welches eine geringe Arbeit gewesen) heraus gerissen.“ Diese unvergleichliche Beweisführung schliesst mit den Worten: „Undt damit Niemandt von der Grentze Verfälschung wissen, auch inskünftig von sagen könte, hat der Czar Iwan Basilowicz, nachdem Er Pleskau unter seine subjection gebracht, alle Pleskauschen Einwohner, alt undt jungk, gross undt klein, nach Moscau hingesandt und mit neuen Leuten ausz Moscau wiederumb die Statt besetzt.“ Das geschah aber nicht unter Ivan IV., sondern schon 1510 unter seinem Vater Vasily III., und nach Zimmermann datiert die Abtrennung jenes angeblich livländischen Gebiets mit nachfolgender Grenzfälschung erst seit dem Russeneinfall von 1558. Hier stimmt es also gar nicht. Doch abgesehen von dieser Konfusion, die des Autors Unkenntnis und leichtfertige Oberflächlichkeit genügend beleuchtet, ist denn der verschwundene Pfahl in der Pimzamündung für unsre Frage nicht ebenso belanglos, wie die verschwundenen Steinhanfen in Gorodišče, solange nicht einmal wahrscheinlich gemacht, ge-

<sup>1)</sup> Zimmermanns Deduction a. a. O. S. 84—85.



schweige denn erwiesen ist, dass jener Pfahl wirklich ein Grenzpfahl und zwar ein Dorpat-pleskauscher Grenzpfahl gewesen ist, und dass jene Steinhaufen, wenn sie überhaupt je existiert haben, wirklich zum Bau einer livländischen Burg auf altlivländischem Boden — und nicht etwa auf dem 1240 vorübergehend eroberten pleskauschen Territorium — dienen sollten! Darauf käme es an, aber da solide Gründe nicht zu beschaffen waren, half sich der Autor mit möglichst blauem Dunst, mit einer *petitio principii*. Der zu beweisende Satz wird in mehr oder weniger geschickter oder vielmehr ungeschickter Vermummung als Prämisse hinten herum hereingeschmuggelt, und das übrige macht sich dann von selbst.

4. Ivan IV. soll das Gebiet zwischen Woo-Meda und Pimza wegen seines Fischreichtums dem Kloster Pečur verliehen haben, und zwar soll das nach der Eroberung Livlands geschehen sein, wie Zimmermann hervorhebt<sup>1)</sup>. Das mag sich ja so verhalten, aber Zimmermann tut nun so, als müsse der Zar auch das fragliche Gebiet erst erobert haben, um es verleihen zu können. Ein offenkundiger Trugschluss, denn *post hoc* ist nicht *propter hoc*.

5. Zimmermann führt auch das Faktum an, dass das bewusste Gebiet von einer Bevölkerung mit estnischer Sprache und estnischer Tracht bewohnt werde<sup>2)</sup>; gemeint sind natürlich die Setukesen. Aber auch das ist für unsren Zweck irrelevant, denn politische und ethnographische Grenzen brauchen bekanntlich nicht zusammenzufallen. Diese estnisch redenden Bauern, sagt Zimmermann, würden von den Russen „unsre Lottisch“ genannt. Welche Konfusion!

6. Zimmermann kommt wiederholt darauf zurück, dass russischerseits ganz unumwunden eingeräumt werde, die alte richtige Grenze sei die Pimza<sup>3)</sup>. Es ist das eines seiner Hauptargumente, steht aber auch auf schwachen Füßen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir es mit einer bestellten Tendenzschrift zu tun haben und dass in diesem Punkte alles darauf ankommt, wie die Aussagen der gegnerischen Seite referiert werden. Bei genauerer Prüfung stellt sich nämlich heraus, dass diese Referate an inneren Widersprüchen laborieren, weil der Autor die betr. Aussagen für seinen Zweck brauchbar zu machen suchte und tendenziös redigierte. So berichtet er: die „Mosquiter“ — sie werden wohlweislich nicht näher bezeichnet — hätten auf Befragen erklärt, sie müssten zugeben, dass die derzeitige Grenze gar keine Grenzzeichen aufweise, sie wüssten aber nicht, wie und mit welchem Recht die Russen zu dem bewussten Land

1) Zimmermanns Deduction a. a. O. S. 85—86.

2) a. a. O. S. 85.

3) a. a. O. S. 83—86.

gekommen wären, „nur dass sie *continuum possessionem* von undenklichen Jahren hatten“. Wenn aber der König von Schweden ernstlich auf Abtretung dieses Landes bestehen sollte, was sie nicht hoffen wollen, so könnten es ihm die Russen „mit keinem Recht vohrenthalten“. Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, dass etwa russische Grenzkommissare sich derart geäussert haben sollten! Es widerspricht aber auch direkt der Behauptung eines kontinuierlichen russischen Besitzes seit undenklichen Jahren, ein solcher Besitz schliesst ja den schwedischen Rechtsanspruch aus. Der Schlusssatz jener Erklärung muss anders gelautet haben, er wird offenbar in tendenziös entstellter Form referiert. — Die Aussage der alten pleskauschen Bauern vom Peipusufer, die von ihrer eigenen Obrigkeit ausgefragt wurden, lernten wir bereits kennen. Sie beginnt mit dem Satz, dass sie von der alten Grenze nichts wüssten und nichts wissen könnten, und schliesst mit dem Satz, dass die Pimža diese alte Grenze sei! Ein eklatanter Widerspruch! Zwischen Anfang und Ende aber steht der Bericht der Bauern über jenen famosen Grenzpfahl in der Pimža-Mündung, den Zimmermann in seiner Weise verwertet; seine eigene aus diesem Bericht willkürlich gezogene Schlussfolgerung legt er als Schlusssatz den Bauern in den Mund. — Dabei ist noch folgendes Moment zu berücksichtigen. Die Pimža war zu schwedischer Zeit und schon früher, wie Zimmermann sehr wohl wusste, in der Tat russisch-livländischer Grenzfluss, aber nur in ihrem mittleren Lauf bis zu jenem Punkt, wo die Grenze nach Norden abbog, um weiterhin der Meda zu folgen. Die angeblichen russischen Zugeständnisse haben sich offenbar auf den Mittellauf der Pimža beschränkt, während Zimmermann sie geflissentlich auf den Unterlauf bezog und in diesem Sinne referierte.

So also steht es mit Zimmermanns Argumenten: sie sind nicht ernst zu nehmen. Aus seinem tendenziösen, unsachlichen und unzuverlässigen Raisonement geht nur das eine unzweifelhaft hervor, dass es zur Entscheidung unsrer Grenzfrage vollkommen unbrauchbar ist, geschweige denn als einzige und allein massgebende Grundlage benutzt werden darf<sup>1)</sup>.

Dass der Woo mit der Meda nicht nur seit dem Nordischen Kriege, sondern auch zu schwedischer und polnischer Zeit unverändert die Grenze gebildet hat, steht ausser Frage und wird ja eigentlich auch von Zimmermann nicht bestritten, denn wenn er auch die Meda verleugnet, so kennt er doch sehr wohl die, durch sie gegebene Grenzlinie, die er nur als die alte

<sup>1)</sup> Die vollkommen nichtigen literarischen Belege (aus Guagnini und Heidenstein), mit denen Zimmermann seinem Elaborat ein gelehrtes Ansehen zu geben sucht, sollen bei der Besprechung der Neuhausenschen Grenze kurz zusammengefasst erledigt werden.



rechtmässige nicht anerkennen will. Die angebliche Grenz-fälschung aber ist nach ihm nicht erst von den Polen, sondern schon von den Russen den Polen gegenüber (im Frieden von Zapolje 1582) begangen worden<sup>1)</sup>.

Im Gegensatz zu Zimmermann und Löwis behaupte ich nun: die Woo-Meda-Linie ist auch bis zum Untergang der livländischen Selbständigkeit und von jeher Grenze gewesen, eine andere politische Grenze hat es da nie gegeben. Die Beweisführung aber hat sich auf gleichzeitiges, also mittelalterliches Quellenmaterial zu stützen.

Es liegt nahe, eine Antwort auf unsre Grenzfrage zunächst in den livländischen Friedensverträgen mit Pleskau zu suchen. Und da finden wir in der Tat eine unmissverständliche Antwort, die uns als Ausgangspunkt dienen kann. Artikel 2 des Beifriedens vom 25. März 1509, der zwischen Livland und Pleskau auf 14 Jahre abgeschlossen wurde, bestimmt u. a. folgendes: Im Grossen See dürfen die Pleskauer und die Deutschen nur an ihren eigenen Ufern fischen und über den Grossen See sollen sie nicht auf die andre Seite hinüberfahren, um dort zu fischen; wird aber ein pleskauscher Fischer durch den Wind auf die deutsche (livländische) Seite oder umgekehrt ein deutscher (livländischer) Fischer auf die pleskausche Seite verschlagen, so soll man sie deswegen nicht zur Verantwortung ziehen; unmittelbar darauf folgt der Satz: „Unde in de Pleskower see sollen de deutschen vischen nicht varen“<sup>2)</sup>. Der Grosse See ist natürlich der Peipus, der als озеро великое auch in den Pleskauer Annalen stets vom Pleskauer See unterschieden wird. Darüber kann kein Zweifel bestehen, die Unterscheidung in den angeführten Vertragsbestimmungen zwischen deutscher und pleskauscher Seite bezieht sich keineswegs auf den Pleskauer See, sondern ganz ausschliesslich auf den Grossen See, den Peipus, dessen Ostufer ja in seiner ganzen Ausdehnung zu Pleskau gehörte<sup>3)</sup>. Der Wortlaut ist unzweideutig und zwingend. Durften die Deutschen nicht in den Pleskauschen See fahren, um dort zu fischen, so folgt daraus unwiderleglich, dass dieser See, im Gegensatz zum Peipus, ausschliesslich von pleskauschem Gebiet umschlossen war. Dieses Verbot ist schlechterdings unvereinbar mit der Annahme, dass überhaupt ein Teil der Küste des Pleskauschen Sees, geschweige denn ein so beträchtlicher, wie die Löwische Karte ihn angibt — ca. 20 Werst in

<sup>1)</sup> Zimmermanns Deduction a. a. O. S. 96.

<sup>2)</sup> LUB. II, 3 n. 584.

<sup>3)</sup> Danach wäre im Ortsregister zum LUB. II, 3 S. 714 die Bemerkung unter „Peipus“ zu berichtigen, nach der auch der Pleskausche See eine „Pleskower side“ und eine „Dutsche side“ gehabt haben soll — ein Irrtum, der auf die Löwische Karte zurückzuführen ist.

der Luftlinie und etwa doppelt soviel in der Küstenlinie —, zu Livland gehört habe. Die ganz absurde Annahme, dass die Livländer an ihrem eigenen Ufer nicht hätten fischen dürfen — darauf liefe es ja hinaus —, verbietet sich von selbst. — Das Fischereiverbot „а во Псковско озеро Немцомъ ловити не ездити“, wie es in einem russischen Text lautet, ist nun in demselben Zusammenhange auch in späteren Friedenstraktaten mit Pleskau (1521 und 1531) wiederholt worden und ist bis zuletzt, bis zur grossen Katastrophe in Kraft geblieben<sup>1)</sup>. Eine Grenzverschiebung zu Ungunsten Pleskaus war ja damals selbstverständlich vollkommen ausgeschlossen.

Da nun also der ganze Pleskausche See von pleskauschem Gebiet eingeschlossen war, so ergibt sich die Woo-Mündung, die ziemlich genau das Südende der den Peipus mit dem Pleskauschen See verbindenden schmalen Wasserstrasse bezeichnet, ungezwungen als der natürliche Ausgangspunkt für die Dörptsche Ostgrenze südlich vom Peipus. Das lässt sich aber auch aktenmässig belegen.

Johann Blankenfeld, Bischof von Dorpat und Reval, liess im Juni 1522 dem Landtag zu Wolmar u. a. folgenden Fall zur Begutachtung vorlegen: es werde von den Russen eine Mühle „up de Webbeke“ gebaut, die den Strom stauende, den freien Gang der Fische verhindere und auch dadurch grossen Schaden mit sich bringe, dass die in der Nähe liegenden Heuschläge verdorben würden; der Bischof bitte um Rat, was er in dieser Sache tun solle<sup>2)</sup>. — Die Webbeke oder Webeke kann nur der Woo sein. Die Esten nennen ihn Wõu<sup>3)</sup> und das hat sich niederdeutsch in We verwandelt, daran ist nichts auffallend. Wo aber stand die Mühle? Die Annahme, irgend welche Russen hätten sich unterstanden, sie innerhalb der Stiftsgrenzen, am Ober- oder Mittellauf des Woo, mitten im fremden Lande und trotz des landesherrlichen Verbots zu bauen, und der Bischof selbst, die ganze Landesobrigkeit wäre nicht imstande gewesen, diesen Eindrang zu verhindern, und hätte sich darum gezwungenermassen an alle Herren und Stände Gesamtlivlands gewandt, — diese Annahme, sage ich, erscheint doch zu absurd, auch wenn man eine damals gebotene weitgehende Rücksicht gegen die Russen in Rechnung stellt. Ein ganz andres Ansehen gewinnt

<sup>1)</sup> Cf. die Abschriften im Besitz der Ges. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga.

<sup>2)</sup> Akten u. Rezesse der Livl. Ständetage III n. 133, 5. Zu dem Flussnamen Webbeke oder Webeke macht L. Arbusow im Ortsregister die vorsichtige Bemerkung: „etwa der Woo-Fluss, an dem Werro liegt.“

<sup>3)</sup> Im ältesten schwedischen Kataster Liv- u. Estlands, hrsg. von Schieman, S. 40 wird der Fluss „Wybowski beke“ genannt. Der Ort Wõbs oder Wõbst an der Woo-Mündung heisst estnisch Wõõbsu (sū = Mund, Mündung).



die Sache, wenn die Mühle an der Grenze, auf dem russischen Ufer eines Grenzbaches stand. In diesem Falle erscheint die Verlegenheit und das Vorgehen der dörptschen Landesobrigkeit durchaus begreiflich, und alles erklärt sich einfach und ungekünstelt. Vergewegenwärtigen wir uns die natürliche Situation und ziehen wir die Karte zu Rat, so sehen wir, dass im vorliegenden Falle ausser dem Woo mit der Meda einzig und allein nur noch die Pimža in Frage kommen könnte, wenn der Name des die Mühle treibenden Flusses ungenannt geblieben wäre. Die Mühle muss also am Unterlauf des Woo auf dem rechten, dem russischen Ufer gestanden haben, oberhalb der Mühlenstauung versumpften die niedrigen Flusswiesen des gegenüberliegenden dörptschen Ufers, namentlich, falls der Mühlendamm zu weit vorgeschoben war. Die Dörptschen mussten darin natürlich einen Eingriff in ihre Interessen- und Rechtssphäre sehen, wussten sich aber nicht zu helfen. Denn ein Gewaltakt hätte zu einem Grenzkonflikt mit den Russen geführt, und das durfte man damals in Dorpat nicht wagen. — Auch der Landtag zu Wolmar im Sommer 1522 scheint keinen Rat gewusst zu haben. Jedenfalls fiel das Gutachten der Ritterschaftsbevollmächtigten und der Ratssendeboten sehr wenig tröstlich aus. Es lautet wörtlich: „Mit der molen, zo de Russen tor Webeke den erwirdigsten hern to Darpt und Revel yn syuer gnaden stichte to Darpte to nadeil upgericht sollen hebben, wes darbie siner vaderlicheit gnade to donde gesynnet, stellen se to siner vaderlicheit gnaden“<sup>1)</sup>. Wer diesen etwas schwerfälligen Satz so interpretiert, als sei die Mühle „tor Webeke . . . yn syner gnaden stichte to Darpte“ erbaut worden, was der Wortlaut allenfalls zuliesse, der hat auch die schon charakterisierten absurden Konsequenzen zu übernehmen. Bezieht man aber das „upgericht“ korrekterweise nur auf „tor Webeke“, so ergibt sich ein ganz einwandfreier Sinn. Übrigens ist auch keineswegs ausgeschlossen, dass der Mühlendamm zu weit in den Fluss hinein gebaut war und somit tatsächlich in fremdes Gebiet hineinreichte. — Endlich noch folgende Erwägung. Würde im bischöflichen Gesuch der Ausdruck „de Russen“ bauen eine Mühle u. s. w. gebraucht worden sein, wenn man bestimmte Personen im Auge hatte, die im Lande selbst hausten und ihr Gewerbe betrieben, mühelos festzustellen waren und jederzeit ohne weiteres amtlich belangt werden konnten, wenn man nicht vielmehr die Russen im allgemeinen meinte, drüben, jenseits der Grenze, im einzelnen nicht mehr fassbar!

Zweierlei steht jetzt fest: der Pleskausche See hatte überhaupt kein livländisches Ufer und der Woo war in seinem

1) Akten und Rezesse der Livl. Ständetage III n. 136, 41.

Unterlauf Grenzfluss. Es fehlt uns noch der Beleg für die Meda-Grenze.

Aus dem Jahre 1558 ist uns das Protokoll eines Verhörs zweier russischer Spione aus der Pečurschen Gegend erhalten. Es wird da über zahlreiche Spione berichtet, die in russischem Dienste standen und sich naturgemäss meist aus der Grenzbevölkerung rekrutierten. Sie stammen aus Dörfern, die zum Teil als an der Grenze belegen bezeichnet werden, zum Teil in deren Nähe zu suchen sind. „Up der Ruschen grensse“, so heisst es da, liegen die Dörfer Weipso, Kulpna und Tomosso. Weipso ist Wöbs an der Woo-Mündung, auf der livländischen Seite. Kulpna und Tomosso sind Kolpino und Tomasowa Gora, liegen im Grenzgebiet etwa 2 resp. 7 Werst östlich von der Meda. Doch geht an anderer Stelle aus den Aussagen der durchaus ortskundigen Spione hervor, dass diese beiden Orte nicht livländische Dörfer waren, sondern zu Russland gehörten: die Russen hätten sich nämlich noch ausserhalb der Grenze zwischen Kulpna und Tomosso und „twischen all de dorper in Ruslandt“ in unterirdischen Erdhöhlen häuslich eingerichtet etc. Danach kann das Land bis zur Pimža unmöglich livländisches Gebiet gewesen sein. Entscheidend aber ist, dass die Bauern von Kachkowa, estn. Kakhwa, im Protokoll als Grenzbauern, als „de grensse bueren van Kachtkiwa kulla“ bezeichnet werden, die wüsten gut Bescheid über die Furten „durch de beke“, d. i. die Meda, an der das genannte Dorf liegt. Als Spionennester werden ferner das Dorf „Kuex“ und die Mühle „tho Wiersue“ erwähnt. Kugs liegt am Woo, in der Nähe von Wöbs und Rappin. Die Mühle „tho Wiersue“ ist wohl bei Wirks an der Meda zu suchen<sup>1)</sup>.

Es genügt uns, dass Wöbs und Kachkowa im Protokoll ausdrücklich als Grenzorte angeführt werden und dass sich folglich ausser dem Woo auch die Meda als Grenzbach erweist und zwar mit rückwirkender Kraft, denn Grenzveränderungen haben im 16. Jahrh. bis zum Untergang der livländischen Selbständigkeit jedenfalls nicht stattgefunden. — Damit kann unsre Grenzfrage für das 16. Jahrh. als erledigt angesehen werden.

Wir sind von dem Beifrieden des Jahres 1509 ausgegangen, weil er einen festen, gesicherten Ausgangspunkt bietet. Man könnte nun meinen, vor 1509 habe die livländische Küste noch über den Woo hinaus bis zur Pimža-Mündung gereicht, und sich darauf berufen, dass jenes gegen die Deutschen gerichtete Fischereiverbot in keinem der uns überlieferten älteren Friedensverträge mit Pleskau enthalten ist. Aber dieser Einwand

<sup>1)</sup> Quellen zur Gesch. des Untergangs livl. Selbständigkeit, hrsg. von Schirren, I, n. 11 (= Archiv f. d. Gesch. Liv-, Est- u. Kurlands. Neue Folge. D. Die Aussagen der in Oberpahlen verhafteten Spione beziehen sich auf die Zeit kurz vor dem russischen Einfall.



wäre nicht stichhaltig. Das Fischereiverbot zwingt zum Schluss, dass es ein deutsches Ufer am Pleskauschen See nicht gab, aus dem Fehlen des ausdrücklichen Verbots aber folgt keineswegs das Gegenteil. Bei einem rein pleskauschen See verstand sich das Verbot im Grunde von selbst und brauchte nicht ausdrücklich in den Vertrag aufgenommen zu werden. Den Anlass zur Aufnahme in den Artikel, der die Abgrenzung der Peipusfischerei so ausführlich behandelt, wird wohl der Umstand gegeben haben, dass livländische Fischer nicht selten zum Fischfang aus dem Peipus in den Pleskauschen See gefahren sein werden, was ja von Wöbs aus leicht genug zu bewerkstelligen und verlockend war. — Dass mit dem Fischereiverbot von 1509 in der Tat kein Novum geschaffen wurde, ergibt sich — von andren, später anzuführenden Gründen abgesehen — schon aus folgenden Erwägungen. Die Pleskauer nannten, wie schon erwähnt, den Peipus ganz konsequent den Grossen See, озеро Великое (oder Чудское озеро) zum Unterschiede von ihrem eigenen viel kleineren See, dem Псковское озеро. Nun wird schon 1503, 1493 und 1474 in den Verträgen mit Pleskau ganz ebenso ausführlich und nachdrücklich wie 1509 zwischen dem deutschen und pleskauschen Ufer des Grossen Sees unterschieden, der Pleskausche See aber gar nicht erwähnt. Das trifft übrigens auf den 5-jährigen Beifrieden von 1460 im wesentlichen auch schon zu, dessen vollständiger Wortlaut uns aber nicht überliefert ist<sup>1)</sup>. Galt nun diese ausdrückliche Unterscheidung beim Peipus für geboten, wie konnte sie dann beim kleinen Pleskauschen See für überflüssig angesehen werden, wenn dieser auch ein deutsches Ufer hatte! Hier wäre die reinliche Scheidung und ihre ausdrückliche Hervorhebung doch mindestens ebenso am Platze oder vielmehr im Hinblick auf die Nähe der Hauptstadt Pleskau unerlässlich gewesen. Aber gerade hier fehlt sie regelmässig, und das kann natürlich kein Zufall sein. Diese Erwägung ist für sich allein schon ausschlaggebend. Dazu kommt noch die sehr bedeutsame Tatsache, dass unsre Quellen von Grenzstreitigkeiten auf oder an dem Pleskauer See rein gar nichts zu sagen wissen, während sie doch sonst von allen Grenzen und besonders auf dem Peipus über derartige Konflikte oft genug zu berichten haben.

Um zu einem völlig einwandfreien Resultat zu gelangen, haben wir noch auf ein Bedenken einzugehen, das gegen die

1) Cf. den Vertrag v. 1503 im LUB. II, 2 n. 509; — v. 1493 in der abschriftl. Urkundensammlung der Ges. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga; — v. 1474 in Акты отн. къ ист. Зап. Росс. I n. 69. — Den Vertrag von 1460 kennen wir nur aus dem kurzen Bericht des 1. Plesk. Jahrb., Полн. собр. русск. лѣтоп. IV, S. 220. Mit ihm beginnt aber die ausdrückliche Unterscheidung zwischen den beiden Ufern; das hängt mit den damaligen Kämpfen um die Peipusinsel Piirisaar und das enge Gewässer von Zalačko am Südende des Peipus zusammen.

bisherigen Ausführungen geltend gemacht werden könnte. Wir wissen, dass Pleskau, dessen Politik seinen livländischen Nachbarn gegenüber seit Ende der 50-er Jahre des 15. Jahrhunderts einen durchaus aggressiven Charakter trug, 1458 tatsächlich dörptsches Gebiet okkupiert hat, und die Frage liegt nah, ob nicht bei dieser Gelegenheit oder in der damals beginnenden Periode der pleskauschen Annexionen auch jenes ganze Grenzgebiet zwischen Woo-Meda und Pimža mitsamt der Insel Kolpino vom Stift Dorpat abgetrennt worden sei. Das wäre jedoch eine ganz müssige und willkürliche Annahme, da wir durch nichts und in keiner Weise zu ihr genötigt sind. Denn der Verlust resp. der Gewinn eines so grossen und durch seine Küste so überaus wichtigen Gebiets müsste doch in unsren Quellen, den livländischen sowohl wie den russischen, irgend eine Spur hinterlassen haben; die fehlt aber völlig, und dass insbesondere die Pleskauer Annalen eine Grenzverschiebung von solcher Tragweite stillschweigend übergangen haben sollten, ist doch ganz undenkbar. Denn erst im Besitz jenes Grenzgebiets war Pleskau politisch und wirtschaftlich vollkommen Herr des Pleskauschen Sees und dieses ganzen Seegebiets, und diesen Besitz zu behaupten, war für Pleskau eine Lebensfrage. Es ist doch nicht zu verkennen, dass die Zimmermannsche Pimža-Grenze im Grunde eine politisch ganz unhaltbare, für den pleskauschen Freistaat durchaus unerträgliche Situation voraussetzt, die niemals bestanden hat. Die pleskauschen Annexionen aber seit 1458 lassen sich ausnahmslos und mit genügender Bestimmtheit feststellen, was bisher freilich noch nicht geschehen ist<sup>1)</sup>, sie beziehen sich ausschliesslich auf die Peipusinsel Piirisaar mit dem engen Fischereirayon am Süden des Sees, auf das erzstiftische Grenzgebiet und ein Stück Land an der Rosittenschen Ordensgrenze.

Die bisherige Beweisführung für die zweite Hälfte des 15. Jahrh. war eine indirekte, sie kann aber durch zwei positive Belege aus der Zeit der pleskauschen Annexionen ergänzt werden. — Als im J. 1472 die byzantinische Prinzessin Sophie Paläolog Gemahlin des Grossfürsten Ivan III. werden sollte, gelangte sie auf der Reise nach Moskau über Reval nach Dorpat, von wo sie zu Schiff weiter nach Pleskau fuhr. Unterwegs aber ging sie in Ismene, dem estnischen Mehikorm, also noch auf Stifts-territorium an Land, wo sie schon von einer Deputation pleskauscher Würdenträger feierlich begrüsst wurde. Um nicht eine Stunde länger bei den Deutschen zu bleiben („хочеть отъ Нѣмцѣ отъѣхати“), brach sie unverzüglich noch in derselben

<sup>1)</sup> Der Verfasser behält sich vor, diesen Gegenstand in einer Abhandlung über die russisch-livländischen Grenzstreitigkeiten im 15. Jahrh. ausführlich zu behandeln.



Stunde auf, bestieg mit ihrem Gefolge ein pleskausches Schiff und fuhr nach dem ca. 25 Werst entfernten Skertowa, dem jetzigen Dorf Sartowa an der Ostküste der Insel Kolpino, um dort zu übernachten. Aus dem Zusammenhang ergibt sich klar, dass sie hier sich nicht mehr auf deutschem Boden befand<sup>1)</sup>. — Noch eklatanter ist folgender Beleg. Als es im Jahre 1463 wieder einmal blutige Fehde zwischen Pleskau und Dorpat gab, unternahmen die Deutschen einen Überfall auf Kolpino, plünderten die dortigen Dörfer und steckten sie in Brand, auch die Kolpino-sche Kirche brannten sie nieder. Da eilen die Pleskauer herbei und es kommt zum Kampf: die Deutschen werden über den schmalen Wasserarm, der die Insel vom Festland trennt, geworfen, auf zwei Wegen bis zum Kachkowschen Bach („до Кожовъ рѣки и за Кожовъ“) verfolgt und über ihn getrieben. Die Brücke dort war bedeckt mit deutschen Leichen, bemerkt zum Schluss der pleskausche Bericht triumphierend. Der Kachkowsche Bach ist die Meda. Nach der pleskauschen Darstellung ist es doch unverkennbar, dass die Verfolgung bis zur Grenze reichte und diese eben durch den Kachkowschen Bach gebildet wurde. Beim Friedensschluss lieferten auch die Deutschen die Gefangenen aus, die sie auf Kolpino gemacht hatten<sup>2)</sup>. — Nach alledem ist die Zugehörigkeit Kolpinos sowohl wie des ganzen fraglichen Gebiets innerhalb der uns bekannten Grenzen zu Pleskau auch für das halbe Jahrhundert 1458—1509 ausser Frage gestellt.

Es kann sich demnach auch für die Zeit bis 1458 immer nur um die Frage handeln, ob resp. wann das Stift Dorpat das bewusste Grenzgebiet eingebüsst hat. Da sich nun in unsren Quellen nicht die geringste Andeutung dieses Verlustes entdecken lässt, behält das argumentum a silentio auch für die Zeit bis 1458 seine volle Berechtigung. Je weiter wir in der Zeit zurückgehen, um so mehr verschiebt sich das Machtverhältnis zu Ungunsten Pleskaus, um so unsachlicher und unberechtigter wird die Annahme, dass Altlivland jenes Stück Land als eine seiner alten Grenzmarken habe abtreten müssen. Auch die Gebiete, welche die Livländer 1242 nach der Niederlage bei Voronja, auf dem Eise des Peipus, den Russen zurückgeben mussten, waren nur solche, die sie erst kürzlich erobert hatten, es wurden nur die alten Grenzen hergestellt. Jedenfalls berechtigt nichts zu der Annahme, dass Livland damals ausserdem noch ein Stück seines alten Territoriums verloren habe. Einen solchen Gewinn hat der Sieg den Russen nicht gebracht. Überhaupt wird man unter all den Wechselfällen der livländi-

<sup>1)</sup> 1. Plesk. Jahrb. in Полн. собр. русск. лѣтис. IV, S. 245.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 223, 226, 227. — 2. Plesk. Jahrb. ibid. V, S. 34.

schen Geschichte bis zu der 1458 beginnenden kritischen Periode umsonst nach einer passenden Gelegenheit suchen, bei der diese hypothetische Landabtretung unvermeidlich erscheinen müsste. — Abgesehen von diesen entscheidend ins Gewicht fallenden Erwägungen, liegen uns noch zwei direkte, über das Jahr 1458 zurückreichende Zeugnisse vor für die Woo-Meda-Grenze und für die Zugehörigkeit Kolpinos zu Pleskau. //

Der pleskausche Annalist vermerkt zum Jahr 1427/28 u. a. folgendes: „In diesem Jahr mähten die Deutschen Heu auf pleskauschem Grund und Boden, und die Pleskauer kamen in zwei Nasaden [plesk. Kriegsschiffe] gefahren und verbrannten Heu [nämlich jenseits der Grenze], ergriffen von den Esten sieben Männer und erhängten sie bei Vybodsk.“ Darauf schlossen die Pleskauer 1428 Frieden „mit dem Meister und mit den Dörptschen und mit dem ganzen deutschen Lande, nach der alten Kreuzküssung“<sup>1)</sup>. — Der Ort, wo die Esten erhängt wurden, heisst in einer der Handschriften nicht Vybodsk, sondern Vybowska (у ВѢБОВСКѢ); auf Karten des 17. Jahrhunderts lautet der Name Wyboffka und uns ist der Ort bekannt unter dem Namen Wöbs, am linken Ufer des Woo, etwa zwei Werst oberhalb der Mündung. Es handelt sich hier um einen typischen Fall beiderseitiger Grenzverletzungen und Repressalien, wie sie in den Pleskauschen Jahrbüchern wiederholt berichtet werden und gewiss noch viel häufiger vorgekommen sind. Unter den gewöhnlichsten Grenzverletzungen, die in Friedenstraktaten namentlich aufgezählt und bei höchster Strafe verboten werden, wird auch das Mähen an der Grenze auf dem fremden Territorium angeführt. Derartige Grenzüber tretungen, wie verbotene Heumahd, Fischfang etc., wurden in der Regel wohl an derselben Grenze, in derselben Gegend gerächt, wo sie vorgefallen waren. Dazu kommt noch, dass die als Grenzüber tretung verbotene Heumahd doch zu den Delikten gehörte, die naturgemäss und in der Regel nur unweit oder an der Grenze begangen werden konnten. Was veranlasste denn nun die Pleskauer, bis Wöbs zu fahren und nicht bis zur sehr viel näheren Pimzämündung, wenn dieser Fluss die Grenze bildete?! — So bestätigt sich auch in diesem Falle, dass der Unterlauf des Woo die Grenze bildete, als deren natürliche Fortsetzung ja nur die Meda in Frage kommen kann. Und das gilt für die Zeit bis und nach 1427, da der Vertrag von 1428 nur eine Erneuerung auf alter Grundlage war.

In einem kurzen pleskauschen Bericht<sup>2)</sup> aus dem J. 1368 über die verunglückte Expedition einer russischen Družina gegen

<sup>1)</sup> 1. Plesk. Jahrb. in Полн. собр. русск. лѣтоп. IV, S. 205.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 192.



die Burg Kirrumpäh wird als Führer dieser Expedition ein Mann aus Skertowa (dem jetzigen Sartowa), also von der Insel Kolpino genannt. Daraus ergibt sich, was wir bereits wissen, dass die Insel auch 1368 zu Pleskau gehörte. Die Annahme, diese Insel und das sie eng umschliessende Festland wären politisch getrennt gewesen, das eine habe zu Pleskau, das andre zu Livland gehört, kann sich auf keinerlei positive Anhaltspunkte stützen und konstruiert nur gewaltsam eine bis zur Unmöglichkeit unnatürliche Situation.

Das Resultat unsrer Untersuchung lässt sich in den Satz zusammenfassen: Schon seit dem Rigaer Frieden von 1224, den Bischof Albert und Meister Folkwin mit den Russen abschlossen, bis zum Untergang der livländischen Selbständigkeit hat alles Land östlich von der Woo-Meda-Grenze zu Pleskau gehört.

Wir dürfen aber noch weiter zurückgehen, denn es lässt sich zum mindesten wahrscheinlich machen, dass diese Grenze schon im 11. Jahrh. bestanden hat. — Der Grossfürst Izjaslav, des berühmten Jaroslav ältester Sohn und Nachfolger in der grossfürstlichen Würde, erweiterte die russische Herrschaft bis an die Ostseeküste, indem er um 1060 die Ssoly unterwarf und tributpflichtig machte. Dieses Vordringen bis ans Meer verrät warägischen Impuls. Unter den Ssoly oder nach andrer Lesart Sosoly sind hier die Bewohner der Küstengebiete, der altskandinavischen sysla's von der Pernauschen Bucht bis nach Harrien hinein oder noch weiter zu verstehen. Das wesentliche und massgebende Element dieser Bevölkerung bildeten damals noch schwedische und dänische Wikinger. Nach dem Abzug der nowgorodschen Truppen erhob sich das ganze Sysla-Volk, Skandinavier und Esten, sie verjagten die grossfürstlichen Tribut einsammler und, unterstützt von ihren freien Stammesgenossen aus dem Inselbezirk Eysyssel (Ösel), drangen sie im Frühling des folgenden Jahres (um 1061) in Ugaunien ein, dessen Bewohner sich ihnen nach den ersten Erfolgen angeschlossen haben werden. Sie verbrannten die russische Zwingburg Jurjew am Embach samt Hackelwerk, dann fielen sie ins pleskausche Gebiet ein und rückten bis Pleskau vor, das gleichzeitig auch von Polock aus bedroht wurde. Dort residierte Vseslav, auch ein Fürst normannischer Abstammung, der offenbar in Verbindung mit den estländischen Wikingern stand und mit ihnen gemeinsame Sache gegen den grossfürstlichen Imperialismus machte. Vor Pleskau aber warf sich Izjaslav mit nowgorodschen und pleskauschen Truppen dem Feinde entgegen, es kam zu einer blutigen, für beide Teile verlustreichen Schlacht, in der die Ssoly den kürzeren zogen. Der Grossfürst drängte sie bis über die Grenze zurück und nahm hier zuletzt noch eine estnische Befestigung

ein, die genannt wird osek Kedipiv oder Dekipiv, „das heisst Sonnenhand“ (осекъ Кеди́пивъ oder Деки́пивъ сирѣчь солнечная рука oder солнца рука<sup>1)</sup>). Das war der letzte Akt des Dramas, damit schliesst der russische Bericht und endete der estnische Freiheitskampf. Die letzten russischen Erfolge waren keineswegs so schwerwiegend, dass sie zur Wiederherstellung der russischen Herrschaft über Estland geführt hätten. Auch Ugaunien war befreit und blieb frei. — Die Unterwerfung der Ssoly sowohl wie ihre Selbstbefreiung sind noch als Kraftäusserungen des östlichen und westlichen Wikingertums zu beurteilen.

Welche Bewandtnis hat es nun aber mit dem rätselhaften Namen jener Estenburg? Das Wort osek (осѣкъ) bedeutet zunächst nur einen Verhau, ist aber auch eine veraltete Bezeichnung für ein hölzernes Befestigungs- oder Palisadenwerk. Hier handelt es sich zweifellos um eine dauernde Befestigungsanlage, nicht etwa nur um einen Verhau, der vielleicht den Zugang zu einer Burg sperren sollte. Auch will sich der Ausdruck vz'a (взя) = nahm ein, eroberte — nur schlecht zu einem einfachen Verhau schicken, ganz abgesehen davon, dass nur die Burg selbst, aber nicht ein blosser, vielleicht nur provisorischer Verhack für sich allein einen besonderen Ortsnamen geführt haben kann. Der Name der Burg ist in verschiedenen Lesarten überliefert: Kedipiv, Kediniv, Dekipiv, Kedinip, Kedišiv (bei Tatiščev), die aber allesamt nicht richtig sein können. Sie ergeben nicht den gewünschten Sinn, weil sie überhaupt sinnlos sind. Der richtige estnische Name wird vom russischen Berichterstatte mit солнечная oder солнца рука, Sonnenhand, übersetzt und müsste demnach Päewakäzi oder ähnlich gelautet haben, von päew (päiw), Gen. päewa (päiwa), Sonne, und käzi, Gen. käe, Hand. In der Lesart Kedi-piv sind die estnischen Wörter käzi und päiw allerdings noch wiederzuerkennen — und das fällt gewiss schwer ins Gewicht —, aber in umgekehrter Folge, wodurch das zusammengesetzte Wort noch rätselhafter und unwahrscheinlicher wird, als das soyieso schon so wunderliche päiwakäzi. — Wo lag die Burg mit diesem seltsamen Namen? Jedenfalls nicht nördlich vom Peipus in Allentacken oder Wierland, ebensowenig in den Landschaften nördlich vom Embach. Südlich vom Peipus werden wir sie in Ugaunien suchen müssen. Denn von Pleskau aus drängte der Grossfürst die feindlichen Scharen westwärts aus dem Lande und erreichte er die estnische Festung, mit deren Einnahme die kriegesischen Aktionen ihr Ende fanden. Auf diesem Wege musste er in eines der heutigen Kirchspiele

<sup>1)</sup> Bonnell, Russ. livl. Chronographie S. 4 f., wo auch die russischen Quellen angegeben sind.



Rappin oder Neuhausen gelangen, beides Grenzgebiete des alten Ugaunien. Und in der Tat findet sich der gesuchte Ort gerade und nur in der Gegend, wo er nach Lage der Dinge mit der grössten Wahrscheinlichkeit vorausgesetzt werden darf, nämlich im Kirchspiel Neuhausen, an der Grenze. Dort liegt er in der Gemarkung des Gutes Waldeck (estn. Orawa), etwa eine halbe Werst von der Meda (oder Mäda) entfernt, dem alten russisch-livländischen Grenzbach, hart an einem Bächlein, das sich nordwärts in die Meda ergiesst, und reichlich eine Werst südlich vom Dorfe Kachkwa. Der Ort heisst aber nicht Päiwakäzi, sondern Päewakeze oder nach dem dortigen Dialekt Päiwakesse. Das Deminutivum von päew lautet päewakene, kleine Sonne, Sonnchen, als Ortsname aber steht es nach estnischem Sprachgebrauch im Genitiv und lautet Päewakeze. Die Verwechslung von keze und käzi liegt bei mangelhafter Sprachkenntnis doch sehr nah. Dem russischen Berichtersteller war eben das estnische käzi als Bezeichnung für einen so gewöhnlichen Begriff wie Hand noch geläufig, die Endung -keze aber unverständlich. Wir haben es also hier mit einem leicht erklärlichen Missverständnis und folglich auch mit einer falschen Übersetzung zu tun, die richtige wäre солнышко, liebes Sonnchen, gewesen. Der vom russischen Autor missverstandene Name ist dann später von den russischen Abschreibern durch Umstellung seiner beiden Bestandteile und sonstige Verstümmelung vollkommen entstellt worden, was bei deren Unkenntnis der estnischen Sprache nicht wundernehmen kann. Nur das abstruse солнечная pyka, Sonnenhand hat uns auf dem Wege der Rückübersetzung zum Ziele geführt.

Wir mussten schon nach Lage der Dinge voraussetzen, dass die Estenburg im Grenzgebiet zu finden sein werde. Päewakeze liegt an der Meda oder doch in deren nächster Nähe, und dass die Meda schon damals ein Grenzbach war, dafür spricht auch der Umstand, dass unser Päewakeze im russischen Bericht als ein osek bezeichnet wird. Dieses Wort bedeutet, wie gesagt, ursprünglich nur einen Verbau und überhaupt ein hölzernes Befestigungswerk, es ist aber ebenso wie z. B. das Wort vorota (ворота), Pforte, Tor, nebst seinen Ableitungen in russischen Landen vielfach zu einem Ortsnamen geworden, der sich an alten Grenzlinien findet und eine alte Übergangsstelle bezeichnet. Die osek gehörten zu den alten natürlichen Grenzen, wie sie durch Wälder, Moräste, Sümpfe, Flüsse, Bäche und andre Gewässer gegeben waren. Sie scheinen aus Erdwällen, auf denen sich natürlich auch Befestigungen aus Holz erheben konnten, bestanden zu haben, konnten auch im Notfalle der umwohnenden Bevölkerung eine Zuflucht bieten. Im nördlichen Russland begegnen sie uns wiederholt im 12. und 13. Jahr-

hundert<sup>1)</sup>. Eine kurze, höchst bezeichnende Notiz zum Jahre 1137 ist hier aus einem nowgorodschen Jahrbuch hervorzuheben. Bei der Annäherung eines feindlichen nowgorodschen Heeres hatten sich die Pleskauer rechtzeitig vorgesehen und заѣхли оскы вѣѣ, d. h. sie versahen oder schlossen die schon vorhandenen oseki mit Verhaue<sup>2)</sup>. Die Pleskauer zogen sich also gleichsam in ihr Haus zurück und schlossen alle Türen hinter sich ab. Wir sehen, die oseki waren Befestigungswerke an den Grenzen und hatten die in jener Zeit gewiss nicht sehr zahlreichen Übergangsstellen zu bewachen und zu schützen. In Friedenszeiten liessen sie die Durchgänge durch das Dickicht der Grenzwälder, die Übergänge über Grenzflüsse und -Moräste etc. offen, konnten sie aber im Notfalle sofort durch Verhaue sperren. — Nach alledem wird man sagen dürfen: das als osek bezeichnete Päewakeze ist aller Wahrscheinlichkeit nach auch eine Grenzfeste und folglich die Meda, an der sie lag, schon im 11. Jahrh. ein russisch-estnischer Grenzbach gewesen.

### b. Die Neuhausensche Grenze.

Nach Zimmermann<sup>3)</sup> beginnt diese Grenzlinie an der Pimza mit der Mündung des Belska-Bachs, verläuft diesen aufwärts und dann über Land, um weiterhin — und bald schon ausserhalb unsres Abschnitts — durch „die Swirbulsche Bache den Fluss entlengst“ in die Ewst überzugehen und so die Düna zu erreichen. Der Swirbulsche Bach ist schon im lettischen Sprachgebiet zu suchen und identisch mit der Virgulica oder „Wirbulizza“, einem Nebenfluss der Peddez, die aber von Zimmermann nirgends genannt wird. Zimmermann bringt es fertig, diese Linie die „rechte uhralte deutsch-liefländische Gräntze“ zu nennen, obgleich dadurch Lettgallen, das ganze sog. Polnisch-Livland, von Alt-livland abgetrennt wird! Dieser Umstand allein schon hätte Löwis stutzig machen sollen, aber er hat Zimmermann insofern noch überboten, als er die Fortsetzung der Belska-Grenze bis zu ihrem Anschluss an „Polnisch-Livland“ durch zwei schnurgerade Linien noch ein gutes Stück östlich von der Zimmermannschen Grenzlinie glaubte andeuten zu müssen<sup>4)</sup>. Nach seiner

<sup>1)</sup> Barsov, Umriss der russ. histor. Geographie. 2. Ausg. 1885, S. 88 f. (russ.).

<sup>2)</sup> 1. Nowg. Jahrb., Oktavausg. v, 1888, S. 130. — Auch im Bericht über den russ. Feldzug durch Wagien und Jerwen bis nach Harrien 1212 werden die festen Plätze Jerwens oseki genannt und von den Russen „eingenommen“, Warbola dagegen, die grosse Estenburg in Harrien, wird als gorod bezeichnet und hält sich. A. a. O. S. 195. Die jerwenschen oseki lagen nicht nur an den äusseren Landesgrenzen, vielfach gewiss auch an Übergängen aus einem Dorfgebiet ins andre.

<sup>3)</sup> Deduction a. a. O. S. 83, 86 ff.

<sup>4)</sup> Löwis, Erläuterungen S. 7 u. 8.



Karte verlief diese Grenze etwa 10 Werst östlicher als die alte Neuhausensche, wie diese bis zum Dorpater Frieden von 1920 bestanden hat. Das ergibt für die Neuhausensche Grenzmark ein Plus von ca. 300 Quadratwerst. Zimmermann aber beschränkt sich hier auf das von Belska-Bach, der Pimza und ihrem Nebenflüsschen, dem Megosina- oder Meeksschen Bach umschlossene Gebiet, das von ihm zu Altlivland geschlagen wird. Wir brauchen uns diesmal bei seinen Beweisen nicht lange aufzuhalten.

Da sollen die Polen nach der Besitznahme von Neuhausen und noch zu Stephan Bathorys Zeiten die Bauern jenseit des „Megositschen“ Grenzbachs noch ein halbes Jahr lang zur Arbeit in Neuhausen angehalten haben, was aber dann von den Russen inhibiert worden sei. Das könne von Neuhausenschen Bauern, „die noch im Lebend sein“, bestätigt werden<sup>1)</sup>. Und das nennt Zimmermann einen Beweis! So schrieb er 81 Jahre nach Stephan Bathorys Tod und 85 Jahre nach dem Frieden von Zapolje, durch den Neuhausen in polnischen Besitz überging! — Unter Berufung auf Heidenstein, *De bello Moscovitico* behauptet Zimmermann ferner, Zar Ivan IV. habe das Kloster Pečur mit dem Lande vom Meeksschen Bach bis an die Belska dotiert. Das würde aber nichts beweisen und ist zudem nicht wahr. Heidenstein sagt nur, dass Ivan IV. dem Kloster Neuhausensche Acker mit reichen Einkünften verliehen habe<sup>2)</sup>. Weiter nichts. Daraus folgert Zimmermann schlankweg, das ganze Land bis zur Belska habe ursprünglich zu Neuhausen gehört! — Das genannte Werk Heidensteins zitiert er mit Vorliebe. Aber in diesem ganzen Buche steht auch nicht ein Satz, der sich zur Not nur in Zimmermanns Sinne deuten liesse. Die angezogenen Stellen beziehen sich zum Teil nicht einmal auf livländische Dinge. Und wenn Guagnini, den er auch wiederholt bemüht, z. B. schreibt, Zar Ivan habe nach Eroberung Dorpats und des Dörptschen Stifts seine Grenzen erweitert (*ulterius fines suos promovit*), oder wenn er bemerkt, Livland sei durch den Krieg verwüstet und verkleinert worden (*vastata et diminuta est*)<sup>3)</sup>, so zieht Zimmermann daraus den Schluss, dass vorher das Neuhausensche Burggebiet bis zur Belska und bis zur Pimza-Mündung gereicht haben müsse und die besprochenen Grenzgebiete von den Russen 1582 trotz dem Frieden von Zapolje

<sup>1)</sup> Deduction a. a. O. S. 87, 88 u. 96. Was daran richtig ist, hat mit der angeblichen Belska-Grenze absolut nichts zu tun, sondern nur mit einem kleinen Landstück am Ostufer des Meeksschen Bachs, wovon weiter unten noch die Rede sein wird.

<sup>2)</sup> Heidenstein, *De bello Moscovitico*, Baseler Ausg. v. 1588, S. 140.

<sup>3)</sup> Guagnini, *Sarmatiae Europaeae descriptio*, Speierer Ausg. v. 1581, S. 72 b.

widerrechtlich zurückbehalten worden seien!') Das sieht weniger nach Kritiklosigkeit als nach bewusster Verdrehung und Verfälschung aus. — Zimmermanns Hauptargument aber ist folgendes. Dass die Belska die Grenze gebildet habe, sagt er, hätten ihm viele alte Grenzbauern, russische und livländische, versichert, sie seien aber bis auf einen alle in den Kriegszeiten verstorben. Er, Zimmermann, könne beweisen, dass noch anno 1642 oder 1643 ein russischer Bauer von diesseits der Belska zu dem damaligen Arrendator von Neuhausen Daniel von Essen gekommen sei und ihm erklärt habe, weil dieser wegen eines kleinen Landstücks an der Grenze viele Streitigkeiten mit den Russen hatte, er würde ihm den uralten livländischen Grenzbach weisen, dafern Essen ihm zwei Tonnen Salz verehren wollte. Als Essen ihn gefragt, wo es denn ungefähr wäre, hätte der Bauer geantwortet: „Der Fluss Bjelska ist die uralte deutsch-liefländische Grentzebache und nicht die Megositsche Bache, solches wolte er ihm mit vielen alten Pauren beweisen, auch schriftlichen Beweis aus ihrem Kloster schaffen.“ Essen bedachte sich lange und sagte dann: „Die zwei Tonnen Saltz, welche Ich dir geben sol, bin ich vohrs erste quith, hernacher muss ichs dem Könige kund thun, was ich von dir gehöret, so wehlet Er mich ein Haufen Grentze-Commissarien auf meinem Halse, die saufen mich so viel Last Bier aus undt fressen mich so viel Ochsen, Schaffe undt Hüner auf; hole es der Teufel, Ich wil von solcher Grentze nicht wissen. Ich bin ein alter Mann, es ist nicht mein Erbguth, meine Arrende-Jahre verfliesen auch balde.“ Zimmermann fügt hinzu, der Zeuge, ein Bauer, der diese Unterredung mit angehört habe, „lebet diese Stunde noch undt ist damalen Bürgermeister im Haklwerck zu Neuhausen gewesen, ein Kerl von gesundem Leibe, voller Vernunft undt gutem Verstande.“<sup>2)</sup> Dieses nette Geschichtchen ist, wie gesagt, Zimmermanns Hauptargument und ist doch nur ein aus dem Leben gegriffenes kulturhistorisch interessantes Beispiel für erfolgreiche Bauernschlauheit. Zimmermanns staats- und völkerrechtliche Erörterungen können wir übergehen, da sie alle von der unbewiesenen Voraussetzung ausgehen, dass die beiden bewussten Grenzgebiete einst zu Livland gehört hätten.

Es ist doch an sich schon ein widersinniges Unternehmen, eine Grenzfrage fürs Mittelalter ohne mittelalterliches Quellenmaterial entscheiden zu wollen. Auch Löwis, der, wie gesagt, bei der Neuhausenschen Grenzföhrung noch weiter geht als Zimmermann, hat gemeint auf solches Material verzichten zu dürfen. Im Gegensatz zu beiden behaupte ich: Die Neu-

1) Deduction a. a. O. S. 91, 92, 96, 99 u. 100.

2) A. a. O. S. 87—88.



hausensche Ostgrenze verlief im Mittelalter ebenso wie die Ostgrenze des Kirchspiels Neuhausen, also ebenso wie die Landesgrenze bis zum Dorpater Frieden von 1920. Auch hier ist die mittelalterliche Landesgrenze bis 1920 unverändert dieselbe geblieben. — Den nördlichen Endpunkt dieses Abschnitts kennen wir bereits, es ist die Mündung des kleinen Kollodavica-Bächleins, der Punkt, wo die Woo-Meda-Linie die Pimža berührt. Als südlichen Endpunkt können wir Charlottenburg, das alte Virgulica am gleichnamigen Bach annehmen, denn wir wissen aus offiziellen Aktenstücken aus den Jahren 1512 und 1514<sup>1)</sup>, dass dieser Ort an der russischen Grenze lag, und ein Grenzpunkt ist er auch bis 1920 gewesen. Abgesehen von ein paar ganz unbedeutenden Landstrecken wurde bis 1920 die Grenze zwischen diesen beiden Punkten durch folgende Flussläufe gebildet: die Pimža von dem erwähnten Punkt an aufwärts und durch ihren Nebenfluss, den Meeksschen Bach, russisch Meguzica genannt, ferner durch den Jurnar- oder Pauple-Bach, einen Nebenfluss der Peddez, und schliesslich auf eine kurze Strecke durch die Peddez selbst. Daran schliesst sich dann die Marienburger Ostgrenze mit Charlottenburg an ihrem Nordende. Der Beweis dafür, dass die Neuhausensche Grenze im Mittelalter nicht anders verlaufen ist, hat von der Gründungsgeschichte der Burg Neuhausen auszugehen.

Schon die Erbauung der mächtigen pleskauschen Steinburg Neu-Izborsk i. J. 1330 machte über kurz oder lang eine verstärkte Befestigung der livländischen Grenze unerlässlich. Zehn Jahre später begannen wegen eines Grenzstreits mit dem Erzstift Riga langwierige Kämpfe mit den Pleskauern und 1342 wurden zu Schutz und Trutz die vorgeschobenen Grenzburgen Marienburg und Frauenburg errichtet, beide so genannt, weil ihr gemeinsamer Gründungstag der 25. März, der Tag Mariae Verkündigung war<sup>2)</sup>. Die Frauenburg, für die später der Name Neuhausen üblich wurde, erhob sich auf dem rechten Ufer der Pimža und auf dem linken der Meguzica oder des Meeksschen Bachs bei dessen Einmündung in die Pimža. Hier wurden im März Truppen konzentriert<sup>3)</sup> und es ist im Grunde nur selbst-

<sup>1)</sup> Akten u. Rezesse der Livl. Ständetage III n. 53, 15 u. 57, 43.

<sup>2)</sup> Renners Livl. Historien S. 83. Vgl. dazu Russows Chronik in Script. rer. Livon. II, S. 24.

<sup>3)</sup> 1. Plesk. Jahrb. a. a. O. IV, S. 186: „Die Deutschen kamen in diesem Winter mit aller Macht, erbauten die Neue Burg am Flusse Pivža, auf Pskowischem Boden.“ Ebenso d. 2. Plesk. Jahrb. a. a. O. V, S. 12. Unmittelbar darauf wird ein Überfall auf Narwa berichtet, der nach Renner S. 84 am 1. April ausgeführt wurde und als Diversion dienen sollte. Der März wurde zum Winter gerechnet.

verständlich und gar nicht zu bezweifeln, dass die Deutschen von vornherein zum Schutz der Bauarbeit auch drüben auf dem rechten Ufer der Meguzica Posto fassten, dass sie schon damals das kleine Landstück dem Burgplatz gegenüber bis zum Höhenzug mit dem Warmenstein besetzten. Das war aber auch zur Verteidigung der künftigen Burg ganz unerlässlich, denn das gegenüberliegende Ufer überragte und beherrschte den Burgplatz<sup>1)</sup>. Offenbar im Zusammenhang damit entstand nun in Pleskau die, wie wir gleich sehen werden, irrige Meinung, die deutsche Burg selbst werde auf pleskauschem Boden erbaut<sup>2)</sup>. Durch die starke deutsche Truppenansammlung wurden die Pleskauer dermassen alarmiert, dass sie sich entschlossen, Nowgorod unter Anerkennung seiner Oberhoheit um Hilfe zu bitten. Dieser Entschluss kann ihnen nicht leicht gefallen sein, da völlige Autonomie Nowgorod gegenüber damals das Hauptziel ihrer Politik war, das sie auch wenige Jahre später (1348) erreicht haben. Aber die Furcht vor einem unmittelbar bevorstehenden Anmarsch des deutschen Heeres auf Pleskau selbst überwog alle Bedenken. Die Botschaft mit dem Hilfsgesuch wurde abgefertigt und das muss noch vor dem 25. März geschehen sein. Der nowgorodsche Bericht, der jetzt unsre einzige Quelle wird, gibt den Wortlaut des Gesuchs: „Es zieht ein deutsches Heer gegen uns geradeswegs auf Pleskau, wir bitten Euch, unsre Herren, beschützt uns!“ In Nowgorod war man zwar keineswegs geneigt, sich in pleskausche Angriffskriege hineinziehen zu lassen, wenn das eigene Interesse es nicht verlangte; diesmal aber lagen die Dinge anders, Pleskau selbst schien schwer bedroht zu sein und Nowgorod sagte daher unverzügliche Hilfe zu. Die Vorbereitungen müssen immerhin mehrere Tage in Anspruch genommen haben, doch schon am 29. und 30. März rückten die nowgorodschen Hilfstruppen nach Pleskau ab<sup>3)</sup>. Hier aber war kurz vorher ein Umschwung eingetreten. Nicht nur, dass der ängstlich erwartete deutsche Vormarsch ausblieb und in dieser Jahreszeit auch nicht mehr zu befürchten war, offenbar seit dem 25. März, dem Gründungstage der neuen deutschen Burg, an dem erst die Bauarbeit begann, hatte man in Pleskau auch die Überzeugung gewonnen, dass die deutsche Kriegsmannschaft an der Greuze

1) „Weilen das Rusche Lant hart am Schlosse Neuhausen höher ist, als das Schloss Neuhausen an ihm selbst“, sagt Zimmermann a. a. O. S. 88—89.

2) Wie die beiden Plesk. Jahrb. a. a. O. berichten.

3) 1. Nowg. Jahrb., neuere Ausg. v. 1888, S. 341. Fast ebenso d. 4. Nowg. Jahrb. in Полн. собр. русск. лѣтоп. IV, S. 55. — Bonnel hat sich hier in seiner „Russ.-Livl. Chronographie“ S. 133 versehen, denn великая пятница и. вел. суббота, Freitag und Sonnabend vor Ostern, können nicht der 19. und 20. April gewesen sein, da Ostern i. J. 1342 auf den 31. März fiel.



nicht zu einem Angriff auf Pleskau, sondern zum Schutz eines Burgbaus, ja zu dieser Bauarbeit selbst bestimmt war, und dass dieser Bau zudem nicht auf pleskauschem, sondern auf deutschem Boden errichtet wurde. Sobald man aber einsah, dass man sich getäuscht und mit seinem Hilfsgesuch übereilt hatte, weil eine unmittelbare Gefahr für die Stadt Pleskau selbst nicht bestand, schlug die Stimmung um und nun galt es, den Anmarsch der überflüssigen nowgorodschen Hilfstruppen, die nur noch sehr lästig werden konnten, ungesäumt rückgängig zu machen. Diese Truppen hatten bereits einen Teil des Weges zurückgelegt, als ihnen in den ersten Apriltagen pleskausche Boten begegneten und sie durch dringende Bitten zur Umkehr veranlassten, denn, so hiess es in dieser zweiten pleskauschen Botschaft, „es zieht kein Heer gegen uns, es ist da wohl ein deutsches Heer, aber sie [scil. die Deutschen] errichten eine Burg an der Grenze auf ihrem eigenen Lande“<sup>1)</sup>. — Das ist der wirkliche Tatbestand, den uns das 1. Nowg. Jahrbuch überliefert hat. Nur dieser nowgorodsche Bericht enthält die beiden offiziellen pleskauschen Botschaften, das Hilfsgesuch und dessen Zurücknahme mit ihren Motivierungen<sup>2)</sup>. — Bald darauf fielen die Pleskauer von Nowgorod und dem moskauschen Grossfürsten ab und stellten sich unter den Schutz des litauischen Fürsten Olگرد Gediminowić von Vitebsk, der im Juli mit seinen Hilfstruppen in Pleskau erschien. Von hier aus schickte er einen Woiwoden gegen Neuhausen ab und unter Neuhausen, an der Grenze auf dem Felde von Meguzica am gleichnamigen Bach, kam es zum Kampf, in dem die Deutschen siegten<sup>3)</sup>.

Dass Neuhausen an der Grenze lag, steht somit ausser Frage und hätte nie bezweifelt werden dürfen. Neu aber ist doch die beachtenswerte Feststellung, dass die Burg nicht auf pleskauschem, sondern auf livländischem Boden erbaut worden ist, denn daraus folgt, dass die Meguzica schon vor 1342 Grenzbach war. Und das ist sie bis in unsre Tage, bis 1920 geblieben, jedoch seit 1342 mit einer geringen Abweichung. — Wir sahen bereits, dass schon damals beim Bau der Burg ein Stück Land ihr gegenüber auf der russischen Seite des Grenzbachs zum Burg-rayon hinzugezogen worden sein muss, weil es zur Verteidigung

1) 1. Nowg. Jahrb. a. a. O.

2) Warum der pleskausche Annalist diese Vorgänge, die ihm nicht unbekannt sein konnten, mit keinem Worte berührt, erklärt sich sehr einfach; erzählt er doch selbst, dass wenig später die Pleskauer einen litauischen Fürsten von Vitebsk um Hilfe gegen die Deutschen baten mit der erlogenen Begründung: „Unsere Brüder, die Nowgoroder, haben uns fallen lassen (поверли), sie helfen uns nicht; hilf du uns, Herr, zu dieser Zeit!“ — 1. Plesk. Jahrb. a. a. O. S. 187. Das 4. Nowg. Jahrb. a. a. O. S. 56 nennt das eine Lüge.

3) Cf. Bonnell a. a. O., wo auch die Quellen angegeben sind.

unentbehrlich war. Das Schloss stand also nicht unmittelbar an der hier partiell erweiterten Grenze. Wir haben darüber eine ganz instruktive Bemerkung in einem Brief a. d. J. 1380, in dem der livländische Ordensmeister Wilhelm v. Vrimersheim dem Papst Urban VI. u. a. mitteilt, dass der aufsässige und verräterische Bischof von Dorpat Albert Hecht das Schloss Neuhausen „situm in confinio Ruthenorum juxta ad unam leucham vel quasi“ den Russen zu verkaufen drohe<sup>1)</sup>. Das Schloss lag demnach annähernd oder gegen eine Meile (leucha) von der russischen Grenze entfernt. Eine leucha oder leuga bedeutet im mittelalterlichen Latein ein Wegemass von 1500 Schritt<sup>2)</sup>, das ist etwa eine Werst, und die Strecke von der Burg über den Meeksschen Bach bis zum Höhenzug des Warmensteins beträgt in der Tat ungefähr eine Werst. Daraus folgt, dass ein Landstück jenseits des Bachs bis zu jener Linie auch zum Neuhausenschen Territorium gehörte. — Es ist bemerkenswert, dass nur dieses kleine Landstück, nicht aber das Land, auf dem die Burg selbst stand, von den Russen auch später noch als ursprünglich russischer Grund und Boden angesehen und beansprucht worden ist. 1402 vernichteten (уничтожили) die Pleskauer unter Neuhausen, wie es heisst, „auf ihrem eigenen Lande“ das Getreide; ebenso verfuhrten sie 1414 und 1444 und hingen bei dieser Gelegenheit sieben Esten auf, die sie auf ihrem, d. h. pleskauschen Lande, auf dem „strittigen“ Boden (на своѣй землѣ, на обидномъ мѣстѣ) gegriffen hatten<sup>3)</sup>. Der Dörptsche Bischof Johannes III. (von der Rope) äussert in einem Brief an den Ordensmeister v. 14. April 1500 seine Besorgnis vor einem Einfall der Pleskauer in sein Stift, denn sie würden ihm nicht vergessen haben, dass er ihre Katen bei Neuhausen habe niederreissen lassen. Das ist ein Hinweis auf ein strittiges Landstück, auf dem pleskausche Russen sich unerlaubterweise angesiedelt hatten<sup>4)</sup>. Es musste zu allen Zeiten im Interesse der Burg gegen die russischen Ansprüche energisch behauptet werden. Bei Gelegenheit der schwedischen Hakenrevision von 1627 wird unter Neuhausen<sup>5)</sup> vermerkt: „Dies Haus ist von Alters ein Grenzhaus gewesen zwischen Livland und Russland. Und obwohl bei der Polen Zeiten der Russe die Grenze recht unter dem Hause, da ein klein revir fleuszt, setzen wollen, ist es ihm nicht gestattet: und nach gehaltenem längen Streit haben die Russen selber mit etlichen aufgerichteten Bündlein Strohs,

1) LUB. III n. 1144.

2) Du Cange, Glossarium mediae latinitatis, Ausg. v. 1885, s. v. leuca.

3) 1. Plesk. Jahrb. a. a. O. IV, S. 196 u. 212. — 2. Plesk. Jahrb. a. a. O. V, S. 22 u. 30.

4) LUB. II, 1 n. 977.

5) Revisionsbuch im ehem. Ritt.-Arch. n. 254, S. 181.



eine gute Stücke vom Hause, da auf einem Berge ein Stein, den sie Czepli Camien nennen, gesetzt, da bis dahero die Grenze geblieben. — Da ist noch ein Heuschlag, welcher bis zu dieser Zeit immer gestritten und die Polen vor den ihren allzeit auch defendiret.“ — Auch Zimmermann (1667) weiss noch von diesen Streitigkeiten zu berichten. Weil das Schloss von dem gegenüberliegenden Ufer der Meguzica überragt wird, besorgten die Polen, dass die Russen auf dem Höhenzuge, zu dem der Warmenstein gehört, Schanzen aufwerfen oder gar eine Burg bauen könnten, wodurch Neuhausen „ganz von keiner Würden“ mehr wäre. Sie hätten deshalb, sagt Zimmermann, das bislein ein Dreieck bildende Land vom Schloss bis an den Warmenstein als Schlossgerechtigkeit verteidigt, es sei aber bis dato strittig geblieben. Im Sommer 1666 war Zimmermann als Beamter der Grenzkommision selbst an Ort und Stelle, und in der Besorgnis, dass er in dieser Sache Lärm schlagen werde, verbot das Kloster Pečur seinen am Warmenstein längs der Grenze wohnenden Bauern die Neuhausenschen auf jenem Grundstück weiter zu turbieren<sup>1)</sup>.

Zur Vervollständigung unsres Beweismaterials seien noch einige Belege aus der älteren Zeit angeführt. — Bei den Landtagsverhandlungen von 1512 über die Frage der Grenzrevision wird neben Charlottenburg (Virgulica) auch Neuhausen als Grenzort genannt<sup>2)</sup>. — Die russisch-livländischen sogenannten „Richteltage“ zur Entscheidung privater Klagesachen fanden vortragsgemäss stets an der Grenze statt, meist auf der Narowainsel Kyffholm bei Narwa, oft aber auch in Neuhausen, wenn es sich um Streitigkeiten mit Pleskanern handelte. In einem offiziellen Aktenstück a. d. J. 1531 ist u. a. von zwei Richteltagen die Rede, die „der kleglicken saken und gebreken halven an den grentzen“ abzuhalten wären, der eine zu Narwa, der andre zu Neuhausen<sup>3)</sup>. — Als 1436 den Nowgorodern zur Erledigung der strittigen Sachen ein Verhandlungstag zu Dorpat, Reval oder Neuhausen vorgeschlagen wurde, antworteten sie, es sei nicht die alte Gewohnheit, dass Nowgorod in deutschen Städten oder auf der „lantschedinghe“ Frieden und Kreuzküssung mit den Deutschen mache, das habe in Nowgorod selbst zu geschehen. Deutscherseits wurden die Nowgoroder daran erinnert, dass sie doch selbst schon 1371 Friedensverhandlungen zu Neuhausen geführt hätten, dass also „up der lantschedinghe“

<sup>1)</sup> Deduction a. a. O. S 88—89. Auf der grossen schwedischen Karte Liv- u. Estlands von ca. 1630 ist das vorspringende Dreieck mit dem „Warmenstein“ an der Spitze deutlich eingezeichnet.

<sup>2)</sup> Akten u. Rezesse der Livl. Ständetage III n. 53, 15 „dar de grense kenntlick is“.

<sup>3)</sup> Akten u. Rezesse der Livl. Ständetage III n. 291, 3.

zu verhandeln, nicht der alten Gewohnheit widerspräche<sup>1)</sup>. — Doch genug, es bedarf keiner weiteren Belege.

Ist nun auf Grund unsrer bisherigen Untersuchung die Meguzica, das Mittelstück der Neuhausenschen Grenzlinie, fürs Mittelalter als Grenzbach erwiesen, so kann auch über den weiteren Verlauf dieses Abschnitts nach Norden und Süden bis zu den beiden festgestellten Endpunkten kein ernstlicher Zweifel bestehen. Als die natürliche Fortsetzung nach Norden kommt selbstverständlich nur die Pinža in Betracht, von der Belska kann ja gar nicht die Rede sein; die südliche Fortsetzung aber bis zu dem nächsten nachweisbaren Grenzpunkt Charlottenburg ist gleichfalls durch Flussläufe gegeben; die Meguzica und der in die Peddez fließende Jurnar-Bach bilden ja eine fast unmittelbar zusammenhängende Linie<sup>2)</sup>.

Abgesehen von der kleinen Grenzverschiebung, die 1342 notwendig wurde, wissen unsre Quellen auch nicht das geringste von irgend welchen Veränderungen des Neuhausenschen Grenzabschnitts zu melden. Auch in der Zeit der pleskauschen Annexionen seit 1458, die uns alle bekannt sind, ist er vollkommen unberührt geblieben.

Die Neuhausensche Ostgrenze im Mittelalter deckt sich mit der Neuhausenschen Kirchspiels- und Landesgrenze, wie sie bis 1920 bestanden hat, — das war unsre These und ist unser Schlussergebnis.

## II. Die Marienburgsche Ordensgrenze.

Zimmermann hat seine zweifelhafte Grenzrevision erfreulicherweise nicht auf die Marienburgsche Strecke ausgedehnt und sich hier mit der halb misstrauischen, halb spöttischen Frage begnügt: „Wer weiss, was sich noch zwischen Neuhausen und Marienburg bey der Grentzeführung finden wirt?“<sup>3)</sup>. Löwis aber deutet diese Strecke anschliessend an seine unhaltbare Neuhausensche Grenze wieder durch eine imaginäre gerade Linie an, die etwa zehn Werst östlich von der alten Landesgrenze verläuft<sup>4)</sup>. Unter der alten Landesgrenze verstehe ich im Gegensatz zur heutigen immer diejenige, die bis zum Rigaer Frieden

<sup>1)</sup> LUB. IX n. 80, 29.

<sup>2)</sup> Wie sehr man gewohnt war, sich bei der Bestimmung der äusseren Landesgrenzen von natürlichen Wasserlinien, soweit das irgend möglich war, leiten zu lassen, ersieht man z. B. aus den Wolmarschen Landtagsakten v. 1512, wo der Ordensmeister die Bischöfe in Sachen einer eventuellen Grenzrevision auffordert, bei Zeiten ihre östlichen Landesgrenzen „auszuspüren“, „wur sick de van ambogynne van seen, stromen, beken, sipen, broken und anderen beken henstrecken“. Akten u. Rezesse der livl. Ständetage III n. 53, 12.

<sup>3)</sup> Deduction a. a. O. S. 88.

<sup>4)</sup> Cf. Löwis, Erläuterungen S. 7.



von 1920 bestanden hat. An ihrem nördlichen Endpunkte zweigte sie von der Peddez ab, wurde zum Teil durch deren Nebenfluss Virgulica gebildet, verlief dann diesem Bach parallel geradlinig durch sumpfige Niederung und endete bei dem grossen Kreuzstein, Lipinit genannt<sup>1)</sup>. Hier zweigte die alte Ludensche Kreisgrenze in scharfem Winkel ab, um weit nach Osten vorzuspringen.

Über die Marienburgsche Ordensgrenze im 16. Jahrh. geben die livländischen Landtagsverhandlungen von 1512 und 1514 Aufschluss. Als auf dem Landtag zu Wolmar im Sommer 1512 die Frage der Grenzregulierung verhandelt wurde, erklärten die Ratssendeboten von Riga, Dorpat und Reval für ratsam, die Grenzrevision dort anzufangen, wo „de grense kenntlick is, by deme Nyghenhuse edder upp der Virgelitze“, welche „stede“, d. h. Ortschaften oder Stellen, ihnen für diesen Zweck besonders geeignet erschienen<sup>2)</sup>. Und in derselben Sache einigten sich die im Sommer 1514 zu Wolmar versammelten Landstände auf den Beschluss: wenn irgend möglich, zuerst eine Grenzregulierung der Landschaft Purnau, d. i. des erstiftischen Grenzgebiets ins Werk zu setzen, sollte sich das aber als unausführbar erweisen, „dat denne in der stede Kodorp, Virglytze oft Nyenhuse die grense botengt worde“, dann sollte also die Revision von Kodorp, Virgulica oder Neuhausen ausgehen, d. h. nur die Grenze zwischen der Landschaft Purnau und dem Peipus bearbeitet werden<sup>3)</sup>. Das war nicht so notwendig, aber auch lange nicht so bedenklich, wie die brennende Purnausche oder erstiftische Grenzfrage. Die Ratssendeboten von Riga, Dorpat

<sup>1)</sup> Auf dem Mellinschen Atlas Bl. IV wird dieser Grenzstein als ein grosser bezeichnet. Er trägt als Signatur ein Kreuz in einem Dreieck, links davon den Buchstaben R [= Russland], rechts die Buchstaben NR [= Neu-Russland], unter dem Dreieck die Jahreszahl 1782 und den Buchstaben L [= Livland]. S. die 1782 und 1784 angefertigte Grenzkarte „zwischen dem Liefländisch Rigischen und Neu-Reuszisch-Poloezkischen Gouvernement“, im Katasteramt zu Riga. Neu-Russland ist das 1772 an Russland gefallene sog. Polnisch-Livland. Der Stein hat einen Umfang von ca 7,60 Meter, ist 2 bis 2,40 Meter lang, 1,50 bis 1,70 Meter breit und über der Erde 0,60 bis 0,88 Meter hoch, liegt aber z. T. in der Erde. Es handelt sich also um einen schweren erraticen Felsblock, nicht etwa um ein erst 1782 dort aufgestelltes Grenzzeichen. Der Stein liegt am Wege von „Silenieki“ nach „Kudupe“ (Kudep), auf der Südseite, wo sich dieser Weg mit einer in süd-nördlicher Richtung verlaufenden Schneise kreuzt. Diese Angaben sind mir von Frl. Krusa durch die freundliche Vermittelung des Herrn Architekten Kamppe in Riga zugegangen, wodurch beide mich zu aufrichtigem Dank verpflichtet haben. — Lipinit soll eine im Lettischen vorkommende Bezeichnung für steinerne Grenzzeichen sein. Dieser historisch bedeutsame Grenzstein sei der Beachtung unsres Denkmalsamts empfohlen.

<sup>2)</sup> Akten u. Rezesse der Livl. Ständetage III n. 53, 15.

<sup>3)</sup> A. a. O. n. 57, 43.

und Reval hatten die Auswahl der passenden Grenzorte, der „stede der grense“, bei denen die Revision beginnen sollte, den Herren und Prälaten der Lande überlassen<sup>1)</sup>, und man muss annehmen, dass dabei keiner der drei als Nachbarn Pleskaus direkt beteiligten Landesstaaten Erzstift, Orden und Stift Dorpat übergangen worden sein wird, sondern dass in jedem derselben ein Grenzort für den genannten Zweck in Aussicht genommen wurde. Aus alledem ergibt sich einwandfrei, dass die Virgulica auch damals, 1512, ein Grenzbach war und die Orte „Kodorp“ und „Virglytze“ ebenso wie Neuhausen Grenzorte waren. In Kodorp (Kodrop oder Kodop?) ist unschwer Kudеп oder Kudeb am Oberlauf des gleichnamigen Flusses wiederzuerkennen. Es liegt ca. vier Werst östlich vom Lipinit-Stein an der alten Ludsenschen Kreisgrenze und zwar auf der Südseite, im ehemaligen Polnisch-Livland, dessen ganzer nördlicher Teil einst zum Erzstift Riga gehört hat. Kudеп war also ein erzstiftischer Grenzort. Virglytze ist das heutige an der Virgulica gelegene Gut Charlottenburg, das aber noch bis zur Mitte des 18. Jahrh. Virgulica hiess. Dieser alte Name des Guts, auch in der Form „Wirbulizza“ überliefert, ist übrigens noch jetzt in den angrenzenden ehemals pleskauschen Landesteilen gebräuchlich<sup>2)</sup>. Bei diesem alten Virgulica führte ein vielbenutzter Handelsweg über den Grenzbach nach Pleskau. Die russischen Handelsfahrten zwischen Riga und Pleskau bewegten sich vormals auf der Marienburger Strasse, worüber sich Dorpat oft beschwerte. Aber der Orden hielt es trotz der Dörptschen Vorstellungen aus Rücksicht auf die Pleskauer für inopportun, diesen bequemeren Weg dauernd zu schliessen. Er wurde im Marienburgschen der „Russische Weg“ genannt<sup>3)</sup> und führte nicht über die Dörptsche, sondern über die Ordensgrenze direkt ins pleskausche Land. Bei Gelegenheit der Wolmarschen Landtagsverhandlungen von 1522 rieten die revalischen Ratssendeboten, man solle doch den Russen den Gebrauch der Marienburgschen Strasse abgewöhnen, indem man die Wege und Stege nicht bessere, die Krüge nicht öffne und bisweilen auch die Fähre abtreiben lasse<sup>4)</sup>. Das bezieht sich natürlich nur auf die letzte Strecke des Weges von Marienburg nach Charlottenburg und auf die Krüge an den dortigen Flussübergängen; „de vere“ aber ist eine ganz bestimmte und zwar die Peddez-Fähre, die letzte vor der nahen Grenze, falls nämlich die Virgulica

1) A. a. O. n. 57, 22.

2) A. Richters Adressbuch für Livland 1909, Sp. 502. — Bienenstamm, Geograph. Abriss der drei deutschen Ostsee-Provinzen Russlands. S. 279. Heute wird das Gut unter Letten und Esten „Kalnapededze“ genannt.

3) Livl. Güterurkunden II n. 477.

4) Akten u. Rezesse der Livl. Ständetage III n. 134, 6.



bei Charlottenburg dafür noch zu seicht sein sollte. Eine Angabe a. d. J. 1600 bemisst die Entfernung von Marienburg bis zur russischen Grenze auf vier Meilen, und die Wegstrecke bis zum Grenzort Charlottenburg beträgt tatsächlich ungefähr vier deutsche Meilen (ca. 28 Werst)<sup>1)</sup>. Wir dürfen jedenfalls das im Marienburgschen Kirchspiel belegene Virgulica-Charlottenburg unbedenklich auch schon für das Marienburgsche Komtureigebiet in Anspruch nehmen. Die Kirchspiels- und die Komtureigrenze decken sich hier auch nach der Löwisschen Karte vollkommen<sup>2)</sup>.

Mit den beiden Grenzpunkten Charlottenburg und Kudep, die in gerader Linie kaum 10 Werst voneinander entfernt sind, ist uns im wesentlichen auch die Grenzlinie zwischen ihnen gegeben. Mit dem nördlichen Endpunkt der Marienburgschen Kirchspielsgrenze — an der Peddez, etwa drei Werst nordwestlich von Charlottenburg und in der Nähe der estnisch-lettischen Sprachgrenze — begann auch die Marienburgsche Ordensgrenze. Sie führte zunächst nach dem nahen Charlottenburg an der Virgulica, die hier für eine nicht näher zu bestimmende Strecke die Weiterführung übernahm. Auch ist fraglich, ob gerade bei Kudep die Marienburgsche und die erzstiftische Grenzlinie zusammentrafen. Näher liegt es, die Virgulica-Mündung — sechs Werst westlich von Kudep — als diesen Treffpunkt anzunehmen, um so mehr als ja auch Zimmermann, freilich kein ganz unverdächtiger Zeuge, den „Swirbulschen“ Bach, d. i. die Virgulica bis zur Mündung als ein Stück der rechten uralten Grenze ansieht<sup>3)</sup>. Aber auch der Gedanke, dass der Lipinit schon im Mittelalter als Grenzstein gedient hat, ist keineswegs abzuweisen. Als ein mächtiger, durch seine Grösse jedenfalls auffallender Granitblock war er gerade hier zum Grenzstein prädestiniert. Hier, wo die erzstiftische Grenze scharf nach Osten abbiegend einen Winkel bildete, stiessen einst pleskausches, erzstiftisches und Ordensgebiet und nachmals Russland, Polen und Livland zusammen. Nirgends war ein augenfälliges und dauerhaftes Grenzmal so am Platze und so selbstverständlich wie an dieser historischen Dreiländerecke. Eigentlich kann hier ein Grenzstein gar nie gefehlt haben. Unabhängig von dieser Erwägung hat Löwis auf Grund der alten Kirchspielsgrenze hier die erzstiftische Grenzlinie genau beim Lipinit angesetzt, und damit dürfte die Frage bis auf weiteres wohl zugunsten dieses Steines entschieden sein. — Wie dem auch sei, wir dürfen uns mit dem Schluss begnügen, dass die Ostgrenze der Komturei Marienburg im 16. Jahrh.

<sup>1)</sup> Schieman, Der älteste schwedische Kataster Liv- u. Estlands S. 52

<sup>2)</sup> Cf. Löwis, Erläuterungen S. 20.

<sup>3)</sup> Gelangt er doch durch diesen Bach „den Fluss entlengst“ bis in die Ewst. S. Deduction a. a. O. S. 83.

alles in allem ebenso verlief, wie die Marienburgsche Kirchspiels- und Landesgrenze bis 1920. Ob sie sich mit der erzstiftischen Ostgrenze bei der Virgulica-Mündung oder beim Lipinit-Stein oder bei Kudiep vereinigte, ist für unsren Zweck von keinem Belang, da die Strecken- und Flächenunterschiede zu gering sind.

Unser Schlussresultat gilt aber nicht nur für das 16. und die folgenden Jahrhunderte — Karten aus der schwedischen Zeit zeigen hier dieselbe Grenze —, es lässt sich schon für das 13. Jahrh. als zutreffend erweisen. Marienburg, lettisch Aluksne, lag in „Adsel-Land“ und wird in russischen Quellen Alost genannt, weil die Burg bei einer alten Ortschaft dieses Namens erbaut worden ist. Adsel-Land oder richtiger das Land Agzele, wie im Original steht, wurde 1225 (oder schon 1224) zwischen Bischof Albert und dem Orden der Schwertbrüder in der Weise geteilt, dass der Bischof die vier Ortschaften oder Gebiete Berezne, Pornuwe, Abelen und Abrene behielt, alles übrige dem Orden zufiel<sup>1)</sup>, und dazu hat auch damals schon Alost gehört, das spätere Marienburg. Denn Umteilungen haben hier nicht stattgefunden. Es ist mir nun gelungen, zwei von den vier dem Bischof zugeteilten adselschen Ortschaften oder Distrikten festzustellen. Berezne ist Berezki und Pornuwe ist Purnowa, für das aber auch der Name Purnowa nachweisbar ist<sup>2)</sup>, — beide jenseits der Peddez im Ludsenschen Kreise an der Lipna (oder Katlesanka) gelegen, 18 resp. 30 Werst südöstlich von Marienburg. Das ist altes erzstiftisches Land. Der nordwestliche Zipfel des Ludsenschen Kreises, in dem diese Orte liegen, gipfelt beim Lipinit-Stein und grenzt unmittelbar ans Marienburgsche Kirchspiel; es bildete ursprünglich auch nur einen Teil und zwar den östlichsten von Adsel-Land, im Laufe der Zeit aber ist offenbar von hier aus der Name Purnow, Purnaw, Purnau für die ganze erzstiftische Grenzlandschaft östlich von der Peddez üblich geworden. Erstreckte sich nun das bischöfliche Territorium, wie wir doch annehmen müssen, schon beim Abschluss des russisch-livländischen Friedens von 1224 bis Berezne (Berezki), so wird das westlich angrenzende adselsche Ordensgebiet damals gewiss schon die sehr viel nähere Peddezzlinie erreicht haben. Damit blieb es immer noch ein gutes Stück hinter der bischöflichen Ostgrenze zurück. Der Rigaer Friede von 1224 wurde 1268 unter den alten Bedingungen erneuert, und es liegt nicht der geringste Grund zur Annahme vor, dass

<sup>1)</sup> LUB. I n. 70. Ein emendierter Text bei Bielenstein, Die Grenzen des lettischen Volksstammes, S. 416.

<sup>2)</sup> Auf der schon erwähnten Grenzkarte v. 1782/1784 „zwischen dem Liefländisch Rigischen und Neu-Reuszsich-Poloczkischen Gouvernement“, im Katasteramt zu Riga.



seitdem die Adseler Ordensgrenze über die uns schon bekannte Linie hinaus vorgerückt worden sei. — Als 1342 die weiter vorgeschobenen Burgen Neuhausen und Marienburg erbaut wurden, handelte es sich nicht um Erweiterung, sondern nur um Sicherung der bisherigen Grenzen gegen pleskausche Ansprüche und Expansionsbestrebungen, die aber richteten sich speziell gegen das Erzstift, nicht gegen den Orden. Nirgends deuten unsre Quellen darauf hin, dass mit dem Bau der Marienburg das adselsche Ordensgebiet sich über die bekannte Linie ausgedehnt hätte. Diese Linie war ja auch nur die naturgemäss gegebene Fortsetzung der Neuhausenschen Grenze, die vor und nach 1342 unverändert dieselbe war und blieb. Aber auch angenommen, das Ordensgebiet hätte damals seine Grenze vorgeschoben oder hätte sich gar schon früher weiter nach Osten erstreckt, so bliebe doch ganz unerfindlich, wann denn eigentlich die Grenze zurückverlegt wurde. In den 60-er Jahren des 15. Jahrhunderts hat allerdings auch der Orden einen Landverlust durch die Pleskauer erlitten, aber nachweislich nur an der Rosittenschen Grenze, die Marienburgsche blieb intakt. Von einer Verschiebung derselben wissen unsre Quellen überhaupt nichts zu berichten, weder aus früherer noch aus späterer Zeit. Sie bieten auch indirekt keinen Anhaltspunkt für die Annahme, dass der Orden an seiner Marienburger Ostgrenze jemals Terrain an Pleskau verloren habe. Diese war ja auch keineswegs so weit vorgeschoben, dass sie die Pleskauer beengen musste.

Es ist überhaupt eine bemerkenswerte Tatsache, dass die Grenze von der Woo-Mündung bis zum Lipinit-Stein von jeher bis zum Untergang Altlivlands (und bis in unsre Tage, bis 1920) unverändert dieselbe geblieben ist, und dass es auf dieser ganzen Strecke, wenn wir von dem kleinen Vorsprung bei Neuhausen absehen, Grenzstreitigkeiten mit Pleskau im eigentlichen Sinne des Wortes gar nicht gegeben hat. Die Grenze hat sich hier, obgleich sie sich nicht mit der Sprachgrenze deckte, konstant in der erforderlichen Distanz von Pleskau und der Velikaja, dieser pleskauschen Lebensader, gehalten — im Gegensatz zur erzstiftischen Ostgrenze, die durch ihr ethnographisches Prinzip viel zu tief in das linksseitige Flusssystem der Velikaja hineingezogen wurde, um unangefochten bleiben zu können.

### III. Die Rigasche Stiftsgrenze.

Löwis identifiziert die erzstiftische Ostgrenze mit dem entsprechenden Stück der uns wohlbekannten alten Ludsenschen Kreisgrenze. Er lässt sie bei dem Kreuzstein Lipinit beginnen und das Rosittensche Ordensgebiet bei dem Punkte erreichen, wo die Lža die Grenze zu bilden beginnt. Die Verantwortung für die Fixierung dieses Endpunkts bleibt ihm überlassen. Zu

dieser Grenzföhrung, für die er aber in seinen „Erläuterungen“ keinerlei Belege anführt, habe ich nur das eine zu bemerken, dass sie bloss für die letzten hundert Jahre der livländischen Selbständigkeit Geltung beanspruchen kann. Löwis könnte sich hier auf Bielenstein berufen, der gleichfalls die Ansicht vertritt, dass die deutsche Herrschaft nie die alte Ostgrenze des Ludsenchen Kreises überschritten habe. Bielenstein stellt den Satz auf, die schon zu Ende des 13. Jahrh. gewonnene lettländische Ostgrenze habe sich „im grossen und ganzen“ mit der lettischen Sprachgrenze und „ziemlich genau“ mit der alten Ostgrenze der unter dem Namen „Polnisch-Livland“ zusammengefassten drei Kreise Ludsen, Rositten und Dünaburg gedeckt<sup>1)</sup>. Von den Einschränkungen dieses Leitsatzes, die Bielenstein statuiert, interessiert uns hier nur folgende: Die ganze bereits bezeichnete Strecke der alten Ludsenchen Grenze bleibt ein beträchtliches Stück hinter der lettischen Sprachgrenze zurück. Von Charlottenburg an bis zur ehemaligen Rosittenschen Ordensgrenze wird der ganze nördliche Teil des Ludsenchen Kreises von einem etwa 10 bis 20 Werst breiten Landgürtel umschlossen, der früher zum Pleskauschen Gouvernement (Kreis Ostrov) gehörte, seit 1920 aber zu Lettland. Und dieser Landgürtel wird bewohnt von echten, uransässigen Letten, die aber freilich schon stark russifiziert sind. Von diesen ehemals pleskauschen Letten nun sagt Bielenstein: sie „werden vielfach für Russen gehalten, aber mit Unrecht. Sie sind allerdings griechisch-katholisch, orthodoxer Konfession, tragen nach russischer Art Kleidung und Bart und sprechen mit der Aussenwelt russisch, zeigen aber ihre Zugehörigkeit zur lettischen Nationalität unwiderleglich dadurch, dass sie im Hause und in der Familie mit einander lettisch reden.... Diese Letten haben ihren Glauben von Pleskau empfangen, wo ihre Herren sassen, haben niemals den Einfluss deutscher, sei es römisch-katholischer, sei es evangelischer Herrschaft genossen“<sup>2)</sup>.

Dagegen behaupte ich: diese Letten haben unter deutscher Herrschaft gestanden und der römisch-katholischen Kirche angehört, ihr Land war das äusserste Grenzgebiet des Erzstifts Riga, bis es in der zweiten Hälfte des 15. Jahrh. von den Pleskauern annektiert wurde, die dann auch die Bewohner zum Übertritt in die rechtläufige Kirche zwangen.

Wir sahen bereits, dass das bischöfliche Gebiet schon 1224 den östlichsten Teil von Adsel-Land umfasste und sich bis Berezne (Berezka) erstreckte, das südöstlich von Kudep unweit der alten Ludsenchen Grenze liegt. Die Richtung nach Osten

<sup>1)</sup> Bielenstein, Die Grenzen des lettischen Volksstammes, S. 11 u. 88.

<sup>2)</sup> A. a. O. S. 12.



ist damit deutlich angezeigt. Nachrichten über einen folgenreichen Grenzkonflikt im 14. Jahrh. lassen erkennen, dass die deutsche Herrschaft sich inzwischen in derselben Richtung weiter ausgedehnt hatte. — Es war im Sommer 1340, als die Pleskauer die Grenze überschritten und in erbstiftisches Gebiet eindrangen, wo sie diesem durch Anlage von Befestigungen ein Stück Land abzudrängen suchten. Der Erzbischof weilte damals in Avignon. Das Rigasche Domkapitel bat den kürzlich erwählten Ordensmeister Burchard von Dreileben um Hilfe, und dieser riet zum Vergleich durch das friedliche Mittel einer Grenzrevision. Aber die Verhandlungen mit Pleskau zogen sich in die Länge und erst im nächsten Jahr war man so weit, dass nun die Revision vor sich gehen sollte. Zwei Vertreter des Erbstifts wurden abdelegiert, denen der Meister von sich aus noch seinen Tölk Bruder Heinrich mitgab. Sie vereinigten sich mit den pleskauschen Grenzkommissaren und nach gemeinsamer Mahlzeit begaben sich alle miteinander an die Grenze. Hier aber hatte die Einigkeit ein Ende. Die Russen wollten „ohre grentze na dem olden nicht holden“, sondern sie wohl vier Meilen weiter westwärts „neger dem stifte“ verlegt wissen. Sie weigerten sich, auch nur um einen Fuss breit nachzugeben, und da auch die Deutschen hartnäckig auf ihrem Standpunkt, nämlich auf der alten Grenze beharrten, so gab ein Teil der russischen Delegierten die Sache auf und zog ab. Die übrigen blieben noch am Platze und hielten wieder „mit den Dudeschen maltidt“, wobei der Trunk wohl die Hauptsache gewesen sein wird, wie der Ausgang zeigt. Unter den Russen war ein „bose bove“, böser Bube, der seine Zunge nicht in Zaum zu halten wusste und sich in heftigen Schmähreden über den Deutschen Orden erging. Er kam aber damit beim Ordenstolk an den Unrechten. Als er es zu arg trieb, traf ihn ein Schlag von der Hand Bruder Heinrichs so kräftig „up de backen“, dass er zu Boden stürzte. Er sprang auf und verwundete den Gegner mit seinem Schwert am Kopfe. Da aber griffen alle Anwesenden zu den Waffen und in dem allgemeinen Getümmel wurden sieben Russen erschlagen. Die übrigen Russen flohen. Sie hatten nur 3 Meilen, die Deutschen aber 25 Meilen bis „to hus“, d. h. bis zu dem Orte, wo sie sich in Sicherheit wussten. Da diese daher besorgen mussten, von einer russischen Übermacht verfolgt und eingeholt zu werden, so sattelten sie eiligst ihre Pferde und ritten die 25 Meilen „up eyne dach“, d. h. noch am selben Tage ab. So endete jene Grenzrevision. — Das ist im wesentlichen der Inhalt eines Berichts, den Joh. Renner aus der Reimchronik des Bartholomaeus Hoeneke geschöpft hat<sup>1)</sup>. Hermann von Wartberge weiss hinzu-

<sup>1)</sup> Joh. Renners Livländische Historien, hrsg. von Hausmann u. Höhlbaum, S. 81.

zufügen, dass einer der erzstiftischen Delegierten der Stiftsvogt von Kokenhusen Woldemar von Wrangel und der Tolk ein Bruder Heinrich war<sup>1)</sup>. Aber weder Renner noch Wartberge nennen den Ort, wo sich jenes Ereignis zugetragen hat. Wir wissen zunächst nur das eine, dass es ein Ort an der Grenze war.

Eine russische Quelle hilft uns weiter. Das 1. Pleskausche Jahrbuch erzählt kurz und bündig, die Deutschen hätten am 9. September 1341 in Lettgallen im Dorfe Opočna (въ Лотыгорѣ, на селѣ на Опочнѣ) fünf pleskausche Gesandten bei währendem Frieden erschlagen<sup>2)</sup>. Ebenso berichten andre russische Annalen<sup>3)</sup>, haben aber statt des ungewöhnlichen und ganz vereinzelt in Лотыгорѣ das ganz einwandfreie въ Латыгорѣ oder въ Лотыгорѣ, also in Lettgallen, in Lettland. — Die nächste Frage lautet: wo lag das Dorf Opočna? Höhlbaum<sup>4)</sup> glaubt es „in der Nähe der Grenze zwischen den heutigen russischen Gouvernements Witebsk und „Pskow“ als einen damals „zum Fürstentum Pskow“ gehörigen Ort gefunden zu haben, d. h. er verwechselt Opočna mit Opočka. Er hat sich durch die Ähnlichkeit des Namens verleiten lassen und übersehen, dass der Grenzort Opočna nach der übereinstimmenden Angabe russischer Annalen in Lettland zu suchen ist, Opočka aber liegt tief im pleskauschen rein russischen Gebiet an der Velikaja. — Ich habe den Namen Opočna auf beiden Seiten der Ludsenschen Grenzlinie sowohl wie der russisch-lettischen Sprachgrenze gesucht, kurz in dem ganzen Gebiet, das hier noch irgendwie in Frage kommen könnte, habe aber ein Dorf oder Gut dieses Namens nirgends gefunden, wohl aber einen Bach Opočna, der in die V'ada, einen Nebenfluss der Velikaja mündet. An diesem Bach, auf den auch alle sonstigen Voraussetzungen zutreffen, muss das gleichnamige Dorf gelegen haben.

Wir wissen bereits, dass Opočna in Lettland lag und zwar an der damaligen politischen Grenze, die aber die Pleskauer um vier Meilen zurücksetzen wollten. Das Dorf hat offenbar gerade zu jenem lett gallenschen Landstück an der Grenze gehört, das, wie schon erwähnt, die Pleskauer 1340 dem Erzstift abzudrängen suchten und zwar darum, weil die deutsche Herrschaft mit dieser Grenze sich bedenklich nah an die Velikaja heranschob. Ein Blick auf die Karte genügt, um sich davon zu überzeugen. — Aber andererseits gehörte doch die

<sup>1)</sup> Hermanni de Wartberge chronicon Livoniae in Script. rer. Pruss. II, S. 60.

<sup>2)</sup> Полн. собр. русск. лѣтоп. IV, S. 186.

<sup>3)</sup> 4. Nowg., 2. Plesk. u. Sophien-Jahrb. a. a. O. IV, S. 55 u. V, S. 12 u. 222.

<sup>4)</sup> Jüngere livl. Reimchronik, hrsg. v. Höhlbaum, S. 10, Anm. 1.



strittige Grenzlandschaft zu Lettgallen, war also von Letten bewohnt, die deutsche Herrschaft des Krummstabes hatte somit an der Opočna auch die lettische Volks- und Sprachgrenze erreicht, und diese Grenze aufgeben hiess die bereits zur katholischen Kirche bekehrten lettischen Grenzanhänger der russischen Kirche preisgeben. In diesem Zusammenhang muss die interessante Tatsache nachdrücklich betont werden, dass auch heute der Opočna-Bach nicht nur ein Stück der lettisch-russischen Sprachgrenze, sondern in seiner ganzen Länge seit 1920 auch der lettischen Staatsgrenze bildet, für deren Führung bekanntlich der ethnographische Gesichtspunkt massgebend gewesen ist. Die gegenwärtige Staats- und Sprachgrenze deckt sich also hier mit der alten Staatsgrenze, die vermutlich schon seit Ende des 13. Jahrh. bestanden hat. Es kann nicht überraschen, dass sie im grossen und ganzen auch mit der damaligen Sprachgrenze zusammenfällt. Das ist um so bemerkenswerter, als wir dasselbe Verhältnis bei der ganzen lettischen Ostgrenze wiederfinden werden. — Was die oben erwähnten Meilenangaben der jüngeren Reimchronik betrifft, so kann es sich nur um sog. kleine deutsche Meilen zu 4000 Schritten handeln (etwa  $2\frac{2}{3}$  Werst), unter dieser Voraussetzung stimmen sie gut zu den natürlichen Boden- und Siedelungsverhältnissen östlich und westlich von der Opočna-Grenze. Die Karte zeigt uns, wie kurz die Entfernung von hier bis ins dicht bevölkerte Velikaja-Tal ist, wo die flüchtenden Russen Schutz und Hilfe finden konnten, während die Livländer eine unverhältnismässig grössere Strecke aus der weit abgelegenen Grenzmark durch ausgedehnte menschenleere Wald- und Sumpfgebiete zurücklegen mussten, um sich in Sicherheit zu bringen. Die von den Pleskauern verlangte Zurücksetzung der Grenze um vier Meilen (ca. 11 Werst) führt uns an die der Opočna parallel verlaufende alte Nordostgrenze des Ludsenischen Kreises, die zum Teil von der Natur durch einen langausgestreckten Sumpf vorgezeichnet ist. Es hat doch ganz den Anschein, als hätten die Pleskauer nur die Erneuerung einer alten Grenze gefordert, die schon zu Bischof Alberts Zeiten bestanden haben muss, als das bischöfliche Territorium noch nicht über das Berezne-Gebiet am Ostende des Adsel-Landes hinausreichte. Und Pleskau hat sich auch mit dieser Grenze, als sie im 15. Jahrh. tatsächlich wiederhergestellt wurde, schliesslich zufriedengegeben.

Alle diese Momente führen zum Schluss, dass es sich bei dem Konflikt von 1341 um die Opočna-Grenze gehandelt haben wird; den Ausschlag gibt die Identität des Dorf- und Bachnamens, der sich in dem ganzen fraglichen Gebiet nicht wiederholt. Mit der Richtung des Opočna-Laufs ist auch schon die Fortsetzung der Grenze in nordwestlicher Richtung angedeutet.

Die lettisch-russische Sprachgrenze mag hier im Mittelalter ungefähr ebenso verlaufen sein wie gegenwärtig, nämlich mehr oder weniger parallel mit der Nordost-Grenze des Ludsenschen Kreises<sup>1)</sup>, von Charlottenburg, dem alten Virgulica, bis zu den Quellen der Opočna und diese abwärts bis zur Mündung. Sie deckt sich heute mit der lettischen Staatsgrenze, wenngleich die Bevölkerung hier nicht überall eine rein lettische ist. Von dieser Linie weicht nun die erzstiftische Nordgrenze einigermaßen ab. Sie begann nicht bei Charlottenburg, sondern, wie wir schon sahen, beim Kreuzstein Lipinit oder in dessen Nähe und führte zunächst nach dem erzstiftischen Grenzort Kudep. Von hier an ist sie leider nicht genauer festzustellen, aber sie dürfte auch weiterhin bis zur Opočna etwas hinter der heutigen Grenzlinie zurückgeblieben sein. Auf einer historischen Übersichtskarte würde es sich empfehlen, die Grenze von Kudep an dem gleichnamigen Fluss etwa bis zu dessen scharf nordwärts abbiegendem Knie oder noch etwas weiter folgen zu lassen und dann sie durch eine gerade west-östliche Linie bis zum Oberlauf der Opočna anzudeuten. Diese Grenzlinie lässt, wie auf der Karte leicht zu ersehen, das Land zwischen der uns bekannten Marienburgschen Grenze und dem Oberlauf des Kudep im Besitze Pleskaus. Das ist das vielbesprochene Gebiet der sog. Laura-Kolonie, das erst 1923 nach langen lettisch-estnischen Verhandlungen endgültig Lettland zugefallen ist. Bewohnt wird es jetzt von Letten und Russen, es hat aber bis 1920 zum Gouvernement Pleskau gehört und nie zu Altlivland. Denn einerseits stiessen hier Ordensgebiet und pleskausches Territorium stets unmittelbar aneinander und andererseits liegt, wie schon erwähnt, nicht der geringste Grund zu der Annahme vor, dass der Orden an seiner Marienburger Ostgrenze jemals Land an Pleskau eingebüsst habe.

Nach dem Zeugnis unsres jüngeren Reimchronisten hat die Opočna-Grenze schon vor 1341 bestanden, die Russen wollten sie ja damals „na dem olden“ nicht mehr anerkennen. Vermutlich war sie schon zu Ende des 13. Jahrh. erreicht. In den schweren langwierigen Kämpfen mit Pleskau, die Ende 1341 wieder ausbrachen, stützten sich die Livländer mit bestem Erfolge auf die neuen 1342 erbauten Burgen Neuhausen und Marienburg und behielten das Übergewicht. Trotz heftiger Angriffe wurden die strittigen Grenzen behauptet und „durch Marienburg auch die östlichen Teile des Erzstifts geschützt“<sup>2)</sup>. Dahin gehörte aber vor allem der Grenzdistrikt an der Opočna. Erst 120 Jahre später, zu Anfang der 60er Jahre des 15. Jahrh.,

<sup>1)</sup> Cf. Bielenstein a. a. O. S. 12.

<sup>2)</sup> Arbusow, Grundriss der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands, 4. Aufl., S. 63.



haben ihn die Pleskauer durch einfache Okkupation kampflos an sich gebracht und, wie üblich, durch einen Festungsbau sich gesichert<sup>1)</sup>.

Die Opočna hat sich uns als ein Stück der mittelalterlichen livländischen Landesgrenze erwiesen, und es fragt sich nun, ob diese nicht auch weiterhin nach Süden mit der gegenwärtigen lettischen Sprach- und Staatsgrenze zusammenfällt. Um die alte erzstiftische Ostgrenze in ihrem ganzen Verlauf einigermaßen feststellen zu können, brauchen wir ausser der Opočna mindestens noch einen Punkt, und der lässt sich finden. 1478 wurde der Friede von den Russen gebrochen, der Krieg begann von neuem. Wie wir aus einem Brief des Meisters Bernd von der Borch an den Hochmeister (1480 Januar 20) erfahren, fiel ein aus erzstiftischen und Ordenstruppen bestehendes Heer von Marienburg aus durch die erzstiftische Landschaft Purnau ins Pleskausche ein und verbrannte am 1. Januar 1480 ein grosses hölzernes Schloss, das, wie der Meister hinzufügt, die Pleskauer zu Lebzeiten des sel. Erzbischofs Sylvester (gest. 1479) im Lande des Erzstiftes Riga errichtet hatten<sup>2)</sup>. Ebenso berichtet auch der pleskausche Annalist, nennt aber auch den Namen des Schlosses, es hiess Vyschegorodok<sup>3)</sup>. Die Pleskauer hatten spätestens seit 1464 einen beträchtlichen Teil der erzstiftischen Landschaft Purnau annektiert<sup>4)</sup> und dort 1476, wie sie das in solchen Fällen regelmässig taten, zur Sicherung ihres Raubes eine Festung errichtet, eben jenes Vyschegorodok<sup>5)</sup>. Die Ortschaft existiert noch heute unter diesem Namen und liegt am rechten Ufer der Lada, eines Flüsschens, das in die Ūtroja

<sup>1)</sup> 1. u. 2. Plesk. Jahrb. a. a. O. IV, S. 221 f. u. V, S. 34. Im Septemberjahr 1461/62 bauten die Pleskauer eine neue Burg auf dem Volodčina-Berg (на Володчинѣ горѣ) und nannten sie offenbar nach dem Berge Volodimerec, nicht zu verwechseln mit der Burg Vladimirec östlich von Ostrov. Ich identifiziere den Volodčina-Berg mit einem Höhenzug, der 7—8 Werst westlich von der Opočna ihr parallel verläuft und auf oder an dem das Dorf Volodkina liegt. Zwei Werst südlicher finden wir auf demselben Höhenzug das Dorf Gorodec, eine altertümliche Bezeichnung für eine kleine Festung. Die vermutlich hölzerne kleine Burg Volodimerec ist offenbar bald bedeutungslos geworden und eingegangen und ihr Name in Vergessenheit geraten, sie wird in der Folge nicht mehr erwähnt, auch auf Karten habe ich den Namen Volodimerec in der angezeigten Gegend vergebens gesucht.

<sup>2)</sup> Mitteilungen a. d. Geb. der Gesch. Liv-, Est- u. Kurlands, Bd. IV, S. 125 f. — Die Pleskauer hatten das hölzerne Schloss „an de Pornauwe“ gebaut, wie es in einem Brief des Ordensmeisters 1480 Jan. 7 an Reval heisst. Nach einer Abschrift im Archiv der Ges. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga.

<sup>3)</sup> 1. Plesk. Jahrb. a. a. O. IV, S. 262. — 2. Plesk. Jahrb. a. a. O. V, S. 38.

<sup>4)</sup> Cf. LUB. XII n. 840 und besonders das Schreiben des Meisters an den Hochmeister v. 8. Sept. 1480 in Mitteilungen IV, S. 134 f.

<sup>5)</sup> 1. Plesk. Jahrb. a. a. O. IV, S. 252.

mündet. Im Jahre 1481 erfolgte der grosse Russeneinfall bis tief ins Innere Livlands und im Herbst dieses Jahres kam es zu einem zehnjährigen Frieden, der aber nur eine Wiederholung des Beifriedens von 1474 war. Livland musste auf die Wiedergewinnung der alten Landesgrenzen verzichten, die usurpierten Gebiete verblieben bei Pleskau<sup>1)</sup>. Offenbar schon damals sind die Livländer im erztiftischen Gebiet bis auf die Linie zurückgedrängt worden, die wir als die alte Ludsensche Kreisgrenze bereits kennen und die auf lange Strecken durch Flüsse und Bäche gebildet wird. Bei einer kartographischen Darstellung bleibt keine andre Wahl, als diese Linie als die jüngere Ostgrenze des Erztifts anzunehmen, die bis zum Untergang Altlivlands bestanden hat. Auch sie wurde vom Grossfürsten Vassily IV. angestritten, er wollte die Peddez als Grenzfluss anerkannt wissen, beanspruchte also die ganze Landschaft Purnau mitsamt ihrem nördlichen Teil, der Villack. Der Landtag zu Wolmar 1516 konstatierte, dass diese Gebiete, „seit Livland gestanden“, zu keinen Zeiten „rusch“ gewesen seien. Jasper Linde, seit 1509 Erzbischof von Riga, hatte zum Schutze der neuen Grenze die hölzerne Feste Villack auführen lassen, nach 1516 aber wurde sie aus Stein aufgebaut, es ist die nachmals Marienhausen genannte Burg<sup>2)</sup>. Eine genaue Regulierung der livländisch-pleskauschen Grenze, die vielfach an einer gewissen Unbestimmtheit litt, war im Friedensvertrage von 1509<sup>3)</sup> vorgesehen, aber in bezug auf die Purnau, deren neue Grenze vertraglich erst festgestellt werden sollte, galt sie in Livland wegen der russischen Ansprüche für sehr bedenklich und wurde gern immer wieder aufgeschoben.

Doch sehen wir uns nun die ältere Ostgrenze des Erztifts etwas genauer an. Vyschgorodok liegt am Ostufer der Lada, 6 bis 7 Werst westlich von der Lža, und durch einen Blick auf die Karte kann man sich davon überzeugen, dass es hier eine andre natürliche Grenze ausser diesem Flusse gar nicht gibt. Dazu kommt nun, dass die Fortsetzung der Opočna-Grenze, bis auf ein paar kurze Trockenstrecken nur durch Flussläufe vermittelt, ungezwungen und naturgemäss zu einer Verbindung mit der Lža führt. Die Karte zeigt uns hier eine der alten Ludsenschen Kreisgrenze parallel verlaufende, fast

<sup>1)</sup> Cf. Cosack, Livland u. Russland zur Zeit des Ordensmeisters Johann Freitag in „Hansische Geschichtsblätter“ Bd. 28, S. 6, Anm. 9.

<sup>2)</sup> Akten u. Rezesse der livl. Ständetage III n. 66, 2. — Stavenhagen, Fortsetzung einer livl. Bischofschronik in „Mitteilungen“ Bd. 17, S. 90 n. Anm. 3. — Bruiningk, Messe u. kanonisches Stundengebet in „Mitteilungen“ Bd. 19, S. 227.

<sup>3)</sup> LUB. II, 3 n. 584 Art. 3. Über die Unbestimmtheit der Grenzen s. die Bemerkungen des Meisters auf dem Landtag zu Wolmar 1512 in Akten u. Rezesse der livl. Ständetage III n. 53, 13.



ununterbrochene Wasser-Linie, gebildet durch Opočna, V'ada, Kuchva, Utroja, Lza. Nur diese Linie können wir im wesentlichen als die ältere erztiftische Landesgrenze gegen Pleskau ansprechen, die bis in die 60er Jahre des 15. Jahrh. tatsächlich bestanden hat. Und diese Linie deckt sich vollkommen mit der heutigen seit 1920 geltenden Staatsgrenze, die zugleich auch die ethnographische ist. Wesentlich anders kann auch die altlivländische Landesgrenze vor 1470 gar nicht verlaufen sein. Soviel steht fest. Durch diese frappante Übereinstimmung wird Bielensteins Annahme, dass die alte Landesgrenze auch im Mittelalter Sprachgrenze war, dass auch damals schon die politische Grenze mit der ethnographischen zusammenfiel, sehr wesentlich gestützt. Die lettische Volksgrenze zu erreichen lag im Interesse der katholischen Kirche und wurde ihr durch die Kenntnis der Sprache erleichtert, und andererseits überstieg es die Kraft der geistlichen Machthaber Altlivlands, darüber hinaus ihre Herrschaft ins russische Volkstum hinein auszudehnen.

So darf ich denn als Schlussresümee den Satz aufstellen: Die beiden erztiftischen Grenzlinien, die ältere äussere und die jüngere innere, umschliessen ein Territorium, das bis ca. 1470 zu Livland gehört, unter der Herrschaft der Rigaschen Erzbischöfe gestanden hat. Die altlivländische Landesgrenze hat bis ca. 1470 das lettische Volkstum so gut wie restlos umschlossen und vor der Entnationalisierung bewahrt. Schon im 13. Jahrh. war dieses Ziel im wesentlichen erreicht. Zwar mussten die Deutschen nach der schweren Niederlage von 1242 auch das östliche Lettgallen aufgeben, aber wohl noch im Laufe desselben Jahrhunderts haben sie nach dieser Richtung das verlorene Terrain wiedergewonnen.

Was aber wurde nach der pleskauschen Annexion aus den lettischen Bewohnern jenes abgetrennten Grenzgebiets, die nach Bielenstein nie zur römisch-katholischen Kirche gehört haben sollen? Dass die katholischen Priester vertrieben wurden, ist selbstverständlich, und damit war das kirchliche Schicksal der Bevölkerung im Grunde schon entschieden. Die Einwohner wurden einfach umgetauft, gewaltsam der orthodoxen Kirche einverleibt und z. T. auch nach Russland verschleppt. Auf diese Weise empfingen sie ihren neuen Glauben von Pleskau, wo jetzt ihre Herren sassen. Im Frühling 1479 schreibt der Meister, die Pleskauer hätten in dem annektierten erztiftischen Gebiet kürzlich zu grosser Schwächung der Christenheit 173 Menschen „in ere Reuschen ee getoft“. Ebenso meldet er 1480 Januar, die armen Leute seien von den Russen „in ere ee“ getauft und vom Christenglauben gedrungen worden. Ferner berichtet der Hochmeister am 21. Februar 1480, die Russen hätten Untertanen des Erzbischofs von Riga sowohl wie des Ordens umge-

tauft und in ihr Land verschleppt (*molestarunt... aliquot in suam fidem rebaptizando abscisam et eos in suam patriam trahendo...*<sup>1)</sup>). Als Pleskau im August 1480 in Gefahr schwebte, vom livländischen Heer erstürmt zu werden, bot es die Rückgabe der Purnau an und „ouch dy sie yn ere ee gedofft hatten“, was doch nichts andres bedeuten kann, als die Freigabe der zum Übertritt gezwungenen und nach Russland verschleppten Personen<sup>1)</sup>. Diese Beispiele dürften genügen. — An ihrer Nationalität dagegen haben jene uransässigen „pleskauschen“ Letten ungemein zäh und lauge festgehalten; aber vor einem Menschenalter war ihre Russifizierung immerhin schon so weit vorgeschritten, dass sie heute wohl irreparabel erscheint.

#### IV. Die Rositten-Dünaburgsche Ordensgrenze.

Die heutige Ostgrenze Lettlands von der Lža bis zur Düna weicht nur an ihrem Südennde beträchtlich von der alten Grenze Polnisch-Livlands ab: der westliche Teil des Bezirks Rossica, der nie zum eigentlichen Polnisch-Livland gehört hat, ist Lettland zugefallen. Dieser Bezirk war ein Stück des Drissaschen Kreises und wurde erst in neuerer Zeit (1861) von der russischen Regierung aus Verwaltungsrücksichten mit dem Dünaburgschen Kreise vereinigt. Abgesehen von dieser einzigen nennenswerten Abweichung, haben wir es auch hier auf der ganzen Strecke mit einer uralten politischen Grenzlinie zu tun, was sich aus der fast durchgängigen Konstanz der Volks- und Sprachgrenze erklärt. Jene Linie beginnt bei dem Punkte, wo die Lža nach Norden hin Grenzfluss wird, und setzt sich auch südwärts in Flussläufen und durch Flussreviere fort, als da sind: die Sinja (Sinjaja oder Sinjucha), d. h. Blauer Fluss, mit den Nebenflüssen Rubež (= Grenze) und Pernovka, ferner die Zarjanka und ihr Nebenfluss Ossunica, und zuletzt die Indrica, mit deren Einmündung in die Düna dieser Grenzabschnitt endet. Und mit dieser alten Grenze, die annähernd oder im wesentlichen schon gegen Ende des 13. Jahrh. erreicht worden sein muss, ist das Rositten-Dünaburgsche Ordensland nach mancherlei Kämpfen und Wechselfällen seinerzeit an Polen und dann 1772, bei der ersten polnischen Teilung, an Russland gefallen. Dass es die alte Ordensgrenze ist, soll nun im folgenden an einer Reihe von Flüssen und Ortschaften belegt werden.

Die Güter Gross- und Klein-Nederitz, lettisch Nidrica, polnisch Indryca genannt<sup>2)</sup>, gehörten nachweislich zum Komtureigebiet Dünaburg, und der gleichnamige Bach, an dem sie

<sup>1)</sup> Napiersky, Index 2393. — Mitteilungen Bd. 4, S. 125 f. u. 134 f. — Das Schreiben des Hochmeisters nach einer Abschrift im ehemal. Ritterschaftsarchiv zu Riga.

<sup>2)</sup> Bielenstein a. a. O. S. 459.



liegen, bildete hier seit alters die Grenze<sup>1)</sup>. 1471 fand an der „Indritz“ ein sog. Richteltag statt, zu dem sich Vertreter Rigas und des Ordens und litauische „Schiedsrichter“ aus Polock versammelt hatten, um allerlei Streitfragen zu verhandeln und zu schlichten<sup>2)</sup>. Solche Richteltage wurden stets an der Grenze oder doch in deren Nähe abgehalten. — Auch die Ossunica muss schon zur Ordenszeit Grenzbach gewesen sein, denn das von ihr an der Südseite begrenzte Gebiet Ossun hat ehemals der Vogtei Rositten unterstanden<sup>3)</sup>. — Die Ossunica mündet in die Zarjanka, die den Rosittenschen Kreis vom Drissaschen scheidet. Die Zarjanka ist uns in einem amtlichen polnischen Visitationsbericht v. J. 1599 über den Rosittenschen Schlossbezirk als eine „uralte Grenze“ (starodawna granice) bezeugt<sup>4)</sup>. — Weiter nordwärts wird die Grenze auf eine lange Strecke hin durch den Lauf der Sinjucha in der Weise bestimmt, dass sie diese auf der Ostseite in kurzer Entfernung und zuletzt als ihr Nebenflüsschen Pernovka bis zur Vereinigung mit ihr begleitet. So entsteht ein Landstreifen, durchschnittlich etwa 3 Werst breit, der auch heute noch schwach besiedelt und reich an Wald und Morästen ist, ehemals aber mit einem geschlossenen Grenzwald bedeckt war. Aus einem polnisch geschriebenen Visitationsbericht v. J. 1599 über das Ludsensche Schloss erfahren wir darüber folgendes: „Das Ludsensche Schloss liegt 4 Meilen von der Moskowischen Grenze. Beide Länder Ludsen [d. h. die Grenzstarostei] und Moskau grenzen fast überall unmittelbar an einander, sind aber durch Moräste, Heiden und weit ausgedehnte Wälder von einander getrennt, so dass nicht nur Truppen, sondern auch Privatpersonen nur durch Führung besonders dazu aufgestellter und mit den Wegen bekannter Wachen hier passieren können<sup>5)</sup>. Die Entfernung des Ludsenschen Schlosses von der Grenze ist mit 4 Meilen vollkommen richtig angegeben, wenn wir die Wegstrecke ins Auge fassen und die Meile zu 7 Werst ansetzen. — Auf dem linken Ufer der Sinjucha, knapp 4 Werst von der Grenze entfernt, liegt das Gut Possin, das der Ordensmeister Fürstenberg 1559 einem

1) Livl. Güterurkk. II n. 572 u. 712.

2) LUB. XII n. 833. 843. 846. 856.

3) Manteuffel, *Infanty Polskie*. S. 86. 123 ff. u. 144 f. M. benutzt hier ein in poln. Sprache abgefasstes amtliches Inventarium des Rosittenschen Schlossbezirks v. J. 1599.

4) Manteuffel a. a. O. S. 124. Es ist das oben erwähnte Rosittensche Inventarium.

5) Hier zitiert nach Neumann, *Die Ordensburgen im sog. polnischen Livland* — in „Mitteilungen“ Bd. 14, S. 319. Neumann benutzt einen Artikel von Manteuffel in der Krakauer poln. Zeitschrift *Przegląd Powszechny* Jg. 1884 Bd. I, S. 18 ff., die mir nicht zugänglich gewesen ist.

Heinrich Zimmermann verlieh<sup>1)</sup>. Es war also Rosittensches Ordensland. — Dasselbe ist auch für das nördlicher gelegene Gut Janovol nachweisbar, das früher den Namen Ramlen führte. Es wurde 1561 vom Ordensmeister Gotthard Kettler einem Johannes von Manteuffel-Szoege zu Lehn verliehen; die Ramlenschen Besitzungen waren zu diesem Zweck vom Gebiet Ossun, das der Vogtei Rositten unterstand, völlig abgesondert worden. Der Hof Janovol liegt nur vier Werst westlich von der Sinjucha und der alte ausgedehnte Ramlensche Güterkomplex mag sich wohl bis zur Grenze erstreckt haben<sup>2)</sup>.

Weiter nördlich gelangen wir zum Sinje-, d. h. Blauen See; er wird von der Sinjucha (oder Sinja), die kurz vor dem See die Grenze zu bilden beginnt, durchflossen, liegt also an oder richtiger auf der Grenze, und dass diese zur Ordenszeit hier ebenso verlief wie heute, lässt sich erweisen. Der pleskausche Annalist erzählt, im März 1469 sei bewaffnete deutsche und ödische Mannschaft, geführt von zwei russischen Verrätern, trotz des Friedens beim Sinje-See ins pleskausche Gebiet eingedrungen und hätte hier 26 pleskausche Russen erschlagen und ihre Wohnungen niedergebrannt. Die Verräter wohnten beide nicht weit vom Sinje-See auf pleskauschem Boden und unterhielten von dort aus verräterische Beziehungen in Grenzangelegenheiten zu den Deutschen jenseits der Grenze. Erst anderthalb Jahre später wurde ihr Verrat aufgedeckt, der eine darauf zu Tode gefoltet, der andre auf dem Eise des Sinje-Sees gehängt<sup>3)</sup>. Dieser Bericht gewährt einen gewissen Einblick in die Art der Grenzkonflikte und ihrer Entstehungsursachen, worauf ich indessen hier nicht weiter einzugehen habe. Es genügt die Feststellung, dass auch zur Ordenszeit der Sinje- oder Blaue See an der Grenze lag und dass die diesen See durchfließende Sinja noch eine Strecke abwärts die naturgegebene Grenze gewesen sein muss.

<sup>1)</sup> Manteuffel, *Inflanty Polskie*. S. 125. Er schöpft auch hier a. d. schon erwähnten poln. Visitationsbericht oder Inventarium des Rosittenschen Schlossbezirks v. J. 1599.

<sup>2)</sup> Manteuffel a. a. O. S. 124 f. und ausserdem S. 67, 83, 86 u. 154 f. Seine Quelle ist ausser dem gen. Inventarium das lateinisch geschriebene Revisionsprotokoll v. J. 1599, das abschriftlich auch in der Bibliothek der Ges. f. Gesch. u. Altertumsk. Handschrift n. 360 vorliegt.

<sup>3)</sup> 1. Plesk. Jahrb. a. a. O. IV, S. 233. Es sei auf die interessante Tatsache hingewiesen, dass hier die Leute, mit denen zusammen die Deutschen den Überfall ausführten, Чюдъ, Čuden genannt werden. Haben wir dabei wirklich an Esten zu denken — die estnischen Sprachinseln um Janovol und Michailovo haben doch wohl damals noch nicht existiert —, oder nicht vielmehr an eingeborene Letten! Werden doch die livländischen Letten noch heute von den Letten und Russen Lettgallens oft als „Tschuknas“, Чухна bezeichnet, was dasselbe bedeutet wie Čude, Чудъ. Cf. Bielenstein a. a. O. S. 14.



Bei der Mündung ihres Nebenflüsschens Rubež beginnt eine auffallende Einbuchtung der Grenze: sie führt zunächst den Rubež aufwärts, dann den Pitel-See entlang und schliesst sich zuletzt nach einigen durch Terrainverhältnisse bedingten Zickzacklinien der Lza an. Mit dieser Einbuchtung hat es eine besondere Bewandtnis. Wenn wir von der grössten östlichen Ausbuchtung des Ludsenischen Kreises, nämlich der Umgebung der Flecken und Güter Possin und Lauder absehen, die nicht mehr von Letten in kompakter Masse, sondern wesentlich von Weissrussen bewohnt wird, so können wir sagen, dass die Ostgrenze des lettischen Volksstammes mit seiner heutigen Staatsgrenze zusammenfällt, — ein Beweis für die Konstanz der lettischen Sprachgrenze. Und diese Volks- und Staatsgrenze verläuft in einer ziemlich geraden Linie senkrecht von Norden nach Süden<sup>1)</sup>. Die einzige auffallende Abweichung von dieser geraden Linie besteht in der tiefen Einbuchtung westlich und südwestlich von der pleskauschen Beistadt Krasnyj und ist auf eine gewaltsame Grenzverschiebung durch die Pleskauer zurückzuführen. In der Amtszeit des Meisters Wolthus von Herse und seines Nachfolgers beklagt sich der Orden wiederholt über von Pleskau ihm zugefügten Landverlust, und dieser ist jedenfalls vor 1471 und wahrscheinlich nach 1464 erfolgt<sup>2)</sup>. Bei der Durchführung der pleskauschen Annexionspolitik hat die weit vorgeschobene Burg Krasnyj zweifellos eine Hauptrolle gespielt. Sie wurde 1464 an der Sinja, nur zehn Werst von der livländischen Grenze entfernt, zunächst aus Holz aufgebaut<sup>3)</sup>. Ihre Lage war gut gewählt, ihr Zweck unverkennbar aggressiv. Von dieser Burg aus konnte gleicherweise gegen das erztiftische Grenzland wie gegen das Rositensche Ordensgebiet operiert werden. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass auch in diesem Falle bereits vollzogene Okkupationen durch die neue Burg gesichert werden sollten, aber die grössere Wahrscheinlichkeit spricht doch dafür, dass man wenigstens den Orden erst nach Vollendung des Burgbaus zu berauben wagte. — Im März 1471 kam der Komtur von Marienburg Bernd von der Borch nach Pleskau und erhob im Auftrage des Ordensmeisters Wolthus von Herse u. a. auch ernstliche Vorstellungen wegen eines Stück Landes hinter oder jenseits der Burg Krasnyj (за Краснымъ городкомъ), dessen Rückgabe an den Orden die

<sup>1)</sup> Bielenstein a. a. O. S. 11 u. 22.

<sup>2)</sup> Ich sehe hier ganz von der Fischereibefugnis ab, die der Orden im Gewässer von Zalačko am Südende des Peipus seit 1458 eingebüsst hatte. Hier ist nur vom Verlust an Ordensland die Rede.

<sup>3)</sup> 1. Plesk. Jahrb. a. a. O. IV, S. 228.

Pleskauer verweigerten<sup>1)</sup>. Wer in Pleskau von einem Landstück jenseits der Burg Krasnyj spricht, kann dabei nur die Lage südlich von dieser Burg im Auge haben. Sieht man sich nun daraufhin die Karte an, so erkennt man sofort, dass das annektierte Ordensland nur das Landstück in der obenerwähnten tiefen Grenzeinbuchtung südlich oder genauer südwestlich von Krasnyj sein kann. Diese Einbuchtung setzt sich aber nordwärts noch eine Strecke weit ins ehemals erztiftische Gebiet hinein fort.

Der Sachverhalt ist demnach unverkennbar der gewesen, dass die Pleskauer in der Nähe von Krasnyj und im Zusammenhang mit der Annexion der halben Purnau auch ein unmittelbar angrenzendes Stück Land des Rosittenschen Grenzgebiets okkupiert hatten und es dem Orden gewaltsam vorenthielten<sup>2)</sup>. Es ist das Landstück mit dem Pitel-See und erweist sich mitsamt seiner nördlichen Fortsetzung innerhalb der Einbuchtung als ein öder, fast menschenleerer, aus Heide-, Wald- und Moorland bestehender Grenzstrich mit Wildnischarakter, wie er uns ja für jene alte Ostgrenze ausdrücklich bezeugt ist. — Eine Linie von der Sinja bei der Rubez-Mündung bis zum Hohen See und fortgesetzt durch einen Bach bis zur Lza dürfte die ursprüngliche Grenze (bis ca. 1464) gebildet haben; sie umfasst die Grenzwildnis und lässt die auffallende Einbuchtung völlig verschwinden. Dieser Landverlust des Ordens war also an sich, wie wir sehen, ziemlich unbedeutend, und er ist auch der einzige geblieben. Es hat sich hier um einen Grenzstreifen gehandelt, der allem Anschein nach schon längst strittig war. 1427 wurden, wie der Pleskauer Annalist erzählt, sechs Bienenzüchter, Leute aus Opočka, von den Deutschen „auf unsrem Lande“ erschlagen, offenbar doch an einer strittigen Grenze. Opočka aber liegt dem nördlichsten Abschnitt der Rosittenschen Ordensgrenze am nächsten, und gerade auf diesen Grenzstrich weist auch der Umstand hin, dass

<sup>1)</sup> A. a. O. S. 236 f. Cf. Cosack, Livland u. Russland zur Zeit des Ordensmeisters Johann Freitag (Hansische Geschichtsblätter Bd. 28, S. 3. Anm. 2). — Das annektierte Stück Land war natürlich zum Gebiet von Krasnyj geschlagen worden. Krasnyj wurde eine sog., Beistadt (пригородъ), d. h. das mit einer Burg versehene Verwaltungszentrum eines besonderen Landkreises.

<sup>2)</sup> Auf dem Landtage zu Walk im Sommer 1498 konstatiert Plettenberg, dass dem Erzbischof in der Purnau, dem Bischof von Dorpat an seinen Grenzen und dem Orden „yn siinen landen na Rositen unde tor Ladszen... vele averfall, antastinge unde gewelde geschege“. Von der Marienburgschen Grenze ist, wie man sieht, gar nicht die Rede. Es handelt sich hier aber nicht nur um neuerdings erfolgte Grenzverletzungen, sondern auch und vor allem um Behauptung alter Annexionen, die schon in den 60er Jahren und zum Teil noch früher begonnen hatten. — Akten u. Rezesse der livl. Ständetage III n. 10, 16.



die Deutschen bei derselben Gelegenheit noch eine kleine „Stossreise“ die „Uska“ entlang auf Opočka zu ausführten<sup>1)</sup>.

\* \* \*

Auf der ganzen langen Strecke von der Narowa-Mündung bis zur Düna bildet die erztiftische Ostgrenze eine Ausnahme in dem Sinne, dass sie die einzige ist, die noch vor dem Ende Altlivlands eine tiefeingreifende Veränderung erfahren hat. Altlivland hat sich allerdings auch an seiner estnischen Grenze auf dem Peipus und der Peipusinsel Piirisaar sowie auf der Narowa unterhalb Narwas bedeutsame und folgenschwere Grenzverschiebungen von Pleskau und Nowgorod gefallen lassen müssen, die aber dem Areal nach sehr unbedeutend waren und dabei die einzigen. Wie erklärt sich der Umstand, dass südlich vom Peipus das Erzstift allein durch die pleskauschen Expansionsbestrebungen so schwer betroffen wurde? Das ist in erster Linie vom pleskauschen Gesichtspunkte der Landesverteidigung aus zu erklären. Die Velikaja mit ihren dicht bevölkerten Ufern war die Hauptverkehrs- und Lebensader des pleskauschen Staats, sie vermittelte den Verkehr zwischen dem Norden und Süden des langgestreckten, aber relativ schmalen pleskauschen Territoriums. Ein livländischer Vorstoss bis zur Velikaja oder über sie von der bedenklich nahen Opočna- oder Purnau-Grenze aus schnitt diesen Verkehr ab, unterband den Zusammenhang. Dass die Pleskauer an der unbequemen und unter Umständen gefährlichen Nähe dieser Grenze Anstoss nahmen und nehmen mussten, ist durchaus verständlich. Darum machten sie Ostrov zu ihrer stärksten Festung, und darum haben die Livländer sich so lange nicht entschliessen können, in der Purnau überhaupt eine Festung anzulegen. Es unterblieb aus Rücksicht auf die Pleskauer, die darin zweifellos eine schwere Herausforderung gesehen hätten. Das von der ursprünglichen Grenze weit zurückliegende Marienhausen wurde erst nach 1516 aus Stein gebaut und der Entschluss dazu fiel den Livländern gar nicht leicht.

Der andere Grund des pleskauschen Vordringens ist ein mehr wirtschaftlicher gewesen. Im dicht besiedelten Velikaja-Tal scheint sich damals ein starkes Bedürfnis nach Land fühlbar gemacht zu haben, das nach den nahen zum Teil fast menschenleeren livländischen Grenzgebieten drängte. Es waren nicht immer Banden, die plündernd, raubend und mordend über die Grenze einbrachen, sei es, um vermeintliches Unrecht zu rächen, sei es aus angeborener Neigung zum Räuberhandwerk, es drängten sich auch in friedlicher Form unerwünschte Elemente unbemerkt herüber, die sich hier an der livländischen Grenze in unbesie-

<sup>1)</sup> 1. Plesk. Jahrb. a. a. O. IV, S. 205.

delter Wildnis, aber doch auf fremdem Grund und Boden, anfangs oft unbeachtet, ihre Katen bauten und sich ansässig zu machen suchten. Und Pleskau konnte daraus nachträglich eine angebliche Berechtigung zu Grenzverschiebungen ableiten. Oft genug geschah es, dass die Hütten solcher Eindringlinge abgerissen oder verbrannt, sie selbst vertrieben, erschlagen oder „hinausgebrannt“ wurden, wie sich ein Vogt von Rositten einmal ausdrückte. Vorkommnisse dieser Art werden immerhin schon so oft erwähnt, dass man nicht mehr von bloss vereinzelt Fällen reden kann. — Also einerseits die übermässige Vorgeschobenheit der erztiftischen Grenze, die sich in der Ostrovschen Gegend bis auf wenige Werst der Velikaja näherte, und andererseits die ungewöhnlich starke Differenz der Bevölkerungsdichtigkeit hüben und drüben haben letzten Endes auch zu den Ursachen der pleskauschen Annexionspolitik gehört. Hinter ihr aber stand bald zurückhaltend, bald fördernd die moskausche Grossmacht mit einer Politik im grossen Stil und auf weite Sicht, die über die kleinen Interessen Pleskaus hinaus auf den Besitz baltischer Ostseehäfen abzielte.

---



## Religiöse Strömungen in Riga im 17. Jahrhundert.

Von Pastor Joh. Kirschfeldt.

„Sonn- und Fest-Tages Betrachtung — Gebet- und Dank-sagen, welche auss GOTTES Wort zusammen getragen Und züfoderst GOTT zu Ehren Und zu seiner selbsttröstlichen und seligen Erbauung aufgesetzt hat Melchior Fuchs, Aeltester Burgemeister in RIGA und Praeses Consistorii daselbst“ (Gedruckt bei Heinrich Bessmessen, Anno 1675), — so lautet der Titel eines Buches, welches Einblick gewährt in das religiöse Leben des XVII. Jaarhunderts in unserer Vaterstadt Riga.

Im Vordergrund steht, selbstverständlich, die Persönlichkeit des Verfassers jenes Buches, aber aus manchem Hinweise lässt sich schliessen auch auf das religiöse Leben in Riga.

Melchior Fuchs war ein aufrechter Protestant mit einem starken Gottesglauben, und als frommer Protestant tritt er an die Ereignisse des Lebens heran, wertet oder verurteilt die mancherlei Erscheinungen des politischen, religiösen und kulturellen Lebens von Riga. Die Art und Weise, wie er urteilt, zeigen immer wieder den frommen Protestanten. Man fühlt es beim Lesen, dass jene Zeit eine Zeit des Kampfes und des Werdens war.

Von politischen Ereignissen haben am deutlichsten Spuren hinterlassen die Russengefahr unter Alexei Michailowitsch und die polnische Belagerung unter Gonsiewsky.

In beiden Fällen heisst es: Gott hat geholfen!

Aber neben diesem Dank eines frommen Gemüts gegen Gott hat die Russengefahr ein Grauen vor den Schreckensbildern der Verwesung gezeitigt, das durch das ganze Buch hindurchzittert und M. Fuchs zu Vergleichen verleitet, welche uns bizarr anmuteu. Es ist aber in Betracht zu ziehen, dass jene russische Belagerung mit der Pest im Gefolge ein gewaltiges Sterben in Riga gezeitigt hatte. In den „Annales rigenses“ vom Jahre 1657 liest man eine Randbemerkung: Vom 28. August bis zum 27. Februar wurde in der Grossen Gilde gepredigt, weil man in den Kirchen, wo die Pestleichen häufig begraben wurden, vor giftigem Hauch nicht aushalten konnte.

Im zweiten Falle, der polnischen Belagerung, tritt an die Seite des Dankes gegen Gott für Errettung noch der Dank für die Abwendung der Gefahr einer Gewissensknechtung durch die Katholiken.

M. Fuchs, als aufrichtiger Protestant, wusste, was er am Evangelium habe, und dementsprechend lautet sein Urtheil über den Katholizismus: päpstliche Finsternis, greuliche Abgötterei, verführerische Lehren.

Es ist aber ein schönes Zeichen für das religiöse Bewusstsein jener Zeit, dass er sich nicht nur in abfälligen Urtheilen über den Gegner ergeht. Nein, das Kritisieren des Gegners lässt M. Fuchs sich besinnen auf das, was er dem Protestantismus zu danken habe: die Gewissheit der Gnade Gottes.

Es heisst hier, dass Gott den Menschen mehr schenke, als nur den irdischen Frieden, von dem man letzten Endes ja doch nur sagen könne: Weltfriede — Geldfriede. Gott schenkt uns mehr, denn durch sein heiliges Wort hat er uns verkündigt die Gnade, welche uns den wahren Frieden gibt. Dabei dankt M. Fuchs dem Herrn dafür, dass er den Einwohnern Rigas seine Wohltaten „täglich predigen lässt“, und daher singt er nach überstandener Gefahr:

Ein feste Burg war unser Gott,  
Ein gute Wehr und Waffen:  
Er halff uns frey aus aller Noth,  
Die uns damals hart traffen<sup>1)</sup>.

Zusammenfassend kann man urtheilen: ein frommer Protestant, der ein bewussteres Verhältnis zu Gott und seiner Kirche hatte, als es bei den meisten Menschen heutigen Tages der Fall sein dürfte.

Darf man hieraus den Schluss ziehen, dass jene Zeit im allgemeinen ebenso bewusst zu Gott und Kirche stand?

Dies scheint nicht der Fall gewesen zu sein, denn in jenem Andachtsbuche finden wir schmerz erfüllte Klagen darüber, dass Hoffart, Tanz, Ehebruch und Zauberei häufig genug anzutreffen seien. Zornig ruft M. Fuchs aus: der Teufel hat den Vortanz. Ausserdem tadelt ernst der erste Bürgermeister von Riga die Bestechlichkeit. Ja, in der Handelsstadt Riga scheint das Geld in jener Zeit eine grosse Rolle gespielt zu haben, denn in einem Gebet wird Gott geklagt, dass „wir dem Mammon zu Dienst uns unterwerffen, von dir abfallen, und deiner Gaben zur Hoffart, zur Verschwendung und zum Geitz also missbrauchen wolten, dass wir weder uns selbst, viel weniger den armen nothleidenden Menschen damit solten gutes thun. Durch solchen Missbrauch deiner Gaben säen wir auff das Fleisch, und werden von dem Fleisch das Verderben erndten“<sup>2)</sup>.

Freilich, von einer allgemeinen Demoralisation jener Zeit haben wir kein Recht zu reden, bekennt doch Melchior Fuchs

<sup>1)</sup> S. 125.    <sup>2)</sup> S. 668.



dankbar, dass die Jugend in Riga das Evangelium kenne, ja, er spricht sogar dythirambisch von Riga, als der Stadt Gottes, die „fest gegründet auf dem heiligen Berge“<sup>1)</sup> sei, denn da würden herrliche Dinge gepredigt. An manchen Stellen tritt solch ein Zeugnis eines lebenskräftigen Protestantismus in der Stadt Riga dem Leser entgegen, wenn auch eine dem Protestantismus feindliche oder gleichgültige Strömung nicht gefehlt hat. Um ungefähr mit den Worten des M. Fuchs zu schreiben: es gibt in Riga Leute, die, obgleich Gott sein Evangelium in Riga verkündigen lässt, „jene Edelrebe auf dem Weinberge des Herrn“<sup>2)</sup>, und den Acker umzäunt, dass die Säue nicht hereinschleichen können, trotzdem ausschauen nach den Fleischtöpfen Ägyptens und der Wollust des Fleisches, ja, es gibt solche, denen es ekelst vor der Speise des Evangelii. Angesichts solcher Erscheinungen erhebt der Bürgermeister Fuchs drohend, gleich den Propheten des Alten Bundes, seine Stimme, wenn er hierzu bemerkt: „Dahero entsteht dann die hochschädliche Seelenkrankheit aus den Sünden, dass wir aus schädlicher Undankbarkeit der grossen Wolthaten Gottes vergessen, aus muthwilligem Ungehorsam wieder Gott den Herren murren, und darnach zur Straffe solches Murrens von den feurigen Schlangen allerhand Trübseligkeiten gebissen, und an Leib und Seele gekwälet werden“<sup>3)</sup>.

Dass dieser, von der Königin Christine von Schweden geadelte Bürgermeister Fuchs ein frommer Christ war, darf aus dem bisher Angeführten geschlossen werden. Dass aber sein protestantisches Bewusstsein nicht nur ein gefühlsmässiges Zustimmen zu Gottes Wort und Luthers Lehre war, sondern eine ernste Überzeugung, das zeigt uns sein Standpunkt in der Rechtfertigungsfrage, in der er sich rückhaltslos zu Luther bekennt und Luthers Lied „von der heiligen Taufe“ seinen eigenen Ausführungen so einzugliedern vermag, dass das Ganze einen einheitlichen Eindruck macht. Ihm ist das Evangelium in Wahrheit eine frohe Botschaft.

Spricht Melchior Fuchs fast mit der Sprache eines Franziskus von Sonne und Sternen, die ihm die Allmacht Gottes predigen, oder schaut er gleich einem Seuse die Lieblichkeit des Paradieses, oder öffnen ihm irdische Leiden die Augen für die eigene Sünde, immer wieder drängt sich dem Leser die Überzeugung auf, dass M. Fuchs reich in Gott war.

Daher sagt ihm auch jede Bibelstelle was rein Persönliches. Jesu Versuchung mahnt ihn an die eigenen Versuchungen des Lebens, und zu einer rührenden Selbstanklage erhebt er seine

<sup>1)</sup> S. 122. 124.    <sup>2)</sup> S. 486.    <sup>3)</sup> S. 486.

Stimme, als er sich auslässt über das Herrnwort: der Mensch lebt nicht vom Brot allein<sup>1)</sup>).

Seine Exegese, freilich, ist eine sehr ungewohnte und erinnert teilweise an die Exegesen der Orthodoxie, teilweise an die des Rationalismus.

Eine Andacht, zum Beispiel, handelt von Moses, wie er Wasser aus dem Felsen schlägt. und hieran knüpft M. Fuchs den Gedanken, dass jener Felsen der Eckstein sei, der von den Bauleuten verworfen wurde, und der sei Jesus Christus. An einer anderen Stelle rechnet er aus, dass ein einziger Tropfen aus Jesu Blut genüge, um die Welt zu erlösen.

Dies ist eine Exegese, wie sie im Zeitalter der Orthodoxie gläufig war, wo um der Lehre willen die Gedanken gewaltsam mit einander verbunden wurden.

Dann aber stösst man beim Lesen der Andachten wieder auf solche Stellen, wo M. Fuchs aus der Erzählung vom 12-jährigen Jesus im Tempel als wesentlichsten Gedanken den hervorhebt, dass Jesus von seinem Pflegevater schlecht beaufsichtigt worden war. Oder er sagt vom Christentum, dass es rein geistig sein müsse, oder vom Gottesdienst, der „vernünftig“ zu sein habe. Solche Gedanken scheinen auf einen Einfluss von Seiten der Aufklärung hinzudeuten.

Damit aber nicht genug, redet Fuchs mal vom „Jesulein“, vom „jämmerlichen“ Herzen Gottes, vom Gebet, das durch die Wolken zu Gott dringt, vom Seelenbräutigam, vom süssen Herrn Jesus, vom Weinen, das die Sprache des Himmels ist. Ein ausgesprochen pietistischer Einschlag.

Eine Erklärung dieser auffallenden Erscheinung dürfte wohl darin zu finden sein, dass Melchior Fuchs, gleich vielen anderen Livländern jener Zeit, in Leyden studiert hat. Hier hatte sich im XVII. Jahrhundert eine seltsame Geistesrichtung breit gemacht: ein ausgesprochen orthodoxer Protestantismus, gerichtet gegen die katholische Universität Loewen. Aber diese Orthodoxie trug eigenartige Züge. Man denke an Coccejus, der das Schwergewicht seiner Exegese nicht auf die Lehre, sondern auf die praktische Betätigung des Christentums im Leben legte. Gleichfalls in Leyden wirkte Hugo Grotius, den Gustav Adolf nach Schweden berufen wollte, und der durch seine undogmatische Exegese, durch seine Idee einer Einheitskirche das Ideal des Pietisten Philipp Jakob Spener war. Es war eben eine Zeit des Werdens, in der später auseinanderfallende Geistesströmungen noch vielfach ineinanderfliessend gewesen waren.

Der Aufenthalt in Leyden dürfte auch erklären, dass man so was wie einen Widerschein vom Morgenrot der Aufklärung

<sup>1)</sup> S. 221.



in M. Fuchs' Andachten zu verspüren glaubt, denn in Leyden war Descartes' Einfluss bereits 1676 so gross, dass ein gewisser Heidanus abgesetzt wurde, weil er zwischen Descartes und Coccejus vermitteln wollte, sich also nicht ausgesprochen zu Descartes bekannte.

Der Leydener Einfluss ist in den Fuchsschen Andachten unverkennbar, und Melchior Fuchs hat eine solche Religiosität, in der sich die verschiedenen Geistesströmungen des XVII. Jahrhunderts vermischten, in unsere Heimat getragen. So hat er das Seine dazu beigetragen, dass der Boden für die geistige Aussaat späterer Zeiten vorbereitet war.

Schaut man am Ende der Betrachtung auf den Ertrag dieser Studie, so dürfte es von Interesse sein, festgestellt zu haben, wie sich verschiedenartige Geistesströmungen im religiösen Leben einer einzelnen Person zu einem harmonischen Ganzen verbinden, wo man doch geneigt ist, die eine Geistesströmung als Reaktion gegen die anderen zu betrachten. Gleichfalls von Wert dürfte sein, festgestellt zu haben, dass im XVII. Jahrhundert der Protestantismus eine geistige Macht war, welche die Bewohner unserer Heimat aufrecht erhielt in den mannigfachen Stürmen des Lebens.

So möge es bleiben!

---

## Studien zur Geschichte Patkuls und des Nordischen Krieges.

Von W. Wulffius.

„Was mich betrifft, so bildet mir Dresden ein wunderbares Gegenstück, eine Art Complement, zu Moskau. Äusserlich genommen schon, weil von den *dissecta membra* Patkuls der grössere Theil zur Hälfte an Moskau und Dresden gekommen ist; ich sammle sie sorgsam, andächtig; trage nachmals die weiter zersprengten Glieder nach; bestatte das Gerippe und setze ihm über den Hügel ein Denkmal.“ So schrieb Schirren 1870 aus Dresden an Professor J. Engelmann in Dorpat. Und in der Tat: die Fülle des den Nordischen Krieg betreffenden Materials in den Archiven von Moskau und Dresden ist ganz ausserordentlich: und immer wieder tritt dem Forscher die Persönlichkeit Patkuls entgegen. In der Zeit von 1698–1705 gibt es in der Politik des nordöstlichen Europas kaum eine wichtigere Frage, zu der Patkul nicht Stellung genommen, über die er nicht seine Meinung geäussert hätte, — sei es in der Form einer selbständigen Denkschrift, sei es in einem diplomatischen Bericht. Seine Ziele hat er nicht überall erreicht; sein Hauptziel — wenn es ihm in seinen letzten Jahren überhaupt noch unverrückt feststand — war vielleicht überhaupt unerreichbar.

Das Moskauer Hauptarchiv des Ministeriums des Auswärtigen<sup>1)</sup> bewahrt eine überreiche Anzahl Patkulscher Schriften auf. Zerstreut finden sie sich in den Abteilungen Preussen (1703–5) und Östreich (1702–5); vor allem in der Abteilung Polen (1698–1707). Denn schon vor seinem Eintritt in russische Dienste stand Patkul in nahen Beziehungen zu Peter, der in ihm den einzigen fähigen und zuverlässigen Berater Augusts erkannt haben mochte. Bis zum Jahre 1703 finden sich fast aus jedem Jahr in der Abteilung Polen vereinzelte Patkuliana: Denkschriften, im Konzept und in der Ausfertigung, Berichte über diplomatische Sendungen in Peters Aufträge und dgl. Seit dem Sommer 1703 bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1705 war Patkul Gesandter des Zaren bei August und zugleich (zu seinem Unglück) Oberbefehlshaber der russischen Auxiliartruppen in Sachsen. Das Moskauer Archiv bewahrt alle Depeschen Patkuls von seinem Gesandtschaftsposten an den Zaren und Golovin (gelegentlich auch

1) Im folgenden zitiert M. A. Die heutige Bezeichnung des Archivs ist mir unbekannt.



an Šafirov) auf. In dem dreibändigen anonym erschienenen Werk Bernouillis: J. R. Patkuls . . . Berichte an das Zaarische Cabinet in Moskau . . . Berlin 1792—97, sind die Berichte Patkuls nur bis zum 9. März 1705, und zudem in einer den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechenden Art, abgedruckt. Im Moskauer Archiv finden wir die Depeschen vom 2./13. März bis zum 25. November/6. Dezember 1705, d. h. bis zum Schluss von Patkuls politischer Tätigkeit. Der Wert dieses Materials liegt auf der Hand, — besonders wenn man bedenkt, dass die Herausgeber der „Briefe und Akten Peters des Grossen“<sup>1)</sup> es so gut wie garnicht benutzt haben. Und wenn mal ein Patkulscher Bericht abgedruckt wird, so geschieht es in gleichzeitiger, weder genauer noch leicht verständlicher russischer Übersetzung, während Patkul selbst einen flüssigen, lesbaren Stil schrieb. — Nach Patkuls Verhaftung wurde sein schriftlicher Nachlass zum weitaus grössten Teil Peter ausgeliefert. Auch er befindet sich im Moskauer Archiv, Abteil. Polen; Papiere Patkuls 1700. 1701. 1705: im ganzen acht Kartons. Der Inhalt ist ein sehr mannigfaltiger. Hier finden wir Konzepte Patkulscher Briefe und Druckschriften, königliche Reskripte, — aber auch zahlreiche Briefe aus der weitverzweigten Korrespondenz Patkuls mit August II, mit sächsischen, polnischen, preussischen, dänischen, österreichischen und russischen Staatsmännern; Kopien mancher interessanter Relationen sächsischer Minister und Gesandten an August II., die teilweise im Dresdner Archiv fehlen, sind gleichfalls hier enthalten; endlich sehr viel Militaria, Personalverzeichnisse von Regimentern, Abrechnungen und dgl.

Von Interesse ist ein Aktenfaszikel aus dem Jahre 1704 Nr. 16, das von Patkuls Hand die Aufschrift trägt: Acta in der Campagne A<sup>o</sup> 1704. Es sind Aktenstücke zur Geschichte der Belagerung Posens, die ein klägliches Ende nahm. Wie weit Patkul Recht hat, wenn er alle Schuld von sich abwälzt und den sächsischen Generälen und den Ministern in Dresden zuschiebt, muss eine Spezialuntersuchung erweisen. Für Patkuls weiteres Schicksal war die Posener Katastrophe nicht ohne Einfluss.

Das Konvolut 1706 Nr. 13 enthält Konzepte, Bemerkungen, Notizen u. a. von Patkuls Hand. Uns interessieren hier verschiedene Aufzeichnungen, die als Beweis dafür dienen können, welch weiten Kreis Patkuls Interessen umspannten:

f<sup>o</sup> 7. Projekt eines Dnepr-Weichsel-Kanals.

f<sup>o</sup> 15. Praeparativ des Kupfers.

f<sup>o</sup> 17. Der proces wegen des Silbers, dass sich verarbeiten lässt, als dass beste 14-lötige.

---

<sup>1)</sup> Письма и бумаги императора Петра Великаго. Hrsg. von der Archäographischen Kommission der Kais. Petersburger Akademie der Wissenschaften. 1887 ff.

f<sup>o</sup> 17<sup>v</sup> Kupfer wie Crongeld zu machen.

f<sup>o</sup> 18. Damascinirte Klingen zu machen.

f<sup>o</sup> 19. Fein Zinn zu machen. (Prage d. 13. Oct. 1702.)

Zwei Konvolute aus dem Jahre 1706 betreffen die Verhaftung Patkuls und die im Anschluss daran zwischen Peter und August geführten Verhandlungen: das eine enthält zwei Briefe Patkuls vom Sonnenstein an den Zaren und an Golovin<sup>1)</sup>; Ustrjalov<sup>2)</sup> hat sie bloss in schlechter russischer Übersetzung; in den „Briefen und Papieren Peters des Grossen“ fehlen sie überhaupt. Das zweite Konvolut<sup>3)</sup> betrifft die Abschiekung Szembeks nach Russland mit Klagen über Patkul. Die „Punkte“ (d. h. Klagen) über Patkul gibt Ustrjalov in russischer Übersetzung<sup>4)</sup>.

Im folgenden möchte ich die Aufmerksamkeit auf einige Aktenstücke des Moskauer Archivs lenken, die für die Vorgeschichte des Nordischen Krieges von Bedeutung sind.

### 1. Zur Vorgeschichte des Nordischen Krieges.

Im zweiten Bande von „J. R. Patkuls Berichten an das Zaarische Cabinet in Moscau“ findet sich auf S. 237—66 Patkuls „Unmassgebliches Bedenken über das dessein, Schweden zu Bekriegen, und was mann zu solchen Zweck bey Zeiten vor Messures nehmen müste. Grodno den 1. Jan. 1699: item Warschau den 7. Aprill 1699“.

Dass der hier abgedruckte Text authentisch ist, beweist ein Vergleich mit dem Text im Dresdner Archiv: Den polnisch-schwedischen Krieg betreffend. Vol. I, f. 1 ff. (Loc. 3609), und mit dem Text der Dresdner Königlichen Bibliothek: Codex in f<sup>o</sup>, K. 102, Patkuliana, S. 27—59<sup>5)</sup>. Nach Schirren<sup>6)</sup> trafen August und Patkul vermutlich am Neujahrstag 1699 in Grodno zusammen; dort trug Patkul sein unmassgebliches Bedenken mündlich vor; am 7. April in Warschau überreichte er es schriftlich: so erklärt sich das Doppeldatum.

Im XV. Bande seines „Magazins für die neue Historie und Geographie“, Halle 1781, gibt Büsching unter dem allgemeinen Titel: Patkuls Anschläge und Begebenheiten, mehrere Aktenstücke, von denen er in der Vorrede S. 3 sagt, sie seien „unmittelbar von lauter Original-Papieren abgedruckt worden“.

<sup>1)</sup> Abteil. Polen 1706 Nr. 12.

<sup>2)</sup> История царствования Петра Великаго. (Geschichte der Regierung Peters d. Grossen) 1858—63. IV. 2, S. 363—73.

<sup>3)</sup> Abteil. Polen 1706 Nr. 15.

<sup>4)</sup> a. a. O. IV. 2, S. 375—78.

<sup>5)</sup> Ich zitiere nach: Schnorr v. Carolsfeld, Katalog der Kgl. Öff. Bibliothek zu Dresden, 2 Bde. 1882/3.

<sup>6)</sup> Götting. Gel. Anz. 1883, S. 26.



Der Fundort wird aber nicht näher angegeben. An erster Stelle steht hier ein „Allerunterthänigstes Memorial“, mit dem Zusatz: „Praesent. Suae Regiae Majestati Poloniae anno 1698 2. Jan. Styl. nov. Grodnae.“ Dieses Memorial stammt von Patkul: ein von seiner Hand geschriebenes, aber nicht unterzeichnetes Exemplar befindet sich im Moskauer Archiv<sup>1)</sup>.

Es sind teilweise dieselben Gedanken wie sie im „Unmassgeblichen Bedenken“ zum Ausdruck gelangen; nur werden sie weniger ausgeführt. Besonders die livländische Frage nimmt weniger Raum ein. Wann hat Patkul dieses Memorial dem König vorgelegt? Dass es nicht am 2. Januar 1698 geschehen sein kann, geht aus dem Inhalt hervor. Es wird darin vom „künftigen Sommer 1699“ gesprochen; das Memorial muss also im Herbst oder Winter 1698 verfasst sein. Auch heisst es gleich im Anfange, dass Moskau ohnehin Gelegenheit zur Ruptur mit Schweden suche, und dann wieder: der König habe vernommen, dass der Zar mit Schweden brechen wolle. Darin lässt sich unschwer ein Hinweis auf die Zusammenkunft zwischen Peter und August in Rawa im August 1698 erblicken. Mithin muss man bei Büsching einen Lese- oder Druckfehler annehmen und: 2. Januar 1699 lesen. Das im „Magazin“ abgedruckte, im Moskauer Archiv aufbewahrte Memorial hat Patkul am 1. oder 2. Januar 1699 in Grodno König August mündlich vorgetragen; in den folgenden Monaten hat er es ausgearbeitet und dem König dann am 7. April in Warschau als „Unmassgebliches Bedenken“ übergeben<sup>2)</sup>. Nachdem Patkul dem König in Grodno seinen Plan zum ersten Mal vorgetragen hatte, begleitete er Flemming nach Mitau, wo er noch im März weilte; Mitte Februar kam er für einige Tage nach Riga<sup>3)</sup>. Damals knüpfte er Verbindungen mit den Livländern an. Daher spielt auch die livländische Angelegenheit im „Unmassgeblichen Bedenken“ die Hauptrolle, während sie im „Allerunterthänigsten Memorial“ viel weniger in den Vordergrund tritt. Das offenbart Patkuls Hauptziel bei seiner ganzen Arbeit<sup>4)</sup>.

In seinem dem Könige gehaltenen Vortrage führte Patkul folgendes aus. Zur Ausführung des „desseins“ sind gute Allianzen notwendig. Vor allem kommt es auf Moskau und Dänemark an; diese werden auch am leichtesten zu gewinnen sein, weil sie beide genug Interesse und Neigung haben, das wiederzugewinnen, was Schweden ihnen vormals abgenommen hat. Moskau sucht ohnehin Gelegenheit zum Bruch mit Schweden.

<sup>1)</sup> Abteil. Polen 1698/99 Nr. 10. S. Beilage I.

<sup>2)</sup> Vgl. Hallendorff, Bidrag till det stora nordiska krigets förhistoria, 1897, S. 147/8.

<sup>3)</sup> Schirren a. a. O. S. 8.

<sup>4)</sup> Hallendorff a. a. O. S. 148.

Doch muss man sich mit ihm dahin einigen, dass es seine Ansprüche nicht weiter als bis zur Narova ausdehne, — dass somit „Narva an Ehistland verbleibe, und der grosse Terminus Naturalis, welches die bäche und die Peipische See sind, nicht verstümmelt werde“. Nimmt der Zar Narva für sich, so wird er von diesem festen Platz aus seine Herrschaft auch über ganz Estland ausbreiten wollen. Daher muss fest abgemacht sein: Ingermannland und Karelien — dem Zaren; Liv- und Estland — dem König.

Durch seinen Einfluss soll der König den Zaren zum Versprechen zwingen, dass die Bewohner Ingermannlands und Kareliens „nicht der gewonlichen grausamkeit der Muscowiter mögen unterworfen seyn, . . . sondern sicher und unbeschädigt in ihren häusern und Güttern bleiben mögen. Wie auch, dass alle diejenigen, denen bey Schwedischer regirung ihre Gütter genommen worden, Sie mögen gleich in Ingermanland wohnen, oder in lief- und Ehistland sesshaft seyn, derselben Güter wieder fähig werden, und im übrigen Ritterschafft, Städte und Stände bey ihren privilegien, freyheiten und Gerechtigkeiten in Sacris so wol als prophanis conserviret seyn und bleiben, auch wass dawieder öfentlich oder heimlich eingeschlichen, remediret werden solle.“ Die Verhandlungen mit dem Zar müssen bald begonnen werden, denn schon rüstet Schweden eine Gesandtschaft nach Moskau, um sich seiner Freundschaft zu versichern. Im kommenden Sommer 1699 soll der Zar den Krieg in Ingermannland und Karelien beginnen; der König wird dann bald folgen.

Dänemark muss veranlasst werden, „selbst die proposition zum dessein“ zu tun; dadurch werden die Bedingungen für August günstiger: weil es stets „vortheilhaftiger ist, propositiones und projects zu erwarten als zu geben.“ In dem Tractat mit Dänemark muss festgelegt werden, dass die dänische Flotte die schwedische an einer Landung in Livland, Estland, Kurland oder Preussen verhindern soll; zu diesem Zweck müssen stets ungefähr sechs Kriegsschiffe im Rigaschen Hafen bereit gehalten werden. Durch Dänemark sollen auch die anderen europäischen Höfe, namentlich der französische, beobachtet werden. Keiner der drei Kontrahenten soll einen Separatfrieden mit Schweden schliessen dürfen.

„Vor Unternehmung der Entreprise“ rät Patkul dem König mit den Ständen der Länder, um deren Eroberung es sich handelt, „die pacta subjectionis“ festzustellen. Das ganze Land wird sich umso lieber in die Arme des Königs werfen, wenn Livländer ins Heer des Königs aufgenommen werden würden; für alle Stellungen kann man da Personen vorschlagen, die sich bereits bewährt haben. Das muss beizeiten geschehn. Und wenn das Land und die Städte sehen werden, dass man Mitbrüder und Verwandte zu dem Werke gebraucht, werden sie die Überzeugung gewinnen,



dass sie befreit, nicht aber unterjocht werden sollen. Das wird viele Schwierigkeiten aus dem Wege räumen.

„Aber allen denen“, so schliesst das Memorial, „die in diesem Wercke negotijren, muss gahr hart eingebunden werden diese regul: Nesciat sinistra quid faciat dextra.“

Im „Unmassgeblichen Bedenken“ hat Patkul alle für die „Entreprise“ Livlands in Frage kommenden Umstände einer eingehenden Prüfung unterzogen; Livland steht im Vordergrund seines Interesses; immer neue und neue Mittel ersinnt er zur Erleichterung der Entreprise, immer neue Motive für die Rechtfertigung des Unternehmens sucht er. Allein seine Gedanken waren schneller als die Ausführung. Im Mai 1699 befindet er sich, unter dem angenommenen Namen Wallendorf, im Auftrage Augusts in Kopenhagen und zieht Dänemark endgültig auf des Königs Seite <sup>1)</sup>. Von dem Angriff des Zaren im Sommer konnte nicht die Rede sein. Aber unablässig arbeitete Patkul an der Erreichung seines Zieles — der Loslösung Livlands von Schweden.

Im Moskauer Archiv <sup>2)</sup> befindet sich eine flüchtige Niederschrift von Patkuls Hand <sup>3)</sup>.

„Anno 1699 den 8. Augti s. n. zu Warschau.

Ist bey Sr. Excellence, d. Hn. Geheimbden Raht und General-Lieutenant von Flemming über dem liefländischen dessein Conference gehalten worden.“

Möglichst schnell soll der Generalmajor Carlowitz nach Moskau gesandt werden, um den Zaren dahin zu bringen, dass er Ende Dezember oder Anfang Januar (1700) in Ingermannland und Karelrien einfalle. Bis dahin soll das Geheimnis streng gewahrt werden. Es erscheint erwünscht, dass Carlowitz in Moskau bleibt, „um dem Zaren zu assistiren, und darauf zu dringen, dass die ruptur zu verabredeter Zeit erfolge. Nachgehends könnte man einen in Militaribus wol erfahrenen Liefländer Ihme adjungiren, umb mit dem dänischen Ministro zusammen den Zaaren in guhter disposition zu erhalten, und dessen consilia in regularen Gange zu conserviren.“ Dieser Livländer war Patkul selbst.

Nachdem hierauf einige Dänemark betreffende Fragen erledigt waren, kam man darauf zu sprechen, „wass bey verlegung der trouppen zu betrachten vorfiele, und wass zu facilitirung der Entreprise gereichen könnte.“ Die Leitung des Unternehmens soll in Flemmings Händen liegen; von Litauen soll der Einfall erfolgen, in Schaulen, Janischki, Sallat und Birsen sollen die

<sup>1)</sup> Schirren, Götting. Gel. Anz. 1883, S. 26/7. — Hallendorff a. a. O. S. 137 ff.

<sup>2)</sup> Abt. Polen 1698/99 Nr. 10.

<sup>3)</sup> Bruchstücke daraus bei Ustrjalov a. a. O. III. 502—4.

Truppen zusammengezogen werden. Das Zufrieren der Düna muss abgewartet werden, die Schlittenbahn gut sein; kein Mondschein; in der Nacht auf Montag soll der Handstreich geschehen. Sobald Riga eingenommen, müssen die Truppen des Königs sofort, noch im Winter, Livland besetzen. Brandenburgs Einverständnis wäre sehr nützlich; für sein Entgegenkommen in der livländischen Sache soll man dem Kurfürsten Unterstützung bei der Erwerbung von Schwedisch-Pommern in Aussicht stellen.

Wie soll man aber von all diesen Plänen der Republik Polen Mitteilung machen? Davon hängt der ganze Erfolg ab. Sagt man der Republik nicht alles, so wird sie allerhand Schwierigkeiten machen und ihre Einwilligung versagen. Gegen ihren ausgesprochenen Willen etwas unternehmen, ist viel schwerer, als zu handeln, ohne sie überhaupt gefragt zu haben; nach geschehener Sache werden die Polen leicht zu „apaisiren“ sein. Sagt man alles, weist auf den Vorteil hin, den die Republik vom Unternehmen erwarten darf, so wird das Geheimnis — absichtlich oder unabsichtlich — nicht gewahrt bleiben. Daher erscheint es ratsam, keinerlei direkte Vorschläge an die Republik gelangen zu lassen. Vielleicht kann aber Flemming oder jemand anders, der sich gut mit dem Kardinal-Primas Radziejowski<sup>1)</sup> steht, diesem gesprächsweise von der sich darbietenden guten Gelegenheit, die verlorene „herrliche Provinz“ Livland wiederzugewinnen, erzählen und ihn gewinnen.

Der Kardinal wurde tatsächlich für den Plan gewonnen<sup>2)</sup>. Dass er bestochen worden sei, hat er nachmals in Abrede gestellt. Man zeigte ihm die am 14. August 1699 in Warschau von August und Patkul, im Namen der livländischen Ritterschaft, unterzeichnete und besiegelte Kapitulation zwischen König und Ritterschaft. Danach sollte Livland für alle Zeit „ein inseparables Membrum von der Croon und Respublic Pohlen seyn und bleiben“ (p. VIII). Auf Grund des ersten Geheimartikels zu dieser Kapitulation verpflichtete sich die livländische Ritterschaft jedoch, es mit allen Kräften bei der Republik zu befördern, dass Livland ein Lehn des Kurfürsten und seiner Nachfolger bleiben solle, auch wenn sie nicht Könige von Polen wären<sup>3)</sup>. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass Patkul nicht berechtigt war, als „Gevollmächtigter“ der „sämtlichen“ Ritterschaft aufzutreten. Sowohl

<sup>1)</sup> Über Radziejowskis Einfluss vgl. Waddington, *l'acquisition de la couronne royale de Prusse par les Hohenzollern*, 1888, S. 176.

<sup>2)</sup> Seine Cousine, die Gräfin Towianska, war die Maitresse des Königs.

<sup>3)</sup> Kapitulation und Geheimartikel im Dresdner Hauptstaatsarchiv (erstere: Originalurkunden Nr. 14209; letztere: Den polnisch-schwedischen Krieg betreffend. Vol. I). Danach abgedruckt bei Hallendorff a. a. O. S. 158–69. Vgl. auch Bunge, *Archiv f. d. Geschichte Liv-, Ehst- und Curlands*, VII, S. 10–24.



August als der Republik Polen gegenüber spielte er ein falsches Spiel<sup>1)</sup>. Für die Beurteilung von Patkuls livländischen Plänen ist die erwähnte geheime Abmachung von Wert. An eine Auslieferung Livlands an seinen alten Feind — Polen dachte er nicht. Ob aber eine staatsrechtliche Stellung Livlands, wie sie ihm vorzuschweben schien, zu behaupten gewesen wäre, ist freilich eine andere Frage.

Ende August 1699 vollzog sich der förmliche Eintritt Patkuls in den Dienst des Königs von Polen<sup>2)</sup>. Bald darauf machte er sich zusammen mit Carlowitz, der Russland bereits von einer früheren Reise her (1698) kannte, auf den Weg nach Moskau. Auch jetzt führte er den Namen Wallendorf. Über die Verhandlungen dort, die zum Abschluss des sächsisch-russischen Bündnisses vom 11./21. November 1699 führten, geben uns die Akten des Dresdner Archivs nicht viel Aufschluss<sup>3)</sup>. Um so wertvoller ist ein nicht unterzeichnetes Memorial des Moskauer Archivs<sup>4)</sup> vom 5./15. Oktober 1699. Ustrjalov<sup>5)</sup> hat es mit dem Vermerk abgedruckt: „Memorial ohne Unterschrift, allem Anscheine nach Original, sollte dem Zaren vom sächsischen Generalmajor Carlowitz vorgelegt werden.“ Das Schriftstück rührt ohne allen Zweifel von Patkul her; ob er oder Carlowitz es dem Zaren vorgetragen hat, erscheint belanglos. Von Interesse ist diese Denkschrift für die umstrittene Frage, ob die Aufforderung zu einem Bündnis gegen Schweden von Peter oder von August ausgegangen ist. Schirren<sup>6)</sup> spricht der Zusammenkunft in Rawa<sup>7)</sup> im August 1698 und den Versicherungen der Freundschaft, die Zar und König austauschten, jede Bedeutung ab. August sei die treibende Kraft gewesen, freilich erst nachdem seine „wallachische Komödie“ Fiasko erlitten hätte. F. F. Carlson<sup>8)</sup> hält daran fest, dass Peter in Rawa die entscheidende Wendung in der Politik Augusts veranlasst habe. Die Quellen, die zur Lösung dieser Frage beitragen könnten, fließen spärlich. In der Denkschrift vom 5./15. Oktober 1699 sagt Patkul, nachdem er auf die freundschaftlichen Gefühle Augusts für Peter hingewiesen und des Einverständnisses erwähnt hat, dessen „diese hohe häubter der

1) Vgl. Hallendorff a. a. O. S. 130 ff.

2) M. A. Abteil. Polen 1699 Nr. 22.

3) Hallendorff a. a. O. S. 145 Anm. 1,

4) Abteil. Polen 1699 Nr. 16. S. Beilage II.

5) a. a. O. III, S. 512—15.

6) a. a. O. S. 20 ff., 26.

7) Über die Zusammenkunft in Rawa vgl. Hallendorff a. a. O. S. 112 ff.

8) Sveriges historia under konungarue af Pfalziska huset VI. Sveriges historia under Carl den Tolfte regering. Första delen. Stockholm 1881. S. 180.

Christenheit sich ein ander bey jüngstmahliger persönlichen zusammenkunfft versichert,“ dass „I. K. M. von Pohlen nicht können in vergessenheit stellen, dass I. Z. M. vorm Jahr Erwehnung getahn, es mögten I. K. M. deroselben behülflich seyn, dassjenige von der Cron Schweden wiederumb unter Zaarischer bohtmässigkeit zu bringen, wass dahin von Gott und rechtswegen gehöret, und nur unter faveur der, zu anfang dieses seculi, in Moscovien entstandenen innerlichen Unruhen, davon abgerissen worden“. In nähere Verhandlungen wollte der Zar damals nicht eintreten, weil die Lage in Polen noch wenig gesichert schien. Nun aber seien die „innerlichen Misshelligkeiten“ in Polen aus der Welt geschafft; daher sei der König jetzt im stande, dem Zaren in seinem erwähnten „rechtmässigen desiderio nachdrückliche hülfe zu leisten.“ Und das umsomehr, als dem König „Gelegenheiten, die Republik Polen . . . mit einzuflechten, an die Hand kommen;“ noch nie habe den Vorfahren des Zaren die Gelegenheit sich geboten — und werde sich in Jahrhunderten nicht wieder bieten —, „einen fästen fuss“ an der Ostsee zu erhalten. Um die Schweden vom Zaren abzuziehen, wolle der König eine „kräftige diversion“ machen. Doch hoffe der König, dass der Zar, wie jeder andere christliche Potentat, seine Eroberungen nur so weit fortsetzen werde, dass die ganze Welt von ihrer Rechtmässigkeit überzeugt sein werde. Der richtige Augenblick zum Losschlagen sei der Dezember. Auch habe der König sich die „unfehlbare assistance“ verschiedener anderer europäischer Höfe gesichert. Also: Patkul lässt durchaus Peter als den Vater des Gedankens, Schweden zu überfallen, erscheinen. Es fragt sich nur, ob seine Ausführungen den Tatsachen entsprechen, oder ob nicht eine bestimmte Absicht vorlag, Peter als den Werbenden, August als den Umworbenen hinzustellen.

Aus den besprochenen Aktenstücken ergibt sich mit Sicherheit folgendes:

1. Wenn der Gedanke an eine Losreissung Livlands von Schweden auch von Anfang an Patkul vorgeschwebt hat, so ist dieser Gedanke doch erst nach seiner ersten Zusammenkunft mit König August, im Januar 1699, alles beherrschend in den Vordergrund seiner Interessen gerückt, bis dann im April 1699 der im einzelnen ausgearbeitete Plan einer Eroberung Livlands fertig vorliegt. Insofern darf man wohl von der Entreprise auf Livland als vom „Springquell des Nordischen Krieges“ sprechen<sup>1)</sup>.

2. Russland erscheint Patkul zwar als ein unentbehrlicher, aber ebenso gefährlicher Bundesgenosse. Er lockt den Zaren

<sup>1)</sup> Schirren a. a. O. S. 25.



durch die Aussicht auf einen „festen Fuss“ an der Ostsee, d. h. in Ingermannland und Karelien; warnt aber davor, ihn weiter vorrücken zu lassen, da ihm sonst wohl Estland und Livland zufallen könnten. Die Gefahr vom Osten hat Patkul richtig erkannt und eingeschätzt: dass Eide und Beteuerungen diese Gefahr abzuwehren im stande seien, scheint er geglaubt zu haben. Dieser Glaube an Verträge erscheint besonders befremdend bei dem Manne, der die in Traktaten gemachten Zugeständnisse in Scheinartikeln in ihr Gegenteil zu verkehren sucht.

3. In der Wahl seiner Mittel war Patkul nicht gerade schwierig. Man darf ihn aber nicht für skrupellos halten, als die Politiker seiner Zeit es im Durchschnitt waren<sup>1)</sup>. Die Männer, mit denen er zu arbeiten hatte, auf die er wirken musste, waren durch andere Mittel nicht zu gewinnen oder unschädlich zu machen. Auf der Jagd nach immer neuen Mitteln ist Patkul freilich am Ende seiner politischen Laufbahn dem Schicksal der meisten zeitgenössischen Politiker verfallen: hinter den Mitteln trat das Ziel zurück. Auch Patkul unterscheidet sich allendlich nur wenig von den politischen „Balancemachern“, von denen er so oft voller Verachtung spricht.

## 2. Patkul im Dienste des Zaren.

Patkuls Bekanntschaft mit Zar Peter datiert aus dem Herbst 1699, wo er zusammen mit Carlowitz in Moskau über den bevorstehenden schwedischen Krieg verhandelte. Im März n. St. 1701 nahm er im Gefolge Augusts an den Beratungen zu Birsens teil<sup>2)</sup>. Im August desselben Jahres weiss der russische Gesandte in Warschau, Fürst Gr. Dolgorukij zu berichten<sup>3)</sup>, Patkul wolle August nicht länger dienen, sondern sich eine andere Stellung suchen. Im Namen des Zaren forderte Dolgorukij Patkul auf, in russische Dienste zu treten. Patkul erklärte sich dazu bereit und traf in den ersten Tagen April 1702 in Moskau ein<sup>4)</sup>. Er trat damals noch nicht förmlich in russische Dienste<sup>5)</sup>; wohl aber entfaltete er sofort eine rege Tätigkeit.

<sup>1)</sup> Ich erinnere nur an das Wort eines Holländers anlässlich der Politik des Grossen Kurfürsten: „Man pflegt Wort zu halten, soweit das Interesse es zulässt.“

<sup>2)</sup> Bericht des preussischen Gesandten Printzen, der den Zaren begleitete, aus Birsens, 1701 März 3 n. St. (Berliner Arch. Rep. XI. 12 D.)

<sup>3)</sup> Berichte Dolgorukij's bei Ustrjalov a. a. O. IV. 2. S. 202 Nr. 87 u. S. 210 Nr. 98.

<sup>4)</sup> S. den Bericht Pleyers an den Kaiser, d. d. Moskau 26./15. April 1702, bei Ustrjalov IV. 2, S. 576: „In der heyligen Charwochen kame auch der königlich Polnische geheimbe Rath Patkul alhier an.“ Ostern fiel 1702 nach beiden Stilen auf denselben Termin: 16./5. April.

<sup>5)</sup> Seine Aufnahme in den Dienst des Zaren erfolgte am 26./15. Juli 1703.

Davon zeugen die zahlreichen Denkschriften, die er für den Zaren verfasste<sup>1)</sup>. Patkul bespricht den Zustand des russischen Heeres, dem tüchtige Offiziere fehlen, und schlägt verschiedene Reformen vor. Er empfiehlt mehrere tüchtige Ausländer, die den Wunsch danach haben, in Russland anzustellen: den Sohn des Herzogs von Holstein, die Generale Brand, Rosen und Trampe, den Grafen Flemming u. a. Sehr interessant ist ein Schriftstück, in welchem Patkul dem Zaren von sich, seinen Kenntnissen und Fähigkeiten erzählt<sup>2)</sup>. Sein Rang und seine Würden in Polen seien folgende: Generalinspektor aller fremdländischen Truppen; Generalmajor der Infanterie; Obrist zweier Garderegimenter. Alle diese Würden habe er, nachdem er während des letzten französischen Krieges im hessenkasselschen Heere gedient, durch die besondere Gnade des Königs von Polen erhalten<sup>3)</sup>. Er sei bereit auf alle seine Würden zu verzichten, um dem Zaren zu dienen; und zwar nicht drei oder vier Jahre, sondern bis an sein Lebensende. Damit der Zar und seine Generale wüssten, wozu man ihn verwenden könne, führt er genau an, was er zu leisten vermöge. Keinen Nutzen bringen könne er, wegen Mangel an Kenntnissen, bei der Flotte, beim Schiffsbau, bei der Artillerie und Kavallerie. Auch in der Architektur seien seine Kenntnisse nur mittelmässig. Dagegen könne man ihn wohl brauchen bei der Infanterie, beim Bau, bei der Belagerung und Verteidigung von Festungen. Hier habe er viel gesehen und kenne neue Methoden. Auf diesem Gebiet könne er am meisten nützen. Einen Titel wünsche er nicht, um keine Eifersucht zu erregen; bestehe aber der Zar darauf, so bitte er um die Ernennung zum Generalleutnant und Direktor aller Fortifikationen. In Polen habe sein Gehalt 8000 Taler betragen; nicht weniger hoffe er auch in Russland zu erhalten.

Über seine Verhandlungen mit dem Zaren und Golovin hat Patkul eine Niederschrift hinterlassen: „Protocoll wass in Moscau so wol in den Conferenzen mit J. Z. M., alss mit Sr.

<sup>1)</sup> M. A. Abteil. Polen 1702 Nr. 16. Die Denkschriften sind deutsch geschrieben.

<sup>2)</sup> Das deutsche Original ist verloren. Das Moskauer Archiv bewahrt eine gleichzeitige russische Übersetzung Šafirovs; abgedr. mit ungenauer Archivdesignatur bei Ustrjalov a. a. O. IV. 2, S. 234–5. Auch sonst gibt Ustrjalov fast alle Schriftstücke Patkuls nur in russischer Übersetzung.

<sup>3)</sup> Aus der Zeit von Patkuls Flucht aus Stockholm, 31. Oktober 1694, bis zu seinem Aufenthalt in Prangins am Genfer See, Dezemder 1697 und Januar 1698, wissen wir nur wenig über seine Schicksale. Die Mitteilung über seine Teilnahme am orléanschen Kriege, der im September 1697 in Ryswick seinen Abschluss fand, habe ich mit dem mir zur Verfügung stehenden Material nicht nachprüfen und weiter verfolgen können. Vielleicht gibt die Schirrensehe Sammlung darüber Aufschluss.



Exc. d. H. Premier Ministre Gollowijn vorgefallen. Anno 1702“<sup>1)</sup>. Das Ergebnis dieser Konferenzen, die vom 8.—29. April n. St.<sup>2)</sup> dauerten, war, dass der Zar ein Manifest<sup>3)</sup> erliess, in dem er, unter Zusicherung der Glaubensfreiheit, Ausländer zum Dienst in Russland aufforderte. Peter wünschte die Generale Brand, Wostromirsky u. a. in seiner Armee anzustellen. Besonders viel lag ihm an Flemming: Patkul sollte ihm ein Gehalt von 1000 Talern monatlich zusichern<sup>4)</sup>. — Entsprechend den von Patkul gegebenen Hinweisen sollten im Heerwesen Reformen eingeführt werden. Und nicht nur um militärische und politische Fragen handelte es sich. Über Lehns- und Erbrecht, über das preussische und sächsische Landrecht liess man sich durch Patkul unterrichten. Golovin wünschte einen guten, polnisch redenden Gärtner, einen Hutmacher und einen Schäfer durch Patkuls Vermittlung zu erhalten; der Zar bat um einen Portraitmaler; bei der Einrichtung einer Druckerei sollte Patkul gleichfalls helfen.

Seine Anwesenheit in Moskau benutzte Patkul, um beim Zaren gegen die Verwüstung Livlands und die an den Bewohnern des Landes verübten Grausamkeiten zu protestieren<sup>5)</sup>. Besonders verwandte er sich für die Tochter des Landrates Vietinghoff, die von den Truppen Šeremetevs auf dem Gute ihres Vaters gefangen genommen war<sup>6)</sup>. Da die Kosaken sie in die Ukraine fortgeschleppt hatten, so erlangte sie erst im folgenden Jahr ihre Freiheit wieder<sup>7)</sup>.

Anfang Mai verliess Patkul Moskau. Schon lange waren Gerüchte in Umlauf, August II. bemühe sich, mit Karl XII.

1) M. A. Abt. Polen 1703 Nr. 23. Bei Ustrjalov a. a. O. IV. 2, S. 238—40 ein Auszug in russischer Übersetzung.

2) Der Stil ergibt sich aus dem Schlusssatz des Protokolls: „Selbigen Tages [d. h. den 29. April] nahm ich Abschied von J. Z. M. und reiseten dieselbe die Nacht gegen Sonntag von Moskau ab nach Archangel.“ Der 29. April 1702 n. St. war ein Sonnabend.

3) Полное собрание законовъ (Vollständige Gesetzsammlung) IV Nr. 1910.

4) Aus der Sache wurde nichts. Flemming wollte nur vom Zaren, nicht aber von Patkul abhängig sein; daher habe Patkul, so behauptet Flemming, dem Zaren mehr zum Generalleutnant Trampe geraten. Vgl. die Kopie eines Schreibens von Flemming an den sächsischen Gesandten in Kopenhagen, Moreau, als Antwort auf dessen Brief vom 29. August 1702. Dresd. Arch. Den polnisch-schwedischen Krieg betr. Vol. XI. Loc. 3613.

5) Bericht des kaiserlichen Gesandten Pleyer d. d. Moskau 24. Mai a. St. 1702 bei Ustrjalow a. a. O. IV. 2 S. 580.

6) a. a. O. S. 581. Pleyer spricht freilich von zwei Töchtern. Šeremetev führt in seiner Liste der schwedischen Gefangenen (Письма Шереметева I, 122) nur ein Fräulein v. Vietinghoff an: „дѣвица Фитингофъ, дочь Лифляндскаго помѣщика.“ Aus der Gefangenschaft befreit wurde jedenfalls nur eine (vgl. die folg. Anm.).

7) Quittung Patkuls über die Auslieferung Fräulein von Vietinghoffs an ihn, 1703 März 22. a. St. M. A. Abteil. Polen 1703 Nr. 23.

einen Separatfrieden abzuschliessen. Patkul sollte, in des Zaren Auftrag, den wankelmütigen König im Widerstand gegen Schweden bestärken und neue Bundesgenossen für den Kampf werben. Vor allem auf den Kaiser war es abgesehen. Der Zar wünschte in die grosse Allianz gegen Frankreich aufgenommen zu werden; dafür hoffte er vom Kaiser und den anderen Alliierten, namentlich den Seemächten, gegen Karl unterstützt zu werden. Am 8./19. Juli 1702 zersprengte Karl das sächsische Heer bei Klissow: Augusts Sache schien verloren. Einige Wochen später finden wir Patkul inkognito in Wien; gemeinsam mit dem dänischen Gesandten sucht er den Kaiser zur Unterstützung Augusts und des Zaren zu bewegen. Die sehr interessanten Verhandlungen, die er mit dem Grafen Kaunitz geführt, hat er in einem umfangreichen Protokoll niedergelegt<sup>1)</sup>.

In die Zeit von Patkuls Wiener Aufenthalt fallen aber noch andere Verhandlungen, die den Zweck hatten, ihn mit Karl XII. auszusöhnen.

Aus Patkuls letztem Gespräch vor seiner Hinrichtung mit dem Feldprediger Lorenz Hagen erfahren wir, dass der preussische Gesandte in Stockholm, Graf Dohna, sich um seine Begnadigung bemüht haben soll. „Aber,“ sagte Patkul, „die Gnadentür war mir am schwedischen Hof verschlossen“<sup>2)</sup>. Wie weit dieser Nachricht Glauben zu schenken ist, lässt sich aus den Akten des Berliner Archivs nicht feststellen. Über die Bemühungen im Jahre 1702, Patkul eine Amnestie zu verschaffen, gibt uns das Moskauer Archiv Aufschluss<sup>3)</sup>. Das Moskauer Material wird durch Dresdner Aktenstücke ergänzt<sup>4)</sup>.

Am 19. Nov. 1702 berichtete der sächsische Gesandte in Wien, Wackerbarth, seinem Könige, Karl XII. biete Patkul „in optima forma“ völlige Amnestie mit Rückgabe seiner Habe und seiner Güter in Livland an, falls er den Zaren zu einem Separatfrieden mit Schweden bewegen und veranlassen wolle, August aufzugeben. Ein schwedischer Abgesandter sei mit solchen Anerbietungen zu Patkul nach Wien gekommen; er glaube, es sei ein Pole. Auf Wackerbarths Anfrage habe Patkul versichert, er werde niemals August den Eid brechen, trotzdem dieser seinerseits Schweden Patkul als Preis für den Frieden angeboten habe.

<sup>1)</sup> M. A. Österreich 1703 Nr. 35. f<sup>o</sup> 102—113.

<sup>2)</sup> J. R. Patkuls Berichte an das Zaarische Cabinet in Moskau . . . III, 282.

<sup>3)</sup> Abteil. Polen 1702 Nr. 29. — Abteil. Österreich 1702 Nr. 13.

<sup>4)</sup> Den poln.-schwed. Krieg betreff. XII. Loc. 3613, u. Acta die Arretirung des . . . von Patkul betr. . . . Loc. 3516.



Dass August damals tatsächlich an ähnliches gedacht hat, lesen wir in einem Briefe Patkuls an Golovin aus Wien, 5. November 1702. Hier spricht Patkul auch von dem Amnestieangebot Karls XII. Er aber habe die Treue und Liebe zum Zaren, auch ohne geschworenen Eid, seiner zeitlichen Wohlfahrt vorgezogen und nach wie vor für den Krieg gearbeitet. Das klingt recht wenig glaubhaft, und Patkul selbst ist es, der uns eines Besseren belehrt. Im Oktober und November 1702 fand nämlich zwischen ihm und dem Beichtvater des Prinzen Jakob Sobieski, Johannes Ketten, ein Briefwechsel über die Frage der Amnestie statt. Der Prinz wollte den Frieden zwischen Peter und Karl vermitteln; Patkul erklärte sich bereit auch dafür zu wirken. Patkuls entgegenkommende Haltung geht aus seinen Briefen an den Prinzen und an Ketten mit voller Deutlichkeit hervor. Besonders wertvoll für die Beurteilung der Frage ist eine eigenhändige Niederschrift Patkuls über die Art und Weise, wie die Verhandlungen mit Moskau geführt werden sollten. Da heisst es unter P. 7: „Weilen die hauptproposition, so dem H. Geheimten Raht von wegen Sr. H. geschehen, dahin gehet, einen frieden zwischen Schweden und Moscau zu bewürcken; So hat d. H. Geheimte Raht darauf geantwortet, dass sujet an sich wäre so beschaffen, dass Er mit einem guhten gewissen vor Gott, und als ein redlicher Minister der Zaarischen Mayt. als seines Herrn nicht anders könnte, als auss sehr guhten, wolgegründeten und triftigen raisons ohne dem dazu zu rahten, So dass, wann auch gleich I. Kgl. M. von Schweden Ihme, H. Geleimten Raht, die hofnung von restitution dero Gnade nicht gemacht hätten, Er doch vor sich in geheimter Rahtspflegung bey Sr. Z. M. nunmehrö kein ander sentiment würde geführet haben, zumahlen Ihn biss daher Gott bewahret, dass Er einigen privatpassionen gegen Schweden, dessen mann Ihn biss daher mit Unrecht beschuldiget, solte einige influence in den publicis consiliis gegönnet haben, und hätte also alle Zeit auf nichts als auf dass veritable interesse seines Herren, deme Er gedienet, gesorget; Sein particular interesse aber, so hoch und wichtig es auch sey, allwege Gott und der Zeit überlassen zu dirigiren. Da aber I. Kgl. M. von Schweden nunmehrö Dero gnädige intention declariret, dass Sie geneigt wären mit Z. M. einen frieden zu schliessen, und dass höchst gedachte I. Kgl. M. von Schweden, wann d. H. Geheimte Raht dazu contribuiren, und aufrichtig darin arbeiten wolte, Sie alsdann alle Ungnade gegen den H. Geheimten Raht heben, dass, so mit Ihme in Schweden geschehen, vergessen, aboliren, und Ihn der vorigen Gnade restituiren wolten; So hat sich d. H. Geheimte Raht dahin erkläret, dass Er die gnädige disposition von I. Kgl. M. von Schweden mit alleruntertänigstem pflicht-

schuldigstem dancke aufnehme, und, weilen, wie vorgedacht, dieses sujet vom frieden, seinem Urtheile nach, der Z. M. interesse conform wäre, So wolte Er auch sich gerne drin employren . . . Dahingegen aber müste Er vorher die literas gratiae in optima forma von I. Kgl. M. von Schweden haben, gegen welche Er einen eidichen revers aussgeben wolte nach allen kräften auf vorgedachte weise in der Sache zu arbeiten.“ Dem, was Patkul über seine „Privatpassionen“ und „Partikularinteressen“ sagt, wird man nicht viel Wert beilegen. An seinem Wunsch, damals, im Herbst 1702, den Frieden zwischen Russland und Schweden zu vermitteln und dafür sich von Karl amnestieren zu lassen, kann nach seinem eigenen Zeugniß kaum gezweifelt werden. Woran die Verhandlungen scheiterten, ob sie überhaupt in Fluss kamen, — wir wissen es nicht. Wie Patkul sich, im Falle des Gelingens, die Zukunft malte; ob er damals nur seine persönlichen Interessen im Auge hatte (trotz seiner gegentheiligen Versicherung!), läßt sich ebenso wenig mit Sicherheit feststellen. Noch in späteren Jahren sollen an Patkul ähnliche Anträge gekommen sein; so behauptete er wenigstens. Seine Feinde am Hofe Augusts, denen diese Pläne und Machenschaften nicht verborgen blieben, wussten nachmals daraus ihre wirksamsten Waffen gegen ihn zu schmieden.

## Beilagen.

### I.

Denkschrift Patkuls für August II. 1699. Eigenhändig. M. A. Abteil. Polen 1698 u. 99 Nr. 10.

#### Alleruntertänigstes Memoriale.

1. Ehe und bevor mann zur Execution des bewusten desseins schreiten kan, wird unumbgänglich nöhtig seyn, dass Ihre Königl. Mayt. sich mit guhten alliancen versehen. Und zwahr so sind hirzu Muscau und Dännemarck die bequämsten, und am leichtesten zu bringen, als welche interesse und inclination genug haben, dass zu reconqueriren, wass Schweden Ihnen bey vorigen favorablen conjoncturen abgenommen, und biss dahin usurpiret hat.

So viel nun Muscau betrifft, so wird die puissance gerne zustimmen, weilen Sie ohne demie schon zur ruptur Gelegenheit sucht. Doch aber muss bei dieser alliance wol in acht genommen werden, dass mann nicht in die inconvenientien verfalle, darin mann im vorigen seculo über dass sujet ist gerahten. Welches hernach alle guht concertirte desseins eludiret hat. Und zu dem



Ende mus mit Muscau tractiret werden, dass es seine praetensiones nicht weiter alls bis an die Narwische bäche extendire, nemlich dass Narwa an Ehistland verbleibe, und der grosse Terminus Naturalis, welches die bäche und die Peipische See sind, nicht verstümmelt werde. Allermassen anderen falles, da nemlich Muscau Narwa überkähme, gantz Estland mit der zeit Ihme auch anstehen mögte, weil Er disseits obbedeuteter Gräntzen, die sonst eine herliche barriere gegen Ihme wären, bereits einen fästen fus, und also ein recht place d'Armes haben würde. Darumb mus auf diesem fuss Ihme die proposition zur alliance geschehen, dass Er sich an Ingermanland und Carelen mache, nicht aber einen fuss in lief- und Ehistland setze, sondern diese beyden letzteren den Waffen I. Kön. Mayt. überlasse.

Und damit so viel redliche leute in Ingermanland und Carelen, nicht der gewonlichen grausamkeit der Muscowiter mögen unterworfen seyn; So werden I. Kon. M. sich einen unvergleichlichen Nahmen und Ruhm zu wege bringen, wann dieselbe in bevorstehendem Tractat mit Muscau durch dero vielvermögende intercession es dahin zu oringen allergnädigst und christlichst geruhen wolten, dass Muscau promittiret, dahin zu sehen, dass durch seine Trouppen, die Einwohner weder mit feuer noch Schwerd oder plünderungen angegriffen, sondern sicher und unbeschädigt in ihren häusern und Gütern bleiben mögen. Wie auch, dass alle diejenigen, denen bey Schwedischer regirung ihre Güter genommen worden, Sie mögen gleich in Ingermanland wohnen, oder in lief- und Ehistland sesshaft seyn, derselben Güter wieder fähig werden, und im übrigen Ritterschafft, Städte und Stände bey ihren privilegien, freyheiten und Gerechtigkeiten in Sacris so wol als prophanis conserviret seyn und bleiben, auch wass dawieder öfentlich oder heimlich eingeschlichen, remediret werden solle. Und solches wird dem Zaaren annehmlich können gemacht werden, wann der Minister, so in der Sache negotijret, Ihme vorstelllet, wieso gahr sein eigen Interesse es erfordere zu tuhn, damit nemlich dass land Ihme anhangе, und sich seiner Herrschafft ohne Widerstand ergebe. Ess wird aber nicht zu säumen seyn, diss Werck bey dem Zaar zu incaminiren, weilen Schweden schon eine Ambassade dahin destiniret hat, umb diese invasion abzuwenden. Zum wenigsten muss dem Zaar angebracht werden, dass weil I. Kön. M. vernommen, dass Er mit Schweden brechen wolte, und Höchstgedachte S. Kön. M. umb sein dessein zu favorisiren, mit ihm gerne in alliance treten, und krafft derselben eine diversion am andern ohrte etwan machen wolten, damit nicht Schweden seine gantze force gegen Ihme wenden könnte; Also mögte Er nur fortfahrn und künftigen Sommer 1699 eine Campagne in Ingermanland und Carelen öfnen, worauf I. K. M. bald folgen würden.

Dännemarck betreffende, weil es ein Hoff ist, der mehr finesse und ruses hat, dannenhero auch mit mehr vorsichtigkeit muss hantiret werden; So wird dass interesse I. K. M. erfodern es dahin zu disponiren, dass Dännemarck selbst die proposition zum dessein tuhe, und dass also I. K. M. nur accidentaliter dabey concurriren. Wodurch die conditiones auf I. K. M. seiten favorabler werden zu bedingen seyn. Weilen bey stiftung der alliancen es alle zeit vortheilhafter ist, propositiones und projets zu erwarten als zu geben. Umb nun Dännemarck dahin zu veranlassen, müste ein guhter und getreuer Minister dahin fodersambst expediret werden mit andern Commissionen, bey deren negotiation müste Er en passant Erwähnung tuhn, dass, weilen I. K. M. mit dasiger Cron in eine off- und defensive ligue begriffen, solches aber allerhand ombrages gebe, und viel intrigues, meffiance und andere consequences bey den benachbahrten nach sich ziehen könnte, sintemahlen einer oder ander aus beysorge dass praevenire zu spielen rahtsam achten dürfte; So sehen I. K. M. zwar, dass I. K. M. von Dännemarck sich declariren mögten, zu welchem Ende sotahne alliance etwan mögte employret werden können, und dass alsdann I. K. M. geneigt wären, sotahne intentiones, die Dännemarck hätte, zu secondiren. Dabey aber muss der Hof wol sondiret werden, und mus mann dessen veues und disposition expisciren; Insonderheit wird dienlich seyn, par discours zu melden, wie die conjonctures, insonderheit da Muscau in solcher animositet stehet gegen Schweden, überaus favorabel wären, den Schweden dass wiedrumb abzunehmen, wass Sie bisdahin von ihren Nachbahren durch blosser Gewaltsamkeit an sich gebracht. Wie es nun nicht fehlen kan, dass nicht Dännemarck solte alsbald so reden als mann verlanget: So könnte dann ein projet zur alliance begehret werden. In derselben müste nun disseits stipuliret werden, dass Dännemarck, ausser seiner armée in Schonen oder anderem ohrte, mit seiner gantzen flotte jeder zeit die Schwedische flotte occupirte, und derselben durchaus nicht zuliesse, einige descenten lief- oder Estland wie auch in Churland, Preussen oder sonsten zu tuhn, und dass solchem nach alle zeit zu Riga im hafen zwey orlog-Schiffe und etwan 4 fregatten zu leichteren excursions auf dännemarcks kosten solten gehalten werden. Auf dass mann die connexion und communication mit den Inseln Ösel, Moon, Dagden und dergleichen, worin der feind sich leicht einnisteln und stets die küsten in allarm halten könnte, unterhalten möge.

Dabey müste mann nohtwendig wie auch in der Muscowitschen alliance ein articul inseriren, dass niemand von paciscirenden theilen anders frieden machte, als insgesambt, und keinesweges in ein particular-accommodement sich einlassen solte.

Auch muste Dännemarck sich chargiren, die contenance der anderen höfe wol zu observiren, insonderheit franckreich, wie



dann Dännemareck es füglich tuhn kan zumahlen Er seine ministros an allen höfen bereits von langen jahren her hat und nichts besondres wird soubçonniret werden, welches würde feststehen, wann I. K. M. Ministri an andern höfen nur ichtwas von der Sachen, auch nur von weiten touchiren solten. Und von solchem allen mus Dännemareck treulich part geben, umb alle erforderliche mesures drüber zu nehmen. Gleichfals können I. K. M. sich stipuliren, dass en tout cas Dännemareck obligirt seyn solle, wann I. K. M. es nötig befinden, 3 à 4000 man zum succurs transportiren, und in der Campagne brauchen zu lassen. Ess scheint wol dieses unnötig, aber superflua non nocent.

Enfin, wann die Sache schon auf dem point stehen wird, dass die articul von der alliance sollen concipiret werden, so wird man schon mehr finden, wass zur sachen und I. K. M. Vortheil dienen kan.

II. Vor Unternehmung der Entreprise werden I. K. M. nicht ungeneigt seyn, die pacta subjectionis mit den Ständen der länder quaestionis aufzurichten. Worauf alsdann die potenten, welche mann dort in dem lande distribuiren und bey volführtem ersten dessein sich fundiren und eingerichtet werden musten.

III. Und wie es gahr leicht zu begreifen, dass dass gantze land mit so viel grösserer Vertraulichkeit in die arme I. K. M. sich werfen wird, wann I. K. M. ein theil der liefländer unter dero armée employiren mögten, davon mann in allen charge I. K. M. tüchtige subjecta, die in auswärtigen diensten sich ebenfals signalisiret, wird vorschlagen; also ist eins der grössten articuln, dass dieses bey Zeiten geschehen mögte. Dann, so dass land und die Städte sehen werden, dass Ihre Mitbrüder und Verwandten zu dem Wercke gebrauchet werden, wird es bey Ihnen die impression machen, dass es angesehen sey Sie zu liberiren und nicht zu subjuguiren. Welches gahr herliche effecten tuhn, und unglaublich viele difficultaten enleviren wird.

Aber allen denen, die in diesem Wercke negotijren, muss gahr hart eingebunden werden diese regul:

Nesciat sinistra quid faciat dextra.

## II.

Denkschrift Patkuls für Zar Peter v. 5./15. Oktober 1699. Eigenhändig.  
M. A. Abteil. Polen 1699 Nr. 16.

Zufolge des von I. K. M. von Pohlen und Ch. D. zu Sachsen ertheilten allergnädigsten befehles, hat mann sich nicht entbrechen können, I. Z. M. hirmit allerdehmütigst zu erkennen zu geben, wassgestalt I. K. M. von Pohlen, von der Zeit an, da Sie durch die gnade des Höchsten auf den trohn des König-

reiches Pohlen getreten sind, eine besondere reflexion auf die nachbarschaft I. Z. M. gemachet, und biss auf diese zeit auch nichts in dieser welt mit mehrem Eyfer verlangen, denn nur die getreue und guhte verständnüss und nachbarschaftt, deren diese hohe häubter der Christenheit sich ein ander bey jüngstmahliger persönlichen zusammenkunfft versichert, je länger je fäster zu verknüpfen, und ein gemeinsahmes interesse unter sich aufzurichten.

In solcher absicht haben I. K. M. von Pohlen nicht können in vergessenheit stellen, dass I. Z. M. vorm Jahr Erwehnung getahn, es mögten I. K. M. deroselben behülflich seyn, dassjenige von der Cron Schweden wiederumb unter Zaarischer bohtmässigkeit zu bringen, wass dahin von Gott und rechtswegen gehöret, und nur unter faveur der, zu anfang dieses seculi, in Moscovien entstandenen innerlichen Unruhen, davon abgerissen worden.

Wiewol nun I. K. M. eben damahlen nicht ungeneigt gewesen, hirüber ohne einigem bedencken sich in einer positiven alliance und concert einzulassen; so haben doch I. Z. M. selbst den Zustand in Pohlen von solcher beschaffenheit befunden, dass es nicht dienlich geschienen, in einem Wercke von solcher consequence einzutreten, ohne vorhero die regierung in Pohlen zu befästigen, und solche disposition zu machen, damit I. Z. M. sich dieser assistance wol versichern, und vermittelst derselben, zu Ihrem Zweig gedeyen mögten.

Weilen denn nunmehr der höchste Gott I. K. M. kluge consilien dermassen gesegnet, dass die innerliche misshelligkeiten in Pohlen aufs möglichste gedämpfet, und durch jüngst überstandenen pacifications — reichstag, alle Wurtzeln der scission gehoben worden; so befinden sich I. K. M. anitzo in dem Zustande, I. Z. M. in obberegtem dero rechtmässigen desiderio, nachdrückliche hülfe zu leisten, und solches mit so viel mehrer gewissheit und besserem nachdruck, als I. K. M. bemercket haben, dass sich die conjoncturen in den affairen Europae anitzo hirzu ungemein favorable erzeigen, auch I. K. M. solche gelegenheiten, die Republic Pohlen alhir mit einzuflechten, an die hand kommen, dass solchem nach I. Z. M. hochlöblichen vorfahren noch nie eine solche tühre offengestanden ist, auch wol in vielen seculis sich nicht zutragen mögte, dieser ahrt mittel und wege zu erlangen, wodurch I. Z. M. an der Ostsee einen festen fuss setzen und dadurch einig und allein die unvergleichliche avantage haben können, so wol zu mehrer erhebung dero reputation bey der Welt, als auch zum sonderbahren flor der commercien mit Holland, Engelland, Hispanien, Portugall, und also in den Nord- West- und Südlichen theilen der Welt durch hülfe der Ost-See, der handel mit Moscovien zu etablieren, auch



mit sonderbahrem und mehrem vorthail als kein Potentat in der Weld bis dahin hat zu tuhn vermocht, dass commercium aus Orient, insonderheit aus Persien, China und andern ohrten her, im Occident zu führen, und dass Monopolium darin zu behaubten. Zu geschweigen, dass diss ein mittel ist, wodurch I. Z. M. mit den considerabelsten häubtern der Christenheit in nahere verständnüs treten; mehr part und influence an den händeln Europae haben; eine formidable flotte in der Ost-See bringen, und also darin die dritte puissance formieren; auch es dahin werden dirigiren können, Franckreich die gedanken von der Universal-Monarchie aus dem Kopf zu bringen, und dadurch allein mehr reputation bey der Weld zu erwerben, als wann I. Z. M. türcken und tartern bezwungen hätten. Und dadurch haben I. Z. M. insonderheit gelegenheit sich bey Holl- und Engelland noch mehr necessair zu machen, indehme, wann ein Krieg mit Frankreich wegen Spanien oder sonsten angehet, I. Z. M. di allirte Holl- und Engelländer mit zehn. zwanzigtausend oder mehrer manschaft, auch einer ansehnlichen flotte, assistiren können. Und kan also die Moscovitische nation, auch in dortiger krieges ahrt, auf anderer unkosten, sich geübt machen, welche hernach, ohne dass I. Z. M. wieder nötig haben sich frembder officiers zu bedienen, dieselbe gegen andere dero feinde, insonderheit gegen türcken und tartern, mit gahr guhthem succès werden gebrauchen können.

Unberührt alle andern vorthteile mehr, welche I. Z. M. dadurch zuwachsen, und dieselbe Ihrem hocherleuchteten verstande nach selbst am besten ermässen werden. Umb nun I. Z. M. zu allem deme zu verhelfen, offeriren I. K. M. von Pohlen, aus getreuem und aufrichtigem hertzen, nicht allein dero teutsche armée, sondern auch dero eigene hohe person, zu I. Z. M. diensten, und versprechen getreulich der croon Schweden eine solche kräftige diversion zu machen, dass I. Z. M. sich eines überfalles von hinten nicht sollen zu befahren haben; gestalt I. K. M. ein gross theil der Schwedischen force occupiren, und an dem ohrte angreifen werden, worauss Schweden ihre beste macht zusammen zu bringen pflegte.

Wie aber die Erfahrung bezeuget, dass die grossen tritte, welche eine puissance zu ihrem aggrandissement tuht, gemeiniglich von den nachbahren angefeindet werden, oder wenigstens Sie sehr allarmiret, also wollen I. K. M., ihres hohen ohrtes, nicht ermangeln, an allen höfen Europae I. Z. M. interesse durch dero Ministros wahrnehmen zu lassen, und, wo I. Z. M. auch die Ihrigen dort halten wollen, solche verfügung zu machen, dass sie mit zusammengesetzter Hand negotijren, und I. Z. M. desseins, alss dem allgemeinen Wesen der Christenheit und der Ruhe Europae nicht praejudicirlich vorstellen, folglich auch die übrigen

puissances dahin disponiren sollen, sich aus dem spiel zu halten. Immassen vermuthlich, dass I. Z. M. gleichwie ein jeder Christlicher Potentat zu tuhn schuldig, auch dero Conqueten nur so weit poussiren werden, dass die gantze Weld von dero rechtmässigkeit wird können überzeuget seyn; als welches sowol benachbarte als entfernte Potentaten obligiren wird, sich I. Z. M. billigen praetensionen nicht zu widersetzen. Dannenhero nunmehr unumbgänglich erfordert wird, dass man sofort zu dem Concert, nemlich Wie, Wo und Wann die operationes anzustellen, schreite, und der fäste Schluss gefasset werde, mit Ende des bevorstehenden decembris die ruptur anzufangen, als welches Tempo durchaus nicht muss versäümet werden, weil es in diesem Wercke heisset: Nun oder Nimmermehr. Und wie I. K. M. von hertzen wünschen und hofen, dass dero angetragene dienste und hülfe I. Z. M. annehmlich seyn mögen, also würden Sie sich recht zu hertzen ziehen, wann die itzo obhandene herliche Gelegenheiten nicht solten in acht genommen werden, zumahlen sonsten, wo es länger ausgesetzt würde, die guhten dispositiones sich leicht ändern und I. K. M. gahr leicht ausser dem vermögen gerahten könten, hirbey zu concurriren. Alss welche zu dienste I. Z. M. bereits solche anstalt gemacht haben, dass der rest von dero trouppen, welche Sie nur aus diesem absehen, mit grosser Mühe in Pohlen conserviren können, in der gegend woselbst eine diversion zu machen ist, sich gezogen haben. Gleichfalls haben I. K. M. mit einigen aus der Republic unter der hand solche mesures gefasset, dass die Polnische force hirbey mit kan interessiret, und also die volführung von I. Z. M. Vorhaben durch die Gnade des Höchsten zum glücklichen ausgange gebracht werden. Auch haben I. K. M. schon an ein und andern considerablen hof in Europa sich einer unfehlbahren assistance zu I. Z. M. dienst wol versichert, und werden noch weiter dahin bedacht seyn.

Vornehmlich aber wollen I. K. M. hirmit auf dass aller sorgfältigste recommandiret haben, 1<sup>mo</sup>, dass I. Z. M. zu so einem considerablen und heilsahmen Wercke, sich auf alle mögliche wege freye hände machen mögen, damit Sie nicht anderwärtig distrahiret werden. 2<sup>do</sup>, dass diese negotiation und handelung in allerhöchstem geheime gehalten, und ausser I. Z. M. keinem sonsten, als dessen Sie wol versichert, und so wenigen als möglich, vertrauet werde, zumahlen I. K. M. von Ihrer seiten nur wenig solche Persohnen zu diesem Wercke erwehlet, zu deren Treue und Verschwiegenheit Sie sich sicherlichst verlassen können.

Alles diss, welches nur in generalen terminis I. Z. M. allerdehmütigst vorgetragen werden wird, soll auf dero allergnädigstem Guhtfinden, weiter und umständlicher erkläret werden, so dass I. Z. M. sollen völlig versichert seyn, dass I. K. M. von Pohlen



zu diesem allen getrieben worden, aus purer liebe und getreuer freundschaft, die Sie gegen I. Z. M. im hertzen tragen und damit Ihr leben beschliessen wollen. Welches, wie nun I. Z. M. hofentlich mit gleicher zuneigung auf und anzunehmen geruhen werden, also wird inständigst gebehten, hirüber die abfertigung zu beschleunigen, zumahlen I. K. M. solche Antwohrt mit schmerzen erwarten, und nach beschaffenheit I. Z. M. resolution, dero rückreise aus Sachsen entweder beschleunigen oder verschieben werden.

Datum Moscau, den 5/15 Octobris, Ao: 1699.

---

## Dr. Johann Christoph Brotze als Pädagog und als Geschichtsforscher

(† 2. August 1823).

Von Bernhard Hollander<sup>1)</sup>.

Vor einem Jahrhundert, am 2. August 1823, starb in Riga im hohen Alter von 81 Jahren Dr. Johann Christoph Brotze, bis zuletzt hochgeachtet, geehrt und geliebt. Worte des Dankes wurden an seinem Grabe gesprochen; der Dank kam erneuert zum Ausdruck, als zwei Jahrzehnte später, 1845, an seinem Grabe ein würdiger Gedenkstein errichtet wurde; Worte des Dankes müssen auch wir heute nach 100 Jahren sprechen, wenn wir des „alten Brotze“, wie wir ihn doch gern nennen, gedenken. Jeder, der sich auch nur oberflächlich mit der Vergangenheit unserer Vaterstadt und Heimat beschäftigt hat, hat wohl mindestens einen Blick hineingeworfen in die Folianten, die von ihm herkommen und nun in dem „Brotze-Schrank“ der Stadtbibliothek bewahrt werden. Zahlreiche ernste Forscher haben aber sich immer wieder dort Material für ihre Studien geholt. Es ist daher natürlich, dass gerade an dieser Stelle, in unserer Gesellschaft, dieser Tribut des Dankes abgetragen werden muss.

Brotzes Lebenslauf bietet nichts Aussergewöhnliches dar. Wenn sein Leben auch nicht ganz frei ist von inneren Konflikten, wenn es ihm auch manche Enttäuschung gebracht, manche Hoffnung nicht erfüllt hat, so fehlt es ihm doch an irgend welchen grossen dramatisch bewegten Vorgängen. Es war ein schlichtes, einfaches Gelehrtenleben, das in der Arbeit volle Befriedigung fand, aber diese Arbeit wurde nicht nur geleistet, um die Vergangenheit zu erforschen und die Gegenwart in Wort und Bild für zukünftige Geschlechter festzuhalten, sondern sie hatte es auch zu tun mit lebendigen Menschen, mit der heranwachsenden Jugend, die seinem Herzen nahestand. Ja, diese letztere Arbeit hat er in grosser Pflichttreue stets als seine Hauptaufgabe betrachtet, während seinen Geschichtsstudien nur die Mussestunden gewidmet werden sollten.

Über Brotzes Leben existieren zwei von ihm selbst verfasste Aufzeichnungen. Die eine ist lateinisch geschrieben, zu Beginn seines Aufenthalts in Riga verfasst und in einem Bande seiner

<sup>1)</sup> Ein im J. 1923 in der Ges. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga gehaltenen Vortrag.



Sammlungen in der Stadtbibliothek bewahrt<sup>1)</sup>. Die andere ist 1815 verfasst, als er sein Lehramt niederlegte, und ist in der Schrift, mit der die Einladung zu dem bei dieser Gelegenheit veranstalteten feierlichen Aktus erfolgte, abgedruckt<sup>2)</sup>. Auch in seiner Abschiedsrede<sup>3)</sup> sind einige biographische Notizen vorhanden.

Brotzes Familie stammt aus Böhmen, war aber von dort in der Mitte des 17. Jahrh. der Religionsverfolgungen wegen ausgewandert. Vier Brüder Brotze kauften sich in der Lausitz ein kleines Gütchen und nährten sich von der Weberei. Die Nachkommen zerstreuten sich über das Land. Brotzes Vater, auch Johann Christoph genannt, hatte in Görlitz ein kleines Amt bei dem Salzmagazin, das von dem Ratsherrn Fritsche gepachtet war. Hier ist unser Johann Christoph am 12. September 1742 geboren. Er, der ein so hohes Alter in voller Rüstigkeit erreichte, war, was seine Zeitgenossen oft als besonders merkwürdig hervorgehoben haben, als kleiner Knabe von so vielen Krankheiten heimgesucht, dass er erst im 5. Lebensjahr das Gehen erlernen konnte. Auch hatte er, der so unendlich viel gelesen, geschrieben und gezeichnet hat, damals so viel unter Augenkrankheiten zu leiden, dass man ihm den Zeichenunterricht gar nicht gestatten wollte.

Da sich Brotzes Gesundheit später besserte, konnte er das Gymnasium in Görlitz besuchen, aber ohne dass er bei den bescheidenen Mitteln seines Vaters Aussicht hatte, die Schule ganz durchzumachen. Doch das schreckte ihn nicht davor zurück, sich mit Eifer und Fleiss auch den Fächern zu widmen, die für sein späteres praktisches Leben nicht in Betracht zu kommen schienen. Das wurde von den Lehrern so sehr anerkannt, dass sie ihm die Möglichkeit verschafften, das Gymnasium vollständig zu absolvieren. Auch wurde er von dem schon genannten Ratsherrn Fritsche ganz in dessen Haus genommen und mit seinem Sohn zusammen erzogen. In dieser Zeit ist die Herrnhuterbewegung auch an Brotze herangetreten. Viele seiner Kameraden schlossen sich ihr an, auch Brotze fand darin manches, was ihn anzog, aber ein Prediger Giese warnte ihn vor solchen Nebenwegen, und er erkannte, dass es ein Irrtum sei, zu glauben, der Heiland sei nur bei einem einzigen Häuflein anzutreffen oder dass die weltlichen Wissenschaften zu verachten seien, weil sie vom Heilande abführten.

Neben seinen Schulpflichten hatte Brotze noch mancherlei andere Arbeiten zu leisten, die er gewissenhaft und getreu erfüllte: er gab Privatstunden, führte die Geschäftsbücher seines Pflegevaters und vervollkommnete sich in der Mathematik, die im Gymnasium stark vernachlässigt wurde.

<sup>1)</sup> Brotzii vitae curriculum. Mss. 2311.

<sup>2)</sup> Riga 1815.

<sup>3)</sup> Sie ist gedruckt. Bibl. d. Ges. f. Gesch. u. Altertumsk.

Im Jahre des Hubertusburger Friedens (1763) kam Brotze auf die Universität Leipzig, für 3 Jahre mit Stipendien einiger-massen versorgt, dann aber genötigt, sich selbst seinen Unterhalt zu verdienen. Von den Professoren, die er hörte und mit denen er verkehrte, sind mit Ausnahme von Gellert wohl die meisten nur noch in der Gelehrtenwelt bekannt. Sie waren ihm aber wohlgesinnt und suchten ihm durch Zuweisung von literarischen Arbeiten, namentlich Übersetzungen, zu helfen und ihn in seinem Fortkommen zu fördern. In besonders nahe Beziehungen trat er, der selbst Theologie studierte, zum Professor Joh. Mathias Schröckh, dem Verfasser einer grossen Kirchengeschichte. Er zog als sein Amanuensis und Lehrer seines jüngsten Bruders ganz in sein Haus und siedelte auch mit ihm zusammen zu der damals schon ziemlich in Verfall geratenen Universität Wittenberg über. Hier promovierte er zum Doktor der Weltweisheit und hatte die Absicht, sich ganz einer akademischen Laufbahn zu widmen. Doch da erhielt er zweimal Aufforderungen, als Hauslehrer nach Riga zu kommen. Die zweite nahm er an und kam im Dezember 1768 in die Dünastadt. Seine alte Heimat hat er, soviel aus seinen Aufzeichnungen zu erkennen ist, nicht mehr wiedergesehen, aber in Livland, das ihm nur vorübergehend Gastrecht gewähren sollte, hat er sich volles, ganzes Heimatrecht erworben.

„Auch ich habe es erfahren“ — sagt er selbst —, „dass die Wahl unserer Schicksale nicht von uns, nicht von unserer vermeinten Klugheit abhängt, sondern dass eine unsichtbare Hand die Begebenheiten so lenkt, dass sie eben diesen und keinen anderen Ausgang nehmen müssen, und dass wir desto zufriedener leben, je williger wir uns in die Wege der Vorsehung fügen, und je weniger wir murren, wenn der Erfolg mancher Vorfälle unseren Wünschen nicht entspricht.“

Brotze hat noch ungefähr  $\frac{1}{2}$  Jahr zu gleicher Zeit mit Herder in Riga gelebt, aber wir wissen nicht, ob er Beziehungen zu ihm und dem sogenannten Herderschen Kreise gehabt hat. Er war Hauslehrer in der Familie des Rats Herrn Gotthard v. Vegesack, wohl um den damals 15-jährigen gleichnamigen Sohn, der später angesehener Rechtsgelehrter und Beamter der Livländischen Ritterschaft wurde, zu unterrichten. Brotze war in ein Haus gekommen, in dem ein lebhaftes historisches Interesse herrschte und in dem eifrig die Denkmäler der Vergangenheit gesammelt wurden. Der 1764 verstorbene Vater des Rats Herrn Gotth. Vegesack, Bürgermeister Gotth. Vegesack, war namentlich ein Liebhaber der Wappenkunst gewesen und hatte von seiner Tochter Anna Gertrud mehrere hundert Wappen (396) livländischer adliger Familien zeichnen und malen lassen. Die Sammlung wurde 1759 der Ritterschaft



überreicht. Dass Brotze gerade in diese Familie, die soviel Verständnis für die heimatliche Geschichte besass, gekommen war, müssen wir als eine besonders günstige Fügung betrachten. Er selbst sagt darüber:

„Zu den glücklichen Vorfällen meines Lebens rechne ich, dass ich in dem Hause des Herrn Obervogt Gotthard v. Vegesack, wo ich als Lehrer stand, eine reiche Sammlung livl. Geschichtsschreiber und vaterländischer Nachrichten antraf, die in mir die Liebhaberei zur livl. Geschichte erweckte, welche durch die Bekanntschaft mit dem würdigen Greise, dem Bürgermeister Peter v. Schievelbein, und dem Propste Heinrich Baumann in Wenden, die beide eifrige Sammler waren, vermehrt wurde.“

Die Sammlung von Peter v. Schievelbein und die des 1766 verstorbenen Bürgermeisters Georg Christoph Andreae sind später in den Besitz der Familie Vegesack übergegangen und von dem Hofrat Gotthard v. Vegesack, das ist Brotzes Schüler, 1818 der Rigaschen Stadtbibliothek dargebracht worden. Diese für uns so wertvollen Sammlungen erhalten eine noch grössere Bedeutung, wenn wir uns dessen erinnern, dass Brotze durch sie zum Sammeln seiner Materialien zur Landesgeschichte angeregt worden ist.

Propst Heinrich Baumann in Wenden, der auch Brotze beeinflusst hat, hat kleinere historisch-geographische Arbeiten über Wenden veröffentlicht und namentlich auch Gadebusch und Hupel Beiträge für ihre Arbeiten geliefert.

Brotze war noch kaum ein Jahr in Riga, als ihm das Amt eines Subrektors an dem Kaiserl. Lyzeum angeboten wurde. Auf den Rat des Generalsuperintendenten Jakob Andreas Zimmermann entschloss er sich, dem Rufe Folge zu leisten. Ebenso wenig wie er die Absicht gehabt hatte, dauernd in Riga zu bleiben, hatte er jetzt den Willen, sich ganz dem Lehrberuf zu widmen. Er hoffte vielmehr, wie er selbst sagt, „nach etlichen mühevollen Schuljahren die Stelle eines Predigers erhalten zu können“. Deshalb erlernte er die lettische Sprache und hat auch mehrmals gepredigt, wie er meint, nicht ohne Beifall zu erhalten. Dass er sein Ziel nicht erreichen konnte, dass seine Oberen, seinen Worten nach, taub gegen seine Vorstellungen waren, ist ihm entschieden eine Enttäuschung in seinem Leben gewesen. „Nach und nach“, sagt er, „fügte ich mich in mein Schicksal... und widmete mich dem Unterrichte der Jugend ganz, ohne an eine weitere Veränderung zu gedenken.“ In seiner Abschiedsrede entwirft Brotze ein Bild von den Leiden und Freuden des Lehrerstandes, das nicht sehr rosig gefärbt ist. Er erklärt offen, dass, wenn ihm noch einmal die Wahl des Lebensberufs freistünde, er schwerlich das Schulamt wählen würde. Er würde Bedenken tragen, eine Lautbahn, die so vielen

Unannehmlichkeiten, so vielen Hindernissen, so vielen Beschwerden und Fehlritten ausgesetzt ist, noch einmal zu durchlaufen. Zu den Schwierigkeiten, die der Lehrer zu überwinden hat, rechnet Brotze offenbar in erster Linie die mangelhafte Unterstützung der Schule durch das elterliche Haus: „Wenn Zerstreuung, Lustbarkeiten, Tadel der Schulzucht, leichtsinnige Gespräche in Gegenwart der Jugend, ich will nicht sagen, Geringschätzung der Lehrer, und unvorsichtige Urteile über die Lehrer zur Tagesordnung werden, so wird dem Lehrer sein Amt lästig, seine Tätigkeit wird abgestumpft und Unmut tritt an die Stelle der so nötigen Munterkeit.“ Deshalb nennt Brotze im Hinblick auf seine eigenen Erfahrungen den Schulstand höchst mühsam und traurig. Aber dann schildert er auch die Freuden des Lehrers, der für Mit- und Nachwelt arbeitet, für das Vaterland sät und pflanzt, er schildert die Genugtuung, die dem Lehrer zuteil wird, wenn seine Schüler sich im Leben bewähren und noch nach Jahren in Dankbarkeit ihrer Schulzeit und ihrer Lehrer gedenken. Da aber gerade der Lehrerberuf leicht zur Annahme gewisser Gewohnheiten führt, die eine erfolgreiche Arbeit an der Jugend erschweren, so sollten die Lehrer nicht zu lange im Amte bleiben. Er tritt daher lebhaft dafür ein, dass „man diejenigen, die 6—8 Jahre im Schnlstande ausgehalten haben, als Prediger anstelle“. Für beide Berufe würde das nützlich sein.

Als Brotze seine Tätigkeit am Lyzeum, das von Karl XI. 1675 begründet worden und neben der Jakobikirche nicht sehr glänzend untergebracht war — 1683 stürzte ein Teil des Baues ein —, begann, stand an der Spitze desselben noch der Rektor Johannes Loder, der durch seine Kenntnisse und seine unermüdliche Tätigkeit die Schule in Flor gebracht hatte, damals aber schon ein alter, hinfälliger Mann geworden war, so dass ein Niedergang der Schule erfolgte, ja die Prima, in der der Rektor stets den Hauptunterricht hatte, musste aufgelöst werden<sup>1)</sup>. Zu seinem Nachfolger war 1769 Herder berufen worden, aber da dieser nicht nach Riga zurückkehrte, wurde 1771 der Pastor zu Sunzel Joh. Jakob Harder aus Königsberg zum Rektor gewählt. Dieser tüchtige Mann ist, wie die meisten seiner Nachfolger, nur

<sup>1)</sup> Loder war der Vater von Justus Christian v. Loder, Professor der Anatomie in Jena zu Schillers Zeit. Brotze urteilt über ihn: „Loder war ein tüchtiger Schulmann für jene Zeiten, der nicht schmeichelte, sondern streng herrschte und nach seiner eigenhändigen Nota dem Rektor Uppendorf nachahmte. Ich will nicht leugnen, dass manches Pedantische mit vorkam, aber jene Strenge zog selbst bei ihrer Pedanterei tüchtige Männer, anstatt dass itzt durch Gelindigkeit und Aufhebung aller Strafen Zucht und Ordnung fällt und kein tüchtiger Geschäftsmann gezogen wird“ (Brotze, Verzeichnis derjenigen Bücher, welche die Stadt Riga mir abgekauft hat etc. Quartanten Nr. 124. Stadtbibl. Mss. 2310).



kurze Zeit im Amte gewesen. Ihm folgten noch bis zur Auflösung des Lyzeums im Jahre 1804: Geuder, Moritz, Sonntag und Götze. Von diesen war der hervorragendste Karl Gottlob Sonntag (1789–92), der, ebenso wie Brotze, nach Riga emigriert war und sich voll lebhaften Interesses auch mit der Vergangenheit der neuen Heimat beschäftigte. Die traurigste Zeit für die Schule war wohl unter dem Rektorat Johann Detlev Geuders (1777–80), während dessen Amtstätigkeit die Schule verfiel. „Despotismus, Zanksucht, Bitterkeit und Spaltungen, durch einen Unruhigen verursacht“ — so wurde damals gesagt — waren die Ursachen dazu. Gewiss war das auch für Brotze eine schwere Periode, aber persönlich hat er, wie es scheint, noch mehr zu leiden gehabt unter dem länger andauernden Rektorat des Friedrich Wilhelm Götze (1792–1801), der aus dem Vogtlande stammte. Er war ein geistvoller, kenntnisreicher Mann, der aber mehr für ein akademisches Lehramt als in die Schule passte und namentlich bei zunehmender Kränklichkeit einen schwer zu behandelnden Charakter hatte. Sowohl Schüler als Lehrer hatten darunter zu leiden. Obgleich Brotze, den er viel in Anspruch nahm, sich ihm sehr gefällig erwies, beförderte Götze ihn doch unaufhörlich und fügte ihm viele Kränkungen zu. Vor seinem Tode hat er allerdings Brotze für das ihm zugefügte Unrecht um Vergebung gebeten. Auch diese Erfahrungen werden wohl dazu beigetragen haben, dass Brotze die Schattenseiten des Lehrberufs so sehr betonte. Ihm selbst ist bereits 1777 und dann noch mehrmals das Rektorat angeboten worden, aber er lehnte die Wahl immer wieder ab, weil er als Rektor nicht der Ruhe, die er fürs Leben sich wünschte, genießen zu können glaubte, d. h. wohl der Ruhe, um seinen wissenschaftlichen Neigungen nachgehen zu können. Im Jahre 1783 wurde er Konrektor, und erst nach dem Tode Götzes übernahm er im Jahre 1801 stellvertretend die Leitung der Schule und hat sie bis zu deren Schliessung im Jahre 1804 geführt.

Aus dem Lyzeum, für das 1785–88 das Gebäude am Schlossplatze errichtet worden war, ging das Gouvernements-Gymnasium hervor, dessen Direktor August Albanus wurde. Brotze blieb im Lehrerkollegium, dessen Mitglieder meist aus Deutschland eingewanderte Pädagogen waren, als Oberlehrer der mathematischen und physikalischen Wissenschaften, soll aber mehr lateinische Stunden gegeben haben. Er war ein freundlicher, liebenswürdiger, stets hilfsbereiter Kollege, der wohl auch Sinn und Verständnis für Humor gehabt haben wird<sup>1)</sup>. Brotze

<sup>1)</sup> Nur ein kleiner Beleg dafür: Prof. Krause aus Dorpat und der Dichter und Maler Karl Grass waren einmal (1792) bei Brotze zu Gast. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über literarische Fragen. Grass' Ideal war natürlich Schiller; Herder und Goethe passierten nur so nebenbei.

soll als Lehrer es besonders gut verstanden haben, die Elemente der alten Sprachen den Schülern beizubringen. Ebenso war er in aufopfernder Weise stets bereit, schwachen Schülern zu helfen. Einen kleinen Einblick in seine pädagogischen Anschauungen gewinnen wir durch eine Schulrede, deren Manuskript uns in seinen Sammlungen in der Stadtbibliothek (Vitae curriculum Nr. 2311) erhalten ist. Als Aufgabe der Erziehung stellt Brotze fest: die Bildung des Kindes, des Jünglings nach seinen verschiedenen Fähigkeiten, nach der verschiedenen Bestimmung, die ihm bevorsteht, Bereicherung seines Verstandes mit den Wort- und Sachkenntnissen, die ihm dereinst unentbehrlich sein werden, Ausbildung seines Herzens nach guten Grundsätzen, zu deren Befolgung sein Wille geneigt gemacht werden muss, Sorgfalt, ihn vor herrschenden Lastern und schädlichen Beispielen zu bewahren, ihn zum Christen, zum Bürger, zum Untertan zu bilden. Brotze betont die Notwendigkeit des Sprachunterrichts nach einer vernünftigen Methode, aber er warnt davor, zu viel Zeit auf die alten Sprachen unter Hintansetzung der Muttersprache zu verwenden, wie das früher oft geschah. Ein so gebildeter Schüler, so meint er, schien mehr zu einem Bürger des ehemaligen Latiums, als des jetzigen Europa bestimmt zu sein, den man, wenn er der menschlichen Gesellschaft in den Geschäften des bürgerlichen Lebens brauchbar sein sollte, erst unter dem Schutte des alten Roms hervorziehen und nach den Sitten des Zeitalters, in dem er lebte, aufstutzen musste. Besonders erklärt sich Brotze gegen die Methode, nach der dem Kinde spielend allerlei Sachkenntnisse beigebracht werden, mit denen es prahlen könne, aber vor Anstrengungen behütet werden soll, ohne die ein wirklich gründliches Wissen nicht erlangt werden könne. Auch für die Jugend sei Anstrengung notwendig. „Einmal ist gewiss“ — so führt er aus —, „dass der Schüler sich desto weniger zu denken gewöhnt, je mehr der Lehrer für ihn denkt, und dass also ein grosser Endzweck für das künftige Leben verfehlt wird. Wie leicht geschieht es nicht, dass ein Knabe, der sich tätig und kraftvoll fühlt, aber nicht genug Beschäftigung und Unterhaltung findet, sich selbst Unterhaltung verschafft und seine Kräfte in unnützer oder gar schädlicher Anstrengung verschwendet. Und wenn auch dieses nicht erfolgte, so gewöhnt er sich zur Gedankenlosigkeit und Trägheit, und welchen Schaden führt dieses aufs ganze Leben mit sich? Wo ist ein Stand, eine Lebensart in der Welt, die nicht mit Anstrengung und Mühseeligkeit verknüpft ist? Wächst nun ein leicht erzogener Knabe

Das reizte Krause, der auf diese beiden in manchen Stücken mehr hielt, und sie gerieten in heftigen Streit. Der alte Brotze hatte, wie Krause sagt, sein Gaudium an der Hetze. B. Hollander, Schiller und Livland. Balt. Monatsschrift 1905, S. 333.



bis zum Manne heran, tritt er in ein Amt, wie schwer und peinlich muss ihm nicht die anhaltende Arbeit werden? . . . Lassen Sie uns demnach, geliebte Mitarbeiter, fortfahren, durch gründlichen Unterricht den Schüler zu Fleiss, zu Genauigkeit und Standhaftigkeit anzugewöhnen, lassen Sie uns denselben vor den Zerstreuungen, denen er sich so gern überlässt, soviel in unseren Kräften steht, abhalten, damit wir sie nicht zu flatterhaften Weichlingen, sondern zu brauchbaren Männern für die mancherlei Ämter ihres Vaterlandes bilden.“

So hat Brotze 46 Jahre lang sein Amt, das er nur für kurze Zeit hatte übernehmen wollen, mit grosser Treue verwaltet. „Hauptzug seines ganzen Charakters“ — sagt Pastor Grave von ihm — „war strengste, ernsteste Gewissenhaftigkeit. Sache des Herzens, Sache des Glaubens, Werk Gottes war ihm sein Amt. Er wurde nicht gelähmt von der Fessel langer Gewohnheit, nicht abgestumpft von drückender Last, nicht einseitig in der Anhänglichkeit für das Bestehende. Er bot mit freudiger Bereitwilligkeit, mit lebendigem Sinn für Besseres jeder neuen Einrichtung die Hand.“ Liebe und Anerkennung ist ihm dafür in reichem Masse zuteil geworden. In Anlass seiner Verabschiedung im Jahre 1815 schreibt Albanus von ihm: „Wie hält ein solcher bejahrter Schulmann gleich unserm hochverehrten, verdienstvollen, anspruchslosen Brotze das Ganze einer Schule zusammen! Wie wirkt er mit einer unbestrittenen, patriarchalischen, Niemanden bedrückenden Gewalt mächtiger noch auf seine jüngeren Mitlehrer, als auf seine Zöglinge! Wie ist's möglich, dass in seiner Nähe Unfriede entstehen oder bei seiner Dazwischenkunft fort dauern könnte? Welcher jüngere Mann würde es wagen, unter den Augen des Alten, der schon ein verdienstvoller Mann war, als jener noch die Schule zu besuchen anfang, sich der Trägheit im Berufe oder der Saumseligkeit in eigner Fortbildung zu ergeben!“

In einem ehrenvollen Schreiben wurde Brotze von der Schulobrigkeit der erbetene Abschied erteilt, und als ihm zu Ehren ein feierlicher Aktus im Gymnasium veranstaltet wurde, da versammelten sich die hohen Vorgesetzten des Landes und der Stadt sowie die Spitzen der Geistlichkeit aller Konfessionen. Die Gymnasiasten aber schmückten das Katheder, das er zum letzten Mal zu seiner Abschiedsrede betreten sollte, überreichten der Schule das Bild des geliebten Lehrers und geleiteten ihn nach dem Festakt an der Seite ihrer Lehrer in seine Wohnung. Und noch lange Jahre nach seinem Tode, im Jahre 1845, hat ein früherer Schüler des Lyzeums, Pastor Wendt, der Herausgeber der Rigaschen Stadtblätter<sup>1)</sup>, in liebevollen Worten Brotzes gedacht, der sich ein dauerndes, freundliches

<sup>1)</sup> 1845, Nr. 38.

Denkmal in den Herzen seiner Schüler gesetzt habe. „Der ehrwürdige Brotze“ — so sagt er — „genoss eine allgemeine Achtung. Als er nach des Rektors Götze Tode stellvertretend eintrat, konnte er einzelne Klassen, wenn sie einmal in Kinder-Übermut aus den Schranken traten, mit einem Worte, ja mit seinem Erscheinen alle schon augenblicklich zur Ruhe bringen. Mag es freilich damals auch leichter gewesen sein, jugendliche Gemüter zu regieren, wo die Versetzung nach der Sekunda schon dadurch mit erfreute, dass für den einzelnen Schüler die bisherige Benennung „Er“ in „Du“ verwandelt und ihm einen Stock zu tragen erlaubt wurde . . . , so war es doch der fromme Mann, der diese kindliche Achtung hervorrief. Und wenn er nun, der Konrektor, was seines Amtes vielleicht nach jetziger Ansicht nicht würdig schien, zweimal wöchentlich die unteren Klassen zur Zeichenstunde vereinte, den Anfängern in der Regel eigenhändig auf jeder einzelnen Seite eine Reihe kleiner Figuren, Blüten, Früchte, Stühle, Hausgeräte vorzeichnete, da war auch das nicht . . . als Nebensache für langweilig geachtet, es war auch das ein Band, das die Schüler mit dem Lehrer vereinte. Sah man dabei nun in seiner Wohnung Brotzes Privatfleiss, wie er einzelnen Schülern etwa einen römischen Schriftsteller erklärte und übersetzen liess, während er selbst mit dem so sauberen und fertigen Abschreiben alter Manuskripte und Dokumente so eifrig sich beschäftigte, wie hätte es anders sein können, als dass dieser Fleiss auch in die Herzen seiner Schüler Eingang fand! Bleibe die Erinnerung an Brotze mit seinem Ehrwürdigen, Väterlichen, Frommen, wie sein Bild unwillkürlich in des Jünglings Seele zog, dem Manne im gesegneten Andenken bis an das Ende seiner Tage.“

Ich habe geglaubt, diese pädagogische Tätigkeit des alten Brotze in erster Linie schildern zu müssen, da er selbst, wie bereits gesagt, immer hierin seinen Hauptberuf erblickt hat, während seine geliebten historischen Studien ihm nur eine Erholung darbieten sollten. Wie hat er aber diese Erholungsstunden ausgenutzt! Was haben wir alles diesen stillen Abendstunden und den damals noch kurzen Ferienwochen zu verdanken!

Brotze forschte in den Quellen der Geschichte unserer Heimat und suchte sich ein klares Bild von den Begebenheiten und Persönlichkeiten der vergangenen Zeiten zu machen. Er hatte aber auch ein offenes Auge und volles Verständnis für die ihn umgebende Welt und empfand das Bedürfnis, die Kenntniss der Vergangenheit und seiner Gegenwart den künftigen Geschlechtern zu überliefern. Deshalb hat er die Ergebnisse seiner Studien in zahlreichen Aufsätzen veröffentlicht, war aber auch gern bereit, andern „mit der Ausbeute seiner Mühen zu dienen“. Deshalb hat er unermüdlich Urkunden und andere Schriftdenkmäler



gesammelt und mit dem Fleiss eines mittelalterlichen Mönches abgeschrieben und nachgemalt. Deshalb hat er aber auch mit Zeichenstift und Pinsel gearbeitet und im Bilde uns Siegel, Denkmäler, Gebäude, Ruinen, Trachten seiner Zeitgenossen u. a. überliefert. Gern durchzog er während der Ferien das Land und suchte dort die denkwürdigsten Gegenden kennen zu lernen, um sie späterer Erinnerung zu erhalten.

Sehr bald hatte sich Brotze ein gewisses Ansehen und einen Ruf durch seine Arbeiten erworben. Joh. Bernoulli schreibt in seinen „Reisen durch Brandenburg, Pommern, Preussen, Kurland, Russland und Polen“ Leipzig 1779–80. 6. Bd. S. 16: „Es wird sich auch der Mühe lohnen, die Bekanntschaft des Herrn Brotze, eines Schulmannes in Riga, zu machen; er ist ein geschickter Zeichner und hat für die angeführte hupelsche und bergmannsche Werke viele artige Zeichnungen verfertigt.“

Brotze hegte damals (ums Jahr 1780) die Absicht, eine Wochenschrift über Gegenstände der Verfassung und Geschichte von Riga herauszugeben, und hatte bereits — was wohl für seine peinlich gewissenhafte und sorgsame Arbeit charakteristisch war — den ganzen ersten Jahrgang sauber geschrieben zum Druck fertiggestellt. Doch gab er den Plan aus allerlei Bedenken wieder auf<sup>1)</sup>.

Seine historischen Aufsätze sind meist wenig umfangreich, aber sehr zahlreich. Da er nur sehr selten seinen Namen als Autor unter seine Veröffentlichungen setzte, ja oft auch ohne Chiffre schrieb, so wird das Verzeichnis seiner Arbeiten in Winkelmanns Bibliotheca Liv. hist. und im Schriftsteller-Lexikon nicht einmal vollzählig sein. Seine Mitteilungen erstreckten sich auf die verschiedensten Gegenstände. Er schrieb über die Handelsverhältnisse in alten Zeiten, über die Hanse, die Gilden, die Schulen, die topographischen Verhältnisse Rigas und des Landes, über einzelne historische Vorgänge und Persönlichkeiten u. s. w. Dabei suchte er manche Irrtümer in der bisherigen Geschichtsdarstellung zurechtzustellen auf Grund besseren Quellenmaterials.

Seine liebenswürdige Art zu erzählen tritt besonders in einer der wenigen etwas längeren Arbeiten hervor, die wir von ihm besitzen. Sie erweckt in uns das Bedauern, dass er nicht mehr derartiges verfasst hat. Es sind das seine „Rückblicke in die Vergangenheit“, die er in den Programmschriften des Gouvernements-Gymnasiums in den Jahren 1805–1814 veröffentlicht hat. In der Einleitung sagt er:

„Jeder Schritt in und um Riga führt auf eine Stelle, die sich durch eine oder die andere Begebenheit auszeichnet, und ich

<sup>1)</sup> Rig. Stadtbl. 1823, Nr. 34.

pflege nie die Mauern dieser Stadt, in welcher ich seit 37 Jahren meine Zufriedenheit gefunden habe und die ich als meine 2. Vaterstadt betrachte, zu verlassen, um mich durch einen Spaziergang von meinen ermüdenden Geschäften zu erholen, ohne Betrachtungen darüber anzustellen, und sie entweder einem mich begleitenden Freunde oder Zöglingen, die ich gerne bei solchen Gelegenheiten um mich habe, mitzuteilen.“

Einen solchen Spaziergang und die sich daran knüpfenden Betrachtungen schildert Brotze in seiner Arbeit. Der Gang beginnt bei der Karlsporte und erstreckt sich durch die Moskauer Vorstadt über den Griesenberg und die Petersburger Strasse zu den Kirchhöfen und dem Feldhospital, dann zur Roten Düna und Alexanderschanze. Auf dem Rückwege wandert Brotze an Charlottental vorüber durch die Bleichpforte auf der Lazarettstrasse (Nikolaistrasse), vorbei am Krankenhause, der Euphonie, der Esplanade zum Schloss. Mit einer Schilderung des Schlossplatzes enden die Rückblicke. Er gibt bei letzterem eine gerade für die Gegenwart vielleicht beachtenswerte Notiz. Im Jahre 1783 wurde der Anfang mit dem Bau der katholischen Kirche gemacht. „Auch hier“, sagt Brotze, „legten die Bewohner unserer Stadt ihre Wohltätigkeit und gottgefällige Toleranz zur Ehre unserer Zeiten an den Tag und unterstützten den Bau dieses Gotteshauses sehr ansehnlich, welcher im Jahre 1785 zustande kam . . . ich nenne aber diejenige Toleranz Gott gefällig, die von Kaltsinn gegen die eigne Religion und von Proselytenmacherei gleich weit entfernt ist, und in einem andern Religionsverwandten einen Bruder sieht, den sie lieben, aber nicht verfolgen soll.“

Ich möchte jedem empfehlen, diese historischen Plaudereien Brotzes einmal zu lesen. Sie enthalten viele interessante topographische Einzelheiten des alten Riga vor 100 Jahren, aber auch manche beachtenswerten historischen Hinweise. Brotze erzählt von schwierigen Eisgängen, von Hafenanlagen, Befestigungen, Belagerungen und den damit verbundenen Niederbrennungen der Vorstädte, von Honigbäumen der Eingeborenen, von Salzburger Emigranten, die sich im 18. Jahrh. hier niederlassen wollten, aber zurückgewiesen wurden, vom Griesenberge und dem hier wohnenden Archiater Joh. Bernhard v. Fischer, von den Ordensschlössern und den Kämpfen des Ordens mit der Stadt, von einzelnen Ordensmeistern, wie Joh. Wolthus v. Herse und Plettenberg, und manchem andern noch. Über den ersteren, Joh. Wolthus v. Herse, spricht er etwas ausführlicher, „um“, wie er sagt, „eine Lücke zu ergänzen, die sich in allen unsern livländischen Schriftstellern findet, welche von diesem Wolthus wenig anführen konnten, weil die Quelle, aus der ich dieses schöpfe, noch nicht bekannt war, erst neulich ans Licht gekommen ist“. Diese Quelle war das Schreiben der livl. Gebietiger vom



Jahre 1473, in welchem sie die Gründe angeben, weswegen sie den Ordensmeister ins Gefängnis geworfen hätten. Das ungünstige Urteil, zu dem der Verfasser gelangte, ist ja bekanntlich auch noch von Th. Schieman aufrechterhalten worden. Erst Stavenhagens Arbeit in unsern „Mitteilungen“<sup>1)</sup> lässt ihn in einem andern Lichte erscheinen.

Wenn uns Brotze in diesen Aufzeichnungen als ein liebenswürdiger Geschichtsschreiber entgegentritt, so beruht doch seine Hauptbedeutung für uns in seiner unermüdlichen Sammlertätigkeit, deren Resultate wir glücklicherweise noch heute besitzen. Pastor Grave sagt von ihnen in seiner Grabrede: „Diese Sammlungen — nun ja, sie sind noch keine Geschichte, keine Beschreibung Livlands oder Rigas, sie bedürfen der ordnenden Hand, des umfassenden und sichtenden Geistes, der sie erst zu einem Ganzen verarbeite. Aber — welch' ein Stoff zu solchem Gebäude, das eine spätere Zeit aufführen möge! welches reiche Verdienst, an das Licht wieder gezogen zu haben, was vergessen war, erhalten, was verlorengegangen war, erläutert, was Dunkel umhüllte hatte! welch' ein Verdienst, damit schon manchen Irrtum berichtigt, manche Lücke ausgefüllt, manche Wahrheit aufgefunden und begründet zu haben!“

Wir werden dieses Urteil wohl bestätigen können, wenn wir auch nur einen kurzen Blick werfen auf die Hinterlassenschaft dieses unermüdlichen Forschers, die im Jahre 1821 von der Stadt für 2030 Rubel angekauft wurde, aber bis zum Tode Brotzes in dessen Verwahrung blieb. Über den Umfang dieser Sammlung möchte ich am besten mit seinen eigenen Worten Mitteilung machen. Sie enthält nach seiner Darstellung:

„1) 2 Bände in Folio unter dem Titel: Sylloge diplomatum Livoniam illustrantium, in denen ich aus allen Archiven, zu denen ich Zugang erhalten konnte, die Siegel der Rigaschen Erzbischöffe, Bischöffe, Pröpste, Dechanten, Kapitel, Aebte etc., der Ordensmeister, Komthure, der Beherrscher Livlands nach dem Untergange des Ordens in Livland, der Städte, selbst fremde, an livl. Urkunden vorkommende Siegel genau gezeichnet, richtige Proben von der Schreibart der Originale gegeben, auch selbige zum Teil völlig nachgeschrieben, und die Abbreviaturen genau bemerkt und erklärt, auch jedem Bande ein Glossarium über die vorkommenden plattdeutschen Worte und veralteten Redensarten beigelegt habe, so dass diese beiden Bände einem künftigen Geschichtsschreiber Livlands viel Licht geben und einem Liebhaber der Diplomatie Anweisung zur Entzifferung der Urkunden darbieten können. [Jeder Band hat ein gutes Sachregister.]

<sup>1)</sup> Bd. XVII, Riga 1900.

2) Ein Band in Folio, enthaltend: Proben von Schriftzügen vom Jahre 1300 bis 1561 nach der Zeitfolge. Weil nämlich in den Urkunden die Jahrzahl oft entweder nach der mindern Zahl oder gar nicht ausgedrückt ist, so kam ich auf den Einfall, Proben der Schreibart von Jahr zu Jahr zu sammeln und nachher zu untersuchen, ob man nicht eine Regel abstrahieren könne, um die Veränderungen der Schriftzüge von Jahrzehnten zu Jahrzehnten zu bestimmen und also das Alter jeder Urkunde, die keine Jahrzahl hat, ausfindig zu machen. Nachdem ich dies einige Zeit fortgesetzt hatte, fand ich, dass meine Absicht schwerlich erreicht werden könnte, dass aber demohuerachtet eine solche Sammlung für einen Altertumsforscher nicht unwichtig sein würde, und setzte sie also fort, fügte auch zu besserer Benutzung derselben ein Glossarium bei, bei dessen Anfertigung der gelehrte, seiner Vaterstadt unvergessliche Bürgermeister Johann Christoph Schwartz mich durch seine Kenntnisse sehr unterstützt hat.

3) Ein Band in Folio unter dem Titel: Livland am Ende des 18. Jahrhunderts. Hier findet man topographische Nachrichten über das eigentliche Livland nebst Oesel, nach der während der Statthalterschafts-Regierung gemachten Einteilung des Landes, die Anzahl der Gesinde, Beschaffenheit des Bodens, die Seen, Flüsse und Merkwürdigkeiten jedes Kirchspiels, nebst einem Kärtchen desselben, wozu die trefflichen Mellinschen Karten benutzt wurden.

4) Zehn Bände in Folio, Zeichnungen, grösstenteils von meiner Hand enthaltend, unter dem Titel: Sammlung verschiedener livländischer Monumente, Prospekte, Münzen, Wappen und dgl. Hier findet man genaue Abzeichnungen aller ehemals zur Ordens-, zur polnischen und schwedischen Regierungszeit in Livland geschlagenen Münzsorten, zu deren Vervollkommenung alle nur vorhandenen Münzsammlungen benutzt sind, die Prospekte alter zerstörter Schlösser, vieler Gegenden und Güter, Inschriften und Grabmäler, alte Gerätschaften und Waffen der ehemaligen Landesbewohner, die man an Orten, wo Schlachten vorgefallen sind, in der Erde findet, Wappen von lebenden und ausgestorbenen Familien, nebst eingestreuten Nachrichten von denselben, und andere Merkwürdigkeiten. [Trachtenbilder, Grabdenkmäler, Bild v. d. Jakobikirche u. d. Lyzeum, Bilder v. Höfchen bei Riga, z. B. Ebelshof, Schwarzenhof etc.]

5) Ein Wappenbuch des Herzogtums Livland in Folio, darin die Wappen nach der Ordnung, wie sie in der Matrikel stehen, mit der Feder gezeichnet sind.

6) Ausserdem noch mehrere Bände in verschiedenem Format, worinnen Annalen von Riga, Genealogien hiesiger Familien, Abschriften von seltenen, noch ungedruckten Urkunden und Nachrichten enthalten sind.“



Diese von Brotze selbst verfasste Übersicht ist aber noch keineswegs erschöpfend. Er erwähnt vor allem nicht die 27 Bände *Livonica* in der Stadtbibliothek, die noch heute viel wertvolles Material enthalten, obgleich manche der Chroniken, die er abgeschrieben oder exzerpiert hatte, heute gedruckt vorliegen. Der 10. Bd. z. B. enthält eine vollständige Abschrift der livländischen Reimchronik mit einer Übertragung in modernes Deutsch und mit Anmerkungen. An diese Bände schliessen sich noch 4 Bände *Miscellanea* und 2 Bände mit einer Sammlung von Siegeln adliger Familien und von gerichtlichen Siegeln und noch anderes mehr.

Brotzes Sammlertätigkeit und vor allem sein Fleiss als Abschreiber sind aber nicht nur der Rigaschen Stadtbibliothek zugut gekommen. Nach einer Notiz im Schriftstellerlexikon (Nachtrag I S. 94) hat er schon bei Lebzeiten einen Teil seiner Handschriften dem Konsistorialrat Koerber abgetreten, nach dessen Tode sie durch Kauf in den Besitz der Gelehrten Estnischen Gesellschaft in Dorpat gelangt sind. Auch in der Bibliothek der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde in Riga, im Rigaschen Stadtarchive und in der Dorpater Universitäts-Bibliothek sind Manuskriptenbände von Brotze vorhanden. Auch hat er viele hunderte von Urkunden für die baltischen Ritterschaften unermüdlich abgeschrieben, ebenso für Gelehrte und andere Privatpersonen, wie den russischen Historiker Karamsin<sup>1)</sup>.

Besonders erwähnt werden muss aber noch seine bedeutungsvolle Mitarbeit an der Herstellung der Urkundenabschriften aus dem Archive des Deutschen Ordens in Königsberg. Auf dem Historikertage vom Jahre 1908 hat Dr. H. v. Bruiningk<sup>2)</sup> auf den epochemachenden Einfluss hingewiesen, den diese 28 Folianten füllenden Urkundenabschriften auf die Entwicklung der livländischen Geschichtsforschung und auf die spätere Herausgabe des livländischen Urkundenbuches gehabt haben. Es sei mir gestattet, in aller Kürze über die Tätigkeit der dabei beteiligten verdienstvollen Männer zu berichten.

Im Dezember 1807 unterbreiteten Dr. Ernst Hennig aus Königsberg, der damals Kreislehrer in Goldingen war, Landrat Graf v. Mellin und Dr. Joh. Chr. Brotze — er wird in den Akten immer „Professor“ genannt<sup>3)</sup> — dem residierenden Landrat Wilhelm Friedrich Baron Ungern-Sternberg den Vorschlag, die im Ordensarchiv zu Königsberg vorhandenen *Livonica*,

<sup>1)</sup> In dem Bande *Brotzii vitae curriculum* Mss. Nr. 2311 gibt er selbst ein Verzeichnis der vielen Urkunden, die er abgeschrieben hat.

<sup>2)</sup> Arbeiten des 1. Balt. Historikertages zu Riga 1908. S. 280, Riga 1909.

<sup>3)</sup> In dem Werke *Das Gelehrte Teutschland oder Lexikon der jetzt lebenden deutschen Schriftsteller*, herausgegeben v. Hamberger und Meusel, Lemgo 1796, S. 451 heisst es von Brotze: „seit 1790 mit dem Charakter eines Professors“.

von denen Hennig berichtete, abschreiben zu lassen. Die Antragsteller hatten es gut getroffen. Landrat Ungern-Sternberg hat von diesem Augenblick an das lebhafteste Interesse für die Sache gewonnen, die er bei der Ritterschaft warm befürwortete. Diese übertrug ihm die Leitung des Unternehmens, und er hat es trotz vieler Schwierigkeiten, trotz der Kriegsnot und der knappen Geldmittel mit grosser Energie in ungefähr 7—8 Jahren zu einem glücklichen Ende geführt. Von der Arbeit, die Ungern-Sternberg dabei geleistet, legen 4 Foliobände mit Protokollen der Verhandlungen, von denen 3 in der Bibliothek der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, ein 4. in der Stadtbibliothek sich befinden, sowie die 5 grosse Foliobände füllende Korrespondenz Zeugnis ab. Schon bevor die Arbeit in Königsberg 1816 vollendet war, hatte Ungern-Sternberg, der nicht nur die andern Ritterschaften herangezogen, sondern auch eine Unterstützung vom Kaiser erhalten hatte, alles in die besten Wege geleitet, um eine Veröffentlichung der Urkunden durch den Druck „auf Kosten der hohen Krone“ zu bewerkstelligen<sup>1)</sup>, doch kam es nicht zur Ausführung des Planes. Um aber trotzdem eine wissenschaftliche Benutzung der Urkunden zu ermöglichen, hat der rastlos tätige Landrat noch im hohen Alter von 80 Jahren anno 1830 bei der livländischen Ritterschaft die Herausgabe eines Index corporis hist. diplomatici Livoniae, Esthoniae, Curoniae beantragt. Die Arbeit wurde K. E. Napiersky übertragen<sup>2)</sup>.

Brotze, der bei jenem ersten Antrage mitgewirkt hatte, wurde zuerst gebeten, die Arbeit des Abschreibens, von deren Umfang man noch keine rechte Ahnung hatte, zu übernehmen, aber da die Urkunden nicht nach Riga gebracht werden konnten und er seines Alters und Amtes wegen nicht nach Königsberg reisen wollte, lehnte er ab. Er ist jedoch während der ganzen Zeit ein treuer Ratgeber und Mitarbeiter Ungern-Sternbergs gewesen. Nach Brotzes Angaben wurde die Arbeit in Angriff genommen. In seine Hände gelangten alle 3162 Urkunden zuerst. Er bearbeitete sie, machte Inhaltsangaben oder ergänzte die von Hennig gemachten Angaben und fügte kritisch-historisch-diplomatische Bemerkungen hinzu. Napiersky hat, wie er selbst sagt, bei der Herausgabe seines Index diese Arbeiten Brotzes vielfach benutzen, sie oft einfach wiedergeben können. Brotze hat aber ferner die Königsberger Abschriften noch ergänzt durch seine Abschriften von Urkunden aus baltischen Archiven. So hat dieser verdienstvolle Mann auch gleichsam an der Wiege unseres livländischen Urkundenbuches gestanden<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Protokolle der Verhandlungen. 3. Band, S. 45.

<sup>2)</sup> Vgl. die Einleitung zu diesem Index.

<sup>3)</sup> Ungern-Sternberg hat 1815 für Brotze den Wladimir-Orden erbeten und ihn auch noch später zu einer Belohnung vorgestellt, aber wohl ohne Erfolg.



Wie anspruchslos Brotze bei der Honorierung seiner Arbeiten war, davon legt eine kleine Notiz, die ich von ihm fand, Zeugnis ab. Er hatte im Jahre 1805 aus der Ritterschaftskasse für die „Abzeichnung von Urkunden“ auf Abschlag 50 Rthl. Alb. erhalten und fügt hinzu: „Ich habe nichts gewisses accor-diirt, sondern die verfertigte Arbeit soll nach Billigkeit geschätzt werden, denn als meine Lieblingsbeschäftigung ist es zugleich eine angenehme Unterhaltung für mich, die alten Denkmäler der Vorzeit zu untersuchen. Die geschriebenen Bogen soll man also nur ein wenig höher schätzen, als ob ein gewöhnlicher Schreiber sie geschrieben hätte. Die Blätter und Zeichnungen sind aber nach einem mittelmässigen Preise zu bezahlen.“ Und in einer Biographie<sup>1)</sup> heisst es: „Seine Genügsamkeit bei der Preisbestimmung für seine Mühe im Zeichnen von Wappen und im Zusammenstellen der zu denselben gehörenden Nachrichten, womit er eine Zeit lang aus dem ganzen Lande beauftragt war, und selbst auch bei dem Abschreiben und Nachmalen der Urkunden für Stadt und Land, erstreckte sich bis zur Unbilligkeit gegen sich selbst. Nur die Zeit berechnete er dabei nach dem Verhältnisse dessen, was er mit Privatstunden hätte verdienen können, aber nicht die dazu gehörige besondere Mühe, und noch weniger brachte er das in Anschlag, dass er hier der Einzige war, der dergleichen liefern konnte.“

Die Sammlungen Brotzes sind schon bei seinen Lebzeiten reichlich ausgenutzt worden. So berichtet der Inspektor der Domschule Gotthard Tielemann<sup>2)</sup>, Brotze habe ihm mit der liebenswürdigsten Bereitwilligkeit seine reiche Handschriftensammlung für die vaterländische Geschichte zur Benutzung angeboten und er habe dieselbe auch zu einer Menge historischer Nachrichten ausgebeutet, auch viele der Zeichnungen von livländischen Altertümern kopiert. Derselbe Tielemann hat im Jahre 1820 die Sammlung genauer beschrieben<sup>3)</sup> und dabei betont, dass sich auch bei uns die historische Wahrheit einzig auf Urkunden stützen sollte. Er zitiert dabei den Ausspruch „eines unserer geistvollen Schriftsteller“: „An der Völker Wiege steht die Fabel, um der Völker Jugend schwebt die Sage, nur dem männlichen Alter leiht die Geschichte ihren Griffel und, streng genommen, müsste sie schon ihr erstes Blatt nur auf den Rücken einer Urkunde schreiben.“ Daher müssen wir den Männern Dank zollen, die solche Urkunden sammeln und vor dem Untergange retten. „Nicht wollen wir es tadeln, wenn unter dem Aufgestellten zuweilen manches Geringscheinende vorkommen sollte: der rohe Edelstein, den der Laie oft für einen wertlosen

1) Frobeen, Rig. Biographien S. 98.

2) „Mitteilungen“ Band IV, S. 209.

3) Rig. Stadtbl. 1820, Nr. 42.

Kiesel hält, wird unter der Hand eines kunstverständigen Meisters ein strahlender Diamant, der künftig ein Fürsten-Diadem schmückt. Und um so weniger müssen wir tadelnd verfahren, da sie mit grosser Selbstverleugnung arbeiteten. Bescheiden treten sie in den Hintergrund und überreichen anspruchslos ihre Arbeit, die Frucht so vieler mühevoller Jahre, dem glücklicheren Genius, damit er freier seine Schwingen erhebe, und die Nachwelt ihn mit ihrem Lorbeer kränze.“

Auch im Nachtrage zum Schriftstellerlexikon wird darauf hingewiesen, dass Brotzes reichhaltigen Manuskripte zu den verschiedensten historischen Publikationen, wie z. B. des Napier-skyschen „Index“, die Grundlage geboten haben. Wie viele Denkmäler der Vergangenheit nur durch Brotzes Zeichenstift uns erhalten sind, wie sehr noch heute der Geschichtsforscher ihm zu Dank verpflichtet ist, brauche ich wohl kaum hervorzuheben, aber auch unzähligen andern hat er mit seinen Zeichnungen und Notizen viel Freude bereitet und damit das Interesse und die Liebe für die Vergangenheit von Stadt und Land erweckt und belebt. So hat er als Lebender vor 100 Jahren in unserer Vaterstadt gewirkt, so wirkt er in dem uns hinterlassenen Erbe noch heute unter uns. Auf diese Liebe zur heimatlichen Geschichte, auf das Streben nach Vervollkommnung auch auf diesem Gebiete kommt es an. Das betonte auch Superintendent Dr. P. Poelchau, als er im Jahre 1845 bei der Enthüllung des Grabdenkmals Brotzes im Namen der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde sprach. Er sagte: „Solches Streben wird dann auch in den kommenden in Dunkel gehüllten Tagen nicht vergeblich sein. Es wird sicher, wenn auch nur langsam, die Frucht, die wir erwarten, reifen. Es wird bei immer tiefer dringendem Blicke in die entschwundenen Tage immer reichlicher der Trost uns zuströmen, dessen wir alle so bedürftig sind, der Trost, den die Geschichte überall verkündet, dass der allmächtige Gott es ist, der die Geschehnisse der Völker nach seiner Gnade und Weisheit lenkt, dass er in Tagen der Trübsal die Herzen prüft und die Geister weckt, dass er unsichtbar segnet, wo er sichtbar schlägt und verwundet, dass er, wenn seine Stunde gekommen ist, jedes Dunkel zum Lichte verklärt und alles wohl macht und alles herrlich hinausführt. In solcher Hoffnung lassen Sie uns von dieser Friedensstätte scheiden, an welcher der Wanderer neben Sonntags, Graves und anderer Edelen von dankbarer Liebe geschmückten Grabhügeln nun auch Brotzes Ruhestätte nicht vergeblich sucht, und zurückgehen in des bewegten Lebens Sorgen, Mühen und Kämpfe, wie in die stillen, wenn auch noch so kargen Mussestunden, zu welchen die Wissenschaft uns ladet.“



Ich denke, diese Worte können wir auch heute noch wohl beherzigen.

„Dem vieljährigen treuen Lehrer, dem Manne milden Sinnes, dem unermüdliehen Forscher der Vorzeit Livlands“ — hat man 1845 auf sein Grabdenkmal geschrieben. Als ein solcher lebt Brotze auch noch heute in unserem Gedächtnis fort!).

## Anhang.

### A. Manuskripte und Sammelbände von J. C. Brotze.

#### I. In der Rigaschen Stadtbibliothek.

1. Brotzii vitae curriculum. 1 Bd. fol. Mss. Nr. 2311.

Schriften und Dokumente Brotzes Leben betreffend, darunter eine Selbstbiographie und eine Schulrede, auch ein langes Register von Urkunden, die er für verschiedene Personen und Institutionen abgeschrieben hat.

2. Verzeichnis derjenigen Bücher, welche die Stadt Riga mir abgekauft und bezahlt hat und welche nach meinem Ableben von meinen Erben an die Stadt abgeliefert werden müssen. 1 Bd. fol. Mss. Nr. 2310.

3. Sammlung verschiedener liefländischer Monumente, Prospekte (Portraits, Grabmäler), Münzen, Wappen etc. (ca. 2000 Abbildungen von geschichtlichen Nachrichten begleitet). 10 Bde. fol. Mss. Nr. 2299–2308.

Von Brotze auch Livonica genannt

4. Allgemeines Register über die von mir gesammelten X Bde. Livonica. 1 Bd. fol. Mss. Nr. 2309.

Ein Register von Otto v. Huhn ist in der Rig. Ritterschaftsbibl. Mss. Nr. 260 (s. unten).

5. Sylloge diplomatum Livoniam illustrantium. Original-Manuskripte mit vielen Siegelabbildungen. 2 Bde. fol. Mss. Nr. 2258–59.

Ein weiterer Band ist nach dem Schriftsteller-Lexikon S. 282 durch Brotzes Vermächtnis dem Kurl. Provinzialmuseum in Mitau übergeben worden, doch ist er dort weder verzeichnet noch jetzt vorhanden.

6. Wappenbuch des Herzogthums Liefland nach der Matrikel. Federzeichnungen. 1 Bd. fol. Mss. Nr. 2260.

Ein weiterer Bd. ist in der Ges. f. Gesch. u. Altertumsk. (s. unten). Bei Winkelmann, Bibl. Liv. hist. Nr. 9810 wird ein Bd. v. J. 1822 in der Rig. Ritt.-Bibl. Mss. Nr. 450-a angegeben, doch habe ich ihn dort nicht gefunden.

7. Abbreviaturen ex sec. 13., 14., 15. aus liefländischen Urkunden gezogen. 1 Bd. fol. Mss. Nr. 2256.

1) Brotze heiratete 1774 die Witwe Maria Rosina Ulprecht geb. Haumann, Tochter des sel. Oberpastors der St. Jakobikirche Christian Haumann, die ihm 2 Söhne mit in die Ehe brachte: Mathias Georg Ulprecht, der seit der Schlacht bei Eilan verschollen war, und Ernst Markus Ulprecht, der als Gelehrter in Dorpat lebte. Aus der Ehe mit Brotze entspross eine Tochter: Rosina Sophie, geb. 1776 Juni 27, die 1805 den Pastor der schwedischen Gemeinde Adolf Ytter heiratete († 1814). Aus dieser Ehe ging eine Tochter Maria Wilhelmina (geb. 1806) hervor. Frau Maria Rosina Brotze starb 1812.

8. Proben von Schriftzügen liefländischer Urkunden und Handschriften (1296–1561), sorgfältig zusammengetragen und erläutert. Mit einer Vor-erinnerung und einem Wörterbuch. 1. Bd. fol. Mss. Nr. 2257.

9. Rigensia. 4 Bde. fol. Mss. Nr. 2253, 2253-a, 2254.

Der 3. Bd. fehlt.

10. Annales Rigenses. Nachricht von der Stadt Riga seit ihrer Erbauung bis auf unsere Zeiten, aus den besten Schriftstellern und Dokumenten gezogen. 1 Bd. fol. Mss. Nr. 2248.

11. Miscellanea. 4 Bde. fol. Nr. 2249–52.

12. Livland am Ende des 18. Jahrhunderts oder topographische Beschreibung desselben nach der A<sup>o</sup> 1783 eingeführten Statthalterschaftsverfassung. 1 Bd. fol. Mss. Nr. 2263.

13. Livonica. 27 Bde. fol. Mss. Nr. 2264–89.

14. Livonica. 10 Bde. Quartanten Mss. Nr. 2290–98, 2474.

15. Genealogien verschiedener livl. adligen und bürgerlichen Familien. 1 Bd. fol. Mss. Nr. 2312.

Bei Winkelman, Bibl. Livl. hist. Nr. 8497 ist auch ein in der Rig. Stadtbibl. befindlicher Bd. mit Genealogien kurländischer Geschlechter angegeben. Es ist das wohl ein Versehen, das im Exemplar des Winkelmanns in der Stadtbibl. zurechtgestellt ist.

16. Verzeichnis der General-Superintendenten in Livland, der Bischöfe und Superintendenten zu Reval und der Prediger der Stadt Riga von der Reformation bis auf unsere Zeiten A<sup>o</sup> 1771. 1 Bd. fol. Nr. 2255.

17. Nachricht von einigen Fontibus der livl. Geschichte des 16. Jahrhunderts. Mss. 4<sup>o</sup> Nr. 2460.

18. Osiliana d. i. Nachrichten von Oesel (Stift) aus ächten Quellen gezogen. Mss. 8<sup>o</sup> Nr. 2205.

19. Analecta Rigensia aus Urkunden und Archivnachrichten und zwar aus dem geheimen Archive zu Königsberg. Mss. 8<sup>o</sup> Nr. 2206 p. 1–118.

20. Analecta Dorpatensia aus dem geh. Archive zu Königsberg. Mss. 8<sup>o</sup> Nr. 2206 II p. 1–61.

21. Die Kirchengeschichte Dorpats betr. Nachrichten. Mss. 8<sup>o</sup> Nr. 130 (früher Nr. 2354-a).

22. Eine Sammlung adlicher Petschaften der in die livl. Matrikel eingetragenen Geschlechter. Mss. Nr. 2261.

23. Gerichtliche Siegel der Städte, Innungen, Gewerke, auch adliche Petschaften, die nicht in der Matrikel vorkommen. Mss. Nr. 2262.

24. In dem Sammelbande der Rig. Stadtbibliothek 4<sup>o</sup> Mss. Nr. 2590 sind Briefe von Pastor Körber zu Wendau an Brotze enthalten.

## II. In der Bibliothek der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga.

1. Genealogien verschiedener livl. adlicher und bürgerlicher Familien MDCCCXI. Mss. Nr. 30.

Abschrift vom Original in der Stadtbibliothek.

2. Darstellungen von Grabsteinen aus Rigaschen Kirchen. Original-Zeichnungen mit beschreibenden Bemerkungen. Mss. Nr. 151.

3. Stemma seu Genealogia Ulenbrockiana. Orig. Mss. Nr. 205.

4. Livländische Adels-Matrikel — 1839. Mss. Nr. 221.

Aus Brotzes Sammlungen, geschrieben v. A. Buchholtz sen.

5. Übersetzung der Urkunde d. d. Wittenstein am Freitage vor Tiburti 1478 betr. Klage des Ordens, Adels und der Städte gegen EBf. Silvester. Abgeschrieben v. Benj. Bergmann. Mss. Nr. 163.

6. Ergänzungen zu Sonntags Jahrzahlen zur Geschichte von Riga. Riga 1810. In dem Sammelbande: Historische Notizen. Mss. Nr. 284.

7. Abzeichnungen von Wappen livl. Adelsfamilien. Mss. 4<sup>o</sup> Nr. 153.

8. Supplement zu Bergmanns Biographien der livl. Prediger. Mss. Nr. 717.



9. Brotziana. Konvolut. Mss. Nr. 211.  
Namentlich Notizen über livl. Schulen.

III. In der Bibliothek der ehemal. livl. Ritterschaft, jetzt zur Bibliothek der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga gehörig.

1. Kopien Brotzescher Zeichnungen livländischer und estländischer Altertümer nebst Text. Mss. 4<sup>o</sup> Nr. 4; 76 Blätter.
2. Ueber die Insignien des Rig. Erzbistums und des Domkapitels. Abschrift einer Brotzeschen Abhandlung mit zahlreichen Siegel-Abzeichnungen von Trey's Hand. Mss. 4<sup>o</sup> Nr. 5, 19 Blätter Text und 29 gezeichnete Tafeln.
3. Livländisches Münzkabinet. Federzeichnungen. Mss. 4<sup>o</sup> Nr. 46—51.
4. Abzeichnungen von kurländischen Münzen und Medaillen. Mss. 4<sup>o</sup> Nr. 52.
5. Briefe aus Plettenbergs Regierungszeit von ihm und andern von 1494—1533 geschrieben, in kurzen Auszügen gesammelt von J. C. Brotze, kopiert von Tielemann. Mss. 4<sup>o</sup> Nr. 45.  
Das Orig. von Brotze ist in der Stadtbibliothek Livonica Band 26.
6. Register zu Brotzes Sammlung verschiedener livl. Mouumente etc. von Otto v. Huhn. Mss. Nr. 260. (Vergl. oben I, 4.)

IV. Im Rigaschen Stadtarchiv.

Diplomata Rigensia descripta a J. Chr. Brotze. 4 Bände fol.  
Band I 1200—1300, Bd. II 1304 1399, Bd. III 1403—1479, Bd. IV 1481—1667.

Facsimile-Abschriften und Übersetzungen der im inneren Archiv befindlichen Urkunden.

V. In der Universitätsbibliothek zu Dorpat<sup>1)</sup>.

1. Ein Band Schreibfolio Mss. Nr. 25. Er enthält: S. I—VIII Vor-erinnerung (zur Bischofschronik). S. 1—56 Bischoffs Chronik [s. Rig. Stadtbibliothek Brotze, Livonica Bd. IV Mss. 2267]. S. 57—68 Beschreibung aller Bischöffe und Erzbischöffe des Erzstifts Riga aus alten Schriften zusammengetragen von Gerhard Kurich Rosenstrauch [s. Rig. Stadtbibl. Rigensia 30 Mss. 2590]. S. 69—86 Historia monasterii virginum ordinis S. Benedicti Rigae a tempore orientis haeresis Lutheranae conservati usque dum Patribus Societatis Jesu traderetur. Ingolstadii 1615 ex Typographio Ederiano. [Eine Abschrift des Buches von Edm. Tolgsdorf, s. Winkelmann, Bibl. Liv. hist. Nr. 7810. Einen Auszug gibt Brotze in d. N. Nord. Misc. XI, 482] S. 86—87 Schlussnotiz von Brotze. S. 87—107 Fragment vom Marien-Magdalenen-Kloster. (Auf S. 107 Abbildung des Siegels der Äbtissin.) S. 108—113 Vollständige Anzeige und Auszug aus Henr. Montani oratio de Laudibus Livonie. S. 114. Namenregister der Bischöfe und Erzbischöfe.
2. Compendia scripturae sec. 13 ex chartis authenticis delineata. Mss. Nr. 38.
3. Abbreviaturen aus Urkunden, die Liefeland betreffen. Mss. Nr. 75.
4. Abschriften auf die Geschichte Livlands bezüglicher Urkunden. Mss. Nr. 86.
5. Ein Band fol. Mss. Nr. 87. Er enthält: auf dem unpag. Vorsatzblatt den Titel: Analecta Dorpatensia, auf der Rückseite: Folgende Bemerkungen sind aus authentischen Nachrichten und meistens aus den Urkunden

<sup>1)</sup> Der grossen Liebenswürdigkeit des Herrn Prof. W. Anderson verdanke ich die Mitteilung, dass alle diese Brotzeschen Manuskripte in Dorpat noch vorhanden sind, sowie nähere Nachrichten über sie.

genommen, welche der sel. Dr. Ernst Hennig in dem geheimen Archive in Königsberg gefunden und für die liv- und ehstländische Ritterschafts-Archive abschreiben lassen. Riga, den 14. Mart. 1817. M. Joh. Christoph Brotze. S. 1—71. [Notizen zu den Jahren 1306—1559. Zum Schluss Unterschrift von Brotze und Datum Riga, den 22. Mart. 1817.] S. 73—90 Handelsvertrag zwischen Smolensk, Riga und Gothland vom Jahre 1228. [Vorbermerkung, russ. Text, die ersten 9 Zeilen in kslaw. Schrift, Übersetzung, Erläuterungen. Vergl. auch N. Nord. Misc. XVII, 273, Rig. Stadtbl. 1814, S. 121.] S. 93—150. Rechts Deduction über die Absetzung des lievländischen Landmeisters Wolthus von Herse ... v. Jahr 1473. [S. 94 „Vorerinnerung“ von Brotze]<sup>1)</sup>. S. 153—183. Auszug aus der ... Ordens-Chronik von D. Ernst Hennig ... im August 1809. [S. 154: Anm. von Hennig.] S. 185—187. Übersetzung des mit signo Solis bezeichneten Facsimile. S. 188—189 Anmerkungen. S. 191—192. [Auf ein paar zusammengeklebten Blättern: das erwähnte Facsimile einer Urkunde von Alexei Michailowitsch v. 11. März 7168.]

#### VI. In der Bibliothek der Gelehrten Estnischen Gesellschaft zu Dorpat.

1. *Compendia Scripturae Seculi decimi tertii ex chartis authenticis delineata* a Joh. Christ. Brotzio. 1 Bd. fol. 1-a—16-b. Mss. Nr. 117.

[Nach einem Vermerk auf fol. 16 b ist dieses nur eine von Körber 1805 gemachte Kopie.]

2. Antiquarischer Briefwechsel und Handschriften des würdigen Mr. Brotze und anderer verdienstvoller Gelehrten von 1799 bis 1806 an Pastor Koerber auf Wenden, gesammelt von demselben. Tom. I Mss. Nr. 215.

Ein 2. Band ist nicht vorhanden. Briefe Brotzes füllen fol. 2—13, 18—56, 58—61, 64, 67.

### B. Drucksachen von J. C. Brotze, von ihm selbst oder nach seinem Tode herausgegeben<sup>2)</sup>.

#### I. Selbständig herausgegebene Drucksachen.

1. Abhandlung von den Tugenden und ihren Belohnungen, als eine Fortsetzung der Abhandlung von den Verbrechen und ihren Strafen. Aus dem Französischen. Riga 1769.

Eine Übersetzung der französischen Bearbeitung Pingerons von Dragonnetti's Abhandlung *Delle virtù et de premii*.

2. Samuel Engels, Aarbergischen Landvoigts und Rath's der Republik Bern, geographische und kritische Nachrichten über die Lage der nördlichen Gegenden von Asien und Amerika. Aus dem Französischen. Mitau 1772.

Die Übersetzung ist vom Verf. selbst durchgesehen, verbessert und mit vielen neuen Zusätzen bereichert.

<sup>1)</sup> Vergl. Brotze, Rückblicke in die Vergangenheit VI, 3 (Programm des Rig. Gymnasiums 1810).

<sup>2)</sup> Brotze hat nur selten seine Arbeiten mit seinem vollen Namen gezeichnet, oft nur mit „Br.“ oder B.; letztere Chiffre wird aber auch gelegentlich von andern, z. B. von Bergmann benutzt. Mitunter hat er seine Arbeiten in keiner Weise bezeichnet. So heisst es in den N. Nord. Miscellaneen I S. 485 und XVII S. 9, die Arbeit sei von einem in Riga befindlichen Gelehrten, der aber in die öffentliche Bekanntmachung seines Namens nicht einwilligt. Es gibt aber schon frühzeitige, wenn auch lückenhafte Verzeichnisse seiner Drucksachen im Schriftsteller-Lexikon und in den Rig. Stadtblättern. Vollständigkeit kann auch das nachfolgende Verzeichnis nicht beanspruchen.



3. Caroli Gottlob Sontagii Rectoris cum virgine lectissima Gertruta Hedvica Grave nuptias piis votis prosequitur Lyceum. Rigae d. XX Nov. MDCCCLXXXIX.

4. Viro Magnifico et plurimum reverendo Christiano Davido Lenz, ecclesiarum par Livoniam Superattendenti generali nec non sacri senatus praesidi dignissimo, quinquagesimum munerum ecclesiasticorum susceptorum annum IIX Calend. Julii celebranti gratulatur Lyceum Rigense. MDCCXCII.

5. Zum Abschiede von dem kaiserlichen Gouvernements-Gymnasium in Riga, gesprochen am 16. Sept. 1815. Riga [o. J.].

In der Bibliothek d. Ges. f. Gesch. u. Altertumsk.

## II. Drucksachen in andern Werken.

1. In den Nordischen Miscellaneen, herausgegeben von A. W. Hupel. 28 Stücke. Riga 1781—1791.

1. Nachricht von den ehemaligen liefländischen Hauptmannschaften oder Starosten. VII, 251.

2. Anmerkungen über eine neuerlich vorgebrachte, den rigischen Handel und die Düna betreffende Behauptung. VII, 255.

3. Beschreibung einiger alter Münzen. IX, 315.

4. Beschreibung des im J. 1783 von Kurland zum Rigischen Gouvernement restituierten Städtchens Schlock. XI, 425.

5. Über ein krebsartiges Wasser-Insekt. XIII, 503.

6. Anfrage wegen der eingemauerten Menschen, von denen man einen 1774 in der Jakobskirche in Riga und den andern 1785 im Arensbürger Schloss gefunden. XIII, 506.

7. Nachricht von einem alten Petschaft. XIII, 510.

8. Der Leichenstein des ehemal. Bischofs Otto Schenking zu Wenden. XV, 785.

9. Nachricht von den esthnischen Kriegs-Artikeln. XV, 787.

10. Die Titel der ehemaligen liefländischen Ordensmeister. XVIII, 581.

11. Topographisches Fragment über Lieflands Eintheilung unter der ehemaligen polnischen Oberherrschaft. XXII, 470.

12. Das Trauergefolge bei dem Leichenbegängnis des Herzogs Friedrich von Kurland im J. 1643. XXIV, 458.

13. Abschrift der Urkunde, aus welcher Arndt das Wort Drillen anführt. XXIV, 477.

2. In den Neuen Nordischen Miscellaneen, herausgegeben von A. W. Hupel. 18 Stücke. Riga 1792—1797. Leipzig 1798.

Brotze, J. C., Inhaltsverzeichnis der Neuen Nord. Miscellaneen in den Mittheilungen a. d. livl. Gesch. Bd. X H. 3. Riga 1865 und Separat-  
abdruck. Riga 1865.

1. Bemerkungen zu „dem rothen Buch inter Archiepiscopalia etc.“ I, 485.

2. Nachricht von einem seltenen Thaler. III, 724.

3. Vereinigung der liefl. Ritterschaft zu Wemel 1482 oder schon 1472. VII, 471, s. auch XIII, 606.

4. Einige liefländische Urkunden nebst beigefügten erläuternden und berichtigenden Anmerkungen. IX, 546.

5. Fundation der Tafelgilde 1425. IX, 563.

6. Bemerkungen über etliche in liefländischen Urkunden vorkommende, zum Theil schon unbekannt gewordene Ausdrücke nebst Winken über ehemalige Rigische Begebenheiten und Sitten. XI, 383; XIII, 567; XV, 544; XVII, 140.

7. Nachricht von einer katholischen Kirchenvisitation und dem dabey befundenen Kirchenzustande. XI, 529.

8. Auszug aus Edm. Tolgsdorf, *Historia monasterii virginum ordinis S. Benedicti Rigae a tempore haeresis Lutheranae conservati usque dum patribus Societatis Jesu traderetur. Ingolstadii 1615.* XI, 482 [s. oben V, 1].

9. Nachricht von einem etliche lief- und ehstländische Alterthümer etc. betreffenden Manuscripte... [Aschanaeus, Martin, *Liber collectaneus etc. Bibl. Liv. hist. Nr. 445.*] XV, 582.

10. Von dem liefländischen Münzwesen des XV Jahrhunderts, wobey zugleich die damaligen Preise versch. Waaren und Sachen angezeigt werden. XV, 469.

11. Nachricht von dem ältesten kurländischen Thaler (v. 1575). XV, 577.

12. Einige Urkunden und Bruchstücke aus der liefländischen Geschichte, hauptsächlich des 14, 15 und 16. Jahrh. XVII, 7.

13. Über das Todesjahr des Meisters Freitag v. Loringhove. XVII, 122. [Vergl. Rückblicke in die Vergangenheit. VII, 8.]

14. Nachrichten von 2 ehemaligen, bisher unbekannt gewesenen dörpt-schen Bischöfen (Heinrich Wrangell ca. 1403 u. Helmich ca. 1465). XVII, 128.

15. Einige Nachrichten von den ehemaligen Honigbäumen bei Riga. XVII, 133.

16. Vorläufige Bemerkungen über eine alte den Kommerztractat zwischen Smolensk u. Riga enthaltende Urkunde XVIII, 273. [Rig. Stadtbl. 1814 S. 121, 125. Brotze, Univ. Bibl. Mss. Nr. 87.]

3. Im Nordischen Archiv, herausgegeben von J. Ch. Kafka. Riga und Leipzig 1803–1808.

1. Über allerley Anordnungen im Stadtreigimente und deren Veränderungen. 1806 IV, 136.

2. Ursprung der Kirchenordnung in Riga. 1806 IV, 208.

3. Johann Derenthal und Gotthard Welling, zwei ausgezeichnete Staatsmänner aus dem vorigen Jahrhundert. 1866 IV, 212.

4. Miscellen aus alten Rigaischen Blättern. 1806 IV, 216; 1807 II, 153; 1808 III, 47.

5. Begünstigung des Rigischen Handels seit dem Ursprung der Stadt. 1807 I, 16.

6. Allerley Rechte und Verordnungen der Stadt Riga. 1807 II, 110.

7. Andreas Koye. 1807 III, 205.

8. Einige Verordnungen gegen das Strandrecht. 1880 I, 51. [Vergl. Rig. Stadtbl. 1812 Nr. 42.]

9. Von der Lage und Erweiterung der Stadt Riga. 1808 I, 105.

10. Von der Pest, die Livland ehemals ausgestanden hat. 1808 II, 46.

11. Von dem Kloster Padis. 1808 II, 228.

12. Begebenheiten nach Eroberung der Stadt Riga durch Gustav Adolph. 1808 III, 60, 100.

13. Ehemaliger Zustand des Rig. kaiserl. Lyceums. 1808 IV, 72.

14. Wie sah es vor 200 Jahren in Riga aus? 1808 IV, 215.

4. In den Livländischen Schulblättern, herausgegeben von August Albanus. Drei Jahrg. Riga 1813–15.

1. Berichtigung eines Artikels in Gadebusch Livl. Bibliothek, betreffend den Rigischen Domschul-Rector Joh. Rivinus. 1813 Nr. 26.

2. Fragmentarische Nachrichten von den Schulen in der Vorzeit Livlands. 1813 Nr. 44–45, 1814 Nr. 2.

3. Über die Benennung Scholgeselle. 1814 Nr. 14.

4. Alte Schulgesetze aus Riga. 1814 Nr. 35.

5. Ein bemerkenswerther Umstand aus dem Leben des Rigischen Superintendenten Kaspari. 1814 Nr. 51.

6. Nachricht von alten Schulen in Riga und Livland. 1815 Nr. 3.



7. Nachrichten von den ältesten Schulen in Reval. 1815 Nr. 7 und 10.
  8. Nachricht von einer alten vaterländischen Denkmünze auf die Versetzung der Dörptschen Universität nach Pernau, schon 1695 geschlagen. 1815 Nr. 13.
  9. Allerlei Derivationen. 1815 Nr. 11.
  10. Tachymathie, die Kunst, geschwind zu lernen, erfunden von Joachim Frisch, Matheseos Profess. publicus zu Riga (1681 – 1684). 1815 Nr. 3.
  11. Anekdote von dem Rig. Prof. der Beredtsamkeit Adam Gottfried Hörnick. 1815 Nr. 7.
  12. Alte Anagramme von dem Mitauer Rector Christian Bornemann (1694). 1815 Nr. 12.
5. In den Rigaschen Stadtblättern, herausgegeben von der literarisch-praktischen Bürgerverbindung. Riga 1810 u. ff.
1. Ein Aeltermann der gr. Gilde, der diesz Amt 38 Jahre verwaltete. 1810 Nr. 16.
  2. Der Empfang und die Einsargung eines General-Gouverneurs [J. J. Hastfer]. 1810 Nr. 19.
  3. Ein junger Herr Aeltester [der Schwarzen Häupter]. 1810 Nr. 19.
  4. Zwei Rigaische Notizen aus dem 15. Jahrhundert. [Testamentarische Bestimmung v. J. 1425. Über Honigbäume.] 1810 Nr. 45.
  5. Gelinde Witterung. 1810 Nr. 46.
  6. Noch zwei alte Frauen. 1810 Nr. 46.
  7. Ursprung der Recognitions-Kammer zu Riga. 1811 Nr. 2.
  8. Zimmer-Ameublement einer angesehenen Familie in Riga im J. 1701. 1811 Nr. 6.
  9. Ein in Riga [1609] unschuldig hingerichteter Knabe. 1811 Nr. 6.
  10. Eigene Art, ausstehende Schulden einzutreiben. 1811 Nr. 14.
  11. Menschenkenntnis und Politik früherer Zeit [15. Jahrh.]. 1811 Nr. 16.
  12. Des Bürgermeisters Melchior von Dreiling Leben 1623 – 1682. 1811 Nr. 17.
  13. Paul Rigemann, Rigaischer Bürgermeister (geb. 1628). 1811 Nr. 19.
  14. Nikolaus Witte von Lilienau, Doktor der Medizin, schwedischer Archiater und zuletzt erster Physikus in Riga (geb. 1618). 1811 Nr. 21.
  15. Schragen der Vogelfänger zu Riga (1699). 1811 Nr. 23.
  16. Johann von Benkendorf, Rigaischer Bürgermeister (geb. 1627). 1811 Nr. 24.
  17. Andreas Koye, Rigaischer Bürgermeister, Königlicher Burggraf, Erbherr auf Testama etc. (geb. 1586). 1811 Nr. 26.
  18. Die Koberschanze oder Kobronszchanze. 1811 Nr. 27.
  19. Feuersbrünste in Riga seit der Erbauung. 1811 Nr. 28 – 29.
  20. Franz Murrer, practisirender Arzt, nachmals Stadtingenieur zu Riga (geb. 1609). 1811 Nr. 31.
- [Bei Brennsohn, Die Aerzte Livlands, Mitau 1905, nicht verzeichnet.]
21. Handelsverordnungen vom Jahr 1550. 1811 Nr. 35.
  22. Empfang der Oberherren Rigas im 16. Jahrhundert. 1811 Nr. 36.
  23. Seltenheit der Aerzte in alten Zeiten. 1811 Nr. 41 (s. unten 60).
  24. (?) Gilde und Gildstuben. 1811 Nr. 44.
  25. Ehemalige Bauernnahrung in Riga. 1811 Nr. 45 (s. unten 67).
  26. Alte Gebräuche. 1812 Nr. 7.
  27. Alte Inschriften. 1812 Nr. 9.
  28. Ordalien (in Riga sec. XV). 1812 Nr. 15.
  29. Bemerkungen von allerlei Witterung aus dem 16., 17. und 18. Jahrh. 1812 Nr. 17, 18, 20. 1820 Nr. 27.
  30. Verteidigung der Stadt durch die Bürger in früherer Zeit. 1812 Nr. 30.
  31. So antworten treue Söhne des Vaterlandes (1605). 1812 Nr. 32.

32. Geschenke unserer Vorfahren zur Verteidigung d. Stadt. 1812 Nr. 32.
33. Einfall der Brandenburger in unsere Gegend im 17. Jahrhundert.  
1812 Nr. 34.
34. Angriff der Kuren auf das neu erbaute Riga. 1812 Nr. 33.
35. Brandassekurations-Anstalt der Stadt Riga. 1812 Nr. 37.
36. Pflichtgefühl der Staatsbeamten überwindet die Zärtlichkeit des Familienvaters. 1812 Nr. 37.
37. Kriegsdrangsale Rigas in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts.  
1812 Nr. 39.
38. Einritt des Herrmeisters zu Livland Heinrich von Galen in Riga  
im J. 1551. 1812 Nr. 40.
39. Belagerungs Correspondenz Gustav Adolphs mit der Stadt Riga.  
1812 Nr. 41.
40. Verbot des Strandrechts (1553). 1812 Nr. 42.
41. Rigas Gesandte zur Zusammenkunft der Hansestädte (1554).  
1812 Nr. 43.
42. Verheerende Pest in Riga nach der Belagerung im J. 1656  
1812 Nr. 48.
43. Honigbäume. 1813 Nr. 7.
44. Ein ausländischer Fürst in Riga beläutet (Gotthard Kettler).  
1813 Nr. 7.
45. Bemerkung des Aeltermanns Heinrich Hacke v. 1547. 1813 Nr. 9.
46. Riga einen ganzen Sommer ohne Brücke (1705). 1813 Nr. 15.
47. Ausserordentliche Wahlen (Rig. Rat). 1813 Nr. 15.
48. Gustav Adolphs Abänderungen einer Apologie der Stadt Riga.  
1813 Nr. 21.
49. Hatte denn Riga ehemals einen Hafen? 1813 Nr. 22.
50. Handels-Freundschaft in früherer Zeit. 1813 Nr. 29.
51. Sorge der ersten Oberherren für Verteidigung der Stadt. 1813 Nr. 36.
52. Wert der Rigischen Mark im J. 1553. 1813 Nr. 36.
53. Nachrichten unsern Dünastrom betreffend. 1813 Nr. 42.
54. Merkwürdige russische Urkunde v. J. 1228. 1814 Nr. 22—23.
55. Strenge Gebäude-Polizei von 1502. 1814 Nr. 28.
56. Eine livländische Denkmünze (1679). 1816 Nr. 26.
57. (?) Bürgermilitär in Riga. 1816 Nr. 44.
58. Karls XI. Handels-Verordnungen für Riga. 1817 Nr. 36.
59. (?) Ueber den früheren Holzhandel. 1818 Nr. 3.
60. (?) Mangel an Aerzten in Riga im J. 1516. 1818 Nr. 6.
61. (?) Was bedeutet Oeconomus in den Rig. Stadtbl. des vorigen  
Jahres S. 318? 1818 Nr. 7.
62. (?) Das Stadtmagazin in vorigen Zeiten. 1818 Nr. 16.
63. Riga bietet sich zur Vermittelung an (1456). 1818 Nr. 18.
64. Zur älteren Geschichte der Stadt. 1819 Nr. 10, 12.
65. Ursprung der blauen reitenden Bürger-Garde. 1820 Nr. 9.
66. Das Gerücht mag falsch oder wahr gewesen sein, die Vorsicht  
war immer lobenswert (1570). 1820 Nr. 16.
67. Eid- und Pflicht-Entlassungs-Schreiben des Herrn-Meisters Wil-  
helm Fürstenberg an die Stadt Riga, aus Tarwast A<sup>o</sup> 1560 gesandt. 1821 Nr. 6.
68. Ueber Dionysius Fabri. 1821 Nr. 8.
69. Woher der Name Alberts-Thaler. 1821 Nr. 23.
70. Aus einem, dem General-Gouverneur Grafen Erich Dahlberg  
A<sup>o</sup> 1696 auf Verlangen abgestatteten Berichte über das Kirchen- und  
Schulwesen der Stadt Riga. 1821 Nr. 38<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Dieses ist meines Wissens die letzte von Brotze selbst in den Druck  
gegebene Arbeit.



71. Die Hölmer bei Riga. 1890 Nr. 46.
72. Bauernnahrung in Riga, was es gewesen. 1896 Nr. 43 (s. oben 25).
6. In den Programmen des Kaiserlichen Gymnasiums zu Riga.  
Rückblick in die Vergangenheit. Stück 1—8. Riga 1805—10, 1812, 1814.
7. In der Ehst-, Liv- und Lettländischen Geschichte von Thomas Hiärn. Mitau 1794.  
S. VIII J. Chr. Brotze, Nachricht von Th. Hiärns livl. Geschichte und dessen Collectaneis.
8. In der Fama für Deutsch-Russland, herausgegeben von A. Truhart. I. Jahrg. 1806 Bd. IV S. 101 u. 143.  
Merkwürdige Eisgänge und Überschwemmungen der Düna aus dem vorigen Jahrhundert.
9. In der Livländischen Lesebibliothek, eine Quartalschrift zur Verbreitung gemeinnütziger, vorzüglich einheimischer Kenntnisse in unserm Vaterlande, herausgegeben von Friedrich David Lenz. II, 45. Dorpat 1796.  
Rigas Drangsale zu Anfang dieses Jahrhunderts, ein authentisches Aktenstück, welches im J. 1709 in den Knopf des Thurmes der St. Petri-Kirche gelegt worden.
10. Im Archiv für Geschichte Liv-, Esth- und Kurlands, herausgegeben von F. G. v. Bunge.  
I. Bd. 2. Aufl. Reval 1857. Protocoll der Catholischen Kirchenvisitation in Livland v. J. 1613.  
Abgedruckt nach einer Kopie von Brotze und mit dessen Anmerkungen.  
IV. Bd. Dorpat 1845. Einleitung zu den Acten der kgl. Commissarien Bonar und Sapieha über den sogen. Calenderstreit in Riga v. J. 1589.
11. In den Mittheilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Ehst- und Kurlands, herausgegeben von der Ges. f. Gesch. u. Alterthumskunde.  
X. Bd. Riga 1865, auch im Separatabdruck.  
Inhaltsverzeichnis der Neuen Nordischen Miscellaneen, zusammengestellt von Dr. Johann Christoph Brotze.
12. In dem Buche von Gustav Bergmann, Geschichte von Livland nach Bossuetischer Art entworfen. Leipzig 1776.  
Kupferstiche und Vignetten nach Zeichnungen von Brotze
13. Im Katalog der Rig. kulturhistorischen Ausstellung. Riga 1883<sup>1)</sup>.  
S. 82 ff. Beschreibungen von Brotze zu seinen Zeichnungen: Figuren aus der Rig. Gesellschaft und dem Strassenleben Rigas aus den Jahren 1775 ff. (s. Sammlung livl. Monumente etc. Bd. III).

Die von Fr. E. Grewing in vergrössertem Maszstabe hergestellten Kopien der Zeichnungen sind in der Bibl. d. Ges. f. Gesch. u. Alterthumsk.

---

<sup>1)</sup> Brotzesche Zeichnungen sind immer wieder hänäg reproduziert worden. Hier können nur ein paar Beispiele angeführt werden.

14. In dem Buche von Friedrich Bienemann: 1812. Baltische Erinnerungsblätter. Riga 1912.  
Wiedergabe einer Anzahl Zeichnungen von Brotze aus der Rig. Stadtbibliothek.

15. In der Latvijas Saule. Mākslas un senatnes mēnešraksts. 1924 Januar – März Nr. 1–3 (13–15).

Abbildungen eines Schlittens und von Volkstrachten nach Brotzeschen Zeichnungen.

16. Ausserdem hat Brotze viele kleinere und grössere Abhandlungen ans dem Französischen übersetzt für Prof. Adlung, sowie Zeichnungen zu Kupfern und Karten zu den Schriften desselben geliefert. Auch hat er Übersetzungen von Aufsätzen, die Naturgeschichte und Naturlehre betreffend, für Prof. Schrebers Schauplatz der Künste und Wissenschaften angefertigt.

#### Arbeiten über Joh. Chr. Brotze.

1. Gadebusch, Fr. Konrad, Livländische Bibliothek. X Band S. 130. Riga 1777.

2. Recke-Napiersky, Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland. I. Bd. S. 277. Mitau 1827. Nachträge I S. 94.

3. Albanus, August, Einladung zur feierlichen Amts-Niederlegung des Herrn Oberlehrers, Kaiserl. Rath, Dr. Johann Christoph Brotze, am 16. September 1815 Vormittags um 10 Uhr im Kaiserl. Gouv. Gymnasium zu Riga. Biographische Nachrichten von dem Abschied nehmenden Greise enthaltend. Zuvor ein Wort über die eigenthümlichen Verdienste hochbejahrter Schulmänner. Riga 1815.

4. Feierlichkeit im Gouv. Gymnasium zu Riga am 16. September 1815 nebst biographischen Notizen. Livl. Schulblätter 1815 Nr. 19 u. 21.

5. Die Feierlichkeit des 16. September 1815 im Rigaischen Gymnasium. Rig. Stadtbl. 1815 Nr. 38.

6. Tieleman, G., Einiges über die vaterländischen Sammlungen des Herrn Rath Brotze. Rig. Stadtbl. 1820 Nr. 42, s. auch 1821 S. 213.

7. Versprochene Rechenschaft über den am 14. Oktober 1821 abgeschlossenen Ankauf der livl. Sammlungen des Herrn Rath M. Joh. Chr. Brotze für die Stadt-Bibliothek in Riga.

Ein gedrucktes Blatt im Konvolut Brotze der Buchholtzschen Sammlung in der Rig. Stadtbibl.

8. Das Gelehrte Teutschland oder Lexikon der jetzt lebenden teutschen Schriftsteller. Anfangen von Georg Christoph Hamberger, fortgesetzt von Johann Georg Meusel. Lemgo 1796 I S. 451.

9. Johann Christoph Brotze. Rig. Stadtbl. 1823 Nr. 33, 34, 48.

Nekrolog mit einem Verzeichnis seiner Druckschriften.

10. Dr. Joh. Chr. Brotze, gefeiert von einigen seiner Mitbürger. Riga 1825.

Gedächtnisreden, gehalten bei seiner Bestattung von OP. K. L. Grave, Praetorius und D. G. Bergmann. Eine Silhouette Brotzes trägt die Unterschrift:

Keine Lorbeern schmücken unsre Haine –

Sie sind Söhne einer mildern Flur –

Doch Livonas Trauerbirke weine

Dir die Dankesthräne der Natur.

11. Poelchau, P. A., Superintendent, Rede, gehalten im Namen der Gesellschaft f. Geschichte u. Altertums. am 8. September 1845 bei Enthüllung des Brotzeschen Gedenksteins auf dem Jakobi-Kirchhof. Mss. in der Rig. Stadtbibliothek. Buchholtzsche Sammlung, Konvolut Brotze.



12. Wendt, P. D., Brotzes Denkmal. Rig. Stadtbl. 1845 Nr. 37–38.
  13. Napiersky, C. E., Joh. Chr. Brotze und das ihm 1845 gesetzte Denkmal. Inland 1845 Nr. 38.
  14. Rigasche Biographien, herausgegeben v. J. G. F[robeen]. Riga 1881 S. 95.
  - Joh. Christoph Brotze, Lehrer.
  15. Zur Geschichte des Gouvernements-Gymnasiums in Riga. Riga 1888. Kurze Notizen auch über Brotze.
  16. Girgensohn, Joseph. Wanderungen durch unsere Provinzialhauptstadt. Balt. Monatsschrift. 36. Bd. 1889 S. 536 ff.
  - Nachrichten über Brotze und eine Beschreibung seiner Sammlungen in der Rig. Stadtbibliothek.
  17. A. S., Ein Spaziergang mit dem alten Brotze. Zeitung f. Stadt u. Land 1890 Nr. 101.
  18. S[chweder], M. Johann Christoph Brotze. Mit Porträt. Illustrierte Beilage der Rig. Rundschau 1905 H. 12.
  19. Liborius Bergmann, Erinnerungen an das unter dem Scepter des russ. Kaiserthums verlebte Jahrhundert. Riga 1814.
  - Die Schrift ist gewidmet: Dem verdienstvollen Greise, seinem verehrungswürdigen Lehrer, dem Herrn Tit Rath und Oberlehrer am kaiserl. Gymnasium M. Joh. Chr. Brotze unter Empfindungen inniger Hochachtung und Dankbarkeit.
  20. Nedeļa. Ilustrets Žurnals 1924. III. gads Nr. 39.
  - Bild von Brotze mit einer kurzen Notiz.
  21. Štāls, Art., Ilustrets Žurnals. Izdevis „Leta“. Riga 1923 Nr. 19, 23, 25.
  - J. K. Broce.
  22. Štāls, Art., Sargāsim savas tautas senatni! Riga 1924.
  - S. 64 wird Brotze erwähnt. Das Buch bringt auch ein Porträt von Brotze und mehrere Abbildungen nach Brotzeschen Zeichnungen.
-

# Die religiösen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strömungen in Riga

## 1530–1535

von Paul Karge — Königsberg.

Livland hat seinen Schmalkaldischen Krieg um gut ein Jahrzehnt früher erlebt, als das deutsche Mutterland. Zwischen dem Markgrafen-Koadjutor Wilhelm von Riga und den Evangelischen im Lande, der fürstlich-evangelischen Partei, und der vornehmlich von den Prälaten geführten altständisch-katholischen Mehrheit ist er in dem Ringen um Ösel zum Austrag gebracht worden. Aber auch die in der sogenannten Grafenfehde zum Ausdruck gekommene feindliche Richtung der städtischen Bürgerschaften gegen Adel und Fürstentum hat in diesen Kampf hineingespielt und sich dazu mit der uralten politischen und sozialen Gegnerschaft von Zünften und städtischem Rat verquickt. Im Hintergrunde wirkte sogar noch ein viertes Moment: der Gegensatz zwischen dem mittelalterlichen Rittertum und dem neuzeitlichen fürstlichen Machtgedanken. Mögen diese vier Linien in den livländischen Wirren unter dem Einfluss lokaler Färbungen auch sonst nicht immer ganz klar zu erkennen sein und sich gegenseitig oft brechen und kreuzen, in Riga treten sie aber sichtbar an das Tageslicht.

Wir müssen die politischen Ereignisse dieser Jahre schon als bekannt voraussetzen; an anderer Stelle werden wir ihre Zusammenhänge und ihre Geheimgeschichte ausführlicher erzählen.

Erwähnt sei nur kurz ihre Aufeinanderfolge, soweit es zum Verständnis der Rigaer Volksbewegungen nötig ist: die Lübecker Tagfahrt zwischen den Vertretern der Rigaer Stiftsstände und dem Erzbischofe Thomas Schöning, die zu dem preussisch-erzstiftischen Bündnis vom 15. September 1529 und der Berufung des Markgrafen Wilhelm von Brandenburg zum Koadjutor des Erzbistums führte, ferner der Lübsche Anstand zwischen der Stadt Riga und dem Erzbischofe vom 30. Juli desselben Jahres. Mit Markgraf Wilhelms Ankunft im Lande begann dann der Aufschwung der evangelischen Lehre und der Evangelischen überhaupt, die bei ihm und seinen fürstlichen Freunden Anschluss und einen Stützpunkt fanden; kurz, jenes Netz von evangelischen Glaubensbünden bildete sich, das von



Riga her fast alle stiftischen Ritterschaften des Landes umspannte, und in dessen Mittelpunkt Markgraf Wilhelm als heimlicher Treiber und Eckstein stand.

Nur zweier Höhepunkte aus diesen Glück verheissenden Anfangstagen des jungen Fürsten sei hier gedacht. Wie mag ihm das Herz vor Zukunftshoffnungen aufgegangen sein, als sein Hofmeister Meinecke von Schierstädt in den Tagen vom 13.—17. März des Jahres 1532 als bestellter Vertreter dreier Fürsten, des Königs Friedrich von Dänemark, des Herzogs von Holstein, des Herzogs von Preussen und schliesslich des Markgrafen selbst, vor dem Rigaer Rate stand und der Stadt ein Glaubensbündnis mit Dänemark anbot, oder — noch grösser war für ihn der Augenblick, als es ihm scheinbar gelang, den Ordensmeister Plettenberg von den Prälaten zu trennen und für die evangelische Sache zu gewinnen, als er mit ihm und Riga am 1. April des folgenden Jahres jene Einigung und jenes Bündnis abschloss, zu dem sogar dem Herzoge von Preussen und dem Könige von Dänemark der Beitritt offengehalten werden sollte. Das war die politische Rüstung für den Kampf um Ösel, dem später der um das Bistum Dorpat folgen würde.

Schwer traf den Hoffnungsfreudigen, der sich schon halb am Ziele glauben mochte, der Rückschlag. „Was haben uns die Wendener Bundesgenossen geholfen?“ — so ruft er verzweifelt aus. Unter dem Drucke der jüngeren Ordensherren, der Unversöhnlichen, die dem greisen Meister mit Absetzung drohten, wenn er nicht mit dem Markgrafen breche, und dank der gleichzeitigen Machenschaften der Prälaten fiel, durch die für Lübeck günstigen Anfänge der Grafenfehde befördert, das Wendener Bündnis auseinander; die katholisch-altständische Mehrheit schloss sich wieder zusammen und führte eine der ersten Gegenreformationen durch.

Alle diese Ereignisse und Richtlinien haben natürlich in Riga ihren Widerhall gefunden und wirkten sich wechselweise aus, indem sie die Stosskraft der einen Partei verstärkten und die der andern lähmten oder umgekehrt.

## 1.

Die gleichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zwischen Rat und Gemeinde, wie sie die Geschichte fast aller deutschen Städte zeigt, herrschten auch in Riga. In mannigfachem Wechsel hatten die drei Verfassungskörperschaften: der aus den jeweiligen vier Bürgermeistern und einigen Beigeordneten, den Ratmannen, bestehende Rat, hinter dem die Ratsfamilien standen, zweitens die aus dem Kaufmannsstande erwachsene Grosse Gilde, die „Stube von Münster“, und drittens die vierzehn Handwerkerämter

damals umfassende Kleine Gilde, die „Stube von Soest“<sup>1)</sup>, um die Macht gerungen. Oft waren die beiden Gilden dabei zusammen gegangen, mit dem gemeinsamen Ziel, am Stadtreghment, vor allem an der Verwaltung der von den minderbemittelten Bürgern drückend empfundenen Steuern und Zölle Anteil zu gewinnen und die städtische Finanzpolitik, welche der Rat in strengstes Geheimnis hüllte, mitzuleiten. Dann waren sie wieder aus Bundesgenossen zu Gegnern geworden. Die Handelsinteressen der Grossen Gilde standen zu den Wünschen der in der Kleinen Gilde vertretenen Gewerke und Zünfte nur zu häufig in Widerstreit<sup>2)</sup>. Zu dieser Dreiheit der sozialen Gliederung war aber

1) W. Stieda und C. Mettig, „Schrägen der Gilden und Ämter der Stadt Riga bis 1621“. Riga 1896, S. 116. Vgl. überhaupt die lehrreichen Kapitel der beiden Verfasser: Kap. 4: „Die Verfassung der Ämter im 14. Jahrh.“ (S. 100–110) und Kap. 5: „Der Aufschwung der Handwerksämter im 16. Jahrh.“ (S. 111–151), sowie Johannes Keussler, „Beiträge zur Verfassungs- und Finanzgeschichte der Stadt Riga: I. Erringung der Teilnahme an der Finanzverwaltung durch die Gilden und Sieg der ständischen Verfassung“ (Riga 1873), — eine Arbeit, die trotz mancher überwundenen Auffassungen noch immer viel Gutes enthält.

2) Der Einzelforschung eröffnet sich hier noch ein weites Feld. Keussler hat die Stellung der drei Faktoren (S. 17 ff.), unseres Erachtens, nicht immer richtig erfasst, vor allem, weil er den Gegensatz zwischen der Grossen und der Kleinen Gilde im Laufe des 15. und 16. Jahrh. zu stark verwischt. Denn meist sehen wir Rat und Grosse Gilde zusammen und damit die Belange von Handel und Schifffahrt im Vordergrund. (Livl. UB. II. Abt. 2. Band Nr. 442 von 1502 Nov. 29 bis 1503 Jan. 30. Keussler, a. a. O. 31 ff. Die bei Napiersky, „Die Quellen des Rigischen Stadtrechts bis zum Jahre 1673“ (Riga 1876) unter S. 227 Nr. VII abgedruckte „Bursprake“ usw.) Am deutlichsten ist der politische und wirtschaftliche Gegensatz der beiden Gilden aus ihrer Stellung dem Meister und Erzbischof gegenüber zu erkennen. Wir wollen nur an die Konstellation der Jahre 1452/54 erinnern, da Bürgermeister und Rat zum Orden hielten, während die Grosse Gilde sich in die Arme des Erzbischofs warf (Keussler, a. a. O. 30 und Anm.), oder auf die von Arndt, Livl. Chronik II S. 153–154 in der Anmerkung mitgeteilten Vorgänge vom Jahre 1472 verweisen, da die Kleine Gilde im Gegensatz zur Grossen Gilde offenbar auf seiten des Meisters stand. Ferner wären die Ereignisse der Jahre 1480, 1482/85, 1490/91 genauer zu untersuchen. 1500/02 standen Rat und Grosse Gilde mit dem Meister zusammen, während die Kleine Gilde diesmal mit dem Erzbischof intrigiert (vgl. Keussler, a. a. O. 33 Anm. 1, 34 und 35). Auch später noch wirft Keussler beide Gilden durcheinander (a. a. O. 40–42). Einer näheren Untersuchung entbehrt ferner noch die wechselvolle Haltung des Rats den beiden geistlichen Oberherren gegenüber. Auch hier gibt es manche bemerkenswerte Zwischenfälle. Im allgemeinen suchte man beide Gewalten sich möglichst fern zu halten; doch häufig stand man dem Erzbischof, als dem Schwächeren, näher, um an ihm wieder eine Stütze gegen die Machtbestrebungen des Meisters zu haben. — Dank der von uns neu erschlossenen Quellen sind wir imstande, ganz neue Aufklärungen über die städtischen Bewegungen in Riga während der ersten Hälfte des 16. Jahrh. zu geben. — Wir wollen hier einige der Formeln wiedergeben, in welchen die verschiedenen Verfassungsgewalten



durch die Reformation und ihre sozialen und kirchlich-religiösen Wirren auch in Riga noch ein vierter Stand hinzugekommen: das waren die nicht zur Kleinen Gilde gehörigen kleineren Handwerksmeister, die Gesellenverbände, die städtischen Lohnarbeiter aus den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, die Trägerverbände<sup>1)</sup>, die Bewohner der Vorstädte, das „aus den verschiedensten Quellen zusammengeströmte Proletariat“, — kurz, der „gemeine Pöbel“, wie diese Kreise in der hartherzigen Sprache der Ratsgeschlechter hiessen. Sie hielten es fast in allen Fragen mit der Kleinen Gilde. Mit dem diesen Schichten eigenen politischen und sozialen Radikalismus forderten sie heischend auch ihrerseits Anteil am Stadregiment und suchten in die Gemeinde einzudringen. Ihre Führer und leitenden Köpfe empfangen sie dabei, wie fast überall, aus den höher gestellten und besser geschulten Klassen. Ob es Ehrgeiz war oder andere Beweggründe mitspielten, die Kersten Schlossmacher, ein Mitglied der Grossen Gilde, den Rigaer „Wullenweber“, an ihre Spitze treten liessen, erfahren wir leider nicht. Er war der Mann, „der Zwietracht erweckte und die Wohlmeinenden auf das heftigste verfolgte“. Aber auch das sozialistisch angehauchte und radikal gerichtete Prädikamentelement hatte den unteren Bevölkerungskreisen in Sylvester Tegetmeyer einen teperamentvollen Vorkämpfer gestellt.

Die von den Predigern genährte tiefe Erregung, sowie die Einflüsterungen der Werbeagenten des Ordens hatten es nun zuwege gebracht, dass die Kleine Gilde mitsamt dem „Pöbel“ keinen geistlichen Oberherrn mehr in der Stadt dulden wollte. Sie hatte die endgültige Absage an Schöning gefordert, wofern er nicht alle Bedingungen annehme, die man ihm stellen würde.

der Stadt sich abspiegeln: „Die vier Herren Bürgermeister im besondern.“ „Der gemeine Rat“ und „Rat und ganze Gemeinde“. „Wir Bürgermeister und Ratmanne mit Consent, Wissen und Vultort Eltesten und Gemenen unser Stadt Rigen.“ „Vor uns (den Rat) und den Bürgern, so ethwan im engen Rat gewesen und nochmals im Beiwesen der Ältesten.“ „Ein ehrbar Rat, Ältesten und Gemeinheit der Stadt Riga.“ „Ein ehrbar Rat, Ältesten und Ausschuss der Gemeinheit“ (Stadt Riga an Erzb. Thomas Riga 1530 Juni 17). „Der heimliche Rat, der gemeine Rat und Gemeinheit“ (Lohmüller an H. Albrecht, Riga 1530 Oktober 18). Die Wahl von städtischen Vertretern auf bestimmten Tagungen gewährt uns einen interessanten Einblick in das Verwaltungsleben der verschiedenen Rigaer Verfassungskörperschaften. So wendet sich der Stadtsyndikus mit seinem Vorschlag einer „masslichen“ Gesandtschaft für die Treidener Tagfahrt vom Anfang Juni 1533 zunächst an die „drei“ Bürgermeister, darnach an den Rat und endlich an „etzliche der ältesten Bürger“ (Lohmüller an H. Albrecht, Riga 15. Juni 1533). Vgl. dazu die „Akten und Rezesse der Livländischen Ständetage“ Bd. III von L. Arbusow sen. und die Personen- und Sachverzeichnisse daselbst.

<sup>1)</sup> L. Arbusow, Studien z. Gesch. d. Lett. Bevölk. Rigas im MA. u. 16. Jahrh., Acta Univ. Latv. 1, 1921, 86—89. Ausser Janssen—Pastor (Bd. 2

Sie wollte, vom Orden gewonnen und verführt, den Erzbischof ganz aus dem Wege schaffen, um die Wahl eines fürstlichen Nachfolgers, sei es die eines fränkischen Markgrafen oder eines andern Fürsten, zu verhindern. „Aus göttlichem Verhängnis empört sich der gemeine Mann jetzt mehr, als in Vorzeiten<sup>1)</sup>,“ klagt Lohmüller in diesen Tagen. „Binnen Riga tobt der wütende, rasende Teufel,“ es herrscht „ein Mordgeschrei zum Scheuen und Abschrecken der Untersassen über die geborenen Fürsten<sup>2)</sup>“ — so lässt er sich ein anderes Mal vernehmen. Aus solchen Äusserungen kann man ersehen, dass die Pläne der Stiftsregenten nicht geheim geblieben waren. Kein Wunder, dass sich die Ordensherren, voran der Rigaer Hauskomtur, bemühten, gegen die Einigung mit dem Erzbischof und das erzstiftisch-preussische Bündnis Stimmung in der Stadt zu machen, um Alleinherren dort zu bleiben. Es war ein eigenartiger Bund, den die der Ordensritterschaft innewohnende Gegnerschaft gegen das Fürstentum und der demokratische Zug der Zeit, der durch die Kleine Gilde vertreten wurde, hier

und 6) und Lamprechts deutscher Geschichte Bd. 4 und 5 (auch in der Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte I, 202 ff.) vgl. Kasers „Politische und soziale Bewegungen im deutschen Bürgertum zu Beginn des 16. Jahrh.“, Stuttgart 1899, S. 1 ff., 9 ff. und S. 186 ff., sowie seinen Aufsatz „Zur politischen und sozialen Bewegung im deutschen Bürgertum des 15. und 16. Jahrh.“ in den Deutschen Geschichtsblättern III, 1 S. 1—18. Auch die Betrachtung der Rigaer Dinge gibt Kasers Auffassung von dem Charakter der städtischen Revolution gegenüber der Lamprecht-Lenzschen Kontroverse Recht (Lamprecht, a. a. O. und in seinen „Zwei Streitschriften gegen Oncken, Delbrück und Lenz“. Lenz in seinem hübschen Aufsatz „Lamprechts deutsche Geschichte“, 5. Band, und Sybels Historische Zeitschrift Bd. 77, S. 385—447, besonders S. 396—400). Weder möchten wir mit Lamprecht einseitig in den schroffen sozialen Gegensätzen, „den zahlreichen und vielfach abgestuften, proletarischen Elementen der Stadtbevölkerung, den radikalen Tendenzen“, noch mit Lenz in dem bürgerlichen Mittelstande allein das eigentlich bewegende Moment in den städtischen Aufständen sehen; drei Strömungen lassen sich, wie Kaser ausführlich nachweist, leicht unterscheiden: eine antiklerikale, eine gemässigt-reformatorische und eine radikal-kommunistische, die aber vielfach nebeneinander herlaufen und sich wechselseitig berühren und durchdringen (Kaser, a. a. O. 187—188). In Riga spielt der zünftigdemokratische Zug gegen das eindringende Fürstentum eine Rolle; auf diesem Gebiet reichen sich die in der Kleinen Gilde vereinten Handwerksämter mit den Besitzlosen und Deklassierten, dem Pöbel, die Hände. Vgl. L. Arbusow, „Die Einführung der Reformation in Liv-, Est- und Kurland“, Quellen u. Forschungen zur Reformationsgeschichte“, Bd. 3, Leipzig 1921, und die methodische Untersuchung von Georg von Below „Die Ursachen der Reformation“ (Historische Bibliothek, Bd. 38), 1917.

<sup>1)</sup> Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 15. Oktober, 15. November 1530. (Die Belegstellen, für die eine Angabe ihrer Herkunft nicht gemacht ist, entstammen dem Staatsarchiv Königsberg, Abt. Herzogl. Briefarchiv D (Livland).)

<sup>2)</sup> Ders. an dens., Riga 15. Juni 1533, 4. April 1535 und in vielen anderen Schreiben.



miteinander schlossen. Gelegentlich kam es freilich auch vor, dass die Kleine Gilde es mit dem Rate hielt und gegen die Grosse Gildestube ankämpfte<sup>1)</sup>).

Dieser demokratischen Welle gegenüber musste der konservativ gesinnte sitzende Rat, die Dreiling, Muther, Durkop, Heinrich von Ulenbrock und ihr Anhang — das sind die Kreise, die Lohmüller immer als seine „Freunde und Anverwandten“ bezeichnet — alle nur denkbare Vorsicht üben und bei jedem Schritte mit der Stimmung der städtischen Massen rechnen, wenn das glimmende Feuer nicht zur hellen Flamme emporlodern sollte. Im Gegensatz zu manchem konservativ-patrizischen Rat der deutschen Reichsstädte hatten die Rigaer Ratsgeschlechter sich gleich anfangs der Lutherischen Lehre und Predigt angeschlossen. Sie waren es gewesen, die im Jahre 1527 Johann Briessmann, den Vater der Rigaer Gottesdienstordnung, nach Riga geholt, die Andreas Knopken stützten und sogar den Eiferer Tegetmeyer predigen liessen. Doch waren sie nicht gewillt, demokratischen Überschwang und Schwarmgeisterei zu dulden; sie wollten das Heft fest in der Hand behalten. Ihre Politik war die aller Handelsrepubliken. Sie scheuten vor kriegerischen Verwickelungen, die Handel und Wandel stören könnten, ängstlich zurück und suchten, soviel an ihnen lag, mit sämtlichen Nachbarmächten, vor allem mit Litauen-Polen, dem grossen Hinterlande, sich möglichst gut zu stellen. Höchst widerwillig hatten sie die Forderung des Ordens erfüllt, 700 Bewaffnete für den möglichen Ausbruch des Krieges mit Litauen zu halten. Wenn Lohmüller in einer Flugschrift bei den Bürgern Stimmung gegen den Orden zu machen sucht, indem er ihm die wider Privilegien und nachbarliche Verträge erfolgte Sperrung der litauischen Handelsstrasse vorwirft, der eigentlichen „Nährmutter“ Rigas, auf welcher „die Stadt erbaut sei und von der sie alle Nahrung, Wohlfahrt, Proviant und allerlei nützbarliche Dinge“ empfangt, oder, wenn er über die Zölle klagt, die der Orden zum Schaden von Handel und Verkehr und des reisenden Kaufmanns im Lande erhebe, so verrät das den Standpunkt der im Rate sitzenden Handelsherren<sup>2)</sup>).

Die Abneigung gegen den Orden war bei den Ehrbaren in diesen Monaten stärker, als gegen den Erzbischof. Schon

<sup>1)</sup> Markgraf Wilhelm an Herzog Albrecht, Lemsal 29. September 1532: „Es soll auch der Sathan in die Stadt seynen Samen gesaeth haben, also das sich die grose gyldtstuben wider den Rath und kleine gyldtstuben uffgelenet, begerende, die handt mit in sathe des aufburens und aussgebens zu haben; dorinnen sich dan eczliche gelarten und verstendigen vast bemuhen, in en czubringen.“

<sup>2)</sup> „Der sonderlich hochbefreiten Stadt Riga Privilegien“ (Beilage zu: Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 8. April 1531).

der Abstand zwischen den Machtmitteln, die beiden zur Verfügung standen, brachte das mit sich. Man fühlte den Druck des Meisters und des Rigaer Hauskomturs bei weitem näher und mehr, als den Thomas Schönings. Zwar hatte man auch zu ihm keine sonderliche Neigung; im Gegenteil: beide Obergewalten galten dem Rate in gleichem Masse „von Art und Natur als Feinde und Widersacher“ des neuen Evangeliums und des Lutherischen Wesens in der Stadt; aber den Erzbischof nahm man weniger ernst, als den Meister und Orden, welche der „Freiheit“ der Stadt unvergleichlich gefährlicher werden konnten<sup>1)</sup>. Denn während Schöning den ihm gebührenden Anteil an den „Pönen und Brüchen“ der Stadt erlassen und geschenkt hatte, forderte der Hauskomtur die für den Orden fälligen Beträge auf Heller und Pfennig ein. Fast regelmässig kam es darüber mit ihm zum Streit, weil er die Neigung hatte, durch lästige Bedenken und Bürgermeister und Rat verletzende Einwendungen gegen die Richtigkeit der abgelieferten Summen diese Abgaben in die Höhe zu schrauben. Trotz des von beiden Obergewalten bestellten Vogts übten Orden und Hauskomtur auf das städtische Recht und Gerichtswesen einen unverhältnismässig grossen Einfluss aus und suchten sogar alle Berufungen vor das Ordensgericht zu ziehen. Die Stadt musste den Vogt aus eigenen Mitteln unterhalten, ohne dass ihm ein eigener Gerichtszwang vom Orden eingeräumt wurde. Er durfte dabei auch nicht im Namen der Stadt über Geleit und Gewicht, über Masse und Brake walten, sondern nur im Auftrage der

---

<sup>1)</sup> Als Hauptquellen für die folgende Darstellung seien genannt: „Geschichte der Reformationsbewegung in Livland, besonders das Verhältnis der Städte zu Meister und Erzbischof während der Jahre 1524 und 1525“ von Magister Johann Lohmüller, dem herzogl. preussischen Gesandten Fr. v. Heydeck für Bischof Georg v. Polenz überreicht, Riga 22. Juli 1525. (Vgl. W. Schnöring: „Johannes Blankenfeld. Ein Leben aus den Anfängen der Reformation.“ Halle 1905. Lohmüllers Antwort auf Friedrich v. Heydecks Werbung [Riga Anfang April 1526].) M. Johannes Briessmann an H. Albrecht, Riga 4./8. März 1528 (betr. die Abneigung des Ordens gegen einen geborenen Fürsten). Vertrag zwischen Erzbischof Thomas und der Stadt Riga, Kokenhusen 21. Juni 1530 (Napiersky, Index II, 2988). Akten, betr. die Verhandlungen zu Dalen, 27. Juli bis 12. August 1530. Lohmüller an H. Albrecht, Riga 18. Oktober 1530. (Vgl. Mon. Liv. Ant. V, 214–221.) Briessmann an H. Albrecht, Riga 20. Oktober dess. J. Der Vertrag von Dalen vom 14. Aug. 1530 in „Akten u. Rezesse“ III, 284. Lohmüller an dens., Riga 15. November 1530. Schierstädt an dens., Schaken 10. Dezember 1530. Lohmüller an dens., Riga 13. Dezember 1530. (Dabei: der Schriftwechsel, betr. die Beschuldigungen gegen L. wegen Abschlusses des Dalener Vertrages, sowie die Instruktion von Rat und Gemeine zu Riga für ihre Gesandten zum Wolmarer Landtage vom 11. Juli 1530 und Mitteilungen über die dortigen Verhandlungen vom 15. Juli.) [Vgl. „Akten u. Rezesse“ III, 281.] Ders. an dens., Riga 25. Februar, 23. März und 8. April 1531.



beiden Oberherren, im besondern des mächtigeren von beiden, des Ordens. Am schärfsten aber empfanden es Bürgermeister und Ratmänner, dass die Stadt, die doch eine „Pforte und Vor-mauer des Landes wäre“, am Ausbau ihrer Befestigungswerke gegen die See, an der gefährlichsten Stelle im Falle eines Angriffs von aussen, von den Ordensherren in Rücksicht auf ihr Schloss behindert wurde und dass der Hauskomtur die Schlüssel zu dem wichtigsten Stadttor innehatte. Während es glücklich gelungen war, den Domhof sich zu erschliessen, ragte die Trutzburg des Ordens noch immer über die Stadt. Das Streben des Rigaer Rats nach Selbständigkeit trat in den Wochen der Lübecker Tagung mehr denn je an den Tag. Indem man dem Orden, dessen Pläne und militärische Anforderungen gegen Polen-Litauen man in der letzten Zeit lästig und unbequem genug empfunden hatte, den Lübecker Stillstand entgegensetzte, hoffte man die beiden Obergewalten untereinander zu verfeinden, um über den Kämpfen der beiden die eigene Stellung der andrängenden Bürgerschaft gegenüber möglichst zu verstärken. Es war die altüberlieferte Politik des städtischen Rates, zwischen den Machtansprüchen der beiden Obergewalten sich durchzuwinden, sie gegenseitig zu beschäftigen und zu verhindern, dass keine von beiden so mächtig würde, auf dass ihr die Stadt auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre<sup>1)</sup>.

Nur mit Mühe hatten die Ehrbaren, der engere Rat und die ihm Zugewandten, die Entsendung Lohmüllers nach Lübeck und die Anbahnung einer gütlichen Unterhandlung mit Schöning durchgesetzt<sup>2)</sup>. Sie wussten, was sich in der Travestadt zwischen den Stiftsvasallen und Schöning abspielen würde, und begrüßten im stillen die Ankunft eines der neuen Lehre gewogenen, „geborenen“ Fürsten mit Freuden, indem sie in ihm einen Schirm und Hort für die noch immer bedrohten Neugläubigen und zugleich eine Stütze gegen die Herrschaftsgelüste und Machenschaften des Ordens erblickten. Ein untrügliches Zeichen für den Kampf der Parteien in Riga, wie ebenso dafür, dass Lohmüller um die geheimen Pläne der Stiftsregenten wusste, kann man in seiner Forderung sehen, die er vor der Übernahme der Lübschen Sendung an die „vier Bürgermeister im besondern und an den gemeinen Rat, sowie an den Rat und die ganze Gemeinde zusammen“ stellt, man solle ihm Bürgschaften und Sicherungen geben, dass er „nichts gegen das göttliche Wort oder sein conscience“ abzuschliessen brauche. Er halte einen völligen Bruch mit Schöning für ein Unglück für die Stadt. Man werde dadurch nur Kaiser und Reich und alle

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 15. November und 13. Dezember 1530.

<sup>2)</sup> Vgl. „Akten und Rezesse“ III Nr. 265 und 266.

katholischen Gegner des Inlandes gegen sich aufhetzen. Wollte man derartige Schwierigkeiten über die Stadt heraufbeschwören, während man doch auf vermittelndem Wege zu einem gütlichen Ausgleich kommen könne, so sollte man einen andern Boten an seiner Stelle schicken. Das war eine deutliche Absage an den Standpunkt der Gemeinde und des „Pöbels“, die noch immer unter der Stimmung aus den Tagen der Bilderstürme standen. In einem geheimen Zusatzartikel hatten ihm denn auch die Ehrbaren die Weisung mitgegeben: sie wüssten es nicht, was ihm in der Lübecker Handlung begegnen würde, und könnten ihm daher auch keine bestimmten Weisungen geben. Nur müsse er dafür sorgen, dass er die beiden Hauptartikel: die Wahrung des Evangeliums und die Beseitigung der geistlichen Gerichtsbarkeiten jedenfalls unversehrt heimbringe. Erst im letzten Augenblick hatten die Ehrbaren ihre Ansicht gegen die Massen durchgesetzt und die besonnenen Kreise der Bürgerschaft für den gütlichen Mittelweg gewonnen.

Trotz mancher Schwierigkeiten und Augenblicken der Spannung hatten die Verhandlungen im allgemeinen dennoch den von Lohmüller gewünschten Verlauf genommen. Schon glaubte er am Ziele zu sein, als die Machenschaften der Lübecker Domherren plötzlich alles wieder in Frage stellten. Ein kaiserlicher Kammerbote war zum Unglück gerade in diesen Tagen mit Nachrichten und Weisungen vom Speierer Reichstage her in Lübeck eingetroffen. Allen römisch Gesinnten wurde der Rücken gesteift. Auch Schönings katholische Freunde witterten Morgenluft und machten ihm Mut zum Widerstande. Lohmüller wollte bereits die Verhandlungen abbrechen. Aber da legten sich Loss und die Lübschen Beiräte Lohmüllers mit Nachdruck ins Mittel, um Schöning und seine „Verwandten“ zur Vernunft zurückzubringen. Ununterbrochen wurde am 28. Juli von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends mit den Bischöflichen unterhandelt, bis man sich schliesslich über den Wortlaut des Vertrages im allgemeinen einigte. Wie gross aber war Lohmüllers Erstaunen am folgenden Tage, als er den Entwurf zu lesen bekam und neben anderen Beschwerden einen Schlussartikel darin vorfand, der bei seinen demokratischen Gegnern in Riga Anstoss und Lärm erregen werde, wie er sofort voraussah. Er beeilte sich daher, mit seinen Lübecker Freunden sich in Benehmen zu setzen. Die aber erklärten ihm, trotz aller Bemühungen hätten sie keine Änderungen mehr erreichen können; ihres Erachtens habe der Erzbischof ja auch der Stadt so weitgehende Zugeständnisse gemacht, dass sie sich keiner Gefahr von seiner Seite her zu versehen habe. Die Bevollmächtigten Schönings blieben zäh; sie wollten sich zu nichts verstehen, am wenigsten zu einer Fristgewährung für eine Rückfrage an Rat und Gemeinde



in Riga. Nicht einmal Zeit zu einer Reise nach Wittenberg, um bei Luther und Melanchthon anzufragen, wollten sie ihrem Gegenspieler lassen. Die durch den Speierer Reichstag geschaffene politische Lage und das Drängen der Bischöflichen zwangen Lohmüller schliesslich zur Unterschrift, wofern er den Abbruch der ganzen Verhandlung nicht auf sich nehmen wollte. Loss und die Lübschen Freunde werden ihn nach Kräften zugeredet haben.

Am Abend des 30. Juli ist so der Vertrag zustande gekommen, der das Verhältnis zwischen der Stadt und dem Erzbischof für die nächste Zeit regeln sollte. Auf sechs Jahre hinaus sollte aller Streit begraben sein, die Frage des Evangeliums und der geistlichen Obrigkeit, sowie alle geistlichen Gerichtsbarkeiten ruhen; auch hatte Schöning sich jeden Einspruchsrechts für diese Zeit begeben. Lohmüller hatte somit die beiden Hauptpunkte glücklich gerettet. „Es wird viel Wassers diese sechs Jahre verlaufen“ — meinte Martin Luther — „kommt Tag, so kommt auch Rat.“ Er glaubte an den Sieg des Reformationsgedankens in Livland während dieser Frist. Ähnlich günstig für die Stadt stellten sich auch die anderen Abmachungen auf geistlichem Gebiete. So wurde in Sachen der Kirchen- und Schulverfassung der augenblickliche Stand der Dinge als Norm belassen; der Lutherische Prediger sollte mit dem evangelischen Schulmeister zusammen künftig im Domviertel wohnen bleiben. Das Verfahren gegen den früheren Domherrn Jakob Knopken, des Predigers an St. Petri Bruder, wurde aufgeschoben und wegen der Kirchen- und Kalandskleinode eine gemeinschaftliche Verwaltung vorgesehen. Der Domhof wurde unter städtisches Recht und städtische Ansicht gestellt und von beiden Seiten für die Dauer des Vertrages sozusagen Urfehde geschworen: alle Angriffe, „Hohnreden und Lästerungen des göttlichen Worts“, der reinen lauterer Predigt sollten während dieser Zeit gemieden werden. Mehr hätte man kaum von Schöning erwarten können. Nicht minder war die Regelung des vielumstrittenen Besitzes der geistlichen Hand für das Wirtschaftsleben der Stadt von grösster Bedeutung. Die Abmachungen über die liegenden Gründe, Häuser, Mühlen, Äcker und Wiesen sowie bezüglich der Zinsen und Renten, die dem Erzbischof oder dem Domkapitel früher gehört hatten, aber von der Stadt eingezogen waren, suchten beiden Teilen möglichst gerecht zu werden. In der Bestimmung, dass bei allen gütlichen Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Erzbischof die Ritterschaft als Vermittlerin wirken solle, darf man einen Beweis für das Gewicht und den Einfluss der Losschen Stimme bei der Lübecker Tagung sehen<sup>1)</sup>. Am bemerkenswertesten an

<sup>1)</sup> AR. III Nr. 266, S. 684 ff. — Vgl. L. Arbusow, Einführung in die Reformation 2, 753 ff.

diesen Vereinbarungen aber ist es, dass man die Einmischung der livländischen Stände, des Landtages, möglichst umging, der sonst gewöhnlich als Schiedsrichter und zur Schlichtung solcher Streitigkeiten herangezogen wurde. Ein neues Zeichen für das enge Zusammenwirken Lohmüllers und des Stiftskanzlers.

Soweit hätte der demokratisierte, fanatische Kleinbürger sich den Vertrag vielleicht gefallen lassen, wenn nicht der Schlussartikel ihn furchtbar in Harnisch gebracht hätte. Denn Schöning hatte darin die der Stadt aufgezwungene Neutralitätsbestimmung des Kirchholmer Vertrages vom Jahre 1452 aufgenommen, doch zu seinen Gunsten geändert, um Stadt und Orden zu trennen<sup>1)</sup>. Dessen Anhänger aber, in der Hauptsache Schlossmacher und seine Gefolgschaft, die — wie Lohmüller sagt — nicht sahen, wie schwer die Stadt durch den letzten Ordensvertrag geschädigt werde, und sich sogar noch seiner als eines sonderlichen, teuren Privilegiums rühmten<sup>2)</sup>, waren bemüht, die Alleinherrschaft des Ordens, wie sie im Vertrage vom Jahre 1525 von der Stadt zugestanden war<sup>3)</sup>, um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Anders dachten die Eingeweihten, unter dem Druck des drohenden Rechtsverfahrens am kaiserlichen Kammergerichte, dagegen über diesen Punkt. Sie liebten den „Mittelweg“ und zogen die Doppelherrschaft der Einherrigkeit des Ordens vor; das bewies schon ihre geheime Weisung, die sie Lohmüller mit nach Lübeck gaben, sie hofften sogar den Ordensmeister durch den Hinweis auf die peinliche Lage ihrer Stadt zur Aufgabe der einigen Herrlichkeit zu bewegen. In ihrem Sinne war es gehandelt, wenn Lohmüller jedem, der es hören wollte, den Schaden schilderte, den die Stadt durch den Ordensvertrag erleide, denn der Orden habe „sie sich ganz zu eigen gemacht“. Sie empfanden Genugtuung, als es ihrem rührigen Syndikus gelungen war, „etzlichen, die bei dem Rat wie bei der Gemeinde in Ansehen waren“, den eigentlichen Inhalt der Verträge im geheimen auseinanderzusetzen und sie für die Ansicht der Eingeweihten zu gewinnen. Die Bekehrten waren dann jedes Mal verwundert, was „die Leute“ — Schlossmacher und sein Anhang sind natürlich damit gemeint — „ihnen Alles vorgeredet hatten, jetzt wissen sie, wie die Schafe geschoren sind und was die Glocke geschlagen hat“. Die „Widersacher“ bezweckten nämlich, vom Orden gewonnen, mit der Ablehnung des Erzbischofs auch die Nachfolgerschaft des eben gewählten „geborenen“ Fürsten zu hintertreiben. Auf diese geheimen Pläne zielt Lohmüllers Ausspruch hin: „um des göttlichen Wortes halben kann ich kein Feind des Markgrafen

<sup>1)</sup> AR. III, 266, S. 686, Art. 22. Vgl. L. ARBUSOW, a. a. O. II, 755.

<sup>2)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 8. April 1531.

<sup>3)</sup> Am 21. September 1525. AR. III, 212, S. 537 ff.



sein<sup>1)</sup>. — Drei Momente bildeten so den Grund für die Haltung der demokratisch Gesinnten in diesen Wochen: der Geist der Versöhnung und gütlichen Verständigung, der durch den ganzen Lübecker Anstand ging; noch mehr aber die Abneigung gegen den Erzbischof und das römische Wesen mit seinen Einmischungen in den Bereich der städtisch-bürgerlichen Welt und schliesslich der Hass gegen das Fürstentum.

Kaum, dass die ersten Gerüchte von dem Abschluss des Vertrages nach Riga gedrungen waren, so hatte der Lärm begonnen. „Der gemeine Mann fasste einen fremden Verstand der Sache und darum Verdacht und nicht kleinen Missfallen und Bitterkeit gegen Lohmüller“, wie es in der Versöhnungsschrift des Rutes heisst. Statt, dass der Stadtschreiber „Sicherheit, Ruhe und Dank nach seiner gefährlichen, langen Reise, seinem getreuen Fleiss und seiner Mühwaltung bei seiner Heimkehr billig hätte erwarten und empfangen sollen“, wurde er von der Gemeinde laut als Verräter und Übeltäter ausgeschrien. „Der Satan . . ., der wütende, rasende Teufel herrschte binnen Riga.“ Nichts verschlug es, dass Lohmüller sich und sein Tun der Menge mündlich und schriftlich verständlich zu machen suchte, weder „Doctor Martinus, Philippus Melanchthon, Pommeranus, Hieronymus Schurpf, ja kein Patriarch, Apostel und Christus, der Herr selbst, wenn sie alle leiblich vorhanden gewesen wären, hätten da helfen können“. Sogar nach seinem Leben habe man ihm getrachtet, so behauptet Lohmüller wenigstens. Nur der göttlichen Gnade und der tapferen Gegenwehr „des gesunden Teiles des Rats“, „seiner Freundschaft“, der ihm „sonderlich Gewogenen“ habe er es zu verdanken, dass der Plan seiner Gegner nicht zur Durchführung gekommen wäre<sup>2)</sup>.

Die einmal entfesselte Leidenschaft der Zünftischen und des „Pöbels“ war aber so leicht nicht einzudämmen. Mit dem Vertrag und den Lübecker Weisungen Lohmüllers bewaffnet, zog man zum Landmarschall und zum Meister, um ihn dort des Verrates zu beschuldigen. In ihrer Verblendung „brachten sie den engen, heimlichen Rat zum mehrern Teil an den offenen Tag und schoben die ganze Sache der Koadjutorei sonderlich auf Lohmüller“. Er sei der Urheber und Anstifter des „heimlichen Bündnisses“ und der Berufung des Markgrafen Wilhelm. Der letzte Artikel des Lübecker Stillstandes verstosse gegen den Treuschwur, welche die Stadt dem Meister und Orden geleistet habe. Ein solcher Vertrag dürfe keinesfalls in Kraft treten. Der Orden hätte seinen Vorteil nicht zu wahren verstanden, wenn er nur einen Augenblick lang gezögert hätte, in die ihm dar-

<sup>1)</sup> Vgl. Anm. 2.

<sup>2)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 8. April 1531.

gebotene Hand zu schlagen. Er war ja der Treiber gewesen, der die Erregung der demokratischen Massen durch seine Vertrauensleute immer von neuem angestachelt hatte. Er kämpfte um seine Alleinherrschaft in der Stadt, die durch den Lübecker Stillstand und das preussische Bündnis schwer bedroht wurde. Er hatte die Fäden in der Hand und lenkte versteckt, vom Hintergrunde aus, die Bewegung. „Der Teufel, der etwas gerochen, hatte ein Mordgeschrei zu Scheu und Abschrecken der Untersassen gegen die geborenen Fürsten in Livland ausgehen lassen.“

Lohmüllers Freunde unter den Ehrbaren wussten nichts anderes zu tun, als ihn vor den Augen der Welt eine Zeit lang von den Geschäften fernzuhalten, damit die drohende Welle der Demokratie nicht auch über sie hinwegginge. Unter der Hand liessen sie ihn freilich an allem teilnehmen, weil sie sein Urteil und seine Sachkenntnis nicht entbehren zu können meinten, wie sie in ihrer Versöhnungsschrift vom 1. Februar 1530 ausdrücklich anerkennen<sup>1)</sup>. Nichts half ihr Mahnen und Gegenwirken; sie hatten — wie sie selbst zugeben — nur ein „kleines Gehör“ beim gemeinen Mann. Lohmüller war so gut wie in Acht und Bann. „Schier keiner wollte ihn mit Augen sehen.“ Nachdem er schon einmal in Ruhen vor Meister und Orden gestanden hatte, liess Plettenberg, als Oberlehnsherr der Stadt, ihn zum zweiten Male auf den 1. Januar nach Wenden zur Verantwortung vorfordern. „Nach dem höchsten Ansehen, in dem er bei dem ritterlichen Orden in dem Augenblicke gestanden hatte, als er ihm im Namen der Stadt 700 Bewaffnete für den Kriegsfall versprach, musste er jetzt die tiefste Verachtung und Erniedrigung vor seinen Anklägern und Beschuldigten erdulden.“ Kein lebendiger Mensch in der Stadt, wie auf dem Lande — so klagt er — habe mit ihm mehr öffentlich zu reden gewagt, er sei von Gott und den Menschen sichtbar verlassen und verstossen worden. „Vater und Mutter und alle meine Nächsten wichen von mir. Aber der Herr, der da hilft zur rechten Zeit in der Not, der hat sich meiner angenommen.“

Man muss es gestehen, er wusste sich geschickt zu verteidigen. Um den Meister waren der Landmarschall Brüggeney, ein geschworener Feind des Markgrafen, als „geborenen“ Fürsten, verschiedene Ordensgebietiger und Ordensräte, natürlich auch Abgesandte der Stadt, vornehmlich aus der Mitte der Demokratie, in Wenden versammelt. Nach einigen Huldigungsworten, die er an Plettenberg richtet, wendet er sich sofort seinen städtischen Gegnern zu, den Vertretern der demokratischen Zünfte, und windet ihnen alle ihre Waffen aus den Händen, indem er sie ruhig und sach-

1) Versöhnungsschrift des Rigaer Rats, Riga 1. Februar 1530.



lich fragt, was sie denn eigentlich von ihm wollten. Sie hätten doch gleichfalls jene dehnbaren Vollmachten für die Lübecker Tagfahrt mitbewilligt — nicht nur der Rat und Bürgermeister allein — und nebst der ganzen Gemeinde fast mit Gewalt in ihn gedrungen, nach Lübeck zu gehen, obwohl er ihnen erklärt habe, wie er seine Aufgabe auffasse und von welchen Richtlinien er sich dabei werde leiten lassen. Er erinnert sie ferner daran, wie Schöning noch vor Beginn der Lübecker Tagung die Stadt benachrichtigt habe, in Sachen des heiligen, göttlichen Wortes, des Evangeliums, wolle er es bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge belassen. Dies Zugeständnis hätten auch sie gehört und es mit Wohlgefallen damals aufgenommen. Mit Ausnahme jenes Zwischenspiels, welches die Lübecker Domherren auf dem Gewissen hätten, habe der Erzbischof auch dort immer einen versöhnlichen Standpunkt vertreten und mehrfach den Wunsch nach Beendigung der Wirren geäußert. Mit feiner psychologischer Kunst, die uns beinahe modern anmutet, beschreibt er den Druck der Verantwortung, die auf ihm lastete, und die Einwirkungen der allgemeinen politischen Lage auf seine Entschliessungen. Von dem eben geschlossenen Reichstage zu Speier sei ein überaus scharfer Wind gegen die Anhänger des Evangeliums ausgegangen, so dass man das Schlimmste habe befürchten müssen. Unter solchen Umständen den Streit mit dem Erzbischof auf den zweifelhaften Ausgang eines Prozesses am kaiserlichen Kammergericht zu stellen, sei ein gewagtes Spiel gewesen, das nur zu leicht mit Bann und Acht, mit Verwirrung und Krieg hätte enden können. Alle diese Umstände zusammengenommen liessen es seines Erachtens wohl als gerechtfertigt erscheinen, wenn er den Rat seiner Lübecker Freunde befolgt hätte. Die beiden Hauptpunkte, das Evangelium und die Befreiung der Stadt von der geistlichen Gerichtsbarkeit, habe er zudem ja durchgesetzt. Das habe für ihn den Ausschlag gegeben. Er könne es sich nicht ausdenken, wie man bessere Bedingungen für Riga habe erlangen wollen. Er habe dabei seine Weisungen in keinem Punkte überschritten. Es sei ihm ausdrücklich aufgetragen gewesen, mit Schöning „einen gütlichen Anstand und Aufschub für die Zeit seines Lebens aufzurichten“, und vollste Bewegungsfreiheit ihm dabei gewährt. Trotz der gefährlichen und dicken Luft, die ihn umgab, vertrat er mit Offenheit und Mut den Standpunkt der Ehrbaren, seiner Ratsfreunde; er verleugnete sie nicht. Den Eindruck müssen sowohl der Meister, als auch die städtischen Abgeordneten gehabt haben. Als Official und Beamter der Stadt — so erklärt er ihnen — habe er angesichts der Zeitumstände nicht anders handeln können, wofern er den Schwur, ihr Bestes immer zu fördern, nicht habe brechen wollen.

In ähnlicher Weise tritt er auch dem Meister und Orden entgegen und nagelt sie fest. Noch klängen ihm — so sagt er — die dringlichen Mahnungen der beiden laut in den Ohren, die sie den kaiserlichen Drohungen und Pönalmandaten zufolge an den ehrbaren Rat von Riga gerichtet hätten, den Grund für die Klagen des Erzbischofs zu beseitigen und „ihn und sein Stift klaglos zu machen, damit der Orden und Livland deswegen weiter unbemüht bleiben“. In einem seiner Schreiben habe der Meister sogar die Worte gebraucht — er werde sich darauf wohl noch besinnen —, „ein ehrbarer Rat und die Stadt Riga möchten wohl ermessen, dass es ihm und dem Orden weder tunlich noch möglich sei, dem Kaiser wie dem heiligen Reiche die Hände zu schliessen“. Wie, wenn er es dennoch in Lübeck hätte zum Bruch kommen lassen und über Riga und Livland Krieg und Verderben hereingebrochen wäre? Was würden die mit ihm gegenwärtig Unzufriedenen wohl dann erst gesagt haben? Aber auch gegen den Meister persönlich sei er sich keiner Schuld bewusst. Er habe dessen oberherrliche Rechte keinen Augenblick lang ausser Acht gelassen, sondern im Gegenteil immer wieder darauf hingewiesen, dass der ganze Vertrag erst gültig sei, wenn er Plettenbergs Genehmigung gefunden habe.

Nur von einem schweigt er dabei ganz: von seinem Einvernehmen mit Loss und den Stiftsvasallen. Dass die Ritterschaft der geistige Urheber des Systemes war, das mit den Verhandlungen mit dem Herzog von Preussen anhub, das durch die Verträge vom 30. Juli, vom 15. September und vom 25. Oktober zwischen dem Rigaer Rate und der Öselschen Ritterschaft befestigt wurde, das durfte er nicht berühren, das musste im Dunkeln bleiben. Er hätte sonst nur seine Rigaer Freunde, die vier Bürgermeister, den Rat und dessen Zugewandte, damit blosgestellt und die gesamten Zukunftspläne der Evangelischen in Livland verraten. Es war eine selten glückliche Selbstverteidigung, die Lohmüller gegen den Bund seiner Gegner führte: fein überlegt und abgewogen, flüssig-klar, ohne Leidenschaft, zugleich aber wieder lebendig und stellenweise sich zu Kraft und Nachdruck steigernd, packend und plastisch, so dass man den Eindruck und die Wirkung solcher Rede auf den Gesichtern der Angesprochenen beinahe zu schauen glaubt.

Dass Plettenberg seine Genehmigung zu dem Vertrage trotzdem versagen würde, war klar vorauszusehen, schon weil die dem Orden ergebene städtische Demokratie, die man sich nicht aus den Händen gleiten lassen durfte, ihn bekämpfte und der Vertrag ausserdem ohne Plettenbergs und des Ordens Anteilnahme zustande gekommen war. Die Obmacht des Ordens



war nach der Meinung der Ordensherren doch zu wenig in ihm gewahrt; auch würde die Stellung von Erzbischof, Rat und Zugewandten durch die Genehmigung zu sehr gestärkt werden.

Hatten doch schon die Vorverhandlungen deutlich genug gezeigt, dass der Orden einem ohne seine Einmischung und Beeinflussung geschlossenen gütlichen Ausgleich zwischen der Stadt und dem Erzbischof mit argwöhnischen Viertelsblicken gegenüberstehe. Lohmüller und seine städtischen Freunde hatten alle ihre Überredungskünste spielen lassen müssen, um die Zustimmung Plettenbergs zu der von Schöning angeregten Verhandlung ausser Landes zu erhalten. Selbst Lohmüllers Hoffnung war nicht gross gewesen, zumal bei der feindlichen Haltung der Gemeinde. Denn „was für Förderung bei dem deutschen Herren Meister zu vermuten, hat ein jeder Halbverständiger wohl zu ermessen, weil unsere Sachen von wegen des heiligen Evangelii hergekommen“, — so schreibt er vertraulich an seine Freunde, die Rigaer Eingeweihten.

Ihm aber, dem Vielgeschmähten, liess Plettenberg vollste Gerechtigkeit widerfahren, sehr gegen den Willen der städtischen Demokratie und Lohmüllers sonstigen Gegner, wie er zu bemerken nicht unterlässt. Die Empfehlungsschreiben des sächsischen Kurfürsten und seines Kurprinzen, vom Landgrafen Philipp von Hessen und Lohmüllers Danziger Freunden und Landsleuten, die inzwischen eingetroffen waren, werden auch ihren Einfluss auf Plettenberg ausgeübt haben. Selbst den Widerstand des Landmarschalls Brüggenev, dem wir in kurzem als Führer der Unversöhnlichen im Orden gegen den Markgrafen-Koadjutor begegnen werden, war es dem Meister noch einmal zu brechen gelungen. Mit ehrenden Worten bezeugt Plettenberg dem Stadtschreiber, er habe „aus keinem bösen Grunde, sondern in guter Meinung und allem Besten“ gehandelt, und verbietet alle Angriffe gegen ihn.

Ob dieser Entscheidung am frohesten waren natürlich Lohmüllers Parteigenossen im städtischen Rat, obwohl sie noch lieber den Lübecker Stillstand gleichzeitig bestätigt gesehen hätten. In ihrem Versöhnungsschreiben, wie auch in der Antwort an ihre Lübecker Freunde und Mitunterhändler sprachen sie es ganz offen aus, dass „die gemeine Stadt“, der „gemeine Mann“ allein die ganze Erregung und Empörung heraufbeschworen habe. Den Lübecker Freunden, den Krabbe, Müller und Engelstadt, gegenüber fühlte man sich so ganz wie unter sich. In diesem Zusammenhange ist denn auch das bezeichnende Wort gefallen von dem „gemeinen Mann, der sich aus göttlichem Verhängnis jetzt mehr, denn in Vorzeiten in der Welt empört“. So habe er auch den Lübecker Stillstand missverstanden und sich

gegen Lohmüller aufgelehnt, „wie es denn auch mit dem Pöbel pflegt zu gehen. Wenn sich der erregt, so erkennt er sein eigenes Heil nicht und spürt und fühlt es nicht eher, als bis das Conträre und Unglück naht“. Die schärfsten Strafen drohten Bürgermeister und Ratmannen denen an, die den Stadtschreiber in Zukunft noch mit Lästerreden verfolgten. Ihn aber liess man durch einige seiner vertrautesten Freunde und Gesinnungsgenossen aus der Mitte des Rats feierlichst bitten, seine früheren Geschäfte in vollem Umfange wieder aufzunehmen, da man seine Mitarbeit und diplomatische Gewandtheit bei den nötig gewordenen neuen Verhandlungen mit Erzbischof Thomas nicht entbehren wollte. Noch eine weitere Genugtuung wurde dem Schwergekränkten aber dadurch verschafft, dass man befahl, den Versöhnungsakt in das städtische Denkelbuch einzutragen. Verschwunden waren die feindlichen Mienen der durch den Rigaer Hauskomtur und Kersten Schlossmacher gegen ihn aufgehetzten demokratischen Widersacher und ihr hämisches Geflüster still. Sogar „seine höchsten Feinde in Riga“ umschmeichelten ihn, wie er an Herzog Albrecht schreibt <sup>1)</sup>).

Trotz der Ehrenrettung ihres gewiegten Sprechers hatten die Ehrbaren aber in der Sache selbst durch die Verwerfung des Lübschen Anstandes eine schwere Schlappe gegen die Gemeinde und die Zünftischen erlitten. Wie richtig jedoch ihre Politik der Mässigung gewesen war, das zeigte sich sofort. Anstatt der Begründung eines erträglichen und für längere Zeit gesicherten Verhältnisses zum Erzbischof stand man nun wieder einem Nichts, sozusagen einem luftleeren Raume gegenüber. Und doch musste man sich in irgend einer Weise mit Schöning abzufinden suchen. Nur, dass die Stellung der Stadt jetzt schwächer war, als damals in Lübeck. Der Erzbischof war wieder im Lande und konnte sich Bundesgenossen verschaffen, während er draussen im Reich so gut wie vereinzelt dagestanden hatte. Während er damals in Lübeck zu Nachgiebigkeit gezwungen und auch dazu gewillt gewesen war, war er jetzt der Stadt gegenüber wieder eine Macht. Denn trotz des alten Gegensatzes, der zwischen Erzbischof und Orden seit jeher bestand, fanden sich beide Gewalten im Kampf gegen Dritte doch immer wieder zusammen. Der Orden konnte und durfte, weil er bei Rom geblieben war, die völlige Beiseiteschiebung seines geistlichen Nebenbuhlers nicht dulden. Zumal in so gefährlichen Zeiten, da die Lutherische Pest, wie mit Naturgewalt, in das Land eingedrungen war, lag die Erhaltung des Erzbischofs weit mehr im Interesse der Ordensherren, als wie das Gegenteil: wofern er nur nicht sein Haupt zu eigenmächtig

---

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 13. Dezember 1530.



erhob und man ihn sich an der Hand behalten konnte. Auf solcher Grundlage aber war Plettenberg gern geneigt, sich mit ihm ähnlich so zu verständigen, wie er es einst mit Blankenfeld gegen den Bund der Städte und Ritterschaften und ihre evangelischen Pläne getan hatte. Vielleicht konnte man Schöning auch von dem Bündnis mit Preussen auf diese Weise abziehen und es sprengen. Schöning wäre blind gewesen, wenn er diese Lage nicht erkannt und sich zu Nutzen gemacht hätte.

Unter keineswegs glücklichen Aussichten hatten die neuerlichen Verhandlungen zwischen der Stadt und Erzbischof Thomas daher begonnen. Der Rat hatte das Klügste getan, was er in solcher Lage tun konnte, und sich den Forderungen von Meister und Gemeinde anbequemt. Er hoffte, auf diesem Wege die bewährte Politik der Vorfahren noch am besten durchzuführen und die Fäden selber in den Händen zu behalten. In überaus schwierigen Verhandlungen hatte er sich mit dem Meister über die Bedingungen und Grenzlinien verständigt, unter denen der Orden den Lübschen Stillstand schliesslich noch dulden würde. Dann hatte er im Sinne der Zünftler und des „Pöbels“ die Anfrage an den Erzbischof gerichtet, wie er sich zu den Eiden stelle, welche die Stadt dem Meister früher geschworen habe. Im Falle einer befriedigenden Antwort, wenn er die Rechte des Ordens anerkenne, sollten die städtischen Gesandten ihm die Vertragsbestätigung übergeben; unter solchen Umständen werde Plettenberg nichts dagegen einzuwenden haben. Durch diese Nachgiebigkeit gegen Meister und Gemeinde hatten die Eingeweihten sich aber den Weg zu einer schnellen Einigung mit Schöning von vornherein verbaut. Dazu kam, dass sie es nicht gewagt hatten, gegen den Willen der aufrührerischen, von den Prädikanten beeinflussten breiten Massen die in Lübeck getroffenen Bestimmungen über die Wiederherstellung und Verwaltung der geistlichen Güter und Kirchenschätze zu erfüllen; sie hatten sich der Volksstimme darin gefügt, dass sie eigenmächtig und einseitig erhebliche Abänderungen der in Lübeck vereinbarten Bestätigungs- und Annahmeformel vorgenommen hatten. Statt einer Antwort war einige Wochen später vielmehr ein kaiserlicher Kammerbote, in Begleitung einer erzbischöflichen Botschaft, erschienen, die zum Erstaunen der Bürgerschaft ein besonders scharfes Mandat vom Speierer Reichstage nebst kaiserlichen Citationen und Sendbriefen des Kurfürsten Joachim von Brandenburg vor versammeltem „ehrbaren Rate, den Ältesten und dem Ausschusse der Gemeinheit“ verkündigten. Der drohende Ton und die Forderung, binnen drei Wochen den früheren Besitz- und Rechtszustand wiederherzustellen, wofern man nicht in einen Prozess am Kammergericht verwickelt werden wollte, hatten selbst auf die widerwillige Gemeinde Eindruck gemacht. Schöning gelang es auf

diese Weise, die schleppende Handlung von neuem in Gang zu bringen und, sozusagen, den Rat in seinem Bestreben nach einem friedlichen Ausgleich zu unterstützen. Schon am 21. Juni war es auf dem erzbischöflichen Schlosse zu Kokenhusen zu einer vorläufigen Vereinbarung gekommen und die Richtlinien für die in Aussicht genommene endgültige Verhandlung in Dahlen festgelegt.

Durch alle diese Zwischenvorgänge war die Lage der Stadt noch ungünstiger geworden. Die Stellung und Machtfülle des Rigaer Rats war erschüttert und Schöning dazu im besten Zuge, auf Grund der ihm und dem Orden gemeinsamen katholischen Belange sich mit Plettenberg zu verständigen.

Lohmüller hat nicht ganz Unrecht, wenn er verbittert und mit sarkastischem Hohn von seinen Gegnern sagt, sie würden es noch früh genug erkennen, dass er ehrbarlich und nützlich für sie und die Stadt gehandelt habe, als er den Anstand annahm. Sie hätten dagegen „durch Narrheit sich in merklichen Schaden gebracht“, indem sie einmal die Haltung jener 700 bewaffneten Knechte sich neun Monate lang auf den Hals geladen hätten und nun überdies noch einen schlechteren Vertrag hinnehmen müssten, wie der von ihm bewirkte: es sei ein Jammer, zu sehen, wie sie den aberjetzt „mit offenen Armen empfiengen, herzten und küssten“, weil sie froh sein müssten, bei der veränderten Lage überhaupt noch so viel zu erreichen. Ein sicheres Merkmal und Zeichen, durch welches die Lage sofort gekennzeichnet wurde, liegt in der grösseren Rolle, welche der Meister in dem am 14. August 1530 in Dahlen zustande gekommenen Vergleiche spielt. Seine Person und sein Name sowie die politische Macht des Ordens treten hier bei weitem mehr in den Vordergrund, als bei der früheren Handlung. Vergebens hatten die Rigaer Unterhändler die Bedingung gestellt, dass ihre Stadt nur gehalten sein solle, den Erzbischof, in seiner Eigenschaft als Mitherrn der Stadt, allein als weltlichen Reichsfürsten, im Sinne der kaiserlichen Regalien, anzuerkennen; ferner sollten die geistliche Obrigkeit, die Jurisdiktionen, und der römische Gottesdienst in der Domkirche für immer aufgehoben bleiben. Doch trotz aller Mühen und alles Hin- und Herverhandelns, das zwölf Tage währte, blieben alle Dinge in der Schwebe. Kurz und bündig heisst es am Schluss des Vertrages: die unentschieden gebliebenen Artikel — dazu gehörten auch die beiden Hauptpunkte, die Jurisdiktionen und das Evangelium — sollen dem üblichen Rechtsgange anheimfallen, falls es der erstiftischen Ritterschaft nicht gelingt, im Lauf von zwei Jahren einen neuen Vergleich herbeizuführen. Vergebens hatten die Ratssendeboten nach dem von den Einungsverwandten in Speier gegebenen Vorbilde zur Abwehr den Antrag gestellt, die Entscheidung der strittigen Fragen auf das künftige Nationalkonzil zu verschieben. Auch ihrem anderen Vorschlage,



das zu erwartende Rechtsverfahren vor dem Kammergericht gegen die Stadt auf das Konzil zu verweisen, war es nicht besser ergangen. Beide Anträge waren von den Gegenspielern glatt abgelehnt worden. Besonders schwer hatten die Städtischen um die Domkirche kämpfen müssen, auf deren Rückgabe Erzbischof und Kapitel durchaus bestanden<sup>1)</sup>. Die kleinen Zugeständnisse, die Schöning schliesslich gemacht hatte, konnten den Misserfolg nicht aufwiegen. Sogar die Verpflichtung zu gegenseitiger Duldung und Anerkennung, von welcher zum Teil der ganze Aufruhr hergekommen war, musste man in dem neuen Vertrage wieder in Kauf nehmen; der schlechteste Tausch jedoch, den man in Dahlen gemacht hatte, war die kurze Friedensdauer für nur zwei Jahre. Während es Lohmüller in Lübeck gelungen war, eine sechsjährige Ruhepause, und noch dazu unter besseren Nebenbedingungen, für die Stadt zu erzielen — in welcher Zeit nach Martin Luthers treffendem Wort „viel Wasser verlaufen konnte“ —, so bedeutete die Dahlemer Fassung nur neue Wirren, die nach kurzem Stillstand denn auch wieder auf der ganzen Linie entbrannten. Eine innere Genugtuung aber musste es Lohmüller nachträglich noch bereiten, wenn er den Unterschied zwischen Lübeck und Dahlen seinen „alten, guten Freunden“ auseinandersetzte und den gelegentlich dabei anwesenden Gegnern ihr „nährisches Vornehmen“ nachwies und dabei bemerken konnte, wie „einige aus dem obersten Regiment“, d. h. aus dem Rat — leider nennt er fast nie die Namen dieser Personen —, die es mit der Kleinen Gilde und dem „Pöbel“ bislang gehalten hatten, in ihrem Gemüt sich wandelten und aus heftigsten Widersachern der Koadjutorei des Markgrafen Wilhelm, die „Leib und Gut dagegen hatten aufsetzen wollen“, zu Freunden und Vorkämpfern derselben wurden.

Ein solcher mehr moralischer Erfolg sowie die Rechtfertigung der von den Ehrbaren befolgten Politik durch die späteren Ereignisse hatten jedoch für den Augenblick wenig zu bedeuten. In den nächsten Wochen beherrschte der Bund, der zwischen dem Orden und dem Erzbischof sich im stillen angebahnt hatte und dessen Auswirkungen sich bis nach Riga hinein erstreckten, die Lage. Wohl gab es im Rigaer Rate — wie wir wissen — eine Partei, die Eingeweihten, die der Ankunft des Markgrafen Wilhelm mit Sehnsucht entgegenblickten, da sie von ihm, dem im Geheimen evangelischen Fürsten, einen Aufschwung ihrer Partei und eine Erstärkung des reinen göttlichen Wortes in der Stadt sowohl, wie im ganzen Lande erhofften. Es waren dieselben Kreise, die mit Herzog Albrecht schon einmal in ver-

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 18. Oktober 1530. Vgl. AR. III 284 S. 730 ff. Leonid Arbusow, a. a. O. II, 777 ff.

traulichen Beziehungen gestanden hatten. Aber der weitaus grössere Teil der städtischen Bevölkerung, die breiten Massen, folgte trotz des gemeinsamen Lutherischen Bekenntnisses, in ihrer radikalen, sozialistisch gefärbten Stimmung, vom Orden und von Schönings Hintermännern aufgestachelt, der fürstenfeindlichen Richtung, die in den deutschen Städten damals weit verbreitet war.

## 2.

Wie einst der Kampf der Hohenzollern in der Mark mit Ritterschaft und Städten den Antrieb zur Entwicklung fürstlicher Machtbestrebungen, zu dem allgemeinen, grossen, mehrere Jahrhunderte dauernden Ringen des territorialen Fürstentums gegen die ständische Selbstherrlichkeit, gegen den miteinander verbundenen landsässigen Adel und die nach Freiheit und Selbstbestimmung strebenden Stadtgemeinden gegeben hatte<sup>1)</sup>, so war nun von Lübeck her, unter der Einwirkung der ungeheuren, elementaren Umwälzungen der letzten Jahrzehnte ein langsam gereifter, entgegengesetzter, rückläufiger Impuls gegen das Fürstentum ausgegangen, der über das Weichbild der Travestadt weit hinaus seine Kreise zog. Über die niederdeutschen, wendischen, pommerschen, preussischen Städte machte diese Wellenbewegung sich bis nach Livland und Riga hinüber bemerkbar. Mehr als einmal bestätigen die Rigaer Ehrbaren die Zusammenhänge zwischen den Erscheinungen in Lübeck und dem sozialpolitischen Kampf, dem verfassungsrechtlichen Streit um die Macht, den der sitzende Rigaer Rat, die Eingeweihten, mit der Demokratie zu führen hatten. Klarer, als die Zeitgenossen solcher Vorgänge sich des Bestehens von geistigen und materiellen Fäden oft bewusst sind, weisen die an die unverschleierte Zahlensprache des Credit und Debet gewohnten praktischen Rigaer Handelsherren auf die Lübschen Rückwirkungen hin. Kann uns die Abhängigkeit der livländischen Dinge von dem jeweiligen Stande des Lübsch-dänischen Ringens greller vor Augen treten, als wenn wir hören, dass Lohmüller in Einverständnis mit seinen Ratsfreunden an Jürgen Wullenweber sich schriftlich wendet, um gegen die heimlichen Machenschaften der in Lübeck Regierenden und gegen ihr Einvernehmen mit den Feinden des Markgrafen eine wirksame Gegenmine zu legen, wenn er die Gefahren dabei schildert, in welchen das Evangelium in Livland in seinem schweren Kampf mit der alten Kirche infolge der Lübschen Vorgänge schwebt, und wenn er schliesslich an Wullenwebers evangelischen Glauben, an die sie verbindende Bekenntnisgemeinschaft appelliert? „Liv-

<sup>1)</sup> Fr. von der Ropp, „Die Hohenzollern und der Kampf zwischen Fürstentum und Ständen“. (S.-Druck.)



land wird trotzig und mutig durch diesen Handel, sie thun sich zusammen und heucheln denen von Lübeck und Oldenburg“ — oder wie Lohmüller um die gleiche Zeit seinem Freunde Briessmann klagt: „Der Lübsche Handel thut nicht geringen Schaden an vielen Orten dem Evangelio und macht alhier freche Leute, die jetzt nichts aufgeben<sup>1)</sup>“. Auf dasselbe Motiv läuft des Markgrafen Wilhelm Ausruf hinaus, nur dass die ihm eigene derbe, drastische Ausdrucksweise hinzukommt: „Ich wollte nichts lieber hören, als dass denen von Lübeck der Mat gestillet und ihnen eins auf den Schwanz gegeben wäre.“ Auf diesen Ton sind alle Berichte aus dem markgräfischen Lager in diesen Tagen abgestimmt: halb Klage, halb Grimm und Selbstvorwürfe, halb derber Fluch, die in ein heisses, flehentliches Gebet zu Gott ausgehen. „Man dringt, dräut und treibt, wie zu spüren, man will Zagen und Schrecken verursachen. Die Feinde haben sich selbst Unruhe, Mühe, Sorgen und Geldspilderungen damit veranlasst. Hoffnung ist noch allein zu Gott“, so schreibt Klingenbeck am 6. September 1534 in Lohmüllers Sinne an den preussischen Herzog<sup>2)</sup>.

Schon seit einiger Zeit war es unverkennbar zu bemerken, dass auch in Riga ein anderer Wind zu wehen begann. Verschiedene Symptome bestätigten es, dass die Gemeinde nicht mehr ganz willens wäre, die dem Markgrafen freundliche Richtung von Rat und Geschlechtern — wenn wir für Riga von solchen sprechen dürfen — so mitzumachen, wie sie es in Wilhelms Anfangstagen noch getan hatte. Der Grund, überhaupt das Verhängnis Wilhelms war seine Machtlosigkeit, an der seine Stellung in Livland krankte und deren Erkenntnis allmählich in immer breitere Schichten drang und seinem Namen die werbende Kraft entzog. Seitdem die Kaufherren der Grossen Gilde ihre Erwartungen, welche sie vordem auf die Ankunft des jungen Fürsten gesetzt hatten, nicht gleich in Erfüllung hatten gehen sehen, verloren sie das Interesse für ihn und gleichzeitig auch den richtigen Blick für die Einschätzung seiner Persönlichkeit und seiner politischen Aufgaben. Schon Anfang des Jahres 1534 stellt Lohmüller mit tiefer Kümmeris die Thatsache fest, dass der Kaufmann sich vom Markgrafen Wilhelm abwende<sup>3)</sup>. Was

1) Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 14. Juli 1534. — Lohmüller hatte seine Schreiben an Wullenweber und Heinrich Warmbeck in Lübeck Dr. Briessmann zur weiteren Veranlassung nach Königsberg gesandt. Am 25. Oktober dankt er ihm für die richtige Bestellung beider Briefe. Ders. an Klingenbeck, Riga 13. August dess. J.

2) Georg von Klingenbeck an Herzog Albrecht, Memel 6. September 1534 (H. B. A. J. 1). Über Lübeck, Jürgen Wullenweber und die Grafenfehde vgl. man im allgemeinen G. Waitz, „Lübeck unter Jürgen Wullenweber und die Europäische Politik“, 3 Bde. Berlin 1855–56 und D. Schäfer, „Geschichte von Dänemark“, 4, 230 ff. Gotha 1893.

3) Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 27. Februar 1534.

lohnte es, dem seine Neigung und Unterstützung zuzuwenden, der einem nichts bieten konnte? Um so mehr, als man in den beginnenden Wirren der Grafenfehde nur Gefahr gelaufen wäre, durch eine offen zur Schau getragene oder gar mit stärkeren Farben unterstrichene Anhänglichkeit an den Markgrafen, den nahen Verwandten des Feindes Lübecks, der ganz naturgemäss mit dem Schwager seines preussischen Bruders sympathisierte, sich blosszustellen und es mit Lübeck zu verschütten; man hätte dem Rigaer Handel schwere Repressalien auf den Hals ziehen können. Dazu kam, dass die Gegner Wilhelms im Lande, Ordensherren und Prälaten, alle Register zogen, Schmeichelreden und Drohungen, um die städtischen Bürgerschaften, besonders aber den Kaufmann für sich zu gewinnen, indem sie auf die angebliche Gefahr hinwiesen, welche Handel und Schiffahrt drohe, wenn die Arensburg und das Bistum Ösel in des Fürsten Hände übergingen. Schreckbilder wurden erfunden, um den Eindruck voll zu machen: Herzog Albrecht und Wilhelm sollten mit Holstein, Dänemark und Schweden darüber praktiziert haben, wie man Lübeck und die Seestädte unterdrücken, den Kaufmann ausschalten und selbst den Handel in die Hand nehmen könne. Wenn Markgraf Wilhelm die Arensburg gewinne, so hätten die fürstlichen Gegner, als Herren von Gotland, Memel und der Arensburg, den Kaufmann so ganz in ihrer Gewalt, um ihn „zu schneuzen, zu zwingen und zu unterdrücken“. Nicht genug, dass Bischof Buxhöwden bei Lübeck gegen Wilhelm schürte und um Hilfe rief<sup>1)</sup>, auch die Agenten der Rigaer Demokratie beteiligten sich, von den Ordensherren heimlich geleitet und darin bestärkt, an diesen Hilfsgesuchen.

Noch schwieriger war indessen die Haltung der Kleinen Gilde geworden, welche die Ankunft Wilhelms von vornherein mit stark geteilten Gefühlen begrüsst hatte. Wohl mochten die besonnenen und ruhigeren Elemente, vornehmlich diejenigen, die mit dem Markgrafen selber in persönliche Berührung getreten waren, von ihren Vorurteilen gegen den „geborenen“ Fürsten inzwischen abgekommen sein, aber die breite, demokratisch gesinnte Masse sah in ihm dennoch nichts anderes, als wie den willigen Helfershelfer der Ulenbrock, Dreling, Durkop und ihrer Zugewandten, die mit den adligen Grundherren zusammen ihn berufen hätten, um ihre auf politischem und finanziellem Gebiet begangenen Sünden zu verdecken, ihrer Herrschsucht zu fröhnen und mit seiner Hilfe den gefürchteten Ansturm und Siegesdrang

<sup>1)</sup> Zeitung aus Stettin, an den Danziger Bürgermeister Johann von Werden gerichtet, von Werden an Hans Nimptsch nach Königsberg weiter geschickt, Stettin 20. August 1534 (H. B. A. C 3). Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 4. Juli, 14. Juli, 13. August 1534 u. ff. Ders. an Klingenbeck, Riga 7. August 1534,



der Gemeinde, der Handwerksämter und Bruderschaften, aufzuhalten. Der starke demokratische Zug, der politisch-finanzielle Widerstreit zwischen den „Gemeinen“ und Elrbarkeiten, der fast überall den Einschlag in den städtischen Bewegungen jener Jahrzehnte bildet und auf dessen Grund die grosse kirchliche Revolution sich erst so schnell entwickeln konnte, ist auch in Riga uns schon wiederholentlich vor Augen getreten. Fanden auch die dramatischen Szenen und Vorgänge in den grossen oberdeutschen Städten an der Düna weniger Beachtung — die Entfernungen waren zu gross, die sozialen und geistigen Bindungen zu schwach entwickelt, als dass die Nachrichten aus Augsburg, Nürnberg oder Ulm wie ein Feuerbrand hier hätten wirken können —, so waren doch Lübeck und die wendischen, niederdeutschen Städte wie Rostock, Wiesmar und Stralsund, auch die grossen dänischen Gemeinwesen für Riga die Wetterwarte, nach deren Meldungen in Riga die Zeichen auf Sturm oder ruhige See gestellt wurden. Die engen Handelsbeziehungen und der lebhafte Schiffsverkehr hatten der Mutterstadt Lübeck auch auf diesem Gebiet einen dauernden Einfluss auf die Verhältnisse der livländischen Tochterstadt gesichert. Sobald ein auswärtiges Schiff oder die heimkehrende Rigische Flotte einlief, wurden die Schiffsführer, Kaufleute und Schiffsmannschaften umlagert und nach Nachrichten aus Lübeck und über den Stand des dänisch-lübischen Ringens ausgefragt<sup>1)</sup>. Wie ein Lauffeuer durcheilten deren Erzählungen dann die Strassen der Stadt, die Köpfe erheizend und das Blut ins Wallung bringend. Die Überfülle der damaligen Zeitergebnisse wurde auf diese Art von Stadt zu Stadt, von Land zu Land bekanntgegeben. Mehrfach hören wir den Markgrafen Wilhelm oder seine Räte über den demokratischen oder römisch-reaktionären Anstoss klagen, — trotz aller Gegensätzlichkeit flossen in Riga beide Bewegungen eigenartig zusammen —, welchen Lübische Schiffer und Kaufleute durch die Verbreitung übertriebener, wenn nicht erlogener Nachrichten auf die Gemüter der markgräflichen Widersacher übten. Seit dem Emporkommen Wullenwebers mit seiner robusten, ungezügelten, die Grenzen seines Seins und Könnens überschätzenden Kraft und des ihm als Folie dienenden Bürgerausschusses wurden die Rigaer Gemeinen von aussen in beständiger Erregung gehalten. In ihren Köpfen begann es zu wirbeln; warum sollten sie nicht, gleich ihren Gewerksgenossen in Lübeck, das Rathaus stürmen können?

1) So wusste z. B. Markgraf Wilhelm schon am 29. Juni in Ronneburg um den grossen Sieg der dänisch-schwedisch-preussischen Flotte über die Lübisch-gräfliche bei Svendborg vom 16. Juni 1535 durch ein holländisches Schiff. Ein französisches Schiff, das am 1. Juli von Danzig her in Riga einlief, brachte die Bestätigung der Nachricht (M. Wilhelm an Herzog Albrecht, Ronneburg 2. Jul. 1535).

Jeder Bericht von glücklichen Taten Wullenwebers, von siegreichen Kämpfen der dänischen Bürgerschaften gegen den Herzog von Holstein, den nahen Verwandten des Markgrafen, wirkte wie eine Alarmpetete und wurde von der Gemeinde wie ein über die Ehrbaren und den von ihnen herbeigerufenen Fürsten errungener Sieg gefeiert. Der gegen den Rat und die ihm Zugewandten aufgespeicherte Hass des kleinen Mannes verschmolz mit der fürstenfeindlichen Stimmung, in welche der Ordenskomtur und seine Freunde in edlem Wettbewerb mit den Bischöflichen die biedereren, lutherisch gesinnten Gewerke hineinzuhetzen wussten.

Wenn noch zwei Jahre zuvor die Stadt das Bild eines konservativ, im besten evangelischen Kampfesinne weitblickend geleiteten Gemeinwesens dargeboten hatte, so machte sich jetzt eine neue, völlig demokratisierte Gesellschaft breit, deren Augenmass über die Dächer und Mauern der Stadt kaum hinausragte. Radikal und umstürzlerisch, ohne Besitz politischer Schulung und Tradition, die Dinge aus ihrem engen Gesichtskreise von untenher betrachtend, lies sie sich, ungeachtet ihres evangelischen Glaubensbekenntnisses, mit den äusserlich wenigstens noch ganz katholischen Ordensherren ein, nur um die ihr verhasste, fürstlich gesinnte Partei im Rate, die noch die Leitung der städtischen Dinge in Händen hatte, zu stürzen. Die beiden Momente, die sich in Riga früher zu einer glücklichen Mischung verbunden hatten, die Pflege politischer Überlieferungen und das Bestreben zur Anpassung an die gewaltigen Forderungen und Fortschritte der neuen Zeit, standen in Gefahr, der durch nichts gezügelten, revolutionären Leidenschaft eines geistig beschränkten Pfahlbürgertums zu erliegen. Dazu kam, dass die städtische Demokratie in letzter Zeit Verstärkung erhalten hatte, aus Kreisen, die ihrer Geburt und Erziehung, ihrer sozialen Stellung und ihren Vermögensverhältnissen nach weit eher zu den Ratsverwandten gehörten, als zu den Zünften und Ämterschaften. Wir hörten bereits, wie die Rigaer Kaufmannschaft infolge der Zeitströmungen, die auch im deutschen Mutterlande in vielen patrizischen Ratsfamilien damals Opfer forderten, durch den Gegensatz zum Fürstentum zu einem grossen Teile auf die Seite der Demokratie gedrängt wurde und ihr, wenn auch aus ganz anderen Beweggründen heraus, in mehr als einem Falle Hilfe und Bundesgenossenschaft leistete. Denn so nur erklärt es sich, wenn wir den Vertreter eines der ältesten, vornehmsten Rigaer Kaufmannshäuser, der zur Grossen Gilde gehörigen Königs, einen der Bürgermeister vom Jahre 1535, der vorher neben Ulenbrock und Lohmüller in den vordersten Reihen der städtischen Fürstenfreunde gestanden hatte, jetzt in das Lager der Widersacher Wilhelms abschwanken



sehen<sup>1)</sup>. Kein Wunder, dass auch die junge Kaufmannschaft, die sogenannten Schwarzhäupter, die Rigaer „goldene Jugend“, die zu dem Bilde des Mohren, dem heiligen Mauritius, geschworen hatte, von demselben Geiste erfasst wurde. Ohne unmittelbaren Anteil an der Stadtverwaltung, hatten sie dennoch durch den Verkehr mit den Rigaer Handelsherren und sonstigen ansehnlichen Bürgersleuten, durch das Zusammentreffen auf den Gildestuben Gelegenheit genug, in die Geschicke der Stadt, in die sozialen, wirtschaftlichen und Verfassungskämpfe einzugreifen. So mancher Sohn oder Neffe der gegen den Herzog von Holstein im Kampfe stehenden Familien aus der Mutterstadt Lübeck oder auch aus den anderen wendischen Städten, der in der städtisch-bürgerlichen Luft seines Elternhauses die fürstenfeindliche Richtung von Kindesbeinen her in sich aufgesogen hatte, mag, als Vertreter heimischer Handelsgesellschaften, sich unter den Jungherren Rigas befunden haben, der nun den Tatendrang verspürte, die Gesinnungen der Väter seinem neuen kolonialen Wirkungskreise mitzuteilen<sup>2)</sup>. Weniger für sie, als für die „Gemeinde“, die Gilden, Innungen und Handwerksämter, drehte sich, wie fast in allen deutschen Gemeinwesen, auch hier der Kampf vornehmlich um die städtischen Finanzen, um die Aufsicht und das Bestimmungsrecht über den Stadthaushalt. „Die von der Gemeinde wollten um Einnahmen und Ausgaben wissen“, ein „grosses Geschrei“, ein „Aufruhr“ erhob sich, als sie erfuhren, dass „dem Markgrafen Wilhelm Geld vom Rate geliehen sei“<sup>3)</sup>.

Zwei Momente waren so zusammengekommen, um das Verhältnis zwischen der Stadt und dem Markgrafen Wilhelm zu trüben: das eine war mehr von provinzieller, lokaler Natur: die Enttäuschung über Wilhelms Schwäche auf finanziellem und politischem Gebiet, die dahin führte, ihn beiseite zu schieben und kaum noch als Machtfaktor anzusehen; das andere dagegen trug mehr allgemeinen Charakter, aus jener Erhebung Lübecks und der wendischen Städte herfliessend. Diese Tendenz gab, sozusagen, den Untergrund und den Nährboden ab, auf dem sich die andere Richtung erst wirksam entwickeln konnte. Es lag in der Strömung und Bildung der Zeitepoche, dass der städtische Bürger es fast für seine Pflicht hielt, demokratischer Gesinnung zu huldigen. Das durch die Wiederbelebung der klassischen Wissenschaften, durch Humanismus und Reformation

<sup>1)</sup> Lohmüllers Bericht über seine Flucht aus Riga am 6. Juli 1535 (Beilage zu seinem Schreiben an H. Albrecht, Ronneburg 14. Oktober 1535. (Jürgen König, 1535 Bürgermeister, war schon seit einigen Jahren mit Schlossmacher verbündet.)

<sup>2)</sup> Ders. an dens., Ronneburg 25. September 1535 („mein irbitterten widersacher ader die schwarzen haubter“).

<sup>3)</sup> Ders. an dens., Riga 20. Mai 1532.

aufgeklärte städtische Bürgertum hatte aus der ihm angeborenen Gegenstellung gegen den geistlichen oder weltlichen Stadtherrn heraus eine eigenartige Denkweise sich geschaffen, die man im Gegensatz zu der konservativ-patrizisch gerichteten mit dem Begriff demokratisch bezeichnet. Durch das Zusammentreffen solcher geistig freieren Einflüsse mit Gesichtspunkten und Befürchtungen wirtschaftspolitischer und sozialer Natur wuchs diese Richtung sich zu einer eigentümlich bürgerlichen Weltanschauung aus. Ihr Besitz galt als Gradmesser für die Werteinschätzung der Person. Demokratischer Männerstolz und Männertrotz gegenüber dem Fürstentum bedingte den Vollbegriff bürgerlicher Standes- und Charakterbildung, er war ein unumgängliches Erfordernis bürgerlichen Selbstbewusstseins geworden.

Ein Unglück war es dabei, dass Riga seit längerer Zeit den Mann entbehrte, der die sittliche Kraft, das Ansehen und die Macht der Persönlichkeit besessen hatte, der die Rede souverän beherrschte, um die Zweifler und Abtrünnigen durch seinen Rat auf den rechten Weg zurückzuführen, Johannes Briessmann nämlich: so eng berührten sich damals Politik und evangelische Glaubenspredigt<sup>1)</sup>. Nicht etwa die Krankheit allein, die er mehr vorgeschützt habe, hätte ihn weggetrieben, sondern die ununterbrochenen Aufregungen der Tageskämpfe, die Anfeindungen seitens der Gegner, wie Lohmüller klagt. Ihm wären die Rigaer Wirren, trotz seiner willensstarken und glaubenssicheren Natur, noch mehr aber seinem Weibe, so hart auf die Nerven gefallen, dass selbst die höchsten Angebote des Rates, der ihn um Alles in der Welt zu halten suchte und ihm alle seine Wünsche erfüllen wollte, ihn von seinen Entschliessungen nicht hätten abbringen können. Nicht nur in Riga, im ganzen Lande sei die Trauer und die Sorge um die Zukunft bei Briessmanns Weggang gross gewesen, — so versichert uns Lohmüller. „Habe es doch jetzt erst gelten sollen, dem Teufel die Spitze zu brechen; was nicht ohne merklichen Puff und Getümmel abgehen konnte und wozu man gute Kriegs- und Hauptleute gebrauchte.“ Hätte Lohmüller die geheimen Absichten Briessmanns eher gekannt, so würde er alles aufgeboten haben, um seine Rückberufung hinauszuziehen. „Jetzt wisse er keinen Menschen in Riga mehr, mit dem man also getreulich konversieren und von allen Sachen geschicklich handeln könne. Wenn auch Gott bisweilen seine Gnade auf andere

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 23. März 1531. Lohmüller an dens., Riga 8. April dess. J. Briessmann an dens., Riga 10. April dess. J. Lohmüller an dens., Riga 12. Juli dess. J. (Wunsch und Sehnsucht des Rigaer Rates nach der Predigt eines „evangelischen gelehrten Mannes“, der so geschickt und beredt sein müsse, wie Doktor Briessmann es gewesen wäre). Lohmüller an dens., Riga 4. November dess. J. Bürgermeister und Rat von Riga an dens., Riga 9./16. März 1532. Vgl. L. Arbusow, a. a. O. S. 803 ff.



senke, so sei es ihm dennoch stets ein Trost gewesen und habe ihm immer neue Kraft verliehen, wenn er mit einem so getreuen und geschickten Freunde von den Dingen sprechen konnte.“ So gross auch Briessmanns Vertrauen auf die theologische Zuverlässigkeit und gelehrten Kenntnisse seines alterproben Freundes Andreas Knopken war, des Predigers an S. Petri, der weder den alten römischen Geist noch die Schwärmerei in die Lande kommen lassen werde<sup>1)</sup>, so war es doch immerhin zweifelhaft, ob Knopkens mehr nach innen gehende, vornehme Art und Richtung nicht durch die rücksichtslos vorwärtsstürmende Ekstase des demokratisch angehauchten Tegetmeyer beiseite geschoben würde. Das war bei Briessmanns Weggang für Lohmüller die brennendste Frage. Knopkens Natur und Wesen hatte ihn unwillkürlich zum Freunde und Seelenberater der aristokratischen Ratsmitglieder werden lassen. Lohmüller spricht über ihn in stets gleichbleibendem, freundschaftlichstem Tone, während Tegetmeyers Feuerseele für ihn etwas Problematisches an sich hat, er traut ihm nie ganz; sobald er den Mann erblickt, legt sich ein Alpdruck auf Lohmüllers Herz. Durch die Gewalt seiner Rede, mit der Tegetmeyer auf die Massen einwirkte — auch Vertreter der besseren Stände folgten ihm gern —, war er imstande, „Gutes und Böses zu stiften“, wie Lohmüller sagt<sup>2)</sup>. „Jetzt, da der Satan seinen Rachen weiter als je wider Christum und die Seinen an allen Orten aufgetan hat, und wir hier in Livland auch sonst nicht Überfluss und Trost an tapferen Predigern haben, welche Ansehen bei Gott und den Menschen geniessen, so müssen wir denn von nun an Alles Gott anheimgeben“<sup>3)</sup>. Wie bei Lohmüller in diesen Tagen evangelisch und brandenburgisch begrifflich zusammenfielen, so ging auch sein Predigerton beständig ins Politische über.

In dem Augenblick gerade, da der Druck der katholischen Gegnerhebung im Reich auch nach Livland herüber bemerkbar wurde, da die „Eigenwillischen“ und „Widerchristen“ mehr als je ihr Haupt gegen die „Evangelischen“ erhoben, da ward der Ausfall einer solchen Kraft, wie Briessmanns, doppelt als Verlust empfunden. In dem kleinen Kreise der Eingeweihten riss es immer eine Lücke, die schwer nur wieder auszufüllen war, wenn ein Getreuer, und nun gar noch einer der einflussreichsten und zuverlässigsten, aus ihren Reihen schied. War doch durch ihn auf dem Umwege gottesbegeisterter Predigt der zwingende Gedanke zur Eintracht und zum Anschluss an die grosse evangelische Christengemeinschaft der grossen Menge unvermerkt ver-

<sup>1)</sup> Briessmann an H. Albrecht, Riga 10. April 1531.

<sup>2)</sup> Lohmüller an dens., Riga 15. Juni 1533.

<sup>3)</sup> Ders. an dens., Riga 8. April 1531. Schierstädt an dens., Ronneburg 13. Juni dess. J.

mittelt worden. Denn „weil das Reich Gottes gesucht und gemehrt werden soll, muss Gott bekannt sein und sein heiliges Wort auf die Bahn kommen, mittelst dessen der heilige Geist, als seinem Instrument, wirke, in seinem Ausersehen von Ewigkeit<sup>1)</sup>“. Nun, da dies Sprachrohr fehlte, fühlte man sich in den Mitteln der Agitation bei jedem Schritte beschränkt und lahmgelegt. Während man früher das Ganze von zwei Seiten umfassen konnte, durch Lohmüllers Einwirkung auf den städtischen Rat und Briessmanns Einfluss auf die Volksmassen, war einer dieser beiden Kraftquellen, die weitschallende Stimme des beliebten Predigers, versiegt.

Kein Wunder, dass die Eingeweihten im Rat, vom Markgrafen Wilhelm unterstützt, nach einem Ersatzmann suchten, der imstande gewesen wäre, Briessmanns doppelte Mission, die politische und religiöse, nach beiden Richtungen hin fortzusetzen. In der Person des herzoglichen Hofpredigers Nikolaus Kolditz von der Altstädtischen Kirche zu Königsberg, der wie sein Rigaer Vorgänger vier Jahre hindurch in Preussen gewirkt und durch sein beständiges Leben in der Umgebung des Herzogs die Entwicklung und das innere Wesen des neuen Herzogtums, dabei auch seine Tendenz zu evangelischer Ausdehnung kennen gelernt und in sich aufgenommen hatte, glaubte man schon den geeigneten Nachfolger gefunden zu haben. Er sollte das „Werkzeug Gottes“ sein, der neben Andreas Knopken und dem nicht immer zuverlässigen Sylvester Tegetmeyer, dem Rigaer Johannes Amandus, „den Widerchrist nicht mit dem Schwerte, sondern mit dem Geiste des göttlichen Mundes zerstören“ helfe. Doch sollten die Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen. Kaum hatte er, gegen Ausgang des Monats Oktober, Briessmanns Nachfolge angetreten und zu predigen begonnen, als er schon im folgenden Monate jäh an der Pest dahinstarb. Ein neuer, schwerer Schlag, von dem die Freunde der reinen Lehre und die Partei des Markgrafen betroffen wurde. „Würden sich solcher Toten mehr begeben, so würde ein Teil von uns bald nachfolgen“ — jammert Lohmüller. An Herzog Albrecht und Martin Luther erging von neuem der Ruf, an Stelle des so unerwartet früh Verschiedenen einen neuen Seelenhirten hinauszuschicken, der durch seine Predigt auch die politischen Ziele der evangelischen Glaubensgemeinschaft unbemerkt zu fördern wisse<sup>2)</sup>.

Ausser mit Kolditz hatte der Rigaer Rat aber noch mit einem andern, fast noch bekannteren Führer auf evangelisch-

<sup>1)</sup> Ders. an dens., Riga 22. Juli und 14. August 1531.

<sup>2)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 4. November 1531, Am 20. Juli des folgenden Jahres geben Bürgermeister und Rat von Riga der Witwe des Nikolaus Kolditz, die sich zu ihrer Freundschaft wieder zurückbegeben will, ein warm empfundenes Empfehlungsschreiben mit. Vgl. über Kolditz: P. Tschackert, Urkundenbuch zur Reformationgeschichte des Herzogtums Preussen. Leipzig 1890 ff. I, 270 Anm. 3 und II Nr. 554.



theologischem Gebiete, dem ersten Reformator Danzigs, mit dem humanistisch hochgebildeten Magister Michael Meurer, unterhandelt. Herzog Albrecht hatte den Vielgeprüften den Händen seiner polnischen Verfolger entrissen und ihn nach Preussen gebracht, wo er als Pfarrer in Rastenburg gleichzeitig die Geschäfte eines Archidiakonen für Masuren versah<sup>1)</sup>. Wir sehen, die Rigaer Ehrbaren hatten ihre Wünsche hoch gespannt; ihnen lag daran, eine Persönlichkeit zu gewinnen, die von selbst in eine führende Stellung rücke, die durch die Wucht und werbende Kraft ihrer Predigt den gemeinen Mann zu Ehrfurcht und Gehorsam zwingen, und in ihren Kreisen Ansehen genug besässe, auf dass die einheimischen Theologen und Prediger, vor allem Knopken und Tegetmeyer, sich ihr willig unterordneten. Ob man ihn neben Kolditz berufen wollte oder mit ihm nur unterhandelte, für den Fall, dass jener ablehne, ist aus der gelegentlichen Erwähnung dieser Episode nicht ersichtlich. Wahrscheinlich hat man zwei Eisen im Feuer nur haben wollen; für zwei so bedeutende, in ihrem Werte fast gleiche Männer wäre an der Spitze des Rigaer Kirchenwesens kaum Raum gewesen. Durch seine Ernennung zum Pfarrer in Königsberg-Löbenicht schied Meurer übrigens schon im Sommer des Jahres 1531 als Kandidat für Riga aus.

Alle Bemühungen um einen Prediger, der Briessmanns Fäden fortspinnen sollte, waren somit vergebens gewesen. Und doch „war die Ernte reif“ — wie Lohmüller sagt —, „wenn nur die Leute vorhanden gewesen wären, die man in sie verordnen konnte. Das heilige göttliche Wort will jetztund sein Statt und Gefug gewinnen im Erzstift Riga.“ Selbst die Tiesenhausens, welche doch „an des Stiefvaters — des Erzbischofs — Seite gelegen wären“, hatten sich hier mit den Ehrbaren und dem Markgrafen Wilhelm vereint und nach dem Manne, dessen Wort dem Lande Heil bringen sollte, „wie die Juden nach dem Messias“ sich umgesehen<sup>2)</sup>. Bei dem erheblichen Mangel an geschulten evangelischen Geistlichen, der in den ersten Jahrzehnten der Reformation fast überall schmerzlich empfunden wurde, der dazu zwang, sogar Personen aus bürgerlichen Berufen den Zugang zum geistlichen Amte freizugeben<sup>3)</sup>, war es schwer genug, schon gewöhnliche Prediger zu gewinnen. Um wie viel schwieriger war es erst, einen Mann zu finden, der für die geistige Führerstellung in ihrer doppelten Gestalt, wie sie hier

1) Lohmüller an H. Albrecht, Riga 14. und 28. August 1531. Aus der reichen Literatur über Meurer sei hier nur auf Tschackert, a. a. O. I, 137 ff., 264 ff., usw. hingewiesen.

2) Ders. an dens., Riga 4. November 1531.

3) Buchwald, „Wittenberger Ordiniertenbuch“ II Vorwort.

in Frage kam, die Fähigkeiten besessen hätte und dabei willens gewesen wäre, in ein so weit entlegenes Land zu gehen?

So war man denn wieder von neuem auf sich selber angewiesen. Wie schwer aber war es, alle die Strömungen und Gegensätze, die diametral auseinandergehenden Interessenkreise der Stadt, kurz alle Gemüter in Eins zu bringen? Da wären einige — wie Lohmüller sagt —, die zu ihrem eigenmerklichen Nachteil sich nicht regen zu dürfen glaubten, obwohl sie solche Bedenken ganz unnötig hätten; die sich fürchteten, während sie billiger Weise nicht die geringste Furcht zu haben brauchten. Andere wiederum könnten ihre eigene Wohlfahrt nicht erkennen, ebensowenig wie sie ihren Nachteil zu verhüten wüssten. Wenn man diesen recht raten wolle, so dürfe der Rat nichts taugen; sie brennen darauf und müssen selber diejenigen sein, die ihren Vorteil verhindern. Und was ihnen etwa zum Guten bisher ausgeschlagen wäre, das habe ihnen heimlich zugeführt werden müssen, sozusagen aus dem Hinterhalt, ohne dass sie es selber merkten<sup>1)</sup>. Es war ein Augenblick des Schwarzsehens und pessimistischer Anwandlungen, da ihn die Nerven verliessen, als Lohmüller diese Zeilen schrieb. Das Bild des politischen Kampfes mit allen den Widrigkeiten, die auf feiner beseelte Naturen abstossend wirken, dem Ärger über die Lauen und Flauen, die Eigenbrödler und Besserwisser in den eigenen Reihen spiegelt sich uns hier wider. Reichen die Quellen auch nicht aus, um das ganze Gewirre der Tageskämpfe mit ihren Zeit- und Streitfragen, geschweige denn ihre gesamten Phasen und Wendungen aufzuhellen, so fällt doch auf eine grössere Reihe von Vorgängen ein so grelles Licht, dass wir sie deutlich, bald als Teilmomente einer bestimmten Reihe, bald als Mittelpunkte einer grossen Entscheidung, nahezu restlos erkennen können. Wie aus der Höhenperspektive erblicken wir dann das Gewimmel in den Strassen und auf dem Markte der Stadt, die allgemeine Erregung, das lebhafteste Treiben und Streiten in den Gilden- und Ämterstuben und hinter verschlossenen Türen sitzend die flüsternden Eingeweihten und ihre Zugewandten. So scharf und eindeutig ist die Zeichnung und Ausdrucksweise unserer Quellen oft, dass nicht der mindeste Zweifel an der Natur und Art dieser Wirren offenbleibt.

Wir sahen bereits, wie der Kampf um den Anschluss an den grossen evangelischen Bund zu jenen Momenten gehörte, die wie durch einen Zufall unter taghelle Beleuchtung für uns rücken. Die Vorsicht des Rates in dieser Frage beweist es, dass er gewohnt war, bei seinen Massnahmen auf den Widerstand der Bürgerschaft zu stossen. Interessant vor allem, mit welcher Berechnung und List er die Gegnerschaft der Gemeinde und

---

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 22. Juli 1531.



ihre im Wachsen begriffene Abneigung gegen das Fürstentum beschwichtigte und auszuschalten suchte.

Wenn wir nicht schon die populäre Bewegung der unteren Schichten zur Genüge kennen möchten, so müsste sie uns aus jenem „Libell und Pasquill“ entgegenreten, das Lohmüller in die Welt hinausgehen liess, um den gegen den Herzog von Preussen und seinen Bruder Wilhelm vorhandenen Hass und Argwohn zu bekämpfen <sup>1)</sup>. Mit vereinten Kräften hatten die Gegner der Eingeweihten, der Ulenbrock, Dreling und Durkop, den „Pöbel“, die Gilden und Ämter, vom Fürstentum abzuschrecken und auf ihre Seite zu bringen gewusst, dadurch, dass sie wahre Wundermärchen über den angeblichen Druck und die unerhörten Vergewaltigungen zu verbreiten suchten, welche die preussische Landesregierung, der Herzog und sein Hoflager, gegen die städtischen Bürgerschaften, vor allem gegen die Königsbergs, ausübten. Ausdrücke und Beschuldigungen, wie „grausamer Tyrann, Schinder, Placker und Erdrücker seiner unverdienten Untertanen“, gehörten zu dem täglichen Rüstzeug, dessen Demokraten und Ordensherren gegen Albrecht sich bedienten <sup>2)</sup>. Sogar die Angehörigen der Grossen Gilde begannen bereits auf solche Entstellungen zu lauschen. Der Hinweis auf die „unfreie Kaufmannschaft“, auf die Handelsbeschränkungen und Zölle, welchen der Königsberger Kaufmann unterliege, war besonders auf sie gemünzt. Man wusste, dass man die Rigaer Handelsherren mit derartigen Drohungen an ihrer empfindsamsten Stelle gerade träfe. Der Reichtum und die Wohlfahrt der Stadt beruhten auf Handel und Gewerbe. Kein Rat hätte eine den städtischen Erwerbsinteressen nachteilige oder auch nur von weither schädliche Richtung für längere Dauer durchsetzen können. Wie Lohmüller einmal mit dem Anflug überlegenen Bildungsstolzes in seinem Literatendünkel sich boshaft ausdrückt: „Viel mehr, denn was in den Kaufmannshandel gehöret, wissen die Livländer nicht“ <sup>3)</sup>. Mit der ihm eingeborenen wirksamen Waffe der Ironie versetzt er den demokratischen Gegnern schlagfertig Hieb auf Hieb, indem er die Sprache und Ausdrucksweise der Demagogen glücklich nachahmt, die hochberühmten Freiheiten Rigas den vermeintlichen „Leiden der armen, bedrückten und beschwerten Königsberger“ gegenüberstellt und die Übertreibungen und Lügen jener dabei aufdeckt, um sie am Ende lächerlich zu machen. Nach einigen herzhaften, höhnischen Ausfällen gegen die beiden Rigaer geistlichen Oberherren kommt

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 22. Juli 1531.

<sup>2)</sup> „Der sonderlich hochbefreiten Stadt Riga Privilegien“ (Beilage zu Lohmüllers Schreiben an Herzog Albrecht, Riga 8. April 1531.

<sup>3)</sup> Ders. an dens., Riga 14. August 1531 und sein Pasquill. Ähnlich Schierstädt an dens., Schaaken 10. Dezember 1530.

er darauf zu dem Schluss, dass die Rigaer froh sein könnten, wenn es ihnen wie denen von Königsberg erginge. Die sogenannten „herrlichen Freiheiten“ Rigas wären in der Tat nichts anderes, als wie die Wahrzeichen und der Inbegriff der Knechtschaft, in welcher Orden und Erzbischof die Stadt nach allen Seiten hin hielten. Wohin man auch blicke, auf allen Gebieten, in geistig-religiöser Hinsicht, verfassungsrechtlich und in ihren wirtschaftlichen Belangen sei die Stadt von jenen beiden Gewalten abhängig. Unbegreiflich sei es daher, dass noch niemand ein Gefühl dafür bis zu diesem Augenblick gehabt habe, wie ihre Stadt aller Rechte und Herrlichkeiten durch den Kirchholmer Vertrag für ewig verlustig gegangen sei<sup>1)</sup>. Lohmüllers Schlagfertigkeit machte dem Schüler der Krakauer Dialektiker und Humanisten alle Ehre, wenn auch Tendenz und Zweck der Flugschrift: die Leute, die so „simpel“ seien, dass sie den demagogischen Drahtziehern und Volksverführern glaubten, dem allgemeinen Gelächter und Spott der Menge auszuliefern, ihre Wirkung nur zu schnell verloren.

Die Sorge, wie Albrecht von Preussen den demagogischen Lügen begegnen und ihre Verbreiter mit einem Schlage abfertigen und an den Pranger stellen könne, nimmt in Lohmüllers Gedankengängen einen breiten Raum ein. Dringend rät er dem Herzog zu entschiedener Abwehr. Es werde einen zwingenden Eindruck machen — so schreibt er —, wenn in jeder von den drei Städten in Königsberg der Rat die Gemeinde zusammenberufe und die herzoglichen Räte den schärfsten Einspruch gegen solche Verleumdungen vor versammeltem Volke erheben, die augenscheinlich nur den Zweck hätten, den Herzog und das landesfürstliche Regiment in der Meinung der Nachbarn zu verkleinern. Ebenso müssten sie gegen die „mutwilligen und gottvergessenen“ Urheber solcher Lasterreden, die seines Erachtens Gewandte der drei Städte Königsberg seien oder ihnen doch wenigstens naheständen, die denkbar schärfste Verwahrung einlegen. Wenn dann Gemeinde und Rat energische Drohungen an die so gekennzeichneten Ehrabschneider und Verleumder ergehen liessen und der Regierung des Herzogs in offener Versammlung ein gutes Zeugnis ausstellten, so würde das nicht allein in Preussen als treffliche Warnung dienen, sondern auch die livländischen Widersacher des Markgrafen Wilhelm sowohl wie der Rigaer Eingeweihten zur Vernunft bringen. Lohmüller empfahl dem Herzoge schliesslich, um des Eindrucks willen gegen die Urheber jener Lasterreden und Gerüchte wider das „ehrliebe und hochlobliche kurfürstliche Haus zu Brandenburg“ mit aller Strenge gerichtlich

---

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 25. Februar 1531.



vorzugehen: das werde auf die Stellungnahme und Stimmung der Parteien in Livland von nicht geringem Einfluss sein<sup>1)</sup>).

So wurde der Kampf der Parteien in Riga bereits im Laufe des Jahres 1531 mit allen Waffen und Mitteln, selbst von der Kanzel herab oder durch volkstümliche Karikatur und Satire scharf geführt. Um wie viel heftiger müssen wir uns aber nicht das Ringen in den folgenden Jahren denken, als Briessmann fort war, der durch die Kraft seiner geistlichen Rede die Gemüter beschwichtigt und immer von neuem auf den Bund mit dem Herzoge von Preussen und den Religionsverwandten im Reich, auf die evangelischen Gesamtbelange hingewiesen hatte, — seitdem die demokratische Opposition verlangender denn je ihr Haupt erhob? Die Gefahr war im Wachsen begriffen, dass die vier Bürgermeister und ihre Zugewandten dem Drängen der Gegner bedeutsame Zugeständnisse machen müssten, falls sie nicht selbst ihre Stellung gefährden wollten.

Welche stürmischen Szenen hatten sich nicht — um einen andern Vorgang anzuführen — beim Abschluss der Glaubensbünde, welche die Stadt mit den evangelischen Teilen der Ritterschaften einging, abgespielt? „Mit Kümmeris hatten des Satans Glieder“ dem Zustandekommen dieser Verträge zugeschaut, wie Lohmüller in seinem Grimm die geistigen Führer der Gegner biblisch schildert, indem er zugleich auf ihr römisches Bekenntnis hindeutet. Die Adel und Fürsten feindliche Stimmung der Zünfte und Ämterschaften war auch bei dieser Gelegenheit wieder greifbar an den Tag getreten. Galten ihnen doch die Vasallen und adligen Herren vor den Toren der Stadt als die eigentlichen Urheber der fürstlichen Wahl, als Wilhelms Getreue und Helfershelfer. Die Ehrbaren hatten redlich kämpfen müssen, es hatte ihrer ganzen Überlegenheit und Überredungskunst bedurft, bis sie die Abneigung und dunkeln Gefühle der Massen durch Gründe politischer Zweckmässigkeit in ihre Hand bekamen.

Nicht geringeren Anlass zu Volksdebatten und Streit hat natürlich auch die dänische Handlung gegeben. Wie die Gegensätze der Parteien und Meinungen während der Tage vom 13. bis 17. März des Jahres 1532 aufeinanderstiessen, davon gibt uns Meinecke Schierstädt in seinem Bericht, den er, unmittelbar unter dem Eindruck der Ereignisse stehend, abstattet, ein getreues Bild<sup>2)</sup>: „Es hätte der Satan gern seinen Samen darein geworfen.“ Als alle Bemühungen und Werreden der Gegner nichts fruchten wollten und man den Rat die Stimmen immer

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 14. August 1531.

<sup>2)</sup> Antwort von Bürgermeister und Rat von Riga für M. v. Schierstädt, als Gesandten Königs Friedrich von Dänemark, betr. Hilfe gegen Christian II., 16. März 1532. Dies. an Herzog Albrecht, Riga 17. März. Schierstädt an dens., Riga von dems. Tage. Lohmüller an dens., Riga 18. März 1532.

mehr für sich gewinnen sah, da verlegte man sich auf Intrigen. Ein Bootsmann wurde bestochen, damit er die Nachricht verbreiten solle, König Christiern habe einen glänzenden Sieg über den König von Schweden davongetragen, die Dalekarlier wären bereits ihm einhellig zugefallen. Wie Schierstädt aus seiner Sachkenntnis die städtischen Parteiverhältnisse schildert, so stand den Anhängern des Herzogs und des grossen evangelischen Bundes, eben den Freunden des Markgrafen Wilhelm, eine fast ebenso grosse Partei gegenüber, die in dem preussischen Herzog wie in den Fürsten überhaupt nur blut- und geldgierige Tyrannen sehe. Für Leute dieses Schlages bilde das Wort „Tyrann“ gewissermassen das Erkennungszeichen, unter dem sie sich auf den Trink- und Gildestuben zusammen trafen. Nicht wenige Herzen gäbe es, welche gegen das Bündnis mit Dänemark „viele Bedenken“ hätten<sup>1)</sup>.

Diese Opposition bildete auch schliesslich den Grund, warum die Ulenbrock, Dreling und Durkop es nicht gewagt hatten, den schon fertiggestellten Vertragsentwurf der Gemeinde zur Genehmigung vorzulegen. So gross waren selbst in Riga die Sympathien für den alten dänischen König, den vermeintlichen Freund der Bauern und Bürger, dass ein Bündnisabschluss mit seinem Gegner König Friedrich die Herrschaft des sitzenden Rates in Frage hätte stellen können. Einige von den Gründen, welche die Ehrbaren zu ihrer Selbstverteidigung gegen die beteiligten Fürsten anführten, waren in der Tat nichts anderes, als wie Bemäntelungen und Vorwände, um die gefährdete Stellung des Rats und seine Schwäche nach aussen hin zu verschleiern. Ganz wie Schierstädt schildert dabei auch Lohmüller zu verschiedenen Malen das städtische Parteigetriebe. Nur mit dem Unterschied, dass das Bild aus dem Munde des Mannes, der selber mitten in den Parteilungen und unter den Kämpfenden steht, mehr Temperament aufweist und noch plastischer wirkt. Ein Krieg aller gegen alle! „Da wäre der eine gut markgräflisch, der andere ein Ordensfreund“, der dritte wieder „gut bischöflich“, und nun erst gar „der gemeine Pöbel, der überhaupt nicht wisse, sein Bestes zu bedenken, in dieser Zeit aber doch die Hand mit im Samen haben wolle“. Man sieht, es war ein Gewirre und Durcheinander wie in erregter Zeit. Besonders schlimm, dass die Demagogen bei den Verhandlungen mit Dänemark einen greifbaren Gegenstand zur Verfügung hatten, durch den sie die Massen in beständiger Aufregung halten konnten, — die in der Ausrüstung begriffenen beiden Schiffe, welche dem Könige Friedrich zu Hilfe geschickt werden sollten und deren Fortschritte man auf der Düna täglich vor Augen sah. So

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 23. Oktober und 9. Dezember 1532.



hole der Rat das Geld den Bürgern für fremde Zwecke aus den Taschen, demonstrierten die Wortführer der Demokratie. Wie die politische Verbindung mit Dänemark, dem preussischen Herzoge und den deutschen Fürsten, so behaupteten sie wenigstens, den Belangen der Stadt und ihrer Bürgerschaft schlechthin zuwiderlaufe, so würden auch die Schiffe nur zu ihrem Verderb, zum Abbruch von Handel und Nahrung dienen<sup>1)</sup>. Und als nun erst gar das Gerücht aufkam, von Gegnern der Eingeweihten wahrscheinlich verbreitet, der dänische König plane, nachdem er Christiern besiegt, den Orden in Livland anzugreifen, da erhielten die städtische Ordensfreunde, die Zünfte und Demokraten, Wasser auf ihre Mühle. Nur mühsam gelang es den Ehrbaren, durch Nachgiebigkeit und eigenes Anpassungsvermögen der Opposition noch einmal Herr zu werden.

Wie tief die feindliche Gesinnung des Ordens gegen die damals gerade miteinander verbündeten nordischen Könige, Friedrich I. und Gustav Wasa, ging und wie weit man auf Seiten der Ordensherren sich auf die Gegenströmung verliess, die gegen die fürstlich gesinnten Ratsmitglieder in der Stadt vorhanden waren, das zeigt das Verhalten und gewaltsame Eingreifen des Dünamünder Hauskomturs in den Rigaer Handel. Ein städtischer Bürger und Kaufherr hatte ein Schiff mit gewöhnlichen livländischen Ausfuhrartikeln, Roggen, Mehl und andern Lebensmitteln, nach Stockholm befrachtet. Als es die Düna abwärts fuhr und die Ordensburg passierte, erschien plötzlich der Hauskomtur auf dem Plane und liess das Schiff besetzen. „Türen und Tonnen, Kisten und Kannen“ wurden auf seinen Befehl geöffnet, trotz der Proteste des Schiffers, unter dem Vorwand, der betreffende Bürger habe dem König von Schweden Kriegartikel zuführen wollen. Der Geschädigte wandte sich natürlich sofort an den Rigaer Rat. Aber keine Beschwerden desselben halfen. Selbst als die Schute verloren ging, weil die Ladung infolge der rücksichtslosen und gewaltsamen Untersuchung gelockert war und bei dem herrschenden Sturme überging, so dass der Schiffer gezwungen wurde, das Schiff auf den Strand zu setzen, verhielt sich der Orden allen Anforderungen und Schadenansprüchen gegenüber ablehnend. Er wusste genau, dass die Ratsherren bei der Stimmung der Gemeinde keine Abwehrmassregeln gegen ihn anwenden würden<sup>2)</sup>.

Bald traten jedoch der Streit und geheime Kampf der städtischen Verfassungskörperschaften untereinander und auf der andern Seite das Einvernehmen des Ordens mit den Gilden und Ämtern, den unteren Schichten der städtischen Bürgerschaft, noch offenkundiger hervor: wir denken dabei an die Tage von Plettenbergs Eintritt im September des Jahres 1532. Sicherlich hat der

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 14. August und 9. Dezember 1532.

<sup>2)</sup> Ders. an dens., Riga 8. Januar 1532.

Gesandte, welchen der Rat an den Meister nach Wenden schickte, um das Ereignis abzuwenden, nicht zu dem fürstenfreundlichen Kreise der Eingeweihten gehört; sonst würde ihn Lohmüller nicht mit so grausamem Hohn und grimmiger Entrüstung verfolgt haben. Einen „Schlauraffen mit einer Kupfernase“ und „sonderlichen Pöbelmann“ nennt er ihn<sup>1)</sup>. Irren wir nicht, so haben wir hier das Bild von Kersten Schlossmacher vor uns, des „Rigaschen Wullenwebers“, jenes Vertreters der Grossen Gilde, der es später ganz offen mit dem „gemeinen Pöbel“ hielt, des vom Ehrgeiz getriebenen Wortführers der städtischen Opposition, welchen die Eingeweihten, wenn auch ganz wider ihren Willen, auf das Begehren und Drängen der Gilden und Ämter hin in diesen Jahren mehrfach zu wichtigen diplomatischen Missionen verwenden mussten. Und nicht umsonst ist Schlossmacher — wenn unsere Vermutung zutrifft — in Wenden gewesen. Die Linien sind dort ohne Zweifel ganz im geheimen entworfen worden, wie man das Stadtreiment den Fürstlichgesinnten, den Ulenbrock, Dreling, Durkop und ihren Zugewandten, entwinden könne. Die künftige Entwicklung der Dinge weist auf Zugeständnisse hin, die nur bei dieser Gelegenheit gemacht sein können, zu denen sich kein anderer, wie der „Rigische Wullenweber“ verstanden hätte. So viel sich die Eingeweihten auch wehren und nach erträglichen Auswegen suchen mochten, die zweideutige Haltung des Ratsgesandten hatte es nun einmal verschuldet, dass man den Eintritt des Meisters nicht mehr verhindern konnte. Bezeichnend ist es dabei, dass es die Mehrheit der Grossen Gilde war, die Schlossmacher im Rate vertrat, welche in diesem Augenblick so die Geschäfte des Ordens und der mit ihm sympathisierenden untersten Bevölkerungsschichten besorgte. Die Kleine Gilde hielt es in diesen Tagen eigenartiger Weise mit dem Rate, den sie, man weiss nicht recht, ob aus wirtschaftlichen, verfassungsrechtlichen oder vielleicht auch aus ganz momentanen Gründen, gegen die anmassliche Haltung der Grossen Gilde unterstützte<sup>2)</sup>. Interessant, dass auch die römisch Gesinnten, die Anhänger Schönings, den für sie günstigen Zeitpunkt, da der Kampf zwischen Rat und Gemeinde immer schärfer wurde, benutzen zu sollen glaubten, um ihr Haupt zu erheben und dem Rat und den Eingeweihten in den Rücken zu fallen. Verhältnismässig muss diese Partei noch immer stärker gewesen sein, als man gemeinhin annimmt. Sonst hätte sie nicht mehr den Einfluss in der Gemeinde besitzen und ihre Meinung so durchsetzen können, wie Lohmüller das häufig behauptet<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 9. Dezember 1532.

<sup>2)</sup> M. Wilhelm an dens., Lemsal 29. September 1532.

<sup>3)</sup> Lohmüller an dens., Riga 8. August 1532.



Kurz, Zündstoff war genug vorhanden, noch ehe der Sieg der demokratischen Richtung in Lübeck mit Jürgen Wullenweber an der Spitze für alle Ostseestädte das Zeichen zum Aufbruch und zur Empörung gab.

Noch lebhafter fast, als es schon bei den Verhandlungen über die Glaubensbünde mit den livländischen Ritterschaften hergegangen war, platzten die Gemüter in den Tagen um den Abschluss des Wendener Vertrages, in den Wochen um den 1. April des Jahres 1533, in Riga auf einander. Im besondern war es die Frage, ob man den Herzog von Preussen in diesen rein livländischen Bund aufnähme, welche zu den heftigsten Debatten führte und der popularen Bewegung einen neuen Anstoss gab. Fand doch der Beitritt Rigas selbst unter den zünftigen Demokraten und Fürstengegnern Widersacher; sie bekämpften den Gedanken, einem Bunde anzugehören, dem Markgraf Wilhelm und der preussische Herzog, zwei „geborene Fürsten“, das Gepräge gäben. „Es hat schwere Mühe gekostet, dem Teufel die Sache aus den Klauen zu reissen. Wie fest er gehalten, das weiss Gott und ich. Aber das gläubige Gebet der Seinen muss die Berge versetzen, wohin man sie begehrt“ — so fasst Lohmüller unter dem Eindruck der Kämpfe die Lage in seinem gewohnten Bibelton zusammen. Die Fürstlichgesinnten, die Ulenbrock, Dreling, und Durkop, hatten — ganz abgesehen von der allgemeinen religiösen Tendenz — allein schon im Hinblick auf das städtische Partei<sup>1)</sup> leben und seine Beruhigung einen geschickten Schachzug zu tun geglaubt, als sie die auf der Bahn begriffene Verständigung zwischen dem Ordensmeister und dem Markgrafen unterstützten und ihren Gesandten nach Wenden den Auftrag mitgaben, den Beitritt der Stadt zu dem in Aussicht genommenen Bündnis auf jeden Fall durchzusetzen und auch für des Herzogs von Preussen Einschluss zu wirken. Sie verfolgten einen doppelten Zweck damit. Denn einmal hofften sie, durch den Rückhalt, den sie an den beiden Fürsten fänden, ihre Stellung im Rat zu befestigen, andererseits aber — und das war für die Folge beinahe noch wichtiger — von Seiten des Ordens Ruhe sich zu verschaffen und den von dorthor stammenden Einflüsterungen und ewigen Machenschaften mit der widerwilligen Gemeinde den Boden zu entziehen. Gern hätten sie Albrechts Eintritt noch vor dem Wolmarer Landtage vollzogen gesehen. Allein, aus Rücksicht auf die populare Bewegung, die infolge der Landtagsnähe den Ordensagenten und Bischofsfreunden zu erhöhter Rührigkeit Anlass bot, verschob man die Weiterverhandlung bis nach dem Landtagsschlusse, bis dass die Gemüter sich beruhigt hätten<sup>1)</sup>. Wir wissen jedoch, wie

<sup>1)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 8. Januar 1532.

Albrechts Beitritt sich darüber zerschlagen hat. Die Fürstlich-gesinnten im städtischen Rat und die evangelische Ritterschaft hatten sich alle Mühe darum gegeben; auch Herzog Albrecht selber hatte ihn sich gewünscht. Aber dem Widerstreben der Demokraten, der Gilden und Bruderschaften, gelang es, im Bunde mit den untersten Bevölkerungsschichten, die von den klug im Hintergrunde sich haltenden Ordensherren und Römischgesinnten, den Gegnern des drohenden evangelischen Fürstentums, verstärkt und geleitet wurden, ihn tatsächlich zu verhindern. Um nicht den sitzenden Rat dem geschlossenen Ansturm der vereinigten Widersacher auszusetzen, dem er vielleicht schon damals erlegen wäre, stand Herzog Albrecht von dem Gedanken, dem Wendener Bunde beizutreten, ab.

Wie schwer es dem Rate fiel, seinen Willen durchzusetzen, selbst wenn er die redliche Absicht hatte, dem Markgrafen Wilhelm gefällig zu sein, beweist ein Fall, der in den Anfängen des Monats September in Riga sich abspielte und den Lohmüller uns erzählt. Wenn sie schon ihre Bündnisversprechungen brechen mussten, so hatten die Ehrbaren sich wenigstens verpflichtet gefühlt, dem von allen Seiten eingeschlossenen und aller Hilfsmittel beraubten Fürsten Proviant nach Hapsal zuzuführen. Ein Schiff, das aus dem Sunde kam, hatten sie mieten und mit Geschütz und Schiffsvolk ausrüsten wollen, um unter seinem Schutze eine Bark nach der Wick zu senden. Doch weigerte der Schiffer sich standhaft, sein Fahrzeug zu diesem Zwecke herzugeben. Durch „kein Geld“ vermochte man ihn dahin zu bringen, er ging lieber mit gewöhnlichen Kaufmannswaren wieder in See. Sobald die Leute, einheimische wie fremde, merkten, dass sie zu Gunsten des Markgrafen vom Rate gewonnen werden sollten, regte sich mit der Abneigung und dem Widerwillen gegen die Obmacht des herrschenden Rats die adels- und fürstenfeindliche Stimmung bei ihnen. Selbst Angeboten gegenüber, wie sie vorteilhafter kaum gedacht werden konnten, verhielt man sich ablehnend.

Bald kam es dahin, dass der Rat allein noch in schriftlichen Kundgebungen, die der Genehmigung durch die Gemeinde nicht unterlagen und vor allem keine finanziellen Bewilligungen und Ausgaben erforderten, von seiner Bundesgenossenschaft zu sprechen wagte. So sandte er z. B. auf den Rujener Gebietigertag, welcher der Lealer Tagfahrt vorausging, ein Schreiben an Meister und Orden, das über die Sympathien des Rates für den Markgrafen und seine Abneigung gegen Buxhöwden keinen Zweifel liess. Schmeichelhaft ist das Bild, welches die Ehrbaren von Wilhelms Gegner entwerfen und durch dessen grelle Farben sie auf den Meister wirken wollen, für Buxhöwden und seine Umgebung gerade nicht; „ungeschickt“ wird er genannt und als ganz in den Händen von



„unfriedliebenden und blutdürstigen, ledigen Leuten“ bezeichnet, „die sich an Aufruhr, Blutvergiessen und Krieg, als der Händel Unerfahrene und Rohköpfige belustigen und erfreuen“. Plettenberg möge das unter der Asche glimmende Feuer ersticken, bevor es zu verheerendem Brande auflodere<sup>1)</sup>. Doch war es den Eingeweihten am Ende noch immer gelungen, auf die Verhandlungstage, z. B. nach Leal, ja selbst auf den Landtag zu Fellin und auf die Lemsaler Tagfahrt Männer ihrer Richtung, die bekannten Persönlichkeiten abzuschicken, die wir so häufig an Wilhelms Seite als dessen freiwillige Parteigänger sehen. Als einzige, letzte Getreuen des Fürsten lenkten sie in Fellin die zornigen Blicke fast aller übrigen Ständevertreter auf sich. Der Eindruck dieser Vorgänge sowie die Beiseiteschiebung der Rigaer Ratssendeboten in Lemsal haben zu dem, wenn auch nur kurzen Siege der popularen Bewegung in Riga nicht wenig beigetragen.

Nur das Vorhandensein, das täglich fühlbarer werdende Übergewicht der Ordenseinflüsse in der Stadt vermochte solche Gedanken und Pläne auf die Bahn zu bringen, wie sie Lohmüller und die kurländischen Freunde der evangelisch-markgräflichen Sache, der Heisssporn Dietrich von Buttler und sein Freund Nikolaus Franke, vielleicht nicht ganz ohne Mitwissen der ihnen am nächsten stehenden städtischen Ratsmitglieder, der Eingeweihten, einen Augenblick lang allem Anschein nach erwogen haben: denn nur als Reaktion gegen die drohende Ordensherrschaft lassen solche Pläne sich erklären. Dass die Eingeweihten allezeit den Wunsch im geheimen im Herzen trugen, des beständigen, leidigen Kampfes mit der Gemeinde ledig zu sein und die deutlich erkennbaren Väter und Urheber aller dieser gegen den Rat gerichteten Machenschaften, die Ordensherren, vom Halse sich zu schaffen, ist begreiflich; dass sie aber dabei den Herzog von Preussen als Förderer und Helfershelfer für ihre Pläne sich ausersahen, das zeugt von geringem Verständnis für Albrechts Persönlichkeit und die realpolitische Lage, in der er selbst infolge der dänischen Wirren sich befand. Ein Fähnlein Knechte, meinten sie, würde im Augenblick genügen, um sich der Stadt zu bemächtigen und die Ordensherrschaft zu stürzen. Der Herzog möge den günstigen Zeitpunkt nicht verpassen. Kaum zweihundert Mann wären in der Stadt vorhanden, die unter die Waffen treten könnten; der grössere Teil von ihnen wäre noch dazu dem Herzoge und seinem Bruder, dem Markgrafen Wilhelm, „nicht wenig gewogen“<sup>2)</sup>. Kein Wunder, dass Albrecht die Zumutung von sich weist und das

<sup>1)</sup> Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 11. Sept. und 25. Nov. 1533.

<sup>2)</sup> Dietrich von Buttlers Werbung, im Auftrage Lohmüllers dem Herzoge Albrecht vorgetragen. Aus der herzoglichen Antwort vom 14. Oktober 1533, die Johann von Pein Lohmüller überbringt, lernen wir ihren Inhalt kennen.

Abenteuerliche ihrer Gedanken und die Fehlschlüsse in ihrer politischen Rechnung unbarmherzig aufdeckt. Ein Zugeständnis kommt dabei aus seinem Munde, das für die livländischen Parteiverhältnisse in Stadt und Land bezeichnend ist. Wie solle man sich den Ausgang eines solchen Unternehmens denken, so fragt er lakonisch zurück, zumal doch der grössere Teil der Rigaer Bürgerschaft, ja auch der gesamten Bevölkerung des Landes noch am Orden hänge?<sup>1)</sup> Natürlich hatten die Ordensherren durch ihre Vertrauensmänner, die bis in die Mitte des Rates reichten, von diesen Vorgängen bald genug Kenntnis erhalten und, wenn sie auch schon die volle Tragweite des Lohmüllerschen Anschlags nicht ganz ermassen, ihre Gegenaktion sofort begonnen. Beschwerden und Drohungen wegen der städtischen Geschäftigkeit, der vielen ins Ausland gehenden diplomatischen Werbungen wurden zu Händen des Rates gerichtet; am 2. Oktober erschien der Ordenskanzler Ochtern sogar selber, um den schriftlichen Verwarnungen persönlich und mündlich Nachdruck zu verleihen. Mit diesem offiziellen Eingriff gingen zu gleicher Zeit noch geheime Machenschaften parallel, welche auf die Ordensanhänger in der Stadt, auf die Gemeinde und ihre Führer, abzielten; sie sollten von neuem ermutigt und zum sorgsamsten Aufpassen und Nachspüren, zum Ansturm gegen die Ehrbaren angeleitet werden<sup>2)</sup>. Demgegenüber suchten die Eingeweihten nun wieder ihre Gesinnungsgenossen und Freunde zu sammeln, sie fester an sich zu ziehen und sich ihrer Treue zu versichern. Das ganze sozialpolitische und wirtschaftliche Leben in der Stadt bestand in diesen Tagen aus einem beständigen Ringen zwischen den Parteien, aus einem offenen und geheimen Kampf, der unter dem Einfluss der popularen Bewegungen in den Gemeinden des Mutterlandes, besonders in Lübeck, bald noch heftiger um sich greifen sollte.

Seitdem in den ersten Julitagen des Jahres 1533 Nachrichten vom dänisch-lübischen Kriegsschauplatze nach Riga gekommen waren, die für den Herzog von Holstein und die Fürstenpartei recht ungünstig lauteten — es war die Meldung von den Verhandlungen Lübecks mit dem englischen Könige Heinrich VIII., von der Verschwörung und Verbrüderung Lübecks mit den wendischen Städten, den Ditmarschen, dem Grafen Christoph von Oldenburg, Ambrosius Bogbinder und den dänischen Städten, Flecken und Landvolk, von dem Plan auf die Schlösser zu Kopenhagen und Malmö, deren Eroberung übrigens bald zur Tatsache wurde —, seitdem die Nachrichten sich mehrten, dass Lübeck unbedingt die

<sup>1)</sup> Antwort des Herzogs auf Buttlers Antrag [1533 vor Oktober 14]. Instruktion und zwei Beimemoriale auf den Insterburger Hauptmann Johann von Pein an Lohmüller, Königsberg 1533 Oktober 14.

<sup>2)</sup> Lohmüller an H. Albrecht, Riga 2. Oktober 1533, und Antwort der Stadt auf Ochterns Werbung, von dems. Tage.



See beherrsche<sup>1)</sup>, als um die Mitte August fast alles Land „vom grossen Belt bis zu den smaaländischen Grenzwäldern“ in den Händen der Gegner Herzogs Christian sich befand, da geriet nicht allein die Rigische Demokratie in einen wahren Siegestaumel, auch „die Obrigkeit in Livland trug einen Mut ob diesem Spiel“; sie meinte den Markgrafen Wilhelm jedes Trostes und jeder Hilfe von Seiten seiner auswärtigen fürstlichen Freunde nun beraubt, wie Lohmüller klagt. Nicht minder seien auch der „Erzbischof und die Pfaffen mutig, die Fellinische Einigung und Bündnis ist vorhanden. Drohworte laufen für und für. Wenn der geistliche Stand wächst, so nimmt die Liebe zum Evangelium und seiner Predigt eilig und zusehends ab, unter den Gottlosen herrscht eitel Freundschaft, alle lauern und warten auf die Lübecker“ — so lauten die livländischen Stimmungsberichte aus diesen Sommer-tagen. Bis zu welchem Grad von Siedehitze die Gemüter der demokratisch Gesinnten in Riga sich verstiegen und wie weit sie sich, von schlaun Hintermännern geleitet, gegen die Fürsten und ihren Anhang verhetzen liessen, geht daraus hervor, dass sie den Markgrafen Wilhelm und den Herzog von Preussen bei Lübeck als Seeräuber alles Ernstes ausgaben, um Lübeck und Wullen-weber gegen beide Fürsten aufzuwiegeln.

Jetzt hätten die Ehrbaren oder vielmehr die fürstlich Gesinnten im Rat nicht mehr eine Kundgebung und Massnahme durchsetzen können, wie sie sie noch gegen Ende des Monats Juni vor Eingang aller jener Hiobsposten durchgesetzt hatten. Seit längerer Zeit war nämlich kein Schiff aus Lübeck oder den wendischen Städten in Riga eingelaufen. Die Vermutung drängte sich auf, die Lübecker hätten alle fremden Schiffe beschlagnahmt. Resolut griff der Rigaer Rat zu Gegenmassnahmen, indem er seinen eigenen Bürgern einmal die Schifffahrt auf Lübeck und die ihm verbündeten wendischen Städte verbot und andererseits den von dorthier stammenden Schiffen die Ausfahrt aus Riga untersagte; nur die Holländer hatten heimwärts segeln dürfen. Freund und Feind konnten in dieser Anordnung des Rigaer Rates, die einem zeitweisen Ausfuhrverbote gleichkam, nichts anderes als eine Lübeck feindliche Handlung sehen, die auf der andern Seite dem Herzog von Holstein zustatten kam. Die Unterbindung des Rigaer Handels und seiner Kornausfuhr war für Lübeck, zumal in diesen Kriegezeiten, ein schwerer Schlag. Um so mehr aber musste die den

<sup>1)</sup> Vgl. Georg Waitz, a. a. O. II, 114 ff., D. Schäfer, a. a. O. IV 232 ff. Der gesamte livländisch-preussische Schriftwechsel und auch die Briefe Klingenbecks sind in diesen Monaten von den Lübischo-Dänischen Dingen voll. Jeder Sieg der Lübecker wird als ein Schlag gegen Markgraf Wilhelm und die evangelische Sache in Livland gewertet, z. B. Lohmüller an Klingenbeck, Riga 7. und 13. August 1534. Ders. an Herzog Albrecht, Riga 14. August dess. J.

Holländern, den alten maritimen Gegnern Lübecks, vom Rigaer Rate gewährte Sonderstellung in der Travestadt Erbitterung erzeugen, als Herzog Christian mit den Holländern in freundschaftlichen Beziehungen stand und soeben erst ein Bundesverhältnis mit ihnen eingegangen war. Im Juni hatten die Eingeweiheten sich also noch nicht gescheut, den Eindruck zu erwecken, als ob sie mit der Fürstenpartei, dem Herzoge von Holstein und den Holländern, im Einvernehmen ständen oder doch wenigstens mit ihnen sympathisierten. Den Mut zu dieser Haltung hatten ihnen die Nachrichten und Zeitungen eingeflösst, die aus den westlichen Plätzen, vor allem aus Danzig damals gerade kamen. Wie, wenn sie dieselbe entschiedene Haltung, wie der Danziger Rat und besonders der dortige Bürgermeister Johann von Werden, einnahmen, der mit geschäftsgewandter, starker und nerviger Hand alle Ausbrüche der Danziger Demokraten niederhielt und auf der Hamburger Tagfahrt im März des Jahres sogar die Stirn gehabt hatte, durch das unbesonnene, plump herausfordernde, demokratische Gebaren Wullenwebers in innerster Seele angewidert, mit beissender Satire und glänzender „Witzvermögenheit“ dessen Politik als die Ausgeburt uferlosen Ehrgeizes, als das Unterfangen eines Abenteurers hinzustellen. Ebenso wie die Rigaer Eingeweiheten diese Dinge erfahren hatten, so hatten sie gleichfalls davon Kenntnis erhalten, dass die Danziger erst kürzlich ihre Ratssendeboten bei den dänischen Reichsräten gehabt hatten, um sie zur Einigkeit und zur Wahl des Herzogs von Holstein zu ermahnen, damit nicht die Lübschen Anschläge auch auf die übrigen Städte des Ostseebeckens rückwirkten, wie es bereits in Rostock und Stralsund der Fall war. Ulenbrocks, Drelings und Durkops Stellung war jedoch sowohl nach ihrer verfassungsrechtlichen wie gesellschaftlichen Seite hin eine weit schwächere, als die, welche die von patrizischem Vollgefühl getragenen, scharf gezeichneten Herrschernaturen der Danziger Werden und Ferber einnahmen. Das Verbot der Lübschen Segellation war auf lange Zeit hinaus die letzte Tat der Rigaer Eingeweiheten aus eigener Selbständigkeit, der letzte Versuch, um mit ihren fürstlichen Freunden, dem Markgrafen Wilhelm und seinem älteren Bruder in Preussen, „in einem Schiffe zu segeln“<sup>1)</sup>.

Immer verworrener und undurchsichtiger wurden in der nächsten Zeit die Nachrichten, welche aus Lübeck und Dänemark nach Riga kamen. Drohungen blieben nicht aus: wie die Dan-

<sup>1)</sup> Statt aller anderen Schreiben seien hier nur folgende angeführt: Klingenbeck an H. Albrecht, Memel 23. November 1534. Lohmüller an Klingenbeck, Riga 29. November dess. Jahres. Klingenbeck an H. Albrecht, Memel 20. Dezember dess. J. Lohmüller an Klingenbeck, Riga 30. Dezember dess. J. Ders. an H. Albrecht, Riga 4. April 1535. Lohmüller an H. Albrecht, Riga 4. Juli 1534. Ders. an Klingenbeck, Riga 11. Februar dess. J.



ziger ob der Haltung ihres Bürgermeisters aus dem Hansabunde ausgestossen und ihres Londoner Kontors beraubt werden würden, so werde man auch an Riga Rache nehmen, wenn es den Danzigern nachzuahmen versuchen sollte. Lübsche Orlog- und Kaperschiffe kreuzten bereits in den Rigaschen Gewässern; und wenn ihre Jagd zunächst auch den Schiffen der fürstlichen Gegner galt, so nahmen sie doch in Augenblicken gegenseitiger Verstimmung auch eine für Riga bedrohliche Haltung ein, den Handel und das städtische Gewerbe lähmend. Ein neuer Ansturm der „Gemeine“ war unmittelbar die Folge jener gegen Lübeck gerichteten, warnenden Kundgebung. Die Führer der Demokratie, die Gegner des Einvernehmens mit dem Markgrafen Wilhelm und einer Verbindung mit der fürstlichen Machttenenz, haben sich dabei derselben Gedankengänge bedient — nu rin steil entgegengesetztem Sinne —, welche die Eingeweihten sie gelehrt hatten, wenn sie die Gemeinde zu Bewilligungen für die von ihnen verfolgte evangelische Politik, im Sinne des Anschlusses an die Religionsverwandten im Reich und an die Fürstenpartei, hatten fortreissen wollen. Lohmüller hatte diesen Gedankenreihen auf der Lemsaler Tagfahrt eine bündige Form gegeben, welche sich dem Gedächtnisse leicht einprägen liess, mit deren Hilfe die demokratischen Wortführer die Eingeweihten jetzt niederschlugen. Die Ehrbaren hätten es früher ja immer selbst gesagt, dass ihre Stadt eine abgesagte Feindin jedes Krieges wäre; sie habe sich oft „die Hände mit langen Federn genug verbrannt“, ihre Türme und Mauern legten noch gegenwärtig Zeugnis davon ab. Wie so oft in diesen Monaten, handelte es sich um die Haltung der Stadt zum Markgrafen Wilhelm. Wenn es zwischen den beiden Parteien, der Fürstenpartei und ihren Feinden, den Lübschgesinnten, zum offenen Kriege käme, so trügen die Eingeweihten durch ihre geplanten Bewilligungen zu Gunsten des Markgrafen, durch ihre gesamte fürstenfreundliche, den städtischen Belangen widerstrebende Politik die Verantwortung dafür, falls Riga in diesen Kampf und die Lübsch-dänischen Wirren hineingezogen würde. Sie träfe ebenso auch die Schuld, wenn die Stadt an ihrer Wurzel dann getroffen würde, wenn Handel und Wandel, Schifffahrt und Schiffsverkehr, die hauptsächlichste Nährquelle ihres Gemeinwesens, gestört und unterbunden würden. Wenn der Rat nicht mehr seiner Pflicht gedenke und für das Gemeinwohl nicht mehr sorgen wolle, so müsse die Gemeinde ihre Eigenbelange selbst vertreten<sup>1)</sup>. Auf die Gegner der Ulenbrock, Dreling, Durkop und Lohmüller musste es einen unwiderstehlichen Reiz ausüben, die Eingeweihten mit ihren eigenen Worten zu bekämpfen und die verderblichen Folgen an die Wand zu malen, die eine Politik und Finanzwirt-

1) Lohmüller an Klingenbeck, Riga 4. August 1534.

schaft, wie der Rat sie betriebe, für die Stadt haben könnte. Die Person des Markgrafen Wilhelm war der Gegenstand ständiger, täglicher Kämpfe zwischen den städtischen Parteien, die seinetwegen nicht zur Ruhe kamen. An anderer Stelle soll darüber mehr gesagt werden.

Die Nachrichten von der Wahl Herzog Christians zum dänischen Könige und der ihm am 18. August 1533 geleisteten Huldigung, „die vieler Rohköpfigen Sinn brechen werden“, von denen die Eingeweihten in Riga, auch Markgraf Wilhelm, überhaupt alle Evangelischen im Lande einen Umschwung in ihrer politischen Lage erwartet hatten, verschlugen wenig. Gleich hinterher waren Zeitungen angekommen, die alles wieder verdarben und die populären Leidenschaften der Masse zu einem wahren Siegestaumel entfachten. Denn gleichzeitig mit der Aufhebung der Belagerung Travemündes durch Herzog Christian infolge der Erhebung und des Einfalls der Ditmarschen in Holstein wurde die Einnahme Kopenhagens und des Zolles von Helsingfors durch den Grafen von Oldenburg und die Lübecker, die Erhebung der dänischen Bauernschaft und die Vertreibung des Adels gemeldet. Man erfuhr, dass die wendischen Städte — Stralsund, Rostock und Wiesmar — Lübecks Vorgehen gebilligt und sich ihm angeschlossen hatten, dass die Demokratie, die Gilden, den alten sitzenden Rat in allen diesen Orten beseitigt und das Stadregiment an sich gerissen hatten. Den lautesten Jubel aber rief die Nachricht hervor, dass die dänisch-schonischen Städte den Lübschen und ihren Heerführern die Tore willig geöffnet hätten, um beim Evangelium zu bleiben, dessen Bestehen in Gefahr gewesen wäre, wenn der dänische Reichsrat das Heft in Händen behalten hätte<sup>1)</sup>. Mit Angst und Bangen blickten die Anhänger der evangelisch-markgräflichen Partei zum lübisch-dänischen Kriegsschauplatze hinüber, wo auch ihr Schicksal entschieden wurde. Beruhigend und Hoffnung erweckend wirkten die Aussichten von Herzog Christians Sache in diesen Wochen nicht.

Und wenn man noch an dem Bestehen solcher Fäden, an der moralischen Rückenstärkung der Rigaer Demokratie, der Ordensherren und Prälaten durch die zeitweiligen Siegesnachrichten, die aus Lübeck kamen, zweifeln wollte, so muss das letzte Bedenken schwinden, wenn wir einen der eifrigsten Anhänger der alten Kirche, den natürlichen Widersacher der evangelisch-markgräflichen Partei und der Eingeweihten diese Tatsache glatt und ohne Umschweife bestätigen hören. Heinemann Rode, der Rigaer Dompropst von Schönings Gnaden, eine Kautschuknatur, die sich nicht scheute, auch beim politischen und religiösen Gegner eine Rückversicherung aufzunehmen, wenn es sich um persönliche

<sup>1)</sup> Lohmüller an Klingenbeck, Riga 4. August 1534.



Macht- und Daseinsfragen handelte, macht in einer Anwandlung banger Sorge über das Anwachsen der Ordensmacht ein solches Eingeständnis. Wie man es in diesen Jahrzehnten der Glaubenskämpfe häufig beobachten kann, so geht auch ihm im Grunde seiner Seele in persönlichen Daseinsfragen das politische Moment über das religiöse Bekenntnis. Er, der bisherige überzeugte Vorkämpfer für das Zusammengehen des Erzbischofs mit dem Orden, fasst seine Gedanken und Sorgen, die er sich über das Einvernehmen zwischen dem Orden und Lübeck macht, als jener infolge der Lübschen Siegesnachrichten im Herbst des Jahres dank des Ansturmes und der Kräftigung der Gemeinde das Übergewicht in Riga zu erlangen schien, in den keineswegs freudnachbarlich klingenden Ausspruch zusammen: „Lübeck und dieser Nachbar“ — er meint damit den Orden — „stehen für einen Mann; man wird seltsame Dinge im nächsten Sommer von ihm zu erleben haben.“ Ja, er warnt sogar seinen alten Gegner Lohmüller vor den Absichten der Ordensherren; Lohmüller „gehe zwischen Stricken auf schmalen Stegen“; er möge sich vorsehen. Der Erzbischof wisse genau, dass, wenn Lohmüller und seine Freunde im städtischen Rate die Macht verlören, dieser Wechsel weniger einen Gewinn für den Erzbischof und die ihm Zugewandten, als für den Orden bedeute<sup>1)</sup>. Glaubwürdiger kann es uns kaum bestätigt werden, dass von dem Ausgange des dänisch-lübschen Ringens auch das Übergewicht der einen oder der anderen Partei in Riga zu einem grossen Teile abhing.

So fühlten die Eingeweihten die Rückwirkung der den Gegnern günstigen Nachrichten sofort, als z. B. in den letzten Novembertagen ein Lübscher Schiffer die Nachricht nach Riga brachte, die Lübecker hätten das vor dem Burgtor liegende holsteinisch-dänische Belagerungsheer gänzlich geschlagen; durch den Zuzug der beiden Herzoge von Mecklenburg und aus dem Münsterschen gekommene Knechte verstärkt, hielten sie nunmehr auch den Sieg zu Lande sicher in ihren Händen; auch Hamburg habe ihnen 500 Knechte zugesickt. Gleichviel, ob diese Nachrichten der Wahrheit entsprachen oder nicht, sie wirkten auf die Gemeinde wie ein eigener Sieg. Mit tiefem Kummer im Herzen stellt Lohmüller fest, dass die Gegner der Eingeweihten infolge der letzten Zeitungen wieder gewaltigen Mut und neue Anhänger gewonnen hätten<sup>2)</sup>.

Den Höhepunkt aber erreichten die Kämpfe im Schosse des städtischen Rates erst um die Jahreswende, als in den letzten Dezembertagen ein Lübscher Ratssendebote persönlich in Riga

1) Lohmüller an Klingenbeck, Riga 29. November 1534. Dabei ein Antwortschreiben Rodes an Lohmüller aus denselben Tagen.

2) Lohmüller an Klingenbeck, Riga 29. November 1534.

erschien und auf Grund der alten hansischen Vereinbarungen den Bündnisfall feststellte und von Riga Unterstützung in dem Kampf gegen die Könige von Dänemark und Schweden forderte. Wie diese Werbung auslaufen würde, war nach dem Vorhergegangenen kaum fraglich; zweifelhaft war nur, ob die Ulenbrock, Dreling, Durkop und Lohmüller bei dieser Gelegenheit stürzen oder ob sie sich fügen würden. Von Lübischem Hilfsgesuchen hören wir übrigens in diesem Jahre mehrfach; auch waren Lübische Agenten in diesen Monaten überall in Livland aufgetaucht. Man denke z. B. nur an die Wolmarer Tagung, an das an den Orden gerichtete Hilfsgesuch und die Zustimmung, die es in den Kreisen der landständischen Ritterschaft, im besondern bei den Herren aus Harrien und Wierland gefunden hatte. Kein Wunder, dass die Beschlüsse, wenn auch behendiglich umschrieben, im Sinne Lübecks ausgefallen waren<sup>1)</sup>. Lübische Ratssendeboten sollen ferner beim Bischof Buxhöwden auf der Arensburg gewesen sein — im Juni oder Juli des Jahres —, wir vernehmen sogar ihre Namen, Jakob Kohl und von Hatten<sup>2)</sup>. Im Oktober war dann ein schriftliches Lübisches Hilfsgesuch um Beisteuer in Riga angelangt; die Stellungnahme dazu war über dem Kampf der Parteien zwar in der Schwebe geblieben<sup>3)</sup>. Gegen Ende des Jahres erschien nun ein eigener Lübischer Ratsabgesandter, der uns von seinen Missionen nach Dänemark, Danzig und Hamburg her bekannte Lübische Ratssekretär, Magister Andreas Stolpe<sup>4)</sup>. Gleichzeitig hatte er Weisungen an den Ordensmeister Brüggene, an die Städte Dorpat und Reval sowie an alle übrigen livländischen Stände, soweit man bei ihnen wenigstens Sympathien für Lübeck und seinen Kampf gegen Dänemark voraussetzen konnte. Am 30. Dezember trug er seine Werbung dem Rigaer Rate vor. In längeren geschichtlichen Ausführungen legte er die Gründe und Ursachen des lübischesch-dänischen Krieges dar und wies auf König Christierns Vertreibung durch Lübeck hin, die er als eine im Hanseinteresse gebotene politische Notwendigkeit bezeichnete. Ein Ruhmestitel gebühre der siegreichen Stadt, dass sie die Regierung in den beiden nordischen Reichen nicht selbst an sich genommen, sondern den Herzog Friedrich von Holstein, „das frommste Blut aus diesem Fürstenhause“, aus seiner Armut erhoben und ihn in Dänemark und Norwegen zum König eingesetzt habe, ähnlich wie Gustav Wasa in Schweden. Aber beide Könige

<sup>1)</sup> Lohmüller an Schierstädt, Riga August–September 1534.

<sup>2)</sup> Ders. an H. Albrecht, 14. Juli 1534.

<sup>3)</sup> Ders. an dens., Riga 30. Dezember 1534. Schon am 25. Oktober hatte Lohmüller geschrieben: „Riga wird jetzt von den zu Lübeck um Steuer angefallen; was sie erhalten werden, kann ich noch nicht sagen.“ Ders. an Klingenbeck, Riga 11. Februar 1535.

<sup>4)</sup> G. Waitz a. a. O. I, 308. Vgl. S. 388, 395 usw.



hätten als Dank dafür, durch den bösen Rat ihrer Räte missleitet, die hansischen Privilegien verletzt und auch sonst noch andere Injurien, Schmähungen und Schmälerungen den Hansestädten zugefügt. Die Dinge wären am Ende ärger geworden als zu König Christierns Zeiten. Nach dem Tode König Friedrichs habe dann Hamburg seine Vermittlung bei Lübeck dem Herzoge Christian angeboten, um ihm zur Nachfolge seines Vaters zu verhelfen. Der Herzog habe jedoch diesen Antrag kurz und bündig abgelehnt, er gedenke nicht, von Lübecks Gnaden König zu sein; ja, er habe sogar alle Zölle erhöht und mit den Niederlanden sich eingelassen — um das Evangelium auszurotten, wie Stolpe dem Herzog Christian unterstellt. Durch alle diese Vorgänge seien die Lübecker schliesslich zum Kriege gegen das Haus Holstein und Dänemark gezwungen worden. Nach Abschluss eines günstigen Stillstandes mit den Herzogtümern sei fast das ganze Königreich in Lübecks Händen. Sobald die Dinge dort geordnet seien, werde man sich gegen Schweden wenden, um den „tyrannischen König“ Gustav abzusetzen. Der Kampf gegen Dänemark und Schweden sei eine allen östlichen Seestädten gemeinsame Angelegenheit, ihrer aller Belange, ihre Wohlfahrt, ihre gesamte Zukunft stehe dabei auf dem Spiele. In Lübecks und der wendischen Städte Namen ersuchte er Riga um Hilfe und Beistand zur energischen Durchführung des mit allgemeiner Zustimmung der Städte begonnenen schweren Kampfes. Wenn Riga im Augenblick keine Schiffe, auch kein Kriegsvolk aufbringen könne, so möge es mit einer andern stattlichen Beisteuer zu den Kosten des Krieges beitragen und so den Vorkämpfern der hansischen Freiheiten beispringen. Lübeck werde es an Dankbarkeit nicht fehlen lassen und Riga die weitgehendsten Zugeständnisse in den eroberten Königreichen hinsichtlich der Zölle und Handelsvorteile, besonders hinsichtlich des Zolles von Helsingfors verschaffen<sup>1)</sup>.

Welch ein verändertes Bild gegen die Tage vom 14. bis 17. März des Jahres 1532! Wenn damals Meinecke Schierstädt, als Vertreter des Herzogs von Holstein und Königs von Dänemark, vor dem Rigaer Rate gestanden hatte und für die Herstellung des intimsten Vertrauensverhältnisses, das zwischen politischen Mächten denkbar ist, um ein Bündnis und Einvernehmen mit den evangelischen Ständen Livlands zu Gunsten des Fürstentums geworben hatte, so schienen die politischen Grundlinien inzwischen sich völlig verschoben zu haben. Bei Stolpes Anträgen handelte es sich um den Beitritt zu dem entgegengesetzten Prinzip, um die Vorherrschaft der die fürstlichen Machtbestrebungen aufs schärfste bekämpfenden popularen, demokratischen Richtung. Dass Stolpe überhaupt mit einer gewissen Zuversicht auf Erfüllung

1) Lohmüller an Klingenbeck, Riga 30. Dezember 1534.

seiner Anträge vor die Ehrbaren hintreten konnte, bezeichnet schon an und für sich einen merkwürdigen Stimmungswechsel und eine Veränderung der politischen Parteiverhältnisse in ausgesprochen demokratischem Sinne zu Gunsten des Machthungers des städtisch zünftischen Elements, — in derselben Stadt, die bisher auf einen intimen Zusammenklang mit dem Markgrafen Wilhelm und dessen fürstlicher Verwandtschaft Wert gelegt hatte.

Eine Antwort auf Stolpes Forderung war nicht leicht und schnell zu geben. Bevor die Entscheidung fiel, würde es langen, erregten Wortstreit und heftige Auseinandersetzungen geben. Die Ulenbrock, Dreling, Durkop und ihre Zugewandten waren nicht gewillt, das Feld den Gegnern ohne Kampf zu überlassen und der Lübschen Demokratie zum endlichen Siege zu verhelfen. Wenigstens wollten sie recht viel Wasser in den schäumenden Wein ihrer Widersacher giessen und auf jeden Fall das zu erreichen suchen, dass die Bewilligung zu Lübecks Gunsten so knapp wie möglich bemessen würde. Es waren kritische Tage für die Eingeweihten. Voll von schlimmen Ahnungen blickten sie ohne Vertrauen auf die nächsten Tage und auf die Parteilage in der Stadt. Unter diesen Auspizien ist Lohmüllers Wort gefallen, das wir schon kennen: „Es sind gefährliche und schwere Zeiten, dazu das Volk blind, verkehrlich und undankbar, sehen nur auf einen Ort und nicht weiter, oder auf sich selbst“<sup>1)</sup>. Diese Klage ist aus dem Augenblick herausgesprochen und beleuchtet grell die damalige Lage. Um zu dem Antrag Stellung zu nehmen, brauche man gewisse Zeit, so bedeuteten die Ehrbaren den Lübschen Ratssendeboten. Da er noch anderen livländischen Ständen seine Aufträge zu unterbreiten habe, möge er dies zuerst erledigen; derweilen würde Riga sich schlüssig werden und ihm bei seiner Rückkehr antworten.

So hatte man wenigstens Zeit gewonnen. Vier Tage hielt sich Stolpe nach seiner Wiederkehr dort auf. Wie gut er die Rigaer Parteiverhältnisse kannte, geht daraus hervor, dass er den Eingeweihten, den Ulenbrock, Dreling, Durkop und Lohmüller, sich augenfällig zu nähern suchte, indem er bemüht war, seine eigene Parteistellung ihnen gegenüber möglichst zu verschleiern. Ganz besonders hatte er es scheinbar auf Lohmüller abgesehen. Ihn suchte er durch Angebote und Versprechungen zu gewinnen, indem er ihm im Namen seiner Stadt die von ihm selber bisher bekleidete Stelle eines Protonotars anbot. Schon glaubte Stolpe den Stadtsyndikus unschädlich gemacht und in die Falle gelockt zu haben. Doch war ihm der Listige schlau entschlüpft. Lohmüller hatte mit sicherer Witterung hinter der angenommenen Maske des Biedermannes das zweite Gesicht, das

<sup>1)</sup> Lohmüller an Klingenbeck, Riga 30. Dezember 1534.



hässliche Grinsen der Schadenfreude, erkannt; Stolpes Anträgen hatte der Naturton der Ehrlichkeit gefehlt. Ausser Lohmüller hatte er auch Andreas Knopken in seine Netze ziehen wollen und ihn, „den besten Prädikanten in Riga“ — wie Lohmüller die theologische Stütze der Eingeweihten bei dieser Gelegenheit bezeichnet, — ähnlich wie vorher Johannes Briessmann in Königsberg, durch stattliche Angebote nach Lübeck eingeladen, um die Wortführer der fürstlichen Partei ihrer Richtung zu entfremden und zu Lübecks Gunsten lahmzulegen<sup>1)</sup>.

Sein Werben um die Volksgunst war dabei doch zu handgreiflich und für die Eingeweihten geradezu verletzend gewesen: was sie und Lohmüller in jahrelangen Bemühungen früher nicht erreicht hatten, das vermass sich dieser grosssprecherische Lübsche Ratsschreiber, ihnen wie ein Leichtes einzubringen.

Stolpe suchte sich nämlich den Anschein zu geben, als wenn es ihm mühelos gelingen würde, die Geltung des kaiserlichen Stillstandes für Riga zu erwirken. Sein beabsichtigter Eintritt in kursächsische Dienste würde ihm Gelegenheit dazu geben, hier und bei Hessen dafür einzutreten, damit Riga, ähnlich wie Hamburg, in den Stillstand einbezogen würde. Nicht allein, dass Lohmüller und seine Freunde Stolpes Hintergedanken und seine Verbeugungen vor der Demokratie durchschauten; die Ausführung dieses Gedankens passte schon seit Monaten in ihr politisches „Credo“ gar nicht mehr hinein — wie Lohmüller es uns wiederholt verrät. Mit Eifer griffen dagegen die Demokraten diesen Vorschlag auf, der ihnen freie Bahn eröffnete und sie jeder Rücksichtnahme auf den verhassten fürstlichen Koadjutor überhob. „Die Leute halten sich ungeschicklich“ — schreibt Lohmüller am 30. Dezember 1534 an Klingenbeck, — „machet alles ein Mann und einige större, eigensinnige, gutdüngike Köpfe, die an ihm hängen und andere mehr an sich ziehen“<sup>2)</sup>. Auf Schlossmacher und seinen demokratischen Anhang unter den Gilden und Bruderschaften geht Lohmüllers Fluch über die Undankbarkeit der Stadt gegen Markgraf Wilhelm; das verschulden „die Buben“ oder — wie er an anderen Stellen sagt — „der gemeine Pöbel“. Dank Schlossmachers Vorstoss und Agitation wurden die Eingeweihten überstimmt und Stolpe mit dieser so aussichtslosen Werbung in der Tat betraut. Ingrimmig bezeichnet Lohmüller seinen Todfeind, diesen „Naso und Catilina“, als den alleinigen Vater und Urheber des Beschlusses. Der Anblick dieses Menschen, der ihm bis in sein Innerstes verhasst war, dieser Gross-Nase, des Grossmauls — denn das soll Naso doch hier wohl bedeuten — löst die Erinnerung an Catilina, die typische Verbrecher- und

1) Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 11. Februar 1535.

2) Lohmüller an Klingenbeck, Riga 30. Dezember 1534.

Desperadogestalt des römischen Altertums, die durch Ciceros Rede so bekannt geworden ist, unwillkürlich bei ihm aus.

Zwischenhindurch war der Kampf um die Beisteuer gelaufen. Da die Eingeweihten erkannt hatten, sie würden die Bewilligung bei der Stimmung der Gemeinde nicht aufhalten können, versuchten sie wenigstens, an Stelle der recht verschwommenen Versprechungen Stolpes, eine Gegenleistung für ihre Stadt herauszuschlagen.

Sie wollten die Zusage der freien und unbehinderten Schifffahrt über die Lübischesch Gewässer hinaus für Riga diesmal endlich heimbringen. Es entsprach der altüberlieferten Verkehrs- und Handelspolitik des Rigaer Rates, wenn die Ulenbrock, Dreling, Durkop und Lohmüller diese Frage wieder aufrollten<sup>1)</sup>. Sie möchten den Verderb ihrer Stadt mit ihrem eigenen Gelde nicht selbst bezahlen, wie Lohmüller eine eigenartige, aber bezeichnende Formel für ihre geheimsten Gedankengänge findet. Im Einvernehmen mit seinen Freunden beantragte er, mit den übrigen livländischen Ständen gemeinsam, vor allem mit den Städten, ferner mit dem Herzoge von Preussen, Danzig und Königsberg sich ins Benehmen zu setzen, um bei den künftigen Friedensverhandlungen durch einen Gesamtbevollmächtigten vertreten zu sein, der das seit Jahrhunderten strittige Recht der freien Segellation nach Holland und den übrigen westlichen Handelsplätzen von den beiden vertragschliessenden Parteien sich zusichern lasse. An dem Widerstande der Gemeinde, der demokratisch Gesinnten, der Freunde Lübecks, kam dieser Vorschlag allerdings zum Scheitern. Das demokratische Gemeingefühl überwucherte bei ihnen in dem Kampf gegen die Eingeweihten und fürstlich Gesinnten das Interesse für die eigene Stadt. Grossmütig wollten sie Lübecks Verlegenheiten nicht noch vermehrt und besonders nicht dazu benutzt wissen, um eigene Vorteile daraus zu ziehen<sup>2)</sup>. Die Ulenbrock, Dreling, Durkop und Lohmüller mit ihren Zugewandten hatten ihren Zweck erreicht. Durch ihre Gegenaktion hatten sie die Beisteuer auf ein Mindestmass herabgedrückt. 10000 Mark nur wurden dem Lübischen Ratssendeboten bewilligt. „Ganz ablehnen hatten sie seine Anforderung nicht können.“ Sie hatten sogar aus politischen Klugheitsgründen für die Beisteuer in dieser Höhe ihre Stimmen selber abgegeben, um ihre wahre Gesinnung nicht zu verraten und sich nicht blosszustellen. So nur gelang es ihnen, der Katastrophe zu entgehen, in die sie durch ihren Widerstand geraten wären: die Gemeinde hatte bereits auf diesen Augenblick gelauert. Nur durch zeit-

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. Akten u. Rezesse der Livl. Ständetage III Nr. 154 vom 22 Juli 1524.

<sup>2)</sup> Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 9. März 1535.



weilige Anpassung an den herrschenden demokratischen Geist, durch Nachgiebigkeit und die Annahme eines gewissen Nützlichkeitsstandpunktes konnten sie sich im Rate erhalten.

Und doch war Gefahr in Verzug. In dem neuen Meister Brüggeneý besaßen die Eingeweihten einen Gegner, der aus politischen Gründen zwar anfangs mit seiner inneren Gesinnung zurückhielt und ein gewisses Entgegenkommen zeigte<sup>1)</sup>, dem aber doch das gegen sie und den Markgrafen in den Wirren der letzten Jahre gefasste Misstrauen nicht aus der Seele wich. In der Vollkraft seiner Mannesjahre stehend, griff er energischer zu, als es des alten Meisters Art gewesen war. Brüggeneý gegenüber nützte es den Eingeweihten nur wenig, dass ihnen — in umgekehrtem Verhältnis zu früher — der neue Landmarschall Heinrich von Galen, vordem Komtur von Dünaburg, wenn auch nicht geradezu wohlwollend, so doch um einige Grade sachlicher gegenüberstand, — „sonst ein leutseliger Mann“, der nur „geldgeizig“ ist<sup>2)</sup>, wie Lohmüller nicht ohne Bezugnahme auf Galens Stellung zu den Anhängern der neuen Lehre und zu den Eingeweihten von ihm sagt. Das Regiment hatte sich völlig geändert, Brüggeneý bestimmte die Richtung des Ordens von nun an in erster Linie selbst.

Wenn noch ein entscheidender Schlag geführt worden wäre, der Herzog Christian den Sieg gebracht und seine Überlegenheit über Lübeck endgültig festgestellt hätte. Statt dessen dies wechselnde Kriegsglück, dies ewige Auf und Ab, das die Zukunft im Dunkeln liess und einen Umschwung der Stimmung unmöglich machte. Wehmütig sassen die Eingeweihten beieinander, wenn sie die Dinge und ihr eigenes Schicksal in diesen Wochen überdachten. „Es ist dem frommen Herzog zu Holstein ein schwerer Krieg wider diejenigen, so hinter Wall und Mauern sitzen und alle Stunden ausfallen können oder innen bleiben nach ihrem Vortheil, welchen sonst schwer und übel abzuberechen ist. Dazu kommt der kalte Winter heran. Der Graf von Oldenburg beschafft seinen Willen und sitzt im Reich Dänemark. Schweden ist vor seinen eigenen Leuten nicht sicher, darf nicht ausserhalb seines Reiches gehen, auch fehlt es ihm an Volk“<sup>3)</sup>. Die einzige Hoffnung

<sup>1)</sup> Lohmüller schildert so wenigstens Brüggeneýs Auftreten und Verhalten auf dem Wolmarer Landtag im März des Jahres 1535 (Lohmüller an H. Albrecht, Riga 1535 April 4). In der Sache des Markgrafen suchte er offenbar Unparteilichkeit an den Tag zu legen. Neben dem Wunsch, als neuer Meister Sympathien sich zu erwerben, sprach auch sein Missmut über die geistlichen Ansprüche und Machenschaften mit, welche Bey, Buxhöwden, Rode und zum Teil auch Schöning bei ihm sofort anmeldeten und eifrig betrieben.

<sup>2)</sup> Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 4. April 1535.

<sup>3)</sup> Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 25. Oktober 1534. Vgl. G. Waitz, a. a. O. II, 114 ff. D. Schäfer, a. a. O. 4, 227 ff.

— wenn sie auch nur gering war — boten die Niederlande. „Wenn diese ihre Wohlfahrt bedenken wollten, so wäre es geraten, dass sie jetzt wachten. Aber der Winter liegt im Wege“ — so zeichnet Lohmüller am 25. Oktober 1534 im Sinne seiner Ratsfreunde, vielleicht mit ihren eigenen Worten, die Lage.

Kein Glück für die Stellung der Eingeweiheten, der Freunde des Markgrafen, war es, dass in diesen Tagen, zu allem andern noch hinzu, die alte Streitfrage, der Kampf zwischen Stadt und Erzbischof, dass stete Schiboleth der städtischen Parteien, wieder auftauchte. Nach dem Ausgang des Dählener Anstandes hatte der Erzbischof auf Grund des kaiserlichen Pönalmandats vom 11. September 1529 und seiner Erneuerung vom 21. Oktober 1532 beim Speierer Kammergericht am 2. Dezember des Jahres 1532 die Klage wider die Stadt erhoben, die mit den üblichen Klageartikeln, Repliken, Protestationen und Dupliken nun schon an die zwei Jahre lief. Nicht ohne Sorgen hatten die Ehrbaren anfangs, zumal in den Jahren 1533 und 1534, nach Speier geblickt. Um der Gefahr zu begegnen, hatten die Ulenbrock, Dreling, Durkop und Lohmüller den uns schon bekannten Gedanken gefasst, der seit dem Abschluss der Glaubensverträge aus den Jahren 1531 und 1532 für sie sozusagen in der Luft gelegen hatte, die Politik der Glaubensbündnisse fortzusetzen und durch den Anschluss ihrer Stadt an den Schmalkaldischen Bund bei den Religionsverwandten im Reich Rückhalt und Schutz zu suchen, um so den Fortgang des Prozesses am Kammergericht hintanzuhalten. Vielleicht vermöchten die Schmalkaldischen Fürsten, der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf Philipp, die Einbeziehung der Stadt in das vom Kaiser erlassene Nürnberger Indult vom 23. Juli 1532 und in die Augsburger Protestation zu bewirken, selbst wenn die Stadt dem Bündnisse nicht offiziell angehörte. Ja, seitdem der Erlass des Mantuaner Mandats vom 6. November 1532 in Riga bekannt geworden war, hatten die Ehrbaren noch mehr gehofft, dieser Vergünstigung theilhaftig zu werden. Jedoch vermochten weder der Einspruch des Kurfürsten Johanu Friedrich, noch die Verwendung des Landgrafen, der in seinem Schreiben vom 1. August 1533 den gegen Riga schwebenden Prozess als Religionsangelegenheit erklärt hatte, die unter den Schmalkalder Abschied vom Juli des Jahres falle, den Kammerrichter Grafeu Beichlingen und seine Beisitzer dahin zu bringen, die Geltung des Nürnberger Stillstandes auf die livländische Hauptstadt auszudehnen. Schon am 20. Juni hatte der Kurfürst, sehr zum Kummer der Eingeweiheten, deren System und politischen Hoffnungen diese Wendung einen schweren Schlag versetzte, Bürgermeistern und Rat eröffnen müssen, seine Bemühungen wären umsonst gewesen. Nach der herrschenden Ansicht des Kammergerichts begreife der Stillstand nur die



Reichsstände ein, die bei seinem Erlass dem evangelischen Bunde schon angehört hätten; er fürchte daher, die Rigaer würden sich mit dem Nürnberger Indult nicht schützen können. Nichts half es, dass der Anwalt der evangelischen Stände Johann Helfmann, der auch Riga bei dem Kammergericht vertrat, den von den Fürsten gesponnenen Faden weiterführte, indem er in seinen „vierzehn Artikeln der Exzeption der Stadt“ vom 20. Oktober 1533 nachdrücklich zu beweisen suchte, dass es sich im Rigaer Falle um keine gewöhnliche Landfriedensbruchs- oder Spolien-sache, auch um keine Übertretung von Reichsabschieden, sondern um eine offenkundige Religionssache handle. Aber das Kammergericht blieb seiner Auffassung treu, wie in allen andern bei ihm anhängigen ähnlichen Prozessen, und entschied im Sinn des erzbischöflichen Anwalts Dr. Simeon Engelhard, der Helfmanns Exzeptionsartikel für nichtig erklärte und die volle Zuständigkeit des obersten Reichsgerichts behauptete; die Rigaer Streitsache betreffe weder die Religion, noch die Zeremonien, es handle sich einfach um einen Prozess „wegen verweigerter Obrigkeit, ordentlicher Jurisdiktion und des Gerichtszwanges“, wegen Verweigerung der gebührlichen Huldigung und um Rückgabe „etlicher, leiblicher Güter“, — sämtlich Dinge, die weder den christlichen Glauben noch die Religion berührten<sup>1)</sup>.

Ein wenig freier werden die Ehrbaren indessen aufgeatmet haben, als sie die Nachricht vom sächsischen Kurfürsten erhalten hatten, er habe sie und ihre Stadt in die von ihm und den Schmal-kalder Mitverwandten angekündigte Rekusation des Kammergerichts am 30. Januar 1534 ausdrücklich eingeschlossen. Doch

<sup>1)</sup> *Petitio summaria articulata* des Erzbischofs, beim Kammergericht durch Dr. Simon Engelhard eingereicht 1532 Dezember 2. *Exceptio* der Stadt Riga, 1533 Oktober 20. *Replica* des Erzbischofs, pr. 1534 Mai 6. Bericht und Protestation des Rigaer Anwalts Helfmann contra Erzbischof, pr. Speier 1534 Juni 7. — Das Kaiserliche Pönalmandat vom 11. September 1529 war am 6. Juni 1530 durch den kaiserlichen Kammerboten Johann Muider dem Rat und den Ältesten der Gemeinde auf dem Rigaer Rathause eingehändigt worden. Der Rat war bei dieser Gelegenheit durch den Erzvogt Anthonius Muther und Georg König, die Gemeinde durch Hermann Sadelmacher und Kersten Schlossmacher vertreten gewesen. Der zweijährige Dahlemer Anstand vom 14. August 1530 schob den Prozess indessen hinaus. Am 21. Oktober 1530 zeigten beide Prozessvertreter in Rigas Namen, der bekannte Fabel-dichter Burghard Waldis und für den Erzbischof der Prokurator Dr. Engelhard, dem Kammergericht den Aufschub an. Burghard Waldis' Vollmacht ist von Lohmüller auf Pergament geschrieben, am 20. August 1530 in Riga ausgestellt und am 19. Oktober in Speier präsentiert. Nach Waldis' Fortgang ernennet Riga am 24. Juli 1531 den am Kammergericht akkreditierten Prokurator Dr. Johann Helfmann zu seinem Vertreter. Helfmann war der Vertrauensmann der evangelischen Reichsstände, deren Religionsprocesse er fast sämtlich führte. Er übergab seine Vollmacht am 4. Dezember 1532. (Akten des Reichskammergerichts im St.-A. Wetzlar. Riga 1532 lit. R. Nr. 4132/2357. Die Klageschriften auch im St.-A. Königsberg.)

brachte auch dieser Schritt den Rigaern auf die Dauer keine Erleichterung. Trotz der neuerlichen Versicherung König Ferdinands und des Kadaner Friedens hielt das Kammergericht an seiner früheren Auffassung fest, dass die Wohltat des Stillstandes nur denen zugute komme, welche in dem Nürnberger Frieden namentlich aufgeführt wären. Der Rigaer Prozess nahm ruhig seinen Fortgang. Am 6. Mai überreichte der Vertreter des Erzbischofs eine langatmige Replik gegen die Exzeptionsartikel der Stadt, in der er den Inhalt der Hauptklage vom 2. Dezember 1532 der Rechtsauffassung des Kammergerichtes anpasste und alle die Stellen ausschied, welche die Zeremonien und den Glauben betrafen. Selbst die Revokation, die Abberufung ihres Anwalts und die Nichtigkeitserklärung seiner Vollmacht, mit der es die Stadt versuchte<sup>1)</sup>, nützte nichts. Durch einen Beschluss des Kammergerichtes vom 24. Mai des folgenden Jahres 1535 wurde Helfmann zu einer Gegenantwort auf die Replik des erzbischöflichen Anwalts aufgefordert, die er denn auch am 7. Juni im Namen der Stadt in Form einer feierlichen Protestation abgab<sup>2)</sup>. Indem er sich noch einmal ganz auf den Boden der Rekusation der Schmalkalder stellte, erklärte er, nur privatim zu sprechen, „ausserhalb Gerichts“, nachdem der Kurfürst von Sachsen und der hessische Landgraf die religiöse Natur des Prozesses in ihren Erklärungen festgestellt und die Geltung des Nürnberger Friedens für Riga anerkannt hätten.

Immerhin war für die Städtischen, besonders für die Eingeweihten im Rat, in diesem ersten Abschnitt des Prozesses Anlass zu Beunruhigung genug vorhanden. Lohmüller klagt in seinem Schreiben an Klingenbeck vom 7. August des Jahres 1534 laut, man habe sich einer besseren Antwort vom Kurfürsten von Sachsen in Sachen des Erzbischofs versehen. „Wenn das der Widerteil und die Unfreunde zu wissen bekommen, so wird ihr Mut überwachsen.“ Noch immer hielten die Eingeweihten an ihrem einmal gefassten Bündnisgedanken fest, auch wenn sie es mit einer neuen Kombination nunmehr versuchen wollten. Sie dachten daran, mit den in dem kaiserlichen Indult nicht namentlich aufgeführten evangelischen Reichsständen und Städten in Verbindung und Einvernehmen zu treten. Denn über kurz oder lang würden diese doch in den Schmalkaldischen Bund aufgenommen werden und in den Genuss des vom Kaiser und König Ferdinand gewährten Stillstandes der Prozesse treten, — so wenigstens gingen die geheimen Gedanken und Hoffnungen Ulenbrocks, Durkops, Lohmüllers und ihrer Zugewandten. „Einige Wohlmeinende“ —

<sup>1)</sup> Stadt Riga contra Erzbischof, praes. Speier 23. November 1534 (St.-A. Wetzler).

<sup>2)</sup> Bericht und Protestation des Anwalts der Stadt Riga contra Erzbischof Thomas, praes. Speier 7. Juni 1535 (ebenda).



bei Lohmüllers Ausdrucksweise eine Bezeichnung für Anhänger der evangelisch-fürstlichen Partei, deren Namen er leider nicht nennt, wenn wir sie auch erraten können — hätten denn auch den Antrag gestellt, eine Gesandtschaft ins Reich zu schicken, um die in gleicher Lage befindlichen Städte zu einem Schutz- und Trutzbündnis aufzufordern. Dieser Plan scheiterte jedoch an dem Widerstande der Bürgerschaft. Die „Gildestuben“, d. h. die Grosse und Kleine Gilde, die Gemeinde, verwarfen den Antrag wegen der Kosten, wie sie wenigstens vor der Öffentlichkeit erklärten<sup>1)</sup>, in Wirklichkeit aber, weil sie die weitausschauende, die livländischen Grenzen überschreitende evangelische Politik der Eingeweihten verwarfen, die über ihr Augenmass hinausging und gegen die sie auch durch ihre Hintermänner, die Ordensherren, beständig aufgestachelt wurden.

So mussten die Ehrbaren denn auf einen andern Ausweg denken. In diesem Dilemma besannen sie sich auf ihren alten Kunstgriff, der darin bestand, den einen ihrer beiden Oberherren durch den andern auszuschalten und in Schranken zu halten. Wie, wenn sie im Drange der Not, von der Gemeinde dazu gezwungen, auch diesmal wieder versuchten, den Meister zwischenzuschieben und ihn als ihren ordentlichen Richter erster Instanz in Anspruch zu nehmen? Nicht unbedenklich und ohne die Möglichkeit von künftigen Verwickelungen und Rückschlägen war freilich dieser Weg, doch konnte man damit die Speierer Entscheidung vielleicht noch hinausziehen. Schon hatte der dortige Anwalt der Stadt die Weisung erhalten, im Sinne dieser Rechtsanschauung vorzugehen. Gleichzeitig war auch eine Botschaft an den Meister abgegangen, um diesen Plan und Gedanken ihm anzuvertrauen und seine Genehmigung zu diesem Schachzug gegen den Erzbischof zu erhalten. Um aller Gefahr zu begegnen, die mit diesem Selbstangebot verbunden war, hatten sie gleich die Bedingung ihrer Werbung angefügt, der Meister wolle ihnen versprechen, die Appellation ihnen nicht zu verwehren, wenn das Urteil wider sie ausfalle, noch sie zu andern Massnahmen oder Rechtswegen, es sei denn zu gütlicher Handlung oder Verträgen, zu zwingen<sup>2)</sup>. Der greise Plettenberg oder wohl mehr die ihn beherrschenden und die Dinge in Wirklichkeit leitenden jüngeren Ordensherren, wie der Landmarschall und andere, haben es scheinbar abgelehnt, als Partner oder als Richter diese Rechtskomödie mitzumachen; vielleicht auch Gegenforderungen gestellt, vor welchen die Eingeweihten zurückschreckten: jedenfalls ist diese Anknüpfung im Sande verlaufen, wir hören späterhin nichts mehr von ihr. Was hätte die Ordensherren auch dazu veranlassen sollen, die

1) Lohmüller an Klingenbeck, Riga 7. August 1534.

2) Lohmüller an Briessmann, Riga 25. Oktober 1534.

Stellung der Eingeweihten, der markgräfischen Freunde im Rigaer Rat, ihrer ausgesprochenen Gegner, zu befestigen, was sie durch ihr Eingehen auf jenen Antrag doch getan hätten? In ihrem Interesse lag vielmehr das Gegenteil. Sie hatten nunmehr die ganze Verlegenheit der Ulenbrock, Durkop und Lohmüller kennen gelernt und ihre eigene Richtung darnach eingestellt. Jetzt galt es weiter zu minieren, ihre Anhänger zu sammeln und aufzustacheln, dann würde der Sturz des herrschenden, sitzenden Rats nicht ausbleiben; die Frucht würde ihnen von selber in den Schoß fallen.

Es war eine schlimme Lage für die Eingeweihten. Nach dem Willen der Gemeinde sollten sie eine Politik der entschiedenen Defensive nicht führen und andererseits wieder verbot es ihnen ihr Eigeninteresse, der innere Selbsterhaltungstrieb, sich dem Orden in die Arme zu werfen; sie hätten sonst nur ihre Niederlage eingestanden und ihren Gegnern Grund gegeben, sich vollends als Sieger zu fühlen. So wählten sie denn den dritten Weg, der ihnen noch übrigblieb, die Verständigung mit dem Erzbischof. Sie griffen damit auf das Mittel zurück, das sie schon in den Tagen des Lübischo-Dahlener Anstandes, wenn auch nicht immer mit Glück infolge des Widerstandes der Gemeinde, wiederholentlich angewandt hatten.

Eigentlich muss man sich wundern, dass Männer wie Heinrich Ulenbrock, Dreling, Konrad Durkop, Lohmüller und Johann Gieseler, Lohmüllers Freund und Amtsnachfolger, an ihrem alten Gedanken, mit dem Erzbischof direkt ins reine zu kommen, nach den von ihnen gemachten Erfahrungen noch immer festhalten konnten. Sie ahnten noch nicht, dass das Verfahren gegen ihre Stadt dank des Zugeständnisses König Ferdinands und des Friedens von Kadan, gleich den übrigen Religionsprozessen, doch allmählich im Sande verlaufen würde. Wenn wir uns aber den von ihnen, oder doch wenigstens von einigen von ihnen, in den Regierungsanfängen des Markgrafen Wilhelm geschlossenen Vertrag von Lemsal vom Jahre 1542 zur Hand nehmen — jenen Vertrag, der zu einer Zeit geschlossen wurde, da von Lohmüllers Einfluss auf Konrad Durkop und Johann Gieseler keine Rede mehr sein kann —, so werden wir ihre Politik vom Jahre 1535 verstehen. Der konservative Gedanke, der von den Vätern ererbte politische Instinkt war es, welche diese — man darf wohl sagen — patrizisch gestimmten Ratsherren auszeichnete und ihre Seele erfüllte: das Festhalten an der Überlieferung, am Altüberkommenen, das man wohl gewillt war, der neuen Zeit und veränderten Weltanschauung anzupassen und in moderne Formen umzugießen. Aber ein Grauen überfiel diese Männer ein jedes Mal, wenn sie nach dem Willen des „Pöbels“, der „Buben“, der demokratisch Gesinnten, die alles umstürzen



wollten, das Alte und gut Bewährte, an das sich das Neue mit Vorteil anknüpfen liess, ohne Not beseitigen sollten. Tief in ihre Seelen war ihnen, den geistigen Erben altväterischer Ratsweisheit, ein natürlicher Wirklichkeitssinn, das Gefühl für die politische und wirtschaftliche Notwendigkeit des Zusammengehens von Stadt und Land, für die Zugehörigkeit ihrer Stadt zum Erzbistum eingeprägt. Ähnlich, wie bei den Ritterschaftsherren, den Vertretern des alten befestigten Grundbesitzes, dieser Wunsch geradezu ein politisches Axiom geworden war, so hatten auch die Heinrich Ulenbrock, Dreiling, Konrad Durkop und ihre Zugewandten einen merklichen Zug dahin. Beide Teile begegneten sich in ihren Gedanken miteinander auf halbem Wege; sie fühlten sich trotz mancher Gegensätze doch wieder aufeinander angewiesen, besonders wenn sie das Treiben der unteren städtischen Schichten und ihren Herrschaftsdünkel sahen. Wie sie ihr territoriales Programm der Zusammengehörigkeit von Stadt und Stift durchführen könnten, ohne den Zorn und Radikalismus der Gegner wachzurufen, die alle Brücken hinter sich abbrechen wollten, und ohne sich persönlich selber zu gefährden, diese Frage bildete im Kreise der Eingeweihten in diesen Tagen ihre vornehmlichste geheime Sorge. Vielleicht gewährte die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt die ersehnte Lösung; vielleicht ginge Schöning auf diesen Gedanken ein; dann würde sich auch die Frage der Huldigung leicht regeln lassen, — Erwägungen, denen ähnlich, wie sie bereits den Verhandlungen von Treiden zugrunde gelegen hatten. Gleichzeitig hätte man damit den Anschluss an die Religionsverwandten und den evangelischen Fürsten, den Markgrafen Wilhelm, gewonnen, dem man überdies zu einer Verständigung mit seinem geistlichen Oberherrn bei dieser Gelegenheit verholffen hätte.

Denn selbstverständlich bedingte eine solche Lösung das Vorausgehen einer Aussöhnung zwischen dem Erzbischof und seinem Koadjutor; beide mussten zuvor vergessen wollen, was zwischen ihnen vorgefallen war. Schon waren fleissige Hände in der Richtung auf dies Ziel am Werk. Lohmüller spann diese Fäden durch die Vermittlung des markgräflichen Kanzlers Paul von Spanden. Der erste Versuch zur Annäherung musste natürlich vom Markgrafen Wilhelm, als dem jüngeren der beiden, ausgehen; er musste Schöning den Argwohn zu benehmen suchen, den dieser seit den Tagen von Treiden und Kokenhusen gegen ihn gefasst hatte. Mitten in diesen Erwägungen steigt in Lohmüller plötzlich der Zorn über die städtische Demokratie wieder auf. Wenn der Argwohn, den der Fürst durch seine Bemühungen im Interesse der Stadt bei Schöning sich zugezogen habe, wenigstens noch Frucht getragen hätte! Statt dessen aber habe die Stadt nur

Undankbarkeiten ihm erwiesen. „Die Buben richten das alles an!“ — ruft er in heller Entrüstung aus.

Und was nun die von den Eingeweihten in Aussicht genommene Anknüpfung zwischen dem Erzbischof und der Stadt anging, so konnte sie nur dann Erfolg haben, wenn Schöning bei seinen Anträgen an die Stadt deren Grundforderung, die Trennung der geistlichen und weltlichen Gewalt, sich zu eigen machte, wenn er den Verzicht auf die geistlichen Jurisdiktionen und das Versprechen freier Religionsübung seinen Forderungen zugrunde legte. Nur dann würde es möglich sein — meinte Lohmüller —, dass die Stadt wieder an das Erzstift käme. Schon habe der Anwalt Schönings am Speierer Kammergericht in seiner Klageschrift vom 6. Mai des Jahres diesem Gedanken Rechnung getragen und die geistlichen Streitfragen ausgeschieden, indem er sie auf das vielbesprochene Konzil verwies. Gelingen es dem Markgrafen, seinen Oberherrn auf dieser Linie festzuhalten, die doch auch für Schöning grosse Vorteile bringe, so sei die Hoffnung vorhanden, dass die Stadt den Erzbischof als weltlichen Herrn annehme. Schöning würde dann Ruhe und Frieden haben und ungestört die Regierung führen können, während andererseits dem Markgrafen die Forderung der Weihen und der Erfüllung seiner geistlichen Pflichten aller Voraussicht nach in Zukunft wohl erspart bleibe.

Inzwischen hatte sich auch innerhalb der Gemeinde die Überzeugung durchgesetzt, dass man den Erzbischof kaum umgehen könne, wofern man zur Ruhe kommen wolle. Ein befremdlicher Stimmungswechsel, der die Eingeweihten mit Argwohn erfüllte; hatte die Gemeinde doch jede Verhandlung mit dem geistlichen Oberherrn bisher verhindert oder ihr wenigstens arge Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Und in der Tat, die Pläne der Gilden, Innungen und Handwerksämter bargen schwere Gefahren in sich. Sie verfolgten eine ganz andere Richtung, wie sie die Eingeweihten mit ihrer Annäherung an den Erzbischof verbanden. Die Gegensätze, die durch alle Beziehungen zwischen den Eingeweihten und der Gemeinde sich in diesen Tagen zogen, traten hier wieder grell zutage. Für die Ulenbrock, Dreling, Durkop und Lohmüller bildete die Verhandlung mit Schöning sozusagen nur das Mittel zum Zweck; sie unternahmen sie nur in der Absicht, um die erschütterte Stellung, die Zukunft des Markgrafen Wilhelm, ihres fürstlichen Freundes und Glaubensgenossen, bei dieser Aktion zu befestigen und zu sichern. Auch in dieser Frage stand ihre Haltung vorwiegend unter der Herrschaft des grossen evangelischen Gedankens. Ganz anders dagegen die Gemeinde! Sie gedachte, bei dieser Gelegenheit sich des Fürsten zu entledigen. Markgraf Wilhelm sollte das Opfer sein, das Schöning ihr brächte, wenn man ihn zu den alten Rechten wieder aufnehme. Man rechnete



auch mit Schönings Abneigung gegen Wilhelm und hoffte ihn bequemer und williger zu finden, wenn man den Markgrafen preisgebe. So gross war der Hass der demokratisch gesinnten Bürgerschaft gegen das Fürstentum, dass man den Markgrafen-Koadjutor von der Huldigung und damit von der Nachfolge Schönings ausschliessen wollte. Das zu verhindern und ihn in die Huldigung einzubeziehen, war demgegenüber das eifrigste Bemühen der Eingeweihten. Aus politischen und religiösen Gründen stellten sie sich auf Wilhelms Standpunkt und bekannten sich zu ihm. Denn sie erblickten in ihm nach wie vor ihren zuverlässigsten Bundesgenossen; er gewährleistete ihnen die religiöse und politische Zukunft ihrer Stadt, ihrer eigenen Lebensarbeit, ihrer selbst. Der Selbsterhaltungstrieb war es letzten Endes, der natürliche innere Widerstand gegen den Verlust der politischen Macht an ihre Gegner, welcher die Ulenbrock, Dreind, Durkop und ihre Freunde trieb, am Markgrafen Wilhelm festzuhalten. „Nur dann können wir, kleines Häuflein, wieder zu uns kommen und werden wir wieder reden dürfen, denn der Mund und alles ist uns jetzt durch die Mutwilligen geschlossen“, so kennzeichnet Lohmüller die Stimmung der Eingeweihten. Werde die Huldigung für den Markgrafen Wilhelm, die von den andern Stiftsständen bereitwillig geleistet sei, bei der Stadt nicht durchgesetzt, „machen sie“ — die Gemeinde — „Frieden und Anstand ohne das, so wird es noch viel ärger“. Dann „werden wir, kleines christliches Häuflein, doch verlaufen müssen, dann liegt alles darnieder“.

Kritisch wurde die Lage und schwerste Gefahr zog für die Belange der im geheimen auf gleicher Grundlage Verbündeten herauf, als verschiedene Vermittler und Unterhändler sich meldeten, die beiden Teilen in nämlicher Weise verdächtig erscheinen mussten. Neben den diplomatischen Liebenswürdigkeiten, mit welchen der Lübsche Abgesandte die Gegner seiner Stadt in Riga überhäuft hatte, spielte er trotzdem noch einen Trumpf gegen sie aus, der alle Pläne der Eingeweihten durchkreuzte und auf die Lübeck freundliche und fürstenfeindliche Gemeinde aber aufregend wirkte.

Wie wir gesehen haben, hatte er sich nämlich erboten, bei Kursachsen und Hessen dafür einzutreten, dass Riga in den kaiserlichen Stillstand einbezogen würde. Seinen Bemühungen verdanke Hamburg seinen Einschluss, wie er hinzufügte, um Zutrauen und Hoffnung zu erwecken und seine Persönlichkeit in ein möglichst günstiges Licht zu rücken. Mit Misstrauen nahmen die Eingeweihten dieses Versprechen, besonders die prächtige Selbstdarstellung des Lübschen Ratssendeboten auf; es schien ihnen so gut wie ausgeschlossen, dass der Nürnberger Stillstand vom Kaiser gutwillig auf Riga ausgedehnt werde.

Aber offen dagegen zu sprechen und auf die Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens hinzuweisen, das nur dazu geeignet war, um falsche und phantastische Hoffnungen gross zuziehen — nachdem man nun einmal dank der Gemeinde den rechtzeitigen Anschluss an den Schmalkaldener Bund versäumt hatte —, lohnte bei der Stimmung der Gilden nicht, die von dem Naso und Catilina, wie Lohmüller Kersten Schlossmacher immer ingrimmig nennt, und seinen Freunden im Augenblick ganz beherrscht wurde. Indes, wer stand dafür, ob nicht eine neue Wendung der europäischen Lage dem Kaiser doch den Gedanken zu erneuter Nachgiebigkeit gegen die Protestanten nahelegte? Täten die Eingeweihten nicht gut, auch auf diesen Fall sich einzurichten? Die Möglichkeit, dass Markgraf Wilhelm über solchen Abmachungen von der Huldigung ausgeschlossen werden könnte — er, der nach ihrer Überzeugung der einzige wahre Glaubens- und Bundesgenosse war, auf welchen Riga sich verlassen konnte —, beunruhigte sie am Ende sehr. In dieser Unsicherheit wandte sich Lohmüller, unstreitig im Einvernehmen mit Ulenbrock, Dreling, Durkop und ihren Zugewandten, an den Herzog von Preussen, er möge dafür sorgen, dass von Seiten der ihm eng befreundeten Fürsten von Kursachsen und Hessen nichts geschehe, was dem Markgrafen Wilhelm schädlich sei, besonders dürften keine Bestimmungen in Sachen der weltlichen Obrigkeit getroffen werden, die seinen Interessen zuwiderliefen.

Gleichzeitig drohte den Eingeweihten eine andere Gefahr vom neuen Meister her. Seitdem Hermann Brüggeneý, damals noch als Landmarschall, von der Stadt die Vermittlung zwischen ihr und dem Erzbischof an Stelle des Markgrafen übertragen erhalten hatte, nahm er die Berechtigung für sich in Anspruch, seine Hand beständig im Spiel zu haben. Eifrig war er bemüht, dem Erzbischof den Gedanken nahezubringen, die ganze Streitsache mit der Stadt bis auf das künftige Konzil zu vertagen. Der Stadt dagegen gab er vertraulich zu verstehen, vom Standpunkt des Lehnsoberherrn habe er nichts dagegen einzuwenden, wenn sie die geistlichen Güter den früheren Besitzern, Erzbischof und Domkapitel, wieder zustelle. Traute der Erzbischof Brüggeneýs Vorspiegelungen von den Vorteilen eines solchen Schrittes für die Geistlichkeit, so konnte der Orden in der Stadt fortan nach seinem Gefallen mit goldenen Netzen fischen: mit der Stellung der Eingeweihten, des sitzenden Rats und den Aussichten des Markgrafen Wilhelm auf Erlangung des weltlichen Regiments im Erzstift, auf den Übergang zur weltlichen Herrschaft überhaupt war es dann auf lange Zeit vorbei.

Am unbehaglichsten fühlten sich aber die Ulenbrock, Dreling und Durkop, als sich noch ein dritter Unterhändler meldete, und zwar in der Person des Bischofs Bey von Dorpat. Auf dem



Landtag zu Wolmar, im März des Jahres 1535, hatte er seine Absicht den Rigaer Ratssendeboten kundgegeben. Wie die Verhandlung, die ein Bey in die Hand nähme, für Wilhelms Belange auslaufen würde, konnten die Eingeweihten im voraus ahnen, wenn sie daran dachten, dass der Markgraf bei den Prälaten als ein unbequemer und gefährlicher Eindringling galt, den diese Herren am liebsten so schnell wie möglich aus dem Lande befördert gesehen hätten. Wenn Bey oder — wie ihn Lohmüller mit bitterer Ironie zu nennen pflegt — „das Öhrlein zwischen den beiden Kalbsköpfen“ die Sache in seine Hand bekäme, würde ihr Ausgang nicht mehr weit von diesem heissesten Wunsche der Geistlichkeit abliegen. Deswegen aber war er gerade der Mann, welchen die fürstenfeindliche Demokratie gebrauchen konnte. „Die Wohlmeinenden, die das Öhrlein kennen, müssen zurückstehen, der Rigische Wullenweber mit seinem Anhang hat das Gehör“<sup>1)</sup> — so kennzeichnet Lohmüller die Stimmung und Lage dieser Wochen.

Inzwischen aber hatte der Erzbischof selber eingegriffen und eine Aktion begonnen, wenn auch nicht in dem Sinne, wie sein Koadjutor sie ihm an die Hand gegeben hatte. Schöning hatte die Osterfeiertage beim Markgrafen Wilhelm zugebracht. Diese Gelegenheit hatte Wilhelm benutzt, um seinen geistlichen Oberherrn im Sinne der Rigaer Eingeweihten für einen neuen Versuch einer gütlichen Einigung zu gewinnen. Vermutlich hat er ihm mitgeteilt, wie gewisse ihm aus der Stadt hinterbrachte Ausserungen darauf hinwiesen, dass ein Antrag Schönings auf gütliche Beilegung des Streites auf der Grundlage der weltlichen Huldigung bei einem Teile der Ratsherren wenigstens lebhaften Beifall finden werde. Er mag ihn dabei auf jene frühere teilweise Rückgabe der geistlichen Güter erinnert haben, die man vielleicht dem Einflusse eben derselben Ratsmitglieder zuschreiben darf. Jedenfalls einigten beide geistlichen Herren sich dahin, die Stadt „um die gebürlichen Pflichten und Anerkennung der weltlichen Obrigkeit zu ersuchen“; sie wollten diesen Schritt mit Plettenbergs Tod begründen. Markgraf Wilhelm übernahm es, den städtischen Rat von beider Entschluss zu verständigen und ihn auf das Kommende vorzubereiten. Er knüpfte dabei die freundnachbarliche Ermahnung an, dem Erzbischof zu willfahren, wenn er auf Grund der kaiserlichen Regalien um die Huldigung anhielte. Schöning liess jedoch den zwischen ihm und Wilhelm festgesetzten Termin verstreichen, ohne das Schreiben abzusenden. Alle Bemühungen Wilhelms verschlugen nichts, vergebens war sein Mahnen: wenn der richtige Zeitpunkt jetzt verschlafen würde,

<sup>1)</sup> Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 4. April 1535 („er heisst Bei, und will immer dabei sein“).

werde das Erzstift, Schöning und alle künftigen Erzbischöfe „zu ewigen Zeiten der Stadt müssig gehen“. Nichts verschlug Wilhelms mündliches noch schriftliches Antreiben, noch dass er die Stiftsältesten und die gesamte Ritterschaft in Bewegung setzte, die das grösste Interesse daran hatten, dass „die Stadt vom Stifte nicht abhändig gemacht würde“. Durch nichts vermochte er den Erzbischof aus seinem passiven Widerstande herauszulocken. Wilhelm kennzeichnet die Lage richtig, wenn er seinen Zorn über die Hinterhältigkeit Schönings, die an Verrat grenzte, enttäuscht und ingrimmig in folgenden Worten Luft macht: so lange der Erzbischof bei ihm sei, sei er wohl so, wie er solle; „sobald er aber von uns zu Heinemann Rode und den beiden andern kommt“ — Storbeke und Unverfehrt wahrscheinlich —, die ganz für den Orden gestimmt seien, „so ist es gar umgekehrt“. Die Einflüsterungen der Wilhelm feindlichen Domherren, hinter denen die Ordensherren natürlich standen, hatten den Erzbischof umgestimmt. Um Wilhelm von Schöning abzu drängen, hatte Rode vermutlich auf den Dorpater Bischof und den neuen Meister eingewirkt, dass die sich bereit erklärten, im Sinne des Erzbischofs bei der Stadt zu vermitteln. Überdies aber hatten auch die städtischen Parteigänger Schönings ihm von einem solchen Schritte dringend abgeraten. Scheint er doch selbst mit dem Führer der Demokraten und Radikalen, dem Todfeind der römischen Kirche und aller geistlichen Gewalt, Kersten Schlossmacher, in diesen Tagen in geheimen Beziehungen gestanden zu haben. Denn auf wen kann Wilhelms Ausruf anders gehen, als auf den Obmann der mit dem Orden es haltenden Demokraten, wenn er seinem preussischen Bruder klagt: der Erzbischof ziehe zu seinem Unglück sogar die Ratspersonen und städtischen Bürger an sich, die ihm, dem Koadjutor, am meisten zuwider seien, und liesse sich von ihnen beraten. Gleicher Unmut spricht aus Lohmüllers Worten, wenn er dem Erzbischofe vorwirft, er habe die ihm heimlich gewordene Anregung, die weltliche Huldigung zu fordern, ausser Acht gelassen. Selbst als der neue Ordensmeister die einige und gesamte Huldigung von der Stadt für sich gefordert, habe er keine Verwahrung eingelegt; er „sitzt still, auf Vorgeben etzlicher, welche es weder mit dem Erzbischof, noch mit dem Markgrafen Wilhelm gut meinen, sondern ihren eigenen Vorteil suchen“. Es war die Ansicht und Stimmung seiner Ratsfreunde, der Eingeweihten, die Lohmüller hier nur widerspiegelt. Wenn es gegen den Markgrafen Wilhelm ging, so verschwanden die ständischen, sozialen und religiösen Gegensätze; die fürstenfeindlich gesinnten Demokraten reichten sich mit den Anhängern Roms, den Vertretern der römischen Hierarchie und den Ordensherren einmütiglich und brüderlich die Hände: immer wieder merkt man, wie es galt, in dem Markgrafen den fürstlichen Eindringling zu bekämpfen.



Kein Zweifel, dass Schöning zu einem Teile wenigstens aus innerer Abneigung gegen den Fürsten und aus Furcht vor dessen geheimen Plänen, die Schöning natürlich durchschaute, von der Forderung der weltlichen Huldigung abgesehen hatte. Daneben aber mochte er auch im Hinblick auf die gerade zwischen dem neuen Ordensmeister und der Stadt schwebenden Verhandlungen besonders schlaue und politisch zu handeln glauben, wenn er nichts unternehme und schweige und den stillen Beobachter spiele. Denn Brüggenei hatte die alleinige und gesamte Huldigung vor kurzem von der Stadt gefordert und für Pfingsten seinen Eintritt angekündigt. Soweit aber dachten selbst seine eingeschworenen städtischen Parteigänger nicht zu gehen. Die Nachricht hatte den demokratischen Drang nach Unabhängigkeit in den Gilden und Ämterschaften wachgerufen, mit dem Rate zusammen hatten sie des Meisters Forderung abgelehnt und allein zu dem gewöhnlichen Eide, welchen die Stadt den früheren Meistern geleistet hatte, sich bereit erklärt. Diese Vorgänge haben Schöning vermutlich mitbestimmt, das mit Wilhelm verabredete Schreiben, dessen Inhalt gleichfalls die Huldigungsfrage behandeln sollte, zu unterlassen. Bei seiner Stellung zum Meister, deren innere Antagonie sogar die gemeinsame Gegnerschaft gegen den Markgrafen Wilhelm, den „geborenen Fürsten“, niemals ganz überbrücken konnte, glaubte er auf diese Weise bei der Stadt einen Vorsprung zu erlangen und bei ihr besser als sein Nebenbuhler abzuschneiden. Gleichzeitig hatte er so sein anderes Ziel erreicht, er hatte seinen Koadjutor unwiederbringlich um den Rest der von ihm so sehr gesuchten städtischen Anhänglichkeit gebracht. Mit heimtückischer Schadenfreude sah er, wie Wilhelm durch seine vorschnelle Ankündigung des ursprünglich gemeinsam geplanten Schrittes bei den Städtischen sich gründlich blossgestellt hatte, wie die Demokraten unter Schlossmachers Führung in höchste Erregung gerieten.

Denn sicherlich ist der städtische Beschluss vom 7. Mai des Jahres 1535 die Antwort auf Wilhelms Kundgebung. Ob Markgraf Wilhelm vielleicht in seinem Schreiben, dessen Wortlaut wir leider nicht mehr kennen, die Rückgabe der geistlichen Güter berührt hatte? Wie dem aber auch sei, sämtliche städtischen Verfassungskörperschaften lehnten jede Einigung mit dem Erzbischof bezüglich dieser Frage rundweg ab. Die Theologen Andreas Knopken und Sylvester Tegetmeyer, als Vertreter des evangelischen Glaubens und der neuen Kirche, obenan, ihnen folgten die vier Bürgermeister — Anthonius Muther, Jürgen König, Heinrich Ulenbrock und Johann Butte —, darauf der ganze übrige Rat, darunter eine Reihe von uns bekannten Persönlichkeiten, z. B. Patrocklus Klocke, Johann vom Berge, Konrad Durkop, Lohmüller, und als Vertreter der Gemeinde endlich die Älterleute

der beiden Gilden Kersten Schlossmacher und Gerhard Hanne-  
mann mit je 15 Bürgern aus jeder Gilde, — sie stehen als  
Vollstrecker des Gesamtwillens der Rigaer Bürgerschaft mit  
ihren Namen unter der feierlichen Urkunde, durch welche für  
alle Zeiten unabänderlich festgelegt werden sollte, dass sämtliche  
geistlichen Güter, welche die Stadt „in Verwahrsam genommen  
hatte“ — wie es in dem Beschlusse schönfärbend heisst — dem  
Erzbischof nicht wieder zurückgegeben, sondern zur Unterhaltung des  
rechten Gottesdienstes, des heiligen Predigtamtes, des Kirchen-  
dienstes, der christlichen Schulen und zum Nutzen der Armen zu  
Gunsten der Stadt verwandt werden sollten. Mit diesem Beschlusse  
war der völlige Bruch zwischen Stadt und Erzbischof besiegelt.  
Dabei sehen wir Namen von Männern friedlich unter dem feier-  
lichen Protokolle vereinigt stehen, die innerlich Todfeinde waren.  
Ulenbrocks, Durkops und Lohmüllers Namen und der Kersten  
Schlossmachers stehen dicht beieinander. Denn in dieser Frage  
hatten auch die Eingeweihten öffentlich wenigstens nicht anders  
stimmen können, wenn ihnen auch im Grunde ihrer Seelen ein  
Ausgleich, eine friedliche Einigung, ein Entgegenkommen auf  
halbem Wege lieber gewesen wäre; sie hätten dann an dem Erz-  
bischof und noch mehr an seinem Koadjutor, dem Markgrafen,  
ihrem Glaubens- und Bundesgenossen, einen Halt gegen ihre  
Gegner, die Gilden und die hinter diesen stehenden Ordensherren,  
gewonnen.

Dieser Beschluss vom 7. Mai des Jahres 1535 hat aber noch  
eine bemerkenswerte Vorgeschichte gehabt, welche auf die Partei-  
gruppierungen in der Stadt und auf die geheimen Pläne und  
Wünsche des Ordens ein grelles Schlaglicht wirft. Kaum waren  
die Städtischen in den Besitz jenes markgräflichen Schreibens ge-  
langt, als sie es dem Meister und Orden zugehen liessen, mit der  
Bitte, sie wissen zu lassen, wie sie sich den Forderungen der  
beiden geistlichen Herren gegenüber verhalten sollten. Unverzüg-  
lich war eine grosse Ordensgesandtschaft in der Stadt erschienen,  
aus vier Mitgliedern bestehend, — dem Komtur von Dünaburg  
Wilhelm von Fürstenberg, dem von Dobeln Ewert von Scheuern,  
Lorenz Schungel und dem Ordenskanzler Lorenz Ochtern. Sie  
brachten eine Antwort mit, die eine offene Stellungnahme zwar  
vermied, aber doch eine Sprache führte, die für Freund und Feind  
nicht misszuverstehen war. Schlossmacher und seine Partei-  
freunde wussten nunmehr genau, dass sie beim Orden Rückhalt  
hätten, wenn sie gegen den Erzbischof, noch mehr aber gegen  
seinen Koadjutor, den „geborenen“ Fürsten, und dessen städtische  
Anhänger, gegen die Eingeweihten, den Entscheidungskampf  
herbeiführten. Im geheimsten Vertrauen hatte Wilhelm den  
Wortlaut der Ordenswerbung durch seine Freunde sofort mit-  
geteilt erhalten. Er kennzeichnet ihren Inhalt ganz richtig, wenn



er sagt, man könne aus ihr ersehen, „wie der Orden trachtet, die Stadt, den alten, hergebrachten Rechten entgegen und im Widerstreit mit den Verträgen und kaiserlichen Regalien, dem Erzstift abhändig zu machen und ganz unter sich zu bringen“. Brüggeneys Forderung lief nämlich auf die Leistung der gesamten Huldigung zu Gunsten des Ordens aus.

Die Lage warf gleichsam ihre Schatten voraus auf den Kampf, den Wilhelm als Erzbischof später mit der Stadt zu führen hatte. Kein Wunder, dass er den Hieb, den ihm der Orden bei Riga versetzte, zurückgab. Trotz oder gerade wegen der passiven Haltung Schönings protestierte er in seiner Eigenschaft als Koadjutor und Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhle zugleich im Namen der Stiftsstände laut gegen jede Entziehung oder Beeinträchtigung der erzstiftischen Rechte und jedes Zugeständnis städtischerseits an Dritte. Ein jeder Fall dieser Art würde von ihm und den Stiftsständen, den fürstlichen Protektoren des Erzbistums, ja von sämtlichen Häuptern der Christenheit als null und nichtig angesehen werden. Und wirklich habe er es, wie er an Herzog Albrecht schreibt, durch diese Verwarnung erreicht, dass die Stadt bisher dem Orden die Huldigung nicht geleistet habe.

Ein immerhin gewagter Schritt bei Wilhelms Lage, zumal die Öselsche Frage noch ihrer Lösung harrete. Den ersten Rückstoss des Ordens erfuhr er jedoch in Riga selbst. Krasser hätte der Gegensatz, der zwischen der Richtung der Eingeweihten, der Fürstenfreunde, und der Brüggeneys bestand, dem neuen Meister nicht vor die Augen treten können, als es auf dem Wolmarer Landtage der Fall war. Zu unvorsichtig hatte Lohmüller seine Karten aufgedeckt, als er von Brüggeneys nichts weniger und nichts mehr verlangte, als dass er sein eigenes Werk, den Vertrag von Fellin, aufgebe und mit den Städten und dem Markgrafen — d. h. den Evangelischen im Lande — das lutherische Bündnis von Wenden wieder erneuere. Gleichzeitig sollte er auch Lübeck seine Sympathien entziehen und sie der Fürstenpartei zuwenden, seine gesamte bisherige Richtung also ändern: Forderungen so radikaler Art, die auf ein Haar den Zumutungen gleichen, die Lohmüller in Rügen an Plettenberg gestellt hatte, mussten bei Brüggeneys schlechthin eher das Gegenteil von dem bewirken, was sie bezwecken sollten. Statt ihn von den Gegnern abzuziehen, wurde er, ähnlich wie Plettenberg seiner Zeit, vielmehr zu ihnen hinübergedrängt und der Kreis um die Eingeweihten geschlossen. Kein Wunder, wenn man in Wolmar ganz im geheimen schon darüber verhandelt und sich verständigt hätte, wie man Heinrich von Ulenbrock, das Haupt und den Führer der evangelischen Bewegung in Riga, auf eine Zeit lang entfernen und ihr geistiges Sprachrohr, den Stadt-syndikus, überhaupt unschädlich machen könne.

Schon seit längerer Zeit hatten die Anhänger Wilhelms in Riga bemerkt und bitter darüber zu klagen gehabt, dass sie auf Schritt und Tritt von den Gegnern argwöhnisch beobachtet wurden. So beschwert sich Lohmüller schon am 15. Mai des Jahres 1534 über die Nachstellungen, unter denen er zu leiden habe. Er dürfe kaum noch zu den ihm befreundeten Prädikanten gehen, es würde ihm böswillig ausgelegt. „Ich habe kaum irgendwo „gehen können“ — so klagt er —, „so hat man mir ins Herz gesehen, was ich gedacht und vorgehabt“<sup>1)</sup>. „Die Zeiten sind so, dass diejenigen sonderlich, die zwischen Stricken gehen, sich wohl vorsehen müssen“ — so schreibt er bereits gegen Ende August in Hinsicht auf sich und seine politischen Freunde<sup>2)</sup>. Verschiedentlich sei er bereits vor böswilligen Anschlägen seiner Missgönner im geheimen gewarnt worden; „ich spüre etwas auf der Bahn von unserm Rigischen Wullenweber“. „Er geht mit seinem Anhang damit um, mir einen groben Schimpf und Unglimpf anzutun.“ Doch hoffentlich komme es nicht dazu. Denn der Schlag, der gegen ihn geplant sei, treffe zugleich auch die Eingeweihten und ihre Richtung im Rat und werde den Sieg der popularen Bewegung beschliessen. Indes, als ob er bereits sein Schicksal ahnte und vorausgesehen habe, dass die selber in Not befindlichen Freunde ihn möglicher Weise nicht mehr halten könnten und der erregten Volksstimmung ein Opfer bringen müssten, so ging er bereits daran, einen Zufluchtsort sich zu sichern. „Ich muss das mein gedenken, ich muss räumen.“ Durch Briessmann hatte er bereits beim Herzog von Preussen angefragt, ob er im Falle der äussersten Not eine Heimstätte bei ihm finden könne<sup>3)</sup>. Das Lübische Angebot, das an sich, bei den politischen Zuständen dort, nichts Verlockendes für ihn gehabt hatte, hatte jedoch den Gedanken, an anderer Stelle sich einen Wirkungskreis zu suchen, von neuem in ihm angeregt. Wirtschaftliche Sorgen, die er in Riga hatte, bestärkten ihn in solchen Erwägungen. Seine Besoldung war nicht hoch genug, um ihn vor mancherlei Nöten des Lebens zu bewahren. Schon hatte er einiges von seinem Besitztum veräussern müssen<sup>4)</sup>. Dieser wirtschaftliche Druck erhöhte das Unbehagen, das er aus Anlass der ewigen Unruhe und unablässigen Kämpfe empfand, die ihn häufig für sein Leben sogar fürchten liessen. Bald nach Beginn des neuen Jahres war er denn auch an seine politischen Freunde mit der Frage herangetreten, was er in solcher Lage tun solle. Alle jedoch, Markgraf Wilhelm voran, dessen Hofmeister Schierstädt, auch der Memeler

<sup>1)</sup> Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 15. Mai 1534.

<sup>2)</sup> Ders. an Schierstädt, Riga [August/September] 1534.

<sup>3)</sup> Lohmüller an Schierstädt, Riga [August/September] 1534. Ders. an Klingenbeck, Riga 30. Dezember 1534.

<sup>4)</sup> Ders. an dens., Riga 11. Februar 1535.



Hauptmann Georg von Klingenbeck, hatten ihm dringend zum Bleiben geraten. Klingenbeck schrieb ihm sogar, er könne ihn garnicht in Riga und Livland entbehren, zumal schon ein anderer von Markgraf Wilhelms Getreuen — er meinte Georg von Krüdner damit — das Land verlassen habe<sup>1)</sup>. Ähnlich hatten sich auch die vier Bürgermeister und verschiedene Ratsälteste, denen Lohmüller seine Bedenken und Sorgen gleichfalls anvertraut hatte, zu ihm geäußert. So hatte er sich schliesslich wieder überreden lassen, wenn auch das Gefühl der Unsicherheit nicht mehr aus seiner Seele weichen wollte. „Seitdem ich in diesen Dienst gekommen bin und durch tägliche Übung etwas zugerlernt habe“ — so erzählt er von sich selbst —, „besonders seit der Zeit, da der Glanz des Lichts des heiligen Evangeliums aufgegangen, seitdem mir Gott die Kraft verliehen, das Rechte und Billige in geistlichen und weltlichen Dingen von dem andern zu unterscheiden, so habe ich doch von Anbeginn gar viele und mancherlei Mühe und Widerwärtigkeit in diesem Ort und Dienste ausgestanden, so dass ich sagen kann, unser lieber Herre Gott hat mich allhier ins rechte Fegefeuer verordnet. Über viele hundert Male bin ich auf Rathaus gegangen und habe nicht gewusst, ob ich dienstlos oder sonst in anderer Gestalt wieder würde hinabgehen müssen. Es wäre auch sicherlich schon längst geschehen, wenn man es nur zu bewerkstelligen vermocht hätte; es ist schwer, einem so barbarischen Volke zu dienen“, fügt er seufzend hinzu. Des Rigaer Münzmeisters Nothaft Sprichwort sei hier am Platz: „Weise Leute können wohl Narren, aber Narren keine Weisen bei sich erdulden“, durch das Nothaft ihn öfter getröstet habe, wenn es ihm dabei auch fernliege, weisen Leuten gegenüber Weisheit und Kenntnisse sich anzumassen, wie er es zur Zeit Bischof Blankenfelds in seinem Verhalten zu ihm gezeigt zu haben glaube. Je länger, je mehr aber hätten die Beschwerden für ihn zugenommen, besonders seitdem die Frage der Rigaer Koadjutorei akut geworden wäre. Oft ist es so, „dass ich im Kreise des Rats, wenn man von solchen Dingen spricht, auf feurigen Kohlen sitze; es muss alles verdächtig sein, was ich rede und sinne bei etzlichen sonderlichen Grobiansköpfen im Rat, die zu sehr an den Leuten oder Landsleuten hängen, also dass sie ihrer mehr als des heiligsten Evangeliums Gottes ehren und auf ihre eigene Seligkeit und das gemeine Beste der Stadt nicht Acht haben. Diesen fallen aber gemeinlich alle die Jastimmer zu, so dass das gesündere Teil und die besten Stimmen öfter zurückstehen müssen. Dazu hat das gesunde Teil und sonderlich meine Person suos Catilinas, die mir immer nachtrachten Tag und Nacht, wie

---

<sup>1)</sup> Klingenbeck an Herzog Albrecht, Memel 24. Sept. und 20. Nov. 1534 (H. B. A. J. 1.)

sie mich um Leib, Leben, Ehre und Gut bringen möchten; brauchen mancherlei bübische, heimliche Griffe dazu, welche ihnen doch unser liebster Herr bisher zunicht gemacht“<sup>1)</sup>). Was Lohmüller hier in der Rückerinnerung noch immerhin ruhig erzählt, das wird in den Tagen der Katastrophe zu einem Wut- und Notschrei: „Es hilft keine Wohltat, kein mein getreuer Dienst, Fleiss und Meinung, sondern wird alles in Vergessen gestellt. Und ist das Regiment, wie zu Lübeck, bei einem mutwilligen, aufrührerischen Manne, dem Rat und Bürger wie die törichten, unsinnigen Tiere folgen und nichts dawider reden dürfen; er verlässt sich auf die Leute, die über ihn halten“<sup>2)</sup>). Auf wen er mit diesem Wutschrei zielt, ist allzu deutlich, auf den Ältermann der Grossen Gilde, den „Naso“ und „Catilina“ Kersten Schlossmacher. Schlossmacher heisst der beständige Kehrreim, wenn er auf die städtischen Dinge und seine eigene Lage zu sprechen kommt, er ist das böse Gespenst, das ihn auch in der Nacht nicht ruhig schlafen lässt.

Und dabei hatte die beiden, Lohmüller und Kersten Schlossmacher, in den Anfängen der Reformationsbewegung in Riga, einst enge Kampfesbrüderschaft verbunden. Schlossmacher war einer der Ersten aus der Grossen Gilde gewesen, welcher die reine, christliche Predigt des Wittenberger Mönchs mit seiner unruhigstrebenden Seele erfasst hatte, der Typus eines Vertreters der bürgerlichen Gedankenwelt, welcher das römisch-geistliche Wesen mit seinen Ansprüchen auf politischem, rechtlichem, wirtschaftlichem und dogmatischem Gebiete schon lange als unerträglich und mit den Interessen der Stadt in Widerspruch stehend empfunden hatte. Als Lohmüller damals jenes vielberühmte evangelische Sendschreiben des Bischofs Polenz durch Friedrich von Heideck aus des alten Durkop Hand erhielt, da war er in seiner Gewissensnot und seinem Erstaunen, von Preussen her, wo er ganz unbekannt zu sein glaubte, gegen die Landesgewalten in Livland, vor allem gegen den Meister so in Versuchung geführt zu werden, zu seinem Glaubensfreunde Schlossmacher und einem andern Bürger, namens Wilhelm Krüger, geeilt, um sie in das Geheimnis einzuweihen und sich bei ihnen Rat zu holen. Diese Vertrauensseligkeit sollte Lohmüller später noch schwere Stunden bereiten. Denn die Freundschaft mit Schlossmacher löste sich bald. Mehr als geringfügig scheint uns freilich, auf den ersten Blick, der Grund zu sein, welchen Lohmüller für ihre Entzweiung anführt. Doch tritt uns unter der Oberfläche des Wortgefechts, über dem die beiden aus Freunden zu Gegnern geworden, bereits die ganze Verschiedenheit ihrer beiden Naturen, ihre Unverträglich-

1) Lohmüller an Herzog Albrecht, Riga 4. April 1535.

2) Ders. an dens., Smilten 17. Juli 1535.



lichkeit entgegen, die bei der ersten Belastungsprobe des Freundschaftsverhältnisses schlechterdings zutage treten musste. Die Ideale und Vorbilder, das Ziel ihres Strebens, das die beiden sich gesteckt hatten, weisen auf unüberbrückbare Gegensätze ihrer Lebensanschauungen, auf schwere Widersprüche in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Empfinden hin, die auf ihre politische Denk- und Kampfweise wieder Einfluss üben mussten. Dem mitten im praktischen Leben stehenden Schlossmacher, der in der ihn rings umgebenden bürgerlichen Gedankenwelt grossgeworden war, war ein Mann seines Schlages, aus der städtisch-bürgerlichen Sphäre das Ideal, in dem er seine eigenen geheimsten Gedanken und ehrgeizigen Pläne verkörpert sah. Deswegen zog ihn gerade eine Persönlichkeit, wie die des Lübecker Bürgermeisters Thomas Wickedede, des hansischen Staatsmannes, der durch Verstandesmächtigkeit und eine wunderbare Redegabe seine Vaterstadt noch einmal auf eine beträchtliche Höhe hansischer und skandinavischer Machtentfaltung gehoben hatte, so mächtig an. Vielleicht würde Jürgen Wullenweber noch mehr Sympathie bei ihm gefunden und auch besser zu ihm gepasst haben; der Führer der Lübschen Demokratie war ihm zweifellos kongenialer, als der zur feudalsten Kaste der Stadt, zur exklusiven Zirkelbrüderschaft gehörige, einem alten Patriziergeschlechte entstammende Wickedede. Aber Wullenwebers Stern war noch nicht aufgegangen, als jenes Wortgefecht sich zwischen den beiden bisherigen Freunden abspielte. Bodenständig, reich und selbstbewusst steht der Mann der Grossen Gilde da. Indem er die Führung in der Gemeinde ehrgeizig an sich reisst, vertritt er doch nur die altüberlieferte Richtung seiner eigenen Geburtsgenossen; die Herrschaftsgelüste der heimischen Gilden, Brüderschaften und Handwerksämter gegenüber dem Rat haben sich in seiner Seele bis zur Demagogie verdichtet.

Wie anders dagegen Lohmüllers Art! Ihm, dem Zugewanderten, dessen Voreltern Kleinbürger der Jungstadt-Danzig einmal waren, fehlt das selbstsichere, sieghafte Gefühl der Bodenständigkeit, wie es Schlossmacher besass. Unterliegt die Richtung, die ihn ins Amt berufen hatte, so muss auch er ans „Räumen“ denken. Schon früh hat er in fremder Herren Dienst sein Glück versucht. Sein einziges Gut, sein Rüstzeug ist die Bildung, die er auf der Krakauer Hochschule unter vielfachen Mühen und Entbehrungen durch eifrigstes Studium sich angeeignet hatte. Wenn er auch zufolge des Drängens eines älteren Anverwandten die geistlichen Weihen genommen hatte, so war er doch nicht gewillt, sein Lebensschiff in den Chorroch oder geistlichen Stand hinüberzusteuern. Der Dienst in einer fürstlichen oder städtischen Kanzlei ist das Ziel seines Strebens. In seinen jüngeren Jahren war er in erster Linie Humanist, mit gewissen historisch-geogra-

phischen Neigungen und einem noch stärkeren Einschlag der damals in Krakau besonders gepflegten naturphilosophischen und astronomischen Geistes- und Studienrichtung. In dem Kampf um die Lösung der Welträtsel, den auch er versuchte, hatte die antike Götterwelt den christlichen Gottesbegriff in seiner Seele wie mit buntem Blätter- und Rankenwerk überwuchert. Erst Luthers wuchtiger Weckruf war mächtig genug gewesen, um die bisher unbefriedigte Sehnsucht nach Erkenntnis der Wahrheit in ihm zu stillen und ihn den theologischen Jugendstudien wieder zurückzugewinnen, denen er von nun an mit solcher Inbrunst und verinnerlichtem Verständnis obliegt, dass er gelegentlich fast mehr einem Reformator oder tiefgründigen theologischen Gelehrten, als einem „Schreiber“ gleicht. Trotz seiner praktischen Betätigung als bischöflicher Sekretär, als Stadtschreiber und Syndikus oder als herzoglicher Rat ist und bleibt er doch immer der Literat, der die feinere humanistische Lebenskultur, die geistige Seite im Menschen ganz einseitig schätzt, in dessen Augen die Welt — man möchte fast sagen — erst mit dem Magister beginnt. Daher dieser harte, anmassliche Bildungsdünkel, der ihm im Nacken sitzt. Fast mitleidig blickt er von seiner gelehrten Höhe auf die werktätigen, in harter Arbeit ringenden, volkswirtschaftliche Werte schaffenden Berufe nieder. Daher sein verächtliches Wort über die Rigaer Bürgerschaft, die nichts anderes verstehe, als Handel und Kaufmannschaft zu betreiben. Die Fürstengunst, der Verkehr mit den Ehrbaren, mit den Hochmögenden ist ihm ein Bedürfnis, er schmeichelt ihm. Ganz abgesehen davon, dass er durch Berufung und Amt an ihre Seite gewiesen war, so hielt er sie allein doch seiner Bildung für ebenbürtig. Wenn ihm, dem überzeugten Lutheraner, in jenem Augenblick, da er mit Schlossmacher darüber in Streit geriet, wem man als dem bedeutendsten Staatsmanne ihrer Zeit die Palme zuerkennen solle, vielleicht auch ein anderer Name genehmer gewesen wäre, als der Bischof Blankenfelds, so imponierte ihm dieser doch durch den feinen Schliff humanistischer Bildung, durch den innern und äussern Zusammenklang seines Wesens, durch seine vollendete weltmännische Art. Und in der Tat, wer hätte die Aalglätte, die kuriale Gewandtheit dieses Berliner Bürgermeisterssohnes überbieten wollen? Trotz der Verschiedenheit der religiösen Stellungnahme der beiden gab es für Lohmüller doch noch immer gewisse Berührungspunkte, die ihn zu Blankenfeld, fast wie mit halbem Neide, verehrend aufblicken liessen, die ihm, dem gelehrigen Schüler des Humanismus, vor die Augen traten, als er sein Ideal eines Staatsmannes Kersten Schlossmacher gegenüber nennen sollte.

Durch seine Berufung auf Blankenfeld, bei der Lohmüller aber sicherlich nur an die äussere Seite von dem Wesen des



Prälaten gedacht hatte, hatte er indessen dem Gegner Roms und der Geistlichkeit eine Waffe in die Hand gegeben, die ihm überaus gefährlich werden konnte, wenn Schlossmacher einmal seine Mitwisserschaft um jenes Geheimnis mit Preussen gegen ihn ausspielte. Der schlimme Verdacht, der schon in den Tagen, da Stadt und Ritterschaft gemeinsam gegen Blankenfeld ankämpften, gegen Lohmüller leise verlaublich wurde: „Wer die Bischöfe lobt, ist gleich ihnen ein Verräter“, geht ohne Zweifel auf dunkle Andeutungen zurück, die Schlossmacher im Kreise seiner Gesinnungsgeossen gemacht hatte. Auf ihn und seine schon damals von ihm geleiteten Vordermänner zielt es ab, wenn Lohmüller um die Zeit des Lübischen Anstandes von seinen Gegnern spricht, die völlig missleitet seien und ihren eigenen Nutzen nicht zu wahren wüssten. Um wie viel gefährlicher aber ward jene Waffe in Schlossmachers Hand in den Tagen, als die populäre Bewegung unter dem Einfluss Lübecks nach Riga übersprang und die Gilden, den „gemeinen Pöbel“, in Bewegung brachte! Jetzt holte er die alten Dinge wieder vor und beschuldigte Lohmüller des offenen Landesverrats.

Immer enger zog sich der Kreis um die Eingeweihten zusammen. Vielleicht trifft unsere Vermutung nicht zu, aber sie liegt so nahe, dass man sich ihrer kaum erwehren kann: Heinrich von Ulenbrocks Teilnahme an dem Hansatage des Jahres 1535 hängt mit den leidigen Parteiverhältnissen in der Stadt eng zusammen<sup>1)</sup>. Entweder wünschte er selber den Kämpfen, ähnlich wie Georg von Krüdner, eine Zeit lang zu entgehen, um die drohende Katastrophe nicht mitzuerleben, oder aber die Gemeinde, in erster Linie wohl Schlossmacher, hat seine Entsendung bewirkt, um ihn, das anerkannte Haupt der aristokratischen und fürstlich Gesinnten, die beste Stütze Lohmüllers, von der Stadt fern zu wissen, wenn man den letzten Schlag führte. Möglicherweise haben auch beide Momente zusammengewirkt.

Und schneller, als Schlossmacher und seine Anhänger es vielleicht gehofft hatten, bot sich ihnen der langersehnte Augenblick dar, um ihre Pläne ans Ziel zu führen. Eile tat not, wenn sie den Wortführer der Eingeweihten und das verhasste Stadtreiment beseitigen wollten. Schon waren die ersten, wenn auch noch unverbürgten Gerüchte von dem grossen Seesiege der dänisch-schwedisch-preussischen Flotte über die Lübisches-gräfliche bei Svendborg vom 16. Juni durch ein holländisches Schiff nach Riga gelangt<sup>2)</sup>. Bewahrheitete sich diese Meldung, so kämen die

<sup>1)</sup> Heinrich von Ulenbrock und Bartold Friedrichs waren die beiden Rigaer Gesandten zum Hansetage 1535. (Böthführ, Rigaer Ratslinie S. 122 u. 127). Klingenbock an Herzog Albrecht, Memel 10. Juli 1535. Lohmüller an dens., Smilten 17. Juli 1535.

<sup>2)</sup> Markgraf Wilhelm an Herzog Albrecht, Ronneburg 2. Juli 1535.

Eingeweihten unter Umständen wieder obenauf. Zudem stand aber auch Ulenbrocks Heimkehr vom Hansatage dicht bevor. Wenn er, der Führer der fürstlich Gesinnten in Riga, der Beschützer und Freund des verhassten Stadtsyndikus, erst wieder in der Stadt weilte, wenn er den glänzenden endlichen Sieg der Fürstenpartei bestätigt hätte und seine Hand über Lohmüller von neuem schützend hielt, so war es vielleicht zu spät; alle Bemühungen derer um Schlossmacher wären möglicherweise umsonst gewesen. Durch eigene Unvorsichtigkeit gab Lohmüller seinen Feinden sich in die Hände. Ein Brief, den er an des Markgrafen Wilhelm Kanzler Paul von Spanden vertraulich gerichtet hatte, war von gegnerischer Seite aufgefangen und den Ordensherren in die Hände gespielt worden. Schon längst hatten seine Missgönner seinem Schriftenwechsel nachgestellt und Einblick in ihn zu gewinnen getrachtet. Der Inhalt des Schreibens betraf die politische Lage. Er hatte dem Markgrafen Wilhelm geraten, wie er sich „in den auffälligen Sachen“ am besten verhalten solle, und in derben Fluchworten, die für kein fremdes Ohr bestimmt waren, seinem Temperament und Groll über die gemeinsamen heimlichen Machenschaften Schlossmachers und des neuen Meisters weidlich Luft gemacht. Kränkend für Brüggeneß war besonders ein Hinweis auf einen blutigen Gewaltakt Bernds von der Borg, eines seiner Vorgänger im Meisteramte, von dem Lohmüller in alten Chroniken gelesen haben wollte, und an dessen Wiedergabe er die Bemerkung knüpft, jetzt schienen einige wieder vorhanden zu sein, die in Borgs Fusstapfen durchaus treten wollten.

Kein Wunder, dass Lohmüllers Gegner über den Besitz eines so belastenden Zeugnisses aufjubelten und „wie die Spinnen aus der Rose das Gift saugten“, indem sie den Inhalt des Schreibens aufs ärgste auslegten und seinem Verfasser an Leib und Leben zu gehen drohten<sup>1)</sup>. „Mit geschwinden, harten, schneidenden Worten spielt Schlossmacher schonungslos auf den Brieffund an: kaum glaublich sei es, dass „einer in Riga“ solche Briefe schreiben könne; man sehe daraus, wie ihr Schreiber gegen Land und Leute innerlich gesinnt sei. Wenn Schlossmacher den Brief in Händen hätte, so würde er in den Ring vor Rat und ganze Gemeinde hintreten und den Mann auf den Kopf benennen. „Doch sollt sich derselbe nicht verlangen lassen, das Unglück wird ihn aufs Haupt treffen, ehe er es vermeint.“ Schon stimmte der Bürgermeister Jürgen König, der früher häufig Schulter an Schulter neben Lohmüller gestanden hatte, in Schlossmachers Angriffe ein: „Wenn ein solcher Mann unter ihnen wäre, er wäre hoch oder niedrig, man sollte ihn angreifen und mit ihm

<sup>1)</sup> Vgl. S. 367 Anm. 1 u. 2.



tun, was recht wäre.“ Aber noch übersah Lohmüller nicht die ganze Gefahr, in der er schwebte. Da bestätigte ihm am Abend des 1. Juli ein „guter Freund“ oder — wie er ihn näher kennzeichnet — „ein Bürger, einer von den Ältesten, wiewohl, jung an Jahren und bei dem rohen Haufen kleines Ansehens, doch ein frommer Christ und von gesunder Richtung, der dem Herzog von Preussen und dem Markgrafen Wilhelm heimlich lauterlich zugetan“, im strengsten Vertrauen die unheilvolle Beschlagnahme jenes seines Schreibens. Nach der Bestätigung dessen, was er bisher nur vermutet hatte, durchschaute Lohmüller die ganze Tragweite dieses Missgeschicks sofort. „Ich habe die folgende Nacht nicht schlafen können, und meinen Gott um Rat und Trost deswegen angerufen.“ Und wenn er dazu noch an die Gerüchte dachte, die in den letzten Tagen in der Stadt umgegangen waren, die seinen Gegnern wie gerufen kamen, um gegen ihn vorzugehen, so musste der Entschluss zur schleunigsten Flucht in ihm reifen. So widersinnig auch jene Gerüchte waren, die der Meister dem Rigaer Rate warnend mitgeteilt hatte: unter der Ägide des Herzogs von Preussen ginge ein plötzlicher Angriff gegen Riga im Schwange, so wurden sie dennoch geglaubt. Im Laufe des folgenden Tages bereitete Lohmüller seine Entfernung vor. In der Nacht vom 2. zum 3. Juli verliess er in Begleitung eines vertrauten Freundes unbemerkt die Stadt, der er fünfzehn Jahre in einer an Stürmen, elementaren Umwälzungen und schweren sozialpolitischen Kämpfen überreichen Zeit unausgesetzt gedient hatte, um sich zum Markgrafen Wilhelm zu retten. Oder, wie er später, als Furcht und Schrecken nicht mehr so unmittelbar auf seine Seele eindrängten und er ein sicheres Asyl am Hofe des Herzogs von Preussen gefunden hatte, aus dem Gefühl des Geborgenseins heraus, das ihm zumal der Anblick der wehrhaften Mauern und Türme seiner Vaterstadt Danzig einflösste, über seine letzten Rigaer Tage fast philosophierend schreibt: „Eingedenk des weisen Sprüchleins interdum cede furori habe ich mich zu meinem Gönner, dem Markgrafen Wilhelm, geflüchtet“<sup>1)</sup>.

In einem an den städtischen Rat verfassten längeren Schreiben hatte er sein Entweichen zu begründen versucht. Seine Frau, die er mit seiner gesamten Habe in Riga zurückgelassen hatte, sollte dies Schreiben am späten Abend des 4. Juli, nachdem er genügenden Vorsprung hinter sich hatte,

<sup>1)</sup> Aus einer undatierten Supplik Lohmüllers an den Danziger Rat, die er kurz vor dem 21. Februar 1536 in Danzig geschrieben hat (Staatsarchiv Danzig, Missiv-Buch XIV 98–105). (Nach einer fr. Mitteilung des Danziger Staatsarchivs.) Lohmüllers Bericht über seine Flucht aus Riga vom 6. Juli 1535 (Beilage zu seinem Schreiben an Herzog Albrecht aus Ronneburg, 14. Oktober).

dem im Worte sitzenden Bürgermeister übersenden. Es war, sozusagen, ein Rechenschaftsbericht über sein bisheriges Leben und seine ganze Tätigkeit im Dienste der Stadt. Nur „aus einem hitzigen, brennenden, christlichen Eifer zu gemeinem Frieden“ und um dem Unfrieden vorzubeugen, den einige herbeiführen wollten, habe er jenen Brief, der soviel Aufsehen gemacht, an einen vertrauten Freund geschrieben, in der Tat aber enthalte er nichts den Landen Schädliches. Unbegreiflich sei es ihm, wie man auf Grund der „losen Zeitung“, die von einem Angriffsplane des preussischen Herzogs auf Riga zu erzählen wisse, auf alle dem Herzoge Zugetanen schweren Argwohn lenken und sie „aufs tapferste“ verfolgen konnte. Besonders habe man ihn aufs härteste angetastet, ihm mit dem Einreiten des Meisters gedroht und ihn einen bösen Mann gescholten, denn „Verrätere! muss alles heissen“. Wenn er gegen den Vorschlag der Gegenrüstungen oder den geplanten Abbruch der an der Stadtmauer gelegenen Häuser, der ein Frevel gegen ihre Besitzer gewesen wäre, im Rate gesprochen und auf das Unbegründete und Nutzlose solcher Massnahmen hingewiesen habe, so habe er keine sachliche Antwort erhalten, sondern nur Drohworte zu hören bekommen. So wäre auf ihn, „als einen leidlichen Menschen“ die Furcht gefallen, die auch auf einen beständigen Mann, selbst auf die grossen Heiligen, wie auf den heiligen Paulus und unsern Seligmacher Christus, der doch Mensch und Gott zugleich, gefallen wäre, so dass er bei sich beschlossen habe, diesen geschwinden Zeiten und Läuften ein kleines stattzugeben und zu dem „christlichen Bundesgenossen der Stadt“, zum Markgrafen Wilhelm zu gehen. Dienst und Amt behalte er sich vor. Man möge sein Entweichen „der billigen Notdurft“ beimessen und es ihm zugut halten, ihn auch beim Meister bei dessen Einritt entschuldigen.

Mit dieser Flucht schloss Lohmüllers Tätigkeit in Riga ab. Und wenn er auch noch einmal auf kurze Zeit in die Stadt zurückkehrte oder im folgenden Jahre auf Betreiben Heinrichs von Ulenbrock und Durkops zum auswärtigen Rat und Syndikus bestellt wurde, so war doch für einen Stadtsyndikus, der ausschliesslich im Sinne der Eingeweihten, der fürstlich Gesinnten, sein Amt geführt hatte, wie Lohmüller es getan, kein Raum mehr in Riga. So sehr auch Ulenbrocks überragende kaufmännische Fähigkeiten und die ihm eigene Weite und Schärfe des politischen Blicks<sup>1)</sup> seinen Widersachern aus den Kreisen der Gilden und Handwerksämter, wenn auch manchen widerwillig, Achtung abnötigte, so war es jedoch mit seiner politischen Führerstellung, wie er sie bis zum Jahre 1534 fast unbestritten innegehabt und nur mit Dreling und Durkop geteilt hatte, ein für alle Male

1) Lohmüller an Herzog Albrecht, Ronneburg 14. Oktober 1535.



vorbei. Ein Stadtsyndikus von Lohmüllers politischer Färbung und Einfühlung, mit seinem vielumfeindeten Rufe, war in Zukunft eine Unmöglichkeit für Riga, selbst nachdem mit Lübecks und Wullenwebers Niederlage und dem Siege der Fürstenpartei der populären Bewegung in der Stadt ein Damm gesetzt und ihre Hochflut überwunden war. Wenigstens musste der Stadtsyndikus einen andern Namen tragen. Wenn auch Lohmüllers Nachfolger, Magister Johann Giseler, der im Jahre 1532 in das Amt des Stadtsekretärs nachgerückt war, in seiner religiösen und politischen Richtung, in seiner Weltanschauung nicht weit von Lohmüllers Standpunkt ab war — beide waren dazu durch Freundschaft eng miteinander verbunden, die sich selbst nach Lohmüllers Weggang aus Livland als dauernd und fest erwies —, wenn Giselers Name somit auch kein neues Programm und keinen völligen Systemwechsel bedeutete, so war er doch wiederum nicht so angefeindet und nicht so mit Argwohn belastet; er hatte sich auf eine politische Richtung nicht so festgelegt, wie Lohmüller; er konnte sich leicht auf Vergleiche und Zugeständnisse einlassen, zu denen jener sich niemals hätte herbeilassen können, ohne wortbrüchig zu werden. Giselers Ernennung, auf welche die Ulenbrock und Durkop immerhin noch Einfluss geübt haben, entsprach ihrer neuen Tendenz, sich nach den Verhältnissen und politischen Kräftezuständen einzurichten, zu laviern, Das war überhaupt das Kennzeichen der Rigaer Politik in den nächsten Jahren. Ihre Gesinnung für den Fürsten, für das weltliche Herzogtum blieb bei Ulenbrock und Durkop unverändert die gleiche; sie vermieden es nur, sie unnötig oft und laut zu bekunden: die Zeit würde noch einmal wiederkommen, da man sich offen zu der fürstlichen Fahne des Hauses Brandenburg bekennen konnte.

---

## Ein mittelalterliches Triumphkreuz im Dom- museum in Riga.

Mit 2 Tafeln und 1 Textabbildung.

Von Dr. Heinz Löffler.

Erhaltene Werke mittelalterlicher Plastik aus Alt-Livland, d. h. dem Gebiet, das annähernd von den heutigen Freistaaten Lettland und Estland umschlossen wird, gehören zu den größten Seltenheiten. Eine Steinbildhauerei im eigentlichen Sinne dürfen wir hier von vornherein nicht erwarten; sie bleibt bis zum Ausgang des eigentlichen Mittelalters überhaupt dem ganzen norddeutschen, spezieller nordostdeutschen Kulturgebiet nahezu völlig fremd. Nur an ganz einfachen und anspruchslosen Grabsteinen, an Säulenkapiteln, Konsolen u. ä. hat sich schon verhältnismäßig früh eine handwerksmäßige Steinmetzkunst in beschränktem Umfang betätigt. Von den Holzbildwerken aber, die im späten Mittelalter die Kirchen des Landes bevölkert haben, und zwar zuerst wahrscheinlich in der seit dem 14. Jahrhundert beliebten Form der Einzelandachtsbilder, dann seit dem 15. Jahrhundert in ausgedehntem Maße im Rahmen von Schnitzaltären, ist im Verhältnis zu dem früheren Reichtum so gut wie nichts mehr vorhanden. Wilhelm Neumann hat, wenn nicht alle, so doch die wichtigsten der erhaltenen Stücke zusammengestellt<sup>1)</sup>; ihre Zahl ist überaus gering, obwohl Neumann auch die Werke der ersten Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts noch in seine Betrachtung mit einbezogen hat. Es sind aber in der Tat diese wenigen Stücke fast alles, was die bilderstürmerische Bewegung der Reformationszeit, die in Alt-Livland besonders heftig getobt hat, und die politischen Unruhen und Wirren der folgenden Jahrhunderte übrig gelassen haben<sup>2)</sup>.

Unter solchen Umständen verdient jedes einzelne Werk mittelalterlicher Kunstübung, das, bisher etwa verborgen oder unbeachtet, der Forschung wieder zugänglich gemacht wird, das größte Interesse. Die letzten Jahre haben uns nun zwei solcher

<sup>1)</sup> Werke mittelalterlicher Holzplastik und Malerei in Livland und Estland. Hrsggeg. von der Gesellsch. für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands. Lübeck 1892

<sup>2)</sup> Die drei kleinen Figuren eines sitzenden Bischofs aus Runö, einer Anna Selbdritt, ebenfalls aus Runö, und einer sitzenden Madonna im Dom-museum in Riga, die vermutlich alle dem 14. Jahrhundert angehören, dürfen ihres schlechten Erhaltungszustandes wegen hier einstweilen außer Betracht bleiben. Der hl. Olav aus Runö im gleichen Museum gehört bereits dem 16. Jahrhundert an.



Funde beschert, die um so wichtiger sind, als sie zugleich überhaupt die ältesten Werke der Holzplastik von Rang darstellen, die aus unseren Landen bisher bekannt geworden sind: eine Gruppe der Pietà, die jetzt in das römisch-katholische erzbischöfliche Palais in Riga übergeführt worden ist, und einen großen Kruzifixus, der zu der Gattung der Triumphkreuze gehört. Von diesen beiden Werken ist nun zunächst das Triumphkreuz einer genauen Besichtigung und Untersuchung unterworfen worden, deren Ergebnisse im folgenden mitgeteilt werden sollen.

**Allgemeines.** Die Geschichte des Monumentalkruzifixus läßt sich unserer heutigen Denkmälerkenntnis nach nicht über das 12. Jahrhundert hinaus zurückverfolgen. Die ältere romanische Zeit scheint, soweit es sich um freiplastische Werke handelt, nur den Typus des kleinen Metallkruzifixus gekannt zu haben, der auf der Altarmensa Aufstellung fand. Auch das Aufkommen dieser letzteren Gattung aber hat sich zeitlich noch nicht mit Sicherheit bestimmen lassen und wir können nur annehmen, daß sie ihrerseits das ältere einfache liturgische Kreuz verdrängte, das im Gegensatz zu dem sogenannten Kruzifixus noch nicht den Körper des Gekreuzigten trug<sup>3)</sup>. Der Monumentalkruzifixus nun, dessen Entstehung wir nach dem heutigen Stande unseres Wissens in die Übergangszeit des 12. Jahrhunderts setzen müssen, löst die ältere Gattung der kleinen Kruzifixe nicht ab, sondern tritt von vornherein als neuer selbständiger Typus auf, der sich von dem älteren schon durch Material und Technik — Holzschnitzerei anstelle von Metallguß — unterscheidet. Man wird die Vermutung Dehios teilen dürfen, daß die Entstehung dieser großen Kruzifixe ursprünglich mit dem Kultus eines bestimmten Altars zusammenhängt, des sogen. Laien- oder hl. Kreuzaltars, der in größeren Kirchen am Ende des Mittelschiffs aufgestellt zu werden pflegte; doch finden wir die monumentalen Holzkruzifixe auch zahlreich in solchen Kirchen, die einen eigenen Altar des hl. Kreuzes nie besaßen, und zwar, soweit sie nicht später versetzt wurden, mit wenigen Ausnahmen immer an der gleichen Stelle der Kirche, nämlich an dem sog. Triumphbogen, d. h. dem großen Bogen, der den Ostchor der Kirche von der Vierung scheidet. Der Holzkruzifixus, nach dem Ort, an dem er angebracht zu werden pflegte, Triumphkreuz genannt, wurde dabei entweder allein mit Ketten an dem Scheitel des Bogens befestigt, so daß er frei im Raume schwebte, oder er fand — seit dem 13. Jahrhundert in zunehmendem Maße — Aufstellung auf einem innerhalb der Öffnung des Triumphbogens quer durch

<sup>3)</sup> Vgl. zu diesen einleitenden Bemerkungen G. Dehio, Geschichte der deutschen Kunst. Bd. I. Berlin und Leipzig 1921. Seite 188 ff und 312 ff.

den Raum gezogenen Balken, wobei ihm dann regelmäßig die Gestalten der Maria (rechts) und des Johannes (links), gelegentlich auch je eines Engels auf jeder Seite beigegeben wurden, die den einfachen Kruzifixus zu einer Kreuzesgruppe ergänzten. Die Beispiele solcher Triumphkreuzgruppen sind in Deutschland in den folgenden Jahrhunderten recht zahlreich. Bei der weiten Verbreitung derselben auch im Norden und Nordosten bis hinauf nach Ostpreußen darf man annehmen, daß auch die baltischen Kirchen schon früh Werke dieser Art besessen haben. Erhalten sind indes nur noch ganz wenige Exemplare, die nach den Angaben bzw. Abbildungen bei Nottbeck-Neumann<sup>4)</sup> und Guleke<sup>5)</sup> genannt werden mögen:

Reval. Triumphgruppe in S. Nicolai. Neumann erwähnt sie als „einfaches Triumphkreuz“ in „Werke mittelalterlicher Holzplastik etc.“ (s. o.) und zwar als einheimische Arbeit, die die Jahreszahl 1434 trägt. In dem Revaler Inventar (s. Anmerkung 4) datiert er sie mit 16. Jahrhundert, die Inschrift auf dem Balken gibt die (wenn sie sich auf die Herstellung des Gesamtwerkes bezieht, jedenfalls falsche) Jahreszahl MDC XXXIV=1634, nicht 1434, wie Neumann liest. Diese Angaben sind ihrer Widersprüche wegen also unbrauchbar. Nach zwei allerdings ganz ungenügenden Abbildungen bei Guleke zu urteilen (F IV, Tafel X und Xa), scheint das Werk aber tatsächlich der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts anzugehören. Zwei weitere Gruppen in Reval im Dom S. Marien und in der hl. Geistkirche, von denen mir keine Abbildungen bekannt sind, gehören nach Neumann in das 17. Jahrhundert. Ein Triumphkreuz auf einem Balken befestigt, aber ohne Nebenfiguren besitzt ferner die Kirche zu S. Johannis in Estland (Jerwen)<sup>6)</sup>. Das Alter des Werkes läßt sich nach der Abbildung bei Guleke (F VI, Taf. IV) nicht bestimmen. Von der Triumphgruppe der Dorpater S. Johannis-kirche ist nur noch die Figur des Johannes erhalten (Dommuseum in Riga), die dem späten 16. oder dem 17. Jahrhundert angehören dürfte<sup>7)</sup>.

<sup>4)</sup> Nottbeck, E. von, und Neumann, W.. Geschichte und Kunstdenkmäler der Stadt Reval. 2. Lieferung, Reval 1899.

<sup>5)</sup> Guleke, R., Alt-Livland. Mittelalterliche Bandenkmäler Liv-, Est-, Kurlands und Ösels. Hamburg o. J.

<sup>6)</sup> Wenn der heutige Zustand ursprünglich ist, so verdient das Werk, als von dem üblichen Schema abweichend, Beachtung; doch wird man zunächst annehmen müssen, daß die Assistenzfiguren früher vorhanden waren und dann aus irgend einem Grunde entfernt wurden.

<sup>7)</sup> Vielleicht gehört zu dem Johannes als Pendentfigur eine Maria, die z. Z. im Kreuzgang des Domes abgestellt ist. Die Größenmaße der Figuren entsprechen einander fast genau und auch die Entstehungszeit könnte die gleiche sein. Einer Erörterung dieser Frage kann jedoch erst



Die Reihe dieser Triumphkreuze wird nun durch den jüngsten Fund in besonders wertvoller Weise erweitert, da unser Werk zeitlich an die Spitze derselben gehört.

**Fundumstände.** Auf dem Boden der S. Jakobikirche in Riga im Dachraum über dem südlichen Seitenschiff zwischen allerlei Gerümpel liegend entdeckt, wurde es zunächst in das S. Jakobipastorat geschafft und gelangte dann zur wissenschaftlichen Untersuchung in das Dommuseum. Da es mit einer dicken Schicht von Taubenschmutz und Staub bedeckt war, wurde es zunächst unter Anwendung von gewöhnlichem Wasser und einer unschädlichen Seife gründlich abgewaschen, worauf die im allgemeinen noch gut erhaltene Polychromie des Werkes zutage trat. Frau E. von Cube, die die Reinigung ausführte, gibt an, daß die Farbschicht durch das Waschen in keiner Weise beschädigt worden sei. Schon vor der Säuberung, noch auf dem Boden der Jakobikirche, war der Kruzifixus photographiert und die Aufnahme dem Direktor des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, Prof. Zimmermann, zur Begutachtung geschickt worden. Sein Antwortschreiben ist mit seiner Erlaubnis als Beilage in extenso abgedruckt. Die nach der Reinigung angestellte Untersuchung des Werkes bestätigte im großen und ganzen die vorläufigen Angaben Zimmermanns, gestattete aber sie in verschiedenen Punkten zu ergänzen.

**Beschreibung. Größenmaße.** Höhe des Kreuzes 287 cm. Breite der Kreuzarme 186,8 cm. Höhe des Körpers 139,5 cm. Armspannung 150,5 cm.

**Erhaltungszustand.** Das Kreuz selbst ist im wesentlichen gut erhalten. Während der Querbalken aus einem Stück besteht, ist bei dem Vertikalbalken der obere Arm, der das Inschriftband trägt, angestückt, ohne daß deshalb an eine spätere Ergänzung dieses Teiles gedacht zu worden braucht. An diesem Arm fehlt ein Teil der Vierpaßendigung. Weitere abgesplitterte Stücke sind wieder angefügt. Die untere Vierpaßendigung ist auf den Vertikalbalken in Höhe von 4,5 cm über dessen unterer Endigung aufgesetzt und zeigt das Kleeblattmotiv in reduzierter Form. Diese Tatsache spricht unbedingt dafür, daß der Kruzifixus in seiner ursprünglichen Verwendung nicht frei im Raum hängend angenommen werden darf, sondern als Mittelstück einer Kreuzesgruppe auf einem Triumphbalken befestigt war. Die Vierpaßendigungen der Kreuzarme trugen in der Mitte je einen runden Knopf, von denen nur noch zwei erhalten sind. Über die Vermutung von Zimmermann, daß

---

näher getreten werden, wenn durch einen Wechsel in der Aufstellung der Maria ein stilistischer Vergleich mit der Figur des Johannes und zugleich überhaupt eine genauere Untersuchung ermöglicht wird, die an dem jetzigen Standort der Dunkelheit wegen nicht angestellt werden kann.

das ganze erhaltene Kreuz eine dem ursprünglichen getreu nachgebildete spätere Replik sei, wird bei der Frage der Bemalung zu sprechen sein. — Im Gegensatz zum Kreuzesstamm zeigt der Körper nicht unbeträchtliche Ergänzungen. Es macht den Eindruck, als wäre er bei irgend einer Gelegenheit, etwa einem Bildersturm, mutwillig beschädigt worden. Die darauf folgende Restaurierung wurde von einem künstlerisch offenbar ganz ungeschulten Handwerker in roher Weise durchgeführt. Ihr gehören die beiden Arme sowie die Vorderteile der beiden Füße mit den plumpen Zehen an. Der rechte Arm ist glatt an die alte Schulterpartie angesetzt, der linke mit einer kurzen Hinterführung an den Rücken. An dieser Stelle ist auch ein kleineres, vielleicht noch ursprüngliches Rückenstück zugleich mit dem Arm neu eingefügt. An der linken Hand fehlt der Daumen, an der rechten die gekrampft umgebogenen Finger, während der kurze äußerst plumpe Daumen erhalten ist. Den Unterschied der Behandlung zwischen den alten und neuen Partien sieht man, wie schon Zimmermann an Hand der Photographien bemerkt hat, am besten, „wenn man die Partien an Knie und Knöchel mit denen an den Handgelenken vergleicht“. Am Kopf weist die Haarpartie besonders starke Risse im Holz auf, wie solche schwächer auch am Körper vorkommen, doch scheint es, daß die abgesplitterten und wieder eingesetzten Teile hier ursprünglich sind. Der ganze übrige Körper mit den Beinen ist bis auf kleine Absplitterungen gut erhalten. Das Material ist, laut freundlicher Mitteilung des Herrn Prof. Kupffer, in allen Teilen des Kreuzes und Körpers, auch den ergänzten, Eichenholz.

**Bemalung.** Der allgemeine Eindruck, den die Polychromie des Werkes (mit dem technischen Handwerksausdruck „Fassung“ genannt) in ihrem heutigen, d. h. letzten Zustand macht, ist folgender: Der Kreuzesstamm ist braun und mit hellen sandfarbbraunen parallelen Schrägstrichen bedeckt, die gewissermaßen vom Körper ausstrahlen und sich auch auf die übrigen Teile des Kreuzes fortsetzen. An dem oberen Kreuzarm über dem Kopf sind Spuren eines grünen Bandes erhalten, von dessen Inschrift (INRI) jedoch nichts mehr zu erkennen ist. Der Körper selbst zeigt einen rosagelben Fleischtön, der zum größten Teil durch Staubablagerung schmutzig grau erscheint. Haare und Bart sind dunkelbraun, das Lendentuch schmutzig weißgelb. Auf dem Körper, den Armen, Füßen und dem Gesicht sind reichlich rote Blutflecken angegeben.

Schon bei oberflächlicher Betrachtung aber entdeckt man an Stellen, wo die oberste Farbschicht abgesplittert ist, zahlreiche weitere Farbspuren, die einer darunter liegenden älteren Schicht angehören. Ein absolut klares Bild des ursprünglichen



Zustandes läßt sich schwer gewinnen, wenn man sich nicht entschließt die oberste späteste Farbschicht zu entfernen. Mit großer Wahrscheinlichkeit konnte folgendes festgestellt werden: Kreuzesstamm. 2 Phasen der Bemalung. Die untere Farbschicht, dem älteren Zustand entsprechend, ist durchweg grün. Die Wahl der grünen Farbe für das Kreuz — das nach der Legende „aus dem Holz des Baumes gezimmert war, den Seth aus einem Steckling vom Baum des Lebens auf das Grab des Adam gepflanzt hatte“ — ist in älterer Zeit nicht selten, und häufig genug wird anstelle des Kreuzes überhaupt ein Baumstamm mit gegabelten Zweigen gegeben, an dem der Körper Christi hängt. Diese grüne Schicht sitzt direkt auf dem Holz auf und findet sich bereits in allen, auch den angefügten Teilen. Dieser Phase gehört auch eine schwarze Ränderung des Kreuzesstammes an, die durch Absplittern der darüber liegenden Farbschicht heute wieder an vielen Stellen freiliegt (s. o.). — 2. Phase: braune Übermalung, die auch über den schwarzen Rand und die ebenfalls schwarze Umränderung der Rosetten in den Vierpässen hinwegging. Auf diese Schicht sind dann die hellen Schrägstreifen und Angaben von Blutflecken aufgetragen. — Schwieriger ist die Feststellung der Farbenverhältnisse beim Körper selbst. Hier sind offenbar 3 Phasen zu unterscheiden. Von der untersten Schicht sind nur noch an einigen der am stärksten beschädigten Stellen deutliche Spuren in der natürlichen Farbe von Blutstropfen zu erkennen. Diese Schicht fehlt auf den Armen. Darüber sitzt dann eine zweite Farbschicht in einem hell-fleischfarbenen Tone, auf der noch Blutangaben nachweisbar sind; diese endlich ist mit einer letzten sehr dünnen dunkler-bräunlichen Schicht bedeckt, die, durch Staub und Schmutz stark mitgenommen, den heutigen Eindruck bestimmt. Auf dieser letzteren dann wieder reichliche Blutangaben (s. o.). Diese beiden Schichten finden sich auch auf den Armen. — Den 3 Farbschichten auf dem Körper entsprechen ebenfalls 3 auf dem Lendentuch. Zuunterst eine grauweiße, der möglicherweise auch noch einige blaugrüne Farbspuren angehören, darüber eine reicher-farbige mit hell- und dunkelgrauen, bläulichen und grünlichen Tönen in den Faltenzügen und endlich darüber eine ganz dünne schmutzig gelblich-weiße. — Man wird darnach auch an den Haarpartien des Kopfes 3 Schichten anzunehmen haben, doch ist die Farbigkeit hier durch den Schmutz, der sich in den zahlreichen Vertiefungen festgesetzt hat, besonders verunklärt. 2 Schichten sind mit Sicherheit zu unterscheiden — eine ältere, die heller-braune Haare und eine grüne Dornenkrone zeigt, darüber eine dunkel-schokoladenbraune, die über Haare und Dornenkrone gleichmäßig hinweggeht.

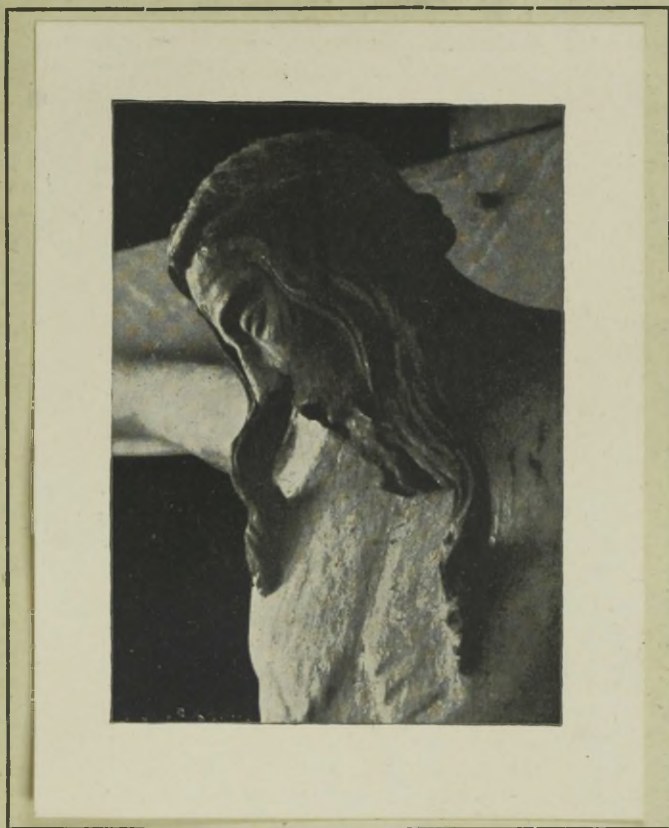
Es zeigt somit der Körper drei Farbschichten übereinander, das Kreuz aber und die angesetzten Arme nur zwei. Aus dieser Beobachtung des farblichen sowie des sonstigen Erhaltungszustandes wird man folgenden Schluß ziehen müssen: Bei irgend einer Gelegenheit wurde der schon farbig gefaßte Körper gewaltsam von seinem älteren Kreuz entfernt und teilweise zertrümmert. Eine spätere Restauration ersetzte das Kreuz, die Arme und jedenfalls auch die Füße, worauf das Ganze neu gefaßt wurde (= unterste Farbschicht des Kreuzes und der Arme, zweite des Körpers). Einer noch späteren Zeit verdankt dann das Werk die letzte, sehr rohe Totalübermalung. Die oben angedeutete Vermutung Zimmermanns über die spätere Erneuerung des Kreuzesstammes zugleich mit den Armen scheint somit durch den Farbenbefund eine Bestätigung zu finden.

**Kunstgeschichtliche Einordnung.** Durch die Beschädigung des Werkes und die spätere Restauration haben die Teile, die für die zeitliche Einordnung desselben bestimmend sind, verhältnismäßig wenig gelitten, so daß die wesentlichen stilistischen Merkmale mit genügender Deutlichkeit zu erkennen sind. Diese weisen nun auf die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts als Entstehungszeit hin.

Der stilistische Entwicklungsgang der Monumentalkruzifixe sei kurz angedeutet. Im 12., noch im wesentlichen romanischen Jahrhundert zeigen sie einen ausgesprochen hieratischen Typus. Der Körper, mit einem Rock oder einem langen Schurz bekleidet, hängt nicht eigentlich am Kreuz, sondern er steht gleichsam in streng frontaler und vertikaler Stellung vor ihm. Die Füße sind nebeneinander gestellt, entweder ohne Nägel oder mit 2 Nägeln genagelt. Das Haupt ist leicht vornüber, nicht seitlich geneigt und trägt gelegentlich eine Königskrone, nie Dornen. — Zu Beginn des 13. Jahrhunderts löst sich das strenge Schema. Der sog. byzantinische Typus dringt ein, der einen anatomisch gut beobachteten und gepflegten Körper mit beträchtlicher Seitenausbiegung zeigt. Seit etwa den 30er Jahren des 13. Jahrhunderts werden auch die Füße, die in dem byzantinischen Schema noch nebeneinander stehen, übereinander gelegt und mit einem Nagel befestigt, was ein weiteres Sacken und Ausbiegen des Körpers, wie es beim Hängen natürlich ist, zur Folge hat. Erstmalig tritt die Dornenkrone auf, die von da ab niemals fehlt. Noch im 13. Jahrhundert wird dann der Realismus in der Behandlung des Körpers voll, aber einstweilen ohne Übertreibung entwickelt. Der Körper erscheint stets nach rechts ausgebogen, der Kopf ist auf die rechte Schulter geneigt; dieses Schema wird auch später durchweg beibehalten. — Die 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts bringt insofern eine sehr deutliche Veränderung des Typus, als das psychologische Moment des Leidens,



das bei den früheren Darstellungen entweder ganz fehlte oder eine untergeordnete Rolle spielte, nicht nur in den Vordergrund gerückt, sondern zugleich in der Darstellung mit äußerster Drastik auf die Spitze getrieben wird. Die geklärte Realistik des 13. Jahrhunderts wird gelegentlich fast bis zur Karikatur verzerrt. Der Körper hängt tief herunter, die Knie stoßen in scharfem Winkel vor, der Bauch ist eingezogen, die Rippen



treten hart betont hervor, Arme und Beine sind abgezehrt dünn, dickes Blut rinnt, oft plastisch gebildet, in widerlichen Klumpen aus den breiten Wundmalen, die Gesichtszüge sind in furchtbarem Schmerz verzogen. Dann um die Mitte des 14. Jahrhunderts tritt eine zunehmende Beruhigung ein. Die Motive bleiben im allgemeinen die gleichen, aber sie glätten sich immer mehr. Der Ausdruck des Leidens, sowohl des körperlichen

wie des seelischen, wird gedämpfter; er ist herb, aber nicht mehr kraß oder gar brutal.

Dieser Periode nun gehört unser Werk an. Der stark vorgewölbte Brustkorb mit den scharf markierten, gegen die Bauchpartie in harter Linie abgesetzten Rippen, die eingezogenen Hüften, die vorstoßenden Kniee, die ganze schmerzliche Realistik des Kopfes sind allgemeine Merkmale des 14. Jahrhunderts, ebenso wie die typische Behandlung des Lententuches, das in der Mitte in einer Reihe parallel hängender Faltenzüge angeordnet ist, die sich an beiden Seiten zu Faltenbäuschen sammeln<sup>8)</sup>. Für die speziellere Datierung ist dann aber die unverkennbare, in unserem Werk sogar sehr ausgesprochene Mäßigung der Empfindung entscheidend. Der Körper hat wieder die senkrechte Stellung eingenommen und ist am Kreuzesstamm so hoch hinaufgerückt, daß die Arme, die in ihrer Haltung zweifellos richtig ergänzt sind, sich beinahe der Horizontale nähern, während sie in der ersten Hälfte des Jahrhunderts in scharfem Winkel abwärts führen; und auch der Ausdruck des Gesichts trägt zwar den Stempel des Leidens, ist aber ruhig und gehalten. Unter Berücksichtigung aller dieser Indizien werden wir die Datierung Zimmermanns bestätigen dürfen, der für die Entstehung des Werkes die Spätzeit des 14. Jahrhunderts, ca um 1380, annimmt<sup>9)</sup>.

Dieser Entstehungszeit des Gesamtkruzifixus entspricht seinen Formen nach auch der Kreuzesstamm, so daß er dem älteren Kreuz, von dem vielleicht Teile erhalten waren, nachge-

<sup>8)</sup> Die Angabe in dem Schreiben von Prof. Zimmermann, daß die Anbringung des Schamtuches nicht in der Hüfte selbst, sondern erst in der Gegend der weitesten Ausladung der Beckenknochen für das ausgehende 14. Jahrhundert besonders charakteristisch sei, scheint mir nicht zutreffend. In der Tat findet man dieses Motiv durchweg, aber nicht erst in der 2., sondern bereits in der 1. Hälfte des 14., ja auch schon im 13. Jahrhundert.

<sup>9)</sup> Eine Beantwortung der noch nicht geklärten Frage nach der lokalen Provenienz des Kruzifixus könnte, besonders wenn provinziiale Herkunft nachgewiesen wird, allerdings zu einer Modifikation der vorläufigen Annahme über die Entstehungszeit desselben nötigen, und zwar in dem Falle zu einer Verschiebung der zeitlichen Grenze nach unten zu bis in die ersten Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts hinein. So will Prof. A. Goldschmidt—Berlin, der die Freundlichkeit hatte mir brieflich seine Meinung über unser Triumphkreuz mitzuteilen, es „mit Rücksicht darauf, daß es doch vielleicht norddeutschen oder nordischen Ursprungs ist“, nicht vor 1400 ansetzen; und Prof. G. Dehio in Tübingen, der sich ebenfalls in liebenswürdiger Weise zu der Frage unseres Triumphkreuzes äußerte, meint, die Datierung auf ca 1380 gebe die oberste Grenze richtig an, im ganzen sei ihm jedoch ein jüngerer Datum abwärts bis 1420 wahrscheinlich, indem er in dem gleichen Schreiben die Ansicht ausspricht, daß der Rigaer Kruzifixus doch wohl einheimischen Ursprungs sein dürfte.





bildet sein könnte<sup>10)</sup>. Die Frage nach dem Zeitpunkt dieser großen Restaurierung, der vor allem die Arme und Füße angehören, wird offen bleiben müssen; doch kann man, wenn man annimmt, daß der Kruzifixus während der Bilderstürmerzeit der Reformationsepoche entfernt und zertrümmert worden ist, — und diese Vermutung liegt recht nahe, da dieser Zeit die meisten älteren Schnitzwerke, die sich im Lande befanden, zum Opfer gefallen sind — wohl annehmen, daß sie während der 63 Zwischenjahre der polnisch-katholischen Herrschaft von 1562—1625 vorgenommen worden sein wird und zwar eher am Anfang als am Ende dieser Periode<sup>11)</sup>. Über die Zeit aber der letzten rohen Übermalung läßt sich einstweilen auch vermutungsweise nichts aussagen.

**Herkunft.** Die zeitliche Einordnung unseres Kruzifixus führt nun zu der Beobachtung, daß es nicht nur das älteste erhaltene Stück seiner Art in unseren Landen ist, sondern zugleich auch, soweit festgestellt werden konnte, ein verhältnismäßig frühes Beispiel für das Erscheinen dieses Typus im nordostdeutschen Kulturgebiet überhaupt. Diese an sich interessante Tatsache würde nun ungemein an Bedeutung gewinnen, wenn es sich erweisen ließe, daß unser Werk einheimischen Ursprungs sei. Leider läßt sich aber die Frage nach der Herkunft desselben weder in dem angedeuteten Sinne noch überhaupt positiv beantworten.

Über die Tätigkeit einheimischer Bildschnitzer in Riga und überhaupt allgemein in Alt-Livland sind uns aus mittelalterlicher Zeit nur ganz spärliche und unsichere Nachrichten erhalten. Von den in Frage kommenden Quellen (*Libri redituum*, Erbebücher, Schragen etc.) erwähnen nach der Zusammenstellung bei Stieda und Mettig<sup>12)</sup>, die neben Riga auch Reval vergleichend berücksichtigen, nur die Erbebücher von Riga von 1385/1483 und von 1493/1574 das Gewerbe der *snytker* (*snyttkeker*, *sniddeker*). Dabei aber werden wir unter der Bezeichnung Schnitzer zunächst möglicherweise überhaupt nur Tischler zu verstehen haben.

<sup>10)</sup> Anstelle der einfachen Knöpfe, die hier in der Mitte der Vierpaßendigungen sitzen, finden sich sonst im 14. Jahrhundert gewöhnlich, aber nicht immer, Darstellungen der 4 Evangelistensymbole (Adler, Stier, Löwe, Mensch bzw. Engel).

<sup>11)</sup> Die Annalen des Jesuitenkollegiums in Riga (1604—1618), die auf Veranlassung des Herrn Stadtbibliothekars Dr. Busch in einer Abschrift von L. Napiersky auf ev. Angaben über die Restaurierung oder die Provenienz des Kruzifixus hin durchgesehen worden sind, erwähnen das Werk überhaupt nicht.

<sup>12)</sup> W. Stieda und C. Mettig, *Schragen der Gilden und Aemter der Stadt Riga bis 1621*. Riga 1896. Vgl. auch C. Mettig, *Zur Geschichte der Rigaschen Gewerbe im 13. u. 14. Jahrhundert*. Riga 1893.



Die einzige Notiz, die einen solchen als Bildschnitzer in unserem Sinne erwähnt, enthält das Ausgabebuch der Stadt Riga von 1405—1474, wo es unter dem Rechnungsjahr 1473/74 heißt, daß einem gewissen Jakob snytker 4 marck ausgezahlt worden seien „vor den Rolande to makende“, wobei es sich jedenfalls um die Anfertigung einer neuen und nicht die Ausbesserung einer alten Rolandsstatue handelte <sup>13)</sup>.

Läßt uns somit die urkundliche Überlieferung fast völlig im Stich, so müssen wir auch ausgehend von den wenigen Holzbildwerken, die sich noch erhalten haben (s. o.), zu dem Schluß kommen, daß die Kunst des Bildschnitzens in so früher Zeit hierzulande noch nicht in nennenswertem Umfang ausgeübt wurde, da man noch im 15. Jahrhundert wenigstens alle größeren Werke dieser Kunstgattung aus dem deutschen Mutterlande bezog, wie das für die noch erhaltenen Schnitzaltäre bzw. ihre Reste teils sicher nachweisbar, teils sehr wahrscheinlich ist.

Wir werden daher zunächst geneigt sein auch für eine künstlerisch so tüchtige Arbeit, wie unseren Kruzifixus, den G. Dehio ein „ausgezeichnetes Stück“ nennt, die gleiche Herkunft aus einem der bedeutenderen Zentren der damaligen Kunstübung anzunehmen. Als solches käme für den vorliegenden Fall neben dem Nordwesten Deutschlands (Köln, Westfalen bis Hamburg und Lübeck) auch Böhmen in Frage, das in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts für wenige Jahrzehnte eine führende Rolle in der deutschen Kunst spielte und seinen Einfluß nicht nur nach Süden und Westen, sondern auch nach Norden und Osten geltend machte <sup>14)</sup>. Aber unser Kruzifixus weist keinerlei Merkmale auf, die eine auf mehr als bloße Vermutung gegründete Lokalisierung gestatten würden <sup>15)</sup>. Wir müssen uns daher mit diesen Andeu-

<sup>13)</sup> Vergl. H. Hildebrand, Die Rulandssäulen und der Ruland von Riga, in den Sitzungsberichten der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde 1874. Seite 76.

<sup>14)</sup> Auf böhmische Provenienz könnte vielleicht aus dem besonderen Charakter des Kopftypus geschlossen werden. Es darf in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden, daß in den Jahren 1304—1341 ein Fredericus, der als „baro ex Boemia“ bezeichnet wird, Erzbischof von Riga war. Die Vermutung wäre immerhin erlaubt, daß sich unter ihm künstlerische Beziehungen zwischen Riga und Böhmen angebahnt hätten, die auch nach seinem Tode noch fortgedauert haben könnten. Prof. A. Goldschmidt, der die große Freundlichkeit hatte die böhmischen Inventare auf Parallelbeispiele hin durchzusehen, teilt mir mit, daß sich solche nicht haben finden lassen.

<sup>15)</sup> Da in den hiesigen Bibliotheken nur ein kleiner Teil der Inventare vorhanden ist, die zum Vergleich hätten herangezogen werden müssen, verzichte ich auf die speziellere Anführung und Erörterung von Parallelbeispielen, die ohnehin nur lückenhaft hätte sein können. Einige Beispiele aus dem Nordwesten Deutschlands führt Zimmermann an (vgl. die Beilage), ohne indes eine bestimmte Ansicht über die Herkunft des Rigauer Kruzifixus



H. Laakmann. Dorpat



tungen bescheiden. Immerhin aber gewinnt durch die Tatsache, daß keine zwingenden Gründe stilkritischer Art uns nötigen, das Werk dem einen oder anderen Kunstkreise zuzuweisen, die Möglichkeit, daß es sich doch um eine einheimische Arbeit handeln könnte, eine größere Wahrscheinlichkeit. Es ist zu hoffen, daß im Laufe der Zeit weitere Funde mittelalterlicher Plastik im Lande gemacht werden, die uns erlauben würden, durch sorgfältige Vergleichung derselben untereinander und mit den bereits bekannten Werken von einer breiteren Basis aus sichere Kriterien der Beurteilung zu gewinnen, mit deren Hilfe auch die Frage, die wir hier offen lassen mußten, in befriedigender Weise beantwortet werden könnte.

**Bellage:** Schreiben des Herrn Prof. Zimmermann—Nürnberg an den Herrn Stadtbibliothekar Dr. Busch—Riga:

Das von Ihnen in der Jakobikirche in Riga aufgefundene gotische Kruzifix hat uns sehr interessiert und wir gratulieren Ihnen aufs beste zu diesem schönen Funde. Was zunächst den Erhaltungszustand des Stückes anlangt — soweit sich derselbe überhaupt nach der Photographie beurteilen läßt —, so ist zu bemerken, daß es erscheint, als wären die beiden Arme und wohl auch das Kreuzholz spätere Ergänzungen. Dieses scheint dem alten getreu nachgebildet zu sein; die Vierpaßendigungen entsprechen der Entstehungszeit genau. Die Arme scheinen von einem sehr handwerksmäßigen „Meister“ angesetzt worden zu sein; man sieht den Unterschied am besten, wenn man die Partien an Knie und Knöchel mit denen an den Handgelenken vergleicht.

Über die Frage der Bemalung läßt sich natürlich an Hand einer Photographie noch weniger Bestimmtes sagen; doch scheint es fast so, als ob dicke, durch häufige aufeinanderfolgende Bemalungen erzeugte Farbschichten an manchen Stellen (Gesicht) die plastischen Feinheiten verdunkelten. Vielleicht empfiehlt es sich Proben zu machen, ob die ursprüngliche, erste Bemalung noch erhalten ist, sonst müßte man eben auf die älteste gut-erhaltene Fassung zurückgreifen.

Die Entstehungszeit des Stückes wird wohl das ausgehende 14. Jahrhundert sein (ca. 1380), gewissen Eigentümlichkeiten

---

auszusprechen. Auch A. Goldschmidt enthält sich einer bestimmten Meinungsäußerung über diesen Punkt, weist aber darauf hin, daß unser Werk eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Kruzifix in Odensala in Schweden zeige (Curman und Roosval, Sveriges Kyrkor, Uppland Bd. IV, Heft 1, Seite 93). Eine nähere Untersuchung in der damit angedeuteten Richtung wäre jedenfalls sehr wünschenswert. Daß G. Dehio für die Annahme einheimischer Provenienz, als der vorläufig wahrscheinlichsten, eintritt, ist bereits erwähnt worden.

der Kopf- und Haarbehandlung nach, vor allem aber nach der Eigenart, das Schamtuch nicht in der Hüfte selbst, sondern erst in der Gegend der weitesten Ausladung der Beckenknochen beginnen zu lassen, eine aufs engste mit der damaligen Tracht zusammenhängende Gepflogenheit.

Kunstgeschichtliche Parallelen, die auf die Provenienz dieses Stückes schließen ließen, haben wir nicht gefunden. Am nächsten kommt Ihrem Kruzifix eine gleiche Darstellung in der Sammlung Schnütgen-Köln (Katalog v. Witte, Skulpturen Tafel XII Nr. 1), eine aus Westfalen stammende Arbeit des späten 14. Jahrhunderts. Ein um ein bis zwei Jahrzehnte jüngerer Typus ist in unserem Museum (Josephi, Die Werke plastischer Kunst im Germanischen Nationalmuseum Nbg. 1910 Nr. 227; angeblich aus Köln, wo diese Gattung noch in mehreren Beispielen vorkommt). Aus Lübeck oder Nordostdeutschland ist uns kein verwandtes Beispiel bekannt. Damit sei jedoch nicht gesagt, daß das Kruzifix der Jakobikirche eine westdeutsche Arbeit ist; es ist damit nur eine Station der Wanderung des ganzen Typus angegeben, der ja seinen Ursprung in Frankreich gehabt hat.

Die Leitung des Germanischen Nationalmuseums:  
Zimmermann, I. Direktor.



## Ebereschenzauber der Letten.

Von Edith Kurtz.

Sage und Sitte, Zauberei und Aberglauben der Letten bezeugen wieder und wieder, in einer Fülle kleiner Züge die zauberhafte Kraft der Eberesche, sofern es gilt dämonische Mächte zu bannen. Denn sie war ein heiliger Baum<sup>1)</sup> (Jelg. r. kr. VI 29; Saule 1924 Nr. 19, S. 157). So gab es in Schleck (Kreis Windau) zwei Bäume, bei denen bis ins vorige Jahrhundert hinein Opfer niedergelegt wurden, — eine Linde und eine Eberesche (Inland 1836 Sp. 139); auch sollen die alten Letten zu Johanni an bestimmten Plätzen zusammengekommen sein und dort Hütten aus Birken- und Ebereschenzweigen angefertigt haben, um den Tag der Sonnenwende in Freuden zu begehen<sup>2)</sup>. Die traditionelle Benutzung der Bäume lässt auf besondere Kräfte schliessen, die man gerade ihnen zuschrieb.

Die Vorstellungen, die der lettische Volksglaube mit der Eberesche verbindet<sup>3)</sup>, finden sich bei indogermanischen Völkern, wie auch bei Finnen, Esten, Lappländern wieder; sei es, dass sie gleichfalls mit der Eberesche verknüpft sind, oder dass an deren Stelle Eibe, Faulbaum, Schneeball, Weissdorn oder Hollunder treten — immer ist es der Baum mit den roten Beeren, denn auch die schwarzen Hollunderfrüchte zeigen einen roten Querschnitt. Wie aus den Wolken das Blitzfeuer, flammt aus dem Laub das Rot der Beeren, und primitivem Empfinden offenbaren sich geheime Beziehungen<sup>3)</sup>.

Eine verwischte Spur von der Zugehörigkeit der Eberesche zum Gewittergott liegt vielleicht in dem lettischen Heilsegen: „Entweiche, unreiner Geist, gib Raum dem heiligen Geist. Es wird Pehrkon hinter dreimalneun Pihlbeerbäumen (=Ebereschen) hervorblitzen, dann wird er dich in dreimalneun Stücke zerschmettern“ (Br. S. 120 Nr. 55). Die Eberesche werde nicht vom Blitz getroffen, sagt man in Bayern (Hovorka u. Kronfeld, Vergleichende Volksmedizin, Stuttgart 1908 I 104), und im lettischen Volksliede (Latvijas dainas Nr. 34130) heisst es: „Mag das Wetter sein, wie es ist, ich bin in des Wacholders Schatten. Der Wacholder, die Eberesche haben ein Kreuzchen am Ende der Beere.“ Die Gleichsetzung der Bäume im zweiten Satz lässt wohl den Schluss zu, dass beide Bäume gegen Unwetter schützen.

\*) Vgl. Dzimtenes Vēstnesis 1916, 24. Juni, wo eine Stelle aus einem Artikel von K. Graudiņš: Senais Latvietis, zitiert wird; auf welche Quelle letzterer zurückgeht, ist mir unbekannt.

Dieses „Kreuzchen am Ende der Beere“, d. h. die Stelle des Blütenbodens, hat übrigens nichts mit dem Symbol des Christentums zu tun, sondern ist fünfeckig, wie das Pentagramm, das im Lettischen „Alpkreuz“ heisst und auch nach lettischem Glauben ein Abwehrmittel gegen unreine Geister ist. Da nun der Blitz als ein hinter dem Dämon dreinfahrendes Wurfgeschoss des Gottes gedacht wird, die Dämonen aber die Eberesche fliehen, so ist man freilich unter diesem Baum vor Blitzgefahr gesichert.

Der Blitz als Waffe, als Zuchtrute in der Hand des Gottes ist der lettischen Sage kein fremdes Bild. „Der Himmelsvater“, heisst es einmal, „hat Josapuntus (einen Wassergeist) mit der langen Peitsche<sup>4)</sup> totgeprügelt, d. h. der Blitz hat ihn erschlagen“ (L.-P. VI 235).

Wie vor Donner und Blitz flüchten die Dämonen aber auch vor dem Blitzsymbol in der Hand des Menschen — vor dem Ebereschenknüttel<sup>5)</sup>. Die mehr oder minder unsanfte Berührung mit der Eberesche ist daher ein immer wiederkehrendes Motiv in Sagen von Dämonenvertreibungen<sup>6)</sup>. Jupis, den schwarzen Mann, der nachts ums Haus geistert (L.-P. VII 474 = Br. S. 198); den Werwolf, der den Bauern anfällt (L.-P. VII 861); die Teufel, die in der Riege ihr Unwesen treiben oder die Menschen bedrohen (L.-P. V 128, 132, VI 164, VII 247, 256, 260, 261, 1122); den Dämon, der in Krähengestalt die Kälber im Stall schädigt (L.-P. VII 538); den Spuk in Mühle und Schloss (L.-P. I 146, VII 207), den Alp (L.-P. VII 657; Br. S. 198) — sie alle verjagt der Ebereschenprügel und eben nur der Ebereschenprügel<sup>7)</sup>. Bei einem Bauernhof in Magnushof wuchs eine grosse, alte Linde. Die war so alt, dass der Bauer fürchtete, sie könne über sein Haus stürzen, und er liess sie fällen. Nach getaner Arbeit sitzen die Knechte beim Abendbrot. Da ruft's aus dem Winkel der Stube: „Burschen, verdammt, was habt ihr meine Wohnung zerstört!“ Die Knechte springen auf, suchen im Winkel — nichts! Nur hören sie — tschaps —, tschaps —, wie wenn einer zur Tür gehe und hinauslaufe. Am folgenden Abend geschah das Gleiche. Jetzt ärgerten sich die Knechte, packten einen Ebereschenstock, fuhren mit ihm durch alle Winkel und trieben den Geist hinaus (L.-P. VII 796). — Die Hexen, die nachts mit ihren kupfernen Melkeimern um die Eiche tanzen, ehe sie den Kühen die Milch stehlen, bannt der Schlag mit der Ebereschengerte regungslos an den Fleck, bis sie ihrem bösen Vorhaben abschwören (L.-P. VII 549). — Durch kreuzweise vor das Stallfenster gelegte Ebereschenzweige versperrt ein Knecht den Hexen, die er bei ihrem heimlichen Tun im Stall beobachtet, den Rückzug, und nur ein vorgehaltener Zweig schützt den über die verzweifelten Sprünge der Gefangenen Lachenden vor ihrer Wut (L.-P. V 5). — Einst ging ein Knecht zu später Stunde in die Koppel und sah: eine



Hexe ritt auf einer Stampfe umher und rief immerzu: „Mir alles, mir alles“. Der Bursche schnitt sich einen Ebereschenstab, ritt auf ihm hinter der Hexe drein und rief: „Mir die Hälfte, mir die Hälfte.“ Die Hexe wagte nicht zurückzuschauen, dachte, Gott selber spräche (so stark empfand sie das von dem Stabe ausgehende göttliche Fluidum). Deshalb gab sie zur Antwort: „So geschehe es nach deinem Willen.“ Der Knecht ging heim, und was fand er? Alles Pferdegeschirr war mit reinem Schmand (Sahne) bedeckt (L.-P. VI 4), — es war die Hälfte des Segens, den die Hexe mit ihrem Zauberspruch an sich gebracht hatte. — Als Kinder in der Mahmesschlucht bei Windau unter dem Ruf „Teufel heraus“ mit einer Eberesche in ein Sumpfloch, Teufelsauge genannt, schlagen, fliegt der Böse als Heuwisch auf und davon (L.-P. VII 127), und der Puhkis, der in Gestalt eines schwarzen Katers Korn anschleppt, dadurch die Arbeit des mahenden Knechts vermehrend, erliegt dem Ebereschenknüttel des ergrimten Burschen (L.-P. VII 727). Ja, auch die Seelen Lebender und Toter zwingt dieses Bannmittel. Ein Bauer findet eine schlafende Hexe, aus deren Mund ein bunter Schmetterling fliegt. Er steckt seinen Ebereschenstock unter die Liegende. Nach einer Weile fliegt der Schmetterling wieder in den Mund hinein, sogleich aber kommt grauer Rauch aus der Nase der Schlafenden — die Zauberkräfte der Hexe sind verfliegen, von nun an konnte sie nicht mehr hexen (L.-P. VII 658). Die Leiche eines Zauberers, der immer wieder den Sarg verliess, sodass man ihn nicht begraben konnte, schlug man mit einem Ebereschenzweige. Da schlüpfte ein schwarzer Rabe — die umgehende Seele — in den Sarg, der Sarg ward vernagelt, vergraben, und nun hielt der Tote Ruhe (L.-P. VII 135, vgl. auch V 7, VI 33). Den Sarg einer Hexe umschlug man mit Ebereschenbändern (L.-P. VII 195); die Leiche eines vom Teufel Besessenen knebelte man mit 9 Ebereschenknebeln (L.-P. VII 193); toten Zauberern fesselte man die Füße mit Ebereschenbast oder jagte dem in die Erde Versenkten einen Ebereschenpfahl durchs Herz (Br. S. 207; L.-P. V 68, VII 134, 135). Die Geisterjungfrau, die auf dem Pagrabkalln bei Sehren in Kurland umging, zerfiel bei der Berührung mit der Ebereschengerte in zwei Goldstücke (L.-P. V 411).

„Vor dem da habe ich Angst, mit dem kann man meine Knochen zu Mehl zerschlagen“, bekennt ein Teufel beim Anblick eines Ebereschenknüttels (L.-P. VII 155). Er ist aber auch schlau genug, das Zauberholz zu seinem Vorteil auszunutzen. Zwar er selbst wagt nicht es zu berühren, jedoch er veranlasst ein geldgierig Bäuerlein ihm, bewaffnet mit einem solchen Knüttel, beim Heben eines Schatzes gegen seinen Höllenbruder beizustehen (L.-P. VII 481, 483). Ein andermal heisst es: Einst prügelten sich im Wirbelwind der Mitausche und der Doblensche Teufel.

Ein Vorübergehender vernimmt den Ruf: „Hol einen Pihlbeerstock, und verdrisch den Mitauschen Teufel!“ Er schlägt auf die Wirbelwolken los, dass es nur so staubt, der Wirbelwind legt sich, und der Doblensche Sieger erklärt: „Wohl hast du den Mitauschen Teufel erschlagen, aber auch ich hab' manchen Hieb gekriegt“ (L.-P. VII 484).

Die Furcht des Teufels vor der Eberesche sucht folgende Sage aus dem Doblenschen Kreise zu deuten. In alter Zeit, als Gott noch auf Erden wandelte, verlangte er vom Teufel, dieser solle die Namen aller Bäume im Gedächtnis behalten. Der Teufel behielt auch alle, einzig den Namen der Eberesche konnte er sich nicht einprägen und nannte sie „sehlo koku\*.“ Darum, weil er ihren Namen nicht behalten konnte, fürchtet der Teufel die Eberesche noch heutigen Tages (L.-P. VII 484). — Nach einer andren lettischen Sage ist die Eberesche — vielleicht mit durch den Anklang an ihren Namen „piladzis“ beeinflusst — der Baum des Pilatus, aus dem Christi Kreuz<sup>8)</sup> angefertigt wurde (P. Smidts, *Latviešu mitoloģija* S. 118). Im übrigen lag es der Volksphantasie, hier und anderwärts, nahe, die roten Beeren als Blutstropfen zu deuten und um ihren Ursprung eine Sage zu spinnen<sup>9)</sup>.

Ihrem Urwesen gemäss treiben die Dämonen ihr unholdes Spiel in Dunkel und Verborgtheit. Doch hinterlassen sie oft sichtbare Zeichen ihrer Anwesenheit; diese sogenannten „pesteli“ (Zauberdinge) — ein Ei, ein Lappen, ein Knochen — sind eine stumme Drohung, und erblickt man gar als Spur der Hexen den Hexenspeichel — auch Hexenbutter, Hexenmilch genannt, jenen gelben, weichen Schleimpilz an alten Wänden, Zäunen — so gilt es rasch den Ebereschenzauber anzuwenden. Mit einem Wollenlappen fasst man den Hexenspeichel zusammen, stopft alles in den Stamm einer angefaulten Eberesche und schliesst die Öffnung mit gleichem Holz (L.-P. VII 581, 587). Oder man schiebt den Speichel mit einer Ebereschengerte in einen Bastschuh vom linken Fuss, oder legt ihn in eine Radnabe von einem linken Rade, oder fegt ihn in einen Handschuh, der — wohlgemerkt — ein Kreuzmuster hat, und stopft diesen in ein Kuhhorn. Den Schuh zieht man unter Schlägen mit der Zaubergerete auf einen Kreuzweg oder in die Badstube, wo er verbrannt wird; Radnabe und Kuhhorn werden sorgfältig mit einem Ebereschenspflock verkeilt<sup>10)</sup>, in den Rauchfang gehängt und angesengt, an einen feuchten Ort gelegt, ins Wasser versenkt — je tiefer, desto sicherer — oder zum mindesten über neun Grenzen getragen

\*) Die Bezeichnung, deren Sinn unklar ist, findet sich noch in einer zweiten Sage, auch aus dem Doblenschen Kreise, ist also scheinbar ganz lokal; die gebräuchlichen Bezeichnungen sind: sērmūkslis, piladzis, seltener pucene, purene. Koks, Acc. koku, bedeutet Baum.



und fortgeworfen (L.-P. VI 13, VII 575, 576, 579, 581, 584, 586, 587, 588, 589; Br. S. 203, 204; Mgz. IV 64). Wehe der Hexe! „Möge dein Herz verfaulen, wie diese Radnabe“, tönt der Fluch. Was dem Hexenspeichel widerfährt — die Hexe spürt es am eigenen Leibe. Dunkel waltet die Macht der Sympathie. Blauschwarz angelaufen, gleich einer Gewürgten, kommt sie daher; brennender Durst treibt sie in die Hütte des Geschädigten<sup>11)</sup> — ein wenig Wasser aus seiner Hand, sie wäre erlöst, der Gegenzauber gebrochen (L.-P. V 12, VII 581, 584, 586, 588). Wer aber wird so töricht sein, die Rache aus der Hand zu geben. In Siuxt (Kreis Doblen) werden bei derartiger Gelegenheit alle Trinkgefäße ins Haus gebracht, der Zieheimer an den Brunnenkasten geschlossen (L.-P. VI 3). Wird das Wasser verweigert, so erstickt die Hexe, stürzt jählings tot zu Boden, oder es krepieren ihr zum mindesten die Kühe (L.-P. VII 575, 587). Wie mit dem Hexenspeichel, verfährt man auch sonst mit allerhand Zaubersachen. Wer auf seinem Felde etwa ein mit rotem Faden umbundenes Ei findet und ist ein wenig in der Zauberei bewandert, der wird in diesem Ei — in seiner Umschnürung wohl ein Bild gehemmten Wachstums — das Werk eines Neiders erkennen, das dem Acker das Gedeihen nimmt; er wird es mit Ebereschenspflocken in eine Radnabe verkeilen und diese auf freiem Felde verbrennen (Br. Nr. 654 u. S. 204). — Die Anwendung der Radnabe führt zur uralten Vorstellung von der Sonne als Rad. Auch bei Erzeugung der Notfeuer wurde ein Wagenrad benutzt, in dessen Nabe das Feuer durch Drehung entstand<sup>12)</sup>. Ist so die Radnabe Sitz des Feuers, dann wird es begreiflich, dass die Verbannung an diese Stelle der Hexe zur qualvollen, peinigenden Durst hervorrufenden Strafe wird.

Alle bösen Geister vertreibt und vernichtet die Eberesche, ihre bloße Anwesenheit ist den Menschen ein Gewähr höheren Schutzes. Will der Bauer sein Vieh vor Hexen, dem Alp oder ränkespinnenden Neidern schützen, so hält er einen Ebereschknüttel im Stall, schlägt wohl auch das Vieh damit; prügelt man an drei Morgen verhextes Vieh mit Ebereschenzweigen, so ergeht es den Hexen übel (L.-P. VI 5, 6). Wenn die Pforte zum Viehhof geschlossen wird, stecken die Bäuerinnen an die eine Seite derselben Ebereschenzweige, an die andere Disteln (L.-P. VII 592); auch die Melkerinnen befestigen Ebereschenzweiglein an den Ohren der Milchgeschirre (L.-P. VII 595). Oder es wird in die Krippe ein Loch gebohrt, Quecksilber hineingegossen und ein Ebereschenspflock daraufgeschlagen (L.-P. VI 13). Oder man reitet auf einem Schüreisen — auch ein Blitzsymbol — dreimal um den Viehhof, einen Ebereschensstock in der Hand (L.-P. VII 584). Bei der ersten Nachthut sengt man die Halfter an einem Ebereschensfeuer an, dann lässt Uhsinsch, der Pferdegott, den Alp

nicht an die Tiere (L.-P. VII 314). Hat man die Kohlpflanzen in die Beete gesetzt, so umsteckt man den Kohlgarten mit Ebereschenzweigen (Saulé 1924, Nr. 19 S. 157). Der Säemann nimmt zur Saatzeit einen Kreuzrubei oder einen Ebereschensock mit (L.-P. VII 694); wenn zum ersten Mal Korn gedörret, zum ersten Mal gedroschen wird, steckt man Ebereschenzweige in Kreuzform über die Tür, in die Ecken der Riege und in den Kornkasten, schmückt damit Tür und Fenster (Jelg. r. kr. VI 29, Rigas r. kr. VI 59; L.-P. VII 331). Ein Ebereschensock, ins Korn oder den Kornkasten gesteckt, ein Ebereschensock, beim Einschütten des ersten Kornes in den Kasten gelegt, eine mit Ebereschenspflocken verschlagene Radnabe ans Fenster gehängt, verhindern Puhkis, den Kornschlepper, am Forttragen des Segens (L.-P. VI 94 Anm.; V 119; VII 694; Br. S. 198).

Ganz besondere Vorkehrungen werden zur Schwarmzeit der Dämonen ratsam. Zu Johanni jagen im Wirbelwind Geister und Hexen durch die Lüfte. Allein Ebereschenzweige auf den reifenden Feldern<sup>13)</sup>, an allen Pforten, an den Bienenstöcken, unter der Schwelle der Stalltür; Knüttel, Zweige, auch nur Blätter vom zauberkräftigen Baum unter den Streckbalken und in die Ecken des Stalls gesteckt (Jelg. r. kr. II Nr. 35, 37, 43. VI S. 29; L.-P. VII 592, 367; Biel. S. 18 f.), lassen sie zurückschrecken — Ebereschenzauber allüberall!<sup>14)</sup> Nähme man nur Eichen- oder Birkenlaub, dann gelangten die Hexen doch in den Stall und versteckten dort heimlich drei von den Maie an der Pforte gerissene Zweiglein — genug des Zaubers für sie, um das nächste Jahr hindurch unangefochten zu den Kühen gelangen zu können (L.-P. VII 592). Die „Jāpa pīladzis“, die zu Johanni gefällte Eberesche, wird zum Vertreiben der bösen Geister (L.-P. VI 6 Anm.) und Fieberdämonen aufbewahrt, ein Zweiglein von ihr als sicherster Schutz in den Riegel der Haustür gesteckt (L.-P. VII 792). Vorsorgliche Frauen binden zu Johanni kleine Quäste aus Ebereschen, die sie zu allerhand Kuren gebrauchen (s. weiter unten). Die am Fussende des Bettes stehende Eberesche ward alljährlich zu Johanni erneuert, damit sich nichts Ungutes<sup>15)</sup> an den Schläfer heranwage, auch suchte man ästige Zweige dieses Baumes, an die Tücher und Schlüssel gehängt wurden (Jelg. r. kr. VI S. 29). In der Johannisnacht soll man mit einem Ebereschensknüttel oder auch einem Baum mit allen Wurzeln ums Haus gehen, das verscheucht die Zauberer oder — wie es wohl aus späterer Zeit heisst — die Diebe (L.-P. V 7 Anm.; 24). Die von Johanni an im Stall bewahrte Eberesche legte man in Rönne (Kreis Goldingen) zu Michaeli — zur Zeit, da die Nachthütung ihr Ende nahm — im Stallgang nieder, führte die heimkehrenden Pferde einzeln in den Stall und fütterte sie hier unter allerhand Zeremonien (L.-P. VII 312). Offenbar



sollten die Tiere durch das Überschreiten des heiligen Baumes gefeiert und gesegnet werden, eine Sitte die dem üblichen Durchtreiben des Viehes durch Feuer gleichzusetzen wäre.

Dass die Eberesche gerade am Johannisabend gebrochen wird, hat seinen guten Grund. In der Losgebundenheit der Johannisnacht und mehr noch um die Mittagsstunde des Johannistages bricht die ganze, sonst so ohnmächtige Wut der Hexen gegen den zaubermächtigen Baum los. Da jagen sie in weissen Tüchern, mit fliegenden Haaren, den Melkeimer in der Hand, durch den Wald und beissen den Ebereschen die Spitzen ab<sup>16</sup>): von da an wächst die Eberesche nicht mehr und hat wohl auch von ihrer Zauberkraft eingebüsst (L.-P. V 12, VI 5, VII 593; Jelg. r. kr. VI S. 29).

In manchen Gegenden ist es die Fastnachtszeit, da man die Eberesche heimholt. Man spiesst dann ein Stückchen Fleisch auf einen Ebereschenzweig, brät es und bewahrt Zweig und Fleisch hinter dem Querbalken der Kleete (Speicher) auf, um, wenn zum ersten Mal geflügt wird, die Rute als Abwehr gegen die Maulwürfe ins Feld zu stecken (Jelg. r. kr. II Nr. 135). Ein solcher Stecken, bei der Aussaat in die Erde gestossen, bewirkt reiche Ernte (Jelg. r. kr. II Nr. 417). Im Rujenschen Kirchspiel (Kreis Wolmar) vermengte man kleine Stücke einer Ebereschengerte mit dem Saatkorn und sprach dazu: „Gott, lieber Vater, umflicht mein Feld mit einem Zaun von Stahl und Eisen. Wer mir Schaden antut, dem mögen Dornen und Disteln wachsen“ (Br. Nr. 530). Auch in der Fastnacht, dieser wahren Zauberszeit, sichert nur ein Kreuz<sup>17</sup>) von Ebereschen am Türschloss vor dem Eindringen der Dämonen (L.-P. VII 593), und eine in dieser Nacht verkehrt in den Wald gezogene Eberesche verhindert, dass Molche ins Haus kommen (Jelg. r. kr. II Nr. 427).

Zu diesen beiden Terminen<sup>18</sup>), Johanni und Fastnacht, kommen noch der Weihnachtsabend und der Charfreitag. Am Weihnachtsabend steckte man Kreuze aus Ebereschensholz auf die Kornkasten (Rigas r. kr. VI S. 44), auch sollen die alten Letten solche Kreuzchen im Schnee verborgen haben, damit der Roggen wohl gedeihe (Mgz. IV 1 S. 78). Am Charfreitag pflegte ein Wirt in Emdenhof (Kreis Doblen) mit einem Ebereschenstock unter die Dachsparren zu stochern — das sollte die Sperlinge von den Saatzfeldern bannen; das Holz brachte er zuletzt in den Wald zurück oder warf es auf das Feld eines misliebigen Nachbarn (L.-P. VII 378). In Lennwarden (Kreis Riga) verscheuchte man an diesem Tage die Zauberer, vor Sonnenuntergang mit einem Ebereschenknüttel ums Haus gehend (L.-P. V 7 Anm.), während es anderwärts heisst, der Hausvater schneide am Allerseelenabend eine Eberesche, schleife sie dreimal ums Gehöft und mache kleine Kreuze<sup>19</sup>) daraus, die er über allen

Türen befestige (L.-P. V 53). In Angern (Kreis Talsen) schützte man sich vor Hexerei, indem man am Charfreitag vor Sonnenaufgang die Netze in der Netscheune tüchtig räucherte; ins Feuer legte man Ebereschenzurzel, Vogelnester und zu Johanni gepflückte Kräuter (L.-P. VII 695). Um das Ausschwärmen der Bienen zu verhindern, sucht man am Charfreitag eine Eberesche, die aus einem Ameisenhaufen herauswächst, und pflanzt sie bei den Bienenstöcken auf<sup>20)</sup> oder steckt Zweige hinter das Dach jeden Stockes (L.-P. VII 367)\*).

Gleich den anderen Dämonen weichen die auch hierzulande persönlich gedachten Krankheitsdämonen dem Ebereschennann. „Es ist nicht gar so lange her“, schreibt Pastor Schilling in seinem Artikel „Über des lettischen Volkes Aberglauben“ (Mgz. IV 1 S. 73), „da vertrieb man Fieberkrankheiten derart: einer der gesunden Hausbewohner schnitt einen Ebereschennüttel, schlug mit ihm an die Wand der Riege (Darrenraum), wo der Kranke lag, und rief: „Das Trockene hinaus, das Weiche herein“, um hierauf einige Strohhalme vom Krankenlager — und in ihnen das Fieber — im Galopp einige Werst weit fortzutragen.“ Mit der gleichen Zauberformel schlug zur Zeit der grossen Pest 1710 ein Hexenmeister an die Wand der Riege des Druweenschen Peekaln-Gehöfts (Kreis Walk), in der sich Mehris, die Pest, festgesetzt hatte, und zwang sie zur Flucht (L.-P. V 397); Fieberkranke schneiden ein wenig von ihrem Haupthaar ab, bohren ein Loch in eine Eberesche, legen das Haar — und mit ihm das Fieber — hinein und verkeilen die Öffnung<sup>21)</sup> (L.-P. VII 1248). Das kalte Fieber kann man unterwegs liegen lassen, wenn man während eines Anfalls auf einem Pihlbeerstock auf einen Kreuzweg reitet und den Stock hier hinwirft; wer als erster den Stock erblickt, bei dem bleibt das Fieber (L.-P. VII 1247). Mit der zu Johanni an den Bettpfosten gebundenen Eberesche schlägt man Kinder, die an Krämpfen (naktspamašas) leiden, dreimal kreuzweise auf den Rücken, sie beim Namen rufend, und befiehlt zugleich der Krankheit zu verschwinden (Jelg. r. kr. VI S. 46). Ist ein Kind behext<sup>22)</sup>, so beräuchert man es; zur Erzeugung des Rauchs<sup>23)</sup>, den man dem Kinde in die Nase steigen lässt, dienen u. a. getrocknete Ebereschenzweige (Jelg. r. kr. VI S. 29 u. 45). Um Warzen zu entfernen, muss man sie in einem Atemzuge auszählen und dreimal mehr Kreuze, als Warzen sind, gleichfalls ohne Atem zu schöpfen, in ein Ebereschennüttelchen ritzen, dieses wegwerfen und, ohne zurück zu schauen, davonlaufen (Br.

\*) Um die Bienen während des Honigausnehmens bei Seite zu scheuchen, machte der Imker Rauch, indem er ein 2—3' langes Eschen- oder Ebereschholz, das an einem Ende kreuzweise oder 5—6 fach gespalten war, anbrannte (Mgz. XIX 4, S. 23). Ob die Wahl des Holzes hier durch eine natürliche Eigenschaft bestimmt wurde, weiss ich nicht zu entscheiden,



S. 195). Als Heilmittel gegen den Ausschlag, den die „svētas meitas“, die „heiligen Mädchen“, eine Art von Hausgeistern, verursachen sollen, diente die Asche der „Johannis-Eberesche“, die im Stall aufbewahrt und zu diesem Zwecke verbrannt wurde, mit saurem Schmand (Sahne) verrührt und auf die kranke Stelle aufgetragen. (L.-P. VII 650). An der Eckau, wo alljährlich das kalte Fieber herrschte, sollen die Kranken noch Mitte des vorigen Jahrhunderts ein Quittenstöckchen an einer Schnur an den Hals gehängt und es getragen haben, bis das Stöckchen abfiel (Prot. der lett.-liter. Gesellsch. Mitau 1899 S. 60\*). Schneidet man aus der Rinde eines gesunden Pihlbeerbaumes einen Splitter und stösst ihn in einen kranken Zahn, um darauf den Splitter an die alte Stelle zurückzulegen, so vergeht der Zahnschmerz und wirft sich auf den, der als erster von den Beeren dieses Baumes isst (Jelg. r. kr. VI S. 30). Ein 1825 an Pastor Napiersky zu Neu-Pebalg gerichtetes Schreiben führt über einen Hexenmeister Klage und gibt auch dessen Heilsegen mit folgendem Passus darin an: „... Pehrkon wird kommen und alle unreinen Geister zerschmettern, dass sie weichen von diesem Menschen und auf die dichten Bäume gehen, die Pihlbeeren (schermohskam), die Espen und die Wurzeln . . .“ (Msc. Stadtbibl. Riga). Wenn eine Mutter unversehens auf eine „böse Spur“ tritt, so kann es geschehen, dass bei der Geburt das Kind „Windfesseln“ um die Füße hat und später mit krummen Beinchen geht. Da muss sich die Mutter eine abgelegte Pferdefessel verschaffen; die verbrennt sie und gibt dem Kinde die Asche ein. Zu dem Rest dieser Asche fügt sie solche aus dem Ofen von einer verbrannten Eberesche. Salz, Staub von 3 Schwellen, tut alles in heisses Wasser und badet das Kind darin (Jelg. r. kr. VI S. 42). Hat das Vieh die Drüsenkrankheit, so schlägt man es mit einer Ebereschenrute<sup>24)</sup>; hat es die Ruhr, so steckt man 3 Ebereschenzweiglein in das geflossene Blut<sup>25)</sup>; platzen der Kuh die Euter, so brät man Fleisch an einem Ebereschenfeuer und reibt damit die kranken Stellen (Jelg. r. kr. II Nr. 420; Br. S. 196; L.-P. V 13).

Diese dunkel-geheimnisvollen Kuren führen zum Gebrauch der Eberesche bei Ausübung von allerhand Hexereien. Bei der Kirchenvisitation von 1740 wird in Pebalg (Kreis Wenden) ein Zauberer zur Verantwortung gezogen, der einem Bauern geraten hat, ein zerschnittenes Ei, drei Hopfenköpfe und einen in 9 Stücke von Fingerlänge zerkerbten Pihlbeerstock auf das Landstück zu werfen, um dessen Besitz er mit seinem Nachbarn im Streit lag,

\*) Nach einer andren Aussage ritzte man in solch ein Ebereschensstäbchen 9 Kreuze, knüpfte 9 Knoten in den Faden und trug es 9 Tage am Halse, um es dann während eines Fieberanfalls mit den Worten in den Ofen zu werfen: „Mögen alle 9 Teufel im Höllenfeuer verbrennen“. (Br. S. 146 Nr. 298).

alsdann würde sein offenbar von jenem Widersacher behextes Pferd gesunden (Msc. 579 der Gesellsch. für Gesch. u. Altertumsk. zu Riga). Hat jemand dein Gewehr verzaubert<sup>26)</sup>, lege 9 Salzkörner, 9 Hopfenköpfe, 9 Gerstenkörner in den Lauf, fülle ihn mit Urin, verschliesse ihn mit einem Ebereschepflock, lege das Gewehr hinter den Ofen<sup>27)</sup>, und entleere den Lauf nach 3 Tagen an der Nordseite des Gesindes (Br. S. 206). Willst du dich an dem Urheber des Schadens rächen, schneide ein Kreuz in eine Eberesche, bestreiche es mit dem Blut eines von dir erlegten Vogels, und schiesse, fünf Schritt zurücktretend, auf den Baum — hierdurch wird der Schuldige getroffen (Br. S. 207). Wer seinen Feind schädigen will, bohrt ein Loch in dessen Hauswand, legt ein Zaubermittel (nešlava) hinein und verschlägt die Öffnung mit einem Ebereschepflock (Selt. S. 31). Oder er legt eine beim Abendmahl heimlich aufbewahrte Oblate in ein Loch im Stamme einer dreiästigen Eberesche und schießt, zwischen den Beinen hindurchzielend, auf die Oblate (L.-P. VII 240). Damit der Dieb Gestohlenes zurückbringe, verkeilt man eine Radnabe mit Ebereschepflocken und wirft sie in eine Quelle (Br. Nr. 583). Zu gleichem Zweck nimmt man 3 Papierstücke und 3 kleine Nägel und schlägt sie am Donnerstagabend nach Sonnenuntergang in eine Eberesche. Beim Anschlagen eines jeden Papiers sage man: „Dieb, ich durchsteche dich.“ Tut man also zu dreien Malen, so erhält man sein Eigentum zurück (Selt. Nr. 41, I). War das Gestohlene ein Bienenstock, so gehe man auf den Kirchhof, wühle einen Sarg heraus, ziehe aus ihm drei Nägel, und schlage sie in den Baum, an dem der Stock befestigt war. Dann bringt der Dieb den Bienenstock zurück, muss aber durch einige Schläge mit dem Ebereschknüttel vom Diebsbann wieder gelöst werden, um fortzukönnen (Br. S. 199). Siehst du eine Schlange in ihr Loch kriechen, so lege ein Kreuzchen aus Ebereschholz vor die Öffnung, das zwingt die Schlange<sup>28)</sup> wieder hervorzukommen, sodass du sie töten kannst, und wer eine Schlange tötet, dem verzeiht Gott die Sünden von drei Tagen (Br. S. 200, 201). „Die Graue, die Rote liegt am Baumstumpf. Nimm einen Ebereschknüttel, schlage sie in 3×9 Stücke“, heisst es in einem Spruch gegen Schlangen (Br. Nr. 408). Wer am Benediktstag, dem „Tage des Ungeziefers“, da alles Gewürm aus der Erde kriechen soll, einen Ebereschstock in die Erde steckt<sup>29)</sup>, findet dort einige Zeit danach eine zusammengerungelte Schlange (Deenas lapas etnogr. peelikums 1892, S. 36). Um den Alp in Menschengestalt zu Gesicht zu bekommen, verschlägt man das Astloch, durch das er hereingeschlüpft ist, mit einem Ebereschepflock (L.-P. VII 503). Weiss man, wessen Geist als Alp<sup>30)</sup> das Vieh reitet, so bohrt man ein Loch in den Düngerhaufen im Stall, steckt ein Papier oder Zeugstück, mit dem Namen des Betref-



fenden beschrieben, hinein und stösst einen Ebereschepfahl in das Loch. Der Stall wird dann noch mit Nesseln ausgeräuchert, und das Vieh bleibt fortan unberührt. Doch klingt nachts unter dem Pfahl hervor ein Wimmern (L.-P. VII 439). Noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts soll ein Betrüger durch Livland gezogen sein, der sich anheischig gemacht hat, Heimgänger (revenants) zu vertreiben. Er schnitt 7 Kreuze in einen Ebereschentab und steckte ihn hinter den Feuerherd. „Hört ihr nicht?“ mahnte er geheimnisvoll, dass die Leute hören sollten, wie es piepte, als wenn Mäuse ins Feld liefen — das waren die ausgetriebenen Seelen gewesen. Im Stall tat er desgleichen und benetzte die Wände mit Wasser. Kaum ein Bauer, der ihm nicht geglaubt hätte (Mgz. IV 15. 59).

Wundersame Kräfte strömen von dem heiligen Baum auf den Menschen über. Durch einen Ebereschering schauend, sieht ein Zauberer, was menschlichem Wissen verborgen (L.-P. VII 698); will man dämonische Ungeheuer leibhaftig erblicken, so zieht man mit einer Eberesche, das dünne Ende in der Hand haltend, einen Kreis um sich her; nur darf man keine Furcht zeigen, sonst ist man verfallen (L.-P. VII 233). Wer nackt unter der Wurzel einer Eberesche durchkriecht, wird zum Werwolf (L.-P. VII 885), während dagegen ein mit der Eberesche ums Haus gezogener Kreis vor dem Eindringen der Werwölfe schützt (L.-P. VII 896). Eine in der Johannismacht abgerissene Blüte macht — gleich der Wunderblüte des Farnkrauts — den glücklichen Finder helläugig für das Dunkel der Zukunft; er muss nur erst um die Mitternachtstunde eine kleine Ratte auf der Blüte erspäht und sie getötet haben (L.-P. VII 1278). Wie schwer eine Farnblüte zu erringen ist, unter welchen Anfechtungen von Seiten der Dämonen sie heimgebracht wird, wissen die Sagen der verschiedensten Völker. Allein ein lettisches Bäuerlein schlug allen Teufeln in Schlaueit ein Schnippchen. Er weiss es wohl, das Farnkraut bewachen in der Johannismacht Geister und Hexen, — so pflanzt er es denn schon vorzeitig fein säuberlich in einen Blumentopf, zieht mit dem Ebereschknüttel drei Bannkreise<sup>31)</sup> um sein Haus und erwartet in Sicherheit das erblühende Wunder (L.-P. VII 1279).

Der Ausübung böswilligen Zaubers aber widersteht die Eberesche. Ein Hexenmeister bannte durch die Kraft seines Willens die auf einem Acker arbeitenden Pferde an den Fleck — nur eines ging weiter, denn es hatte am Pfluge eine Stürze aus Ebereschholz (L.-P. VII 678). Die Erwähnung dieser Pflugstürze legt die Frage nahe, ob die Wahl des Holzes hier eine rein zufällige oder ob es in alter Zeit vielleicht auch bei den Letten Brauch gewesen, Teile von Gebrauchsgegenständen aus Ebereschholz zu fertigen, eben um der abwehrenden Zauberkraft dieses Baumes willen<sup>32)</sup>.

Wer den Ebereschenzauber voll zur Wirkung bringen will, hat auf allerhand Nebenumstände wohl zu achten. Die Eberesche muss in den Grenzen des Nachbargesindes<sup>33)</sup> geschnitten, verkehrt, die Spitze voran, am dünnen Ende gefasst nach Hause gebracht werden, am besten morgens vor Sonnenaufgang oder abends vor Sonnenuntergang und von einem noch nicht eingesegeten Jüngling. Die Äste — einige achten hier auf die heilige Neunzahl — müssen rückwärts abgerissen, mit der linken oder aber mit der rechten Hand in der Richtung von sich fort oder, mit der Schneide des Messers nach oben, geschnitten werden. In den Knüttel, den Pflock ritzt man 3, 7, 9, 3×9 Kreuze, 9 Kreise, einen oder 9 Drudenfüsse. Auch dies scheint eine gute Vorbedingung der Wirksamkeit zu sein, dass die Eberesche aus einem Ameisenhaufen herausgewachsen sei oder dass die Gerte in Form der Wünschelrute, mit einer Gabelung am Ende geschnitten werde (L.-P. V 24, 29, VI 3, VII 378, 474, 483, 488, 538, 576, 579, 584, 586, 589, 657, 694; Br. Nr. 530, S. 198, 201, 204, 208; Jelg. r. kr. II Nr. 417, 420, 427; Mgz. IV 47; Biel. S. 19).

Bei dem grossen Zutrauen zu der Schutz- und Trutzkraft der Eberesche ist es natürlich, dass sie auch bei den Familienfesten eine Rolle spielt. Eine Woche nach der Geburt baden Mutter und Kind in der Badstube. Diese heizt man mit Eichenholz, wenn das Kind ein Knabe, mit Linden- oder Kiefernholz, wenn es ein Mädchen ist. In der Badstube legt man unter die Schwelle, über die die Mutter mit dem Kinde hinwegschreiten muss, ein Kreuzchen aus Ebereschenholz (Jelg. r. kr. VI S. 18). Andren Ortes wurde die Badstube am Vorabend des Taftages unter besondern Zeremonien zum Bade hergerichtet. Zuvörderst verstopfte die weise Frau alle Ritzen<sup>34)</sup>, zählte dann die Holzscheite paarweise ab und fügte zum ersten Scheit, das sie in den Ofen steckte, ein Eichen- oder ein Lindenzweiglein, je nach dem Geschlecht des Kindes. In jedem Fall aber legte sie einen Pihlbeerzweig bei, damit mit dem ersten Rauch alle bösen Geister aus der Badstube vertrieben würden. Die Zweige müssen zu Johanni gepflückt sein. Ebenso hat die Mutter schon zu Johanni den Badebesen für diesen Tag bereitet. Zu den von einer Birke geschnittenen Reisern fügte sie Eichen-, Linden- und Ebereschenzweiglein und schlang einen roten Wollenfaden um den Quast (Latvijas dainas I S. 191; Вольтеръ, Матер. для этногр. латышск. племени Витебск. губ. 1890 S. 137). In Illuxt sollen Mitte des 19. Jahrhunderts die Freunde des Brautpaares<sup>35)</sup> das Krummholz am Brautwagen mit Blumen, Pihlbeerbüschen u. dgl. geschmückt haben (Rig. r. kr. XI 78). Sollte die rote Glut der Beeren, gleich den Blumen nur ein segenverheissendes Omen dem jauchzenden Tage sein? — die Wirkung, die die lettische Volksanschauung der Eberesche zuschreibt, wurzelt vorwiegend im



Abwehrzauber. Stellten doch die alten Letten auch ihre Heimstätte unter diesen Schutz. Beim Gesinde (Gehöft) fehlte nie der Pihlbeerbaum<sup>36</sup>); wuchs dieser Baum in der Nähe des Hauses, so war man gesichert gegen allerhand Übel (Balodis, Walmeera S. 18). Wie mir kürzlich eine alte Frau berichtete, schützt der Baum besonders vor dem Blitz. Wenn man den Grund zu einem Hause legte, tröpfelte man in die Norken der ersten Balkenlage Quecksilber und legte ein Kreuz aus Ebereschenzweiglein darüber, damit dem neuen Hause nichts Böses — es ist wohl vor allem an Feuergefahr zu denken — geschehe (Rigas r. kr. VI S. 62). Solche Kreuze hat man — nach Bielenstein, Holzbauten I S. 13, 14 — beim Abreißen alter Gebäude in der Doblenschen Gegend gefunden, auch aus Nordkurland sollen Belege vorliegen.

Tief hinein in die Wirrnis einer von Verständnislosigkeit überwucherten alten Vorstellungswelt führt die Betrachtung des Ebereschenzaubers. Was hierbei Erbgut aus der Urheimat, was eigenster Geistesart des lettischen Volkes entsprungen oder was der Berührung mit anderen Völkerschaften zuzuweisen ist, das festzustellen kann nur auf Grund eines umfassenden Vergleichsmaterials gelingen.

### Abkürzungen:

L.-P. = Lerchis-Puschkaitis, Latweeschu tautas teikas un pasakas I—VII, Riga 1891—1896 u. Wenden 1903.

Bg. = Бривземніаксь-Трейландъ, Матеріалы по Этнографіи латышск. племени (Труды этногр. отд. импер. общ. люб. естествознанія . . . IV) Москва 1881.

Mgz. = Magazin, hrsg. v. d. Lettisch-Literär. Gesellsch. zu Mitau.

Selt. = Selteneetis, Senlaiku apwahrdošanas, Walmeeros.

Rigas r. kr. = Rakstu krājumi, izd. no Rigas Latv. Biedr. zinību komisijas Jelgavā (Mitau).

Jelg. r. kr. = Jelgavas Latv. Biedr. rakstn. nodalās rakstu krājumi, Jelgavā. (Mitau).

Biel. = Bielenstein, Johannisfest der Letten (Baltische Monatschrift XXIII).

### Anmerkungen.

1. Die Eberesche, als heiligen Baum der Litauer, erwähnt Schrader (Reallex. S. 856, Strassburg 1901). Russwurm nennt den Vogelbeerbaum als heiligen Baum der Schweden an den Küsten Estlands (Eibofolke S. 186, Reval 1855). Die in Odensholm (Insel an der Nordwestküste Estlands) neben der Kapelle stehende Eb., die von den Schiffen als Zeichen benutzt wird und von einer besonderen Umzäunung umgeben ist, scheint früher auch heilige Verehrung genossen zu haben (Inland 1857, Sp. 273). In Island hält man den Baum noch heute für heilig (Ztschr. d. Vereins für Volks-

kunde XXII S. 184). Ebenso bei den keltischen Völkern (Fiona Macleod, Das Reich der Träume. Anm. 8-b). Auf den Orkney-Inseln gab es eine wunderbare Eb., mit der das Schicksal dieser Eilande so mystisch verknüpft war, dass, sollte je ein Blatt von ihr weggetragen werden, sie selber in fremden Besitz kämen. In Wales wird diesem Baum gleiche Verehrung gezollt (Deutsche Rundschau LXIV 47). In einigen Gegenden Finnlands wird die Eb. mit einer gewissen heiligen Scheu betrachtet (Castren-Schiefner, Finn. Myth. S. 200, Petersburg 1853).

2. Reiches Material bietet der Artikel von C. Schell „Die Eberesche im Glauben u. Brauch des Volkes“ (Zeitschr. d. Vereins für Volkskunde. Berlin, XXII 181 ff.). Die Eb. wird vom Verf. u. a. zu dem Wolkenbaum, der *Äsche* Yggdrasill, in Beziehung gesetzt. Hieran klingt das estnische Rätsel an: Über der Welt ein Pihlbeerbaum. — freilich mit der Auflösung: der Regenbogen (Inland 1857 Sp. 275).

3. Über Thor und die Eberesche vgl. Mannhardt, Germ. Mythen S. 4 ff. — Auch der *parna* oder *palāça* der Inder, der vielfach bei Opferceremonien verwandt wurde, trug rote Blüten und hatte roten Saft (Kuhn, Herabhol. des Feuers S. 131).

4. „Kadri hat ein Peitschen aus Vogelbeeren“, heisst es in einem Liede, das am St.-Katharinentage (25. Nov.) bei den Esten gesungen wird (Wiedemann, Aus dem inneren und äusseren Leben der Esten S. 369, Petersburg 1876).

5. In Schweden glaubt man, ein Stab von Rönne(Ebereschen)-Holz sichere gegen Zauber (Grimm, Mythol. 1845 S. 1165). Bei den Esten wurden Hirtenstäbe aus Eb.-holz von Sachkundigen verfertigt u. besonders geweiht (Boecler-Kreutzwald, Der Esten abergl. Gebräuche S. 116, Petersburg 1854). Es waren ziemlich dicke Knüttel mit eingekerbten Zeichen (Wiedemann, a. a. O. S. 393). Ähnliche Stäbe von Eb.- oder Ellernholz, auf welche mit dem roten Saft der Ellernrinde Figuren gezeichnet waren, dienten im nördlichen Schweden den Lappländern als Schutzmittel gegen Zauberei (Inland 1857, Sp. 276. nach Runa 1848, S. 37).

6. „Den Baum fürchten die bösen Geister“ (Mitt. der Litauisch-liter. Gesellsch. I 69).

7. In der Allerseelen-, Christ- oder Sylvesternacht zieht man in Tyrol u. Steiermark um Geld zu erlangen, eine Bahre um die Kirche und vertreibt die Seelen oder den Teufel, die sich daraufsetzen wollen, mit einem Stock aus Elsen- (Eb.-) Holz oder einer Eb.-rute, die 3 Knospen hat (Wuttke, Deutscher Volksaberglaube<sup>2</sup> S. 247).

8. In Estland heisst es, das Kreuz Christi sei aus Wacholder-, Pihlbeer- oder Schneeballholz gemacht gewesen. Darum hätten diese Bäume die Wunderkraft, dass man mit einem Knüttel aus ihrem Holz den Teufel erschlagen könne (Dähnhardt, Natursagen: II 208). In England gilt der Hollunder als Christi Kreuzbaum (Deutsche Rundschau LXIII 414).

9. Die keltische Sage spricht von den Blutropf-beeren der Eberesche, u. zu Mödrufell auf Island soll ein Vogelbeerbaum aus dem Blut unschuldig hingerichteter Geschwister erwachsen sein (Mannhardt, Wald- u. Feldkulte I 40). In der Mark sagt man, die Eb. sei aus Judas Gebeinen erwachsen (Dähnhardt, Natursagen II 290). Vielleicht pflegte man einst die Toten unter den Schutz des heiligen Baumes zu stellen. In Wales ist die Eb. ebenso häufig auf Kirchhöfen zu finden, wie in England die Eibe (Deutsche Rundschau LXIV 47). Ein 2 Zoll langes Stück der Eb. lag in einem geschlossenen Gefäss als Grabbeilage der schwedischen Bronzezeit (nach Montelius) (Höfer, Volksmed. Botanik der Germanen S. 33 = Quellen u. Forsch. zur deutsch. Volkskunde V Wien 1908).



10. Ebenso bei den Esten. Die Nabe muss ausserdem an einem Donnerstagabend mit Reifen von Eb.-holz bebandert worden sein (Wiedemann a. a. O. S. 391).

11. Ähnlich bei den Schweden Estlands (Russwurm a. a. O. § 364, 10).

12. Unter der schwedischen Bevölkerung Estlands pflegt man Stücke vom Vogelbeerbaum gegeneinander zu reiben. Gelingt es, so Feuer zu erhalten, dann geht ein hierbei gedachter Wunsch in Erfüllung (Russwurm a. a. O. § 369, 8). Ein Orakel, das wohl auf eine alte Kulthandlung zurückgehen könnte.

13. Neben einem Abwehr- wohl auch Fruchtbarkeitszauber. Die Eb. wird auch am 1. Mai als Maibaum in den Acker gesteckt. (Mannhardt, a. a. O. I 298).

14. Zu Johanni stecken die Hirten in Litauen Eb.-zweiglein an die Mützen (Mitt. d. Litauisch-Liter. Gesellsch. I 69).

15. Anfechtungen des Teufels wehrt man in Steiermark mit einem Kreuz von einer am Johannistage noch blühenden Eb. ab (Wutke a. a. O. S. 299).

16. In Oldenburg glaubt man, dass die Hexen in der Johannisnacht die Kronenspitzen oder Kapseln der Queken, d. h. Eb., als Kohl verzehren (Schroeder, Arische Religion, nach Reinsberg-Düringsfeld, Das festliche Jahr. 2. Aufl. S. 224; vgl. Schell a. a. O. S. 182).

17. Kreuzchen aus Eb.-holz wurden vormals in Wales bei gewissen Festen als Schutz gegen böse Geister verteilt (Deutsche Rundschau LXIV 47).

18. Bei den Weissrussen heisst die allerstürmischste Nacht zwischen dem Fest des hlg. Elias (20. Juli) und Mariä Himmelfahrt „Die Donner- oder Ebereschennacht.“ Es ist der Hauptthexensabbath im Jahr (Шейвъ, Матеріалы для изученія быта и языка русск. населенія Сѣверо-Западн. края III 262 = Сборникъ Отдѣл. русск. языка и слов. Импер. академіи наукъ Bd. 72). In Westfalen steckt man in der Walpurgisnacht Eb.-zweige über Haus- und Stalltüren, um den fliegenden Drachen abzuhalten (Hovorka-Kronfeld, Vergleich. Volksmed. I 104, Stuttgart 1908). Am 11. Mai pflegte man Eb. mit roten Beeren zu sammeln, aus den Zweigen Kreuze zu fertigen und über den Türen anzubringen, sodass die Feen nicht hineinkonnten (Evans Wentz, The Fairy-Faith in Celtic countries, 1911 S. 124).

19. Die Esten taten desgleichen am Thomastage (Russwurm a. a. O. § 299).

20. Ebenso bei den Esten (Wiedemann a. a. O. S. 356).

21. Der finnische Peschwörer bannt Krankheitsdämonen in Pirus, des Teufels, Eb. (Mannhardt a. a. O. I 22). Als in Worms (Insel bei Estland) die Pest wüthete, bannte eine Finnin die Pest in ein angebohrtes Stück Vogelbeerbaumholz, das sie in einen Pfosten setzen liess, und verschloss die Öffnung mit einem Pflock des gleichen Holzes (Russwurm a. a. O. § 395, 15). Um Epilepsie zu heilen, nagelt man die Kleider des Kranken mit Nägeln aus Eb.-holz an die Erde (Manninen, Die Dämonischen Krankheiten im finn. Volksaberglauben = F. F. Com. Nr. 45 S. 156).

22. „Aus denen Ästen dieses Baumes (Eberesche) pflegt man einen Krantz zu machen, worein ein von Zauberey gebundener sein bezaubertes Glied stecken und hierdurch Besserung verspüren soll. Wenn man dieses Kränzlein an einen Pfahl stecket, so soll der Zauberer, sobald es trocken wird, viel auszustehen haben“ (Zedler, Universal-Lexikon aller Wissenschaften u. Künste IV S. 1723, Halle 1733).

23. Zur Erzeugung des Rauchs, durch den die Heimchen vertrieben werden, nehmen die Esten moderndes Gebein von 3 Pferden, Sumpfpfost und Eb.-holz (Wiedemann a. a. O. S. 483).

24. In diesem Schlag steckt wohl neben einem Abwehrzauber die Segenskraft, die stets in der Berührung mit der Lebensrute liegt, ein Glaube, der im „Queken“ des Viehs mit der Eb. in Norddeutschland, Böhmen und Schweden zu Tage tritt (vgl. Mannhardt a. a. O. I S. 270 ff.; Schell a. a. O. 182 ff; Wuttke S. 74; Sartori, Sitte und Brauch III 182), u. auch bei den Esten erhalten ist (Wiedemann a. a. O. S. 358).

25. Bei einer Viehseuche in Estland, die durch Zauberei entstanden sein sollte, steckte ein kluger Mann rings um die Stelle, wo das schon gefallene Vieh begraben lag, Stäbe von Eb.-holz ein, murmelte einige Worte und zeichnete Figuren in den Sand (Inland 1857 Sp. 276). Mit den Blättern der Eb. füttert man in Bayern die kranken Ziegen — die Tiere Donars (Hovorka-Kronfeld a. a. O. I 104).

26. Ebenso bei den Esten (Wiedemann a. a. O. S. 396).

27. Gegen bezaubertes Wild reibt man in Norwegen das Gewehr mit der Rinde des Vogelbeerbaumes ein (Inland 1857 Sp. 277). Man wäscht in Böhmen die Flinte mit einer Abkochung von Eb.-blättern (Wuttke S. 424).

28. In Devonshire bannt man mit dem Zweig der Eb. die Schlangen. (Schell, a. a. O. S. 182 nach Henne am Rhyu, D. Volkssage 1879, S. 324).

29. Eine gefällte Eb. darf bei den Esten niemand auf seinem Hof aufrecht hinstellen, am allerwenigsten zum Zaunpfahl benutzen, widrigen Falles lockt er die Schlangen herbei (Boecler-Kreutzwald a. a. O. S. 141).

30. Ein Kreuz aus Vogelbeerbaumholz, dem Pferde angebunden, sichert es vor dem Alp (Russwurm a. a. O. § 383).

31. Der Farn treibt Blüten, wenn man auf einem Morast um sich und den Busch mit einem Stabe vom Vogelbeerbaum einen Kreis zieht (Wiedemann a. a. O. S. 447).

32. Wenn die alten Litauer zu pflügen begannen, machten sie aus Eb.-holz Stecksel und steckten sie in die Zochbalken hinein, damit die Ochsen gut folgen sollten (Mitteil. d. Litauisch-liter. Gesellsch. 1911, V 580). In Bayern müssen die Stierjoche und die Kufen zum Bierbrauen aus Eb.-holz sein (Hovorka-Kronfeld a. a. O. I 104), in Schleswig der Stiel an den Butterscheiben (Inland 1857 Sp. 277 nach Müllenhoff, Sagen . . aus Schleswig 1845 S. 224). Am Schiff hatte der gemeine Mann in Schweden gern etwas von Rönholz gemacht, zum Schutz gegen Sturm und Wassergeister (Grimm, Mythol. 1165) und ein Volkslied der Woten erwähnt Türpfosten aus Eb.-holz (Schieffner, Die Lieder der Woten, in Melanges russes III 210, Petersburg 1856). Im Gegensatz hierzu bringt Schell (a. a. O. S. 184) Belege dafür, dass dieser Baum nie als Nutzholz verwendet werden darf.

33. Ebenso bei den Esten (Wiedemann a. a. O. S. 358).

34. Fieberkranke Esten baden allein in der Badstube, deren Ritzen sie mit Eb.- oder Wacholderzweigen verstopfen (Wiedemann a. a. O. S. 419).

35. In Gross-Russland umschritzt die Freiwerberin mit einem Eb.-zweige, in den allerhand symbolische Zeichen geschnitten waren, das Wohnhaus, in dem die Hochzeitsfeier stattfinden sollte, und das Brautlager (Костомаровъ, Очеркъ домашней жизни и нравовъ велико-русскаго народа въ XVI и XVII столѣтияхъ, стр. 234).

36. Der finn. Bauer pflanzte die Eb. gern bei seiner Wohnung (Castrén-Schieffner a. a. O. S. 200).

37. Ed. Hahn bringt die Eb., Faulesche, mit dem Gott Phol in Verbindung (Reallex. der Vorgeschichte, hrsg. v. M. Ebert, III S. 2, Berlin 1924).



## Deutschbaltische Gemeinschaftsschelten.

Aus der Arbeit am Deutschbaltischen Wörterbuch.

Von Dr. Oskar Masing.

Die hier mitgeteilte Zusammenstellung, deren Material hauptsächlich dem Zettelarchiv der „Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde“ für das deutschbaltische Wörterbuch entstammt, ist als dialektgeographische Ergänzung des „Schelten-Wörterbuches“ von Heinrich Klenz (Strassburg, Trübner, 1910) gedacht. Allerdings beschränkt sie sich nicht, wie jenes Buch, auf die sog. „Berufsschelten“, sondern enthält Personalbenennungen aller Art, sofern sie das Einzelwesen als Vertreter einer ganzen Gemeinschaft kennzeichnen und sofern sie dem Sprachgebrauch der Lebenden noch nicht völlig fremd geworden sind. Gattungsnamen, die als blosses Synonyma offizieller, also sachlicher Termini empfunden werden, sind unberücksichtigt geblieben, während Klenz Ausdrücke wie „Reepschläger, Kröger, Knochenhauer“ hier und da in seine Sammlung aufgenommen hat.

Es ist vielleicht kein Zufall, sondern eine stammestümlich begründete Notwendigkeit, dass sich in Klenzens Buch gerade die niederdeutschen „Schelten“ besonders zahlreich finden: sind doch trotziges Beharren bei der Stammes-, Sippen- und Individual-eigenart und spöttisches Ablehnen alles fremden Wesens Züge, die den Niedersachsen des IX. wie des XIX. und XX. Jahrhunderts charakterisieren. Niederdeutsches Erbgut mag auch die Gewohnheit des Deutschbalten sein, die Umwelt nach seinem eignen Mass zu messen und Inkommensurables als „komisch“, als seltsam und zugleich minderwertig bei Seite zu schieben. Diese Gewohnheit ist zum bewusst oder unbewusst angewandten Mittel der Selbstbehauptung geworden sowohl im Daseinskampf der ganzen, in fremder Umgebung tätigen Kolonisatorengemeinschaft als auch in den Sonderbestrebungen innerhalb der Einzelgruppen dieser territorial und körperschaftlich vielfach differenzierten Gesamtheit. Wilhelm v. Kügelgen schreibt am 28. Mai 1843 an seinen in Estland lebenden Bruder Gerhard: „Glaubst Du denn, dass Dein Maul nicht auch ironisch sei? Das ist die uns tief inliegende Selbstgefälligkeit; aber freilich müssten wir auch beide etwas dümmer sein, wollten wir nicht ironisch sein. Es ist durchaus nicht anders möglich, es muss so sein, und wir werden unsere satirischen Mäuler auch jedenfalls mit ins Grab nehmen.“ Diese hübsche Bemerkung des „Alten Mannes“ gilt nicht nur für zwei Glieder der Familie Kügelgen, sondern für

alle Deutschbalten, wenn auch mit einer Einschränkung: der Spottlust unserer Landsleute liegt nicht ausschliesslich hochmütige Selbstüberschätzung zu Grunde, sondern mitunter auch verkapptes Wohlwollen; das „ironische Maul“ steht nicht selten im Dienst eines liebenden Herzens; zur satirischen Lebensbetrachtung gesellt sich die humoristische, und die „Schelte“ erweist sich bei genauer Prüfung oft als harmloses Neckwort, manchmal geradezu als Kosewort. An Originalen, wie sie auch heute noch auf unserem Heimatboden gedeihen, an „spezifischen Kerlen“ und „narr'schen Kunden“ haben wir nun einmal unsere heimliche Freude, die sich auch durch gelegentliches Achselzucken und Naserümpfen nur unvollkommen maskieren lässt.

Aber nicht nur als Merkmale einer besonderen seelischen Struktur, als Kennzeichen einer eigentümlichen Art, sich mit menschlichen Unzulänglichkeiten abzufinden, wollen die im folgenden aufgezählten Bestandteile unseres provinziellen Wortschatzes betrachtet und bewertet sein: aus der Fülle und Mannigfaltigkeit der Benennungen für eine Menschenkategorie lässt sich das Interesse erschliessen, das wir ihr entgegenbringen, die Bedeutung, die wir ihr zuschreiben, die Rolle, die sie in unserem Leben spielt. Die Sprache der Hottentotten unterscheidet, wenn ich nicht irre, 14 Nüancen der Mischfarbe Braunrot, während ihr die Namen für gewisse Grundfarben fehlen: dieses auffallende Missverhältnis erklärt sich höchst einfach dadurch, dass die Hottentotten ein Volk von Viehzüchtern sind. Offenbart sich nicht der apolitische, den engeren und engsten Umweltkreisen zugewandte Sinn des Deutschbalten in der Tatsache, dass beispielsweise die Zahl der Necknamen für das Kind ausserordentlich gross ist, während es keine entsprechenden Bezeichnungen für die Angehörigen einer politischen Organisation gibt?\*)

Endlich gestattet der Umstand, dass die Gesamtheit unserer Neck- und Scheltnamen ihrer Herkunft nach nicht eine Summe homogener Einzelercheinungen darstellt, sondern neben Ererbtem und Entlehntem auch selbständig geschaffenes Sprachgut enthält, Schlüsse auf kulturelle Beziehungen zum Mutterlande sowie zu den andersstämmigen Bewohnern der Heimat und des Auslandes, auf die sprachschöpferische Kraft unseres Stammes, auf seine Fähigkeit, genau zu beobachten und anschaulich darzustellen — Schlüsse, die allerdings nur mit der grössten Behut-

---

\*) Ich habe, wie schon oben erwähnt, nur die Generationenreihe unserer Zeitgenossen und ihren Wortvorrat im Auge: früher lagen die Dinge anders. So „erregten sich“, wie die Vieckensche Chronik meldet, während der Kalenderunruhen in Riga (1584) „allerlei Namen; es war erstlich Hans Otte seine Rott der gemeine Pöbel; etzliche wurden genannt die Cramanzer, etzliche die Windhauer; darnach waren die Fuchsfresser, so mit dem Rate hielten.“



samkeit gezogen werden dürfen, zumal da das hier gebotene Material nur unvollständig ist und sein kann.

Von einer phonetisch treuen und einheitlichen Schreibweise der unten aufgezählten Ausdrücke hat aus mehr als einem Grunde abgesehen werden müssen. Der stimmhafte Zischlaut, der dem russischen ж und dem französischen j entspricht, ist durch z wiedergegeben.

# I. Bezeichnungen für die Angehörigen von Siedelungs- und ethnischen Gemeinschaften.

In diese Gruppe gehören auch die Bezeichnungen für die einzelnen landsmannschaftlichen Studentenverbindungen der Dorpater Universität, die in Burschenkreisen entstanden und gelegentlich auf den vielen Wegen, die aus unserer akademischen Welt in die bürgerliche führen, in den Sprachschatz der letzteren — nicht immer ohne Änderung ihrer ursprünglichen Bedeutung — eingedrungen sind.

1) Bruder Kurland (= Glied der „Curonia“, seit den 90-er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Napoleon Asmuss bucht in seiner handschriftlichen „Sammlung dörptscher Studentenausdrücke aus den Jahren 1826—30“ die Bezeichnung „Curscher Brodder = Curländer“; die Schreibweise „Brodder“ deutet karikierend auf die offene Qualität des — in Wirklichkeit langen — u in der Aussprache des Kurländers hin. — Spätere Analogiebildungen zu „Bruder Kurland“ sind „Bruder Livland, Estland“ etc.).

2) B u c h t e n k n o t (= Pernauer. Anspielung auf die Lage der Stadt Pernau an dem nach ihr benannten Meerbusen.)

3) D ö r p t e r (so wurden die Glieder der „Dorpati Livonia“ bis in die 40er Jahre von den Angehörigen der „Fraternitas Rigensis“ genannt. Im Konventsprotokoll der letzteren vom 30. April 1842 findet sich die

Notiz: „Die Dorpati Livonia hatte den billigen Wunsch ausgesprochen, dass doch unsere Landsleute bei offiziellen Gelegenheiten sie nicht „Dörppter“, sondern bei ihrem commentmässigen Namen nennen möchten.“)

4) F u n f z e h n e r (= Pernauer. Die Stadt Pernau besitzt angeblich 15 Windmühlen.)

5) G l i n t s p r i n g e r. (Den Estonen wurde in den Kreisen der übrigen Landsmannschaften nachgesagt, sie hätten vor der Aufnahme in den engeren Verband ihrer Korporation durch einen Sprung vom hohen Glintfelsen eine Kraftprobe abzugeben.)

6) H a s e n h o l m e r E n g l ä n d e r. So nennt der Volkswitz in Riga Ortseingesessene mit anglo-manen Neigungen. Angeblich wurden — so meldet Gutzeit in seinem „Wörtertschatz der deutschen Sprache Livlands“ S. 495 — in früheren Zeiten

Engländer nur während der Schiffsfahrtszeit in Riga geduldet und mussten sich den Winter über auf der Dünainsel Hasenholm aufhalten. — Ein Seitenstück zum „Hasenholmer Engländer“ ist der unechte oder „Pastelfranzose“, auf dessen Herkunft seine bei uns zu Lande üblichen Bauernschuhe hindeuten.)

7) *Īzewitz*. (Mit diesem slavisch klingenden Wort dunkler Herkunft wurden in Riga die westrussischen Dünafässer bezeichnet, die im Frühling in Riga einzutreffen pflegten — dann aber auch die Russen überhaupt).

8) *Itzke*. (Diese Koseform für „Itzig“ wird als typischer jüdischer Vorname — neben „Jankel“ und „Meuschke“ (< Moses) — oft im Sinne eines generalen Spottnamens gebraucht. Aus Schülerkreisen stammt der Neckvers:

„Itzke, Pitzke, Nudel- (Zwiebel-) fresser

Hat gestohlen Federmesser,  
Hat gestochen in das Schwein,  
Hat geschrien: „Gor a fain!“

9) *Judchen*. (Anlehnung an das lett. *zīdip*).

10) *Judsche*, die. (Niederdeutsche Wortbildung, wie „Keksche, Altsche“ etc. In Fontanes „Adultera“ sagt der Kutscher Emil: „He soll man en Jüdscher sinn.“)

11) *Kadaka-Saks, Kadakide, Kaddikdeutscher* (= deutschredender Este bzw. Lette, der als Deutscher gelten will und sich zum wirklichen

Deutschen verhält, wie der Kadikstrauch zu den grossen Nadelbäumen; eine ähnliche Wortverbindung ist „Kaddiksoldat“ für „Schüler in Uniform“, s. u. — Das Wort *kaddik* für „Wacholder“, altpreussisch *kadegis*, lit. *kadagys*, lett. *kadikis*, estn. *kaddakas* ist der deutschen Bevölkerung Estlands und Lettlands, Ost- und Westpreussens geläufig; in den „Gedichten des Königsberger Dichterkreises aus Heinrich Alberts Arien... 1638–50“, Halle, Niemeyer 1883, S. 172, heisst es „Ob nicht mein Hertz mag brennen Dem Kattich-Fewer gleich?“ Ziesemer [Zeitschrift für deutsche Mundarten, 1923, Heft 3/4, S. 149 ff.] hält *kaddik* für eine Entlehnung aus dem Altpreussischen.)

12) *Killoheimer* (= Bewohner der Stadt Reval. Anspielung auf den Fang der Killoströmlinge an der estländischen Küste. Der Name *Killo* für *Clupea latula* scheint estnischen Ursprungs zu sein.

13) *Kulle* (= Este, estnischer Bauer. Diese Bezeichnung stammt vermutlich aus der Studentensprache, und zwar scheinen des Estnischen unkundige dörptsche Studenten den estnischen Imperativ *kule* = „höre!“ als Gattungsnamen auf die Personen übertragen zu haben, denen die Anrede gilt bzw. von denen sie gebraucht wird — ähnlich wie die deutschen Soldaten während des Weltkrieges den nicht-deutschen Bauern mit der polnischen Anrede *panie* „Herr“ > *Panje* bezeichneten. — In



der Sprache der dörptschen Studenten wird das Wort übrigens auch in engerem Sinn = „Fuhrmann“ gebraucht, s. u.)

14) Kullīne, die (Femininbildung zu 13).

15) K u r s c h e, der (= Kurländer, im besonderen: Glied der Landsmannschaft Curonia. Analoge Bildungen sind „der Livsche, der Rigsche“, die freilich meist nur im engeren Sinn gebraucht werden.)

16) L a t e i n e r, L a t i n e r (= Glied der Korporation „Lettonia“, dann auch allgemein für „Lette“.)

17) L i p p i n g e r (so werden die Glieder der „Livonia“ von den Kurländern genannt. Der Name soll ursprünglich den „livländischen“ Hasen, *lepus variabilis*, zum Unterschied vom grossen sog. „Litauer“ bezeichnet haben.)

18) M u c h o b r ö d (z) e n (= die katholischen Weissrussen des kurlischen Oberlandes östlich der Linie Kalkunnen—Ilgen. Nach Bielenstein „Die Grenzen des lettischen Volksstammes . . .“ Petersburg, 1892, S. 8, werden mit dem Namen „Muchobroden“ „Leute bezeichnet, die wie Fliegen in Schwärmen auf Arbeit im Sommer ausgehen, wie das die Sitte und Liebhaberei der Russen im Gegensatz zu Letten und Littauern ist“; russ. *mūcha* „Fliege“ und *broditj* „umherschweifen“. — In einer russischen Chronik, dem „Sofijskij vrēmennik“ II, 182, Ausgabe von Strojef, Moskau 1821, ist von einem Volk namens *mukobriä-*

nie die Rede, ohne dass sein Wohnort genannt wird.)

19) P a f ū l k (= 11). Bertram a. a. O. I, 20: „... Sie werden von den Bauern spöttischerweise Kaddaka-Saksad . . . genannt . . . Die Deutschen machen sich wiederum auch über sie lustig und nennen sie Pafülken...“ Das jetzt kaum mehr übliche Wort scheint öfter in der allgemeineren Bedeutung „ungebildeter Mensch“ gebraucht worden zu sein: „ein ruscher — i. e. russischer — Pafülk“ sagte man in Dorpat von ungebildeten russischen Offizieren, und in den 60er Jahren war in studentischen Kreisen die Wendung „ein profulkiger Kerl“ üblich. Klenz verzeichnet a. a. O. S. 19 unter dem Stichwort „Buchdrucker“ die Bezeichnung „Bachulke“ = „Ballenmeister, der die Farbe auftrug . . . aus poln. *pacholek* d. i. Knecht“, und nach Günther „Die deutsche Gaunersprache“, Leipzig 1919, S. 112 heisst in den Gefängnissen „der, welcher die Dienste eines niederen Wärters oder sogenannten Kalefaktors versieht“, „Pachulke“ vom tschechischen *pacholek* = Bursche, Knecht“.)

20) P a r c h (= Jude. „So'n judscher Parch!“ In Kurland gebräuchlich. *Parch*, mnd. *parchem* = Barchent. Gutzeit a. a. O. 326 erklärt die Bedeutungsübertragung durch einen Hinweis darauf, dass die Juden in den 20er und 30er Jahren des XIX. Jahrhunderts „gern parchene Gewänder in der Art der Schlafröcke trugen.“)

21) Poläck (Asmuss a. a. O. „der zur polnischen Landsmannschaft gehört.“ Jetzt nicht mehr üblich.)

22) Reusse (= Russe.)

23) Rigauer (= Rigenser, insonderheit der Angehörige der „Fraternitas Rigensis“.)

24) Ruthene (= Russe; Anlehnung an den Namen der russischen Studentenverbindung „Ruthenia“ 1829–62).

25) Settukesen (= ein estnischer Stamm in der Peipusgegend, der Tracht, Brauch und Sitte der russischen Nachbarn angenommen hat und eine Sondermundart spricht; estn. sētu, sëtukene pl. sëtukesed).

26) Stadtsmann (= Glied der „Fraternitas Rigensis“ nach N. Asmuss. Analogiebildung zum Terminus „Landsmann“, der die Zugehörigkeit zu einer Landsmannschaft bezeichnet, und Anspielung auf die Sonderstellung der „Rigensis“, die nicht wie die übrigen Verbindungen eine Provinz, sondern nur eine Stadt repräsentiere.)

27) Tschüche (= Glied der „Estonia“, dann auch Estländer im weiteren Sinn; vom russ. чучи).

28) Überflüssige. (In Riga, Dorpat etc. für die Bewohner der jenseits des Flusses belegenen Stadtteile. Analogiebildung zum Ausdruck „die Überdün-schen“ = jenseits der Düna Wohnenden; vgl. Klaus Groth „Quickborn“ 1864, S. 75 u. 278 „Äverelfsche Transalbingier, Hannoveraner“.)

29) Walküte, der, Walküre, die (= Bewohner, —in der Stadt Walk. Die offizielle Bezeichnung ist „Walkowiter, —in“. Vgl. „Jakute“.)

30) Wasserpöck (= litauischer Flösser; Pole.)

31) Zipfeljude (= Angehöriger einer jüdischen Studentenverbindung in Dorpat, die als Abzeichen einen „Bierzipfel“ führte; in den 90er Jahren des XIX. Jahrhunderts.)

32) Zwiebelrusse (= Russe; ursprünglich für die russischen Gemüsehändler, die „Gartenrusse“, gebraucht.)

## II. Bezeichnungen für die Angehörigen von Berufs- und Standesgemeinschaften.

**Abdecker** (und Senkgrubenräumer)

1) Bottchenführer (Gutzeit, Nachtrag 165: „in Riga. Bottchen = kleine Tonne“. Vgl. Lübben-Walther, „Mittelniederdeutsches Handwörterbuch“ S. 64 „boot(e), eine Art grosser Fässer.“)

2) Christian (Bienemann „Altlivländische Erinnerungen“

S. 234: „... Bereinigungs-wagen...“, geführt grösstenteils von preussischen Bauern, die im Solde des Rigaschen Scharfrichters standen, dem von altersher das Recht und die Pflicht zu dieser Bereinigung zustanden. Diese „Kämmerchenführer“, wie die Gesellschaft sie nannte, hies-



sen beim Volke die „Christians“ und galten für nicht „ehrlich“. — Der in Norddeutschland besonders verbreitete Vorname „Krischan“ mag als Gattungsnamen in verengerter Bedeutung gebraucht worden sein, wie die Bezeichnung „Fritz“ für den deutschen Soldaten während des Weltkrieges in den Heeren der Entente. Noch in den 60er Jahren rief der Janhagel in Riga den zur Arbeit fahrenden Abdeckern den Spottvers zu:

„Krisch, Krisch, schülper nicht die Tonne!

Unter der Jūze (russ. juška „Verschlussklappe des Ofens etc.“)

Hinter der Ragūze (sonst „Ragōz(e)“ = Bastmatte“. Aus dem Russischen.)

Liegt die Stulle

Und die Bulle.“)

3) Dunkel männer (Riga. Vgl. Klenz S. 146 „Nachtkönig“ und den Vers eines studentischen Tabakliedes: „Der treu und fleiss'ge Nachtarbeiter raucht stramm sein Pfeifchen A. B. Reuter. Wie hielt sonst das die arme Nas' Aus ohne Rauchtak?“

4) Ehrlichen, die (Riga. Vgl. oben, 2) ).

5) Goldführer, Goldgräber. (Vgl. Klenz S. 145: „Dreckführer — nd., Münster in Westf.“ und mhd. goltgreber = „Kanalräumer“; ferner L. Günther a. a. O. Zur Begriffsübertragung „Kot > Gold“ und umgekehrt vgl. den hierorts verbreiteten Aberglauben, wenn man von Kot träume, werde man Geld erhalten).

6) Grüne Artillerie (nach Farbe und Form der Tonnen.)

7) Kämmerchenführer (Riga, s. oben 2), Kämmerchenreiniger (allgemein.).

8) Schinder (für die Senkgrubenräumer nur im Südbaltikum).

9) Sībī (nur im Nordbaltikum; estn. sibi.)

10) Tonnchenführer (Riga; vgl. Klenz S. 142: „Tonnenmann (Kiel)“).

### Akzisebeamte:

1) Aktsīznik, Aktsīznik. (Die Ableitungssilbe —nik ist russisch; vgl. Kartjožnik und Cholōtnik); Akzise-fink (Walksche Gegend. Vgl. d. Zusammenstellungen „Schmierfink, Schmorfink“ etc.

2) Fuselbaron. (Die Akzisebeamten rekrutierten sich früher vorzugsweise aus der Zahl der besitzlosen Edelleute).

3) Ritter vom Geist. (s. o.; bewusste Entlehnung des Titels eines gleichnamigen Romans von Gutzkow, der 1850 erschien.)

### Apotheker:

1) Abdecker (Riga).

2) Drill (zu mnd. drillen = „rollen, drehen“, scil. Pillen. Ob das Wort ursprünglich ein selbständiges Dasein geführt hat oder nur ein Rudiment des Ausdrucks „Spermandrill“ (s. u.) darstellt, hat sich bisher nicht ermitteln lassen.)

3) Neunundneunziger (vgl. Klenz, S. 4 „weil er an

geblich 99% nimmt.“ In einem anonymen travestierenden Epos in Blumauers Manier „Die Stuziade oder der Perückenkrieg. Strasburg bei Joh. Heintr. Silbermann, 1802“ finde ich S. 88 die Verse: „Ihm hilft kein Neunundneunziger Mit allen seinen Büchsen mehr, Und keine Sonnambole.“)

4) Pillendreher (vgl. Klenz S. 5).

5) Spermandrill (vermutlich Umbildung von 6). Im Studentenliede „Man kann nicht immerfort studieren“ heist eine Strophe: „Fort mit den duft'gen Spermandrillen, Die auf Kommando drehen Pillen, Fort mit der Pflaster-schmiererei, Vor solcher Muse hab ich Scheu.“

6) Spermazeft (Baltische Skizzen“ 1857, Bd. II, S. 85: „So nannte man die Apotheker damals [i. e. im zweiten Dezenium des Bestehens der Universität]; jetzt, d. h. seit 1840 ca., kam der malerische Spitzname Spermandrill auf.“ Der Ausdruck „Spermazeft“ ist wahrscheinlich durch Kontamination der Worte *farmazeft* = russ. für „Pharmazeut“ und *spermacet* = „Walrat“ entstanden.

7) Stöpsel (Bertram a. a. O.: „... da er aber früher ein Stöpsel d. h. ein Apothekergehülfe gewesen war ...“. Vgl. Klenz S. 5, der den Ausdruck für Thübingen bucht und von den Pfropfen der Arzneifläschchen herleitet. Heute wird „Stöpsel“ bei uns nur für untersetzte Personen etwa im Sinne von „Knirps“ gebraucht, s. u.)

8) Zift (Kurzform von 5), und wie 1), 4), 5), 6) in Studentenkreisen entstanden.)

### Ärzte:

1) Flicker (= Paukarzt bei Studentenmessungen, meist ein älterer stud. med. Vgl. Klenz, S. 7: „schon in Luthers Tischreden Bl. 200 heisst es: „Ein Arzt ist Gottes Flicker, hilft leiblich.“

### Bäcker:

1) Kringeldreher, Kringelschmied (Riga, Handwerkerkreise. Vgl. Klenz, S. 10: „Knüwkesdreiher“ niederd., Münster in Westf. = „Brötchendreher“ zu „Knüvken“ d. i. „Brotecke“, und S. 11 „Semmelschmied.“)

2) Mehlwurm (Riga; Handwerkerkreise. Vgl. Klenz S. 11.)

3) Teigaffe (Riga, Handwerkerkreise. Vgl. Klenz S. 9: „Deechaffe“ Berlin, „...“, „Deigap“ — niederd., Mecklenburg.“)

### Barbiere:

1) Balbüz, Barbüz (studentisch; Asmuss a. a. O. Vgl. Klenz S. 13).

2) Pomadenfritz (Riga, Handwerkerkreise).

3) Schaumschläger (vgl. Klenz S. 14).

### Beamte:

1) Stadtkopf, Stadtgrind (= Stadthaupt. Das Wort „Stadthaupt“ ist ein Übersetzungslehnwort aus dem Russischen, und wurde nach der Aufhebung der deutschen Verwaltungsbehörden in den Jahren 1885/89



der offizielle Titel an Stelle des früheren „Bürgermeister“. Zu „Grind“ vgl. Lübben-Walther a. a. O. S. 129 „grint Schädel, Kopf“.)

2) Tschin ö w n i k (verächtliche Bezeichnung für den (russischen) Bürokraten. Russ. činovnik = Beamter.)

3) Z u v i e l g o u v e r n e u r (= Zivilgouverneur. Riga.)

#### Dienstboten, männliche:

1) Ch a l u i (Bedienter in Wirtschaften niedersten Ranges, bes. in Bordellen. Studentisch; aus dem Russischen.)

2) G a r t e n p o p a n z (= Gartenbursche, Kurland.)

3) J o h a n n (Nur in der Redensart: „Wo ist dein Diener (Johann)?“, die man Kindern gegenüber anwendet, wenn sie eine Tür geöffnet und nicht wieder geschlossen haben, und im Kindervers: „Johann, spannen, 3 Katzen voran.“ Vgl. Klenz S. 15).

4) L ö f f e l (= Aufwärter. Studentisch; nach K. v. Stern noch heute in Estland üblich. In einem handschriftlichen studentischen Epos „Der Burschenaufzug in Dorpat, besungen von Herm. Dietrich Kolb, stud. jur. aus Kurland, 1812“ finde ich auf S. 46 „der alte Löffel Schmidt.“ Bertram a. a. O. S. 116 etc. Vgl. „Studentensprache und Studentenlied in Halle vor hundert Jahren“, hersg. v. K. Burdach, Halle 1894 S. 74 und die „Deutsche Burschensprache“ Breslau, Kern 1862, S. 36.)

5) S k l a v e (studentisch. Vgl. Klenz S. 16.)

#### Dienstboten, weibliche:

1) B a s c h k i r, das (Schülersprache, Landesgymnasium zu Birkenruhe in Livland).

2) B e s e n (Studentisch; heute nicht mehr üblich. Bertram a. a. O. Seite 107. Klenz S. 23. Häufiger in anderen Bedeutungen.)

3) D o n n a (vgl. Klenz, S. 24).

4) K ä k s c h e (nd. Kaeksch.)

5) K r u g s m e n s c h, das (Bertram a. a. O. S. 21: „die Krugsmagd, item das Krugsmensch.“)

6) K ü c h e n d r a g o n e r, K ü c h e n f e e (Vgl. Klenz S. 78: „nach den vom Grossen Generalstab veröffentlichten Urkundl. Beiträgen zur Geschichte des preuss. Heeres, Heft VIII, hatten drei Dragonerregimenter dienstlich den Titel „Hofstaats- oder Küchendragoner“, weil sie 1689 bis 1704 den Dienst beim Hofstaat versahen...; als dann an Stelle der Köche und Küchenjungen mehr weibliche Dienstboten beschäftigt wurden, verwandte man das Wort zur Bezeichnung von Köchin und Küchenmagd“.)

6) L ö f f e l i n e (Studentisch für Aufwärterin“. Asmuss a. a. O. S. 88 etc.)

9. S c h w e i n e d r i b s d r i l l (= kleine Schweinehirtin, Kurland.)

#### Drechsler:

1) R u n d m a c h e r (Riga, Handwerkerkreise).

**Edelleute:**

1) Tschernomor. pl. -en (aus dem Russischen. Gegen die Herleitung von černj moritj „das niedere Volk bedrücken“ spricht das o in der Kompositionsfuge. Ein Zauberer namens Černomor wird, wenn ich nicht irre, in einer Dichtung Puschkins erwähnt.)

**Fleischer:**

1) Pluntschendreher (= Wurstmacher. N. Seemann v. Jesersky „Dinakantsche Geschichten“. Noch gegenwärtig in Handwerkerkreisen, auch in der Form „Pluntschendrescher.“ Vgl. österr. blunze = Blutwurst.)

**Förster:**

1) Waldschrat (wohl erst nach dem Erscheinen von Gerh. Hauptmanns „Versunkener Glocke“ entstanden).

**Fuhrleute:**

1) Fúrio, pl. Furionen (= Droschkenkutscher. Studentisch, Analogiebildung zu „Studio“. M. Böhm „Dorpater Studentendeutsch“ in der „Zeitschrift des allg. Deutschen Sprachvereins“, 19. Jahrg. 1904, Nr. 3, S. 71.)

2) Greis (= 1). Studentische Kurzform von „Fuhrgreis“ < Fuhrmann. Dazu das Verbum „greisen“ = „in einer Droschke fahren“.)

3) Kaseliner (= Kutscher einer mit einem einzigen Pferde bespannten Droschke; Riga. Umformung des Wortes „Käsefuhrmann“ = Lastfuhrmann, zu lett. kaze „Ziege, elendes Pferd.“)

4) Kulle (= 1), 2). Studentisch. Vgl. I, 13). Auch in Zusammensetzungen: Ükskulle, Kakskulle = „Einspänner, Zweispänner“, estn. üks „eins“, kaks „zwei“; Nachtkulle „Droschkenkutscher letzter Güte“, Schinderkulle „Lastfuhrmann“. Die beiden letztgenannten Ausdrücke waren in den 90er Jahren in der „Fraternitas Rigensis“ üblich.)

5) Spänner (Studentische Kurzform von „Ein-, Zweispänner“. Bedeutung = 1), 2), 4). Auch in den Zusammensetzungen „Üks-Spänner, Kaks Spänner“.)

**Gastwirte:**

1) Fressmadam (= Speisewirtin. Studentisch. Bertram a. a. O. II S. 106. Nicht mehr üblich).

2) Kneipier (frz. ausgesprochen), Kneiptschük (= Inhaber einer Kneipe. Studentisch. Asmuss a. a. O. Vgl. Klenz S. 38).

3) Kneipist (Bedeutung = 1). Allgemein gebräuchlich im Südbaltikum.)

**Getstliche (evangelische):**

1) Bibelhengst (In der Lemsaler Schülersprache der 80er und 90er Jahre = Religionslehrer. Vgl. Klenz S. 40 „Bibelhingst“ (niedd., Mecklenburg).

2) Bonze (= Geistlicher; studentisch = Theologe. Vgl. Klenz S. 40, der die Übertragung dieses ursprünglich einen buddhistischen Mönch bezeichnenden Namens auf den christlichen Priester Wieland zuschreibt.)



3) Gottesworthändler (Riga; vgl. Günther a. a. O. S. 158 f.: „der Küster wird in Norddeutschland wohl zum Gottesworthändler degradiert.“)

4) Gotteswort vom Lande (= Landpastor. Vgl. Klenz S. 44, der diese Bezeichnung in Langbeins Gedichten II 1800, S. 110 findet.)

5) Kirchenlicht (vgl. Klenz S. 41.)

**Geistliche**, (griechisch-orthodoxe):

1) Bätjuschka (ursprünglich die vertrauliche Anrede, die von den Russen ihren Priestern gegenüber gebraucht wird.)

2) Pōp(e) (auch der Bedeutung nach = russ. pōp.)

**Glasbläser:**

1) Glaspuster (auch in der verweisenden Redensart: „Du bist nicht vom Glaspuster“, in derselben Bedeutung wie „Dein Vater ist kein Glaser“ Kindern gegenüber angewandt, die „aus dem Licht gehen“ sollen.)

**Handwerker** (im allgemeinen):

1) Knot (Vgl. Klenz S. 61: „Studentensprache, nach Kluge 1781—1841 gebucht . . . aus niedd. genôte = Genosse.“ Femininbildungen dazu Knotesse und Knotilde; Umformungen: Knift, Knefter, Knubbik. Zusammensetzungen Bieder-, Bitter-, Sauer-, Doppelknot. Das Simplex und seine Derivate werden heute meist zur Bezeichnung unmanierlicher oder niedrig gesinnter Menschen jedes Berufes und Standes gebraucht.)

**Hutmacher:**

1) Kopfschuster. (Vgl. Klenz S. 68. In Riga; Handwerkerkreise.)

**Kaufleute:**

1) Budenmadam (= Ladeninhaberin).

2) Ellenreiter (Vgl. Klenz S. 70).

3) Heringsstecher (vgl. Klenz S. 71 „niedd. Hiringsgriper“.)

4) Kattunklopfer, —klopfer.

5) Kartun, Kattun (Kurzform von 4); vgl. Klenz S. 71 „Kartunfritze.“)

6) Kaufschwiet (studentisch. „Schwiet“ = „Stutzer“; ursprünglich „Snitier“ = „burschikoscher Mensch.“)

7) Klöpze (= Handlungslehrling; in Lemsal. Aus dem poln. chlopiec.)

8) junger Mann (Commis. Vgl. Lübben-Walther a. a. O. S. 165: „jungerman, der zuletzt in einer Gilde Aufgenommene, der zu bedienen hat.“)

9) Ladenschwengel (Asmuss a. a. O. bucht nur die Kurzform Vgl. Klenz S. 72 „schon in Laukhards Leben und Schicksale.“)

10) Pimapodist (studentisch = Kleinhändler der Kolonialwarenbranche. Aus estn. pīmapōd = „Milchbude“.)

11) Schwengel, Schwung (studentisch. Vgl. Klenz S. 74 „1825 gebucht“. Asmuss a. a. O.

12) Seidenschwanz (= Schnittwarenhändler. Riga.)

13) **Tütchendreher** (im Südbaltikum. Vgl. Klenz S 75 „berlinerisch Tietkendreher“. Théodore le Singe, „Jäö“, Hannover o. J. (1920?), S. 61 „Düttchen-Dreher.“)

#### Konditoren:

1) **Kandus** (studentisch. Asmuss a. a. O. Jetzt nicht mehr üblich.)

#### Landmesser:

1) **Rasenvogel** (Sallmann, „Neue Beiträge zur deutschen Mundart in Estland“, Reval 1880, S. 71, „dem estn. mätalinä nachgebildet.“)

#### Landstreicher:

1) **Ansprecher**.

2) **Armer Reisender** (vgl. Colmar Schumann „Der Wortschatz von Lübeck“, Strassburg 1907, S. 66: „Handwerksburs, reisend H., arm Reisend.“)

3) **Spadónschläger** (das ó ist Nasalvokal wie im Französischen), **Spadaunschläger** (in Handwerkerkreisen; jetzt selten. Vgl. Schmeller, „Bayrisches Wörterbuch“, Stuttgart 1817–37, S. 658: „Der Spádon — vermutlich das ital. spadone, frz. espadon, grosses Schwert für beide Hände kommt, etwa mit Beziehung auf das Kreuz, das ein solches mit seinem Querstück am Griff bildet, als scherzhafte Bezeichnung des Kreuzes vor... Den Spadon schlagen, ein Kreuz schlagen...; fig. betteln oder fechten.“ In der Studentensprache bedeutet Spadonist „Nassauer“.)

#### Landwirte:

1) **Ackerstudent** (im handschriftlichen, von Landsleuten der „Fraternitas Rigensis“ herausgegebenen „Rigaschen Wochenblatt“ vom 15. Febr. 1836. Vgl. Klenz S. 82: „Studentensprache, nach Kluge 1781... gebucht. Auch bei Latendorf, Zu Lauremberg 1875 S. 11.“ Im Jahre 1645 erschien zu Riga und wurde seitdem noch oft aufgelegt „Salomonis Guberti, weil. Pastor zu Sonsel, Stratagema oeconomicum oder Akkerstudent.“)

2) **Agrarier** (seit dem Ende des XIX. Jahrh.)

3) **Furchenkacker** (studentisch).

4) **Hümpelspringer** Hümpel = Erdhügel. Lübben-Walther a. a. O. S. 153, „humpelhaufe“.)

5) **Kartoffelhopper**.

6) **Krautjunker** (= wenig gebildeter adliger Gutsbesitzer. Vgl. Klenz S. 84.)

7) **Löwe** (= angehender Landwirt, Eleve. Kurland, 90er Jahre. Vgl. Klenz S. 69 „Forstlöwe“.)

8) **Pulkajunker** (= 5). Bertram a. a. O. I, 23: „Sämtliche Personen trugen den Charakter jener starren, sonst ehrenwerten Klasse des niederen Landadels, den man in Deutschland Krautjunker und in Livland Pulkajunker nennt, vom estnischen Wort pulk = ein Pflock oder Kerbholz, auf dem der Amtmann... die Frontage anmerkte.“)



9) **Stoppelhopper** (vgl. Klenz S. 96 und Wossidlo „Aus dem Lande Fritz Reuters“, Leipzig 1910, S. 130.)

#### **Lehrer:**

1) **Arschpauker** (Studentisch. Vgl. Klenz S. 87 „Studentensprache, nach Kluge 1825—46 gebucht.“)

2) **Direx** (Schülersprache = Direktor. Vgl. Klenz S. 87.)

3) **Knochen** (Schülersprache, aus dieser in den allgemeinen Gebrauch übergegangen. Vielleicht eine Übertragung der älteren studentischen Personalbezeichnung „Knochen“, vgl. den Vers eines Studentenliedes: „Studenten sind fidele Knochen, Kein Unfall hat sie je zerbrochen.“)

#### **Lehrerinnen:**

1) **Kuhverwandte** (scherzhafte Umformung von „Gouvernante“. Dorpat, 80er Jahre. Vgl. Klenz S. 90 „Jumfernante.“)

#### **Lumpensammler:**

1) **Naturforscher** (auch Altertumsforscher: Riga. Vgl. Théodore le Singe a. a. O. S. 62 „Naturforscher = Lumpensammler.“)

#### **Maurer:**

1) **Dreckschwalbe** (in Bauske belegt. Vgl. Klenz S. 95, Günther S. 69).

#### **Musikanten:**

1) **Blechpuster**.

2) **Prager** (= umherziehende Musikanten, die ursprünglich wohl Prager Studenten waren. R. Büngner „Die Gesellschaft der Musse in Riga 1787—1887 berichtet, es seien 1825 „sechs Prager Studenten“... für die Tanzmusik in der Musse ange-

stellt worden. Auch Eichendorff lässt im „Taugenichts“ seine Wandermusikanten Prager Studenten sein. In „Wallensteins Lager“ Vers 482 sind die „Prager“ freilich Bergknappen.)

#### **Polizisten:**

1) **Flintenweib** (= weibliche Angestellte der kommunistischen Miliz, Januar bis Mai 1919 in Riga.)

2) **Gardawicken** (Umformung des russ. gorodowoj = „Polizist“.)

3) **Polizieschen** (Anlehnung an Zieschen = Würstchen.)

4) **Ratswürst** (= Sallmann a. a. O. S. 71: „für die vom Rath aufgestellten Stadtsoldaten“. Wohl Anlehnung an „Hanswurst“.)

5) **Steppchen** (in kleinen Städten Kurlands; jetzt nicht mehr üblich. Vielleicht zu Klenz S. 113: „Stipp in de Götte, Stipp in't Götje, niedd. Emden... = Tauch in den Rinnstein.“)

#### **Prostituierte:**

1) **Besen** (studentisch. Im Konventsprotokoll der „Fraternitas Rigensis“ vom 6. März 1835 heisst es zur Vorgeschichte einer studentischen „Reisserei“: „Sie seien bei einem Besen zusammengetroffen... K. ärgert sich über B., dass er bei seinem Besen ist...“ Neben dem Simplex viele Komposita: Kolb a. a. O. „Nach dem Takt der schönen Ecossaisen Tanzen dort zwei dicke Strassenbesen.“ Asmuss a. a. O. „Fick—, Jagdbesen.“ Vgl. Klenz S. 34 „Saubesen“. Jetzt nicht mehr gebräuchlich.)

2) **Betthase** (studentisch, in den 90er Jahren.)

3) **Blechtude** (Asmuss a. a. O. Gutzeit 152 erklärt das Wort als Umformung von „Blechtute“ und weist auf den studentischen Ausdruck **Blehdose** = vulva hin. Vgl. Klenz S. 29: „Blechtude — Studentenspr. 1822—41, s. Kluge.“ Jetzt nicht mehr gebräuchlich.)

4) **Dose** (in der handschriftlichen „Geheimen Chronik der Paukereien 1814 I—1817 I“ von C. R. v. Sivers wird gelegentlich der Vorgeschichte einer dörptischen Mensur berichtet, einer der Kontrahenten habe zum andern in Bezug auf ein junges Mädchen geäußert: „Ein hübsches Dosengesichtchen.“)

5) **Fell** (studentisch. Wohl Kurzform von „Bocksfell, Kuhfell“ = „liederliches, hässliches altes Weib.“)

6) **Hure** (neben dem Simplex auch vielfach Komposita: „Blott-Grabenhure, Hurstück.“ **Blott** = Strassenschmutz; in den Parodien auf die „Xenien“ von G. N. Fischer 1797 heisst es: „An die Xenien-Dichter. Aber ist es dann etwas so grosses, mit Goethes und Schillers Litterarischem Blott sich übergossen zu seh'n?“ wozu eine Fussnote bemerkt: „Blott ist der edlere Ausdruck für Koth. Blott, Mott, Koth, D . . ck ist die Gradation.“)

7) **Ploschke** (studentisch. Russ. ploški hiessen die Fettnäpfchen, die zur Illumination der Strassen an „Kronsfeiertagen“ gebraucht wurden.)

8) **Pljürze** (studentisch. Asmuss verzeichnet a. a. O. „Plüsche = Frauenzimmer.“)

9) **Schnepfe, Schneppe** (studentisch. Vgl. Klenz S. 34.)

#### **Schlosser :**

1) **Katzenköpfe** (ursprünglich Name gewisser Schlösser, wegen ihrer runden Form. Riga. Handwerkerkreise. Vgl. Klenz S. 125.)

#### **Schmiede :**

1) **Kobbelschuster** (A. Götze „Frühneuhochdeutsches Glossar“ 1920, S. 138 „kobelf. Stute“. Wohl slavisches Lehnwort, vgl. russ. kobyła „Stute“. Riga, Handwerkerkreise.)

#### **Schneider :**

1) **Nadelheld** (Riga, Handwerkerkreise. Vgl. Klenz S. 129: „Meister der Nadel“ und Günther a. a. O. S. 166 „Ritter von der . . . Nadel“.)

#### **Schornsteinfeger :**

1) **Schwarzkünstler** (Riga, Handwerkerkreise. Vgl. Klenz S. 136)

#### **Schuhmacher :**

1) **Fussbekleidungsrat** (Riga, Handwerkerkreise. Vgl. Klenz S. 141.)

2) **Knieriemalrat** (scherzhafte Umformung von „Kriminalrat. Riga, Handwerkerkreise. Vgl. Klenz S. 141.)

#### **Schuldiener :**

1) **Kalfēi** (in Riga, Kalfiester in Dorpat, Kalli in der v. Eltzschen, später v. Tideboehlschen Schule zu Riga, Knalli in der Domschule zu Reval gebrauchte Schüleraus-



drücke: Umformung der offiziellen Bezeichnung „Kal(e)-faktor“.)

### Schüler:

1) **Ka d d i k s o l d a t** (= Schüler in Uniform. Vgl. 1, 11.)

2) **K u l l o** (nach Bertram a. a. O. II S. 81: Schüler der Domschule zu Reval. Estn. külo = Truthahn.)

3) **Landeskäse** (Schüler der ritterschaftlichen Landesschule zu Mitau.)

4) **L u n a s k a l b** (= Schüler der Vorschule des Dörptschen Gymnasiums in den 70er und 80er Jahren. Der Direktor dieser Schule, Blumberg, wurde wegen seines runden Gesichts von den Schülern „Luna“ genannt.)

5) **P e n n a l**, **P e n n ä l e r** (studentisch, 60er Jahre.)

6) **P e n n a l k r ö t e** (= Schülerin.)

7) **P o n g o** (= Schüler in den Flegeljahren; Kurland. Gelegentlich auch die Femininbildung „Pongoline“. Das Wort „Pongo“ bezeichnet ursprünglich eine Art grosser Affen.)

8) **S c h u b i s t e r** (Schülersprache, Fellin, Schmidtsches Privatgymnasium, in den 60er Jahren für Schüler der untersten Klassen)

9) **S e p t i m ü c k** (Schülersprache, Dorpat, in den 80er Jahren für „Septimaner“.)

10) **T i n t n a s e** (= ABC-Schütz, Riga.)

11) **U l t i m o p s** (Schülersprache, Dorpat, in den 80er Jahren für den letzten Schüler

der Klasse, den „Ultimus“, dem es u. a. oblag, die Wandtafel zu reinigen und von dem es in einem damals üblichen Verschen hiess: „Ultimus hat viel Verdruß, Weil er die Tafel lecken muss.“ Vgl. Wehrhahn, „Kinderlied und Kinderspiel“, Leipzig, 1909, S. 162: „An die Zeit, da die Schulkinder noch selbst die Schulzimmer auskehren und reinigen mussten . . .“, erinnert der Reim: Ultimus, viel Verdruß, Weil er die Schul' ausfegen muss.“ — Auch **P r i m o p s** für „Primus“ war hier und da üblich, z. B. in Riga während der Vorkriegszeit.)

12) **V o l k s s c h i s s e r** (die Schüler des Dörptschen Gouvernementsgymnasiums bezeichneten in den 80er Jahren mit diesem Ausdruck sowie mit dem Namen „Neuschisser“ die mit ihnen rivalisierenden Schüler des jüngeren Kollmannschen, früher von Professor W. Volck geleiteten Privatgymnasiums.)

13) **Ž i m n ě ' s e**, seltener **Ž i m n ü k** (= Gymnasiast; noch heute im Gebrauch.)

### Seeleute:

1) **R e n n s t e i n f a h r e r** (= Schiffer für Ostseefahrten. Riga. Vgl. Lübben - Walther S. 298 u. 306: „r e n s t e n, r o n s t e n, Rinnstein.“)

2) **S c h l i s t ü** (= Anrede, russischen Matrosen gegenüber gebraucht. Bertram berichtet a. a. O., III 37, dass „in Reval in früheren Zeiten die müssigen Matrosen herumgingen und zu häuslichen Dienstverrichtungen gebraucht wurden. Man rief ihnen

also zu: „Hörst du, Matrose!“  
Russ. *slyš ty, matrōs!* Für  
Riga — 20er und 30er Jahre —  
wird das Wort als Anruf be-  
zeugt, der arbeitnehmenden Gar-  
nisonsoldaten galt.)

### Soldaten :

1) Garnisöner (= Garnison-  
soldaten; 20er Jahre und später.  
Bertram a. a. O. II, 121.)

2) Kapústnik, Kapustāner  
(= russischer Gemeiner. Das  
russ. *kapústnik* bedeutet einen  
Menschen, der mit Kohl (*ka-  
pústa*) zu tun hat, also etwa  
„Kohlesser“, und spielt wohl auf  
die frugale Nahrung der russi-  
schen Soldaten an.)

3) Kreuzfahrer (in den  
90er Jahren in Pernau für die  
zu den Übungen der Landwehr  
Einberufenen, die während der  
Übungszeit keine Uniform, son-  
dern nur ein Kreuz an der Mütze  
trugen. Vgl. Günther a. a. O.  
S. 97; „Kreuzritter = Polizist.“)

4) Landesgewehr (Ange-  
höriger der „Baltischen Landes-  
wehr“. Diese volksetymologische  
Form wurde 1920 gelegentlich  
und scherzweise in den Kreisen  
der Landeswehr, gebraucht.)

5) Piligrimme pl. (= 3).  
Pernau, 90er Jahre, nach dem  
russ. *piligrím* = Pilger.)

6) Spitzki (Bertram a. a. O.  
II, 121: „Ein paar alte Gar-  
nisonsoldaten, Garnisöner oder  
Spitzki's genannt, weil sie mit  
Schwefelhölzchen, russ. *spički*,  
handelten.“ „Rigasches Wochen-  
blatt“ vom 15. Febr. 1836:  
„Gensdarmen, Spitzkis, Wache,  
Polizei.“)

### Strassenbahnbeamte :

1) Ritzchenkratzer (= sub-  
alternen Strassenbahnbeamter,  
der u. a. die Schienen zu rei-  
nigen hat. Vgl. Klenz S. 25  
„Ritzenschieber für einen  
unteren Eisenbahnbeamten im  
Aussendienst; eigentl. eine be-  
sondere Art solcher E.“ Théo-  
dore le Singe a. a. O. S. 63  
„Ritzenschieber = Gleisreiniger  
bei der Trambahn.“)

Studenten, (in dieser Rubrik sind  
auch die Namen für die nicht-  
landsmannschaftlichen Studen-  
tenverbindungen verzeichnet):

1) Fechtbodäer, Fechter,  
Fechthauer (= Fechtbodisten,  
i. e. nichtfarbentragende Re-  
noncen einer Studentenkorpora-  
tion, die u. a. das Recht haben,  
den Fechtboden ihrer Verbin-  
dung zu benutzen.)

2) F i n k (bis zum Anfang der  
40er Jahre ist „Fink“ eine offi-  
zielle Bezeichnung der nichtin-  
korporierten Studenten gewesen;  
daneben „Wilder“, welcher Name  
sich seit der genannten Zeit als  
einzige offizielle Bezeichnung  
durchsetzt. Dass der Ausdruck  
„Fink“ gelegentlich als Touche-  
wort aufgefasst worden ist, geht  
aus dem Konventsprotokoll der  
„Fraternitas Rigensis“ vom  
2. März 1837 hervor: „Von der  
D(orpati) Livonia war eine An-  
klage gegen einen unserer Lands-  
leute eingegangen, welcher einen  
ihrer Landsleute und einen ihrer  
Fechtbodisten beschimpft habe,  
indem er sie „Finken“ genannt...  
Der Konvent beschloss, ihnen  
die Antwort zu erteilen, dass  
„Fink“ nicht als Schimpfwort



zu erachten, da dieser Ausdruck als Benennung für jeden, der sich zu keiner Korporation halte, bei uns gang und gäbe sei...“ Im Protokoll vom 5. Mai desselben Jahres heisst es dann: „Der Senior referierte die Resultate des Chargierten-Konvents: dass der Ausdruck „Fink“ auch von den Übrigen nicht als Schimpfwort anerkannt sei und die DLivonia mithin sich zufrieden geben müsse...“ Asmuss a. a. O. kennt das Wort nur als Spottnamen für die „Burschenschafter“. Vgl. „Felix Schnabels Universitätsjahre“, Neudruck, Berlin 1907, S. 29.)

3) Finkonia (Asmuss a. a. O. „Spottnamen der Burschenschaft“.)

4) Franziskaner (seit 1823 Name der Burschenschafter nach ihrem Führer stud. Frantzius.)

5) Fuchsblüte, Fuchskirbel, Fuchsschnauze (daneben die Kurzformen „Blüte“ und „Schnauze“, „Kirbel“ bzw. „Kürbel“ = Kopf.)

6) Ghibelline (= Angehöriger des „Renoncenfechtbodens“ nach dem Führer dieser Gesellschaft, stud. Goebel. Seit 1824.)

7) Gradulnik (= graduierter Student, i. e. Inhaber des niedrigsten akademischen Grades, den man durch Beendigung des Studiums und ein gerade genügendes Examenurteil erwarb. Vgl. II, „Akzisebeamte“ 1). — Auch die Kurzform „Gradüll“ würde gebraucht.)

8) Herrenhuter (= Fechtbodisten vom dritten Semester an, die nicht mehr die schwarze

Fuchsmütze, sondern Hüte trugen. Um 1900.)

9) Juchzer (= Konkneipant oder, wie der landesübliche Studentenausdruck lautet, „mitlebender Wilder“ der Curonia. Ursprünglich = Treiber.)

10) Kakadu (= Angehöriger „Fraternitas Academica“ 1881—1891.),

11) Kaljēga (seit den 90er Jahren Bezeichnung für die russischen Studenten, die ihre Berufsgenossen mit dem Titel „Collega“ anzureden pflegten.)

12) Kräh(e) (= 5). Seit etwa 1900. Das auch ausserhalb studentischer Kreise in allgemeinerer Bedeutung und früher gebräuchliche Schimpfwort „Kräh(e), Kräh' einer!“ scheint ein Übersetzungslehnwort aus dem russischen „voróna“ zu sein.)

13) Krássibus (= krasser Fuchs, Fuchs im I. Semester, in dem schon erwähnten „Rigischen Wochenblatt“ vom 19. Sept. 1833; dort heisst es in einem Studenten-ABC, überschrieben „Einige Pauk- und undere Regeln in neue hochdeutsche Reime gebracht, ein Auszug aus der neuen Bilderfibel für Studentenkinder, verordnet von einer hohen Schulkommission“ unter C: „Seht, Kinder, mal den Crassibus, Der Klingen schleift und schleppen muss!“ Vgl. „Basler Studentensprache“, Basel 1910, S. 40 „Rollibus = Postwagen“.)

14) Kümmeltürke (= Student aus der nächsten Umgebung von Dorpat. Asmuss a. a. O. Karl Petersens poetischer Nachlass,

S. 11, in der „Epistel an Br. Dorpat 1801“: „Bin doch ein Livländer comme il faut, Ein rechter Kümmeltürk und badaud . . .“ Vgl. Burdach a. a. O. S. 20.)

15) **Maulesel, Maultier** (Asmuss a. a. O.: „der sich zum Studentensexamen vorbereitet.“ „Mulus“ für den noch nicht immatrikulierten Studenten ist zur offiziellen Bezeichnung geworden.)

16) **Neobocke, Neobube** (Angehöriger der „Neobaltia“.)

17) **Obskurant** (= Wilder. In einem Gedicht des Rigensers Th. Friedländer, stud. jur. 1853—57, das sich in der als Manuskript in Berlin 1893 gedruckten „Erinnerung an die Fraternitas“ auf S. 56/57 findet, heisst es: „Kullen, Dörpster und Ruthenen, Obscurant und Spermandrill.“ Vgl. Meyer, „Hallische Studentensprache“, Halle 1894, S. 37 und 82.)

18) **Orang-Utang** (= Angehöriger der „Livonia Rigensis“, einer Wildensektion, die 1847 gegründet, aber nicht als Korporation anerkannt wurde. Sie hatte sich die Farben Blau-Orange-Weiss gewählt.)

19) **Pekude, Pekudist** (Student der Tierheilkunde am Veterinärinstitut in Dorpat. Von lat. *pecus*.)

20) **Philippone** (Asmuss a. a. O.: „Beiname der Burschenschaft.“ Übertragung des Namens einer Sekte der russischen „Altgläubigen.“)

21) **Polynese** (= Student des Polytechnikums zu Riga.)

22) **Pseudo-Livone, Pseudo** (im Jahre 1825 traten 16 aus der „Livonia“ Ausgeschlossene zu einer Verbindung zusammen, die sie selbst als „Livonia“, ihre Gegner aber als „Pseudo-Livonia“ oder „die Pseudo's“ bezeichneten.)

23) **Schnoddergurke, —nase** (= Fuchs. Auch die Kurzform „Gurke“ ist üblich.)

24) **Schwarzhäupter** (= Fechtbodist, wegen der schwarzen Kopfbedeckung. Anlehnung an den Namen der kaufmännischen „Gesellschaft der schwarzen Häupter“ in Riga, der „selscopp der swarten hovede to ryge“, wie es in der ältesten Schra der Gesellschaft vom Jahre 1416 heisst. Vgl. „Basler Studentensprache, Basel 1919, S. 44: „im Schwarzwald sy = „Farbenentzug.“)

25) **Studiermachergeselle** (Dörpster Handwerkerandruck für „Student“. Bertram a. a. O. II, S. 82. Vgl. Günther a. a. O. S. 158: „während sich im 18. Jahrhundert die Musen-söhne auch wohl selber als Studiermachergesellen verspottet haben“ u. d. Anmerkung.)

#### **Tischler:**

1) **Holzwurm** (Handwerkerkreise. Vgl. Klenz, S. 151.)

#### **Totengräber:**

1) **Kuhlengräber** (Riga. Nach Gutzeit a. a. O. S. 114 bis in die 60er Jahre offizielle Bezeichnung für den Kirchhofsaufseher, „jetzt in Schrift und höflicher Sprache gemieden.“



Vgl. Lübben-Walther a. a. O. S. 193; „k u l e, f. Grube, Vertiefung, Loch; bes. das Grab. Kulengrever, Totengräber.“ Vgl. Klenz S. 153 „Kuhlengräwer“.)

#### Universitätsbeamte :

1) P r ó r e x (= Prorektor. Studentisch.)

2) P u d e l (= Pedell. Studentisch. Vgl. „Felix Schnabels Studentenjahre“, S. 159. „Pudel Klein ist tot“ sagte man in den 60er Jahren in Dorpat, wenn jemand einen uralten Witz erzählte, oder eine angebliche Neuig-

keit, die überall so bekannt war wie die Tatsache, dass der Pedell Klein gestorben war. Variante (noch in den 90er Jahren): „Kaiser Paul ist tot.“)

3) R e x (= Rektor. Studentisch. Th. Friedlaender a. a. O. S. 57: „Aus dem Karzer lauscht mit Freuden Ein verbiss'ner Stipendiat Und verzeiht dem Rex die Leiden, So er ihm verurteilt hat.“)

#### Zahnärzte :

1) Z a h n b r e c h e r (vgl. Klenz S. 156. Tähnbreker.“)

## II. Bezeichnungen für die Angehörigen von Alters- (und Geschlechts-)gemeinschaften.

Die Grenze zwischen dieser kleineren Gruppe und der sehr grossen Kategorie der — an anderer Stelle zu behandelnden — Eigenschaftsschelten (z. B. „Schmurgel, Flidderliese“ etc.) ist nicht immer so scharf, dass sie ohne Mühe eingehalten werden könnte; es ist aber wenigstens versucht worden, hier nur solche Necknamen zu berücksichtigen, deren Träger der Hauptsache nach wegen ihrer Zugehörigkeit zu ihrem Alterskreis (und Geschlecht) und nicht vorzugsweise auf Grund anderer äusserer oder innerer Eigenheiten (Unsauberkeit, Leichtsinne etc.) Objekte der Neckerei sind.

#### Kinder (beider Geschlechter):

1) B a l g, das; Pl. B ä l g e r.

2) G ö r, das (Niederdeutsch. Nach Weigand-Hirt „Deutsches Wörterbuch“, Giessen 1909, S. 759 schon „1593 bei Helvig 144 in der Form Göre, „Pomerani in contemptum pro infante“.)

3) K a k e l n e s t (Seemann v. Jesersky a. a. O. Mnd. kakelen = gackern, vgl. Lübben-Walther S. 166. Goethe „Dichtung und Wahrheit“, Teil I, Buch IV :

„... der Jüngste, eine Art von naseweisem Nestquackelchen.“)

4) K r a b ā ' t, das; Pl. K r a b a t e n (Weigand-Hirt a. a. O. S. 1131 „Älternhd. und noch mundartlich. K r a b a t e statt Kroat, albulgarisch Chrübatinü. Im 30jähr. Krieg aufgenommen.“) Daneben K r a b b e.

5) K r o p p z e u g (als Kollektivbezeichnung. Weigand-Hirt a. a. O. 1156: „Kroppzeug, n.: Pack, Gesindel, zur Zeit des siebenjähr.

Krieges im preuss. Heere aufgenommen aus nd. *krōptüg*, *krūptüg* n., das ebenfalls zunächst als verächtliche Bezeichnung kleiner Kinder, unansehnlicher Menschen gebraucht wird.“ Gutzeit a. a. O. führt in der Bedeutung „kleine Kinder“ nur die Form *Kraufzeug* an.)

6) Lelling, das (in Kurland; auch in der Zusammensetzung „Titta-Lelling“. Lettisch = „Püppchen“.)

7) Murchel, meist Plur. Murcheln (Südbaltikum. Früher auch Schelte für Erwachsene; vgl. Konventsprotokoll der Fraternitas Rigensis vom 23. IV. 1835: „N. klagt, dass, als er... durch einen Haufen unserer Leute gegangen und W. berührt habe, dieser ihm darauf „Vorsichtig!“ zugerufen und ihn „Murchel“ geschimpft... habe.“ Dr. Ludwig Ulmann, med. fr. Rig, 1849–53, erzählte mir, einer seiner Studiengenossen habe einem andern namens Kühn gesagt, er heiße zwar Kühn, sei aber nicht kühn, worauf dieser erwidert habe: „Und du heisst zwar nicht Murchel, bist aber ein Murchel.“)

8) Pietsch, meist Plur. Pietschen (herablassende Bezeichnung für Schüler und Schülerinnen der untersten Klassen. Schülersprache, Riga, Gegenwart.)

9) Titta, das (= Baby. Das Wort ist im Nordbaltikum allgemein üblich, aber auch im Südbaltikum bekannt und ist wohl von nd. *titte* „Zitze“ abzuleiten: vgl. Colmar Schumann „Der Wortschatz von Lübeck“, Strassburg 1907, S. 72: „Tittkind Muttersöhnchen.“)

10) Wurm, das.

### Knaben

1) Gnide, meist kleiner Gnide (= Lausejunge. Südbaltikum, besonders Riga. Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes ist „Lause-Ei“; vgl. Weigand-Hirt a. a. O. S. 305: „nhd. Niss, mhd. niz, mnd. nete..., anord. gnit..., dän. gnid... russ.-poln. gnida...“)

2) Hosentrompeter (vgl. Herm. Anders Krüger „Sohn und Vater“, Braunschweig 1922, S. 11: „Mit mir kleinem Hosentrompeterchen sich abzugeben...“ Vielleicht eine Dorpater Reminiscenz? Krüger ist in Dorpat geboren, wo der Ausdruck allgemein üblich ist.)

3) Knappkäse (vgl. die im Deutschen Reich verbreitete Bezeichnung „Dreikäsehoch“. Zur Grundbedeutung vgl. Lübben-Walther a. a. O. S. 179 „knappkäse kleiner, harter Käse.“)

4) Knippät (gehört wohl zu mnd. *knippe*, vgl. Lübben-Walther a. a. O. S. 179: „knippe(u)... Schnellen mit dem Finger, Fingerknips“ und Weigand-Hirt a. a. S. 1078: „Knips... Schnippchen, leichter Schlag... Zwerg, Knirps... Nebenform von Knipp...“ Die Endung —at auch in Pluckat „Habenichts“, vgl. mnd. *plucken* „im Kleinhandel verkaufen“ und Luppät „Lump“.)

5) Píntik, Pintack, — Pintax (Gutzeit a. a. O. S. 360: „Sallmann hat Pindik als aus dem Estnischen stammend; unserem Pintik entspricht lett.



pintikis . . . Frischbier hat Pint als scherzhafte Bezeichnung für einen Gegenstand, der für den vorliegenden Zweck unzureichend ist. Ein zu kleiner Kopf . . . ist pintig . . .“ Vgl. Lübben-Walther a. a. O. S. 272 „pint Penis“ und C. Schumann a. a. O. S. 11 „Pünt = Penis,“ S. 12: „Pünt Spitze der Nase, des Fingers usw.“ Die Endung —ik auch in Dummik.)

2) Pügel (zu lett. puike?)

7) Puike (lett. ebenso. Südbaltikum.)

8) Puznāk (z = stimmhaftes s. Vielleicht zu russ. pozdnjak „Spätling“.)

9) Schischke (Riga, Schülersprache. Zu russ. maljčiska „Bube“ oder šiska „Beule; Tannenzapfen“? Nach Walther Ziesemer „Beobachtungen zur Wortgeographie Ostpreussens“ in der Zeitschr. für deutsche Mundarten 1923, Heft 3/4, S. 158, ist die häufigste Bezeichnung in Ostpreussen für die Kiefern- und Tannenzapfen šiske, poln. szyszka.)

10) Spritzbiks (Bertram a. a. O. III, S. 121. Vgl. „Hosentrompeter“. Vgl. auch Klenz S. 35 „Spritzbüchse = Freudenmädchen“.)

11) Spūz (vgl. Klenz a. a. O. S. 13: „Ballettspuz, Albrecht, Leipziger Mundart; „Spuz“ s. v. w. „Kleine“.)

#### Mädchen (Erwachsene):

1) Backfisch (nach Weigand-Hirt a. a. O. S. 137 „Fisch zum Backen, aber zu jung zum Absieden: noch unausgewachsenes

Mädchen. Schon 1555 in Bebel's „Facetiae“.)

2) Marjell (Ziesemer a. a. O. S. 153: „Margell . . . altpreussisch mergo, lit. merga, mergėle, ist über ganz Ostpreussen und darüber hinaus bis in die Danziger Gegend verbreitet . . .“)

3) Pisskröte (die Wahl dieser wenig freundlich klingenden Bezeichnung für kleine Mädchen mag durch die Tatsache nahegelegt sein, dass die Kröte ein flüssiges Sekret als Abwehrmittel gegen Feinde braucht.)

4) Skukke (lettische Bezeichnung für halbwüchsige Mädchen, als Lehnwort bei den Deutschen des Südbaltikums im Gebrauch. Das k der zweiten Silbe ist stark palatal, fast wie tj zu sprechen.)

5) Strenze (eigentlich „junge Kuh“. Vgl. Schmeller, „Bayrisches Wörterbuch“ S. 818: Strenz (wirzb.) stolze, faule Dirne.“)

#### Mädchen (erwachsene):

1) Florbesen, Patentbesen (studentische Bezeichnungen für junge Damen aus Honoratiorenkreisen: Asmuss a. a. O. II, S. 91. Heute nicht mehr im Gebrauch.)

2) Katzchen (studentisch; vorzugsweise bei Kurländern üblich.)

#### Greise:

1) Alter Knacker, alter Knaster (vgl. Weigand-Hirt a. a. O. S. 1071: „Knaster . . .

brummiger, mürrischer Tadler, bei Bürger Ged. 286 ... knastern, v.: rasseln, auch zornig knurren, zanken, schon im 16. Jahrh.“)

2) Mümmelgreis, Mümmeler (erst seit den letzten Jahrzehnten des XIX. Jahrh.; vermutlich aus den Werken Wilhelm Busch's entlehnt. „Mümmeln“ bedeutet ursprünglich „kauen wie ein Zahnloser“, vgl. Weigand-Hirt a. a. O. 232.)

3) Tapergreis (vgl. Weigand-Hirt a. a. O. 1024 „tapern, v.: sich ungeschickt benehmen. Nordd. zu tappen.“)

4) Alter Ziegenbock (in der Bedeutung „alter Junggeselle“ für Riga belegt.)

5) Zittergreis.

#### Greisinnen:

1) Altsche (Niederd. „Ollsch“).

2) Alte Flöte (studentisch, Dorpat, Ende des XIX. Jahrh.)

3) Alte Fofeike (Lemsal, Pernau. Zu russ. fufaika „Jacke“?)

4) Alte Fummel (vgl. Klentz a. a. O. S. 31 und Weigand-Hirt a. a. O. S. 597: bei beiden hat das Wort die Bedeutung „liederliche Weibsperson“.)

5) (Altes) Kuhfell (studentisch, Dorpat.)

6) Alte Nudel (Riga).

7) Alte Pfeife (Lemsal, Pernau).

8) Alte Schachtel.

9) Alte Trulle (für Kurland belegt. Vgl. Weigand-Hirt a. a. O. S. 1080.)

10) Alte Ziege (vgl. C. Schumann a. a. O. S. 72 „Zeg, oll drög Zeg hageres Weib“.)

#### Allgemeine Bezeichnungen für ältere Personen männlichen Geschlechts:

1) Mannsleute.

#### Allgemeine Bezeichnungen für ältere Personen weiblichen Geschlechts:

1) Frauensleute.

2) Weibstück, Plur. Weibstücker.

## Nachtrag.

In seinem Buch „Unser Deutsch“ (Leipzig, Quelle und Meyer, 1907) gibt Friedrich Kluge eine etymologische Deutung des Wortes „Knot“, die von der gegenwärtig allgemein üblichen abweicht. Auf S. 72 sagt er: „Das Wort *Knote* der Studentensprache scheint von Hause aus ein niederdeutsches Soldatenwort gewesen zu sein“, und in der Fussnote dazu: „Es scheint das niederländische *Knoet* „Knorren“ zu sein.“ Kluge's Meinung wird m. E. durch folgende Beispiele gestützt, die alle den Bedeutungsübergang „Knorren > plumper, unmanierlicher Mensch“ zeigen:



Lübben-Walther S. 180: „kno d a s t (knotiger Ast), grober (knotiger) ungeschliffener Mensch.“ Weigand-Hirt S. 1073: „Knebel, . . . Knorren an den Fingergelenken, . . . im 15. und 16. Jahrh. auch „grober, plumper Mensch“; S. 1079/80: „Knochen . . . , älternhd. Knocke „Knöchel, Holzknorren, grober Mensch (vgl. dazu d. balt. Knochen „Lehrer“!); S. 1080: „Mhd. knolle „Erdscholle, Klumpen, grober, plumper Mensch“; S. 1081: „Knorren . . . mhd. knorre „Knotenauswuchs, . . . kurzer, dicker Mensch, . . . spätmhd. knaur „grober Mensch“. Vgl. ebenda S. 1083: „Knubben“ „Knoten im Holze usw., knorriger Klotz“ und d. balt. „Knubbel, Knubbik ordinärer Mensch“, ferner die Herkunft der Wörter Bengel, Flegel, Knüppel (Kopisch, „Friedrichs des Zweiten Kutscher“: „Ein grober Knüppel, wie Er ist, . . .“), Schlegel (Götze S. 190: „Hammer, Keule; grober Mensch“), endlich Götze S. 138: „kog, Schlegel; roher Mensch“.

---

## Die Livländer im ersten russischen Parlament (1767–1769).

Von Dr. Alexander von Tobien.

Die Philosophin auf dem Thron, Katharina II., war schon als Grossfürstin von dem Gedanken an eine allgemeine Gesetzgebung erfüllt gewesen, die von humanitären Grundsätzen ausgehen sollte. Die früheren Regierungen des Zarenreiches hatten eine Flut von gesetzlichen Bestimmungen und polizeilichen Vorschriften erlassen, und diese wollte Katharina in ein System bringen, um dem Mangel der Kodifikation abzuhelpen. Es war die Epoche des Liberalismus von oben herab angebrochen und die Fürsten Europas begannen sich überall mit den Fundamenten des Verfassungslebens zu beschäftigen. Nie zuvor hatte der Gedanke, dass alle Behörden auf das Gedeihen der Untertanen Bedacht nehmen müssten, einen solchen Stärkegrad gewonnen, wie in dem Zeitalter des aufgeklärten Despotismus. Katharina war eine typische Vertreterin dieser Epoche. Natürlich bildeten nicht juristische Studien die Quelle ihrer Bildung; sie beschäftigte sich lieber mit den allgemeinen Menschenrechten, als etwa mit den Pandekten und Institutionen, und ähnlich wie Montesquieu, Voltaire und Rousseau suchte auch sie zwischen dem Ernst des Studiums und dem Feuerwerk geistreichen Spielens mit staatsrechtlichen Begriffen zu vermitteln.

Oft hatten die sie umgebenden Staatsmänner von der Notwendigkeit der Zusammenstellung eines neuen Gesetzbuches gesprochen, und namentlich war es Jakob Johann Graf Sievers gewesen, der ihr den Gedanken beigebracht hatte: ein neues umfassendes Gesetzbuch wäre das schönste und dauerndste Denkmal ihrer ruhmvollen Regierung, der Regierung „einer Freundin und Stütze der Menschlichkeit“<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> K. L. Blum: „Ein russischer Staatsmann. Des Grafen Jakob Johann von Sievers Denkwürdigkeiten zur Geschichte Russlands“. I. Band. Leipzig 1857, S. 257 und 259. Th. Bernhardt: „Geschichte Russlands und der europäischen Politik i. d. Jahren 1814 bis 1831“. 2. Teil, Abt. 2, 1875, S. 223–227. Prof. A. Brückner: „Katharina die Zweite“, in Onckens Allg. Geschichte in Einzeldarstellungen, Berlin 1883, S. 433.



Wohl auch Freude an geistiger Arbeit und das Pflichtgefühl weckten in ihr den Willen: eine Art gesetzgebender Versammlung zu veranstalten. So kam es zu dem wunderlichen Versuch der genialen Kaiserin, zu der im Jahre 1767 einberufenen Reichsversammlung, oder der „gesetzgebenden Kommission“.

Der Gedanke der Berufung einer, aus Volksvertretern bestehenden, gesetzgebenden Kommission war nicht ganz neu. Das Gesetzbuch des Zaren Alexei war 1648—49 wochenlang in einer Deputiertenversammlung verlesen und beraten worden, ehe es zum Druck gebracht wurde. Unter Peter dem Grossen war 1720 eine aus Russen und Ausländern bestehende Kommission mit der Kodifikation der Gesetze betraut worden, ohne dass die Arbeit zu einem Abschluss gediehen wäre, und auch Katharina I., Peter II. und Elisabeth hatten ähnliche misslungene Versuche unternommen<sup>1)</sup>. Katharina II. suchte indes alle von ihren Vorgängern auf dem Thron gemachten parlamentarischen Experimente zu übertrumpfen. Über 600 Deputierte aus allen Ständen und Völkern des russischen Reiches, durch Wahlen auf breiter Grundlage zusammenberufen, tagten seit dem Januar 1767 im Kreml zu Moskau, um ein von Grund aus neues Gesetzbuch zu entwerfen. Katharina selbst hatte die allgemeine Richtung dieses legislativen Riesenunternehmens in ihrer weltberühmten „Instruktion“, ein Inbegriff der Rechtsgrundsätze im Sinne des philosophischen Jahrhunderts, mit vielen wörtlichen Entlehnungen aus Montesquieu und Beccaria, vorgezeichnet<sup>2)</sup>.

Sie wollte nicht anordnen, oder gar befehlen, sondern nur anregen und Hinweise geben. Als die Glieder der Reichsversammlung im Juli 1767 in Moskau eintrafen, war das Manuskript der Instruktion fertig. Katharina liess verschiedene Kommissionsglieder Einblick in die Handschrift gewinnen und gestattete ihnen die Vornahme erheblicher Kürzungen. In dieser verkürzten Form wurde die Instruktion in Druck gegeben, datiert vom 30. Juli 1767, um an alle Kommissionsglieder verteilt zu werden. Eine Anzahl von Exemplaren wurde besonders angefertigt, mit deutscher Übersetzung neben dem russischen Text versehen; von diesen wurde eines an Katharinas Bundesgenossen Friedrich den Grossen nach Sanssouci gesandt, ein anderes an die Berliner Akademie der Wissenschaften geschickt<sup>3)</sup>. Auf den

1) Brückner a. a. O. S. 429.

2) Brückner a. a. O. S. 433; derselbe: „Die Instruktion der Kaiserin Katharina II. 1767“, Russische Revue XVIII, 414 ff. P. Salomon: „Ein russisches Reformprogramm aus dem 18. Jahrhundert“, Deutsche Rundschau, herausgegeb. v. Rodenberg. 144. Band, Sept. 1910, S. 413 ff.

3) Salomon a. a. O. S. 418.

Inhalt der Instruktion einzugehen<sup>1)</sup>, würde zu weit führen; es sei nur hervorgehoben, dass er bei Friedrich dem Grossen begeisterte Aufnahme fand<sup>2)</sup>, der Katharina mit eleganten Lobsprüchen überhäufte. Die Akademie der Wissenschaften ernannte Katharina zu ihrem Ehrenmitgliede<sup>3)</sup>. Aber auch England zollte Beifall und „die Russen“, so sagt ein englischer Berichterstatter, „dachten damals nichts anderes und redeten von nichts anderem als von ihrer Reichsversammlung. Wenn sie die Abgeordneten so vieler Völker in ihrer Hauptstadt versammelt sehen, so verschieden an Kleidung, Sitten und Religion, so finden sie sich veranlasst zu schliessen, dass sie jetzt das weiseste, glücklichste und mächtigste Volk der Erde sind“<sup>4)</sup>. Mit diesem vorzeitigen Enthusiasmus steht das Ergebnis in grellem Widerspruch. Es ist genugsam bekannt, dass die Tätigkeit der Reichsversammlung, oder der grossen Gesetzkommission Katharinas II., in den Sand verlief. Von einer durchgeführten Kodifikation der Gesetze war nicht die Rede, ja nicht einmal Material, das bei späteren Arbeiten verwertet worden wäre, hat sie geliefert. Das einzige dauernde und wohl auch nachwirkende Ergebnis des klangvollen Unternehmens blieb seine Einleitung — die Instruktion der Kaiserin.

Die von Katharina ausgehende Reformbewegung ist im wesentlichen am Widerstande der Bevölkerung gescheitert. Was Katharina dachte und schrieb, fand bei ihrem Volk noch wenig Verständnis. Zwar waren alle mit einer Revision der Gesetzgebung einverstanden, aber jeder Stand dachte nur an seine eigenen Interessen. Am meisten entgegenkommend waren einzelne Vertreter des Adels, am reaktionärsten die jüngst emporgekommenen sozialen Elemente, der Dienstadel und der Mittelstand, besonders sie lehnten eine Milderung der Leibeigenschaft ab. Die klare Einsicht in die Schwierigkeit der Arbeit und den wirklichen Nutzen einer festen Rechtsordnung fehlte. Katharina wich zurück und die Kommission wurde aufgelöst. Die Kaiserin erklärte sich indes zufrieden und stimmte dem zu, was ihre Schmeichler sagten: sie habe bereits alle Fragen ent-

<sup>1)</sup> Sie findet sich in vollem Wortlaut deutsch abgedruckt in: J. J. Haigold, „Neuverändertes Russland oder Leben Catharinae der Zweyten“, 1. Teil, 3. Aufl., Riga u. Mitau 1771, S. 305 ff. Über Ausgabe, Ausstattung, Sprache der Instruktion vgl. Brückner, Russische Revue XVIII, S. 414 ff.; eine Analyse gibt derselbe in seinem Werk „Katharina“ S. 434 ff. und ferner Salomon a. a. O. S. 419 ff. nach dem Wortlaut des in der Berliner Akademie der Wissenschaften befindlichen Textes.

<sup>2)</sup> Brückner, „Katharina“ S. 441.

<sup>3)</sup> Salomon a. a. O. S. 425.

<sup>4)</sup> Blum a. a. O. S. 259.



schieden<sup>1)</sup>. In Wahrheit jedoch ist die Praxis der Herrenrechte unter Katharina weit härter als ehemals geworden und der stete Kampf, der zwischen der Reichsverwaltung und dem grundbesitzenden Adel geführt wurde, kam auf Kosten der Bauernschaft bald der einen, bald der anderen dieser rivalisierenden Mächte zugute; denn das Recht gehörte dem Mächtigsten und Reichsten und war anders als um einen Bestechungspreis überhaupt nicht zu haben<sup>2)</sup>.

Dieser Entwicklungsgang läßt es fraglich erscheinen, ob es überhaupt lohnend ist, dem misslungenen kodifikatorischen Versuch Katharinas irgendwelche Aufmerksamkeit zu schenken, oder gar in das Getriebe, das 1767 den Kreml Moskaus erfüllte, einzudringen. Die Tatsache jedoch, dass die Vertreter Livlands im wunderlichen Parlament der grossen Kaiserin keine unrühmliche, sondern vielmehr eine hervorragende, in der neuen russischen Literatur mehrfach anerkennend hervorgehobene Rolle gespielt haben, ist unserer Beachtung wert. Sie verdient um so mehr eingehender Würdigung, als die freilich meist objektive Darstellung der Mitarbeit unserer Landsleute am Unternehmen Katharinas doch der Ergänzung bedürftig erscheint, soll ein vollständiges Bild vom Auftreten und Wirken der livländischen Deputierten in der immerhin historisch denkwürdigen Reichsversammlung Russlands gewonnen werden. Der erste Forscher, der den Anteil Livlands an den Geschehnissen, die sich 1767 im Kreml zu Moskau abspielten, geschildert hat, ist Georg Berkholz gewesen, der in seiner, im Jahre 1862 in der Baltischen Monatsschrift veröffentlichten, Abhandlung „Gadebusch in der Reichsversammlung zu Moskau“<sup>3)</sup> über die Erlebnisse und Erfahrungen des Deputierten von Dorpat, des damaligen Syndikus, späteren Justizbürgermeisters von Dorpat Friedrich Konrad Gadebusch berichtet hat. Berkholz' Quelle war im wesentlichen das von Gadebusch während seiner Deputationsreise geführte Tagebuch, das sich im Besitz der Kaiserlichen Öffentlichen Bibliothek in Petersburg befindet und bisher leider noch nicht den Weg in die Öffentlichkeit hat nehmen können. Andere Unterlagen standen Berkholz im Jahre 1862 kaum zu Gebote, da die Akten der Gesetzgebungskommission erst vom Jahre 1869 an im Magazin der Kaiserlichen Historischen Gesellschaft zu St. Petersburg nach und nach veröffentlicht worden sind<sup>4)</sup>.

1) Salomon a. a. O. S. 426 ff. Engelmann: „Die Leibeigenschaft in Russland“, Leipzig 1884, S. 124.

2) Theodor Schiemann, „Geschichte Russlands unter Kaiser Nikolaus I.“, Bd. I., Berlin 1904, S. 7.

3) Baltische Monatsschrift, 4. Bd., 1862, S. 143 ff.

4) Brückner, „Katharina“, S. 446, Anmerkung 1.

Diese offizielle Publikation hat alsdann der Dorpater Professor Alexander Brückner, der Biograph Katharinas, zunächst in einer Reihe von Aufsätzen, die er in der deutschen, zu St. Petersburg gedruckten „Russischen Revue“ erscheinen liess<sup>1)</sup>, und alsdann in seinem Werk „Katharina die Zweite“ verwertet, wobei er zwar die Wirksamkeit der ostseeprovinziellen Vertreter in der Gesetzkommision besonders, aber doch nicht erschöpfend würdigt<sup>2)</sup>.

Alsdann ist das tatkräftige Auftreten des Abgeordneten der livländischen Ritterschaft, des Landrats und Konsistorialpräsidenten Johann Adolf von Ungern-Sternberg in der Bauernfrage, das Brückner unbekannt geblieben zu sein scheint, vom Dorpater Professor Johannes Engelmann in seinem bekunnten Buch „Die Leibeigenschaft in Russland“ eingehend behandelt worden, wobei indes Engelmann den Fehler begeht, Ungern als estländischen Deputierten zu bezeichnen<sup>3)</sup>.

Das Verdienst des Landrats von Ungern, die Milderung des schweren Geschicks der russischen Leibeigenen in der Gesetzkommision zur Sprache gebracht zu haben, ist alsdann vom rühmlich bekannten russischen Agrarhistoriker Semewski nach den offiziellen Unterlagen sehr eingehend behandelt worden<sup>4)</sup>.

Einen wertvollen Beitrag zur Geschichte des Auftretens der ostseeprovinziellen Abgeordneten verdanken wir ferner Bernhard Hollander, der die Aufzeichnungen des Rigaschen Rats Herrn Johann Christoph Schwartz über seine Wirksamkeit in der Gesetzkommision als Deputierter der Stadt Riga im Jahre 1885

<sup>1)</sup> „Zur Geschichte der Gesetzgebung in Russland“, Bd. XX, 1882, S. 424–459, 514–547, und Bd. XXI, 1882, S. 31–51; ferner: „Die Verhandlungen der grossen Kommission in Moskau und Petersburg 1767–1768“, Bd. XXII, 1883, S. 325–356, 411–432, 500–541.

<sup>2)</sup> Russische Revue Bd. XXII, S. 500; „Katharina“, S. 484 ff. Erstaunlich ist, dass Brückner den Deputierten des Jerwischen Kreises in Estland Deputierter des „järwschen“ Kreises und den Deputierten von Wierland in Estland Deputierter des „Wierschen“ Kreises nennt. Russische Revue Bd. XXII, S. 419, 505. Gadebusch hatte doch wenigstens den ersten: Deputierter des „järwischen Kreises“ genannt. Berkholz a. a. O. S. 149.

<sup>3)</sup> Engelmann, „Die Leibeigenschaft in Russland“ Leipzig, 1884, S. 129. Ein ähnliches Versehen lässt sich auch Brückner zuschulden kommen, der den Deputierten des livländischen Adels, den General-Feldzeugmeister Alexander von Villebois als Deputierten Estlands hinstellt (Russische Revue XXII. Band, S. 511), während er ihn in derselben Abhandlung an anderer Stelle richtig als Vertreter des livländischen Adels nennt (ebenda S. 501).

<sup>4)</sup> B. J. Semewski, „Die Bauernfrage in Russland im 18. Jahrh. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrh.“, Petersburg 1888 (russisch), S. 131 ff.



zu einem Vortrage in unserer Gesellschaft verdichtet hat<sup>1)</sup>. Hollander verdanken wir weiter eine Schilderung der Vorgänge, die sich in Riga um die Wahl des städtischen Deputierten für die Reichsversammlung gruppiert haben<sup>2)</sup>.

Alsdann finden wir in der Baltischen Monatsschrift 1890 eine Studie des leider früh verstorbenen jungen Historikers Richard Hasselblatt, in der über die Instruktionen der baltischen Ritterschaften für die Gesetzkommission gehandelt wird<sup>3)</sup>.

In neuester Zeit hat die russische Publizistik sich wieder diesen Fragen zugewandt und im besonderen die Initiative des bereits erwähnten Vertreters der livländischen Ritterschaft Ungern-Sternberg in der Bauernfrage des Reiches zum Gegenstande genauer Untersuchung gemacht. Mit erfreulicher Emsigkeit ist nämlich der Schüler der historisch-philologischen Fakultät der Universität Odessa A. W. Florowski bemüht gewesen, die Behandlung des Leibeigenschaftsverhältnisses der russischen Bauern in der Reichsversammlung kritisch zu erörtern, wobei er ausführlich auf den von Ungern-Sternberg eingebrachten Entwurf von Rechtsbestimmungen eingeht, die der Leibeigenschaft in Russland einengende Grenzen setzen sollten<sup>4)</sup>. Der Verfasser bezeichnet seine Arbeit bescheiden als eine studentische<sup>5)</sup>, tut ihr aber hierin unrecht, denn er hat, wie aus einer chronologisch angeordneten Übersicht der von ihm benutzten Literatur hervorgeht<sup>6)</sup>, nicht nur die bezüglichen russischen, französischen und deutschen Abhandlungen verschiedener Zeiten verwertet, sondern auch Archivstudien getrieben und namentlich sowohl das Archiv des Reichsrats, wie auch die im Rumänzew-Museum in Moskau befindlichen Unterlagen ausgenutzt<sup>7)</sup>. Während ihm jedoch die Abhandlungen von Berkholz, Brückner und Engelmann über die Anteilnahme der baltischen Deputierten bekannt sind, hat er leider die von Hollander und Hasselblatt übersehen. Die Studie Florowski's und ihre Vorgängerinnen zu ergänzen, erscheint um so gebotener, als eine wichtige Quelle bisher noch von keinem

1) Sitzungsber. der Gesellsch. für Gesch. u. Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands aus den Jahren 1885. Riga 1886, S. 21 ff.

2) Sitzungsber. der Gesellsch. für Gesch. u. Altertumskunde etc. aus dem Jahre 1906. Der Vortrag ist im vollen Wordlaut abgedruckt in der Rigaschen Rundschau Nr. 33 u. 34 vom Jahre 1906.

3) R. Hasselblatt, „Die Instruktionen der baltischen Ritterschaften für die gesetzgebende Kommission von 1767“, Balt. Monatsschrift 37. Bd., 1890, S. 668 ff.

4) A. W. Florowski, „Aus der Geschichte der Gesetzkommission Katharina's 1767. Die Frage von dem Leibeigenschaftsrecht“, Odessa 1910. russisch, S. 161 ff.

5) Ibidem S. IX.

6) Ibidem S. XXIII–XXXVIII.

7) Ibidem S. XIV, Anmerk. 1 u. 2, S. XV, Anmerk. 1–3, u. S. XXI.

Forscher ausgenutzt worden ist: das Archiv der Livländischen Ritterschaft, wo sich in 4 wohlgeordneten Bänden reiches Material darbietet<sup>1)</sup>.

Die Einsichtnahme in diese Aktenstücke gewährt die Möglichkeit, manche Ereignisse, die den bisherigen Forschern, so namentlich Brückner, dunkel blieben, zu klären und Geschehnisse, die eng mit den Vorgängen in der grossen Gesetzkommission verknüpft gewesen sind, aufzudecken. Im besonderen sind es 4 Tatsachen, welche die Kenntnissnahme der ritterschaftlichen Akten vermittelt und die unseres Interesses wert sind:

1) die lebendige, aber oft direktionslose Anteilnahme, die Katharina II. den livländischen Problemen entgegenbrachte;

2) der Gegensatz, der die Stände Livlands in der Frage des Güterbesitzes entzweite, wobei auf der einen Seite die immatrikulierten Edelleute, auf der anderen die sogenannten Landsassen und die Stadt Riga standen, ein Rechtsstreit, den der Indigenatsadel mit Hintenansetzung seiner materiellen Interessen führen zu müssen wähute, um das Eindringen landfremder Elemente, namentlich des russischen Dienstadels, in das feste Gefüge der historisch gewordenen Autonomie des livländischen Flachlandes abzuwehren;

3) der mutvolle Kampf, den die livländische Ritterschaft im Verein mit der estländischen, und die Stadt Riga um die Wahrung der Landesprivilegien gegen 600 Widersacher führten, wobei die trotz inneren Haders unwandelbare Einmütigkeit aller baltischen Stände zutage trat, wenn es galt, ihre verbrieften Rechte gegen russische Angriffe zu schützen;

4) das zielbewusste, wenn auch allendlich erfolglose Bemühen des Vertreters der livländischen Ritterschaft, des Landrats Johann Adolf von Ungern-Sternberg, das schwere Geschick der russischen Leibeigenen zu mildern und zwar in einer Zeit, die von Pseudohistorikern wie Merkel als diejenige Epoche geschildert zu werden pflegt, in welcher der krasseste Egoismus und die härteste Tyrannei der livländischen Gutsherren geherrscht haben sollen.

<sup>1)</sup> a) „Recess von dem im Febr. und Martio 1767 gehaltenen Convent und der zu gleicher Zeit auf Allerhöchsten Kayserlichen Befehl geschehenen Convocation Ev. E. Ritter- und Landschaft“, Ritterschafts-Archiv Vol. XIV; Residier- und Convent-Rezess vom Jahre 1765 bis 1768, pag. 539 - 641; b) „Acta zur Gesetz-Commission Vol. I und II“, Ritterschafts-Archiv Nr. 202 und 204; c) „Acta, betr. die Streitigkeiten der Ritterschaft mit den Landes-Eingesessenen in Ansehung der Wahl ihres Hauptes und (ihrer) Deputierten de A. 1767, mens Mortii“, Ritterschafts-Archiv Nr. 203. In der Folge werden diese Unterlagen kurz bezeichnet werden als: R.-A. Vol. XIV und R.-A. Nr. 202, 203, 204. Das Ritterschafts-Archiv befindet sich zurzeit im lettländischen Staatsarchiv im Rigauer Schloss.



Diese 4 Tatsachen werden sich zwanglos bei der Beantwortung der Fragen ergeben:

Wer vertrat in der grossen Gesetzkommission Katharinas die Interessen Livlands, wie war die Aufgabe der livländischen Abgeordneten umrissen und wie haben diese ihre Pflichten wahrgenommen?

Das Manifest der Kaiserin, in dem sie die Berufung einer gesetzgebenden Versammlung anordnete, erschien am 14. Dezember 1766 und begann mit der bombastischen Phrase: „Gott selbst und das werthe Vaterland haben uns den Zepter dieses Reiches in die Hände gegeben, um dasselbe vor dem vor Augen schwebenden gänzlichen Untergang zu erretten“<sup>1)</sup>. Weiter wird auf die Devise der Regierung hingewiesen: „Bewahrung der Gerechtigkeit, Ausrottung alles Bösen, allen Unrechtes und aller Bedrückungen“, und endlich die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzbuches begründet<sup>2)</sup>. Hierzu sollen Deputierte vom Senat und Synod, aus Verwaltungs-Kollegien und Kanzleien, gleichwie Abgeordnete aller Landkreise und Städte des Reiches in Moskau vereint werden und ermächtigt sein: nicht nur „das Anliegen und die Bedürfnisse eines jeden Ortes vernehmen“ zu lassen, sondern auch an der Abfassung des Entwurfes eines neuen Gesetzbuches mitzuarbeiten. Eine komplizierte Wahlordnung bestimmte im einzelnen den Vorgang der Wahl. Es gab besondere Vorschriften für die Wahl der Deputierten des Adels, der Städte und gewisser bauerlicher Klassen. Das Wahlreglement sieht eine vollständige Zeremonialordnung vor, nach der z. B. die Gewählten von der Wahlversammlung beglückwünscht werden müssen, während diese verpflichtet werden: für das ihnen geschenkte Vertrauen ihren Dank den Wählern auszudrücken<sup>3)</sup>.

Der einleitende Akt soll in der Kirche mit „aller Andacht“ und „gehöriger Wohlanständigkeit“ vollzogen werden<sup>4)</sup>. Die Wahl selbst muss „ohne alles Geräusch mit der gebührenden Bescheidenheit und guten Ordnung“ vor sich gehen<sup>5)</sup> und, was die Hauptsache ist, „es haben“, heisst es in der allgemeinen Vorschrift, „alle und jede sich äusserst zu hüten, dass niemand hinterlistiger Weise oder sonsten auf einige Art gekränkt oder bedrängt werden möge; desgleichen werden „aller frevelhafte Eigennutz und Geschenk-Nehmungen“ aufs schärfste und „bey

1) Offizielle deutsche Übersetzung des Manifestes vom 14. Dezember 1766, A.-A., Vol. XIV. S. 515. Haigold a. a. O. S. 251 ff.

2) Brückner, „Katharina“, S. 446.

3) Art. 15 der Wahlordnung des Adels. Haigold a. a. O., S. 271.

4) Art. 20. ebenda.

5) Art. 13. ebenda.

Vermeidung Kaiserlicher unausbleiblicher Ungnade verboten<sup>1)</sup>. Den Deputierten wurden Diäten zugesichert und zwar den adeligen 400 Rbl., den städtischen nur 120 Rbl. und den bäuerlichen nicht mehr als ausgerechnet 37 Rbl. jährlich<sup>2)</sup>. Wichtiger wohl als diese Geldzuweisung war die Versicherung, dass alle Deputierten, gleichviel welchen Standes, zeitlebens von der Todesstrafe, der Tortur, der Leibesstrafe und der Vermögenskonfiskation befreit und des Vorrechtes teilhaftig sein sollen, dass, wenn sie überfallen, ausgeplündert, geprügelt oder totgeschlagen werden sollten, ihre Widersacher das Doppelte der sonst üblichen Strafe zu erleiden haben<sup>3)</sup>.

Offensichtlich rechnet das Wahlreglement mit der Unkultur des Reiches und seiner Bewohner.

Wie wenig organisiert selbst der russische Adel war, lehrt die für die Wahl seiner Deputierten geschaffene Ordnung. Danach sollte in erster Linie für einen jeden Distrikt oder Wahlkreis des Gouvernements ein „Sprecher oder Anführer“ oder „Marschall“ auf zwei Jahre gewählt werden, der nicht weniger als dreissig Jahre alt sein müsse. Stimmfähig waren alle im Distrikt mit Gütern angesessenen Edelleute; auch gutsbesitzliche Frauen durften schriftlich ihre Vota abgeben<sup>4)</sup>.

Mit gutem Grunde beschloss der im Februar 1767 versammelte Konvent der Livländischen Ritterschaft, die Staatsregierung zu bewegen, Livland von der Wahl besonderer Marschälle für den estnischen und den lettischen Distrikt zu befreien, da ja Livland sich im Gegensatz zum Reich einer altbewährten Landesordnung erfreue, welche die Wahl eines Hauptes der Ritterschaft in der Person des Landmarschalls vorsehe. Der in dieser Sache um seine Meinung angegangene Generalgouverneur Freiherr von Browne<sup>5)</sup> widerriet indess jegliche Abweichung von der kaiserlich festgesetzten Wahlordnung<sup>6)</sup>, weshalb die Wahl rite vollzogen werden musste. Es brach jedoch jetzt innerhalb des Kreises der in Livland angesessenen Edelleute ein Konflikt aus, der seine Schatten weit voraus warf und einen jahrelangen Zwist heraufbeschwor. Es ist dieses der vielbeachtete Kampf der sogenannten „Landsassen“ um ihre Gleichberechtigung mit dem immatrikulierten Adel.

<sup>1)</sup> Art. 15, der allgem. Vorschrift (Lit. A).

<sup>2)</sup> Art. 10 der allgem. Vorschrift a. a. O.

<sup>3)</sup> Art. 6 der Wahlordnung des Adels und der Städter, Art. 23 der Wahlordnung der Bauern (Lit. C).

<sup>4)</sup> Wahlordnung des Adels, Lit. B, Art. 7, 11 u. 15 a. a. O.

<sup>5)</sup> Der Adelskonvent an den General-Gouverneur Browne am 27. Februar 1767 R.-A., Vol. XIV, S. 553/13.

<sup>6)</sup> General-Gouverneur Browne an die Landräte des Herzogtums Livland am 28. Februar 1767, ibidem S. 554/17.



Zur schwedischen Zeit umfasste der Landtag nicht nur die ritterbürtigen Gutsbesitzer, sondern auch die bürgerlichen Eigentümer von Rittergütern. Seitdem aber Livland dem russischen Zepter unterworfen worden war, wurde das anders. In engstem Zusammenhange mit dem Bestreben, das ausschliessliche Güterbesitzrecht sich allein zu sichern, um landfremde, namentlich russische, Elemente von ihm auszuschliessen, war die Ritterschaft bemüht, die Landtagsberechtigung auf die „Mitbrüderschaft“ zu beschränken. Als Mitbruder galt nur jeder indigene Edelmann, d. h. jeder Edelmann, der im Lande geboren war und ein Rittergut zueigen hatte oder dessen Vater mit einem Landgut in Livland ansässig war oder gewesen war. Besitzliche Edelleute, die nicht zu den „Mitbrüdern“ gehörten, konnten zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Mitbrüderschaft oder das Indigenat durch Zahlung von 100 Reichstalern an die Ritterkasse leicht erlangen. In den folgenden Jahrzehnten wurde jedoch die Aufnahme in die Mitbrüderschaft wesentlich erschwert. Dieser Entwicklungsgang war vornehmlich eine Folge der Aufrichtung der „Matrikel“, d. h. eines Verzeichnisses der zum Korps der livländischen Ritterschaft gehörigen Adelsfamilien, die im Jahre 1747 geschlossen wurde. Über Gesuche zur Aufnahme in die „Mitbrüderschaft“ oder das „Indigenat“ war fortan jedes auf dem Landtage anwesende Mitglied des Korps der Ritterschaft, ob besitzlich oder nicht, abzustimmen befugt; aber erst wenn  $\frac{3}{4}$  der Stimmen sich für die Aufnahme des Petenten erklärt hatten, galt er als rezipiert und wurde in die Matrikel eingetragen. Nur die immatrikulierten Rittergutsbesitzer waren zum Erscheinen auf dem Landtage verpflichtet und mit dem aktiven und passiven Wahlrecht zu den Landämtern ausgestattet, während die nicht indigenen Edelleute und die wenigen noch vorhandenen bürgerlichen Gutsbesitzer nur das Recht genossen, auf dem Landtage zu erscheinen, wo ihnen besondere Sitze angewiesen wurden. Die demnach bloss auf dem Landtage geduldeten, nichtindigenen und bürgerlichen Gutsbesitzer, „Landsassen“ genannt, denen es ausdrücklich gestattet war, vom Landtage „wegzubleiben“, ermangelten jedoch nicht jeglichen Stimmrechts, denn ihnen war das Votum in allen Sachen, in denen es sich um die Bewilligung von Grundsteuern handelte, eingeräumt. Von den Städten Livlands hatte sich im 18. Jahrhundert Riga allein die Landtagsberechtigung zu wahren gewusst und zwar in dem Umfange, wie sie einem indigenen Edelmann zustand, denn obwohl Riga befugt war, zwei Deputierte auf den Landtag zu entsenden, so durften beide zusammen doch nur eine Stimme abgeben<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Alexander Tobien „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrh.“, 1. Bd., Berlin 1899, S. 26 ff.; dort auch Angabe der für diese Frage massgebenden Literatur.

Schon gleich nach dem Schluss der Matrikel im Jahre 1747 begann sich der Gegensatz zwischen der Ritterschaft und den Landsassen oder der „Landschaft“, wie sich irrigerweise die besitzlichen, nicht-indigenen Edelleute und die bürgerlichen Gutsbesitzer nannten, zu entwickeln<sup>1)</sup> und nahm jetzt, gelegentlich der Wahlen des livländischen Adels in die Reichsversammlung Katharinas, scharfe Formen an.

Als im März 1767 die Namen der in Riga zum Wahlakt erschienenen Edelleute in die vorschriftsmässigen Wahllisten eingetragen werden sollten, stellten sich im Ritterhause auch einige „Landsassen“ ein, und in ihrem Auftrage verlangte der Major Wilhelm Gerhard von Blumen zu Lindenbergh deren Aufnahme in die Reihe der Stimmberechtigten. Sie wurden jedoch von dem residierenden Landrat von Mengden-Zarnikau mit der Begründung abgewiesen, dass das Wahlreglement den Edelleuten vorschreibe, die Wahl unter den „Mitbrüdern“ zu treffen, und da die „Landsassen“ zu diesen nicht gehörten, stände ihnen das Wahlrecht nicht zu<sup>2)</sup>. Hierüber führten die Landsassen sofort beim Generalgouverneur Browne Beschwerde, und zwar gerierte sich hierbei als Führer der Landsassen der Obrist Gustav Emanuel von Weissmann, der das Rittergut Fistehlen besass<sup>3)</sup>. Der Ingenieur-Obrist von Weissmann mochte den Landsassen als besonders einflussreiche Persönlichkeit gelten, da er von Katharina II. mit der Aufgabe betraut war, den Lauf der Düna zu regulieren<sup>4)</sup>, und sich durch seine Arbeit die Gunst der Kaiserin in hohem Masse erworben hatte<sup>5)</sup>. Weissmanns Beschwerde sucht in 9 Punkten zu beweisen, dass die „Landschaft“, wie er die Gesamtheit der Landsassen bezeichnet, stets mit der Ritterschaft zusammen gegangen sei, alle Lasten und Privilegien, wie jene, gemeinsam getragen und genossen habe, weshalb ihr das Recht, die Deputierten mitwählen zu dürfen, um so weniger abgesprochen werden dürfe, als es sich bei der Wahl nicht um

<sup>1)</sup> Julius Eckardt: „Der livländische Landtag in seiner historischen Entwicklung“, Baltische Monatsschrift 3. Bd., 1861, S. 144. Professor Dr. O. Schmidt: „Zur Geschichte der Ritter- und Landschaft in Livland“ Dorpater Juristische Studien Bd. III, 1894, S. 24 ff.

<sup>2)</sup> Residiererecess vom 2. März 1767, R.-A. Vol. XV, S. 564/22. Dort ist der Major von Blumen irrtümlich Major Bluhm genannt.

<sup>3)</sup> L. von Stryk, „Beiträge zur Geschichte der Rittergüter Livlands“, 2. Theil, Dresden 1885, S. 100.

<sup>4)</sup> Julius Eckardt, „Livland im achtzehnten Jahrhundert“, 1876, S. 262.

<sup>5)</sup> Katharinas eigenhändiges, in deutscher Sprache abgefasstes Schreiben vom 10. Juni 1766 an einen ungenannten Adressaten; Konzept eines eigenhändigen Briefes Katharinas an den Generalgouverneur Browne aus dem Jahre 1766. Magazin der russ. histor. Gesellschaft (russisch), Bd. X, 1872, S. 90 u. 91.



die Erfüllung eines zeremoniellen Aktes, sondern um die Wahrnehmung wichtiger Prärogative handle<sup>1)</sup>. Diese der Ritterschaft zur Äusserung überwiesene Beschwerde wurde sofort vom residierenden Landrat von Mengden in einer persönlich übergebenen Replik beantwortet, die darin gipfelte, dass die Gemeinschaft der Landsassen einen Rechtsirrtum begehe, wenn sie sich mit der Landschaft identifiziere, denn die Gemeinschaft des in der Matrikel verbundenen Adels sei sowohl in Livland, wie in Kurland von jeher als Ritter- und Landschaft bezeichnet worden, während Landsassen alle diejenigen seien, „welche in praejudicium der adeligen Privilegien Güter im Lande besässen“<sup>2)</sup>. Auf diese kurze Erklärung der Ritterschaft, die eine eingehende Beweisführung in Aussicht stellte, eröffnete der Generalgouverneur mündlich dem residierenden Landrat von Mengden und dem diesen begleitenden Landrat Johann Adolf von Ungern-Sternberg, dass er es den Landräten überlasse, auf ihre eigene Gefahr hin den Landsassen die Teilnahme an der Wahl zu gestatten, oder nicht<sup>3)</sup>. Der in der Fortifikation wohlbewanderte Landsassenhauptide Obrist von Weissmann zeigte sich indes keineswegs gewillt, die Erledigung des Konfliktes in das Belieben der Ritterschaftsrepräsentation zu stellen, weshalb er sich anderen Tages zum zweiten Mal, und jetzt in flammenden Worten, an den Generalgouverneur Browne mit der Bitte wandte, die gestern eingebrachte Beschwerde Kaiserlicher Entscheidung unterbreiten zu wollen, wobei er erklärte, dass die Landsassen, um die Vornahme des Wahlaktes nicht zu verzögern, bereit seien, sich vorläufig zu bescheiden und von der Wahl abzusehen, dass sie indes mit Sicherheit darauf rechneten: die Monarchin werde ihnen die Entsendung eines eigenen Deputierten gestatten. Das Schriftstück versteigt sich zu der bombastischen, unverständlichen Phrase: „Wir haben kein Haupt, welches vor uns sprechen könnte. Wir haben aber die ganze zeitliche Glückseligkeit für 1000de zu reden, anstatt, dass die Ritterschaft nur vor gewisse Ideen zu streiten hat, da man weder ihren eigenen, noch der hohen Crone Nutzen finden kann“<sup>4)</sup>.

Dem Generalgouverneur Browne mochte die Anrufung der Kaiserlichen Entscheidung wenig gefallen, zugleich aber auch die Eingabe Weissmanns imponiert haben, denn er suchte zu vermitteln. Er wies darauf hin, dass es sich nicht um einen ordi-

<sup>1)</sup> Gustav Emanuel de Weissmann an den Generalgouverneur Browne am 2. März 1767, R.-A. Nr. 203, S. 1.

<sup>2)</sup> Residierrezess vom 2. März 1767, R.-A. Vol. XIV, S. 565/23; Landrat Baron Mengden am den Generalgouverneur Browne am 2. März 1767, R.-A. Nr. 203, S. 3.

<sup>3)</sup> Residierrezess vom 2. März 1767 ibidem.

<sup>4)</sup> R.-A. Nr. 203, S. 5. Residierrezess vom 3. März 1767 a. a. O.

nären actus der Ritterschaft, auch nicht um die Wahrnehmung personeller Prärogativen, sondern um iura realia handele, weshalb alle mit Erbgütern angesessenen Edelleute das Recht hätten, gehört zu werden. Er machte den Vorschlag: den als Edelleute unzweifelhaft anerkannten Landsassen zwar nicht das passive, aber doch dass aktive Wahlrecht zusprechen zu wollen<sup>1)</sup>. Die Ritterschaft hielt indes an ihrer Rechtsauffassung fest, und vermochte mit um sobesserem Grunde die Teilnahme der Landsassen an der Wahl abzulehnen, als der offizielle deutsche Text des die Adelswahlen bestimmenden Reglements zwar an einer Stelle jedem Edelmann<sup>2)</sup>, der im Wahldistrikt eigene Güter besass, das Wahlrecht zusicherte, an zwei anderen Stellen aber vorschrieb, dass die Wahl zwischen den „Mitbrüdern“ zu treffen sei<sup>3)</sup>. Der Hinweis auf diese Sachlage und die nochmalige Betonung, dass „Ritterschaft und Landschaft“ Synonima seien, welche die Ritterschaft in einer zweiten Rechtsbewahrung zum Ausdruck brachte<sup>4)</sup>, erschien offenbar dem Generalgouverneur überzeugend, weshalb er von jeglicher Einwirkung zugunsten der „Landsassen“ Abstand nahm. Ebenso wie die „Landsassen“ wurden auch die Deputierten der Stadt Riga vom Wahlakt ausgeschlossen und zwar mit der Begründung, dass es sich nicht um Landtagswahlen, an denen sie teilzunehmen befugt wären, handele, weshalb sie um so weniger zugelassen werden könnten, als sie nicht immatrikuliert seien<sup>5)</sup>. Hierdurch wurde zwar eine Rechtsbewahrung, die der Rigasche Rat bei der Ritterschaft eingelegt hatte<sup>6)</sup>, kurzerhand erledigt, allein die Quittung über die Abweisung blieb der Rat, wie wir sehen werden, der Ritterschaft doch nicht schuldig. Es begann damals die Epoche livländischer Geschichte, die mit der Kodifikation des Ständerechts und der Behördenverfassung im Jahre 1845 ihren Höhepunkt erreichte und nicht nur den baltischen Ritterschaften, sondern auch dem Bürgertum in den Städten Liv-, Kur- und Estlands das feste Gefüge streng ständisch korporativ organisierter Gemeinwesen verlieh. Der Grundsatz, an dem uns Überkommenen festzuhalten, nicht um seiner selbst willen, sondern wegen der Ungewissheit, wodurch es, einmal preis-

<sup>1)</sup> Generalgouverneur Browne an die Landräte am 3. März 1767, R.-A. Nr. 203, S. 6.

<sup>2)</sup> „Wahlordnung, nach welcher die Deputierten von Adel zur Kommission, die den Entwurf zu einem neuen Gesetzbuche zu machen hat gewählt werden so len“, Art. 5, R.-A. Vol. XIV, S. 519.

<sup>3)</sup> Art. 17 und 21.

<sup>4)</sup> Landrat Gustav Heinrich von Igelström und Landrat Georg Johann von Meyendorff als vikarierender Landmarschall an den Generalgouverneur Browne am 3. März 1767, R.-A., Nr. 203, S. 8.

<sup>5)</sup> Residiererecess vom 2. und 5. März 1767, R.-A. Vol. XIV, S. 564/22, 566/24, 571/29.

<sup>6)</sup> Residiererecess vom 2. März 1767 a. a. O. S. 565/23.



gegeben, ersetzt werden könnte, war in dem langen Kampf massgebend, den die Ritterschaft genau ebenso wie die städtischen Patriziate um die Sicherstellung ihrer Privilegien einerseits untereinander, andererseits mit vereinten Kräften gegen die russische Bureaukratie führten. Das Patriziat erblickte, ganz wie der Adel, in der ständisch-korporativen Abgeschlossenheit die alleinige Gewähr für den Fortbestand der altbewährten germanisch-protestantischen Lebensformen und schloss sich streng gegen diejenigen Stadtbewohner ab, die keine Aufnahme in die Kaste der Bürger im engeren Sinn gefunden hatten. Hierbei vermochten sich Adel und Bürgertum des baltischen Landes auf Vorgänge zu berufen, die sich in gleicher Intensität im Westen abspielten, denn ständische Abgeschlossenheit beherrschte auch die kleinen Staaten Norddeutschlands bis tief in das 19. Jahrhundert hinein. Sachsen, Hannover, Mecklenburg, Schleswig-Holstein hatten die Verfassungsformen der alten Zeit noch in den zwanziger und dreissiger Jahren des vorigen Säkulums aufrechterhalten, und die Hansastädte ihre bürgerliche Oligarchie bewahrt. Ädgtlich sperrten sich alle diese Gebiete gegen jede Neuerung ab, wiewohl sie hierzu durch keinerlei nationale Erwägungen, die in den Ostseeprovinzen Russlands eine so ausschlaggebende Rolle spielten, gezwungen waren<sup>1)</sup>. Mag auch das Streben nach ständischer Abgeschlossenheit, das, nochmals sei es gesagt, dem Adel wie dem Patriziat Livlands und seiner Schwesterprovinzen in gleichem Masse eigen war, dem heutigen Zeitgeist in höchstem Masse widerstreiten, es muss historisch erklärt und darf nicht nach dem Masstabe moderner Ideen beurteilt werden. Nur wer den Geist der Epoche, die uns hier beschäftigt, zu erfassen vermag, wird den Konflikt, der zwischen der livländischen Ritterschaft einerseits und den Landsassen und dem Rigaschen Rat andererseits ausgebrochen war, verstehen und die Tatsache gebührend einzuschätzen wissen, dass die beiden Parteien, die sich intra muros hart befehdeten, in einmütiger Geschlossenheit zusammengingen, als es, wie wir sehen werden, galt, in der Reichsversammlung zu Moskau und Petersburg die Gerechtsame der livländischen Stände gegen russische Rechtsauffassungen zu verteidigen. Schon die Tatsache, dass die Landsassen Livlands sich bereit erklärt hatten, die Ritterschaft an dem Vollzuge der Wahl ihrer Deputierten nicht weiter stören zu wollen, wenn sie nur selbst das Recht erhielten, einen eigenen Deputierten wählen und entsenden zu dürfen, liess erkennen, dass die Landsassen gesonnen waren, sich mit der Ritterschaft zu gemeinsamer Arbeit in Moskau zu vereinigen. Und auch der Rigasche Rat begnügte

<sup>1)</sup> Näheres bei Tobien, „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, II. Bd. 1911, S. 3 ff. und 34.

sich mit der Wahl Rigascher Abgeordneter, ohne auf eine Anteilnahme an der Adelswahl noch weiter zu bestehen. So war die häusliche Fehde der Stände vorläufig beigelegt und die Ritterschaft vermochte ihre Wahlen, wie es in dem Reglement vorgeschrieben war, „ohne alles Geräusch und mit der gebührenden Bescheidenheit und guten Ordnung“<sup>1)</sup> zu vollziehen.

Zunächst wurden im März 1767 in Gegenwart des Generalgouverneurs Browne ordnungsgemäss die beiden Adelmarschälle gewählt und zwar fiel die Wahl im estnischen Distrikt auf den Landrat Karl Gustav von Fersen zu Ollustfer, wobei 32 Edelleute mitgestimmt hatten, während im Lettischen Distrikt, in dem es 63 Wähler gab, der ehemalige Landmarschall Leonhard von Budberg zu Ramkau<sup>2)</sup> die meisten Stimmen auf sich vereinigte<sup>3)</sup>.

Am 7. März fand ein Festgottesdienst in der St. Jakobi-kirche statt, bei dem der Generalsuperintendent Jakob Andreas Zimmermann die Festpredigt über Psalm 146 Vers 10 hielt und der Generalgouverneur zugegen war. An den folgenden Tagen, am 8. und 9. März, wurde die mit grosser Spannung erwartete Wahl der Deputierten vollzogen. Mit dem Wahlakt für den estnischen Distrikt wurde begonnen und hier der General-Feldzeugmeister Alexander von Villebois, der das Rittergut Kurrista im Dörptschen Kreise besass, einstimmig, d. h. mit 31 Stimmen gewählt. Als sein Stellvertreter wurde der Hofgerichts-Assessor Gerhard von Loewenwolde zu Lugden bestellt. Der lettische Distrikt, der naturgemäss eine viel grössere, genau die doppelte Anzahl der Wähler, als der estnische Distrikt aufwies, wurde der Konsistorialpräsident Johann Adolph von Ungern-Sternberg mit 34 gegen 26 Stimmen gewählt, während sein Konkurrent, der Landrat Friedrich Wilhelm von Taube zu Lemburg, 23 wählende und 39 nichtwählende Stimmen erhielt<sup>4)</sup>.

Dieser Wahlakt ist der Gegenstand einer Mythenbildung geworden, die der Generalgouverneur Browne verschuldet hat. Browne sendet am 15. März 1767, nachdem zuvor alle Wahlen in Livland vollzogen, aber die offiziellen Berichte über den Gang der Wahlen ihm noch garnicht zugefertigt worden sind, eiligst einen freudestrahlenden Bericht an den Senat, in dem er über

<sup>1)</sup> Art. 13 der Wahlordnung des Adels a. a. O.

<sup>2)</sup> C. v. Rautenfeld: „Die livl. Landmarschälle von 1643–1899“ Balt. Monatsschrift 47. Bd., 1899, S. 190.

<sup>3)</sup> „Protokoll so bey der von Ihror Kayserl. Majestät Catharina II mittelst Allerhöchst eigenhändigen Ukasen vom Dec. 1766 verfügten Convocation Ev. E. Ritter- und Landschaft zur Erwählung der Deputierten zu der Commission, welche den Entwurf zu einem neuen Gesetzbucho machen soll, geführt worden.“ E.-A. Vol. XIV. S. 591 48 ff.

<sup>4)</sup> Skrutinium vom 9. März 1767, Liste C, R.-A. Nr. 204.



den günstigen Verlauf des Wahlakts frohlockt und den Gewählten ein schmeichelhaftes Zeugnis ausstellt, zugleich aber Wahrheit mit Dichtung vermengt<sup>1)</sup>.

Merkwürdig ungenau ist schon die Angabe Brownes, dass die Wahl der livländischen Adelsmarschälle am 3. März, und die der Deputierten am 5. März stattgefunden habe, während tatsächlich, wie wir gesehen haben, diese Wahlen, und zwar im Beisein Brownes, am 5., 7. und 8. März vollzogen worden waren. Um in dieser Hinsicht keine Irrtümer zu begehen, hätte der Generalgouverneur den offiziellen Bericht der beiden Adelsmarschälle erst abwarten müssen, der indes erst 2 Tage später, nachdem Browne schon dem Senat voreilig Mitteilung gemacht hatte, einlief<sup>2)</sup>.

Weit auffälliger jedoch als dieses Versehen Brownes in der Datierung des Vollzuges des Wahlakts ist seine irrtümliche Meldung an den Senat, dass bei der Wahl der livländischen Adelsvertreter ein erbitterter Kampf zwischen zwei Parteien stattgefunden habe, von denen die eine den Landrat Johann Adolph von Ungern-Sternberg, die andere den Landrat Friedrich Wilhelm von Taube durchzubringen bestrebt gewesen sein soll. Nach den Worten Brownes, der diesem angeblichen Wahlkampf eine längere Erklärung in seinem Bericht an den Senat widmet, habe der ihm als verdienstvoll und sehr befähigt bekannte Landrat von Ungern 34 Stimmen und damit die Majorität auf sich vereinigt, während 23 Bälle anwesender Wähler, ohne die Stimmen der abwesenden zu zählen, für Landrat von Taube abgegeben worden seien. Die Taubesche Partei habe sich, berichtet Browne, nicht gewillt gezeigt nachzugeben und erts nach 8-tägigem Streit sei es gelungen, die Differenz beizulegen und die Wahl Ungerns zu sichern.

Diese Darstellung des Wahlganges, die auch in die Literatur übergegangen ist<sup>3)</sup>, entspricht ebensowenig den Tatsachen, wie Brownes Datierung der Wahlen. Das ausführlich geführte Protokoll vom 6. März 1767 berichtet nämlich<sup>4)</sup>: „Waren beide Distrikte versammelt und die Herren Adelsmarschälle, wie auch

<sup>1)</sup> Generalgouverneur Browne an den Dirigierenden Senat am 15. März 1767, Magazin der Russ. Kaiserl. histor. Gesellsch. (russisch) IV, 1869, S. 29 ff. Brückner, Russische Revue XX, S. 434, nennt irrtümlich als Adressatin dieses Berichte die Kaiserin.

<sup>2)</sup> „Gehorsamster Bericht von der geschehenen Wahl deren Deputierten zu der Commission, die den Entwurf zu einem neuen Gesetz-Buch machen soll“, unterz. vom Adelsmarschall C. G. von Fersen und L. J. von Budberg am 17. Mai 1767, R.-A. Nr. 204, S. 119.

<sup>3)</sup> Brückner, Russ. Revue XX, S. 435. Hasselblatt a. a. O. S. 673.

<sup>4)</sup> R.-A. Vol. XIV, S. 599/56.

Landräte und Deputierte bemühten sich der Versammlung diejenigen Subjekta vorzüglich bekannt zu machen, deren Händen das Deputations-Geschäft am füglichsten anvertraut werden könne. Einige Personen aus dem Lettischen Distrikt traten an den Herrn Adelsmarschall Baron Budberg und begehrt den Herrn Landrat Baron Ungern-Sternberg zur Wahl zu bringen. Derselbe wäre zwar nicht possessionat, allein sie stünden davor, dass er es erforderlichenfalls noch heute sein solle.“

Ungern, der nur Pächter der Ritterschaftsgutes Planhof, nicht aber besitzlich war, erklärt seine Zustimmung zu diesem Verfahren, und tags darauf wird der Kaufbrief vorgewiesen, laut welchem Ungern das im Walkschen Kreise belegene Rittergut Homeln von seinem Vetter und Schwager, dem Major George Johann von Ungern-Sternberg erworben hat<sup>1)</sup>. Nunmehr stand der Wahl Johann Adolphs von Ungern nichts mehr im Wege und diese erfolgte am 9. März mit einer zwar nicht grossen, aber immerhin unanfechtbaren Majorität, nachdem freilich eine schriftlich eingelaufene Stimme mit berücksichtigt worden war. Sein Gegner Landrat von Taube hatte nicht die Mehrheit der in persona vertretenen Stimmen erhalten und es „entstunden“, wie es im Protokoll heisst, „über einige en faveur des Herrn Landrats von Taube eingekommene schriftliche vota, welche von Curatoribus honorum eingeschickt worden waren, Zweifel und Bewegungen. Da nun die Allerhöchste Ukase über diese Fälle nicht deutlich dedicirte, zur Erklärung derselben aber keine Zeit vorhanden war, so entsagte Herr Landrat von Taube der Deputation“. Unmittelbar hierauf, also am 1. Wahltage den 9. März, wird Johann Adolph von Ungern-Sternberg als per plurima vota gewählter Deputierter erklärt und beglückwünscht<sup>2)</sup>.

Bei dieser Entwicklung der Dinge, deren protokollarische Darstellung wir keinen Grund in Zweifel zu ziehen haben, war einem acht Tage dauernden Wahlkampf, wie Browue berichtet, kein Raum gegeben. Es müssen also bloss Gerüchte das Ohr des Generalgouverneurs erreicht haben, denen er nicht nur Glauben geschenkt, sondern die er erstaunlicherweise für so wichtig erachtet hatte, dass er sie sogar zur Kenntnis des Senats brachte. Er nahm offenbar an, dass man in Petersburg den Vorgängen bei den Wahlen in den Ostseeprovinzen besondere Aufmerksamkeit schenke, und diese Annahme war nicht grundlos. In den baltischen Provinzen, die sich ihre privilegienmässig gesicherte Sonderstellung gewahrt hatten, konnte füglich ebenso, wie im separatistisch denkenden Klein-Russland tatsächlich ge-

<sup>1)</sup> Kopie des Kaufbriefes vom 6. März 1767, R.-A. 203.

<sup>2)</sup> a. a. O. S. 603/60.



schehen war, die Parole ausgegeben werden: „Was sollen wir in der Reichsversammlung? unsere Gesetze sind sehr gut: sollen wir Deputierte senden, so kann es doch nur geschehen, um die Bestätigung der Rechte und Privilegien zu erbitten“<sup>1)</sup>. Ähnlich dachte man freilich auch in Livland, wie wir noch erkennen werden, allein von einer Opposition gelegentlich der Wahlen, wie in der Ukraine, war nicht die Rede.

Ebenso wie die Ritterschaft in guter Ordnung ihre Wahlen vollzog, so auch die Bürgerschaft Rigas. Hier mußte zunächst, wie in allen Städten, der „Stadälteste“, oder das „Stadthaupt“, der die Wahl der Deputierten zu regeln hatte, gewählt werden, und zwar entschieden sich die Bürger Rigas für den wortführenden Bürgermeister Andreas Stoeber, der am 8. März 1767 in Gegenwart des Generalgouverneurs Browne im Hause der Schwarzhäupter mit 100 gegen 33 Stimmen gewählt wurde. Bei der am 12. März von 122 anwesenden und 14 schriftlich stimmenden Personen vorgenommenen Deputiertenwahl vereinigte der Ratsherr Johann Christoph Schwartz die Majorität auf sich (89 gegen 38 Stimmen)<sup>2)</sup>.

Alle anderen Städte Livlands, auch Dorpat, Pernau und Wenden, hatten an den Generalgouverneur die Bitte gerichtet: wegen ihrer Armut und des Mangels an geeigneten Abgeordneten von der Wahl Abstand nehmen zu dürfen. Browne gab indes die Hoffnung nicht auf, dass es doch in einigen dieser Städte zur Wahl von Deputierten kommen<sup>3)</sup> und es nicht notwendig sein werde, den Deputierten Rigas als den Vertreter aller livländischen Städte gelten lassen zu müssen. In der Tat entsandte Dorpat seinen trefflichen Syndikus Friedrich Konrad Gadebusch<sup>4)</sup>, Pernau wurde durch den Bürger Johann Friedrich Hanf und Wenden durch seinen Ratsherrn Wolter Ernst Hassing vertreten<sup>5)</sup>.

Noch lebhafter als in Livland war die Wahlbeteiligung in Estland. Dort waren 195 Edelleute versammelt und wählten 4 Deputierte, während, wie wir sahen, in Livland aus Sparsamkeitsgründen nur 2 entsandt wurden, weil es gelang, den Generalgouverneur Browne davon zu überzeugen, dass das Wahl-

<sup>1)</sup> Brückner, Russische Revue XX, S. 437 ff.; derselbe; „Katharina“, S. 448.

<sup>2)</sup> B. Hollander, „Die Wahlen zur grossen gesetzgebenden Kommission vom Jahre 1767 in Riga“. Rig. Rundschau v. 10. Febr. 1906 Nr. 34.

<sup>3)</sup> Bevvne an den Senat am 15. März 1767 a. a. O. S. 32.

<sup>4)</sup> Berkholz, a. a. O. S. 144.

<sup>5)</sup> Wir folgen hier Brückner, Russ. Revue XX, S. 435. Das offizielle Verzeichnis der Deputierten, das nach Brückner ebenda S. 425 im Русскій Вѣстникъ 1861 Dez. Beilage abgedruckt sein soll, hat uns leider nicht vorgelegen.

reglement nicht verletzt würde, wenn die 4 Kreise Livlands in 2 Wahldistrikte, den estnischen und den lettischen, zusammengefasst würden. Auch die estländische Ritterschaft war bemüht, eine möglichst geringe Zahl Abgeordneter zu entsenden<sup>1)</sup>, allein der estländische Generalgouverneur Prinz von Holstein-Beck<sup>2)</sup> glaubte vorläufig an den historischen 4 Kreisen Jerwen, Wierland, Harrien und Wiek festhalten, die endgültige Entscheidung aber der Kaiserin vorbehalten zu müssen. Es wurden daher in den 4 Kreisen 4 Deputierte gewählt<sup>3)</sup>, und ebenso viele sind in der Reichsversammlung zu Moskau wirksam gewesen, weshalb angenommen werden muss, dass die Kaiserin der Auffassung des Generalgouverneurs von Estland beigetreten ist. Hieraus erklärt sich die mit Recht als auffällig angemerkte<sup>4)</sup> Tatsache, dass Livland nur durch 2, das viel kleinere Estland dagegen durch die doppelte Anzahl Abgeordneter vertreten war. Überdies entsandte die Insel Ösel einen eigenen Deputierten<sup>5)</sup>.

Am spätesten vermochten die Landsassen Livlands zur Wahl zu schreiten. Nachdem ihre Bitte: einen eigenen Deputierten entsenden zu dürfen, auf Kaiserlichen Befehl genehmigt worden war, schrieb der Generalgouverneur Browne die Konvokation aus<sup>6)</sup>, die am 12. Juni im Ritterhause zu Riga stattfand. Aus dem estnischen Distrikt war nur der Postdirektor Karl Friedrich Eckströhm als Eigentümer des Rittergutes Hollershof im Fellinschen Kreise erschienen<sup>7)</sup>, der den Wahlakt dieses Distrikts rasch und einfach durch die schriftliche Erklärung erledigte, dass er das Ergebnis der ritterschaftlichen Wahlen als für sich verbindlich anerkenne<sup>8)</sup>.

1) „Extract aus dem Ritterschafts-Protocoll sub die 26. und 28. Febr. 1767“. Beilage zum Brief des Ritterschaftshauptmanns von Ulrich an den residierenden Landrat vom 31. März 1767, R.-A. Nr. 904, S. 132 ff.

2) Prinz Peter August Friedrich von Holstein-Beck war von 1743—1753 und von 1758—1762 Gouverneur, von 1762—1775 Generalgouverneur von Estland; C. J. A. Pancker, „Die Civil- und Militär-Oberbefehlshaber in Ehstland zur Zeit der Kaiserl. Russ. Regierung von 1704—1855“, Dorpat 1855, S. 18.

3) Am 28. Februar 1767 wurden gewählt: der Kammerherr Reinhold Wilhelm von Pohlmann, der General-Major Diederich von Rennenkampff, der Ritterschaftshauptmann von Ulrich und der Hakenrichter von Wrangell zu Maydell. Schon im Juli 1767 ist an die Stelle des Ritterschaftshauptmanns von Ulrich Baron Philipp von Salza getreten und Baron Wrangell durch Ludwig Baron Ungern-Sternberg ersetzt worden. Hasselblatt a. a. O. S. 674.

4) Hasselblatt, a. a. O. S. 670.

5) Landrat von Weymarn; Hasselblatt a. a. O. S. 674.

6) Patent vom 22. Mai 1767.

7) R.-A. Vol. XIV, S. 617—70; Stryk, Gütergeschichte 1. Bd., S. 365.

8) eodem S. 623—78: Adelsmarschall Baron Fersen an den Senat am 16. Juni 1767, R.-A. Nr. 203.



Hiermit war indes die zwischen der Ritterschaft und den Landsassen Livlands entbrannte Fehde noch keineswegs erledigt, vielmehr spann sie sich weiter fort und machte zum zweiten Mal die Anrufung der Kaiserin notwendig. Als nämlich die 15 erschienenen Landsassen des lettischen Distrikts zur Wahl ihres Deputierten schreiten wollten, erwies sich die völlige Unklarheit der Regierungsentscheidung. Die Landsassen lebten des Glaubens, ihnen wäre das Recht zugesprochen worden, als geschlossene Einheit, als eigenes Korps ihre eigenen Abgeordneten unter sich wählen zu dürfen. Demgegenüber vertrat jedoch der Adelsmarschall des lettischen Distrikts Baron Budberg die ganz entgegengesetzte Rechtsauffassung, dass den Landsassen nur gestattet worden sei, sich ex post an den Wahlen der Ritterschaft zu beteiligen, von der sie bisher ausgeschlossen waren, und dass der jetzt vorzunehmende Wahlakt bloss eine Fortsetzung der im März durch die Ritterschaft vollzogenen Akte sei, weshalb nicht etwa nur über die anwesenden Landsassen, sondern auch über die im März versammelt gewesenen Glieder der Ritterschaft nachträglich abgestimmt werden müsse<sup>1)</sup>.

Es war klar: siegte diese Auffassung Budbergs, die freilich durch die Fassung der Senatsentscheidung gestützt wurde, so hätten die Landsassen auf einen eigenen Vertreter verzichten müssen, denn sie konnten mit ihren 14 Stimmen nicht ihren Kandidaten gegen die Ritterschaft, die über 60 Stimmen geboten hatte, durchsetzen. Daher suchte das Haupt der Landsassen Obrist von Weissmann den Marschall Budberg zu einer anderen Auffassung zu bekehren, wobei er nicht mit Unrecht geltend machte: die Forderung, dass die Landsassen bei ihrer Abstimmung nachträglich auch die im März anwesend gewesenen immatrikulierten Edelleute in Rechnung ziehen müssten, sei um so unbilliger, als jene die Landsassen aus dem Kreise ihrer Kandidaten völlig ausgeschlossen hätten<sup>2)</sup>. Allein Budberg hielt an seiner Rechtsauffassung fest, löste, als die Landsassen auch ihrerseits nicht nachgaben, die Wahlversammlung auf<sup>3)</sup> und berichtete hierüber eingehend dem Senat<sup>4)</sup>. Dieser interessante Bericht lässt die Gründe erkennen, welche die Landsassen bewogen, mit Hartnäckigkeit an der Delegation eines eigenen Vertreters festzuhalten.

Zu den Wünschen, die von der Ritterschaft bei ihrer Unterwerfung unter das Zepter Peters des Grossen 1710 verlaublich

1) R.-A. Vol. XIV, 620/730.

2) ebenda 631/81.

3) ebenda 640/95.

4) Adelsmarschall Baron Budberg an den Dirigierenden Senat am 22. Juni 1767, R.-A. Nr. 202, S. 173.

worden waren, gehörte auch der, „dass ein vollständiges jus provinciale colligiret und edirt werden könne“. Der Kaiser hatte die Erfüllung dieses Wunsches „bei ruhigeren Zeiten“ versprochen, doch erst Peter II. 1728 die Bildung einer ritterschaftlichen Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfes genehmigt. Im Jahre 1740 konnte des „Herzogthums Lieflands Ritter- und Land-Recht“ dem Landtage zur Prüfung vorgelegt werden. Um die Ausarbeitung des Entwurfes hatten sich namentlich der Hofgerichtsassessor Johann von Schrader und der Kreisdeputierte, spätere Assessor und Vizepräsident des Hofgerichts Johann Gustav Baron Budberg verdient gemacht, weshalb der Entwurf deren Namen zu tragen pflegt<sup>1)</sup>.

In diesem Gesetzentwurf war das Güterbesitzrecht als ein unbedingtes Privileg des livländischen immatrikulierten Adels aufgefasst und dem immatrikulierten Edelmann namentlich auch das Recht zugesprochen worden, Rittergüter, die in Livland von nicht immatrikulierten Edelleuten oder Personen anderen Standes erworben worden waren, näherrechtlich einzulösen. Die Landsassen fürchteten jetzt mit Recht, dass die Bestätigung des Landrechtentwurfes von der Ritterschaft in der Gesetzkommision beantragt und damit der Besitztitel der von ihnen besessenen Rittergüter in Frage gestellt werden könnte. Um diese Gefahr abzuwenden, wollten sie in Moskau durch einen eigenen Abgeordneten vertreten sein. Sie wandten sich daher abermals an den Senat mit der Bitte, ihnen die Wahl eines eigenen Deputierten gestatten zu wollen, und erzielten einen vollen Erfolg, weil die Kaiserin sich ihrer Bedrängnis annahm.

Katharina II. war im Juli 1764 in Livland gewesen<sup>2)</sup> und zeigte seitdem für die Vorgänge in diesem Gouvernement ein besonderes Interesse. Sie hatte sich vor allem der schlimmen bauerlichen Zustände Livlands angenommen<sup>3)</sup>, bewies aber auch für untergeordnete Fragen Verständnis.

So vertiefte sie sich z. B. in die Marktordnung von Dorpat<sup>4)</sup> und liess bekanntlich die steinerne Brücke über den Embach in Dorpat erbauen.

<sup>1)</sup> „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts in den Ostseegouvernements“, St. Petersburg 1845 (offiziell), S. 181 ff. Bunge, „Einleitung in die lief-, esth.- u. curl. Rechtsgesch. und Geschichte der Rechtsquellen“, Reval 1849, S. 283 ff. Ausführliches bei: R. Baron Stael von Holstein, „Die Kodifizierung des baltischen Provinzialrechts“, Balt. Monatsschrift, 52. Bd. 1901, S. 193 ff.

<sup>2)</sup> Eckardt, „Livland im 18. Jahrhundert“, S. 303 ff.; Rigasche Stadtblätter 1899, Nr. 27 und 28.

<sup>3)</sup> Eckardt a. a. O. S. 313 ff. A. von Transehe-Roseneck, „Gutsherr und Bauer in Livland“, Strassburg 1890, S. 162.

<sup>4)</sup> Brückner, „Katharina“, S. 429.



Die Landsassenfehde erschien ihr wichtig genug, um sie mündlich und schriftlich zu behandeln. In einer Audienz, die sie dem Obristen und Stallmeister Arend von Rehbinders<sup>1)</sup> im April 1767 gewährte, trat hervor, dass die Beschwerde der Landsassen auf sie „grossen Eindruck“ gemacht hatte. Sie richtete an Rehbinders die Frage: „Wer einen Edelmann machen könne, sie selbst, die Kaiserin, oder die livländische Ritterschaft“<sup>2)</sup>, worauf der Gefragte schlagfertig antwortete: „Weil die Ritterschaft keinen machen kann, daher müsse sie notwendig wissen, wer einer ist, bevor er das Recht der Ritterschaft haben könne“. Diese Erwiderung befriedigte indes die Kaiserin nicht, denn sie replizierte: „Sie“<sup>3)</sup> wollen den Generalgouverneur und meinen Generalprokureur für keinen Edelmann erkennen, ich bin nicht willens, etwas von ihren Privilegien zu nehmen, allein sie sollen sich auch in allem in ihren Schranken halten.“

Rehbinders berichtet weiter: der allmächtige Günstling Katharinas Graf Gregor Orlov<sup>4)</sup>, der sich als Mitbruder fühle<sup>5)</sup>, habe die Ritterschaft der Kaiserin gegenüber mit den Worten verteidigt: „Wenn die Ritterschaft bei dieser Sache ein Versehen begangen, so bekenne ich ganz frei, Allergnädigste Kaiserin, dass ich gleichfalls ein Sünder gegen Dero heilige Person bin, und ich gestehe noch, dass ich unmöglich anderer Meinung sein kann.“ Ungeachtet dessen, dass nicht nur der einflussreiche Orlov, sondern, wie Rehbinders versicherte, auch eine Reihe von Senatoren die Rechtsauffassung der Ritterschaft teilten, entschied die Kaiserin doch zugunsten der Landsassen. Am 16. Juni 1767 schrieb Katharina an General-Prokureur Fürst Alexander Wjasemski, den die Ritterschaft, wie die Kaiserin Rehbinders ge-

---

<sup>1)</sup> Arend Wilhelm Baron Rehbinders war 1730 auf dem Rittergut Kockora in Nordlivland geboren, brachte es zum Generalleutnant und wirkl. Geheimrat, war 1785–1800 Patron der St. Petrikirche zu Petersburg, besass in Livland das Rittergut Ayakar bei Dorpat, das er von Katharina auf Lebtagszeit verliehen, von Kaiser Paul 1798 geschenkt erhalten hatte. L. von Stryk, „Beiträge zur Geschichte der Rittergüter Livlands“, I. Teil, Dorpat 1877, S. 73 u. 131; Sitzungsber. der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen 1911“, S. 172.

<sup>2)</sup> Rehbinders an Landrat Baron Fersen 1767 April 27, R.-A. Vol. XIV, 420/60 und ebenda Nr. 202, S. 156 ff.

<sup>3)</sup> Die Edelleute Livlands.

<sup>4)</sup> Brückner, „Katharina“, S. 598 ff.

<sup>5)</sup> Er war nebst seinen drei Brüdern 1765 in das Korps der livländischen Ritterschaft aufgenommen worden; Eckardt, „Livland im achtzehnten Jahrhundert“, S. 530, Nr. 198. Gregor Orlov erhielt von Katharina im Jahre 1767 das Rittergut Schloss Ronneburg in Livland geschenkt; Stryk a. a. O. II, S. 302.

sagt hatte, nicht als Edelmann anerkennen wolle<sup>1)</sup>, sie gestatte die Wahl eines Landesdeputierten der Landsassen, da in Livland bisher statt 4 Deputierter nur 2 gewählt worden seien<sup>2)</sup>. Zur Erfüllung dieses speziellen Kaiserlichen Befehls wurden die Landsassen vom Generalgouverneur Browne aufgefordert<sup>3)</sup>, sich am 9. September in Riga einzufinden, worauf am 12. September 14 Landsassen mit 13 Stimmen den Major Gerhard Wilhelm von Blumen zu Lindenberg wählten<sup>4)</sup>. Hiermit war die Zahl der aus den Ostseeprovinzen entsandten Abgeordneten auf 14 gebracht: 4 vertraten Estland, 3 Livland; Ösel, Riga, Reval, Narva, das bis 1780 zu Estland gehörte, Dorpat, Pernau und Wenden hatten je 1 Deputierten gestellt. Die Vertreter der Ostseeprovinzen gehörten zu den hervorragendsten Mitgliedern der Reichsversammlung<sup>5)</sup>, und in der Tat befanden sich unter ihnen bedeutende Köpfe. Der auf der Stufenleiter irdischer Ehren am höchsten emporgeklommene Mann war der Vertreter des estnischen Distrikts in Livland, General-Feldzeugmeister Alexander Guillemot de Villebois, der, 1716 geboren, den siebenjährigen Krieg mitgemacht, bei Zorndorf sich ausgezeichnet<sup>6)</sup> und bei der Enthronung Peters III. durch Katharina wesentlich zu deren Gelingen beigetragen hatte<sup>7)</sup>. Er stand daher bei der Kaiserin in hoher Gunst<sup>8)</sup>, verscherte diese jedoch, weil er Katharina in intimer Situation eine glühende Liebeserklärung gemacht hatte, die auf eine so heftige Abfertigung stiess, dass er sich gezwungen sah, um den Abschied aus dem Dienst zu bitten<sup>9)</sup>. Sein Sturz war jedoch nicht so tief, dass er es vorgezogen hätte, Katharina niemals mehr vor die Augen zu treten. Villebois kannte ihren Wankelmuth, den häufigen Wechsel ihrer Favoriten<sup>10)</sup> natürlich sehr gut und hielt es daher für ungefährlich, das Mandat nach Moskau, ungeachtet seiner

1) Fürst Wjasemski wurde 1769 in die livl. Adelsmatrikel aufgenommen. Eckardt, a. a. O. S. 531 Nr. 205; er besass das Gut Friedrichshof in Livland; cf. Stryk II S. 304.

2) Magazin Bd. X, S. 213.

3) Patent vom 10. August 1767.

4) R.-A. Vol. XIV, 647/10.

5) Brückner, „Katharina“, S. 484.

6) Stammtafel im Ritterschafts-Archiv.

7) Blum, „Ein russischer Staatsmann“ etc., I. Bd. S. 142 ff.

8) Weshalb er auch von der livl. Ritterschaft um Beihilfe gebeten wurde, als es 1762 galt, Katharina II. die Bestätigung der livl. Privilegien abzurufen; R. Baron Staël von Holstein, „Zur Gesch. der livl. Privilegien“, Balt. Monatsschrift 51 Bd. 1901, S. 23 u. 26.

9) Blum, a. a. O. S. 148.

10) Brückner, „Katharina“, S. 599.



„öfteren Unpässlichkeiten“ und seines „durch Veränderungen und Fatiguen“ geschwächten Körperzustandes, anzunehmen<sup>1)</sup>. In der alten Zarenstadt spielte er denn auch, wie wir sehen werden, eine seinem Range entsprechende hervorragende Rolle. Sein nächster Kollege, der Landrat Johann Adolf Baron Ungern-Sternberg, war 10 Jahre jünger als Villebois, hatte seine Jugend im Kriegsdienst verbracht, sich aber später zum tüchtigen Juristen herangebildet, weshalb er 1769 Präsident des Livländischen Hofgerichts und 1783 des Gerichtshofs peinlicher Rechtssachen der Rigaschen Statthalterschaft wurde<sup>2)</sup>. Er war seit 1759 livländischer Landrat<sup>3)</sup>.

Juristen, die über ein ungleich profunderes Fachwissen als Ungern-Sternberg geboten, waren der Deputierte Rigas, Rats Herr Johann Christoph Schwartz, und der Abgeordnete Dorpats Syndikus Gadebusch.

Johann Christoph Schwartz, der in besten Lebensjahren stand, war eine Zierde seiner Vaterstadt, wo er 1722 als Sohn des späteren Bürgermeisters Adam Hinrich Schwartz das Licht der Welt erblickt<sup>4)</sup> und dank den in Leipzig erworbenen juristischen Kenntnissen es nicht nur bis zum gelehrten Rats Herrn gebracht, sondern auch wiederholt als Deputierter Rigas in Petersburg ehrenvolle Verwendung gefunden hatte. Als Katharina 1764 Riga besuchte, wurde Schwartz zum Sprecher beim Empfang des Rates und der Gilden im Schloss ausersehen; daher war wohl kein Sohn Rigas geeigneter als Schwartz, die erste Handelsstadt Russlands in Moskau würdig zu vertreten. Kaum minder würdig, aber gewiss nicht weniger in der Jurisprudenz erfahren, war der Vertreter Dorpats, der Syndikus und spätere Justizbürgermeister Friedrich Konrad Gadebusch, der, obzwar aus Rügen stammend, schon seit 20 Jahren so sehr in Livland eingebürgert war, dass er neben dem bekannten Pastor zu Oberpahlen Hupel als der erste livländische historische Schriftsteller von umfassender und fruchtbarer Wirkung bezeichnet werden darf<sup>5)</sup>. Beide, Schwartz und Gadebusch, be-

<sup>1)</sup> A. de Villebois an den Adelsmarschall Landrat Baron Fersen am 12. März 1767. R.-A. Nr. 204, S. 123.

<sup>2)</sup> Recke-Napiersky, Schriftstellerlexikon 4. Bd., S. 410.

<sup>3)</sup> Als Pächter des Rittergutes Planhof, denn eigene Güter besass er nicht, nachdem er Orgishof und Pürkeln 1757 und 1760 verkauft hatte; der obenerwähnte Erwerb von Homeln war rein formaler Natur.

<sup>4)</sup> Arend von Berkholz, „Johann Christoph Schwartz“ im Rigaschen Almanach 1905, S. 101 ff. Arend Buchholtz, „Geschichte der Rigaschen Familie Schwartz“, Berlin 1921. S. 161 ff. und 708.

<sup>5)</sup> Georg Berkholz, „Gadebusch in der Reichsversammlung“, a. a. O. S. 144. Recke-Napiersky, Schriftstellerlexikon II, Bd. 1829, S. 3. Napiersky-Beise, „Nachträge und Fortsetzungen“ I Bd. 1859, S. 205. Eckardt, „Livland im 18. Jahrhundert“ S. 347.

gegneten sich später als kongeniale Geister auf dem Gebiet des Studiums livländischer Geschichts- und Rechtsquellen. Schwartz hat mehrfach in den von Gadebusch herausgegebenen „Versuchen in der livländischen Geschichtskunde und Rechtsgelehrsamkeit“, wie auch in Gadebuschs „Jahrbüchern“, wertvolle rechtsgeschichtliche Abhandlungen veröffentlicht<sup>1)</sup>.

Repräsentierte Villebois den erfahrenen Hofmann, Ungern-Sternberg den privilegienfesten Aristokraten, so verkörperten Schwartz und Gadebusch die vielleicht steife, aber solide historisch-juristische Gelehrsamkeit und verbanden diese mit der praktischen Kenntnis von der Technik gesetzgeberischer Tätigkeit.

Zu den 4 genannten und in Livland allgemein bekannten Männern trat als homo novus der Landsassen-Delegierte Major Gerhard Wilhelm von Bluhmen, von dem wir nur wissen, dass er im selben Jahr, wie sein Kollege Ungern-Sternberg, geboren war<sup>2)</sup>. Wir werden sehen, dass er sich im Reichsparlament zu Moskau als ein unerschrockener Redner und schneidiger Verfechter der livländischen Landesprivilegien erwies.

So schienen denn die Fähigkeiten der Abgeordneten Livlands vollen Erfolg zu verbürgen, es fragte sich nur, was zu vertreten sie beauftragt wurden, wie ihre Instruktionen lauteten? Geist und Inhalt der Instruktionen trugen, wie es nicht anders sein konnte, das Gepräge ihrer Entstehungszeit.

Aus den trostlosen Folgezuständen des Nordischen Krieges hatte sich ein erschöpftes, bis auf das Mark ausgesogenes Geschlecht langsam emporzuarbeiten versucht. Trotz aller Hemmnisse schien dieses, dank dem Triebe der Selbsterhaltung und Selbstverwaltung, gelingen zu wollen. Fremd, ja feindselig standen sich freilich noch Stadt und Land gegenüber; jeder suchte vor allem seine Vorrechte ängstlich zu wahren<sup>3)</sup> und den Regierungsgewalten gegenüber zu vertreten. Ritterschaften, wie Städte haben deshalb nicht bloss bei Wandlungen in der Regierung Deputationen in die Residenz entsandt, sondern hielten dort ständige Residenten, die ihre Interessen am Hofe zu vertreten hatten. Die Besorgnis um die Sicherung der Privilegien war in der Tat nicht unbegründet. Zar Peter hatte Livland nicht erobert, sondern vertragsmässig gewonnen. Es bedeutete dieses einen diplomatischen Coup des barbarischen, aber doch in seiner Art genialen Zaren, denn er musste sich dem polnischen Könige gegenüber auf Verträge berufen können,

<sup>1)</sup> Arend Berkholz, a. a. O. S. 1116 und 123.

<sup>2)</sup> Stammtafel. j

<sup>3)</sup> L. Arbusow, „Grundriss der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“, 4. Aufl., Riga 1918, S. 261.



weil andernfalls der Polenherrscher auf Grund der Bündnis-einigung den ersten Anspruch auf Livland geltend machen durfte.

So ist Livland zwar durch die zarischen Truppen verwüstet, aber durch die Kapitulation von 1710 doch als autonome Provinz dem russischen Staate angegliedert worden. Aber dieses Vertragsverhältnis, diese Vereinigung hatten die livländischen Stände mit einem noch barbarischen und dabei doch so mächtigen Reich schliessen müssen, dass die beständige Furcht um den Fortbestand ihrer Sonderstellung nur zu nahe lag. Diese Furcht erklärt zur Genüge die Sorgfalt, mit der die Livländer bei jedem Regierungswechsel sich zum Überfluss noch allgemeine Bestätigungen ausstellen liessen, wiewohl die erste, von Peter dem Grossen gegebene, für sich und seine rechtmässigen Thronerben verbindliche Konfirmation in staatsrechtlicher Hinsicht als ausreichend angesehen werden durfte<sup>1)</sup>. So sind denn alle Nachfolger Peters des Grossen von den Ritterschaften und den Städten um die Privilegienbestätigung angegangen worden und haben in der Tat die Konfirmation vollzogen<sup>2)</sup>. Nur von Peter III., der Livland besonders günstig gesinnt war, lag keine Bestätigung vor, weil er kurz vor deren Vollzug ums Leben kam<sup>3)</sup>.

Nachdem Katharina ihrem Gemahl auf den Thron gefolgt war, lastete die Erwirkung der Privilegienbestätigung schwer auf den Ständen Livlands, denn alle zur Zeit Peters III. eingeleiteten Verbindungen hatten über Nacht um so mehr ihren Wert verloren, als die Ratgeber der neuen Monarchin die Livländer, die zu den Freunden des verstorbenen Kaisers gezählt worden waren, für ihre natürlichen Gegner ansahen und daher nicht nur alles taten, was in ihren Kräften stand, um die Privilegienbestätigung zu hintertreiben, sondern auch der den Ostseeprovinzen gnädig gesinnten Kaiserin Misstrauen gegen die angeblichen Schützlinge des bisherigen Regimes einflössten<sup>4)</sup>.

Das gelang indes nicht, vielmehr schrieb Katharina eigenhändig an Villebois, sie habe dem Senat befohlen, sofort die Bestätigung zu entwerfen, und den Grundsatz aufgestellt, „dass es unter den Senatoren in Zukunft immer mehrere Livländer gebe, um uns besser von allem zu unterrichten, was diese Provinz betrifft, über welche eine grössere Unwissenheit herrscht, als über das Übrige, und das will viel sagen“<sup>5)</sup>. So gelang es

1) (Otto Mueller), „Die livl. Landesprivilegien und deren Konfirmationen“ Leipzig 1841, S. 146.

2) (H. v. Bruiningk), „Zur Geschichte der livl. Privilegien“, Balt. Monatsschrift 49 Bd. 1900, S. 245.

3) R. Baron Staël von Holstein, „Zur Geschichte der livl. Privilegien“, Balt. Monatsschrift 51. Bd. 1901, S. 14.

4) Eckardt, „Livland im 18. Jahrhundert“ S. 288.

5) Blum, „Ein russischer Staatsmann“ I. Bd., S. 141.

denn dem Delegierten der livländischen Ritterschaft, dem als Bauernfreund geschichtlich bekannten Karl Friedrich Schoultz von Ascheraden, die Machinationen der Bureaukratie zu überwinden und die Bestätigung Katharinas zu erwirken<sup>1)</sup>, die noch am Ende des Jahres, in welchem sie den Thron bestiegen hatte, am 19. Dezember 1762 erfolgte<sup>2)</sup>. Und Katharina war stolz auf diese Tat. Zwei Monate später, am 4. Februar 1763, schrieb sie dem Generalgouverneur Browne einen vertraulichen Brief in deutscher Sprache, in dem sie sagte: „Ich habe befohlen die Confirmation der liefländischen Privilegien ohne Chicanen nach Peter dem Grossen seyne zu richten, denn ich bin nicht intentioniret jemanden was zu benehmen und wünsche weiter nichts, als dass meine Untertanen in Friede, Ruhe und Vergnügen leben möchten; dieses Schreibe ich ihnen, damit der Herr General-Gubernator möge was zu erzählen haben. Ich wünsche auch wohl zu wissen, ob dieser Herr und seine untergebene Province mit mir zufrieden ist und worin sich zu bessern wäre“<sup>3)</sup>.

Seitdem waren 4 entscheidende Jahre verflossen. Ihr Besuch im Juli 1764 bedeutete einen Wendepunkt im Leben Livlands<sup>4)</sup>, denn sie hatte mit starker Hand in die livländischen Bauernverhältnisse eingegriffen, und auch die Handelsordnung Rigas vom Jahre 1765 darf als eine Folge ihrer reformatorischen Anregungen gelten. Aber eines hatte sie doch nicht zuwege gebracht: die staatliche Anerkennung des Budberg-Schraderschen Landrecht-Entwurfes, von dem schon die Rede war. Wäre es der livländischen Ritterschaft geglückt, dieses Ziel, das sie seit ihrer Unterwerfung unter das Zepher Russlands unentwegt verfolgt hatte, zu erreichen, so wäre das Leibeigenschaftsverhältnis der Bauern mehr gemildert worden, als der Eingriff Katharinas bewirkt hatte<sup>5)</sup>.

Statt dessen war die Ritterschaft gezwungen, einen fruchtlosen Kampf mit der Bureaukratie zu führen, die, ungeachtet eines Kaiserlichen Ukases, der unverzügliche Erledigung befohlen hatte, dennoch den Entwurf im Staube der Archive vermodern liess<sup>6)</sup>.

Diese Erfahrung war nicht dazu angetan, von der gesetzgeberischen Tätigkeit der grossen Kommission in Moskau Gutes für Livland erwarten zu lassen. Und der Eingriff Katharinas

<sup>1)</sup> Eckardt a. a. O. S. 988 ff.; Staël a. a. O. S. 21 ff.

<sup>2)</sup> Mueller a. a. O. S. 152.

<sup>3)</sup> Baltische Monatsschrift 42. Band 1895, S. 156.

<sup>4)</sup> Arbusow a. a. O. S. 270.

<sup>5)</sup> H. von Bruiningk, „Apologetische Bemerkungen“ und „Apologie der Apologetischen Bemerkungen“, Baltische Monatsschrift 27. Bd. 1880, S. 261 u. 491 ff.

<sup>6)</sup> Eckardt, „Livland im 18. Jahrhundert“ S. 194.



in die bauerlichen Zustände wurde als eine Verletzung des Landesrechts empfunden. Selbst zu reformieren war der Adel, wie das der Budberg-Schradersche Entwurf bewies, bereit, aber jede Oktroyierung lehnte er ab, mochte eine solche von heimischen Kräften, oder von Gewalten extra muros ausgehen. Daher die Opposition der Landtage sowohl gegen das von Karl Friedrich Schoulz von Ascheraden aus eigenem Antriebe 1764 veröffentlichte Ascheraden-Langholmsche Bauerngesetzbuch<sup>1)</sup>, wie gegen die von Katharina durch Browne dem Landtage von 1765 vorgelegten Propositionen, welche die bauerliche Unfreiheit zu mildern bezweckten<sup>2)</sup>.

In die durch diese Vorgänge gezeitigte vibrierende Stimmung hinein fiel nun die Aufforderung der Kaiserin, an den Arbeiten der grossen Kommission zur Herstellung eines allgemeinen Gesetzbuches teilzunehmen. Was sollte die Ritterschaft tun? Eine direkte Ablehnung der Teilnahme hätte die auf ihre Pläne eitle Monarchin gegen die Ostseeprovinzen aufgebracht und schlimme Folgen gezeitigt. Wie weit sollten sich aber die Deputierten Livlands an der Abfassung des Gesetzbuches heteiligen? Sollten sie etwa hierbei die Sonderrechte, die seit Peter dem Grossen und noch zuletzt von Katharina selbst verbrieft und besiegelt worden waren, zugunsten eines allgemeinen Reichsgesetzbuches preisgeben, einer Schöpfung opfern, deren Wert höchst zweifelhaft war? In diesem Zwiespalt<sup>3)</sup> blieb ihnen nur der eine Weg offen, den sie auch beschritten: von vornherein grundsätzliche Ablehnung der Geltung des Gesetzbuches für die Provinzen, aber Mitarbeit zugunsten des Reichs, in der Hoffnung, Missstände in der Verwaltung der Provinzen indirekt abstellen und direkt die Erfüllung privilegienmässiger Zusicherungen, die bisher nicht erreicht worden war, durchsetzen zu können. In diesem Sinne war sowohl die Instruktion der Ritterschaft, wie die der Landsassen abgefasst<sup>4)</sup> und auch die, nach welcher Rigas Abgeordneter sich zu richten hatte, war kaum anders gehalten<sup>5)</sup>.

Die in 15 Artikeln formulierte und von 98 Edelleuten unterzeichnete ritterschaftliche Instruktion verpflichtete die Depu-

1) Näheres bei Transehe a. a. O. S. 152; Tobien, „Die Agrargesetzgebung“ etc. I. Bd. S. 106 ff.; G. Hillner, „Volks- und Bauernfreunde des alten Livland“, in Baltische Jugendschrift 5 Jahrg. 1902, S. 28 ff.

2) Eckardt a. a. O. S. 313; Transehe a. a. O. S. 165.

3) Vgl. hierüber die Äusserung des estländischen Ritterschaftshauptmanns von Ulrich vom 24. Januar 1767 bei Staël, „Die Kondifizierung des Provinzialrechts“ a. a. O. S. 269.

4) Vgl. Hasselblatt a. a. O. S. 676 ff.

5) Hollander, „Die Aufzeichnungen des Ratherrn J. C. Schwartz“ etc. a. a. O. S. 86, wo indes der Wortlaut der Instruktion des Rigaschen Rates nicht wiedergegeben ist.

tierten, in erster Linie dafür Sorge zu tragen, dass das immer noch unbestätigte Budberg-Schradersche Landrecht endlich von der „geheiligten Hand der Monarchin unterschrieben werde, da alle dahin einschlagende Fora darüber gehöret, auch selbiges von der dazu Allerhöchst verordneten Commission revidiret und emendirt worden“<sup>1)</sup>).

Die zweitwichtigste Forderung, die von den ritterschaftlichen Deputierten vertreten werden sollte, war die Regelung des Güterbesitzrechtes, denn noch herrschte in Livland, wenn auch nicht tatsächlich, so doch juristisch das Lehnswesen mit seinem bedingten Eigentumsrecht, dem Heimfallsrecht der Krone u. s. w. Erst Katharina hat 1783 dieser Rechtsunsicherheit ein Ende gemacht<sup>2)</sup>, die schon lange schwer empfunden wurde, weshalb die Ritterschaft jetzt beflissen war, ihr ein rascheres Ende zu bereiten<sup>3)</sup>. Neben diesen Hauptwünschen spielten die weiteren Desiderien eine geringere Rolle.

Abgesehen von dem Verlangen, die Universität Dorpat wiederhergerichtet zu sehen<sup>4)</sup>, waren es im wesentlichen wirtschaftliche Notstände, deren Abhilfe die Deputierten zu bewirken beauftragt wurden. Namentlich sollten die von der zarischen Regierung durchgeführten Haken-Revisionen abgestellt werden, denn die russischen Revisionen hatten es fertiggebracht, das durch den Nordischen Krieg ausgesogene Land schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts für Steuerzwecke höher einzuschätzen, als der schwedische Fiskus solches am Ende einer wirtschaftlich glücklichen Periode getan hatte<sup>5)</sup>. Es war daher nur natürlich, wenn die Ritterschaft die Rückkehr zur bewährten Katastrierungs-Methode der schwedischen Zeit ersehnte<sup>6)</sup>.

Eine andere Kalamität, unter der das Land schwer litt, war das häufige Davonlaufen leibeigener Bauern über die Landesgrenze, wogegen zahllose Läuflingspatente vergeblich anzukämpfen suchten<sup>7)</sup>. Dieser Notstand, der die Gutsherren ihrer Arbeitskräfte beraubte, war wesentlich durch die übermässige Inanspruchnahme der bäuerlichen Leistungen bedingt, die den hinauf-

1) Art. 1, 2 und 3 der Instruktion, R.-A. Nr. 202 S. 36 ff. Die Instruktion, die für den estnischen und lettischen Distrikt gleich lautete, ist abgedruckt im Magazin der Kaiserl. Russ. Histor. Gesellschaft Bd. 68, Petersburg 1889, S. 65 ff. Über die Methode dieser Veröffentlichung vgl. Hasselblatt a. a. O. S. 669.

2) „Geschichtl. Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrecht in den Ostseegouvernement“, 1845, S. 141.

3) Instruktion Art. 4.

4) Instruktion Art. 8.

5) Tobien, „Die Agrargesetzgebung“ etc., I. Bd. S. 66.

6) Instruktion Art. 4.

7) Transehe, „Gutsherr und Bauer“ S. 200.



geschraubten fiskalischen Haken-Revisionen naturgemäss folgte. Die Deputierten wurden daher beauftragt, mit Eifer und Sorgfalt dafür zu sorgen, dass „Grenz-Richter“ bestellt werden mögen, die diesem Übelstande abhelfen sollten<sup>1)</sup>. Wünsche der Ritterschaft von geringerer Bedeutung mögen hier übergangen werden<sup>2)</sup>.

Dagegen verdient die Tatsache der Hervorhebung, dass die Sonderinstruktion der Landsassen<sup>3)</sup> nicht nur in den wichtigsten Punkten mit der ritterschaftlichen übereinstimmte, sondern auch ausdrücklich dem Abgeordneten von Blumen vorschrieb, „mit der Ritterschaft conjunctim zu agiren“<sup>4)</sup>. Diese freundschaftliche Stellungnahme der Landsassen zur Ritterschaft hinderte sie allerdings nicht, des Zwistes mit jener zu gedenken und ihrem Deputierten die Weisung zu erteilen, er möge „sollicitieren, dass der Stoss zu diesem Streite durch Allerhöchste Verfügung möge gehoben und die Adelichen Persohnen der Landschaft, sie seyen von Geburth oder durch Diplomata, oder durch hiesige Krieges-Dienste adelich geworden, mit der Ritterschaft in ein Corpus zusammen gebracht werden mögen“<sup>5)</sup>.

Nicht so kollegial lautete die bisher unbekannt gebliebene Instruktion des Rigaschen Rates, die sich abschriftlich in den Akten der livländischen Ritterschaft findet<sup>6)</sup>, in 13 Punkte gefasst und vom Stadthaupt Stoever und 133 Bürgern unterzeichnet ist. Sie verpflichtet den Abgeordneten Johann Christoph Schwartz, in erster Linie die Beibehaltung der von allen Regenten konfirmierten Stadtrechte „im Namen der allergetreuesten Stadt allenthalben und selbst vor dem geheiligten Thron unserer Theuersten Landes-Mutter in tiefster Unterthänigkeit zu erbitten“<sup>7)</sup>. Ferner wird Schwartz beauftragt, „mit aller möglichen Vorsicht“ für eine Ergänzung der Stadtrechte auf dem Gebiet des Prozessverfahrens, des Wechselrechts, des Erbrechts, des ehelichen Güterrechts, des Handelsrechts Sorge zu tragen<sup>8)</sup> und sich für die Ermässigung der ausserordentlich drückenden Last der Einquartierung von Truppen in Riga zu verwenden<sup>9)</sup>. Im Gegensatz zu diesen geschäftsmässig nüchtern formulierten Desiderien steht der Art. 9 der Instruktion, der den Deputierten verpflichtet, „alle Aufmerksamkeit anzuwenden, dass die jetzige(n) Deputierten(n) des Landes nichts nachteiliges er-

1) Instruktion Art. B; Hasselblatt a. a. O. S. 685.

2) Näheres bei Hasselblatt a. a. O. S. 682.

3) R.-A. Nr. 202, S. 42 ff und „Magazin“ etc., S. 78 ff.

4) Instruktion Art. 4; Hasselblatt a. a. O. S. 679.

5) Instruktion Art. 2; Hasselblatt a. a. O. S. 679.

6) R.-A. Nr. 202, S. 56 ff.

7) Instruktion Art. 2 und 8.

8) Instruktion Art. 3–7, 11.

9) Instruktion Art. 12.

schleichen und bewürken, sondern vielmehr die unabgemachte(n) Streitigkeit(en) mit der Ritterschaft, hauptsächlich was die Bestätigung der neuen Ritter-Rechte und die Berichtigung des Matriculs, des Vorrechts der hiesigen Bürger adeliche Güter im Lande zu besitzen, die Hand-Habung der Handlungs-Gesetze in allen ihren Punkten und die mehr und mehr zunehmende Vorkäuferey der Ritterschaft und der Landsassen betrifft, zum Vortheil der Stadt entschieden werden möge“.

Sonach sollte der Rechtsstreit, der seit langer Zeit Ritterschaft und Bürgerschaft entzweite, vor das Forum der gesetzgebenden Kommission in Moskau gebracht werden. Es handelte sich um Folgendes:

Der livländischen Ritterschaft war es gelungen, bei ihrer Unterwerfung unter das zarische Zeppter am 4. Juli 1710 sich das ausschliessliche Güterbesitzrecht auszubedingen. An demselben Tage hatten jedoch die Bürger Rigas die Fortdauer der ihnen früher unbestritten eingeräumten Rechte des Erwerbes von Rittergütern zugestanden erhalten. Der in den Privilegien des Adels und der Stadt Riga enthaltene Widerspruch war bis zu der Zeit, die uns hier beschäftigt, nicht nur nicht gelöst, sondern bald gemildert, bald verschärft worden. Die Resolution Katharinas I. im Jahre 1725 hatte dem Adel nur ein Näherrecht zum Besitz von Rittergütern vor den Bürgern gewährt, während andererseits zur Zeit der Kaiserin Elisabeth der Rechtsgrundsatz aufgestellt worden war, dass nur Edelleute Land und Leibeigene besitzen dürfen<sup>1)</sup>. Seit der Abfassung der Matrikel im Jahre 1747 hatte die Ritterschaft ebenso das ausschliessliche Recht auf Kauf von Landgütern, wie auch das unbeschränkte Recht der Einlösung in Anspruch genommen<sup>2)</sup>, wobei es jedoch im wesentlichen auf das Näherrecht herauskam. Um das Näher- oder Einlösungsrecht, auch Relutionsrecht genannt, waren mehrfach Prozesse entstanden, durch welche die Sicherheit des Besitzrechtes in Frage gestellt worden war<sup>3)</sup>. Diese Sachlage veranlasste nun den Rigaschen Rat zu der seinen Deputierten erteilten Instruktion, die schwerlich in der scharfen, die Ritterschaft kränkenden Form abgefasst worden wäre, wenn nicht, wie früher erwähnt, die Ritterschaft das Verlangen des Rigaschen Rates, als membrum nobilitatis an der Wahl der ritterschaftlichen Deputierten für die Reichsversammlung teilnehmen zu dürfen, kurzerhand abge-

<sup>1)</sup> Tobien, „Die Agrargesetzgebung“ etc. 1. Bd. S. 7 ff., 2. Bd. S. 286 ff.

<sup>2)</sup> „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrecht“, Besonderer Teil S. 139.

<sup>3)</sup> Th. Bötticher, „Der Domainenverkauf in den Ostseeprovinzen und das Gutsbesitzrecht“, Balt. Monatsschrift 3. Bd. 1861, S. 379 und 381.



wiesen hätte<sup>1)</sup>. So mochte es denn fraglich erscheinen, ob der zwischen der Ritterschaft einerseits, den Landsassen und dem Rigaschen Rat andererseits klaffende Zwiespalt die in Moskau so notwendige Einheit der baltischen Front gefährden würde. Allein Befürchtungen dieser Art, wenn sie überhaupt damals gehegt wurden, erwiesen sich als unbegründet, denn, wie wir sehen werden, gegenüber russischen Aspirationen schlossen sich alle Balten in Einmütigkeit zusammen, und selbst Fragen der Etikette, die sich alsbald ergaben, vermochten wohl vorübergehende Misstimmung, nicht aber Scheidung zu erzeugen.

Von den livländischen Deputierten traf Schwartz als erster in Moskau ein, der sich schon am 12. März 1767, begleitet von seiner Gattin, dahin aufgemacht hatte<sup>2)</sup>. Ihm folgte im Juni Landrat Baron Ungern-Sternberg<sup>3)</sup> mit seiner Frau und zwei Söhnen<sup>4)</sup>, nachdem er längere Zeit in Petersburg auf die Entwicklung der Landsassenfrage gewartet hatte. Villebois, der sich die Mitarbeit eines sachverständigen Sekretärs ausgeben hatte<sup>5)</sup>, weshalb sich in seiner Begleitung der Ritterschafts-Notar Stallmeister von Meck befand<sup>6)</sup>, war am 7. Juli aus Dorpat ausgereist und hatte am 22. Juli die alte Zarenstadt erreicht<sup>7)</sup>. Gadebusch, dessen Instruktion „weitläufige“ Wünsche der Stadt Dorpat enthalten haben soll, aber leider unbekannt geblieben ist<sup>8)</sup>, langte am 1. August in Moskau verspätet an, da schon zwei Tage früher die erste Versammlung der Deputierten stattgefunden hatte<sup>9)</sup>. Noch sehr viel später, am 17. Oktober, erschien der Landsassen-Abgeordnete Major von Blümen in Moskau<sup>10)</sup>, weil er erst im Juli gewählt worden war.

Am 30. Juli frühmorgens versammelten sich die Deputierten im Tschudov-Kloster. Gleichzeitig setzte sich vom Palais Gollowin, das den Namen Annenhof führte und wo die Kaiserin wohnte, ein feierlicher Zug von 16 Personenwagen zum Kreml in Bewegung. Die Kaiserin, im Kaisermantel mit der kleinen Krone auf dem Haupte, fuhr achtspännig, von einer Kavalkade

<sup>1)</sup> Siehe oben.

<sup>2)</sup> Arend Berkholz, „Joh. Chr. Schwartz“ a. a. O. S. 112.

<sup>3)</sup> Ungern-Sternberg an den residierenden Landrat, Petersburg 18. Juni 1767, R.-A. Nr. 202.

<sup>4)</sup> Berkholz, „Gadebusch“ etc. a. a. O. S. 150.

<sup>5)</sup> Villebois an Fersen, Dorpat 12. März 1767, R.-A. Nr. 204, S. 124.

<sup>6)</sup> Residier-Rezess vom 20. Mai 1767, R.-A. Vol. XIV, S. 420.

<sup>7)</sup> „Journal der zur Commission des Entwurfes zum neuen Gesetz-Buch von E. E. Ritterschaft des Herzogthums Liefland abgefertigten Deputation“, am 28. Januar 1768 dem Landratskollegium übergeben, R.-A. Nr. 202, S. 367 ff.

<sup>8)</sup> Berkholz, „Gadebusch“ etc. a. a. O. S. 148.

<sup>9)</sup> Berkholz, „Gadebusch“ etc. S. 146.

<sup>10)</sup> Brückner, Russische Revue XXII. Bd. S. 506.

umgeben<sup>1)</sup>. In der Kathedrale (Успенский соборъ) fand ein Gottesdienst und die Vereidigung der Deputierten statt. Hierher hatten sich die Deputierten in feierlichem Zuge begeben, der in der Weise angeordnet war, dass die Deputierten des Adels, der Städte und der Bauernschaften eines jeden Gouvernements zusammen blieben und paarweise miteinander hergingen. Das Gouvernement Estland kam, aus bisher unaufgeklärten Gründen, in der Reihenfolge vor dem Gouvernement Livland, infolge dessen auch der Deputierte von Reval Syndikus Adrian Heinrich Frese und der von Narva Ratsherr Lorenz Straelborn<sup>2)</sup> den Abgeordneten Rigas vorausgingen<sup>3)</sup>. Diese Anordnung verletzte Schwartz so sehr, dass er beim Generalprokureur Fürst Wjasemski Protest einlegte und ihm gegenüber betonte, „Riga hätte allemal, den Vorzug vor allen anderen Städten der Ostseegouvernements gehabt.“ Auch als Schwartz vom Generalprokureur zurückgewiesen worden war, beabsichtigte er doch noch weitere Schritte zu ergreifen, liess sich indes durch gewichtige Erwägungen und wohl die Aussichtslosigkeit auf Erfolg von weiterem Vorgehen abhalten. In der Korrespondenz der ritterschaftlichen Vertreter mit dem livländischen Landratskollegium finden sich keinerlei Hinweise darauf, dass diese sich durch den Estland in der Etikettenfrage eingeräumten Vorrang verletzt gefühlt hätten.

In der Reihe der Deputierten zählte das deutsche Element, auch abgesehen von den Vertretern Liv- und Estlands, eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Repräsentanten. So waren z. B. Glieder der Reichsversammlung: der Vizepräsident des Kollegiums der liv-, est- und finnländischen Sachen Timotheus von Klingstedt, der Assessor dieses Kollegiums Jakob Rohde; das Medizinalkollegium war durch den Generalstabsarzt Baron Georg Asch, die Akademie der Wissenschaften durch Gerhard Friedrich Müller, die Zollkanzlei durch den Grafen Ernst Münnich vertreten. Auch Finnland hatte Deutsche entsandt<sup>4)</sup> und das Gouvernement Jamburg den Oberst Baron Wolff<sup>5)</sup>.

Sehr beachtenswert ist, dass die baltischen Deputierten, obgleich sie nicht alle der russischen Sprache kundig waren, in

<sup>1)</sup> Brückner, Russische Revue XXI. Bd. S. 31 ff.; derselbe, „Katharina“, S. 467.

<sup>2)</sup> Brückner, Russische Revue XXII. Bd. S. 501.

<sup>3)</sup> Haigold, „Neuverändertes Russland“ etc. 2. Teil, 1772, S. 291. Hollander, „Die Aufzeichnungen des Ratsherrn J. C. Schwartz“ etc. a. a. O. S. 82.

<sup>4)</sup> Brückner, Russische Revue XXII. Bd. S. 500.

<sup>5)</sup> Semewski a. a. O. S. 132 ff.



den Spezialkommissionen, wo sich die eigentliche ernste Arbeit konzentrierte, eine hervorragende Rolle spielten, und zwar war diese Tatsache direkt auf die Initiative der Kaiserin zurückzuführen, welche die Weisung erteilt hatte: man solle sich bemühen, den Deputierten beizubringen, dass sie auch Livländer und Estländer in die Spezialkommissionen wählen mögen<sup>1)</sup>. So wurde denn der Vertreter Süd-Livlands Landrat Johann Adolf Baron Ungern-Sternberg Mitglied der Kommission für die ständischen Rechte; sein Namensvetter aus Estland Ludwig Baron Ungern-Sternberg war Glied der Kommission für Obligationenrecht; dessen Landsmann Philipp Baron Salza arbeitete in der Kommission für Personeurecht<sup>2)</sup>. Gadebusch widmete sich, trotz seiner absoluten Unkenntnis des Russischen, den Fragen des Güterrechts und war als Gehilfe des Rats Herrn Schwartz Mitglied der Justizkommission<sup>3)</sup>. Der Ratsherr Straelborn aus Narva gehörte dem Ausschuss für das Städte-recht an und der Moskauer Professor Ursinus, der alsbald Gadebusch ersetzte<sup>4)</sup>, war in der Kommission für Schul- und Asylwesen tätig<sup>5)</sup>. Schwartz verfasste den Entwurf eines Kriminalrechts, Gadebusch den einer Prozessordnung<sup>6)</sup>, und die Arbeit Gadebusch's erregte gar die Aufmerksamkeit der Kaiserin, die sich über sie in einem Brief an den Generalprokureur Fürst Wjasemski in ergötzlicher Weise folgendermassen äusserte:

„Ich habe Gadebusch's Schrift gelesen, die nicht sehr schlecht übersetzt, aber gänzlich aus dem Justinianischen Recht abgeschrieben ist; vieles davon würde für das Russische Reich nicht passend, vielmehr sehr schädlich sein. Ich werde Ihnen noch vor Montag meine Bemerkungen zu diesem Entwurf schicken. Wäre das römische Recht vollkommen und entspräche den Verhältnissen, so würde ich es mit einem Wort annehmen, aber alle beschwerten sich über es. Hiervon schreibe ich viel dem livländischen Kniffe zu, unsere Gesetzgeber sein zu wollen, statt von uns Gesetze zu erhalten<sup>7)</sup>.“

Welch reges Interesse die Kaiserin an den Verhandlungen der Gesetzkommision nahm, lehrt die Tatsache, dass sie, wie Gadebusch berichtete<sup>8)</sup>, incognito in einer Loge der Tagung beiwohnte. Sie kargte überdies nicht mit Verordnungen und

1) Magazin der Kaiserl. Russ. Histor. Gesellsch. Bd. X, 1872, S. 233.

2) Brückner, Russische Revue XXII. Bd. S. 502.

3) Berkholz, „Gadebusch“ etc. S. 148.

4) Berkholz a. a. O. S. 150.

5) Brückner a. a. O. S. 503.

6) Berkholz a. a. O. S. 149.

7) „Das 18. Jahrhundert“ (russisch), Moskau 1869, S. 388; Brückner, Russ. Revue S. 507.

8) Berkholz a. a. O. S. 148.

Weisungen, die den Gang der Beratungen, die Wahlen etc. beeinflussen<sup>1)</sup>.

Wir werden Gelegenheit haben zu erfahren, wie eingehend die Kaiserin ihr Interesse den ostseeprovinziellen Angelegenheiten zuwandte und wie fast dramatisch die Verhandlung über die baltischen Privilegien verlief. Im übrigen war der Gang der Verhandlungen schleppend, unpraktisch und dabei ermüdend, denn es pflegte in der Versammlung nicht sowohl gesprochen, als vielmehr vorgelesen zu werden, weshalb die Reichsversammlung im Grunde nicht die Bezeichnung eines Parlaments verdiente. Die Lektüre der sehr langen Instruktion der Kaiserin und einer grossen Reihe gesetzlicher Bestimmungen über spezielle Fragen, der Vortrag der von den Deputierten mitgebrachten Sonderinstruktionen, die Verlesung der Protokolle vorangegangener Sitzungen, alles dieses kostete viel Zeit und Geduld<sup>2)</sup>.

Die Verlesung der Instruktionen gab Anlass zu einem Konflikt zwischen den baltischen Deputierten einerseits und dem der Reichsversammlung präsidiierenden Marschall Bibikov und dem Generalprokureur Fürst Wjasmewski andererseits. Diese Würdenträger verlangten die Einreichung der Original-Instruktionen, was Villebois mit der Begründung ablehnte: die Instruktionen seien den Deputierten zu ihrer eigenen Information mitgegeben worden; nachdem beglaubigte Kopien abgegeben worden seien, wäre alles, was verlangt werden dürfe, um so mehr geschehen, als die Originale den Charakter von Privatdokumenten trügen, deren Inhalt lediglich die Deputierten und deren Auftraggeber angehe<sup>3)</sup>.

Als Wjasmewski trotzdem bei dem Verlangen nach den Original-Instruktionen verharrte, erklärte Villebois kurz: die livländischen Adelsdeputierten würden ihre Original-Instruktionen solange behalten, bis die Kaiserin die Auslieferung ausdrücklich befehle. Nach den Aufzeichnungen des Rigaschen Deputierten Schwartz soll der Auslieferungsbefehl anderen Tages erfolgt sein<sup>4)</sup>. Im Deputierten-Journal, das Villebois und Ungern geführt haben, ist sowohl die Forderung, wie die Ablehnung der Auslieferung, nicht aber etwa die schliessliche Erfüllung dieses Verlangens angemerkt.

Viel wichtiger, als dieser Konflikt waren die lebhaften Verhandlungen über die Privilegien des livländischen und estländischen Adels, die von besonderem Interesse für uns sind, weil sie sich zum ersten und einzigen Mal vor den Vertretern des

1) Magazin etc. Bd. X S. 222 ff.

2) Brückner, „Katharina“, S. 460.

3) Deputations-Journal von 3. Sept. 1767.

4) Hollander a. a. O. S. 83.



russischen Volkes abgespielt haben. Auf diesen Vorgang einzugehen, empfiehlt sich um so mehr, als Professor Brückner, der ihn darzustellen versucht hat<sup>1)</sup>, nicht über die Akten der livländischen Ritterschaft verfügte und daher nicht zwischen der Bestrebung des livländischen Adels: einerseits die Promulgierung des Landrechtsentwurfes zu erlangen und andererseits die Anerkennung der von der Kaiserin bereits bestätigten Privilegien auch durch die Reichsversammlung zu erwirken, unterscheiden konnte. Tatsächlich aber waren das zwei verschiedene Wünsche, und zwar kam, wie die Dinge lagen und die spätere Entwicklung bestätigte, der gesetzlichen Sicherung des Landrechtsentwurfes eine grössere Bedeutung zu, als der nochmaligen Konfirmation der Privilegien. Daher hatte die livländische Ritterschaft in ihrer Instruktion, die sie ihren beiden Deputierten Villebois und Ungern-Sternberg mitgab, diese Bedürfnisfrage als die weitaus wichtigste an die Spitze gestellt. Von der Konfirmation der Privilegien an sich war in der ritterschaftlichen Instruktion gar nicht die Rede und sie wäre wohl in der Reichsversammlung gar nicht aufgeworfen worden, wenn nicht die Vertreter der baltischen Ritterschaften, durch wiederholte günstige Äusserungen der Kaiserin sicher gemacht, den nicht glücklichen Gedanken gefasst hätten: die Privilegien auch von der Gesetzkommission ausdrücklich anerkennen zu lassen. Hierzu mochten sich namentlich die livländischen Ritterschaftsdeputierten gedrängt gefühlt haben, nachdem sie darüber unterrichtet worden waren, dass Katharina zwar die Privilegien nicht antasten lassen werde, aber die Kaiserliche Bestätigung des Landrechtsentwurfes strikt ablehne, weil sie an der Meinung festhalte: es sei Aufgabe der Gesetzkommission, die Rechtsverhältnisse wie im Reich, so auch in dessen Grenzmarken zu regeln und daher auch über den Landrechtsentwurf zu befinden. Da lag es nun nahe genug anzunehmen, dass, wenn die Gesetzkommission zuerst die Privilegien und deren Rechtskraft kennen gelernt habe, sie leichter bereit sein würde, auch den Landrechtsentwurf zu billigen. Man glaubte um so mehr das lang ersehnte Ziel, die Bestätigung des Landrechtsentwurfes, auch durch die Gesetzkommission erreichen zu können, als die Kaiserin Livland sehr gewogen zu sein schien, und vorausgesetzt werden durfte, dass die Gesetzkommission dem leisensten Wink ihrer Schöpferin folgen werde.

Wie Katharina über die Livland bewegenden Fragen dachte, trat in einer dem Landrat Johann Adolf Baron Ungern-Sternberg gewährten Audienz zutage, über deren interessanten

---

<sup>1)</sup> Russische Revue Bd. XXII S. 503 ff.; „Katharina“ S. 484 ff.

Verlauf wir durch eine eingehende Schilderung Ungerns unterrichtet sind<sup>1)</sup>).

Von Unruhe über die Machinationen der livländischen Landsassen, deren energisches Vorgehen wir kennen gelernt haben, erfüllt, hatte Ungern, nachdem er in Moskau eingetroffen war, alsbald den Favoriten der Kaiserin, Graf Grigorij Orlov, sowie den Generalprokureur Fürst Wjasemski aufgesucht und beiden die Landsassenfrage mit der Absicht vorgetragen, zu verhindern, dass die Landsassen einen eigenen Deputierten nach Moskau zu entsenden ermächtigt würden<sup>2)</sup>).

Er hatte Wjasemski sehr ungehalten gefunden, der, von Katharina mit Schloss Serben in Livland beschenkt<sup>3)</sup>, für die Landsassen eintrat, während Orlov sich Ungern's Auffassung geneigt zeigte und ihm versprach, der Kaiserin über die Landsassenfrage Vortrag halten zu wollen. Anderen Tages erhielt Ungern von Orlov die Mitteilung, die Kaiserin habe ihn zur Hoftafel befohlen und wolle ihn persönlich sprechen. Am 8. Juli wurde Ungern von der Kaiserin unter vier Augen empfangen und mit der Frage begrüßt: „Sagen Sie mir doch, wie kommt es, dass sie in Livland so unruhig sind?“<sup>4)</sup>. Ungern erwiderte, dass nicht das Korps der Ritterschaft Unruhe stifte, sondern dass die Landsassen die Schuld trügen, weil sie einen Deputierten aus eigener Mitte haben wollten. Diesen aber habe ihnen die Ritterschaft nicht zugestanden, weil die für den Adel vorgesehene Wahlordnung vorschreibe: die Wahl unter den „Mitbrüdern“ vorzunehmen, worunter in Livland nur die immatrikulierten Edelleute verstanden werden könnten. Die Kaiserin erklärte: „Ich habe nicht in der Art das Wort „Mitbrüder“ genommen, sondern darunter die Adeligen verstehen wollen, die in einem Lande zusammen wohnen.“ Nach diesen Worten warf sich Ungern, der damaligen byzantinischen Sitte gemäss, in des Wortes voller Bedeutung der Kaiserin zu Füßen und bat sie: der livländischen Ritterschaft ihren Fehltritt vergeben zu wollen, da ihm nicht Verrat, sondern irrtümliche Annahme zugrunde liege. „Die Kaiserin“, berichtete Ungern, „befahl mir aufzustehen und sagte: sie wäre nicht ungnädig, aber sie hätte geglaubt, dass wir Hinderungen in diesem Werke machen wollten, und wäre darüber ungnädig gewesen. Es wundere sie, dass die Livländer kein Vertrauen zu ihr hätten, das die Russen generaliter

<sup>1)</sup> Bericht des Landrats J. A. Baron Ungern-Sternberg an den Adelsmarschall L. Baron Budberg, Moskau, 12. Juli 1767, R.-A. Nr. 202 S. 210 ff.

<sup>2)</sup> Ungern-Sternberg an Budberg, Moskau, 9. Juli 1767, R.-A. Nr. 202 S. 217.

<sup>3)</sup> Stryk, Gütergeschichte etc. II. Bd. S. 319.

<sup>4)</sup> Ungerns Bericht vom 12. Juli a. a. O.



bezeugten. Die Livländer zitterten, wenn sie von ihr hörten, als wenn sie so hart mit ihnen umginge, wiewohl sie doch noch keinen unglücklich gemacht oder gedrückt hätte, was sie nie tun werde.“ Ungern, die Hände zusammenschlagend, versicherte mit emphatischen Worten, dass die Livländer zu ihr das allergrösste Vertrauen hätten, wagte aber mutig die Frage zu stellen: „Woraus urteilen Ihre Majestät dieses? urteilen Ihre Majestät es daraus, wenn wir einem Collegio, das uns wider unsere Privilegia und Praerogative was befiehlt und uns drückt, nicht gleich Gehorsam leisten, da wir das Recht und die Gnade haben, unsere Sache bis zu dem Thron und zu den Füßen unserer Allergnädigsten Kaiserin zu bringen? Nein, Allergnädigste Kaiserin! Lassen Sie uns nur den Namen *Екарепна* sehen, so soll ein blinder Gehorsam uns führen, und ein Wink von Ihrer K. M. soll uns schon der wichtigste Befehl sein.“ Hierauf Katharina: „Ich will auch nicht, dass ein Collegium Sie drücken soll.“ Ungern erwiderte tapfer: „Allergnädigste Kaiserin, es geschieht aber“, worauf Katharina diesem ihr wohl nicht angenehmen Gespräch eine andere Wendung gab, indem sie sagte: „Ich weiss, dass sie mich alle lieben, aber sie haben nur keine Confiance zu mir.“ Abermals schwört ihr Ungern zu, dass die Livländer das grösste Vertrauen in sie setzten, beklagt aber, dass der Monarchin viele Verleumdungen hinterbracht worden seien, so z. B. die Unwahrheit, dass die livländische Ritterschaft Edelleute schüfe, was doch nur ein Vorrecht souveräner Häupter sei.

Im weiteren Verlauf des langen Zwiegespräches kommt die Kaiserin auf eine Mitteilung Ungerns, von der sie durch Orlov Kenntnis gewonnen, zurück, wonach es in Riga leicht falle, den Adel gegen Erlegung einer geringen Geldsumme durch Vermittlung eines Agenten zu erlangen, und stellt die Frage: ob die „boutique“ noch in Riga existiere?

Ungern erwidert: die boutique hätte viele Jahre bei einem Herrn Nissen in Riga existiert, da dieser aber gestorben sei, wüsste er nicht, ob sie noch existiere.

Die Landsassenfrage bildet noch längere Zeit den Gegenstand der Unterhaltung, die von der Kaiserin mit der treffenden Bemerkung abgeschlossen wird: man hätte die Adelsdiplome aller Landsassen prüfen und diejenigen von ihnen abweisen sollen, die keine Kaiserlichen Adelsbriefe vorzuweisen vermöchten. Ungern versichert, alles vom Herzen herunter geredet und die Freude gehabt zu haben, von der Monarchin vernehmen zu dürfen, dass sie eine Schmälerung der Privilegien und Prärogativen des livländischen Adels nicht zulassen werde.

„Zum Schluss“, berichtet Ungern, „kam die Kaiserin auf das Gesetzwerk und sagte: ich habe jetzo alles erst gehört und er-

fahren, dass Sie ein neues Gesetzbuch haben, wovon ich garnichts vorhero gewusst und gehöret.“ Nachdem Ungern hierauf kurz die Entwicklungsgeschichte des Landrechtsentwurfs auseinandergesetzt hatte, äusserte die Kaiserin: „Ich weiss es, Sie haben teitsche, polnische und schwedische Rechte und Sie können es doch nicht leugnen, dass die Richter oft die Gesetze gedreht haben, wie sie es gewollt, jetzo aber sollen Sie Gesetze bekommen, die deutlich und rein sind, womit ein jeder zufrieden sein wird, und solche Gesetze, wie Sie noch nie bessere gehabt haben, noch bekommen können, und ich hoffe, dass niemand hierinnen Hinderung machen wird.“

Ungern nahm sich die Freiheit, die Kaiserin darauf hinzuweisen, dass die ihm von der Ritterschaft gegebene Instruktion ihn verpflichte, um die Kaiserliche Bestätigung des Landrechtsentwurfes zu bitten, und er der Verachtung Ihrer Majestät und seiner Mitbrüder ausgesetzt wäre, wenn er seiner Instruktion nicht nachkäme. Die Kaiserin erwiderte: „Daraus wird nichts werden, dafür ist die Gesetzkommision da, was dort wird festgesetzt werden, das wird ewig ein Gesetz bleiben. Ihre Privilegien und Praerogativen sollen ihnen ungekränkt bleiben, aber ich will ein reines Gesetzbuch haben in meinem ganzen Reiche. Privilegien sind was anders, Gesetz ist wieder was anders. Sagen Sie es allen Ihren Mitbrüdern, lassen Sie kein Wort aus, und setzen Sie kein Wort zu.“

Auf die hieran angeknüpfte Frage Katharinas: „Können Sie russisch lesen?“ antwortete Ungern, dass er Geschriebenes etwas zu lesen vermöge, worauf die Kaiserin ihm huldvoll versprach, sie wolle ihm das von ihrer eigenen Hand geschriebene Exemplar ihrer für die Gesetzkommision bestimmten Instruktion zu lesen geben, da er aber den russisch geschriebenen Text um so weniger fertig zu lesen verstehen würde, als die Instruktion „mit vielen remarques in margine“ versehen sei, wolle sie eine Abschrift anfertigen und ihm zustellen lassen, damit er ersehen könne, dass ein jeder und eine jede Provinz zufrieden und vergnügt sein könne. Im übrigen ermahnte die Kaiserin Ungern: den bis zur Eröffnung der Gesetzkommision noch währenden Zeitraum von 3 Wochen zur Erlernung der russischen Sprache zu benutzen.

Zum Schluss der langdauernden Audienz forderte die Kaiserin Ungern auf: er solle ihr „eine Idee von dem Dörptschen Deputierten Gadebusch machen“, worauf Ungern erwiderte: „Gadebusch ist ein würdiger, geschickter Mann und ein guter Christ“. Katharina fragte: „Was verstehen Sie durch einen guten Christen, einen, der die römische Rechte studiert hat?“ „Er hat nicht nur die römischen Rechte, sondern auch das Gesetz der Natur



studiert“, antwortete Ungern geschickt, um Gadebusch der Kaiserin, der Verehrerin der Naturrechte, besonders zu empfehlen<sup>1)</sup>).

Die in der Unterredung mit Ungern deutlich markierte Stellungnahme der Kaiserin zu den livländischen Fragen liess keinen Zweifel darüber mehr zu, dass der Landrechtsentwurf dem Reichsgesetzbuch zum Opfer fallen werde und damit das Hauptziel, das die livländische Ritterschaft bei der bereitwilligen Besendung der Reichsversammlung im Auge gehabt hatte, unerreichbar sei. Diese Wahrnehmung rief natürlich in Livland eine um so grössere Bestürzung hervor, als die ablehnende Stellungnahme der Monarchin zum Landrechtsentwurf für die Zukunft vielleicht auch den Fortbestand der Privilegien zu gefährden schien<sup>2)</sup>, wiewohl die Kaiserin das Gegenteil behauptet hatte. Eine Beruhigung trat erst ein, nachdem es bekannt geworden war, dass die Kaiserin dem Deputierten der Estländischen Ritterschaft Kammerherrn von Pohlmann versichert habe: die livländischen Privilegien würden in keinem Stück geschmälert werden, da nicht alle Provinzen des russischen Reiches nach einerlei Gesetzen regiert werden könnten<sup>3)</sup>.

Um nun aber doch für alle Fälle gesichert zu sein, reichte der Deputierte des Wierländischen Kreises in Estland Generalleutnant Diedrich Johann von Rennenkampff am 2. Oktober in der Reichsversammlung einen von seinen Kollegen Baron Salza und Ludwig Baron Ungern-Sternberg mitunterzeichneten Antrag des Inhalts ein: es möge in dem Entwurf des neuen Reichsgesetzbuches auch des Estländischen Adels in dem Sinne gedacht werden, dass er auf Grund der Kaiserlich bestätigten Privilegien Estlands bei seinen Vorrechten unabänderlich verbleibe.

Wenige Tage später, am 8. Oktober, taten die livländischen Adelsdeputierten Generalfeldzeugmeister Alexander von Villebois und Landrat Johann Adolf Baron Ungern-Sternberg, sowie der Vertreter Ösels Landrat Hermann Gustav von Weymarn dasselbe und übergaben einen fast gleichlautenden Antrag. Schliesslich verfehlte auch der Landsassen-deputierte Major Gerhard Friedrich von Blumen nicht, wenn auch spät, so doch nicht verspätet, nach seiner verzögerten Ankunft in Moskau den gleichen Schritt zu unternehmen. Seine Eingabe vom 28. Oktober enthielt freilich die sehr allgemein und unklar gefasste Bitte: da die Deputierten der livländischen Ritterschaft sich ihre alten, auf Privilegien beruhenden Vorrechte vorbehalten haben, der übrige, nicht in die Matrikel

<sup>1)</sup> Berkholz, „Gadebusch“ etc. S. 151.

<sup>2)</sup> Adelsmarschall L. Baron Budberg an den Landrat J. A. Baron Ungern-Sternberg, Ramkau 12. Aug. 1767, R.-A. Nr. 202 S. 190 ff.

<sup>3)</sup> Berkholz, „Gadebusch“ etc. S. 151.

aufgenommene livländische Adel und die anderen Personen militärischen und bürgerlichen Standes gleiches Recht und gleichen Anteil an den Privilegien und deren Allerhöchsten Konfirmation haben, indem sie auf Grund derselben Konventionen Vasallen (?) wurden, bitte er, „dass auch dieser Teil des livländischen Adels, als treue Untertanen Ihrer Kaiserlichen Majestät, in gleicher Weise, wie früher so auch später dieser Privilegien und Allergrößten Konfirmation teilhaftig bleibe“<sup>1)</sup>.

Der die Verhandlungen leitende Marschall Bibikov hatte angeordnet, dass die Eingaben der est- und livländischen Adelsdeputation nach Beendigung der Diskussion über die Rechte der Kaufmannsstände zum Vortrage gelangen sollten, und man wartete nur das Ende dieser Verhandlung ab, um beiderseits in geschlossenen Reihen den heissen Kampf um die baltischen Privilegien zu eröffnen<sup>2)</sup>.

Hierüber berichtet das Deputations-Journal, das von Villebois und Ungern-Sternberg geführt worden und uns erhalten geblieben ist, folgendes:

„In der 62. Session am 20. November eröffnete der Marschall der Versammlung, dass nunmehr nach Beendigung derer Handlungssachen die liefländische Privilegia vorgelesen und auf dem Tische bleiben würden, damit ein jeder sie nochmals durchlesen und seine etwanigen Anmerkungen darüber machen könnte“<sup>3)</sup>.

Hiergegen protestierten der estländische Deputierte General von Rennenkampff und der Öselsche Landrat von Weymarn, indem sie sagten: sie bezweifelten, dass die Privilegien von Livland, Estland und Ösel einigen Anmerkungen unterworfen werden könnten, da sie von der geheiligten Hand der Monarchin konfirmirt und durch Friedensschlüsse und öffentliche Tractate garantirt, mithin hierdurch zu unabänderlichen Gesetzen geworden wären, von welchen diese Provinzen abzugehen keine Ursache hätten. Bibikov antwortete hierauf schlagfertig: da Ihre Majestät über alle ihre eigenen Ukase Anmerkungen zu machen erlaubten, so könnte er von der für diese Versammlung einmal gemachten Einrichtung nicht abgehen. Jetzt wurde mit der Verlesung des Wortlauts der livländischen Privilegien begonnen, die nicht weniger als 3 volle Sitzungstage in Anspruch nahm. Es gelangten 13 Urkunden, namentlich alle erzbischöflichen und bischöflichen Zusicherungen, angefangen mit

<sup>1)</sup> Alle drei Eingaben sind in russischem Wortlaut abgedruckt im Magazin der Kaiserl. Russ. Histor. Gesellsch. etc. Bd. IV, 1869, S. 219 ff.; Brückner, Russische Revue, Bd. XXII S. 505 und 506 gibt eine deutsche Übersetzung der Eingabe Rennenkampffs und der Bluhmens, Hollander a. a. O. S. 84 eine solche der Eingabe Villebois'.

<sup>2)</sup> Brückner, Russ. Revue Bd. XXII S. 508 ff.

<sup>3)</sup> Deputations-Journal vom 20 Nov. 1767, R.-A. Nr. 202 S. 387.



den Privilegien und dem Gnadenrecht des Erzbischofs Sylvester von 1449 und 1457, sowie schliesslich die pacta subjectionis mit Polen zum Vortrage<sup>1)</sup>, also die eigentlichen sogenannten Privilegien, welche die dem Vasallenstande zugesicherten Rechte bezüglich der Verfassung, des Lehnsbesitzes und des Erbrechts enthielten<sup>2)</sup>.

Man wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, dass die Reichsversammlung, in der nur eine geringe Anzahl Gelehrter, aber recht viele Beamte, Kaufleute und Bauern sassen, wenig genug vom Vortrage der theils in niederdeutscher Mundart, theils in lateinischer Sprache abgefassten Urkunden erbaut gewesen sein und noch weniger Verständniss für diese Materie gehabt haben wird.

Die langwährende und gewiss als lästig empfundene Verlesung der livländischen Privilegien wurde durch den Deputierten des Adels von Ljubim, Gouvernemeut Jaroslav, Nikifor Tolmačev unterbrochen, der eine Meinungsäusserung des Inhalts verlas, dass die ausländischen Rechte der Provinzen Livland, Estland und Wiborg nicht weiter gelten dürften, da sie an vielen, dem Senat sehr wohlbekannten Unzulänglichkeiten litten und schon deshalb beseitigt werden müssten, weil die Verschiedenheit der in diesen Gebieten und in den ihnen angrenzenden Gouvernements geltenden Gesetze dem Verbrechen Vorschub leiste. Nur die Gleichmässigkeit der Gesetze würde die Erreichung des Zieles der grossen Monarchin: alle ihre Untertanen zur höchsten Glückseligkeit gelangen zu lassen, verbürgen<sup>3)</sup>.

Der vom Deputierten aus Ljubim vertretene Gedanke der Uniformität der Rechtszustände in der Monarchie fand in der Reichsversammlung allgemeinen Anklang und die namhafte Zahl der Zustimmenden lehrte, dass die Liv- und Estländer mit ihrem Anschneiden der Privilegienfrage in ein Wespennest gestochen hatten<sup>4)</sup>.

Als Hauptgegner der Liv- und Estländer trat der Deputierte des weissrussischen Adels Lew Šiškov am 27. November auf und sagte: „Die Rechte der Rigaer Ritterschaft (!) aus dem 15. und 16. Jahrhundert mit der einleitenden Formel: „Von Gottes und des Papstes Nikolaus Gnaden“ können jetzt keine Gesetzeskraft mehr haben, denn es gibt in Livland kein Erzbistum mehr, noch einen Landesfeind, mit dem die Ritterschaft Krieg führen und Frieden schliessen könnte. Die durch Waffen-

<sup>1)</sup> Deputations-Journal vom 22., 26. und 27. November 1767 a. a. O.

<sup>2)</sup> „Geschichtl. Übersicht der Grundlagen und Entwicklung des Provinzialrechts in den Ostseegouvernements“, Allgem. Teil S. 117.

<sup>3)</sup> Deputations-Journal v. 20. November 1767 a. a. O.; Brückner, Russ. Revue Bd. XXII S. 508.

<sup>4)</sup> Brückner a. a. O. S. 509.

gewalt erzwungene Kapitulation ist nicht ein Verdienst der Besiegten, sondern eine Grossmut des Siegers. Sollte es aber nicht den eroberten Gouvernements zur Ehre gereichen, fürderhin nicht als eroberte, sondern als in allen Stücken miteinander gleichberechtigte Gebiete zu gelten? Liv- und Estland sind kein besonderer Staat, der durch Klima, Landwirtschaft und andere Gewerbe sich von den übrigen russischen Gebieten unterscheidet; sie können und müssen daher einerlei Gesetz mit uns haben<sup>1)</sup>.

Weit scharfsinniger war die Rede seines Namensvetters Artemi Šiškov, der als Deputierter des Justizkollegiums für liv-, est- und finnländische Sachen<sup>2)</sup> als Experte angesehen werden mochte. Er bemängelte zunächst die Tatsache, dass in Livland das Gewohnheitsrecht eine so entscheidende Rolle spiele, und stellte in Frage: ob die Gesetzkommision diese ungeschriebenen Gesetze überhaupt anzuerkennen brauche<sup>3)</sup>.

Unter schwedischer Herrschaft, sagte er, hätten in Livland schwedische Gesetze gegolten; da nun diese Provinz gemäss den Friedenstraktaten dem russischen Reich inkorporiert worden sei, hätten auch hier russische Gesetze wirksam zu sein und zwar um so mehr, als der Körper des Reiches kein vollständiger Körper genannt werden könnte, wenn in einigen Provinzen besondere Gesetze herrschen sollten.

Gegen diese die Einheit der Reichsgesetzgebung verlangende Forderung machte der Vertreter Kijews, Gudim, zugunsten der ostseeprovinziellen Sonderstellung mit Recht geltend: es sei gar nicht daran zu denken, dass für alle Völker Russlands einerlei Gesetze wirksam sein könnten<sup>4)</sup>. Als Kijew russisch geworden sei, habe man dieser Stadt das ihr schon im 16. Jahrhundert verliehene Magdeburger Recht gewährleistet, das auch von der jetzt regierenden Kaiserin bestätigt worden sei. Daher könne in dieser Hinsicht die grosse Kommission nichts ändern wollen, denn alles sei ganz allein dem Willen der Kaiserin, der Quelle aller Staats- und Zivilgewalt, anheimzugeben. Sehr geschickt wies der Vertreter Kijews auf § 399 der Kaiserlichen Instruktion hin, wo es anerkannt werde, dass die Zustände in den Städten wie Archangel, Petersburg, Astrachan, Riga und Reval im genauen Zusammenhang mit ihren bürgerlichen Einrichtungen stünden und dass es daher, wie die Instruktion ausdrücklich

<sup>1)</sup> Deputations-Journal v. 27. Nov. 1767. Brückner a. a. O. S. 509.

<sup>2)</sup> Vgl. über dieses: „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen etc. des Provinzialrechts“, Besonderer Teil S. 40.

<sup>3)</sup> Seine Rede, deren Brückner a. a. O. S. 509 nur kurz erwähnt, findet sich in vollem Wortlaut und in deutscher Sprache R.-A. Nr. 202 S. 82 ff., vgl. auch R. Baron Staël v. Holstein, „Die Kodifizierung des Provinzialrechts“, Balt. Monatsschrift 52. Bd. 1901 S. 271.

<sup>4)</sup> Deputations-Journal vom 4. Dezember; Brückner a. a. O. S. 511.



besage, unmöglich falle, ohne von den Umständen unterrichtet zu sein, Verfügungen, die sich für eine jede Stadt schicken, zu machen<sup>1)</sup>).

Wieder erhob sich Tolmačev, der Abgeordnete des Adels von Ljubim im Gouvernement Jaroslav, und gab aus dem Stegreif zu, dass manche Städte ihren besonderen Verhältnissen gemäss besondere Rechte erforderten, betonte aber doch im allgemeinen, dass eine Gleichheit der Gesetze durchgeführt werden müsse.

Erst nach einer Woche, in der Sitzung vom 11. Dezember, ergriff ein baltischer Deputierter das Wort, und zwar war es der Abgeordnete des estnischen Distrikts von Livland<sup>2)</sup> General-Feldzeugmeister Alexander von Villebois, der seine Erwiderung absichtlich bis zum Schluss der Session verschoben hatte, um, wie es im Deputations-Journal heisst<sup>3)</sup>, die „etwanigen Gegenanmerkungen zu vermeiden“.

Villebois, der offenbar deshalb vorgeschickt worden war, weil er nicht nur die russische Sprache am besten von allen baltischen Deputierten beherrschte, sondern als hoher Würdenträger der Krone einen gewissen Einfluss ausüben mochte, hob hervor, dass die livländischen Rechte und Privilegien keine Mängel aufwiesen, daher den Verhältnissen der Bevölkerung entsprächen, weshalb das Glück der Livländer in ihrer Aufrechterhaltung bestünde<sup>4)</sup>. Er wies hin auf die unwandelbare Untertanentreue der Livländer, die dem Staat stets eifrig gedient, alle Steuern entrichtet, alle Lasten getragen hätten. Es sei, seiner Ansicht nach, garnicht nötig, dass die Gesetze für alle Untertanen Ihrer Kaiserlichen Majestät völlig gleich seien. Ansichten, wie sie von Šiškov geäußert worden seien, entsprächen eher einem eigenwilligen und keinen Widerspruch vertragenden Institut, als der gemässigten Haltung, durch welche sich die Versammlung auszeichne. Der Hinweis Šiškovs auf die Privilegien des Erzbischofs Sylvester vom Jahre 1449 mit der von ihm bemängelten Einleitung: „Durch Gottes und des Papstes Nikolaus Gnaden“ sei wohl ein Witz gewesen, der den Deputierten Šiškov vielleicht selbst ergötzt haben möge, den er sich aber nicht öffentlich erlaubt haben würde, wenn er den § 32 der Instruktion der Kaiserin aufmerksam gelesen hätte, der da laute: „Es ist ein grosses Glück für den Menschen, sich in solchen Umständen zu befinden, dass, wenngleich seine Leiden-

<sup>1)</sup> Haigold a. a. O. S. 110.

<sup>2)</sup> Nicht, wie Brückner a. a. O. S. 511 wieder einmal ungenau, sagt: „der Deputierte von Estland“.

<sup>3)</sup> Deputations-Journal vom 28. November.

<sup>4)</sup> Brückner a. a. O. S. 511. Der Wortlaut der Rede Villebois findet sich nicht im R.-A.

schaften ihn auf die Gedanken brächten böse zu sein, er es dennoch für vorteilhafter halte, nicht böse zu sein.“ Überdies hätte Šiskov einen Begriff davon haben müssen, dass man die staatlichen Verhältnisse jener Zeit nicht mit den heutigen vermengen dürfe.

Zum Schluss betonte Villebois scharf: es sei, da alle Rechte und Privilegien Allerhöchst bestätigt und deren Unantastbarkeit anerkannt worden wären, für jeden Untertan und Privatmann eine Vermessenheit, daran etwas ändern zu wollen; eine Änderung könne nur von der Allerhöchsten Gewalt ausgehen.

Unmittelbar hierauf erhob sich der Deputierte der im Gouvernement Woronesch belegenen Stadt Romanow Jegór Demidov, ein schlichter Kaufmann, der merkwürdigerweise eine gewisse Belesenheit und rudimentäre Kenntnis der baltischen Geschichte bekundete. Er gab einen kurzen Abriss von der Geschichte der Ostseeprovinzen zum besten<sup>1)</sup>, der sich freilich lediglich auf Lomonossovs Historie Kap. 54 stützte. Er bemerkte, dass manche der älteren Privilegien nicht einmal in Original-Urkunden mehr vorhanden seien, und sprach die Hoffnung aus, dass die livländische Ritterschaft, die unter russischer Herrschaft Ruhe und Frieden gefunden habe, selbst den Wunsch hegen werde, in ein engeres Verhältnis zum Reich zu treten und mit diesem ein Ganzes zu bilden. Sie könnte sich, da ihr Bekenntnis und ihre Kirche niemals angetastet werden würden, bei gleichen Gesetzen und Rechten sehr wohl befinden. Die Uniformität des Rechtes in Livland und im Reich sei um so mehr zu fordern, als Peter der Grosse die Privilegien Livlands mit der Einschränkung bestätigt habe: „soweit sich dieselben auf jetzige Herrschaft und Zeiten applizieren lassen“ und „Uns und unserem Reiche Hoheit und Recht in allen vorbehältlich und sonder Nachteil und Präjudiz“.

Im selben Sinne, aber in schärferer Tonart sprachen sich noch zwei Deputierte aus: der Abgeordnete des Adels von Kromy Alexander Lochwissnev<sup>2)</sup> und der Vertreter des Adels von Kasan Peter Jesipov<sup>3)</sup>. Auch diese Beiden verlangten Übereinstimmung der livländischen Rechtszustände mit denen des Reiches, wobei Jesipov wieder auf die von Peter dem Grossen in die Privilegienbestätigung hineingebrachte Klausel zurückkam.

<sup>1)</sup> Der Wortlaut seiner Rede in russischer und deutscher Sprache im R.-A. Nr. 202 S. 101 ff.; Brückner a. a. O. S. 512 gibt eine Inhaltsübersicht.

<sup>2)</sup> Der Wortlaut seiner Rede in deutscher Übersetzung Nr. 202 S. 70 ff. Brückner, a. a. O. S. 513 nennt der Redner Pochnissnew, was wohl auf einen Druckfehler zurückzuführen ist.

<sup>3)</sup> Dessen Rede wortgetreu russisch und in deutscher Übersetzung im R.-A. Nr. 202 S. 97 ff.; bei Brückner a. a. O. S. 513 eine Inhaltsangabe.



Hiermit befolgte er ein Verfahren, das zu allen Zeiten beliebt gewesen ist. In Wirklichkeit bedeutete jedoch die Majestätsklausel, die sich in der von Peter dem Grossen der livländischen Ritterschaft erteilten Generalkonfirmation vom 30. September 1710 findet, keineswegs eine bedingte Rechtswirkung der Privilegien, sondern sie besagte nichts mehr, als dass die Anwendung der gewährleiteten Sonderrechte dann zu unterbleiben habe, wenn sie mit den Hoheitsrechten des Staates unvereinbar seien. Eine solche Unvereinbarkeit wurde indes durch das Wesen der Sonderrechte ausgeschlossen, denn sonst hätten ja die Monarchen, ohne mit sich selbst in unlöslichen Widerspruch zu geraten, die Privilegien nicht feierlich konfirmieren können<sup>1)</sup>. Diese allein mögliche, weil dem Tatbestande entsprechende Rechtsauffassung lag natürlich den juristisch ungebildeten Vertretern des russischen Adels und der Kaufmannschaft fern, konnte freilich wohl von Artemi Šiškov, dem Abgesandten des Justizkollegiums für liv- und estländische Sachen, vertreten werden, allein der war viel zu sehr Bureaukrat, um sich der üblichen, rein formalistischen Lehre, dass das Reich, wenngleich aus den heterogensten Bestandteilen zusammengesetzt, doch unter ein allgemeines und gleiches Recht gestellt und diesem Ziel das Sonderrecht der Livländer geopfert werden müsste, entziehen zu können.

Dem durch solche Scheingründe entfachten Unwillen der Deputierten Livlands gab der Landsassenabgeordnete Major Gerhard von Blumen in einer längeren Rede schneidigen Ausdruck<sup>2)</sup>.

„Viele der Herren Deputierten haben ihr Gutachten dahin abgegeben“, sagte er, „dass überall ein gleiches Gesetz herrschen und man die livländischen Privilegien nicht beachten solle, als könnte es ohne Vernichtung der in den deutschen Gebieten herrschenden Privilegien kein Gedeihen Russlands geben. Ich will aus Höflichkeit auf eine so dreiste und unbegründete Forderung nur erwidern, dass jene Herren Deputierten ein Attentat versuchen auf die Macht unserer Allermächtigsten Herrscherin, die diese Privilegien bestätigt hat und sie jetzt, wie jene Herren wünschen, vernichten soll, dass ferner diese Deputierten gewissermassen alle die grossen Herrscher antasten, welche die Privilegien früher bestätigt haben.“

Blumen schloss seine Rede, in der er immer wieder die durch alle Herrscher Russlands erfolgte Bestätigung der Privilegien betonte, mit dem nicht ungeschickten Hinweis, dass zurzeit Tausende von Kolonisten auf die Zusicherungen Katharinas hin ihre Heimat verlassen, um ihre Freiheit und das Wohl ihrer

1) Vgl. T o b i e n, „Die Agrargesetzgebung“ etc. 2. Bd., S. 31.

2) Brückner a. a. O. S. 513 ff.

Nachkommen der ruhmreichen Kaiserin anzuvertrauen, und dass ebenso wie diese Einwanderer dem Kaiserlichen Wort vertrauen, so auch die Livländer die feste Zuversicht auf das Kaiserliche Versprechen nicht aufgeben.“

Im selben Sinne äusserte sich zwei Tage später, am 14. Dezember, der Deputierte Rigas Johann Christoph Schwartz und erhob die zutreffende Einrede, dass die Bestätigung oder das Fortbestehen der livländischen und rigaschen Privilegien gar nicht von der Gesetzkommission abhängen, da sie Punkte enthalten, die „zwischen gekrönten Häuptern durch öffentliche Bündnisse festgesetzt und von den Beherrschern Russlands zu verschiedenen Malen auf das Heiligste zugesagt worden<sup>1)</sup>“.

Nachdem Schwartz geendet hatte, erhob sich zum zweitenmal der Deputierte des Novossilkschen Kreises im Gouvernement Woronesch Lew Šiškov und erklärte<sup>2)</sup>: Livland habe im Hinblick auf die Unvollkommenheit seiner Gesetze und Unklarheit der ritterschaftlichen Rechte schon unter Polen und Schweden und alsdann seit den Zeiten Peters des Grossen wiederholt um neue Rechte und neue Gesetze gebeten, ja zur Zeit der Regierung der Kaiserin Elisabeth dem Senat sogar einen neuen Gesetzentwurf übergeben. Er stelle nun den Antrag: diesen Entwurf mit der grossen Instruktion vergleichen und „bei der gegenwärtigen Begründung der Gesetze hinzuziehen“. Dieser Vorschlag beendete die Verhandlungen über die livländischen Privilegien in Moskau, denn noch am selben Tage, am 14. Dezember 1767, wurde die Session in Moskau geschlossen, um erst im Februar 1768 im Winterpalais zu St. Petersburg wieder aufgenommen zu werden<sup>3)</sup>. Dort kam es zum zweitenmal zu einem Kampf um die Privilegien der Ostseeprovinzen, der indes von den baltischen Vertretern mit Gemütsruhe wieder aufgenommen werden konnte, weil sie durch eine Äusserung der Kaiserin gestützt wurden. Katharina hatte freilich zunächst eine unklare und widerspruchsvolle Stellungnahme in der brennenden Frage bekundet. Von ihrer bekannten, schier unglaublichen Arbeitskraft getrieben, war sie jedoch bemüht gewesen, sich auch in die Instruktion der livländischen Ritterschaft zu vertiefen. Sie hatte zu jedem der 15 Instruktionspunkte Resolutionen verfasst, die für den Marschall der Gesetzkommission Bibikov bestimmt waren, von nicht geringer Sachkenntnis zeugten<sup>4)</sup>, aber allen Wünschen der Ritterschaft,

<sup>1)</sup> Wortlaut bei Hollander a. a. O. S. 86.

<sup>2)</sup> Wortlaut im R.-A. Nr. 202 S. 68; Brückner a. a. O. S. 515.

<sup>3)</sup> Deputations-Journal vom 14. Dezember 1767.

<sup>4)</sup> Magazin X S. 272 ff.; Brückner a. a. O. S. 519. Brückner vermag diese Randglossen der Kaiserin nicht zu deuten, weil ihm die Instruktion der livländischen Ritterschaft, auf die sie Bezug nehmen, unbekannt geblieben ist (a. a. O. S. 503.).



die wir kennen gelernt haben, strikt zuwiderliefen. Namentlich wurde der Landrechtsentwurf wieder einmal der Gesetzkommision zur Prüfung überwiesen (Punkt 1 der Instruktion). Überdies hatte sie an den General-Prokureur Wjasemski ein Schreiben gerichtet, dessen Datum leider unbekannt geblieben ist, dessen Ursprung wohl aber zweifellos in die Zeit fällt, da in Moskau der Kampf um die baltischen Privilegien geführt wurde. In diesem mehrfach beachteten und wiederholt veröffentlichten Schriftstück<sup>1)</sup> geisselt sie äusserst scharf das Bestreben der Livländer — immer ist nur von diesen allein die Rede —, sich zwar an den Arbeiten der Gesetzkommision zu beteiligen, sachlich aber ihre gewährleisteten Sonderrechte aufrecht erhalten zu wollen. „Dass jedoch“, sagt sie, „die livländischen Gesetze besser wären, als die unsrigen es sein werden, das ist unmöglich, denn unsere Prinzipien hat die Menschenliebe selbst diktiert, während sie keine Prinzipien aufweisen können, zumal manche ihrer Verordnungen voller Roheit und Barbarei sind.“

„Ich gestehe“, schliesst Katharina, „dass dieses in der Erregung geschrieben ist, daher gebrauchen Sie nur das, was passend ist.“

Die Kaiserin tritt hier offenbar als Partei auf und ihr Scharfblick versagt in der Beurteilung der Rechtslage, die für die Livländer massgebend war. Diese vermochten zu ihrer Rechtfertigung geltend zu machen, dass der Befehl der Monarchin sie zur Mitarbeit in der grossen Kommission gezwungen habe, dass ihnen aber andererseits von der Kaiserin selbst zu wiederholten Malen feierlich die Unantastbarkeit ihrer Privilegien zugesagt worden sei. Aber die Kaiserin dachte nicht folgerichtig. Sie, die Autokratin, war getragen vom Streben nach straffer Zentralisation, und ihrem doktrinären Rationalismus der Aufklärungszeit war das Festhalten am historischen Erbe, an der Autonomie Livlands, im Grunde zuwider. Andererseits wollte sie die Glückseligkeit aller ihrer Untertanen im Rahmen des einmal Gegebenen begründen, wie sie wiederholt versichert hatte. Dieser Zwiespalt machte sie schwankend und bewirkte, dass sie sich bald so, bald anders äusserte. Hatte sie, wie ihre Briefe an Wjasemski und an Bibikov zu erweisen scheinen, die Opposition gegen die baltischen Wünsche gewissermassen selbst inspiriert, so markierte sie nach Schluss der Moskauer Tagung unzweideutig eine dem widersprechende Stellungnahme. Als der Abgeordnete der livländischen Ritterschaft Johann Adolf Baron Ungern-Sternberg sich nach Beendigung der

<sup>1)</sup> „Achtzehntes Jahrhundert“ russisch, 3. Bd., 1869, S. 388; danach in deutscher Sprache bei Brückner a. a. O. S. 507; derselbe, „Katharina“, S. 485; Hasselblatt a. a. O. S. 691.

Sessionen in Moskau von ihr im Dezember 1767 verabschiedete, sagte sie ihm in einer, wie Ungern dem Livländischen Adelskonvent berichtete, „weitläufigen Unterredung“: „die Livländischen Deputierten hätten die von einigen anderen Deputierten über die Livländischen Privilegien bei der Gesetzkommission eingegebenen Remarquen zu hoch genommen und zu bitter beantwortet“, worauf Ungern erwiderte: „Dergleichen Remarquen hätten nicht zu hoch genommen werden können, da particuliers das immer in dem Styl von soll und muss gesprochen hätten, der nur souverains competieren könne, und Ihre Kaiserliche Majestät wären selbst so gnädig, die Ritterschaft auf das Allerheiligste bei ihren privilegiis geschützt wissen zu wollen.“ Hier auf hatte die Kaiserin gesagt: „Die Livländischen Deputierten hätten sich gleichwohl befriedigen können, da doch diese Leute nichts decidiren könnten.“ Zum Schluss habe die Kaiserin, berichtet Ungern weiter, declariret: „dass alle Privilegia, Immunitäten und Gerechtsame der Ritterschaft... ungekränkt gelassen werden sollen. In Ansehung der Gesetze aber wären Höchst-dieselben überzeugt: die nach dem jetzigen Vorhaben zu verfassenden allgemeinen Reichsgesetze würden so wohl geraten, dass auch die Provinz Livland sich selbige freiwillig selbst abtitten werde“<sup>1)</sup>.

Also jetzt wieder einmal die Versicherung: die Privilegien bleiben Euch erhalten, aber den Gedanken an die Promulgation eines besonderen Landrechts gebt auf. Hierbei bleibt vor allem dunkel, wie sich die Kaiserin die Einfügung der livländischen Privilegien in das allgemeine Reichsgesetzbuch dachte. Sie hatte offenbar kaum eine Vorstellung von dem Wesen kodifikatorischen Verfahrens und schwankte daher zwischen wiederholten Zusicherungen und ebenso oft wiederholten Verneinungen. Durch jede Einrede, die gegen Form oder Inhalt des imaginären Gesetzbuches gerichtet war, wurde sie aufgebracht, ja in Zorn versetzt. „Die Herren Livländer“, schrieb sie in einem an Rumjancev gerichteten Brief, dessen Datierung ebenfalls leider unbekannt geblieben ist, aber doch wohl in den Anfang des Jahres 1768 zu setzen ist, „die Herren Livländer, von denen wir eine musterhafte Haltung, sowohl in bezug auf Aufklärung, wie auch in bezug auf Höflichkeit voraussetzten, haben unseren Erwartungen nicht entsprochen; sie haben zuerst gebeten und verlangt, dass ihre Gesetze, nach materien geordnet, neben den unsrigen verlesen würden, als aber die Verlesung begann und die Deputierten über die livländischen Gesetze in derselben Weise zu diskutieren begannen, wie über alle anderen, da haben sie nicht

<sup>1)</sup> Recess des vom 28. Januarii bis d. 6. Februarii 1768 gehaltenen Convents S. 5, R.-A. Vol. XIV S. 759 ff.



bloß den an der Diskussion teilnehmenden Deputirten, sondern der ganzen Kommission vorgeworfen, dass sie sich eine Macht anmassten, die ihnen nicht zukomme; mit einem Wort, ich erwartete, dass sie schreien würden: es gebe von Seiten der Kommission einen Hochverrath. Als sie aber sahen, dass die grosse Mehrzahl der Mitglieder der Versammlung ihre Haltung entschieden missbilligte, da gaben alle Livländer ungesäumt eine Erklärung ab: sie wollten weder eine Ergänzung, noch eine Änderung ihrer Gesetze. Als Antwort darauf brachte einer von den Unseren einen Auszug aus zwanzig und mehr Gesuchen von Livländern, sowohl Edelleuten, als Städtern, zum Vorschein, in denen sie insgesamt zu verschiedenen Zeiten seit der Eroberung im Jahre 1710 baten, man solle doch ihre Gesetze, weil sie sehr unvollkommen und in manchen Stücken für sie drückend seien, ergänzen. Dieser Deputirte fügte seiner Mittheilung die Frage hinzu: wem man wohl Glauben schenken solle, der Stimme der Menschenliebe oder jener Erklärung der Deputirten? Damit schlossen die Sitzungen in Moskau und jetzt wurden hier (in Petersburg) die Bestimmungen diskutirt, welche die Rechtspflege betreffen, so dass wir noch nicht wissen, wie sich die Herren Livländer aus diesem Dilemma herauswickeln werden<sup>1)</sup>.

In dieser gereizten Auslassung verwechselte die Kaiserin offensichtlich wieder einmal die Bemühung der livländischen Ritterschaft um die Unantastbarkeit der privilegienmässigen Grundrechte des baltischen Verfassungslebens mit dem Verlangen nach Promulgation des livländischen Landrechts, was zwei ganz verschiedene Dinge waren. Das Budberg-Schradersche Landrecht, um dessen Bestätigung die livländische Ritterschaft so sehr bemüht war, kodifizierte in 5 Büchern: die Gerichtsordnung und den Zivilprozess, das Personenrecht, das Erbrecht, das Sachen- und Obligationenrecht, endlich das Kriminalrecht und den Kriminalprozess<sup>2)</sup>. Diesem Provinzialrecht waren, ausser den eigentlich livländischen Rechtsquellen, dem römischen Recht und einigen gemeinrechtlichen Schriften, namentlich das estländische Ritter- und Landrecht, dann aber auch mehrere deutsche Partikularrechte, und unter ihnen besonders das preussische Landrecht, zugrunde gelegt. Die Landesprivilegien dagegen waren staatsrechtlicher Natur und wenngleich nur einem Stande, der livländischen Ritterschaft, Kaiserlich erteilt, gleichwohl dazubestimmt den ganzen Provinzialstaat zu schützen, indem sie vornehmlich die Etablierung des Landesstaates, die evangelische Religion in Kirche und Schule, die Erhaltung der Gerichts-

<sup>1)</sup> Brückner a. a. O. XXII S. 517 nach Ssolowjew, XXVII S. 141.

<sup>2)</sup> Bunge, „Einleitung in die liv-, esth- und curländische Rechtsgeschichte“, S. 284.

organisation aus schwedischer Zeit und deren Besetzung mit „meritirten Personen teutscher Nation“ zusicherten<sup>1)</sup>. Die von der Kaiserin erwähnten „zwanzig und mehr Gesuche“ um Ergänzung unvollkommener livländischer Gesetze bewiesen daher lediglich die von der Ritterschaft immer wieder betonte Notwendigkeit der Bestätigung des Landrechtsentwurfs, stritten aber keineswegs gegen die Landesprivilegien.

Daher waren die Vertreter der baltischen Ritterschaften vollkommen im Recht, wenn sie an der Trennung beider Fragen festhielten und die Promulgation des Landrechtsentwurfs als die eine ihrer Forderungen, die Unversehrtheit der Privilegien aber als die andere hinstellten. Hierzu sollten sie alsbald erneut Gelegenheit finden.

Im Juli des Jahres 1768 kamen die russischen Adelsrechte in der Plenarversammlung der Gesetzkommission zur Verhandlung, wobei ein Entwurf der Spezialkommission für ständische Rechte die Vorlage bildete<sup>2)</sup>.

Als die livländischen und estländischen Adelsdeputierten hierbei wahrnahmen, dass in der Gesetzesvorlage von den Sonderrechten des baltischen Adels nicht die Rede sei, erneuerten sie ihre frühere Forderung der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien. Sie gingen in dieser Hinsicht mit den kleinrussischen Deputierten und den Vertretern des Gouvernements Smolensk und von Finnland zusammen, die ebenso wie sie das Verlangen stellten: mit dem grossrussischen Adel nicht in einen Topf geworfen zu werden<sup>3)</sup>. Namentlich war es der Art. 43 des Entwurfs, der den baltischen Adelsdeputierten Anlass zu Einreden gab. Er lautete: „Niemand ausser in Russland befindliche russische Edelleute haben sich der (in den vorhergeschickten Artikeln erwähnten) Gerechtsame zu erfreuen<sup>4)</sup>“. Der livländische Deputierte Johann Adolf Baron Ungern-Sternberg erhob in russischer Sprache mündlich den Einwand, dass, wenn unter einem russischen Edelmann ein solcher im engeren Sinn verstanden werde, er diese Fassung gelten lasse, dass aber, wenn unter diesen Begriff alle im russischen Reich lebenden Edelleute, also auch die livländischen fallen sollen, seinerseits Verwahrung eingelegt werden müsse, da der livländische Adel sich seit Jahrhunderten besonderer, auch von der jetzt regierenden Aller

<sup>1)</sup> (O. Mueller), „Die Livl. Landesprivilegien“, S. 5, 129 ff., 131 und 137.

<sup>2)</sup> Magazin Bd. XXXII S. XV und 169. Brückner a. a. O. S. 346.

<sup>3)</sup> Magazin Bd. XXXII S. 308, 316 ff.; Brückner a. a. O. S. 517.

<sup>4)</sup> R.-A. Nr. 202 S. 364.



gnädigsten Herrscherin bestätigter Rechte erfreue<sup>1)</sup>). Dasselbe tat sein Kollege Baron Löwenwold<sup>2)</sup>), dessen in deutscher Sprache abgefasste lange Rechtsbewahrung von Marschall Bibikov in der Reichssprache wiedergegeben wurde<sup>3)</sup>). Auch Ungern-Sternberg führte, was er schon mündlich ausgesprochen hatte, in einer schriftlich übergebenen Eingabe noch weiter aus<sup>4)</sup>). Ihm folgte der Landsassendeputierte Major Gerhard von Blumen, der sich in gleichem Sinne äusserte<sup>5)</sup>), und schliesslich liess der estländische Deputierte Generalmajor Diedrich Johann von Rennenkampff eine sehr lange, in russischer Sprache verfasste Rechtsbewahrung durch einen anderen Abgeordneten in zwei Sitzungen, am 4. und 9. September 1768, verlesen, da er die Reichssprache nicht genügend beherrschte, um sein Elaborat selbst vortragen zu können<sup>6)</sup>). Diesen Protesten pflichteten alle baltischen Adelsdeputierten bei. Der Rigasche Deputierte Johann Christoph Schwartz beschränkte sich darauf, gegen mehrere Punkte des die allgemeinen Adelsrechte behandelnden Entwurfes Abänderungsvorschläge zu machen, denen sich nicht nur der Deputierte von Pernau Johann Hanf und der Abgeordnete Wenders Walter Hassing anschloss, sondern auch der Deputierte der Stadt Koslov ausdrücklich zustimmte<sup>7)</sup>). Dagegen verfahren die Deputierten des Adels der Ukraine und von Smolensk ebenso wie die livländischen und estländischen Adelsvertreter<sup>8)</sup>).

Die Kaiserin hatte diesen Vorgängen in einer Loge beigewohnt<sup>9)</sup>), und offenbar auf ihre Veranlassung erklärte Bibikov in der Sitzung vom 9. September: die Gesetzkommission sei nur dazu berufen, sich mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zu beschäftigen. Demgegenüber hätten die Deputierten des Adels von Livland, Estland, Finnland, Kleinrussland und Smolensk Eingaben übergeben, in denen sie um Aufrechterhaltung ihrer Sonderrechte und darum bäten, von den allgemeinen Rechten der russischen Edelleute ausgenommen zu werden. Die Gesetzkommission dürfe indes keinen Gegenstand untersuchen,

<sup>1)</sup> Magazin a. a. O. S. 308. Bericht Ungern-Sternbergs an den residierenden Landrat vom 4. September 1768 S. 334 und 341.

<sup>2)</sup> Der Assessor des livl. Hofgerichts G. F. Baron Löwenwold-Rappin war stellvertretender Delegierter der livl. Ritterschaft; Stael, „Die Kodifizierung des Provinzialrechts“, a. a. O. S. 270.

<sup>3)</sup> Magazin a. a. O. S. 323.

<sup>4)</sup> Magazin a. a. O. S. 330, R.-A. Nr. 202 S. 338 ff.

<sup>5)</sup> Magazin a. a. O. S. 333.

<sup>6)</sup> Magazin a. a. O. S. 334 ff. und 342 ff.

<sup>7)</sup> Magazin a. a. O. S. 320.

<sup>8)</sup> Magazin a. a. O. S. 317 und 319.

<sup>9)</sup> Bericht Ungern-Sternbergs und Löwenwoldes an den residierenden Landrat a. a. O. S. 334 B.

der das Staatsrecht betreffe, noch weniger aber eine solche Materie, deren Entscheidung allein der monarchischen Gewalt anheimgestellt bleiben müsse. Daher sei die Gesetzkommision gezwungen, die Entgegennahme jener Rechtsbewahrungen zu verweigern, weshalb ihm, dem Marschall, nichts anderes übrig bleibe, als die Eingaben den betreffenden Deputierten feierlichst zurückzugeben<sup>1)</sup>. Die baltischen Deputierten verweigerten jedoch die Rücknahme ihrer Rechtsbewahrungen, erhielten sie aber am 22. September versiegelt in ihre Wohnungen zugeschickt<sup>2)</sup>. Dieser kränkende Akt wurde indes von den baltischen Deputierten völlig ignoriert, was den vollen Beifall des Marschalls Bibikov fand. Er traf den Generalmajor von Rennenkampff auf einem Hoffest und fragte ihn: „Haben Sie es zurückgehalten?“ Rennenkampff machte so, als verstünde er nicht, was Bibikov meine, und fragte ihn: „Was denn?“ Bibikov antwortete: „Die Reservata“, worauf Rennenkampff kurz zur Antwort gab: „Nein“. Bibikov umfasste hierauf Rennenkampff und rief aus: „O, dass ist auch recht schön, dass sie es in der Art machen!“<sup>3)</sup> Dass Bibikov überdies noch die Ermahnung an die livländischen Deputierten gerichtet habe: sie sollten sich daran erinnern, dass man dem Throne, dessen Wohltaten man täglich erfahre, unendlich viel Dank schuldig sei, wie er selbst in seiner Denkwürdigkeit erzählen soll<sup>4)</sup>, erscheint doch wohl fraglich, da die sehr genauen Berichte Ungern-Sternbergs und Löwenwoldes hierüber schweigen. So schloss denn der parlamentarische Kampf um die baltischen Privilegien anscheinend mit einem Missklang. Tatsächlich hatten aber die livländischen und estländischen Deputierten wenigstens erreicht, dass die baltischen Sonderrechte durch die Gesetzkommision nicht in Frage gestellt wurden, was sie der Kaiserin zu danken hatten, die mit Recht durch Bibikov den Standpunkt vertreten liess, dass die Privilegienfrage ein staatsrechtliches Problem sei, dessen Behandlung nicht vor das Forum der Gesetzkommision gehöre.

Dieser Auffassung entsprach auch das Verhalten der livländischen Ritterschaftsrepräsentation, die ihre Deputierten anwies, „nunmehr mit freudigem Muthe alle ihre Seelenkräfte zu vor-

1) R.-A. Nr. 202 S. 337.; Magazin a. a. O. S. 345.; Brückner a. a. O. S. 521.

2) Bericht Ungern-Sternbergs und Löwenwoldes an den residierenden Landrat vom 3. Oktober 1768, R.-A. Nr. 202 S. 345 ff.; Hollander a. a. O. S. 89.

3) Brief Ungern-Sternbergs an den Adelsmarschall Baron Budberg vom 10. Oktober 1768, R.-A. Nr. 202 S. 301.

4) Brückner a. a. O. S. 522.



kommender Arbeit nach dem Allerhöchsten Willen ihrer Allernädigsten Kaiserin anzuwenden<sup>1)</sup>“.

Die ersehnte Promulgation des Landrechtes blieb freilich unerreichbar, worunter die allgemeine Rechtspflege, wie namentlich auch die des Bauernstandes litt. Jener Entwurf eines Provinzialrechts sprach nämlich den schollenpflichtigen Bauern ein Besitzrecht an selbsterworbenen Mobilien und an Feldfrüchten zu und bestimmte, dass ihr Familienrecht durch den Erbherrn nicht gefährdet werden dürfe. Ferner sollte der Bauer gegen Missbrauch der vom Erbherrn ausgeübten Hauszucht klagen dürfen<sup>2)</sup>. Fanden sich diese landrechtlichen Vorrechte freilich auch in der von der Regierung dem Landtage des Jahres 1765 aufgezungenen Verordnung<sup>3)</sup>, so war diese doch den Gutsherren Livlands oktroyiert und in ihrer Rechtswirkung um so mehr beeinträchtigt, als die Regierung im selben Jahr durch den auch in Livland offiziell veröffentlichten Ukas vom 17. Januar 1765 die absolute Willkür der Gutsherren zum Gesetz erhoben hatte, indem sie ihnen das Recht verlieh, von sich aus ihre Bauern zur Zwangsarbeit zu verurteilen<sup>4)</sup>. Überdies war zwei Jahre später zur selben Zeit, da die grosse Gesetzkommission in Moskau tagte, im August 1767, ein Senatsukas erschienen, der den Bauern jede Beschwerde gegen ihre Erbherrn verbot und anordnete, dass Zuwiderhandelnde mit der Knute bestraft, gerades Weges zur ewigen Zwangsarbeit nach Nertschinsk versandt und ihren Herrschaften als Rekruten angerechnet werden müssten<sup>5)</sup>.

Dieser furchtbare Senatsbefehl war auch in Livland von der Regierung veröffentlicht worden<sup>6)</sup>. Eine widerspruchsvollere Gesetzgebung konnte kaum gedacht und Abhilfe für Livland nur durch die Promulgation des Landrechtsentwurfs geschafft werden. Zwar wurden die für die russischen Gouvernements gedachten Ukase Katharinas, trotz ihrer Veröffentlichung, auch in Livland, hier nicht angewandt, weil eben der Landrechtsentwurf das livländische Gewohnheitsrecht kodifizierte, das solche unmenschliche Befugnisse der Gutsherren, wie sie für Russland gelten sollten, nicht kannte, allein die Promulgation des Landrechtsentwurfes hätte doch in Livland eine grössere Rechtssicherheit verbürgt. Wie diese jedoch unerreichbar, so erfolglos erwies

1) Residierrezess vom 5. November 1768, R.-A. Vol. XV S. 747/89.

2) Tobien, „Agrargesetzgebung“ I S. 102.

3) Derselbe a. a. O. S. 104.

4) Bunge, „Chronologisches Repertorium der russ. Gesetze und Verordnungen für Liv-, Est- und Kurland“ II, S. 40; Engelmann a. a. O. S. 120.

5) Engelmann a. a. O.; Tobien a. a. O. S. 108.

6) Bunge a. a. O. II S. 72 ff.

sich auch das Bemühen der livländischen Deputierten, in der Reichskommission durch Abänderung der Reichsgesetze das Los der russischen Bauern zu erleichtern. In diesem Sinn verfasste der Deputierten der livländischen Ritterschaft Johann Adolf Baron Ungern-Sternberg in deutscher Sprache einen Gesetzentwurf, der in 50 Artikeln die Rechte der Leibeigenen behandelte und am 28. April 1769 in die Spezialkommission zur Beratung der Ständerechte eingebracht wurde<sup>1)</sup>.

Jener Entwurf befürwortete gesetzliche Bestimmungen für das ganze Reich, wie sie im Budberg-Schraderschen Landrechtsentwurf für Livland vorgesehen waren, d. h. forderte namentlich einen Rechtsschutz für die Person und das bewegliche Gut der Leibeigenen, war im staatsmännischen Geiste abgefasst und hielt sich gleich fern vom begeisterten Eintreten für das Naturrecht der Leibeigenen, wie von blossen liberalen Phrasen und abstrakten humanen Sentenzen<sup>2)</sup>. Wiewohl verbesserungsfähig, hätte der Entwurf, zum Gesetz erhoben, doch den Ausgangspunkt einer gedeiblichen Besserung der rechtlosen Lage der russischen Leibeigenen<sup>3)</sup> und die Aufhebung der Leibeigenschaft anbahnen können, denn er ging dem Hauptübel: der Willkür und unbeschränkten Machtvollkommenheit der Gutsherren, direkt zu Leibe. Die russischen Kollegen der livländischen Adelsdeputierten, die zwei Monate lang den Entwurf Ungern-Sternbergs berieten, stellten jedoch in einem Gegenprojekt die unbeschränkte Macht der Gutsherren als Grundsatz auf und beseitigten das Klagerrecht der Bauern und überhaupt alle Artikel, die den Bauern irgend ein vom Gutsherrn unabhängiges Recht zustanden.

Statt der 50 Artikel, die Ungern-Sternberg vorgelegt hatte, verfassten sie 16, und diese enthielten nur drei Bestimmungen, welche die bisherigen Rechtszustände ein wenig abänderten. Ein Anmerkung unterstellte die Leibeigenen in allen Kriminalsachen staatlichen Gerichten; ein anderer Artikel verbot dem Gutsherrn, seine Leibeigenen zu töten und zu verstümmeln, während das Verbot der Schädigung des Körpers und der Gesundheit der Leibeigenen ausdrücklich aus dem Entwurf Ungern-Sternbergs eliminiert wurde. Ein dritter Artikel bestimmte, dass, wenn Gutsherren Leibeigene ihrer selbsterworbenen Habe beraubten, die Behörden befugt seien, einzuschreiten, während den Bauern das Recht, in solchen Fällen selbst zu klagen, abgesprochen

<sup>1)</sup> Magazin Bd. XXXVI, 1882, S. VII und 259 ff.; Engelmann a. a. O. S. 129 ff.; Semewski a. a. O. S. 131 und 136 ff.; Florowski a. a. O. S. 166 ff.

<sup>2)</sup> Engelmann a. a. O. S. 132.

<sup>3)</sup> Florowski a. a. O. S. 172.



wurde<sup>1)</sup>. Aber auch dieses Elaborat verfiel, wie alles, was von der Gesetzkommision formuliert worden war, dem Aktenstaube, und zur wirklichen Besserung der Lage der Bauern geschah unter Katharina nicht nur nichts, sondern das Misslingen der Anläufe zu Reformen stärkte die ultrakonservativen Elemente unter den russischen Gutsherren. Diese Erscheinung wurde auch in Livland beobachtet, wo die Stellungnahme der Regierung zur Bauernfrage nicht nur die Wirkung des guten Beispiels, das der edle Karl Friedrich Schoultz von Ascharaden seinen Standesgenossen gegeben hatte, auf eine lange Zeit verhinderte<sup>2)</sup>, sondern sogar den Wunsch aufkommen liess, die 1765 von der Regierung oktroyierten, die Leibeigenschaft livländischer Bauern einschränkenden Bestimmungen beseitigt zu sehen<sup>3)</sup>. Das war ja der Fluch Livlands, wie der Estlands, dass das von der Staatsregierung in Russland aufrechterhaltene System der unbedingten Leibeigenschaft schädliche Vorstellungen von der bäuerlichen Sklavennatur in den Sprossen livländischer und estländischer Häuser, die in der Regel im russischen Heere dienten, hervorrief. Hierin stand es in Kurland ganz anders, wo die Söhne der Edelleute weit häufiger als in Livland und Estland deutsche Universitäten besuchten und weit zahlreicher in das preussische Heer eintraten<sup>4)</sup>. In Preussen lernten nun die Kurländer die Reformen kennen, die Friedrich der Grosse geschaffen hatte, während die Söhne Liv- und Estlands, namentlich nach der Niederschlagung des Pugatschev'schen Aufstandes, des russischen Bauernkrieges, im Jahre 1774<sup>5)</sup>, die vollkommene Tatenlosigkeit in der Bauernfrage<sup>6)</sup> vor Augen hatten.

So ergab denn die pomphafte Aufmachung der grossen Gesetzkommision Katharinas für Livland keinen Gewinn. Zwar durfte sich die Ritterschaft dessen freuen, ihre Privilegien nicht nur nicht angetastet, sondern, wie es schien, erneut gefestigt zu sehen. Allein diese Freude war von kurzer Dauer, denn nicht 20 Jahre vergingen, und Katharina selbst zerstörte die Landesverfassung Livlands durch die Statthalterschaftsverfassung, eine der livländischen Provinzialverwaltung zwar im allgemeinen nachgebildete Verwaltungsform, in der jedoch jede ständische Einwirkung ausgeschlossen und das System strenger Zentralisa-

<sup>1)</sup> Magazin Bd. XXXVI S. 282.; Engelmann a. a. O. S. 137 ff.; Florowski a. a. O. S. 184.

<sup>2)</sup> Tobien a. a. O. S. 111.

<sup>3)</sup> R.-A. Vol. XIV S. 462 ff., R.-A. Nr. 204 S. 27 ff.; Transehe, „Gutsherr und Bauer“, S. 170.

<sup>4)</sup> Tobien a. a. O. S. 319.

<sup>5)</sup> Brückner, „Katharina“ etc. S. 177 ff.

<sup>6)</sup> Engelmann a. a. O. S. 140.

tion entwickelt war<sup>1)</sup>. Im besonderen galt dieses von der im August 1786 eingeführten russischen Adelsordnung, die, was ein Jahrhundert langsam erbaut und anderthalb Jahrhunderte geltend gewesen war, in wenigen Tagen auslöschte<sup>2)</sup>. Der Geist der Willkür und der Rechtsverachtung, in dem das ganze Werk errichtet war, vermochte indes nicht lange seine Herrschaft auszuüben, denn der Sohn Katharinas, Kaiser Paul, welcher schon als Grossfürst versprochen hatte: „einst seinen treuen Livländern alles wiederzugeben, was ihnen mit Unrecht genommen sei“<sup>3)</sup>, stellte durch den Restitutionsukas vom 28. November 1796 die alte Verfassung wieder her<sup>4)</sup>.

Auch die Landsassen Livlands erreichten mit der Zeit das Ziel ihrer Wünsche. Sie durften weiterhin ihren eigenen Marschall wählen<sup>5)</sup> und setzten zunächst den Streit mit der Ritterschaft sowohl wegen des Güterbesitzrechtes, als auch wegen ihrer Teilnahme an den Landtagsverhandlungen fort, der freilich im Jahre 1774 zu ihren Ungunsten entschieden wurde<sup>6)</sup>. Allein auf dem Restitutionslandtage des Jahres 1797, als die Statthalterchaftsverfassung Katharinas durch Paul beseitigt und die alte ritterschaftliche Verfassung Livlands wiederhergestellt worden war, wurde der Streit begraben. Alle diejenigen Landsassen, die seit dem Jahre 1786 in das von der Statthalterchaftsregierung vorgeschriebene Adelsgeschlechtsbuch eingetragen worden waren und in Livland Rittergüter besaßen, wurden dann in die Adelsmatrikel eingetragen, wenn sie entweder selbst oder wenn ihre Vorfahren zu den acht ersten Rangklassen des Reiches gehört hatten. Die Bekleidung eines Wahlpostens im Landesdienste wurde der Zugehörigkeit zu den ersten acht Rangklassen des Reiches gleichgesetzt<sup>7)</sup>.

Es waren nicht weniger als 65 Personen, die mit ihrer Nachkommenschaft der langersehnten Aufnahme in die Adels-

1) Müller a. a. O. S. 153.

2) Fr. Bienemann, „Die Statthalterchaftszeit in Livland und Estland“, Leipzig 1886, S. 282 ff.

3) Derselbe a. a. O. S. 448.

4) Müller a. a. O. S. 155.; Bienemann a. a. O. S. 447.

5) R.-A. Nr. 203 S. 200 ff.

6) I. Eckardt, „Der Livl. Landtag in seiner histor. Entwicklung“, Balt. Monatsschrift 3. Bd. 1861, S. 155.; O. Schmidt, „Rechtsgeschichte“ a. a. O. S. 340/268. Über weitere Kämpfe der Landsassen gegen die Ritterschaft belehrt Bienemann in dem Sitzungsbericht der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen aus dem Jahre 1886 S. 108.

7) Landtagsrezess vom 10. Januar 1797.



matrikel gewürdigt wurden<sup>1)</sup>. Von den damals rezipierten Geschlechtern sind auffallend viele längst ausgestorben oder durch Auswanderung Livland verloren gegangen.

Blicken wir zurück auf den ein Menschenalter währenden Kampf der Livländer um Menschenrechte, Standesrechte, Landesrechte, so lehren uns die Geschehnisse, dass mutvolles Auftreten und Ausharren doch endlich, wenn auch nicht ihren vollen Lohn finden, so doch immerhin zu Erfolgen führen.

## Benutzte Quellen.

### I. Ungedruckte.

1) Acta, betr. die Streitigkeiten der Ritterschaft mit den Landeseingesessenen in Ansehung der Wahl ihres Hauptes und (ihrer) Deputierten de anno 1767 mens Martii, Ritterschaftsarchiv Nr. 203.

2) Rezess von dem im Februar und Martio 1767 gehaltenen Convent und der zu gleicher Zeit auf Allerhöchsten Kayserl. Befehl geschehenen Convocation E. E. Ritter- und Landschaft, Ritterschaftsarchiv Vol. XIV, Residier- und Convents-Rezess vom Jahre 1765—1768.

3) Acta zur Gesetzkommision, Vol. I und II, Ritterschaftsarchiv Nr. 202 und 204.

Im Text der hier vorangeschickten Abhandlung sind diese Unterlagen kurz bezeichnet worden: R.-A. Vol. XIV und R.-A. Nr. 202, 203 und 204.

### II. Gedruckte.

#### 1. In deutscher Sprache.

Arbusow, L.: „Grundriss der Geschichte Liv, Est- und Kurlands“ IV. Auflage, Riga 1918.

Berkholz, Arend: „Johann Christoph Schwartz“, Rigascher Almanach, Riga 1905.

<sup>1)</sup> Eckardt, „Livland im achtzehnten Jahrhundert“, S. 531 ff., führt unter Nr. 232—309 78 Personen auf die im Jahre 1797 in die Adelsmatrikel aufgenommen worden sein sollen. Unter diesen befinden sich mehrere, die offenbar nicht als Landsassen, sondern weil sie der Adelsmatrikel einer der beiden Schwesterprovinzen angehörten, auch in die livl. Adelsmatrikel eingetragen worden sind.

- Berkholz, Georg: „Gadebusch in der Reichsversammlung in Moskau“, Balt. Monatsschrift V. Bd., Riga 1862.
- Bernhardi, Theodor von: „Geschichte Russlands und der europäischen Politik in den Jahre 1814—1831“, Leipzig 1875.
- Bienemann, Friedrich: „Die Statthalterschaftszeit in Livland und Estland“, Leipzig 1886.
- Blum, Carl Ludwig: „Ein russischer Staatsmann. Des Grafen Jacob Johann von Sievers Denkwürdigkeiten zur Geschichte Russlands“, Leipzig 1857 und 1858.
- Böttcher, Th.: „Der Domänenverkauf in den Ostseeprovinzen und das Güterbesitzrecht“, Balt. Monatsschrift 3. Bd., 1861.
- Brückner, Prof. Alexander: „Die Instruktion Katharinas II. 1767“, Russische Revue Bd. XVIII, St. Petersburg 1881.
- Brückner, Prof. Alexander: „Zur Geschichte der Gesetzgebung in Russland“, Russische Revue Bd. XX und XXI, St. Petersburg 1882.
- Brückner, Prof. Alexander: „Die Verhandlungen der grossen Kommission in Moskau und Petersburg 1767—1768“, Russische Revue Bd. XXII, St. Petersburg 1883.
- Brückner, Alexander: „Katharina die Zweite“, in Onckens „Allgem. Gesch. in Einzeldarstellungen“, Berlin 1883.
- Bruiningk, H. Baron: „Apologetische Bemerkungen“ und „Apologie der Apologetischen Bemerkungen“, Balt. Monatsschrift 27. Bd., Riga 1880.
- (Bruiningk, H. von): „Zur Geschichte der livländischen Privilegien“, Balt. Monatsschrift 48. Bd., 1900.
- Buchholtz, Arend: „Geschichte der Rigaschen Familie Schwartz“, Berlin 1921.
- Bunge, Friedr. Georg von: „Chronologisches Repertorium der russischen Gesetze und Verordnungen für Liv-, Est- und Kurland“ 2. Bd., 1762—1796, Dorpat 1824.
- Bunge, Friedr. Georg von: „Einleitung in die lief-, esth- und curländische Rechtsgeschichte und Geschichte der Rechtsquellen“, Reval 1849.
- Eckardt, Julius: „Der livländische Landtag in seiner historischen Entwicklung“, Balt. Monatsschrift 3. Bd., Riga 1861.
- Eckardt, Julius: „Livland im achtzehnten Jahrhundert“, Leipzig 1876.
- Engelmann, Johannes: „Die Leibeigenschaft in Russland“, Leipzig 1884.
- „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts in den Ostseegouvernements, Allgem. Theil, Besonderer Theil“, St. Petersburg 1845.



- Haigold, Johann Joseph (Pseudonym für Aug. Ludw. Schlözer): „Neuverändertes Russland oder Leben Catharinae der Zweyten“, 1. Teil, 3. Aufl., Riga und Mitau 1771.
- Hasselblatt, Richard: „Die Instruktionen der baltischen Ritterschaften für die gesetzgebende Commission von 1767“, Balt. Monatsschrift 37. Bd., Reval 1890.
- Hillner, Gotthilf: „Volks- und Bauernfreunde des alten Livland“, Balt. Jugendschrift 5. Jahrg. 1902.
- Hollander, Bernhard: „Die Aufzeichnungen des Rigaschen Rats Herrn J. C. Schwartz“, Sitzungsber. der Gesellsch. für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands aus dem Jahr 1885, Riga 1884.
- Hollander, Bernhard: „Die Wahlen zur grossen gesetzgebenden Kommission im Jahre 1767 in Riga“, Rig. Rundschau Nr. 33 und 34 vom Jahre 1906.
- „Inland“, Wochenschrift, Dorpat 1846, Nr. 22.
- (Mueller, Otto:): „Die Livl. Landesprivilegien und deren Confirmation“, Leipzig 1841.
- (Paucker, C. J. A.): „Die Civil- und Militär-Oberbefehlshaber in Ehstland zur Zeit der Russ. Regierung von 1704—1855“, Dorpat 1855.
- Rautenfeld, C. von: „Die livl. Landmarschälle von 1643—1899“, Balt. Monatsschrift 47. Bd., Riga 1899.
- Recke, Joh. Friedr. von, und Napiersky, Carl Ed.: „Allgem. Schriftsteller-, und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Liyland, Esthland und Kurland“ II. Bd. Mitau 1829, IV. Bd. Mitau 1832; hierzu: Napiersky, C. E., und Beise, Dr. Theod.: „Nachträge und Fortsetzungen“ I. Bd., Mitau 1859.
- Salomon, F.: „Ein russisches Reformprogramm aus dem 18. Jahrhundert“, Deutsche Rundschau, herausgegeben von Rodenberg, 144. Bd., Sept. 1910.
- Schiemann, Theodor: „Geschichte Russlands unter Kaiser Nikolaus I.“ I. Bd., Berlin 1904.
- Schmidt, Prof. Oswald: „Rechtsgeschichte Liv-, Est- und Kurlands“, aus dem Nachlass Schmidts herausgeg. von Dr. E. v. Nottbeck in „Dorpater Juristische Studien“ III. Bd., Dorpat 1894.
- Schmidt, Prof. Oswald: „Zur Geschichte der Ritter- und Landschaft in Livland“ in „Dorpater Juristische Studien“, III. Bd., Dorpat 1894.
- Stael von Holstein, R. Baron: „Zur Geschichte der livl. Privilegien“, Balt. Monatsschrift 51. Bd., Riga 1901.
- Stael von Holstein, R. Baron: „Die Kodifizierung des bal-

tischen Provinzialrechts“, Balt. Monatsschrift 52. Bd., Riga 1901.

Stryk, L. von: „Beiträge zur Geschichte der Rittergüter Livlands“. Erster Teil: „Der ehstnische Distrikt“, Dorpat 1847. Zweiter Teil: „Der lettische Distrikt“, Dresden 1885.

Tobien, Alexander: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“. I. Bd.: „Die Bauernverordnungen von 1804 und 1819“, Berlin 1899. II. Bd. Die Vollendung der Bauernbefreiung“ Riga, 1911.

Transehe-Roseneck, Astaf von: „Gutsherr und Bauer in Livland im 17. und 18. Jahrhundert“, in den Abhandl. aus dem staatswissenschaftl. Seminar zu Strassburg, Strassburg 1890.

## 2. In russischer Sprache.

Флоровскій, А. В.: „Изъ исторіи Екатерининской Коммисіи 1767 г. Вопросъ о крѣпостномъ правѣ.“ Одесса 1910.

Осемнадцатый Вѣкъ. Историческій сборникъ, издаваемый Петромъ Бартеневымъ. Ин. 1—3. Москва 1868—1869.

Сборникъ Императорскаго Русскаго Общества (im Text angeführt als „Magazin“ etc.). Ст. Петербургъ, томъ IV 1869, томъ XXXII 1881, томъ XXXVI 1882, томъ LXVIII 1889.

Семевскій, В. И.: „Крестьянскій вопросъ въ Россіи въ XVIII и первой половинѣ XIX вѣка.“ Томъ I. Ст. Петербургъ 1888.





## Die Entstehung der Schollenpflichtigkeit in Livland.

Von Dr. Astaf v. Transehe-Roseneck in Doberan.

Die vorliegende Abhandlung ist ein Teil einer grösseren Arbeit, die sich mit den bauerlichen Verhältnissen in Alt-Livland von der Zeit der Eroberung bis zum 17. Jahrhundert befasst und eine Ergänzung meines nunmehr vor 35 Jahren erschienenen Buches „Gutsherr und Bauer in Livland im 17. und 18. Jahrhundert“ sein soll. Das Herausschälen der vorliegenden Abhandlung aus dem grossen Stoffe hatte seine Schwierigkeiten; die Kürze der mir zur Fertigstellung gewährten Frist verbot ein allzu gründliches Eingehen auf Einzelheiten, zumal die monographische Form der Abhandlung noch eine allgemein gehaltene Einführung in das Thema wünschenswert machte, was verhältnismässig viel Zeit in Anspruch nahm; andererseits durfte auch nicht zu wenig gegeben werden, weil die von der bisher gültigen Auffassung vielfach abweichende Darstellung eingehend begründet werden musste. Diese grundsätzlichen Erwägungen liessen sich nicht immer ausgleichen. Die Folge ist eine gewisse Ungleichmässigkeit der Behandlung der Einzelheiten; auch konnten Wiederholungen nicht vermieden werden, was hauptsächlich daran liegt, dass eine streng chronologische Schilderung der Entwicklung des grundherrlich-bauerlichen Verhältnisses aus Mangel an guten Quellen für die ersten Jahrhunderte nicht durchgeführt werden konnte. Immerhin hoffe ich, dass das Bild, das ich zu zeichnen versucht habe, anschaulich genug geworden ist, um dem Leser eine Vorstellung davon zu geben, wie jene so überaus interessante Entwicklung, die zum Rechtszustand der Unfreiheit der livländischen Bauern geführt hat, sich vollzog.

Die wichtigsten in der Abhandlung vorkommenden Abkürzungen sind folgende: *Heinr. chron.* = *Heinrici chronicon Lyvoniae. Script. rer. Germ.* 1874. *L. U. B.* = *Liv-, Est- und Kurländisches Urkundenbuch. L. G. U.* = *Livländische Güterurkunden* Bd. I. Hrsg. v. H. v. Bruiningk und N. Busch 1908. Bd. II. Hrsg. v. H. v. Bruiningk 1923. *AR.* = *Akten und Rezesse der Livl. Ständetage* Bd. I, Lief. 1. Hrsg. v. O. Stavenhagen 1907. Bd. III. Hrsg. v. L. Arbusow sen. 1910. *Briefl.* = *Est- und Livländische Brieflade.* Hrsg. v. Bunge und v. Toll. Bd. I 1856. *Mitt.* = *Mitteilungen aus der Livl. Geschichte.* *B. R.* = *Bauerrechte.* Hrsg. v. L. Arbusow jun. in *Mitt.* XXIII. 1924. *A. R. R.* = *Ält. Ritterrecht.* *M. R. R.* = *Mittl. Ritterrecht.* *U. R. R.* Umgearb. *Ritterrecht.* *W. E. R.* = *Waldemar-Erichsches Lehnrecht.*

## Einführung.

### 1.

Zu den schwierigsten Problemen der Geschichte der menschlichen Gesellschaft gehört unstreitig die Frage der bauerlichen Unfreiheit, d. h. die Frage der rechtlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeit der grossen Masse der ackerbautreibenden Bevölkerung von einer kleinen Herrschicht, den Grundherren. Diese Frage ist schon deswegen so schwer zu behandeln, weil das Abhängigkeitsverhältnis in allen Ländern, ja Landstrichen abweichende Formen annahm und daher begrifflich schwer unter einen Nenner gebracht werden kann. Zwar hat die Wissenschaft auch auf diesem Gebiete versucht, eine gewisse Systematik in die verschiedenen Phasen und Grade der bauerlichen Unfreiheit hineinzubringen, doch decken sich die für die einzelnen Erscheinungsformen der Unfreiheit gefundenen Benennungen in den verschiedenen Ländern begrifflich keineswegs. Dieser Umstand ist leider nur allzu häufig übersehen worden, was nicht nur zu unzulässigen Verallgemeinerungen, sondern nicht selten auch zu gänzlich falschen Vorstellungen von den bauerlichen Verhältnissen eines Landes geführt hat. Zu den Bezeichnungen, die wegen ihrer Vieldeutigkeit besonders viel Unheil angerichtet haben, gehört die Bezeichnung Leibeigenschaft, die ursprünglich auf einen frühmittelalterlichen, der römischen *servitus* nahekommenden Zustand der Unfreiheit angewandt und dann ohne weiteres auf ähnlich erscheinende, aber durchaus nicht wesensgleiche Zustände übertragen wurde<sup>1)</sup>. Es erscheint daher geboten, bei der Untersuchung der bauerlichen Unfreiheit in einem bestimmten Gebiete in der Anwendung technischer Ausdrücke äusserst vorsichtig zu verfahren und nur solche zu gebrauchen, die begrifflich eindeutig sind.

<sup>1)</sup> Wie unsicher der Begriff Leibeigenschaft der späteren Zeit ist, trotz der allgemein anerkannten Definition von G. F. Knapp in seinem grundlegenden Werke „Die Bauernbefreiung in Preussen“ I 1887 S. 28, zeigt G. Aubin in seiner sonst ausgezeichneten Abhandlung „Zur Geschichte des gutsherrl. bauerl. Verhältnisses in Ostpreussen“ 1911. Er sagt S. 13 f: „Die Unfreiheit, der die unterworfenen Preussen verfelen, war die Leibeigenschaft im eigentlichen Sinne, d. h. sie waren für sich und ihre Nachkommen nicht dem Boden, sondern der Person des Herrn verpflichtet. — Allerdings war die Form dieser Leibeigenschaft eine verhältnismässig milde und deckte sich mit diesem Begriff des deutschen Rechtes keineswegs. Die preussischen Bauern waren nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der Rechtsordnung . . . sie hatten volle Erwerbsfähigkeit und Vererbungsfreiheit über ihre Fahrhabe, soweit diese nicht zum Besatze des Hofes gehörte.“ (Vgl. auch *ibid.* S. 146.) Mit anderen Worten: sie waren zwar unfrei, aber nicht leibeigen.



Eine zweite Schwierigkeit bei der Behandlung des Problems der Unfreiheit erhebt sich hinsichtlich der ihm gebührenden Betrachtungsweise.

Unsere Geschichtsauffassung beruht zum grossen Teil auf der Weltanschauung, die sich während der sog. Aufklärungsperiode herausgebildet hat. Über die Erscheinungen und Geschehnisse der Geschichte werden Werturteile gefällt, die ihre Begründung in den geltenden Moralgesetzen finden. Mit anderen Worten: die Betrachtungsweise hat einen vorwiegend moralisierenden Charakter, wobei die zurzeit geltenden Anschauungen von gut und böse, von Recht und Unrecht, von Würde und Schmach zugrunde gelegt werden. Dass eine solche Betrachtungsweise unhistorisch ist, weil sie einen falschen Masstab für die Beurteilung vergangener Zeiten mit gänzlich anderen Moralbegriffen, als wir sie haben, gebraucht, liegt auf der Hand; ebenso, dass eine derartige Betrachtungsweise das zu gewinnende Bild verzerren kann<sup>1)</sup>. Diese Gefahr tritt ganz besonders dort ein, wo das Gefühl des Beschauers in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist zur Genüge bekannt, welche abfällige Beurteilung das sog. schwarze Mittelalter wegen der unerhörten Roheit seiner Sitten sich lange genug hat gefallen lassen müssen. Tritt nun zu dem beleidigten Gefühl noch die Voreingenommenheit einer politischen Parteianschauung, so ist das gewonnene Zerrbild vollkommen<sup>2)</sup>.

Auf welchem Gebiet aber könnte diese Erscheinung deutlicher hervortreten als auf dem, das zu betreten wir im Begriff stehen! Denn nichts ist so geeignet, den liberalen und besonders den demokratisch orientierten Leser sittlich zu entrüsten als die Tatsache, dass die Masse des Volkes von einigen Wenigen ihrer Menschenrechte beraubt wurde. So wenigstens erscheint dieser Vorgang in seinen Augen<sup>3)</sup>.

Wir werden nun sehen, wie anders sich alles gestaltet, wenn wir ohne Voreingenommenheit an die Untersuchung des

<sup>1)</sup> Ich muss bekennen, dass auch ich mich in meinen früheren wirtschaftsgeschichtlichen Abhandlungen von dieser falschen Betrachtungsweise nicht genügend ferngehalten habe.

<sup>2)</sup> Es sei hier auf die bekannten Schriften der „philanthropisch überhitzten, in ihren Beweggründen anfechtbaren“ baltischen Publizisten Merkel, Petri und Jannau als abschreckendes Beispiel hingewiesen; von späteren seien die in der Rolle eines Mirabeau sich fallenden O. v. Rutenberg und H. v. Samson erwähnt, unter den jüngsten Dr. M. Walters, dessen Buch „Lettland“ (1923) ein Schulbeispiel dafür darstellt, wie Dilettantismus und unwissenschaftliche Einstellung zu Geschichtsfälschungen führen. Wir werden uns an anderer Stelle mit diesem Buch noch befassen müssen.

<sup>3)</sup> Vgl. das treffende Urteil G. F. Knapps in seinen klassischen Aufsätzen „Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit“, 1891, S. 38 f. über die im Liberalismus befangene Forschung.

grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses im alten Livland herantreten. Eine unumgängliche Voraussetzung ist natürlich, dass wir die sich ergebende Entwicklungsreihe aus dem Geiste der Zeit heraus zu beurteilen versuchen.

Das Mittel hierzu bieten uns in erster Linie die Urkunden, die jetzt in grosser Zahl, wenn auch nicht immer in einwandfreier Wiedergabe vorliegen; ferner zeitgenössische Berichte und Chroniken und endlich eine Reihe von Rechtsaufzeichnungen. Eine vierte Quelle, die ihrem Wesen nach der Erforschung der bäuerlichen Zustände dienen könnte: die nunmehr zahlreich veröffentlichten Volkslieder der Esten und Letten, bleibt uns verschlossen, solange die Spezialforschung sie nicht kritisch bearbeitet und vor allem chronologisch festgelegt hat. Eine Benutzung dieser Quelle, die übrigens wegen des lyrischen Charakters der Volkslieder bestentalls Stimmungsbilder ergeben würde, könnte nur zu Hypothesen und Trugschlüssen führen<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Der Vorwurf wider die deutsch-baltische Geschichtsschreibung, sie ignoriere — natürlich absichtlich — die lettischen Volkslieder als wichtige Quelle für die Erkenntnis der Geschichte der lettischen Frühzeit, ist vollkommen unbegründet, da methodische Grundsätze für ihre Benutzung fehlen. Solange dieses der Fall ist, bieten sie bloss interessantes Material für den Folkloristen. Es ist nun Sache der lettischen Forscher, die Volkslieder der Geschichtsforschung zugänglich zu machen, vor allem sie chronologisch zu bestimmen, was allerdings bei ihrem rein lyrischen Charakter (die weitaus meisten sind von Frauen verfasst) kaum möglich sein dürfte. Die bisherigen Urteile lettischer Schriftsteller widersprechen sich stark. J. Krodsneek „Is Baltijas wehstures“ I, 1920, S. 23 sagt, dass die lettischen Volkslieder „garkeine Winke über die politischen Einrichtungen unserer Vorfahren, über den Zustand der sozialen Schichten, die Wirtschaftsmethoden und Industrie, über die Verbindung mit fremden Völkern darbieten — eine Lücke, welche z. T. die epische Dichtung (die bekanntlich fehlt) ausfüllen würde“. Den entgegengesetzten Standpunkt vertritt B. Klausting in „Der lettische Grundbesitz während der Vorzeit“, Balt. Monatsschrift 52, 1910, S. 244. P. Smits „Etnografisku rakstu krahjums“ II 1923, weist den Volksliedern ein hohes Alter zu, wogegen aber zahlreiche Lehnwörter sprechen, die fremde Kultureinflüsse zeigen. A. Schwabe, „Latwijas kulturas wehsture“ I 1921, steht auf Klaustings Standpunkt und benutzt die Volkslieder beständig als historische Quelle, obgleich er sich wegen der mangelnden Zeitbestimmung Sorgen zu machen scheint. So sagt er S. 6: „Mit dem Material der Dainas ist nur das eine Missliche; dass uns sichere chronologische Anhaltspunkte fehlen bei der Trennung und Betrachtung der fremden, zu verschiedenen Zeiten geschaffenen Ordnungen. Daher sind die Dainas an sich so geeignet für alle möglichen theoretischen Spekulationen und Hypothesen.“ Leider ist aber auch A. Schwabe dieser Versuchung nicht entgangen; seine an sich sehr fleissige Arbeit ist voll von Theorien, Hypothesen, Spekulationen und Missverständnissen.

Für eifrige Benutzung der lettischen Volkslieder als Quelle für volkskundliche Forschung durch Deutschbalten zeugen die Arbeiten von Leopold v. Schröder, A., H. und E. Bielenstein, C. C. Winter, E. Kurtz u. a. Vgl. auch Balt. Monatsschrift Bd. 59, 1905, S. 482 ff. und Bd. 76, 1913, S. 208.



Das eingehende kritische Studium der Urkunden, Chroniken und Rechtsaufzeichnungen bringt uns die Erkenntnis, dass das Abhängigkeitsverhältnis der bauerlichen Bevölkerung von ihren Grundherren: Landesherren, Geistlichkeit und Vasallen eine Erscheinungsform, gewissermassen einen Niederschlag der wirtschaftlichen Zustände darstellt, oder mit anderen Worten: dass der Rechtszustand dieser Bevölkerung genau dem jeweils herrschenden Wirtschaftssystem entspricht, denn das Recht in seiner Entwicklung folgt dem allgemeinen Bedürfnis der Bevölkerungsklasse, die das Wirtschaftsleben des Landes bestimmt<sup>1)</sup>.

Da die Eingeborenen nach ihrer völligen Unterwerfung politisch rechtlos waren und sozial eine von den deutschen Eroberern durch eine unübersteigbare Kluft getrennte Kaste bildeten, wobei immer im Auge zu behalten ist, dass es in Livland deutsche Bauern nicht gab, konnten sie an der allgemeinen Rechtsbildung nicht mitwirken; sie waren in öffentlichrechtlicher Beziehung ausschliesslich Rechtsobjekt. Anders stand es, wie wir sehen werden, in privatrechtlicher Hinsicht, besonders auf den Gebieten des Sachen- und des Familien- und Eherechts, desgleichen auch auf dem des Strafrechts. Auf allen diesen Gebieten standen den Eingeborenen während der ganzen sog. Ordenszeit nicht unerhebliche Rechte zu. Dieses hinderte jedoch nicht, dass ihr ursprünglich nur lockeres Abhängigkeitsverhältnis von ihren Grundherren sich im Laufe der Zeit immer mehr festigte, dass sie in ihrer grossen Mehrheit zunächst als ein Zubehör des grundherrlichen Besitzes und schliesslich als dem Grundherrn gehörige Arbeitskräfte betrachtet wurden. Nichts wäre falscher, als anzunehmen, dass mit dieser fortschreitenden Rechtsminderung notwendig auch ein Sinken des wirtschaftlichen Lebenszuschnitts verbunden gewesen wäre; wir werden im Gegenteil am anderen Ort die vielleicht überraschende, weil der liberalen Doktrin widersprechende Tatsache feststellen können, dass die bauerliche Bevölkerung Livlands während der Epoche des niedrigsten Rechtszustandes, den sie während der Ordenszeit erreichte, sich eines grossen Wohlstandes erfreute<sup>2)</sup>.

1) Sehr richtig betont Jos. Redlich in der Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte III S. 276, es sei „die Aufgabe, die rechtsgeschichtliche Entwicklung als einen wirtschaftsgeschichtlichen Vorgang aufzuzeigen“. Vgl. G. v. Below, „Territorium und Stadt“ 1900 S. 40 f.

2) Es gehört zu den oben erwähnten Fehlern der liberalen Forschung, die, wie Knapp l. c. S. 39 treffend sagt, „in der Schwarzmalerei der Vergangenheit schwelgt“, von der Voraussetzung auszugehen, dass der hörige Bauer den Rechtszustand der Unfreiheit als solchen, „die Herabwürdigung seines Menschentums“, besonders schwer empfunden hätte. Man vergleiche dazu, wie Jacob Grimm in seinen Deutschen Rechtsaltertümern sehr richtig über die mittelalterliche Knechtschaft urteilt. E. O. Schulze sagt in seinem

## 2.

Bevor wir die Untersuchung der Entstehung der Schollenpflichtigkeit in Angriff nehmen, ist es nötig, sich die Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse bis zu diesem Zeitpunkt ins Gedächtnis zu rufen. Das soll an dieser Stelle in ganz grossen Zügen geschehen als Niederschlag eingehender Untersuchungen, deren Resultate wir später zu veröffentlichen hoffen<sup>1)</sup>.

Das alte Livland, wie das ganze grosse Gebiet zwischen Memel und Narowa während des Bestehens des Livländischen Staatenbundes genannt wurde, war im 12. Jahrhundert ein im hohen Grade unwirtliches Land, bedeckt mit ungeheuren Wäldern und Mooren, zwischen denen zahlreiche Seen lagen, durchzogen von wasserreichen Strömen mit vielen Nebenflüssen. An diesen Gewässern und an der langgedehnten und vielgestaltigen Meeresküste siedelten die Eingeborenen, nur dünn gesät, so dass ihre Gesamtzahl etwa ein Siebentel der jetzigen Bevölkerung ausmachte.

Die autochthone Bevölkerung zerfiel in zahlreiche Völkerschaften und Stämme. Im Norden, im jetzigen estnischen Gebiete sassen die Esten, ein westfinnischer Stamm, südlich von ihnen an der Meeresküste bis zur Mündung der Windau die gleichfalls finnischen Liven, östlich von diesen die lito-slavischen (aistisch-baltischen) Letten und im jetzigen Kurland, südlich und westlich von den Liven, die Kuren, ursprünglich aller Wahrscheinlichkeit nach auch ein finnischer (estnischer) Stamm, um 1200 bereits ein finnisch-aistisches Mischvolk<sup>2)</sup>; an diese grenzten südöstlich, am Mittellaufe der Kurischen Aa, die Semgallen, die man bisher als Niederletten angesprochen hat, die jedoch in

ausgezeichneten Buche „Die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe“ 1896: „Minderung der persönlichen Freiheit wurde von den Bauern nur dann mit Unwillen ertragen, wenn und soweit sie die wirtschaftliche Lage ungünstig beeinflusste, und die rechtliche Selbständigkeit wurde wesentlich nur als wichtiges Mittel zur Besserung jener erstrebt.“ Diesem Urteil schliesst sich G. Aubin l. c. S. 87 an.

<sup>1)</sup> Das folgende Kapitel gründet sich hauptsächlich auf des Verf. „Die Eingeborenen Altlivlands im 13. Jahrhundert“, Balt. Monatsschrift Bd. 43 1896 S.-A. (80 Seiten), und L. Arbusows jun. „Lettland in der jüngeren Eisenzeit“, S.-A. der Balt. Blätter, Riga, 1924, Heft 3 (S. 97—116).

<sup>2)</sup> Ich folge hier bis auf weiteres A. Bielenstein „Die Grenzen des lett. Volksstammes etc.“ 1892. Die estnische Nationalität der Kuren wird bestritten von J. Endzelin „Über die Nationalität der Kuren“ Finn.-ugr. Forsch. XII 1912, bejaht von A. Westrén-Doll „Die nordestnische Siedlung“ Sitz.-Ber. der Gel. Estn. Ges. 1921, S. 21 ff., neuerdings wieder bestritten von K. Buga „Die Vorgeschichte der aistischen (baltischen) Stämme im Lichte der Ortsnamensforschung“, Streitberg-Festgabe 1924, S. 22 ff., der die Kuren und Selen zu einer Sprachgruppe der aistischen, i. e. lito-slavischen Völker rechnet und den Selen ihre Sitze nicht nur im heutigen Oberlande, sondern auch im südöstlichen Livland (bis Marienburg) zuweist.



ihrem Wesen weit mehr an die Litauer als an die Letten erinnern, und an diese östlich, im heutigen sog. kurischen Oberlande, die Selen, wahrscheinlich ein den Letten nahestehender Stamm.

Die Siedlungsweise dieser Völkerschaften war verschieden; in der Regel bewohnten die finnischen Völker weilerartige Dörfer, die Letten Einzelhöfe. Ihre Kulturstufe war, wie wir aus einwandfreien zeitgenössischen Quellen wissen, gewiss nicht höher als die der Germanen des Tacitus: ein ganz primitiver Ackerbau, der auf Rodung und Brennwirtschaft beruhte, eine ebenso primitive Viehzucht, im übrigen Jagd und Fischerei, kurz Wirtschaftsformen, die dem wald- und wasserreichen Lande entsprachen. Auf einer entsprechenden Stufe der Entwicklung finden wir die politischen und sozialen Zustände. Eine staatliche Zusammenfassung der einzelnen Völkerschaften, wie sie uns um diese Zeit bereits in Litauen und Preussen entgegentritt, gab es in Livland nicht, ebensowenig einen nationalen Einheitsgedanken<sup>1)</sup>. Jede Völkerschaft zerfiel in unzählige kleine Gemeinwesen, die wohl auf eine Art Sippenverfassung zurückzuführen sind. Ständische Bildungen im Sinne jener Zeit finden sich nicht. Alle Volksgenossen waren Freie, die zahlreichen Sklaven Kriegsgefangene oder Kaufsklaven, also jedenfalls Stammesfremde. Die häufig erwähnten Ältesten (*seniores*, die der Chronist Heinrich gelegentlich auch *meliores*, *primores*, *nobiles* und *divites* nennt) scheinen die Häupter der Sippen gewesen zu sein; sie vertraten ihr Gemeinwesen in Krieg und Frieden, waren jedoch keine Fürsten, sondern Häuptlinge, wie die germanischen *principes* des Tacitus: *primi inter pares*, „die Angesehensten, Tüchtigsten und Reichsten in einem Volke kriegerischer Bauern“.

Was wir über Religion, Kultus, Recht und Sitte der Eingeborenen wissen, ist nicht viel, sofern wir uns an sichere zeitgenössische Berichte und nicht an retrospektive, mehr oder weniger phantastische Hypothesen halten wollen. Die Religion hing mit einem einfachen Natur- und Elementardienste, der Verehrung der Naturkräfte und einem Vorfahrenkult zusammen. Tempel gab es nicht, wohl aber heilige Haine, Bäume, Steine und Gewässer. Von einem Priesterstande erfahren wir nichts. Bei den Esten, denen eine reichere Sagenwelt überkommen ist als den Letten, finden wir eine starke Beeinflussung ihres ursprünglichen Schamanentums durch die nordisch-skandinavische Götterlehre. Den Göttern wurden Tiere und Menschen geopfert, sogar ein Fall von Kannibalismus wird für das Jahr 1223 aus-

<sup>1)</sup> Von dem sich übrigens Spuren bei den Esten finden. Siehe *Heinr. chron.* XX 2; cf. v. Transehe, *Eingeborene* I. c. S. 11.

drücklich bezeugt<sup>1)</sup>. Recht und Sitte entsprachen der sonstigen Kulturstufe. Es herrschte die Raub- und Kaufehe; bei den Esten finden wir Polygamie, die auch bei den anderen heidnischen Völkerschaften vorausgesetzt werden muss.

Von den Rechtsvorstellungen und der Rechtspflege der Eingeborenen wissen wir nichts<sup>2)</sup>. Wir können annehmen, dass sie sich dem geschilderten Kulturzustande entsprechend lediglich in patriarchalischen und sakralen Bahnen bewegt haben, wofür nicht noch, wie der Chronist Heinrich von den Liven berichtet<sup>3)</sup>, einfach das Recht des Stärkeren galt.

Die verschiedenen Völkerschaften und Stämme lebten untereinander und mit ihren Nachbarn in beständigem Kriegszustande. Es waren Raub- und Beutezüge, die dann regelmässig Rachezüge nach sich zogen und somit den Kriegszustand verewigten, der gewissermassen als der normale Zustand erscheint. Vorübergehend oder dauernd geriet ein Volk in Abhängigkeit eines der mächtigen Nachbarn. Von Westen her suchten die Nordmänner Fuss zu fassen; zeitweilig hatten sie Kuren und Öseler tributpflichtig gemacht; von Süden drangen die Litauer, von Osten die Russen ein. Letztere hatten vorübergehend die Semgallen und Festlandesten, dauernd die Letten und die Liven an der unteren Düna unterworfen. Um 1200 sind zwei russische Machtbereiche in Livland zu unterscheiden: der des Fürstentums Polozk an der Düna und der des Fürstentums Pleskau im übrigen hochlettischen Gebiete. Welchen Umfang das Abhängigkeitsverhältnis hatte, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen; jedenfalls bestand es in Tributzahlung, vielleicht auch in Heeresfolge. Aus dem Russischen ins Lettische übergegangenen Lehnworten entnehmen wir, dass russische Verwaltungsbezirke („pagasts“) auf lettischen Gebiete bestanden, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch Gerichtsbezirke waren, die Vögten (sogis) unterstanden<sup>4)</sup>.

Während die Russen von Polozk sich mit der Tributpflicht der unterworfenen Liven und Letten begnügten<sup>5)</sup>, hatten die Pleskauer in ihrem Machtbereich das griechisch-orthodoxe Christentum eingeführt, wie uns Heinrichs Chronik berichtet<sup>6)</sup> und

<sup>1)</sup> Heinr. chron. XXVI 6.

<sup>2)</sup> Die einzigen sicher bezeugten einheimischen Rechtsgewohnheiten finden wir bei den Öselern in den Verträgen von 1241 (L. U. B. III S. 31 n. 169) und 1255 (ib. I n. 285 u. III S. 22), wo jedoch skandinavische Einflüsse vorausgesetzt werden können; cf. auch Arbusow B. R. S. 7 f.

<sup>3)</sup> X. 15.

<sup>4)</sup> Cf. Arbusow „Lettland in der jüngeren Eisenzeit“ I. c. S. 111.

<sup>5)</sup> Heinr. chron. XVI 2. Vgl. hierzu die grundlegenden Untersuchungen von F. v. Keussler in d. Mitt. u. sonst (Petersb. 1897).

<sup>6)</sup> XI 7. XVIII 3.



wovon auch eine Reihe von ins Lettische übergegangenen russischen Lehnworten Zeugnis ablegt.

Die Letten, die der Chronist im Gegensatz zu den anderen, mehr kriegerischen Völkerschaften „demütig und verachtet“ nennt<sup>1)</sup>, hatten mithin, als die deutschen Kreuzfahrer mit ihnen in Berührung traten, ihre politische Selbständigkeit verloren; auch ein Teil der Liven war, wie wir gesehen haben, in dauernde Abhängigkeit von den Russen geraten; den übrigen Völkerschaften drohte dasselbe Los von den kulturell höherstehenden mächtigen Nachbarn: Russen, Skandinaviern und Litauern. Mit Recht ist daher darauf hingewiesen worden<sup>2)</sup>, dass die nationale Existenz der das baltische Gebiet bewohnenden Völkerschaften damals stark in Frage gestellt war; nur die Eroberung Livlands durch die Deutschen, die nicht seine Nachbarn waren und aus geographischen und historischen Gründen auf eine völkische Kolonisation verzichten mussten, hat den Letten und Esten ihre nationale Existenz gesichert. Andererseits wird von lettischen Schriftstellern immer wieder der Versuch gemacht, die Zustände der Autochthonen vor Ankunft der Deutschen als ein Idyll darzustellen, das von diesen in böswilliger Weise unterbrochen worden sei<sup>3)</sup>. Da für diese Behauptung, deren Beweggründe auf der Hand liegen, keine irgend diskutablen Beweise angeführt werden, können wir sie gegenüber den Zeugnissen der Geschichte füglich auf sich beruhen lassen, ebenso wie die noch naivere Behauptung, die Autochthonen Livlands hätten um 1200, also im Zeitalter der Hohenstaufen und Minnesänger, ungefähr auf derselben Kulturstufe gestanden wie die deutschen Eroberer<sup>4)</sup>.

### 3.

Die Geschichte der „Aufseglung“ Livlands durch Lübecker Kaufleute in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, der darauf folgenden Missionstätigkeit des Segeberger Domherrn Meinhard und seines Nachfolgers Berthold unter den Düna-Liven und endlich der Besitznahme und Christianisierung des Landes durch die niedersächsischen Kreuzfahrer kann als bekannt vorausgesetzt werden. Wir können, um im Rahmen dieser Abhandlung zu bleiben, auf sie nur insoweit Bezug nehmen, als sie den Hintergrund unserer Untersuchung abzugeben hat.

Die Erfahrungen, welche die ersten Bischöfe in Livland, Meinhard und Berthold, im Lande der Liven gemacht hatten, bewogen ihren Nachfolger Albert, die junge livländische Kirche auf festere Grundlagen zu stellen, als dieses bisher geschehen

1) „humiles et despecti“. Heinr. chron. XII, 6.

2) Arbusow „Lettland in der jüngeren Eisenzeit“ S. 114.

3) S. „Balteeschu wehsture“ 1883; neuerdings wieder Walters S. 38, 41, 59, 154.

4) P. Smits l. c. S. 42; danach Walters „Lettland“ S. 32.

war. In Albert, der einem edlen niedersächsischen Geschlechte, wohl dem der Bekeshovede, entstammte, vereinigte sich ein nie erlahmender Eifer zur Heidenbekehrung mit weitem staatsmännischem Blick; in ihm verkörperte sich der deutsche Geist jener ruhmvollen und glänzenden Epoche mit seinen universalen Impulsen; er war der würdige Epigone jener grossen Kirchenfürsten, die mit dem Schwerte in der Hand das Licht des Christentums in den heidnischen Osten getragen hatten. Seiner staatsmännischen Einsicht war es klar, dass die livländische Kirche nur auf dem Boden staatlicher Ordnung erblühen könne. Zu diesem Behufe gründete er 1201 Hafen und Stadt Riga und stiftete bald darauf einen geistlichen Ritterorden, den Orden der Ritterschaft Christi, der „Schwertbrüder“, der später (1237) in den Deutschen Orden aufging. So schuf er einen festen Stützpunkt der deutschen Macht und eine kleine, aber schlagfertige Armee, die den Kern des Kreuzheeres bildete, durch das er die der Taufe widerstrebenden Heiden unterwarf. Da die Pilger nach beendetem Feldzug in ihre Heimat zurückzukehren pflegten, war Albert genötigt, immer wieder die weite und gefährvolle Seereise nach Lübeck zu unternehmen, von wo aus er ganz Niederdeutschland durchzog und Pilger zum Kreuzzug wider die livländischen Heiden warb. 1207 erschien er am Hoflager König Philipps, trug dem König das eroberte Livland auf und empfing es als Lehen zurück. Dadurch wurden der livländische Bischof Reichsfürst, Livland ein Bestandteil des heiligen römischen Reiches deutscher Nation. Gleichzeitig aber galt Livland als Eigentum des Stuhles Petri, es wird als terra beatae virginis Mariae zum Wittum der Gottesmutter erklärt. So fand sich Livland der Idee nach eingegliedert in den Organismus der westlichen Kulturwelt, doch sollte noch viel Wasser die Düna hinabfliessen, ehe diese Idee wirkliches Leben gewann. Als Bischof Albert 1229 zu Riga seine Augen schloss, war ein grosser Teil der heidnischen Völkerschaften noch nicht dem Christentum gewonnen. Das ganze 13. Jahrhundert hindurch dauerten die Kämpfe mit den Esten, Kuren und Semgallen fort, die, wiederholt unterworfen, immer wieder abfielen. Dazu kamen blutige und verlustreiche Kriege mit auswärtigen Feinden: Litauern und Russen, während der Zuzug deutscher Kreuzfahrer von Jahr zu Jahr abnahm und schliesslich ganz ausblieb. Erst Ende des Jahrhunderts (um 1290) kann das ganze Gebiet von der Memel bis zur Narowa als bezwungen gelten.

Die Unterwerfung der verschiedenen Völkerschaften vollzog sich entweder freiwillig, wie die der Hochletten (1214)<sup>1)</sup> oder musste mehr oder weniger blutig erzwungen werden. In der

<sup>1)</sup> Heinr. chron. XVIII, 3.



Regel wurden Friedensverträge mit den „Ältesten“ der Stämme abgeschlossen, durch die die Unterworfenen sich zur Annahme der Taufe und der sog. Jura Christianorum verpflichteten<sup>1)</sup>. Diese bestanden in der Heeresfolge zum Schutze und zur Ausbreitung des Christentums und in Leistungen zum Unterhalte der Kirche und ihrer Diener. Diese Leistungen waren je nach den Verträgen zunächst verschieden. Die gewöhnlichste Besteuerungsform jener Zeit, die Erhebung des durch die Canones bestimmten Zehnten von allen Feldfrüchten, konnte infolge der ungeordneten Zustände trotz vielfacher Versuche der Kirche nicht allgemein durchgeführt werden; der Zehnte wurde meist durch einen Zins (census) ersetzt. Steuerobjekt war der Ackerbau. Da von einer, wenn auch noch so oberflächlichen Katastrierung der eroberten Gebiete zunächst nicht die Rede sein konnte, griff man zu der auch in den anderen deutschen Kolonisationsgebieten üblichen Steuereinheit, dem Pfluge: der Ackerschoss wurde vom Hakenpfluge erhoben. Unter „Haken“ verstand man eine Wirtschaftseinheit, die mit einem Zugpferde Hakenpflug und Egge nutzte<sup>2)</sup>. Viel später, wohl erst gegen Ende des 13. Jahrhunderts, entwickelt sich für den Haken eine räumliche Vorstellung, ein Vorgang analog dem mit dem deutschen „Morgen“; aus dem Haken wird ein topographischer Begriff, ein Flächenmass. Der Getreidezins betrug die Hälfte des Zehnten, den man damals auf ein Schiffpfund veranschlagte<sup>3)</sup>, also ein halbes Schiffpfund oder 2 Zentner (82 kilo), war demnach durchaus mässig. Die Letten scheinen, wohl wegen ihrer freiwilligen Unterwerfung, sogar nur die Hälfte dieses Zinses gezahlt zu haben<sup>4)</sup>. Neben dem üblichen Ackerschoss finden sich schon im 13. Jahrhundert noch weitere, jedoch unbedeutende Abgaben in Naturalien und Geld. Die Dienste der Neophyten waren vorwiegend militärischen Zwecken gewidmet: Heeresfolge, Burgen-, Wege- und Brückenbau<sup>5)</sup>; hierzu kamen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts Dienste für Zwecke des Grundherrn: Ackerfronden und Führen. Hierauf werden wir noch zurückkommen.

Entsprechend den staatlich-hierarchischen Vorstellungen der Zeit wurde das eroberte Gebiet Eigentum des Stuhles Petri und des deutschen Königs als römischen Kaisers<sup>6)</sup>. Eine Ausnahme

<sup>1)</sup> Heinr. chron. X 15, XV 5, XXI 5. L. U. B. I n. n. 103—105, 124, 139, 285, 405, 430, III n. 169a.

<sup>2)</sup> Cf. A. Tobien, „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, I 1899, S. 50 ff.

<sup>3)</sup> L. U. B. I n. 172.

<sup>4)</sup> Heinr. chron. XVIII 3.

<sup>5)</sup> U. B. I n. n. 18, 104, 105, 250, 253, 258, 285, 405, 430, 490, 542, II 864, III 521a.

<sup>6)</sup> Vgl. v. Transehe, „Zur Geschichte des Lehnswesens in Livland“, Mitteil. a. d. livl. Gesch. XVIII S. 5 f.

machten die von den Dänen bezwungenen nordestnischen Landschaften Harrien mit Reval und Wierland, die zwar vorübergehend (1227—1238) unter deutsche Botmässigkeit gerieten, dann aber bis 1346 dänisch blieben, in welchem Jahre sie durch Kauf an den Deutschen Orden übergingen.

Wenn wir das rechtliche Verhältnis der Eingeborenen zu den von ihnen genutzten Ländereien vor und nach der Unterwerfung untersuchen wollen, so haben wir zunächst im Auge zu behalten, dass es müssig wäre feststellen zu wollen, ob die Eingeborenen vor ihrer Unterwerfung Eigentum oder Besitz im juristischen Sinne gehabt haben, da wir einerseits die damals herrschenden politischen Abhängigkeitsverhältnisse in ihren Wirkungen nicht kennen und andererseits die Begriffe Eigentum und Besitz dort kaum anwenden können, wo es sich bei der Bodennutzung im Grunde um eine bloss vorübergehende Nutzung herrenlosen Landes handelt. Auch für die erste Periode nach der Eroberung ist die rechtliche Natur des Eingeborenen-Landes schwer zu bestimmen. Durch die Annahme der Jura Christianorum waren die Neophyten Untertanen der neuen Landesherren geworden, des Königs von Dänemark und der geistlichen Gewalten: der Bischöfe und des Ordens<sup>1)</sup>. Letztere hatten nach den im Lehnssystem wurzelnden Anschauungen der Zeit als Markgrafen und Reichsfürsten nur ein abgeleitetes Eigentum an ihren Territorien, sie waren Vasallen des deutschen Königs als römischen Kaisers. Sofern diese Landesherren Teile ihrer Gebiete weiter verlehnten, schob sich zwischen sie und die Eingeborenen noch eine Schicht: die landesherrlichen Vasallen, ja es konnte noch eine weitere grundherrliche Stufe hinzukommen, wenn nämlich diese Vasallen Teile ihrer Lehen an Aftervasallen weitergaben. Auf diese übereinandergegliederten Besitzverhältnisse lassen sich die römisch-rechtlichen Begriffe Eigentum und Besitz nicht ohne weiteres anwenden. Es genügt festzustellen, dass die Ländereien der Eingeborenen, wohlverstanden: nicht diese selbst<sup>2)</sup>, in die Konstruktionen des Lehnrechts eingeordnet wurden. Von einem Eigentum an den Ländereien, wie das behauptet worden ist, kann nicht wohl die Rede sein. Die Eingeborenen behielten an ihrem Lande dem Grundherrn gegenüber die hofrechtliche Gewere, ein erbliches Nutzungsrecht, das in den Urkunden mit den nichtssagenden Worten „jus“ oder „proprietas“ bezeichnet wird<sup>3)</sup>, während das Land selbst, der Bauernhof „possessio“ oder „here-

<sup>1)</sup> Über die staatsrechtliche Stellung des Ordens vgl. Lehnswesen I. c. S. 7 f.

<sup>2)</sup> Mit Ausnahme der sog. Freien, von denen weiter unten noch die Rede sein wird.

<sup>3)</sup> L. U. B. I n. n. 56, 105, 114; II n. 735.



ditas“ (Erbe) heisst<sup>1)</sup>. Das erbliche Nutzungsrecht wird den Eingeborenen in den mit ihnen geschlossenen Unterwerfungsverträgen ausdrücklich zugesichert<sup>2)</sup>; seine Äusserungen erscheinen auch sonst in Urkunden des 13. und 14. Jahrhunderts<sup>3)</sup>.

Auf dem „Erbe“ der Eingeborenen ruhten als dingliche Last die dem Grundherrn (dominus)<sup>4)</sup> zu leistenden Abgaben und Dienste. Der Grundherr hatte also nur die Zinsgewere am „Erbe“; er konnte es nicht willkürlich einziehen, sondern nur in der Weise veräussern, dass er seine Rechte dem Erwerber abtrat. Der Besitzer des Erbes bekam durch ein solches Rechtsgeschäft nur einen neuen Grundherrn, seine privatrechtlichen Beziehungen zum Erbe blieben unberührt. Urkunden des 13. und 14. Jahrhunderts entnehmen wir, dass Eingeborene Ländereien erwarben und veräusserten<sup>5)</sup>; analog dem Rechtsgang bei Veräusserung des Erbes durch den Herrn fand auch hier bloss ein Wechsel der Person statt: dort des Grundherrn, hier des Hintersassen.

Zu den Untertanenpflichten gehörte ferner die Gerichtsbotmässigkeit<sup>6)</sup>. Die eingeborenen Hintersassen unterstanden dem geistlichen und weltlichen Gerichte der neuen Gewalten. Aus der Gerichtsherrschaft erwuchs das Heimfallsrecht des Grundherrn am Erbe des Eingeborenen, vollständig analog dem Heimfallsrecht des Lehnsherrn am Lehen<sup>6)</sup>, nur dass es dort seltener eintrat als hier, da die Eingeborenen ein weit besseres Erbrecht als die Vasallen besaßen.

Von einer Beschränkung der Freizügigkeit ist in den Quellen des 13. und 14. Jahrhunderts nirgends die Rede. Die Eingeborenen waren also persönlich frei. Schon die Päpste Innozenz III., Honorius III. und Gregor IX. erliessen Bullen zum Schutze der persönlichen Freiheit der Neophyten in Preussen

<sup>1)</sup> L. G. U. n. n. 21, 42. L. U. B. I n. n. 105, 248, 264, 405, 432, 544, VI n. 2735 S. 25, n. 2760 S. 48 u. a. Der Ausdruck *proprietas* auch auf Lehnbesitz angewandt. L. U. B. I n. 164, II n. 846. Ad hereditas vgl. R. Hildebrand, „Recht und Sitte“, 1896, S. 142.

<sup>2)</sup> L. U. B. I n. 105 S. 138, n. 285, 505; cf. Arbusow, B. R. Anh. n. 10, 12.

<sup>3)</sup> L. U. B. I n. n. 21, 56, 70, 87, 151, 248, 461, 467, 475, 544. II n. 735, III n. 1261, VI n. n. 2735, 2760. Mitt. a. d. livl. Gesch. XII S. 376, Urk. v. 1276. L. G. U. I n. n. 56, 63, 109, 124, 165, 402, 487. Kurl. Güter-Chr. N. F. Beil. n. 17.

<sup>4)</sup> L. U. B. I n. 248 S. 325, n. 249 S. 329, VI n. 2760 S. 48.

<sup>5)</sup> Heinr. chron. X 15, XI 4. L. U. B. I n. n. 145, 285, 405, 430, 490, III n. 169a.

<sup>6)</sup> L. G. U. I n. n. 21, 42. L. U. B. I n. n. 405, 430. Cf. Schilling, „Die lehn- und erbrechtl. Satzungen des Waldemar-Erichschen Rechts“, 1879, S. 105 f.

und Livland<sup>1)</sup>, und auch Kaiser Friedrich II. sicherte ihnen seinen kaiserlichen Schutz zu vor der Gefahr, die Freiheit zu verlieren<sup>2)</sup>. Dies geschah natürlich nicht aus humanitären Erwägungen, die jener Zeit völlig fernlagen, sondern, wie in der Urkunde Kaiser Friedrichs vom März 1224 ausdrücklich gesagt ist, um die Bekehrung der Heiden zu fördern<sup>3)</sup>. Daher heisst es auch in dem Vertrage des Legaten Balduin von Alna mit einem Teile der Kuren vom 28. Dezember 1230: „perpetuam enim eis indulsimus libertatem, quamdiu eos apostare non contigerit“<sup>4)</sup>. Der Anspruch auf Freiheit sollte also verloren gehen, sobald sie vom Glauben abfielen. So geschah es auch in Preussen, wo die mit den Eingeborenen 1249 geschlossenen Verträge mit ihrem Abfall als erloschen galten, und Alle, die dem Orden mit den Waffen in der Hand gegenübergestanden hatten, das Los der Unfreiheit traf (1261)<sup>5)</sup>. Anders in Livland. Hier behielten die Eingeborenen, auch die Stämme, die wiederholt vom Christentum abgefallen waren und die Verträge gebrochen hatten, wie die Öseler, Kuren und Semgallen, ihre bisherigen Rechte, vor allem das der Freizügigkeit<sup>6)</sup>. Wie bei den Erlassen der Päpste und des Kaisers ist der Beweggrund für das Verhalten der livländischen Landesherren nicht etwa in humanitären, sondern allein in politischen Erwägungen zu suchen. Im Gegensatz zum Ordenslande Preussen war Livland eine überseeische Kolonie des Deutschen Reiches. Der Landweg war durch das Preussen vorgelagerte Litauen während der ganzen deutschen Kolonisationsperiode den Kreuzfahrern verschlossen; der Zuzug solcher Elemente, die sich dauernd im fernen, unwirtlichen Lande niederlassen wollten, war daher nur gering; vor allem aber fehlten die deutschen Bauern, die den Seeweg nicht einschlagen wollten, da sie ihre lebende Habe auf den nur wenig

1) L. U. B. I n. n. 13, 71, 87, 145. Bulle 1222 Febr. 8, bei H. Hildebrand, *Livonica* im Vatican. Archiv 1887 S. 31, cf. auch L. U. B. I n. 135.

2) 1224 März L. U. B. I n. 112 S. 148, cf. VI R. S. 4.

3) „Die Päpste, vornehmlich um die schnelle Ausbreitung und dauernde Erhaltung des Christentums besorgt, glaubten, in starker Verkennung der gegenseitigen Bedingtheit von Christianisierung und politischer Unterwerfung des Landes, sie am sichersten durch eine milde Behandlung der Neubekehrten zu erreichen.“ G. Aubin l c. S. 4. Ähnlich urteilt E. O. Schulze l c. S. 57.

4) L. U. B. I n. 103 S. 135. Bielenstein, „Grenzen“ S. 419 n. 13; cf. L. U. B. I n. n. 124, 125, 139.

5) Cf. A. L. Ewald, „Die Eroberung Preussens“, 1872/86 Bd. IV S. 114. W. v. Brünneck, *Ztschr. d. Savigny-Stift. f. Rechtsgesch.* VIII Germ. A. 1887 S. 41. H. Plehn, „Zur Gesch. d. Agrarverfassung in Ost- und Westpreussen“, *Forsch. z. Brandenb. u. Preuss. Gesch.* Bd. 17 1904 S. 30, 92 f. H. Hoffmann, „Der ländl. Grundbesitz Ermlands bis 1375“, 1871 S. 11. G. Aubin l c. S. 12 f.

6) L. U. B. I n. n. 169, 285, 405, 430, 490.



geräumigen Schiffen nicht mitnehmen konnten und überdies genügendes Siedlungsland näher und bequemer in Preussen fanden. Ein Versuch des Ordens 1261, deutsche Bauern heranzuziehen, ist allem Anscheine nach erfolglos geblieben<sup>1)</sup>. Im Hinblick auf diese für eine Kolonisation äusserst ungünstigen Verhältnisse mussten die Livländer damit rechnen, dauernd eine fremdstämmige Bevölkerung im Lande zu haben, die ihnen an Zahl weit überlegen und keineswegs zuverlässig war. Es erschien daher angebracht, mit äusserster Milde vorzugehen und jeden wirtschaftlichen Druck zu vermeiden, um Empörungen vorzubeugen. Diese Politik, die einem Gebot der Selbsterhaltung entsprach, haben die Livländer auch in der Folgezeit befolgt; sie erwies sich auch als durchaus erfolgreich; seit dem grossen Estenaufstande in Harrien und Ösel-Wiek (1343—44) ist Livland von Aufständen der Eingeborenen verschont geblieben, sogar in den erregten Zeiten des 16. Jahrhunderts, als es im Mutterlande überall gährte und in vielen Gegenden, auch in Preussen, blutige Empörungen stattfanden<sup>2)</sup>.

Die Eingeborenen waren, wie schon erwähnt, politisch rechtlos, wie übrigens in jener Zeit die bäuerliche Bevölkerung fast aller europäischer Staaten, hatte jedoch eine gewisse Selbstverwaltung, indem ihre Ältesten in den Dörfern oder Steuerbezirken (Wacke, Pagast) eine Art Schulzenstellung einnahmen, für die regelmässige Leistung der Abgaben und Dienste sorgten, das militärische Aufgebot vermittelten und im hofrechtlichen Rechtsverfahren als „Rechtfinder“ auftraten<sup>3)</sup>.

1) L. U. B. I n. 362.

2) Die Ansicht, dass 1525 in Estland ein Bauernaufstand ausgebrochen sei (v. Below, „Territorium und Stadt“ S. 65 A) beruht auf einem Irrtum. Cf. K. Höhlbaum, „Die 12 Artikel der Bauern von 1525, niederdeutsch“, Forsch. z. Dtsch. Geschichte Bd. 17 S. 345 ff. Über den Bauernaufstand in Preussen (Samland) cf. Voigt in N. Preuss. Provinz. Blätter III 1847 und A. Seraphim in Altpreuss. Monatsschr. Bd. 58 I.

3) Es ist übrigens im Auge zu behalten, dass der Begriff „Ältester“ in der späteren Entwicklung eine Wandlung erfuhr; während anfangs darunter die Sippenhäupter und überhaupt die angesehensten und reichsten Hofbesitzer zu verstehen waren, mit denen die Deutschen in der Zeit der Eroberung Verträge schlossen und die sie zu Beratungen heranzogen (L. U. B. I n. 169, 249, 253, 285, II 629), sind es später meist nur die an Jahren ältesten Bauern, deren Orts- und Personalkennntnis von der „Herrschaft“ genutzt wurde, z. B. in den häufig vorkommenden Grenzstreitigkeiten, und aus deren Mitte die Vertrauensleute der Herrschaft gewählt wurden, die als Dorfhäupter und grundherrliche Beamte fungierten (L. U. B. I n. 250, VII n. 228). Noch jetzt führt im lettischen Livland der Aufseher und Vorknecht den slavischen Namen „starast“, was soviel wie Ältester bedeutet. Über andere grundherrliche Beamte wie den Zehntner (tegeder), Wartmann etc. s. weiter unten. Neuerdings ist der „Senior“ des 13. Jahrh. mit dem in den lettischen Volksliedern vorkommenden „bajars“ identifiziert worden,

Von der grossen Masse der Bauern, die ihren Grundherren zu Abgaben und Diensten verpflichtet waren, im übrigen aber ein erbliches Nutzungsrecht an ihren Ländereien hatten und freizügig waren, hebt sich eine privilegierte Klasse ab, die sog. Freien, denen ihre Höfe zu Dienstrecht verliehen waren. In ihnen haben wir wohl die während der Aufstände treugebliebenen Eingeborenen, vielleicht auch einige der ehemaligen Sippenhäupter zu sehen. Sie waren befreit von Abgaben und landwirtschaftlichen Diensten und hatten in der Regel bloss militärische Verpflichtungen: Heeresfolge (als leichte Reiter), Wacht- und Botendienste. Sie entsprachen also im wesentlichen den preussischen „Freien“, werden auch so im Gegensatz zu den zins- und dienstpflchtigen Bauern genannt. Von dieser Klasse kleiner bauerlicher Lehnleute werden wir an anderer Stelle ausführlich handeln; hier sei nur noch bemerkt, dass sie offenbar zahlreicher waren, als bisher nach den spärlich überkommenen Lehnbriefen angenommen worden ist, und dass sie besonders häufig im kurländischen Ordensgebiet vorkamen, das, wie wir wissen, in vielfacher Hinsicht vom Orden nach den in Preussen geltenden Grundsätzen behandelt wurde<sup>1)</sup>.

Wie die „Freien“ eine Klasse bildeten, die rechtlich und sozial die grosse Masse der Bauern überragte, so bildeten die sog. Drellen eine Klasse, die weit unter der Masse stand. Die Drellen waren persönlich unfrei und rechtsunfähig; ihr Rechtszustand entsprach also dem der Sklaven des Altertums und der Leibeigenen des Mittelalters. Es waren Kriegsgefangene, Kaufsklaven und solche zum Tode verurteilte Verbrecher, die sich nicht durch Zahlung des Wehrgeldes lösen konnten und bis zur Tilgung dieser Verpflichtung der Knechtschaft verfielen. Wir müssen annehmen, dass diese Klasse recht zahlreich war, soweit sie sich aus Kriegsgefangenen und Kaufsklaven zusammensetzte, da in den immerwährenden Kriegen viele Gefangene gemacht wurden und der Sklavenhandel mit Heiden im 13. und 14. Jahrhundert überall blühte. Noch im Jahre 1411 verkaufte der Orden eine grosse Anzahl litauischer Kriegsgefangener in Livland. Gegen Mitte des 15. Jahrhunderts verschwindet die Bezeichnung Drell, die aus dem Altnordischen stammt und nur im livländischen Mittelniederdeutsch üblich war, aus den Ur-

---

der offenbar einen reichen bauerlichen Hofbesitzer bedeutet (cf. A. Schwabe, „Latwijas kultūras vēsture I“, 1921 S. 32 f. P. Smits „Etnografisku rakstu krājums“, II 1923 S. 109. Vgl. auch R. Klausting, „Lett. Grundbesitz während der Ordenszeit“ Balt. Monatsschrift 52, 1910). Ob mit Recht, steht dahin. Der Ausdruck „bajars“ ist offenbar aus Litauen übernommen.

<sup>1)</sup> Die Literatur über die Freibauern s. Arbusow, B. R. Anh. n. 3, 15.



kunden, so dass es unmöglich ist, wie wir unten sehen werden, die spätere Entwicklung dieser Arbeiterklasse mit Sicherheit zu verfolgen<sup>1)</sup>.

## Kapitel I. Die Grundherrschaften.

### I. Allgemeines.

Wir haben im einleitenden Teil in grossen Umrissen die politischen und rechtlichen Zustände der Eingeborenen geschildert, wie sie sich infolge ihrer Unterwerfung herausgebildet hatten. Das gewonnene Bild dürfte für das ganze Livland des 13. Jahrhunderts gelten; erst gegen Ende des Jahrhunderts, seit endgültiger Ausbildung der verschiedenen Territorien, sind Unterschiede, wenn auch geringfügiger Natur, anzunehmen. Wir haben sechs mehr oder weniger souveräne Staaten zu unterscheiden: 1) das Erzbistum Riga, 2) das Bistum Dorpat, 3) das Bistum Ösel-Wiek, 4) das Bistum Kurland, 5) das Gebiet des Deutschen Ordens, 6) das dänische Herzogtum Estland (Harrien-Wierland). Wir können an dieser Stelle auf die staatsrechtlichen Verhältnisse nicht eingehen<sup>2)</sup>, es genügt zu wissen, dass diese sechs Territorien einen Föderativstaat bildeten. Die Teilnahme Harrien-Wierlands an der livländischen Föderation, trotzdem es staatlich zu Dänemark und kirchlich zur Diözese Lund gehörte, ist dadurch zu erklären, dass seine Vasallenschaft fast ausschliesslich deutschen Blutes war. Wie wir aus der Livländischen Reimchronik wissen, haben die dänischen Vasallen an der Seite ihrer deutschen Stammesgenossen 1242—44, 1260, 1279 und 1280 gegen die Kuren, Semgallen, Samaiten und Litauer gekämpft<sup>3)</sup>. Die auf dasselbe Blut und dieselben Interessen sich gründende Gemeinschaft wurde dann auch staatsrechtlich besiegelt, als der Orden 1346 das dänische Estland durch Kauf erwarb.

Wie in allen deutschen Kolonialländern, bestanden auch in Livland die Territorien aus einer grossen Anzahl von Grund-

<sup>1)</sup> Cf. v. Bruiningk in Mitt. XXII S. 32 f. Zur Etymologie des Wortes vgl. auch J. Grimm. Deutsche Rechtsaltertümer, 4. Aufl. 1899 S. 421 f. Das Institut der Knechtschaft fanden die Deutschen bereits bei den Eingeborenen vor. (S. Heinr. chron. XXX, 1; cf. v. Transehe, Die Eingeborenen l. c. S. 67.) Schwabe, Latvju kulturas vēsture l. c. 218 ist der Ansicht, dass die lettischen Bajaren ihre Äcker mit einem grossen Sklavengesinde bearbeitet hätten. S. auch die Bulle Gregors IX. von 1238 III, 9. L. U. B. I. n. 158 S. 204 Urk. 1255 VIII 27; ib. I n. 285 P. 4, ferner aus dem 14. Jahrh. die Urkunden in L. U. B. II n. n. 693. 710 u. R. 737 III n. 1111.

<sup>2)</sup> Siehe v. Transehe, Lehnswesen S. 4--14.

<sup>3)</sup> Siehe Livl. Reimchronik. Edit. L. Meyer, 1876. passim.

herrschaften. Diese waren zwar im Hinblick auf ihre rechtliche Natur verschieden, je nachdem sie Domänen, Güter der toten Hand (Kapitelsgüter, Domherrenpräbenden, Klostergüter) und Lehen waren, weisen aber, was die Stellung der bauerlichen Hintersassen betrifft, keine wesentlichen Unterschiede auf. Solche zeigen sich erst bei einer späteren Entwicklung. Eine Ausnahme macht die Rigasche Stadtmark, wo die undeutschen Hintersassen nach abweichenden rechtlichen Grundsätzen behandelt wurden<sup>1)</sup>. Welche Hoheitsrechte über die bauerlichen Hintersassen standen nun dem Grundherrn zu? Für die Domänen, wo der Landesherr zugleich Grundherr war, beantwortet sich die Frage von selbst; von Bedeutung ist es aber, festzustellen, wie es sich damit auf den verlehten Grundherrschaften verhielt. Es ist davon auszugehen, dass die Gründung des livländischen Staatenbundes in die Zeit der höchsten Blüte des Lehnswesens fällt. Die staatliche Organisation, die Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel wurde durch das Lehnswesen erreicht; Verwaltung, Gerichtswesen, Kriegsmacht, alle Äusserungen der Staatsgewalt wurzelten im Lehnswesen, auch der Deutsche Orden, der in seinem hierarchisch-militärischen Aufbau fremder Hilfskräfte am wenigsten bedurfte, war in seinen Anfängen genötigt, zu demselben Mittel zu greifen wie die anderen Territorialherren; er hat sowohl in Preussen als auch in Livland bedeutende Landgebiete zu Lehen ausgegeben; erst später schlug er einen anderen Weg ein; er verringerte die Lehen an Zahl und Umfang und ersetzte den Ausfall an militärischen Kräften durch Anwerbung von Söldnern<sup>2)</sup>. Die übrigen livländischen Landesherren waren jedoch durchaus darauf angewiesen, durch Belehnungen die Elemente zu gewinnen, welche zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung erforderlich waren und vor allen Dingen ein stehendes Heer darstellten. Auch das dänische Estland machte in dieser Hinsicht keine Ausnahme; zwar finden wir hier nach der Eroberung eine Anzahl königlicher Dienstleute (Königsmannen), die nicht im Lehnsnexus standen, doch spielten diese gegenüber den Vasallen deutscher Abstammung keine Rolle, besonders nach der Invasion der Livländer in den 20-er Jahren des 13. Jahrhunderts, und verschwanden allmählich von der Bildfläche. Seitdem erscheint Estland durchaus als ein Lehnsstaat mit einer mächtigen Vasallenschaft, die sich auch dem Orden

<sup>1)</sup> Auch gab es, wie wir aus neueren Untersuchungen wissen, in Riga selbst eine nicht unbedeutende lettische Bevölkerung. Siehe L. Arbusow. Studien z. Gesch. d. lett. Bevölkerung Rigas im M. A. u. 16. Jahrh. Acta Univ. Latv. 1921.

<sup>2)</sup> Das gilt in erster Linie für Preussen, in Livland sicherte er sich durch Verträge die Heeresfolge der konföderierten Staaten.



gegenüber, nachdem dieser Estland erworben hatte, durchzusetzen verstand.

Die Vergebung grosser Teile des Staatsgebietes zu Lehnbesitz ist ein Vorgang von ausserordentlicher Tragweite. Er bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den regelmässigen Übergang staatlicher Hoheitsrechte auf Privatpersonen. Zwischen Landesherrn und bäuerliche Hintersassen schob sich der Vasall, so dass die Hintersassen gewissermassen zu Mediatuntertanen der Landesherrn wurden. In Livland wurden in der Regel ganze Gebiete verliehen. Das bedeutete im Anfang den Anspruch auf die grundherrlichen Einkünfte einer Anzahl Haken in benannten Dörfern oder Höfen der Eingeborenen. Eine feste Abgrenzung der Grundherrschaften fand erst allmählich statt; Vermessung der bäuerlichen Ländereien, Austausch von Streubesitz, zuletzt die Feststellung der Grenzen des ganzen Gebiets mit Einschluss der Wälder, die aber noch bis in eine späte Zeit hinein als Gemeinbesitz betrachtet wurden. Hierauf werden wir noch zurückkommen.

## 2. Grundherrliche Rechte.

Die wichtigsten grundherrlichen Rechte waren der Anspruch auf Abgaben und Dienste der Eingeborenen und die Gerichtsherrlichkeit. Über den Umfang der bäuerlichen Leistungen in den ersten Jahrhunderten sind wir nur mangelhaft unterrichtet. Was die Naturalabgaben betrifft, so haben wir gesehen, dass die Neophyten sich verpflichteten, den Zehnten von den Feldfrüchten oder aber einen Kornzins zu zahlen, welcher letztere in der Regel ein halbes Schiffpfund betrug<sup>1)</sup>. Mit fortschreitender Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse fand den Bedürfnissen entsprechend eine Differenzierung der Naturalabgaben statt. Im Unterwerfungsvertrage, den der Orden 1267 mit den abgefallenen Kuren schloss, wird bestimmt, dass vom Haken 2 Lof Roggen ( $\frac{1}{2}$  S.-Pfd.) geliefert werden müssen, und, falls kein Roggen vorhanden sein sollte, je ein Lof Weizen und Gerste<sup>2)</sup>. Im Vertrage mit den Sengallen 1272 setzen Erzbischof und Orden eine Abgabe von je einem Lof Roggen und Gerste vom Haken fest, die auch abgelöst werden durften, so zwar, dass für das Lof entweder 8 Artiger Silbers oder 2 Marderfelle oder 8 Eichhornfelle zu zahlen seien<sup>3)</sup>. 1284 erneuerte Bischof Hermann von Ösel mit Rat des Kapitels, des Ordens,

<sup>1)</sup> Im dänischen Estland scheint der Zehnte allgemein gewesen zu sein. Siehe L. U. B. I n. 165, II n. 735. Siehe Bunge, Estland S. 108 Anm. 128 u. S. 126 Anm. 184. 1 Lof = ca. 68 Liter, 1 Schiff// = 20 Lies// = 400 // livl. = ca. 160 Kilo.

<sup>2)</sup> L. U. B. I n. 405 S. 508.

<sup>3)</sup> L. U. B. I n. 430 S. 542.

der Vasallen und der Landesältesten die von seinem Vorgänger (1234—60) auf Bitten der Neophyten erlassenen Verordnungen über deren Abgaben und Leistungen. Die Bauern haben ihren Herren den Zehnten von allem zu liefern, was nach göttlichem Recht gezehntet wird, und haben ihn dorthin zu führen, wohin die Herren ihn bestellen, jedoch nur innerhalb der Diözese; ferner haben sie ein Huhn und einen Kubikfaden Holz vom Haken, 1 bis 2 Fuder Heu und, falls sie Bier brauen, auch solches dem Grundherrn zu liefern; endlich haben sie 2½ Mark jährlich vom Haken zu zahlen<sup>1)</sup>.

Ausser den Naturalleistungen an den Grundherrn hatte der Bauer, was hier eingeschoben werden mag, auch kirchliche Abgaben in Naturalien und Geld zu zahlen. 1242 zahlten die bauerlichen Hintersassen im Stifte Dorpat an Synodal-Prokurationen: von je 2 Haken 1 Kulmit Roggen, von je 4 Haken 1 Kulmit Weizen, vom Haken 1 Kulmit Hafer. von je 2 Haken 1 Huhn, von 20 Haken 1 Fuder Heu<sup>2)</sup>. 1259 setzten die harrischwierischen Vasallen und der Bischof von Reval durch Vergleich fest, dass für die Synodalreisen des Bischofs vom Haken 2 Kulmit Roggen zu zahlen seien<sup>3)</sup>. 1252 Oktober 18 einigen sich der Orden und der Bischof von Kurland über die Dotierung der Kirche in der Diözese Kurland dahin, dass die Kirchspielsleute, die 19 Jahre alt sind, „beide Knechte und megede“ je 3 Pfennig jährlich dem Priester zahlen, ferner vom Haken je 1 Kulmit Roggen, Gerste und Hafer<sup>4)</sup>. Es finden sich also, wie wir sehen, neben den Abgaben in Naturalien auch schon solche in Geld, wenn auch in sehr geringen Beträgen; auch ist die Ablösungsmöglichkeit der Naturallasten vorgesehen. Auf eine weitere Abgabe, das Wartgut, werden wir noch gelegentlich der Besprechung der Heeresfolge zurückkommen.

Wir wenden uns nun den Diensten der Eingeborenen zu. Wie wir oben erwähnt haben, gehörte zu den Jura Christia-

<sup>1)</sup> L. U. B. I n. 490 S. 603 f. Der Text ist leider so verdorben, dass die Bestimmungen über die Heulieferung unverständlich sind. Es sei hier noch eine Urkunde angeführt, die sich zwar nicht auf Autochthone bezieht, aber hinsichtlich der Mannigfaltigkeit der Abgaben von Interesse ist. 1341 Juni 28 bestimmt Bischof Johannes von Kurland die Leistungen der schwedischen Zinsbauern auf der Insel Runö; sie haben zu geben: 1) den Zehnten von Feldfrüchten, von Lämmern und Zickeln, desgl. von Seehunden und von Fischen über den eigenen Bedarf, 2) für jedes Kalb und Fohlen, die bis Pfingsten am Leben bleiben, je 3 Markpfund Butter, 3) für jede milchende Kuh 3 Markpfund Butter, 4) für jedes lebende Ferkel 1 lübischen Pfg. und 5) 2 Öre „na wacken edder paggast-recht“ vom Haken. L. U. B. III n. 805a S. 139, s. C. Russwurm, Eibofolke I. 1855 S. 189.

<sup>2)</sup> L. U. B. I n. 173 S. 227.

<sup>3)</sup> L. U. B. I n. 337 S. 426, vgl. ib. n. 352 u. 475. 1 Külmit = ⅙ Lof — cf. oben S. 503 1 — schwankt zwischen 11,5 u. 14,2 Liter. Cf. Hans. U. B. I S. 352.

<sup>4)</sup> L. U. B. I n. 240.



norum auch der Anspruch auf die Dienste der Neubekehrten, die in der ersten Zeit sich auf militärische und rein kirchliche Zwecke beschränkten, auf Heeresfolge, Landesverteidigung, Burgen-, Kirchen und Wegebau. Dazu kamen dann mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung Acker- und Fuhrfron<sup>1)</sup>. Die erste Erwähnung solcher findet sich im Vertrage des Ordens mit den abgefallenen Kuren 1267; „Vier dage sal ein jegeliche arbeiden in dem lande, dar he sittet, den broderen, twe dage in dem somer und twe in dem winter“<sup>2)</sup>. Diese Bestimmung wird im Vertrage mit den Sengallen 1272 erweitert: „Vortmeir so sollen si to dem arbeit dienen twe dage in dem somer und twe dage in dem winter, also doch, dat in diessen vijer dagen von jegelicheme haken ein vore don sollen to vorende, wes dat is behoven, und die anderen jegeliken personen, die also alt sin, dat sie arbeiden mogen, die solen uns dienen mit iren hant arbeit, als hoie to slande oder holt to dragen und houwen, is dat it behuf is“<sup>3)</sup>. In den 1284 erneuerten Öselschen Statuten heisst es: „Item uno die arabunt dominis suis propriis hobus et propriis expensis, duobus vero metent“; wobei leider die Zeitbestimmungen nicht angegeben sind<sup>4)</sup>. Dann schweigen die Urkunden ein Jahrhundert lang; erst 1389 finden wir in einer weitläufigen Klageschrift des Rigaschen Domkapitels wider den Bischof von Kurland und den Orden wegen Eindranges in die Kapitelsgüter Dondangen und Targeln einen Hinweis auf Spann- und Handdienste der bäuerlichen Hintersassen. Es heisst dort, dass vor dem Eindrang die erforderliche Zahl an Menschen im Gebiete vorhanden gewesen „ad faciendum labores et negotia — et praesertim ad arandum agros, mansos, et seminandi atque metendi eosdem et alia faciendi, qui temporibus debitis — spectant ad agriculturam, ligna etiam secandi, prata et foena metendi — illaque ad debita et consueta loca deportandi“<sup>5)</sup>. Diesen Urkunden entnehmen wir, dass jedenfalls schon im 13. Jahrhundert und erst recht im 14. Jahrhundert die Eingeborenen zu Ackerfronden herangezogen wurden, deren Umfang, wie wir sehen werden, zunächst gering war und erst mit der zunehmenden Eigenwirtschaft der Grundherren im 16. Jahrhundert wachsen musste.

### 3. Gerichtsherrlichkeit.

Ein weiteres, auf die privaten Grundherren übergegangenes Hoheitsrecht war die Gerichtsgewalt des Herrn über seine bäuerlichen Hintersassen. Der Träger der Gerichtsherrlichkeit war

<sup>1)</sup> Vgl. O. Siebeck, Der Frondienst als Arbeitssystem. Zschr. f. d. gesamte Staatswissensch. Erg. H. XIII 1904.

<sup>2)</sup> L. U. B. I n. 405 S. 508. <sup>3)</sup> L. U. B. I n. 430/S. 543.

<sup>4)</sup> L. U. B. I n. 490 S. 603 f. <sup>5)</sup> L. U. B. III n. 1248 S. 524.

der mit dem Gerichtsbann vom König ausgestattete Landesherr. In Livland vereinigten die Bischöfe als königliche Markgrafen und Reichsfürsten die weltliche Gerichtsbarkeit (*jurisdictio civilis* oder *temporalis*) mit der geistlichen (*spiritualis*). Der Orden, der ursprünglich in einem Lehnverhältnis zu den Bischöfen stand, erlangte durch kaiserliche Privilegien gleichfalls die Gerichtsherrlichkeit in seinen Territorien. Bei Belehnungen übertrugen nun die Landesherren die Gerichtsgewalt, die nicht nur ein Herrschaftsrecht, sondern wegen der Bussezahlungen eine Quelle nicht unbeträchtlicher Einkünfte darstellte<sup>1)</sup>, auf die Lehnsträger, entweder in vollem oder in beschränktem Umfange. Die Verleihung der geistlichen Gerichtsgewalt konnte natürlich nur an eine geistliche Person, z. B. an ein Domkapitel, erfolgen, wie das auch geschehen ist<sup>2)</sup>; die Verleihung der weltlichen Gerichtsbarkeit, die für unsere Untersuchung allein in Betracht kommt, konnte sowohl an Geistliche als auch an Laien geschehen. Was nun den Umfang der verliehenen Gerichtsgewalt betrifft, so ist zwischen der niederen und der hohen Gerichtsbarkeit, des „Rechtes an Hals und Hand“, zu unterscheiden; erstere umfasste die bürgerliche und die niedere Strafgerichtsbarkeit, letztere die höhere Strafgerichtsbarkeit, den Blutbann<sup>3)</sup>. Es ist bisher angenommen worden, dass die höhere Strafgerichtsbarkeit ausschliesslich den harrisch wierischen Vasallen zugestanden hätte, da sie im Waldemar-Erichschen Lehnrecht erwähnt würde. F. G. v. Bunge, der 1838 diese Ansicht aufstellte, stützt sich auf die Tatsache, dass in dem bekannten Privileg Sigismundi Augusti von Polen vom 28. November 1561 die *nobiles Livoniae* ausdrücklich um Gewährung „*capitalis civilisque judicii*“ bitten, wie es die *nobiles Esthoniae ducatus* seinerzeit von den dänischen Königen erhalten und bisher ausgeübt hätten<sup>4)</sup>. v. Bunge übersieht, dass in der Urkunde von 1561 vom *capitale civileque judicium* die Rede ist, so dass es sich, da die Ausübung der Zivilgerichtsbarkeit von ihm selbst nicht bestritten wird, nur um Anerkennung, nicht um Neuverleihung eines Rechtes handeln kann. Auf

<sup>1)</sup> Vgl. I. W. Planck, Das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter I 1878 S. 138 ff.

<sup>2)</sup> 1248 VIII 16. Bischof Nikolaus von Riga bestätigt dem Rigaschen Domkapitel die Schenkungen Bischof Alberts, L. G. U. I n. 19. Als Gegenstück Urk. von 1256 L. U. B. I n. 288 S. 373: „*spirituali jure tantum nobis relicto*“.

<sup>3)</sup> Der hohen Gerichtsbarkeit unterstanden alle Verbreehen, die mit einer grösseren Busse als 4 solidi oder mit Verstümmelung und Tod bestraft wurden. Siehe H. Hoffmann, Der ländliche Grundbesitz Ermlands bis 1375. 1877 S. 24.

<sup>4)</sup> Gesch. Entwicklung der Standesverhältnisse in Livland etc. 1838 S. 15 u. 33 Anm. 99. Wiederholt in Gesch. des Gerichtswesens u. Gerichtsverfahrens in Livland etc. 1874 S. 6 u. 32.



diesen Irrtum v. Bunes haben bereits O. Schmidt<sup>1)</sup> und C. Schilling<sup>2)</sup> aufmerksam gemacht, ohne jedoch ihre Ansicht, dass die Halsgerichtsbarkeit nur den harrischen Vasallen zustand und erst viel später auch von den Vasallen der übrigen Territorien geübt wurde, zu ändern. Wir sind jedoch der

<sup>1)</sup> Dorpater Ztschr. f. Rechtswissensch. Bd. 5 1874. Dorpater Jur. Studien Bd. 3 1895 S. 153.

<sup>2)</sup> Satzungen des Waldemar-Erichschen Rechts S. 27–31. Schilling ist der Ansicht, dass die Halsgerichtsbarkeit gewohnheitsmässig erst mit dem Ausgleich der Rechtsgewohnheiten in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts auch auf die stiftischen Vasallen übergegangen sei, und stützt sich auf die Länflingeinigung des Erzbischofs Michael von Riga vom 31. Jan. 1494, wo es heisst: 7. Item hyr ys by tho weten, dat man nenen buren synen hals affgewinnen kan under uns beseten, dar sy denn de vaget by, an unde aver mit unsem landtknechte unde landtschrifer, dar de deff under ys. Unde de rechtfinder unde de öldesten, de dat recht ynbringen, schollen uth andern gebeten syn. 8. Item under unsen guden mannen schollen darby syn twe unser geswaren leyumanne, unde de rechtfinder unde de öldesten schollen syn under anderen guden mannen effte under uns besittlick. Wor de hals so nicht gewonnen is, ydt schal de haken richter vor keine schult erkennen. (Text bei Arbusow B. R. Anh. Nr. 27.)

Ferner stützt sich Schilling bei seiner Behauptung, dass die Halsgerichtsbarkeit etwa in der zweiten Hälfte des 15. Jahrh. auch den stiftischen Vasallen zugestanden habe, an' die Länflingsordnung des O. M. Piettenberg vom 24. Juni 1509, wo es heisst: „Item we syne luide an hals effte an hant richten will, de sall darto nemem twe des meisters manne, den dat witlick is dat dar recht na eynem lantrechte gerichtet sy effte werde“ (A. R. III n. 46 P. 8). Schilling übersieht hier, dass die Einigung von 1509 nur für die estnischen Gebiete des Ordens und des Bischofs von Reval und des Abtes von Padis Geltung hatte also von einer Rechtsgewohnheit der stiftischen Vasallen nicht die Rede sein konnte. Auch sonst ist die Beweisführung Schillings nicht stichhaltig. Besonders nicht der sehr verwickelte Versuch, eine verschiedene Bedeutung des Begriffes „herrschoep“ in den B. R. für Harrien-Wierland einerseits und die übrigen livländischen Gebiete andererseits zu konstruieren. Siehe Arbusow, B. R. S. 143 zu S. 41. Desgleichen sind die von ihm angezogenen Urkunden nicht für ihn beweiskräftig. Es sind deren vier: 1234 April 1 belehnte der Bf. Palduin von Semgallen 56 rigasche Bürger mit je 25 Haken in Kurland „Quod uncus cum decimis et omni jure possidebunt, sicut ceteri vasalli in Curlandia creandi. supremo tamen judicio nobis remanente“ (L. U. B. I n. 135 S. 173). Hieraus folgert Schilling, dass im Bistum Kurland die Vasallen die höhere Gerichtsbarkeit nicht gehabt hätten. Es handelt sich aber in der Urkunde von 1234, wie wir an anderer Stelle ausführlich ausgeführt haben (Lehnswesen S. 241 ff., vgl. S. 250), um Lehen de camera und zu minderem Recht. Abgegeben davon ist eine Verallgemeinerung der Vorenthaltung der Halsgerichtsbarkeit hier um so weniger am Platz, als bekanntlich Baldwin von Alna eigentlich nur Bischof in partibus war und in demselben Jahre 1234 aus der livländischen Geschichte verschwindet. Sein Bistum Semgallen hat mit dem späteren Bistum Kurland, das Schilling im Auge hat, nichts zu tun. Schilling führt ferner die Urkunden von 1284, 85 und 88 (L. U. B. I n. 490, III 498a, L. G. U. I u. 41) an, wo das *judicium saeculare* und die *jurisdictio temporalis* und *civilis* erwähnt werden. Diese Ausdrücke sollen jedoch nicht die niedere Gerichtsbarkeit bezeichnen, sondern die weltliche im Gegensatz

Ansicht, dass die Halsgerichtsbarkeit von Anbeginn an nicht allein den harrisch-wierischen Vasallen zustand, sondern auch sonst verliehen worden ist. Wir werden da zunächst zwischen den Stiften und dem Ordensgebiet zu unterscheiden haben. Was die Stifte betrifft, so ist von Bedeutung, dass die Bestimmung des W. E. R. über die Halsgerichtsbarkeit auch in das A. R. R. und die abgeleiteten Rechtsbücher übergegangen ist. Sie findet sich bereits in der ältesten Fassung des A. R. R. (Art. 3 § 2), die aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts stammt. Da das A. R. R., wenn auch ohne formale Geltung gehabt zu haben, jedenfalls als ein Niederschlag der Rechtsanschauungen des 14. Jahrhunderts anzusehen ist, so spricht die Erwähnung

zu der *jurisdictio spiritualis*, wie sich der Bischof vorbehielt. (*Jurisdictio civilis* in Urkunde 1225 L. U. B. I n. 70. *Omne jus temporale* in Urkunde 1231 L. U. B. I n. 109. *Omne jus spirituale et temporale* in Urkunde 1248 L. G. U. I n. 19 Fälschung. *Jurisdictio temporalis* in Urkunde 1252 L. G. U. I n. 21.) Wie Schilling diese Ausdrücke hat missverstehen können, ist schwer verständlich. Die Begriffe *saecularis* und *temporalis* sind ganz eindeutig; bei der Bezeichnung *civilis* hat Schilling offenbar an einen Gegensatz zu *criminalis* oder *capitalis* gedacht, was aber nicht dem Sprachgebrauch jener Zeit entspricht, wie wir zum Überfluss auch der Chronik Heinrichs entnehmen können, wo es X 15 vom Priester Alabrand heisst: „*Ut sicut in iure spirituali sic et eos (i. e. Thoredenses) expediat in civilibus causis, quod nos dicimus in iure seculari.*“ Dass der Ausdruck *civilis* identisch ist mit *secularis* oder *temporalis* geht auch aus der Urkunde von 1225 über die Teilung der Landschaft Tolowa zwischen dem Bischof von Riga und dem Orden hervor, wo letzterer sein Gebiet mit der *jurisdictio civilis* erhält (L. U. B. I n. 70, vgl. Bielenstein, Grenzen S. 416 n. 7). Endlich behauptet Schilling, dass in den Ordenslanden die Halsgerichtsbarkeit den Komturen in ihren Amtsbezirken noch über das 15. Jahrh. hinaus zustand, wobei er im Sinne der vorausgegangenen Beweisführung offenbar sagen will, dass den Ordensvasallen die Halsgerichtsbarkeit in dieser Periode nicht zustand. Als Beweis für seine Behauptung führt er eine Urkunde von 1290 an, in der es heisst, der Komtur von Windau solle behalten „*dat gantze gerichte*“ in seinem Gebiete. Hier liegt ein vollkommenes Missverständnis vor. In der Urkunde handelt es sich um eine vom O. M. vorgenommene Abgrenzung der Gebiete, Kompetenzen und Einkünfte der Komture von Goldingen und Windau. Der O. M. urkundet: „*dat wi gedeilet und gescheden hebben die husere unseres ordens Goldingen und Winda dorch ir beider nut u. bequemeit in rinthen und in koste, also dat dat hus to der Winda behalten sal dat gantze gerichte, dat lant und die termpten mit allen iren togehengnisse — mit alleme richte und rechte und tijtlicher nut*“ ausgenommen das Vorwerk Lansceden etc. etc. (L. U. B. I n. 536 S. 667). Es geht also aus der Urkunde hervor, dass unter den zeitlichen Nutzungen und Renten der Komtur auch die Gerichtsbarkeit in den ihm zugewiesenen Gebieten behalten soll, die, wie schon oben erwähnt, als eine Einnahmequelle und als ein nutzbares Recht galt. Dafür, dass den Ordensvasallen die Halsgerichtsbarkeit nicht zustand, bietet diese Urkunde nicht die geringsten Anhaltspunkte.

Wir mussten auf die Beweisführung Schillings näher eingehen, weil seine Auffassung grundlegend geworden ist. Siehe z. B. H. Frh. v. Engelhardt Beitr. z. Entstehung d. Gutsherrschaft in Livland, Dissert. 1897. S. 20 u. 102



der Halsgerichtsbarkeit dafür, dass dieses wichtige Recht schon zu Beginn des 14. Jahrhunderts den stiftischen Vasallen zugestanden hat. Diese Annahme wird durch den Umstand unterstützt, dass die Bestimmung über die Halsgerichtsbarkeit auch in das M. R. R. und U. R. R. überging und durch letzteres Rechtsbuch 1422 formale Gültigkeit erlangte<sup>1)</sup>. Dass die Vasallen des Stiftes Ösel-Wiek die volle Gerichtsherrlichkeit gehabt haben, geht hervor aus der Urkunde von 1284, in der es von den Bauern heisst: „teneantur etiam ad iura spiritualia et pontificalia et in aliis causis coram dominis suis stent iure iudicio seculari“<sup>2)</sup>. Von einer besonderen Verleihung der Halsgerichtsbarkeit findet sich weder damals noch vorher oder nachher eine Spur. Auch in den wenigen Lehnbriefen des 13. und der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, die uns überkommen sind, wird sie nicht ausdrücklich erwähnt; wie ja die Lehnurkunden überhaupt keine erschöpfende Regelung der Rechte und Pflichten des Belehnten enthalten. Die Livländischen Güterurkunden bringen für die Zeit bis 1350 acht Lehnbriefe; in den ersten drei aus den Jahren 1224, 1257 und 1269 ist kein Hinweis auf die Gerichtsbarkeit vorhanden; im vierten und fünften aus den Jahren 1277 und 1302 findet sich die Formel „cum omni iure“ und „pleno iure“, in den letzten drei aus den Jahren 1306 und 1350 die Formeln „cum omni honore, iudicio et iurisdiccione“, „cum iure et iurisdiccione“ und „mit richte und mit rechte“. Letztere Formel wiederholt sich in der Folgezeit immer wieder<sup>3)</sup>. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, dass diese allgemein gehaltene umfassende Formel bedeutet, dass die Belehnung mit der vollen Gerichtsbarkeit erfolgte. Im 15. Jahrhundert wird die Formel erweitert durch den Zusatz: zu richte und rechte, „hogest unde sidest“. Wir finden diesen Zusatz in den Güterurkunden zuerst 1437 im Erzstifte<sup>4)</sup>, dann 1443 im Stifte Dorpat<sup>5)</sup> und sonst häufig<sup>6)</sup>. Dieser Zusatz kann nur als eine formelhafte Erläuterung und Verstärkung des allgemein gehaltenen richte und rechte aufgefasst werden, er entspricht dem mittelalterlichen Ausdruck *iurisdiclio alta et bassa*<sup>7)</sup>. Wir haben oben gelegentlich der Auseinandersetzung mit der Lehrmeinung Schillings die erzstiftische Läuflingseinigug von 1494 erwähnt. Aus den angeführten Punkten 7 und 8 dieser Einigung geht einwand-

1) Siehe Lehnswesen S. 15 ff., v. Bruiningk, Zur Geschichte des U. R. R. Ztschr. f. Rechtswiss. VII 1882. Derselbe Mit. XXII S. 25.

2) L. U. B. I n. 490 S. 604.

3) Z. B. L. G. U. I n. n. 84. 85. 106. 290.

4) L. G. U. I n. 289. 5) Ib. n. 312.

6) Z. B. ib. n. n. 433. 522. 664. 667. 689.

7) L. U. B. III n. 1248 S. 511. Der Deutung v. Bruiningks Mitt. XXII S. 22 kann ich mich nicht anschliessen. Die dort angezogene Stelle aus Schiller und Lübben bezieht sich m. E. nur auf „dat hogeste“.

frei hervor, dass die erzstiftischen Vasallen damals die Halsgerichtsbarkeit besaßen. Punkt 7 behandelt das Halsgericht über die Bauern der Tafelgüter: „under uns beseten“, Punkt 8 das über die Bauern der Vasallen: „under unsen guden mannen“.

Schwieriger ist die Frage des Umfangs der Gerichtsherrlichkeit der Ordensvasallen. Es ist bisher angenommen worden, dass diesen überhaupt keine Gerichtsgewalt, oder höchstens die niedere zugestanden habe<sup>1)</sup>. Ersteres ist nach der Lage der Dinge ganz ausgeschlossen. Die Annahme, dass die Ordensvasallen überhaupt keine Gerichtsgewalt gehabt hätten, setzt voraus, dass die ganze Gerichtsgewalt in den Händen der Ordensbeamten, der Gebietiger lag. Es hätte also jede Bagatellsache: jeder geringfügige Streit, jede Unbotmässigkeit, jede Unregelmässigkeit in der Leistung von Abgaben oder Diensten, jeder kleine Diebstahl vor den Gebietiger des betreffenden Gebietes gebracht werden müssen, eine unhaltbare Vorstellung, wenn man bedenkt, wie umfangreich die Gebiete waren und wie sehr die Gebietiger durch militärische und andere Verpflichtungen in Anspruch genommen wurden. Schon die Ausübung der Gerichtsbarkeit über die Ordensbauern mögen sie als eine schwere Last empfunden haben. Ferner ist in Betracht zu ziehen, dass die Stellung eines Grundherrn gegenüber seinen Hintersassen einfach unhaltbar gewesen wäre, wenn er nicht wenigstens die niedere Gerichtsgewalt besessen hätte; es hätte ihm notwendig jede Autorität gefehlt. Man vergesse nicht, dass es sich um eine zum weitaus grössten Teil mit Waffengewalt unterworfenen Bevölkerung handelte, gewöhnt an Selbsthilfe und das Recht des Stärkeren, der das Christentum lange Zeit hindurch nur als ein dünner Firnis anhaftete, und die vor allem nichts weniger als treu und zuverlässig war. Es ist gewiss zuzugeben, dass die Stellung des Ordens zu seinen Vasallen eine andere war als die der Bischöfe zu den ihrigen. Er war nicht in dem Masse auf die militärischen Dienste der Vasallen angewiesen wie die Prälaten. Aber unter allen deutschen Landesherren jener Zeit gab es gewiss keinen, der in so hohem Grade staatsmännische Fähigkeiten und realpolitischen Blick besass wie der Deutsche Orden, der als ein organisatorisches Phänomen sich allen, auch den fremdesten Verhältnissen gewachsen zeigte und ohne Bedenken vom einem sonst angewandten Prinzip abwich, wenn die Verhältnisse es erforderten. In Preussen, wo er doch an Brüdern reicher und staatsrechtlich gesicherter war als in Livland, verlieh er allen seinen Vasallen die volle Gerichtsherrlichkeit, obgleich sie zu einem minderen, dem kulmischen Recht belehnt waren; ja sogar die preussischen Freien erhielten die niedere

<sup>1)</sup> Siehe Stavenhagen in A. R. I S. 85 Anm. Doch vgl. Arbusow B. R. S. 143.



Gerichtsbarkeit über ihre Hintersassen<sup>1)</sup>. Sollte da der Orden seinen Vasallen in Livland diese Rechte vorenthalten haben? Es fragt sich, wie mir scheint, nur, ob den Ordensvasallen bloss die niedere oder auch die höhere Gerichtsgewalt zustand. Der Umstand, dass sich in Lehnbriefen des Ordens kein Hinweis auf die Gerichtsgewalt des Belehnten findet, spricht nicht gegen deren Geltung, denn die Gerichtsgewalt floss nicht aus einer lehnrechtlichen Quelle; in den zahlreichen Lehnbriefen der zu kulmischen Recht belehnten Ordensvasallen in Preussen wird die Gerichtsherrlichkeit auch nicht erwähnt. Um so mehr müssen wir mit gelegentlichen Erwähnungen rechnen und daraus Rückschlüsse ziehen. Wenn wir die Einstellung des Ordens in seinen politischen Massnahmen in Erwägung ziehen, so spricht viel dafür, dass er seinen livländischen Vasallen wie in Preussen auch die höhere Gerichtsbarkeit verliehen habe, wenigstens in der ersten Zeit, schon aus dem Grunde, weil die unsicheren Verhältnisse eine Anspannung aller Kräfte, also auch die Heranziehung kriegstüchtiger ritterlicher Vasallen verlangte, und andererseits eine weitgehende Zentralisierung der Organisation noch nicht gestattete. Das gilt hauptsächlich für seine estnischen Gebiete: Jerwen, Ösel, Pernau, Fellin, Oberpahlen, Karkus etc. Hier, besonders in Jerwen, hat der Orden nachweislich zahlreiche Lehen ausgetan. Dass zu Beginn des 16. Jahrhunderts in diesen Gebieten den Vasallen die Halsgerichtsbarkeit zustand, geht aus der Läuflingseinigug des O. M. Plettenberg von 1509 hervor, von der oben schon die Rede war. Es werden dort die Gebiete von Jerwen, Pernau, Leal, Oberpahlen und Karkus als Geltungsgebiete der Läuflingsordnung ausdrücklich erwähnt. In Urkunden des 16. Jahrhunderts finden wir mehrfach dieselbe Formel wie in den stiftischen Urkunden. 1518 für den Hof zu Lude im Gebiete Helmet: „myth allem richte, rechte und rechticheiden“ und 1534 für den Hof Kublist im Gebiete Lais: „mit aller . . . richtigkeit und rechticheit“<sup>2)</sup>. Beide Urkunden beziehen sich auf Veräusserung und sind, wohlgemerkt, nicht Lehnbriefe, in denen, wie gesagt, diese Formel nicht vorkam. Es ergeben sich aber schon aus einer Urkunde des 13. Jahrhunderts Anhaltspunkte dafür, dass die Ordensvasallen in Jerwen die volle Gerichtsherrlichkeit besaßen. 1285 urkundet der Abt des Zisterzienserklosters Falkenau über einen Gütertausch in Jerwen

<sup>1)</sup> Siehe Plehn l. c. S. 25 u. 68, Aubin l. c. S. 11, Hoffmann, Ermland l. c. S. 27. Sogar Preussen erhielten ausnahmsweise die hohe Gerichtsbarkeit, z. B. die Söhne des Samen Ibuthe 1261, XII. 2. Siehe Ewald, Eroberung Preussens Bd. 4 S. 22.

<sup>2)</sup> L. G. U. II n. n. 289 u. 601. Wie H. v. Bruiningk in Mitt. XXII S. 26 mitteilt, finden sich im letzten Jahrzehnt des Ordensstaates noch einige Urkunden, die für die Halsgerichtsbarkeit der Ordensvasallen sprechen.

mit dem Orden: „Magister et sui fratres reddiderunt nobis... proprietatem eorum feodaliū bonorum, quae Theoderico de Goldembeke et suis legitimis heredibus a saepe dictis fratribus . feodali iure concessa fuerunt...; eadem bona possideamus et teneamus in silvis... aquis etc.... cum omni iure et iurisdictione temporali, sicut ad memoratum Theodericum dinoscantur omnia pertinere“<sup>1)</sup>).

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen glauben wir annehmen zu können, dass die Vasallen in den estnischen Gebieten des Ordens die volle Gerichtsherrlichkeit besessen haben. Es fragt sich nun, wie es in den anderen Gebieten des Ordens stand. Bei der geringen Zahl der Urkunden, die uns als Be- weise für das estnische Gebiet gedient haben, wäre die Annahme gestattet, dass das Fehlen von Urkunden für die nichtestnischen Ordensgebiete bloss ein Zufall ist, zumal die Urkunden aus Kurland, wo der Orden seit dem 15. Jahrhundert zahlreiche Lehen vergab, leider nur in sehr geringer Zahl veröffentlicht worden sind. Wir dürften also annehmen, dass auch in den nichtestnischen Ordensgebieten den Vasallen die Halsgerichts- barkeit zustand. Andererseits wissen wir, dass der Orden in der Verleihung von Rechten an seine Untertanen sich aus- schliesslich von machtpolitischen Grundsätzen leiten liess. So änderte er z. B. in Preussen seit der zweiten Hälfte des 14. Jahr- hunderts seine Gewohnheiten bei Belehnungen. Während er anfangs, als es für ihn galt, festen Fuss zu fassen, Lehen von grossem Umfang und mit voller Gerichtsherrlichkeit ausgetan hatte, vergab er nun bloss kleine Lehen und diese häufig nur mit der niederen Gerichtsbarkeit<sup>2)</sup>, ja er kaufte im 15. Jahr- hundert adlige Güter auf und zerschlug sie in bäuerliche Zins- güter<sup>3)</sup>. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass der Orden auch in seinen livländischen, nicht estnischen Gebieten und besonders in Kurland, wo er vollkommen souverän war und wo die Lehen anscheinend im Durchschnitt auch kleiner waren als im Norden, die Halsgerichtsbarkeit sich selbst vorbehalten hat, als eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle, und um die Machtbefugnisse seiner Vasallen auch in dieser Richtung zu beschneiden. Zwei kurländische Urkunden des 16. Jahr- hunderts würden für diese Annahme sprechen. Die eine von ihnen schildert ein Gerichtsverfahren im Jahre

1) L. U. B. III n. 498a S. 82. 1287 II 3 findet ein weiterer Austausch statt. Das Kloster erhält verschiedene Ländereien in Jerwen „cum omnibus iudiciis seu iurisdictionibus“. L. U. B. III n. 521a S. 87.

2) Siehe Aubin S. 10 u. 19.

3) Ib. S. 83.



1534 <sup>1)</sup>. Bauern eines Ordensvasallen verfallen dem Halsgericht des Ordenshauskomturs von Riga, doch ist es nicht ausgeschlossen, dass es sich hier um die Strassengerichtsbarkeit handelt, die der Orden sich aller Wahrscheinlichkeit nach in Livland ebenso vorbehalten hatte wie in Preussen. Die Urkunde bietet demnach keinen vollgültigen Beweis für die mangelnde Halsgerichtsbarkeit der Ordensvasallen in Kurland, dagegen ist eine andere Urkunde um so beweiskräftiger. 1559 Juni 10 verliet der O. M. Fürstenberg dem Sander Korff von Preekuln und seinen Erben „in seinen habenden Gütern das freie Halsgericht, solches hinfüro . . . wie es gebräuchlich zu halten“ <sup>2)</sup>.

#### 4. Das Landrecht der Eingeborenen.

Die Handhabung des Halsgerichts entsprach dem Brauche der altgermanischen Gerichtshegung. Das Urteil über den

<sup>1)</sup> 1534 verübten vier betrunkene Bauern des Johann Schöppinck von Bornsmünde in den Krügen der Ordensvasallen Wrangel und Bergh und auf der Heerstrasse nach Neugut Hausfriedenbruch und Raub. Der Hauskomtur von Riga, in dessen Gebiet Neugut die Verbrechen geschehen waren, liess sie gefänglich einziehen und beschied ihren Erbherrn Schöppinck zur Gerichtshegung. Dieser erhielt die Botschaft verspätet, worüber er sich nachher bitter beklagte, da er gehofft hatte, durch gute Zeugen seine „armen lude“ freimachen zu können. Inzwischen hatte der Hauskomtur drei Vasallen das Gericht hegen und sich durch einen von ihnen: Wrangel, vertreten lassen („ick en hebbe nicht mede im rechte geseten“). Die Sache lag böse für die Angeklagten, auf Raub stand das Rad. Einer der Angeklagten konnte sich lösen, ein zweiter wurde als wenig beteiligt freigelassen, die übrigen verfielen dem Spruch. Als Wrangel den Hauskomtur um Gnade für den Missetäter bat, herrschte dieser ihn an, es müsse ein Beispiel statuiert werden, „und is mislich geworden“, fährt Wrangel in seinem Bericht fort. „Darup hebbe wy den rechtfynders geßagt, dat ße vthgann undt eyn landtloepich recht inhalen ßulden, alße ße vor dem strengen (i. e. jüngsten) gerichte bokanth ßyn wolden. Darupp ßynth ße vorordelt worden“ (Geneal. Jb. 1907/08 S. 105). Diese Urkunde ist in mancher Hinsicht von Interesse; erstens übt nicht der Erbherr der Bauern oder üben nicht die Grundherren des Tatorts, je nachdem man das Forum domicilii oder das Forum commissi delicti voraussetzt, sondern der Ordensgebietiger die Gerichtsbarkeit aus, wobei es sich in casu allerdings um die Ausübung der Strassengerichtsbarkeit handeln könnte. Ferner ist von Interesse, dass der Gerichtsherr den Erbherrn der Missetäter zur Gerichtshandlung eingeladen hatte, was offenbar eine regelmässige Gewohnheit war, die hier um so deutlicher hervortritt, als der betr. Erbherr nicht zum Gebiete des rigaschen Hauskomturs, sondern zu dem des Vogtes von Bauske gehörte. Endlich ist auffallend, dass der Hauskomtur nicht persönlich das Gericht hegte, obgleich er anwesend war, sondern sich durch einen Vasallen vertreten liess. Es sind dies lauter Umstände, die uns vor Augen führen, wie lückenhaft unsere Kenntnisse vom bauerlichen Gerichtsverfahren noch sind.

<sup>2)</sup> Kurl. Güter-Chroniken NF. 1890 Beilage Nr. 26. Es wäre noch eine zweite Urkunde hier anzuführen. 1561 August 29 belehnte der O. M. Kettler den Wilhelm v. Efferm mit Nerft „mit dem vollkommenen Gerichte zu Hals und Bauch“. Ib. S. 99. Beide Urkunden nach neueren Abschriften verstümmelt.

Missetäter musste von seinen Standesgenossen gefunden werden. Aus den mehrfach angeführten Urkunden von 1494 und 1509 lernen wir das Verfahren kennen. Der Gerichtsherr hegte das Gericht; auf den Stiftsgütern der Stiftsvogt, auf den Domänen des Ordens der zuständige Gebietiger, auf den Lehngütern der Vasall, auf dessen Gebiet das Verbrechen geschehen war<sup>1)</sup>. Der die Gerichtsgewalt ausübende Vasall zog zwei Vasallen desselben Territoriums hinzu<sup>2)</sup>. Diese drei bildeten den Gerichtshof, der das von den bauerlichen Rechtfindern eingebrachte Urteil verkündete und unter Umständen, wie der Bestimmung der Plettenbergischen Einigung von 1509 zu entnehmen ist, auch eine Rechtsbelehrung gab.

Ein anschauliches Bild des Verfahrens im 16. Jahrhundert gibt uns Balthasar Russow in seiner 1578 erstmalig erschienenen Liffländischen Chronik. Er berichtet, es habe „... desülvige eddelman etlike andere vam adel nevenst etliken oldesten buren tho sick in den hoff gefordert; do hefft sick de junker des haves myt synen geförderten fründen neddergesettet unde den miszededer hervor bringen laten. Na der anklage hebben de menner vam adel, so im gerichte geseten, keinen ordel edder sententz gefellet, besondern gantz still geschwegen, denn de oldesten buren musten allewege na oldem herkamen des landes dat recht finden unde dat ordel aver den miszededer fellen“<sup>3)</sup>.

Dieses Verfahren widerstand dem Eindringen des römischen Rechts und überdauerte die Zeit der livländischen Unabhängigkeit. Wir finden bauerliche Rechtfinder noch im 18. Jahrhundert<sup>4)</sup>.

Bei der Rechtsprechung hatten die Rechtfinder sich nach dem für die Bauern festgesetzten Recht zu richten, das in unseren Quellen „Landrecht“ genannt wird<sup>5)</sup>, jedenfalls aber von dem Landrecht der einer anderen Rechtssphäre angehörenden Deutschen zu unterscheiden ist. Wir werden nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, dass schon sehr früh allgemeingültige, aus

1) Oder der Grundherr des Inkulpaten? Die Frage ist offen. Für die Zeit der Freizügigkeit ist wohl das Forum delicti commissi zu präsumieren, wie übrigens auch in Preussen. Vgl. Hoffmann, Ermland I. c. S. 25.

2) Vgl. auch B. R. der Wiek Kap. 8 § 2.

3) Script. rer. Liv. II. S. 28.

4) Vgl. v. Transehe, Gutsherr u. Bauer S. 41. A. 4. Über Rechtfinder in der späteren Zeit s. v. Bunes Archiv II S. 268 ff., IV S. 331 und die Mitwirkung von Rechtfindern beim Landgericht der Stadt Riga bei v. Bulmerincq, Mitt. XXI S. 223 ff.

5) Bezeichnend die Urkunde von 1424 L. U. B. VII Nr. 228, wo es heisst: „ok de gherichtet werden vor der ganczen pagesten, dar wy de oldesten des landes to vören, de en er recht afspreken, als en lantrecht utwyset“.



dem sächsischen Landrecht stammende strafrechtliche Ordnungen, im wesentlichen Busstaxen, desgleichen einige privatrechtliche, besonders das Sachen- und Erbrecht betreffende Bestimmungen mit Hinzuziehung der eingeborenen Ältesten festgesetzt worden sind. In den Verträgen mit den abgefallenen Öselern 1241 und 1255 waren, wie wir gesehen haben, sogar autochthone Rechtsgewohnheiten wie die Verbannung berücksichtigt worden; aber schon im Verträge mit den Kuren 1267 wird bestimmt, dass diese „alleme Liveschen rechte underdenich sin“ sollten. Mit Recht hat der Herausgeber der altlivländischen Bauerrechte Dr. L. Arbusow darauf hingewiesen, dass es sich hier nicht um geliehenes Livenrecht, sondern um deutsches Landrecht handele, das bereits 1282 mit *commune ius terrae* bezeichnet wird<sup>1)</sup>, ein Recht, das in seinen Grundzügen wohl in ganz Livland galt, und das im Unterwerfungsverträge der Semgallen 1272 „recht und gewohnheit des landes to Lettland und to Eistland“ genannt wird<sup>2)</sup>. Ob dieses älteste Landrecht jemals kodifiziert worden ist, wissen wir nicht; erst im 14. Jahrhundert hat eine Kodifikation des bauerlichen Landrechts stattgefunden, wie Arbusow auf Grund der Chronik des Hermann von Wartberge annimmt, wo berichtet wird, dass der O. M. Reimar Hane (1324—28) den Liven und Letten gewisse Ordnungen und Statuten erneuerte. Gleichzeitig oder bald darauf wurden in den verschiedenen Territorien die sog. Bauerrechte kodifiziert, die uns jetzt in einer bearbeiteten und kommentierten Ausgabe vorliegen. Leider sind die Texte so sehr verstümmelt, dass sie nicht selten trotz der grossen Sorgfalt, die der Herausgeber an ihre Aufzeichnung gewandt hat, unverständlich sind. Wir brauchen aber an dieser Stelle um so weniger auf sie einzugehen, als wir auf die scharfsinnige Untersuchung des Umfangs und der Bereiche ihrer Geltung in der erwähnten Neuausgabe verweisen können. Es genügt zu wissen, dass die Bauerrechte zwar Privatarbeiten waren, wie die meisten livländischen Rechtsbücher, jedoch wie diese ohne Zweifel im grossen und ganzen einen Niederschlag der herrschenden Rechtsgewohnheiten darstellen; sowie dass sie zum weitaus grösseren Teil Busstaxen, zum geringeren Teil privatrechtliche Bestimmungen enthalten. Eine Ausnahme machen das sog. Dorfrecht, das sich in einer jüngeren Rezension des A. R. R. findet und markgenossenschaftliche Rechte und Grenzstreitverfahren enthält<sup>3)</sup>, sowie das

<sup>1)</sup> B. R. S. 8 ff.

<sup>2)</sup> L. U. B. I n. 430 S. 543; vgl. dazu Arbusow B. R. S. 10 u. Schilling W. E. R. S. 108.

<sup>3)</sup> Die Geltung des ersten Teils des sog. Dorfrechts (A. R. R. 61—63) erscheint mir zweifelhaft, da die Bestimmungen, soweit sie überhaupt verständlich sind, sich auf markgenossenschaftliche Einrichtungen beziehen,

Bauerrecht der Esten in der Wiek, das nicht nur mehr privatrechtliche Bestimmungen enthält als die übrigen Bauerrechte, sondern auch in formaler Beziehung weit höher steht.

Endlich ist noch zu erwähnen, dass der Livländische Spiegel III, 56 den Grundherren das Recht erteilt, ihren Bauern „ein sunderlik recht“ zu geben, doch dürfe dieses Recht oder ein solches, das sich die Bauern selbst geben (se sülven kesen), dem allgemeinen Landrecht materiell nicht widersprechen, auch brauche ein „utwendich man“ sich ihm nicht zu unterwerfen „he en klage denn up erve eddergut edder umme schult“. Diese dem Sachsenspiegel III, 79 entnommenen, in das M. R. R. 239 u. 240 und U. R. R. übergegangenen Bestimmungen geben also nicht nur den Grund- und Gerichtsherren, sondern auch den Bauern eines Dorfes (oder Bezirkes) ein autonomes Recht zur Aufstellung lokaler Satzungen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, dass die Bestimmung des Livländischen Spiegels so gedacht ist, dass Grundherr und Hintersassen gemeinschaftlich das Dorfrecht beschliessen<sup>1)</sup>. Ein derart entstandenes Dorfrecht ist uns nicht überkommen.

Vom Urteil des Gerichtsherrn konnte Berufung an den Obergerichter eingelegt, das Urteil bescholten werden. Das entspricht so sehr den Rechtsanschauungen der Zeit, dass es eigentlich eines Beweises für diese Behauptung nicht bedarf. Es finden sich jedoch auch direkte Hinweise darauf. Abgesehen von den Bemühungen der Kurie während der Eroberung des Landes den Rechtszustand der Neophyten so zu gestalten, dass die Christianisierung nicht gehindert werde, weswegen ihnen ein Berufsrecht vom weltlichen Richter an den Bischof eingeräumt wurde<sup>2)</sup>, finden wir dieses Recht ausdrücklich festgesetzt

die sich in Livland nicht nachweisen lassen. Die gewannartige Flureinteilung im estnischen Gebiet, wie wir sie bis zur Streulegung der Dörfer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrh. finden, geht auf die schwedische Katastrierung Ende des 17. Jahrh. zurück; sie ist auch nur scheinbar, denn die gewannartigen Streifen sind stets individueller Besitz. Das Bild ist dasselbe wie bei den Reihenhufen der Kolonistendörfer im ostelbischen Deutschland, die ebenfalls eine Flurordnung nicht kennen. Vgl. R. Schröder, „Rechtsgeschichte“ 6. Aufl. 1919 S. 464 ff. Im übrigen waren die Markgenossenschaften der Urdörfer in Altdeutschland schon um 1200 in vollem Verfall, und eine Übertragung dieser veralteten Wirtschaftsordnung auf neugewonnene Gebiete fand nicht statt, wie die Kolonistendörfer des Ostens zeigen. Vgl. F. Keil, „Die Landgemeinde in den östlichen Provinzen Preussens“, 1890 S. 4. Die Art. 61—63 erscheinen in der jüngeren Rezension des A. R. R., s. v. Bunge, „Rechtsbücher“ S. 17, gehen in das M. R. R. 89—91 über und sind im U. R. R. bereits ausgelassen. Vgl. dazu Arbusow B. R. S. 142.

<sup>1)</sup> Vgl. Mitt. XXII S. 29.

<sup>2)</sup> Urkunden des Legaten Wilhelm v. Modena von 1225 August L. U. B. I n. 74 S. 80 und Bulle Gregor IX. von 1236 Febr. 23 ib. I n. 145 S. 187.



in den vom Bf. Hermann von Ösel 1284 erneuten Verordnungen für die Eingeborenen. „In quo (iudicio seculari) si ipsos gravari contigerit, possunt secundum mandatum apostolicum et ius gentium ad episcopum appellare“<sup>1)</sup>. Ferner finden wir die Berufung im B. R. für die Wiek Kap. 6, wo es heisst: „Wollt ihm (dem Bauer) sein Herr nicht helfen, so gehe er vor den obersten richter.“ Dieser wird auch erwähnt in Kap. 2 und 6.

In den Stiften war der oberste Richter der Bischof, der seine Gerichtsgewalt wohl regelmässig durch den Stiftsvogt ausüben liess, in Ordenslande der Gebietiger des in Betracht kommenden Gebiets. Wenn wir verhältnismässig gut über das grundherrliche Gericht, das etwa dem altdeutschen Hofgericht zu vergleichen ist, unterrichtet sind, so ist das leider viel weniger der Fall beim Privatrecht der Eingeborenen im 13. und 14. Jahrhundert. Was zunächst das Sachenrecht betrifft, so haben wir oben das Recht der Eingeborenen an unbeweglichen Sachen bereits behandelt. Das volle Eigentumsrecht an beweglichen Sachen ergibt sich daraus von selbst<sup>2)</sup>; es überdauerte, wie wir sehen werden, auch die Zeiten der Unfreiheit; die einzigen Beschränkungen liegen in der durch das Heimfallsrecht des Grundherrn bedingten fehlenden Testierbefugnis beim Aussterben aller Erbberechtigten<sup>3)</sup> und in dem Verbot der Veräusserung des zum Besatz des Bauernhofes notwendigen lebenden und toten Inventars. Letztere Beschränkung ist eine Begleitererscheinung der beginnenden Schollenpflichtigkeit, bildete sich also erst im 14. Jahrhundert aus.

Das Erbrecht der freien Eingeborenen haben wir gleichfalls oben kurz berührt. Im Vertrage mit den Öselern 1255 heisst es: „Ut nulla inter eos vacare possit hereditas ad usum domini terrae, quam diu aliquis reperitur, qui in sua parentela quidpiam ad emendam homicidii noscitur persolvisse“<sup>4)</sup>. Und im Vertrage mit den Kuren 1267 P. 8: „Ein jegelike erve solen sie erheven in dem vijrden knie, also doch, dat sin here in sime rechte en genen schade neme.“ P. 9: „Vortmeir, war dat he sich nidersettet to wonen, dat sal he hebben vor ein ewich erve, so die stede en gene erve nicht en hevet“<sup>5)</sup>. Da die älteren Rechtsquellen die Verwandtschaft überhaupt nur bis zum fünften Gliede rechnen<sup>6)</sup>, war das Erbrecht der Kuren unbeschränkt, und zwar erstreckte es sich, wie die Bauerrechte ausweisen, auf

1) L. U. B. I n. 490 S. 604.

2) Vgl. auch B. R. der Wiek I 3, X, XI 2, 3 und Mitt. XXII S. 12 ff.

3) Vgl. auch B. R. der Wiek I 5 und dazu Arbusow B. R. S. 77.

4) L. U. B. I Nr. 285 S. 369. Dazu III R. S. 22.

5) L. U. B. I n. 405 S. 508 ff.

6) Vgl. Liv-, Est-, Kurländ. Privatrecht Art. 256 Anm.

beide Geschlechter und die Seitenverwandten. Die Söhne schliessen die Töchter aus, die sie beraten müssen<sup>1)</sup>. Die Frau hatte Anspruch auf die Fahrhabe des Mannes, als Witwe hatte sie ein Erbrecht gleich den Töchtern, solange sie unverheiratet blieb<sup>2)</sup>. Das Erbrecht der Eingeborenen entsprach mithin dem des älteren deutschen Landrechts.

Was das Familien- und Eherecht betrifft, so entwickelt es sich nach der Christianisierung entsprechend den kanonischen<sup>3)</sup> und deutschrechtlichen Satzungen; es erhielten sich jedoch noch lange Sitten und Gewohnheiten aus der heidnischen Zeit, wie ja Überlieferungen nirgends so fest wurzeln als gerade im Familienleben. Die livländischen Bauerrechte enthalten nur wenige Bestimmungen, die mit Familien- und Eherecht in Zusammenhang stehen, so das B. R. der Wiek I, wo in § 1 Brautleute bei einer Strafe von 50 Mark angehalten werden, sich binnen acht Tagen nach dem Verlöbnis in der Kirche trauen zu lassen, und wo in §§ 2 und 3 die Vermögensauseinandersetzung geschiedener Ehegatten geordnet wird. In B. I 10 und B. II 27 finden sich die oben erwähnten Bestimmungen über die Rechte der Ehefrau an der Fahrhabe ihres Mannes. Die vom livländischen Landtag am 28. Januar 1422 erlassene allgemeine Landesordnung, die sich in erster Linie mit dem religiösen und sittlichen Leben der Eingeborenen beschäftigt, enthält auch Vorschriften über die Ehe, verbotene Ehegrade, bössliche Verlassung oder Verstossung der Ehegatten, Verbot der Ehen Geschiedener bei Lebzeiten des Ehegatten und Entführung<sup>4)</sup>. In derselben Richtung bewegen sich die Statuten des II. Rigaschen Kirchenkonzils vom Februar 1428, die im wesentlichen den Dekretalen P. Gregors IX. entsprechen<sup>5)</sup>.

Eingriffe des Grundherrn in das Familienrecht seiner bäuerlichen Hintersassen fanden nicht statt. Weder in der ersten Periode, noch in der Zeit der Schollenpflichtigkeit finden sich Spuren von Ehekonsens des Grundherrn, geschweige denn von noch einschneidenderen Rechten bei Ehen der weiblichen Untertanen<sup>6)</sup>.

1) B. I 10 Abs. 2. 11 und 17. B. II 16.

2) B. I 10 Abs. 1. 11. B. II 27. Vgl. auch B. R. W. 1—4, wo das Eingebachte und die Morgengabe geregelt werden.

3) L. U. B. In. 13 S. 16, n. 145 S. 187. Die verschollenen Statuten der Rigaschen Provinzialsynoden von 1226 und 1258 erwähnt L. Arbusow jun., Einführung der Reformation in Livland S. 59 Anm. 1 und desselben B. R. S. 90, 5.

4) Arbusow B. R. S. 93 n. 18. Vgl. v. Bruiningk. Mitt. XXII. S. 17.

5) L. U. B. VII Nr. 690. Vgl. Arbusow B. R. S. 94 n. 20. v. Bunge, Beiträge zur Kunde d. Livl. etc. Rechtsquellen, 1832, S. 62 ff.

6) Vgl. v. Bruiningk, Mitt. XXII S. 14/19 und 21. Mit Recht weist v. Bunge, Standesverhältnisse, S. 30 Anm. 80, darauf hin, dass auch im B. R. W. I 2 von einem Ehekonsens nicht die Rede ist, wiewohl an dieser Stelle dazu Veranlassung gewesen wäre.



### 5. Heeresfolge der Eingeborenen.

Wenn wir die Summe der privaten und öffentlichen Rechte ins Auge fassen, die der private Grundherr seinen Hintersassen gegenüber ausübte, so ergibt sich ein vollständiges Untertanenverhältnis. Die Beziehungen der Bauern der privaten Grundherrschaften zum Landesherrn beruhten, da eine Bede, eine landesherrliche Grundsteuer, in Livland nicht existierte, ausschliesslich im Berufsrecht vom Hofgerichte des Herrn und in der Verpflichtung zur Heeresfolge und sonstigen militärischen Diensten. Aber auch hier scheint sich noch in der ersten Periode die Person des privaten Grundherrn zwischengeschoben zu haben, wie eine Urkunde von 1346 vermuten lässt. Es heisst hier von verpfändeten Gütern in Harrien und Wierland: „Sed Estones, in bonis huiusmodi residentes, dominum, cujus bona sunt propria, prout sui proprii Estones, in malvam et in expeditionem sequuntur“<sup>1)</sup>. Das Aufgebot der estnischen Hintersassen direkt durch ihre Grundherren entsprach also offenbar einer Gewohnheit der Lande Harrien und Wierland. Dieser Gewohnheit trug der Orden, als er diese Landschaften von Dänemark übernahm, in weitem Masse Rechnung in der die Heeresfolge seiner neuen Untertanen regelnden Handfeste des H. M. Heinrich Tusmer vom 25. Mai 1350<sup>2)</sup>, wonach Geistlichkeit und Vasallen ihre Güter bei Feldzügen jenseits der Narowa und der Düna in der Weise verdienen müssen, dass „de singulis centum uncis tres viros, scilicet unum virum Theutonicum probum. recentem et valentem. bene armatum et duos alios contrerraneos viros, adinus galeas et clipeos habentes cum equis suis sub eorum damno ac sumptibus propriis et expensis ad expeditionem ac reisam... mittere teneantur“. Jeden Zweifel daran, dass unter contrerranei viri kriegspflichtige Hintersassen der Vasallen gemeint sind, beseitigt der Nachsatz zu obiger Bestimmung: „Homines tamen nostros ad castra nostra in antedictis terris pertinentes. in praedicto articulo volumus non includi, sed liberum erit nobis de eisdem hominibus disponere.“

Darüber, wie es mit der Kriegsdienstpflicht der Hintersassen der stiftischen Vasallen stand, schweigen die Urkunden. Es ist jedoch wegen der engen Rechtsgemeinschaft der stiftischen Ritter mit denen von Harrien-Wierland und wegen ihrer sonstigen Machtstellung anzunehmen, dass ihnen gleichfalls das Aufgebot ihrer Hintersassen zustand. Dagegen dürfte es wohl ausgeschlossen sein, dass der Orden in seinen Gebieten mit Ausnahme eben Harrien-Wierlands auf das Recht, alle seine

1) L. U. B. II n. 846 S. 401.

2) ib. n. 900 S. 458 ff.

Untertanen seinen kriegerischen Zwecken dienstbar zu machen, zngunsten seiner Lehnleute verzichtet hätte. In Preussen behielt sich der Orden das Recht auf alle öffentlichrechtlichen Leistungen seiner Untertanen mit ganz seltenen Ausnahmen vor<sup>1)</sup>. Dieses Recht war insofern von grosser Bedeutung, als es sich ja nicht allein um die Heeresfolge, also die Kriegsdienste i. e. S. der bauerlichen Hintersassen handelte, die vom militärischen Standpunkte aus nur äusserst niedrig eingeschätzt wurden<sup>2)</sup>, sondern vor allem um Fuhrenstellung während der Feldzüge zur Beförderung des umfangreichen Trosses, sowie um die Verpflichtung zur Arbeitsleistung beim Bau von Burgen, Brücken und Wegen, endlich um die Zahlung verschiedener Steueru, besonders des sog. Wartgeldes oder Wartgutes. In Preussen erscheint diese Steuer nach den Untersuchungen Töppens zuerst 1280, ist aber jedenfalls älter; sie wird nicht vom Orden auferlegt, sondern von den Ständen bewilligt: „von bethe der herrin“, ist also ihrem Wesen nach der Beede verwandt<sup>3)</sup>. In livländischen Urkunden wird das Wartgut bereits 1253 und 1259 erwähnt; in einer Urkunde von 1341 finden wir eine Definition: „Pretium speculationis, quod Wartgut dicitur.“ Das Wartgut war also eine Steuer zur Erhaltung des Kundschafter- und Grenzdienstes; sie kommt, soweit mir bekannt ist, zuletzt 1431 vor und wird ausschliesslich in Kurland erwähnt, wo sie durch den Orden und den Bischof erhoben wird<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> s. Aubin l. c. S. 11.

<sup>2)</sup> Die Kriegstüchtigkeit der Eingeborenen nahm naturgemäss von Jahr zu Jahr ab. In den winterlichen Raub- und Beutekriegen des 13. Jahrhunderts hatten ihre Dienste noch einen gewissen Wert gehabt. Vgl. das sehr übertriebene Urteil von R. K. (Klaustin) in Balt. Mon. Bd. 70, 1910, S. 359. Später, wo es sich um Kriege mit ernsteren Feinden und vorwiegend um Reiterkämpfe handelte, bildeten die Bauern den Tross. Ein sehr abfälliges Urteil fällt 1431 ein preussischer Ordensgebietiger über die Kuren im livländischen Heer: „den is nur lose und blos folk ist und doch gleichwol futiern und czeren will“. L. U. B. VIII Nr. 507. Vgl. auch ib. n. 510 und 724 und XI n. 477.

<sup>3)</sup> M. Töppen, Zinsverfassung Preussens S. A. S. 33 ff. Aubin l. c. S. 30 hält das Wartgut für eine Ablösung der persönlichen Wachtdienste.

<sup>4)</sup> L. U. B. I n. 250 S. 330, n. 343 S. 438, n. 536 S. 668, II n. 803 S. 340, VIII n. 440 S. 257. Ferner wird das Wartgut in einer Urkunde des H. M. von 1399 L. U. B. IV n. 1491 S. 342 erwähnt. Stavenhagen A. R. I S. 85 Anm. 2 stellt die Frage, ob das Wartgut nicht auch im Erzstift erhoben wurde. Die Urkunde ist dunkel. Ich würde ihr eher entnehmen, dass das Wartgut weder im Erzstift noch im übrigen Livland (mit Ausnahme Kurlands) erhoben wurde. In welchem Verhältnis dazu der später vorkommende „Wartmann“ steht, bedarf noch der Aufklärung, s. L. U. B. V. n. 2085 JS. 154 d. a. 1416 und v. Zoëge-Manteuffel, Fam.-Gesch. n. 31 d. a. 1548. In einem Lehnbrief des O. M. Mengede von 1468 wird ein Gesinde „mit twen wardgutern“ an der Grenze von Pleskau verlehnt. L. G. U. I n. 443. Hier handelt es sich offenbar um eine Art Dienstlehen gegen Grenzdienst.



## 6. Die Entstehung der Gutshöfe.

Wir haben oben gesehen, dass die privaten Grundherrschaften dadurch entstanden, dass die Landesherren geeignete kriegstüchtige Personen für die von ihnen zu leistenden Kriegsdienste mit Ländereien der Eingeborenen belehnten, entweder mit ganzen benannten Gebieten oder mit einer Summe von Haken. Die Lehnsgüter der ersten Periode haben wir uns demnach als einen Komplex von Dörfern und Höfen der Eingeborenen mit dem dazwischenliegenden Walde und Unlande vorzustellen. Feste Grenzen zwischen den einzelnen Lehen oder zwischen den Lehen und den landesherrlichen Ländereien gab es zunächst ebenso wenig als zwischen den Dörfern, da der Wald, die „Wildnis“, die in ungeheuren Flächen das unwirtliche Land bedeckte, als eine *res nullius* betrachtet wurde, an der sowohl die Grundherren als auch die Hintersassen ein unbegrenztes Nutzungsrecht hatten. Bloss die Bienenbäume im Walde, die in der Wirtschaft eine wichtige Rolle spielten, waren Privateigentum einzelner. Von einer Niederlassung der Belehnten auf ihrem Besitz konnte in der ersten Zeit wegen der Unsicherheit der Verhältnisse nicht die Rede sein. Nur dort, wo Burgen als militärische Stützpunkte errichtet wurden, konnten die Vasallen ihren Wohnsitz auf ihren Lehnsgütern nehmen, wie z. B. im Erzstife die Ritter Daniel und Theodorich in Lennewarden und Kokenhusen<sup>1)</sup>, Konrad de Meyendorpe in Üxküll<sup>2)</sup>, Johannes de Dolen in Dolen<sup>3)</sup>; oder sie residierten auf einer landesherrlichen Burg, wie die mit je einem grossen Gebiete (Kylgunde) belehnten dörptschen Vasallen Dietrich, Engelbert de Thysehusen, Hel mold de Luneborg und Johannes de Dolen in Odenpäh<sup>4)</sup>. Die weitaus meisten Vasallen mussten zusehen, wie sie zu ihren Lehnbezügen kamen, was bei den grossen Entfernungen und dem Mangel an Verkehrsstrassen seine grossen Schwierigkeiten hatte, wenn wir auch annehmen müssen, dass die Lehen der ersten Zeit meist in der Nähe landesherrlicher Burgen lagen. Mit zunehmender Befriedung des Landes konnten die Ritter daran denken, an geeigneten Stellen ihrer Grundherrschaften Wirtschaftshöfe einzurichten, die in erster Linie Erhebungsstellen für die Naturalabgaben der Hintersassen waren, dann aber auch zeitweilig oder dauernd Wohnsitze des Ritters wurden. Dieser Vorgang nahm an Häufigkeit im Verhältnis zur fortschreitenden Befriedung des Landes zu, fand also in den ein-

1) Heinr. chron. V 2.

2) s. v. Transehe, Lehnswesen S. 28 Anm. 3.

3) ib. S. 24. Anm. 2, S. 28 Anm. 4.

4) Heinr. chron. XXVIII 8 ad 1224. Es sei ausdrücklich betont, dass es sich hier nicht um sog. Burgmannen, sondern um Vasallen handelte.

zeln livländischen Territorien zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenem Umfange statt. Sobald der Ritter sich eine Burg oder doch einen befestigten Hof zu dauerndem Aufenthalt errichtet hatte, lag es nahe, dass er sich dort nach der Art seiner niedersächsischen Heimat einrichtete, indem er die für seinen Haushalt nötigen Gärten und Äcker anlegte. Letzteres schon, um sich von dem nicht immer sicheren Eingang der Abgaben seiner Hintersassen bis zu einem gewissen Grade unabhängig zu machen. Beim festen Hause des Ritters entstand also ein Vorwerk (allodium), eine Art Gutshof, von dem aus die Landwirtschaft betrieben wurde. Es fragt sich nun, welches Land dem Ritter zur Anlage seiner Äcker zur Verfügung stand? Seine Grundherrschaft umfasste, wie wir gesehen haben, die Ländereien seiner zinspflichtigen Hintersassen und die dazwischenliegenden Wälder, Moore und Ödländereien. Zunächst hatten nur die besetzten Haken einen Wert, da diese allein eine Einkommenquelle darstellten, sobald aber der Vasall sich auf dem Lehngut niederliess, gewannen auch die unbesetzten Haken einen Wert, weil sie ihm die Möglichkeit boten, auf den liegen gebliebenen Äckern einen Wirtschaftshof einzurichten. Solcher unbesetzter oder wüster Haken gab es von Anfang an in grosser Zahl; das brachte die Kriegsführung jener Zeit mit sich. Die Feinde wurden entweder erschlagen oder in Gefangenschaft geführt, die bewegliche Habe geraubt und die Gebäude verbrannt; es blieb nur der Grund und Boden übrig. Auch bei der Unterwerfung der aufständischen Eingeborenen entstanden naturgemäss infolge des Todes oder der Flucht der Besitzer zahlreiche unbesetzte Bauernhöfe<sup>1)</sup>. Solche Ländereien blieben wegen Menschenmangels noch lange unbesetzt. 1287 finden wir sogar in dem verhältnismässig dicht bevölkerten Jerwen wüste Bauernhöfe<sup>2)</sup>. In den Urkunden des 14. Jahrhunderts, die wirtschaftliche Verhältnisse eingehender berühren, werden häufig ueben dem formelhaften „haken besatt u. unbesatt“ wüste Haken erwähnt, zweifellos die Folge der furchtbaren Verwüstung durch die zahlreichen Einfälle der Litauer und Russen während dieser Epoche<sup>3)</sup> und der durch Misswachs und die allgemeine

<sup>1)</sup> Loci vacantes, in quibus Curoni apostatae sunt occisi et alii profugi recesserunt. L. U. B. I. n. 362 S. 462 ad 1267.

<sup>2)</sup> L. U. B. III n. 521a S. 86 ff. Der Orden überlässt dem Kloster Falkenau „integram villam Lykewalde dictam cum vacua villatura Vyavere dicta, quae wüste dorpsukinge dicitur, ferner noch 3 Dörfer mit je einer solchen wüste dorpsukinge.

<sup>3)</sup> Litauereinfälle: 1298, 1307, 1323, 1329, 1330, 1345, 1346, Russeneinfälle: 1340, 1343, Estenaufstand in Harrien und Öselwiek 1343–45, Bürgerkrieg in Ösel 1381, Krieg des Ordens gegen Dorpat 1396/97. Über Verödung des Landes durch Kriege s. Arbusow, Grundriss S. 76.



Geldentwertung hervorgerufenen Hungerjahre der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts<sup>1)</sup>. Diese wüsten Haken standen den Grundherren zur Verfügung, wenn sie sich einen Wirtschaftshof einrichten wollten; andernfalls mussten sie entweder bebautes Land von den eingeborenen Besitzern kaufen oder aber unbebautes Land roden. Beides ist natürlich vorgekommen<sup>2)</sup>, das eine dort, wo zufällig kein wüstes Land zur Verfügung stand, das andere dort, wo es sich um Erweiterung und, wie wir heute sagen würden, Arrondierung der Hofsländereien handelte.

Wenn v. Engelhardt annimmt, dass die Gutshöfe „vorzugsweise auf Neuland entstanden“ seien<sup>3)</sup>, weil die Qualität der jetzigen Hofsfelder durchschnittlich geringer sei, als die der Bauernäcker, so beruht das, wie mir scheint, auf einem Irrtum. Die jetzigen Hofsfelder brauchen durchaus nicht identisch zu sein mit denen des 14. und 15. Jahrhunderts. Man bedenke, welche Stürme über Livland bis zum Jahre 1687 dahingebraust waren, in welchem die schwedische Regierungskommission diese von Engelhardt als Beweis für seine Annahme angeführte Beobachtung machte. In der Zeit von 1558—1660 hat Livland nur wenige Friedensjahre erlebt. Zu Anfang des 17. Jahrhunderts war das Land tatsächlich eine Wüstenei; Reisende, die das Land durchzogen, stiessen tagelang nur auf Trümmer menschlicher Wohnungen. Zwischen Dorpat, Riga und Pernau wurde, wie es hiess, „kein Hund und kein Hahn mehr gehört“<sup>4)</sup>. Die Äcker, insbesondere die Hofsfelder waren, wie wir aus den Berichten der schwedischen Revisionskommissionen von 1630 und 1638 wissen, zum grossen Teile mit Wald bedeckt; neue Äcker mussten durch Rodung gewonnen werden<sup>5)</sup>. So entstanden die Hofsfelder von 1687, die dann durch den grossen Nordischen Krieg abermals eine vollständige Verwüstung er-

1) 1442 fanden sich in der Ordensvogtei Nyenslot in Wierland 50 besetzte und 22 unbesetzte Haken, in der Vogtei Karkus 1033 besetzte und 354  $\frac{1}{4}$  unbesetzte Haken, von 24 Haken war es noch zweifelhaft ob sie besetzt bleiben würden oder nicht. S. unten S. 554. A. 3. Ob die in Urkunden des 13. und 14. Jh. häufig formelhaft vorkommenden *agri culti et inculti*, später ackeren gebawet oder ungebawet (L. G. U. I n. 73 ff.), gleichzusetzen sind den später vorkommenden haken besatt und unbesatt, ist fraglich. v. Engelhardt l. c. S. 90 ff. bringt die Erwähnung der wüsten Haken mit der Läuferlingsfrage in Zusammenhang, weil er sie zuerst 1402 zu finden glaubt.

2) Von Veräusserung von Äckern durch Eingeborene ist oben S. 497 die Rede gewesen. Von einem durch Rodung entstandenen Hofe spricht eine Urkunde von 1439. Der E. Bf. belehnt den Hans Renne mit einem Hof der „nun neulich zu Teuren genannt ist und den derselbe H. R. erstlich aus der Wildnuss genommen und aufgebaut hat.“ L. G. U. I n. 297.

3) Gutsherrschaft, S. 34.

4) s. Arbusow, Grundriss S. 213.

5) s. v. Transehe, Gutsherr u. Bauer S. 26 ff. u. passim.

fuhren, so dass die jetzigen Hofsfelder nicht einmal die von 1687, geschweige denn die des Mittelalters zu sein brauchen<sup>1)</sup>. Welche Veränderungen im Laufe der Zeiten stattgefunden haben, spürt man beim Durchblättern der livländischen Güterurkunden. Welch eine Fülle verklungener Namen von Gutshöfen, Dörfern und Einzelhöfen, über deren Marken der Pflug gegangen ist oder die von dichtem Walde überwuchert worden sind! In jenen kriegerischen Zeiten, wo Freund und Feind „rovede und brante“, änderte sich die Oberfläche des Landes gar schnell. Und nicht nur Gutshöfe entstanden auf wüsten Bauernhaken, auch Dörfer und Bauernhöfe auf wüsten Hofsländereien, wie wir aus den schon im 15. und 16. Jahrhundert mehrfach vorkommenden Namen „howestede“ für bauerliche Siedlungen erkennen können<sup>2)</sup>.

Wir werden nach dem oben Ausgeführten kaum fehlgehen, wenn wir annehmen, dass die Hofsländereien hauptsächlich auf unbesetzten Bauernhöfen, den „wüsten Haken“, angelegt worden sind. Schliesslich ist noch der Fall zu erwähnen, dass Bauernhöfe auch auf friedlichem Wege nach Aussterben der Erbberechtigten vakant werden konnten und dann durch Heimfall an den Grundherrn kamen, der sie entweder neu besetzen oder einziehen konnte. Zu einer zwangsweisen Einziehung, dem in der Wirtschaftsgeschichte der Kolonialländer so berechtigten „Bauernlegen“ lag in dieser Periode, wo die Hofsländereien nur von geringem Umfang waren und die Grundherren ihren Bedarf durch reichlich vorhandene wüste Haken decken konnten, keine Nötigung vor. Selbstverständlich kamen auch Übergriffe vor; die Zeiten waren rauh, und die schwer um ihr Dasein kämpfenden, von Gefahren aller Art umgebenen Ordensherren und Ritter blieben in der Wahl ihrer Mittel gewiss nicht immer in gesetzlichen Schranken. So berichtet bereits der Chronist Heinrich zum Jahr 1212 von einem Streite der Liven von Autine mit den Brüdern des Schwertordens um Äcker der Liven<sup>3)</sup>. Auch später finden wir Hinweise auf Bedrückungen der Eingeborenen durch den Orden, allerdings in Urkunden, die unbewiesene Behauptungen der Ordensfeinde enthalten und ohne dass direkt von Einziehung besetzter Haken die Rede ist<sup>4)</sup>. Die allgemein als

1) Nicht verständlich ist, warum v. Engelhardt l. c. die oben angeführte Beobachtung einen „ferneren Beweis“ für seine Behauptung nennt; vorher ist bloss von Abtretung von Land durch die Eingeborenen die Rede, wobei es sich doch selbstverständlich nur um Äcker handeln konnte, da dem Ritter unbebautes Land in grosser Menge zur Verfügung stand, das er nicht erst zu erwerben brauchte.

2) s. Brieflade I n. 282, 335, 465, 867 u. 922.

3) Heinr. chr. XVI 3.

4) L. U. B. II n. 700, 710, 778.



Beweis für frühzeitiges Bauernlegen angeführte Urkunde des Bischofs Johann von Reval vom 8. Dezember 1280<sup>1)</sup> ist in ihrer Bedeutung bereits von v. Engelhardt ausführlich klargelegt worden<sup>2)</sup> Es handelt sich dort um einen Vertrag des Bischofs von Reval mit den harrisch-wierischen Vasallen wegen kirchlicher Abgaben. Die Vasallen lösten den dem Bischof gebührenden Zehnten von ihren Vorwerken durch einmalige Hergabe von 60 Haken Landes ab und verpflichteten sich, in Zukunft Bauernland, von dem der Bischof den Zehnten vom Zehnten zu erheben berechtigt war, nicht einzuziehen, d. h. mit ihren nunmehr abgabenfreien Hofsländereien nicht zu vereinigen. Dass es hierbei dem Bischof auf die Erhaltung seiner Einnahmen und nicht auf ein Verbot des Bauernlegens ankam, geht schon daraus hervor, dass alle Mittel zur Verwandlung des Bauernlandes in Hofesland genannt werden: Drohung, Misshandlung, Überredung und Geld, ganz abgesehen davon, dass der Bischof von Reval garnicht in der Lage war, den dänischen Vasallen etwas zu verbieten, da er weder ihr Lehns- noch ihr Landesherr war.

## Kapitel II.

### Gab es im 15. Jahrhundert in Livland Gutsherrschaften?

Nach der in der Wirtschaftsgeschichte allgemein geltenden Ansicht führte in den deutschen Kolonialländern die Ausbildung der Gutsherrschaften zur Fesselung der Bauern an die Scholle, indem die vergrößerte Eigenwirtschaft der Grundherren einer

<sup>1)</sup> L. U. B. I n. 467. S. 583. u. Bestätigung durch König Erich Glipping von 1281 VII 17 ib. n. 475 S. 589, vgl. n. 486 u. 487 S. 600 ff. und v. Bunge, Estland S. 193 (nicht richtig aufgefasst)

<sup>2)</sup> l. c. S. 36/40. Die Urkunde ist trotzdem später in falschem Sinne ausgenutzt worden von A. Agthe in seiner tendenziösen Schrift „Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“ Ztschr. f. d. ges. Staatswiss. Bd. XXX 1909 S. 9 und neuerdings ganz missverstanden von H. v. Foelckersahm „Die Entwicklung der Agrarverfassung Livlands und Kurlands und die Umwälzung der Agrarverhältnisse in der Republik Lettland“, Greifswalder staatswissenschaftl. Abhandl. 22 1923 S. 15. In beiden Schriften wird übersehen, dass es sich nicht um Vasallen des Bf. von Reval handelt, der ja überhaupt kein Territorium besass. v. Foelckersahm spricht ausserdem von zwei Vorgängen, wobei er sich auf die Urkunden L. U. B. I n. 467 u. 475 stützt. Die zweite Urkunde ist aber nur eine königliche Bestätigung des durch die erste abgeschlossenen Vergleichs. Ganz und gar dem Vorgang widersprechend ist die Verallgemeinerung: „Zwei Versuche von Vasallen, sich mit Gewalt in den Besitz bebauter Äcker zu setzen, werden von den Bischöfen (sic!) mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.“

Vermehrung der Arbeitskräfte bedurfte, die am einfachsten und billigsten in den an sich schon arbeitspflichtigen bauerlichen Hintersassen gefunden wurde.

Indem wir zunächst die Frage offen lassen, ob diese These immer und überall zutrifft, wollen wir die Resultate der von v. Engelhardt in seiner Abhandlung über die Entstehung der Gutsherrschaft in Livland gemachten Untersuchungen einer eingehenden Prüfung unterziehen. v. Engelhardt geht von zwei Voraussetzungen aus: erstens davon, dass die erwähnte These richtig ist und zweitens davon, dass sich die Schollenpflichtigkeit in Livland zu Beginn des 15. Jahrhunderts entwickelte. Logischerweise nimmt er infolgedessen an, dass die Ausbildung der Gutsherrschaften in Livland in die Zeit vor 1400 fällt.

Bevor wir an die Prüfung der Gründe herangehen, die v. Engelhardt für diese Annahme ins Feld führt, wollen wir den Begriff „Gutsherrschaft“, mit dem wir operieren sollen, festzustellen suchen.

Unter Gutsherrschaft im Gegensatz zur Grundherrschaft versteht man nach dem Vorgange G. F. Knapps eine solche Grundherrschaft, wo der Grundherr über eine Eigenwirtschaft verfügt, die nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch und zwar vornehmlich für den Markt arbeitet, d. h. also, wo kein Naturalbetrieb, sondern eine in gewissem Sinne kapitalistische Wirtschaft herrscht. Dass die Grundherrschaft der deutschen Kolonialländer in den meisten Fällen mit einer Eigenwirtschaft des Grundherrn verbunden ist, betont Knapp ausdrücklich. Aber diese Eigenwirtschaft ist „noch ganz naturalwirtschaftlich, denn, was der Grundherr da an Getreide bauen, an Vieh züchten lässt, das wandert aus Speicher und Stall nicht auf den Markt zum Verkauf, sondern es wandert in die Küche zum Verbrauch“<sup>1)</sup>. Erst wenn die Eigenwirtschaft des Grundherrn sich zu einem kapitalistisch geleiteten Betriebe entwickelt hat, kann man von Gutsherrschaft reden. Wir sehen also: der herrschaftliche Gutsbetrieb, die Gutsherrschaft, erwächst aus der Grundherrschaft; sie ist die Verbindung einer ursprünglich öffentlichrechtlichen Einrichtung mit privatrechtlichem Unternehmertum. Abgesehen davon sind aber die Unterschiede zwischen Grundherrschaft und Gutsherrschaft nicht qualitativ, sondern rein quantitativ, sobald man als Merkmal für letztere die Produktion für den Markt annimmt, denn von einer Produktion für den Markt wird man noch nicht sprechen können, wenn dann und wann der Überschuss an erzeugtem Getreide oder einige Mastochsen verkauft oder gegen Waren vertauscht werden. Auch der anspruchsloseste Naturalwirt hatte Bedürfnisse, die nur durch Geldzahlung befriedigt werden konnten.

<sup>1)</sup> Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit. 4 Vorträge 1891 S. 47.



In dieser rein quantitativen Unterscheidung von Grund- und Gutsherrschaft liegt aber eine nicht geringe Schwierigkeit für den Forscher. Wo hört die eine auf, und wo beginnt die andere? Diese Schwierigkeit wächst ins Ungemessene, wenn keine Nachweise für den Handel mit ländlichen Erzeugnissen der grundherrlichen Eigenwirtschaften vorhanden sind, wie dieses in Livland der Fall ist. Man ist dann auf Schlussfolgerungen aus Erscheinungen des Wirtschaftslebens, wie sie sich hier und da in Urkunden finden, angewiesen. Es liegt auf der Hand, dass bei einer solchen Untersuchungsmethode nur zu leicht Irrtümer unterlaufen können.

v. Engelhardt geht zunächst davon aus, dass das Vorkommen von Allodien oder Vorwerken schon eine sehr frühe ritterliche Gutsherrschaft beweise<sup>1)</sup>. In den Urkunden des 13. und 14. Jahrhunderts werden aber ritterliche Vorwerke nur sehr selten erwähnt, etwas häufiger solche der Landesherrschaft und der Geistlichkeit, besonders der Klöster. Im 13. Jahrhundert sind mit Sicherheit nur drei ritterliche Vorwerke nachzuweisen und zwar gegen Ende des Jahrhunderts im dänischen Estland<sup>2)</sup>. Die erste Erwähnung ritterlicher Vorwerke im eigentlichen Livland finden wir 1359 in einem Lehnbriefe des Ebf. Vromold, wo Allodia unter den Zubehörungen formelhaft angeführt werden<sup>3)</sup>, also nicht in Wirklichkeit vorhanden gewesen zu sein brauchen. Ein örtlich bestimmbares Vorwerk erscheint erst 1382 beim Schlosse Kokenhusen im Besitze der Tysenhusen<sup>4)</sup>. Wenn nun auch die an sich geringe Zahl von Urkunden des 13. und 14.

1) l. c. S. 28. Vgl. S. 64. ff. v. Engelhardt sagt S. 28, dass wir in Urkunden des 13. u. 14. Jh. „häufig“ Allodien begegnen, und verweist auf die in v. Bunge's „Estland“ S. 361 ff. angeführten 24 Fälle. Es handelt sich aber dort nur um 6 ritterliche Vorwerke (n. n. 9, 10, 12, 17, 22, 24), wobei eine Urkunde nur von der Möglichkeit, Vorwerke zu gründen, spricht. Bei den übrigen 18 Urkunden, die das Wort allodium enthalten, handelt es sich nur um 6 namentlich und geographisch festzustellende Vorwerke und zwar der geistlichen Landesherrn (n. n. 3, 4, 6, 19) und der Klöster (n. n. 14, 18). Die übrigen Urkunden sprechen entweder von der Möglichkeit, Allodien anzulegen (n. n. 1, 2) oder beziehen sich auf dieselben Vorwerke (n. n. 5, 7, 8, 11, 13, 15) oder sind formelhaft (n. n. 20, 21, 23). Zu den von Bunge angeführten Urkunden seien noch folgende hinzugefügt, die allodia, curiae oder grangiae erwähnen: 1260 L. U. B. VI n. 2739, 1309 ib. II n. 628, 1310 ib. III n. 627 a, 1314 ib. II n. 651, 1326 ib. II R, 858. Bei den von Engelhardt S. 29 zitierten drei Stellen des Liber Census Daniae fragt es sich, ob unter unci proprii Vorwerke oder Allodialbesitz verstanden ist. Zwei Stellen deuten auf Klosterbesitz. Die von Engelhardt S. 30 angeführten Vorwerke im südlichen Livland (L. U. B. I n. 288) und südlichen Kurland (ib. n. 236) waren geistlicher Besitz.

2) 1274, 1277, 1298 L. U. B. III n. 439 a, 453 a, VI n. 2763.

3) L. G. U. I n. 84 vgl. n. 85 u. 89

4) L. G. U. I n. 113, dasselbe 1397 ib. n. 149.

Jahrhunderts in Betracht gezogen werden muss, so lässt doch die seltene und späte Erwähnung von Vorwerken die Annahme zu, dass in dieser Periode die Eigenwirtschaft der Ritter keine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben des Landes gespielt hat.

Ferner weist v. Engelhardt darauf hin (l. c. S. 68 ff.), dass im Jahre 1343 ein grosser Aufstand der Esten ausbrach, der seiner Meinung nach auf übermässige Heranziehung der Bauern zu Frondiensten infolge der vergrösserten Gutsbetriebe zurückzuführen ist. Dieser Auffassung können wir nicht beipflichten.

Bei der Beurteilung der Entstehungsgründe des Estenaufstands von 1343 lässt man sich unwillkürlich von der Erinnerung an die verschiedenen mittelalterlichen Bauernaufstände und besonders auch an den grossen deutschen Bauernkrieg von 1525, den man gewissermassen als den klassischen Bauernaufstand ansehen kann, beeinflussen und setzt voraus, auch der Estenaufstand könne nur, wie jene Erhebungen, auf Bedrückung der Bauern durch ihre Grundherren zurückzuführen sein<sup>1)</sup>. Es liegt aber viel näher, den Aufstand von 1343 mit den Estenaufständen des 13. Jahrhunderts in Zusammenhang zu bringen, die von der Geschichtschreibung mit Recht als Volkserhebungen und nicht als „Agrarunruhen“ betrachtet werden, mit den Aufständen der Öseler von 1241 und 1255 und der Esten in Harrien und Wierland um 1298<sup>2)</sup>, deren letzten weniger als ein halbes Jahrhundert vom Aufstand von 1343 trennte. Die Unterwerfung der dänischen Esten galt noch zu Beginn des 14. Jahrhunderts als so wenig gesichert, dass das 1315 erlassene Waldemar-Erichsche Lehnrecht in seinem 1. Artikel die Worte enthält: „Wente de lande vor den beiden, Littowen, Russen und Carellen varliken liggen, ok inwendich van den landluden unseker sint“. Und in dem Chronicon Livonie des Hermann v. Wartberge heisst es: „Anno 1324 fuit magister frater Reimarus Hane. Hic parlamenta et placita cum episcopis et vasallis partium istarum, presertim Hargie et Vironie, propter malitiam et infidelitatem indigenarum servavit“<sup>3)</sup>. Die harrisch-wierischen Vasallen waren also schon während der Regierungszeit des Meisters Reimar Hane (1324–28) auf einen Aufstand der Esten gefasst und verhandelten dieserhalb mit ihm, der damals, wohlgemerkt, nur ihr Nachbar, nicht ihr Landesherr war. Dass die Vasallen trotz der erkannten Gefahr ihre Untertanen gerade damals besonders bedrückt und misshandelt haben sollten, widerspricht jeder Logik. Wir haben im Gegenteil ein Zeugnis aus dem Jahre 1314 dafür, dass die Va-

<sup>1)</sup> K Höhlbaum, Die jüngere livländische Reimechronik, 1872, S. XXVIII ff. A. v. Gernet, Die harrisch-wierische Ritterschaft, 1893, S. 14 ff.

<sup>2)</sup> s. Bulle P. Bonifaz VIII. von 1299 März 18. L. U. B. I n. 581 S. 732.

<sup>3)</sup> Script. rer. Pruss. II S. 62.



sallen den Verhältnissen Rechnung trugen, indem sie den Acker-  
schoss ihrer Hintersassen herabsetzten<sup>1)</sup>. Wir haben die Ur-  
sachen der Erhebung von 1343 tiefer zu suchen als in einer  
Zunahme der Frondienste. Die politischen Verhältnisse Livlands  
hatten sich im zweiten Viertel des 14. Jahrhunderts äusserst  
unruhig gestaltet. In diese Zeitspanne fällt ein wichtiges Kapitel  
der Geschichte des Kampfes, den der Orden um die Vorherrschaft  
in Livland führte. In den Jahren 1329 und 1330 hatten Einfälle  
der Litauer stattgefunden, die das Land bis hinauf in die Gegend  
von Fellin verwüstet hatten. Zwar hatte der OM. Ewert von Mon-  
heim 1330 das mit den Landesfeinden verbündete Riga erobert und  
dadurch freie Hand gewonnen, den Krieg ins feindliche Gebiet zu  
tragen. Doch waren inzwischen neue Wolken am politischen Hori-  
zont heraufgezogen, mit denen der Orden bei der Befestigung seiner  
Vorherrschaft rechnen musste. 1324 hatte sich Margarete, die  
Tochter König Christophs II. von Dänemark, mit dem Markgrafen  
Ludwig von Brandenburg vermählt und als Mitgift den Anspruch  
auf gewisse estländische Güter erhalten. Nach Christophs Tode  
überliess sein Sohn Otto 1333 das Herzogtum Estland seinem  
Schwager Ludwig. Dagegen sträubten sich die estländischen Va-  
sallen, und auch der Orden, für den die Erwerbung Estlands eine  
Lebensfrage war, tat alles, um eine fremde Besitzergreifung zu  
verhindern. Diese unklare Lage dauerte Jahre hindurch. 1336  
scheinen die estländischen Stände in Stockholm über einen An-  
schluss an Schweden verhandelt zu haben. Seinerseits begann  
der Orden Verhandlungen mit Dänemark über den Kauf Estlands.  
Genauer wissen wir leider über diese wichtigen Ereignisse, die  
den Hintergrund zu dem Aufstand von 1343 bilden, nicht<sup>2)</sup>.

Für den Estenaufstand besitzen wir eine vortreffliche und  
ausführliche Quelle in der Chronik eines Augenzeugen, des Or-  
denspriesters Bartholomäus Hoencke<sup>3)</sup>. Nach seiner Schilderung  
trug der Aufstand durchaus einen politischen Charakter, den  
schon die Eingangsworte in der Widergabe des Chronisten Johann  
Renner betonen: „Anno 1343 in St. Jorgens Nacht geschah  
ein groth mordt in Harrien, dann die Eesten in Harrien wolden  
eigen koninge hebben.“ Die Verbindungen der Aufständi-  
schen mit den Schweden, die ohne Zweifel schon lange vorher

<sup>1)</sup> L. U. B. II R 754. Wozu eine vorgefasste Meinung führen kann,  
zeigt v. Engelhardt, der l. c. S. 49 sagt, es sei nicht anzunehmen, dass die  
Vasallen die Abgaben der Eingeborenen ohne anderweitigen Ersatz er-  
leichtert haben sollten, wahrscheinlich hätten sie die Fronen vermehrt.

<sup>2)</sup> Vgl. K. Höhlbaum l. c. S. XXIX ff. v. Bunge, Estland S. 60 ff.  
v. Gernet, Die harrich-wierische Ritterschaft S. 12 ff. und vor allem Staven-  
hagen A. R. I S. 21 Anm.

<sup>3)</sup> In der Überarbeitung des Joh. Renner in dessen „Livländischen  
Historien“, ed. R. Hausmann u. K. Höhlbaum 1876. S. 86 ff.; vgl. dazu  
Stavenhagen A. R. I S. 23 ff.

angeknüpft waren<sup>1)</sup>, und mit den Russen weisen gleichfalls auf eine aus langer Zeit vorbereitete politische Umwälzung. Dagegen spricht auch nicht der Umstand, dass die Esten, wie Hoeneke berichtet, erklärten: „men hedde so se lange gemartert und geplaget, dat se des nicht länger dulden edder harden können.“ Das Joch des Christentums<sup>2)</sup> wurde nur widerwillig von den freiheitsliebenden Nordesten ertragen, wobei natürlich in erster Linie die unmittelbare Auswirkung der Fremdherrschaft, die wirtschaftliche Abhängigkeit von den einzelnen Grundherren, die Zehnten und Fronen als unerträglich empfunden wurden. Diese Abhängigkeit, dieses Joch genügten an sich, den glühenden Wunsch zu erwecken, sich mit einem Schlage ihrer Zwingherren zu entledigen. Der Aufstand richtete sich auch nicht nur gegen die ritterlichen Grundherren, sondern ganz allgemein gegen alle Deutschen „eddel und uneddel, junk und olt, allent wat van Dudschen blode was“. Gleichzeitig fand ein Abfall vom Christentum statt und alle Geistlichen wurden umbarmherzig ermordet<sup>3)</sup>. Der Aufstand griff auf die benachbarte Wiek und die Insel Ösel über und wurde vom Orden, der von Jerwen aus sofort einrückte, blutig unterdrückt, flammte jedoch im Jahre 1345 auf Ösel noch einmal auf, trotzdem die Öseler und die anderen Esten nach ihrer Unterwerfung gelobt hatten, „nimmermer jegen de christenheit to handelnde, sondern dat se henforth gehorsam sin wolden“. Der Ordensmeister zog daraufhin mit dem Ordensheere, das durch die Stiftsmannen von Riga und Dorpat verstärkt worden war, zum zweiten Mal über den gefrorenen Sund und zwang die aufständischen Öseler sich zu ergeben. Auch dieser Vorgang, wie er vom Chronisten geschildert wird, beweist, dass hier nicht Agrarunruhen, sondern eine nationale Erhebung ausgebrochen war. Es heisst in der Chronik: „Do begerden de Osellers frede. De meister nam de oldesten to sick und begerde ohren rath. Do wort de frede also gegeven, dat se alle ohre wapen up dat hus to Lehal bringen scholden, dorto so vele

<sup>1)</sup> Vgl. Höhlbaum 1. c. S. XXX.

<sup>2)</sup> Jugum Christianitatis s. L. U. B. I n. 105. Ähnlich wie die von Hoeneke den aufständischen Esten in den Mund gelegte Begründung, jedoch noch übertriebener, ist die von Wiegand von Marburg (Script. Rer. Pruss. II S. 501) berichtete: „Tanta quoque fuit eorum violentia, quod uxores eorum dehonestabant, virgines deflorabant, possessiones auferebant et eis ut servis usi sunt.“

<sup>3)</sup> „Qui (Neophyti) dyabolo instigante in apostasyam relapsi.“ A. R. I n. 39. „Fragede de meister wedderumb, wat orsaken se den de armen monneke to Padis doth geslagen. Antworten se, de sulven hedden schult genoch gehatt unde were noch eine Dudsch vorhanden einer ellen lank, de scholde ock sterwen.“ Renner 1. c. S. 88. Vgl. auch die Berichte Hermanns v. Wartberge und die Chronik von Oliva (Script. Rer. Pruss. I S. 721). Höhlbaum 1. c. S. XXVIII.



gisels geven, als men begerde; de scholden se stracks averantworden, dartho de vesten Mapenzar dal breken. Oft nu wol de Oselers ungerne hir an gewest hedden, so besorgeden se doch ein anders; derhalven nemen se den freden an<sup>1)</sup>." Der Friedensschluss vollzog sich also etwa in denselben Formen wie die Friedensschlüsse von 1241 und 1255: die Öseler verhandeln als Nation und werden wie eine solche behandelt; sie haben ihre Waffen auszuliefern, ihre Festungen niederzulegen und Geiseln zu stellen.

Es ist endlich auch auf den Umstand hingewiesen worden<sup>2)</sup>, dass der Estenaufstand sich auf das dänische Estland und das Bistum Ösel-Wiek beschränkt habe, und daraus gefolgert worden, dass in diesen Landschaften die Bauern härter behandelt worden seien als im estnischen Ordensgebiet und im Stifte Dorpat. Weder die Voraussetzung noch die Schlussfolgerung sind zutreffend. Einmal steht keineswegs fest, dass der Aufstand nach der dänischen Provinz Wierland übergegriffen habe<sup>3)</sup>, wo doch genau dieselben Verhältnisse bestanden wie in Harrien, und andererseits hat man im Stifte Dorpat, wie wir wissen, mit einer Erhebung der dortigen Esten gerechnet<sup>4)</sup>. Dass der Herd der Empörung sich auf Harrien und Ösel-Wiek beschränkte, ist lediglich dem schnellen und energischen Eingreifen des Ordens zuzuschreiben.

In der Nacht auf den 23. April 1343 war der Aufstand ausgebrochen, und bereits am 14. Mai erlitten die Aufständischen

<sup>1)</sup> Renner l. c. S. 94.

<sup>2)</sup> Von v. Engelhardt l. c. S. 68 ff.

<sup>3)</sup> Wie in A. R. I S. 28 ad n. 41 angenommen wird. Die dort angeführten Gründe sind nicht überzeugend. Auf die Nachricht der Nowgoroder Chronik, die Esten hätten ihre Landherren in den Gebieten von Reval und Narwa erschlagen, kann bei ihrer unbestimmten Fassung kein grosses Gewicht gelegt werden. Auch die Übergabe Wesenbergs an den Orden am 16. Mai 1343 spricht an sich noch nicht dafür, dass dort damals schon ein Aufstand ausgebrochen war, sondern ebensogut dafür, dass man einen Ausbruch befürchtete. Dagegen ist die Bemerkung in der von den estländischen Ständen am 27. Okt. 1343 ausgestellten Urkunde: „Maxime quia alii huius provinciae neophiti eorum exemplo provocati iam incipiunt vacillare“ wohl auf Wierland zu beziehen, da Harrien doch in vollem Aufstande war. Vgl. L. U. B. II n. 820 S. 370. Auch die Urkunde von 1346 April 27 spricht gegen die Ausdehnung des Aufstandes auf Wierland; s. unten S. 543 f. Die Beschränkung des Aufstandes auf Harrien und Ösel-Wiek kann auf ethnographischen Ursachen beruhen. Schon der Chronist Heinrich (XXVI 5) betont den Gegensatz zwischen Harriern und Öselern einerseits und Wierländern und Jerwiern andererseits. Als jene einen Aufstand wider die Dänen planten, gingen diese darauf nicht ein, „cum ipsi sint homines simplices et humiliores aliis Estonibus“. v. Gernet l. c. S. 15 u. 37 nimmt an, dass der Aufstand im dänischen Gebiet sich auf Harrien beschränkt habe.

<sup>4)</sup> Urkunde von 1343 Ende, in A. R. I n. 39.

ihre entscheidende Niederlage, und am 16. Mai stand der Meister vor Hapsal. Auch die von den Esten herbeigerufenen Russen wurden am 1. Juni bei Odenpäh vom Orden und dörptschen Stiftsmännern vollständig geschlagen. Damit war bei den aufständischen Festlandesten jede Hoffnung auf Erfolg vernichtet; nur die Harrier und Öseler kämpften noch einen Verzweiflungskampf, weil sie mit Recht Repressalien für ihre Greueltaten fürchteten.

Wenn nun auch, wie wir versucht haben nachzuweisen, der grosse Estenaufstand von 1443—45 nicht als Beweis für die Zunahme der Eigenwirtschaft der Grundherren und die dadurch bedingte übermässige Vermehrung der Fronen dienen kann, so ist er doch in seinen Folgen von grosser Bedeutung für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zustände gewesen. Hierauf wird weiter unten zurückgekommen werden.

Wir fahren in der Prüfung der v. Engelhardtschen Beweisführung fort. v. Engelhardt nimmt ferner an, dass im 15. Jahrhundert die ritterliche Landwirtschaft eine „beträchtliche Ausbreitung und Zunahme“ erfuhr. Er schliesst dies u. a. daraus, dass in den Urkunden des 15. Jahrhunderts „eine strengere Scheidung zwischen dem in bauerlicher Nutzung oder Besitze stehenden Lande und dem zum engeren Begriffe des Hofes gehörigen vorgenommen wird“. Er sieht diese Scheidung darin, dass nach Angabe der Hakenzahl des Hofes die der Dörfer und Bauerngesinde aufgeführt werden<sup>1)</sup>. Dieser Schlussfolgerung können wir nicht beistimmen. Vor allem fand keine strenge Scheidung statt. Weit häufiger als die gesonderte Anführung von Haken für den Hof und das Bauerland ist die Summierung von Haken des Hofes und eines Teiles des Bauerlandes<sup>2)</sup>. Die gesonderte Angabe der Hakenzahl der Gutshöfe, Dörfer und Bauerngesinde in den Urkunden seit Mitte des 15. Jahrhunderts beweist weiter nichts, als dass in dieser Zeit der Inhalt der Privaturkunden ausführlicher und sorgfältiger war als in der vorhergehenden Periode, in der die Zahl der Privaturkunden überhaupt gering ist.

Ferner führt v. Engelhardt (S. 79) als Beweis für die Erweiterung der Gutsbetriebe „die seit Mitte des 15. Jahrhunderts vorkommende Erwähnung von Einflüsslingen“ an, weil er annimmt, dass diese bauerliche Klasse, die etwa den Gärtnern (Dreschgärtnern) oder Kossäten der ostdeutschen Kolonialgebiete

<sup>1)</sup> I. c. S. 77. An anderer Stelle S. 121. ff. meint v. Engelhardt im Widerspruch zu obiger Behauptung, dass das Erscheinen von Haken bei Gutshöfen im Anf. d. 15. Jh. damit zusammenhänge, dass damals „eine sorgfältige Vermessung des Landes vorgenommen wurde“, nachdem der Haken sich zum Flächenmasse ausgebildet hatte.

<sup>2)</sup> z. B. L. G. U. I n. n. 364. 372. 386 425. 441. 452. 476 etc. etc.



entsprach, von den Grundherren geschaffen wurde, um Arbeitskräfte für ihre Hofsländereien zu erhalten. Hierzu ist zu bemerken, dass in den zahlreichen uns heute vorliegenden Privaturkunden bis zum Jahre 1499 Einfüsslinge (Enfotlinge) nur dreimal vorkommen, und zwar zwischen 1468 und 1495<sup>1)</sup>, für die Zeit, in die v. Engelhardt das Aufkommen der Gutsherrschaften setzt: Mitte des 14. bis Mitte des 15. Jahrhunderts, also nicht herangezogen werden können. Ihre wirtschaftliche Bedeutung fällt in das 16. Jahrhundert, eine Zeit, in der die Schollenpflichtigkeit bereits ausgebildet war. Endlich zieht v. Engelhardt (S. 98) als Beweis für die Ausbreitung der Gutsherrschaft die Entstehung der Schollenpflichtigkeit heran. Er antizipiert dadurch den Beweis für seine Behauptung, dass die Schollenpflichtigkeit eine Folge der zunehmenden Gutswirtschaften gewesen sei. An einer anderen Stelle (S. 57 ff.) wendet sich v. Engelhardt gegen die Ansicht, die militärischen Pflichten des Ritters hätten ihn verhindert, sich mit Landwirtschaft zu befassen. Diese Ansicht könne nicht für Livland gelten, da hier die Feldzüge meist bloss im Winter stattgefunden hätten, der Ritter also im Sommer genügend Zeit gehabt hätte, sich seiner Eigenwirtschaft zu widmen. v. Engelhardt geht hier von der Ansicht aus, die von Knapp und seiner Schule für die Verschlechterung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses im 15. Jahrhundert aufgestellt worden ist, der Lehre, dass die in diese Zeit fallende Änderung der Heeresverfassung die Ritter veranlasst habe, sich dem friedlichen Berufe des Landwirts zuzuwenden. Gegen die Überschätzung einer solchen Wirkung der veränderten Heeresverfassung haben sich bereits M. Lenz und G. v. Below und M. Sering geäußert<sup>2)</sup>. Aber auch abgesehen davon, dass andere Gründe den Ritter zur Landwirtschaft führten, ist auch in Betracht zu ziehen, dass die Heeresverfassung in den verschiedenen Territorien sich weder gleichzeitig noch gleichartig änderte. In Preussen z. B. spielte der Kriegsdienst der Vassallen des Ordens und der Bischöfe schon in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts nurmehr eine geringe Rolle. Das lag in der straffen militärischen Organisation des Ordens, der ausser über seine Brüder und zahlreichen Diener schon sehr früh über Soldnerheere verfügte<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Urkunden von 1469, 1494 u. 1495, Brieflade I n. 279, 468, 472. Die est- u. livländische Brieflade I hat für die Zeit 1350–1499: 538, die L. G. U. für dieselbe Zeit 601 Urkunden. In letzteren kommen Einfüsslinge nur einmal vor und zwar in der Urkunde n. 674 vom 1. Mai 1499. Über Einfüsslinge Ende des 16. Jh. vgl. v. Transehe, Gutsherr u. Bauer S. 17 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. v. Below, Territorium u. Stadt S. 20 u. 32. Anm. M. Sering, Erbrecht u. Agrarverfassung in Schleswig-Holstein. Landw. Jahrb. XXXVII, 1908, S. 225. Vgl. auch Plehn l. c. II 110.

<sup>3)</sup> Infolgedessen verlegt Aubin l. c. S. 50 ff., weil er sich der Knapp-

Was nun Livland betrifft, so waren die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse so verschieden von denen des übrigen deutschen Kolonialgebiets, dass wir hier von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen müssen. Mit dem Ordenslande Preussen hatte Livland das gemein, dass ein fast ununterbrochener Kriegszustand herrschte. Während dort aber der Wille des Ordens in Kriegsführung und Heeresorganisation massgebend war, handelte es sich hier um einen Staatenbund, in welchem der Orden zwar eine hervorragende, ja meist führende Stellung einnahm, jedoch die völlig selbständige Verfassung der Stifte (mit Ausnahme des Bistums Kurland) berücksichtigen musste. In den Stiften aber, wie im dänischen Estland war das Lehnssystem zu vollster Blüte gelangt. Die Vasallen dieser Gebiete waren bereits im 14. Jahrhundert Faktoren, mit denen nicht nur ihre Landesherren, sondern auch der Orden rechnen musste, nicht nur wegen ihrer korporativen Geschlossenheit, sondern auch wegen ihrer militärischen Stärke; besonders seitdem der Orden im Frieden zu Danzig 1397 auf die vertragsmässige Heeresfolge der vier livländischen Stifte hatte verzichten müssen<sup>1)</sup>. Von einem Niedergange des kriegerischen Geistes der Ritter, den v. Engelhardt aus letzterer Tatsache folgert, kann keine Rede sein; im Gegenteil, wir sehen die harrisch-wierischen und stiftischen Vasallen bei allen Gelegenheiten im Felde, so schliessen sich beispielsweise 1433 „die rittere und knechte uß den stichten Rige und Darpte“ freiwillig dem gegen Litauen ziehenden Ordensmeister an, nachdem „ihre Herrschaft wahrlich nicht gern, jedoch der allgemeinen Stimmung nachgebend, ihnen die Erlaubnis dazu erteilt“ hatte<sup>2)</sup>. Als der Meister Plettenberg am 13. September 1502 seinen glorreichen Sieg über die Russen errang, kämpfte auf dem einen Flügel die

---

schen Lehre anschliesst, logischerweise in Preussen den Übergang des Ritters zur Landwirtschaft in einen früheren Zeitpunkt als das sonst angenommene 15. Jahrhundert.

<sup>1)</sup> Vertrag vom 15. Juli 1397, L. U. B. IV n. 1459 S. 186 ff. Vgl. dazu O. Stavenhagen, Der Kampf des Deutschen Ordens in Livland um den livländischen Einheitsstaat im 14. Jh., Balt. Mon. Bd. 53 1902 S. 145 ff. und Lehnswesen I. c. S. 83. ff.

<sup>2)</sup> L. U. B. VIII n. 657. Vgl. ib. S. XXIII. Sehr bezeichnend ist der Bericht des OM. an den HM. vom 6 Sept. 1422, er habe den Erzbischof und den Bischof von Dorpat vergeblich um Hilfe gegen die Polen gebeten. Ersterer, den er persönlich gesprochen, habe ihm gesagt, der Papst hätte ihm geschrieben, er solle ablehnen, „idoch sine ritter u. knechte weren frie rittere u. knechte, welcher von denen reiten welde, der mochte das thun, her en verbote es niemanden“. Als aber ein Teil der Vasallen, u. a. der Vogt von Kokenhusen Jorge Guttseff mitreiten wollte, da verbot es ihm der Erzbischof „bie liebe u. bie gute“. Ganz ähnlich habe der Bischof von Dorpat gehandelt, indem er Klaus Ixkull auf das strengste verboten habe, sich dem Ordensheere anzuschliessen. L. U. B. V n. 2634 S. 873.



erzstiftische Ritterschaft unter der persönlichen Führung des 70 jährigen Erzbischofs Michael Hildebrand. Solcher Beispiele für die Kampfesfreudigkeit und Kriegstüchtigkeit der livländischen Ritter gibt es unzählige<sup>1)</sup>.

Eine Änderung der Herresverfassung, wie sie in Preussen infolge der geringen Bedeutung des Vasallenstandes und des Aufkommens des Söldnerwesens schon im 14. Jahrhundert zu beobachten ist, fand in Livland nicht statt. Die Aufgebote der Vasallen, der Mannschaft behielten bis zur Auflösung des Livländischen Staatenbundes ihre militärische Bedeutung bei. Infolgedessen kann hier von einem Zwang zur Berufsänderung nicht die Rede sein, ebensowenig von einer durch die geographischen und klimatischen Verhältnisse bedingten, gewissermassen natürlichen Hinführung zur Landwirtschaft, wie v. Engelhardt annimmt, wenn er darauf hinweist, dass die Ritter während der warmen Jahreszeit nichts zu tun hatten, weil die Heerfahrten „meist bloss im Winter“ stattfanden. Es ist vollkommen richtig, dass die deutschen Eroberer in der ersten Zeit der durch die Verhältnisse gebotenen Gewohnheit der Eingeborenen folgten und ihre Heerfahrten häufig in den Winter verlegten, wo der Frost Brücken über die sonst unwegsamen Moore schlug; z. T. waren sie auch gezwungen, Winterfeldzüge zu führen, weil die Einfälle der Heiden meist im Winter stattfanden oder weil die Kreuzfahrer nicht anders nach Ösel gelangen konnten, als über den gefrorenen Sund; aber zur Regel wurden die Winterfeldzüge keineswegs, wie aus den zahlreichen im Sommer und Herbst unternommenen Heerfahrten erhellt<sup>2)</sup>. Denn den unleugbaren Vorzügen eines Winterfeldzuges standen nicht geringe Nachteile gegenüber, unter denen die Behinderung der schwergepanzten Reiter und Rosse durch Eis und tiefen Schnee an erster Stelle zu nennen ist. Aber auch wenn wir annehmen wollten, dass die Ritter während der wärmeren Jahreszeiten die nötige Musse gehabt hätten, sich

<sup>1)</sup> Dieser kriegerische Geist der Vorfahren vererbte sich auf die Nachkommen. Verfolgt man die Geschichte der adligen Geschlechter Livlands, so findet man auch in der Zeit der stehenden Heere kaum eines ihrer Glieder, bei dessen Namen nicht ein militärischer Rang verzeichnet wäre. Die Zahl der Feldmarschälle und Heerführer, die der baltische Adel seit dem 16. Jh fast allen Heeren Europas geliefert hat, ist im Verhältnis zu seiner numerischen Stärke ausserordentlich gross, jedenfalls ein Zeugnis zum mindesten für seinen kriegerischen Geist.

<sup>2)</sup> z. B. 1224 April—Sept. Belagerung Dorpats; 1228 Sept. Feldzug in Semgallen; 1236 Sept. 22 Schlacht an der Saule; 1240 Sept. 16 Schlacht bei Isborsk; 1260 Juli 13 Schlacht bei Durben; 1267 Aug. Unterwerfung der Kuren; 1268 Sommer Feldzug gegen Pleskau; 1298 Juni 29 Schlacht bei Neuermühlen; 1307 Juli 2 Schlacht bei Riga; 1329 Sept. Litauerkämpfe, Belagerung Rigas; 1343 Mai 14 Schlacht bei Reval; 1396 Sept. Feldzug des Ordens gegen Dorpat; 1407 Aug. 21 Schlacht bei Pleskau u. s. w. u. s. w.

mit Landwirtschaft zu befassen, so ist doch in Betracht zu ziehen, dass der landwirtschaftliche Betrieb des 14. und 15. Jahrhunderts auf einer so primitiven Stufe stand, dass er in keinem Fall eine verlockende oder befriedigende Tätigkeit bieten konnte. Er bestand aus einer ganz extensiv geführten Dreifelderwirtschaft ohne jeden Nebenbetrieb; sogar von einer noch so primitiven Viehzucht war damals nicht die Rede. Um den Betrieb zu leiten, genügte ein Aufseher, der die Knechte und Fröner bei der Arbeit zu beaufsichtigen hatte. Das Schwergewicht der grundherrlichen Wirtschaft beruhte nicht sowohl auf der Leitung der Eigenwirtschaft als auf der Verwaltung der abgabepflichtigen Bauernstellen. Hierauf werden wir noch zurückkommen.

Wir haben in den vorstehenden Ausführungen nachzuweisen versucht, dass die Gründe, die v. Engelhardt für die Ausbildung der ritterlichen Gutsherrschaften in der Zeit von 1350 bis 1450 ins Feld geführt hat, nicht stichhaltig sind. Der einzige Masstab, den wir bei der Beurteilung dieser Erscheinung anwenden könnten, wären die in den Urkunden des 15. Jahrhunderts beginnenden Angaben der Grösse der Gutshöfe, aber auch hier werden wir zu keinem positiven Resultat gelangen können. v. Engelhardt führt S. 77 ff. aus, dass „die für ritterliche Höfe angeführte Grösse zwischen 4 und 25 Haken schwankt“, und nimmt an, dass das Flächenmass Haken auch unfruchtbare Ländereien: Wälder, Wiesen etc. einschliessen konnte, dass mithin die überlieferten Zahlen „noch keinen unzweifelhaften Hinweis auf die Grösse des ritterlichen Gutsbetriebes geben“. Allerdings könne man annehmen, dass „in den meisten Fällen nur der Acker bei Angabe der Hakenzahl gemeint“ sei. Aber wenn wir auch dieser Annahme zustimmen wollten, könnten wir zu einem sichern Resultat nur gelangen, wenn wir wüssten, wie gross der Haken als Flächenmass war. Doch auch darüber herrscht eine gewisse Unsicherheit. In einem im Mai 1431 angestellten Verhör über Verhältnisse im Stifte Kurland<sup>1)</sup> sagt ein Zeuge aus, ein Haken halte 60 Lofstellen, ein anderer, ein Haken halte 30 Lofstellen. v. Bulmerincq hat neuerdings in seiner Abhandlung über die Rigische Stadtmark<sup>2)</sup> angenommen, dass, weil der rigasche und der schwedische Revisionshaken 60 Lofstellen beträgt, der zweite Zeuge von 1431 sich versehen habe, indem er den Haken mit der Hufe zu 30 Morgen verwechselt habe. Dagegen ist v. Engelhardt der Ansicht (S. 120 ff.), dass bereits damals verschiedene Hakenmasse existierten, und verweist auf die Aussage eines dritten Zeugen in dem Verhör, er kenne keinen Unterschied zwischen alten und neuen, ritterlichen und bäuerlichen, Feld- und Steuerhaken,

1) L. U. B. VIII u. 440. Lofstelle = 0,3716 Hektar.

2) Mitt. XXI S. 234.



woraus hervorgehe, dass schon damals eine „Verwirrung über die Grösse“ des Hakens geherrscht habe. Diese Frage ist schwer zu entscheiden. Tatsächlich gab es später im 16. Jahrhundert nicht weniger als 5 Landmasse, die alle Haken genannt wurden und die so sehr differierten, dass der kleinste Haken den sechsten Teil des grössten ausmachte<sup>1)</sup>. Diese ausserordentliche Verschiedenheit ist z. T. durch den Umstand zu erklären, dass die grossen Haken, wie wir aus dem Bericht eines Landmessers des beginnenden 17. Jahrhunderts wissen<sup>2)</sup>, Unland und Heuschläge mit enthielten, während die kleinen bloss das kulturfähige Land umfassten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Verschiedenheit der Zeugenaussagen von 1431 auf dieselbe Ursache zurückzuführen ist<sup>3)</sup>.

Leider sind die Angaben der Hakenzahl der Hofsländereien verhältnismässig selten. Für die Zeit 1412—1495 finden sich z. B. in den Livländischen Güterurkunden nur 11 solcher Angaben<sup>4)</sup>. Danach schwankt die Zahl der Haken zwischen zwei und elf und ergibt für zehn Höfe im Durchschnitt 5,7 Haken<sup>5)</sup>. Wenn wir für den Haken 60 Lofstellen annehmen, würden also auf den Hof 342 Lofstellen entfallen, bei der Annahme von 30 Lofstellen die Hälfte, also 171 Lofstellen. Es kämen demnach bei der Dreifelderwirtschaft auf jedes Feld entweder 114 oder 57 Lofstellen. Die Hofsländereien in den nördlichen Provinzen, besonders in Wierland und Jerwen, scheinen durchschnittlich grösser gewesen zu sein als im Süden; wir finden dort solche von 25 und 30 Haken, doch umfassten diese Haken nicht nur den vom Gutshofe aus bestellten Acker, sondern alles kulturfähige Land, das, wie wir verschiedenen Urkunden entnehmen können, auch mit Einfüsslungen und anderen nicht spannfähigen Bauern besetzt werden konnte<sup>6)</sup>.

Es fehlt uns also der Masstab für die Grösse der ritterlichen Vorwerke. Im allgemeinen gewinnt man den Eindruck,

1) v. Hagemeister, *Gesch. d. Landgüter Livlands* I 1836 S. 3. Vgl. v. Transehe, *Gutsherr u. Bauer* S. 33. Aber schon weit früher finden wir Hinweise darauf, dass verschiedene Haken im Gebrauch waren z. B. in einer Urkunde von 1418: dre olde haken. L. G. U. I n. 203. Vgl. ib. n. 372

2) v. Engelhardt l. c. S. 125 ff.

3) Darauf deutet auch der Wortlaut des Protokolls: „item interrogatus, an uncus sit terra arabilis, respondit, quod secundum communem usum rusticorum in Curonia seminantium spacium unci continet triginta modios, vulgariter lope, seminis et est communis illa observantia etc dicit ultra, quod prata et nemora sunt accessoria ad illos uncus.“ L. U. B. VIII n. 440

4) L. G. U. I n. 183, 203, 214, 323, 329, 347, 401, 437, 584, 641.

5) Die elfte Angabe (ib. n. 205) bezieht sich auf das Schloss Rosenbeck, dessen Hof 20 Haken enthielt. Addiert man diese 20 Haken zu denen der 10 übrigen Höfe, so wäre der Durchschnitt pro Hof 7 Haken.

6) s. v. Engelhardt l. c. S. 79.

dass der Umfang des Ritterackers auch in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts nicht bedeutend war und daher die Fronen nicht übermässig gewesen sein können. In einer Urkunde vom 31. Juli 1486 wird erwähnt, dass die Leute des Dorfes Hellenorm nur 9 Tage im Jahre Scharwerk zu leisten hatten: „negen dage lanck in deme jahre, dre dage to hoyen, dre dage uptonemen, dre dage roggem to schnieden“<sup>1)</sup>, was gewiss eine sehr geringe Arbeitslast bedeutet.

Wenn man die oben berechneten Grössen für die Felder zugrunde legt und dabei in Betracht zieht, einerseits, dass damals höchstens das vierte Korn über die Aussaat, meist aber weniger erzielt wurde, und andererseits, welche grosse Mengen an Brotkorn, Gerste und Hafer der eigene Bedarf und die regelmässigen Hakenbauern zu leistenden Vorschüsse verschlangen, so erscheint es in hohem Grade unwahrscheinlich, dass von der Ernte des Ritterackers viel Getreide für den Markt übrig blieb.

Wir haben schon oben darauf hingewiesen, dass uns sichere Nachrichten über den Umfang des Exports landwirtschaftlicher Erzeugnisse livländischer Herkunft fehlen. Dass der Orden seinen Staatshaushalt in hohem Masse durch den Handel mit Getreide stützte, das nicht nur Zinskorn seiner bäuerlichen Untertanen, sondern auch Erzeugnis der von ihm planmässig angelegten Vorwerke war, wissen wir aus preussischen Quellen, die hierüber erschöpfend Auskunft geben. Wir können mit Fug und Recht annehmen, dass der Orden auch in Livland dieselbe Finanzpolitik befolgt und verhältnismässig früh vom rein grundherrlichen zum gutsherrlichen Wirtschaftssystem übergegangen ist. Zunächst wohl in seinen estnischen Gebieten, besonders in Jerwen, dessen landwirtschaftliche Vorzüge schon in Heinrichs Chronik gerühmt werden. In den an sich reichen Gebieten Kurlands und Semgallens, die ja erst in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts endgültig unterworfen wurden, muss der Übergang zum gutsherrlichen Betrieb bedeutend später erfolgt sein. Aus einer Urkunde des OM. Halt von 1290 erfahren wir, dass die Komtureien von Goldingen und Windau auf Getreideeinfuhr angewiesen waren<sup>2)</sup>. Wenn in derselben Urkunde die Rede von

<sup>1)</sup> L. G. U. I n. 570 S. 531, vgl. hierzu das soeben erschienene „Älteste Wackenbuch des Revaler St. Johannis-Siechenhauses 1435—1507 Edit. Dr. P. Johansen. Publikationen aus d. Revaler Stadtarchiv IV. 2. Reval 1925. Einl. S. XVII. Zur technischen Seite der Frage sei bemerkt, dass die Ableistung der Frone nicht durch den Hofbesitzer selbst, sondern durch seine Angehörigen oder Knechte geschah. Über die Zins- und Arbeitsverfassung soll an anderer Stelle gehandelt werden.

<sup>2)</sup> L. U. B. I n. 536 S. 667. Der Ordensmeister bestimmt, dass die Brüder des Hauses Windau „von dem korne, dat der voget von Jerwen



einem „vorwerk der brodere to Goldingen, dat Landsceden hetet“, die Rede ist, so kann eben dieses Vorwerk als Beispiel dafür gelten, dass die Existenz von Vorwerken an sich noch nicht ein Beweis für gutherrschaftlichen Betrieb im eingangs definierten Sinne zu sein braucht.

Wieweit die Ansicht Töppens<sup>1)</sup> richtig ist, dass „die Feldwirtschaft der Domänenvorwerke des Ordens... bei der grossen Menge des einkommenden Zinsgetreides nur von nebensächlicher Bedeutung“ war, oder mit anderen Worten, dass die Eigenwirtschaft des Ordens nicht für den Markt arbeitete, lässt sich schwer feststellen, da die Herkunft des vom Orden in Preussen in grossen Mengen auf den Markt gebrachten Getreides nicht angegeben wird, es also nicht feststeht, wieviel Zinsgetreide, wieviel polnisch-litauisches Getreide und wieviel eigenes Erzeugnis vom Orden exportiert wurde. G. Aubin weist nach, dass der Umfang des Kulturlandes der Ordensvorwerke nicht unbedeutend war, jedenfalls so gross, dass ein Überschuss der Erzeugnisse für den Markt angenommen werden muss<sup>2)</sup>. Danach hätte Töppen zwar in gewissem Sinne Recht, das Getreide der Vorwerksäcker war gegenüber den grossen Mengen des Zinsgetreides als Exportartikel von nebensächlicher Bedeutung, aber die Frage, auf die es uns hier ankommt: waren die Domänen des Ordens Gutsherrschaften im Sinne der kapitalistischen Wirtschaft? wäre zu bejahen.

Das gilt für Preussen. Wie stand es nun in Livland? Leider fliessen die Quellen hier sehr spärlich. Für das 14. Jahrhundert haben wir zwei Bruchstücke von Inventarien der Komturei Goldingen, die in mehrfacher Hinsicht wichtig sind<sup>3)</sup>. Danach wurden 1341 auf drei Höfen 33 Pflugpferde (*equi uncales*) und 243 Stück Vieh (Ochsen und Kühe) ausser den Reit- und Gestütsperden und dem Kleinvieh gezählt. Wenngleich aus diesen Zahlen auf eine nicht unbedeutende Eigenwirtschaft geschlossen werden kann, bleibt die Frage, ob schon für den Markt oder bloss für den eigenen Bedarf gewirtschaftet wurde, zunächst

deme huse to Goldingen plach to geveu, solen hebben XXX leste hardes kornes, als XIII leste roggren, II leste weten, XV leste gersten, und dit korn sollen sie unthangen to der Pernove. Vortmeir so solen si opborn von der spisen, die man von Osele dem huse to Goldingen gevet alle iar, dat virde deil“.

<sup>1)</sup> M. Töppen, Topographisch-statistische Mitteilungen über die Domänenvorwerke des Deutschen Ordens in Preussen. Altpreuss. Mon. Schr. Bd. VII 1870 S. 415.

<sup>2)</sup> l. c. S. 22 ff. 54 ff. G. v. Below, Territorium u. Stadt S. 32 Anm. und v. Engelhardt l. c. S. 22 ff. folgen Töppen.

<sup>3)</sup> L. U. B. II n. 803 S. 339. ff. vom 8. April 1341 u. n. 806 S. 345 ff. v. 29 Sept. 1341.

offen, denn dieselben Urkunden zeigen uns, dass der eigene Bedarf an Getreide ausserordentlich gross war; nicht so sehr der Bedarf für den Unterhalt der Ordensbrüder und ihres Gesindes, der gewiss auch nicht gering gewesen ist, als der Bedarf für die Unterstützung der Bauern. Im Inventar vom 8. April 1341 werden an Getreide 97 Last<sup>1)</sup>, 31 Lof und in dem vom 29. September 500 Stück Gross- und Kleinvieh aufgeführt, die den „Neophyten“ ausgeliehen sind. Auch aus dem als in Windau, Ösel, Pernau und Gotland lagernd aufgeführten Getreide von im Summa 211 Last ist noch nicht ohne weiteres auf Getreideexport zu schliessen, da es sich bei den drei erstgenannten Orten im Gegenteil um einzuführendes Getreide und bei Gotland um Getreide für das dortige Ordenshaus handeln könnte<sup>2)</sup>. Wie dem auch sei, eins steht fest: der Orden hatte gegen Mitte des Jahrhunderts in Kurland bereits nicht unbedeutende Eigenwirtschaften, wie er sie jedenfalls früher schon in seinen älteren Gebieten, besonders dem estnischen, gehabt haben muss.

Auch dass sich der Orden wie in Preussen Handelsunternehmungen hingab, wissen wir aus anderen Zeugnissen. Schon um 1299<sup>3)</sup> beklagt sich Riga, dass der Orden seines Handels wegen mit den Heiden Frieden halte. Diese Behauptung ist zwar ganz aus der Luft gegriffen und insofern geradezu frivol, als Riga selbst 1298 ein Bündnis mit den heidnischen Litauern eingegangen war, beweist aber, dass die Stadt die Handelskonkurrenz des Ordens fürchtete. 1324<sup>4)</sup> wiederholt Riga dieselben Beschuldigungen, der Orden halte mit den Litauern Frieden, weil er von seinen Grenzbürgen aus mit ihnen Handel triebe. Auch dieses Mal widerspricht die Behauptung den Tatsachen, denn der Orden, der 1323 mit den Litauern einen Frieden geschlossen hatte, weil der Grossrüst Gedimin, wie es hiess, bereit sei. zum Christentum überzutreten, hatte, als sich diese Nachricht als

1) Die Last Getreide = 12 Schiffpfund = 1920 Kilo s. H. Hildebrand, Das rigische Schuldbuch 1872 S. LVII. 1 Last Roggen = 45 Lof = 30½ Hektoliter. Vgl. Hausmann u. Höhlbaum, Renners Chronik S. 144 Anm. 3.

2) Es heisst ib. S. 340: Item reliquibus apud camerarium 300 markas Rig. ad comparandum necessaria domus in Gotlandia emenda. Dieselben Bedenken gelten für die beiden dem Orden gehörigen Schiffe im Hafen Windau, von denen das eine 100, das andere 14 Last tragen konnte; sie könnten ebensogut dem Verkehr mit Pernau, Ösel und Gotland gedient haben, als dem Getreideexport.

3) L. U. B. I n. 585 S. 750. Der Konkurrenzneid Rigas ging soweit, dass es sich auch darüber beklagte, dass der Orden Gemüse und Obst verhöckere.

4) L. U. B. VI n. 3072 S. 475.



falsch erwies, noch im Dezember 1323 diesen Frieden gekündigt und lag 1324 mit Litauen im Kriege<sup>1)</sup>. Jedenfalls muss der Handel des Ordens schon zu Beginn des 14. Jahrhunderts einen solchen Umfang erreicht haben, dass die Eifersucht Rigas erweckt wurde, was den Gegensatz zwischen Orden und Stadt, der zu langjährigen Kämpfen führte und erst 1330 mit der völligen Unterwerfung Rigas seinen vorläufigen Abschluss fand, gewiss verschärft haben mag<sup>2)</sup>. Über Umfang und Art des Handels können wir jedoch aus Mangel an Unterlagen nichts sagen. Es ist anzunehmen, dass der Handel mit der steigenden Bodenkultur und besonders, seitdem der Orden 1346 nach Erwerbung Estlands in Reval einen vorzüglichen Hafen gewonnen hatte, immer mehr an Umfang zunahm. Aus dem Rezess des Lübecker Hansetages von 1358 wissen wir, dass schon damals der Export von Hafer und Roggen nach Flandern aus Riga und Reval ein schwungvoller war, wissen allerdings nicht, ob einheimisches oder fremdes Getreide ausgeführt wurde<sup>3)</sup>.

Wir haben die wenigen Hinweise auf den Getreidehandel des Ordens in Livland anzuführen für nötig gehalten, weil er in Preussen eine bedeutende Rolle gespielt und jedenfalls zur Ausbildung und Verbreitung der Gutsherrschaften beigetragen hat. Denn auch die Ritter sind dort dem Beispiel des Ordens gefolgt und haben, mindestens seit dem 15. Jahrhundert, auch für den Markt produziert<sup>4)</sup>. Dass sich in Livland eine ähnliche Entwicklung vollzogen hat, wenn sie auch entsprechend den ungünstigeren Verhältnissen in eine spätere Zeit fallen mag, ist, was den Orden betrifft, anzunehmen. Zunächst fehlen die strikten Beweise dafür, denn das blosse Vorkommen von Vorwerken oder, wie diese in der Sprache der späteren Urkunden hiessen, von Höfen und Hofstätten ist, wie wir gesehen haben, noch kein Beweis für eine Gutswirtschaft, die für den Markt arbeitete.

---

<sup>1)</sup> s. Arbusow, Grundriss I. c. S. 60.

<sup>2)</sup> Vgl. Hildebrand, Schuldbuch S. XXXIV, und Arbusow, Grundriss S. 53. Dazu S. 75 u. 102.

<sup>3)</sup> W. Stieda, Revaler Zollbücher und Quittungen, Hans. Gesch. Quellen V 1887 S. CI. Stieda irrt, wenn er sagt, dass im Bündnis König Albrechts von Schweden mit dem Orden von 1375 Juli 6 der Roggen in der „heren lant van Lyfland“ als begehrenswerter Artikel angeführt werde. Es wird bloss den beiderseitigen Untertanen freie Ausfuhr von „roegen und spise“ gewährt. L. U. B. III n. 1099 S. 294.

<sup>4)</sup> Aubin I. c. S. 62 ff.

## Kapitel III.

## Die Entstehung der Schollenpflichtigkeit.

## 1.

Wir haben im vorigen Kapitel die Gründe geprüft, die zu der Annahme geführt hatten, dass der Übergang vom grundherrlichen zum gutsherrlichen Wirtschaftssystem in die Zeit vor 1400 zu setzen sei. Wir haben gefunden, dass diese Gründe einer eingehenden Untersuchung nicht standhalten, dass vielmehr angenommen werden muss, dass für den Markt produzierende Wirtschaftsbetriebe nur auf den Domänen des Ordens und vielleicht auf einzelnen grossen Gütern der Geistlichkeit zu suchen seien. Zwar ist vorauszusetzen, dass schon damals auf den ritterlichen Höfen ausnahmslos Vorwerke in eigener Bewirtschaftung des Ritters vorhanden waren, doch ist der Umfang der Hofländereien, soweit wir davon Kenntnis haben, so gering im Vergleich zu dem ausserordentlich grossen eigenen Bedarf an Feldfrüchten, dass von einer bewussten regelmässigen Produktion für den Markt nicht wohl die Rede sein kann. Wir müssen vielmehr annehmen, dass auf den ritterlichen Höfen in dieser Periode ein ausgesprochen naturalwirtschaftlicher Betrieb herrschte und das Schwergewicht nach wie vor auf dem grundherrlichen System beruhte. Die Gründe für diese anscheinende Rückständigkeit der Wirtschaftsform sind einerseits in der Grösse der Lehen, andererseits in den ungünstigen Verhältnissen jener Zeit zu suchen. Während der Ritter in anderen deutschen Kolonialgebieten in den seltensten Fällen von den Abgaben seiner Hintersassen leben konnte, mithin auf andere Einnahmen bedacht sein musste, verfügte der livländische Ritter im allgemeinen über so viele abgabepflichtige Hintersassen, dass er es nicht nötig hatte, nach anderen Einnahmequellen zu suchen, vorausgesetzt allerdings, dass die bäuerlichen Zinshöfe lebensfähig blieben und nicht durch Krieg und Pestilenz verödeten. Und diese Gefahr lag in Livland, wie wir wissen, während der in Frage stehenden Periode beständig vor.

Wir haben uns oben eingehend mit dem grossen Estenaufrstand von 1343/45 beschäftigt und nachzuweisen versucht, dass er als Beweis für das Anwachsen der gutsherrlichen Betriebe in Estland auszuschalten sei, da er als eine Volkserhebung und nicht als eine agrarische oder soziale Revolution anzusehen ist.

Wir müssen nun auf dieses Ereignis zurückkommen, dessen Folgen von einschneidender Bedeutung für die weitere Ent-



wicklung des grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses zunächst in den betroffenen Gebieten, dann aber auch in seiner Weiterwirkung in ganz Livland war. Die Provinz Harrien und ohne Zweifel auch der grösste Teil der Wiek und der Insel Ösel waren durch den Aufstand und seine Niederwerfung vollkommen verwüstet und in hohem Grade entvölkert worden. Die Chronik berichtet von den Esten: „se branden alle eddelluide hove af, togen dat landt up unde nedder unde vormordeden alle Dudschen, de se anquemen“<sup>1)</sup>. Entsprechend der Kriegsführung jener Zeiten verfuhr das Ordensheer mit den Dörfern der Esten ebenso. Es „rove und brande“. In den Urkunden der Zeit wird immer wieder darauf hingewiesen, dass Harrien eine Wüste geworden sei<sup>2)</sup>; in der Wiek und auf Ösel wird es nicht anders gewesen sein. In gleichem Masse hatte die Bevölkerung gelitten. In Harrien waren in der St. Jürgensnacht 1343 alle Deutschen, deren die Esten habhaft werden konnten, ermordet worden: „junfern, frouwen, knechte, megede, eddel unde uneddel, junck unde olt, allent, wat van Dudschen blode was, dat moste dar sterven“; in der Wiek wurden 1800 Deutsche umgebracht, in Ösel „alle Dudeschen junck unde olt“<sup>3)</sup>. Es haben sich damals wohl nur sehr wenige Deutsche in diesen Gebieten retten können. Die von den siegreichen Deutschen geübte Rache war dementsprechend. Eine vom Ordenshauptmann in Reval angeordnete Zählung der seit Beginn der Empörung umgekommenen Esten ergab die Zahl 30.000, was in Anbetracht der geringen Dichtigkeit der Bevölkerung ausserordentlich viel ist<sup>4)</sup>. Somit waren weite Gebiete verödet und eines grossen Teiles ihrer Bevölkerung beraubt, das Wirtschaftsleben auf einen toten Punkt gebracht. Unter den Folgen haben diese Gebiete noch lange gelitten, und es bedurfte der ganzen niedersächsischen Zähigkeit der übriggebliebenen Herren, um aus den Ruinen neues Leben erstehen zu lassen. Bezeichnend für die schwere wirtschaftliche Lage ist der Vertrag, den die harrisch-wierische Ritterschaft am 27 April 1346 mit der Stadt Reval wegen Verpfändung lehnrechtlichen Grundbesitzes schloss, da die Entwertung des entvölkerten und verwüsteten Bodens und das gesteigerte Kreditbedürfnis der

<sup>1)</sup> Renner I. c. S. 86.

<sup>2)</sup> 1345 Jan. 24 L. U. B. III n. 827a S. 143: „Fere totam Harriam ipsi Estones desolarunt funditus.“ 1346 April 27 L. U. B. II n. 846 S. 400: „Harria quia terra desolata est.“

<sup>3)</sup> Vgl. auch Urkunde 1343 Ende A. R. I n. 39: „Innumerabiles christianos, clericos et laycos, senes ac iuvenes utriusque sexus, crudeliter occiderunt.“

<sup>4)</sup> s. Renner S. 92. Dabei handelt es sich wohl nur um Harrien, denn von Wierland sprechen die Berichte überhaupt nicht (s. oben S. 531) und die Wiek unterstand nicht dem Hauptmann von Reval; Ösel wurde erst nach der Zählung unterworfen, wobei nach Hoeneke in einer Schlacht 9000 Esten erschlagen wurden. s. Renner S. 93.

Grundherren eine Neuregelung des Pfandwesens verlangte. Es wurde festgesetzt, dass für Darlehen von je 10 Mark und darunter in Wierland ein besetzter rententragender Haken mit Pferd und Ochsen, in Harrien aber, da es so verwüstet sei, zwei zusammenliegende besetzte Haken nach Auswahl des Gläubigers als Pfand zu geben seien; was der Gläubiger während der Satzungs-dauer an das Pfandobjekt wendet, habe der Schuldner vor Einlösung des Pfandes zu ersetzen<sup>1)</sup>.

Der grosse Estenaufstand von 1343 war nicht das einzige Ereignis, das die wirtschaftliche Entwicklung des Landes schwer schädigte. Wir haben bereits oben darauf hingewiesen, dass das Land das ganze 14. Jahrhundert hindurch unter der Kriegsfurie schwer zu leiden hatte; besonders waren es die wiederholten Einfälle der Litauer, durch die weite Gebiete verwüstet und entvölkert wurden. Nach dem Bericht des Bischofs Eberhard von Ermland töteten und verschleppten die Litauer 1323 4000 Esten<sup>2)</sup>. Vom Litauereinfall 1345 berichtet Renner nach Hoeneke: „Forder toch he (der Littauwen konig) na Segewolde, vorheerde alles with und breth; in dem sulven ampte worden 2600 minschen wech gedreven als dat vee. Dessgeliken so dreven se ut dem stift Rige wol 1000 minschen<sup>3)</sup>“. Ähnlich verfahren die Russen bei ihren Einfällen 1340 und 1343. Die Kriege jener Zeit bestanden eben in rücksichtsloser Verwüstung des feindlichen Landes und dem Bestreben, möglichst viel Beute an Menschen und Fahrhabe zu machen. Die Livländer vergalteten es den Litauern und Russen mit genau derselben Münze; mit Genugtuung verzeichnet der Chronist als Ende eines glücklichen Feldzuges: „Und togen.... mit grottem pris und guder buite wedder in Liflandt.“

Die Folgen dieser wiederholten Verheerungen waren schwer zu überwinden; besonders die Entvölkerung ganzer Landstriche stellte die Grundherren vor eine kaum zu lösende Aufgabe. Ihr Reichtum, ihre Einnahmequelle hatte in einer Anzahl gut besetzter Bauernhöfe oder Bauerngesinde, wie man in Livland das besetzte „Erbe“ nannte, bestanden. Nun lag ein grosser Teil dieser Gesinde wüst, die Bewohner waren erschlagen oder verschleppt worden. Es musste schleunigst an eine neue Besetzung gedacht werden. Diese Sorge ging allen anderen vor. Für einen Teil der Bauernhöfe fanden sich vielleicht Bewerber aus dem eigenen Gebiete: jüngere Söhne, Knechte aus anderen Gesinden, der Rest musste irgendwie besetzt werden: mit fremden Bauern, deren

<sup>1)</sup> L. U. B. II n. 846 S. 398 ff. Vgl. Lehnswesen S. 176 ff. Stavenhagen A. R. I n 42. v. Bunge, Estland S. 68 ff. v. Engelhardt l. c. S. 50 ff. 68 ff. v. Gernet l. c. S. 35 ff.

<sup>2)</sup> L. U. B. II n. 695 S. 158.

<sup>3)</sup> Renner S. 94.



man Freijahre zusicherte, vielleicht mit Leibeigenen, den sog. Drellen, dieser merkwürdigen Menschenklasse, von der wir oben kurz berichtet haben<sup>1)</sup>. Das gab dann ein recht buntes Bild, jedenfalls ein ganz anderes, als man es vor der Katastrophe gekannt hatte. Irgendwelche rechtliche Bedenken bei der Besetzung der wüsten Haken lagen nicht vor. Diese waren ja durch den Tod oder die diesem gleichzusetzende Verschleppung der bisherigen Besitzer vakant geworden und dem Grundherrn heimgefallen. Er konnte mit ihnen verfahren, wie er wollte. Der Grundherr konnte u. a. auch die wüsten Haken mit seinen Hofländereien vereinigen. Das tat er aber nicht; aus dem sehr einfachen Grunde, weil die Hofsländereien ohne Arbeitskräfte wertlos gewesen wären, und gerade diese Arbeitskräfte fehlten ihm ja infolge der Entvölkerung seines Gebiets. Das „Zuviel“ an wüsten Haken war es, was den Grundherrn verhinderte, sie einzuziehen. Zunächst galt es, die Grundlage der grundherrlichen Wirtschaft wiederherzustellen, d. h. abgaben- und leistungsfähige Bauernhöfe zu schaffen; die Erweiterung und Verbesserung der Hofsländereien war eine spätere Sorge.

Doch mit der Besetzung der wüsten Haken war der Grundherr noch lange nicht seiner Sorgen ledig. Es galt, auch die neuen Bauernhöfe lebensfähig zu machen. Der neue Wirt besass in den meisten Fällen nicht das nötige lebende und tote Inventar und ebensowenig die Möglichkeit, sich solches anzuschaffen. Der Grundherr musste da einspringen; er liess dem Wirt Pferde, Vieh, Saatkorn, nicht selten auch Brotkorn. Die Schuld wurde auf Kerbhölzern vermerkt, in grösseren Wirtschaften, auf den Domänengütern und den Gütern der Toten Hand im Landbuche verzeichnet. Über die Rückzahlung fehlen uns Nachrichten; wahrscheinlich wird es sich beim Getreide um langfristige Abzahlungen in natura gehandelt haben. Für Pferde und Vieh musste eine Art Miete gezahlt werden, wie aus den Urkunden des ausgehenden 14. und namentlich des 15. Jahrhunderts hervorgeht<sup>2)</sup>. Bei Neugründungen von Bauernhöfen waren diese Schulden erheblich, sie finden sich aber auch bei altangesessenen

<sup>1)</sup> Einer Urkunde um 1410 entnehmen wir, dass Hans Lode die Auslieferung eines nach Reval entflohenen Dieners fordert, wobei der Komtur von Ascheraden bezeugt, dass H. L. diesen Diener, der „ok min besitlike hake gewest“, von ihm seinerzeit gekauft (gevriet) habe. Es muss sich hier um einen Drellen handeln, da bei der Auslieferung von Verschuldung nicht die Rede ist und ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass H. L. das Recht habe, den Mann zu fordern. L. U. B. IV n. 1866 S. 755; S. auch unten S. 549 u. 552 f.

<sup>2)</sup> 1382 Okt. 16: „it. dat quick, dat de luide hebben umme de huire“. L. G. U. I n. 113; 1387 Okt. 17: „De conductionibus et locationibus vacarum et boum“. L. U. B. III n. 1248 S. 515; s. auch L. G. U. I n. 181. 555. 652 S. 610. L. U. B. VIII n. 765. 768. Brieflade I n. 354. 608. 813. 931. L. U. B. 2 Abt. I n. 342.

Bauern, denn die wirtschaftliche Entwicklung der Eingeborenen konnte sich naturgemäss nur sehr langsam vollziehen, und gleich allen auf einer niederen Kulturstufe stehenden Völkern verstanden sie weder mit dem Vorhandenen hauszuhalten, noch für die Zukunft zu sorgen. „Nachdeme das volk yn dessen landen kleyne vorsichtigkeit hat uff tewre czeite, denne alleynne, das es eyn henkomen von eynem jare czu andern moge haben“, urteilt der Ordensmeister Johann von Mengede 1454<sup>1)</sup>. Um wie grosse Beträge es sich bei grösseren Grundherrschaften handeln konnte, haben wir oben bei Besprechung der Wirtschaftsverhältnisse der Komturei Goldingen gesehen<sup>2)</sup>. Es betrugen dort 1341 die Bauerschulden: an Getreide 97 Last 31 Lof, an Gross- und Kleinvieh 500 Stück, in bar 87 Mark. Welch eine Rolle die Verschuldung der Bauern seit Mitte des 14. Jahrhunderts spielte, beweist ihr beständiges Vorkommen in den Urkunden der Zeit<sup>3)</sup>. Da die ausstehenden Bauernschulden regelmässig zu den Activis des Grundherrn gehörten, so wurden sie mit der Zeit in alle Verträge über Veräusserung von Grundbesitz mehr oder weniger formelhaft aufgenommen. Es heisst dann bei Aufzählung der Zubehörungen: „met luden, schult unde queke“ oder „mit lande und mit luden und mit der lude schult an korne und an gelde, olt und nye“<sup>4)</sup>.

1) L. U. B. XI n. 325.

2) L. U. B. II n. 803 u. 806. s. oben S. 540.

3) So heisst es, um nur ein Beispiel anzuführen, in einem Lehnbrief des Ebf. Vromold vom 5. Febr. 1350: „Och bekenne wy, dat de vorbenometen Wolmar u. Henneke (von Rosen) hebben gentzlichen ...volgethan vor al de schult und queck und korn unde andern dingen, die wir hatten in deme vorbenometen luden u. gute“. L. G. U. I n. 73 S. 75. Vgl. auch Urkunde von 1387 L. U. B. III n. 1248 S. 522. 1386 L. G. U. I n. 119, 1405 ib. n. 162, 1411 ib. n. 181 S. 196 etc. etc.; s. Sachregister der L. G. U.; s. auch B. R. W. Kap. X—XII.

4) Vgl. L. G. U. I n. 181 S. 196 u. n. 269. Auch folgende Formel wiederholt sich: „Ok sal bi dem vorsecreven gude bliven alle der ingesinde u der lude schulden, in boyken edder up dem stoken, olt u. nye.“ L. G. U. I n. 263, oder: „und de lude sunder jengerlei schult efte ansprake“ L. U. B. V n. 1962 S. 8 de Anno 1414 u. v. Zoëge-Manteuffel, Fam.-Gesch. Urk. n. 3 de Anno 1415; cf. Urk. 1415 in L. U. B. VI R. 2390 b. v. Engelhardt betont l. c. S. 97, dass in Urkunden des 14. Jahrhunderts „nur selten Schulden des Bauern an seine Herrschaft erwähnt“ werden, und erklärt dies damit, dass die Bauern damals meist imstande waren, ihren Verpflichtungen nachzukommen, woran sie erst später durch die übermässigen Fronen für den zunehmenden ritterlichen Gutsbetrieb verhindert wurden. v. E. führt aber selbst an anderer Stelle (S. 73) eine Urkunde von 1387 an, aus der hervorgeht, dass damals „ein Getreidevorschuss ganz herkömmlich und Jahr für Jahr wiederkehrend“ war. Abgesehen von diesem Widerspruch, berücksichtigt v. E. nicht genügend die Tatsache, dass die Zahl der uns überkommenen Urkunden des 15. Jh. unendlich viel grösser ist als die des 14. Jh.; so besitzen wir z. B. in der Briefl. I für das 14. Jh. 65, für das 15. Jh. 529, in den L. G. U. 108 resp. 541 Urkunden.



Die allgemeine Verschuldung der Zinsbauern war keineswegs eine vorübergehende Erscheinung. Bei den dauernd unruhigen Zeiten, die eine stetige Entwicklung der wirtschaftlichen Zustände nicht zuließen, und bei dem ökonomischen Leichtsinne der Bauern wurde es zu einer regelmässigen Gewohnheit der Grundherren, den Zinsbauern Vorschüsse an Getreide zu geben, Pferde und Vieh zu vermieten und unter Umständen auch Geld zu leihen<sup>1)</sup>. Es war dieses die einzige Möglichkeit, wie der Grundherr sich einen lebensfähigen Stamm von abgaben- und dienstpflichtigen Hintersassen erhalten konnte. Dass er selbst bei dieser Wirtschaftsform auf Rosen gebettet war, wird man füglich bezweifeln müssen. Auf eine restlose Tilgung der Schuld, die sozusagen perennierend geworden war, konnte er wohl nur in den seltensten Fällen rechnen. Sich durch die Habe des Schuldners bezahlt zu machen, war ausgeschlossen, denn dadurch würde er den Zinsbauer zugrunde gerichtet und sich selbst schwer geschädigt haben, ganz abgesehen davon, dass der wertvollste Teil der Habe, das lebende Inventar des Bauernhofes, in den meisten Fällen ohnehin sein Eigentum war. Es blieb ihm also nur das Rechtsmittel der Schuldknechtschaft in der damals schon abgeschwächten Form übrig, d. h. er konnte den säumigen Schuldner für bewiesene Schuld seinem Gesinde einreihen und die Schuld abarbeiten lassen<sup>2)</sup>. Der Zinsbauer war aber ohnehin zu Scharwerk verpflichtet, allerdings nicht für seine Person, sondern als Inhaber einer Wirtschaftseinheit, auf der Frondienste als dingliche Last ruhten. Nun könnte man sich allerdings vorstellen, dass der Grundherr als Gläubiger des Zinsbauern diesen gezwungen hätte, die Scharwerkspflicht durch einen Knecht und die Abarbeitung der Schuld persönlich zu leisten, dagegen spricht aber die Erwägung, dass dann der Bauernhof in den meisten Fällen, besonders in den entvölkerten Gegenden, ohne Bearbeitung geblieben, mithin wertlos geworden wäre. So blieb dem Grundherrn im eigensten Interesse nichts anderes übrig, als die Schulden anstehen zu lassen und nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, dass das in den Bauernhöfen investierte Kapital nicht gefährdet werde. Die Gefahr, dass dieses geschehen könne, lag freilich

<sup>1)</sup> s. die Urk. v. 1387 Okt. 17 L. U. B. III n. 1248. S. 522: „Item quod licet de uso morum et consuetudine et prout necessitas exigebat et defectus subditorum dicti castri Dondangen exposcebat, advocatus . . . . . consuevit singulis annis mutuare . . . . . certa frumenta et blada, siliginem ordeum et avenam pro agris seminandis“. In derselben Urkunde S. 515 ist auch „de conductionibus et locationibus vaccarum et boum“ die Rede.

<sup>2)</sup> „unde also schal he en holden gelik sinem gesinde, mit spise unde mit arbeit“. Livl. Spiegel III Art 33 (aus Sachsensp. III 39). M. R. R. Art 218. Vgl. auch die Urkunde 1408 Juli 30 L. G. U. I n. 169 und R. Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte 6. Aufl. I S. 497.

nahe, nicht nur, weil die Höfe durch nachlässige Bewirtschaftung heruntergebracht werden konnten, sondern besonders auch, weil die Neuwirte nur zu sehr geneigt waren, nach jedem Rückschlag sich ihren Pflichten durch die Flucht zu entziehen; sie riskierten dabei nicht viel, da sie das Wenige, was sie besaßen, leicht mitnehmen konnten und bei der allgemeinen Entvölkerung sicher waren, überall mit offenen Armen aufgenommen zu werden. Mit diesem Wandetrieb der bauerlichen Bevölkerung hatten die Grundherren zu rechnen, da, wie nicht anders zu erwarten, als unmittelbare Folge der steigenden Nachfrage nach tüchtigen Wirten eine allgemeine Lockerung der Sesshaftigkeit der bauerlichen Bevölkerung eingetreten war. Alle die Elemente, welche durch Krieg, Hungersnot und Seuchen an den Bettelstab gebracht worden waren, hatten natürlich das Bedürfnis, ihre Lage zu bessern. Dass ihnen das „ferne Glück“ begehrenswerter erschien als der Wiederaufbau im heimischen Gebiete, ist psychologisch verständlich, besonders in den Provinzen, wo der Aufruhr getobt hatte. Aber auch die Leute, welche nicht durch unmittelbare Not dazu gezwungen waren, mussten wegen der Möglichkeit einer Aufbesserung ihrer materiellen und sozialen Lage von einer Art Auswandererfieber ergriffen werden. Es ist bekannt, wie ansteckend eine derartige Bewegung ist, auch ist anzunehmen, dass die grösseren Grundherren, an erster Stelle wohl der Orden selbst, Siedler durch bauerliche Agenten werben liessen, wodurch diese Bewegung genährt wurde. In dieser Zeit mag auch ein starker Abstrom „loser Leute“ vom Lande in die Städte stattgefunden haben, wo Arbeitskräfte in allen niederen Betrieben stets willkommen waren<sup>1)</sup>. Auf Zeitpunkt und Stärke der Einwanderung Undeutscher in Riga deuten m. E. auch die seit Mitte des 14. Jahrhunderts üblichen Ausschlussbestimmungen für Undeutsche in den Schragen der Gilden und Handwerksämter<sup>2)</sup>. Einen direkten Hinweis für diesen „Zug in die Stadt“ bietet das in einem Transsumt von 1385 April 31 enthaltene gleichzeitige oder wenig jüngere Privileg des Erzbischofs Johann v. Sinten für die Stadt Lemsal. Es heisst dort: „ok en scholen de borghere unser tafeln ere hekere nicht enttyn to sick in de stad, dat se borgere werden, sunder vulbort unses lantvoghedes<sup>3)</sup>.“

Diesen das Wirtschaftsleben des Landes schwer schädigenden Misständen standen die Grundherren, vor allem auch die Landesherren, zunächst ratlos gegenüber. Die Freizügigkeit der bauer-

<sup>1)</sup> s. L. Arbusow jun., Studien z. Gesch. d. lett. Bevölkerung Rigas im Mittelalter u. im 16. Jh. Acta univ. Latv. I 1921 S. 78.

<sup>2)</sup> ibid. S. 80.

<sup>3)</sup> L. G. U. I n. 117 S. 124.



lichen Bevölkerung mit Ausnahme der Eigenleute, der sog. Drellen, stand ausser Zweifel. Diese letzteren mussten, falls sie ihren Herren entflohen waren, unweigerlich ausgeliefert werden, wie schon das älteste rigische Stadtrecht aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts und das Hapsalsche Stadtrecht von 1294 bestimmen<sup>1)</sup>, und im Friedensvertrage, den die livländischen Landesherren am 2. Okt. 1323 mit dem Grossfürsten Gedimin von Litauen schlossen, ausdrücklich festgestellt wird: „Lopt en drel van eneme lande in dat andere, den scal men utantwerden, van he gevordert wert“ . . . „wil en vrie man varen van eneme lande in dat andere, des scal he weldig wesen“<sup>2)</sup>. Die freien Leute, d. h. alle, die nicht Drellen waren, konnten also ziehen, wohin sie wollten. Das ältere Recht schützte den Herrn nur unvollkommen. Zwar schrieb das Bauerrecht der Wiek, das bereits die Einflüsse der geschilderten wirtschaftlichen Notlage zeigt, vor, dass der Zinsbauer nicht ohne ausdrückliche Erlaubnis seines Herrn seinen Hof verlassen dürfe, allein es entschädigte den Herrn bei heimlichem Abzuge des Bauern nur dadurch, dass es ihm dessen nachgebliebene Habe zusprach<sup>3)</sup>. Ferner bedrohte es den Bauer, der mit „Urlaub“ seines Herrn abzieht und dabei eines halben Ferdinges Wert mitnimmt, ehe er seine Schuld bezahlt hat, mit Verlust seiner ganzen Habe<sup>4)</sup>. Dieser Fall mag selten genug eingetreten sein. Denn wenn der Bauer, um seinen Verpflichtungen zu entgehen, zu entweichen beabsichtigte, war es für ihn in jeder Hinsicht einfacher, heimlich abzuziehen.

Eine etwas weitere Entwicklung finden wir in den Hapsalschen Willküren, die wahrscheinlich gegen Ende des 14. Jahrhunderts entstanden sind. Dort heisst es: „Weret auerst, dat ein schwede synem herrenn wolde enthenn vnd wolde synen haken lyggenn latenn wedder synes herren wyllen, de sal geuenn V mark Rigesch. Ein Este, de synenn haken wyll lyggenn laten ahne syns herren fulbort, de sall geuenn III mark Rigesch“<sup>5)</sup>. Während also das Wieksche Bauerrecht es dem Grundherrn bloss überlässt, sich aus der hinterlassenen Habe des geflohenen Hakenbauern bezahlt zu machen, setzen die Hapsalschen Willküren eine verhältnismässig hohe Strafzahlung für heimliches Entweichen schwedischer und estnischer Hakenbauern fest, die

1) Ältestes Rig. Stadtrecht Art. 21. Haps. Stadtr. Anh. Art. 45 u. 36 vgl. 47 u. 48; s. J. G. L. Napiersky, Die Quellen des rigischen Stadtrechts. 1876 S. 7. 46 ff. u. 35.

2) L. U. B. II n. 694 vgl. n. 693.

3) B. R. der Wiek Kap. XI § 2 u. 3 vgl. Kap. X u. XII.

4) ib. Kap. X.

5) s. Napiersky l. c. S. 49. L. U. B. IV n. 1515 S. 274. Die Zeitbestimmung ib. Reg. 1820.

ohne Zweifel ganz oder teilweise als Entschädigung des Herrn gedacht ist. Beide Satzungen stammen aus der Wiek, also einem nur sehr begrenzten Teile Livlands; ob ähnliche Rechtssätze auch in den anderen Territorien gegolten haben, wissen wir nicht. In keinem Falle konnten sie genügen, dem Misstand des heimlichen Abzuges verschuldeter Zinsbauern zu steuern.

## 2.

So lagen die Dinge, als der Orden in den grossen Krieg mit Polen und Litauen verwickelt wurde, der mit seiner völligen Niederlage bei Tannenberg am 15. Juli 1410 endigte. Die Folgen des Krieges waren für Preussen verhängnisvoll; ein grosser Teil des Landes war vollkommen verheert; es gab wüste Hufen in ungeheurer Zahl, 1415 lagen im Amte Christburg 24% aller Hufen wüste, 1419 in ganz Preussen noch 21%<sup>1)</sup>. Dazu kamen 1411, 1412 und 1416 vollständige Missernten; 1416, 1420 1427 wütete die Pest. Die verarmten und hungernden Bauern verliessen in Scharen ihre verwüsteten Höfe und zogen in die Städte oder in Gebiete, wo sie unter günstigen Bedingungen sich niederlassen zu können hofften. Schon 1412 forderten die Ritter, die Städter sollten alle Hubner und Gärtner, die keinen Entlassungsschein ihrer Grundherren hätten, austreiben, und auf dem Ständetage zu Elbind 1417 wurde beschlossen, dass entflohene Zinsbauern „ane allirley widdirrede“ auszuliefern seien und ihr Erbe erst verlassen dürften, wenn sie einen Ersatzmann gestellt und ihren Schuldverpflichtungen nachgekommen seien<sup>2)</sup>. Diese Bestimmung erhielt sodann durch die Landesordnung von 1420 gesetzliche Kraft, doch scheint sie, wie neuere Forscher es wahrscheinlich machen, schon einer alten Rechtsgewohnheit entsprochen zu haben<sup>3)</sup>. In derselben Landesordnung von 1420 richtete auch der Hochmeister an die Herren die Mahnung: „wir wellen, das keyn man dem andern seynen gebauer vorhalde,“ in richtiger Erkenntnis dessen, dass das Ausspannen und Vorenthalten geflohener Bauern dazu führen musste, die Unzuverlässigkeiten zu verewigen. Gleichzeitig hatte der Orden Schritte getan, die Flucht seiner bäuerlichen Hintersassen über die Landesgrenze einzudämmen. 1415 Juni 19 erliess König Sigismund auf Ansuchen des Hochmeisters eine Verordnung für das ganze Reich, wonach die geflohenen Eigenleute des Ordens „unverzogenlich und an widerrede“ auszuliefern seien, falls sie binnen Jahresfrist gefordert würden und des Ordens „hindersessen, knechte, dienere oder amptlute“, die wegen Schuld oder Ver-

<sup>1)</sup> s. Aubin l. c. S. 72 ff.

<sup>2)</sup> s. Aubin l. c. S. 90.

<sup>3)</sup> s. Plehn l. c. 17 S. 438 u. Aubin l. c. S. 86 ff.



brechen aus den Ordenslanden entwichen wären, am Ort ihrer Verschuldung abzuurteilen seien<sup>1)</sup>. Im Friedensvertrage, den der Orden am 27. September 1422 am Melno-See mit Polen und Litauen schloss, wurde wie vor hundert Jahren im Frieden von 1322 die gegenseitige Auslieferung von Flüchtlingen vereinbart. Während aber damals nur die Rede war von Eigenleuten, sollen jetzt alle Bauern: Zinsbauern, Krüger und Gärtner und andere Bewohner der Ordenslande, die ihren Herren verschuldet und ohne Begleichung ihrer Verbindlichkeit entwichen sind, ohne Verzug „nach Landesgebrauch“ ihren Herren ausgeliefert werden<sup>2)</sup>.

Wir sehen also, dass infolge der Verwüstung und Entvölkerung des Landes durch Krieg, Hunger und Pestilenz die Verhältnisse der deutschen Bauern in Preussen — denn um diese handelt es sich — im ersten Viertel des 15. Jahrhunderts sich erheblich verschlechterten. Zwar entstand damals noch keine Schollenpflichtigkeit im strengen Sinne des Wortes, aber die Freizügigkeit der Zinsbauern war doch durch die Landesordnung von 1420 wesentlich eingeschränkt, indem der Abzug nicht nur von der an sich selbstverständlichen Regelung aller Verbindlichkeiten, sondern auch von der Stellung eines Ersatzmannes abhängig gemacht wurde<sup>3)</sup>.

Es konnte nicht ausbleiben, dass die Vorgänge in Preussen die Verhältnisse in Livland beeinflussten. Hier lagen die Dinge insofern schwieriger, als keine Zentralgewalt wie in Preussen existierte, wo der Orden politisch und wirtschaftlich ausschlaggebend war<sup>4)</sup>. Alle die Schwierigkeiten bei der Wiedererlangung geflohener Schuldner, die schon in Preussen schwer empfunden wurden, vergrößerten sich in Livland durch den Umstand, dass es neben dem Ordensgebiet und dem vom Orden abhängigen Stifte Kurland drei völlig souveräne Territorien gab, die vielfach an das Ordensgebiet grenzten. Es war daher den Flüchtlingen aller Gebiete ein Leichtes, sich der unmittelbaren Verfolgung durch Überschreiten der Landesgrenze zu entziehen. Die Wiedererlangung solcher Flüchtlinge war nur auf diplomatischem Wege

<sup>1)</sup> L. U. B. VI n. 3227 S. 690 ff.

<sup>2)</sup> „secundum consuetudinem terrae, de qua recesserunt.“ L. U. B. V n. 2637 P. 11 S. 882. s. P. 12, wo die Auslieferung von Verbrechern vereinbart wird.

<sup>3)</sup> Wiederholt in der Landesordnung von 1445, s. Aubin l. c. S. 92 ff. Plehn l. c. 17 S. 92 ff. und Aubin l. c. S. 77 Anm. 3 weisen mit Recht darauf hin, dass v. Brünneck in seiner Abhandlung über die Leibeigenschaft in Preussen in d. Ztschr. d. Savigny-Stiftg. f. Rechtsgesch. XXI die Bauern deutscher und preussischer Nationalität nicht genügend auseinanderhält.

<sup>4)</sup> 1415 Dez. 10 schreibt der Ordensmeister dem Hochmeister „das wir nicht mechtich sin, den stiften u. rittern, knechten u. den steten hir in dem lande, went sie y u. y. fry gewesen sint, so getan gebot zu thuende“.

möglich, der übrigens auch beschriften werden musste, wenn die Flüchtlinge sich in die Städte wandten. So schreibt der Komtur von Goldingen an den Hochmeister 1409 Jan. 10: „Sunderlichin . . . . . so besorge wir nur gemeinlich in Curlande, wan der stat zu Memel ire vriheit gegebin wirt, des sie denne unser luete us Curlande enthalden . . . so worde unsir lant zumale wuste und vorterbitt. Hir umme bitte wir gemeinlich euwere gnade darzu zu keren, das die vorgescrevene stat unsir czinslute u. die uns schuldich sin, nicht enthalde, sundir vrie luete, die nicht czinshaftich noch schuldich sin, die mogen czien, wo sie wellen“<sup>1)</sup>. Bezeichnend für die allgemeine Verschuldung der Zinsbauern ist der Umstand, dass hier Zinsbauern und sonstige Schuldner gleichgesetzt werden im Gegensatz zu allen übrigen „freien“ Leuten.

Es bildete sich nun im Anfang des 15. Jahrhunderts die Rechtsanschauung aus, dass entweder der geflohene Zinsbauer auszuliefern sei, oder aber seine Verbindlichkeiten von seinem neuen Herrn beglichen werden müssten. Diese Anschauung spiegelt sich deutlich in einem Schreiben des Ordensvogts von Oberpahlen an den Revaler Rat von 1417 März 26: „Als van des mannes wegen, den unse dener bi ju in der stadt bekant und geanspraket hebben, van unsir wegen u. unsir erfman is, geheiten in unsin boken Claweke van Vatty, andres genommet Hinke, bidde wi juwer ersamen vorsichticheid to weten, dat he uns schuldich geblewen is XXX mark 11<sup>0</sup> nouten. Antwerdet den unsin als wiser dusses breves Stakelberge schult ofte maen“<sup>2)</sup>.

Diese Alternative „Schuld oder Mann“ war für den Herrn des Flüchtlings natürlich keine befriedigende Lösung der Läuflingsfrage, schon weil die Feststellung und gerichtliche Anerkennung der Schulden des entwichenen Hakenbauern mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden war; auch war ihm bei dem herrschenden Leutemangel an dem Manne mehr gelegen als an der Schuld, deren Bezahlung, wie er hoffte, ihm ohnehin nicht ganz entgehen würde, wenn er nur erst den Mann auf seinem früheren Hofe sitzen hätte. So bittet der Bischof von Kurland im Mai 1424 den Rat von Riga um die Auslieferung eines seiner Hintersassen, der 18 oder 20 Jahre „unse man gewesen“, und nach dem Landbuche 10 Osering und eine Tonne Dorsch sowie an Gerichtsbusse 6 Osering schuldig sei. „Doch en vördere wy nicht zo zere disse schulde alze unsen man. Hirus doet wol und latet uns den man volgen, de ju to nenen dingen nütte wert“<sup>3)</sup>.

Mit besonderen Schwierigkeiten war die Auslieferung solcher Bauern verbunden, die in eine Stadt geflüchtet waren. Die Städte

<sup>1)</sup> L. U. B. IV n. 1782 S. 651. Vgl. ib. n. 1784 S. 652 u. n. 1812 S. 655.

<sup>2)</sup> L. U. B. V n. 2125 S. 212; s. auch Urk 1432 Jan. 23 ib. VIII n. 545: „den man uttoantwerden edder myne schult.“

<sup>3)</sup> L. U. B. VI n. 229. Ein Osering = 8 Lot ungeprägten Silbers.



waren nur zu geneigt, die Leute, die sie als Arbeitskräfte schätzten, ihren Herren vorzuenthalten; sie taten dies auch mit Drellen, obgleich das Recht der Herren auf Auslieferung solcher keinem Zweifel unterliegen konnte. Spätersollte sich, wie wir sehen werden, dieser Gegensatz der Interessen von Stadt und Land zu tiefgehenden und lange andauernden Zerwürfnissen zwischen der harrisch-wierischen Ritterschaft und Reval auswachsen. Aber auch die anderen Städte, besonders Riga, machten Schwierigkeiten bei der Auslieferung. So beklagt sich der Bischof von Kurland 1424 bei Riga, dass seine Leute, die ihm „grot schuldich syn“, und seine Drellen von rigaschen Bürgern nach Riga verlockt würden, und wenn er sie zurückfordere, verlangten die rigaschen Landvögte Zeugnisse und Beweise. Welche Beweise sollte er denn ausser seinen Versicherungen und Briefen liefern? Sollte er das Landbuch schicken oder die Ältesten oder „pagestlude“ oder Diener? Er bitte um schleunige Auslieferung der „drellen, ghevanghen unde schuldenere“, widrigenfalls er Repressalien üben werde<sup>1)</sup>.

Die vielfachen Klagen über verweigerte oder erschwerte Auslieferung verschuldeter Zinsbauern mögen dazu geführt haben, dass auf dem Landtage vom 25. Oktober 1424 diese Frage eine allgemeine Regelung erfuhr. Es wurde festgesetzt, dass entlaufene Drellen, welchen Ursprungs die Drellschaft auch sei, unweigerlich auszuliefern seien, ferner „alz umb de lude, de dar teht von eyner herschopp undir de ander u. nicht drillen sien u. ok nicht an hals effte hant gerichtet sien, sint desulven lude schuldich u. werden se gefordert, men sal vor se gut sien u. betalen ere reddelike bewieslike schulde edder men sall desulven lude utantworden na der olden wonheit“<sup>2)</sup>.

Der Landtagsschluss erhob also die bisherige Rechtsgeohnheit der Auslieferung von „Schuld oder Mann“ zum Gesetz. Bezeichnenderweise aber haben die Sendeboten der Städte diesem Rezess nicht beigestimmt, allerdings auch aus dem Grunde, weil ihnen die in demselben Rezess enthaltene neue Münzordnung, von der wir weiter unten noch handeln werden, nicht passte.

Urkunden der Folgezeit entnehmen wir, dass die Schwierigkeiten der Auslieferung verschuldeter Zinsbauern, die in die

<sup>1)</sup> L. U. B. VII n. 228. s. auch n. 230.

<sup>2)</sup> L. U. B. VII n. 206. Vgl. Arbusow B. R. Anh. n. 19. Inbezug auf die Drellen wurde verordnet, dass kein Christ zum Drell gemacht werden könne, es sei denn, er sei gerichtet „in hals effte hant“, und auch dann dürfe die „drillschopp“ nicht länger dauern als zehn Jahre, wobei dem Drell freistehe, sich mit je einer Mark pro Jahr zu lösen. Bei den Drellen „de rechtliken u. reddliken gekofft weren, eddir gehalt u. gebrocht weren ut der unglövigen lande“, bleibt es beim Alten.

Städte gezogen waren, andauerten und schon damals zu einer äusserst gereizten Stimmung zwischen Stadt und Land führten<sup>1)</sup>. In einer Beschwerdeschrift des OM. Cisse v. Rutenberg über Riga zwischen 1430 und 1432 heisst es: „Ze entheen uns unse lude van unserem lande, de under uns gebaren zint. En dels unse drellen, en dels unser hockere und schuldener sind von uns under ze entloopen, der wie vele van en gefordert hebben. Dith en mach uns jo altomale nicht helpen, dat uns man edder schulde utantwerdet möge werden, sunder dat ze uns jo in dezen saken meynen to drengen ...“<sup>2)</sup>.

## 3.

Die Läuflingsordnung von 1424 konnte dem Unwesen des Entlaufens verschuldeter Zinsbauern nicht steuern. Nicht nur wegen der Schwierigkeiten der Durchführung des Auslieferungsverfahrens, nicht nur weil die Städte, insbesondere Reval, sich der Auslieferung widersetzen, sondern hauptsächlich deshalb, weil alle Verordnungen und Vereinbarungen das Grundübel, den wirtschaftlichen Niedergang des Landes, nicht beseitigen konnten. Nach den Urkunden der Zeit war Livland ähnlich wie Preussen im ersten Viertel des 15. Jahrhunderts beständig von Misswachs, Hungersnot und schweren Seuchen heimgesucht. Am 6. September 1422 schreibt der Ordensmeister dem Hochmeister: „Dar zu ist unser land zu Liefeland also sere vorwustet u. vorellendet von hungere u. von pestilentie“<sup>3)</sup>. Zum allgemeinen Niedergang des Wohlstandes trug die allgemeine Münzverschlechterung nicht wenig bei. Schon der Landtag zu Wenden vom 27. August 1422 hatte eine neue Münzordnung festgesetzt, die sich hauptsächlich gegen Verschlechterung und Fälschung der Münze richtete<sup>4)</sup>. Der Landtag zu Walk vom 25. Oktober 1424 regelte nun den Zahlungsmodus und bestimmte u. a., dass der „lantman u. tynsman sine jarlike tynse, alze ku- u. ossenhüre, kornschult u. andir olde gewonlike u. plegelike gerechticheit u. plicht, siner herrschafft furbat betalen sall mit

1) L. U. B. VII n. 731 vom Jahre 1431. Revaler Bürger misshandeln einen Diener des Hans Lode, der einen nach Reval geflohenen Schuldner festnehmen will. Lode droht mit Selbsthilfe. Vgl. auch ib. n. 805.

2) L. U. B. VIII n. 655 P. 10.

3) L. U. B. V n. 2634 S. 874. 1412 Dez. 31 schreibt der Bischof von Dorpat an den Ordensmeister, es sei ein vollständiges Missjahr, „dat vele der unsen, beide manne u. gebure, kume brod hebben u. umme enberunge willen des roggē er akkere vele mosten unbeseiget bliven“. L. U. B. IV n. 1927 S. 832. s. auch ib. V n. 2025 S. 79 u. n. 2532 S. 715. 1442 wurden in der Ordensvogtei Karkus 1053 besetzte und 354<sup>1</sup>/<sub>4</sub> unbesetzte Haken festgestellt; 24 waren zweifelhaft „von des stervetes wegen“. L. U. B. IX n. 834.

4) L. U. B. V n. 2632 S. 867 ff.



nyen pagiment; . . . over andir tovellige u. byschulde, alze gelenet gelt, qweckschult u. dergliken, de men sust plecht sunderlix upptoschrivende in de lantboke, mach he betalen mit olden pagimente.“ Desgleichen sollte die Gerichtsbusse (broke) der nach 1424 an Hals und Hand Gerichteten in neuer Währung bezahlt werden<sup>1)</sup>. Wenn nun auch die bäuerlichen Zinszahlungen in Geld damals nur den geringeren Teil der regelmässigen Abgaben ausmachten, so bedeutete diese Verordnung an sich doch eine schwere Belastung der Zinsbauern, da die neue Münze den dreifachen Wert der alten besass. Bei der sonst in dieser Zeit hervortretenden Fürsorge der Landesherren und Stände für die bäuerliche Bevölkerung<sup>2)</sup> und bei der auf der Hand liegenden Gefahr, die eine übermässige Belastung der Zinsbauern für die wirtschaftlichen Verhältnisse, also für die Grundherren selbst bedeutete, müssen wir annehmen, dass der Landtag bei der Festsetzung des Zahlungsmodus in erster Linie die Begleichung der Verbindlichkeiten entflohener Zinsbauern durch ihre neuen Herren im Auge gehabt habe; ferner, dass er nicht mit Unrecht vorausgesetzt habe, die gleichzeitig einsetzende Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte würde einen gewissen Ausgleich herbeiführen.

Die Absicht, die Preissteigerung den Bauern zugute kommen zu lassen, drückt sich auch im Beschlusse des Landtages zu Walk vom 18. Januar 1426 aus, wonach die alte Münze noch bis zum 10. März gangbar sei, „utgenommen den undutsschen unde ghebur, den sal men van stund an — alleweghe betalen nicht myt olden sunder myt nyen pagymente“<sup>3)</sup>. Letztere Bestimmung bezog sich auf den Handel, den die Bauern mit ihren Produkten in den Städten trieben, traf also die Städter. Diese jedoch widersetzten sich hartnäckig der Durchführung der Münzordnungen, obgleich der Handel am wenigsten durch sie litt, da dort der Feingehalt der Münze, nicht ihre Bezeichnung massgebend war, wodurch ein schnellerer Ausgleich der Preise erzielt wurde als im sonstigen Verkehr. Aber die Städte sahen sich durch die Bestimmung, dass die Renten ausgeliehener Kapitalien nach neuer Währung, also im dreifachen Betrage gezahlt werden mussten, aufs empfindlichste geschädigt, da bei ihnen die weitaus meisten Kapitalien geistlicher Stiftungen nutzbar angelegt waren. Es gelang den Landesherren auch nicht, den passiven

---

<sup>1)</sup> L. U. B. VII n. 206.

<sup>2)</sup> Vgl. z. B. die Landesordnung von 1422 Jan. 28 und die Statuten des Provinzialkonzils von 1428, verzeichnet bei Arbusow B. R. Anh. n. 18 u. 20, s. auch die Urk. von 1421 L. U. B. V n. 2569 u. 2570 S. 768 ff.

<sup>3)</sup> L. U. B. I n. 409.

Widerstand der Städte zu brechen<sup>1)</sup>, und so ist auch der Landtagschluss von 1426 auf dem Papier geblieben.

Auch sonst bildeten die bauerlichen Verhältnisse einen beständigen Zankapfel zwischen den Städten und den anderen Ständen. Am 17. November 1421 schreibt der Ordensmeister an Reval, die armen Landleute dieser Lande kämen zu ihm und klagten bitterlich über die ungebührliche Verteuerung verschiedener Bedürfnisse (allirleie notturft) und besonders des Salzes. Sie litten schwer darunter „alse ok alreide van jamerliken jaren, de negest vorgangen sin, utermaten armer wurden sin“. Er verlange ernstlich, „dat dem armen lantman redelicheit gesche“, sonst müssten er und die anderen Landesherren Massregeln in dieser Sache ergreifen<sup>2)</sup>. Nachdem Reval eine Verbilligung des Salzes abgelehnt hatte, wiederholt der Ordensmeister seine Forderung noch eindringlicher am 11. Dezember 1421. Er weist darauf hin, dass das Salz „nicht dat derde part so dure steit, als gi id itzund dem armen landmanne verkopen“ und ermahnt sie, der Not zu gedenken, „de desse armen lande binnen korten jahren avergangen hebben“<sup>3)</sup>. Auch diese Ermahnungen halfen nichts. Noch 1439 am 3. November schreibt der Ordensmeister an Reval, der „arme Undutsche landtman“ beklage sich bitter über die Verteuerung des Salzes durch dessen Verkauf an die „ungelövigen Rossen“, „also dat de arme landtman mit all siener have de em Goth von korne u. von queke gegeven hefft, nicht afflangen kan so vele zoltes to betalende, alz em mit sieme gesinde nodt u. behuff ist“. Die Folge seien u. a. schwere Krankheiten<sup>4)</sup>.

Die Sorgen des Ordensmeisters um das Wohlergehen der Bauern hatten ihren Grund zum Teil auch in der Befürchtung, dass ihr wirtschaftlicher Niedergang zu Unruhen führen könnte<sup>5)</sup>. 1426 (November) schreibt der Ordensmeister an König Sigismund: „Auch ist daz Undeutsche volk, daz zcum cristenen gelouben betwungen ist, alßo ungetreuwe, daz man sich irs ummeslages alle tage besorgen muß, des sie ouch in deßen zcehen yoren mee wenn ejns vorsocht haben, das man mit der hulfe Gotes noch bis hieher undirstanden hat“<sup>6)</sup>. Und 1429 schreibt der

1) s. Hildebrand in Einleitung z. L. U. B. VII S. XXIV ff.

2) L. U. B. V n. 2569 S. 768.

3) ib. n. 2570.

4) L. U. B. IX n. 523.

5) Schon 1417 Juli 11 schreibt der Ordensmeister an den Hochmeister: „Von den Esten u. Undeutschen hir in Lyfflande, alse wir ewirñ gnaten in vorgangen zeiten schreben, die sich wolden haben ummegetan, haben wir noch nicht dirfaren — von weme der orsprung ersten sei entsprossen.“ L. U. B. V n. 2150 S. 247. Vgl. dazu A. R. I n. 222 Anm. 6.

6) L. U. B. VII n. 544.



Ordensmeister an Reval, die Esten in Harrien und Wierland sollen sich heimlich mit Waffen versehen und von Tag zu Tag widerpenstiger werden; sie hätten offenbar schlimme Absichten. Es dürften ihnen keine Waffen verkauft werden. Die Unzufriedenheit der Esten solle von der Währung herrühren. Als er im Januar des Jahres in Reval gewesen, seien viele Klagen der Esten an ihn gekommen: man übervorteile sie in Reval, indem man ihnen den neuen Artig zu vier alten anrechne. Dies sei bei Strafe zu verbieten. Die neue Münze sei zu ihrem Nominalwert anzurechnen<sup>1)</sup>).

Zu einem Aufstande der unruhigen Esten, worunter namentlich die von Harrien zu verstehen sind, ist es nicht gekommen, obwohl die Städte, besonders Reval, allen Ermahnungen und Drohungen der Landesherren gegenüber bei ihrem passiven Widerstande beharrten und die ungesunden Verhältnisse infolge der schweren wirtschaftlichen Lage andauerten.

Wir haben bereits oben erwähnt, dass die regelmässige Verschuldung der Zinsbauern in den Urkunden der Zeit einen breiten Raum einnimmt. Gleichzeitig finden wir auch häufig Erwähnungen von Überlassung entwichener Zinsbauern gegen Übernahme ihrer Verbindlichkeiten. Der technische Ausdruck für die Auslösung eines verschuldeten Zinsbauern war „frien“ (frigen) oder auch „frien und quiten.“ Von den zahlreichen Urkunden des 15. Jahrhunderts, die diesen Vorgang wiedergeben<sup>2)</sup>, seien hier nur folgende erwähnt, die besonders charakteristisch erscheinen: 1411 Juli 6 urkunden Abt und Konvent des Klosters Valkena über einen Gütertausch mit dem Orden; es heisst in der Urkunde: „Were id aver, dat jenge lude van beyden syden entogen weren, de nicht gevryet en weren, so mach malck de lude vorderen, als de boke utwyzen“<sup>3)</sup>. 1430 April 30 verkauft Kersten Bixhovede seinen Hof tor Warninge dem Thuve Engedes „mit alle den luden, de dar to horen, unde sint dar ok ingesinde u. lude von enthogen, de ungevryet sin, de schal unde mach Thuve . . . vorderen to syneme vromen“<sup>4)</sup>. 1438 Juli 25 urkundet der Orden anlässlich eines Grenzvergleiches mit dem Bischof von Ösel: „Unde wie hebben demsulven hern u. siener kercken fry u. quydt gelaten u. overgeven alle de lude, de in vortiden, id sie so lange id sie, ut unses ordens gebede

1) L. U. B. VI n. 3009 S. 399. Zur Datierung s. ib. VIII n. 6. Reval findet die Forderung des Ordensmeisters nachteilig, bittet Dorpat um ein Gutachten. Dorpat rät abzulehnen. L. U. B. VIII n. n. 11 u. 23.

2) S. L. G. U. I n. n. 169. 181. 253. 401. 486. 664. 670. 689. Briefl. I n. n. 332. 361. 364. 378. 411. 431; 16. Jh.: n. n. 684. 739. 773. 781. 855. 1250 etc. L. U. B. IV n. 1866 S. 755. IX n. 326. XI n. 300. 2. Abt. I n. 266.

3) L. G. U. I n. 181 S. 196.

4) L. G. U. I n. 253.

Carchus in datsulve stichte to Osell gekomen u. nu noch wonhafftich dar sien, mit alle eren schulden an korne, an gelde u. an andern schulden“<sup>1)</sup>). 1479 Juni verkauft Goswin Donhoff seinen Hof zu Sauwes für 3000 Mark. Von dieser Summe sind 600 Mark „anlegginge“, d. h. Anwendungen für die Neubesetzung des durch die Pest entvölkerten Gutsgebiets. Sieben neu gesetzte Zinsbauern hat Donhoff von anderen Leuten „gefriget“<sup>2)</sup>). 1500 März 12 verkauft Jürgen von Tysenhusen seinen Anteil an Schloss und Gütern Kongentall seinem Bruder Hans „unde eft dar welcke erffbure uth dussen gudern vorlopen werden, de sall unde mach Hans wedder vorforderen; unde ock eft dar bure weren ungefryeth, dat mach Hans ock to synem besten fryen“<sup>3)</sup>).

Das Rechtsgeschäft, das zwischen dem Grundherrn des entwichenen Zinsbauern und demjenigen, auf dessen Gebiet dieser sich niedergelassen hatte, abgeschlossen wurde, trug nicht selten die äusseren Merkmale eines Verkaufs des Läuflings und seiner Angehörigen an sich. Der Gläubiger urkundete, dass er dem N. N. ein Gesinde mit Namen X. Y., bestehend aus den und den Leuten, oder den X. Y. mit seinen Kindern oder Brüdern überlassen, und dass ihm von N. N. dafür Genüge getan oder so und so viel gezahlt worden sei<sup>4)</sup>). Da in dieser Zeit auch Verkäufe von Drellen vorkommen, ohne dass diese immer als solche kenntlich gemacht werden, ist es nicht immer leicht festzustellen, ob tatsächlich ein Verkauf oder bloss eine Abtretung privatrechtlicher Ansprüche vorliegt. Auf einen anderen Umstand, der geeignet ist, die Natur solcher Rechtsgeschäfte zu verdunkeln, hat bereits v. Bruiningk (Mitt. XXII S. 19 ff.) mit Recht hingewiesen, nämlich auf den verschiedenen Gebrauch des Ausdrucks „Gesinde“, der bald den Bauernhof, bald dessen Menschenbesatz bedeuten kann. Berücksichtigt man dann noch den Umstand, dass der Bauernhof, das Gesinde, in den weitaus meisten Fällen den Namen des Inhabers, des „Gesindewirts“, trägt, so liegt es auf der Hand, dass man bei der Beurteilung von Urkunden über Veräusserung von Bauern sehr vorsichtig sein muss. Es kann sich da um ganz verschiedene Rechtsgeschäfte handeln: um Lösung eines verschuldeten und entlaufenen Zinsbauern, um Verkauf eines Drellen und um Verkauf eines Bauernhofes. Die Möglichkeit einer Veräusserung eines Bauern (der nicht Drell war) ohne Land in der Epoche vor Ausbildung der Schollenpflichtigkeit ist ausge-

1) L. U. B. I n. 326 S. 208.

2) Briefl. I n. 322 S. 211.

3) L. G. U. I n. 689 S. 647.

4) S. z. B. die Urkunden von 1468, Briefl. I n. 270; von 1472 L. G. U. I n. 486, von 1495 L. U. B. 2. Abt. I n. 266, von 1518 Briefl. I n. 855 u. a. So werden wohl auch die Urkunden n. n. 58, 81 u. 367 in L. G. U. II aufzufassen sein.



schlossen, das liegt in der Natur der Sache. Wo ein Verkauf eines Bauern ohne Land in dieser Epoche einwandfrei festgestellt werden kann, kann es sich nur um einen unfreien Bauern, also um einen Drell handeln. Ein solcher kann, wie wir gesehen haben, sehr wohl auch auf einem Bauernhofe sitzen, also „Gesindewirt“ sein.

Da, wie wir oben bereits erwähnt haben, die Schulden der Zinsbauern einen wichtigen Teil der Aktiva eines Gutsgebiets ausmachten, so wurde es üblich, bei Verkäufen oder Verpfändungen eines Gutes dem Käufer die Schulden der Zinsbauern zu gewährleisten oder den Anspruch auf die entlaufenen Bauern samt ihrer Schuld zu zedieren, wie wir u. a. den oben angeführten Urkunden von 1411, 1430 und 1500 entnehmen können<sup>1)</sup>. Eine weitere Folge dieser Entwicklung war, dass in den Urkunden dieser Zeit ganz allgemein bei Veräußerung von Gütern die Formel „myt alle eren landen unde luden etc. etc.“<sup>2)</sup> gebräuchlich wird. Die bauerlichen Hintersassen erscheinen also als Zubehör des Gutes, auch kommen in dieser Zeit die Ausdrücke „Erbbauer“ (erffbur) und „Erbherr“ auf, während bisher der Bauer bur oder man (im Plural: buren, lude oder mans) genannt wurde<sup>3)</sup>.

Alle diese Erscheinungen können als Symptome einer sich anbahnenden Änderung des Rechtszustandes der Bauern gelten.

Man hat bisher angenommen, dass die Schollenpflichtigkeit der Bauern sich zu Beginn des 15. Jahrhunderts entwickelte und etwa Mitte des Jahrhunderts zum allgemeinen Rechtszustande wurde; das ist jedoch nicht richtig. Von einer wirklichen Schollenpflichtigkeit (glebae adscriptio), d. h. einer rechtlichen

<sup>1)</sup> S. auch die Urkunden von 1497 L. U. B. 2. Abt. I n. 554 und zahlreiche Urkunden des 16. Jh. in L. G. U. II u. Briefl. I.

<sup>2)</sup> L. G. U. I n. 194 von 1417 April 13 s. ib. n. n. 205. 226. 234. 256. 282. 312. 335. 337 etc. etc. Die ausdrückliche Erwähnung von bauerlichen Hintersassen als Zubehör der Grundherrschaft kann vereinzelt auch früher vor, z. B. 1294. L. G. U. I n. 44, 1305 L. U. B. II n. 616, 1306 L. G. U. I n. 48, 1326 L. U. B. VI n. 729 a, 1355 L. G. U. I n. 79.

<sup>3)</sup> Die gewöhnliche Bezeichnung ist bur, man, auch lantman, im Plural buren, lude, lantlude, häufig auch undersaten. Im 15. Jh. kommt die Bezeichnung erfbur, erfman auf. 1417 L. U. B. V n. 2125 S. 212, 1431 u. 33 L. U. B. VIII n. 457 u. 672 (wo allerdings nur hochdeutsche Regesten vorliegen), 1453 L. U. B. XI n. 301, 1483 L. G. U. I n. 555, 1494 erzstiftische Einigung bei Arbusow B. R. Anh. n. 27, 1497 L. U. B. 2. Abt. I n. 554. u. 596, 1500 L. G. U. I n. 689. Unter Erbbauer wird immer der ansässige Zinsbauer verstanden im Gegensatz zu den eingewanderten „gefrieten“ Bauern einerseits (s. L. G. U. I n. 555 u. 689) und den nicht ansässigen Bauern andererseits, s. unten S. 563. Das Korrelat zu Erbbauer ist Erbherr (erffherre), der Grundherr des Erbbauern, s. Dörptsche Einigung von 1458 P. 7, bei Arbusow B. R. S. 98. Der Ausdruck Erbherr kommt im Mutterlande schon viel früher vor, z. B. in der Lignitzer Glosse zum Sachsenspiegel Art. 60 u. 71 (ca. 1386). Vgl. Homeyer, Sachsenspiegel II 1 S. 360 u. 363.

Fesselung der bauerlichen Hintersassen an die Grundherrschaft kann nicht die Rede sein, solange das Prinzip „Schuld oder Mann“ für die Auslieferung geflohener Zinsbauern Geltung hatte. Der Zinsbauer oder, wie er in den livländischen Urkunden gewöhnlich genannt wurde, der Hakenbauer (hakenbur, beker), war allerdings bis zu einem gewissen Grade an seine Scholle gebunden, jedoch nicht durch Gesetz oder auch nur durch Gewohnheitsrecht, sondern durch seine Verpflichtungen dem Grundherrn gegenüber, Verpflichtungen, die teils dinglicher, teils persönlicher Natur waren. Er durfte, ohne zuvor diese Verbindlichkeiten gelöst zu haben, seinen Hof ebensowenig verlassen, als es heutzutage ein säumiger Pächter tun darf. Andererseits ist nach dem oben Ausgeführten nicht daran zu zweifeln, dass nicht nur der unbesitzliche Bauer, sondern auch der Zinsbauer frei ziehen konnte, wohin er wollte, sobald er seinen Verpflichtungen nachgekommen war.

Dieser Zustand dauerte das ganze 15. Jahrhundert hindurch.

#### 4.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich um die Mitte des Jahrhunderts etwas gebessert zu haben scheinen, verschlimmerten sich gegen Ende des Jahrhunderts wieder. Bürgerkriege und wiederholte Einfälle der Russen hatten weite Strecken des Landes verödet und den Handel der livländischen Hansestädte mit dem Osten lahmgelegt. In einer Urkunde von 1479 wird darauf hingewiesen, dass ein Teil der Bauernhöfe eines Gutes in Harrien durch die Pest verödet sei<sup>1)</sup>. Wie schwer damals das ganze Land durch Missernten und Seuchen gelitten haben muss, zeigt der Rezess einer Versammlung der Ritterschaften der Stifte Riga und Dorpat und sämtlicher Ordensgebiete vom 20. Juni 1482, in dem es heisst: „Hir en baven plageth uns de almechtige Godt vormiddelst smachten, kummer u. duren jaren, daß des Jahres so mennich dusenth mynssche gestorven sein; ane twivell unßer sunde schult.“ Die Beschwerden der Ritterschaften richteten sich gegen die Geistlichkeit, die trotz Misswachses und Seuchen gleichwohl ihre jährliche Rente beziehen wollte, und gegen den fahrenden Kaufmann, der die Ritterschaft und „de armen buren“ durch Wuchergeschäfte schädige, indem er ihre Geldnot ausnutze, ihnen ihr Korn, Flachs, Wachs, Pelzwerk und was sie sonst an fahrender Habe besitzen, billig abkaufe und mit 3—500% Gewinn weiterverkaufe; dazu führe er noch das Korn aus dem Lande „dat mannich mynssche smachtiß halven gestorven ys“. Die Ritterschaften beschliessen: ausser der Einhaltung von

<sup>1)</sup> Briefl. I. n. 332.



drei Fasttagen im Jahre zur Abkehrung der Rache Gottes, in Zukunft alle Zahlungen statt in Geld in Korn zu leisten, dessen Preis auf jährlichen Versammlungen der Herren und Ritter festzusetzen sei<sup>1)</sup>. Ferner soll eine Kasse zum allgemeinen Besten gegründet werden, in die von jedem besetzten Haken ein Fering gezahlt werden müsse und zwar „van der herschop, nicht van den buren“. Endlich beschloss die Versammlung, dass eine für das ganze Land geltende Läuflingeinigung auf zehn Jahre geschlossen und überall Hakenrichter eingesetzt werden müssten „upp dat neyn wemoith, Bo it nw ym lands ys, dorve van entstan“<sup>2)</sup>. Auf diesen letzten Beschluss werden wir unten noch zurückkommen.

Die allgemeinen Zustände verschlimmerten sich in der Folgezeit noch um ein Bedeutendes. In den Jahren 1495, 1497<sup>3)</sup>, 1502, 1504, 1505, 1506 und 1510 herrschten Pest und andere Seuchen in allen Teilen des Landes. Bei einem Russeneinfalle im Dezember 1501 wurden 40000 Menschen aus den estnischen Gebieten in die Gefangenschaft geschleppt. Gelegentliche Berichte des Ordensmeisters an den Hochmeister werfen ein grelles Licht auf den traurigen Zustand des Landes in den ersten Jahren des 16. Jahrhunderts<sup>4)</sup>. In dieser Zeit wiederholten sich die Vorgänge, die in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zur Verschuldung und zum „Verlaufen“ der Bauern geführt hatten. Infolge der vielen wüsten Bauernstellen trat die Läuflingsfrage wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Schon die Läuflingsordnung von 1424 hatte offenbar keinen Erfolg gehabt. In der Folgezeit findet eine Reihe von Einigungen der Herren und Stände der verschiedenen Territorien über Auslieferung von Läuflingen statt. Leider ist uns aus der Zeit bis 1482 nur eine

<sup>1)</sup> Wen erinnern diese Beschlüsse nicht an die letzten schweren Jahre in Deutschland, an die offiziellen Bet- und Busstage und die Roggenrentenbriefe!

<sup>2)</sup> s. Arbusow B. R. Anh. n. 25.

<sup>3)</sup> L. U. B. 2. Abt. I n. 450, ib. n. 625; vgl. ib. II n. 19 S. 15 oben. Die Lücke von 1472 bis 1494 im L. U. B. und in den A. R. macht sich auch an dieser Stelle fühlbar. Dass in dieser Zeitspanne schwere Jahre in Livland geherrscht haben, zeigen die Urkunden von 1479 u. 1482. S. oben S. 560.

<sup>4)</sup> 1502, Mai 23. schreibt er: „wente dusse lande mit sterfte gantz sere gesweket sin.“ (L. U. B. 2. Abt. II n. 298). 1504 Okt. 28: das „in dussen landen die plage der pestilencien merglich angefangen hat, also dass der ort landes in Harrien u. Wirlant uber die helffte wuste vorstorben ist. Auch so ist dieß jar das getreide mit uns gantz mißgediegen u. vertorben“ (ib. II n. 688). 1506 Mai 4: über „ein part unser ritterschaft“: „demenoch se in velen orten gemerlichen verheret u. verbrant syn, ouch in der grounsamen plage der pestelencie vertorben“ (ib. III n. 49 P. 3). Über die Pest im Erzstift und südöstlichen Ordensgebiet und in Dagden s. ib. II n. 828 u. 750. 1510 ib. III n. 866.

einzig solche Läuflingseinigung erhalten, nämlich eine solche des Bischofs von Dorpat und seines Kapitels mit seiner Ritterschaft und dem Abt von Falkenau aus dem Jahre 1458, und auch diese scheint bloss eine Ergänzung einer früheren, uns nicht überkommenen Einigung zu sein<sup>1)</sup>. Sie enthält ausser einer Regelung des Mietknechtswesens und einer merkwürdigen Bestimmung über Auslieferung entwichener Brautleute im wesentlichen eine Instruktion für das Auslieferungsverfahren, der wir u. a. entnehmen, dass für dieses Verfahren ein besonderer Richter, der Hakenrichter, existierte, und dass dieser, im Falle der Nichtauslieferung flüchtiger Zinsbauern (lude u. ingesinde) berechtigt wäre, je „ein bositlick gesynde mit sinem lande, so gut edder better“ für jeden entlaufenen Zinsbauern dem Kläger als Pfand einzuweisen, bis dieser sich mit dem Beklagten auseinandergesetzt hätte.

Von grösserer allgemeiner Bedeutung war der oben angeführte Beschluss der Ritterschaften vom 20. Juni 1482<sup>2)</sup>: „myth den buren sall men de eyninghe holden aver dat gantze lanth. Wor neyne eyninghen und haken richter sien, daer sall men Be maken to 10 jaren duren, upp dat neyn wemoith, So ith nw ym lande ys, dorve van entstan. Alle stede und wickbilde, de lanthguder hebben yn dusßem lande, de sollen na den sulven gudern mede yn der eyninghe sien. Welk bure vor dusßer tyth entoghen sien ungefry[g]etth, dar geyne eininghe is geweßen, de sall men uthanthwerden ofte syne schult betalen. Ofte de bure lepe yn welke stadt, den sall men uthantwerden ofte syne schulth [gelden], sunder wedderrede. Ofte dat nicht en geschege, So willen wie uns holden an dat ere, gelick Be doen an dat unße, wor wie dat beslan myth rechte. . .“ Hier ist also das Prinzip „Mann oder Schuld“ mit vollster Deutlichkeit betont. Dasselbe geschieht in einer Einigung des Erzbischofs Michael von Riga mit seinen Vasallen vom 31. Januar 1494<sup>3)</sup> und in einer Einigung des Bischofs von Ösel mit Kapitel und Mannschaft vom 22. März 1504. Hier heisst es in P. 2: „Vordtmer wer idt Backe dat jemande eyn ander hakenman toqueme myt alle sineme gesinde u. have, so sall dejenne, dar dejenne underkumppt, dat laten to weten werden denjennen, deme de man entghan is, binnen veer weken syck myt eme daromme to vorghande, man ofte schuldt.“

<sup>1)</sup> Arbusow B. R. Anh. n. 23. In der Urkunde von 1458 ist auf die „olde enunge“ hingewiesen. Auch in einer Urkunde von 1431 Juni 10 L. U. B. VIII n. 457 ist die Rede von einer Läuflingseinigung, womit vielleicht die von 1424 L. U. B. VII n. 206 gemeint ist. Eine estländische Einigung hat nach Arbusow B. R. Anh. n. 24 zwischen 1453 u. 1466 stattgefunden.

<sup>2)</sup> Arbusow B. R. S. 104; s. oben S. 560.

<sup>3)</sup> Arbusow B. R. Anh. n. 27 P. 5 A. R. III S. 103.



Ferner heisst es in P. 16: „Item so sollen mollere, smede, de fry sint van schulde und neyn erffbur u. ock eynfotelinghe, inne dusser eynynge nycht besloten syn; men sin de schuldych gebleven der heerschopp, dar se under gewonet hebben, sall me se darto holden, se de schulden betalen, edder de herschopp, dar se under getogen syn, sollen sulke schulde betalen edder sulke lude uthantworden“<sup>1)</sup>.

Der P. 16 besagt also, dass diejenigen Bauern, die keine Erbbauern, d. h. Zinsbauern waren, und zwar Müller, Schmiede und Einfüsslinge, den Bestimmungen der Einigung nicht unterlagen, also ziehen konnten, wohin sie wollten, vorausgesetzt, dass sie dem Grundherrn nicht verschuldet waren. In diesem Falle mussten sie oder ihre neue Herrschaft die Schulden begleichen, oder ausgeliefert werden. Auch diese Bestimmung lässt erkennen, dass der Erbbauer regelmässig als seinem Grundherrn verschuldet angesehen wurde.

Die Bestimmung des P. 2 wiederholt sich fast wörtlich in einer Einigung des OM. Plettenberg mit dem Elekten von Reval und den Vasallen von Harrien und Wierland und der übrigen estnischen Ordensgebiete 1509 Juni 24<sup>2)</sup>. Nur wird hier der Nachdruck mehr auf die Auslieferung der Läuflinge gelegt.

In einer Einigung, die der Ordensmeister ein Jahr vorher am 22. Juli 1508 mit dem Bischof von Ösel geschlossen hatte<sup>3)</sup>, wird die Möglichkeit einer Auseinandersetzung des Erbherrn mit der neuen Herrschaft eines Flüchtlings überhaupt nicht erwähnt. Der Art. 1 der Einigung lautet: „Oft ein erfpaur sinem erfherren ane befreiunge, willen ader zulas oder urlauff seinem erfherren entgan wurde, id sy hackenman, eenfotling efft losdrever, so magk ene sin erfherre vorforderen laten von den jening, wor he ene beschleth,-den puren ut tho antwordende . . . binnen vier wecken etc.“ Falls man nicht annehmen will, dass die Wiederholung des P. 2 der Öselschen Einigung von 1504 in der Ordenseinigung von 1509 auf einer Gedankenlosigkeit beruht, was schon aus dem Grunde unwahrscheinlich ist, weil der Schlusssatz des P. 2 in der Urkunde von 1509 abgeändert worden ist, so bleibt nur übrig, einen bewussten Gegensatz der Bestimmungen der Einigungen von 1508 und 1509 vorauszusetzen. Dieser Gegensatz liesse sich nur dadurch erklären, dass die Einigung von 1509 für ein geschlossenes Herrschaftsgebiet Geltung hatte, also eine interne war, während die von 1508 einen Vertrag zwischen zwei Staaten darstellt.

<sup>1)</sup> A. R. III n. 27.

<sup>2)</sup> A. R. III n. 46.

<sup>3)</sup> A. R. III n. 41. Vgl. Arbusow B. R. Anh. n. 33.

Die Erfahrung hatte offenbar gelehrt, dass das Beweisverfahren der Schuldforderung schon innerhalb eines Herrschaftsgebietes grosse Schwierigkeiten machte und erst recht dort, wo es sich um einen Übertritt von Läuflingen in ein fremdes Gebiet handelte. So neigte man immer mehr dazu, den Grundsatz „Schuld oder Mann“ zugunsten der einfachen Auslieferung des Läuflings fallen zu lassen. Dabei handelte es sich immer um die Bauern, die auf Land sassen, während die nicht besitzlichen Bauern, einerlei ob es sog. Lostreiber oder Mietknechte waren, in ihrer Freizügigkeit nicht beschränkt wurden. Dieser Grundsatz ist mit vollster Deutlichkeit in einer Klageschrift der harrisch-wierischen Ritterschaft über die Stadt Reval vom 17. September 1515 ausgesprochen. Es heisst dort: „Welck bure, de landt bozitten yfite boßeten hebben, he zy junck edder olt, ze zyn bowiwet edder unbowiwet, de zal men uns uthantwerden zunder jenich wandel yfite vortoch, ane alle argelist; de der herscop yfite teghe den ghegheven hebben, de zolen uns mit ene volghen, uthgenamen yfite dar etzwelke bure 30 jare gheweßen hedden, de zolen dar bynnen bleven, unde de vor kinder upghetoghen zyn in der stadt, dat ze botughen u. bowißen konen, de zolen ock by ene bliven; ock de losdriver, de keyn landt boßitten yfite boßeten hebben, unde ock nicht ghebraket hebben, zolen ock by en bliven; ock denstlude, alße medeknechte, de ene van dem anderen tuth, de zyn unde holden zick vor frye lude u. keyn landt boßitten unde vormede zick de ene dem andern, yfite der welcke in de stadt lepe, zolen ock by en bliven . . .“<sup>1)</sup>.

An demselben Tage, dem 17. September 1515, wurde ein Abspruch in der Streitsache der harrisch-wierischen Ritterschaft mit Reval gefällt. Danach sollten nach Reval mit Weib und Kind entlaufene Hakenbauern auf Kosten ihrer Erbherren solange gefangen gehalten werden, bis sie sich zur Rückkehr entschlossen. Ebeuso sollte mit entlaufenen Söhnen oder Brüdern eines Hakenmannes verfahren werden, wenn ohne diese der Bauernhof nicht in Betrieb gehalten werden könne. In jedem Fall müsse die Forderung eines Läuflings binnen Jahr und Tag geschehen. Alle übrigen Bauern, seien es die überzähligen Kinder eines Hakenbauern, seien es Lostreiber, „zolen mechtich zyn in der stadt to blivende, zo verne ze myt fryem willen erer herscop nicht volghen wyllen“<sup>2)</sup>.

Dieser Abspruch, der übrigens von Reval nicht eingehalten wurde, ist insofern interessant, als er die Gründe der von den Grundherren angestrebten Auslieferung entfloherer Zinsbauern

<sup>1)</sup> A. R. III n. 62.

<sup>2)</sup> A. R. III n. 64. Vgl. Arbusow B. R. Ann. n. 35.



und damit den Zweck der Schollenpflichtigkeit deutlich aufzeigt. Der Zweck war die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Betriebe; die Bauernhöfe, die „Gesinde“, durften nicht ohne den genügenden Menschenbesatz bleiben. Wenn, wie es in dem Abspruch heisst, „wol aftonemende is, dat eyn man in eyneme ghezynde in zyneme mennigerhande arbeide to upholdinge des ghezyndes nicht groth boschicken kan“, so musste ein Sohn oder Bruder des „Wirtes“ (huswert) gleichfalls an die Scholle gebunden werden, „up de mede dat ghezynde hulpe halven bostendich blive“.

Wir stehen also der merkwürdigen Erscheinung gegenüber, dass die Gesindeswirte, die Hofbauern und ihre Söhne, also die sozial vornehmste Klasse der bäuerlichen Bevölkerung, die Freizügigkeit verlieren, während die niederste Klasse, die Knechtsbevölkerung, sie beibehält.

Der Grundsatz, dass Erbbauern, d. h. besitzliche Bauern, auf Anforderung ihrer Herren unweigerlich auszuliefern seien, wird dann trotz erbitterten Widerstandes Revals von den Herren und Ständen Livlands auf den Landtagen der Folgezeit immer wieder betont <sup>1)</sup>.

Wir stehen am Ende unserer Untersuchungen, die uns bis in das 16. Jahrhundert geführt haben. Auf die Darstellung des Wirtschaftslebens in der letzten von uns behandelten Periode, insbesondere auch der Arbeitsverfassung, haben wir geglaubt verzichten zu müssen, weil das gewonnene Bild ohne Berücksichtigung des soeben veröffentlichten ältesten Zinsregisters Livlands <sup>2)</sup> falsch, zum mindesten unvollkommen gewesen wäre. Wir haben uns daher damit begnügen müssen, die allgemeine Entwicklung des wirtschaftlichen Zustandes des Landes zu verfolgen, die, wie wir gesehen haben, zur Entstehung des Rechtszustandes der Schollenpflichtigkeit geführt hat.

## 5.

Es erübrigt noch einen zweiten, auf dieselbe Wurzel zurückgehenden Vorgang kurz zu berühren, der, wie die Schollenpflichtigkeit eine Rechtsminderung der Bauern bedeutet, einen Vorgang,

<sup>1)</sup> 1532 Febr. 25 A. R. III n. 301 P. 61. 1537 Sept. 29 Arbusow B. R. Anh. n. 43. 1537 Okt. 1 ib. S. 115 Anm. 2. 1543 Juli 23 ib. Anh. n. 48. 1548 Juli 29 ib. n. 52. Vgl. n. 53, 54, 56, 57 u. 59 und zur Vorgeschichte n. 29.

<sup>2)</sup> „Das älteste Wackenbuch des Revaler St. Johannes-Siechenhauses 1435–1507“. Herausgeg. v. Dr. P. Johannsen in Publikationen aus dem Revaler Stadtarchiv IV 2. 1925. Diese ausserordentlich wertvolle Publikation ist leider erst in meine Hände gelangt, als ich im Begriffe stand, die vorliegende Arbeit abzuschliessen. Ein flüchtiger Einblick lässt mich hoffen, dass die wichtigsten Ergebnisse meiner Untersuchungen durch den Inhalt des Wackenbuches bestätigt werden.

der sich aber im Gegensatz zur Entstehung der Schollenpflichtigkeit sozusagen hinter den Kulissen abgespielt hat, da wir keine äusseren Merkmale seines Werdens, wie sie uns bei der Schollenpflichtigkeit entgegentreten, erblicken können. Wir meinen den Verlust des bauerlichen Rechts am Boden.

Wie hat sich dieser Vorgang vollzogen? Nur die Tatsachen stehen fest: einerseits, dass die Bauern bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts ein erbliches Nutzungsrecht an ihren Höfen hatten, das wir als eine hofrechtliche Gewere gegenüber dem Grundherrschaftsbereich aufgefasst haben<sup>1)</sup>, und andererseits, dass die Bauern im 16. Jahrhundert und wohl schon früher ein bloss lassetisches Recht am Grund und Boden hatten und als eine Art Zeitpächter grundherrlichen Landes betrachtet wurden. Für diese Tatsachen bieten unsere urkundlichen Quellen unwiderlegliche Beweise. Dass die Zinsbauern im 13. und 14. Jahrhundert ein weitgehendes Verfügungsrecht an ihrem „Erbe“ hatten, haben wir bereits oben ausgeführt<sup>2)</sup>. Eine weitere Bestätigung dieser Annahme bietet das oben erwähnte Wackenbuch des Revaler St. Johannis-Siechenhauses, des ältesten bisher bekannt gewordenen Zinsregisters Livlands. Darnach galten die Zinsbauern des Siechenhauses mindestens gegen Ende des 15. Jahrhunderts als Pächter ihrer Höfe, während sie nach den Revaler Stadtbüchern 1326 und 1336 noch Hypotheken auf ihren Landbesitz aufnehmen konnten<sup>3)</sup>. Wenn man in Betracht zieht, dass es sich hier um die Bauern einer milden Stiftung handelt, die vom Rate der Stadt Reval verwaltet wurde, so kann hier von einem gewaltsamen widerrechtlichen Eingriff in das Besitzrecht der Bauern, einem bewussten Rechtsbruch, nicht wohl die Rede sein, um so weniger, wenn man den Umstand berücksichtigt, dass die Stadt Reval gerade in dieser Zeit, wie wir gesehen haben, für die Rechte der Bauern, wenn auch aus durchaus selbstsüchtigen Gründen, eifrig eintrat<sup>4)</sup>.

Aber auch wenn wir von diesem besonders einleuchtenden Beispiel absehen, finden wir nirgends Spuren einer bewussten Änderung des Bodenrechtes der Eingeborenen, weder auf gesetzlichem noch auf ungesetzlichem Wege. So wenig wir von einer rechtlichen Regelung des erblichen Nutzungsrechtes der Eingeborenen an ihrem „Erbe“, abgesehen von den Unterwerfungsverträgen der Öseler von 1255 und der Kuren von 1267, wissen, so wenig erfahren wir von dem Verluste dieses

<sup>1)</sup> s. oben S. 496.

<sup>2)</sup> S. oben S. 497, besonders Anm. 5.

<sup>3)</sup> l. c. Einleitung S. XIV. Vgl. dazu das Sachregister unter lantgelt. Das Landgeld wird von 1488 ab erwähnt; der Ausdruck „Pacht“ erscheint zuerst 1495; vereinzelt kommt schon 1447 der Ausdruck „hacken hure“ vor (S. 4). <sup>4)</sup> S. oben S. 564.



Rechtes. Nur die Tatsachen sprechen eine beredte Sprache. Es liegt auf der Hand, dass in der Zeit zwischen Mitte des 14. und Mitte des 15. Jahrhunderts eine Änderung der Auffassung vom Rechte des Grundherrn am Grund und Boden, diesem an sich schon nicht deutlichen Begriffe, stattgefunden hat. Wie ist diese Wandlung in der Rechtsauffassung zu erklären? Wir haben schon oben darauf hingewiesen, dass hier dieselben Gründe vorliegen wie bei der Entstehung der Schollenpflichtigkeit. Die Verwüstung und Entvölkerung des Landes durch die Kriege des 14. Jahrhunderts, die wir oben eingehend geschildert haben, mussten eine gänzliche Umwälzung der rechtlichen und sozialen Verhältnisse der bauerlichen Bevölkerung zur Folge haben. Nicht etwa in dem Sinne, dass sich die rechtliche Lage der Eingeborenen nun mit einem Schlage änderte. Sie blieb vielmehr noch längere Zeit unverändert, insbesondere blieb die persönliche Freiheit, die Freizügigkeit, wie wir gesehen haben, bestehen, aber ein anderer wichtiger Vorgang bahnte sich an, musste sich anbahnen: der Übergang vom erblichen Nutzungsrecht am „Erbe“ zu lassitischem, d. h. von der Gnade des Herrn abhängigem Besitz.

Dieser Übergang vollzog sich im ganzen Lande unmerklich, ohne die Spur einer gesetzlichen Regelung, er war ein Produkt des praktischen Lebens, des Kampfes ums Dasein. Wir gehen gewiss nicht fehl, wenn wir im Heimfallsrecht des Grundherrn den Ausgangspunkt dieser Entwicklung sehen. Je mehr Höfe der Eingeborenen durch Kriege und deren Begleiterscheinungen, die furchtbaren Seuchen des Mittelalters, frei wurden, je mehr wüste Haken dem Grundherrn zur Verfügung standen, um so dringender erwuchs diesem die Notwendigkeit, sie wieder zu besetzen. Dabei musste es ihm hauptsächlich darauf ankommen, dass die Bauernhöfe in gute Hände kamen. Er nahm die Neusiedler, wo er sie fand. Er machte keinen Unterschied zwischen freien Leuten und Drellen; massgebend war einzig und allein die wirtschaftliche Befähigung. Da er mit den durch Heimfall an ihn gekommenen Höfen nach Belieben schalten konnte, vergab er sie unter Umständen auf Lebenszeit oder gar auf beschränkte Frist, eine Massregel, die durchaus verständlich ist, wenn man berücksichtigt, dass die Neusiedler in den meisten Fällen dem Grundherrn unbekannt waren, ihre wirtschaftliche Befähigung also erst durch Erfahrung festgestellt werden musste. Von einer prinzipiellen Gegnerschaft der Erbllichkeit des Bauernhofes war nicht die Rede; im Gegenteil: in der Praxis erbte der Hof vom Vater auf den Sohn, das entsprach sowohl der konservativen Denkart der Grundherren als auch, wegen der Kontinuität des Betriebes, dem wirtschaftlichen Vorteil, aber der unwirtschaftliche Zwang war fortgefallen, der Grundherr war weder durch Gesetz noch durch Gewohnheitsrecht an bestimmte Personen oder

Fristen gebunden; er war in der Lage, dafür zu sorgen, dass der Hof stets in der Hand des wirtschaftlich Tüchtigsten war.

Neben solchen neubesetzten Bauernhöfen gab es natürlich noch zahlreiche Höfe, auf denen die Zinsbauern seit Generationen sassen, besonders in Gegenden, die durch Kriege und Seuchen weniger zu leiden gehabt hatten. Auf solchen Höfen blieb der alte Rechtszustand ohne Zweifel noch lange bestehen und änderte sich unmerklich erst im Laufe der Zeit unter dem Einfluss der veränderten Rechtsanschauung. Wodurch dies bewirkt wurde, haben wir bereits ausgeführt. Wieweit die im 15. Jahrhundert auf deutschen Hochschulen vorgetragene Lehre von der römischen Emphyteuse die Auffassung vom bäuerlichen Besitzrecht beeinflusst und gewandelt haben mag, ist eine Frage, die beim Mangel urkundlicher Nachweise schwer zu entscheiden ist. Falls eine Beeinflussung durch eindringendes römisches Recht nachgewiesen werden sollte, ist sie jedenfalls nicht zu überschätzen, denn Rechtsanschauungen bilden und wandeln sich mehr unter dem Zwang wirtschaftlicher Entwicklungen als durch Doktrinen, die vom Katheder vorgetragen werden<sup>1)</sup>.

### Schlussbetrachtung.

Wenn wir die Ergebnisse unserer Untersuchungen zusammenfassen, so erhalten wir folgendes Bild: An der Wende des 12. Jahrhunderts gründeten niedersächsische Kreuzfahrer an den östlichen Küsten des Baltischen Meeres die Kolonie Livland, indem sie die heidnischen Eingeborenen taufte und ihrer Herrschaft unterwarfen. Sie brachten ihre Rechtsgewohnheiten, ihre Sitten und Gebräuche in das fremde Land, sie gründeten Städte und erbauten Burgen. Da aber der Weg über See durch lange Jahre hindurch die einzige Verbindung mit dem Mutterlande war, blieb der deutsche Bauer der Kolonie fern, und das Land wurde nicht, wie die anderen einst slavischen Gebiete zwischen Elbe und Pregel, germanisiert, sondern behielt seinen kolonialen Charakter bis in die neueste Zeit bei. Dementsprechend unterscheidet sich das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis in Livland von dem in den übrigen ostdeutschen Kolonialgebieten durch einen wesentlichen Umstand. Während in Ostdeutschland die undutschen Elemente mehr oder weniger schnell von der deutschen Bauernschicht auf-

<sup>1)</sup> Schilling l. c. S. 100 ff. ist der Ansicht, dass das Eindringen des lombardischen Lehnrechts, also „ein rein intellektueller Vorgang eine Umwälzung der Rechtsvorstellung . . . herbeigeführt“ habe, ohne diese Ansicht urkundlich belegt zu haben. v. Engelhardt l. c. S. 98 weist auf die Lehre von der Emphyteuse hin. S. auch v. Bruiningk, Mitt. XXII S. 34.



gesogen wurden, stand in Livland den deutschen Grundherren ein undeutscher Bauer gegenüber.

Im Gegensatz zu Preussen behielten in Livland die undeutschen Eingeborenen ihre persönliche Freiheit und die erbliche Nutzung ihrer Höfe, mussten jedoch als Untertanen der Kirche eine Reihe von Pflichten, die *jura christianorum*, auf sich nehmen, die dazu dienten, die Kirche und ihre Vertreter zu schützen und zu unterhalten. Es waren dies einerseits Heeresfolge und sonstige dem Landesschutz geltende Leistungen, also Pflichten persönlicher Natur, andererseits Abgaben und Dienste, die als dingliche Last auf den Höfen der Eingeborenen ruhten.

Entsprechend den staatsrechtlichen, im Lehnswesen wurzelnden Anschauungen der Zeit, wurden von den Landesherren die zum Unterhalt der Kirche dienenden Leistungen der Eingeborenen an Privatpersonen ritterlichen Standes vergeben, um deren kriegerische Dienste zu entschädigen. So entstanden neben den Besitzungen der Landesherren zahlreiche private Grundherrschaften. Diese umfassten eine Anzahl Dörfer und Höfe der Eingeborenen mit den dazwischenliegenden, in der ersten Zeit noch nicht abgegrenzten Wäldern und Ödländereien.

Da die privaten Grundherren nicht nur über die ursprünglich öffentlich-rechtlichen Leistungen ihrer Hintersassen verfügten, sondern auch in der Regel die volle Gerichtsbarkeit ausübten und mit der Zeit auch die Heeresfolge erlangten, mithin alle Hoheitsrechte in ihrer Hand vereinigten, so erscheint das Verhältnis ihrer Hintersassen zu ihnen als ein vollständiges Untertanenverhältnis.

Aus der Grundherrschaft pflegt sich, wie allgemein angenommen wird, die Gutsherrschaft zu entwickeln, d. h. der Schwerpunkt des Wirtschaftssystems verschiebt sich von der Verwaltung und Nutzung der zinstragenden Höfe der Hintersassen zur Eigenwirtschaft des Grundherrn. Diese, die bisher nur dem eigenen Bedarf des Grundherrn diene, wird so sehr erweitert, dass sie Überschüsse für den Markt liefern kann. Aus einem naturalwirtschaftlichen Betrieb wird ein kapitalistischer. Dieses neue Wirtschaftssystem verlangte eine Änderung der Arbeitsverfassung. Wenn bisher ein grösseres Gewicht auf die Zinse und Zehnten als auf die Frondienste gelegt wurde, so ändert sich das, weil die vergrösserte Eigenwirtschaft eine Vermehrung der Arbeitsleistungen erforderte. Dieser Weg zur Erlangung von Arbeitskräften war der einfachste und billigste, sozusagen der natürlichste; er führte, wie nicht anders zu erwarten war, in vielen Fällen zu Überlastung und Bedrückung der Hintersassen und schliesslich, wenn diese sich dem Druck durch die Flucht zu entziehen suchten, zu ihrer Fesselung an die Scholle, zur Schollenpflichtigkeit.

Die geschilderte Entwicklung gilt als typisch für das ostdeutsche Kolonialgebiet, ihre Kulmination wird gewöhnlich in das 15. Jahrhundert gesetzt mit der Begründung, dass der Ritter damals wegen der veränderten Heeresverfassung sich notgedrungen der Landwirtschaft zugewandt habe.

Auch für Livland ist dieser Entwicklungsgang behauptet worden<sup>1)</sup>; wir glauben nachgewiesen zu haben: zu Unrecht. In Livland lagen die Verhältnisse doch wesentlich anders als im ostdeutschen Kolonialgebiet. Die wichtigsten Gründe, die hier zur Gutsherrschaft und durch diese zur Schollenpflichtigkeit geführt hatten, fielen in Livland fort. Während der Ritter im deutschen Osten einerseits von den geringen Abgaben seiner Hintersassen nicht existieren konnte, und andererseits infolge der Änderung der Heeresverfassung seines natürlichen Berufes verlustig ging, war der livländische Ritter in der Regel durch sein grosses, mit zahlreichen Hintersassen besetztes Lehngut vor materiellen Sorgen gesichert und zugleich durch den dauernden Kriegszustand genötigt, seinem kriegerischen Berufe treu zu bleiben.

Es blieb daher das grundherrliche Wirtschaftssystem in Livland weit länger bestehen als im deutschen Osten. Während im Ordenslande Preussen die Vasallen schon im 14. Jahrhundert zu Landwirten wurden, blieben die livländischen Ritter Grundherren und Krieger und erscheinen als solche noch das ganze 15. Jahrhundert hindurch. Dementsprechend vollzog sich die Entwicklung der wirtschaftlichen Zustände in Livland in anderen Bahnen als in den übrigen deutschen Kolonialländern.

Die leitende Idee, die dem Kampfe ums Dasein der deutschen Kolonisten in ihrer neuen Heimat, dem „Marienlande“, zugrunde lag, war die uralte, schon dem 11. Jahrhundert angehörende Vorstellung von den drei natürlichen Berufen, die in der Glosse zum Sächsischen Landrecht<sup>2)</sup> so plastisch zum Ausdruck kommt: „dy heilige kristendom is gedeilet in drierhande nutsche lude, dat sin pristere, riddere unde bure.“ Für die anderen beiden soll der Priester beten, der Ritter soll sie beschirmen und befrieden, der Bauer soll sie ernähren. Der ritterliche Grundherr lebte von den Abgaben und Diensten seiner Hintersassen. Dafür schuldete er ihnen Schutz und Fürsorge; das liegt im Wesen des Untertanenverhältnisses und entspricht dem beiderseitigen Interesse. Der Grundherr hatte also auch dafür zu sorgen, dass seine Hintersassen lebenskräftig blieben, denn alle wirtschaftlichen Rückschläge trafen mittelbar auch ihn. Das war bei den unruhigen Zeiten und bei dem äusserst niedrigen Kulturstande der Eingeborenen eine schwere Aufgabe.

<sup>1)</sup> wie von H. v. Engelhardt. l. c. passim, bes. S. 97 ff., desgl. von O. Müller, Die Livl. Agrargesetzgebung. Diss. Halle 1892. S. 3 f.

<sup>2)</sup> III 79. Vgl. G. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte Bd. V 189.



Die Notwendigkeit, dauernd den durch Unglücksfälle und Leichtsinns herabgekommenen Bauern materielle Hilfe zu leisten, führte zu einer allgemeinen Verschuldung sowohl der Grundherren bei den städtischen Kapitalisten, als auch der Zinsbauern gegenüber ihren Grundherren. Diese Verschuldung herrschte besonders dort, wo Kriege und Seuchen das Land entvölkert und verwüstet hatten und die Grundherren in die Zwangslage versetzt worden waren, die „wüsten Haken“ mit neuen Siedlern zu besetzen, die in den meisten Fällen vollständig ausgestattet werden mussten. Eine Folge dieser schweren wirtschaftlichen Lage, die seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts andauerte, war eine Lockerung der bodensässigen bauerlichen Bevölkerung. Wie das in solchen Krisen zu allen Zeiten und bei allen Völkern zu geschehen pflegt, entstand aus dem Bedürfnis nach Verbesserung der ökonomischen Lage ein allgemeiner Wandertrieb. Besonders die Abwanderung in die Städte, wo Arbeitskräfte mit offenen Armen empfangen wurden, nahm einen grossen Umfang an. Durch diese Landflucht wurden die Grundherren auf das schwerste getroffen. Sie verloren nicht nur den notwendigen Menschenbesatz der Bauernhöfe, sondern auch alle die Anwendungen, welche sie, oft unter schweren Opfern, gemacht hatten. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts nehmen die Klagen der Landesherren und ritterlichen Grundherren über das Entlaufen ihrer verschuldeten Zinsbauern bereits einen breiten Raum in den Urkunden ein, und man beginnt auf Abhilfe dieses untrüglichen Zustandes zu sinnen. Das herrschende Recht, das den heimlich entwichenen Zinsbauer lediglich mit dem Verlust seiner nachgelassenen Habe bedrohte, konnte in keiner Weise genügen; so bildete sich die Rechtsanschauung aus, „Schuld oder Mann“ müssten ausgeliefert werden. Diese Rechtsanschauung erhielt durch Beschluss des Landtages von 1424 allgemeine Gültigkeit für das ganze Land. Es spielte sich hier ein Vorgang ab, der seine Vorläufer in Preussen gehabt hat, wo sich infolge des unglücklichen polnischen Krieges eine ähnliche Landflucht gezeigt hatte, die 1417 zu einer Läuflingeinigung und 1420 zu einer Landesordnung geführt hatte, durch welche den deutschen Zinsbauern das Verlassen ihrer Höfe nur unter der Voraussetzung der Tilgung ihrer Verbindlichkeiten und Stellung eines Ersatzmannes gestattet wurde. In Livland herrschte im Auslieferungsverfahren entwichener Zinsbauern die Alternative „Schuld oder Mann“ das ganze 15. Jahrhundert hindurch. Eine befriedigende Lösung der Landfluchtfrage war jedoch dadurch keineswegs gegeben. Die Schwierigkeiten des Auslieferungsverfahrens waren trotz der Einrichtung besonderer Beamter, der Hakenrichter, so gross, dass immer wieder Einigungen zwischen den Ständen der einzelnen Territorien und der Territorien untereinander ge-

schlossen werden mussten. Besonders der hartnäckige Widerstand der Städte, vor allem Revals, vergrösserte die Schwierigkeit. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts verschlimmerte sich die wirtschaftliche Lage des Landes durch innere und äussere Kriege, anhaltenden Misswachs und schwere Seuchen. Es traten dieselben Erscheinungen ein wie vor hundert Jahren: Verödung und Entvölkerung weiter Landstriche, Zunahme der Landflucht. Immer mehr brach sich die Ansicht Bahn, dass das bisherige Auslieferungsverfahren nicht genüge, dass dem Übel erst abgeholfen werden könne, wenn jeder entwichene Zinsbauer unweigerlich seinem Grundherrn ausgeliefert werden müsse. Im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts wurde diese Rechtsanschauung allgemein; zuerst erscheint sie in den Verträgen mit einem fremden Territorium (1508) und mit der Stadt Reval (1515), dann gewinnt sie allgemeine Geltung für das ganze Land. Es ist jedoch von Bedeutung, dass die Auslieferung sich nur auf die mit Land bewidmeten Bauern, die sog. Erbbauern, bezog und nicht auf die Landlosen. Dieser Umstand lässt die rein wirtschaftliche Natur dieser Massregel mit grösster Deutlichkeit hervortreten.

Es erhebt sich nun die Frage, wieweit das Recht des Grundherrn auf Auslieferung seines Erbbauern dessen Fesselung an die Scholle bedeutete. Die Antwort ist nicht leicht, weil die Urkunden über die Abzugsmöglichkeit eines Erbbauern schweigen. Bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts hiess es: „Schuld oder Mann“. Wenn also die Schuld beglichen war, wobei es in thesi nicht darauf ankommt, durch wen, brauchte der Erbbauer nicht zu seinem früheren Grundherrn zurückzukehren. Er war also tatsächlich freizügig. Jetzt musste er ausgeliefert werden und zu seinem Grundherrn zurückzukehren. Er war also an die Scholle gebunden. Wie aber nun, wenn er infolge irgendwelcher Glücksfälle imstande war, allen seinen Verbindlichkeiten seinem Grundherrn gegenüber nachzukommen, durfte er dann zurückgehalten werden, falls er abziehen wollte? Uns scheint: nein, denn er konnte doch unmöglich gezwungen werden, seinen bisherigen Hof weiter zu bewirtschaften, er konnte vielmehr, wenn er wollte, „Landloser“ werden und war als solcher freizügig. So stand es in der Theorie. In der Praxis wird der von uns angenommene Fall gewiss nur sehr selten eingetreten sein. Tatsächlich war der Erbbauer durch seine mannigfaltigen Verpflichtungen an die Scholle gebunden.

Wir sehen also, dass die Schollenpflichtigkeit in Livland bei ihrer Entstehung weniger einen Rechtszustand, als eine wirtschaftliche Entwicklungsstufe bedeutet. Wieder zeigt es sich, dass jede rechtsgeschichtliche Entwicklung ein wirtschaftsgeschichtlicher Vorgang ist.



Der weitere Entwicklungsgang, der zu dem Rechtszustand führte, den man als „Hörigkeit“ zu bezeichnen pflegt, liegt ausserhalb des Rahmens dieser Abhandlung. Es sei jedoch schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, wie erschwerend für die Erkenntnis dieser Entwicklung der Umstand ist, dass es neben den teils freizügigen, teils schollenpflichtigen Bauern eine bauerliche Klasse gab, die oft erwähnten Drellen, die in der Tat rechtsunfähige Eigenleute waren. Die Bezeichnung „Drellen“ erscheint zwar seit 1455 nicht mehr in livländischen Urkunden, doch ist uns eine förmliche Aufhebung dieses Instituts bisher nicht bekannt geworden, so dass wir an seiner Fortdauer nicht gut zweifeln können. Jedenfalls wissen wir nicht, wann dieses Institut, wobei wir hauptsächlich die durch Kriegsgefangenschaft und Kauf entstandene Drellschaft im Auge behalten müssen, obsolet geworden ist. Es liegt auf der Hand, dass diese Klasse schon durch ihre Existenz allein rechtsmindernd auf die übrigen bauerlichen Klassen eingewirkt haben muss. Einen flüchtigen Hinweis auf eine solche Einwirkung haben wir am Schlusse unserer Abhandlung gegeben, als wir einen zweiten wirtschaftsgeschichtlichen Vorgang schilderten, der zu einem neuen Rechtszustand führte: den Übergang vom erblichen zum lassetischen Nutzungsrecht der Bauern am Grund und Boden. Wir haben ausgeführt, dass diesem Vorgange dieselben Ursachen zugrunde lagen wie der Entstehung der Schollenpflichtigkeit, nämlich die Notwendigkeit, das durch Kriege und Seuchen schwer bedrohte Wirtschaftsleben zu festigen, dort durch Besetzung der wüsten Höfe mit geeigneten Personen ohne Berücksichtigung ihrer rechtlichen Stellung, hier durch Beschränkung der Freizügigkeit der landsässigen Bauern.

Beide Vorgänge zogen eine Rechtsminderung der bauerlichen Bevölkerung nach sich. Ist das zu bedauern? Gewiss nicht, denn diese Vorgänge beruhten nicht nur auf einer Notwendigkeit, sie bedeuteten auch ohne Zweifel einen wirtschaftlichen Fortschritt, der letzten Endes den Bauern selbst zugute kam.

Sehr richtig bemerkt E. O. Schulze in seinem vortrefflichen Werke über die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe (S. 332): „Es liegt eben im Wesen jeder konkreten historischen Erscheinung, die sich in der ur-sächlichen Verkettung der Geschehnisse zu grösserer Bedeutung durchsetzt, dass in ihr zunächst ein Moment des Notwendigen und relativ Berechtigten und deshalb, vom allgemeinen Standpunkt aus gesehen, auch des Fortschritts zum Ausdruck gelangt. In der Anerkennung und Aufdeckung dieser relativen Berechtigung, im Zusammenhange der treibenden Gedanken der Entwicklung besteht das Wesen historischen Objektivität, während unhistorischer Sinn . . . die einzelne Erscheinung vorzugsweise

nur in ihrer Verknüpfung mit der Gegenwart, nach ihrer hemmenden oder fördernden Einwirkung in Bezug auf die jeweilig angestrebten Ziele und nach Massgabe der jeweilig geltenden ethischen Anschauungen der Einzelnen und ihrer Klasse beurteilt.“

---

**Berichtigung** zu S. 513: Das Orig. der Urk. von 1559 Juli [nicht Juni] 10 ist im Kurländ. LandesA. vorhanden (Brfl. Preekuln) und entspricht im wesentlichen der a. a. O. angeführten Kopie.

---



## Die Wolkenburg.

Von Dr. K. v. Löwis of Menar.

Im Osten Alt-Livlands, auf 230 m hoher Kuppe, das hügelige Gelände dieser Grundmoränenlandschaft ringsherum überragend, liegt die Ruine der ehemaligen Deutschordens-Komturei Wolkenburg, nicht an der Südspitze des Rasnosees, sondern westlich davon und 1,5 Kilometer vom grossen See entfernt.

Im Auftrage der staatlichen Denkmäler Verwaltung (Piemekļu valde) hat der Verfasser dieser Abhandlung eine Reihe von Burgruinen vermessen und beschrieben nebst gezeichneten Plänen und zwar Rositen, Ludsen, Segewold, Treyden, Kremon und am 12. Juli 1924 die hochragende Wolkenburg. Zu vorliegender Veröffentlichung aus dem Materiale der Denkmäler Verwaltung wurde die Einwilligung freundlichst erteilt. Es soll hier nicht wiederholt werden, was der verstorbene verdienstvolle Forscher Dr. W. Neumaun im 14. Bande, Heft 3, S. 300 bis 303 der „Mitteilungen aus der Livländischen Geschichte“ gesagt hat, doch sei nur bemerkt, dass dort der Text nicht zu der auf dem beigegebenen Plane von 1888 angegebenen Weltrichtung stimmt, aber mit der hier gegebenen, ganz anderen Windrose stimmt der dortige Text gut überein, also ist nicht W. Neumann an der Unklarheit schuld, sondern der Lithograph, der die Burg unrichtig orientiert hat. Ergänzt sind hier die Steinreihen in der Vorburg und die Burgstrasse durch dieselbe, die von einer Stelle an der Nordwestseite, wo die Steine fehlen, geführt zu haben scheint. Diese Steine sind nicht gemauert gewesen und machen so den Eindruck, dass sie in Reihen angeführt worden sind, um eine Vorburgmauer, etwa an Stelle einer Palisade, aufzuführen, wozu es nicht kam. Vielleicht sind es aber auch Reste einer sogenannten pelagischen, mörtellosen Mauer.

Auffallend ist die innere Burg selbst. An der gefährdeten Stelle, der Nordwestseite, zur sanft ansteigenden Vorburg hin, ist eine 3 m starke Wehrmauer, 62,5 m lang, erbaut, mit Ansätzen von 5,8 m und 6,8 m Länge nach der Innenseite der Burg. Das beinahe quadratische Burgplateau ist nach den drei anderen Seiten recht steil abfallend, durch Wall und Graben am unteren

Teil des Abhangs auch noch versteilt und geschützt gewesen, von Mauern jedoch ist hier keine Spur zu bemerken. Dass die Ringmauer hier so gründlich zerstört wurde, dass nichts mehr von ihr zu finden ist, erscheint doch sehr unwahrscheinlich, und die Annahme, dass diese drei, von Natur und Kunst so gut geschützten Seiten nur provisorische Holzbefestigungen hatten, dürfte zutreffen.

Wenn wir es hier mit einer ursprünglichen heidnischen Wallburg zu tun haben sollten, so würden die Ordensritter zunächst nur die gefährdete Nordwestseite durch eine Wehrmauer geschützt haben, und zu weiteren Steinbefestigungen kam es eben nicht. Für diese Annahme spricht auch der Umstand, dass die nach aussen bis 7 m hohe Mauer, nach der Innenseite 5,50 m hoch, frei dasteht, während das Burgplateau fast dieselbe Höhe der Mauer erreicht, aber in gewisser Entfernung sich erhebt und auch hier wahrscheinlich eine Holzbefestigung hatte, die zunächst stehen blieb, jedoch durch die beiden Ansätze der Mauer mit dieser zusammenhing. Nur so kann die Vertiefung zwischen Plateau und Mauer, sonst unverständlich, erklärt werden. Eine Öffnung im unteren Teile der Mauer des nordöstlichen, längeren Ansatzes diente vermutlich dazu, um das Schnee- und Regenwasser aus der Vertiefung zwischen Plateau und Schildmauer abfliessen zu lassen.

Von dem einst zweifellos vorhanden gewesenem Wehrgang mit Schiessluken in seiner Brüstung ist jetzt nichts zu sehen, aber die Mauer selbst ist recht bemerkenswert. Sie besteht aus Feldsteinen, deren Schichten von 0,8 m bis 0,9 m durch Ziegelschichten von 3 Lagen, etwa 20 cm hoch, getrennt werden. Diese römische Bauart gibt der Mauer grössere Festigkeit, als wenn sie nur aus rundlichen Feldsteinen bestehen würde. Bei uns dürfte solch eine Konstruktion sonst kaum vorhanden sein. In Italien findet man sie häufig, in Nordeuropa, auch in Nordrussland nicht, wohl aber ist sie im Kaukasus und in Armenien oft zu sehen.

Der Weltkrieg hat auch hier seine Spuren hinterlassen, denn an zwei Stellen ist die Mauer für Maschinengewehre durchbrochen, und an einer dritten Stelle ist damit begonnen worden. Es ist das nur eine unnütze Spielerei gewesen, denn niemand dachte daran, die so entlegene Burgruine zu belagern, noch weniger daran, sie gar zu verteidigen! —

Wir kennen einen Komtur Theodoricus von Wolkenburg urkundlich aus dem Jahre 1263<sup>1)</sup> und einen, nebst seinem

---

<sup>1)</sup> LUB. I, 378.



Siegelbilde von 1271<sup>1)</sup>, aber 1277 wurde Dünaburg erbaut<sup>2)</sup> und die Komturei des Ostens dorthin verlegt. So erklärt es sich, dass die Wolkenburg einen unvollendeten Eindruck macht und in der Einöde vergessen wurde, denn die Geschichte kennt sie nicht ferner, weder aus Urkunden, noch aus Chroniken.

Die aus dem Süden in unser Land übersiedelnden Ordensritter haben die römische Bauart in der ersten Hälfte des XIII. Jahrhunderts hierher mitgebracht und so reden die Steine zu uns, während die Geschichtsschreiber geschwiegen haben. Landschaftlich bietet diese Höhenburg einen grossen Reiz durch eine prachtvolle, weite Rundschau über das waldige Hügelland und den grossen Rasnosee, doch ihre Entlegenheit ist der Grund, dass sie ausser von den Umwohnern nur selten besucht wird, trotz ihrer imposanten Lage.

---

<sup>1)</sup> LUB. I, 425 und Toll, Brieflade IV, Tafel 16, Abbildung 83.

<sup>2)</sup> L. Arbusow, Grundriss der Geschichte Liv-, Est und Kurlands 3. Auflage 1908 S. 87.

## Eine Zinnkanne des Burchard Waldis.

Von Johannes Gahlnbäck — Petersburg.

Baltischem Zinn nachgehend, kam ich nach Fellin. Das war zu Beginn des Weltkrieges, im Januar 1915, bevor dieser, bevor die Zerstörungen des späteren Bürgerkrieges die baltische Heimat betroffen. Fellin lebte noch sein beschauliches Provinzialleben. Die deutschen Handwerksämter bewahrten in ihren Zunftläden ihre Zinnkannen. Im Stadtamt fanden sich Überreste eines Bürgerbuches, das mit dem Jahre 1728 beginnend bis 1889 fortgeführt ist<sup>1)</sup>; in ihm sind keine Zinngiesser genannt. Im kleinen Museum der Felliner Literarischen Gesellschaft war kein Zinngerät ausgestellt. Doch stiess ich in einer Ablegekammer des Museums auf drei schlanke, ganz alte Weinkannen aus Zinn mit Deckel und Henkel. Diese drei Zinnkannen schienen der gleichen Zeit anzugehören; zwei müssen jedenfalls in gleicher Werkstatt gegossen sein. Allen dreien war die Zinnpest aufs erfolgreichste zu Leibe gegangen.

In geringer Tiefe und in feuchter Erde vergraben, waren diese Kannen Jahrhunderte hindurch zerstörenden niedrigen Temperaturen ausgesetzt gewesen. Der Erde entnommen wurden sie in völlig ungeschützten Räumen den das Zinn zerstörenden Wirkungen unserer nordischen Fröste ausgesetzt. Die Umwandlung des blanken weissen Zinns in graues hatte in der Erde begonnen; in der Kälte des Ablegeraums ging die Zerstörung rapide vor sich; die Zersetzung war so gründlich, dass 1915 schon ganze Teile der Wandungen fehlten, die Ränder der Brüche weiter bröckelten, die Oberflächen mit Abschrüpfungen, sowie mit weisslichen Ansätzen aus Niederschlägen und der Bodenfeuchtigkeit bedeckt waren.

Ihrem unansehnlichen Zustande verdankten die Kannen auch ihre Verbannung in eine Rumpelkammer des Museums.

Bei näherer Betrachtung vermochte man auf dem Henkel der am besten erhaltenen Kanne, dort wo das Scharnier für den Klappdeckel ansetzt, etwas unterhalb dieses, zwei Merzeichen abzulesen: auf dem einen das Stadtzeichen, das kleine

<sup>1)</sup> Vgl. G. v. Freymann, Das Felliner Bürgerbuch. Jahresbericht der Felliner Liter. Gesellschaft 1900—1901.



Wappen der Stadt Riga, leidlich lesbar, daneben in scharfer Prägung ein Meisterzeichen mit dem Initial FR. Die Kanne ist mit dem Deckel 310 mm hoch, ohne Deckel — 270 mm. Der Durchmesser ist oben am Rande 80 mm, am äussersten Rande der Basis 108 mm. Sie wurde bei Urbarmachung von Neuland im Wakking-Gesinde des Dorfes Pibari beim Gutshof Kabbal im Kirchspiel Pillistfer gefunden. Man darf wohl annehmen, dass sie noch im 16. Jahrhundert vor den verwüstenden Horden der Moskowiter in der Erde verborgen wurde.

Die zweite Kanne war in Grösse und Formen der vorigen fast gleich. Die Merken waren nicht mehr zu lesen. Die Zerstörung war so vorgeschritten, dass die noch vorhandenen Überreste der Wandung und der Boden kaum zusammenhielten. Henkel und Deckel hatten sich schon abgetrennt.

Die dritte, den zwei bereits beschriebenen in Grösse und Form durchaus ähnliche Weinkanne hatte verhältnismässig besser den Einwirkungen der Zinnpest widerstanden. Doch auch sie war arg genug mitgenommen. In der Wandung des Rumpfes unweit des Henkels klafft ein breites Loch, dessen Ränder abbröckeln, die Oberflächen sind zerstört. Sie sind von etwas vertieften grösseren und kleineren Flecken mit hohen Rändern bedeckt, alle Ebenheit ist verschwunden. Das Metall ist schwärzlich und unansehnlich geworden, ohne allen Glanz. Die Kanne ist von schlanker Form, der Griff leicht geformt. Sie ist 304 mm hoch, ohne Deckel 255 mm. Deckel und Drücker an demselben sind gut gezeichnet. Diese Einzelheiten lassen auf eine Werkstatt der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts schliessen. Darauf weisen auch die Merkzeichen auf dem Henkel hin, die 1915 noch gut lesbar waren, beide leidlich scharf ausgeprägt. Das Stadtzeichen gibt Riga als Herstellungsort an. Das Meisterzeichen daneben zeigt einen in zwei ungleiche Teile geteilten Schild: im grösseren, oberen Teil sieht man die gespreizt dastehende Gestalt eines Mönchleins in der Kutte mit ausgebreiteten Armen, das Haupt mit einem breitrandigen Hut bedeckt; im kleineren unteren Felde ist ein gotisch geformtes W zu sehen. Das obere Bild lässt Beziehungen des Kannengiessers zum Kloster voraussetzen, es stellt ihn als Mönch dar. Ein Mönch war der Kannengiesser Burchard Waldis in Riga gewesen; auf ihn weist auch das W im unteren Felde des Meisterzeichens; er ist unter den Zinngiessern Rigas im 16. Jahrhunderte der einzige, auf den das Initial passt. Danach wäre die Kanne der Werkstatt des Kannengiessers und Dichters Burchard Waldis zuzuschreiben.



Gr. 24.

Burchard Waldis gehörte einer angesehenen, wohlbegüterten Bürgerfamilie im hessischen Allendorf a. d. Werra an; dort wurde er um 1490 geboren. Welche Schule er besuchte, ist nirgends erwähnt; vielleicht war es die seiner Vaterstadt. Später scheint er das Zinngiesserhandwerk irgendwo in Deutschland erlernt zu haben und war nach beendeter Lehrzeit nach den Gepflogenheiten des Handwerks gewandert. Seine Wanderschaft endigte mit seiner Aufnahme in ein Franziskanerkloster.

Als Mönch kam Burchard Waldis nach Riga und hat hier die Mönchskutte abgelegt. Da kam ihm sein Handwerk, das er in seiner Heimat zunfthmässig erlernte, zu statten. Er bewarb sich im Amt der rigaschen Zinngiesser um Meisterrechte und hat sie 1526 erlangt. Als Geselle muss er hier gearbeitet haben, bis er unter Aufsicht des Amtes sein Meisterstück machen und sich als Kannengiesser niederlassen durfte. So verlangte es nicht nur die deutsche Handwerksgewohnheit, das bedingte auch der Schragen der Kannengiesser zu Riga<sup>1)</sup>. Das Haus in der Schalstrasse, wo er gewohnt hat und wohl auch zugleich Werkstube und Laden hatte, wird erwähnt in einem Rentenkaufbrief vom Jahre 1533 als „husz in der Schalestrathen.. vp dem orde gelegen, dar Borchard Waldis de kannengeter inne wanet“<sup>2)</sup>. Hier arbeitete er bis 1536, aber oft auf weiten Reisen

<sup>1)</sup> Anm. d. Red. Ob ein Amt der Zinn- oder Kannengiesser schon damals in Riga bestanden hat, mag dahingestellt bleiben. (Vgl. W. Stieda, Mitteilungen a. d. livl. Gesch. XIV, 226.) Ein Schragen der Rigaschen Zinn- oder Kannengiesser hat sich erst aus dem Jahre 1645 erhalten. Als Kannen- oder Zinngiesser erscheint Burchard Waldis zum ersten Mal 1527 und zwar nennt er sich selbst so in der Vorrede zu seinem berühmten Fastnachtsspiel, der Parabel vom verlorenen Sohn, das am 17. Februar 1527 in Riga gespielt wurde. Sie beginnt: „Borchardt Waldis kangeter tho Ryga ynn Lyfflandt wunschet heyl allen und yedern den dith böchlin vorkompt.“ Dafür, dass er sich schon früher sesshaft gemacht und das Bürgerrecht gewonnen haben wird, spricht eine Eintragung in Kaspar Spenckhusens Grosse Buch vom 1. Oktober 1529, wonach sich „Borchard de kannengeter“ zur Bezahlung einer Schuld für eine Last Weizen verpflichtet, die seine Frau 1524 gekauft habe. Daraus könnte geschlossen werden, dass seine Ehe mit der Witwe Barbara Schulthe aus Königsberg schon 1524 bestanden haben kann, wenn nicht, was vielleicht wahrscheinlicher ist, diese Schuld vor der Ehe kontrabiert worden ist. (G. Milchsaack, Burkard Waldis S. 20. Neudrucke deutscher Literaturwerke des XVI. und XVII. Jahrhunderts Nr. 30 Ergänzungsheft.) Jedenfalls ist ihm, als er im Sommer 1524 dem geistlichen Stand entsagte und sich bürgerlichem Erwerb zuwandte, der Umstand zugute gekommen, dass damals die Werkstatt des verstorbenen Kannengiessers Matthis Schulte einging. Seine Witwe Anna übertrug am 16. September 1524 ihr Haus in der Schweinestrasse dem Zimmermann Kersten Peltzer, mit dem sie die Ehe eingegangen war. (Vgl. II. Rigasches Erbbuch Nr. 246, 247, 481, hrsg. v. J. G. L. Napiersky.) A. F.

<sup>2)</sup> Anm. d. Red. Das Haus, das „Meister“ Burchard Waldis, wie ihn der Ordensmeister Wolter von Plettenberg 1532 in einem Brief an den Riga-



in Deutschland abwesend<sup>1)</sup>. In politische Umtriebe verwickelt, wurde unser Kannengiesser in Bauske, wo er Verwandte hatte, vom Deutschen Orden aufgegriffen; das war um Weihnachten 1536. In Bauske wird er in Gefangenschaft genommen und verhört; von da nach Wenden, dem Hauptschloss des Ordens, geführt. Zuletzt war er in Fellin.

Erst den vereinten Bemühungen des Landgrafen Philipp von Hessen, seiner drei Brüder und seines treuen Gesellen Cyriacus Klinth gelang es, ihn Ende Juli 1540 aus der Haft zu befreien<sup>2)</sup>. Burchard Waldis verliess nunmehr Livland, auch Kannen hat er nicht mehr gegossen. Es lässt sich wohl annehmen, dass Cyriacus Klinth († 1592 85 Jahre alt) seine Werkstatt in der Schalstrasse übernahm, nachdem er ihr bereits während der langen Haft seines Meisters vorgestanden hatte. Waldis wurde im Oktober 1541 Luthers Schüler in Wittenberg, 1544 Pfarrer in Abterode unweit seines Heimatsortes Allendorf. Hier wirkte er ein Jahrzehnt und ist wohl um 1556 gestorben.

Unsere Zinnkanne ist somit in der Zeit 1526—1536 gegossen worden. Sie ist das einzige bekannt gewordene Stück unseres Meisters<sup>3)</sup>. Zinnarbeiten des 16. Jahrhunderts sind selten,

---

schen Rat nannte, bewohnt hat, gehörte dem Ratmann Peter Bonnynghusen und war das Eckhaus an der Schal- und kl. Neustrasse am Markte, jetzt Rathausplatz, da wo heute das Lösewitzsche Haus Schalstrasse Nr. 13 gelegen ist. (Nach einer Notiz von Anton Buchholtz; vgl. Richters Rigasches Adressbuch 1914 und Mitteilungen VIII S. 511.) A. F.

<sup>1)</sup> Anm. d. Red. So besorgte er z. B. 1530 Oktober ein Schreiben Rigas an des Reichskammergericht zu Speyer, 1535 in der zweiten Hälfte des Jahres war er beim ehemaligen rigaschen Stadtschreiber Lohmüller in Königsberg, im Herbst 1536 in Mainz, ungefähr 1535 muss er auch bei Luther gewesen sein. (Nach Aktenauszügen Hausmanns, Schirrens, Hildebrands und „Esopus“ IV, 65.) L. A.

<sup>2)</sup> Anm. d. Red. Vgl. die Korrespondenz bei G. Milchsack a. a. O. S. 34—35, insbesondere das Schreiben des Komturs von Fellin Johann v. d. Recke vom 21. Juli 1540 aus Fellin, in welchem er dem Ordensmeister die Anhebung der Haft meldet. (Schirren, Verzeichnis livländischer Geschichtsquellen im schwedischen Archiven Nr. 320.) Derselbe urkundet unter dem gleichen Datum in Fellin über die Beilegung des Ehezwistes zwischen Burkard Waldis und seiner Ehefrau Barbara. Daraus lässt sich doch wohl auf die Anwesenheit der Beteiligten in Fellin schliessen. A. F.

<sup>3)</sup> Anm. d. Red. Sein handschr. Monogramm (ein vielfältig verschlungenes Fraktur-B zu Anfang, hinter dem B ein W, in der Schluss-Schlinge, vor dem B, die Endsilbe —is) ist von unbekannter Hand auf der Kopie eines von B. W. verfassten Münzgutachtens vom Frühjahr 1532 nachgeahmt (Stadtarchiv Riga, gedr. Akten und Rezesse d. livl. Ständetage III (1910) n. 308, bes. S. 800 Anm. 1 und Berichtigung S. 1000); seine eigenhändige Unterschrift (faksimiliert Mitteilungen a. d. livl. Gesch. VIII S. 336) steht im Autograph seines andreu Münzgutachtens aus derselben Zeit (Stadtarchiv Riga, gedr. a. a. O. n. 309, vgl.

diese erhielt ein glücklicher Zufall. Wo ist sie heute? Man müsste sie wieder auffinden und dann vor allen Dingen von der Zinnpest durch ein Bad in kochendem Wasser befreien. Geschieht das nicht, so zerfällt sie in absehbarer Zeit<sup>1)</sup>.

---

S. 1000). Monogramm und Unterschrift zeigen natürlich keinerlei Verwandtschaft mit dem Meisterzeichen. Sein Besitzerstempel befindet sich vielleicht auf dem Einbände eines aus der Gymnasialbibliothek zu Heiligenstadt in die Berliner Staatsbibliothek gelangten Oktavbandes mit der doch wohl eigenhändigen Inschrift: „Burkhardus Waldis 1540“ (Zentralblatt für Bibliothekswesen 32 S. 219 ff., in Riga nicht zugänglich). — 1556 Febr. 27 wurde in Wittenberg zum Mag. philos. promoviert: Aegidius Waldis Allendorffensis Hessus, sicherlich ein Verwandter unseres B. W. (Köstlin, Die Bakkalaurei und Magistri der Wittenberger philos. Fakultät, 4 S. 17 n. 18). L. A.

1) Anm. d. Red. Wie Herr Ing. F. Werncke, dz. Präsident der Felliner Literar. Gesellschaft, freundlichst mitteilt, befindet sich die in Frage kommende Zinnkanne in seiner Verwahrung in Fellin. Sie ist sehr defekt und soll der angegebenen Konservierungsmethode unterzogen werden. Der Verfasser, Mitglied der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde Herr Johannes Gahlnbäck, langjähriger Bibliothekar des ehem. Baron Stieglitzschen Kunstgewerbemuseums und z. Z. Leiter der Abteilung für Metalle des Instituts für archäologische Technologie (ehem. Kais. Archäologische Kommission) in Petersburg, hat auf Grund einer jahrzehntelangen Sammelarbeit folgende umfassende Monographien zur Geschichte des Zinns und der Zinngiesser — trotz Krieg und Revolution — im Manuskript abzuschliessen vermocht, die einstweilen noch der Drucklegung harren:

1. Die Wege der Zinneinfuhr nach Russland 4½ Druckbogen.
2. Zinn und Zinngiesser in Estland 20 Druckbogen.
3. Zinn und Zinngiesser in Riga 12 Druckbogen.
4. Zinn und Zinngiesser in Kurland 12 Druckbogen.
5. Zinn und Zinngiesser in Finnland 12 Druckbogen.
6. Zinn und Zinngiesser in Alt-Russland bis Ende des 17. Jahrhunderts 8 Druckbogen.

Ausserdem liegen von ihm noch zwei kleinere Arbeiten über die rigaschen Zinngiesser Cyriacus Klinth und Hans Seugeisen vor. Vgl. Izvestija Instituta archeologičeskoj Technologii (II: Drei Jahre der Arbeit des Instituts). Leningrad 1924 S. 34—38. A. F.



## Baltische Studenten in Leipzig und Wittenberg.

Von Prof. Dr. Wilhelm Stieda — Leipzig.

1. Die Liv-, Est- und Kurländer an deutschen Universitäten im 15. und 16. Jahrhundert.
2. Die Balten im 17. und 18. Jahrhundert in Leipzig.
3. Der Livländer von Stackelberg an der Universität Leipzig.
4. Der Fall Tiesenhausen in Leipzig.
5. Ungern und Engelhardt gegen Jannau.
6. Die Kurländer Bilterling, Kellner und Genossen.
7. Eine Duellherausforderung vom Jahre 1768.
8. Ein Duell Landsberg gegen Berndt im Jahre 1822.
9. Aus Wittenberg relegierte Liv- und Estländer.

### 1.

#### Die Liv-, Est- und Kurländer an deutschen Universitäten im 15. und 16. Jahrhundert.

In dem Bestreben, deutsches Wissen und Können aufrecht zu erhalten, ist zu allen Zeiten die Neigung, auf deutschen Hochschulen sich umsehen zu können, bei den jungen Bewohnern des Baltikums sehr gross gewesen. Bis auf den heutigen Tag ist diese Sehnsucht rege, wenigstens einmal im Leben in Deutschland gewesen zu sein, um die Orte kennen zu lernen, von denen die Erzählungen von Grosseltern und Eltern oder Verwandten nicht müde wurden zu berichten. Die lebhaftere Zuwanderung reichsdeutscher Persönlichkeiten ins Baltikum mit ihrer ansprechenden Schilderung aller Sehenswürdigkeiten auf deutschem Boden, aller trefflichen Einrichtungen und Zustände musste diese Wünsche je länger je mehr immer kräftiger hervortreten lassen. Diese Neigung ist nicht erst erwachsen, seit in dem neuerstandenen Deutschen Reiche ungleich mehr als früher geboten wurde, sondern war vielleicht in älteren Zeiten bei der grösseren Abgeschiedenheit, in der jene Randländer des Ostseebeckens sich befanden, noch reger. Sie ziffermässig genau messen zu wollen, ist in ganzem Umfange die Möglichkeit noch nicht gegeben. Immerhin bietet sich in den Zusammenstellungen über die an auswärtigen

Hochschulen studierenden Balten ein Anhaltspunkt zur Beurteilung der Tragweite jenes Bedürfnisses.

H. J. Bøthführ hat mit den „Livländern auf auswärtigen Universitäten in vergangenen Jahrhunderten“<sup>1)</sup> im Jahre 1884 einen dankenswerten Anfang gemacht, indem er aus den damals veröffentlichten Matrikeln deutscher Hochschulen einschliesslich der holländischen Universität Leyden die Namen der Livländer herausschrieb und zusammenstellte. Leider ist der ersten Serie die doch wohl beabsichtigte zweite nie gefolgt, obwohl in den seitdem erschlossenen Universitätsmatrikeln das Material dazu gegeben gewesen wäre. Haben seine Angaben sich auf den Besuch von Prag, Köln, Erfurt, Rostock, Heidelberg, Wittenberg, Marburg, Erlangen und Leyden erstreckt, so haben nach ihm Philipp Schwartz für Bologna 1289—1562<sup>2)</sup> und Rostock 1419—1499<sup>3)</sup>, Gustav Otto ebenfalls für Rostock 1419—1611<sup>4)</sup> und für Giessen 1650—1684<sup>5)</sup>, Wilhelm Stieda für Frankfurt a. O. 1507—1807<sup>6)</sup>, August Seraphim für Greifswald 1457—1645<sup>7)</sup> und Königsberg i. Pr. 1544—1710<sup>8)</sup>, G. Otto ferner für Königsberg 1711—1800<sup>9)</sup> und Arnold Christiani für Strassburg<sup>10)</sup> ergänzende Zusammenstellungen gebracht. Ausserdem hat Julius Eckardt in seinem Buche „Livland im 18. Jahrhundert“ einige Angaben über die in Halle, Wittenberg, Rostock, Göttingen, Königsberg, Jena und

Anmerkung der Redaktion. L. Arbusow sen. hat in einem posthumen Nachwort zu seinem grundlegenden Nachschlagewerk „Livlands Geistlichkeit“ 3. Nachtrag S. 3 (Jahrbuch f. Genealogie, Heraldik u. Sphragistik 1911/12, Mitau 1913) die Mahnung ausgesprochen, die von H. J. Bøthführ so glücklich inaugurierten Studien nicht der Vernachlässigung anheimfallen zu lassen: es gelte zunächst die Rostocker Matrikel (namentlich die Angaben über Promotionen), ferner die Heidelberger und Leipziger Matrikel durchzuarbeiten, — auch hier mit den Promovierten, die bisher nicht genügend beachtet seien. Als Anlage gibt er (S. 357—368) ein Verzeichnis „Auf Universitäten nachzuweisende Livländer 1268—1565“ und eine statistische Übersicht ihrer Verteilung auf die einzelnen Universitäten (14 bzw. 20).

1) Festschrift der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands zur Feier ihres 50-jährigen Bestehens am 6. Dezember 1884. I. Serie Riga 1884.

2) Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde 1889 (Riga) S. 14—22 (hinfort zitiert: Rig. Sitz.-Ber.).

3) Rig. Sitz.-Ber. 1890 S. 61—65.

4) Sitzungsberichte der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst 1892 (Mitau) S. 43—62 (zitiert: Kurl. Sitz.-Ber.). — Kurl. Sitz.-Ber. 1896 S. 96—107.

5) Kurl. Sitz.-Ber. 1892 S. 62—64.

6) Mitteilungen aus der livländischen Geschichte 15, 2 (Riga 1893) S. 353—397.

7) Rig. Sitz.-Ber. 1894 S. 43—54.

8) Mitt. a. d. livl. Gesch. 16, 1 (1893) S. 1—261.

9) Mitt. a. d. livl. Gesch. 16, 2 (1896) S. 337—514.

10) Baltische Monatsschrift 64. Bd. (1907) S. 33—55.



Leipzig während des 18. Jahrhunderts studierenden Livländer gemacht. Endlich hat G. Otto die in Leipzig von 1409 bis 1556 sich aufhaltenden Balten nachgewiesen<sup>1)</sup>.

Wieviele Personen insgesamt aus den ehemaligen 3 Provinzen Livland, Estland und Kurland Universitätsstudien obgelegen haben, lässt sich gleichwohl nicht bestimmen. Ebenso wenig kann man feststellen, welche deutschen Hochschulen von ihnen besonders bevorzugt wurden und ob die aus drei verschiedenen Gebieten entstammenden Studenten in dieser Beziehung abweichende Neigungen zur Schau trugen. Böthführ teilt 1500 Namen von 9 Universitäten aus ganz verschiedenen Zeiten mit. Nach Julius Eckardts Verzeichnissen sind von 1710—65 in 6 Universitäten zusammen 1126 Est-, Liv- und Kurländer immatrikuliert gewesen. Für Frankfurt a. O. sind von 1507—1807 175 baltische Namen nachgewiesen, für Königsberg von 1544—1799: 1768 Studierende. Wie immer man über diese unvollständigen Daten denken mag, die jedenfalls nur einen Teil der tatsächlichen Frequenz widerspiegeln, — gegenüber der stets geringen Zahl der deutschen Bevölkerung in den drei Provinzen fallen sie stark ins Gewicht. Selbst als Gustav Adolf von Schweden im Jahre 1632 den Livländern in Dorpat eine eigene Universität bescherte, hat der Drang ins Ausland kaum nachgelassen. Denn diejenigen, die damals in Dorpat zu studieren angingen, hatten später das Bedürfnis, sich noch auf deutschen Hochschulen zu vervollkommen.

Wie von den Beteiligten die Mittel zu diesen weiten Reisen und langjährigen Studien aufgebracht wurden, erscheint heute unfasslich. Galt doch bis gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts<sup>2)</sup> selbst Edelleuten von hohem Rang es für einen Vorzug, seinen Sohn auf eine Universität schicken zu können. Eugen von Rosen, der sich den Sohn eines reichen Mannes nennt, konnte den Besuch der Leipziger Hochschule nur mit Hilfe seines Grossvaters ermöglichen, weil er seinem Vater zu kostspielig war. Allein die Fahrt von Riga nach Königsberg kostete 56 Dukaten<sup>3)</sup>. Dabei stellten aber nicht die adligen Kreise, sondern die wohlhabenden Bürgerfamilien in Riga und Reval, zum Teil auch die kleineren Städte, den hauptsächlichsten Teil der Studierenden.

Wird es nun einige Zeit dauern, bis man einen vollständigen Überblick über die Beteiligung baltischer Studenten auf deutschen Universitäten wird gewinnen können, so mag wenigstens für eine Hochschule, nämlich Leipzig, deren Matrikeln bis zum Jahre 1809 veröffentlicht sind, die Spuren eingehender zu verfolgen erlaubt sein. Für Leipzig bietet sich die Möglichkeit,

1) Kurl. Sitz.-Ber. 1898 S. 43—48.

2) Jul. Eckardt, Livland im 18. Jahrhundert (1876) S. 377.

3) J. Eckardt, Livland im 18. Jahrhundert S. 377. — Eugenius Baron v. Rosen, Die sechs Decennien meines Lebens, Riga 1877.

aus alten Gerichtsakten ihr Tun und Treiben ein wenig verfolgen zu können. Man dürfte hieraus nicht schliessen, dass sie mehr als andere Kommilitonen der akademischen Obrigkeit zu schaffen gemacht haben. Denn man weiss von den Vorfällen, die Kommilitonen aus anderen deutschen Gebietsteilen verschuldet haben, zu wenig. Aber mehr Licht werfen die vergilbten Papiere doch auf Sitten und Gewohnheiten der „deutschen Fremdlinge“ in Leipzig.

In steigendem Masse haben sich von Jahrhundert zu Jahrhundert immer mehr Balten in Leipzig zum Studium eingefunden, weniger vielleicht durch den wissenschaftlichen Ruhm der Hochschule bewogen, als durch die heimischen Zustände. Wobei immer zu bedenken ist, dass Sachsen eine grössere Zahl seiner Söhne im Laufe der Jahrzehnte nach Liv-, Est- und Kurland geschickt haben mag, die dann später ihre Söhne gerne für einige Zeit an die alte Heimatsstadt entliessen. Entweder hatten sie selbst, ehe sie Hauslehrer, Schulmeister, Pastoren oder Advokaten im Baltikum wurden, in Leipzig studiert oder es hatte ihnen das Schicksal, das sie Gewerbetreibende werden liess, nicht erlaubt, sich dort den Studien hinzugeben, während sie jetzt, froh, in behäbigeren Umständen zu sein, ihren Söhnen eine bessere Bildung angeeignen lassen wollten, als sie selbst als ehrsame Gewerbetreibende genossen hatten.

So sind Est-, Liv- und Kurländer in Leipzig nachgewiesen:

1409—97: 88

1506—98: 48

1600—99: 139

1700—99: 421

Um diese Ziffern richtig zu beurteilen, sei bemerkt, dass Leipzig seit seiner Begründung im Jahre 1409 aus allen Teilen des Reichs Zuhörer anzog. Nicht nur aus den wettinisch-meissnischen Landen kamen wissensdurstige Jünglinge, sie strömten aus Bayern und Franken, aus Böhmen und Mähren, aus Polen und dem Baltikum in Leipzig zusammen. Überhaupt bewirkte Leipzig eine stärkere Betätigung des geistigen Lebens in Norddeutschland. Durch die Begründung von Rostock 1419, von Greifswald 1456 büsste Leipzig ein, jedoch nur vorübergehend. Dagegen musste es einige Zeit die Führung an Erfurt abtreten, wohin die Süddeutschen gerne zogen, um den Hussiten aus dem Wege zu gehen.

In Perioden zusammengefasst, stellt sich während dieser Zeit der baltische Zuzug in Leipzig wie folgt. Es wurden immatrikuliert:

1409—25: 34 Studenten

1426—40: niemand

1441—60: 30 Studenten

1461—97: 24 „



Ungleich grössere Anziehungskraft übte in diesem Jahrhundert das nähere Rostock auf die Balten aus. Dort liessen sich als Studenten eintragen:

1419—29: 25

1430—39: 6

1440—60: 23

1461—99: 136

In Summa wurden mithin in Rostock in 80 Jahren 190 Balten immatrikuliert, während Erfurt von 1404—92 nur 64 baltische Studenten aufweist. Ein unmittelbarer Zusammenhang mit den bemerkenswerten Ereignissen des Jahrhunderts scheint aus diesen Zahlen nicht hervorzugehen. Doch mag immerhin in dem Zeitraum 1461—97 die moskowitische Gefahr, die der Zar Iwan III. gegen Livland heraufbeschwor, auf die geringe Frequenz von Einfluss gewesen sein, da von 1490—97 nur 3 und von 1498 bis 1505 überhaupt kein einziger Balte in der Leipziger Matrikel nachgewiesen ist.

Zu dieser Zeit wurde das gesamte Baltikum mit dem Worte „Livland“ bezeichnet. Von den 88 baltischen Studenten, die im Laufe des 15. Jahrhunderts in Leipzig eingeschrieben wurden, haben 52 Livland als Geburtsort angegeben, während je 13 aus Riga und aus Reval, 8 aus Dorpat, 2 aus Pernau nach Leipzig gepilgert kamen. Die Vertreter des Adels lassen sich nicht dadurch feststellen, dass nur 5 von allen Immatrikulierten das Pprädikat „de“ vor ihrem Namen stehen haben. Es waren Hartwich von Rade, 1412, Eberhard von Berg, 1447, Gottschalk von Holen, 1447, Hartmann von Brügge, 1451, Johannes von der Heyd, 1490.

Aber die Namen Patkul, Vranghel, Coskule, Levenwolde, Folkerssam, Diesenhausen, Vitinghof, Treiden, Ixkul, Dellinghausen<sup>1)</sup> lassen darauf schliessen, dass der Iivländische Adel ein starkes Kontingent zu den Leipziger Studenten gestellt hat. Als Geistliche (canonicus) sind 3 Studenten genannt: Johannes Wernerk, 1418, Heinrich Reseler, 1425<sup>2)</sup>, und Karl Ixkul, 1489. Die beiden erstgenannten entstammten dem Bistum Dorpat. Ob auch andere Studenten, ohne sich als Geistliche bei der Immatrikulation kenntlich gemacht zu haben, in die Matrikel eingetragen sind, in der Absicht, Theologie zu studieren, entzieht sich unserer Kenntnis<sup>3)</sup>. In jener Zeit strebten die nachgeborenen Söhne sowohl des Patriziats als des Adels, geistliche Stellungen und

<sup>1)</sup> Die Namen hier in der Schreibweise der Matrikel wiedergegeben.

<sup>2)</sup> Arbusow, Livlands Geistlichkeit III S. 169.

<sup>3)</sup> Die Statistik bei Otto, Kur-, Liv- und Esthländer auf der Universität Leipzig, Kurl. Sitz.-Ber. 1898 S. 44.

Würden zu erringen. Um aber einst Domherr oder gar Bischof werden zu können, musste man wissenschaftliche Bildung aufweisen und so war der Besuch einer Universität nicht zu umgehen. Hier lernte man Latein sowie das kanonische Recht, das man im späteren Leben brauchte<sup>1)</sup>. Mithin werden wahrscheinlich nicht wenige unter den baltischen Studenten sich dem Studium der Gottesgelahrtheit zugewandt haben.

Das 16. Jahrhundert brachte mit dem Tode des Grossfürsten Iwan III. Wassiljewitsch von Moskau 1505 ruhigere Zeiten. Nichtsdestoweniger bleibt der Besuch Leipzigs von baltischer Seite hinter der Frequenz während des ersten Jahrhunderts des Bestehens der Hochschule zurück. Es wurden immatrikuliert: 1506–56: 8, 1557–62: niemand, 1563 80: 25 und 1581–98: 15 Balten.

Sehr gering war der Besuch baltischer Studenten in Marburg, 1527–72: 2, in Köln, 1513–22: 11, in Heidelberg, 1531–49: 11, in Leyden, 1596 99: 2, in Erfurt, 1503 47: 3.

Nachdem Erfurt sich der Reformation angeschlossen hatte, ging sein Besuch zurück und Leipzig wurde fortan die ansehnlichste aller deutschen Universitäten. Rostock und Greifswald hatten mehr örtliche Bedeutung, Köln verlor immer mehr, als die niederländischen Universitäten aufkamen. Heidelberg hatte vorübergehend Zuspruch durch Fremde aus der Schweiz, dem südlichen Frankreich und den Niederlanden. Marburg, Tübingen, Frankfurt a. O., Freiburg waren neben den genannten Hochschulen kleine, die die Aufmerksamkeit nicht in erheblichem Masse auf sich lenkten. Nach der Eröffnung Wittenbergs kam es zu einem ähnlichen Wettstreit zwischen ihm und Leipzig, wie einst zwischen Erfurt und Leipzig. Schliesslich musste Leipzig die Vorherrschaft abtreten. Im Wintersemester 1554/55 wurden in die Matrikel von Wittenberg 808 Namen eingetragen, d. h. mehr als gleichzeitig in Erfurt, Leipzig, Rostock, Greifswald, Frankfurt a. O., Marburg und Königsberg zusammen<sup>2)</sup>. Demgemäss nehmen die Balten nach Wittenberg häufiger ihren Flug als nach Leipzig. Es wurden dort immatrikuliert: 1513–39: 18 und in den Jahren 1540–65: 73. Immerhin ist bemerkenswert, dass trotz der anziehenden Persönlichkeiten eines Luthers, Melanchthons und anderer dortigen Professoren, erst seit 1540 der Zuzug stärker wird. Im wesentlichen gehört das Interesse der Balten im 16. Jahrhundert der Hochschule zu Rostock. Hier wurden immatrikuliert:

1500–19: 102

1560–79: 77

1520–39: 14

1580–99: 73

1540–59: 48

in Summa also 314 Studenten

<sup>1)</sup> Böthführ, Die Livländer auf Universitäten S. XXII.

<sup>2)</sup> Wilh. Stieda, Die Universität Leipzig im 1000. Semester, 1909, S. 6–7.



Die Universität Rostock beharrte zunächst bei der päpstlichen Lehre, während im ganzen deutschen und skandinavischen Norden die evangelische Wahrheit den Einzug gehalten hatte. Das mag den Rückgang der baltischen Frequenz in den Jahren 1520—39 erklären. Die Kämpfe in Schweden und Dänemark, die die Hansestädte und Mecklenburg unmittelbar in Mitleidenschaft zogen, bedangen ebenfalls einen verminderten Zuzug. In den 30-er Jahren besserten sich jedoch die Verhältnisse<sup>1)</sup> und so zeigt sich denn seit 1540 wieder eine grössere Schar Balten in der alten Hansestadt. Am 12. Dezember 1548 wurden in Rostock neue Gesetze erlassen, die allerdings ausdrücklich erklärten, die alten Satzungen unverändert lassen zu wollen, aber gleichwohl bemüht waren, durch Disziplinarvorschriften auf Fleiss und Haltung der Studenten einzuwirken. Auf die Dauer wurde freilich diese strammere Zucht nicht aufrecht erhalten und die Fälle von Ausschreitungen, Vergehen und Gewalttätigkeiten bilden wie an anderen deutschen Universitäten auch in Rostock eine lange, schwer übersehbare Reihe. Die unter dem Titel „Cornelius Religatus“ 1600 auf dem Hopfenmarkte in Rostock erstmalig aufgeführte lateinische Komödie spiegelt das Leben jenes Jahrhunderts getreu wider<sup>2)</sup>.

Den im 16. Jahrhundert neugegründeten Hochschulen gegenüber verhalten sich die Balten völlig verschieden. Das 1575 neugegründete Leyden haben bis zum Ausgang des Jahrhunderts nur 2 Balten aufgesucht, beide aus Livland<sup>3)</sup>. Frankfurt a. O. hat seit 1508 bis zum Ende des Jahrhunderts 58 Liv-, Est- und Kurländer aufzuweisen<sup>4)</sup>. In dem 1544 beginnenden Königsberg finden sich allmählich bis 1599 118 Balten ein<sup>5)</sup>.

Im ganzen gewinnt man aus diesen Angaben den Eindruck, dass in den schweren Kriegsläufen des 16. Jahrhunderts die Möglichkeit eines stärkeren Besuches deutscher Hochschulen für die Balten nicht gegeben war. Im Jahre 1558 brach der langbefürchtete russische Krieg aus. Die wilden Horden der Moskowiter und Tataren drangen über die Grenze und verwüsteten das livländische Gebiet schrecklich. Als sie das Land wieder verliessen, schleppten sie Tausende der Einwohner als Gefangene mit sich. Narva und Dorpat gingen verloren, Reval und Riga hielten sich<sup>6)</sup>. In

1) Ad. Hofmeister, Altrostocker Studentenleben im Arch. f. Kulturgeschichte 4 S. 25.

2) Ad. Hofmeister a. a. O. 4 S. 40/42.

3) Böthführ, Livländer auf Universitäten S. 152.

4) Wilh. Stieda, Mitteilungen 15 S. 5.

5) Seraphim, Mitteilungen 16 S. 52—82.

6) Baltische Hilferufe, Deutsche Rundschau 44 (1918) S. 196—197.

gewissem Sinne spiegelt die Unterscheidung der 48 in Leipzig studierenden Balten die Lage wider. Aus Dorpat stammten 4, aus Reval 6, aus Riga 18, aus dem übrigen Livland 20 junge Männer.

Im Jahre 1561 wurde der Deutsche Ordensstaat zwischen Polen, Schweden und Dänemark geteilt. Der Wechsel der Herrschaft befreite jedoch das polnische Livland so wenig wie das schwedische Estland von der Russennot. Am 31. August 1577 wurde Wenden erobert und zerstört. Um nicht dem barbarischen Feinde in die Hände zu fallen, sprengte sich ein Teil der Besatzung, Prediger, Frauen und Kinder nach gemeinsam genossenem heiligen Abendmahl in der Schlosskapelle in die Luft.

Man darf sich billig wundern, dass trotz dieses schweren Drucks noch so viele die Musse und die Mittel fanden, sich dem Studium fern von der Heimat hinzugeben. Mit einem slavischen Staate verbunden, blieb Livland gleichwohl deutsch und protestantisch. Der polnische Statthalter Jan Chodkiewicz sah die Polonisierung Livlands als seine Aufgabe an. Aber gerade um besser und hartnäckiger widerstehen zu können, wurde es gleichsam zur Pflicht, im deutschen Mutterlande sich die Stärkung und Sammlung des Geistes zu verschaffen, die man brauchte. Die Regierung Sigismunds III. steigerte den nationalen und religiösen Fanatismus der polnischen Gewalthaber, der den festen Willen erzeugte, das nicht alles ruhig hinzunehmen, was einem zugemutet wurde.

Dennoch wäre der Ausgang für das Baltikum wohl ein betäubender geworden, wenn nicht Polen und Schweden, die seit 1592 in einer Personalunion miteinander verbunden waren, wieder auseinandergefallen wären. Es beginnt das Ringen der protestantischen Vormacht des Nordens mit der damals stärksten slavisch-katholischen Übermacht des Ostens um die Herrschaft an der Ostsee. Seit dem Ausbruch des schwedisch-polnischen Krieges 1598 begann man in Livland dahin zu streben, die polnisch-katholische Herrschaft mit einer germanisch-protestantischen zu vertauschen. König Gustav Adolf gelang es im Jahre 1621 Riga zu erobern und in dem zu Altmark abgeschlossenen Waffenstillstand 1629 Livland für immer von der polnischen Herrschaft zu befreien.

Ein neues und besseres Livland erwuchs jetzt in kultureller und wirtschaftlicher Blüte. Rigas Handel, besonders die Ausfuhr von Getreide, steigerte sich. Die Grundlagen einer geordneten Verwaltung in Kirche, Schule und Rechtsprechung entwickelten sich und für Livland begann eine glückliche Zeit gesunder Entwicklung und erfreulichen Fortschrittes und damit hängt zusammen, dass man sehr viel häufiger als vorher Balten ihr Studium an deutschen Hochschulen beginnen sieht.



## 2.

## Die Balten im 17. und 18. Jahrhundert in Leipzig.

In der Zeit von 1600—1699 wurden in Leipzig 139, in Rostock zu gleicher Zeit 324, in Königsberg 693, in Leyden 244, in Strassburg i. E. 45 Balten immatrikuliert<sup>1)</sup>. In Livland wurde am 15. Oktober 1632 die feierliche Eröffnung der Universität zu Dorpat vorgenommen und an ihr wurden von 1632 bis 1656 1016 Studenten immatrikuliert. Im Jahre der Eröffnung wurden 84, 1633: 44, 1634: 30, 1646: 46 Studenten eingeschrieben<sup>2)</sup>. Aber der Zuschnitt dieser einheimischen Hochschule war wohl kein recht deutscher. Von 200 Dissertationen, die aus den Jahren 1632—1655 bekannt sind, stammen 30 von Livländern, Rigensern, einem oder zwei Kurländern und einigen Ausländern, während die übrigen 170 Studenten aus Finnland oder Schweden zuzuschreiben sind. Besonders gegen das Jahr 1655 stellte sich das Verhältnis des deutschen zum schwedischen Element ungünstiger als zu Anfang<sup>3)</sup>. Mithin hat Dorpat dem Drange der Balten nach Deutschland und Holland keinen Eintrag getan.

In dieser Zeit ist nicht mehr Livland allein die allgemein beliebte Herkunftsbezeichnung, sondern die Studenten geben gerne genauer an, von wo sie gekommen sind. Sie legen vielleicht Gewicht auf die in der Heimat selbst sich ausbildenden provinziellen Unterschiede und wollen nicht untereinander verwechselt werden. So verteilen sich die im 17. Jahrhundert in Leipzig eingetragenen Jünglinge folgendermassen. Es entstammten Riga 50, Reval 38, Livland 18, Kurland 15, Mitau 13. Je einer kommt aus Bauske, Dorpat, Arensburg, Wolmar und Ambothen (Kurland).

Wenn man erwägt, dass auf deutschem Boden der dreissigjährige Krieg wütete, dass das wissenschaftliche Leben und Treiben der Studenten unter wilder Zügellosigkeit, dem Pennalismus und der Deposition litt, so ist das Ergebnis um so bemerkenswerter. Es müssen die guten Seiten des akademischen Aufenthalts schliesslich die weniger erfreulichen überwogen haben. Sonst hätte der Zuzug nicht so lebhaft sein können.

Seit 1580 ungefähr nimmt Leipzig unter allen deutschen Hochschulen in der Frequenz die erste Stelle ein und behält sie während des neuen Jahrhunderts. Gleichwohl war die Universität

<sup>1)</sup> Böthführ a. a. O. S. 81 ff. — Christiani, Balt. Monatsschr. 64 (1907) S. 35 ff. — Seraphim, Mitt. 16 S. 37. — Alex. Buchholtz, Rig. Sitz.-Ber. 1875 S. 86.

<sup>2)</sup> Die Kaiserliche Universität Dorpat während der ersten 50 Jahre ihres Bestehens und Wirkens, Dorpat 1852 (Verf. Th. Beise), S. 7, 9.

<sup>3)</sup> C. Schirren, Zur Geschichte d. schwedischen Universität in Livland in Mitteilungen a. d. Gebiete d. Gesch. Liv-, Est- u. Kurlands 7 (1854) S. 8.

in traurigem Zustande. Der Pennalismus allein, der als eine Pest der guten Sitten und der Wissenschaftlichkeit regierte, genügte, um alles frische Leben zu ersticken und bängere Gemüther fernzuhalten<sup>1)</sup>. Es ist das 17. Jahrhundert geradezu als die Zeit des tiefsten Tiefstandes studentischer Sittlichkeit überhaupt bezeichnet worden<sup>2)</sup>. Man darf jedoch nicht vergessen, dass das gesamte deutsche Leben einem kulturellen Rückgange unterworfen war, dass seine fortschreitende Entsittlichung alle Stände ohne Ausnahme erfasst hatte und die Laster, die man den Studenten vorhielt, im Grunde alle Kreise und Stände des Volkes ergriffen hatten<sup>3)</sup>. „Unheimlich wächst“, bemerkt Bruchmüller<sup>4)</sup>, „die Zahl der blutigen Raufhändel auf der offenen Strasse, in denen bald ein Student, bald ein Bürger das Opfer ist; ebenso nahmen die grösseren Krawalle und Ruhestörungen, in denen die Studentenschaft bald mit den Handwerksgesellen, bald mit der Ratswache zusammenstiess, sowohl an Zahl wie an Schärfe zu.“ Die Deposition, der Pennalismus, der sogenannte Nationalismus und das Aufkommen der Duelle sind die charakteristischen Erscheinungen im Studentenleben des Jahrhunderts. So mag wohl manches Elternpaar nur besorgten Herzens seine Söhne in die Fremde, entrückt jeder Möglichkeit der Beeinflussung und Kontrolle, geschickt haben. In Verbindung mit anderen studentischen Ausschreitungen, dem nächtlichen Lärmen und Unfugtreiben auf den Gassen, dem Einwerfen von Fenstern in den Häusern missliebiger Personen, den Aufläufen und Strassentumulten, mögen zarter besaitete Naturen, die ernste wissenschaftliche Unterweisung suchten, oft genug schwer gedrückt gewesen sein. Johann Georg Schochs *Comödia vom Studentenleben*, die 1657 erschien, schildert offenbar Zustände der Universität Leipzig, wenn diese Hochschule auch nicht namentlich genannt wird.

Für Rostock ist wiederum charakteristisch, dass im 17. Jahrhundert die studentischen Nationen aufkamen, jene landsmannschaftlichen Gruppierungen, die mit der älteren Gliederung in Nationen, die Professoren und Studenten umfasste, nichts zu tun hatten. An sich unbedenklich, ja eher löblich nach den Zwecken, die sie satzungsmässig verfolgten, wurden sie doch bald von der Obrigkeit verfolgt. Sie waren es nämlich, die zugleich als Träger und Pfleger des Pennalismus sich betätigten, den man nicht billigen konnte.

1) Stieda, Die Univ. Leipzig S. 8.

2) Wilh. Bruchmüller, Der Leipziger Student, 1909 S. 55.

3) Bruchmüller a. a. O. S. 56 — Tholuck. Das akademische Leben des 17. Jahrhunderts, 1853.

4) Bruchmüller a. a. O. S. 57.



Nach und nach waren in Rostock 9 Nationen ins Leben getreten: Westfalen, Brandenburger-Märker, Holsteiner, Pommern, Schlesier, Mecklenburger, Friesen, Braunschweig-Lüneburger und Thüringer<sup>1)</sup>. Die Preussen, die anfangs bei den Märkern waren, bildeten seit 1648/49 eine neue Nation. Die Senioren aller dieser Verbindungen traten zu Konventen zusammen, auf denen allgemeine studentische Angelegenheiten erörtert wurden. Vielfach wurde über die Zugehörigkeit dieser oder jener Landschaft zu der betreffenden Nation gestritten.

Nur die Livländer, d. h. wohl überhaupt die Balten, waren völlig frei in der Wahl der Nation, zu der sie gehören wollten, da sie als „überseeische Nation“ angesehen wurden. Durch das Edikt vom 7. März 1662 wurde dem Pennalismus und damit den Nationen ein Ende bereitet<sup>2)</sup>.

Für die Unternehmungslust der Livländer ist bezeichnend, dass sie durch Schwierigkeiten der Beförderung nicht aufgehalten zu sein scheinen. Allerdings zog das nahegelegene Königsberg die meisten Balten an sich, aber selbst das entferntere, schwerer zu gewinnende Leyden war ein beliebter Aufenthalt. Die lebhaft entwickelten holländisch-russischen Handelsbeziehungen, der Reichtum und das grosse Ansehen der Holländer im 17. Jahrhundert mögen wohl die baltische Aufmerksamkeit erweckt haben. Vorzugsweise Juristen nahmen den Weg nach Leyden. Auch in Strassburg i. E. überwog unter den baltischen Studenten der Jurist: unter 45 waren ihrer 29 der Themis zugewandt.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts sah es in Riga und Livland nicht zum besten aus. Die Bürgerschaft war verarmt. Die in Russland, Polen, Litauen ausstehenden grossen Kapitalien galten als verloren. Neue Handelsgeschäfte konnten in Riga nicht mehr in Gang gebracht werden<sup>3)</sup>. Wenn man trotzdem sich tapfer gegen den russischen Zaren auflehnte und erst nach hartnäckiger Belagerung sich in Riga ergab, so lag das wohl daran, dass die russischen Anerbietungen nicht sehr verführerisch erscheinen konnten. Allmählich söhnte man sich jedoch in Riga und Reval, in Livland wie in Estland mit den neuen Verhältnissen aus und hat trotz mannigfacher Übergriffe und Gewalttätigkeiten, die man erdulden musste, unter der Herrschaft des russischen Szepters keine unebene Existenz geführt.

Indes höhere Bildung konnte Russland unmöglich bieten. In den Kapitulationsbedingungen der livländischen Ritterschaft war auf die Erhaltung der Universität Gewicht gelegt. Sie sollte, „weil sie mit zureichlichem Einkommen und Gütern fundirt

1) Hofmeister a. a. O. 4 S. 172, 175, 181, 186.

2) Hofmeister a. a. O. S. 187, 195.

3) E. Seraphim, Livländische Geschichte 2. Bd. (Reval 1904) S. 542.

ist, beibehalten und allezeit mit tüchtigen Professoren, der evangelisch-lutherischen Religion zugethan“ besetzt werden. Auch nahm man in Aussicht, sie zur „Commodité“ der adligen Jugend mit Sprach- und Exerzitienmeistern, Schwimm-, Tanz-, Reit- und Fechtmeistern versehen zu lassen. Der russische Oberbefehlshaber Scheremetjew erklärte den Willen seines hohen Herrn dahingehend, dass er „der Universität beneficia und privilegia eher augmentieren als diminuieren werde, auch darauf bedacht sein würde, sie mit guten Professoren zu versehen“. Ja die Zarische Majestät beabsichtige sogar, aus „dero eigenen Ländern und Reichen die Jugend ebenfalls dahin zu schicken, um die Universität in desto grössere Renommé zu setzen“. Die freie Ausübung der Religion wurde überdies zugesichert. Gemeint war die 1690 restaurierte Dörptische Universität, die 1699 nach Pernau verlegt worden, aber als deutsche Bildungsanstalt nie recht von Bedeutung geworden war<sup>1)</sup>.

Sie ist auch im 18. Jahrhundert nicht zu neuem Leben erweckt worden. Als 1725 der Dörptsche Rat darum nachsuchte, wurde vom Generalgouverneur geantwortet, dass daran jetzt nicht zu denken wäre: „wie denn auch, was die Universität in Dörpt wieder zu errichten anlangt, für jetzt nicht thunlich sein würde“<sup>2)</sup>. So kam es, dass das livländische Oberkonsistorium daran denken musste, die sich dem Studium der Theologie widmenden jungen Leute besonders zu fördern. Der damalige Vizégouverneur von Bismarck in Riga machte 1739 bekannt, dass alle diejenigen, die das Studium der Gottesgelahrtheit erwählen wollten, nachdem sie den Lehrgang im Lyzeum beendet hatten, sich beim Oberkonsistorium melden sollten. Dieses würde ihnen alsdann an die Universität, wohin sie ihre Schritte lenken würden, eine Empfehlung mitgeben. Mochte hierbei die Absicht mitspielen, bei der Auswahl der Hochschule mitzuwirken oder gar einen bestimmenden Einfluss auszuüben, so erkannte man jedenfalls den Aufenthalt an deutschen Universitäten für notwendig an. Die von dort Zurückkehrenden, die regelmässige Fleisszeugnisse vorzulegen imstande wären, sollten bei der Besetzung der Stellen im Kirchen- und Schuldienst in erster Linie berücksichtigt werden<sup>3)</sup>.

So waren alle Liv-, Est- und Kurländer, die studieren wollten, gezwungen, sich nach Deutschland zu wenden, und unter den in Betracht kommenden Akademien scheint Leipzig in erster Reihe gestanden zu haben. Von 1701—99 waren Balten immatrikuliert: in Erlangen (1742—96) 70, in Strassburg i. E. 88,

<sup>1)</sup> E. Seraphim a. a. O. 2 S. 549—550. — C. Schirren, Mitteilungen 7 S. 33 ff.

<sup>2)</sup> Die Universität Dorpat S. 20.

<sup>3)</sup> Ant. Buchholtz - A. v. Bulmerincq, Aktenstücke und Urkunden zur Geschichte der Stadt Riga Band 2 (1903) Nr. 660.



in Königsberg i. Pr. 104, in Göttingen (1734—72) 92, in Leyden (1700—83) 55, in Rostock i. Meckl. (1700—60) 124, in Halle (1710—66) 235, in Leipzig 421, in Jena (1709—66) 508.

Leipzig steht demnach nur hinter Jena zurück. Das will etwas besagen, da die aus den akademischen Inskriptionen berechneten Zahlen für Leipzig eine Abnahme zutage treten lassen. Es studierten nämlich in Leipzig im Jahre 1700: 875, im Jahre 1720: 720, im Jahre 1740: 709, im Jahre 1760: 486, im Jahre 1780: 643. Seuchenartige Krankheiten, die schlesischen Kriege, die schwedische Invasion wirkten lähmend auf den Gang des Studiums und die Zahl der Immatrikulierten ein. Die im Laufe des 18. Jahrhunderts neubegründeten Universitäten in Halle, Göttingen, Breslau werden wohl dazu beigetragen haben, die Zahl der Studenten in Leipzig zu verringern. Erst gegen den Ausgang des Jahrhunderts hebt sich der Besuch wieder<sup>1)</sup>. Die Balten aber blieben der Hochschule in Leipzig treu. Nur, wie gesagt, Jena mit seinem stark entwickelten studentischen Leben lief Leipzig den Rang ab. Vielleicht mochte auch die kleine, malerisch gelegene Stadt mit ihren landschaftlichen Reizen vor Leipzig in den Augen der Balten den Vorzug verdienen.

In Jena war damals eine neue Zeit angebrochen. Der „Grobianismus“ hatte endlich verspielt, der „artige“ Student war eingezogen. Auch die Wohlfeilheit des Lebens mochte Einfluss ausüben. So erklärt es sich, dass in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts 3000 Studenten in Jena zeitweilich anwesend gewesen sein sollen. Auf dieser Höhe hielt sich zwar die Frequenz nicht und der siebenjährige Krieg bedang einen Rückgang auf gelegentlich nur 500 Studenten. Die Auszüge aus der Jenenser Matrikel über die dort studierenden Balten betreffen nur einige Jahrzehnte. Alten Überlieferungen zufolge waren sie so zahlreich dort, dass sie eine eigene Landsmannschaft bilden konnten. Die Jenenser Burschenschaft wies damals deren 15 auf und die Kur- und Livländer bildeten eine eigene, über die indes bis jetzt nichts zu ermitteln gewesen ist<sup>2)</sup>.

Aus welcher Veranlassung Rostock im 18. Jahrhundert von den Balten vernachlässigt wurde, während es 100 Jahre vorher so gerne aufgesucht worden war, ist nicht recht durchsichtig. Das Studentenleben blühte. Neben den Nationen oder innerhalb derselben waren besondere Kollegien oder Kränzchen aufgekomen, deren Mitglieder eigene Abzeichen trugen und nach selbstgegebenen Gesetzen lebten. Sie bildeten einen engeren Kreis, aus dem die Chargen genommen wurden und dessen

<sup>1)</sup> Wilh. Stieda, Die Universität Leizig S. 8.

<sup>2)</sup> Borkowsky, Das alte Jena u. seine Universität, 1908. S. 160 ff., 103, 105.

Meinung die Seniores befragten, wenn eine Einberufung der vollständigen Nation nicht erforderlich oder untunlich erschien. Indes die Nationen liessen sich viele Unbill zuschulden kommen und wurden daher immer wieder verfolgt. Insbesondere wurde im Frühjahr 1739 gegen sie vorgegangen und der Senior der Märkischen Landsmannschaft, ein Kurländer namens Scholze, ein bemoostes Haupt im 12. Semester, relegiert. Freilich wurde später die Strafe in Absetzung vom Seniorat und Konsilierung gemildert. Möglicherweise lag hierin sowie in der Verordnung vom 2. September 1750 gegen die Landsmannschaften die Veranlassung, dass die Balten sich nicht mehr in Rostock wohl fühlten und fernblieben<sup>1)</sup>.

Ihrer Herkunft nach verteilen sich die 421 immatrikulierten Balten in Leipzig wie folgt:

Bauske: . . . 1	Dorpat: . 10
Dondangen: . 1	Estland: . 11
Wormsahten: 1	Mitau: . 23
Hapsal: . . . 1	Reval: . 38
Wolmar: . . . 1	Riga: . . 88
Walk: . . . . 2	Kurland: 106
Libau: . . . . 2	Livland: . 133
Pernau: . . . 3	

Auf die einzelnen Jahrzehnte verteilen sich die Balten nach ihrer Herkunft folgendermassen:

	1700/9	1710/19	1720/29	1730/39	1740/49	1750/59	1760/69	1770/79	1780/89	
Riga . . . . .	14	4	2	10	8	8	8	11	15	8
Livland . . . .	1	—	—	4	8	11	36	24	30	19
Dorpat . . . . .	—	—	—	—	2	3	1	—	1	3
Wolmar . . . . .	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reval . . . . .	7	—	—	—	1	1	13	12	2	2
Estland . . . . .	—	—	—	—	—	—	2	6	2	1
Mitau . . . . .	4	1	1	2	1	—	2	2	4	6
Kurland . . . .	3	—	3	3	7	5	25	24	25	11
Pernau . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
Bauske . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Libau . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Dondangen . . .	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Wolmar . . . . .	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Wormsahten . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Summa. . . . .	30	5	6	19	28	28	88	79	79	56

<sup>1)</sup> Hofmeister a. a. O. S. 323 ff.



Der Leipziger Student des 18. Jahrhunderts hat durch keinen Geringeren als Goethe in Wahrheit und Dichtung eine besonders günstige Zensur erfahren. Er spricht von einem hohen Grad gesellschaftlicher Kultur, der damals erreicht worden wäre. Die herausgegebenen gelehrten Zeitungen, die Journale, die Bibliotheken, die leicht zu beschaffenden Romane, nicht zuletzt das Schauspiel mochten für viele ein Grund sein, sich gerade nach der sächsischen Hochschule zu wenden.

Mit den Vorlesungen und sonstigen Darbietungen der Professoren und Dozenten scheint es in der ersten Hälfte des Jahrhunderts nicht soviel auf sich gehabt zu haben. Wenn man der Schrift eines Advokaten, Gottlieb Reichel, trauen darf, die im Jahre 1742 unter dem Titel „Portrait de l'Academie de Leipzig“ niedergeschrieben war, jedoch nicht veröffentlicht wurde<sup>1)</sup>, so müssen damals wenig erfreuliche Zustände in Leipzig geherrscht haben. Der Verfasser dieser Denkschrift war Advokat im Oberhofgericht, aber zugleich hielt er juristische Vorlesungen an der Universität, in deren Konsilium er Sitz und Stimme hatte. Man kann ihm mithin zutrauen, dass er die Misstände, über die er berichtete, aus eigener Anschauung kannte. Sie bestanden in der „erstaunenswürdigen Faulheit derer Professoren“, in ihrem Geiz und in ihrer Habsucht, ihrem prunkenden übermütigen Auftreten, der Missachtung der Religion, der eigennützigen und liederlichen Verwaltung der Universitätsfinanzen<sup>2)</sup>. Mag vielleicht manches in seinen Auseinandersetzungen übertrieben gewesen sein, — das Vorhandensein einer solchen Beschwerdeschrift, auch wenn sie nicht ihr Ziel erreichte, dem Landtage, an den sie gerichtet war, niemals vorgelegt wurde, lässt auf nicht durchweg befriedigende Zustände schliessen.

Jedenfalls änderten sich die Verhältnisse im Laufe der Jahrhunderte, und es lässt sich nicht in Abrede nehmen, dass viele tüchtige wackere, zum Teil hervorragende Gelehrte an der Hochschule tätig waren. Neue Lehrstühle, deren Errichtung den wissenschaftlichen Fortschritt bekundeten, entstanden für Natur- und Völkerrecht, für Kirchengeschichte, für Ökonomie und Naturgeschichte, für arabische Sprache usw. Sie wurden mit Männern besetzt, die sich durch vorzügliche literarische Leistungen und anzuerkennende Talente auszeichneten. Im Jahre 1704 wurde ein „anatomisches Theater“ im Paulinum, einem der Universitätsgebäude, eröffnet. Seit 1793 wurden im städtischen Lazarett, dem späteren städtischen Krankenhause zu St. Jakob, klinische Übungen veranstaltet. Im Jahre 1795 wurde die philologische

1) Ein Auszug bei Ernst Kroker, Die Universität Leipzig im Jahre 1742, im Leipziger Kalender 5. Jahrg. (1908) S. 71 ff.

2) Ernst Kroker a. a. O. S. 72.

Gesellschaft, die Vorläuferin des philologischen Seminars, errichtet. Unter den Theologen zeichnete sich durch echt humanistische und theologische Gelehrsamkeit Fr. Nathan Morus aus. Chr. August Crusius war als Gegner der Leibnitz-Wolffschen Schule bekannt. Bei den Juristen verdienen genannt zu werden der kenntnisreiche Rechtshistoriker Jo. Aug. Bach, die beiden Mascow, der eine: Gottfried, ein geschätzter Zivilist, geb. 1760, der andere: Johann Jakob, ein gefeierter Staatsrechtslehrer, geb. 1761. Unter den Mediziniern glänzten der Kliniker Jo. Karl Gehler, geb. 1796, der Anatom Karl Christ. Krause, gest. 1793, der Anatom und Chirurg Jo. Gottl. Haase, gest. 1801. Unter den Mitgliedern der philosophischen Fakultät dürften die bekanntesten Jo. Christ. Gottsched und Christian Fürchtegott Gellert gewesen sein. Ausser ihnen sind namhaft zu machen der Literaturhistoriker Chr. Gottlieb Jöcher, gest. 1856, und der weitgereiste Joh. Chr. Lünig, gest. 1740. Zu den berühmten Mathematikern gehörten Abraham Gottl. Kästner, der gleichzeitig als Epigrammendichter bekannt war, Joh. Heinr. Winkler, dessen Forschungen über Elektrizität selbst die Aufmerksamkeit Franklins auf sich lenkten, gest. 1770, Joh. Sam. Traugott Gehler, der Verfasser eines physikalischen Wörterbuches, und Karl Fr. Hindenburg, gest. 1806.

Gerade der Ausgang des 18. Jahrhunderts, etwa von 1763 an, gehört zu den glänzendsten Zeiten Leipzigs. Damals gründete ein deutscher Reichsfürst, Jos. Alex. Jablonowsky, 1768 für die Gebiete der Geschichte, Mathematik, Physik und Ökonomie eine Gesellschaft, die noch heute besteht und durch die Zinsen des von ihm ausgesetzten Kapitals unterhalten wird. Zur Beförderung der Naturwissenschaften wurde 1789 die Linnésche Gesellschaft begründet, die ebenfalls noch besteht. Kurz, man begreift, dass Leipzig gerne aufgesucht wurde, wenn es auch vielleicht an Anstalten zur direkten Ausbildung der Studierenden, wie Bibliotheken, Museen, Laboratorien, zu wünschen übrig liess<sup>1)</sup>.

Neben der Gelehrsamkeit kam indes der jugendliche Frohsinn zu seinem Rechte, leider in Verbindung auch mit zügelloser Ungebundenheit. In ersterer Beziehung sind nicht allzuvieler Einzelheiten bekannt oder aufbewahrt, aber gewiss vorgekommen. Als auf ein glänzendes Beispiel darf auf eine 1709 von den Studenten in Masken veranstaltete Schlittenfahrt auf dem Markte und in den Gassen hingewiesen werden. Sonst weiss man nur, dass in Leipzig ein stärkerer Zug zum Petitnaitretum, zu einem geschniegelten und gebügelten Auftreten vorherrschte als etwa in Jena oder in Halle. Ein Merkvers aus dieser Zeit besagt:

<sup>1)</sup> Wilh. Stieda, Die Universität Leipzig S. 14—16.



In Leipzig sucht der Bursch die Mädchen zu betrügen,  
 In Halle mückert er und seufzet ach! und weh!  
 In Jena will er stets vor blanker Klinge liegen!  
 Der Wittenberger bringt ein à bonne Amitié<sup>1)</sup>!

Trotz aller Schiefheiten, die in solchen Verallgemeinerungen liegen, mag es als ein Zeichen für die Richtigkeit der in dem Verse sich zeigenden Auffassung gelten, dass im Jahre 1739 am 10. Januar am Roten Kolleg die Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden wurde mit einem Zettel „Studentengut“<sup>2)</sup>.

Von unruhigen Studenten, die mit den städtischen Einwohnern, Handwerksgesellen und Polizeibeamten aneinandergerieten, melden viele chronikalische Aufzeichnungen. Da ging im Jahre 1713 ein Tumult vor sich wegen des Verbots, Schlafrock und Schlafmütze auf der Strasse zu tragen. Im Jahre 1721 wird von einer unfreundlichen Begegnung zwischen Feldsoldaten und Studenten berichtet; 1726 erneut sich der Schlafpelztumult; 1743 wird wegen Erhebung des Torgroschens am Ranstädter Tor ein wilder Lärm angezettelt; 1748 wollen die Studenten die sogen. „Knierimschenke“ zerstören. In demselben Jahre entsteht ein Studentenauflauf wegen des Degentrags der Kaufdiener. Aus dem Jahre 1768 wird von Studenten erzählt, die die Gessnersche Schenke in Plagwitz demoliert hätten, und im Jahr darauf vergreifen sie sich während des Vogelschiessens an der sogen. „Lützendorfer Schenke“ im gleichen Vorort<sup>3)</sup>. Kurz, die Gelegenheiten, bei denen der Ungestüm und die Wildheit des Leipziger Studenten sich in wenig erfreulicher Weise zeigten, rissen nicht ab. Doch scheint man geneigt gewesen zu sein, ihm seine Unarten und Tollheiten nachzusehen, die sich zum Teil ja innerhalb des Rahmens der Zeit bewegten. Eine besondere Berühmtheit hat der am 20. Juli 1768 sich abspielende „Musen-“ oder „Mesenkrieg“ erhalten<sup>4)</sup>. Über ihn berichtet sogar Goethe in „Wahrheit und Dichtung“. Meisen, Mösen, Musen war ein Spottnamen für die Leipziger Stadtsoldaten. Sie hatten sich bei den Studenten unbeliebt gemacht, weil ihnen oblag, den Torgroschen zu erheben, den diejenigen zu zahlen hatten, die nach Sonnenuntergang erst in die Stadt zurückkehrten. Diese kleine Abgabe war den Studenten verhasst und sie bemühten sich, ihre Bezahlung mit List und Gewalt zu umgehen. Im Jahre 1768, dem letzten von Goethes Aufenthalt in Leipzig, zogen sich die wiederholt ausgebrochenen Zwistigkeiten mehr als 7 Wochen hin, nahmen einen bedrohlichen Charakter an und gewannen endlich einen harten

1) Bruchmüller a. a. O. S. 75—76.

2) Leipziger Kalender 1911 S. 462.

3) Leipziger Kalender 1911 S. 262/263.

4) Otto Günther, Mitteilungen d. Deutschen Gesellschaft 9 S... (1898) Witkowski im Leipziger Kalender 1905 S. 109 ff.

Ausgang. Elt Studenten wurden zu Gefängnisstrafen von 1—3 Monaten verurteilt, jedoch bald begnadigt. Eine Anzahl Stadtsoldaten und Ratsknechte wurde mit Degradation und körperlicher Züchtigung gestraft<sup>1)</sup>.

Scheint es hiernach, als ob Leipzig in jenem Jahrhundert nicht gerade als eine Universität galt, auf der in modernem Sinne viel gearbeitet wurde, sondern „wo etwas los zu sein pflegte“, so wird man doch mit derartigen Verallgemeinerungen vorsichtig sein müssen. Es würde ebenso schief sein, wie etwa nach der im Jahre 1787 erschienenen Schrift des Anselmus Rabiosus<sup>2)</sup>, in der Leipzig sehr schlecht wegkommt, die gesamte Hochschule zu beurteilen. Glaublicher erscheint die Auseinandersetzung in den ebenfalls 1787 veröffentlichten „Vertrauten Briefen über den politischen und moralischen Zustand von Leipzig“. Der Verfasser dieser Briefe, Detlev Presch, unterscheidet nämlich drei Kategorien von Studierenden. Die erste bildet „der Adel, vorzüglich der Lief- und Curländische, die Patriziersöhne aus Danzig und Hamburg und nicht selten auch viele Inländer, die durch Geburt oder Geld begünstigt, sich mit jenen in Parallele stellen können“. Ihre Mitglieder fühlten sich über ihre Kommilitonen erhaben. Die Mittelklasse wurde gebildet aus solchen, die den Reichen nachzuahmen suchten oder nur arbeiteten, um tunlichst bald im bürgerlichen Leben eine Stellung erlangen zu können. Die dritte Klasse endlich sind die „ganz Armen“. Kriecherei gegen Gönner, Bettelstolz gegen andere, Liederlichkeit und Festhalten an der alten „burschikosen Fidelität“ waren die Eigenschaften, die bei den zu ihr Gehörenden sich geltend machten<sup>3)</sup>.

Je nachdem wie die einzelnen Schriftsteller mit dieser oder jener Kategorie von Studenten vorzugsweise Fühlung gewannen, fiel wohl später das Urteil aus. So wird es auch mit der Beurteilung des wissenschaftlichen Rufes der an ihr Lehrenden gewesen sein. Lauter hervorragende Lehrkräfte gab es natürlich nicht. Aber man darf auch nicht behaupten, dass das Gegenteil vorherrschte. Nimmt man Leipzig als Ganzes, so wird man es begreiflich finden, dass der Zuzug kein geringer war, und sich erklären können, dass so viele Balten gerade nach Leipzig gerne ihren Flug nahmen. Jedenfalls fühlten sich die Landsleute wohl und behaglich, wie wenigstens aus den Aufzeichnungen des Estländers Eugen von Rosen, der 1780—82 in Leipzig studierte, gefolgert werden kann. Rosen hatte seinen Tisch bei dem Professor Clodius. Er bezahlte dort für das Mittagessen 20, für

1) Witkowski im Leipziger Kalender 1905 S. 117.

2) Ein Neudruck der selten gewordenen Schrift von Wustmann, 1897 veranstaltet.

3) W. Bruchmüller a. a. O. S. 80.



das Abendessen 10 Taler monatlich und für die Wohnung 15 Taler. Er fand den Ton des Leipziger Studentenlebens feiner und unverbodener als auf anderen Universitäten, wo nur Dörfer, Kegelbahnen und Wirtshäuser Erholung böten. In Leipzig dagegen gäben der lebhaft Handel, die Nähe Dresdens, der Besuch Fremder, die Durchreise Grosser, die französische Kolonie, der Buchhandel, die Bibliothek und die Dresdener Schauspiele edlere Anregung. Etwa 30 Studenten aus Liv-, Est- und Kurland hätten, ohne Aufsehen zu erregen, also offenbar ohne eine bestimmte landsmannschaftliche Organisation, landsmannschaftlich zusammengehalten, zumeist Juristen. Das Eintreffen eines Grafen Sievers aus St. Petersburg hätte hierin einen Wandel gebracht. Er hätte Zusammenkünfte bei „der Punschschale“ veranstaltet und die Landsleute dazu bewogen, eine besondere Tracht, eine „Uniform“ anzulegen. Sie bestand in scharlachroten Röcken mit grünen Samtkragen und grossen blanken Stahlknöpfen; in ihr zeigten sich die jungen Leute am Sonntag und verfehlten nicht dadurch die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zu lenken. Auf gütliches Zureden des Professors Platners liessen sich die Studenten bewegen, diese Kleidung wieder abzulegen, und damit scheint die kurzlebige Landsmannschaft, wenn überhaupt von einer solchen die Rede sein kann, ihr Ende gefunden zu haben<sup>1)</sup>.

Ob die Balten ausserdem an den im 18. Jahrhundert aufkommenden studentischen Verbindungen beteiligt gewesen sind, ob sie dergleichen Vereinigungen sogar begünstigt haben, lässt sich nicht mehr ermitteln. Nach den Nationen und Landsmannschaften, die schon im 17. Jahrhundert von den akademischen Obrigkeiten unterdrückt wurden, kamen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Orden in die Höhe. In Leipzig wurde 1768 von dem Mecklenburger Brückner, der indes in der Matrikel nicht nachweisbar ist, der Orden der Harmonisten gegründet<sup>2)</sup>. Es ist der sogen. schwarze Orden, der sich 7 Jahre vorher in Rostock festzusetzen versucht hatte, aber ohne Erfolg<sup>3)</sup>. Er soll mit dem Amicistenorden in engem Zusammenhang stehen<sup>4)</sup>, vermochte jedoch in Leipzig nicht Fuss zu fassen. Er soll allerdings noch 1787 bestanden haben, spielte aber im studentischen Leben keine Rolle<sup>5)</sup>. Im Jahre 1790 wurde der Orden der Indissolubilisten errichtet und zwei Jahre darnach mit dem Amicistenorden in Jena verschmolzen, doch ist er immer nur sehr wenig hervorgetreten<sup>5)</sup>.

1) Bruchmüller a. a. O. S. 104.

2) Leipziger Kalender 1911 S. 263.

3) Ad. Hofmeister, Archiv f. Kulturgesch. 4 (1906) S. 335.

4) Fabricius, Die Studentenorden des 18. Jahrhunderts, 1891 S. 70/71.

5) Bruchmüller a. a. O. S. 106.

Von den Leipziger Unitisten und Konstantisten (Orden der Beständigkeit) ist nicht viel mehr als der Name bekannt. Auch die 1716 gegründete, heute noch als studentische Korporation bestehende Lausitzer Prediger-Gesellschaft nahm seit 1755 ordensartige Formen an, die sie indes bald wieder abstreifte<sup>1)</sup>.

Die akademischen Obrigkeiten sahen diese Verbindungen ungern. Gegen sie ist der 1795 von den Reichsständen auf Anregung Karl Augusts von Weimar gefasste Beschluss gerichtet, dass alle und jede Studentenorden auf allen Universitäten Deutschlands verboten sein sollen.

### 3.

#### Der Livländer von Stackelberg an der Universität Leipzig.

Georg Stackelberg aus Dorpat wurde im Sommersemester 1565 unter dem Rektorat des Professors Georg Kest oder Costius, eines Juristen, immatrikuliert. Er kam wohl von der Universität Rostock, wo am 12. Juli 1563 ein Georgius Stackelberg Dorpatensis immatrikuliert worden war<sup>2)</sup>. Die Immatrikulationsgebühr war 12 Groschen. Auf seinen adligen Stand war somit keine Rücksicht genommen, denn von Adligen und reichen Bürgerlichen erwartete man, dass sie bei ihrer Eintragung in die Matrikel eine grössere, die übliche Gebühr übersteigende, Summe zahlen würden. Die volle Gebühr war, ursprünglich nur 6 Groschen, seit dem Wintersemester 1436 auf 10 Groschen erhöht, mit dem Wintersemester 1545 auf 10½ Groschen oder ½ Gulden angesetzt. Höchstens darin unterschied er sich vorteilhaft von seinen Kommilitonen, dass er die ganze Gebühr (Totum) auf einmal entrichtete, während vielfach ein geringerer Betrag gezahlt und dann nachgezahlt wurde. Stackelberg, in einer Zeit immatrikuliert, als der rheinische Goldgulden, seltener geworden, den Kurs von 24 Groschen erreicht hatte, zahlte in den 12 Groschen nach wie vor den vorgesehenen halben Gulden Immatrikulationsgebühr<sup>3)</sup>.

Er wurde der Sächsischen Nation zugeschrieben. Die Universität, Studentenschaft und Professoren, gruppierte sich in Leipzig nach dem Vorgange der Prager Hochschule in vier Nationen, die der Sachsen, Meissner, Bayern und Polen. Eine Verordnung des Herzogs Georg von Sachsen aus dem Jahre 1520 bestimmte die Zugehörigkeit zu den Nationen, und bei diesen Grenzen ist es in der Folge geblieben<sup>4)</sup>. Nach ihr zählten die baltischen

<sup>1)</sup> Bruchmüller a. a. O. S. 107.

<sup>2)</sup> H. J. Böthführ, Die Livländer auf auswärtigen Universitäten, 1884 S. 62 Nr. 365.

<sup>3)</sup> Georg Erler, Die jüngere Matrikel der Universität Leipzig 1559—1809, 1. Bd. S. XXXXIII.

<sup>4)</sup> G. Erler a. a. O. 1. Bd. S. XXXVI.



Provinzen zur Sächsischen Nation, obwohl Livland damals bereits sich der polnischen Oberhoheit hatte unterwerfen müssen. Über das Fach, dem er sich widmen wollte, verlautet nichts. Einige Jahre vor ihm, im Wintersemester 1562, war Georg Uber aus Breslau unter dem Rektorat des Andreas Freyhube<sup>1)</sup>, eines aus Schlesien gebürtigen Theologen, eingeschrieben worden und hatte 10 Groschen Gebühr entrichtet. Er zählte zur Polnischen Nation.

Obwohl im Mai 1566 bereits nach heutiger Anschauung ein bemoostes Haupt, scheint er für studentische Unterhaltungen noch immer den nötigen Eifer gehabt zu haben. In einem offenbar jener Zeit sehr beliebten Erfrischungslokal, dem vor dem Peterstor belegenen Garten des Heinrich Cordes, überfiel er ohne jede Veranlassung und ohne gereizt zu sein, den jungen Baron Stackelberg mit Schlägen und Verleumdungen, d. h. wohl in diesem Falle Beleidigungen. Stackelberg stand, wenn man die mutmasslichen Rostocker Semester mitrechnet, im siebenten Studiensemester. Die Ursache des tätlichen Angriffes ist in den später geführten Protokollen nicht mitgeteilt. Genug, dass die Beleidigung als eine schwere aufgefasst wurde und die Kommilitonen Tobias Hübener und Friederich Rode sich um ihre friedliche Beilegung bemühten.

Tobias Hübner, älterer Student, seit Sommersemester 1563 immatrikuliert, aus Berlin, war gleich Stackelberg Mitglied der Sächsischen Nation. Er wird sich mithin des jüngeren Mitgliedes seiner Nation angenommen haben. Friedrich Rode lässt sich in der Leipziger Matrikel nicht nachweisen, muss also sich als früherer akademischer Angehöriger einer anderen deutschen Hochschule mit der Angelegenheit befasst haben. Was diesen Unterhändlern zuerst nicht gelingen wollte, erreichten sie eine Woche später, nachdem die aufeinandergeplatzten Geister sich wieder etwas beruhigt hatten. Freilich hatte noch am Tage vor der öffentlichen Sühne der Beleidiger Uber, der wohl mittlerweile zur Besinnung gekommen sein mochte, seine Freunde Leonhard von Axleben und Friedrich von Zedlitz „umb ansünung“ zu seinem Gegner schicken wollen. Aus unbekannten Gründen war dieser Sühneversuch entweder unterblieben oder fehlgeschlagen. Dann aber hatte sich der Rektor, damals der Gräzist Georg Mesbach, ins Mittel gelegt und „dem herrn rectori und Assessorn, auch beider part freunden zu ehren und guten gefallen“ gelang die Aussöhnung, über die eine Urkunde vom 3. Mai 1566 die erwünschte Aufklärung gibt. Dass es im übrigen darauf abgesehen war, den Zwist aus der Welt zu schaffen, um „allerley

1) A. Freyhube, unbekannt wann geboren, stirbt 1576 in Zerbst, nachdem er als Calvinist das consilium abeundi in Leipzig hatte unterschreiben müssen und seine Professur verloren hatte. A. D. B.

erweiterung“ zu verhüten, und den aufgeregten Gemüthern jede Veranlassung zu nehmen, sich ferner „zu verbittern“, lag nahe genug.

Ausser den genannten Unterhändlern waren die Studenten Friedrich von Elterlein, im S.-S. 1565 immatrikuliert und zur Meissnischen Nation gehörig, sowie Christoph Zick, in demselben Semester immatrikuliert, zur Bayrischen Nation gehörig, zum Vergleichsakt hinzugezogen. Vermuthlich waren sie seinerzeit Zeugen des Vorfalles gewesen. Über bat nun in aller dieser genannten Kommilitonen Gegenwart den Studiosus von Stackelberg, dass er ihm das „durch die Verleumdung an ihm begangene Unrecht als ein gut Gesell“ verzeihen und vergeben möchte. Er versprach ihm auch „widerumb alless liebes und guttes jede Zeit beweissen, auch alles gutten gegen ihm sich allezeit verhalten“ zu wollen. Er fügte dieser Erklärung hinzu, dass er für die gesamten Unkosten, insbesondere „das Arztlohn“ aufkommen wolle. Darauf bot er treuherzig dem Gegner die Hand, der seinerseits in Aussicht stellte, bei dem Rektor, der ihm vielleicht persönlich bekannt war oder zu dem er irgend welche Beziehungen hatte, vorstellig zu werden, dass er ihnen „guttlichen verzeihen“ möge, obwohl sie strafwürdig waren.

Herr von Stackelberg scheint zuerst mit der Sühne, die sein Gegner anbot, nicht vollkommen zufriedengestellt gewesen zu sein und machte Schwierigkeiten, gab aber „letzlich aus christlichem Gemuet“ nach und nahm alle „Abbitt, Bitt und Erkenntnus des Uber“ an, nahm auch die dargebotene Hand und verglich sich mit ihm „guttlichen und freuntlichen“. Jeder versprach dem anderen, „was widderwillig und uneinig zwischen ihnen bisshero gewesen“, aufzugeben und fortan einander in Freundschaft zu begegnen. Der Studiosus Hübner und Herr Rode übernahmen es, den Vergleich zur Kenntnis des Rektors zu bringen, der also wohl die Anregung zum Vergleich gegeben, aber kaum die einzelnen Bedingungen bestimmt hatte. Der Rektor beauftragte alsdann den Assessor, den Wortlaut zu Papier zu bringen und ihn ins „Handellbuch“ buchstäblich genau einzutragen. Interessant wäre es, erfahren zu können, in welcher Weise die Rauferei vor sich gegangen war, die doch so schwere Folgen nach sich zog, dass der Arzt zur Behandlung zugezogen werden musste. Doch darüber meldet der Vergleich diskreterweise nichts. Das Händelbuch, in dem Berichte über derartige Streitigkeiten eingetragen zu werden pflegten, hat sich leider nicht in unsere Tage hinübergerettet.



## A N H A N G.

*Sühne zwischen dem Livländer Georg von Stackelberg aus Dorpat und dem Schlesier Georg Über. — 1566 Mai 3.*

(Universitätsarchiv Leipzig: Vergleiche in Privatsachen Rep. G. A. X. 2.)

Auf heut dato unden gemeldet seint die irrung, zuspruch, und alle ander gebrechen, so sich zwischen dem Edlen, Ehrnvestenn, und Erbaren Georgen Stackelbergk Liffländern an einem, und Georgen Über von Breslaw ahm andern, wegen eines schlagen und ervolgtor vorleumdung, dodurch Über den von Stackelbergk zu Leiptzig vor dem Peters thor für M. Henrich Cortes gartenn, ahm 20. tage Marty, dess 66. jhares, dissmals erhalet, zugetragen und bisshero unvertragen geschwebet, durch fleissige underhandlungen Tobias Hübener, und Friderich Rodenn, als Underhendlern dem herren rectori, und Assessorn, auch beider part freunden zu ehren und gutten gefallen, auch zu vertragung derer ihnn solchem ferner muehe, dan auch zu vorhüttung allerley erweiterung, sonderlichen aber ferner verbitterung der gemütter, zu grunt entlichen, und unwidderrufflichen allenthalben nachvolgender gestalt mit beyder will und verwiligung, verglichen und vertragen. Nemblichen das Über ihnn beisein gedachter underhandler dan auch Christoffer Zickenn und Veit von Elterlinn offentlichen bekant, dass er ahn dem jhenigen durch die vorleumdung ahn Stackelbergk begangenn unrecht, und zu viel gethan, where ihm auch jede zeitt hertzlichen leydt gewest, und noch, darumb auch des vorigen vorgangenen tages zu ihme den Edlen, und Ehrnvesten einen Leonhart von Axleben und denn Fridrich von Zettelitz umb ansünung selbst schicken wollenn, die derhalbenn auch angesprochen, und bedte er der Über den Stackelbergk, woll ihme solches als ein gutt gesell verzeihen, und vorgebenn. Ehr woll ihm widerumb alles liebes, und guttes jede zeit beweissen, auch alles gutten gegen ihme sich allezeit vorhalten, und das er solches kegen ihm auch thun wolt, mit fleiss widderumb gebetten, unnd ihme darauff die handt gebottenn, auch sich erkleret den geursachten unkosten, und das artzlohn zu entrichten, oder doch sich desselben halben woll mit ihme zuvertragen. Volgent wass den heren rectorem anlanget, do selbesten für ihn und sich unterthenig zu bittenn, das Seine Manificenz dass jhenige so von beyden ervolget, darumb sie straffwwürdig sein muchten, guttlichen ihnen vorzeihenn, und sich zu gehorsam fleissig erbytten wolt. Darauff und auff solche erklerung, erkenntnuss, und bitt, ob sich woll Stackelbergk nicht voll einlassen konnenn, und sich ettlicher massen beschweret, jedoch letzlich auss Christlichem gemuet, alle abbitt, bitt, und erkenntnus dess Ubern angenommen, und die handt zu entlichem solchem vertrag ihme in aller obberürter

personen beysein, und also zusammen sich gegeben, sich guttlichen, und freundtlichen verglichenn, Auch einer dem andern zugesagt, was widderwillig, und uneinig zwischen ihnnn bisshero gewesen, dass keigenn ein ander fallen zu lassen, zu vergeben, und vergeben ess einer dem andernn. Hiermit und soltt dass selb alles trewlichen, und fest vertragen seinn, damit auch solchens mit wissenn dess herrn Rectoris beschehe, und mit des autoritet hoher bekreftiget werde, es nymmer nicht ihm argen, wedder zu gedenckenn, zu eiffern, noch zu anthen, haben sie beyde Tobias Hübener, und Friderich Roden gebetten, solches alles ihrentwegen für dem herrn Rectore und Assessorn fürzubringen, und dass registriren, zu bittenn, do dan jeder solchs auch also bekennen und vervolwortten wolt, wie dan also balt solches ihn beysein beider part dem herrn Rectori, unnd herrn Assessornn, durch mich Fridrichen Roden gebürlichenn auff ihr bitt fürgebracht, darauff die ratification beider part offentlichen, wie gedacht, erfolget, und mir Friderich Roden vom Rectore angezeihet, solches allez auffs papir zu bringen, es ihns handellbuch von buchstaben zu buchstaben zu ewigenn gedechtnuss einzuvorleyben, sodan nach laut disser auch oberürtter personen sampt beyden parteien und meiner unterschriebenenn handtschrift beschehenn.

Actum freitags nach Philippi Jacobi 3 May. Anno 1566.

Mein Friderich Roden eigene  
handschrift

Tobias Hübner  
manu propria

Jurgen von Stackelbergk  
Liff lender.  
Georg Uberr.

#### 4.

### Der Fall Tiesenhausen.

Zwischen dem Studiosus Gustav Adolph Baron von Tiesenhausen aus Livland und dem Studiosus Johann Friedrich von Lattorff aus dem Anhaltischen<sup>1)</sup> hatte im Mai 1753 ein Dnell stattgefunden. Einige Zeit nachher hatte der Pedell Straube davon Wind bekommen, „unter der Hand“ Erkundigungen eingezogen, und war mit diesen Nachrichten sofort pflichtgemäß auf dem Universitätsgericht erschienen. Dahin wurden nunmehr beide Jünglinge beschieden und mit ihnen als Zeuge der Sprach-

<sup>1)</sup> Der Familie Lattorff gehörte das Gut Gross-Salza bei Magdeburg. Vielleicht war der Student ein Sohn des preussischen General-Lieutenants Christof Friedrich von Lattorff, 1696–1762, der im siebenjährigen Kriege als Kommandant der Festung Cosel sie seinem Herrscher zu erhalten wusste. A. D. B. 18 S. 20.



lehrer Mauvillon<sup>1)</sup> sowie ein zunächst nicht genannter Vetter des Barons Tiesenhausen. Da bei den Studenten ein Fluchtversuch nicht ausgeschlossen schien, wurden ihre Sachen mit Beschlag belegt. Baron Tiesenhausen wohnte bei Kaufmann Krausse, von Lattorff bei einer Frau Kammer-Sensal Carius. Der Zweikampf hatte ausserhalb Leipzigs stattgefunden.

Herr Eleazar Mauvillon vermochte vor Gericht nur dunkle Aussagen zu machen. Ein Pole und ein Livländer wären die Sekundanten gewesen, in deren Gesellschaft die beiden Studenten fortgefahren waren. Beide Herren pflegten bei ihm zu speisen, Herr Baron Tiesenhausen war auch sein Schüler in der französischen Sprache gewesen. Vom Duell hätten beide, begreiflich genug, nichts erzählt. Doch habe Baron Tiesenhausen seine „Blessur“ nicht verheimlichen können, ihm jedoch auf die neugierige Frage nach dem Duell ablehnend geantwortet: „Märchen“. Herr von Lattorff hatte während der letzten Messe nicht mehr bei Mauvillon gespeist.

An demselben Tage erschien auch Studiosus Georg Kaspar Baron von Tiesenhausen vor dem Universitätsgericht, der bereits seit dem 5. Juni 1751 in Leipzig immatrikuliert war, um einige Mitteilungen über seinen Vetter zu machen. Gustav Adolph Baron Tiesenhausen befand sich seit dem vorigen Jahre in Leipzig, hatte aber zunächst aus unbekannten Gründen keine Vorlesungen gehört, sondern nur bei Sprach- und Exerzitiemeistern Unterricht genossen. Erst am 19. Juni 1753 war er in die Leipziger Matrikel eingetragen worden, so dass er zu der Zeit, als das Duell sich ereignete, noch gar nicht Leipziger Student gewesen war. Auf einem Balle im Ranstädter Schiessgraben waren zwischen ihm und Herrn von Lattorff „Verdrüsslichkeiten vorgefallen“, Baron Georg Kaspar, obwohl selbst auf dem Tanzvergnügen anwesend, wollte nicht wissen, in welcher Veranlassung der Streit ausgebrochen war. Lattorff war zuerst auf dem Balle gewesen, Tiesenhausen später in Begleitung eines Offiziers erschienen. Als sein Vetter Gustav Adolph schon wieder fortgegangen war, hätte Lattorff zu ihm gesagt, dass er einen dummen Streich begangen hätte, aber sich nicht weiter darüber ausgelassen, worin Gustav Adolph sich eigentlich versehen habe. Von dem Duell hätte ihm sein Vetter nichts erzählt und auch die beteiligten Sekundanten wollte er nicht kennen.

Das Tanzvergnügen, auf das hier in der Aussage Bezug genommen wird, war am Donnerstag in der Zahlwoche der letzten Ostermesse 1753 im Ranstädter Schiessgraben vom Kammerherrn

<sup>1)</sup> Eleazar Mauvillon, 1712–1779, aus Tarascon in der Provence, Privatlehrer der französischen Sprache an der Universität Leipzig. A. D. B. 20 S. 713.

Schmerzting und einem Offizier aus Wittenberg arrangiert worden. Ungefähr 30 Personen waren schnell zusammengeladen und hatten sich nachmittags um 4 Uhr eingefunden, um bis 12 Uhr zu tanzen. Dazwischen waren einige der Gäste auf die Redoute ins benachbarte Reithaus gegangen. Die Musik war von Bergleuten, wie solche während der Messe aufzutreten pflegten, übernommen worden. Die Gesellschaft war vornehm gewesen und alles hatte sich in grösster Lustigkeit mit vielem Vergnügen dem Tanze hingegeben. Als Teilnehmer auf dem Balle wurden genannt Graf Schönberg, ein Hauptmann Sack, ein Herr von Groseck, ein Herr von Rex und andere.

Auf diese Weise war wenig genug zur Aufklärung des Falls geboten. Dennoch unterlag die Tatsache, dass ein Zweikampf vorgekommen war, keinem Zweifel. Denn schon am Tage zuvor hatte der Baron Gustav Adolph sich in einem Immediatgesuche an Seine Majestät den König von Sachsen gewandt mit einem reumütigen Geständnis und der Bitte um Gnade. Dieses Gesuch war am 29. Mai 1753 nach Dresden abgeschickt, aber dem Universitätsgericht offenbar unbekannt geblieben. In „tiefster Unterthänigkeit“ trug der anscheinend Zerknirschte vor, dass er in der letzten Ostermesse auf einem öffentlichen Balle in Leipzig mit einem Studenten von Adel, einem von Lattorff in „verdrüssliche Uneinigkeit“ geraten wäre. Nach einigem Wortwechsel hätten sich die Streitenden in der Hitze und Übereilung entschlossen, ihre Meinungsverschiedenheit „durch den Degen auszumachen“. Tags darauf hätten sie in der noch fortdauernden Hitze und Übereilung diesen Entschluss ausgeführt, wobei Herr von Lattorff leicht an der Hand verwundet worden sei. Darauf hin sei von einer Fortsetzung des Kampfes abgesehen worden.

Nachdem der schuldige Duellant den Tatbestand auf diese Weise zur Kenntniss des Königs gebracht hatte, suchte er nach Entschuldigungsgründen. Er sei noch sehr jung und habe sich in Leipzig seither eines stillen ordentlichen Lebenswandels befleißigt und niemanden Veranlassung geboten, sich über ihn zu beklagen. Er sei im Begriffe, Leipzig zu verlassen, um auf Reisen zu gehen, und hätte seine Wohnung daher nur noch auf einen Monat gemietet. Es wäre das grösste Unglück für ihn, wenn er „am Ende seines akademischen Lebens“ sich in eine so weitläufige und verdriessliche Untersuchung verwickelt sähe. Der von ihm begangene Jugendfehler sei nicht die Folge eines bösen Vorsatzes, „einer bey kaltem Blute angestellten Ueberlegung“, sondern die Folge der ersten Hitze und Übereilung. Ein Ball, der bis in die späte Nacht dauerte, hätte solche verursacht und zu ruhiger Überlegung sei keine Möglichkeit gegeben gewesen. Eine glückliche Schickung hätte ja auch bewirkt, dass „dabey Niemand an Leib und Leben Schaden erlitten“ habe. Die leichte



Verwundung an der Hand habe die Jugendhitze sogleich gedämpft. Überhaupt sei bei dem ganzen Vorgange eine Mässigung beobachtet worden, die aufs neue beweise, dass der Zweikampf nicht „die Wirkung einer verderblichen bösen Gesinnung, sondern eines erhitzten Blutes“ gewesen sei. Eine längere Untersuchung würde, meinte der Bittsteller, die Harmlosigkeit der Tat noch mehr hervortreten lassen, aber ihm und seiner Familie zu grossem Nachtheile gereichen und ihm künftig einen „beschwerlichen Vorwurff nebst noch schlimmeren Folgen“ zuziehen. Gestützt auf alle diese gewichtigen Gründe, bat Baron Tiesenhausen Seine Majestät um „allerhöchste Begnadigung und völlige Abolition des ganzen unschädlich gewordenen Jugend-Fehlers“. Er bat den König, die Universität anweisen zu wollen, jedes weitere Verfahren gegen ihn einzustellen. Er versicherte, mit seiner Familie und „sämtlichen Landesleuten“ in tiefster Devotion eine solche Gnade dankbar zu empfinden.

Die Universität muss, wie erwähnt, von diesem Gnadengesuch keine Ahnung gehabt haben. Denn Rektor, Magistri und Doktores der Universität richteten am 2. Juni 1753 an das Leipziger Stadtgericht das Ansinnen, in der löblichen Absicht, über die streng zu verfolgende Schandtath Genaueres ermitteln zu wollen, den Zieler im Ranstädter Schiessgraben, Namens Crusius, verhören zu wollen, ob er etwa über die Veranlassung des Duells, die „vorgefallenen Verdrüsslichkeiten“ Aussagen machen könnte. Der Zweikampf hatte unweit Grosskugel stattgefunden, wohin der Lohnkutscher Preller einen der Duellanten mit seinem Sekundanten geführt haben sollte. Es folgte nun eine ganz sorgfältige Vernehmung einer Reihe von Persönlichkeiten, des Kutschers, des Wohnungsvermieters, der Frau Crusius usw. bis schliesslich am 9. Juni der Befund aktenmässig dem Rektor mitgeteilt werden konnte. Es spielte sich alles verhältnismässig schnell ab, und bloss an dem Betrage der aufgelaufenen Unkosten in Höhe von 4 Rthrn. 5 Gr. lässt sich bemessen, dass ein grosser Apparat hatte im Interesse der Wahrheit in Bewegung gesetzt werden müssen.

Der Lohnkutscher Preller erklärte, dass er am Freitag in der Zahlwoche früh 5 Uhr einen Wagen mit 3 Pferden nach Grosskugel habe hineinfahren müssen, in dem 4 Personen gesessen hätten, die er aus der Wohnung des Herrn von Lattorff in der Reichsstrasse abgeholt hätte. Er hatte keinen der Herren persönlich gekannt. Der Zettel, den er vom Postmeister erhalten hatte, habe auf Herrn von Lattorff gelautet. Sein Knecht, der nach einem Herrn von Kühlewein, bei dem er früher in Stellung gewesen, Kühlewein genannt worden wäre, habe gefahren und der Preis für die Kutsche sei auf 2 Rthl. 12 Gr. ausbedungen gewesen. In Schkeuditz unterwegs hätte der

Kutscher den Pferden zu saufen geben müssen. Dort trafen sie bereits 2 Wagen an, deren Insassen seinen Herrn, wie er bemerkt, höflich empfangen hätten, worauf sie alle die Gasse hinuntergegangen. Alle 4 Personen seines Wagens wären hinaus auf eine Wiese spaziert und nach einiger Zeit von dort alle 4 wieder zurückgekehrt. Der Wirt vom Ratskeller, wo er seine Pferde eingestellt habe, hätte ihn später darauf aufmerksam gemacht, dass die Herren sich wohl geschlagen haben müssten, weil sie später bei ihm in der Stube sich wieder versöhnt hätten. Drei seiner Fahrgäste wären dann in das Posthaus Grosskugel gegangen, während der vierte mit ihm nach Leipzig zurückgekehrt sei. In der Stadt hatte der Knecht einen Gulden Trinkgeld erhalten. Am anderen Tage wäre derselbe Fahrgast mit ihm noch einmal nach Grosskugel oder nach Schkeuditz gefahren.

Beim Postmeister war aber für den Sonnabend noch eine Extrapost, dieses Mal bei dem Lohnkutscher Johann Christian Huse, bestellt worden. Huse sagte aus, dass er am Abend des anderen Tages um 8 Uhr vor dem Poststall mit 2 Pferden erschienen sei, zu denen der Postmeister ein drittes gestellt hätte. Auch die Kurier-Chaise hätte der Postmeister gestellt. In den Wagen seien 2 dem Rosslenker unbekannte Männer, beide in blauen Kleidern, der eine in einer roten mit Gold „chammerirten“ Weste, gestiegen, die er nun nach Grosskugel vor das Posthaus gefahren hätte. Dort sei die eine Person, die die rechte Hand mit einem seidenen Schnupftuche verbunden gehabt hätte, mit Extrapost nach Halle weitergefahren, während der andere mit ihm nach Leipzig zurückgekehrt sei. Dieser sei vor dem Halleschen Tore ausgestiegen.

Was Rektor und Magistri zu diesen nicht in allen Einzelheiten nach den Protokollen klarzustellenden Vorgängen getan haben, erhellt aus den Akten nicht. Vielleicht haben sie daraufhin dem Landesherrn einen Bericht erstattet, der sich indes nicht unter den Papieren erhalten hat. Vielleicht griff Seine Majestät auch schon früher ein, ehe sie noch einen Beschluss hatten fassen können, gerührt durch das Gesuch des jungen reuigen Freiherrn, der ja um eine schnelle Erledigung gebeten hatte. Genug, der Kurfürst verzieh gnädigst den so liebenswürdig eingestandenen „Jugend-Fehler“ und liess am 14. Juni 1753 Gnade vor Recht ergehen. Der Kurfürst fand zwar die angeführten Entschuldigungen, trotzdem Tiesenhausen von seinem Gegner zum Zweikampfe provoziert worden war, „keineswegs hinlänglich“, aber „in Betracht derer vor ihm beschenehen angelegentlichen Vorbitten und da das selbigem von glaubwürdigen Personen beygelegte Zeugniß eines sonst jederzeit bewährten ordentlichen und anständigen Wandels ihm wegen sothanen aus übereilender Hitze der Jugend entstandenen Fehlers einigermaassen das Wort redet“



wurde Seine Majestät bewogen, der Bitte Gehör zu schenken. Somit wies der König Rektor und Professoren an, die Untersuchung fallen zu lassen: „begehre demnach ihr wollet weder gegen den Freyherrn von Tiesenhausen noch auch wieder den *corream delicti*, den von Lattorff weiter verfahren, vielmehr die erhobene Untersuchung gänzlich einstellen, die *Acta* beylegen und beyde aller Verantwort- und am Ende zu gewarten gehabter gesetzmässiger Bestrafung wegen ihrer Uebertretung des Mandats wieder die Selbst-Rache völlig ent schlagen“.

So verlief die Angelegenheit für den jungen Livländer recht glimpflich. Und zweifellos wird das Universitätsgericht froh gewesen sein, nicht die Unklarheiten und Widersprüche, die beim Verhör zutage traten, aufhellen zu müssen. Herr von Tiesenhausen scheint es aber mit seinen Reiseabsichten nicht so eilig gehabt zu haben, denn nun erst wurde er im Laufe des Juni immatrikuliert und hat hoffentlich, durch die Erfahrung gewitzigt, nunmehr fleissig seinen Studien obgelegen.

Das oder die Mandate wider die Selbststrache, auf die in der landesherrlichen gnädigen Entscheidung Bezug genommen wird, reichen weit zurück. Sie richten sich gegen die Verwilderung der Sitten, die seit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts einzureissen begann. Es wird kaum im Gebiete des damaligen Kurfürstentums Sachsen schlimmer als anderen Orten gewesen sein. Immerhin lehnte sich der gesunde Sinn der Herrscher, die es für ihre Pflicht hielten, dem Umsichgreifen des drohenden Unwesens vorzubeugen, dagegen früh auf. So werden General-Mandata erlassen „von wegen des Schiessen, Frevel, Mord, Ehebruch, Blutschande, und anderer Unthaten, so von dem ungezogenen Adel und andern frechen Leuten“ ausgingen, die sich auf das ganze Deutsche Reich beziehen, so werden aber auch in den verschiedenen Landesteilen besondere Anordnungen getroffen, dem hässlichen Treiben zu steuern.

Die ältesten Massnahmen, soviel ich sehe, sind aus dem Jahre 1602 und versuchen einige im Markgrafentum Ober-Lausitz eingetretene Unordnungen abzustellen<sup>1)</sup>. Hier wird dem entgegengetreten, dass, falls zwei Adlige miteinander in Hader oder Wortgezänk gerieten, sie selbst in Gegenwart weiblicher Personen ohne weiteres zur Waffe griffen und aufeinander mit gezogenem Degen eindringen. Man drohte den Übertretern, sie „ehrlöss und zum Schelmen zu machen“, auch wohl mit Turm-Gefängnis und anderen vom Königlichen Oberamte in Aussicht zu nehmenden Strafen<sup>2)</sup>. Das erste eigentliche Duellmandat rührt vom Kurfürsten

1) Codex Augusteus III, 134.

2) Cod. Aug. III, 132.

Johann Georg I. her aus dem Jahre 1653<sup>1)</sup>. Es tritt der Auffassung entgegen, dass das „Rauffen“ beim Adel und anderen wehrhaften Personem zum Recht und zur Gewohnheit werde, und erklärt das Duellieren als ausdrücklich im Widerspruch mit dem göttlichen und weltlichen Recht. Es werde dadurch der Obrigkeit vorgegriffen, die jedem Beleidigten Hilfe und Wiederherstellung seiner verletzten Ehre gewährleiste. Ferner aber auch das Leben bedroht, das man „zu Rettung und Dienste des Vaterlandes ehrlicher anzuwenden versparen sollte“. Der Herausgeforderte soll auf dem Kampfplatze zu erscheinen nicht verpflichtet sein und den Übertretern werden Strafen an Leib, Gut und Blut „unnachlässig“ angedroht. Schon drei Monate darnach, am 30. Juni desselben Jahres, wurden diese Vorschriften in einem Mandat wider das „unhöfliche Umbreuthen und üppige Leben“ zum Teil wörtlich wiederholt. Insbesondere wurden alle Obrigkeiten angewiesen auf derartige „Unfläuter, Friedenstörer, Aufwiegler, Zäncker und Tumultuirer“ streng Obacht zu geben und allen Wirten und Gerichtsherren, in deren Bezirken solche Ärgernisse sich abspielten, befohlen, sie anzuzeigen und nicht zu verschweigen<sup>2)</sup>. Hatten die bisherigen Anordnungen sich im Rahmen allgemeiner, gesetzlicher Ordnung anstrebender, Vorschriften bewegt, so wendet sich der Kurfürst Johann Georg III. in zwei Mandaten, vom 19. Juli und 20. September 1665, besonders und ausschliesslich gegen „die Injurien und Duelle“<sup>3)</sup>. Sie bewegen sich in den Geleisen der bisherigen das Duell verdammenden Anschauungen, indes ist doch neu, dass der Anfänger eines Streits, „der überführte Stäncker oder muthwillige und frevelhafte Anfänger und Uhrheber des Streits und Zancks“ ohne Rücksicht auf den Stand, dem er angehört, oder seinen Anhang an Verwandten strengster Strafe gewärtig sein müsse. Noch immer sind die Mandate für die Hofbeamten, Kriegsoffiziere und Soldaten von Adel in erster Linie bestimmt. Eine Verschärfung der Auffassung zeigt sich darin, dass der Duellant so hingestellt wird, als ob er „seiner Seelen Seeligkeit“ in Gefahr bringe, und demjenigen, der das Duell provoziert, „er sei Beleidiger oder Beleidigter“, mit Todesstrafe „ohne einige Chur-Fürstliche Gnade“ gedroht wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass alle diese Mandate dem Duell nicht hinderlich waren. Somit fühlte Johann Georg III. sich schon nach 5 Jahren bewogen, ein wiederholtes Mandat gegen das „unchristliche Injuriren und Duelliren“ am 5. Oktober 1670 zu erlassen<sup>4)</sup>. In ihm ist zum ersten Male der Duellen von

<sup>1)</sup> März 31 Cod. Aug. III, 234.

<sup>2)</sup> Cod. Aug. I, 1546.

<sup>3)</sup> Cod. Aug. I, 1622.

<sup>4)</sup> Cod. Aug. I, 1634.



Bürger-Standes-Personen gedacht, und am Schlusse heisst es, dass es überall bekanntgemacht werden, „auch Militz und Universitäten unverbrüchlich und ohn einige Licentz oder Ansehen derer Personen zu nachdrücklichem Effect gebracht werden“ solle.

Auf den Universitäten hatte man blutige Raufereien und Zweikämpfe bei Beleidigungen und Ehrenkränkungen zeitig gekannt. Regelrechte Duelle sind jedoch erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts üblich geworden. Wahrscheinlich unter dem Eindrucke der Verwahrlosung und des Faustrechts, wie es während der langen Dauer des 30-jährigen Krieges sich geltend machte, als auch in Nachahmung der Gebräuche des Adels und des Militärs. Es musste schon weit in ihrer Anwendung gekommen sein, wenn Ahasverus Fritsch, der gelehrte Jurist am Hofe in Rudolstadt, 1683 dem Kurfürsten von Sachsen eine Denkschrift einzureichen für notwendig hielt, die sich mit Massnahmen gegen die Duelle befasste<sup>1)</sup>. Ein Zusammenhang wird möglicherweise bestehen mit den landsmannschaftlichen Verbindungen, den sogen. Nationen, die im 17. Jahrhundert entstanden, aber mit dem Ausgange desselben wieder verschwanden. Vermutlich haben diese als Hüterinnen und Bewahrerinnen der Freiheit gerade auf die Pflege des Ehrgefühls grosses Gewicht gelegt und es ihren Mitgliedern zur Pflicht gemacht, sich gegen Angriffe auf dasselbe zu wehren.

Wurde der rauflustigen Jugend das Duell verboten, so wurde dadurch zum Teil ein noch üblerer Gebrauch eingebürgert. Glaubte nämlich jemand beleidigt zu sein, so lauerte er dem Gegner auf der Strasse auf oder überfiel ihn in seiner Wohnung und prügelte ihn durch, soweit ihm Kräfte zur Verfügung standen. Gegen dieses Unwesen wendet sich das Duellmandat Johann Georgs II. vom 3. März 1677<sup>2)</sup>. Das „Bastioniren und Prügeln“ wurde ernsthaft untersagt und gleichzeitig die früheren Duellverbote neuerdings eingeschränkt.

Hierin trat vorübergehend eine Milderung zutage. Eine Resolution Friedrich Augusts vom 23. April 1700 sah vor, dass diejenigen, die sich in Duelle eingelassen, sofern nur kein Todesfall dabei zu beklagen war, „gänzlich perdoniret“ sein sollten<sup>3)</sup>. Dann aber kam das umfangreiche Mandat vom 15. April 1706, das in 53 langatmigen Paragraphen gegen die „Selbst-Rache, Friedens-Störungen und Duelle“ loszog<sup>4)</sup> und am 2. Juli 1712, erneuert und geschärft, anderweit eröffnet wurde<sup>5)</sup>. In ihnen sind neben den früher genannten Personen jetzt auch „Fremde,

1) W. Bruchmüller a. a. O. S. 72—73.

2) Cod. Aug. I, 1654.

3) Cod. Aug. I, 1171.

4) Cod. Aug. I 1733—44.

5) Cod. Aug. I, 1786.

Durchreisende, Studiosi und andere, wes Standes und Würden sie sind“ erwähnt. Das Übel hatte demnach immer weiter um sich gegriffen und sollte mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. War eigene Rache somit fortan verboten, so musste dafür gesorgt werden, dass anderweitige Satisfaktion nicht ausblieb. Infolgedessen wurden auf den Universitäten die Obergerichte angewiesen, duellierende Studiosi dem Rectori und Concilio anzuzeigen, die dann durch die verordneten Richter, an die die Angelegenheit unverzüglich weiterzugeben war, den Beleidigten die nötige Genugthuung zu beschaffen hatten (§ 18). Für ein wirklich stattgefundenes Duell sollten Adelige und ihnen Gleichstehende zu 12-jährigem Gefängnis sowie dem Verlust der Hälfte ihrer Einkünfte, andere gar zum 12-jährigen Festungsbau verurteilt werden (§ 28). War der Ausgang ein tödlicher gewesen, so drohte dem Gefallenen ein schimpfliches Begräbnis und dem Täter die Hinrichtung mit dem Schwert (§ 30, 31), imfalle er adlig war. Duellanten von geringerer Kondition wurde zuerst die rechte Hand abgehauen, woran sich der Galgen schloss. Alle Sekundanten, Kartellträger auf den Universitäten, die Fecht- und Exerzitienmeister hatten dasselbe Schicksal zu gewärtigen wie die Anstifter eines Duells (§ 38). Milderungen der Strafe waren nur für diejenigen zugelassen, die „ex motu proprio und bey der Hitze“ sich gebalgt hatten oder gar mit Pistolen oder Degen aneinandergeraten waren (§ 43). Für Studenten, die sich duelliert hatten, galt die besondere Bestimmung, dass sie der Kriminalgerichtsbarkeit verfielen, wenn sie untereinander Streitigkeiten auszumachen gehabt hatten. Bei Affären der Studenten mit Soldaten stand dem auf Kommando am Orte stehenden Offizier die Verfolgung und Rechtsprechung zu. Bei Differenzen der Studenten mit Bürgern hatten die Obergerichte des Orts zu urteilen, wo die Delinquenten ergriffen worden waren (§ 49 p. 5).

Den Studenten sollten überdies bei der Immatrikulation und Ablegung des Eides die betreffenden Vorschriften bekanntgegeben und sie ermahnt werden, sich vor Schimpf und Schaden und vor schweren Strafen zu hüten (§ 52). In der späteren Verordnung vom 2. Juli 1712 sollte für Studenten „in Ansehung ihrer Jugend“ die Gefängnisstrafe, „ausser was das würckliche Duelliren und die deme gleich geschätzte Rencontres betrifft“, nur zur Hälfte in Anwendung kommen. Jedenfalls, wie dehnbar die Ausführung der Vorschriften sein mochte, stand für Studenten, die sich beim Duell ertappen liessen, sehr viel auf dem Spiele. Man muss billig erstaunt sein, dass soviele sich alljährlich im jugendlichen Übermut über alle Verbote hinwegsetzten, als anderseits begreiflich wird, dass der Baron von Tiesenhausen sofort, nachdem er das Unglück gehabt hatte, angezeigt worden zu sein, alle Schritte tat, um das ihm drohende Verhängnis abzuwenden.



### Ungern und Engelhardt gegen Jannau.

Haben wir in den erzählten Fällen Balten in Reibungen mit Reichsdeutschen, so blieben leider unfreundliche Begegnungen zwischen den baltischen Landsleuten selbst untereinander nicht aus. Billig hätte man wohl erwarten sollen, dass das landsmannschaftliche Gefühl in der Fremde stärker entwickelt gewesen wäre. Von einem solchen Falle aus dem Jahre 1766 berichten die Universitätsakten.

Christoph Renatus Baron von Ungern-Sternberg und Georg Wilhelm von Engelhardt, beide aus Livland, wurden am 8. September 1764 unter dem Rektorate des Professors der Anatomie und Chirurgie Johann Christoph Pohl<sup>1)</sup> immatrikuliert. Ihnen folgte am 22. August 1765 unter dem Rektorate des Professors der Philosophie Karl Günther Ludovici<sup>2)</sup> Christian Jannau aus Riga und am 23. Juni 1766 unter dem Rektorate des Historikers Karl Andreas Bel<sup>3)</sup>. Otto Reinhold Ludwig Baron von Ungern, ein Bruder des Vorgenannten. Sie waren im Sommersemester 1766 in ärgerliche Händel verwickelt.

Am 12. Juni 1766 wurde dem damaligen Rektor, Professor Bel, mitgeteilt, dass in der Frühe des Tages zwischen einigen Kavalieren auf dem Paulinerhofe „Uneinigkeiten“ ausgebrochen seien, die bis zur Schlägerei mit dem Stocke ausarteten. Seine Magnifizenz ordnete sogleich an, nähere Erkundigungen einzuziehen, und dem dienstbeflissenen Pedell gelang es, noch an demselben Tage einen Zeugen in dem stud. jur. Johann Friedrich Traugott Langner, sowie die Studenten Baron Ungern, von Engelhardt und Jannau als die streitenden Kavaliers ausfindig zu machen.

Der Zeuge des Vorgangs, Langner, konnte nicht mehr aussagen, als dass er früh, im Begriff ins Kolleg zu gehen, den Baron Ungern nebst einem anderen ihm unbekannten Kavalier gesehen habe, wie sie beide „mit der grösten Heftigkeit mit einem in Händen gehaltenen Stocke“ auf einen ihm ebenfalls unbekannten Kommilitonen losgeschlagen hätten. Der Beleidigte habe sich endlich losgerissen, im Zorn einen Stein aufgehoben und diesen nach dem Baron Ungern geworfen, ihn jedoch nicht getroffen. Vielmehr sei der Stein ihm, dem Zeugen, ans Bein geflogen, was ihm einige Schmerzen verursacht hätte.

Bei dem Verhör am anderen Tage stellte sich folgendes

<sup>1)</sup> Joh. Christoph Pohl von Lobedau war 3 mal Rektor, zum ersten Male im W.-S. 1764.

<sup>2)</sup> Karl Günther Ludovici von Leipzig, war im W.-S. 1765 Rektor.

<sup>3)</sup> K. A. Bel, 1717—82, war 5 mal Rektor, zum ersten Male im S.-S. 1766, seit 1756 ordentlicher Professor der Dichtkunst. A. D. B. 2. S. 303.

heraus. Jannau war am vorigen Donnerstag mit noch einigen Herren vom Adel bei Professor Burscher<sup>1)</sup> im Kolleg gewesen. Als sie im Hausflur auf den Beginn der Vorlesung warteten, hatte sich der jüngere Ungern ihnen zugesellt und auf einmal ausgerufen: „Jannau hat Brandwein gesoffen“. Oben im Hörsaal hätte er diese Beschimpfung wiederholt, so laut, dass alle Anwesenden es hören konnten. Ja er hatte sogar noch hinzugefügt: „Jannau trägt die Brandwein-Bulle bey sich“. Selbstverständlich verbat sich Jannau diese Beleidigungen und erklärte den Baron Ungern, falls er diese Worte „im Ernst“ geredet hätte, für einen dummen Jungen.

Der Beginn des Kollegs hatte die Fortsetzung des Streits beendet. Aber man kann sich ungefähr vorstellen, mit welcher Aufmerksamkeit die beiden Landsleute den Ausführungen des verehrten Professors gefolgt sein werden.

Nach der Vorlesung hatte Baron Ungern den Streit von neuem aufgenommen und den Jannau gefragt, ob er die Beleidigung des dummen Jungen im Ernst oder im Spass gemeint hätte. Dieser hatte darauf, nach heutiger Anschauung vollkommen korrekt, geantwortet: „Wenn Du die Beschuldigung mit dem Brandwein im Ernst gegen mich geschleudert hast, habe ich auch im Ernste entgegnet“. Der ältere Ungern, der diese Antwort hörte, rief dem Bruder zu: „Bruder, hau zu!“; aber da Jannau sich wehrte und mit dem Gebrauch des Stocks drohte, liessen beide Brüder von ihm ab und begaben sich nach Hause. Die Sticheleien hatten jedoch damit keineswegs aufgehört. Auf dem Fechtboden waren die Herren am 11. Juni von neuem aneinandergeraten und Baron Ungern hatte verlangt, dass Jannau abbitten sollte. Dieser hatte das begreiflich verweigert. Der ältere Ungern hatte sich abermals in den Streit gemischt, war dem Jannau mit der Hand unter der Nase herumgefahren und hatte gedroht, ihn so schlagen zu wollen, dass ihn der Teufel holen solle. Der jüngere Bruder, wohl ruhigeren Gemüts, vielleicht dessen eingedenk, dass er durch seine unpassende Beschuldigung den Streit begonnen hatte, hatte den Bruder gebeten, sich nicht in die Angelegenheit zu mischen. Er werde es mit Jannau schon ausmachen.

Gestern früh hatten nun die beiden Ungern, hartnäckig wie sie waren, sich von neuem an Jannau reiben wollen und den ihm im Kolleg angewiesenen Stuhl besetzt. Jannau war so besonnen gewesen, dem drohenden Konflikt aus dem Wege zu gehen, und hatte sich einen anderen Sitz gewählt. Nichtsdestoweniger war nach beendigtem Kolleg der jüngere Ungern wieder

<sup>1)</sup> J. Fr. Burscher von Kamenz, 1732–1805, war 7 mal Rektor, zum ersten Male im W.-S. 1776, seit 1767 ordentlicher Professor der Theologie. A. D. B. 3 S. 630.



an Jannau herangetreten und hatte ihn gefragt, wie er seine vorgestrigen Redensarten gemeint habe. Und dieser hatte wieder geantwortet, er verstehe sie so, wie sein Gegner die seinigen. Hierauf wollte Ungern den Jannau ohrfeigen, traf ihn jedoch nur auf die Brust, während Jannau sich mit seinem Stock zur Wehr setzte, der freilich beim ersten Hieb zerbrach. Der ältere Ungern rief dem anwesenden Kommilitonen Engelhardt zu: „Halt ihn“, worauf dieser sich jedoch nicht einliess, sondern mit Jannau sich entfernte.

Jannau hatte nun Engelhardt gegenüber sein Herz ausgeschüttet und in „gerechtem Zorne“ sich dahin geäussert, „das wäre eine schlechte Aufführung, mit der sie ihrer ganzen Landsmannschaft Schande machten“. Er hatte damit das Benehmen der beiden Ungerns gemeint, Studiosus von Engelhardt sich aber durch diese Bemerkung ebenfalls beleidigt gefühlt und, obwohl Jannau sofort erklärte, dass er ihn garnicht gemeint habe, ihm dennoch eine Ohrfeige gegeben. Während die beiden jetzt darüber in einen Wortwechsel gerieten, hatte der ältere Ungern sich genähert und dem Jannau derart mit dem Stock über den Kopf gehauen, dass dieser niedergesunken wäre, wenn der Kommilitone von Olderogge ihn nicht gehalten hätte. Beide Ungern hatten dann die Schwäche des Gegners benutzt und ihn mit ihren Stöcken bearbeitet, bis er endlich von ihnen freikam und mit einem Stein nach ihnen werfen konnte. Das war die Szene, bei der Studiosus Langner der unschuldig Leidende geworden war, indem der geworfene Stein sein Ziel verfehlt und ihn getroffen hatte.

Die „in loco concilii“ verhörten Studenten leugneten den Tatbestand nicht. Für die Roheiten, die sie sich hatten zuschulden kommen lassen, fanden weder sie selbst noch das Universitätsgericht einen angemessenen Ausdruck. Bloss aus dem Urteil kann man entnehmen, auf wessen Seite sich der Rektor gestellt hat. Immerhin berührt es seltsam, dass Jannau, nach den übereinstimmenden Aussagen aller der Angegriffene, ebenfalls zu einer Strafe verurteilt wurde. Er wurde zu 10 Rthr., Herr Baron Christian Renatus Ungern und Herr von Engelhardt zu je 15 Rthr. verurteilt. Die Gerichtskosten wurden pro rata unter die kämpfenden Landsleute verteilt.

Der jüngere Ungern, der durch seine Anschuldigung den ganzen Streit hervorgerufen hatte, ging merkwürdigerweise straf-frei aus. Das ist dem Universitätsgericht nachher auch zum Bewusstsein gekommen und er wurde daher eine Woche später ebenfalls vor das Gericht geladen. Diese Verspätung hängt wohl damit zusammen, dass der jüngere Ungern nach Ausweis der Matrikel zur Zeit, als der Konflikt sich abspielte, noch gar nicht Student war. Er wurde erst am 23. Juni 1766 immatri-

kuliert, dann aber auch sofort der wohlverdienten Strafe unterworfen. Er gab alle Injurien und Tätlichkeiten gegen Jannau zu und wurde zu 20 Rthl. verurteilt, zugleich zur Deckung der durch ihn veranlassten Kosten. In der Höhe dieser Geldstrafe liegt wohl die Bestätigung, dass sein Vorwurf gegen Jannau, geschnapst zu haben, völlig aus der Luft gegriffen war. Wie er es aber fertiggebracht hat, einige Zeit, bevor er immatrikuliert wurde, schon Vorlesungen zu hören, bleibt sein Geheimnis.

## 6.

**In Schulden verstrickte baltische Studenten.**

Waren ihrer 5 lustige Brüder, je 2 von ihnen aus Kurland und Livland, 1 aus Reval gebürtig, die in Halle studierten und über ihre Mittel in Saus und Braus lebten. Sie hiessen Ferd. Johann Bilterling, Gustav Heinrich Kellner, Theophil Schmidt, Peter Friedrich Rydenius und Karl Ernst Pusin (Pussin). In Verlegenheit, wie sie ihr ungezwungenes Leben weiterführen sollten, kamen sie auf den Gedanken, sich nach Leipzig zu begeben und dort die sogen. Studien fortzusetzen. Rydenius, Pusin und Bilterling führten diesen Plan aus und wurden am 11. August 1767 unter dem Rektorate des Philosophen Christian August Crusius immatrikuliert<sup>1)</sup>. Kellner und Schmidt wurden auf Antrag des Stadtgerichts Halle bei ihrer Ankunft in Leipzig arretiert, weil sie nicht Studenten waren. Da sie indessen dagegen protestierten, wurden sie der Universität ausgeliefert, konnten jedoch infolge dieser Verzögerung erst am 24. Dezember desselben Jahres in die Universitätsmatrikel eingeschrieben werden.

Hatten die jungen Herren leichtsinnig gelebt und Schulden gemacht, so begreift man, dass ihre Gläubiger in Halle ihnen nicht mit leeren Händen nachzusehen wünschten, sondern ihrer habhaft zu werden bemüht waren. Die Universität Halle wandte sich somit an Bürgermeister und Rat in Leipzig, an Rektor und Professoren daselbst und an die kurfürstliche Regierung in Dresden mit dem Ersuchen, die Rückkehr der Herren nach Halle verordnen zu wollen. Das in den Akten enthaltene Schreiben Halles an Leipzig vom 13. August 1767 bemerkt fälschlich, dass Rydenius, Bilterling und Pusin entwichen wären, um sich nach ihrer entfernten Heimat zu begeben und ihren Kreditoren das Nachsehen zu lassen. Es hatten aber die Genannten sich zwei Tage vorher bereits in Leipzig immatrikulieren lassen, beabsichtigten mithin jedenfalls, einige Zeit in Leipzig zu verweilen.

<sup>1)</sup> Crusius, 1715–1775, war seit 1744 ausserordentlicher Professor der Philosophie, seit 1750 ordentlicher Professor der Theologie.



Halle wünschte sie jedoch zurückzubekommen und hatte seinen Pedellen Karl Daniel Aster nach Leipzig geschickt, um die Flüchtlinge einzufangen. In der Voraussetzung, dass diese gutwillig nicht zurückkehren, sondern ihrer Arretierung Widerstand entgegensetzen würden, bat Halle, seinem Pedellen nötigenfalls gegen Erstattung der Gebühren einige Hilfsmannschaft zur Verfügung stellen zu wollen. Das Oberkonsistorium in Dresden, dem die Aufsicht über die Hochschule in Leipzig zustand, augenscheinlich von dem Wunsche beseelt, das gute nachbarliche Vernehmen mit Halle nicht gestört zu sehen, wies die Universität Leipzig an, über das Vorkommnis zu berichten<sup>1)</sup>. Wenige Tage darauf gelangte das gleiche Ansinnen an Rektor und Professoren in Leipzig auch vom Geheimen Rat in Dresden<sup>2)</sup>, so dass Halle sich an diesen ebenfalls gewandt haben muss und damit der Angelegenheit wohl eine über das Ziel hinausschiessende Wichtigkeit beigelegt zu haben scheint.

Bereits am 9. September 1767 berichtet das Leipziger Rektorat an das Oberkonsistorium und am 21. desselben Monats noch einmal in ähnlicher Weise an den Geheimen Rat, nachdem es von diesem noch einmal zur Einreichung des Berichts aufgefordert worden war. Der Rektor behauptete, erst am 20. September die erste Aufforderung des Geheimen Rats vom 9. September 1767 erhalten zu haben.

Höchst diplomatisch sucht nun der Rektor dem Ansinnen, die leichtsinnigen jungen Herren nach Halle wieder ausliefern zu sollen, auszuweichen. Er behauptet, die Wohnungen der Studenten Rydenius, Bilterling und Pusin nicht zu kennen. Erst zu Michaelis würden sie nach den in Leipzig üblichen Gepflogenheiten zu einer „bequemen Miethe“ gelangen können und müssten sich bis dahin durch Unterkunft bei Freunden behelfen. Sie nun „solchergestalt in fremden Stuben auf etwas ungewisses aufsuchen zu lassen“ würde „vielerlei“ Unruhe erwecken und „der Vorsichtigkeit gar nicht gemäs seyn“. Weiter unterschied er zwischen Verbrechen und gemeinen Schuldsachen. So wünschenswert im ersteren Falle eine Auslieferung wäre, so wenig begründet wäre sie im letzteren Falle. Den gegenwärtig in Leipzig immatrikulierten Studenten könne nicht mehr nachgesagt werden, als dass sie sich „nachhero, als sie von Halle weg gewesen, als Schuldner gemeldet hätten“. Vorher waren die Ansprüche mithin beim Gerichte nicht anhängig gemacht. Ob der Leipziger Rektor den Schuldnern daraus einen Vorwurf machen wollte, dass sie erst nach der Abreise aus Halle ihre Schulden bekannt hatten, steht dahin. Jedenfalls schloss er

<sup>1)</sup> 2. September 1767.

<sup>2)</sup> 7. September 1767.

seinen Bericht mit dem Hinweis darauf, dass die Gläubiger in Halle, als sie den Studenten geborgt hatten, hätten wissen müssen, mit wem sie es zu tun bekamen, und darnach sich besser vorsehen sollen.

Mehr vertraulichen Charakter trug die Auseinandersetzung, die der Rektor seinem offiziellen Berichte hinzufügte. Hier wies er nämlich darauf hin, dass neuerdings sehr viele Ausländer die Universität Halle verlassen und einige von ihnen sich nach Leipzig gewandt hätten. Um zu verhüten, dass dieser Abgang weiteren Umfang gewinne, sei man in Halle darauf bedacht, die Abgezogenen „durch Hülfe anderer Obrigkeiten gefänglich zurückzufordern“. Dadurch entstehe „ein Schrecken“, indem „Niemand sich sicher zu unserer Akademie zu wenden getrauen solle“. Die wahre Absicht der Hallenser sei also, festzuhalten diejenigen, die einmal anwesend wären. Einem Studenten, der mit Schulden behaftet seine Universität verliesse, könne man unmöglich einen Steckbrief nachsenden wollen. Dann würde die Lust zum Studium allen Studenten vergehen, denn, bemerkte der einsichtsvolle Leiter der Universität Leipzig: „es fällt sehr selten vor, dass ein Student frey von allen Schulden von der Akademie abgehet“<sup>1)</sup>.

Unter solchen Umständen schien es für Leipzig „sehr betrübt und gefährlich, wenn es Halle gelingen sollte die anhero sich wendenden Studiosi unter dem Vorwand, dass sie in Halle einem oder den anderen was schuldig geblieben, so schlechterdings zu reclamiren, allhier zur Haft bringen und gefehrlich nach Halle zurückholen zu lassen“. Das einzige, was geschehen könnte, wäre, dass die Hallenser Gläubiger sich mit ihren Forderungen nach Leipzig wenden würden. Dann würde das Universitätsgericht sich alle Mühe geben, ihnen „promptest“ zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Der Bericht an den Geheimen Rat in Dresden fiel in dem gleichen Sinne aus. Nur wurde in ihm noch stärker betont, dass es hässlich gewesen wäre, die beiden Studenten, die noch nicht hatten immatrikuliert werden können, nämlich Schmidt und Kellner, durch Hallische Gerichtsknechte aufgehoben zu sehen. „Was dann auf diese Art unter den allhier in so zahlreicher Menge Studirenden für üble Folgen entstehen könnten, ist theils zu vermuthen, theils nicht gnugsam zu verhüten.“

Bei dieser Sachlage bat die Universität den Kurfürsten, „den augenscheinlichen Nachtheil hiesiger Akademie Landesväterlich abzuwenden und daher die Supplicanten gnädigst zu bescheiden, dass sie diejenigen Gläubiger, die an jene Studiosi als unsere

<sup>1)</sup> Rektor war im W.-S. 1767 der Theologie-Professor Christian August Crusius von Leuna bei Merseburg. 1715 75 A. D. B. 4 S. 630.



wirkliche cives einen gegründeten Anspruch zu haben vermeinen, an uns, die wir ihnen bereiteste Justiz leisten wollen, verweisen möchten“. Das Oberkonsistorium und der Geheime Rat in Dresden verfehlten nicht, sich der einfachen, aber wirkungsvollen Beweisführung des Leipziger Rektors anzuschließen. Das Rektorat wurde angewiesen, der Universität Halle in dem Sinne des Berichts zu antworten. Unter dem 8. Dezember 1767 ist dann dieses Schreiben an Halle ergangen.

Man teilte mit, dass Se. Kgl. Hoheit der Administrator von Kursachsen entschieden hätte, „dass ernannte Studiosi wegen blosser an sie formierter Schuldforderungen, derenthalben sie zu Halle nicht dingspflichtig worden, da sie als Flüchtige nicht anzusehen, auch gegenwärtig alhier zu Leipzig unter hiesige Studierende inscribiret wären, nunmehr keinesweges zur Haft gebracht, weniger an die Universität Halle extradiret werden sollten“. Um diese bittere Pille zu versüssen, fügte jedoch die Antwort hinzu, dass, wenn auch die Inhaftierung und Auslieferung der drei Studiosorum bedenklich falle, „jedoch deren Creditoribus, soferne sie sich an uns, als ihrer Schuldner jetziges Forum academicum wendeten, mit der gebührenden Rechtshülfe nicht entstanden werden, gestalt wir denn solchenfalls denen sich anmeldenden Klägern jedesmahl prompte Justiz hierunter administriren sollten“.

Nicht so gut schnitten die beiden Livländer Kellner und Schmidt ab, die nicht gleich nach ihrer Ankunft hatten immatrikuliert werden können. Über sie verfügte ein kurfürstliches Reskript vom 11. Dezember 1767 an das Leipziger Stadtgericht, dass sie, sofern sie „nicht unmittelbar Renunciation derer an sie gemachten Ansprüche beygebracht, als Fugitive ausgeliefert“ werden sollten. Es wird aber vermutlich zu dieser strengen Massregelung nicht gekommen sein, oder wenn sie erfolgte, so wussten die jungen Herren sich nunmehr den erforderlichen Kredit, um ihre hartherzigen Halleschen Gläubiger zu befriedigen, bald zu verschaffen. Denn sie sind noch, wie erwähnt, am 24. Dezember desselben Jahres unter die akademischen Bürger Leipzigs aufgenommen worden.

Die für die Behandlung der Angelegenheit der Studenten Bilterling, Pusin und Rydenius entstandenen Kosten beliefen sich auf 7 Rtlr. 17 Gr. Der genauen Nachweisung, worin sie bestanden, ist die Bemerkung hinzugefügt: „sind bezahlt“. Was aus den leichtsinnigen Schuldenmachern zu Hause geworden ist, hat sich nicht mehr ermitteln lassen. In Leipzig haben sie ihre Studien durch wissenschaftliche Prüfungen nicht abgeschlossen. Sonst wäre das in der Matrikel in üblicher Weise eingetragen worden. Auch erhellt nicht, wie lange sie sich in Leipzig des Genusses der akademischen Freiheit erfreut haben.

### Eine Herausforderung zum Duell im Jahre 1768.

Peter Gotthard von Helmersen, in den Gerichtsakten als Peter Otto von Helmersen bezeichnet, eques Livonus, wurde am 26. September 1768 immatrikuliert. Rektor war damals Christian Gottlieb Ludwig, als Therapeut und Botaniker bekannt (A. D. B. 19, 600), der bereits zum vierten Male in diese Vertrauensstellung aufgerückt war. Ein Student Jean de Dolfus, eques Polonus, erscheint im September 1766 in die Matrikel eingetragen. Er wie sein Bruder François, der jedoch in den Akten nicht namentlich genannt ist, waren einem gewissen Michael Huber „zur Aufsicht übergeben“. Dieser Huber war die Ursache, dass eine Herausforderung zum Duell vor dem Universitätsgericht zur Sprache kam. Er erschien am 22. Februar 1771 in der „Versetz-Stube des concilii“ und berichtete folgendes.

Der jüngere Herr von Tollfuss — so schreiben die Protokolle den Namen, nach der Matrikel muss es der dort François genannte gewesen sein — habe am vorigen Freitag, d. h. dem 15. Februar, sich auf dem Eise vor dem Ranstädter Tor in der Funkenburg vergnügt. Auch Herr von Helmersen war dort mit dem gleichen Sport beschäftigt, in dessen Ausübung er angeblich von dem Kommilitonen Tollfuss gestossen wurde. Darauf belegte er diesen „mit vielen anzüglichen Reden“, die jener indes stillschweigend über sich ergehen liess, weil er überzeugt war, den Herrn von Helmersen nicht berührt zu haben. Helmersen hatte sich jedoch dabei nicht beruhigt, seinem Herzen Luft gemacht zu haben, sondern 8 Tage später, eben am 22. Februar, als Huber mit seinen jungen Gästen bei Tisch sass, liess er durch seinen Bedienten dem Herrn von Tollfuss sagen, „er solle sich sofort bey ihm einfinden und sich auf den Degen mit ihm schlagen“. Tollfuss hatte indes sich in seinem Mahle nicht stören lassen und war der Herausforderung nicht gefolgt. Nach einer Stunde, etwa um 2 Uhr, schickte jedoch Herr von Helmersen seinen Bedienten aufs neue mit dem gleichen etwas sonderbaren Auftrag. Huber fing diesen Boten ab und wurde von ihm gefragt, warum die Herren von Tollfuss nicht erschienen wären. Er hatte geantwortet, dass die Herren auch nicht kommen würden, und war flugs auf die Universität gerannt, um seine Schutzbefohlenen vor den ungestümen Angriffen des Herrn von Helmersen bewahren zu lassen.

Bei dem nun stattfindenden Verhör stimmten die beiderseitigen Aussagen nicht völlig überein. Tollfuss, einmal als Studiosus der Architektur, das andere Mal als Studiosus der Mathematik bezeichnet, behauptete, auf dem Eise mit einem un-



bekannten Herrn zusammengestossen zu sein, sich bei diesem sogleich entschuldigt zu haben, womit die Angelegenheit nach seiner Ansicht beendet gewesen wäre. Herr von Helmersen sei darauf auf ihn zugetreten und hätte ihm gedroht, dass, wenn er ihn stossen würde, er Mauschellen zu gewärtigen hätte. Tollfuss habe mit der Androhung von Nasenstübern reagiert. Versehentlich sei er dann später in der Tat, als er zwei Herren in einem Stosschlitten gefahren, über den er nicht habe hinwegsehen können, mit von Helmersen zusammengestossen. Helmersen hätte ihn dann als Schurken, Narren usw. hingestellt, wäre aber schliesslich seines Weges gegangen. Die Behauptung, dass Helmersen ihn mit einem Stocke bedroht hätte, musste er später zurücknehmen, weil sich herausstellte, dass Helmersen überhaupt keinen Stock bei sich gehabt hatte.

Einige Tage darnach sei ihm Herr von Helmersen auf der Strasse begegnet und habe mit ihm freundschaftlich umgehen wollen. Tollfuss hatte diesen Ton jedoch abgelehnt, woraufhin ihm sein Gegner bemerkt hätte: „wenn er nicht freundschaftlich mit ihm umgehen wolle, so solle er nur zu ihm schicken, er wäre immer zu Hause und parat“.

Wieder einige Tage später sei er mit dem auf der Strasse ihm abermals entgegenkommenden Helmersen in eine Unterhaltung geraten und hätte dabei ausgesprochen, dass, wenn Helmersen ihn künftig nicht mehr insultieren würde, er die früheren Beleidigungen vergessen wolle. Helmersen hätte ihn dazu mit den Worten beruhigt: er schüge sich nicht mit ihm, er sei ihm noch zu jung. Das habe ihn dann gekränkt und er daher dem Gegner geantwortet: so jung er wäre, so fürchte er sich doch nicht, wozu Helmersen bemerkte, dann solle er nur gleich zu ihm auf die Stube kommen.

Das habe er nicht gekonnt, weil der Degen, den er sich bestellt hatte, noch nicht fertig war. Als er nun diesen erhalten und sich bei Helmersen eingestellt, wäre dieser nicht zu Hause gewesen. Infolgedessen wäre der Bediente nach der Rückkehr seines Herrn bei ihm aufgetreten und hätte gemeldet, dass sein Herr um 1 Uhr zu Hause ihn erwarte. Er habe dann dem Bedienten gesagt, dass er zur angegebenen Stunde erscheinen wolle, aber Herr Huber und Studiosus von Mirbach<sup>1)</sup> hätten es nicht gelitten.

Demgegenüber sagte Herr von Helmersen aus, dass derjenige, den Tollfuss auf dem Eise gestossen hätte, auf ihn gefallen wäre. Deswegen habe er zu ihm bemerkt, wenn er mit ihm zusammenstiesse, so habe er Ohrfeigen zu gewärtigen. Er gab

<sup>1)</sup> Wahrscheinlich der 1768 immatrikulierte Kurländer Eberhard Christoph von Mirbach.

nicht zu, Tollfuss geschimpft zu haben, sondern wollte ihm nur gesagt haben in der Voraussetzung, dass Tollfuss absichtlich den unbekannten Kommilitonen angerempelt habe: das sei ein dummer Jungenstreich. Den Studiosus Tollfuss mit einem Stocke bedroht zu haben, stellte er ebenfalls in Abrede. Sein Stock habe sich nicht in seiner Hand befunden, sondern auf einem Stuhle gelegen. Von dort habe er ihn alsbald nach der Begegnung genommen und sei fortgegangen. Endlich bemerkte er, dass er mit Tollfuss, weil er noch zu jung sei, sich nicht habe schlagen wollen. Er habe ihn nur auf seine Stube geladen, um die Händel mit ihm in Güte zu erledigen. Bei dieser Erklärung blieb er. „Es sei nicht an dem, dass er ihn zum Schlagen ausgefordert oder durch seinen Bedienten ausfordern lassen.“

Das Gericht legte dieser Aussage wohl kein grosses Gewicht bei. Es war am Ende bei den strengen Strafen der Zeit gegen Duelle naheliegend, dass die Angeklagten sich durch Flunkerei zu schützen bemühten. Das Gericht hat auch weiter nicht sich bemüht, die Wahrheit festzustellen, sondern beide verurteilt. Tollfuss erhielt 3 Wochen Karzer oder 15 Rtlr., Helmersen 2 Wochen Karzer oder 10 Rtlr. „ihrer gegeneinander verübten und eingeräumten Begünstigung halber“. Es stand somit auf dem Boden, dass die Hauptschuld an dem Streit in der Ungeschicklichkeit des Polen gelegen hatte. Die aufgelaufenen Gerichtskosten in Höhe von 4 Rtlrn. 18 Gr. wurden jedem der Beiden zur Hälfte aufgebürdet.

## 8.

### Das Duell Landsberg gegen Berndt vor hundert Jahren.

Eines schönen Tages stiessen im Jahre 1822 auf der Strasse der stud. jur. Christian Gustav Berndt aus Leipzig und der stud. jur. Heinrich von Landsberg aus Mitau aufeinander. Landsberg schalt den Ungeschickten einen dummen Jungen und dieser forderte.

Daraufhin fand am 21. Juni in der Wohnung des Herrn Grafen Friedrich Levin von Schulenburg ein Duell statt, bei dem auf Berndts Seite der stud. theol. Christian Gottlieb Glock, auf Landsbergs Seite Ernst von Drachenfels aus Kurland sekundierte. Berndt wurde am Kinn, indes nur leicht verwundet. Die Wunde heilte bald, aber eine verrätherische Narbe blieb, die den Zweikampf an die Öffentlichkeit brachte.

Pflichtschuldigt musste der Rektor, nachdem die Anzeige des Duells bei ihm eingelaufen war, die Übeltäter vor sein Forum laden lassen und steckte sie, da alle Beteiligten offen ihre Schuld in einem peinlichen Verhör am 8. und 9. Juli eingestanden, bis zur Entscheidung ins Karzer. Nur des Grafen von Schulenburg vermochte man nicht habhaft zu werden, da er zurzeit noch nicht



Student geworden war, mithin der akademischen Botmässigkeit nicht unterstand. Zeugen des Zweikampfes waren nach der übereinstimmenden Aussage aller Beteiligten nicht anwesend gewesen.

Das am 13. Juli gefällte Urteil fiel sehr streng aus. Berndt wurde als Provokant mit 4-monatlicher Karzerstrafe erster Gattung, Landsberg als Provozierter mit 3 Monaten der gleichen Strafe bedacht, beide ausserdem relegiert laut § 149 der akademischen Gesetze. Die beiden Sekundanten Drachenfels und Glock erhielten laut § 167 der akademischen Gesetze je 3 Monate Karzer zweiter Gattung diktiert. Ausserdem wurde über sie die Relegation auf 3 Jahre verhängt. Sämtliche Schuldigen wurden dazu verurteilt, die entstandenen Gerichtskosten zu tragen.

Alle vier riefen sofort die Gnade des Königs an. Auch der Vater des stud. jur. Berndt, der Schuhmachermeister Chritian Immanuel Leberecht Berndt, reichte Sr. Majestät eine Bittschrift in Sachen seines Sohnes ein. Gütig genug empfahlen Rektor und Professoren die jugendlichen Gesetzesverächter der königlichen Begnadigung. Man hob hervor, dass sämtliche „Interesenten ihre Schuld aufrichtig eingestanden hätten und dass bisher Duelle der Studierenden untereinander „äusserst glimpfflich“ bestraft worden seien. Seit dem Universitätsgericht die Ahndung derartiger Zweikämpfe übertragen worden war, sei dieser Fall der erste und es empfehle sich daher, nicht zu streng vorzugehen. Der Rektor selbst schlug daher vor, für alle vier die beantragte Relegation in das consilium abeundi umzuwandeln und die Karzerstrafe herabzusetzen, um wieviel, wurde der königlichen Gnade anheimgestellt. Von den Kurländern wurde bemerkt, dass sie „vielleicht weniger die Relegation als die lange Karzerstrafe scheuten“.

Es war wohl die Schuld dieser letzteren Wendung, dass der königliche Gnadenbeweis ungleich ausfiel. Für die beiden Ausländer vermochte Se. Majestät keine Milderungsgründe zu entdecken. Vielmehr wurde darauf hingewiesen, dass nach § 150 der akademischen Gesetze Heinrich von Landsberg im Grunde eine noch längere Karzerstrafe zu gewärtigen gehabt hätte. Für das Landeskind, den Leipziger Berndt, und den Weimarischen Staatsangehörigen Glock wurde die Karzerstrafe auf 2 Monate ermässigt. Über alle vier wurde aus Gnade statt der Relegation das Consilium abeundi verhängt.

Am 17. September 1822 wurde das neue Urteil vom Rektor der Universität Leipzig in einem gedruckten Formular, in dem die Namen der Studenten handschriftlich eingetragen waren, allen Magnifizenzen und Hochwürden der anderen deutschen Hochschulen mitgeteilt. Es waren ihrer 13, nämlich Berlin, Bonn, Breslau, Erlangen, Giessen, Göttingen, Halle, Heidelberg,

Jena, Königsberg, Landshut, Marburg und Würzburg, denen die Kunde zuteil wurde. Warum in diesem Verzeichnisse einerseits Kiel, Greifswald und Rostock, andererseits die süddeutschen Hochschulen Tübingen und Freiburg fehlten, bleibt unklar.

Dem Leipziger Polizeiamt ging dabei am 21. September die Weisung zu, für die Entfernung der Kurländer aus Leipzig Sorge zu tragen. Die an das löbliche Vereinigte Polizey-Amt der Stadt Leipzig geschickte Zuschrift lautete: „Die mit dem Consilio abeundi belegten Studiosi Heinrich von Landsberg aus Mietau und Ernst von Drachenfels aus Curland in der Burgstrasse in dem mit Nr. 91 bezeichneten Hause wohnhaft, sind von Uns angewiesen worden den 24sten dieses Mittags die hiesige Stadt zu verlassen. Indem Wir ein löbliches vereinigttes Polizey Amt der Stadt Leipzig hiervon benachrichtigen, ersuchen Wir Wohl-dasselbe zugleich keinem von beyden einen längern Aufenthalt in hiesiger Stadt zu verstatten und versichern dabey unsere beständige vollkommenste Hochachtung.“

Gleichzeitig wurde dem stud. jur. Ernst von Drachenfels ein Leumundszeugnis ausgestellt, das ihm wohl an einer anderen Hochschule die Pforten zu öffnen bestimmt war und ihn über die harte von Leipzig verhängte Strafe trösten mochte. Es war wie folgt ausgefallen: „Wir Rector, Magistri und Doctores der Universität Leipzig urkunden und bekennen hiermit, dass Herr Ernst von Drachenfels Curonus Juris studiosus von Zeit seiner Inscription den 22 May 1822 an sich auf hiesiger Universität vier Monate aufgehalten, auch laut beygebrachten Zeugnisses wirklich studiert hat, auch gegen sein Betragen binnen solcher Zeit etwas Widriges ausser dass er wegen Secundirens bey einem Duellen mit dem Consilio abeundi belegt worden, nichts vorgekommen. Urkundlich ist demselben dieses der Wahrheit getreue Zeugniss unter Unserem der Universität Insiegel und des Actuarii eigenhändiger Unterschrift ertheilet worden. So geschehen Leipzig den 19. Octobris 1822.“

Von den beiden leichtsinnigen Kurländern ist in den Akten nicht mehr die Rede. Dem Landeskinde Berndt und dem Glock, die beide ebenfalls ausgewiesen worden waren, wurde auf nochmalige Befürwortung des Rectors vom Könige erlaubt, nach Leipzig zurückzukehren. Sie wurden, der eine im Februar 1823, der andere im März 1823, wieder unter die akademischen Bürger aufgenommen, natürlich mit der Ermahnung „zu einem ordnungsmässigen den akademischen Gesetzen durchaus entsprechenden Verhalten“.

Christian Glock aus Ostheim sattelte übrigens später um. Aus dem sekundierenden Studiosus der Theologie wurde ein Doctor medicinae et chirurg. Nach 10-jährigem Studium verliess er 1833 die Universität Leipzig und war später in Weimar tätig.



### Aus Wittenberg relegierte Liv- und Estländer.

Die Hochschule zu Wittenberg war im 16. Jahrhundert zweifellos eine der angesehensten auf deutschem Boden. Luther und Melanchthon übten leichtbegreiflich eine starke Anziehungskraft aus. Erst neuerdings ist uns Luther von Böhmer in seinem „Luther im Lichte neuerer Forschung“<sup>1)</sup> und von Walter Friedensburg in seiner Geschichte der Universität Wittenberg<sup>2)</sup> in seiner akademischen Wirksamkeit verständnisvoll nähergeführt worden. Er war ein streng wissenschaftlich arbeitender Gelehrter, der sich aufs genaueste auf jede Vorlesung vorzubereiten pflegte. Ohne sich von irgend einer Autorität unmittelbar führen zu lassen, verwertete er gleichwohl jeden Fortschritt der Erkenntnis und drückte ihm den Stempel des eigenen Geistes auf. Besonders glücklich war er in der Heranziehung des heimischen Idioms zur Erklärung schwierigerer Ausdrücke. Seine Schüler erkannten diese Fähigkeit namentlich an und bekannten, dass sie ihren Professor „gerne hörten, wente siner geliken was da nicht gehoret, de ein ides latinisch wort so tapfer verdutscht hette“<sup>3)</sup>. Kein Wunder, dass die Zahl der Studenten eine grosse war. In dem Jahrhundert 1502–1621 wurden durchschnittlich jährlich 600 Studenten in die Matrikel aufgenommen. Seit Ostern 1517 bis Ostern 1518 wurden 242 Studenten aufgenommen, eine Zahl, die in den drei nächsten Jahren auf 274, 459 und 579 stieg. Die höchste Zahl für ein einzelnes Semester wies der Sommer 1520 mit 332 Immatrikulationen auf<sup>4)</sup>. Es war der Ausdruck der Anerkennung dieser Tatsache, dass die Universität gegen Ende des Jahres 1519 beschloss, ein neues geräumiges Kollegiengebäude zu erbauen<sup>5)</sup>.

Dabei war das Studentenleben ein freies und ungebundenes und erging sich gerne in Spässen und Lustbarkeiten. Besonders in der Karnevalszeit war ausgelassener Mutwille an der Tagesordnung. Freilich zeitigte das manchen Verdruss. Die Renaissance mit ihrer Lebenslust, ihrer Üppigkeit und ihrem Leichtsinn schlug auch das deutsche Studententum jener Jahre in ihren Bann. Anstössige Kleidung, langes Zechen, nächtlicher Lärm, grosser Aufwand und lockeres Treiben der Scholaren waren die weniger erfreulichen Kehrseiten und gaben fortgesetzt zu Klagen Anlass<sup>6)</sup>. Selbst Luther litt darunter. In der

1) 3 A. 1914 S. 26 ff.

2) Halle a. S. 1917 S. 96.

3) Johann Oldecop, Chronica, S. 28 bei Friedensburg S. 96 Anmerk. 2.

4) Friedensburg a. a. O. S. 147.

5) Friedensburg a. a. O. S. 148.

6) Friedensburg a. a. O. S. 246.

Zeit, als der Mediziner Peter Burchard das Rektorat führte, kam es zu tumultuarischen Bewegungen in der Studentenschaft, die einen heftigen Zwiespalt zwischen ihm und dem Reformator zur Folge hatten<sup>1)</sup>. Auch später war Luther wie Melanchthon die Leichtfertigkeit und Üppigkeit der Zuhörer so zuwider, dass sie gegen „dieses Treiben des Satans“ in ihrer unmittelbaren Umgebung schmerzerfüllt ihre Stimmen erhoben<sup>2)</sup>. Indes wenn Luther gelegentlich verstimmt Anstalten traf, Wittenberg zu verlassen, schliesslich liess er sich durch derartige Auftritte die Studenten nicht entfremden, und durch Melanchthons Bemühungen wurde eine Lehr- und Studienordnung erlassen, die bewies, dass die Lehrer ihre Pflicht ernst nahmen und ihre Zuhörer nach Kräften zu allem Guten anhielten<sup>3)</sup>. Die Stipendienordnung des Kurfürsten Johann Friedrich von 1545 vermehrte die Leichtigkeit, mit der damals jedermann sich den Zugang zu den akademischen Studien eröffnen konnte<sup>4)</sup>. Überhaupt gaben sich die Universitätsbehörden die grösste Mühe, Zucht und Ordnung aufrecht zu erhalten, waren freilich, wenn die Frevler wohlhabend oder aus angesehener Familie stammten, linde und langmütig, so dass im ganzen das studentische Treiben den Charakter grosser Unbändigkeit wohl nie abstreifte<sup>5)</sup>. Aber es war doch immer nur ein Teil der Studenten, der leichtsinnig lebte und die öffentliche Ordnung störte. Wie indes so häufig, machte gerade diese Minderheit sich in ihrer Unruhe und Roheit stärker bemerklich.

Gegen den Ausgang des Jahrhunderts ging die Frequenz ein wenig zurück; sie sank von 1592—1601 auf 550 durchschnittlich jährlich Immatrikulierte. Dann kamen Epidemien, eine unmässige Teuerung des Lebensunterhalts, die Ausgabe einer minderwertigen Münze, lauter Umstände, die den Aufenthalt in Wittenberg für einen Studenten nicht eben erleichterten oder bequem machten. Doch sie wurden überwunden und insbesondere nach dem 30-jährigen Kriege wandte sich die studierende Jugend der Leucorea in ansehnlichen Scharen wieder zu. Während noch die Friedensverhandlungen schwebten, liessen sich im Sommer 1647 250 und im Sommer des folgenden Jahres 232 Studenten in die Matrikel eintragen. Das Sommersemester 1650, während dessen die Hochschule eine öffentliche Dank- und Freudenfeier für die Herstellung des Friedens veranstaltete, trug ihr einen Zuwachs von 331 Scholaren ein<sup>6)</sup>. Das Jahr

<sup>1)</sup> Friedensburg a. a. O. S. 137.

<sup>2)</sup> Friedensburg a. a. O. S. 247.

<sup>3)</sup> Friedensburg a. a. O. S. 160—162.

<sup>4)</sup> Friedensburg a. a. O. S. 239.

<sup>5)</sup> Friedensburg a. a. O. S. 337, 338.

<sup>6)</sup> Friedensburg a. a. O. S. 361.



1666 brachte dann wieder eine rückläufige Bewegung. Immerhin blieb es im letzten Drittel des Jahrhunderts bei einem jährlichen Durchschnitt von gegen 300 Immatrikulierten. Doch war Wittenberg damit in der Besuchsziffer hinter Leipzig und vielleicht auch hinter Jena zurückgeblieben <sup>1)</sup>).

Nach wie vor ließen sich die Universitätsbehörden anlegen sein, den Aufenthalt für die Studierenden so angenehm wie möglich zu gestalten. Das Konvikts- und Stipendienwesen entwickelte sich auf den bisherigen Grundlagen günstig weiter. Seit 1666 wurden ständig Tanz- und Exerzitiemeister für die akademische Jugend angestellt. Ja später unternahm man sogar den Versuch, eine eigene Akademie für Leibesübungen, französische Sprache und Mathematik zu errichten. Dadurch sollte namentlich die adlige Jugend angezogen und angehalten werden, ihre Ausbildung auf der heimischen Universität zu suchen. Durch Mandate wurde im übrigen etwaigen Missbräuchen und Ausschreitungen entgegengetreten und gewalttätige und unbotmäßige Studenten wurden bestraft. An die Stelle Melanchthonscher „Leges de studiis et moribus studiosorum“ traten neue Satzungen für die Studenten in Kraft, die gerade darauf gerichtet sind, einen guten Ton im Verkehr einzubürgern. Gottesfurcht, Ehrerbietung gegen die Dozenten, friedliches Verhalten den Bürgern der Stadt gegenüber wie untereinander, überhaupt geziemendes Auftreten wird allen Scholaren zur Pflicht gemacht. Unverzügliche Immatrikulation nach der Ankunft und Eidesleistung sind selbstverständlich, werden jedoch den Ankömmlingen besonders nahegelegt. Daran schliessen sich die üblichen Verbote des nächtlichen Lärmens, des Duellierens, der Ausschreitungen jeder Art <sup>2)</sup>. Kurz Wittenberg hatte sich dem Fortschritt keineswegs verschlossen und nichts in dem Streben, sich zu modernisieren, unterlassen, was zu seiner Aufnahme gereichen könnte.

Wieweit Studenten baltischer Herkunft in Wittenberg anzutreffen waren, lässt sich zurzeit nur unvollkommen erkennen. Die Matrikel weist von 1502—1565 91 Studenten auf, die aus Riga, Reval, Dorpat und Livland überhaupt angereist waren <sup>3)</sup>. Sie sind, mit einigen Ausnahmen, soviel bekannt, im späteren öffentlichen Leben des Baltikums nicht hervorgetreten. Die Zahl der jungen Leute, die im Laufe des 17. Jahrhunderts sich einstellten, liesse sich nur durch Auszug aus der noch unveröffentlichten Matrikel ermitteln. Nur für einzelne Persönlichkeiten ist ihre Anwesenheit in Wittenberg verbürgt.

<sup>1)</sup> Friedensburg a. a. O. S. 365, 387.

<sup>2)</sup> Friedensburg a. a. O. S. 377, 386, 390, 393.

<sup>3)</sup> H. J. Böthführ, Die Livländer auf auswärtigen Universitäten S. 138—156.

Sie kamen leider in unsanfte Berührung mit der Universitäts-obrigkeit, wodurch ihre Namen auf uns gekommen sind.

Im Jahre 1658 meldete sich ein Bürger und Krämer aus Wittenberg, Ciriacus Holterfeld, bei der Kurländischen Ritterschaft und bat um Unterstützung bei der Eintreibung von Schulden, die junge Kurländer bei ihm gemacht hatten. Er hatte ihnen mehrfach mit Waren und barem Gelde geholfen, weil ihre Wechsel nicht rechtzeitig eingegangen waren. Die Herren Scholaren aber hatten sich später entfernt, ohne ihre Verbindlichkeiten eingelöst zu haben, und bei einem früheren Versuche, den er unternommen hatte, ihnen in ihre Heimat zu folgen und von den Eltern die fälligen Beträge einzukassieren, hatte er schlechte Erfahrungen gemacht. Trotz seiner in Obligationen festgelegten Ansprüche war er „von deren Studenten Eltern herumgeführt worden, das er fast ganz unverrichteter Sache hierher (sc. nach Wittenberg zurück) reisen musste“<sup>1)</sup>. Persönlichkeiten werden bei dieser Gelegenheit nicht genannt. Offenbar waren es ihrer nicht wenige, die in derartige Schulden verstrickt waren. Sonst hätte ja der Gläubiger die weite Reise von Wittenberg nach Kurland nicht unternommen, die er nunmehr wiederholen wollte, in der Hoffnung auf besseren Erfolg, wenn die Landesbehörden ihn unterstützten.

Das Borgen der Studenten war eine üble Sache, die trotz strenger Massnahmen dagegen auf Universitäten nie hat ausgerottet werden können. Man hat wohl auch darauf verzichtet, es zu verbieten, und sich daran genügen lassen, dem unvermeidbaren Übel engere Schranken zu ziehen. Doch dürfte selbst dieses massvolle Vorgehen keine erfreulichen heilsamen Wirkungen gezeitigt haben. Bereits in den „*Leges Academiae Wittenbergensis de studiis et moribus*“ aus der Zeit des Kurfürsten August von 1545<sup>2)</sup> heisst es im Artikel VIII: „*Ideo praecipimus, ut magistri, quibus commendati sunt juniores, inspiciant sumtus & mores, ac ut modus servetur, dicant civibus, ne pecuniam eis mutuo dent, nisi adferant autographa praeceptorum, neve sinant cumulari debita, quia senatusconsulto Macedoniano, & lege principis permissum sit, ne creditoribus solvatur, qui sine autoritate praeceptorum infirmæ aetati vendunt res non necessarias, aut mutuo dant pecuniam.*“ In den deutschen „*Artickel etlicher notwendiger Ordnung und Satzungen zu erhaltung guter Zucht und Disciplin*“ vom 15. Januar 1562 ist den „*Kremer*“ ein besonderer Artikel gewidmet, der sich ebenfalls angelegen sein lässt,

<sup>1)</sup> Mitt. u. a. livl. Gesch. 16 (1896) S. 25.

<sup>2)</sup> Nach einer Ausgabe aus dem Jahre 1586. Wittenberg. Gedruckt bey Matthes Welack. Universitätsbibliothek Leipzig Univ. 1022. Friedensburg a. a. O. S. 248 Anm. 4.



das Kreditgeben einzuschränken. Es lautet: „Nachdem wir auch erfahren, das die Kremer und Wirt den jungen Leuten viel borgen, welchs sie unnützlich verkleiden, verschwenden, verschencken, unnd umbbringen, dadurch ire Eltern zu schaden gebracht, auch solche unnötige schuld zu zahlen, sich nicht unbillich beschweren, solle hinfort keinem Kremer oder Wirt weder vom Rectore noch vom Rat über einige Schulden verhoffen werden, das sie den jungen Leuten ohn Vorwissen ihrer Preceptorn und derer, welchen sie von iren Eltern oder Vormündern und Freunden befohlen worden, geborget werden.“ Endlich entstammt noch dem 16 Jahrhundert eine „Warnung von vielfeltigem schedlichem Borgen zu vermeiden“, die freilich undatiert ist, aber da sie doch in dem angezogenen Druckexemplar von 1586 steht, derselben Zeit ihre Entstehung verdanken muss.

Das Visitationsdekret der Universität Wittenberg vom Kurfürsten Johann Georg I. vom 9. Januar 1624 fasst diese sämtlichen Warnungen zusammen unter der Überschrift: „Wieviel einem Studenten zu borgen“. Es heisst hier: „...wie auch die Crahmer und Buchführer, ohne der Eltern oder welche derselben Stelle halten, sonderbahre Bewilligung einem geringen Studioso nicht über zehen Gulden, und einem von Adel oder anderer vornehmer Leuten Sohne nicht über zwanzig Gulden zu borgen, durch ein angeschlagenes Patent, gleichfalls verwarnet, auch hinführo über ein mehrers nicht verhoffen werden“ <sup>1)</sup>.

Dass alle diese Warnungen — die letztere ist besonders eindringlich — nicht viel gefruchtet haben, beweist das Erscheinen des Wittenberger Krämers in Mitau.

In den nachstehend zum ersten Male ans Licht gezogenen 4 Aktenstücken sind dann die Übeltäter genannt, die sich überhaupt gegen die mannigfachen Verordnungen aufgelehnt und das Studentenleben in Wittenberg in einen bösen Ruf gebracht hatten. Es ist mir nicht gelungen, über die Studenten Michael Möllenbeck aus Reval, Julius Wilhelm Heinrich Leutner aus Livland und Bernhard Johannes Goethe aus Hapsal etwas zu ermitteln. Nur das eine geht unwiderleglich aus der Relegation hervor, die Rektor und Konzil der Universität Wittenberg über sie verhängten, dass das Mass ihrer Sünden voll gewesen sein muss. Derartige Einblattdrucke sandten die Hochschulen sich gegenseitig zu mit der Weisung, sie am Schwarzen Brette anschlagen zu lassen, zugleich natürlich auch in der Absicht, zu verhindern, dass die Ausgestossenen vor Ablauf ihrer Strafzeit an einer anderen Universität wieder zu Gnaden angenommen wurden. Michael Möllenbeck könnte ein Sohn des gleichnamigen

<sup>1)</sup> Codex Augusteus oder Neuvermehrtes Corpus Juris Saxonici I, 974.

Propstes in Jerwen gewesen sein, der 1659 starb, hoffentlich nicht aus Kummer über den ungeratenen Sohn. Auch von dem Propste ist nicht mehr bekannt, als dass er 1643 eine Leichenpredigt auf Frau Magdalena von Vietinghoff veröffentlicht hat. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass es im 17. Jahrhundert bereits einen Vertreter des später unsterblich gewordenen Namens Goethe in Estland gegeben hat. Zu verfolgen, wie dieser Namen dort auftaucht, bin ich leider ausserstande.

## A N H A N G.

### *1. Die Universität Wittenberg verhängt über den Studiosus Michael Möllenbeck die Relegation. 1657 Juli 21.*

(Universitätsarchiv Leipzig. Rep. G. A. IV 9 Latein. Einblattdruck.)

Rector et concilium academiae Wittenbergensis publicum. Quoniam tu, Michael Möllenbeci Reval. Livone, variis modis hactenus leges nostras violasti; novissime autem et contumaciae criminis obstrinxisti, dum jussus a nobis intra certos dies discedere atque id te facturum sancte sppondisti; nihilominus tamen restitisti hic contra datam fidem, contempta auctoritate nostra, idcirco ad annos II te relegamus ex academia et isto nostro studiorum consortio. Capient igitur exemplum alii et discent tandem revereri magistratum et legum statuta non transcedere. Ne si habuerint insuper, eandem paenam incurrant. P. P. d. XXI julii anno recuperatae gratiae 1657.

### *2. Schreiben der Universität Wittenberg an Rector, Magistri und Doctores der Universität Leipzig, 1657 Juli 21.*

(Universitätsarchiv Leipzig eodem loco. Auf der Adresse der Vermerk: Praesent. 23 julii anno 1657.)

Unsern freundlichen Dienst zuvor. Magnifice Rector, Ehrwürdige ehrenveste grossachtbare unnd hochgelahrte insonders vielgünstige Herren und Freunde. Welchergestalt und auss wass Ursachen wir Michael Mühlenbecken von diesser Universität auff gewisse Jahr relegiret haben, solches ist auss beykommenden Programmate zu ersehen.

Demnach ist an die Herren hiermit unser freundtliches Bitten, Sie wollen solch Programma auch bey ihnen, der zwischen diessen beyden Universitäten diessfalss auffgerichteten Compactaten und Vergleichung nach anschlagen lassen, solches seind wir in der gleichen auch zu thun und denen Herren sonsten freundliche Dienste zu erweisen, gefliessen. Datum Wittenberg den 21. July anno 1657.

Rector, Magistri unnd Doctores der Universität alhier.



3. *Die Universität Wittenberg relegiert den Livländer Julius Wilhelm Heinrich Leutner auf 2 Jahre. 1679 April 23.*

(Universitätsarchiv Leipzig. Rep. G. A. IV 16. Gedrucktes Programm.)

Rector et consilium academiae Wittenbergensis publicum.

Saepe nascuntur vomicae, corporique periculum conflant, quae nisi aperiantur in tempore, et quotiescunque necessitas postulat, recidantur, illud sanari minime omnium potest. Nam vitium negligendo serpit, contagioneque sua magis inficit et laedit, partesque puras et integras infelici progressu vehementer infestat, atque interdum etiam corrumpit. Haud saniores isti homines sunt, qui in lucem literarum vocati, libertatem pati non possunt, et quia nihil liberale agunt, id student improbeque meditantur, quemadmodum alios quoque ab honestis institutis avertant, malisque moribus disciplinam, recti custodem, debilitent et frangant. Quas reipublicae pestes auferre hinc, et arcere aditu, usuque hujus urbis, qua sedem literis praebet, prohibere, omni ratione est nobis constitutum. Non aliter in eos consulemus, qui perinde ac si belli studia hic aleremus, descendere in campum, discordiasque excitare et honorem quaesita in speciem causa defendere, injuriasque privatim ulcisci, et districtis gladiis finire lites, proque libidine convellere sacras leges, haudquaquam verentur. Proinde ob violatam duello pacem jure in te animadvertimus

Julie Wilhelme Henrice Leutner., Livone et pro auctoritate ordinis nostri praecipimus, ut ante solis occasum urbe excedas, neque ante biennium redeas, et ingenio, quod non plane in te nullum est, inposterum rectius utaris. Ruere in arma, conserere manum, ardere odio, fovere dissidia, nec te decet, et nobis etiam exemplo nocet, quando committere nolumus, ut respublica turbis factionibusve perdatur prorsusque polluat. Quisquis ergo tranquilla republica perfrui non volet, et sibi atque suis cupiditatibus posthac indulgebit, duelloque alios lacesset, armaque vindictae causa sumet, et veluti in hostem vertet, concordiam denique et pacem rursus conturbabit, sine spe veniae poenas dabit, ocyusque se movebit, societate academiae mulctandus. P. P. sub sigillo academiae dominica Jubilate anno recuperatae gratiae 1679.

4. *Die Universität Wittenberg spricht über den Studiosus Bernhard Johannes Goethe aus Hapsal in Livland die Relegation aus. 1705 Mai 24.*

(Universitätsarchiv Leipzig. Rep. G. A. IV 13. Einblattdruck ohne Angabe des Buchdruckers.)

Prorector et consilium academiae Vitembergensis publicum.

Sumit hoc sibi audacia, et usus consuetudoque male agendi, ut corroborata hominum libidine, nec legum sanctitate, nec poenarum

metu commoveatur. Ita fit, ut homines Dei timore vacui, effrenato impetu in vitium ruant, et peccati gravitatem peccandi consuetudine augeant, ac res quasque sanctissimas spernant improbe, et pro nihilo ducant. Qui cum volentes scientesque delabuntur in turpitudinem, tum admisso facinore, sero intelligunt, se esse miseros, et numine offenso, dolore maximo excruciari, quum aeterna apud inferos supplicia cupiditatibus et flagitiis constituta esse, per se ipsi existimare possunt. Rejecti a conspectu hominum, quibus iniuriam intulerunt, et poenis digni gravissimis, quia Dei, quem praeter ceteros metuere debent, praesentiam contempserunt. Ille enim ulciscendi partes esse suas ostendit legibus ex exemplis, ut infiniti temporis spatium cogitent, in quo, nisi ad frugem redeant, sempiternis constricti vinculis, poenas vindici acerbissimas dabunt. Idcirco te officii admonemus,

Bernarde Joannes Goethe, Hapsalia Livone, qui tam proiectus ad audendum, tam praeceps ad irruendum fuisti, ut de vi te accusatum in ius vocarem. Sed omnis a te abscessit pudor. Non veritus es omnia videntis Dei conspectum. Non reverentiam adhibuisti erga Decurionem sapientissimi ordinis: non honori hospitum, quorum ratio habenda erat, consuluisti: non quid patrum existimatio valeat, cogitasti: non intrare, quod pudentis prudentisque civis est, sed irrumpere voluisti: non revocantibus a proposito facinore monitoribus locum dedisti: non fidem, qua academiae devinctus es, liberasti, sed deserto improbe vadimonio, violasti, et certe contra decus honestatis, quod e memoria et cogitatione excidit, turpiter fecisti. Quamobrem cum dedecore et damno rerum tuarum, quid admiseris, experire. Ito, abito, exito ex urbe, literarum ornamentis affluente, quae talem civem, qualem te habuimus, indignum judicat, qui inter modestos literatosque homines versetur. Non prius, quam sex annos confereris, ferociamque deposueris, ad nostrum liberalemque coetum redibis. Reliquos enixe commonitos volumus ut ab officio ne discedant, ne dignitati ordinis grave quippiam admittant: multo minus superiorem collegii phil. decurionem verbo nutuque indecoro laedant, aut iniuria lacescant, diesque festos ac Deo consecratos ea, qua par est, animi religione transignant, clamoresque missos faciant, nec mala exempla aliis praebeant, neu quietem publice privatimque conturbent: si quid secus, atque eos decet, faciant, vim legum expromendam esse sciant, ut graviore animadversione coerciti, a turpitudine abhorreant, et male sanas cupiditates tempestivo rationis freno compescant. P. P. dominica Exaudi anno MDCCV.



# Die altflivländischen Bauerrechte.

## Zweiter Nachtrag.

Von Leonid Arbusow.

S. 3 Z. 16 v. u. lies: von 1417—1494 und 1535—1561.

Zu S. 13: Nach dem Absatz Z. 12 v. u. ist folgende Zusammenfassung einzuschieben: Die Entstehung der „Vorstufen“ unserer 3 ältesten Bauerrechte ist somit in eine sehr frühe Zeit zu setzen: in die zweite Hälfte des 13. Jahrh., d. h. etwa in die den Unterwerfungsverträgen folgenden Jahre, als es sich darum handelte, den landesherrlichen Vögten eine Norm für ihre Rechtsprechung an die Hand zu geben.

Zu S. 16 u. S. 133 n. 61 § 4 f. Notizen über die Rechtspflege im gutherrlichen Wackengericht enthält das von Dr. P. Johansen bearbeitete „Älteste Wackenbuch des Revaler St. Johannis-Siechenhauses 1435—1507“, Publ. a. d. Revaler Stadtarchiv IV. Folge H. 2, Reval 1925.

I. S. 6. Zw. 1435 u. 1447, S. 19 (nicht eigentl. auf das Wackengericht bezüglich, aber die bäuerl. Erbverhältnisse illustrierend). 1. Item so hebbe ik Klauweken gheantwort, dat Janus synen kynder[n] to horde, dat dem dorpe wol wytlik is: in dat erste 2 toch oessen, 1 grauwe perdemouder, 1 koe, 2 kalver, 1 junghe sterke, 4 swyne, 6 schape. Dyt sal hey wedder van syk antwerden, wan dey kynder to eren jaren komen. Desse kynder synt al ghestorven, und et is an dey seyken ghevallen.

II. S. 7. Item dey Toveten geslagen hebbe[n]: de tegeder, Jasse, Ludeke, Tylen sone, Peters syn knecht, langhe Janus, desse solt malk 1 mk. ut geven vor dat rychte gelt\*), dar hebbet sey et selven op geboden.

III. Item dey Assen slaugen: dat wart also vorliket, dat malk sol Assen geven 1 mk.\*\*\*) in dey hant, und den seyken malk 1 lb. moltes vor dat rychte gelt\*). Hir was mede: Mertens sone, langhe Janus, Peter, Ludeke.

IV. S. 2: Zw. 1447 und 1474, S. 3: Item so hadde Toweken sone Janos van difte den hals vorboret\*\*\*) und wart

\*) Vgl. LBR. § 38: richtigedut.

\*\*) Vgl. z. B. LBR. §§ 29. 30.

\*\*\*) Die übliche Busse für Diebstahl, die aber im LBR. eigentl. fehlt, da dieses nur Zehntendiebstahl und Raub erwähnt (§§ 17. 41. 42), letzterer war nach Red. R. 40 und Re III mit 40 Mk. ablösbar. S. aber auch B. I 13. 15 u. S. 42 Anm.

gerich[t] up 40 mk. Hir is borgen vor sin vader Toweke und Tile und Mattis van Paienpe. [Späterer Zusatz]: eme qwit geven.

V. S. 35: 1496. Anno 96 do hadde Merten enen medeknecht van Lumbe ut getogen op der vrien straten. Dit wort van buren gerichtet op 9 m. de broke\*). Hir vor sin sine borge oppe den rogen, de to Paienpe stet: Hanno van Waskul, Dirick van Coutel.

VI. Noch do selves de gewalt, de gedan hadde Tomas van Coutel dem envotlinge to Coutell. So is he begnat to geven sunte Johanse\*\* [nicht ausgefüllt].

VII. Item Pillesu boclagede sick do selves, und ock de anderen buren van siner wegen, van sinem inwoner, de Jervelene, dat he Pillesu gesteken hadde, und ock sin corn bi sick buten hadde op rente gedan, und at und brukede des vorgenannten Pillesu des sinen:

Wil he sin corn by brengen in dem somer und hefft gebeden vorgiffnisse, und se willen to samen bliven; he sal geven ene clene kenneisse.

VIII. S. 38. 1496. Dorf Coutell. S. 132: Int erste Tomas Musteke 6 m. sin lant gelt, und bleff schuldich de  $\frac{1}{2}$  m., und hefft 1 ossen op hur. Item so hadde he gewalt gedan dem envotlinge to Coutel. Hir vor is he gerichtet mit gnaden; he sal geven vor de gewalt\*\*).

IX. S. 44. 1498. Item in anno 98 des mandages up sunt Severynus avent [Okt. 22] do helde wy ene vordracht imme dorpe to Randever tusschen Andreus Swarten und Matyes Blome van des dotsclages halven, und betalt up de man bote den kynderen 11 mk.\*\*\*) und up der herschop rechticheit untfangen 1 m. Dyt achten stede sol he betalen na vormoghe und macht van jaren to jaren. Over desser vordracht is gewesen: Hermen Falke, lantknecht, Tomas Symen, Hans Becker, Hans van Nygbu, Thonyes van der Heneste und Kalsse Koup, van de gemeynen buren van Randever etc.

X. S. 44. 1500. Anno 15c gerichtet Merten van Paienpe vor de perde moder 2 m. und dat vorsakede, dar vor gerichtet 9 m.†), is dan nu 11 m. Noch is he van korne schuldich.

XI. S. 61. [1507 Jan. 18]. Betr. den Maties Zidemes, Bauer von Waschel . . . und bleff van to jar, do he Williken sloch, 9 m.†), hir van hort sunte Johanse dat derde dell††. Noch

\*) Von den mit 9 Mk. Busse ausgestatteten Bestimmungen des LBR. passt keine direkt auf den vorliegenden Fall.

\*\*) Vgl. LBR. 38: Busse für Gewalt gebührt der Herrschaft.

\*\*\*) XI. m. Man erwartet XL = 40 Mk., vgl. LBR. § 9 und oben n. 4.

†) Vgl. n. 5 Anm. \*.

††) Vgl. LBR. § 37.



so bleff 1 sake mit sinem broder van dem Cruse ungerichtet. Noch Matis sloch Symon van Kotial [korr. aus: Waskul], dar sal he ock van don.

Zu S. 21 u. 51 ff. Das Hofgerichtsarchiv im A. d. ehemal. Livl. Ritterschaft besitzt nach Mitteil. Dr. H. v. Bruiningks einen im April 1925 wieder aufgefundenen Folioband, betitelt „Jus Prov. Livon.: Privileg. Esthon.“, aus der ersten Hälfte des 17. Jahrh., mit Nachträgen aus dem Ende desselben Jahrh., der, laut späterer Inschrift auf dem Vorsatzblatt, im 18. Jahrh. „Zur Kayserl. Hofgerichts Bibliothek“ in Riga gehört hat. (Auf der Innenseite des Deckels steht: D. Müller.) Der von verschiedenen Händen geschriebene Inhalt ist folgender: 1) MRR. nach dem Druck von 1537. 2) Die Priv. von 1507. 1509. 1545. 3) Nachtrag: Mandat Karls XI. 1686 XII 22 gegen Schlägerei in Kirchen. 4) Das URR. 5) Artikel 14 aus dem Norköpingschen Reichstagsbeschluss von 1604. 6) Das sog. Liv. BR. nebst der S. 22 erwähnten „Anmerkung“. 7) Hilchens Landrechtsentwurf von 1599 (1600). 8) Das „Rote Buch“ bis 1617 (Schluss: Bauereid, wie oben S. 138 n. 64; steht der Fassung T nahe). 9) Nach einer Reihe leerer Blätter: 3 Nachträge, kgl. Verfügungen usw. betr. Estland von 1629. 1691. 1653.

Die ursprünglich estländische Provenienz dieses Sammelbandes bestätigt nochmals, dass das LBR. ein in Estland gebrauchtes BR. war. Der hier stehende Text (R. 1) der 2. Redaktion desselben, der übrigens nicht J. G. Arndts Vorlage gewesen sein kann, weicht, abgesehen von der Orthographie, nur unwesentlich von dem oben S. 51 ff. gedruckten Text (R) ab: Art. 1: . . . 20 mk. stiftischer müntze. Art. 17: des rödt (also ist das Wort „andren“ ausgefallen). Art. 21. 22: . . . stalle, so ist 9 mk. müntze, und . . . hoffe, so ists 6 [!] mk. müntze. Art. 29: . . . ist 1 müntze (mk. ist ausgefallen). Art. 30: ist mk. müntze (1 ist ausgefallen). Art. 35: . . . die staupe. Art. 41: sonsten ist es . . .

Zu S. 23. 51 ff. Eine Abschrift des bisher verschollenen stiftisch Dorpater BR. fand Dr. P. Johansen im Revaler Stadtarchiv in dem „Rechte der Stiftischen in Livland“ betitelten Codex A. h. 12 aus dem Ende des 16. Jahrhunderts. Derselbe enthält u. a. auf S. 63—65 das sog. Liv. BR., auf S. 66 den Bauerneid (oben S. 138 n. 64), u. auf den 3 letzten Seiten 67—69 das nach Dr. Johansens Kopie unten abgedruckte Dorpater BR. Es ist nicht vollständig erhalten (auch Bunge besass s. Z. nur ein „Fragment“), stimmt sonst im allgemeinen mit der Red. R. des LBR. überein, neben der es oben S. 51 hätte abgedruckt werden müssen, enthält aber die in R. aus Flüchtigkeit ausgelassene Strafe für Abhauen des Zeigefingers, während die Bestimmung über Diebstahl der Scheidung (R. 20) fehlt, die

Todesstrafe für Notzucht ganz fortgefallen und, ebenso wie beim Zehntdiebstahl, durch die 40-Mark-Busse ersetzt ist. Andererseits hat das Dorp. BR. einen Zusatz zum Art. 18 (Nutzung von Grenzrainen und fremden Mistäckern) nur mit dem LBR. (Rotes Buch) gemein, und bringt endlich zum Art. 16 (Diebstahl des Zehnten) einen selbständigen Zusatz. — Soweit die fragmentarische Überlieferung ein Urteil erlaubt, ergibt sich also: das Dorp. BR., uns im allgemeinen schon aus R. 1. und R., d. h. aus den Rigaschen HS. des LBR. bekannt, war eine bestimmte Redaktion des LBR., die nach Ausweis der fragmentarischen estnischen Übersetzung von R. (oben S. 68 ff.) auch in Harrien gebraucht worden ist.

**Hier hebett sich ahn das landt recht in stiftt Dörpt.**

1. [LBR. § 1 R.] Ein auge außschlagendt.  
Wen einer den andern ein auge außschleght auß dem haupt, derselbige schläger hatt im rechten vorböredt 20 marck stiftischer münzte.
2. [LBR. § 2 R.] Die handt ab.  
Item die gantze [handt] ab ist 20 m. münzte.
3. [LBR. § 9 R. § 8.] Todtschlag.  
Item werr einen todtschlagh gethann, hatt im rechten verbürett 40 m. stiftischer münzte, so ferne er zu der sune magh kommen.
4. [LBR. § 4 R.] Vor dem daumen.  
Item den daumen ab, ist 5 m. münzte.
5. [LBR. § 5.] Der ander finger.  
Item den finger negst dem daumen ab, ist 5 m. münzte.
6. [LBR. § 5 R.] Der dritte, mittelste finger.  
Item wenn der mittelste finger ab, ist 4 m. münzte.
7. [LBR. § 6 R.] Der vierde finger.  
Item der vierde finger ab, ist 3 m. münzte.
8. [LBR. § 7 R.] Der fünffte finger.  
Item der fünffte, kleynste finger ab, ist 2 m. münzte.
9. [LBR. § 9 R.] Der einen für einen dieb anredet.  
Item so einn mann den andern für einen dieb ansprichtt, derjenige, der angesprochen wirdt, der magh sich des endtlegen mit seinem eyde. So er ihm das ubergehen will, der soll ihm das ubertzeugen mitt dreyen glaubwürdigen undt unberüchtigten männern.
10. [LBR. § 10 R.] Werr mitt einen stichmeßer verwundett.  
Item der den andern verwundet mit einen stichmeßer, der hatt verbüredt 3 m. münzte.
11. [LBR. § 11 R.] Mitt einem schwerdt.  
Item der denn andern verwundett mit einen schwertt, hatt verbürdt 1 m. münzte.



12. [LBR. § 12 R.] Mitt einen brodmeßer.  
Item der den andern verwundett mit einenn brodtmeßer, derselbe hatt im rechtte vorböret 6 m. münzte.
13. [LBR. § 13 R.] Mitt einen speer.  
Item der den andern verwundet mit einem speer, derr hadt vorbörett 3 m. münzte.
14. [LBR. § 14 R.] Mitt einem beyle.  
Item der den andern verwundett mit einem beyle, der hadt verburdte 1 m. münzte.
15. [LBR. § 15 R.] Frawen schendett.  
Item der ein frawens nahmen bekrefftiget, daß sie bezeugen kann mit 3 glaubwirdigenn männern, derjenige hatt verburdt 40 m. münzte\*).
16. [LBR. § 16 R.] Werr zehenden stilt.  
Item der seinen herrn zehenden stilt, der hatt verburdt 40 m. münzte\*\*). Ein külnet ist so gutt alß ein pfundt nach der diebischen weiße zu rechnen.
17. [LBR. § 17 R.] Das rohth fellett.  
Item so einer den andern rohth fellett, derr hatt verbührett 9 m. münzte.
18. [LBR. § 18 R.] Der einen pänner oder mistacker umbhackett.  
Item wenn einer pener oder mistacker umbhackett, ist 9 m.; jeglich bey sich\*\*\*).
19. [LBR. § 19 R.] Der einen pener zu einen feldt acker hacket.  
Item wenn einer pener zu einen feldtacker hacket, ist 6 m. münzte.
20. [LBR. § 21 R.] Scheust der eine dem andern queck†).

Zu S. 32 Anm. cc., und S. 143: nach gef. Mitteil. v. Transehes kann das Wort „not.“ (mit aufgelöster Abkürzung vermutl. „noten“) durch Ausdrücke, wie: „15 Mk. nowten“, „32 Mk. nouten“, immer im Sinne von Gerichtsbusse, erklärt werden.

Zu S. 32 u. 50. Zum Ausdruck „Gottesritter“ vgl. Bunge, Der Orden der Schwertbrüder, 1875, 14 („milites Dei“ bereits bei Arnold von Lübeck u. Alberich von Trois Fontaines im 13. Jh. — „Gottes Ritter“ schon in der Livl. Reimchron., ca. 1290).

Zu S. 43 u. 44 Anm., Kur. BR. § 26. Zur Altersbestimmung und Erklärung trägt nach gef. Mitt. Dr. P. Johansens

\*) Die ganze übrige Überlieferung hat hier nur Todesstrafe.

\*\*) Die Red. R. hat hier alternativ 20 Mk., oder Todesstrafe. — Die Anmerkung fehlt in allen andren Texten.

\*\*\*)) Die Anmerkung findet sich im LBR. nur im Text des Roten Buchs, fehlt aber im Cod. Alex. und in der Red. R.

†) Damit bricht der Text ab. — In der Red. R. und im Cod. Alex. geht diesem Artikel noch ein Art. 20 über Stehlen der Scheidung voraus, ebenso im LBR. Sams. (§ 17).

UB. 10 n. 164 bei: Komtur zu Windau an den Bf. von Kurland, 1445 [nach Aug. 24]: „Der Bf. habe ihm geschrieben, dass Brun [von Engern, Fischmeister zu Windau] dem Drostē des Bfs. hefft geven tho irkennen, dat jwer kerken lude nicht hoppen sullen plucken in unses ordens gebide Wynda usw. Teilt im Anschluss daran mit, wo dat ywerle ist gewest eyn olde herkomende gewonheit, dat nymant mochte huppen plucken, eer der hirschopp eren hoppen hadden, den en dy gebure plege syn tho plucken, . . . unde dan nymande vorboden. Hat dem Brun befohlen, beim bfl. Drostē dafür zu sorgen, dat de olde herkomende gewonheyt worde geholden, also dat nach rechte geboren mach...“ Ist also in § 26 zu lesen: wer . . . hoppen breckt . . . vör der tiedt jeder herschop: 1 osering . . . ?

Zu S. 49, Art. 21 des erstift. BR., schlägt Prof. Dr. E. v. Künssberg in Heidelberg brieflich vor: „Kann das Wort „sele“ nicht ein Tragseil sein? Die 1 Mk. wäre dann Zuschlag zu den 3 andren.“ — Da man mit einem Seil mehr Heu fortschaffen kann, als unterm Arm, so ergäbe sich in der Tat ein guter Parallelismus zum kur. BR. § 18 (2 Stufen des Heudiebstahls, nach der Quantität). Es wäre also der Text von § 21 im obigen Sinn zu emendieren, aber wie?

Zu S. 50—66. Nach gef. Mitteilung von Dr. P. Johansen besitzt das Revaler Stadtarchiv im ganzen 3 Abschriften des LBR., so dass die Zahl der HSS. (vgl. S. 21 ff.) sich auf 13 erhöht. In A. h. 12, aus dem ausgehenden 16. Jahrhundert, steht S. 63—65 eine Abschrift in einer meist dem Roten Buch entsprechenden Fassung, überschrieben: „Der bauer recht, wie in Liefelandt geworlich ist zu halten“ — also ähnlich wie in Sams., mit dem diese Abschrift auch besonders in Sams. § 1. 11. 16. 20. 32 f. 36—39. 41 übereinstimmt, nur dass sie bereits mit § 45 schliesst, dabei § 44 auslässt. Die Fassung der §§ 17. 18. 20. 23. 27. 30. 45 dieser HS. ähnelt jedoch derjenigen der entsprechenden §§ im Codex Alexandrow (abgesehen vom Fehlen der Umrechnung der Strafsätze in Lot Silbers), und die Bestimmung über Stehlen der Scheidung findet sich als Art. 20 sonst auch nur noch hier und in R. (Sams. § 17). In A. h. 15, Ritter- und Landrechte aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrh., steht eine schlechte Abschrift des LBR. § 1—44 nach niederdeutscher Vorlage mit bunt durcheinandergewürfelter Reihenfolge der Artikel, überschrieben: „Beschriebene baur rechte. Ein alt marck ist ein Rthlr.“ Von den zahllosen Varianten seien bloss notiert §§ 17. 23 = LBR. §§ 27. 18: „Wer dem andern bitet, he h mag biten met 4 thene, jeglich than“ usw. „Wer in des andern röhdung fält, 11 Rthlr.“

Zu S. 53 Anm., vgl. S. 8. Die Frage (nicht ausschliesslich vordeutscher) skandinavischer Einflüsse im Balt. Gebiet ist soeben



durch eine Untersuchung von Dr. A. Korhonen-Åbo in ein neues Stadium getreten. Bereits v. Bruiningk, Mitt. 22, 34 f., hatte auf drell, sklave, u. sokunge, Bezirk (borchsokunge, kleit-sokunge, dorpsokunge) hingewiesen. Hierzu ist viell. auch eysyssla, Inselbezirk (= Insel Ösel) hinzuzuziehen. Jetzt weist Korhonen in Historialline Tatkinaksia VI, Helsingfors 1923, „Vakkalaitos“ (mir nur aus dem deutschen Referat, ebda. S. 1—17 bekannt) nach, dass auch die Bezeichnungen Wacke u. Pagast = bäuerl. Abgabe, Steuereinhebungsbezirk, -gemeinde, -termin usw., gleichfalls skandinavischen Ursprungs sind, wobei Pagast auf dem Wege über Russland, Wacke direkt aus Skand. eingewandert ist. Allerdings ist es von administrativen Einrichtungen für Tributerhebung bis zur Einführung skand. Rechtsvorstellungen u. -normen (die für Ösel jedoch höchst wahrscheinlich sind) noch ein weiter Schritt, für den die Wissenschaft bisher keine Belege beigebracht hat.

Zu S. 56. „Das Wort roeth im LBR. § 18 ist doch als „Rodung“ zu deuten, da es sich um in Privatbesitz befindliche, durch Abbrennen gewonnene Schwendäcker im Walde handeln kann, die wieder bewachsen u. nach einer Reihe von Jahren neu gerodet werden mussten“ (Dr. P. Johansen). Dazu würde die gleiche Busse, wie in § 19, sehr gut passen, desgl. die oben angeführte Variante aus der Revaler HS. A. h. 15.

Zu S. 68. Das von Reiman veröffentl. estnische Fragment des LBR. stammt nach der Schrift erst aus dem 17. Jahrh., was durch die Orthographie (h als Dehnungszeichen in pehl = pääl) bestätigt wird (Dr. P. Johansen).

Zu S. 107: die Anm. c unter dem Text ist zu streichen.

Zu S. 90. n. 4a. Das früheste Zeugnis für Beweisverfahren mit Eid vor Schiedsrichtern bei Landzwist: Venerunt... Letthi de Autine Rigam, deponentes querimoniam ad episcopos contra fratres milicie de Wenden . . . de arboribus apum suis ablatis. Et elegerunt arbitros, et data est sententia, ut Letti suas arbores apum juramento dato recipere in suam possessionem, fratres vero milicie agros juramento obtinerent . . .

Heinr. Chron. Lyv. XVI. 6 ad an. 1212 od. 1213 (mit Lesarten aus HSS.). Die Erwähnung der Schiedsrichter widerlegt nicht nur die Hypothese über die Einführung dieses Instituts durch den Legaten Wilhelm 1225 (vgl. S. 74 Anm. ), sondern die ganze Beschreibung legt auch nahe, dass es sich hier um das im ARR. 64 ff. = MRR. 91 ff. (S. 72 ff., vgl. S. 142 f.) behandelte Verfahren handelt (zweiseitiger Beweis, Eisenprobe). Frühe Anwendung der Eisenprobe (allerdings in Kriminalsachen) ist belegt: P. Honorius III. verbot, dass die noviter in Livonia baptizati vom Orden und anderen Richtern zum iudicium ferri candentis genötigt würden, 1222 Febr. 8. (UB. n. 54 = Hildebrand, Livonica n. 7).

Zu S. 107 § 14. Ein sonst nicht bekanntes Gesetz für Waldschutz, das sich freilich mehr auf widerrechtliche Nutzung von Lehngütern zu beziehen scheint, überliefert Christoffer Botticher

od. Bodecker (s. Arbusow sen., Livl. Geistl. 3, 25) in seiner „Wunderbarlichen Handlung“, o. O. 1556 (vgl. N. Nord. Misc. 17, 1797, 64—66): der Koadjuter Fürstenberg habe die vom OM. anfängl. dem Chr. B. verlehnten Güter „seines gefallens gebraucht und sie verwüstet oder verhawen lassen wider landtleuffiges recht, das solche verhawung inn diesem fall verbeut bey folgender straffe: den ersten stammen vor ein halbe mark Rig., den andern vor eine gantze mark, den dritten vor zwo, den vierdten vor vier, den fünfften vor acht, und so doppelt auff bis zum letzten zu bezalen“.

Zu S. 116 nn. 45. 46, S. 119 n. 49 P. 2, S. 120 n. 50 P. 2:

OM. [H. Brüggeneu gen. Hasenkamp] an den Vogt D. O. zu Soneburg [Roloff v. Benserade]. Wenden, 1545 Jan. 18.

S aus ReichsA. zu Stockholm, Vorschrift-Register 1544—47 Bl. 80 ff., Konzept mit zahlr. Korrekturen. Am Rande: auff Mohn ein predicanten zu verschaffen, in Leiflandt ein gemeine particular aufzurichten. — v. Bruiningk. Danach hier im Auszuge. Vgl. Arbusow, Einf. d. Ref. 822.

. . . Beruft sich auf die Beratschlagung hierbevorn in gemeiner unser und der Mietgebietiger und erntvesten reden radess- versamlinge sowie ock in itziger versamlinge und verschrivunge..., datt die kercken in unsern und unserss ordens landen mit tüchtigen gelehrten Seelsorgern, de den duschen alse undudtschen mitt verkundigunge dess hilligen gottlicken wordes und reickunge der hilligen sacramente vorstan kunnen, vorsorgett mugen werden. Doch habe das wenig gefruchtet. Dazu sei er berichtet, datt up Mohn lange wyle kein kerckher gewesen, also dat de armen lude darup wedder mitt verkundigunge Gods worde ader den hilligen sacramenten gedienett sall werden, und gie nichts weniger der kercken landt gebrucken und datt wackengelt, dem kerckhern gehorich, upboren. Da nun, wie erwähnt, entlich believett und ingegangen, wo desfals mangel erschuitt\*), datt tho gottsfürchtigen gelerden luden, tho furderung Gottes ehre, ein yeder sins gebiedes bedacht ssin sall und will, so befiehl er, jw glickesfals de sake tho herten to foren und darna to trachten, darmitt de armen lude up Mohn mitt einem gottfurchtigen kerckhern vorsehen und vorsorgt mogen werden. Tho deme wollen wie jw ock nicht bergen, datt wie neffent dem . . . hern coadjutor undt kumphthur tho Vellin [Joh. v. d. Recke] neffent gemeinen unsern mittgebedigern vor nutt und geraden angesehen und entschlotten tho furderunge Gottes ehre und\*\*) anderen freie kunsten\*\*), dar inne de jögenth\*\*\*) upgetagen . . . mach werden, alhier in Liflande ein gemeine particulaere und schule uptorichten, und damitt sodantt mitt hulpe dess Almechtigen und mitt thodaeth

\*) erschintt?

\*\*) Am Rande mit Einschaltungszeichen nachgetragten S.

\*\*\*) Danach: sowoll ock in andern fryen kunsten S.



gemeiner tholage desta stathlicker, ehr und furderlicher inss werck gebracht werden moge, van einem yslichen gessinde eins vor alle eine marck tho nemen\*). Und soll averst vor ersten ditt jaren alleine eine halve marck\*\*), und datt ander jaeren ock up Martini  $\frac{1}{2}$  mk. genomen werden. Begern demna, avermals up schirstkunfftigen santt Martini von allen und jeden gesinden jwes gebedes ditt jaren  $\frac{1}{2}$  mk. tho enttfangen, und wan ditt jaer sodane geltt thohop gelesen, itt bie einem dudtschen dener hierenhere in unsere kamer tho senden und up dat ander jaren sodant glickmetich vortt stellen . . .

Zu S. 118 n. 48. Die dieser Einigung vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Reval u. d. Ritterschaft von 1543 Juni 15 bringt, offenbar nach dem städt. Orig.-Protokoll, Russows Chronik 25b–27a (SS. rer. Liv. 2 S. 36 f.). Art. 4 bei Russow bestätigt übrigens die oben n. 29 S. 111 vorgetragene Meinung.

Zu S. 138. Die Eidesformel n. 64 steht nach gef. Mitteilung von Dr. P. Johansen auch im Revaler Stadtarchiv A. h. 12, „Rechte der Stiftischen in Livland“, HS. des ausgehenden 16. Jahrh., S. 66, überschrt.: „Bauren Eydt“. Der Anfang stimmt mit T überein; Varianten: undt mein verdienst — heyligen, als mich — am jüngsten gerichte — verdienst land ist, das ich, mein vater undt von alters besessen — kinder biß in das neunde glidt. —

Zu S. 139: n. 64a. Estnischer Zeugeneid.

R aus StadtA. zu Reval, A. h. 13, „Des Fürstenthums Ehsten Ritter- und Landrecht“, 2. Hälfte des 17. Jahrh., S. 1. Unten am Rande eine fehlerhafte, nahezu halbdutsche Übersetzung, auf S. 39 die unten abgedruckte offizielle deutsche Übersetzung; an deren Rande eine weitere, ähnliche deutsche Eidesformel von späterer Hand, darunter ein schwedischer Text mit der Überschrift: „Auf Schwedisch auf Wormsöo bey der oculairen Inspection anno 1749 von dem Herrn Pastore Holming übersetzt.“ — Dr. P. Johansen.

\*) Dies also ist der Ursprung der in der Literatur viel traktierten Schulsteuer der Bauern, lett. „skolas nauda“, zuerst erwähnt von P. Einhorn in d. Hist. Lettica 1649 (SS. rer. Liv. 2, 600 f.) aufgrund eines Memorials des Wendischen Pastors Geo. Möller od. Mylius [aus Giessen, vgl. Arbusow, Reformation 823, und Köstlin, Die Bacc. u. Mag. der Wittenberger philos. Fak. IV, 12 n. 22] an den OM. Fürstenberg vom Juni 1558. Kallmeyer, Mitteil. 6, 40 f. brachte sie irrtümlich in Verbindung mit den von Dav. Chyträus im Vorwort zu Sal. Hennings Chronica, 1594, erwähnten Bemühungen des Komturs zu Dünaburg (1554–58), späteren kurl. Herzogs Gotthard Kettler, beim OM. Galen die Gründung eines Gymnasiums in Pernau zu erreichen, „darin neben den Redkünsten und Sprachen sonderlich der Catechismus und Summa Christl. Lehre fleissig gepflantzet und der undeutschen Esthen, Letten und Curen Kinder in Lateinischer Sprach und Chr. Lehre gründlich unterwiesen und zum Predigamt bereitet und zugerichtet würden“ (SS. rer. Liv. 2, 200. Chyträus sollte Rektor werden. Der Russenkrieg zerstörte den Plan).

\*\*) Danach gestrichen: genomen und up schirstkunfftig St. Martini angefangen werden sodane halve marck van den armen luden tho nemen S.

\* Minna N.N. wannun Jummala ning temma kallis sanna päle, et minna sesinnase kohhusse asja-sehs, kumb ausa issanda N.N. ning ausa issanda N.N. wahhel on, sedda tohhan üllest tunnistada, mis õige ning tössi on, ning sedda räkida, mis mo süddames tössi ollewa. Minna ei - tahha üchtekit erra saljada, egga söbbrusse, egga wihha, egga andede, egga muid üchtiki kaswo\*)-perrast, ning kui minna sedda ei räcki, mis tössi on, echk muid walski tunnistust annan, siss nuchtleko Jummal minno hinge, ihho, ning keik, miss minno ello, mahsiggidus, ning önnis-dus on, sien ajalikkult kui kah sähl iggawest.

\*) Korr. aus kastwo R.

Eine andere Form, vor die Undeutscher Bauren.

Ich N.N. schwere einen eydt bey Gott und Seinem H. Evangelio\*), daß ich in der sache zwischen N. und N. die rechte reine warheit ausgesaget, in allem, davon ich gefragt worden und mir bewust gewesen, und das nicht unterlassen ümme freundschaftt, feindschaftt, gabe oder gewinn, und so ich nicht die warheit gesagt, falsch gezeuget oder etwas verschwiegen, so gehe es über meine seele, leib und alle mein haab und wohlfarth.

\*) R: Evangelio H.

Zu S. 139 n. 65. Die schriftliche Vorlage dieses Bauereides geht vielleicht auf die Zeit um 1526 zurück: damals herrschte Zwist zwischen dem Hospital St. Johannis zu Reval und dem Jungfrauenkloster, dessen adliger Vorsteher Bernt Risebiter war; das Streitobjekt war ein Wald. Vgl. Pabst, Beitr. z. Kunde Estl. 2, 1874, 244—48, bes. nn. 221. 223 (Dr. P. Johansen).

Zu S. 140 n. 67. Eine ähnliche Schwurformel vom Ende d. 17. Jahrh.: Archiv 8, 314 f. Eine lett. Formel, Nurmhusen 1697: Archiv 3, 289. Vgl. auch Crusius' Estl. Landr. I, 22 Art. 12 bei Ewers 216.

Zu S. 143, Nachtrag zu S. 32, füge hinzu: Vgl. UB. 5 n. 2125 (1417): 30 Mk. 2 nouten. LGU. 1 n. 169 (1408): schult 15 mark nowten. Offenbar Gerichtsbusse. Oder mit „Nagaten“ zusammenhängend? — Gerichtsbussen in Mk. Landgutes stehn im Fragment eines Perg.-Wackenbuches [von Borkholm, Tafelgut d. Bf. v. Reval], aus d. Anf. u. 1. Hälfte d. 14. Jahrh., StadtA. zu Reval, jetzt Einband von A. f. 17 (Dr. P. Johansen): Thotu tenetur . . . 2 mr. lantgudes pro vulneribus. Icko tenetur . . . 1 fer. pro vulnere. Melitu si recesserit, dabit 10 mr. argenti pro furtu. Vilgemas tenetur 1 fert., quia negavit veritatem. Niculas Helens sone si recesserit, dabit 10 m. arg. pro furtu.



Nemy Tittesten (desgl.)... It. 3 mr. [arg. pro] eo quod occul-  
tavit equum milituarem [??]... It. tenetur 1 or. pro excessu...  
tenetur 50 mr. pro collo, si recesserit solvet [Zusatz:] minus  
5 artones... 3 mr. langudes pro vulneribus. Idem tenetur 2  
[pro] vulneribus.

Zu S. 144. Die Berichtigung zu S. 72 Art. 63 beruht auf  
Versehen und ist zu streichen.

## Nachträge

### zu dem Verzeichnis von Dr. H. v. Bruiningks Schriften S. XX.

(Zu Nr. 159. Der Werwolf.) Besprechungen: 1. Valdibas  
Vēstnesis, Riga 1924 Juli 4, n. 147. Gez. A[rons]. — 2. Aja-  
looliset Ajakirjast [Hist. Ztschr., Dorpat] 1924 n. 4 S. 151—154.  
Walter Anderson.

160. Besprechung: Erich Seuberlich, Stammtafeln Deutsch-  
baltischer Geschlechter, 1. Reihe [Heft], Riga 1924. Balt.  
Blätter, 2. Jahrg., Riga 1924, S. 136—138.

161. Unsere Schrift. Balt. Blätter, 2. Jahrg., Riga 1925,  
S. 145—159. Betrifft die als kulturell-nationale Pflicht auf-  
gefasste Notwendigkeit, anstatt der fälschlich deutsche Schrift  
genannten, richtiger Vulgarschrift zu bezeichnenden, Schriftart,  
auch schon für den Schreibunterricht in unseren Schulen nur  
noch die sog. lateinische Schrift anzuwenden. Die ablehnende  
Erklärung der Lehrerschaft ebd., 3. Jahrg., Riga 1926, S. 229 f.  
Gez.: A. Schönfeldt. Der Vf. wird seinem Antrage weiteren  
Fortgang geben.

162. Unsere Historischen Archive. Rig. Rundschau 1926  
Jan. 13, n. 9. Betrifft das von Estland zurückgehaltene, nach  
Riga gehörige, schwed. Gen.-Gouv.-Archiv.

163. Nochmals die sog. Rosensche Deklaration v. J. 1739  
und der Landrechtentwurf. Eine Erwiderung auf G. Wihgrabs  
Schrift. Erschien als Übersetzung aus dem Deutschen unter  
dem Titel: „Vēlreiz tā sauktā 1739. gada Rozēna Deklarācija  
un zemes tiesību projekts. Atbilde uz J. Vīgraba rakstu“ — in  
der Monatsschr. des Lettland. Bildungsministeriums, Izglītības  
Ministrijas Mēnešraksts, Riga 1926 Mai—Juni, S. 137—146.

164. Aus alten Akten. Salomonische Weisheit des Riga-  
schen Landgerichts in einer 1647 abgeurteilten Zaubereisache,  
nebst Anstellung eines Scharfrichters. Rig. Rundschau 1926  
Juni 4, n. 121. Aus einem in der Sitzung der Gesellsch. f.  
Gesch. u. Altertumsk. zu Riga 1926 April 14 gehaltenen Vortrage.

165. Das ehemalige Historische Landesarchiv in Riga. Im 35. Bande, Jahrgang 1926 der „Archivalischen Zeitschrift“, hrsg. vom Bayrischen Hauptstaatsarchiv in München, S. 119 – 133.

166. Besprechung: O. Pohrt: „Zur Frömmigkeitsgeschichte Livlands zu Beginn der Reformationszeit“, Abh. d. Herderinstituts zu Riga 1, 1925. Erscheint im Literaturbericht des „Jahrbuchs für Liturgiewissenschaft“ Bd. VI, 1926.

167. Die Verwendung livländischer mittelalterlicher Pergamente als Aktenumschläge. Steht in Aussicht für die „Abhandlungen“ des Herderinstituts zu Riga.

---